

**Quellen zur Geschichte  
des Parlamentarismus und der politischen Parteien**

**ERSTE REIHE**

# Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

**Erste Reihe**

**Von der konstitutionellen Monarchie  
zur parlamentarischen Republik**

Im Auftrage der Kommission  
für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien

herausgegeben von

Werner Conze    Erich Matthias    Georg Winter †

**BAND 2**

**Die Regierung des Prinzen Max von Baden**



**DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF**

# Die Regierung des Prinzen Max von Baden

bearbeitet von

Erich Matthias und Rudolf Morsey



DROSTE VERLAG • DÜSSELDORF

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn

1962

Gesamtherstellung: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany

## Inhalt

	Seite
Vorwort der Herausgeber . . . . .	VII
<b>Einleitung</b>	
A. Die Initiative der Reichstagsmehrheit . . . . .	XI
B. Zur Vorgeschichte der Kanzlerschaft des Prinzen Max . . . . .	XVI
C. Kanzler, Kriegskabinett und Gesamtkabinett . . . . .	XXIX
D. Interfraktioneller Ausschuß und Kabinett . . . . .	IXL
E. Quellenkritische Exkurse	
1. Die „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ . . . . .	XLIII
2. Die „Erinnerungen“ des Prinzen Max . . . . .	LIII
3. Erzbergers Delegation zu den Waffenstillstands- verhandlungen . . . . .	LVII
F. Zur Edition . . . . .	LXIV
Verzeichnis der Archivalien . . . . .	LXXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur . . . . .	LXXIII
Verzeichnis der Dokumente . . . . .	LXXVII
<b>Abschnitt I: Vor der Regierungsbildung</b>	
Dokumente 1—18 . . . . .	3
<b>Abschnitt II: Das Waffenstillstands- und Friedensangebot</b>	
Dokumente 19—35 . . . . .	65
<b>Abschnitt III: Beratung der ersten Wilson-Note und Kanzlerkrise</b>	
Dokumente 36—60 . . . . .	115
<b>Abschnitt IV: Beratung der zweiten Wilson-Note und Verschärfung der Spannungen zwischen Reichsleitung und OHL</b>	
Dokumente 61—78 . . . . .	205

<b>Abschnitt V: Letzte Tagung des Reichstags, Änderung der Reichsverfassung, Beratung der dritten Wilson-Note und Entlassung Ludendorffs</b>	
Dokumente 79—99 . . . . .	303
<b>Abschnitt VI: Verstärkte Forderungen auf Abdankung des Kaisers</b>	
Dokumente 100—121 . . . . .	397
<b>Abschnitt VII: Von der Kieler Matrosenrevolte bis zum Ausbruch der Revolution in Berlin</b>	
Dokumente 122—152 . . . . .	487
Sprecher- und Teilnehmerverzeichnis für die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses . . . . .	635
Sprecher- und Teilnehmerverzeichnis für die Sitzungen des Kriegs- und des Gesamtkabinetts . . . . .	635
Register . . . . .	637

## Vorwort der Herausgeber

Die zweibändige Edition „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18“ hat in der wissenschaftlichen Kritik ein Echo gefunden, das uns in der Überzeugung bestätigt, daß die von der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ eröffnete neue Quellenreihe der historisch-politischen Forschung von Nutzen sein kann. Der hiermit vorgelegte Band über die Regierung des Prinzen Max von Baden bildet das Verbindungsglied zu den in Vorbereitung befindlichen Editionen über den Rat der Volksbeauftragten, das Kabinett Scheidemann und die Entstehung der Weimarer Verfassung, die im Laufe der nächsten Jahre veröffentlicht werden sollen.

Es ist uns eine schmerzliche Pflicht, diese Zeilen mit einem Wort des Gedenkens für den am 4. Juni 1961 verstorbenen früheren Direktor des Bundesarchivs Dr. Georg Winter zu beschließen. Wir haben mit ihm, der seit 1953 der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ angehörte, den Mitherausgeber verloren, der mit starker innerer Anteilnahme an der Planung der Reihe mitgewirkt und sie mit dem Schatz seiner reichen editorischen und archivalischen Erfahrungen befruchtet hat.

Möge der vorliegende Band, dessen Abschluß er nicht mehr erleben konnte, aber dessen Titelblatt noch einmal seinen Namen verzeichnet, dazu beitragen, das Gedächtnis an Georg Winter wachzuhalten, dem wir uns über die gemeinsame Aufgabe hinaus eng verbunden gefühlt haben.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft dafür, daß sie auch für diesen Band, ebenso wie vorher schon für die Edition „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18“, eine Sachbeihilfe gewährte, die die Bearbeitung wesentlich erleichterte.

Heidelberg und Marburg/Lahn, im Juli 1962

Werner Conze

Erich Matthias

## **Einleitung**

## A. Die Initiative der Reichstagsmehrheit

Die Auffassung, daß der Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem im Oktober 1918 nicht durch den Reichstag, sondern durch die Oberste Heeresleitung erzwungen worden sei, hat sich in der historischen Forschung so gut wie unbestritten durchgesetzt. Diese These, die den Anteil der parlamentarischen Kräfte darauf reduziert, daß sie durch ihre „taktischen Vorspiele“ eine bescheidene „Hilfestellung“ geleistet hätten<sup>1)</sup>, vermag jedoch der umstürzenden Änderung der Verfassungsstruktur in der letzten Stunde des militärisch zusammenbrechenden Kaiserreichs nur unvollkommen gerecht zu werden. Gewiß hat das energische Drängen Ludendorffs, der die unverzügliche Absendung des Waffenstillstandsgesuchs für erforderlich hielt und daher nicht die mindeste Verzögerung bei der Neubildung der Regierung glaubte in Kauf nehmen zu dürfen, den hektischen Rhythmus der Ereignisse um den Kanzlerwechsel entscheidend geprägt. Aber wenn es auch unleugbar ist, daß sich in diesen Tagen noch einmal die überragende politische Autorität des geschlagenen Feldherrn bestätigte, so bedeutet doch die Version, er habe unter dem Druck der Niederlage die Änderung der Herrschaftsform einfach „angeordnet“<sup>2)</sup>, während sich die Mehrheitsparteien des Reichstags gefügig „zur Machtübernahme“ befehlen ließen<sup>3)</sup>, eine unzulässige Vereinfachung.

Zwar hatten sich auch nach der Bildung der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution im Juli 1917 auf Schritt und Tritt die Grenzen parlamentarischen Einflusses gezeigt. Doch diese Grenzen waren nur teilweise durch die reale Machtverteilung gezogen. Mindestens ebenso stark wirkte es sich aus, daß es den Parteien nach wie vor an ernsthaftem Machtwillen fehlte und daß die Spannungen innerhalb der Mehrheit zu groß waren, um eine einheitliche und zielbewußte Politik zu ermöglichen. So ließen sie sich allzu leicht immer wieder durch personelle Zugeständnisse, im Endergebnis unverbindliche Konsultierungen — wie bei den Beratungen mit der Reichsleitung über die Antwort auf die päpstliche Friedensnote und während der Brest-Litowsker Verhandlungen — oder beruhigende Erklärungen hinhalten.

Der schwächliche und unentschlossene Eindruck, den die überdies durch vielfältige Rücksichten auf die Kriegführung gehemmte Mehrheitspolitik bietet, sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, wie einschneidend sich die innenpolitische Kräftekonstellation seit dem Sommer 1917 gewandelt hatte. Obgleich das Bündnis der Mehrheitsparteien zeitweise nur unter schwierigen Kompromissen aufrechterhalten werden konnte, reichte bereits seine bloße Existenz aus, um den Reichstag zum einzigen gewichtigen Gegenspieler der Obersten Heeresleitung zu machen. Da der Aufstieg der OHL zu diktatorischer Autorität alle übrigen Machtfaktoren in ihrem Eigengewicht beeinträchtigte<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik (Geschichte und Politik, H. 10). Laupheim [1954], S. 29. Dazu Rosenberg, Entstehung, S. 226 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Eschenburg S. 28; Rosenberg, Entstehung, S. 227.

<sup>3)</sup> Vgl. Eschenburg S. 29.

<sup>4)</sup> Auch die Haltung des preußischen Landtags in der Wahlrechtsfrage wäre ohne die Rücken- deckung der OHL nicht zu denken.

und zu politischen Größen zweiter Ordnung degradierte, wurde durch diese Polarisierung der innenpolitischen Kräfte eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Übergang zum parlamentarischen System geschaffen. Eine andere, nicht minder wesentliche bestand in der Institutionalisierung der Zusammenarbeit der Mehrheitsparteien durch den Interfraktionellen Ausschuß. Er unterstrich die gesteigerte Bedeutung des Reichstags am wirksamsten und stellte zwischen den führenden Männern der beteiligten Fraktionen ein Vertrauensverhältnis her, das einerseits das mehrfach drohende Auseinanderbrechen der Reichstagsmehrheit verhinderte, andererseits den gegebenen Ansatzpunkt für eine Vereinheitlichung und Straffung der Mehrheitspolitik bot. Das gesteigerte Machtpotential des Reichstags konnte jedoch nur dann realisiert werden, wenn sich die Mehrheitsparteien auch gegenüber Ludendorff und der OHL durchzusetzen vermochten, deren überlegene politische Autorität sie noch über die Kühlmannkrise hinaus mehr oder minder bereitwillig respektierten. Das wird am besten dadurch illustriert, daß sich mit Rücksicht auf die Westoffensive sowohl der Hauptausschuß als auch das Plenum des Reichstags Mitte Juli 1918 bis zum Herbst vertagten und der Interfraktionelle Ausschuß ebenfalls seine Sitzungen für zwei Monate unterbrach.

Erst nachdem Ludendorffs verzweifelter Versuch, den Frieden durch einen militärischen Sieg im Westen zu erzwingen, als gescheitert gelten mußte, bahnte sich eine Wendung an, die in den im September wieder aufgenommenen interfraktionellen Besprechungen festere Gestalt gewann und schließlich dazu führte, daß der Interfraktionelle Ausschuß am 28. 9. 1918 dem Grafen Hertling „direkt den Stuhl vor die Tür“ setzte.<sup>5)</sup> Bereits in der ersten Sitzung vom 12. 9. 1918 wurde von sozialdemokratischer Seite mit ungewohnter Entschiedenheit die Forderung nach Parlamentarisierung der Reichsleitung und strikter Unterordnung der militärischen unter die politische Führung gestellt. Die Parlamentarisierung stieß jedoch nach wie vor auf starken Widerstand in der Zentrumsfraktion, die sich zunächst auch nicht dazu durchringen konnte, den Grafen Hertling fallenzulassen. Erst nachdem der Abfall Bulgariens bekannt geworden war, setzte sich in einer Fraktionssitzung vom 26. 9. der sowohl auf die Parlamentarisierung als auch auf die Ablösung Hertlings hindrängende linke Zentrumsfügel unter Erzberger durch.<sup>6)</sup> Auch jetzt noch versuchte das Zentrum, wie das für Hertling ausgefertigte Protokoll der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 28. 9. zeigt<sup>7)</sup>, das Gesicht zu wahren, indem seine Vertreter erklärten, „daß der Herr Reichskanzler nach wie vor ihr Vertrauen besitze“ und daß die Fraktion sich „entsprechend ihrer bisherigen Stellungnahme“ nicht an der Einbringung des von Sozialdemokraten und Fortschrittlern angekündigten verfassungsändernden Gesetzentwurfs beteiligen werde. Aber gleichzeitig wurde ausgesprochen, daß „ein Teil der Fraktion gesonnen sei, für den von anderer Seite eingebrachten Antrag zu stimmen“ und daß die Gesamtfraktion „aus der

<sup>5)</sup> Vgl. Payer S. 85.

<sup>6)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 702 f., 708 und 794 (Aufzeichnung des dem rechten Zentrumsfügel angehörenden Abg. Graf von Galen über diese Sitzung): „In der Fraktion war ein Widerspruch gar nicht möglich, die Menschen zitterten vor Angst und waren wie hypnotisiert.“

<sup>7)</sup> Vgl. a.a.O. S. 724 ff.

etwaigen Annahme eines solchen Gesetzentwurfs keinen Anlaß nehmen werde, sich von den übrigen Mehrheitsparteien zu trennen“. Die Formulierung spiegelt deutlich das Dilemma der Zentrumsfraktion, die trotz aller Bedenken gegen Hertling ihren ehemaligen Vorsitzenden „nicht stürzen“ wollte, aber genau so wenig wollte, „daß er Reichskanzler bliebe“, und im Grunde nur wünschte, „daß er freiwillig zurücktritt“. <sup>8)</sup> Der Sache nach hatte sich das Zentrum klar entschieden, bei einer Parlamentarisierung der Reichsleitung mitzuwirken <sup>9)</sup>, für die im übrigen auch die Nationalliberalen eintraten, die sich der Reichstagsmehrheit wieder genähert hatten.

Man tut schon deshalb gut daran, den hinhaltenden Widerstand des Zentrums nicht zu überschätzen, weil das Zentrum ebenso wie die Fortschrittler den Eintritt von Sozialdemokraten in die Reichsleitung für unbedingt erforderlich hielten. Seit der gemeinsamen Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses mit der Reichstagsfraktion am 23. 9. 1918 <sup>10)</sup> konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Sozialdemokratie weder bereit war auf einen Kanzlerwechsel noch auf die Parlamentarisierung zu verzichten, in der sie die einzige Garantie für die „Einheitlichkeit der Reichsleitung“ und die „Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen“ sah. <sup>11)</sup> In der interfraktionellen Besprechung vom gleichen Tage betonte Ebert mit großem Ernst, daß ohnehin jede Beteiligung an einer neugebildeten Regierung einen ungeheuer schweren Entschluß für die Sozialdemokratie bedeute, die damit jetzt „die ganze Partei aufs Spiel“ setze, nachdem sie durch ihre bisherige Kriegspolitik bereits die Einheit der Partei zum Opfer gebracht habe. <sup>12)</sup>

Der Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld aus Berlin vom 29. 9. 1918 <sup>13)</sup> enthält eine realistische Einschätzung der Situation, wenn er betont, daß Hertlings Rücktritt nicht nur darum unvermeidlich scheine, weil die allgemeine Meinung dahingehe, daß „die neue, so schwierige Lage“ einen neuen Mann erfordere, sondern schon wegen der Weigerung der Sozialdemokraten geboten sei, in ein unter seiner Führung stehendes Kabinett einzutreten. Dürfe doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die neue Regierung „der Sozialdemokraten in ihrer Mitte nicht entraten“ könne. Es komme jetzt vor allem darauf an, daß diese neue Regierung rasch gebildet werde, „solange noch die Sozialdemokraten unter den bürgerlichen Parteien erträglichen Bedingungen zum Eintritt bereit“ seien.

In der Tat mußte jede weitere Verschlechterung der militärischen Lage und das immer stärker sichtbar werdende Absinken der Massenstimmung das Gewicht der Sozialdemokraten gegenüber ihren Partnern in der Reichstagsmehrheit ver-

<sup>8)</sup> Vgl. die Berichte des Grafen Lerchenfeld vom 26. 9. (a.a.O. S. 703 Anm. 7) und vom 30. 9. 1918 (a.a.O. S. 750).

<sup>9)</sup> Vgl. Gröbers Wendung im Interfraktionellen Ausschuß am 28. 9.: „Dann machen wir mit.“ A.a.O. S. 722.

<sup>10)</sup> Vgl. a.a.O. S. 527 Anm. 112, 679 Anm. 24 und 25.

<sup>11)</sup> So hieß es in den Bedingungen der SPD vom 23. 9. für eine eventuelle sozialdemokratische Beteiligung an der Regierung. Vgl. a.a.O. S. 786.

<sup>12)</sup> Vgl. a.a.O. S. 686.

<sup>13)</sup> Vgl. a.a.O. S. 736.

größern, die jedoch nicht minder unter dem Druck der um sich greifenden Depression standen, was wiederum unweigerlich in der Zentrumsfraktion den linken Flügel um Erzberger in den Vordergrund drängte und zur ausschlaggebenden Kraft werden ließ. Da der von der Konkurrenz der Unabhängigen schwer bedrängten Sozialdemokratie jeder Rückzug auf eine unverbindlichere Lösung versperrt blieb, während Zentrum und Fortschrittler ein Ausscheiden der Sozialdemokratie aus dem Mehrheitsbündnis weder in Kauf nehmen konnten noch wollten, stand hinter der Mehrheitsinitiative vom 28. 9. 1918 eine außerordentliche Stoßkraft. Zum ersten Male zeigten sich die Mehrheitsparteien entschlossen, das durch die Friedensresolution vom Juli des Vorjahres demonstrierte Machtpotential des Reichstags uneingeschränkt einzusetzen. Diese Stoßkraft wurde von Hertling, dem „streng monarchisch konservativen Mann, der den föderativen Charakter Deutschlands aufrechterhalten wollte“ und bis zum letzten Augenblick seine Mission darin sah, den „Ruck nach links“ zu verhindern<sup>14)</sup>, sträflich unterschätzt.<sup>15)</sup> Bei der Zuspitzung der Lage konnte er nicht einmal im Bundesrat, dessen Stellung durch eine Parlamentarisierung stark herabgemindert werden mußte, mit dem nötigen Rückhalt rechnen, zumal auch dort das Vertrauen in die Eignung des alten Mannes immer mehr dahingeschmolzen war. Selbst von seiner engsten Umgebung wurde der Kanzler preisgegeben, bevor der Kaiser seine Entscheidung fällte.

Im übrigen richtete sich die Initiative der Reichstagsmehrheit auch weniger gegen die Person Hertlings, dessen Abtreten — nachdem auch das Zentrum ihn fallengelassen hatte — für selbstverständlich angesehen wurde, als gegen den unheilvollen politischen Einfluß der OHL, der die Reichsleitung lähmte und ihr nach innen und außen jeden Vertrauenskredit raubte. So schienen die Dinge auf eine Machtprobe zwischen Ludendorff und den Mehrheitsparteien zuzutreiben. Die eigentliche Frage, die sich der Mehrheit am 28. 9. 1918 stellte, lautete daher, ob Ludendorff sich noch stark genug fühlte, um den Konflikt mit dem Reichstag zu suchen. In diesem Falle wäre keine andere Alternative zu der von der Reichstagsmehrheit geforderten Parlamentarisierung geblieben als die offene Militärdiktatur, die wiederum das Land unmittelbar an den Rand der Revolution treiben mußte.

Daß die Machtprobe unterblieb oder doch aufgeschoben wurde — weil Ludendorff selbst plötzlich den als ultima ratio zu beurteilenden Entschluß faßte, den Parteien das Tor zur Macht zu öffnen, so daß sich seine eigene Initiative und die gleichzeitige Initiative des Staatssekretärs Hintze mit dem Vorgehen der Reichstagsmehrheit kreuzten — berechtigt kaum dazu, die Wucht der parlamentarischen Aktion zu bagatellisieren. Das ist um so weniger angängig, als die Parteien Ende September 1918 keineswegs aus der gleichen Katastrophens Stimmung heraus handelten wie Ludendorff, der ihnen erst am 2. 10., mitten in

<sup>14)</sup> So in der Aufzeichnung des preußischen Unterstaatssekretärs Heinrichs vom Oktober 1918; a.a.O. S. 798.

<sup>15)</sup> Vgl. Hertlings Ausführungen in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 27. 9. 1918: „Er selbst sei entschlossen, weitere Konzessionen nach links nicht zu machen.“ A.a.O. S. 706. Bereits vorher hatte der Reichskanzler „ernstlich“ geprüft, ob er nicht die Tätigkeit des Hauptausschusses eindämmen könne; a.a.O. S. 605.

den Verhandlungen um die Bildung der neuen Mehrheitsregierung, durch den Major von dem Bussche reinen Wein einschenken ließ.<sup>16)</sup>

Es darf unterstellt werden, daß die Reichstagsmehrheit kaum bis zum 28. 9. 1918 gezögert hätte, wenn sie nicht immer wieder von der OHL über den wirklichen Ernst der militärischen Lage hinweggetäuscht worden wäre, den sie auch jetzt noch nicht in seinem vollen Gewicht erkennen konnte. So hatten sich die Vertreter der Mehrheitsparteien zu diesem Zeitpunkt zwar einhellig zu der Überzeugung durchgerungen, daß sowohl die militärische als auch die innenpolitische Situation schnelles Handeln erforderten. Jedoch von niemandem, auch nicht von den Sozialdemokraten, wurde etwa an einen „Frieden um jeden Preis“ gedacht.<sup>17)</sup> Was die Reichstagsmehrheit antrieb, war vielmehr das „große Ziel“ der „Rettung Deutschlands“<sup>18)</sup> vor dem inneren Zusammenbruch und der drohenden militärischen Niederlage. Darum sollte die neue, „vom Vertrauen des Reichstags getragene Regierung“ eine Regierung der „nationalen Verteidigung“ sein<sup>19)</sup>, deren Aufgabe darin zu bestehen hatte, eine konsequent den Verständigungsfrieden erstrebende Politik mit der Konzentration aller inneren Kräfte und einer letzten großen militärischen Anspannung zu verbinden.

Der plötzliche militärische Offenbarungseid der OHL, die, wie es der bayerische Ministerpräsident Ritter von Dandl formulierte<sup>20)</sup>, noch am 24. 9. 1918 den Grafen Hertling im Hauptausschuß aussprechen ließ, „es ist kein Grund zum Verzagen, die Westfront ist unerschütterlich“, um keine Woche später zu erklären, „es ist zu Ende, macht Schluß und Frieden, so schnell es geht und was es auch koste“, traf trotz aller Rückschläge der vergangenen Wochen, trotz des österreichischen Sondervorgehens und der bulgarischen Katastrophe, nicht nur die Reichstagsmehrheit unvermutet. Nichts war so sehr dazu angetan, den Verfall der Volksstimmung zu beschleunigen und den Übergang zum parlamentarischen Regiment zu belasten, als der von Ludendorff ausgeübte Druck, der die Mehrheitsparteien in eine unerträgliche Zwangslage versetzte, zumal, wie Staatssekretär Hintze am Abend des 1. 10. in das Große Hauptquartier telegraphierte<sup>21)</sup>, die militärische Misere sich nicht ohne Nutzen als „stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien“ verwenden ließ.

So zweifelhaft die Feststellung erscheint, daß der Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem in erster Linie der abrupten Kehrtwendung der OHL zu verdanken sei, so sicher läßt sich aussagen, daß neben dem Kaiser, der in seiner Verblendung nicht rechtzeitig den Entschluß zur Abdankung zu fassen

---

<sup>16)</sup> Vgl. in diesem Band S. 44 Anm. 3.

<sup>17)</sup> Vgl. Eberts Ausführungen in dem (in Anm. 10) bereits erwähnten, als Manuskript gedruckten Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. 9. 1918; S. 19 f.

<sup>18)</sup> So Erzberger in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Ritter von Dandl vom 29. 9. 1918; vgl. Quellen I/II S. 728.

<sup>19)</sup> Vgl. a.a.O. S. 725.

<sup>20)</sup> Am 3. 10. 1918; vgl. unten S. 60 Anm. 25.

<sup>21)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 63.

vermochte, General Ludendorff die stärkste persönliche Verantwortung dafür trägt, wenn die parlamentarisch-demokratische Monarchie keine Chance gefunden hat, sich in Deutschland zu bewähren. Diese Verantwortung gilt es festzuhalten. Dagegen wird es schlecht möglich sein, bei der Behauptung stehen-zubleiben, daß die Parteien in der Situation des Systemwechsels kaum etwas anderes gewesen seien als Instrumente in der Hand Ludendorffs. Eine differenzierte Analyse der Übergangsperiode kann nicht umhin, ihnen einen größeren Anteil an der Neuordnung zuzubilligen, so daß es sich bei aller möglichen und notwendigen Kritik an der Politik der Reichstagsmehrheit im Herbst 1918 auch verbietet, schlechthin von einer „Revolution von oben“<sup>22)</sup> oder einer „unerwartet oktroyierten Demokratie“<sup>23)</sup> zu sprechen.

Durch die gerechte Verteilung der Gewichte gewinnen zugleich die knappen fünf Wochen der Regierung des Prinzen Max von Baden einen anderen historischen Rang, was wiederum bedeutet, daß auch die These von der „Improvisation“ als dem „besonderen Charakteristikum“<sup>24)</sup> der deutschen Demokratie — so fruchtbar sie sich für die Forschung erwiesen hat — dringend der Modifizierung bedarf. Eine solche Modifizierung setzt allerdings eine gründliche Quellenerschließung für alle Phasen der verfassungsgeschichtlichen Übergangsperiode voraus, in der sich die inneren Kräfteverhältnisse ständig verlagerten. Zu dieser Aufgabe möchte der vorliegende Band ebenso wie das vorangegangene Werk über den Interfraktionellen Ausschuß seinen Beitrag leisten.

---

<sup>22)</sup> Vgl. Eschenburg S. 28. Die Wendung „Revolution von oben“ (Prinz Max S. 328: „Ein unseliges Wort, das im Hauptquartier gefallen war“) stammte von Hintze. Vgl. Hintzes Aufzeichnung vom 14. 8. 1922; WUA 2, S. 401. Dazu Lütge S. 21.

<sup>23)</sup> Vgl. Eschenburg S. 28.

<sup>24)</sup> A.a.O. S. 31.

### B. Zur Vorgeschichte der Kanzlerschaft des Prinzen Max

Der am 10. 7. 1867 geborene badische Thronfolger Prinz Max war bis zum Herbst des Jahres 1918 einer breiteren Öffentlichkeit ebenso wie der Reichstagsmehrheit so gut wie unbekannt. Eine besondere politische Qualifikation war bis dahin weder der Umgebung des Kaisers, noch auch den Parlamentariern oder den Exponenten der OHL aufgefallen.<sup>1)</sup> Das Verdienst, den badischen Prinzen als möglichen Reichskanzler in Berlin konsequent propagiert und dessen Kandidatur

---

<sup>1)</sup> Am 1. 10. 1918 betonte Scheidemann im Interfraktionellen Ausschuß: „Alle unsere Freunde haben uns erklärt, daß er [Prinz Max] ein naives Kind sei. Er hat ein paar gute Reden gehalten, weiter weiß man nichts. Er soll ein prachtvoller Mensch sein, aber von Politik soll er nichts verstehen.“ Vgl. unten S. 30. Zwei Tage später, unmittelbar vor der Ernennung des Prinzen zum Reichskanzler, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ (Abendblatt): „Die politische Öffentlichkeit kennt von diesem Präsidenten der badischen Ersten Kammer eigentlich nichts als drei Reden, die er im Dezember 1917, im Februar und August 1918 gehalten hat.“ Das Blatt kommentierte, diese Reden hätten den „bis dahin kaum Gekannten“, der im gleichen Atemzuge als „würdiger Repräsentant des deutschen Idealismus“ bezeichnet wurde, mit einem Schläge zu einer „politischen Persönlichkeit“ gestempelt.

„lanciert“ zu haben<sup>2)</sup>, kann in erster Linie der württembergische Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Conrad Haußmann für sich in Anspruch nehmen. Im wörtlichen Sinne „entdeckt“ hat diese Kandidatur nach den zugänglichen Quellen jedoch nicht der Stuttgarter Rechtsanwalt, sondern — wie es Prinz Max umschreibt<sup>3)</sup> — „einer meiner Bekannten“, der nach der Ernennung von Michaelis im Sommer 1917 den Abg. Haußmann auf den Prinzen aufmerksam gemacht hatte. Dieser „Bekannte“ ist kein anderer als Kurt Hahn, den Haußmann im Juli 1917 kennengelernt hatte<sup>4)</sup>, als Hahn schon einige Monate lang gleichsam als politischer Mentor des badischen Thronfolgers wirkte.

Nach längerem Studienaufenthalt in England war der am 5. 6. 1886 geborene, einer jüdischen Berliner Bankiersfamilie entstammende Kurt Hahn, dessen Name in vielen Erinnerungsbänden und Darstellungen der Zeit auftaucht, zu Beginn des Krieges durch Vermittlung von Ernst Jäckh<sup>5)</sup> als englischer Lektor in die neu gegründete, dem Auswärtigen Amt angegliederte „Zentralstelle für Auslandsdienst“ in Berlin eingetreten. Im Frühjahr 1917 wechselte er in die seit dem Sommer 1916 von Haeften geleitete Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes über. Von dort aus kam Hahn bald in nähere Verbindung zum Prinzen Max, dem er von nun an regelmäßig sowohl Auszüge aus der alliierten Presse zugänglich machte als auch — ebenso wie z. B. Solf<sup>6)</sup> — eigene politische Lageberichte übermittelte. Darüber hinaus unterrichtete er den Prinzen auch mündlich über das Ergebnis seiner wiederholten Besprechungen mit deutschen und ausländischen Diplomaten. Durch den Kreis der „Deutschen Gesellschaft von 1914“, in der Hahn im November 1916 einen Vortrag gehalten hatte, gewann er Fühlung mit den Anhängern eines Verständigungsfriedens.<sup>7)</sup> Zu ihnen gehörten die beiden prominenten Abgeordneten Haußmann<sup>8)</sup> und David. Mit David stand Hahn bereits seit 1915 in regelmäßigem politischem Gedankenaustausch.<sup>9)</sup>

<sup>2)</sup> So Scheidemann, Memoiren II S. 178.

<sup>3)</sup> Prinz Max S. 120.

<sup>4)</sup> Hahn war am 17. 7. 1917 Haußmann in der „Deutschen Gesellschaft“ von Dernburg vorgestellt worden; vgl. Quellen I/I S. 119.

<sup>5)</sup> Vgl. Jäckh S. 462. Dort auch ein Hinweis auf Hahns Tätigkeit als „politischer Berater“ des Reichskanzlers Prinz Max. Im Anhang von Hahns Schrift „Erziehung und Verantwortung, Reden und Aufsätze“. Stuttgart o. J. [1958] unterrichtet eine „Biographische Notiz“ (S. 94—97) über seine Vita.

<sup>6)</sup> Vgl. Solfs Mitteilung in der Sitzung des Kriegskabinetts am 27. 10.; unten S. 389.

<sup>7)</sup> Vgl. die in Anm. 5 erwähnte Vita, S. 95.

<sup>8)</sup> Haußmann S. 146 nennt Hahn den „gescheiten einunddreißigjährigen [1917] Mitarbeiter“ des Prinzen. In der Nachschrift eines Briefes von Haußmann an Prinz Max vom 13. 11. 1917 — von dem Auszüge bei Haußmann S. 154 f. abgedruckt sind — heißt es: „Von Kurt Hahn, dessen phänomenale Intelligenz und realpolitische Idealität in den letzten Wochen sehr rege und mir sehr nützlich war [...]“. Nachlaß Haußmann 29, Durchschlag einer Abschrift.

<sup>9)</sup> Die bisher nicht bekannte enge politische Fühlungnahme, wahrscheinlich über die „Deutsche Gesellschaft von 1914“, ergibt sich aus dem Tagebuch Davids (Nachlaß David), der erstmals unter dem 17./18. 4. 1915 Hahn erwähnt: „Kurt Hahns Vortrag über England sehr instruktiv. Gespräch mit seiner Mutter, die glücklich ist über den Sohn. Ich mache Rückschlüsse und bin bewegt.“ Von diesem Zeitpunkt an finden sich regelmäßige Eintragungen über Gespräche mit Hahn und Besuche im Hause von dessen Mutter in Wannsee. Unter dem 22. 6. 1916 heißt es über einen solchen Besuch: „Immer viele Menschen und immer viel Neues“. Im Juli 1917 gehörte David zu den ersten Abgeordneten der Mehrheitsparteien, mit denen Hahn wegen einer möglichen Reichskanzler-Kandidatur des Prinzen Max Fühlung nahm.

Der „jugendliche Idealist“<sup>10)</sup> Kurt Hahn darf nicht nur als Verfasser „der meisten Kundgebungen des Prinzen Max“<sup>11)</sup> — die sich seit 1917 auffallend häufen — angesehen werden, sondern hatte auch erheblichen Anteil an der Entwicklung des vom Prinzen vertretenen „ethischen Imperialismus“.<sup>12)</sup> Zusammen mit Alfred Weber war Hahn im Februar 1918 Verfasser einer Eingabe an Ludendorff, die eine unzweideutige Erklärung über Belgien forderte, ehe es zur Offensive kommen würde; zusammen mit Haeflten war Hahn an der Fixierung von Vorschlägen für eine umfassende politische Propaganda-offensive im Frühjahr und Sommer 1918 beteiligt. Trotz seiner weitverzweigten Betätigung und literarischen Aktivität und trotz seines Einsatzes für die Reichskanzlerkandidatur des badischen Thronfolgers vermochte Reichskanzler Prinz Max Anfang Oktober 1918 nicht, Hahn gegen den entschiedenen Widerstand verschiedener Staatssekretäre als politischen Mitarbeiter in amtlicher Eigenschaft in die Reichskanzlei zu berufen.<sup>13)</sup> Er arbeitete deshalb als „Privatsekretär“ des Prinzen, dem er sich — zur Verärgerung der meisten Staatssekretäre, von denen ihn nur Haußmann und Solf akzeptierten — als unentbehrlich erwies.<sup>14)</sup>

In den fünf Wochen der Kanzlerschaft blieb Hahn neben Simons, Haußmann — und zunächst auch noch Haeflten — auf Grund seiner persönlichen Stellung einer der einflußreichsten Berater des Kanzlers, in dessen Auftrag er auch eine Informationsreise nach Kopenhagen unternahm.<sup>15)</sup> Er erlangte in dieser Zeit eine solche Vertrauensstellung, daß er nach einer vorübergehenden Tätigkeit als Privatsekretär des Bankiers Max Warburg bei den Friedensverhandlungen in Paris (1919) endgültig in die Dienste des Prinzen Max von Baden in Salem trat. Dort begründete er die bekannte Salemer Schule und — nach

<sup>10)</sup> So Rosen S. 206 Friedrich von Prittwitz und Gaffron, Zwischen Petersburg und Washington. Ein Diplomatenleben. München 1952, S. 97, bezeichnet Hahn als „persönlichen Freund“ des Prinzen.

<sup>11)</sup> So Rosen S. 206. A.a.O. heißt es weiter: „Ich hatte diese Meinung in die cartesianischen Worte zusammengefaßt: ‚Nihil est in Max quod non antea fuerit in Kurt.‘“ Rosen glaubt sogar, daß Prinz Max den folgenschweren Brief vom 12. I. 1918 (vgl. unten S. 136) „in einem Augenblick der Freiheit vom Einflusse seines jugendlichen Mentors geschrieben“ habe, „froh, einmal seinen eigenen Empfindungen und Gedanken Luft machen zu können. Der Brief war also der wirkliche Max, der Max, den die Außenwelt kannte, war Kurt.“

<sup>12)</sup> Vgl. den Wortlaut der Denkschrift bei Prinz Max S. 249 ff. Scheidemann, Memoiren II S. 194 spricht von dem „ethischen Imperialisten Hahn“. Vgl. ferner Prittwitz a.a.O. S. 97 f.: „Mit Geheimrat Simons gehörte Hahn zum Kreis von Personen um den Prinzen Max, die von Beginn des Krieges an so etwas wie eine geistige Widerstandsbewegung gegen den Mangel an Psychologie in der deutschen Außenpolitik darstellten. Sein Idealismus und sein Glaube an die Allmacht des Ethos ließen ihn manchmal in Schwierigkeiten geraten mit der Realpolitik und der Vorsicht der ‚sachverständigen‘ Bürokraten; aber er ließ sich in seinem Ziel, einen gerechten, für eine deutsche Demokratie tragbaren Frieden zu erringen, nicht beirren.“

<sup>13)</sup> In der in Anm. 5 erwähnten „Biographischen Notiz“ Hahns heißt es demgegenüber S. 95: „4. Oktober 1918 bis 9. November Dienst in der Reichskanzlei.“ Prinz Max S. 375: „Ich sorgte dafür, daß Hahn Geheimrat Simons unterstellt wurde.“ Demgegenüber spricht Prinz Max a.a.O. S. 369 Anm. 1 von „meinem Sekretariat“, womit zweifellos K. Hahn gemeint ist.

<sup>14)</sup> Neben Payer (vgl. S. 77 Anm. 4) war besonders Scheidemann Hahn nicht gewogen. Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 176: „Was für Hindenburg Herr Ludendorff, das war für den Prinzen Herr Kurt Hahn, während und nach seiner Reichskanzlerschaft — unsichtbar und unmerklich für die weitere Umwelt.“ A.a.O. S. 179 kritisiert Scheidemann den Prinzen Max, der sich „zu sehr auf den jugendlichen Ratgeber Hahn, dem selbst politische Erfahrung gefehlt hat“, verlassen habe. A.a.O. S. 196 noch deutlicher: Der Reichskanzler sei „ohne Herrn Kurt Hahn völlig hilflos“ gewesen.

<sup>15)</sup> Vgl. unten S. 427 f. Dazu Snell S. 198: Hahn sei durch seine früheren Beziehungen „unvergleichlich wertvoll für die Regierung“ geworden.

seiner Emigration nach Großbritannien im Sommer 1933 — eine Zweigschule in Gordonstoun, der später weitere Schulgründungen folgten. Hahn, Ehrendoktor der Universitäten Edinburgh und Göttingen, ist der letzte noch lebende Augenzeuge aus dem Umkreis der „Oktoberregierung“ von 1918. Er darf als der Initiator und der eigentliche Bearbeiter der „Erinnerungen“ des Prinzen Max bezeichnet werden, deren Entstehungsgeschichte weiter unten eingehend behandelt wird.

Hahns erster Versuch, in den Tagen der Bethmann-Krise den Prinzen Max als Reichskanzler-Kandidat zu propagieren<sup>16)</sup>, fand sowohl bei David als auch, in noch stärkerem Ausmaß, bei Haußmann positive Aufnahme. Nach einer von Hahn geführten vorbereitenden Besprechung am 13. 7. 1917 kam bereits drei Tage später eine Aussprache zwischen dem seit dem 13. 7. in Berlin weilenden Prinzen Max<sup>17)</sup> und David („im Hause Oppenheimer“) zustande, bei der Hahn und Frau Lina Richter zugegen waren. Verlauf und Ergebnis dieser Aussprache — bei der die (wohl von Hahn entworfene) Erklärung des Prinzen vom 15. 7. „für die Form, in welcher sich der Reichskanzler auf den Boden der Mehrheitsresolution stellen sollte“, zugrunde gelegen haben dürfte<sup>18)</sup> — faßte David folgendermaßen zusammen: „Lege wieder mal die ganze Situation der Entscheidung über die legale Umgestaltung oder Zusammenbruch, Niederlage und Revolution [dar]. Aussprache über parlamentarisches System. Der Prinz ist verständig und dem Neuen zugewandt.“<sup>19)</sup>

Trotz oder wegen dieser „Verständigkeit“ verdichtete sich offensichtlich bei Prinz Max, der in diesen Tagen in Berlin mit „Persönlichkeiten verschiedenster politischer Richtung“ Fühlung nahm<sup>20)</sup>, allmählich der gesprächsweise aufgetauchte Gedanke, „ob ich denn nicht das Kanzleramt annehmen würde“. Der Prinz gesteht nachträglich, daß ihn entsprechende Fragen „in eine Erregung“

<sup>16)</sup> Im Kriegstagebuch Davids, Nachlaß David, heißt es unter dem 8. 7. 1917: „Kurt Hahn als Mittelsmann. Aufgeregt.“

<sup>17)</sup> Vgl. Prinz Max S. 110.

<sup>18)</sup> A.a.O. S. 116 f.

<sup>19)</sup> Nachlaß David, Kriegstagebuch. Vgl. auch Prinz Max S. 118 f.: „Ein Gespräch mit dem Abgeordneten David war mir bedeutsam... Er versicherte mir, es müsse nach innen reformiert, nach außen auf den Verständigungsfrieden weithin sichtbar hingearbeitet werden. Die Alternative sei: ‚Maschinengewehre gegen das eigene Volk und ein verlorener Krieg.‘“

<sup>20)</sup> Vgl. a.a.O. S. 118. Zu den Gesprächspartnern gehörte auch Fehrenbach. In einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ vom 11. 10. 1918 wurde folgende Äußerung Haußmanns wiedergegeben: „Ich höre noch jetzt, wie am 15. Juli unmittelbar nach der [...] Ernennung des Kanzlers Michaelis im Interfraktionellen Ausschuß bei Besprechung unserer Mehrheitspolitik Fehrenbach [...] aussprach: ‚Von der Richtigkeit unserer in der Mehrheitsresolution niedergelegten Auffassung überzeugte mich erst recht ein Gespräch, das ich heute mit dem Präsidenten der badischen Ersten Kammer, Prinz Max von Baden, hatte.‘ Fehrenbach wurde unterbrochen durch den Zuruf: ‚Warum habt Ihr den nicht zum Reichskanzler gemacht!‘“ — Ob dieser Zuruf (von David?) in dieser Form gefallen ist, läßt sich nicht nachprüfen. Er ist in Haußmanns Protokoll über die betreffende Sitzung (vgl. Quellen I/I S. 99 f.) nicht überliefert.

Bei dem genannten Zeitungsartikel handelt es sich um eine unter der Überschrift „Wie Prinz Max Kanzler wurde“ wiedergegebene Unterredung des Berliner Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“, Dr. Paul Goldmann, mit einem „der führenden Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses“. Ein im Nachlaß Haußmann 20 überliefertes maschinenschriftl. Manuskript mit dem eigenhändigen Zusatz „von C. H.“ belegt, daß es sich bei dem nicht genannten Gesprächspartner um Haußmann handelt.

versetzt hätten, über die er „selbst betroffen“ gewesen sei.<sup>21)</sup> Als es Hahn gelang, am 20. 7. eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Prinzen, Haußmann und Payer, den Haußmann zu interessieren vermocht hatte, zustande zu bringen — einen Tag nach Annahme der Friedensresolution im Reichstag, die Prinz Max von der Tribüne des Reichstags aus erlebt hatte<sup>22)</sup> —, da schien sich die Frage einer möglichen Übernahme des Reichskanzleramts durch den Prinzen zu konkretisieren. Er erklärte auf eine Frage Payers, ob er sich „wohl gegebenenfalls“ bereitfinden würde, „Kanzler zu werden“<sup>23)</sup>, seine Bereitschaft, einen vom Kaiser an ihn ergehenden Ruf anzunehmen.

Nach diesem Gespräch hatte Prinz Max sofort das richtige Gefühl, „daß es Zeit wäre, beschleunigt abzureisen“, um nicht in den Verdacht des Intrigierens zu geraten. Die von ihm gleichzeitig aus naheliegenden Gründen ausgesprochene Bitte, „man solle jede, auch die diskreteste Werbung“ für seine Kandidatur unterlassen, mußte auch Haußmann respektieren, der bereits am folgenden Tage — unter Anspielung auf die Ernennung von Michaelis — an Hahn schrieb, die „bisher getroffene Lösung“ sei eine „Halbheit“ und eine „Riesengefahr“. Haußmann gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß eine „richtige Lösung“ in dieser Stunde alle Vorbereitungen fände, „wenn man sie ergreift.“<sup>24)</sup> In der Tat zögerten die „näheren Gesinnungsgenossen“<sup>25)</sup> des Prinzen keinen Tag, diese „Vorbereitungen“ zu treffen. Davon zeugt das folgende Schreiben von Kurt Hahn an Haußmann vom 22. 7. 1917 (1 Uhr nachts):<sup>26)</sup>

„Wir haben einen mächtigen Bundesgenossen bekommen, ich habe aber versprechen müssen, ihn nicht zu nennen.“<sup>27)</sup>

Ich konnte Sie heute abend nicht antelephonieren, weil ich die ganze Zeit unterwegs war. Ich habe sehr stark den Eindruck, daß in den nächsten 14 Tagen nichts zu machen ist. Heinrich [Michaelis] muß erst eine Galgenfrist haben, M[ax] sich erholen. Inzwischen befindet sich der Schwerpunkt der Lage im Schwarzwald<sup>28)</sup> und dafür ist ein guter Plan entworfen. Mittlerweile ist es auch unmöglich, irgendwie Emil [den Kaiser] durch Oskar [Kaempf] benachrichtigen zu lassen, denn Emil muß erst von wo anders her präpariert werden. Soeben höre ich, daß Navigator [Schiffer] in Heinrichs [Michaelis] Firma eintreten will.<sup>29)</sup> Es ist absolut notwendig, so sollte ich meinen, daß ein solches Unternehmen keine Nachahmung bei den Majoritätsparteien findet. An Hansens Schwager [Delbrück (Pr. Jhrb. ?)] ist es noch nicht herangetreten. Ich habe dringend Hans [Delbrück] gebeten, er soll alles dazu tun, daß sein Schwager<sup>29a)</sup> ablehnt, wenn es geschieht. Nach meiner Meinung ist es die Vorbedingung für alles Gelingen, daß Heinrich [Michaelis] eben keine anständigen Compagnons zusammenkriegt. [...]

<sup>21)</sup> Vgl. Prinz Max S. 117.

<sup>22)</sup> A.a.O.

<sup>23)</sup> A.a.O. S. 121 f. Die von Prinz Max benutzte, a.a.O. S. 122 Anm. 1 erwähnte eigenhändige Aufzeichnung Haußmanns über diese Unterredung befindet sich im Nachlaß Haußmann 29.

<sup>24)</sup> Handschriftl. Abschrift im Nachlaß Haußmann 54.

<sup>25)</sup> Dieser Ausdruck bei Prinz Max S. 122.

<sup>26)</sup> Nachlaß Haußmann 54, Maschinenschrift. Die in eckigen Klammern aufgelösten Namensverschlüsselungen sind von Haußmann im Or. eigenhändig eingefügt.

<sup>27)</sup> Zweifelsohne ist Haefen gemeint.

<sup>28)</sup> Prinz Max hielt sich in St. Blasien auf.

<sup>29)</sup> An dieser Stelle hat Haußmann ein eingeklammertes Fragezeichen eingefügt.

<sup>29a)</sup> Adolf v. Harnack.

Ich meine nur, daß meine Initiative in der Sache bei M[ax] fürs erste zu Ende zu sein hat. Ich habe, bei aller Freundlichkeit, deutlich den Eindruck, daß man ihm für die nächsten 14 Tage alles weitere selbst überlassen sollte.

Schreiben Sie mir bitte ganz frei und unbefangen (nur keine Namen!)<sup>30)</sup> [ . . . ].“

Haußmann seinerseits suchte den einflußreichen Zentrumsabgeordneten Fehrenbach für seine Pläne zu gewinnen<sup>31)</sup>, um das „Provisorium“ Michaelis<sup>32)</sup> möglichst rasch zu beendigen. Und auch Hahn, der dem Prinzen weiterhin seine politischen Berichte zusandte und ihn auch in Salem aufsuchte, ließ keine Gelegenheit vorübergehen, „unsere Lösung“ — „sie ist der einzige Weg [aus der Michaelis-Krise] heraus“<sup>33)</sup> — zu propagieren. In den Wochen der allgemeinen Ratlosigkeit während der Kanzlerschaft Michaelis' nutzten die „Werber“ des badischen Thronfolgers jede Gelegenheit, den Namen ihres Kandidaten nicht nur in den Kreisen der Mehrheitsparteien, sondern auch bei der OHL und beim Chef des Zivilkabinetts gezielt zur Sprache zu bringen. Haußmann wußte sich des Einverständnisses seiner Fraktionskollegen Payer, Naumann und Haas sicher<sup>34)</sup> und war sich von vornherein darüber im klaren, daß sein Kandidat, der ein „neues Regierungssystem“ einleiten sollte<sup>35)</sup>, auf das „Einvernehmen“ sowohl mit der OHL als auch der Sozialdemokratie angewiesen war.

Infolgedessen setzte er, weiterhin von Hahn lebhaft unterstützt, alles daran, um einerseits über Haeften — den er inzwischen kennengelernt und für seine Lösung zugänglich gefunden hatte<sup>36)</sup> — auf Ludendorff<sup>37)</sup> und andererseits über David — der ebenfalls, wengleich nicht öffentlich, für den Prinzen eintrat<sup>38)</sup> — auf Ebert und Südekum einzuwirken. In Schreiben an die Abgeordneten Dove und Richthofen sowie an den Reichstagspräsidenten Kaempff vom 2. 9. 1917 empfahl Haußmann verschiedene Kanzlerkandidaten, darunter „in besonderem Maß“ den badischen Prinzen.<sup>39)</sup> Zudem gelang es dem Abgeordneten, den zunächst wohl skeptischen Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ für seine Lösung zu gewinnen.<sup>40)</sup>

Darüber hinaus traten auch der Hamburger Bankier Max Warburg<sup>41)</sup> und der

<sup>30)</sup> Die letzten drei Worte nachträglich eigenhändig eingefügt.

<sup>31)</sup> Schreiben vom 22. 7. 1917, eigenhändiger Entwurf, Nachlaß Haußmann 29.

<sup>32)</sup> So in einem Schreiben Haußmanns vom 24. 7. 1917 an Fischbeck (a.a.O. 29, eigenhändige Abschrift) und am 27. 7. an Hahn (a.a.O. 115, Durchschlag).

<sup>33)</sup> So in einem Schreiben vom 17. 8. 1917 an Haußmann; a.a.O., Maschinenschrift.

<sup>34)</sup> Vgl. Haußmann S. 149 (Brief vom 21. 10. 1917 an seinen Sohn Robert); Quellen 1/I S. 163 (Schreiben Haußmanns vom 28. 8. 1917 an Leser); a.a.O. S. 358 (über Haas, 29. 10. 1917).

<sup>35)</sup> Haußmann S. 148.

<sup>36)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 215 (Unterredung mit Haeften am 6. 10. 1917); a.a.O. S. 324 (Tagebuchaufzeichnung vom 28. 10. 1917).

<sup>37)</sup> Vgl. Prinz Max S. 147.

<sup>38)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 274 (David an Südekum, 23. 10. 1917).

<sup>39)</sup> Nachlaß Haußmann 29, handschriftl. Abschriften.

<sup>40)</sup> Das geht aus seinem Schreiben vom 4. 11. 1917 (Quellen 1/I S. 455) an Payer hervor: „A[ugust] Stein erklärt jetzt [!] den Pr[inzen] Max für den einzig richtigen Mann.“

<sup>41)</sup> Das ergibt sich aus einem Telegramm Warburgs an Haußmann; Nachlaß Haußmann 29, undatierte maschinenschriftl. Abschrift (wohl Ende September).

in politischen Kreisen Berlins einflußreiche Historiker Hans Delbrück auf seine Seite. Durch Delbrücks Vermittlung ließ Haußmann den Kabinettschef Valentini nachdrücklich auf Prinz Max aufmerksam machen<sup>42)</sup>, dessen Kandidatur auch der Minister des Königlichen Hauses, August Graf zu Eulenburg, unterstützte.<sup>43)</sup> Valentini übermittelte den an ihn herangetragenen Vorschlag am 25. 10. 1917 dem Kaiser, der sich jedoch ablehnend äußerte<sup>44)</sup> — wenn wir hier Haußmann, der sich auf spätere Mitteilungen Delbrücks beruft, folgen können, „weil der Kaiser wohl Rat von einem erfahrenen Staatsmann als Kanzler, nicht aber von einem jüngeren und also weniger erfahrenen Standesgenossen annehmen könne“.<sup>45)</sup>

Zu diesem Zeitpunkt sprachen sich gegen eine Reichskanzlerschaft des badischen Thronfolgers außer dem Großherzog von Baden vor allem Solf („zu weich“<sup>46)</sup>, Helfferich<sup>47)</sup> und der württembergische Ministerpräsident v. Weizsäcker aus.<sup>48)</sup> Als Haußmann in einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 29. 10. 1917 seinen Kandidaten kräftig propagiert hatte, machte sich ausgerechnet der preußische FVP-Abgeordnete Fischbeck zum Dolmetsch badischer Interessen, die einer Reichskanzlerschaft des badischen Thronfolgers entgegenständen.<sup>49)</sup> Im Rückblick auf die politischen Ereignisse der letzten Wochen schrieb Haußmann am 13. 11. 1917 an den Prinzen: „Schon diesmal hat uns der Stützpunkt gefehlt, den uns eine Berufung auf eine authentische Kundgebung Ew. Hoheit verliehen haben würde.“<sup>50)</sup>

Nach der Ernennung Hertlings, die Haußmann vergeblich zu verhindern gesucht hatte<sup>51)</sup>, verschwand der Name des Prinzen, der sich am 17. 12. 1917 für die „Loyalität“ Haußmanns bedankte<sup>52)</sup>, eine Zeitlang aus den internen politischen Diskussionen. Immerhin fand seine programmatische Rede zur Eröffnung der badischen Ersten Kammer am 14. 12. 1917 allgemeine Aufmerksamkeit.<sup>53)</sup> Sein Name war inzwischen in Berlin so weit bekanntgeworden, daß er sofort wieder im Kreise der Eingeweihten genannt wurde, als sich nach Kühlmanns bekannter Reichstagsrede vom 24. 6. 1918, die kurz darauf durch das Eingreifen der OHL

<sup>42)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 219 Anm. 9.

<sup>43)</sup> Vgl. Rudolf Valentini, Kaiser und Kabinettschef, hrsg. von Bernhard Schwertfeger. Oldenburg i. O. 1931, S. 180; Haußmann S. 154 (Schreiben vom 13. 11. 1917 an Prinz Max).

<sup>44)</sup> Vgl. Valentini a.a.O. S. 177 f.

<sup>45)</sup> Vgl. Haußmann S. 204 (Schreiben vom 22. 6. 1918 an seine Frau) und die leicht veränderte Wiedergabe dieser Worte bei Prinz Max S. 148. Vgl. noch Quellen 1/I S. 591 Anm. 37.

<sup>46)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 215 (6. 10. 1917, Unterredung Haußmanns mit Haefen).

<sup>47)</sup> Vgl. a.a.O. S. 223 (12. 10. 1917, Unterredung Haußmanns mit Helfferich). Dazu Karl Helfferich, Der Weltkrieg. Karlsruhe 1925, S. 687.

<sup>48)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 324 (28. 10. 1917, Aufzeichnung Haußmanns).

<sup>49)</sup> „Max ist beliebt. Das ist wahr. Aber gerade im Land Baden sagt man: Der Mann soll nicht verbraucht werden.“ A.a.O. S. 358.

<sup>50)</sup> Nachlaß Haußmann 29, Durchschlag einer Abschrift. Ein Teil dieses Briefes ist bei Haußmann S. 154 f. abgedruckt, wobei die Auslassung dieses Satzes nicht kenntlich gemacht ist.

<sup>51)</sup> Vgl. zuletzt Quellen 1/I S. 325 f. Ferner Haußmann S. 153 f.; Prinz Max S. 149 f.

<sup>52)</sup> Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig. Dazu Prinz Max S. 280: „Bei Hertlings Ernennung hatte ich noch Erleichterung empfunden, daß der Kelch an mir vorüberging.“

<sup>53)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 1030 ff.; Prinz Max S. 169 ff.

zu seiner Entlassung führte<sup>54)</sup>, auch eine Kanzlerkrise abzuzeichnen schien. Diesmal konnte sich allerdings Haußmann, durch Krankheit verhindert, nicht in gewohnter Weise für seinen Kandidaten einsetzen. Dieser wurde dafür jetzt von anderer Seite — so vom bayerischen Kronprinzen Rupprecht — dem Grafen Hertling als geeigneter Nachfolger Kühlmanns vorgeschlagen.<sup>55)</sup> Als dann im Spätsommer 1918 nicht nur den parlamentarischen Beobachtern zunehmend deutlicher wurde, daß die Tage von Hertlings Kanzlerschaft gezählt waren, verstärkten Anfang September 1918 Haußmann und Hahn ihre gemeinsamen Bemühungen.<sup>56)</sup> Sie konnten dabei auf wirkungsvolle Unterstützung aus Süddeutschland (Kronprinz Rupprecht, Ministerpräsident v. Dandl und v. Bodmann) rechnen.<sup>57)</sup> Ob hingegen, wie Haußmann annimmt<sup>58)</sup>, zu diesem Zeitpunkt auch der Kaiser an Prinz Max als gegebenen Nachfolger für Graf Hertling dachte, ist mehr als zweifelhaft.

Der Prinz jedenfalls glaubte, mit seiner unmittelbar bevorstehenden Berufung rechnen zu dürfen und ließ sich vorsorglich am 6. 9. 1918 in St. Blasien von Kurt Hahn, der ihn dort aufsuchte und ihm in Haefdens Auftrag über die katastrophale militärische Lage Bericht erstattete, eine Art Regierungsprogramm ausarbeiten.<sup>59)</sup> Am folgenden Tage bezeichnete er diesen Entwurf gegenüber Haußmann, der durch einen eiligen Brief von Hahn<sup>60)</sup> herbeizitiert worden war, bereits als „mein Programm“.<sup>61)</sup> Als daraufhin der Stuttgarter Abgeordnete seine Überzeugung äußerte, daß auf Grund dieses Programms die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten und das Zentrum einen Reichskanzler Prinz Max unterstützen würden, trat der badische Thronfolger aus seiner Reserve heraus: „Ich schrieb an den Kaiser und stellte mich ihm zur Verfügung.“<sup>62)</sup> Wie eine kalte Dusche dürfte ihm die kurze telegraphische Antwort des Kaisers vom 11. 9. vorgekommen sein, der ihm höflich dankte und ihn mit den Worten beschied: „Zur Zeit kann anderes nicht in Aussicht genommen werden.“<sup>63)</sup>

<sup>54)</sup> Vgl. Quellen I/I S. 413 ff.

<sup>55)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 459. Über die Aktivität des Hamburger Bankiers Max Warburg für Prinz Max als Nachfolger Kühlmanns vgl. Müller S. 390.

<sup>56)</sup> Vgl. a.a.O. S. 492 (10. 9. 1918: Besprechung Davids mit Hahn, Frau Lina Richter und H. Delbrück: „Kandidatur Prinz Max“).

<sup>57)</sup> Vgl. Prinz Max S. 279, 302, 304.

<sup>58)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 491 (9. 9. 1918, Schreiben an Payer).

<sup>59)</sup> Abgedruckt Prinz Max S. 306 ff., wo Hahn nicht ausdrücklich als Verf. genannt ist. Vgl. dazu die kritischen Äußerungen von Scheidemann, Memoiren II S. 176 ff., der von Hahns Verfasserschaft ausgeht.

<sup>60)</sup> 7. 9. 1918; Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig. Hahns flüchtig geschriebener Brief begann: „Marie [= Max] und ich erwarten Sie hier — in dringlicher Arbeit — in St. Blasien (2 Stunden). Wenn Sie in die Nähe kommen, wäre ich aus Tirpitz-Lewald[-]Gründen (beide sind hier) dankbar für Hochklappen des [Auto-]Verdecks, um Ihre Anwesenheit zu verheimlichen. Ich selbst gehe aus gleichen Gründen nicht aus. Wie dankbar und froh ich über Ihr Kommen bin, brauche ich nicht zu sagen. — Noch ist Deutschland nicht verloren. [...]“

<sup>61)</sup> Prinz Max S. 312. Dazu Haußmann S. 212 f.

<sup>62)</sup> Prinz Max S. 315 f.

<sup>63)</sup> Vgl. a.a.O. S. 316.

Als in der zweiten Septemberhälfte infolge der bedrohlichen Zuspitzung der politischen und militärischen Lage auch die OHL einen raschen Kanzlerwechsel forderte, verdoppelten Haußmann, David, Haeften und Hahn ihre Bemühungen, den Prinzen Max ins Gespräch zu bringen.<sup>64)</sup> Das erwies sich jetzt um so leichter, als auch die badische und die bayerische Regierung für Prinz Max votierten.<sup>65)</sup> Als dann am Abend des 27. 9. 1918 Payer — der es strikt ablehnte, selbst das Amt zu übernehmen<sup>66)</sup> — gegenüber Haußmann den Prinzen Max als den besten Nachfolger Hertlings bezeichnete<sup>67)</sup>, und als sich am folgenden Vormittag auch Valentini in diesem Sinne äußerte<sup>68)</sup>, konnten die Kanzlermacher aufatmen. Und als schließlich am Nachmittag des gleichen Tages auch Payer dem Grafen Hertling, der unmittelbar vor der Abreise ins Hauptquartier stand, auf eine entsprechende Frage hin den badischen Prinzen als geeigneten Nachfolger nannte, womit sich — nach Payers Zeugnis — Hertling einverstanden erklärte<sup>69)</sup> und versicherte, er werde ihn dem Kaiser empfehlen<sup>70)</sup>, schien ein reibungsloser Kanzlerwechsel gewährleistet. Doch der Kaiser konnte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht für seinen jüngeren fürstlichen Verwandten entscheiden, vielleicht unter dem Einfluß des Kabinettschefs von Berg, der aus seiner Antipathie gegen den Prinzen kein Hehl machte.<sup>71)</sup>

Um seinerseits ganz sicher zu gehen, ließ Haußmann am Abend des 30. 9., nach dem Rücktritt des Grafen Hertling, noch einmal durch Haeften einen Vorstoß bei Payer unternehmen. Der Vizekanzler trat dabei erneut für die Ernennung des Prinzen ein, was Haeften sofort telephonisch der OHL berichtete. Ludendorff erklärte sich daraufhin, „zugleich im Namen des Feldmarschalls“, mit der getroffenen Wahl einverstanden. Er beauftragte Haeften, am nächsten Morgen dem Kabinettschef von Berg mitzuteilen, daß sich die OHL mit einer etwaigen Berufung des badischen Thronfolgers durch die Krone einverstanden erkläre.<sup>72)</sup> Das geschah.<sup>73)</sup>

<sup>64)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 670 f. (23. 9. 1918, Besprechung Davids mit Frau Richter). Unter dem 25. 9. heißt es im Kriegstagebuch Davids, Nachlaß David: „Hahn bei mir für Prinz Max.“ Ferner Haußmann S. 223 f. (26. 9., Schreiben an Haeften: „Aber jedenfalls muß blitzschnell gehandelt werden.“); Prinz Max S. 323 f. Dazu Lütge S. 17: „Wenn er [Haußmann] mit seinen Bemühungen nicht wieder Schiffbruch erleiden wollte, mußte er für seine Pläne eine größere Basis finden.“

<sup>65)</sup> Vgl. Payer S. 84.

<sup>66)</sup> Vgl. a.a.O. S. 85.

<sup>67)</sup> Vgl. Haußmann S. 225.

<sup>68)</sup> Vgl. a.a.O. S. 226; Quellen 1/II S. 721 Anm. 17.

<sup>69)</sup> Vgl. Payer S. 84; Haußmann S. 229; Quellen 1/II S. 727.

<sup>70)</sup> Das geschah dann nicht; am folgenden Tage schlug Hertling dem Kaiser statt dessen den Grafen Roedern vor; vgl. Roederns Aufzeichnung vom 20. 12. 1923, WUA 2 S. 418.

<sup>71)</sup> Vgl. Karl Graf von Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. B. 1919, S. 182; Payer S. 93.

<sup>72)</sup> Vgl. Haußmann S. 230; Quellen 1/II S. 770 f. (30. 9., Unterredung Haefdens mit Haußmann und Payer); 772 (30. 9., Telephonat Haefdens mit der OHL); Prinz Max S. 330. Dazu Scheidemann, Memoiren II S. 187: „Hindenburg und Ludendorff ‚genehmigten‘ die Kandidatur.“

<sup>73)</sup> Vgl. S. 12 Anm. 29. In seinen Erinnerungen (Nachlaß Haeften) verwahrt sich Haeften energisch gegen die „einige Tage später von Exzellenz von Berg gemachte Behauptung, ich

Da Fehrenbach und Payer, in denen der Mehrheitsausschuß die gegebenen Kandidaten für das Amt des Reichskanzlers sah<sup>74)</sup>, es abgelehnt hatten, dieses Amt zu übernehmen — vielleicht mit Rücksicht auf die Kandidatur des Prinzen —, nutzte Haußmann diese Lage, um sich am 1. 10. 1918 im „Berliner Tageblatt“ für die Ernennung des Prinzen einzusetzen. Dieser hatte gegenüber Payer seine Bereitschaft erklärt, ein Mehrheitsministerium zu bilden und „seine Person heute in den Dienst eines politischen Amtes“ zu stellen, was — nach Haußmann — „Energie und bürgerlichen Geist“ (!) verriet.<sup>75)</sup> Am gleichen Vormittag, an dem diese Zeilen in Berlin gelesen wurden, begannen die entscheidenden Verhandlungen des Vizekanzlers und des Kabinettschefs mit den Vertretern der Mehrheitsparteien. Diese waren — vielleicht mit Ausnahme Haußmanns, der engen Kontakt zu Haefsten gehalten hatte — über die inzwischen getroffenen Absprachen und den letzten Stand der Dinge nicht informiert. In mehreren langen Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses entwickelten die Parteiführer eigene Vorstellungen über die Kanzlernachfolge und die Regierungsneubildung auf der Grundlage des Programms der Mehrheitsparteien vom Vortage. Ihre Verhandlungen bilden den Auftakt der vorliegenden Dokumentation.

Die Tatsache, daß einzelne Abgeordnete der Mehrheitsparteien die Kandidatur des Prinzen Max förderten, weil sie der Ansicht waren, in ihm einen geeigneten Verfechter ihrer politisch-parlamentarischen Ziele zu bekommen, legt die Frage nach den politischen Anschauungen des badischen Thronfolgers nahe. Die „Frankfurter Zeitung“ gab anlässlich der Ernennung des Prinzen zum Reichskanzler der Stimmung eines Teiles der Reichstagsmehrheit wohl richtig Ausdruck, wenn sie schrieb, es habe den Anschein, als ob Prinz Max „der erste Reichskanzler der deutschen Demokratie“ werde; er komme als „Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit“, der „besser als vielleicht irgendein anderer heute die gemeinsamen Grundgedanken und die gemeinsame Gesinnung der Reichstagsmehrheit in sich darstellt.“<sup>76)</sup>

Wie wenig indes Prinz Max in Wirklichkeit mit den politischen Zielsetzungen der Reichstagsmehrheit konform ging, läßt sich genauer belegen. Daß der badische Thronfolger ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie und einer „Solidarität der Fürsten“ war und nach Kräften den monarchischen Gedanken zu stärken suchte — dessen Gefährdung er klar erkannte —, versteht sich von

---

hätte ihm bei dieser Unterredung gesagt, der General Ludendorff wünsche die Ernennung des Prinzen Max zum Reichskanzler. Ich habe lediglich den Auftrag des Vizekanzlers von Payer ausgeführt und zum Schlusse lediglich die Zustimmung der OHL zu einer etwaigen Wahl des Prinzen Max durch die Krone ausgesprochen.“

<sup>74)</sup> Ebert erklärte am 2. 10. in einer Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion, zunächst sei Fehrenbach vorgesehen gewesen, nach dessen sofortiger Ablehnung Payer, der „nach längerem Überlegen“ ebenfalls abgelehnt habe, „und so hat man sich entschlossen, die Kandidatur des Prinzen Max von Baden in Aussicht zu nehmen.“ Vgl. SPD-Fraktion, 2. 10. 1918.

<sup>75)</sup> Vgl. Lütge S. 29. Dazu Scheidemann, Memoiren II S. 194: „Max war der Kandidat des lebenswürdigen Konrad Haußmann.“

<sup>76)</sup> 3. 10. 1918, Abendblatt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Artikel von Haußmann inspiriert ist.

selbst.<sup>77)</sup> Daß er aber den Versuch unternommen hatte, die Friedensresolution zu verhindern<sup>78)</sup>, die er auch 1918 noch nicht akzeptieren wollte<sup>79)</sup>, hätte die Abgeordneten der Mehrheitsparteien, die mit ihm in nähere Berührung kamen, stutzig machen müssen. Es verwundert, daß Haußmann und andere Abgeordnete — vor allem auch David — offensichtlich nicht zu erkennen vermochten, wie weit der Prinz in Wirklichkeit von ihren politisch-parlamentarischen Zielsetzungen und Vorstellungen entfernt war. Das beste Zeugnis dafür findet sich außer in den bereits mitgeteilten Tagebuchaufzeichnungen von David in einem Schreiben des Prinzen aus Karlsruhe vom 17. 12. 1917 an Haußmann, in dem er für den Stuttgarter Abgeordneten sein „politisches Glaubensbekenntnis“ knapp zusammenfaßte. Dieses Schreiben<sup>80)</sup> lautete folgendermaßen:

„Sehr verehrter Herr Rechtsanwalt!

Sie haben mich mit großer Freundlichkeit gebeten, Ihnen einige Andeutungen über meine Ansichten — innerpolitischer und außenpolitischer Art — zukommen zu lassen. Ich konnte Ihnen damals von Salem aus nur telegraphieren, daß ich von Karlsruhe aus nach Eröffnung des Landtags antworten könne.

Darf ich Sie nun bitten, meine Ansprache an die I. Kammer vom 14. [12.]<sup>81)</sup> als mein politisches Glaubensbekenntnis einstweilen anzunehmen. Es konnte und sollte nur in großen Zügen gegeben werden.

Ich bin kein Politiker, jedenfalls nicht nach der technischen Seite. Ich sehe im allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht kein Allheilmittel und bin entschieden nicht für ein Weitergehen in Dingen des sog. parlamentarischen Systems. Ein[en] Kampf um dieses System halte ich jetzt einfach für verderblich. Was auf diesem Boden notwendig ist, habe ich mit den Worten „vertrauensuchender Einheitswille von Krone und Volk“ bezeichnet. Es darf nicht zu einer Machtfrage gemacht werden, sondern nur unter dem Gesichtspunkt besserer Arbeitsleistung und Vermehrung nationaler Kraft betrachtet werden. Das ist das Ziel, alles andere von Übel.

Die Mitarbeit derjenigen Sozialdemokratie, die deutsch sein will, ist zu erstreben, aber sie soll nicht als etwas Besonderes, sondern als etwas Selbstverständliches von ihr erwartet werden.

Mit einem Wort: Mitarbeit des Volkes, aber Ausschluß der Massenherrschaft und Demagogie.

Zu der äußeren Politik:

Ich meine, man sollte das Resultat im Osten abwarten. Dort werden sich die Dinge, denke ich, ziemlich schnell klären, d. h. wir werden bald sehen, ob ein uns günstiger Friede zu erreichen ist. Dazu gehört vor allem die Ablösung der baltischen Provinzen, wenn irgend möglich auch der Ukraine.

Mir scheint, wir haben über Belgien uns deutlich genug ausgesprochen. Herr Hahn ist ja anderer Ansicht. Ich würde vorziehen, wir würden etwas mehr über die Möglichkeit des „Brückenbaues“ zwischen den Nationen wissen, ehe wir Belgien als Kompensations-

<sup>77)</sup> Vgl. insbesondere seine Briefe an den Kaiser vom 15. 8. und aus den ersten Septembertagen 1918; Prinz Max S. 291 f., 316.

<sup>78)</sup> Vgl. a.a.O. S. 113.

<sup>79)</sup> Vgl. z. B. a.a.O. S. 122, 178, 184 (Brief an seinen Vetter Prinz Alexander zu Hohenlohe vom Januar 1918), 316 u. ö.

<sup>80)</sup> Nachl. Haußmann 29, eigenhändig.

<sup>81)</sup> Vgl. den Wortlaut bei Prinz Max S. 169 ff.

objekt aufgeben. Das feindliche Regime ist mir noch zu knockout und imperialistisch, um diesem soweit entgegenzukommen. Hier verhalte ich mich noch abwartend.

Die Weltgewissensfrage kann aber nicht genug betont werden. Dabei muß unter allen Umständen die internationale Note vollkommen fehlen und das ganze Schwergewicht auf das den Deutschen inwohnende menschheitliche Verantwortungsgefühl gelegt werden.

Mehr kann ich heute nicht sagen, da ich morgen zu unseren badischen Helden von Cambrai fahre, von denen ich gesprochen habe.

Ich betone gern noch einmal meine Dankbarkeit für Ihre Loyalität mir gegenüber. — Ihren Sohn sah ich in Löwen und freute mich darüber. — Ihrem Urteil über K[urt] H[ahn] stimme ich herzlich zu. Er ist außerdem ein lieber Mensch mit einer selten reinen und schönen Seele.

Bestens grüßend zeichne ich mich  
Ihr sehr ergebener

Max Prinz v. Baden“.

Die in diesem Brief zum Ausdruck kommende Distanzierung von einem „Weitergehen in Dingen des sog. parlamentarischen Systems“ kam in anderen Äußerungen des Prinzen — die indes nicht allen Parlamentariern bekannt wurden — noch deutlicher zum Vorschein.<sup>82)</sup> Aus seiner Kritik am „westlichen“ oder „französischen“ Parlamentarismus<sup>83)</sup> und aus der wiederholt ausgesprochenen Ablehnung der „westlichen Demokratie“, der Prinz Max eine nicht näher definierte „deutsche Freiheit“ vorzog<sup>84)</sup>, machte er kein Hehl. Seine politische Konzeption über die Reichsführung, wie er sie besonders deutlich am 7. 9. 1918 gegenüber Haußmann entwickelte, lief de facto auf einen vom Kaiser berufenen, allein entscheidenden und verantwortlichen Reichskanzler hinaus. Dieser sollte mit der Freiheit, mit der er dem Kaiser und der OHL gegenüber träte, die gleiche „Unabhängigkeit“ gegenüber dem Reichstag verbinden.<sup>85)</sup> In den Kreis der Staatssekretäre wollte der Prinz insgesamt nur drei Vertreter der Mehrheitsparteien aufgenommen sehen und von vornherein eine — nicht näher gekennzeichnete — „Einmischung der Legislative in die Exekutive“ verhindern.

Mit diesem „Glaubensbekenntnis“ des badischen Thronfolgers, der Anfang September 1918 zudem über die Persönlichkeiten der aus dem Kreise der Parlamentarier zu entnehmenden Staatssekretäre konkrete Vorstellungen besaß<sup>86)</sup>, verbanden sich ein erstaunliches Sendungsbewußtsein („Ich war nun einmal der Fahnen Träger unserer Richtung geworden“; „Mein Name und mein Programm würden in Feindesland sprengen und in der Heimat sammeln“) und ein illusionärer Optimismus („Ich traute mir zu, Lansdowne in die Schranken zu rufen, das Wahlrecht durchzukämpfen, die Majorität, die heute führen wollte,

<sup>82)</sup> Besonders in dem in Anm. 79 erwähnten Schreiben an Prinz Alexander zu Hohenlohe.

<sup>83)</sup> So in dem oben erwähnten Gespräch mit Haußmann und Payer am 20. 7. 1917 (a.a.O. S. 122) und am 7. 9. 1918 zu Haußmann (S. 312).

<sup>84)</sup> Vgl. sein Schreiben vom 15. 8. 1918 an den Kaiser; a.a.O. S. 292.

<sup>85)</sup> Vgl. a.a.O. S. 312.

<sup>86)</sup> Vgl. a.a.O. S. 312: Payer, Rechenberg und Ebert sowie Kardorff als Chef der Reichskanzlei und Haußmann als Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes. Einige Wochen später, unmittelbar vor der Übernahme der Kanzlerschaft, kamen als neue Anwärter hinzu: Junck, Gothein und Naumann; a.a.O. S. 332.

in eine loyale Gefolgschaft zu verwandeln, die Vaterlandspartei in eine nicht minder loyale Opposition“).<sup>87)</sup>

Aber nicht nur Prinz Max gab sich der falschen Auffassung hin, seine Stimme werde „weiter“ tragen als die anderer „Vertreter unserer Richtung“ („das lag nicht an meiner Person, sondern an meiner gehobenen Stellung“).<sup>88)</sup> Nicht wenige Abgeordnete der Mehrheitsparteien teilten die Überzeugung, daß Prinz Max als Bundesfürst gegenüber dem Kaiser und der OHL eine stärkere Stellung besitzen würde. Dafür waren sie bereit, die Vorbehalte, mit denen der badische Thronfolger sich schließlich zum Programm der Mehrheitsparteien bekannte<sup>89)</sup>, bis zu einem gewissen Grade in Kauf zu nehmen. Haußmann — dessen Verhältnis zum Prinzen, ebenso wie das anderer Abgeordneter, ohnehin mehr auf menschlicher Sympathie als auf der Gemeinsamkeit politischer Überzeugungen beruhte — ging noch einen Schritt weiter und erklärte sich bereit (7. 9. 1918), sogar die „Milderung des parlamentarischen Systems“, die sich aus der „fürstlichen Person des Kanzlers“ ergeben würde, aus „bester Überzeugung“ mitzumachen und zu unterstützen.<sup>90)</sup> Auch in der Kanzlerkrise am 11./12. 10. war es Haußmann, der unbeirrt an seinem Prinzen festhielt, von dem er sich ein rascheres Weiterkommen „in der Demokratie“ versprach.<sup>91)</sup>

Klarer als viele Abgeordnete der Mehrheitsparteien, die die Kandidatur des Prinzen Max ohne Begeisterung als Kompromißlösung hinnahmen (Gothein am 1. 10. 1918 im Interfraktionellen Ausschuß: „Prinz Max ist nicht zu verachten“), beurteilte Graf Lerchenfeld die Situation, wenn er bereits am 1. 10. 1918 die Wahl des Prinzen als „keine glückliche“ bezeichnete; nach seiner einsichtigen Begründung sollte ein „Ministerium der Linken“ keinen „königlichen Prinzen“ an seiner Spitze haben: „Damit wird der Eindruck im In- und Ausland, den man erzielen wollte, wieder in Frage gestellt.“<sup>92)</sup>

Wenn Lerchenfeld gleichzeitig die Frage aufwarf (und negativ beantwortete), „wie der Prinz den Anforderungen der Stelle“ gerecht werden sollte, so umschrieb er damit seine Zweifel an der Qualifikation des badischen Politikers für das Reichskanzleramt zwar diplomatischer, aber nicht weniger eindeutig als verschiedene Abgeordnete aller drei Parteien der Reichstagsmehrheit, die am gleichen Tage die Eignung des Prinzen bezweifelten<sup>93)</sup> (Erzberger: „Kann der Herr das Programm [der Mehrheitsparteien] verstehen, ohne daß es ihm erklärt wird?“ — Naumann: „Er hat natürlich keine politische Schulung.“ — Scheidemann: „Alle unsere Freunde haben uns erklärt, daß er ein naives Kind sei [. . .] Von Politik soll er nichts verstehen.“ — Südekum: Der neue Mann könne „nicht einmal eine eigene [Staatssekretärs-]Liste machen.“). Symptomatische

<sup>87)</sup> A.a.O. S. 315.

<sup>88)</sup> A.a.O.

<sup>89)</sup> Für die Änderungen des Programmes der Mehrheitsparteien in den Verhandlungen vgl. Schulthess 1918/I S. 317.

<sup>90)</sup> A.a.O. S. 313. Vgl. demgegenüber Scheidemanns erste und später korrigierte Äußerung am 1. 10. 1918 im Interfraktionellen Ausschuß: „Wir können [keine] Parlamentarisierung und Demokratisierung mit dem Prinzen machen.“ S. unten S. 30.

<sup>91)</sup> Vgl. unten besonders S. 158 mit Anm. 28.

<sup>92)</sup> S. unten S. 29.

<sup>93)</sup> A.a.O. S. 29 ff.

Bedeutung darf Eberts resignierte Feststellung beanspruchen: „Wie der Prinz Max steht, weiß keiner.“

Die Ernennung des badischen Thronfolgers am 3. 10. 1918 war nicht seinen politischen Anschauungen zu verdanken, sondern ausschließlich jenen „Kanzlermachern“, die die Kandidatur des Prinzen Max genau in dem Zeitpunkt lancierten, in dem die gegebenen Kandidaten der Mehrheitsparteien die Übernahme des Amtes abgelehnt hatten.

### C. Kanzler, Kriegskabinetts und Gesamtkabinetts

Durch die überstürzte Art der Regierungsbildung vollzog sich die Berufung des Reichskanzlers und der Staatssekretäre in bisher ungewöhnlichen verfassungsrechtlichen und administrativen Formen. Noch bevor die Ernennung des Prinzen Max am Abend des 3. 10. 1918 ausgesprochen war, wurde bereits in einer Besprechung mit den — ebenfalls noch nicht förmlich ernannten — neuen Staatssekretären die Absendung der ersten deutschen Note an Wilson beraten.<sup>1)</sup> Am folgenden Tage wurden sodann die parlamentarischen Staatssekretäre zunächst kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt, um nicht auf Grund Art. 21 Abs. 2 der Reichsverfassung ihre Reichstagsmandate niederlegen zu müssen.<sup>2)</sup> Ihre endgültige Bestätigung erfolgte ebenso wie die der später hinzukommenden Staatssekretäre Trimborn (7. 10.) und Haußmann (14. 10.) erst am 31. 10. 1918, also nach dem Inkrafttreten der von den Mehrheitsparteien durchgesetzten Änderungen der Reichsverfassung.

Ähnlich wurde der fortschrittliche Abgeordnete Fischbeck am 5. 10. 1918 als Nachfolger v. Sydows mit der Leitung des preußischen Handelsministeriums beauftragt, aber erst am 3. 11. offiziell zum Handelsminister ernannt. Ob die ungewöhnliche Art und Weise, in der Scheidemann am 3. 10. vom Abendessen in einem Restaurant weg in eine Sitzung und damit in den Kreis der Staatssekretäre berufen wurde<sup>3)</sup>, eine Ausnahme oder die Regel darstellte, ist nicht auszumachen. Für die turbulente Situation der durch den Notenwechsel mit Wilson und die sich täglich verschlechternde Lage an den Fronten wie in der Heimat gekennzeichnete Regierungstätigkeit des letzten kaiserlichen Kabinetts

---

<sup>1)</sup> Vgl. S. 65 ff.

<sup>2)</sup> Ein entsprechender Vorschlag war von Trimborn in einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 30. 9. vorgetragen worden; vgl. Quellen I/II S. 740 (Trimborn), 752 (Fischbeck). Nach Prinz Max S. 359 hatte die entsprechende Lösung „meiner Erinnerung nach“ Unterstaatssekretär Lewald vorgeschlagen: „Auf diese Weise glaubten wir der Forderung Genüge zu tun, daß das Übergewicht des Bundesrats über den Reichstag beseitigt werde, und gleichzeitig den Bundesrat vor der ‚Parlamentarisierung‘ zu schützen, die dieser ‚eigentümlichsten der deutschen Reichsinstitutionen‘ des Deutschen Reichs ihren Charakter genommen hätte.“

<sup>3)</sup> Vgl. unten S. 67 Anm. 10. Wie schnell sich Scheidemann in den Kreis der „schwarzen Gehröcke“ eingelebt hat, bezeugt Hanssen S. 316 (5. 10.): „While we [Quessel, David, Hanssen] were talking, Scheidemann joined us. He seemed serious and a little too solemn, in his black frock coat.“

ist es charakteristisch, daß sich Prinz Max zwar am 3. 10. zum preußischen Außenminister, nicht aber auch zum Ministerpräsidenten ernennen ließ<sup>4)</sup> und als Staatsminister nicht den Eid auf die preußische Verfassung geleistet hat.<sup>5)</sup> Die Mehrzahl der Staatssekretäre — „wie ich sie finden konnte“ — wurde noch „in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch“ von Vizekanzler v. Payer vereidigt<sup>6)</sup>, während z. B. Haußmann nach seinem Zeugnis überhaupt nicht den vorgeschriebenen Eid leistete.<sup>7)</sup>

Im Kreise der „Oktoberregierung“ besaß der Reichskanzler von Anfang an — also auch schon vor dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen vom 28. 10. — die faktische Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag. Infolge seiner Anerkennung des Programms der Mehrheitsparteien, deren Zustimmung er seine Ernennung verdankte, war Prinz Max gezwungen, auf die Vertreter dieser Parteien im Kabinett Rücksicht zu nehmen<sup>8)</sup>. Mit Erzberger und Scheidemann befanden sich zudem zwei Persönlichkeiten in seiner Nähe, die sich sehr viel schwerer in die administrative und bürokratische Schablone einfügten als etwa Trimborn und Bauer. Diese waren als Ressortchefs mit konkreten Aufgaben ganz anders belastet als die parlamentarischen Staatssekretäre, deren Namen ohnehin für die Regierung wichtiger waren als „ihre technische Mitarbeit“.<sup>9)</sup> Diese Politiker fanden in einem vom Reichskanzler nicht vorhergesehenen Ausmaß Kraft und Zeit zum „Regieren“<sup>10)</sup> und zur Kontrolle über die Ausführung der gefaßten Beschlüsse. Vornehmlich galt dabei ihre Aufmerksamkeit der Außenpolitik<sup>11)</sup>, die durch die permanenten Beratungen über den Notenwechsel mit Wilson die gesamte Tätigkeit der „Oktoberregierung“ überschattete. So verwundert es keineswegs, daß die parlamentarischen Staatssekretäre geradezu zwangsläufig mit dem Ressortchef des Auswärtigen Amtes, Solf, in Kompetenzstreitigkeiten gerieten.<sup>12)</sup>

Reichskanzler Prinz Max — nach dem späteren Urteil Scheidemanns ein „guter

4) Dazu Prinz Max S. 358: „Ich kam mit Herrn v. Payer überein, daß ich zunächst nur preußischer Minister des Auswärtigen, aber nicht Ministerpräsident wurde. Das Bedenken: als badischer Thronfolger dieses Amt für Preußen zu führen; der Zweifel, ob der Reichskanzler in den kommenden Wochen nicht zu überlastet sein würde, um es wirklich auszuüben, d. h. an den Sitzungen des preußischen Staatsministeriums teilzunehmen, veranlaßten mich, die Entscheidung hinauszuschieben.“

5) In einem Schreiben der Reichskanzlei vom 16. 7. 1926 an Prinz Max (vgl. unten S. XXXIV) heißt es dazu: „Die Vereidigung ist wohl unterblieben, weil der Prinz [...] an einer Staatsministerialsitzung nicht teilgenommen hat.“

6) Vgl. Payer S. 119.

7) Vgl. Haußmann S. 251.

8) Vgl. Prinz Max S. 343.

9) Vgl. Payers Ausführungen am 3. 10. 1918 gegenüber den Bevollmächtigten zum Bundesrat; S. 57.

10) Vgl. Prinz Max S. 371, der nachträglich die Einbeziehung von Staatssekretären ohne Portefeuille in das Kriegskabinett als „Konstruktionsfehler“ bezeichnete, der auf sein „Schuldkonto“ komme.

11) A.a.O.

12) Vgl. Solfs Schreiben vom 5. 11. an den Reichskanzler; unten S. 545 f.

und verständiger Mensch, bestimmt aber kein Politiker<sup>13)</sup> — vermochte nicht, die mangelnde Homogenität des Kabinetts durch zielbewußte Führung auszugleichen. Auf Grund seiner ungewöhnlich starken Abhängigkeit von einem Kreis privater Berater (vor allem Hahn, Warburg, aber auch Simons)<sup>14)</sup> — deren Vorschläge oft genug auf erbitterten Widerstand der Staatssekretäre stießen<sup>15)</sup> — bestand bald ein latentes Mißtrauen einzelner Kabinettsmitglieder gegen diesen „verhältnismäßig unselbständigen Mann“<sup>16)</sup> Da Prinz Max zudem in der Zeit vom 23. 10. bis zum 4. 11. wegen einer ernsthaften Grippeerkrankung nur ein einziges Mal (am 31. 10.) an einer Kabinettsitzung teilnehmen konnte, entwickelte sich Vizekanzler v. Payer, der ebenso wie die parlamentarischen Staatssekretäre kein eigenes Ressort zu betreuen hatte, zur eigentlichen „Säule“<sup>17)</sup> der Regierung. Payer benutzte sein Ansehen und seine Geschicklichkeit, um auch die profiliertesten Vertreter der Mehrheitsparteien — also Scheidemann und Erzberger<sup>18)</sup> — immer wieder auf die Regierungsverantwortung hinzuweisen. Diese Haltung umschrieb er in einer Sitzung des Kriegskabinetts am 26. 10. mit den Worten: „Wir sind nicht bloß Vollzugsausschuß der Parteien, wir haben selbst die Verantwortung zu tragen.“<sup>19)</sup>

Diese Verantwortung lag de facto in der Tat beim Kriegskabinetts und nicht, trotz des Verfassungstextes — der seinerseits nichts von kollegialen Beschlüßfassungen wußte — beim Reichskanzler. Er trat mehr als Repräsentant denn als politischer Führer der Regierung, die ohnehin während der Dauer seiner Krankheit auf seine Mitwirkung verzichten mußte, hervor. Payers Äußerung in einer Sitzung des Kriegskabinetts am 31. 10.: „Man könne hier keinen Beschluß fassen wie in einem Kollegium, sondern nur Meinungen äußern, die der Reichskanzler erwägen müsse“<sup>20)</sup>, trug insofern Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung Rechnung, nicht aber der veränderten politischen Wirklichkeit. Unsere Dokumentation erweist zur Genüge, daß Reichskanzler Prinz Max keine echte Entscheidungsbefugnis und Führungsrolle ausübte.<sup>21)</sup> Auch die Tatsache,

<sup>13)</sup> Scheidemann, Memoiren II S. 196. Daneben steht allerdings Scheidemanns Äußerung im Interfraktionellen Ausschuß am 12. 10., er habe den Prinzen „in den paar Tagen geradezu liebgewonnen“; unten S. 150.

<sup>14)</sup> Vgl. Scheidemanns Äußerung vom 7. 11. im Interfraktionellen Ausschuß: „Um ihn [den Reichskanzler] schnurren jetzt schon verschiedene Männer herum, die kein Amt haben und doch alles mögliche mitmachen, z. B. Kurt Hahn . . .“; unten S. 570. Scheidemann, Memoiren II S. 192 ff., bezeichnet Haußmann, Hahn und Simons als „unvergleichlich gute und hochgebildete Menschen“, die aber keine Politiker gewesen seien, „wie sie damals gebraucht wurden“.

<sup>15)</sup> Vgl. z. B. unten S. 77 ff. (Entstehung der Reichstagsrede vom 5. 10.) und S. 273 ff. (Entwurf der Antwort auf die 2. Wilson-Note).

<sup>16)</sup> So Scheidemann am 7. 11. im Interfraktionellen Ausschuß; vgl. S. 570.

<sup>17)</sup> So Prinz Max S. 372.

<sup>18)</sup> Dazu a.a.O. S. 371 f.

<sup>19)</sup> Vgl. unten S. 376. Dazu Prinz Max S. 372.

<sup>20)</sup> S. unten S. 441.

<sup>21)</sup> Die einzige Ausnahme bildete die von ihm erreichte Entlassung Ludendorffs, die er jedoch mehr als fürstlicher Herr denn als Reichskanzler durchsetzte. Gegenüber seiner dabei bewiesenen Konsequenz erscheint die Haltung der Mehrheitsparteien fast unsicher.

daß in den Sitzungen des Kriegskabinetts keine formellen Abstimmungen stattfanden<sup>22)</sup>, nutzte er keineswegs zu seinen Gunsten aus.

Immer stärker entwickelte sich das Kriegskabinet, d. h. in erster Linie die ihm angehörenden drei parlamentarischen Staatssekretäre, zu einer Art mehrköpfigem Reichskanzler. (Inwieweit diese „kollegialen“ Beratungsformen dem Rat der Volksbeauftragten zum Vorbild dienten, sei dahingestellt.) Demgegenüber betrachteten sich die Fach-Staatssekretäre, die als unpolitische Ressortchefs amtierten, als „Fachleute“, die von den Entscheidungen des Kriegskabinetts, d. h. der hinter dessen prominentesten Vertretern stehenden parlamentarischen Machtbasis, abhängig waren. Sie brauchten sich in der Öffentlichkeit nicht ausdrücklich zum Programm der Mehrheitsparteien zu bekennen.<sup>23)</sup> Umgekehrt hatten die parlamentarischen Staatssekretäre gleichsam als Preis für die für sie vorteilhafte Verankerung im Reichstag, die gewiß nicht ausschließlich eine Erleichterung der Regierungstätigkeit bedeutete, auf die Wünsche ihrer Fraktionen Rücksicht zu nehmen. Diese Wünsche zielten, insbesondere bei der Sozialdemokratie, auf einen noch weitergehenden Ausbau des parlamentarischen Systems, auch im Verfassungstext. Scheidemann sprach es am 10. 10. im Kriegskabinet deutlich genug aus: „Wir wollen nicht nur für [den] Krieg den Buckel zur Verantwortung herhalten“ und keine „Exzellenzen auf Abbruch“ sein.<sup>24)</sup> Vier Wochen später (7. 11.) erklärte derselbe Politiker im Interfraktionellen Ausschuß, die „Einrichtung“ der politischen Staatssekretäre, also der kollegialen Beratung, müsse eine Dauererscheinung werden.<sup>25)</sup>

Der hierin ganz klar zum Ausdruck kommende politische Führungsanspruch der Staatssekretäre bzw. des Kriegskabinetts stieß jedoch auf Widerstände in der Administration. Die Berliner Bürokratie suchte nicht selten ein Weitertreiben der Reformen teils direkt zu verhindern, teils nach Kräften zu bremsen. Den Staatssekretären ohne Portefeuille wurde bald deutlich, welche entscheidende Schwäche für die mit der politischen Verantwortung beauftragten Persönlichkeiten das Fehlen eines Ressorts und eines eigenständigen bürokratischen Unterbaus bedeuteten. Die allgemeine Schwerfälligkeit von Zentralbehörden zu überwinden und noch dazu Gegenströmungen zu erkennen und abzuwehren, erforderte über Gebühr Zeit und Kraft. Die Bemühungen der Staatssekretäre „a latere“ in dieser Richtung zeigen eindeutig, welches Hemmnis sog. „unpolitische Fachleute“ an der Spitze von Ressorts für die Parlamentarisierung der Reichsregierung bedeuteten.

Ausdruck dieses von den Politikern der Mehrheitsparteien schmerzlich empfundenen Mangels an Sachaufgaben — zumal sie anfangs weder „Amtslokale“ noch „Kanzlei-

<sup>22)</sup> Dazu Payer S. 118 f.: „Meines Erinnerns haben wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten niemals den Versuch gemacht, dieselben durch eine formelle Abstimmung, die wohl allerlei staatsrechtliche Bedenken aufgeworfen hätte, zu regeln.“

<sup>23)</sup> Payers Frage am 7. 10. im Kriegskabinet, ob auch die „unpolitischen“ Staatssekretäre auf das Regierungsprogramm vereidigt werden sollten „oder nur darauf, daß sie nicht dagegen handeln“, wurde nach dem vorliegenden Protokoll nicht diskutiert. Vgl. unten S. 98.

<sup>24)</sup> Vgl. S. 128.

<sup>25)</sup> Vgl. S. 570.

personal“ besaßen<sup>26)</sup> — waren Scheidemanns Klagen in einer Sitzung des Kriegskabinetts am 16. 10.: „Es gehe nicht mehr länger, daß das Kabinett beschließt und die Geheimräte machen, was sie wollen“, und — in dem gleichen Zusammenhang, der die Freilassung Liebknechts betraf, die das „ganze Kabinett“ einschließlich des Reichskanzlers beschlossen hatte —: „Aber Herr Lewald habe es nicht gewollt und so sei es nicht geschehen.“<sup>27)</sup> Noch deutlicher beklagte sich der SPD-Politiker drei Wochen später (7. 11.) in einer Sitzung des Kriegskabinetts darüber, daß die Regierung „bisher über Reden wenig hinausgekommen“ sei, da die „unteren Organe“ den Beschlüssen des Kriegskabinetts teilweise „passive Resistenz“ entgegensetzten:<sup>28)</sup> „Jedes Mal, wenn die Beseitigung dieser oder jener Person als notwendig angesehen wird, erhalten wir die Antwort, das ginge nicht so schnell und so leicht.“ Und im gleichen Atemzuge präziserte Scheidemann: „Was auch das Kabinett für Beschlüsse faßt, die preußische Verwaltung pfeift darauf.“<sup>29)</sup>

Einen konkreten Fall solcher „Resistenz“ brachte Trimborn in einer Sitzung des Kriegskabinetts am 24. 10. vor, als er sich darüber beschwerte, daß das Reichswirtschaftsamt trotz entgegenstehender Beschlüsse die Liquidationen in Elsaß-Lothringen fortsetze.<sup>30)</sup> Trimborns Forderung, dem Reichswirtschaftsamt eine entsprechende Order des Reichskanzlers zukommen zu lassen, zeigt zur Genüge die mangelnde Autorität des politischen Kabinetts gegenüber den Fachressorts. Haußmann kennzeichnete diese Tatsache unter Hinweis auf das preußische Kriegsministerium, das selbst gegenüber seinem Minister eine „eigene Politik“ betreibe, am 24. 10. im Kriegskabinett mit dem Satz:<sup>31)</sup> „Dreiviertel unserer Zeit wird damit verbracht, daß wir die Gegenwirkung gegen unsere Politik zu besprechen haben.“ Aus dieser Erkenntnis erwuchs seine ebenso verständliche wie allerdings in Anbetracht der Umstände vergebliche Forderung: „Es muß endlich energisch gehandelt werden.“

Die Voraussetzungen für das gemeinsame Handeln des politischen Kabinetts bildeten die regelmäßigen Beratungen, zu denen die aus der Regierungsneubildung hervorgegangene „Reichsregierung“ im Gegensatz zu der bisherigen Reichsleitung zusammentrat. Schon unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling hatten sich auf Anregung von Graf Roedern die Staatssekretäre meistens einmal in der Woche zu „fakultativen, nicht regelmäßigen Regierungssitzungen“<sup>32)</sup> beim Reichskanzler eingefunden. Diese „allmählich“ etwas ausgebauten Sitzungen<sup>33)</sup> hatten nach dem Zeugnis von Payer „mehr und mehr an materieller Bedeutung“ gewonnen, so daß aus ihnen das „spätere Kriegskabinett, fast schon eine Art Kollegialregierung“, herauswachsen konnte.<sup>34)</sup> Nach einer Mitteilung des Vizekanzlers gegenüber den Bevollmächtigten zum Bundesrat am 3. 10. 1918

<sup>26)</sup> Vgl. Payer S. 119 sowie unten S. 322, wo sich Haußmann am 24. 10. darüber beklagte, daß Gröber und er noch ohne „Sekretär“ und „Hilfskraft“ seien.

<sup>27)</sup> Vgl. unten S. 207.

<sup>28)</sup> Vgl. S. 577.

<sup>29)</sup> Vgl. S. 578.

<sup>30)</sup> Vgl. S. 322.

<sup>31)</sup> Vgl. S. 345.

<sup>32)</sup> So Payer S. 105.

<sup>33)</sup> In einer Besprechung mit Vertretern des Zentrums am 30. 9. 1918 hatte Graf Roedern erklärt, schon jetzt sei das „Zusammenarbeiten der Ressorts gesichert durch wöchentlich zweimalige Besprechungen beim Reichskanzler“. Vgl. Quellen I/II S. 740.

<sup>34)</sup> Vgl. Payer S. 56.

sollten diese Besprechungen mit den Staatssekretären die Fortsetzung eines „tatsächlichen Zustandes“ bilden, „der sich bereits im vorigen Winter angebahnt hat und nicht vermieden werden kann“. Payer fügte allerdings gegenüber den Vertretern der Bundesstaaten beschwichtigend hinzu, es werde „nur zweckmäßig sein, die Ansicht der politischen Staatssekretäre auszunützen“, wenn Fragen von „besonderer politischer Tragweite“ zu entscheiden sein würden.<sup>35)</sup>

Die Beratungen des Reichskanzlers mit einzelnen oder mit allen Staatssekretären konnten sich trotz der von Payer erwähnten früheren Besprechungen — von denen bisher keine Protokolle bekanntgeworden sind — nicht auf eine geschriebene oder auf eine gewohnheitsmäßig praktizierte Geschäftsordnung stützen<sup>36)</sup>, wie sie beispielsweise in den Bundesstaaten galt. Von vornherein wurde jedoch zwischen den neuen „politischen“ und den alten „Fach“-Staatssekretären (Ressortchefs) unterschieden, da die eigentlich politischen Entscheidungen einem „engeren Kriegsrat“ vorbehalten bleiben sollten, wie er bereits zwei Wochen zuvor im Interfraktionellen Ausschuß gefordert und von Prinz Max sofort akzeptiert worden war.<sup>37)</sup>

Dieses engere Kabinett bestand aus dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und den drei parlamentarischen Staatssekretären (Erzberger, Gröber, Scheidemann) sowie den Staatssekretären des Auswärtigen Amtes (Solf) und des Reichsschatzamt (Graf Roedern).<sup>38)</sup> Das weitere Kabinett umfaßte demgegenüber — wie sich aus der Einladung zur ersten Sitzung ergibt — den Reichskanzler, den Vizekanzler und sämtliche Staatssekretäre. Zudem nahmen, um den notwendigen engen Kontakt zum preußischen Staatsministerium herzustellen — zumal sich Prinz Max nicht an den Beratungen des preußischen Staatsministeriums beteiligte —, an den Sitzungen beider Gremien von Anfang an regelmäßig auch der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Friedberg, und der preußische Kriegsminister, Scheüch, teil.<sup>39)</sup> Friedberg galt zugleich als Vertrauensmann der

<sup>35)</sup> Vgl. unten S. 57.

<sup>36)</sup> Sols Vorschlag vom 5. 11., für die Kabinettssitzungen eine „sachgemäße Geschäftsordnung“ anzufertigen (vgl. S. 546), blieb in den turbulenten Stunden der letzten Tage des Kaiserreichs ohne Echo.

<sup>37)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 668 (Haußmann) und 755 (Gröber) sowie Punkt 7 des Programms der Mehrheitsparteien vom 30. 9. 1918 (S. 786). Ferner in diesem Band S. 3 (Südekum und Haußmann in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 1. 10. 1918). Dazu Prinz Max S. 357: „Schon [!] am 4. [10.] war mein Plan, sie [die parlamentarischen Staatssekretäre] in einem engeren Kriegsrat zusammenzufassen, an dem in der Regel nur noch der Vizekanzler, Graf Roedern und Solf teilnehmen sollten.“

<sup>38)</sup> Vgl. unten S. 86. Auf eine entsprechende, an Wahnschaffe gerichtete und von ihm weitergeleitete Anfrage des Sekretariats des Prinzen Max aus Salem antwortete die Reichskanzlei am 16. 7. 1926 (Ministerial-Bürodirektor Ostertag) u. a.: „Eine Aufzeichnung über die Zusammensetzung des ‚Engeren Kriegsrats‘ ist in den Akten der Reichskanzlei nicht zu ermitteln.“ Maschinenschriftl. Abschriften im DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1 und Bundesarchiv R 43/I 888.

<sup>39)</sup> Vgl. Payer S. 118, der hinzufügt, daß man sich bei der Heranziehung Friedbergs „über alle staatsrechtlichen Formalitäten und Kompetenzbedenken wegsetzte“. Payer übersieht, daß auch der preußische Kriegsminister dem Kriegskabinett angehörte. Friedberg hat jedoch nicht, wie Prinz Max S. 358 schreibt, „zugleich als Staatssekretär ohne Portefeuille an den Beratungen der Reichsregierung“ teilgenommen. — Am 8. 10. kritisierte die „Norddeutsche

Nationalliberalen im engeren Kabinetts<sup>40)</sup>, während der preußische Kriegsminister de facto die Stellung eines „Reichskriegsministers“ versah.<sup>41)</sup> Auffallend ist, daß der Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Zentrumsabgeordnete Trimborn erst am 18. 10. offiziell in das Kriegskabinetts aufgenommen wurde<sup>41a)</sup>, während der ebenfalls dem Reichstag angehörende Leiter des Reichsarbeitsamts, Staatssekretär Bauer (SPD), gar nicht zum Kriegskabinetts zählte<sup>42)</sup>. Der erst Mitte Oktober zum Staatssekretär ernannte Abg. Haußmann gehörte mit zum engeren Kriegskabinetts.

In unserer Dokumentation unterscheiden wir konsequent zwischen „Sitzungen des Kriegskabinetts“ — gleich engerer Kreis — und „Sitzungen des Gesamtkabinetts“ — gleich weiterer Kreis. In den Originalprotokollen sind solche oder andere Unterscheidungen für die zwei Arten von Sitzungen nicht streng eingehalten.

Nur bei den protokollierten Beschlüssen des Kabinetts in bezug auf Zeitpunkt und Häufigkeit der regelmäßigen Besprechungen wird auch in der Terminologie zwischen „engerem“ und „erweitertem Kriegsrat“ (vgl. S. 417, 427) unterschieden (ähnlich S. 182, 311, 398). Ohne Differenzierung werden sonst folgende Termini verwandt: „Besprechung bei[m] Reichskanzler“, „Reichskanzlersitzung“, „Besprechung“, „Sitzung [oder: Besprechung] der [Herren] Staatssekretäre“, „Besprechung im Reichskanzlerpalais“, „Beratung“, „Staatssekretärbesprechung“ [oder: „-sitzung“]. Die Bezeichnung „Sitzung [oder: Besprechung] des engeren Kabinetts“ kommt zweimal vor (S. 217, 574), nur einmal die Bezeichnung „Besprechung des Kriegskabinetts“ (S. 342). Bei einzelnen Protokollen ist hinter der Überschrift „Sitzung der Staatssekretäre“ o. ä. in Klammern vermerkt: „engerer Kriegsrat“ (S. 423, 452, 487, 611) bzw. „engeres Kriegskabinetts“ (S. 477). Einmal heißt es „Kabinetts-sitzung“ (S. 437). In manchen Fällen fehlt in den handschriftlichen Protokollen jegliche Überschrift.

Bei dem im Sommer 1919 in der Reichskanzlei zusammengestellten Manuskript für den Druck der „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ sind die Originalbezeichnungen nicht gleichmäßig beibehalten worden. In der 2. Auflage (1924) — die hierin von der 1. (1919) geringfügig abweicht — finden sich die Termini „Besprechung

---

Allgemeine Zeitung“, Morgenblatt, die Meldung eines nicht genannten „Berliner Blattes“, wonach Friedberg — der am 6. 10. an einer „Sitzung der Reichsregierung“ teilgenommen habe — in den „engeren, dem Kanzler beigegebenen Kabinettsrat“ eintreten werde.

<sup>40)</sup> Trotzdem forderte Stresemann am 7. 11. im Interfraktionellen Ausschuß, zwei national-liberale Abgeordnete „in Reichsämtler zu bringen“, da „die Fraktion als solche“ im Kriegskabinetts „gar nicht“ vertreten sei. Vgl. unten S. 569.

<sup>41)</sup> In einem Schreiben Scheüchs vom 18. 8. 1919 an Wahnschaffe (abgedruckt bei Niemann, Revolution S. 421 Anm.) heißt es dazu: „Ich war zwar nicht Mitglied des Kriegskabinetts, habe aber, wenn auch nicht stimmberechtigt, wohl an den meisten seiner Sitzungen teilgenommen.“

<sup>41a)</sup> Vgl. unten S. 261 Anm. 22.

<sup>42)</sup> In einer Sitzung des Kriegskabinetts am 7. 11. äußerte Payer: „Wir hätten z. B. [zur Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses] Staatssekretär Bauer sehr gut in das [Kriegs-] Kabinetts nehmen können.“ Vgl. S. 580. Bauer blieb auch als Staatssekretär Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften; vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 12. 10. 1918, Abendausgabe.

beim Reichskanzler“ (Amtliche Urkunden Nr. 35, 38, 39, 42, 44), „Sitzung [bzw.: Besprechung] der Staatssekretäre“ (Nr. 54, 58, 96b, 100; Nr. 82 und Nr. 86: „Staatssekretärsitzung“), „Sitzung des engeren Kabinetts“ (Nr. 55) und „Große Sitzung“ (Nr. 57). Die privaten Niederschriften Haußmanns und Erzbergers sprechen von Sitzungen des Kriegskabinetts. In der Memoirenliteratur ist nur vereinzelt zwischen „engerem“ und „weiterem“ Kriegsrat differenziert worden.<sup>43)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb am 5. 10. von „einer Art Kriegskabinetts“ und drei Tage später von einem „engeren, dem Kanzler beigegebenen Kabinettsrat“.<sup>44)</sup>

Dem „weiteren“ oder Gesamtkabinetts gehören außer den Mitgliedern des Kriegskabinetts die als Ressortchefs amtierenden Staatssekretäre (Bauer, v. Krause, v. Mann, Rüdlin, Frhr. v. Stein, v. Waldow) an<sup>45)</sup>, wobei es auffällt, daß Bauer nur an ganz wenigen Sitzungen teilnahm.<sup>46)</sup> Ferner war bei den Sitzungen des Gesamtkabinetts regelmäßig der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei (v. Radowitz, ab 11. 10. Wahnschaffe) anwesend, der sich oft mit dem häufig anwesenden Pressechef Deutelmoser (der allerdings vom 19. bis 28. 10. bei den Beratungen fehlte) in die Anfertigung des Protokolls teilte. Seit dem 23. 10., als sich die innenpolitische Entwicklung zuspitzte, nahm — nahezu selbstverständlich — an den Sitzungen des Kriegs- und des Gesamtkabinetts auch der preußische Innenminister Drews teil, der vorher bereits einmal (am 14. 10.) einer Besprechung im Kriegskabinetts beigezogen hatte.

Neben dem eben genannten Personenkreis — von dem nach unseren Unterlagen Payer und Graf Roedern keinmal, Gröber und Scheidemann insgesamt nur je zweimal eine Sitzung versäumten — war stets, teilweise auf ausdrücklich protokollierten Beschluß hin, je nach der Art der zur Behandlung kommenden Fragen sowohl in den Sitzungen des Kriegskabinetts als auch des Gesamtkabinetts eine mehr oder weniger große Zahl von preußischen Ministern und von Unterstaatssekretären bzw. Referenten und „Fachleuten“ aus verschiedenen Reichsämtern und militärischen Stellen anwesend. Am häufigsten nahmen die Unterstaatssekretäre des Reichsamts des Innern (Lewald) und des Auswärtigen Amtes (v. Stumm) an den Beratungen teil. Von den drei parlamentarischen Unterstaatssekretären David, Giesberts und Robert Schmidt war auffallenderweise nur David — und auch nur ein einziges Mal — in einer Sitzung des Gesamtkabinetts an-

<sup>43)</sup> Vgl. z. B. Prinz Max S. 358, 374; Scheidemann, Memoiren II S. 193; Haußmann S. 263. Lütge S. 47 übersieht bei seiner Beschreibung des „engeren Kriegskabinetts“ die Zugehörigkeit Friedbergs und Scheüchs. Bei Scheidemann (Memoiren II S. 193) besteht das Kriegskabinetts aus Kanzler, Vizekanzler, Staatssekretär Solf und den drei Staatssekretären ohne Portefeuille. Bredt S. 204 hingegen übergeht die beiden Ressortstaatssekretäre und den preußischen Kriegsminister. Nach Karl Helfferich, Der Weltkrieg, Karlsruhe 1925, S. 688, bildeten „die Staatssekretäre ohne Portefeuille, die kein bestimmtes Arbeitsbereich [sic!] und damit um so mehr Zeit zum Reden und Raten hatten“, zusammen mit Payer und Friedberg unter dem Vorsitz des Kanzlers das „Kriegskabinetts“.

<sup>44)</sup> 5. 10., 2. Morgenblatt; 8. 10., 2. Morgenblatt.

<sup>45)</sup> Bei Scheidemann, Memoiren II S. 191 ist ungenau die Rede von „Fachmännern“, die nur bei „besonderen Gelegenheiten zu den Sitzungen des eigentlichen ‚Kriegskabinetts‘ hinzugezogen werden sollten“.

<sup>46)</sup> In dem in Anm. 38 erwähnten Schreiben der Reichskanzlei heißt es dazu: „Über die Gesichtspunkte, nach welchen die Zuziehung der dem Engeren Kriegsrat nicht angehörenden Ressortchefs zu den Sitzungen des Engeren Kriegsrats erfolgte, ist in den Akten nichts enthalten; vermutlich ist die Zuziehung von Fall zu Fall je nach dem Beratungsgegenstand erfolgt.“

wesend.<sup>47)</sup> Nach dem Zeugnis von Payer nahm man es „mit der Präsenz im Kriegskabinet nicht kleinlich“.<sup>48)</sup>

Da, wie erwähnt, keine Geschäftsordnung vorlag, mußten sich Form und Rhythmus der Kabinettsitzungen erst herausbilden. Aus einer knappen Notiz in den Akten der Reichskanzlei und aus einzelnen Hinweisen in den Protokollen der Kabinettsitzungen läßt sich näher verfolgen, wie sich durch ein dauerndes Experimentieren schrittweise festere bürokratische Formen und Gewohnheiten herausbildeten.

Den Beginn dieses Vorgangs bildete ein formloses Rundschreiben der Reichskanzlei vom 6. 10. 1918, das dem Vizekanzler, sämtlichen Staatssekretären und auch dem Pressechef (Deutmoser) zugeh.<sup>49)</sup> Darin hieß es geradezu unbürokratisch knapp, der Reichskanzler werde zweimal in der Woche (montags und donnerstags jeweils 18 Uhr) „die Herren Staatssekretäre“ zu „gemeinsamem Vortrag“ empfangen. Die beiden preußischen Minister Friedberg und Scheüch wurden gebeten, an diesen regelmäßigen „Beratungen“ „grundsätzlich teilzunehmen“.<sup>50)</sup> Im Unterschied zu diesem größeren Kreis, dem Gesamtkabinet, sollten am täglichen Pressevortrag beim Reichskanzler um 9 Uhr 45 neben dem Vizekanzler und den drei Staatssekretären Erzberger, Gröber und Scheidemann nur die Ressortchefs Solf und Graf Roedern — also die Mitglieder des Kriegskabinetts — teilnehmen. An diesen „Pressevortrag“ schloß sich, wie aus einer Mitteilung Haußmanns, vom 15. 10. hervorgeht<sup>51)</sup>, jeweils eine Sitzung des Kriegskabinetts an.<sup>52)</sup> Diese Regelung galt bis zum 18. 10. 1918.

An diesem Tage wurde im Kriegskabinet über Nutzen und Dauer des täglichen Pressevortrags diskutiert, den einige Staatssekretäre als Belastung empfanden. Auf Grund dieser Debatte gab Payer noch am 18. 10. „im Auftrage des Herrn Reichskanzlers“ eine sofortige Neuregelung des Tagungsmodus bekannt. Danach sollte täglich um 9 Uhr 45 unter Fortfall des Pressevortrags eine „Besprechung“ des Reichskanzlers mit den vier Staatssekretären ohne Portefeuille — Haußmann war inzwischen hinzugekommen —, den Staatssekretären des Auswärtigen Amtes und des Reichsschatzamts sowie von nun an auch dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern stattfinden. Ferner sollten an diesen Sitzungen des Kriegskabinetts wie bisher der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums (Friedberg) und der Pressechef (Deutmoser) und auch, „soweit angezeigt“, der Vertreter der OHL (v. Haeften) teilnehmen. Die bisherige Praxis wurde beibehalten, wenn es hieß: „Besondere Einladung wird nicht erfolgen.“<sup>53)</sup>

<sup>47)</sup> Am 9. 10. 1918 kommentierte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Abendblatt, es läge kein Grund vor, den „weiteren Ausbau der neuen Regierung und des neuen Systems“ durch Ernennung weiterer Parlamentarier zu Unterstaatssekretären „zu übereilen“.

<sup>48)</sup> Vgl. Payer S. 118.

<sup>49)</sup> Vgl. unten S. 86.

<sup>50)</sup> Friedberg und Scheüch waren in der Folge regelmäßig anwesend. Das hinderte jedoch Graf Roedern nicht, am 18. 10. im Kriegskabinet die Hinzuziehung Friedbergs — der ausnahmsweise fehlte — oder eines anderen preußischen Ressortministers — auch Scheüch fehlte an diesem Tage — zu fordern. Payer entgegnete sofort, daß Friedberg grundsätzlich „beigezogen“ sei, aber offensichtlich nicht immer pünktlich erscheinen könne; vgl. S. 260.

<sup>51)</sup> Vgl. S. 194 Anm. 4: Nach Haußmanns Ernennung zum Staatssekretär am 14. 10. war vergessen worden, ihn zur Sitzung des Kriegskabinetts am folgenden Tage einzuladen, da Einzuleinladungen nicht ergingen.

<sup>52)</sup> Vgl. unten S. 205 Anm. 2.

<sup>53)</sup> Vgl. S. 261 Anm. 22.

Diese Regelung galt acht Tage lang. In einer Sitzung des Kriegskabinetts am 23. 10. wurde „mit allgemeinem Einverständnis“ beschlossen, daß künftig wieder dreimal in der Woche, jeweils am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend um 9 Uhr 30 Pressevortrag erfolgen sollte mit anschließender Sitzung des Kriegskabinetts. An den übrigen drei Wochentagen (Montag, Mittwoch und Freitag) sollte die Sitzung des „Kriegskabinetts“ um 10 Uhr beginnen, ohne daß ein Pressevortrag stattfand.<sup>54)</sup> Diese Regelung war von den Beteiligten kaum zur Kenntnis genommen, als sie durch einen Beschluß des Kriegskabinetts vom 28. 10. erneut abgeändert wurde: An jedem Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend um 9 Uhr 30 sollte „ohne vorherige Pressesitzung“ das „Kriegskabinett“ tagen und an jedem Dienstag und Freitag um 18 Uhr eine „allgemeine Staatssekretärsbesprechung“, also eine Sitzung des Gesamtkabinetts, stattfinden. Auf entsprechendes Drängen der parlamentarischen Staatssekretäre hieß es ausdrücklich, der „Staatssekretär des Äußern“ sollte „stets an den Besprechungen“ teilnehmen oder sich durch einen Unterstaatssekretär vertreten lassen.<sup>55)</sup> Die neue Regelung trat sofort in Kraft, allerdings mit einer kleinen technischen Änderung: der Beginn der Vormittagssitzungen wurde auf 10 Uhr 30 festgesetzt.<sup>56)</sup> Diese Neuordnung galt jedoch nur für einen einzigen Tag und erfuhr am 30. 10. 1918 folgende Abänderung: Das Kriegskabinett solle künftig jeweils am Montag, Mittwoch und Freitag um 9 Uhr 30 sowie am Donnerstag um 18 Uhr zusammentreten, das Gesamtkabinett jeweils am Dienstag und Sonnabend um 18 Uhr.<sup>57)</sup> Bei dieser Regelung blieb es dann bis zum 9. 11. 1918.

Aus den zahlreichen und nicht näher begründeten Änderungen des Tagungsrythmus geht hervor, wie sich die Sitzungen sowohl des Kriegskabinetts als auch des Gesamtkabinetts zu einer ständigen Einrichtung entwickelten und daß das Kriegskabinett, das zwischen dem 6. 10. und dem 6. 11. fast täglich zusammentrat, eindeutig den politischen Vorrang besaß. Die parlamentarischen Staatssekretäre waren bestrebt, möglichst oft zu tagen, um für die von ihnen zu treffenden Entscheidungen über alle Vorgänge, vor allem im Bereich der Außenpolitik, laufend unterrichtet zu sein. Im Unterschied dazu konnten und sollten von den selteneren und formloseren Beratungen des Gesamtkabinetts — „wer nichts mitzuteilen hat, bleibt weg“<sup>58)</sup> —, denen bis zu 31 Teilnehmer beiwohnten, zwar ressortmäßig-, „sachliche“, aber keine eigentlich „politischen“ Impulse ausgehen. Das hinderte jedoch nicht, daß sich infolge der fachlichen Selbständigkeit der Ressorts, hinter denen der bürokratische Apparat der Reichsleitung stand, der Einfluß des Kriegskabinetts nur unvollkommen durchzusetzen vermochte.

---

<sup>54)</sup> Vgl. S. 311.

<sup>55)</sup> Vgl. S. 398.

<sup>56)</sup> Vgl. Wahnschaffes Mitteilung zum Schluß der Sitzung des Gesamtkabinetts am Abend des 28. 10., S. 417.

<sup>57)</sup> Vgl. S. 427.

<sup>58)</sup> Vgl. S. 100.

## D. Interfraktioneller Ausschuß und Kabinettt

Mit der Hertling-Krise, die sich bereits seit Anfang September abgezeichnet hatte, war auch für den Interfraktionellen Ausschuß, der seit nunmehr fünfzehn Monaten bestand, die Stunde zum Handeln gekommen. Seit dem 28. 9. berieten die Vertreter der drei Mehrheitsparteien dann nahezu in Permanenz über eine Regierungsneubildung und die damit verbundene Fortführung der von ihnen geforderten Parlamentarisierung der Reichsleitung. Das Plenum des Reichstags war überhaupt nicht versammelt, während der Hauptausschuß auf die Initiative der Mehrheitsparteien hin zum 24. 9. einberufen worden war. Die in diesem Band zum ersten Male veröffentlichten Dokumente bezeugen, daß und inwieweit sich der Interfraktionelle Ausschuß als der eigentliche „Regierungsmacher“ betätigte. Der bei den langwierigen Verhandlungen auftauchende „Rattenkönig von politischen und persönlichen Fragen“<sup>1)</sup> konnte nur infolge der gut funktionierenden Zusammenarbeit der Mehrheitsparteien so rasch gelöst werden.

Der Ausschuß vermochte am 2. und 3. 10. die von ihm vorgeschlagenen Kandidaten für die einzelnen Staatssekretariate ohne besondere Schwierigkeiten durchzusetzen. Ebenso gelang es ihm wenige Tage später, nicht genehme oder allzu „belastete“ Persönlichkeiten wie den Staatssekretär v. Capelle (und auch den preußischen Kriegsminister v. Stein) und Unterstaatssekretär v. Radowitz zu entfernen und die Schaffung eines Reichsarbeitsamts zu erreichen. Die verbleibenden Ressort-Staatssekretäre (v. Krause, Graf Roedern, Rüdlin, Solf, v. Waldow) wurden vom Ausschuß ausdrücklich bestätigt. Nach den zugänglichen Quellen besteht kein Zweifel daran, daß die Mehrheitsparteien aus ihren Reihen auch den Reichskanzler hätten stellen können, wenn sich nicht Payer und Fehrenbach ihrer Nominierung entzogen hätten. Die tatsächliche Machtfülle der im Interfraktionellen Ausschuß verkörperten Reichstagsmehrheit — sofern sie sich einig war — zeigte sich an den beiden „Testfällen“ Erzberger und Haußmann. Während der erstere, von seiner Fraktion nominiert und vom Ausschuß vorgeschlagen, gegen den ursprünglichen Willen des Kaisers, des Kanzlers und des Kabinettschefs zum Staatssekretär ernannt wurde, vermochte der neue Reichskanzler für seinen Lieblingskandidaten Haußmann, den der Ausschuß aus Gründen des Proporz nicht vorgeschlagen hatte<sup>2)</sup>, erst vierzehn Tage später die Ernennung zum Staatssekretär durchzusetzen; hingegen gelang es ihm nicht einmal, Kurt Hahn eine amtliche Stellung in der Reichskanzlei zu verschaffen.

Mit dem Amtsantritt des Prinzen Max wandelten sich die Aufgaben des Interfraktionellen Ausschusses, der in seiner personellen Zusammensetzung nur geringfügige Änderungen erfuhr. Von seinen führenden Mitgliedern traten „die bekanntesten Namen der Fraktionen“<sup>3)</sup> — Erzberger, Gröber, Scheidemann und Trimborn, einige Zeit später auch Haußmann — als Staatssekretäre, davon Trimborn als Ressortchef, in die Regierung ein (ferner David als Unterstaats-

<sup>1)</sup> So Payer S. 106.

<sup>2)</sup> Dazu Prinz Max S. 357.

<sup>3)</sup> So Payer am 3. 10. 1918; vgl. unten S. 51.

sekretär in das Auswärtige Amt und Fischbeck als Handelsminister in das preußische Staatsministerium). Sie gaben jedoch ihr Reichstagsmandat und ihre Mitgliedschaft im Interfraktionellen Ausschuß nicht auf. Auf diese Weise verlagerte sich ein Teil der früheren Aufgaben dieses Gremiums in die Regierung. Dadurch entwickelte sich das bisherige Koordinationsgremium der Mehrheitsparteien zu einem Koalitionsausschuß des Reichstags. Da die Mehrheitsparteien jetzt auch nach außen hin die Verantwortung für die Regierungspolitik übernahmen, konnte Ebert am 4. 10. im Interfraktionellen Ausschuß ohne Einschränkung von einem „Regierungsblock“ sprechen.<sup>4)</sup>

Zu diesem „Regierungsblock“ gehörten während der Kanzlerschaft des Prinzen Max auch die Nationalliberalen. Zehn Monate lang waren sie den Sitzungen des Ausschusses ferngeblieben. Nach der „einmütigen“ Annahme des Programms der Mehrheitsparteien vom 30. 9. durch die nationalliberale Fraktion am 3. 10. erklärte diese ihre Bereitschaft, gemeinsam mit Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittlern „an der Durchführung“ dieses Programms mitzuarbeiten „und die kommende Reichsleitung mit allen Kräften zu unterstützen“.<sup>5)</sup> Den drei Mehrheitsparteien war diese Verbreiterung der parlamentarischen Grundlage nicht zuletzt wegen der Unterstützung der preußischen Wahlrechtsreform durch die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses erwünscht.<sup>6)</sup>

Nach Beendigung der ersten Sitzungspause des Interfraktionellen Ausschusses arbeiteten die Nationalliberalen seit dem 11. 10. regelmäßig in diesem Gremium durch die Abgeordneten Junck, List und Stresemann mit.<sup>7)</sup> Da jedoch sowohl für den Reichskanzler als auch für die drei Mehrheitsparteien eine Beteiligung der Nationalliberalen an der Regierung nicht in Frage kam, mußten die nationalliberalen Parlamentarier auf einen Staatssekretär aus den Reihen ihrer Fraktion verzichten; der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Friedberg, der regelmäßig an Kabinettsitzungen teilnahm, war ihr Vertrauensmann in der Regierung. Vergeblich plädierten die nationalliberalen Abgeordneten am 7. 11. im Interfraktionellen Ausschuß dafür, die Leitung von zwei Reichsämtern zwei Vertretern ihrer Fraktion zu übertragen; denn die „Fraktion als solche“, so begründete Stresemann diesen Wunsch, sei im Kriegskabinet „gar nicht“ und in der Reichsleitung „nur durch ein unpolitisches Amt — Reichsjustizamt“ (Staatssekretär v. Krause) vertreten.<sup>8)</sup>

In der personellen Zusammensetzung des Ausschusses ergaben sich nach dem Hinzutreten der Nationalliberalen nur noch geringfügige Veränderungen.

Die meisten Mitglieder (8) stellte wie bisher die Fortschrittliche Volkspartei, die wenigsten (4) die SPD — deren Reichstagsfraktion deswegen Ende Oktober die Abgeordneten Landsberg und Molkenbuhr als „weitere Vertreter der Fraktion“ bestimmte, die dann seit dem 4. 11. an den Sitzungen des Ausschusses teilnahmen<sup>9)</sup> — bzw. (ab 12. 10.) die Nationalliberale Partei (3). Das Zentrum zählte unter seinen 7 Mitgliedern nicht weniger als 3 Staatssekretäre und den Reichstagspräsidenten. Von jeder Fraktion gehörten einige

<sup>4)</sup> Vgl. unten S. 74.

<sup>5)</sup> Vgl. S. 69.

<sup>6)</sup> Vgl. Fischbecks Äußerung am 30. 9. im Interfraktionellen Ausschuß; Quellen I/II S. 762.

<sup>7)</sup> An der letzten Sitzung vom 8. 11. (S. 606 ff.) nahmen außerdem die nationalliberalen Abgeordneten Frhr. v. Richthofen und Schiffer teil.

<sup>8)</sup> Vgl. S. 569.

<sup>9)</sup> Vgl. S. 329.

Mitglieder gleichzeitig auch dem preußischen Abgeordnetenhaus an: Pachnicke und Wiemer (FVP), Hirsch (SPD), Herold, v. Savigny und Trimborn (Zentrum), Friedberg, v. Krause, Frhr. v. Richthofen und Schiffer (Nationalliberale). Zwei weitere Abgeordnete (Gröber und Haußmann) waren zudem Mitglieder des Württembergischen Abgeordnetenhauses, während Müller-Meinungen noch der bayerischen Abgeordnetenkammer angehörte.

Der Vorsitz des Interfraktionellen Ausschusses lag seit Mai 1918 in den Händen des Abgeordneten der FVP Fischbeck, der diese Funktion auch nach der Übernahme des preußischen Handelsministeriums (4. 10.) bis zur Revolution beibehielt.

Auf Grund scharfer Kritik einzelner Abgeordneter über eine schlechte Regie bei der Festsetzung der Rednerfolge in der Reichstagsitzung am 24. 10. — für die man Fehrenbach verantwortlich machte — äußerte Fischbeck in einer Ausschuß-Sitzung des gleichen Tages Bedenken, ob er den Vorsitz weiterführen könne. Da sich jedoch Fehrenbach sofort und „gern“ bereit erklärte, die Rednerordnung künftig „nach Wunsch des Interfraktionellen Ausschusses zu regeln“<sup>10)</sup>, erledigte sich diese Angelegenheit zu allgemeiner Zufriedenheit.

Wenngleich die Arbeitszeit und -kraft der neuen parlamentarischen Staatssekretäre naturgemäß in erster Linie der Regierungstätigkeit galt, so legten sie dennoch größten Wert auf laufenden Kontakt mit dem Interfraktionellen Ausschuß.<sup>11)</sup> Die „kaiserlichen Exzellenzen“ Erzberger, Gröber und Scheidemann, ab 14. 10. dann auch Haußmann, und Unterstaatssekretär David nahmen fast ausnahmslos an allen Sitzungen des Ausschusses teil. Selbst Staatssekretär Trimborn, der als Ressortchef des Reichsamts des Innern einen größeren Aufgabenbereich zu betreuen hatte, fand sich häufig zu den Beratungen ein. Der Ausschuß wurde über alle wichtigen Beschlüsse der Reichsleitung, insbesondere über den entscheidenden Notenwechsel mit Wilson, informiert. Haußmanns Feststellung vom 18. 10.: „Der Interfraktionelle Ausschuß ist wirklich ein wirksames Organ der neuen Entwicklung geworden“<sup>12)</sup>, darf allerdings wohl in erster Linie als eine gezielte *captatio benevolentiae* des frischgebackenen Staatssekretärs aufgefaßt werden.

Im Tagungsrhythmus der von uns erfaßten 18 Sitzungen des Ausschusses zwischen dem 1. 10. und dem 9. 11. 1918 gab es verschiedene Intervalle. Die Kulminationspunkte der Ausschußberatungen fielen nicht zufällig mit den politisch bedeutsamen und kritischen Situationen zusammen. Der erste Höhepunkt lag in den Tagen der Regierungsbildung (1./2. 10. 1918) mit insgesamt vier teilweise sehr langen Sitzungen. Vom 4. 10. ab trat eine Pause ein, die durch die Kanzlerkrise (11./12. 10.) jäh unterbrochen wurde. In der Zeit bis zum 24. 10., dem Beginn der Beratungen des Plenums über die Änderungen der Reichsverfassung, tagte der Ausschuß regelmäßig alle zwei bis drei Tage, um in Weiterführung früherer Vorarbeiten des Verfassungsausschusses — der seinerseits nicht zusammentrat — die durch die Kriegsumstände beschleunigten Verfassungsänderungen über die Einführung des parlamentarischen Systems zu beraten. Nach dem Abschluß dieser Arbeiten trat der Ausschuß solange wieder

<sup>10)</sup> Vgl. S. 331.

<sup>11)</sup> Vgl. z. B. Haußmanns Ausführungen in der Sitzung des Ausschusses vom 18. 10.; S. 268.

<sup>12)</sup> A.a.O.

in den Hintergrund, bis sich die innenpolitische Lage krisenhaft zuspitzte. In dieser Situation war der Interfraktionelle Ausschuß — zunächst am 2. 11. 1918<sup>13)</sup> — sofort wieder zur Stelle. Seit dem 4. 11. tagte er, bis zum Vorabend der Revolution, nahezu in Permanenz, wobei die Kaiserfrage und die Parlamentarisierung in Preußen das Hauptthema der Diskussionen bildeten.<sup>14)</sup>

Der im Verlaufe des Herbstes 1918, besonders durch seine Entscheidungen in den kritischen politischen Situationen gewachsene Einfluß dieses Gremiums zeigte sich auch darin, daß Reichskanzler Prinz Max einmal, Vizekanzler v. Payer dreimal, Vizepräsident Friedberg zweimal und die Staatssekretäre Solf (zusammen mit dem Gesandten in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau) und von Krause je einmal in Sitzungen des Ausschusses erschienen und das Wort ergriffen. In der Kanzlerkrise am 11./12. 10. wurde der Ausschuß zur einzigen und damit entscheidenden Instanz, vor der sich der Reichskanzler — in Begleitung von Payer und Graf Roedern erschienen — wegen seines Briefes an den Prinzen Alexander zu Hohenlohe „verantworten“ mußte. Der Ausschuß war es dann auch, der nach langen Debatten Prinz Max gleichsam „Absolution“ erteilte und dadurch den Rücktritt des Reichskanzlers verhinderte.

Die Unterzeichnung der ersten deutschen Antwortnote durch Solf (und nicht durch den Reichskanzler) erfolgte nach einem entsprechenden Beschluß des Interfraktionellen Ausschusses.<sup>15)</sup> Anfang November wurden die Parteivertreter ausführlich über die Kieler Ereignisse unterrichtet und auch über den geplanten Aufruf der Reichsregierung vom 4. 11., der auf diese Weise von den Parlamentariern vorher diskutiert werden konnte.<sup>16)</sup>

---

<sup>13)</sup> In dieser von Südekum am 4. 11. erwähnten Sitzung vom 2. 11. (vgl. S. 497) soll „nur [!] über die allgemeine Lage“ gesprochen worden sein.

<sup>14)</sup> Dazu neuerdings Reinhard Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg*. Phil. Diss. Marburg 1962 [Masch.].

<sup>15)</sup> Vgl. S. 148 ff. (12. 10.)

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 497 ff.

## E. Quellenkritische Exkurse

### 1. Die „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstands“

Die wichtigste gedruckte Quellensammlung für unsere Dokumentation sind die in erster Auflage im Sommer 1919 erschienenen „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstands“. Die für die Problematik amtlicher Aktenpublikationen höchst aufschlußreiche Entstehungsgeschichte dieses „Weißbuchs“ läßt sich an Hand der Akten der Reichskanzlei<sup>1)</sup>, des Reichsministeriums des Innern<sup>2)</sup> und des Auswärtigen Amtes<sup>3)</sup> Schritt für Schritt verfolgen.

Der Gedanke, Material über die Forderungen der OHL nach sofortigem Waffenstillstand und über den von ihr ausgeübten Druck zur Neubildung der Regierung zu sammeln, stammt bereits aus den ersten Oktobertagen 1918.<sup>4)</sup> Die Abgeordneten und die parlamentarischen Staatssekretäre waren sich von vornherein darüber im klaren, daß die OHL nicht von ihrer Verantwortung für das deutsche Friedensangebot „entlastet“ werden dürfe.<sup>5)</sup> Bereits am 4. 10. forderte David im Interfraktionellen Ausschuß, die Regierung solle die Schuldfrage für den militärischen Zusammenbruch so weit klarstellen, „wie es möglich wäre“; der Reichstag solle dasselbe in aller Öffentlichkeit tun.<sup>6)</sup> Trimborn trat in der gleichen Sitzung dafür ein, die Verantwortung der OHL für das Waffenstillstandsangebot durch eine Niederschrift nach den „aktenmäßigen Vorgängen in der Reichskanzlei“ festzuhalten.<sup>7)</sup> Gröber verlangte am 11. 10. im Gesamtkabinet einen entsprechenden „aktenmäßigen Beleg“ von Ludendorff<sup>8)</sup>, während sich Solf fünf Tage später im Kriegskabinet und Scheidemann am 18. 10. im Interfraktionellen Ausschuß energisch gegen den Versuch der OHL wandten, die Verantwortlichkeit auf die Zivilisten zu verschieben.<sup>9)</sup> Bei der Beratung der Antwortnote an Wilson sprachen sich am 20. 10. alle Mitglieder des Kriegskabinetts leidenschaftlich dafür aus, die Verantwortung der OHL für den Friedensschritt auch öffentlich klarzustellen.<sup>10)</sup> Indes blieb es zunächst bei Fischbecks resignierter Feststellung vom 4. 10.: „Man muß retten für das Vaterland, was zu retten ist; da muß man sich auch eine Zeitlang ansputzen lassen können.“<sup>11)</sup>

Die turbulenten Wochen unmittelbar vor und nach der Novemberrevolution waren nicht dazu geeignet, mit einer entsprechenden Dokumentation amtlicher

<sup>1)</sup> Im Bundesarchiv Koblenz, R 43/I 166, 803.

<sup>2)</sup> Im DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern 13518.

<sup>3)</sup> Pol. Archiv, Weltkrieg 23 geheim Bd. 32.

<sup>4)</sup> Vgl. die Äußerung von Mayer-Kaufbeuren in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 1. 10. 1918, unten S. 22; ferner Payer S. 101.

<sup>5)</sup> So Payer in einer Sitzung des Kriegskabinetts am 11. 10. 1918; s. unten S. 129.

<sup>6)</sup> S. 72.

<sup>7)</sup> S. 74.

<sup>8)</sup> S. 142.

<sup>9)</sup> Vgl. S. 206 (Solf) und S. 264 (Scheidemann).

<sup>10)</sup> Vgl. S. 289 ff.

<sup>11)</sup> S. 73 (Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses).

Akten hervorzutreten. Aber als bereits um die Jahreswende 1918/19 ehemalige Militärs, vor allem Ludendorff und Bauer, und nationalistische Kreise die Dolchstoßlegende propagierten, sah sich die Regierung zum Handeln genötigt. Der vom November 1918 bis zum März 1919 in der Reichskanzlei tätige sozialdemokratische Publizist Adolf Köster — der spätere Reichsminister des Innern — begann mit der Sammlung und Sichtung des Aktenmaterials.

Am 23. 2. 1919 berichtete die offiziöse „Deutsche Allgemeine Zeitung“<sup>12)</sup>, die Reichsregierung bereite die Veröffentlichung „sämtlicher Akten vor, die auf den Zusammenbruch Deutschlands und die sich daraus ergebenden Folgerungen Bezug haben“. Und im Zuge massiver Angriffe Ludendorffs gegen die Reichsregierung ließ Reichsministerpräsident Scheidemann Mitte März erklären, daß „demnächst eine Sammlung von Dokumenten“ erscheinen werde, durch die die Haltung Ludendorffs „vollkommen klar gestellt werden wird“.<sup>13)</sup>

In diesem Stadium der öffentlichen Diskussion schrieb Prinz Max (aus Baden-Baden) am 12. 3. an Scheidemann:<sup>14)</sup>

„Der geplanten dokumentarischen Veröffentlichung der Regierung über die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots kommt eine große politische Bedeutung zu. Ich nehme den Versuch sehr ernst, der von rechts stehender Seite unternommen wird, um die Verantwortung für die militärische Katastrophe von dem General Ludendorff auf die politische Leitung im Oktober 1918 abzuwälzen — diese Geschichtsfälschung muß zerstört werden; aber ich frage mich, soll heute der Kampf aufgenommen werden, da der Friede noch nicht unterzeichnet ist, und die Feinde herausgerissene Zitate zur Diskreditierung des damaligen Friedensgesprächs verwerten können.

Ich glaube, die Verantwortung für die Vermehrung des inneren Haders sollte heute den falschen Freunden Ludendorffs überlassen bleiben.

Aus diesem Grunde habe ich mich trotz aller Provokationen entschlossen, meine persönliche Verteidigung gegenüber konservativen Angriffen erst vorzunehmen, wenn Friede und Brot im Lande sind, und die öffentliche Meinung die nervöse Spannung verloren hat, die jeder nüchternen Beurteilung der Vergangenheit entgegenstehen.

Der Moment zum Rückblick scheint mir noch nicht gekommen.

Ich arbeite gegenwärtig an einer zusammenhängenden Darstellung der Ereignisse im Oktober und der Vorgeschichte meiner Kanzlerschaft — natürlich nur für meine Akten. Ich bin daher sehr dankbar für das in Aussicht gestellte Material.“

Auf dieses Schreiben antwortete Ministerpräsident Scheidemann am 18. 3. 1919:<sup>15)</sup>

„[...] Auch ich bin der Ansicht, daß die Geschichtsfälschung zerstört werden muß, die der General Ludendorff mit Hilfe der alldeutsch-konservativen Presse versucht; aber ich fürchte, daß wir damit nicht noch länger warten können. Eine Vermehrung des inneren Haders kann daraus kaum entstehen; ein Blick in die Blätter der Rechten zeigt ein solches Maß verantwortungsloser Verhetzung, daß hier nichts mehr verdorben werden kann.

<sup>12)</sup> Abendausgabe.

<sup>13)</sup> „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 15. 3. 1919, Abendausgabe; „Vorwärts“ 17. 3. 1919.

<sup>14)</sup> Handschriftlich mit eigenhändiger Schlußformel und Unterschrift; Bundesarchiv R 43 I/803.

<sup>15)</sup> Maschinenschriftl. Konzept a.a.O. Im Konzept ist die ursprüngliche Anschrift „Sr. Königlichen Hoheit“ durchgestrichen und durch folgende Wendung ersetzt worden: „An den Herrn Prinzen Max von Baden.“

Ernster ist Ihre Befürchtung zu werten, daß durch eine Veröffentlichung der damaligen Friedensgespräche es den Feinden ermöglicht werde, durch herausgerissene Zitate gegen uns zu wirken. Nun soll aber unsere Publikation keineswegs aggressiv-polemisch ausfallen, sondern sich auf die dokumentarische Wiedergabe der einzelnen Protokolle und Schriftstücke beschränken, und dann glaube ich, daß der Zeitpunkt des Friedensabschlusses, allen Nachrichten zufolge, eher vor als nach Erscheinen der Dokumente fallen wird.

Die Reinigung der öffentlichen Meinung, welche durch eine Veröffentlichung, wie wir sie beabsichtigen, herbeigeführt werden kann, wird von mir so hoch veranschlagt, daß sie mir alle Nachteile außenpolitischer Natur aufzuwiegen scheint.“

Auf die Pressemitteilungen über die bevorstehende Veröffentlichung amtlicher Akten hin riet General Groener — unterstützt vom preußischen Kriegsminister General Reinhardt — dringend davon ab, die angekündigte Publikation vor dem Friedensschluß erscheinen zu lassen.<sup>16)</sup> Ob solche Warnungen dazu beigetragen haben, die Herausgabe der Akten zu verzögern, läßt sich nicht feststellen. Vielleicht hing dieser Aufschub auch mit Kösters Ausscheiden aus der Reichskanzlei Ende März<sup>17)</sup> zusammen, als dessen Nachfolger der Vortragende Rat Arnold Brecht die weitere Vorbereitung der Dokumentation übernahm.

Am 9. 4. schrieb Unterstaatssekretär Albert an Prinz Max, daß sich die Veröffentlichung der Dokumente „wiederum verschoben“ habe, „so daß nunmehr schon aus technischen Gründen mit einer Veröffentlichung in der allernächsten Zeit“ nicht gerechnet werden könne.<sup>18)</sup>

In einer Sitzung des Reichsministeriums am 21. 5. 1919 wurde dann „von verschiedenen Seiten auf die aus Anlaß der [am 7. 5. erfolgten Übergabe der alliierten] Friedensbedingungen auflebenden Angriffe der rechtsstehenden Presse gegen die Umsturbewegung als Ursache des Zusammenbruchs hingewiesen“ und „empfohlen, diesen Angriffen durch sofortige Veröffentlichung der Dokumente vom Oktober—November 1918 entgegenzutreten“.<sup>19)</sup>

Im Protokoll der Kabinettsitzung heißt es anschließend:

„Reichsminister Erzberger bemerkt hierzu: Er habe als politischer Führer der Waffenstillstandskommission am 5. [!] November 1918 vormittags in einer Sitzung unter der Leitung des Prinzen Max von Baden<sup>20)</sup>, an der auch General Groener und der [preußische] Kriegsminister teilnahmen, die Instruktion erhalten, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage den Waffenstillstand unter allen Umständen anzunehmen. Diese Instruktion sei

<sup>16)</sup> Groener am 21. 3. an General Reinhardt; Reinhardt am 11. 4. an das Auswärtige Amt; Pol. Archiv, Weltkrieg 23 geheim Bd. 32.

<sup>17)</sup> Köster ging als Staatskommissar für Abstimmungsfragen und preußischer Gesandter für Hamburg nach Hamburg.

<sup>18)</sup> Bundesarchiv R 43 I/803.

<sup>19)</sup> Vgl. das Sitzungsprotokoll; Bundesarchiv R 43 I/1349. Brecht bezeichnete in einem Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 394 vom 16. 8. 1919 die Veröffentlichung der Broschüre des Obersten Bauer „Der Irrwahn des Verständigungsfriedens“ als den „entscheidenden Anstoß“ für die Herausgabe der amtlichen Publikation.

<sup>20)</sup> Vgl. unten S. 526 ff.

mit Zustimmung der militärischen Vertreter ergangen. Damals sei es im Innern im allgemeinen noch ruhig gewesen, nur die Ereignisse in Kiel hätten vorgelegen. Übrigens habe er diese Instruktion vor dem Eintreffen der Lansingschen Note vom 5. November erhalten.

Kriegsminister Reinhardt erklärt, daß ihm diese Mitteilung völlig unverständlich sei, und bittet um genauere Aufklärung über diese Sitzung.“

Diese Aufklärung erfolgte drei Tage später, konnte den Kriegsminister allerdings nicht zufriedenstellen. Das Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums vom 24. 5. 1919 berichtet darüber:

„Die Veröffentlichung der Dokumente vom Oktober 1918 über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes wird nach nochmaliger Erörterung unter der Voraussetzung der Durchsicht durch die Reichsminister Preuß und Erzberger von neuem gebilligt, jedoch mit der Einschränkung, daß die in der vorigen Sitzung vom Reichsminister Erzberger mitgeteilten Verhandlungen vom 5. [!] November 1918 in die Veröffentlichung nicht aufgenommen werden.

Kriegsminister Reinhardt weist darauf hin, daß die in der Reichskanzlei befindliche Aufzeichnung über die Sitzung vom 5. November ein anderes Bild ergebe als die Mitteilung des Ministers Erzberger. Dieser erwidert, daß ein Irrtum ausgeschlossen sei; das Protokoll habe den Beteiligten nicht zur Durchsicht vorgelegen und könne daher nicht maßgebend sein.“

Diese Kontroverse über die Verhandlungen im früheren Kriegskabinettt vermochte die Publikation der Dokumente jedoch nicht weiter zu beeinflussen. Am 6. 6. 1919 beschloß das Reichsministerium endgültig, die „Dokumente über das Friedensangebot vom Oktober 1918 und die Entstehung des Waffenstillstandes“ möglichst umgehend zu veröffentlichen. Bereits zehn Tage später übersandte der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Albert, einen in der Reichsdruckerei hergestellten Fahnenabzug der „Dokumente über die Entstehung des Friedensangebots und des Waffenstillstandes“ — wie der Titel lautete — an Prinz Max, Payer, Gröber, Haußmann und Hintze<sup>21)</sup> („Geheim. Eilt sehr!“) mit der Bitte um „geneigte Durchsicht“ und umgehende Rückgabe. Der Unterstaatssekretär wies gleichzeitig darauf hin, daß die Reichsregierung noch nicht entschieden habe, ob die Publikation noch vor „Abschluß des Friedens“ erscheinen solle: „Spätestens wird sie nach dem Abschluß des Friedens unverzüglich erfolgen.“ Albert erwähnte noch eigens, daß von den zum Abdruck vorbereiteten Dokumenten „voraussichtlich“ noch 18 Nummern — die im einzelnen bezeichnet waren — gestrichen werden würden; in anderen Dokumenten seien „vereinzelte kleinere Streichungen aus außenpolitischen Gründen“ in Aussicht genommen, „soweit es sich insbesondere um Zerstörungen auf dem Rückzuge handelt“. In einem Schreiben vom gleichen Tage bat der Unterstaatssekretär das Auswärtige Amt, wegen der Aufnahme einzelner Aktenstücke die Zustimmung der in Frage kommenden neutralen Mächte einzuholen.<sup>22)</sup>

Die auf Alberts Rundschreiben eingegangenen Antworten und weitere in diesem Zusammenhang gewechselte Schreiben sind in einen Aktenband der Reichskanzlei gelangt,

---

<sup>21)</sup> Der Name Hindenburgs ist auf der Verteilerliste durchgestrichen.

<sup>22)</sup> Pol. Archiv, Weltkrieg 23 geheim Bd. 32.

der bisher nicht aufgefunden werden konnte.<sup>23)</sup> Erhalten ist die Antwort Haußmanns<sup>24)</sup> vom 26. 6., der dem Unterstaatssekretär mitteilte, daß er an seinen eigenen Ausführungen nur „kleine Ergänzungen“ vorgenommen habe. Haußmann wies allerdings gleichzeitig darauf hin, daß das Protokoll über die Sitzung des Kriegskabinetts vom 17. 10. 1918 nicht vollständig sei — so fehle der Ludendorff vorgelegte „Fragebogen“ und die Wiedergabe von zwei Äußerungen des Generals — und daß er die Protokolle der Kabinettsitzungen vom 5. und 6. 11. 1918 vermisste.<sup>25)</sup> Haußmann machte den Unterstaatssekretär ferner darauf aufmerksam, daß er „über fast alle Sitzungen eingehende Notizen“ besitze, die die von Wahnschaffe und Simons angefertigten Protokolle „in einigen nicht unerheblichen Punkten“ ergänzten und die er Simons zur Einsicht überlassen könnte. Er fügte hinzu: „Nützlich wäre eine Vergleichen, damit spätere öffentliche Richtigstellungen wegbleiben können.“

Durch den Rücktritt des Kabinetts Scheidemann, die Regierungsneubildung und die Vorgänge um die Annahme des Versailler Friedensvertrags verzögerte sich die Herausgabe des Weißbuchs um einige Wochen. Erst am 14. 7. konnte Unterstaatssekretär Albert dem Auswärtigen Amt ein Exemplar der fertiggestellten Dokumentation übersenden, in dem alle Änderungsvorschläge des Amtes berücksichtigt worden waren. Albert fügte hinzu, es sei damit zu rechnen, daß das Kabinett in seiner nächsten Sitzung „die sofortige Herausgabe beschließen und auf Vermeidung jeder weiteren Verzögerung Wert legen werde“.<sup>26)</sup>

Die hier erwähnte Sitzung des Reichsministeriums unter Ministerpräsident Bauer fand am 18. 7. 1919 statt. Auf der Tagesordnung stand die inzwischen fertiggestellte „Denkschrift über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes“. Das Kabinett beschloß gegen den — im Protokoll ohne Begründung verzeichneten —

<sup>23)</sup> Eine maschinenschriftl. Aktennotiz des Bürodirektors der Reichskanzlei, Ostertag, vom 11. 11. 1921 (Bundesarchiv R 43 I/166) bezeichnet den Inhalt dieses Bandes wie folgt: „In dem Material sind u. a. Schreiben wichtigeren Inhalts von Reichsminister Erzberger, Prinz Max von Baden und Staatssekretär v. Hintze enthalten.“

Es ist enthalten in Abschnitt I: Sammlung der Aktenstücke von Dr. Köster; Abschnitt II: Erster Abdruck mit handschriftlichen Korrekturen. Schreiben von Exz. Erzberger; Abschnitt III: Übersendung des ersten Abdrucks an Beteiligte und deren Antworten. Schriftwechsel mit Exz. v. Hintze. Zweiter und dritter Abdruck. Abschnitt IV: Viertes Abdruck (Kabinetsexemplar) und Schriftwechsel darüber. Fünftes Abdruck. Abschnitt V: 1. Denkschrift von Exz. v. Hintze. 2. Zeitungsartikel über Oberst Bauer und Broschüre des Oberst Bauer. 3. Vorarbeit von Geh.Reg.Rat Brecht vom Februar 1919 „O.H.L. und Friedensangebot“.

<sup>24)</sup> Durchschlag im Nachlaß Haußmann 20.

<sup>25)</sup> Haußmann fuhr fort: „Ich nehme an, daß dieses zweite Protokoll vom 6. November absichtlich weggelassen ist, um die Tatsache nicht hervorzuheben, daß die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen an der Front vor Eintreffen der Lansingnote vom 5. November 1918 beschlossen worden ist, die kurz nach der Sitzung und vor der auf 5 Uhr anberaumten Abfahrt der Waffenstillstandskommission bekannt wurde.“ — Am 27. 7., unmittelbar vor der Ausgabe des Weißbuchs, antwortete Unterstaatssekretär Albert auf einen fünf Tage vorher geäußerten Wunsch des Prinzen Max nach Übersendung von Abschriften der Kabinettsprotokolle, daß das Archiv der Reichskanzlei vom Oktober/November 1918 „leider außerordentlich lückenhaft“ sei: „Es ist noch nicht aufgeklärt, wo eine Reihe wichtiger Protokolle und anderer Dokumente geblieben sind, da kaum angenommen werden kann, daß über gewisse Vorgänge, wie z. B. die Botschafter-Konferenz vom 19. Oktober [vgl. unten S. 276 ff.] keinerlei Aufzeichnungen bestehen.“

<sup>26)</sup> Pol. Archiv, Weltkrieg 23 geheim Bd. 32.

Widerspruch des Reichswehrministers Noske und des an der Sitzung teilnehmenden Chefs der Admiralität, v. Trotha, die Veröffentlichung<sup>27)</sup>, jedoch mit der Einschränkung, daß „möglichst“ die Protokolle über die Sitzungen der Staatssekretäre gestrichen werden sollten, „soweit sie nicht für den Zusammenhang unentbehrlich sind“. Die endgültige Redaktion wurde den Ministern Hermann Müller und Erzberger „in Verbindung mit Geheimrat Brecht“ übertragen. Das Kabinett bestimmte schließlich noch, daß das Konzept General Groeners über seine Ausführungen in der Kabinettsitzung vom 5. 11. 1918 aufgenommen<sup>28)</sup> und die „Denkschrift“ vor ihrer Veröffentlichung auch noch Oberst v. Haeften und Staatssekretär a. D. Graf Roedern vorgelegt werden sollte. Am 25. 7. 1919 teilte Erzberger in der Nationalversammlung mit<sup>29)</sup>, daß „alle diese Dinge“ über den militärischen Zusammenbruch „in den nächsten Tagen dem deutschen Volke aktenmäßig bekanntgegeben werden“. Drei Tage später fügte der Minister hinzu:<sup>30)</sup> „Die Regierung wird das ganze Material [...] veröffentlichen. Nächste Woche kommt die Denkschrift heraus über die Vorgänge, die zum Waffenstillstand geführt haben [...]“

Am 29. 7. 1919 wurde das im amtlichen Schriftverkehr stets als „Denkschrift“ bezeichnete Weißbuch unter dem Titel „Oberste Heeresleitung und Waffenstillstandsangebot“ ausgeliefert.<sup>31)</sup> Wie es in der Vorbemerkung hieß, sollte es der „Legendenbildung entgegentreten“ und zugleich ein dokumentarischer Beitrag „zum Verständnis der deutschen Revolution und der elementaren Leichtigkeit ihres Sieges“ sein.<sup>32)</sup> Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß alle Urkunden aus den Akten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes aufgenommen worden seien, die Äußerungen der OHL gegenüber der Reichsleitung enthielten.<sup>33)</sup>

Aus einem Schreiben der Reichsdruckerei vom 1. 8. 1919 an die Reichskanzlei geht hervor, daß sich die hohen Kosten der technischen Herstellung — 7100 Mark — zum einen durch die eilige Erledigung des Satzes ergeben hätten, zum andern aber durch die in den Fahnenabzügen noch vorgenommenen Korrekturen und Umstellungen.<sup>34)</sup>

Die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die sich im Anschluß an die Publikation des „Weißbuchs“ in der Öffentlichkeit und in der Presse entwickelten, können hier unberücksichtigt bleiben. Bereits kurz nach der Heraus-

<sup>27)</sup> Vgl. das Sitzungsprotokoll; Bundesarchiv R 43 I/1350.

<sup>28)</sup> Vgl. unten S. 526 Anm. 4.

<sup>29)</sup> Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919, hrsg. von Ed. Heilfron. Bd. 7. Berlin o. J., S. 188.

<sup>30)</sup> A.a.O. S. 304.

<sup>31)</sup> 129 Seiten, Großformat. Von den der Reichskanzlei übermittelten 600 Exemplaren gingen 480 nach Weimar zur Verteilung an die Mitglieder der Nationalversammlung.

<sup>32)</sup> Brecht nannte das Weißbuch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 398 vom 19. 8. 1919 eine „Verteidigungsschrift gegen törichte demagogische Angriffe“.

<sup>33)</sup> In einem vorhergegangenen Artikel (a.a.O. Nr. 394 vom 16. 8. 1919) hatte Brecht geschrieben: „Die Auswahl [der Dokumente] ist nicht tendenziös. Es sind nach bestem Wissen alle Dokumente ohne Unterschied [...] aufgenommen, die irgendwelche Äußerungen der OHL zur Frage des Friedensschrittes wiedergeben.“

<sup>34)</sup> Insgesamt seien 43 Seiten Drucksatz auf „Wunsch“ der Reichskanzlei gestrichen worden.

gabe der amtlichen Edition erwies es sich als notwendig, eine größere Auflage als „Volksausgabe“<sup>35)</sup> herauszubringen.

Sie erschien im Hobbing-Verlag in Berlin unter dem veränderten Titel: „Vorgeschichte des Waffenstillstands. Amtliche Urkunden, herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums von der Reichskanzlei.“ Sie wich von der ersten, „großen Ausgabe“ in einigen unwesentlichen Punkten ab, da sie als Druckvorlage anstatt des „endgültigen“ Textes des „Weißbuchs“ einen Korrekturabzug benutzt hatte.<sup>36)</sup> Wegen der dadurch bedingten Änderungen mußte sich die Regierung den Vorwurf „absichtlicher Irreführung des Publikums“ gefallen lassen.<sup>37)</sup>

Die Herausgabe einer zweiten, vermehrten Auflage der „Amtlichen Urkunden“ entsprang der Initiative der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin, die im Jahre 1920 die Restbestände der ersten Ausgabe des Weißbuchs und der „Volksausgabe“ vom Hobbing-Verlag übernommen hatte.

Am 30. 11. 1921 teilte die Deutsche Verlagsgesellschaft der Reichskanzlei mit<sup>38)</sup>, sie habe sich infolge der jüngsten Diskussionen „zur Frage des Zusammenbruchs, namentlich über die sogenannte Dolchstoßfrage“, entschlossen, das in dieser Hinsicht „wichtigste Buch dieses Stoffgebietes“ erneut zum Satz zu geben. In dem Schreiben des Verlags hieß es dann:

„Unser Verlag, dessen Tätigkeit in außenpolitischer Hinsicht bestimmt wird durch die Fragen der Schuld am Kriege und der Revision des Vertrages von Versailles, möchte sich in innerpolitischer Beziehung energisch in den Dienst der Klarstellung der Zusammenbruch-Schuldfrage stellen, und er bereitet zu diesem Zweck mehrere Veröffentlichungen vor, durch die zweifellos eine neue Diskussion dieser Frage auf breitester Basis zustande kommen wird.“

Die Verlagsanstalt erbat von der Reichskanzlei eine Mitteilung über etwaige Wünsche bezüglich einer Änderung der „Aufmachung“ und machte gleichzeitig eigene Änderungsvorschläge „im Interesse der Aufgabe des Buches“. So wollte sie den Titel geändert sehen in: „Amtliche Urkunden über den Ausgang des Weltkrieges“, mit dem Untertitel „Die Vorgeschichte des Waffenstillstands“. Dann sollte der Hinweis folgen: „Im Auftrage der Reichsregierung herausgegeben von der Reichskanzlei.“ Weiter schlug der Verlag vor, die vom Original abweichenden und in der Öffentlichkeit kritisierten Sperrungen im Drucktext zu beseitigen, um dem Buch, „dessen unerhört starke Wirkung auf jeden, der es noch nicht kennt, ohnedies völlig gesichert erscheint, den Charakter völliger Objektivität zu verleihen“ und so dessen „tatsächliche Wirkung“ noch zu verstärken. Schließlich regte der Verlag an, in die neue Auflage auch Aktenstücke aufzunehmen, die in der „Volksausgabe“ fehlten.

<sup>35)</sup> 186 Seiten. Der Ausdruck „Volksausgabe“ findet sich in dem in Anm. 37 erwähnten Schreiben der Reichskanzlei.

<sup>36)</sup> Die Druckerei entschuldigte sich am 16. 9. für dieses Versehen unter Hinweis auf die „Nachlässigkeit“ eines Angestellten und teilte mit, daß der Druck sofort gestoppt worden sei.

<sup>37)</sup> Unterstaatssekretär Albert schrieb am 12. 9. dem Verlag Hobbing, zu seinem „lebhaften Befremden“ enthalte die „Volksausgabe“ einige — im einzelnen angeführte — Abweichungen, die sich vermutlich daraus herleiteten, daß als Druckvorlage nicht der „endgültige Text der großen Ausgabe, sondern der zur Kalkulation dort ebenfalls vorliegende Korrekturabzug“ benutzt worden sei. Albert erbat eine „Aufklärung“, da gegen die Regierung der Vorwurf der „absichtlichen Irreführung des Publikums“ erhoben worden sei.

<sup>38)</sup> Schriftwechsel im DZA Potsdam, Reichsamt des Innern 13518.

Die Reichsregierung war mit der vorgeschlagenen Neuauflage einverstanden und machte von dem Angebot, die Erstfassung zu überarbeiten und zu ergänzen, weitgehenden Gebrauch. Die entsprechenden Arbeiten wurden vom Reichsministerium des Innern in die Wege geleitet, in das Brecht inzwischen übersiedelt war. In einem Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt, der Reichskanzlei und dem Reichsarchiv, der sich bis zum Herbst 1922 hinzog, wurden für den neuen Drucksatz zahlreiche Ergänzungen (Einfügung von 41 Nummern) und Berichtigungen vorgenommen, fehlende Bezüge hergestellt und bei den einzelnen Schriftstücken Ein- und Ausgangszeit, Absender- und Empfängervermerke „nach archivalischen Grundsätzen“ hinzugefügt; ebenso wurden Auslassungen gekennzeichnet.<sup>39)</sup> Die in der „Vorbemerkung“ der 1. Auflage gegebene Zusammenfassung des Inhalts wurde nicht übernommen, „da sie durch Literatur und Forschung einerseits überholt, andererseits überflüssig“ geworden sei.<sup>40)</sup>

Im Verlauf des Schriftwechsels über die Neuausgabe findet sich auf einem Schreiben des Staatssekretärs Lewald vom 19. 6. 1922 an das Reichsarchiv folgende maschinenschriftliche Randbemerkung, die weder Verfasser- noch Datumsangabe enthält:

„Die vom Reichsarchiv vorgelegten Akten sind anscheinend bei der O.H.L. bereits aussortiert. Nach meiner Kenntnis militärischer Aktenführung ist es unmöglich, daß von vornherein nur so dürftige Akten vorhanden gewesen sein sollten; das gilt besonders für die Akten über den Waffenstillstand. Infolgedessen sind aus diesen Akten auch keine wichtigen Unterlagen zu gewinnen, ganz abgesehen von der Frage, wieweit man das Weißbuch durch nachträglich bekannt gewordenen Material ergänzen will.“<sup>41)</sup>

Vermutlich stammt diese Notiz von dem Archivrat im Reichsarchiv Prof. Veit Valentin, der im Januar 1923 vom Reichsministerium des Innern den Auftrag erhielt, bei der Neuherausgabe der Amtlichen Urkunden „Hilfe zu leisten“. Als Ergebnis dieser

<sup>39)</sup> Im Vorwort der 2. Aufl. S. X heißt es u. a.: „Einzelne Sätze oder Satzteile, die in der ersten Auflage aus außenpolitischen Gründen ausgelassen waren, wurden jetzt eingefügt.“

<sup>40)</sup> A.a.O. S. XII.

<sup>41)</sup> Mit dem Inhalt dieser Aufzeichnung korrespondiert eine Mitteilung Schwertfegers, der am 25. 6. 1923 aus Pymont an Kurt Hahn schrieb (Durchschlag im Nachlaß Schwertfeger): „Heute eine Anfrage, die ich Sie bitte, Seiner Großherzoglichen Hoheit mit meinen ergebensten Empfehlungen übermitteln zu wollen: Ich hatte mich wegen einer bestimmten Aktenauskunft wieder einmal an das Reichsarchiv in Potsdam gewendet. Darauf schreibt mir das Reichsarchiv wörtlich folgendes:

„Nach Mitteilung des Oberst v. Tieschowitz wurden alle Berichte und Aufzeichnungen, die sich auf den Waffenstillstand bezogen, bei der O.H.L. in mehreren Aktenbänden mit der Aufschrift ‚Waffenstillstand‘ zusammengestellt. Eine dieser Akten ‚Das Zustandekommen des Waffenstillstandes‘ sollte im Juli 1919 dem früheren Reichskanzler Prinzen Max von Baden mit Einverständnis des Reichswehrministers Noske zur Einsicht vorgelegt werden. Damals war diese Akte im Großen Generalstabe nicht auffindbar und ist auch seitdem in den Beständen des Reichsarchivs nicht aufgefunden worden. — Private Aufzeichnungen des Majors Frhr. v. dem Bussche besitzt das Reichsarchiv nicht.“

Sind Sie in der Lage, hierzu noch irgendwelche Mitteilungen zu machen? Diese und ähnliche Aktenverluste sind doch sehr bedauerlich und merkwürdig.“

Ähnlich heißt es in einer maschinenschriftl. Aufzeichnung des Archivrats im Reichsarchiv Thimme (Bundesarchiv, Kleine Erwerbungen 255) vom 9. 1. 1932, nach einer Mitteilung des Reichsarchiv-Präsidenten Mertz seien „seinerzeit im Jahre 1919 wichtige politische Akten“ vom Großen Generalstab an die Waffenstillstandskommission ausgeliefert worden: „Aus diesen Akten hat Major v. Harbou Stücke herausgenommen.“

„Hilfeleistung“ entstand die folgende für das Reichsministerium des Innern als Vorlage für eine W.T.B.-Erklärung verfaßte Aufzeichnung Valentins „Die Neuauflage des Weißbuches über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918“, die vom 7. 9. 1923 datiert ist:<sup>42)</sup>

„Das Reichsministerium des Innern gibt soeben eine Neuauflage des Weißbuches über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes heraus. Die erste Auflage des Jahres 1919, die seinerzeit großen Eindruck machte, ist schon lange vergriffen, und so hat man sich entschlossen, die Urkunden aufs neue der Öffentlichkeit vorzulegen. Geändert hat sich zunächst die äußere Form. In Verbindung mit dem Reichsarchiv ist eine archivalisch einwandfreie Fassung erreicht worden: Absender und Empfänger, Abgangs- und Ankunftszeiten sind genau festgelegt, einige Abschreib- und Druckfehler ausgemerzt worden. Einwendungen gegen die erste Auflage des Weißbuches wurden besonders von General Ludendorff seinerzeit erhoben. Eine Nachprüfung der Originalurkunden und des gesamten Aktenmaterials hat ergeben, daß die seinerzeit erhobenen Vorwürfe durchaus nicht stichhaltig sind. Zu einer ganzen Reihe von Punkten haben sich keine Akten gefunden. Mehrere Punkte konnten aufgeklärt werden, zumeist gegen die Erinnerung Ludendorffs. Es darf gesagt werden, daß die Sammlung schon damals vollständiger war als erwartet werden konnte.

Die Reichsleitung hat sich aber entschlossen, noch eine Anzahl neuer Dokumente einzufügen, durch die das bisherige Geschichtsbild in einigen Punkten ergänzt und vertieft wird. Diese neuen Dokumente umfassen besonders zwei Gruppen von Aktenstücken. Es handelt sich einmal um Meldungen von Vertrauensleuten im Auslande, die für die Entschlüsse der Reichsleitung nicht unwesentlich mitgewirkt haben. Das Bild, das sich daraus ergibt, stellt sich ungefähr so dar: Bei der Entente herrschte während der Wilsonschen Friedensaktion durchaus keine Einigkeit. Die englische und französische Regierung empfanden Wilsons Vorgehen aus verschiedenen Gründen als unangenehm und versuchten es lahmzulegen. Aber auch in Amerika selbst machte sich ein scharfer Widerspruch gegen die Friedensaktion des Präsidenten von militärischer und chauvinistischer Seite geltend. Auch über die Frage der Thronentsagung des Kaisers bestand keine Einigkeit. Diese Nachrichten, mögen sie nun objektiv wahr oder halb wahr gewesen sein, konnten jedenfalls nur dazu dienen, die Reichsleitung in ihrem Beschluß zu stärken, aus der Wilsonschen Friedensaktion alles herauszuholen, was irgendwie möglich war.

Die zweite noch wichtigere Gruppe von Dokumenten betrifft die Beurteilung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung. Aus dem frühesten dieser Dokumente geht z. B. hervor, daß die Oberste Heeresleitung unmittelbar vor der Katastrophe des 8. August weitere Großangriffe umfassender Art nicht erwartete, sich also zu diesem wichtigen Zeitpunkte absolut über die Lage täuschte. Zu der sog. Dolchstoßfrage bringt das Weißbuch entscheidendes Material. Die Oberste Heeresleitung selbst hat in keinem der vorliegenden Dokumente auf politische Agitation oder Einwirkungen der Heimat als Grund der militärischen Niederlage hingewiesen. Sie sieht den Hauptgrund vielmehr in dem steigenden Mangel an Offizieren bei der Infanterie. Da, wo zuverlässige Führer vorhanden waren, hielt die Truppe stand; da, wo sie fehlten, brach der Widerstand zusammen. Die Oberste Heeresleitung entschloß sich deshalb, damals alle irgendwie brauchbaren Offiziere aus der Heimat und der Etappe für die Front heranzuziehen. Die Frage liegt nahe, warum das nicht schon früher geschehen ist. Der Lagebericht vom 15. September z. B. bezeichnet ferner als Ziel des Kampfes nicht die Behauptung von Gelände, sondern die Durchführung des Grundsatzes, „den Angriff sich zermürben zu lassen, selbst aber die Kampfkraft unseres Heeres zu

<sup>42)</sup> DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern 13518, Maschinenschrift.

erhalten'. Man sieht, wie damals der Gedanke an den militärischen Sieg völlig aufgegeben war; die psychologische Voraussetzung für die folgenreiche Beantragung der Bitte um Waffenstillstand und Frieden durch die Oberste Heeresleitung bei der Reichsregierung vom Ende des Monats war damit gegeben. Die Offiziere in maßgebenden Stellungen sahen damals schon die Lage als außerordentlich ernst an; die Oberste Heeresleitung sah sich deshalb genötigt, zu einer ruhigen Beurteilung der Lage zu mahnen. Auch häuften sich die Meldungen, daß das Vertrauen zwischen Führung und Truppe, zwischen Offizier und Mann nicht mehr überall das alte sei. Als Grund dafür werden lediglich militärische Momente angesehen; wohl wird einmal von „Unzufriedenheit in der Heimat“ gesprochen; aber eine politische Agitation von der Heimat wird hier nicht erwähnt. Dem Offiziers- und Unteroffizierskorps wird vielmehr ausdrücklich vorgeworfen, daß seine verminderte Leistung und seine mangelnde innere Geschlossenheit der Grund sei für das festgestellte Nachlassen der Disziplin und das Sinken der Kampfkraft mancher Truppenteile.

Völlig neu ist die Tatsache, daß nach der ersten Note des Präsidenten Wilson eine Meinungsverschiedenheit zwischen Hindenburg und Ludendorff in der Beurteilung der Lage zutage trat. Der Generalfeldmarschall wollte sofort beim Kaiser und Reichskanzler eine scharfe Erwiderung empfehlen; General Ludendorff aber sah die Lage als erheblich gespannter an und riet, von solchen Telegrammen abzusehen und den begonnenen Faden weiterzuspinnen. Bekanntlich hat sich am 17. Oktober dann Ludendorff für ein Weiterkämpfen ausgesprochen. Schon in der Sitzung machte seine Auffassung einen unklaren und schwankenden Eindruck. Dieser Eindruck verstärkt sich jetzt noch, wenn man die amtlich von Hindenburg und Ludendorff gezeichnete Instruktion für die Waffenstillstandskommission ansieht. Die Instruktion geht davon aus, daß die Kräfte des Feldheeres zu einem sicheren Halten der Abwehrstellungen nicht mehr ausreichen. Diese Widersprüche in der Haltung der Obersten Heeresleitung rechtfertigen von neuem das Vorgehen der damaligen Reichsleitung.“

Da die Protokolle der Sitzungen des Kriegs- wie des Gesamtkabinetts — ebenso wie die übrigen Akten der Reichskanzlei — bis in die 1930er Jahre hinein in der Reichskanzlei aufbewahrt wurden, waren sie der Geschichtsforschung entweder gar nicht oder nur mit Einschränkungen zugänglich. Außer Hajo Holborn scheint kein deutscher Historiker sich um Zugang zu diesen Quellen bemüht zu haben. Im April 1931 suchte dann der amerikanische Diplomat William Christian Bullitt in Berlin mit einer Empfehlung des Markgrafen Berthold von Baden um die Erlaubnis nach, die von ihm aus Salem in einem versiegelten Paket mitgebrachten Abschriften der Kabinettsprotokolle, die die Reichskanzlei im Jahre 1919 für Prinz Max angefertigt hatte, für eine historische Arbeit über Wilsons Außenpolitik benutzen zu können. Das verursachte in der Reichskanzlei keine geringe Verlegenheit. Staatssekretär Pünder teilte dem Markgrafen sein „Befremden“<sup>43)</sup> darüber mit, daß diese Abschriften „einer dritten Person, zumal einem Ausländer“, überlassen worden seien („wenn auch in versiegeltem Umschlag“).<sup>44)</sup> Das zur Prüfung angegangene Auswärtige Amt gab schließlich die Abschriften für Bullitt nur unter der Bedingung frei, daß die auf einer beigefügten Liste „verzeichneten Stellen gestrichen werden“.<sup>45)</sup> Zu diesem Zweck sollten von der Reichskanzlei „die betreffenden Seiten unter Fortlassung der

<sup>43)</sup> Im Konzept hieß es ursprünglich: „starkes Befremden“.

<sup>44)</sup> Schreiben vom 23. 6. 1931; Bundesarchiv R 43 I/890.

<sup>45)</sup> Staatssekretär v. Bülow an Pünder, 20. 5. 1931; a.a.O.

beanstandeten Stellen nochmals auf einer Schreibmaschine gleichen Types mit einem Durchschlag“ geschrieben werden und nur der Durchschlag dieser neugeschriebenen Seiten jeweils an Bullitt weitergegeben werden. So geschah es.

Das vom Auswärtigen Amt beigefügte „Verzeichnis der zu streichenden Stellen aus den Protokollabschriften“ lautete folgendermaßen:

1. Besprechung der Staatssekretäre vom 16. 10. 1918:

a) S. 2 . . . „Leider sei Wahres daran. Ihm sei von einem zuverlässigen Reichstagsmitglied, das den Rückzug teilweise mitgemacht habe, gesagt worden, daß wiederholt Ortschaften, die man den Engländern und Franzosen habe überlassen müssen, für 2—3 Tage der Truppe zur Plünderung übergeben worden seien. Das möge militärisch richtig gedacht sein, aber es sei politisch falsch und mache den fatalsten Eindruck.“ (Gröber).<sup>46)</sup>

b) S. 6 . . . „Er habe sie zum Teil schon in die Tat umgesetzt, nämlich wegen der U-Boote und der Verwüstungen . . .“ (R.K.).<sup>47)</sup>

2. Besprechung der Staatssekretäre am 17. 10. 1918:

a) S. 7 . . . „Wir müßten uns selbst nur klar machen, daß wir im umgekehrten Falle auch die höchsten Kriegsziele aufgestellt hätten . . .“ (Solf).<sup>48)</sup>

b) S. 8 . . . „Jedoch müßten die Befehle nur nach möglichst genauer Auswahl veröffentlicht werden, also nur die allgemeinen Armeebefehle, nicht die Spezialbefehle der einzelnen Truppenteile . . .“ (Scheüch).<sup>49)</sup>

3. Protokoll der geheimen Sitzung im Arbeitszimmer des Reichskanzlers am 31. 10. 1918:

S. 6 . . . „Ich halte Wilson nicht für einen Bluthund und nicht für eine Reinkultur des Bolschewismus . . .“ (Solf).<sup>50)</sup>

---

<sup>46)</sup> Vgl. S. 208.

<sup>47)</sup> Vgl. S. 213.

<sup>48)</sup> Vgl. S. 248.

<sup>49)</sup> Vgl. S. 249.

<sup>50)</sup> In der uns zur Verfügung stehenden maschinenschriftl. Protokollfassung ist dieser Satz nicht enthalten.

## 2. Die „Erinnerungen“ des Prinzen Max

Die im Jahre 1927 erschienenen „Dokumente und Erinnerungen“ des Prinzen Max von Baden entstanden in einem jahrelangen ununterbrochenen Prozeß des Sammelns, Sichtens und Siebens eines planmäßig zusammengetragenen umfangreichen amtlichen und privaten Quellenmaterials. Der „nicht lange nach der Revolution“ bekundete Entschluß des Prinzen, „in der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen“, erfuhr in achtjährigem „Forschen und Fragen“ eine Umwandlung von der zunächst vorgesehenen Rechtfertigungsschrift zu einem „quellenmäßig begründeten Bericht“ über die letzten Monate und Wochen des Kaiserreichs, an dessen Zusammenbruch dem letzten kaiserlichen Reichskanzler „wesentliche Schuld“<sup>1)</sup> zugeschrieben wurde. In die seit der Jahreswende

---

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 5.

1918/19 einsetzende Diskussion um die Frage der Kriegsschuld und die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs schaltete sich Prinz Max zunächst mit einer Mitteilung ein, daß er die „erforderliche Aufklärung“ über die Vorgänge des 9. November 1918 veröffentlichen werde, „sobald der Friede geschlossen ist“. <sup>2)</sup> Wenige Monate später ließ dann der Prinz, von Payer in dieser Absicht bestärkt <sup>3)</sup>, als Privatdruck seine Broschüre „Der 9. November 1918“ <sup>4)</sup> — datiert „Salem, den 30. Juli 1919“ — erscheinen. Sie wurde als Einzeldruck verbreitet und bildete gleichzeitig zusammen mit zwei anderen Veröffentlichungen <sup>5)</sup> eine Sammelbroschüre „Der 9. November 1918, Material zur Begutachtung der Vorgänge des 9. November 1918“. <sup>6)</sup> Diese erste Stellungnahme des Prinzen Max wurde zwar „in der ganzen Presse abgedruckt, aber in der Polemik so gut wie totgeschwiegen“. <sup>7)</sup>

Im weiteren Verlauf der äußerst heftig geführten Diskussion um die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs, die vor allem durch Veröffentlichungen von Ludendorff und Oberst Bauer neue Nahrung erhielten und damit die Reichsregierung zur Herausgabe der Amtlichen Urkunden über die Vorgeschichte des Waffenstillstands bewogen, hielt sich Prinz Max betont zurück. Kurt Hahn und andere Mitarbeiter in Salem nahmen sorgfältig die Flut der historisch-politischen Neuerscheinungen, der Biographien und Memoiren zum Kriegsgeschehen und zum Ausgang des Kaiserreichs und die sich in der Öffentlichkeit über Jahre hinziehenden literarischen Fehden zur Kenntnis. Deren Ergebnisse wurden in das allmählich entstehende Gerippe einer von amtlichen und privaten Dokumenten eingerahmten Darstellung des Prinzen Max einbezogen. Den Kern dieser Materialien für die Wochen seiner Kanzlerschaft bildeten die ihm auf seinen Wunsch in der Reichskanzlei angefertigten Abschriften nahezu sämtlicher Reichskanzleiakten, in erster Linie der Prokollen der Besprechungen des Kriegskabinetts und des Gesamtkabinetts. <sup>8)</sup>

<sup>2)</sup> Vgl. „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 23. 3. 1919, Nr. 139.

<sup>3)</sup> In einem Schreiben Payers vom 29. 7. 1919 an Prinz Max (Nachlaß Prinz Max) hieß es, er teile — angesichts der unmittelbar bevorstehenden Herausgabe des „amtlichen Materials“ (bezieht sich auf das Weißbuch) über die „kritische Zeit“ — die Ansicht, „daß jetzt die Zeit gekommen ist, die Aufzeichnungen zu veröffentlichen, schon um der OHL die Möglichkeit zu nehmen, der öffentlichen Meinung und der Geschichte von vornherein ihre einseitig gefärbte Darstellung aufzudrängen. Die ‚Irrwahn‘-Broschüre des Obersten Bauer ist irreführend genug . . .“

<sup>4)</sup> 9 Seiten, Buchdruckerei Presseverein Überlingen o. J.

<sup>5)</sup> Denkschrift des Grafen Schulenburg vom 7. 12. 1918 über die Vorgänge am 9. 11. 1918 in Spa (8 Seiten), wiederabgedruckt bei Niemann, Revolution S. 321 ff., und eine gemeinsame „authentische Darstellung“ von Hindenburg, Plessen, Hintze, Marschall und Schulenburg über die gleichen Vorgänge (12 Seiten), veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 27. 7. 1919, wiederabgedruckt bei Niemann a.a.O. S. 328 ff.

<sup>6)</sup> 40 Seiten, Buchdruckerei Presseverein Überlingen o. J.

<sup>7)</sup> Vgl. Prinz Max S. 5.

<sup>8)</sup> Am 22. 7. 1919 erbat Prinz Max von dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Albert, Abschriften der „wesentlichen Protokolle“ der Sitzungen des Kriegskabinetts als Ergänzung der ihm bereits früher übermittelten Zusammenstellungen. Dabei erklärte er, „keinerlei Zitate“ daraus zu veröffentlichen „ohne die ausdrückliche Genehmigung des Herrn Ministerpräsidenten“. Zu Eingang des Schreibens begründete Prinz Max seinen Wunsch folgender-

Hinzu kamen drei weitere Quellengruppen, deren Ergebnisse mehr oder minder sorgfältig in den Text eingewoben und nur an einzelnen Stellen kenntlich gemacht wurden:

1. Aktenstücke, Protokolle und Aufzeichnungen aus der Zeit vor dem 9. November von ehemaligen Staatssekretären, Abgeordneten, hohen Ministerialbeamten und Offizieren, die Prinz Max auf seinen Wunsch von den betreffenden Personen zur Verfügung gestellt bekam,
2. ausführliche nachträgliche Aufzeichnungen über einzelne Ereignisse (z. B. Regierungsbildung, Vorgänge im Hauptquartier am 9. 11. 1918 usw.), die auf Wunsch des Prinzen niedergeschrieben wurden, und
3. umfangreiche protokollartig festgehaltene Gespräche mit einzelnen Persönlichkeiten seiner Regierung, die ihre „Erinnerungen“ gegenseitig austauschten, kontrollierten und diesen Prozeß des permanenten „Geschichtsbildens“ in einem umfänglichen Briefwechsel über Jahre hin fortsetzten.

Die Sammlung und Sichtung des Materials sowie die Gliederung und Fertigstellung des Manuskripts sind nahezu ausschließlich das Werk von Kurt Hahn<sup>9)</sup>, der später selbstlos hinter seiner Aufgabe zurücktrat.<sup>10)</sup> Inwieweit Hermann Oncken — dem im Vorwort (S. 6) eigens gedankt ist — an der Redaktion Anteil genommen hat, läßt sich im einzelnen nicht feststellen.<sup>11)</sup> Hingegen können die eben skizzierten, der Publikation zugrunde liegenden drei Quellengruppen noch genauer umschrieben werden.

Unter den Niederschriften aus der Zeit vor dem 9. November, die Prinz Max von den betreffenden Autoren zur Verfügung gestellt bekam, verdienen in erster Linie die in Salem angefertigten maschinenschriftlichen Abschriften der stichwortartigen Aufzeichnungen Haußmanns — in manchen Fällen die einzige

---

maßen: „Anfang August beabsichtige ich, nach meinen Erinnerungen eine kurze Darstellung über die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots, über die Unmöglichkeit der Levée en masse und über die Vorgeschichte der Abdankung herauszugeben. Ich kann natürlich heute noch nicht alles sagen, weil ich die Stellung des Kaisers nicht komplizieren und unser militärisches Prestige nach Möglichkeit schonen will. Es wird sich bei meinen Darstellungen weniger um aktenmäßige Belege, als um die Aufdeckung der inneren Zusammenhänge handeln.“ Bundesarchiv Koblenz, R 43 I/166.

<sup>9)</sup> Epstein S. 266 Anm. 20 formuliert: „This remarkable man largely composed Max's Memoirs for the prince.“ Am Schluß einer zum 70. Geburtstag von Kurt Hahn in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 31. 5. 1956 erschienenen Würdigung aus der Feder der langjährigen Mitarbeiterin des Prinzen Max, Frau Lina Richter (die auch als Mitarbeiterin der „Erinnerungen“ im Vorwort S. 5 genannt ist), heißt es: „Immer ist Hahn intensiv bei irgendeiner Sache: er erklärt, wirbt, beschwört, überzeugt — und zitiert Max von Baden, ganz vergessend, daß er selbst es war, der diese Memoiren schrieb.“

<sup>10)</sup> Vgl. Prinz Max S. 5, der Kurt Hahn für die „Redaktion und Ergänzung“ seiner Erinnerungen „durch historische Quellenforschung“ Dank ausspricht. In Hahns eigener Vita (s. S. VII Anm. 5) heißt es allzu bescheiden: „Hahn sichtete das historische Material für die ‚Memoiren und Dokumente‘, die Prinz Max im Jahre 1927 veröffentlichte.“

<sup>11)</sup> Im Nachlaß Haesten 24 befindet sich folgende eigenhändige Aufzeichnung Haestens, datiert „Berlin, April 1927“: „An der Abfassung der nachstehenden Erinnerungen des Prinzen Max von Baden bin ich nicht beteiligt gewesen.

Die eigentliche Darstellung stammt von Herrn Kurt Hahn unter Mitwirkung des oft wochenlang in Salem weilenden Kriegsministers General Scheüch.

Das ganze Werk ist abschließend überprüft von dem Historiker Prof. Dr. Oncken.“

Quelle über Sitzungen des Kriegskabinetts und der Staatssekretäre sowie des Interfraktionellen Ausschusses — erwähnt zu werden.<sup>12)</sup>

Sie sind dem Prinzen kurz vor dem Tode Haußmanns (11. 2. 1922) zur Verfügung gestellt worden und an verschiedenen Stellen der „Erinnerungen“ ausdrücklich kenntlich gemacht. Von diesen Notizen heißt es an einer Stelle<sup>13)</sup>, sie hätten sich „beim Vergleich mit den amtlichen Protokollen [der Kabinettsitzungen] immer zuverlässig erwiesen“. <sup>14)</sup> Das trifft allerdings infolge des stichwortartigen Charakters dieser Aufzeichnungen nur bedingt zu. In zahlreichen Einzelfällen ermöglicht der von uns vorgenommene Abdruck der Haußmannschen Niederschriften einen Vergleich mit der jeweils angeführten Wiedergabe bei Prinz Max, der diese Notizen in den seltensten Fällen getreu übernommen, sondern sie meistens in jeweils eigener Kommentierung und Verarbeitung dargeboten hat.

Zu dieser erstgenannten Quellengruppe gehören ferner Aufzeichnungen des braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten Boden über Besprechungen des Reichskanzlers bzw. des Vizekanzlers mit den Vertretern der Einzelstaaten sowie der mehrfach zitierte „Terminkalender“ des Reichskanzlers — der in einer handschriftlichen Abschrift vorliegt und unvollständig ist — und schließlich Notizen von Frau Lina Richter über ihre Unterredungen mit dem Abg. David.

Die nachträglich, in der Regel auf Bitten und präzise Anfragen des Prinzen Max angefertigten Aufzeichnungen von Simons, Payer, Hintze, Scheüch, Roedern, Wahnschaffe u. a. bilden zwar einen umfänglichen Bestand, sind in ihrer inhaltlichen Gewichtigkeit indes nicht sehr hoch anzuschlagen. Das im Zusammenhang der zeitgenössischen Diskussion verständliche Rechtfertigungsbedürfnis einzelner Beteiligter ist jeweils in Rechnung zu stellen. Zudem war ein großer Teil dieser Niederschriften bereits durch Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags oder durch Presseveröffentlichungen inhaltlich bekannt.

Als dritte Quellen- und Materialgruppe für die „Dokumente und Erinnerungen“ sind die jeweils protokollartig festgehaltenen Gespräche mit früheren Politikern, Abgeordneten und Offizieren anzusprechen, die sich seit 1919 auf Einladung von Prinz Max wiederholt in Salem aufhielten. Darunter befanden sich Haußmann, Scheüch, Solf und Haefthen, aber auch ein militärischer „Sachverständiger“ wie Oberst Schwertfeger.<sup>15)</sup>

Auf dieser Materialgrundlage entstand in einem permanenten Prozeß des Streichens und Ergänzens, des Rückfragens und Verifizierens allmählich das immer umfangreicher werdende endgültige Manuskript. Am 16. 11. 1926 erbat Prinz Max von Reichskanzler Marx die Erlaubnis, aus den ihm vor Jahren über-

<sup>12)</sup> Im Nachlaß Haußmann 21 befindet sich folgende handschriftliche Bleistiftnotiz: „Salem 24. 7. 1923. Besprechung mit S. Gr. H. Prinz Max von Baden und H[errn] Hahn in Herrmannsberg.

Aus Archiv C. H[außmann] soll übersandt werden: Kieler Vorgänge. Durchschlag der fortlaufenden Aufzeichnungen vom 25. 9. — 10. 10. [gemeint wahrscheinlich: 11.] 1918. Briefe an Familienangehörige und Bekannte aus dieser Zeit. Aufzeichnungen aus Bern.“

<sup>13)</sup> S. 590 Anm. 1.

<sup>14)</sup> Im Zusammenhang eines Schriftwechsels mit Reichskanzler Marx schränkte der Prinz (am 16. 11. 1926) diese Behauptung ein, wenn er mitteilte, diese Niederschriften seien „in Einzelheiten häufiger genauer“ als die offiziellen Protokolle. Bundesarchiv R 43 I/888.

<sup>15)</sup> Ein entsprechender Briefwechsel zwischen dem Prinzen Max (bzw. Kurt Hahn) und Schwertfeger befindet sich im Bundesarchiv, Nachlaß Schwertfeger.

sandten Abschriften aus den Akten der Reichskanzlei Zitate veröffentlichen zu dürfen. Der Reichskanzler antwortete am 29. 11., daß er dagegen „keine Bedenken“ habe, fügte aber hinzu:<sup>16)</sup>

„Dabei darf ich allerdings den an sich ja selbstverständlichen Vorbehalt machen, daß Euere Großherzogliche Hoheit von der Veröffentlichung etwaiger Vorgänge, die sich insbesondere aus außenpolitischen Gründen zur Bekanntgabe in der Öffentlichkeit nicht eignen, absehen. Bei dem zur Verfügung gestellten umfangreichen Material, das den verschiedenen Aktenstücken der Reichskanzlei entnommen ist, stößt die Nachprüfung der Frage, ob einzelne Dokumente zur Veröffentlichung geeignet sind oder nicht, auf Schwierigkeiten. Ich gestatte mir deshalb an Euere Großherzogliche Hoheit die Bitte zu richten, entweder die Teile, die zitiert werden sollen, vor der Veröffentlichung mir gütigst mitzuteilen, oder, falls es vorgezogen werden sollte, in etwaigen einzelnen Zweifelsfällen meine Entscheidung einholen zu lassen.“

Das letztere erwies sich nicht als notwendig, da Prinz Max, wie aus seiner Antwort vom 25. 12. hervorging, mit dem Reichskanzler darin übereinstimmte, „daß bei jeder, und also auch bei meiner Veröffentlichung, der außenpolitische Gesichtspunkt entscheidend sein muß“. <sup>17)</sup> Der Prinz fügte hinzu, es sei seine Absicht, „entgiftend auf die innerpolitische Atmosphäre zu wirken“. Es läge ihm vor allen Dingen daran, „die Protokolle heranzuziehen, um die Genauigkeit zu gewährleisten“.

Abschließend hieß es in bezug auf Groeners Äußerungen in der Kabinettsitzung vom 5. 11. 1918:<sup>18)</sup>

„Ich habe jahrelang Bedenken getragen, unsere damalige schlechte Lage der Welt bekanntzugeben; aber seit General Groeners Aussage im Dolchstoßprozeß ist eine Verschlechterung nicht mehr möglich.“

Nach der Drucklegung des Manuskripts wurde die Fahnenkorrektur in Salem noch einmal gründlich überarbeitet und ergänzt. Dadurch verzögerte sich erneut das Erscheinen dieses längst angekündigten Bandes, dessen Herstellung — alles in allem genommen — gewaltige Summen verschlungen hatte. Das Werk darf als die politische Hinterlassenschaft des einem fürstlichen Hause entstammenden Reichskanzlers bezeichnet werden, der über den nicht zuletzt vom Kaiser selbst ausgesprochenen Vorwurf, daß er am Sturz der Monarchie mitverantwortlich gewesen sei, nicht hinwegkommen konnte. Prinz Max hat sich in einem bis an sein Lebensende (gest. 6. 11. 1929) währenden Prozeß des „richtigen“ historischen Verstehens und der rechtfertigenden Darstellung verzehrt.

<sup>16)</sup> Bundesarchiv R 43 I/888.

<sup>17)</sup> A.a.O. 889.

<sup>18)</sup> S. unten S. 526 Anm. 4.

### 3. Erzbergers Delegation zu den Waffenstillstandsverhandlungen

Die Frage der Delegation Erzbergers als Vertreter des Kriegskabinetts in die Waffenstillstandskommission und seine spätere Tätigkeit als Vorsitzender dieser Kommission nahm in der politischen Polemik der Weimarer Zeit einen breiten Raum ein. Zuletzt hat Bernhard Poll in einem Aufsatz ausführlich dieses Thema

behandelt.<sup>1)</sup> Dabei konnte er sich auf Auszüge aus Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes, der OHL, der Waffenstillstandskommission und des preußischen Kriegsministeriums stützen, die ihm 1931 als Mitglied des Reichsarchivs zugänglich gewesen waren, und persönliche Mitteilungen beteiligter Zeitgenossen (Hindenburg, Groener, Haefthen, Lersner, Brecht u. a.) verwerten. Die seinerzeit im Auftrage des Reichsarchivs unternommenen Forschungen Polls und eines weiteren Mitarbeiters des ehemaligen Reichsarchivs, Professor Rühlmann, bildeten die Grundlage des erwähnten Aufsatzes von Poll. Sie konnten teilweise bereits 1931 von Carl Bachem für den 9. Band seiner Zentrums-geschichte (1932) benutzt werden. Die ausgearbeiteten Forschungsergebnisse befinden sich heute im Bundesarchiv.<sup>2)</sup> Sie vermögen allerdings, ebensowenig wie Epsteins Erzberger-Biographie, ein abschließendes Bild dieser Ereignisse zu vermitteln, da die für diese Frage entscheidend wichtigen Protokolle der Kabinettsitzungen vom 2. und 6. 11. 1918 in den amtlichen Akten nicht vorhanden bzw. so spärlich sind, daß sie eine Rekonstruktion der Vorgänge nicht gestatten.

Die von uns ausgewerteten privaten Sitzungsniederschriften und späteren brieflichen Mitteilungen von Erzberger, Haußmann und anderen Beteiligten erlauben es, die quellenkritisch besonders interessante Frage nach der Rolle Erzbergers von neuem aufzuwerfen und damit gleichzeitig die Frage nach dem quellenkritischen Wert derartiger nachträglicher „Erinnerungen“. Auch wenn wir die subjektive Ehrlichkeit der nachträglich entstandenen Auslassungen der Beteiligten unterstellen, ergeben sich noch genügend unbewußte Verzerrungen und Akzentverlagerungen, die zu einem großen Teil aus der späteren Polemik erwachsen sind. Sie belasten den ganzen Zusammenhang mit Problemen, von denen entweder in den Primärquellen noch nicht die Rede war oder die später einen anderen Rang gewonnen haben. Bei der Klärung der Vorgänge ist — mit Poll — grundsätzlich zu unterscheiden zwischen der Delegation Erzbergers als Vertreter des Kriegskabinetts samt ihrer Vorgeschichte und der später erfolgten Übernahme des Vorsitzes der Waffenstillstandskommission durch Erzberger, die im Kabinett gar nicht zur Diskussion gestanden hatte.

Das in den amtlichen Akten vorhandene Beschlußprotokoll der Kabinetts-sitzung vom 2. 11. 1918<sup>3)</sup> orientiert nur unzureichend über den Verlauf der Sitzung. Auch die stichwortartige Niederschrift Haußmanns<sup>4)</sup> enthält für den uns interessierenden Punkt nur Zufallsnotizen. Danach kann als gesichertes Ergebnis der Sitzung festgehalten werden:

1. Der vom Kabinett angenommene Vorschlag, eine „politische Persönlichkeit“, also einen Staatssekretär, als Delegierten der Waffenstillstandsdelegation beizugeben, stammt von Erzberger.

---

<sup>1)</sup> Die Reichsleitung, die Oberste Heeresleitung und der Abschluß des Waffenstillstandes November 1918, in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1954. Köln 1955, S. 35 ff.

<sup>2)</sup> Kleine Erwerbungen 255.

<sup>3)</sup> Vgl. unten S. 465 f.

<sup>4)</sup> Vgl. S. 466 ff.

2. Erzberger war es auch, der als geeignete Persönlichkeit im Falle der „Unabkömmlichkeit“ des zuständigen Ressortchefs Solf Staatssekretär Haußmann vorschlug.

Ob vor der Sitzung die Frage der Nominierung Haußmanns bereits zwischen Erzberger und Haußmann gesprächsweise erörtert worden ist — wie es nach Haußmanns Brief vom 16. 9. 1921 möglich wäre<sup>5)</sup> — muß offenbleiben. Nicht erweisen läßt sich Arnold Brechts Behauptung von 1921, daß Haußmann, nachdem er durch Erzberger vorgeschlagen worden war, seinerseits Erzberger empfohlen habe.<sup>6)</sup> Ebenso unbeweisbar ist aber auch Haußmanns — ebenfalls nachträgliche — Behauptung, es sei ausgeschlossen, daß er seinerseits Erzberger in Vorschlag gebracht habe.<sup>7)</sup> Eindeutig falsch ist Erzbergers Feststellung in seinen Memoiren, Haußmann sei bereits „vor Wochen“ für die Delegation in die Waffenstillstandskommission bestimmt worden.<sup>8)</sup>

Haußmanns unmittelbare Reaktion auf seine Nominierung ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. Aus einem Brief an seine Tochter vom 2. 11. 1918 spricht ein verständlicher Stolz über seinen Auftrag, jedoch keinerlei Bedenken in bezug auf mögliche Schwierigkeiten oder auf die Undankbarkeit der ihm zugeordneten Aufgabe.<sup>9)</sup> Sollte sich Haußmann tatsächlich in einem Gespräch mit Erzberger vor der Kabinettsitzung vom 2. 11. gegen die Übernahme des Auftrags gesträubt haben<sup>10)</sup>, so kann keineswegs — wie er nachträglich behauptete — von „grundsätzlichen“ Bedenken („ob man dem Militär die Verantwortlichkeit abnehmen sollte“) die Rede sein, die in dem erwähnten Brief an die Tochter keinen Niederschlag finden. Im Gegenteil: hier wird mit sichtbarer Genugtuung und naiver Freude registriert, Oberst von Winterfeldt habe geäußert, „daß ihm Staatssekretär Haußmann sehr willkommen sei“.

Geht man von dieser Grundstimmung aus, so wird man auch in den späteren Auslassungen Haußmanns noch die Enttäuschung darüber entdecken, daß nicht er, sondern Staatssekretär Erzberger den Auftrag des Kabinetts erhielt. Es läßt sich keinerlei Beleg dafür beibringen, daß Erzberger — wie Haußmann im November 1920 an Groener und ähnlich am 16. 9. 1921 an Hahn schrieb<sup>11)</sup> — „den Auftrag nur schaffen wollte und mich nur vorschlug, damit man nicht annehmen solle, er wünsche, den Auftrag übertragen zu erhalten“. Die aus Haußmanns Mitteilungen an Hahn abgeleitete Folgerung des Prinzen Max, daß Erzberger „sich zu der Aufgabe herangedrängt“ habe<sup>12)</sup>, wird damit hinfällig.

<sup>5)</sup> Vgl. S. 468 Anm. 9. Der Brief enthält jedoch falsche Datums- und auch Personenangaben (Teilnahme des Reichskanzlers an der Sitzung), so daß seine Angaben mit größter Vorsicht zu benutzen sind.

<sup>6)</sup> Vgl. S. 466 Anm. 2.

<sup>7)</sup> A.a.O. und S. 469 Anm. 12.

<sup>8)</sup> Vgl. S. 466 Anm. 2.

<sup>9)</sup> A.a.O.

<sup>10)</sup> Vgl. S. 468 Anm. 9.

<sup>11)</sup> Vgl. S. 466 Anm. 2 sowie Nachlaß Haußmann 24.

<sup>12)</sup> Prinz Max (Berchtesgaden) an Hahn, 22. 9. 1921; Nachlaß Prinz Max.

Der Kabinettsitzung vom 6. 11. 1918, über die ein amtliches Protokoll fehlt<sup>13)</sup> und nur eine stichwortartige Niederschrift Haußmanns und zwei knappe Niederschriften Erzbergers vorliegen<sup>14)</sup>, war eine Unterredung zwischen Prinz Max, Groener und Solf im Garten der Reichskanzlei vorhergegangen.<sup>15)</sup> Nach den Schilderungen Groeners und des Prinzen steht fest, daß bei diesem Gespräch über Haußmann und Erzberger als die beiden in Frage kommenden Kandidaten debattiert wurde. Daß dabei der Vorschlag einer Entsendung Erzbergers von Groener ausgegangen sei, wie Prinz Max nachträglich behauptete<sup>16)</sup>, läßt sich ebensowenig erhärten wie die von Poll berichtete Äußerung des Reichskanzlers zu Groener, er werde Erzberger zum Vorsitzenden der Kommission ernennen.<sup>17)</sup> Offensichtlich irrig ist Haußmanns Version in einem Brief an Hahn vom 16. 9. 1921<sup>18)</sup>, daß Erzberger, noch ehe er, Haußmann, am Abend des 5. 11. 1918 aus Kiel zurückgekommen sei, bereits designiert gewesen sei und schon einen Abreisetermin mit Groener zusammen festgesetzt habe. Hier wird wieder Haußmanns enttäuschte Hoffnung sichtbar, so daß Haefdens Eindruck in der Kabinettsitzung vom 6. 11., daß Haußmann selbst gern die Mission übernommen hätte<sup>19)</sup>, zutreffend gewesen sein dürfte. Eine von Prinz Max behauptete Verabredung zwischen Groener und Erzberger<sup>20)</sup> läßt sich nicht nachweisen und muß als äußerst unwahrscheinlich gelten.

Über den Verlauf der Kabinettsitzung vom 6. 11. 1918 steht nach Haußmanns und Erzbergers Niederschriften fest, daß der Vorschlag einer Entsendung Erzbergers vom Reichskanzler kam. Die spätere Mitteilung des Prinzen Max, er habe im Kabinett zunächst Haußmann, dann erst Erzberger vorgeschlagen<sup>21)</sup>, ist offensichtlich irrig. Die Entscheidung des Reichskanzlers zugunsten Erzbergers und nicht Haußmanns<sup>22)</sup> dürfte während des Gartengesprächs gefallen sein. Ebenso fragwürdig wie Prinz Max' Version ist Haefdens nachträgliche Behauptung<sup>23)</sup>, Haußmann habe als erster in der Kabinettsitzung vom 6. 11. Erzberger in Vorschlag gebracht und seine Nominierung durchgesetzt.<sup>24)</sup>

<sup>13)</sup> Im Zusammenhang eines Briefwechsels zwischen Prinz Max und Reichskanzler Marx über die von Prinz Max geplanten Memoiren findet sich in den Akten (Bundesarchiv R 43 I/889) die Notiz des Bürodirektors Ostertag vom 11. 1. 1927, daß sich ein Protokoll über die Kriegskabinettsitzung vom 6. 11. 1918 „nicht gefunden“ habe.

<sup>14)</sup> Vgl. S. 547 ff.

<sup>15)</sup> Vgl. S. 550 Anm. 20.

<sup>16)</sup> Vgl. S. 552 Anm. 33. Auch Epstein S. 270 greift diese Version (ohne Beleg) auf.

<sup>17)</sup> Vgl. Poll S. 41.

<sup>18)</sup> Nachlaß Haußmann 24.

<sup>19)</sup> Schreiben vom 22. 9. 1921 an Prinz Max; auszugsweise maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Haußmann 24.

<sup>20)</sup> Prinz Max an Hahn, 22. 9. 1921; Abschrift a.a.O.

<sup>21)</sup> 31. 10. 1920; vgl. S. 551 Anm. 25.

<sup>22)</sup> Haußmann machte nach der Rückkehr von Kiel einen deprimierten Eindruck und fühlte sich den neu auf ihn zukommenden Strapazen nicht gewachsen; er war zudem für die „Bearbeitung der elsäß-lothringischen Frage“ vorgesehen. So jedenfalls heißt es in einem Schreiben Groeners vom 10. 11. 1920 an Haußmann (Fortsetzung des S. 551 Anm. 25 mitgeteilten Auszugs aus diesem Schreiben), ebenso in dem in der vorigen Anm. erwähnten Schreiben des Prinzen Max.

<sup>23)</sup> 22. 9. 1921 an Prinz Max; vgl. S. 551 Anm. 25.

<sup>24)</sup> Eine entsprechend irrtümliche Erinnerung Haefdens gab Poll an Bachem weiter (Schreiben vom 7. 10. 1931; Nachlaß Bachem 89, Maschinenschrift), der sie in Bd. IX S. 458 verwertete.

Der vielleicht interessanteste Punkt der Sitzung vom 6. 11. 1918 ist Erzbergers Reaktion auf seine Nominierung. Es ist psychologisch bemerkenswert, daß es Erzberger in seinen beiden Aufzeichnungen nicht für notwendig hält festzustellen, daß er gegen seine Nominierung durch den Reichskanzler und gegen das drängende Zureden anderer Staatssekretäre Widerspruch erhoben habe. Erst einige Monate später kam diese Tatsache, die von anderen Sitzungsteilnehmern übereinstimmend bestätigt und in Erzbergers Memoiren sowie im Erzberger-Prozeß erwähnt wird<sup>25)</sup>, zur Sprache<sup>26)</sup>, zuerst in seinen bisher nicht beachteten Ausführungen in der Weimarer Nationalversammlung am 8. 7. 1919:<sup>27)</sup>

„Zweimal nur in meinem Leben bin ich erschrocken, das eine Mal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Verabredung der Reichskanzler am 5. [!] November 1918 mich mit der Führung [!] der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragte; es war vormittags 12 Uhr, und abends 5 Uhr mußte ich abreisen mit unbekanntem Ziel...“ Zwei Wochen später, am 25. 7., hieß es:<sup>28)</sup> „Am 6. November vormittags war es, daß ich den Auftrag bekommen habe — ich habe mich nicht zum Abschluß des Waffenstillstandes gedrängt, ... das weiß jedes Kabinettsmitglied, wie es plötzlich an mich herangekommen ist..., am 8. November morgens die weiße Fahne zu hissen...“

Haefdens spätere Version, „Erzberger bejahte sofort“<sup>29)</sup>, trifft gewiß nicht zu, vermutlich auch nicht seine weitere Schilderung, daß der Reichskanzler vorher Erzberger gefragt habe: „Den Vorsitz [!] übernehmen wohl Sie?“<sup>30)</sup> Die Tatsache, daß Erzbergers Niederschrift mit Haußmanns Aufzeichnung darin übereinstimmt, daß keinerlei Reaktion auf seine Nominierung registriert wird, belegt offensichtlich, daß Erzberger diese Frage auch noch Mitte November 1918, als er seine zweite Fassung (S. 556 ff.) konzipierte, nicht für gravierend gehalten hat. Nach allem scheint sich Erzberger über die Konsequenzen seiner Mission keineswegs im klaren gewesen zu sein. Seine Äußerung von 1921<sup>31)</sup>, er habe die Hoffnung gehabt, Foch werde auf Grund der Erzbergerschen Friedensresolution vom Juli 1917 „etwas Entgegenkommen“ zeigen, entspricht seiner politischen Mentalität, die stets dazu neigte, in unverwüstlichem Optimismus die eigenen Möglichkeiten zu überschätzen. Erzberger, der im September sein Buch über

<sup>25)</sup> Vgl. die Belege S. 553, bes. Anm. 36 sowie S. 557 Anm. 10. Dazu Gündell S. 309. Vgl. ferner WUA 6 (Delbrück) S. 63 f. sowie Groeners Schreiben an Bachem vom 8. 9. 1931; Bachem IX S. 465 f. Dazu Epstein S. 273. Am 27. 4. 1931 teilte der Zentrumsabgeordnete (seit 1912) Bell dem Kölner Justizrat Bachem (Nachlaß Bachem 104) mit: „Im Kabinett Prinz Max wurde von dem damaligen Reichskanzler Prinz Max das dringende Ersuchen an Erzberger gerichtet, zu den Waffenstillstandsverhandlungen als Beauftragter der Regierung... zu fahren. Begreiflicherweise drängte sich Erzberger keineswegs zu diesem höchst peinlichen Auftrag, sondern suchte ihn von sich abzuwälzen. Schließlich fügte er sich, dem eindringlichen Verlangen des gesamten Kabinetts und der militärischen Kreise folgend, dem Unvermeidlichen.“

<sup>26)</sup> Worauf Epsteins Mitteilung (S. 270) beruht, daß insbesondere Gröber und Trimborn auf Erzberger eingeredet und an seinen Patriotismus appelliert hätten, ist nicht ersichtlich.

<sup>27)</sup> Vgl. Die Deutsche Nationalversammlung 5, S. 3356.

<sup>28)</sup> A.a.O. 7, S. 190.

<sup>29)</sup> Schreiben vom 22. 9. 1921 an Prinz Max; auszugsweise maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Haußmann 24.

<sup>30)</sup> Mitgeteilt bei Poll S. 42.

<sup>31)</sup> Vgl. Bachem IX S. 462.

den Völkerbund veröffentlicht hatte und als Mitglied des Kriegskabinetts über die bedrohliche militärische Lage unterrichtet war, fühlte als politischer „Fachmann“ die Verpflichtung, die in Gang gekommenen Friedensgespräche nicht wieder ergebnislos verlaufen zu lassen.<sup>32)</sup>

Es besteht kein Grund, den Übergang der Führung der Waffenstillstandsdelegation an Erzberger nach der Schilderung in seinem Manuskript „Waffenstillstandsverhandlungen mit Frankreich“ zu bezweifeln. Der Staatssekretär hat sich in keiner Weise gedrängt, sich aber vermutlich ebensowenig gegen den von Lersner stammenden, am Vormittag des 7. 11. vorgebrachten Vorschlag gesträubt, die Leitung der Delegation zu übernehmen, wozu der Reichskanzler telephonisch seine Zustimmung erteilte.<sup>33)</sup>

Daß die OHL es bewußt darauf angelegt hat, einen Politiker mit der Verantwortung zu belasten, sich selbst aber im Sinne der späteren Dolchstoßlegende ein Alibi zu verschaffen, ist bisher nicht mit Sicherheit nachzuweisen, kann aber auf Grund von Gündells gleichzeitiger und Groeners nachträglicher Schilderung<sup>34)</sup> nicht ausgeschlossen werden, wenn sich auch Gündell über seine Ablösung zunächst offenbar betroffen fühlte.<sup>35)</sup> In einem Schreiben Groeners an Haußmann vom 10. 11. 1920 wird diese Frage nicht behandelt, wobei allerdings Groener bereits hier Erzbergers Entsendung als Vertreter des Kriegskabinetts und seine Beauftragung mit der Führung der Delegation verwechselt.<sup>36)</sup>

Nach dem Aufkommen der Dolchstoßlegende verschoben sich die Konturen auf beiden Seiten immer mehr. In diesem Zusammenhang verdient ein Brief des Prinzen Max an Kurt Hahn vom 22. 9. 1921 Erwähnung. Hahn hatte ein Schreiben Haußmanns vom 16. 9. — in dem der Vorgang von Erzbergers Nominierung im Kriegskabinettt erörtert worden war — dem Prinzen vorgelegt und dessen Antwort („merkwürdiger Aufschrieb“) in Abschrift an Haußmann weitergeleitet. Für die „Quellenkritik“ und die Art und Weise der damals in Salem bearbeiteten „Erinnerungen“ des Prinzen ist dieser Brief<sup>37)</sup> höchst charakteristisch:

„Einen Ausweg aus dieser etwas schwierigen Darstellung [in bezug auf Differenzen über die Nominierung Erzbergers] könnte ich in folgendem sehen: Ich erzähle den Vorgang, wie ich ihn niedergelegt habe. 1. Groeners Gespräch, 2. darauffolgende Kabinettsitzung, und sage, daß vor diesen Ereignissen von mir oder mit mir von einer Entsendung eines Regierungsmitglieds nicht gesprochen worden ist. So ist Erzberger denn Groeners Erfindung.

---

<sup>32)</sup> Die pessimistischen Ausführungen Groeners in der Kabinettsitzung am 5. November hatten Erzberger stark beeindruckt und ihn noch am gleichen Tage zu einer privaten Friedensvermittlung über die Königin von Holland veranlaßt; Pol. Archiv, Weltkrieg 23 geheim, Bd. 30.

<sup>33)</sup> Vgl. Poll S. 43.

<sup>34)</sup> Vgl. Groener S. 449: „Mir konnte es nur lieb sein, wenn bei diesen unglückseligen Verhandlungen, von denen nichts Gutes zu erwarten war, das Heer und die Heeresleitung so unbelastet wie möglich blieb.“

<sup>35)</sup> Vgl. Poll S. 43.

<sup>36)</sup> Nachlaß Haußmann 24.

<sup>37)</sup> A.a.O.

Man fährt dann fort und sagt (mit Haußmanns Erlaubnis), was dieser über Erzberger zu sagen hat. Hier liegt dann Erzbergers Zudringlichkeit.

Der Passus über die Ansicht der OHL: ‚Ein hoher Militär sei zu gut, um ein Diktat entgegenzunehmen‘, kann so eingeschoben werden, daß man seinen zeitlichen Ursprung nicht vermißt, z. B. vor der Sitzung: Es war mir gemeldet worden, daß die OHL . . . Es ist sehr leicht möglich, daß ich Erzberger beim Abschied gesagt habe: ‚Es tut mir leid, daß Sie diese schwere Aufgabe übernehmen müssen. Aber einer muß das Opfer bringen.‘ Das ist aber eine ganz nebensächliche Sache.

Wenn das Wort Haußmanns: ‚Es ist nicht gut, der OHL die Verantwortung abzunehmen‘, hineinkommt, so bin ich darüber nur froh. Ich selbst will das aber nicht sagen. — Vielleicht wird es nun doch notwendig sein, Groeners Meinung über die militärische Lage zu bringen. Sie schwächt die Bedeutung der Ernennung Erzbergers herab, weil man eben doch nicht mehr stark genug war, um zu handeln oder ein Ultimatum abzulehnen. Gern sage ich es hier aber nicht. Im gleichen Gespräch (6. früh) gab mir Groener die erschütternde Mitteilung, die Lage der Armee wäre eine solche, daß die OHL gezwungen sein würde, Parlamentäre zum Feind zu schicken, wenn binnen wenigen Tagen die französischen Waffenstillstandsbedingungen nicht eingetroffen seien. Wenn wir dies im Zusammenhang mit Erzberger veröffentlichen, so ist es eine vernichtende Anklage gegen OHL, aber ich habe meine großen Bedenken, eine solche Mitteilung in der Polemik zu verwenden. Sie ist zu tragisch, um sie hier zu verschwenden . . .“

Es ist bezeichnend, daß Prinz Max in seinen Erinnerungen diesen Vorgang mit keinem Wort berührt und nur mit einem einzigen Satz<sup>38)</sup>, ohne weitere Inhaltsangabe, ein zweites Gespräch mit Groener, am Nachmittag des 6. 11. („ehe er abreiste“) erwähnt, um dann in diametralem Gegensatz zu Groeners Version fortzufahren: „Auf seinen Vorschlag ernannte ich Erzberger zum Mitglied der Waffenstillstandskommission als Vertreter der Regierung.“

<sup>38)</sup> Prinz Max S. 594.

## F. Zur Edition

Unsere Edition schließt unmittelbar an das Quellenwerk über den Interfraktionellen Ausschuß an. Sie stützt sich ebenso wie dieses in der Hauptsache auf bisher unveröffentlichte Quellen und bietet eine eingehende Dokumentation für den Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem während der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden. Für die Auswahl der Dokumente waren folgende Gesichtspunkte maßgebend:

1. Die Veröffentlichung von Niederschriften über Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses wurde fortgesetzt. In diesem Ausschuß hatte sich zu einem nicht geringen Teile die Vorbereitung des Systemswechsel vollzogen; er wuchs jetzt dem Kabinett gegenüber in die Rolle eines Koalitionsausschusses der Regierungsparteien hinein. Niederschriften beteiligter Parlamentarier, vor allem von Südekum, Haußmann, Erzberger, David, Stresemann und Richthofen, konnten ergänzt werden durch eine Reihe von Dokumenten zur Politik der Mehrheitsparteien, zu denen während der Kanzlerschaft des Prinzen Max auch wieder die Nationalliberalen zählten.<sup>1)</sup>

2. Der Schwerpunkt der Edition liegt in der geschlossenen Veröffentlichung der Protokolle der Kabinettsitzungen von der Regierungsbildung an bis zum Ausbruch der Revolution. Die Originale dieser Protokolle der Sitzungen des Kriegskabinetts und des Gesamtkabinetts aus der Zeit vom 6. 10. bis zum 8. 11. 1918 befinden sich unter den im Deutschen Zentralarchiv Potsdam aufbewahrten Akten der Reichskanzlei.<sup>2)</sup>

Diese teilweise recht ausführlichen, teilweise mehr stichwortartigen Protokolle stammen von der Hand Radowitz', Deutelmosers, Wahnschaffes, Simons<sup>3)</sup>, Brechts und — in einem Falle<sup>4)</sup> — des Regierungsrats v. Bornstedt. Sie sind zum kleineren Teil — für die Sitzungen bis zum 10. 10. — nur handschriftlich, zum größeren Teil nur maschinenschriftlich überliefert. Die sehr flüchtigen und oft schwer lesbaren eigenhändigen Niederschriften von Wahnschaffe über die Sitzungen vom 18., 19. und 21. 10.<sup>5)</sup> sind auch in einer (zum Teil fehlerhaften) maschinenschriftlichen Übertragung vorhanden. Diese Nachschriften dürften im Unterschied zu den übrigen Protokollen, die gleichzeitige Mitschriften bzw. Diktate von gleichzeitigen Niederschriften sind, später angefertigt worden sein,

---

<sup>1)</sup> Für die herangezogenen Überlieferungen vgl. Quellen I/I S. XXXIX ff.

<sup>2)</sup> DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462: Die regelmäßige Besprechung mit den Staatssekretären; a.a.O. 2462/1: Beschlüsse des Kriegsrats.

<sup>3)</sup> Nach Prinz Max S. 418 ist über die „Große Sitzung“ vom 17. 10. (veröffentlicht a.a.O. S. 419 ff.; s. unsere Edition S. 220 ff.) von Simons ein stenographisches Protokoll aufgenommen und ihm, Prinz Max, zugänglich gemacht worden. Simons hat ferner das maschinenschriftl. Protokoll der Abendsitzung vom 31. 10. unterzeichnet; vgl. unten S. 437 Anm. 3.

<sup>4)</sup> Vgl. S. 342 ff.

<sup>5)</sup> Vgl. S. 257 ff., 269 ff. 294 ff.

vermutlich im Frühjahr 1919 bei der Vorbereitung des Drucks der „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes“.<sup>6)</sup>

In den Akten der Reichskanzlei im Bundesarchiv in Koblenz<sup>7)</sup> befindet sich ein weiterer Bestand mit späteren maschinenschriftlichen Übertragungen der Kabinettsprotokolle, die im Jahre 1929 in der Reichskanzlei für Hajo Holborn angefertigt worden sind.<sup>8)</sup> Eine frühere, fast vollständige und ebenfalls maschinenschriftliche Abschrift der Protokolle ist im Nachlaß des Prinzen Max vorhanden.<sup>9)</sup> Mehr oder weniger ausführliche Auszüge aus einzelnen Protokollen sind in den „Amtlichen Urkunden“, den „Urkunden der OHL“ sowie in den Erinnerungen des Prinzen Max veröffentlicht und in späteren Publikationen wiederholt ganz oder auszugsweise nachgedruckt worden.<sup>10)</sup> Darüber hinaus sind neuerdings in den „Archivalischen Forschungen“ einzelne bis dahin noch nicht veröffentlichte Protokolle bzw. -auszüge ediert worden<sup>11)</sup>, in einem Einzelfall allerdings mit so groben und sinnentstellenden Fehlern, daß der Verdacht einer tendenziösen Entstellung nicht auszuschließen ist.<sup>12)</sup>

<sup>6)</sup> Die maschinenschriftl. Fassung der Übertragung des Protokolls der Sitzung vom 18. 10. enthält den maschinenschriftl. Vermerk: „(Das Manuskript ist unleserlich geschrieben. Für die Richtigkeit der Abschrift, die lückenhaft ist, kann deshalb keine Verantwortung übernommen werden.)“

<sup>7)</sup> Bundesarchiv R 43 I/2744.

<sup>8)</sup> Holborn arbeitete im Auftrage der Historischen Reichskommission an einer Darstellung über die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung. Er berichtete der Reichskanzlei regelmäßig über den Fortschritt seiner Studien. Am 29. 11. 1929 hatte der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Pünder, die erbetenen maschinenschriftl. Abschriften der Akten (Durchschlag im Bundesarchiv R 43 I/890) Holborn mit folgendem Vermerk übersandt: „Der Inhalt des Materials darf nur für die Abfassung Ihres Werkes über die Entstehungsgeschichte der Weimarer Reichsverfassung verwendet und nur mit meiner vorherigen Zustimmung veröffentlicht werden. Des weiteren behalte ich mir das Recht vor, die Ihnen überlassenen Abschriften [...] später zurückzuverlangen.“ Holborn schrieb am 29. 11. 1933 aus London an Staatssekretär Lammers (Bundesarchiv R 43 I/887), die Sammlung seines Quellenmaterials sei „im wesentlichen“ durchgeführt: „Dagegen haben mich die umwälzenden Ereignisse der letzten Monate dazu veranlaßt, die Historische Reichskommission zu bitten, jetzt nicht mit einer literarischen Darstellung an die Öffentlichkeit treten zu müssen. Es fehlt heute der historischen Wissenschaft die Möglichkeit, die Ereignisse einer so nahen Vergangenheit mit ruhiger Überlegung zu beurteilen. Es ist heute andererseits auch kein praktisches Bedürfnis nach einer wenigstens vorläufigen historischen Zusammenfassung vorhanden, wie es bis vor kurzem z. B. für das Verfassungsrecht bestand.“ Holborn teilte ferner mit, die Historische Reichskommission habe „deshalb auch beschlossen, nur das bisher gesammelte Quellenmaterial als Manuskript zusammenzufassen und die von mir noch zu kommentierenden Akten dann im Reichsarchiv verwahren zu lassen“.

<sup>9)</sup> Vgl. oben S. LIV. Die Protokolle der Sitzungen vom 3. 10. (S. 65 ff.) und vom 14. 10. (S. 184 ff.) sind nur in Abschriften im Nachlaß Prinz Max überliefert.

<sup>10)</sup> Vgl. insbesondere die Sitzung des Kriegskabinetts vom 7. 11. 1918; unten S. 574 ff.

<sup>11)</sup> Vgl. unten S. 95 ff., 412 ff., 487 ff.

<sup>12)</sup> Vgl. unten S. 95 ff. — Es ist hier nicht der Ort, auf die einseitigen Auswahl- und Editionsprinzipien der „Archivalischen Forschungen“ einzugehen. Immerhin sei darauf hingewiesen, daß einer der Hauptbearbeiter dieser Publikation auf dem Titelblatt nicht genannt ist und daß die erste Ausgabe nach der Fertigstellung aus politischen Gründen eingestampft und durch eine „gereinigte“ Fassung ersetzt wurde.

Die erwähnten amtlichen Protokollüberlieferungen können durch eine stattliche Anzahl von privaten, teilweise in ihren Memoiren veröffentlichten oder verarbeiteten Mitschriften einzelner Beteiligten, vor allem Haußmann, Erzberger und Haeften, aber auch Scheidemann, ergänzt und koloriert, nicht selten auch erheblich korrigiert werden.

Aus einer vereinzelt Bemerkung Erzbergers in einer Sitzung vom 25. 10.<sup>13)</sup> — „Ich bitte um die Protokolle unserer Besprechungen. Dies sei notwendig, damit wir uns selbst kontrollieren können.“ — geht eindeutig hervor, daß die von Beamten der Reichskanzlei angefertigten Protokolle den Staatssekretären nicht zugänglich waren und folglich von ihnen auch nicht korrigiert werden konnten. Sie wurden auch nicht in der jeweils folgenden Sitzung verlesen oder „genehmigt“. Ob sich im Anschluß an die erwähnte Bemerkung Erzbergers eine ausführliche Debatte über die von ihm geforderte Vervielfältigung und Verteilung der Protokolle an die Staatssekretäre entwickelte, ist nicht überliefert. Die Annahme liegt nahe, daß der von Scheidemann unterstützte Vorschlag Wahnschaffes angenommen wurde, die Protokolle wie bisher in der Reichskanzlei aufzubewahren und sie „den Herren nur stets zur Einsichtnahme“ vorzulegen. Bereits im Jahre 1919 entwickelte sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Publikation „Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ die schon erwähnte Diskussion über die Vollständigkeit und Verlässlichkeit einzelner Protokollangaben, über die sowohl Erzberger und Haußmann als auch Ludendorff Zweifel anmeldeten.

Nicht über alle Besprechungen des Kriegs- und des Gesamtkabinetts sind amtliche Protokolle überliefert. Außer den bereits erwähnten Sitzungen vom 3. und 14. 10., die abschriftlich nur in Salem vorhanden sind, ist das in der Aktenüberlieferung fehlende Protokoll der „Großen Sitzung“ vom 17. 10. nach einer stenographischen Mitschrift Simons' nur in den Memoiren des Prinzen Max vollständig abgedruckt, nachdem es vorher in den „Amtlichen Urkunden“ zum größten Teil veröffentlicht worden war.<sup>14)</sup> Nur in den „Amtlichen Urkunden“ wiederum ist eine zusammenfassende Aufzeichnung über das Ergebnis der Sitzung des Gesamtkabinetts vom 2. 11. überliefert<sup>15)</sup>, über deren Verlauf jedoch eine Niederschrift Haußmanns unterrichtet.<sup>16)</sup> Über den Verlauf von weiteren sechs Besprechungen des Kabinetts, darunter die für die Vorgeschichte des Waffenstillstands wichtigen Sitzungen vom 2. und 6. 11. 1918, sind wir nur durch private Niederschriften Haußmanns, Haefdens und Erzbergers unterrichtet, während der Ablauf einer einzigen Sitzung (19. 10. abends) nur durch ein 1924 erstmals veröffentlichtes Protokoll von Levetzow bekannt ist.<sup>17)</sup>

Im Zusammenhang mit seinen verleumderischen Angriffen auf die letzte kaiserliche Reichsleitung behauptete Ludendorff im Jahre 1921, die „entscheidenden Verhandlungen im Schoße des Kriegskabinetts“ seien nicht publiziert; das deutsche Volk habe die „Pflicht, die Bekanntgabe zu fordern“.<sup>18)</sup> Ludendorffs

<sup>13)</sup> Vgl. S. 345.

<sup>14)</sup> Die Amtlichen Urkunden erwähnen in einer Vorbemerkung (S. XII) diese stenographische Vorlage, nennen aber nicht deren Verfasser.

<sup>15)</sup> Vgl. S. 465 f.

<sup>16)</sup> Vgl. S. 466 ff.

<sup>17)</sup> Vgl. S. 280 ff. Die erste Veröffentlichung war in den „Süddeutschen Monatsheften“ erfolgt.

<sup>18)</sup> Kriegführung S. 315.

Drängen nach der Veröffentlichung über den „wichtigsten Vorgang“ in der Geschichte des deutschen Volkes hat durch unsere Dokumentation eine späte Erfüllung gefunden: allerdings unter gänzlich anderen Voraussetzungen und mit anderen Ergebnissen, als sie sich Ludendorff erhofft hatte.

Die in der vorliegenden Edition abgedruckten Protokolle über die Kabinettsitzungen wurden durch ausgewählte Quellen aus den Akten der Reichskanzlei, des Stellvertreters des Reichskanzlers, des Reichsministeriums des Innern, des Auswärtigen Amtes und des Nachlasses v. Haeften ergänzt.

Aus dem Teilnachlaß v. Haeften — dessen Hauptbestand seit dem Brand des Heeresarchivs im Frühjahr 1945 als verloren gilt — wurde der Durchschlag eines maschinenschriftlichen Manuskripts „Erinnerungen 1918“ herangezogen. Es gliedert sich in 6 Kapitel, von denen das letzte die Regierung der Volksbeauftragten behandelt. Für unsere Edition sind die Kapitel 3—5, von der Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden und der Entstehung des Waffenstillstands- und Friedensangebots an bis zu den Vorgängen des 9. 11. 1918, wichtig. Diese „Erinnerungen“ stützen sich in der Hauptsache auf Aufzeichnungen von Haeften, die unmittelbar nach den Ereignissen entstanden, im Nachlaß jedoch nicht mehr vorhanden sind. Der Quellenwert des auch in den übrigen Teilen zuverlässigen Textes wird dadurch noch erhöht, daß Schriftwechsel bzw. Telephonate mit der OHL als wörtliche Abschriften in das Manuskript aufgenommen sind.

Die Niederschrift der „Erinnerungen“ erstreckte sich über einen Zeitraum von vielen Jahren.<sup>19)</sup> Den Grundstock bildete ein längerer dienstlicher Bericht Haefdens für die OHL aus dem Dezember 1918, von dem Teile bereits früh von Ludendorff veröffentlicht wurden<sup>20)</sup>, während einige Jahre später (1925) ein größerer Auszug über den Zeitraum von Mitte Mai bis zum 3. 10. 1918 im „Werk des Untersuchungsausschusses“ erschienen ist.<sup>21)</sup> Das vermutlich im Anschluß an diesen „dienstlichen“ Bericht weitergeführte Manuskript der „Erinnerungen“ war für eine spätere Veröffentlichung gedacht.<sup>22)</sup>

Aus diesen Beständen konnten zahlreiche Schlüsseldokumente für die Vorgeschichte der „Oktoberverfassung“ abgedruckt werden, die die eingangs entwickelte These von der Initiative und von dem Anteil der Mehrheitsparteien am Zustandekommen der Verfassungsänderungen und am Fortgang der Parlamentarisierung belegen.

3. Aus dem Bestand der amtlichen Überlieferungen sind zum weiteren die politischen Berichte des bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, herangezogen. Sie verdeutlichen die Haltung des Bundesrats zur Parlamentarisierung und Verfassungsänderung und vermitteln darüber hinaus auch Einblicke in die Vorgänge sowohl in der Reichsleitung als auch innerhalb der Reichstagsmehrheit. Diese Berichte werden ergänzt durch zwei Schreiben des Ministerpräsidenten v. Dandl an Lerchenfeld und durch Aufzeichnungen des in Berlin

<sup>19)</sup> So bezieht sich Haeften z. B. im Kap. 3a in einem Falle auf eine „Mitteilung des Generals Groener an mich vom November 1935“.

<sup>20)</sup> Vgl. Urkunden der OHL S. 527 f., 531 ff.

<sup>21)</sup> Vgl. WUA 4/II S. 369 ff.

<sup>22)</sup> Eine im Auftrage der Familie Haeften in den 1930er Jahren von Generalleutnant v. Tieschowitz vorgenommene weitgehende Überarbeitung des Manuskripts ist von uns nicht berücksichtigt worden. Wir greifen in allen Fällen auf den Text der Originalfassung zurück.

tätigen bayerischen Ministerialdirektors v. Wolff über Besprechungen des Reichskanzlers bzw. des Vizekanzlers mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat. Aus den Akten der württembergischen Gesandtschaft in Berlin sind nur diejenigen Berichte mit aufgenommen, die sich auf die Änderungen der Reichsverfassung beziehen, die von Stuttgart aus aufmerksam verfolgt und kommentiert wurden. Die politische Berichterstattung der badischen Gesandtschaft in Berlin ist demgegenüber — nicht nur für die letzten Wochen des Krieges — unzureichend und deswegen von uns nicht herangezogen worden.

Die innere wie äußere Einrichtung der Edition (Anordnung der Dokumente in chronologischer Folge, Druck von Parallelfassungen, Auswertung ungedruckter und Wiedergabe gedruckter Quellen in den Anmerkungen, Fixierung der Überschriften und Kopfregesten, System der Verweisungen, Zeichensetzung und Namensschreibung, Hervorhebungen im Druck, Anordnung und Numerierung der Anmerkungen, Zitationsweise der Literatur, Umfang der Kommentierung) ist grundsätzlich analog den im „Interfraktionellen Ausschuß“ angewandten Richtlinien vorgenommen. Bereits an anderen Stellen abgedruckte Dokumente bzw. Teilstücke — vor allem aus den Protokollen der Sitzungen des Kriegskabinetts und des Gesamtkabinetts — werden jedoch in kleinerer Drucktype wiedergegeben, wobei Abweichungen gegenüber dem Original *kursiv* gesetzt sind. Weiter finden sich in den Anmerkungen alle Sprecherangaben durch *Kursivdruck* hervorgehoben, auch dann, wenn die entsprechenden gedruckten Vorlagen (wie die Erinnerungen von Scheidemann, Erzberger, Haußmann oder Prinz Max) solche Hervorhebung nicht aufweisen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß in wenigen Fällen, in denen auf Grund unklarer Sprecherverhältnisse eine genaue Zuordnung einzelner Redewendungen zu einem bestimmten Sprecher nicht möglich ist, diese Teile durch einen etwas größeren Abstand im Druck abgesetzt worden sind.

Abschließend bleibt uns ein Wort aufrichtigen Dankes an alle diejenigen amtlichen und privaten Archive, die durch großzügige Benutzungsmöglichkeit und hilfsbereite Auskünfte die vorliegende Publikation unterstützt und gefördert haben. Hier sind in erster Linie das Bundesarchiv in Koblenz, das Deutsche Zentralarchiv in Potsdam und das Bayerische Geheime Staatsarchiv in München zu nennen, ferner das Hauptstaatsarchiv in Stuttgart, das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, das Hauptarchiv Berlin, das Stadtarchiv Köln und das Stadtarchiv Bonn.

Unser Dank gilt sodann dem Sohne des letzten kaiserlichen Reichskanzlers, Berthold Markgraf von Baden, der uns in großzügiger Weise erstmals die Benutzung des Privatarchivs Schloß Salem ermöglicht hat; ebenso Herrn Dr. Kurt Hahn, der uns in Salem neben seiner Unterstützung bei der Erschließung des Archivs auch mit zahlreichen Auskünften und Hinweisen behilflich war, und Frau Barbara v. Haeften (Heidelberg), die uns das inzwischen in das Bundesarchiv gelangte „Manuskript Haeften“ freundlicherweise zur Verfügung stellte. Nicht zuletzt sei auch an dieser Stelle der Bibliothek des Deutschen Bundestags in Bonn gedankt, deren stete Hilfsbereitschaft und verständnisvolle Berücksich-

tigung unserer Wünsche besonders erwähnt zu werden verdienen. Den Mitarbeiterinnen der Forschungsstelle der Kommission gilt unser Dank für ihre tatkräftige Hilfe bei den Vorarbeiten und bei der Fertigstellung des Manuskripts, ebenso Herrn Assistenten Klaus Rischer in Bonn für die Erstellung des umfanglichen Registers. Es entspricht in der Anlage dem Register des vorhergehenden Bandes, berücksichtigt allerdings aus technischen Gründen nicht die in der Einleitung erwähnten Namen und Sachzusammenhänge.

# Verzeichnis der Archivalien

## I. Nachlässe

Nachlaß Bachem	Stadtarchiv Köln, Nachlaß Carl Bachem
Nachlaß Berg	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Friedrich von Berg
Nachlaß David	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Eduard David
Nachlaß Eberhardt	Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Nachlaß Magnus von Eberhardt
Nachlaß Erzberger	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Matthias Erzberger
Nachlaß Galen	Privatbesitz, Nachlaß Friedrich von Galen
Nachlaß Gothein	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Georg Gothein
Nachlaß Haeften	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hans von Haeften
Nachlaß Haußmann	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Nachlaß Conrad Haußmann
Nachlaß Heine	Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Nachlaß Wolfgang Heine
Nachlaß Heinrichs	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Adolf Heinrichs
Nachlaß Koch-Weser	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Erich Koch-Weser
Nachlaß Prinz Max	Privatarchiv Schloß Salem, Nachlaß Prinz Max von Baden
Nachlaß Payer	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Friedrich von Payer
Nachlaß Richthofen	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hartmann Frhr. von Richthofen
Nachlaß Schiffer	Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Nachlaß Eugen Schiffer
Nachlaß Solf	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Wilhelm Solf
Nachlaß Stresemann	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Nachlaß Gustav Stresemann (zitiert mit Faszikel- und Filmnummer)
Nachlaß Südekum	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Albert Südekum

## II. Parteiakten

SPD-Fraktion	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Sitzungsprotokolle der Reichstagsfraktion der SPD (zitiert mit Datum der Sitzung)
--------------	--

## III. Amtliche Überlieferung

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv	Bayerisches Geheimes Staatsarchiv München, MA 1943 D. R., Akten des Politischen Archivs, Reihe VII
BGStA München, Gesandtschaft Berlin	Bayerisches Geheimes Staatsarchiv München, Akten der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin
Bundesarchiv R 43/I	Bundesarchiv Koblenz R 43/I, Akten der Reichskanzlei
DZA Merseburg, Rep. 89 H	Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 89 H, Akten des Geheimen Zivilkabinetts
DZA Potsdam, Reichskanzlei	Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand 07.01, Akten der Reichskanzlei
DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern	Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand 15.01, Akten des Reichsministeriums des Innern
DZA Potsdam, Stellvertreter des Reichskanzlers	Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand 07.03, Akten des Stellvertreters des Reichskanzlers
Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 N I/1	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 130 I/1, Akten des Württembergischen Staatsministeriums
Politisches Archiv	Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv, Akten betr. Weltkrieg

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Amtliche Urkunden      Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hrsg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. 2. verm. Aufl. Berlin 1924.
- Anlagen zu den Sten.      Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode. II. Session. Berichten      Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Berlin 1914—1918.
- Archivalische      Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Forschungen 4/IV      Deutschland. Hrsg. von Leo Stern. Quellenmaterial bearbeitet von Gerhard Schrader und Hellmuth Weber. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/IV). Berlin 1959.
- Bachem      Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815—1914. 9 Bde. Köln 1927—1932.
- Bauer      Oberst [Max] Bauer: Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen. 2. Aufl. Tübingen 1921.
- Berthold-Neef      Lothar Berthold und Helmut Neef: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Eine Dokumentation. Berlin 1958.
- Bredt      Johann Viktor Bredt: Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten. (Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. 8). Berlin 1926.
- Bundesrat      s. Protokolle des Bundesrats.
- Conze      Werner Conze: Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4). Köln, Graz 1958.
- Delbrück      Clemens von Delbrück: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Hrsg. von Joachim von Delbrück. München 1924.
- Deuerlein      Ernst Deuerlein: Der Bundesratsausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten 1870—1918. Regensburg 1955.
- Dokumente und      Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiter- Materialien 2/II      bewegung. Bd. 2: November 1917—Dezember 1918. (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914—1945. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands). Berlin 1957.
- Drucksachen des      Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Bundesrats      Reichs. Jg. 1918. Bd. II. Berlin [1918].
- Epstein      Klaus Epstein: Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy. Princeton 1959.
- Erzberger      Matthias Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart, Berlin 1920.
- Erzberger-Prozeß      Der Erzberger-Prozeß. Stenographischer Bericht über Verhandlungen im Beleidigungsprozeß des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den Staatsminister a. D. Dr. Karl Helfferich. Berlin 1920.
- Gallwitz      Max von Gallwitz: Erleben im Westen 1916—1918. Berlin 1932.
- Görlitz      Walter Görlitz: Hindenburg. Ein Lebensbild. Bonn 1953.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Groener Wilhelm *Groener*: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg. Hrsg. von Friedrich Frhr. *Hiller von Gaertringen*. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 41). Göttingen 1957.
- Groener-Geyer Dorothea *Groener-Geyer*: General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt a. M. 1955.
- Haeften [Hans] *von Haeften*: Präsident Wilson und der Vorfriede vom 5. November 1918, in: Wissen und Wehr. Jg. 16, 1935, S. 838 ff.
- Hanssen Hans Peter *Hanssen*: Diary of a Dying Empire. Translated by Oscar Osburn Winther. Bloomington 1955.
- Haußmann Conrad *Haußmann*: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. von Ulrich *Zeller*. Frankfurt a. M. 1924.
- Helffferich Karl *Helffferich*: Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band. Karlsruhe 1925.
- Herre Paul *Herre*: Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik. München 1954.
- Hertling Karl Graf *von Hertling*: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. Br. 1919.
- Heuss Theodor *Heuss*: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2. neubearb. Aufl. Stuttgart, Tübingen 1949.
- Hoffmann Max *Hoffmann*: Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hrsg. von Karl Friedrich *Nowak*. 2 Bde. Berlin 1929.
- Hohlfeld Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Hrsg. von Johannes *Hohlfeld*. Bd. 1. 2. Berlin 1951.
- Holoch Anita *Holoch*: Der Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten nach der Reichsverfassung von 1871 und sein Wirken. Phil. Diss. Freiburg 1950 [Maschinenschrift].
- Hubatsch Walther *Hubatsch*: Großes Hauptquartier 1914/18. Zur Geschichte einer deutschen Führungseinrichtung, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Jb. des Ostdeutschen Kulturrates. Bd. 5, 1958, S. 421 ff.
- Hutten-Czapski Bogdan Graf *von Hutten-Czapski*: Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. 2 Bde. Berlin 1936.
- Jäckh Ernst *Jäckh*: Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers. Stuttgart 1954.
- Keim Generalleutnant [August] *Keim*: Prinz Max von Baden und das Kriegskabinet. (Reichsverderber 2. Teil). Berlin 1922.
- Kuhl Hermann *von Kuhl*: Der Weltkrieg 1914—1918. 2 Bde. Berlin 1929.
- Lewerenz Lilli *Lewerenz*: Die deutsche Politik im Baltikum 1914—1918. Phil. Diss. Hamburg 1958 [Maschinenschrift].
- Ludendorff, Kriegführung Erich *Ludendorff*: Kriegführung und Politik. 2. durchges. Aufl. Berlin 1922.
- Ludendorff, Kriegserinnerungen Erich *Ludendorff*: Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. 4. Aufl. Berlin 1919.  
Erich *Ludendorff* — s. a. Urkunden der OHL.
- Lütge Klaus *Lütge*: Die Politik des Reichskanzlers Max von Baden. Phil. Diss. Kiel 1953 [Maschinenschrift].
- Prinz Max Prinz *Max von Baden*: Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927.
- von Müller Georg Alexander *von Müller*: Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914—1918. Hrsg. von Walter *Görlitz*. Göttingen, Berlin, Frankfurt 1959.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

---

- Hermann Müller                      Hermann *Müller*: Die Novemberrevolution. Erinnerungen. Berlin 1928.
- R. Müller, Kaiserreich              Richard *Müller*: Vom Kaiserreich zur Republik. (Wissenschaft und Gesellschaft 3.4). 2 Bde. Wien 1924/25.
- V. Naumann, Dokumente          Victor *Naumann*: Dokumente und Argumente. Berlin 1928.
- V. Naumann, Profile                Victor *Naumann*: Profile. 30 Porträt-Skizzen aus den Jahren des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen. München, Leipzig 1925.
- Nicolai                                 Walter *Nicolai*: Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin 1920.
- Niemann, Kaiser und Revolution    Alfred *Niemann*: Kaiser und Revolution. Berlin 1922.
- Niemann, Revolution                Alfred *Niemann*: Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914 bis 1918. Berlin 1928.
- Noske                                 Gustav *Noske*: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution. Berlin 1920.
- Payer                                 Friedrich *von Payer*: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a. M. 1923.
- Poll                                     Bernhard *Poll*: Die Reichsleitung, die Oberste Heeresleitung und der Abschluß des Waffenstillstandes November 1918, in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1954. Köln 1955, S. 35 ff.
- Preller                                 Ludwig *Preller*: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.
- Protokolle des Bundesrats          Protokolle der Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reichs. Jg. 1918. Berlin [1918].  
Protokolle des Bundesrats — s. a. Drucksachen des Bundesrats.
- Quellen 1/I und 1/II                 Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearbeitet von Erich *Mathias* unter Mitwirkung von Rudolf *Morsey*. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Band 1/I und 1/II). Düsseldorf 1959.
- Reichstag                             s. Stenographische Berichte.
- Revolutionäre Ereignisse          Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918. Beiträge zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Hrsg. vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Redaktion von Albert *Schreiner*. (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte Bd. 6). Berlin 1957.
- Rosen                                 Friedrich *Rosen*: Aus einem diplomatischen Wanderleben. Bd. 3/4. Aus dem Nachlaß hrsg. und eingeleitet von Herbert *Müller-Werth*. Wiesbaden 1959.
- Rosenberg, Entstehung             Arthur *Rosenberg*: Die Entstehung der deutschen Republik. Berlin 1928.
- Rosenberg, Geschichte             Arthur *Rosenberg*: Geschichte der deutschen Republik. Karlsbad 1935.
- Rudin                                 Harry R. *Rudin*: Armistice 1918. New Haven 1944.
- Kronprinz Rupprecht                Kronprinz *Rupprecht von Bayern*: Mein Kriegstagebuch. Hrsg. von Eugen *Frauenholz*. 3 Bde. Berlin 1929.
- Scheer                                 Admiral [Reinhard] *Scheer*: Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen. Berlin (1920).
- Scheidemann, Memoiren          Philipp *Scheidemann*: Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928.
- Scheidemann, Zusammenbruch    Philipp *Scheidemann*: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Seeberg Joachim *Seeberg*: Wilsons Botschaft der 14 Punkte vom 8. Januar 1918 im Urteil der großen deutschen Tagespresse vom Januar bis zum Oktober 1918. Phil. Diss. Berlin 1936.
- Schiffer Eugen *Schiffer*: Ein Leben für den Liberalismus. Berlin 1951.
- Schulthess Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm *Stahl*. Neue Folge. Jg. 33, 34, 1917—1918. München 1920—1922.
- Snell John L. *Snell*: Die Republik aus Versäumnissen, in: Die Welt als Geschichte. Jg. 15, 1955, S. 196 ff.
- Sten. Berichte Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode. II. Session. Stenographische Berichte. Berlin 1914—1918.  
Sten. Berichte — s. a. Anlagen zu den Sten. Berichten.
- Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 22. Legislaturperiode. III. Session 1916/18. Berlin 1916—1918.
- Stutzenberger Adolf *Stutzenberger*: Die Abdankung Kaiser Wilhelms II. Die Entstehung und Entwicklung der Kaiserfrage und die Haltung der Presse. (Historische Studien Heft 312). Berlin 1937.
- Thaer Albrecht von *Thaer*: Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915—1919. Hrsg. von Siegfried A. *Kaehler*. (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Phil. Hist. Klasse 3. Folge Nr. 40). Göttingen 1958.
- Tirpitz Alfred von *Tirpitz*: Politische Dokumente. 2 Bde. Bd. 2: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege. Hamburg 1926.
- Urkunden der OHL Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. von Erich *Ludendorff*. Berlin 1920.
- Ursachen und Folgen Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. u. Bearb. Herbert *Michaelis* und Ernst *Schraepler*. 3 Bde. Berlin 1958.
- Vertrags-Ploetz Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz, ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen. Teil II, Band 3: Neuere Zeit 1492—1914. 2. Aufl. bearb. von Helmuth K.G. *Rönnefarth*. Würzburg 1958.
- Vietsch Eberhard von *Vietsch*: Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten. Tübingen 1961.
- Waffenstillstand Der Waffenstillstand 1918—1919. In Verbindung mit Hans Frhr. von *Hammerstein* und Otto Frhr. von *Stein* hrsg. von Edmund *Marhefka*. 3 Bde. Berlin 1928.
- Westarp Kuno Graf von *Westarp*: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. 2 Bde. Berlin 1935.
- Westarp, Regierung des Prinzen Max Kuno Graf *Westarp*: Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei 1918. 2. Aufl. Berlin 1928.
- Westarp, Ende der Monarchie Kuno Graf von *Westarp*: Das Ende der Monarchie am 9. November 1918. Hrsg. von Werner *Conze*. Stollhamm (Oldb.), Berlin 1952.
- Westfront Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918. (Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Die militärischen Operationen zu Lande 14). Berlin 1944 (1956).
- Wilhelm II. Kaiser *Wilhelm II*: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918. Leipzig, Berlin 1922.
- WUA Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. Bd. 1—12/I. Berlin 1925—1930.  
Das Werk des Untersuchungsausschusses — s. a. Bredt.

## Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle*)	Seite
<b>I. Vor der Regierungsbildung</b>			
1	1. 10. 1918, vorm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . .	3 3
2	1. 10. 1918	Besprechung des Kabinettschefs von Berg mit Vertretern der Mehrheitsparteien a) <i>Erzberger</i> . . . . . b) <i>Berg</i> . . . . .	15 16
3	1. 10. 1918	Vorschläge der Mehrheitsparteien für die Besetzung der Reichsämtner <i>Stellv. des Reichskanzlers</i> . . . . .	17
4	1. 10. 1918, nachm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . . c) <i>Erzberger</i> . . . . . d) <i>David</i> . . . . .	19 23 23 24
5	1. 10. 1918	Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	25
6	1. 10. 1918, abends	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . . c) <i>Erzberger</i> . . . . .	29 29 35
7	1. 10. 1918	Staatssekretär von Hintze an Unterstaatssekretär von Radowitz <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	37
8	2. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Haußmann</i> . . . . .	38
9	2. 10. 1918	Abg. Stresemann an Vizekanzler von Payer <i>Stellv. des Reichskanzlers</i> . . . . .	39
10	2. 10. 1918	Stresemann an Fischbeck <i>Stresemann</i> . . . . .	40
11	2. 10. 1918	Haußmann an einen unbekanntenen Adressaten <i>Haußmann</i> . . . . .	40
12	2. 10. 1918	Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	41
13	2. 10. 1918	Aufzeichnung Erzbergers <i>Erzberger</i> . . . . .	42
14	2. 10. 1918	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Heinrichs <i>Heinrichs</i> . . . . .	44

\*) Die durch Kursivdruck hervorgehobenen abgekürzten Quellenbezeichnungen weisen auf die jeweils in den Kopffregesten nachgewiesene archivalische oder literarische Überlieferung hin.

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
15	3. 10. 1918	Schreiben des Reichsamts des Innern an den Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums mit anliegendem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers nebst Begründung <i>Pol. Archiv</i> . . . . .	45
16	3. 10. 1918	Aufzeichnung Erzbergers <i>Erzberger</i> . . . . .	49
17	3. 10. 1918	Bericht des bayerischen Ministerialdirektors Ritter von Wolf über eine Besprechung des Vizekanzlers von Payer mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	50
18	3. 10. 1918	Vorstandssitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums <i>Erzberger</i> . . . . .	60

## II. Das Waffenstillstands- und Friedensangebot

19	3. 10. 1918	Besprechung des Reichskanzlers mit den Staatssekretären und preußischen Staatsministern <i>Pol. Archiv</i> . . . . .	65
20	4. 10. 1918	Stresemann an Fischbeck <i>Stresemann</i> . . . . .	69
21	4. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	70
22	4. 10. 1918	Aufzeichnung Erzbergers <i>Erzberger</i> . . . . .	76
23	—	Die Entstehung der Reichstagsrede des Prinzen Max von Baden vom 5. Oktober a) <i>Haeften</i> . . . . . b) <i>Haeften (Deutmoser)</i> . . . . .	77 79
24	5. 10. 1918	Bericht des bayerischen Ministerialdirektors Ritter von Wolf über eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	83
25	6. 10. 1918	Mitteilung der Reichskanzlei <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	86
26	6. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	87
27	7. 10. 1918	Unterredung zwischen David und Frau Richter <i>Prinz Max</i> . . . . .	92
28	7. 10. 1918	Graf Westarp an Oberst von Haeften <i>Prinz Max</i> . . . . .	93
29	7. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	95
30	7. 10. 1918	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	99
31	8. 10. 1918	Pressevortrag beim Reichskanzler <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	104

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
32	8. 10. 1918	Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Reichsverfassung und des Stellvertretergesetzes im X. und VI. Ausschuß des Bundesrats <i>Hauptstaatsarchiv Stuttgart</i> . . . . .	105
33	8. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	109
34	9. 10. 1918	Abg. Stresemann an Reichskanzler Prinz Max von Baden <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	111
35	9. 10. 1918	Aufzeichnung Erzbergers <i>Erzberger</i> . . . . .	112

### III. Beratung der ersten Wilson-Note und Kanzlerkrise

36	9. 10. 1918	Besprechung beim Reichskanzler unter Teilnahme Ludendorffs <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	115
37	10. 10. 1918	Abg. Stresemann an Unterstaatssekretär von Radowitz <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	123
38	10. 10. 1918	Aufzeichnung des Abg. Friedrich Graf von Galen <i>Galen</i> . . . . .	124
39	10. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	126
40	10. 10. 1918	Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	131
41	10. 10. 1918	Memorandum der Staatssekretäre Erzberger, Gröber und Scheidemann <i>Stellv. des Reichskanzlers</i> . . . . .	132
42	11. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	133
43	11. 10. 1918	Besprechung über die Vereinheitlichung des Presse- und Nachrichtenwesens <i>Stellv. des Reichskanzlers</i> . . . . .	135
44	11. 10. 1918	Interfraktionelle Erörterung der Kanzlerkrise <i>Südekum</i> . . . . .	136
45	11. 10. 1918	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	137
46	12. 10. 1918	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	144
47	12. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Erzberger</i> . . . . .	148 148
48	12. 10. 1918	Besprechung des Reichskanzlers mit Payer, Erzberger, Roedern und Solf <i>Erzberger</i> . . . . .	163
49	12. 10. 1918	Abg. Haußmann an Reichskanzler Prinz Max von Baden <i>Prinz Max</i> . . . . .	164

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
50	12. 10. 1918	Besprechung des Vizekanzlers mit Ebert, Erzberger, Gröber, Haußmann und Scheidemann <i>Haußmann</i> . . . . .	165
51	12. 10. 1918, nachm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses mit Reichskanzler Prinz Max von Baden und anderen Regierungsmitgliedern <i>Haußmann</i> . . . . .	165
52	13. 10. 1918	Besprechung der volksparteilichen Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses <i>Haußmann</i> . . . . .	167
53	13. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses mit Vizekanzler von Payer und anderen Regierungsmitgliedern a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . . c) <i>Erzberger</i> . . . . .	168 168 176
54	13. 10. 1918	Mitteilungen Stresemanns an die Delegierten der Provinzialverbände der Nationalliberalen Partei <i>Stresemann</i> . . . . .	178
55	14. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	181
56	14. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Prinz Max</i> . . . . .	184
57	14. 10. 1918	Bericht des bayerischen Legationsrats von Schoen an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	188
58	15. 10. 1918	Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Reichsverfassung im Bundesrat <i>Württembergisches Staatsministerium</i> . . . . .	190
59	15. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Stellv. des Reichskanzlers</i> . . . . .	193
60	15. 10. 1918	Sitzung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei <i>Haußmann</i> . . . . .	201

**IV. Beratung der zweiten Wilson-Note und Verschärfung der Spannungen zwischen Reichsleitung und OHL**

61	16. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	205
62	16. 10. 1918	Aufzeichnung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	216
63	17. 10. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	217
64	17. 10. 1918, nachm.	Sitzung des Gesamtkabinetts unter Teilnahme der Generale Ludendorff und Hoffmann <i>Prinz Max</i> . . . . .	220
65	17. 10. 1918, nachm.	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	242

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
66	17. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	253
67	18. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	257
68	18. 10. 1918	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	261
69	18. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	263
70	19. 10. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	269
71	19. 10. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Scheer</i> . . . . .	273 275
72	19. 10. 1918, nachm.	Sitzung des Kriegskabinetts a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Levetzow</i> . . . . .	276 278
73	19. 10. 1918, abends	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Levetzow</i> . . . . .	280
74	—	Die Zuspitzung der Krise zwischen Reichskanzler und OHL am 20. Oktober 1918 <i>Haeften</i> . . . . .	282
75	20. 10. 1918	Besprechung des Kaisers mit dem Reichskanzler und dem bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	284
76	20. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Haeften</i> . . . . .	288 292
77	20. 10. 1918	Abg. Stresemann an Staatsminister Fischbeck <i>Stresemann</i> . . . . .	293
78	21. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts a) <i>Reichskanzlei</i> . . . . . b) <i>Haeften</i> . . . . .	294 298

**V. Letzte Tagung des Reichstags, Änderung der Reichsverfassung,  
Beratung der dritten Wilson-Note und Entlassung Ludendorffs**

79	21. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Haußmann</i> . . . . .	303
80	21. 10. 1918, abends	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Haußmann</i> . . . . .	304
81	Oktober 1918	Vorschläge des Unterausschusses des Interfraktionellen Ausschusses zur verfassungsmäßigen Regelung der Kommandogewalt <i>Württembergisches Staatsministerium</i> . . . . .	306
82	23. 10. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	307
83	23. 10. 1918	Stresemann an List <i>Stresemann</i> . . . . .	311

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
84	23. 10. 1918, abends	Sitzung des Kriegskabinetts unter Teilnahme preu- bischer Staatsminister <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	312
85	24. 10. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts unter Teilnahme preu- bischer Staatsminister <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	320
86	—	Oberst von Haefen über die Entstehung des Befehls an das Feldheer vom 24. Oktober <i>Haefen</i> . . . . .	325
87	24. 10. 1918	Heine an David <i>Heine</i> . . . . .	328
88	24. 10. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	329
89	24. 10. 1918, abends	Sitzung des Kriegskabinetts a) <i>Reichskanzlei</i> . . . . . b) <i>Prinz Max</i> . . . . .	332 341
90	25. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	342
91	25. 10. 1918	Besprechung im Reichsamt des Innern zur Vorberei- tung der Änderung der Verfassungsbestimmungen über die Kommandogewalt <i>Württembergisches Staatsministerium</i> . . . . .	348
92	25. 10. 1918	Aufzeichnung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	355
93	25. 10. 1918	Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung <i>Prinz Max</i> . . . . .	355
94	25. 10. 1918	Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Kaiser <i>Zivilkabinett</i> . . . . .	359
95	—	Oberst von Haefen über den Aufenthalt Hindenburgs und Ludendorffs in Berlin am 25./26. Oktober und die Entlassung des Ersten Generalquartiermeisters <i>Haefen</i> . . . . .	360
96	26. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	365
97	26. 10. 1918	Richtlinien der Zentrale für Heimatdienst zu den vom Reichstag beschlossenen Verfassungsänderungen <i>Richthofen</i> . . . . .	378
98	26. 10. 1918	Abg. Stresemann an Vizepräsident Friedberg <i>Stresemann</i> . . . . .	382
99	27. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	384

#### VI. Verstärkte Forderungen auf Abdankung des Kaisers

100	28. 10. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts mit den Generalen von Gallwitz und von Mudra <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	397
101	28. 10. 1918	Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) an den bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	411

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
102	28. 10. 1918, nachm.	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	412
103	28. 10. 1918	Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Reichs- verfassung im Bundesrat <i>Württembergisches Staatsministerium</i> . . . . .	417
104	29. 10. 1918	Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	420
105	29. 10. 1918	Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) an den bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	422
106	30. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	423
107	30. 10. 1918	Kurt Hahn an Reichskanzler Prinz Max von Baden <i>Prinz Max</i> . . . . .	427
108	30. 10. 1918	Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	428
109	30. 10./2. 11. 1918	Entwurf und endgültige Fassung eines Runderlasses des Obermilitärbefehlshabers über Versammlungsrecht und Zensur a) Entwurf — 30. 10. 1918 <i>Prinz Max</i> . . . . . b) Ausfertigung — 2. 11. 1918 <i>Archivalische Forschungen</i> . . . . .	432 432
110	31. 10. 1918	Abg. Stresemann an Staatssekretär Erzberger <i>Stresemann</i> . . . . .	436
111	31. 10. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	437
112	31. 10. 1918	Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	449
113	1. 11. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	452
114	1. 11. 1918	Besprechung des Reichskanzlers mit den Bevoll- mächtigten zum Bundesrat <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	455
115	—	Staatsminister Drews über seinen Empfang beim Kaiser in Spa am 1. November 1918 und seine Unter- redung mit Vizekanzler von Payer und Staatssekretär Scheidemann in Berlin am folgenden Tage <i>Prinz Max</i> . . . . .	460
116	2. 11. 1918	Besprechung des Vizekanzlers von Payer mit Hauß- mann, Fischbeck und Pachnicke <i>Haußmann</i> . . . . .	464
117	2. 11. 1918	Sitzung des Gesamtkabinetts a) <i>Amliche Urkunden</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . .	465 466
118	2. 11. 1918	Staatsminister von Breitenbach an die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums <i>Pol. Archiv</i> . . . . .	471

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
119	2. 11. 1918	Abg. Stresemann an Vizepräsident Friedberg <i>Stresemann</i> . . . . .	474
120	—	Oberst von Haeften über seinen Versuch vom 2. November 1918, den erkrankten Reichskanzler bis auf weiteres von den Amtsgeschäften fernzuhalten <i>Haeften</i> . . . . .	474
121	3. 11. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts unter Teilnahme des bayerischen Ministerpräsidenten Ritter von Dandl <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	477

**VII. Von der Kieler Matrosenrevolte bis zum Ausbruch der Revolution in Berlin**

122	4. 11. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	487
123	4. 11. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	497
124	4. 11. 1918, nachm.	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	504
125	4. 11. 1918	Rießer an Stresemann <i>Stresemann</i> . . . . .	507
126	—	Oberst von Haeften über seinen Besuch beim Reichskanzler und die Sitzung des Kriegskabinetts am 5. November 1918 vormittags <i>Haeften</i> . . . . .	508
127	5. 11. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Stresemann</i> . . . . .	509 524
128	—	Oberst von Haeften über die Ankunft General Groeners in Berlin am Nachmittag des 5. November 1918 <i>Haeften</i> . . . . .	525
129	5. 11. 1918	Sitzung des Gesamtkabinetts mit General Groener <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	526
130	5. 11. 1918	Staatssekretär Solf an Reichskanzler Prinz Max von Baden <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	545
131	6. 11. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts mit General Groener a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Erzberger</i> . . . . . c) <i>Erzberger</i> . . . . .	547 556 556
132	—	Oberst von Haeften über die Besprechung General Groeners mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Generalkommission der Gewerkschaften am 6. November 1918 <i>Haeften</i> . . . . .	559
133	6. 11. 1918, nachm.	Sitzung des Gesamtkabinetts <i>Haußmann</i> . . . . .	562
134	6. 11. 1918	Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an König Ludwig III. von Bayern <i>Pol. Archiv München</i> . . . . .	565

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
135	7. 11. 1918	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	568
136	7. 11. 1918	Besprechung von Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses <i>Südekum</i> . . . . .	573
137	7. 11. 1918	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	574
138	—	Fehrenbach über die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums am Vormittag des 8. November 1918 <i>Bachem</i> . . . . .	582
139	8. 11. 1918, vorm.	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	583
140	8. 11. 1918, vorm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . .	589 601
141	8. 11. 1918	Stellungnahme der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur Kaiserfrage <i>Stresemann</i> . . . . .	603
142	—	Fehrenbach über die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums am Nachmittag des 8. November 1918 <i>Bachem</i> . . . . .	605
143	8. 11. 1918, nachm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	606
144	8. 11. 1918, nachm.	Sitzung des Kriegskabinetts <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	611
145	9. 11. 1918, vorm.	Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion <i>SPD-Fraktion</i> . . . . .	612
146	9. 11. 1918	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Heilbron über die Entstehung der Abdankungserklärung <i>Prinz Max</i> . . . . .	614
147	9. 11. 1918	Aufzeichnung Haußmanns <i>Haußmann</i> . . . . .	616
148	—	Geheimrat Simons über die Veröffentlichung der Abdankungserklärung am 9. November 1918 <i>Prinz Max</i> . . . . .	617
149	—	Oberst von Haefen über die Vorgänge in Berlin am 8. und 9. November 1918 <i>Haefen</i> . . . . .	618
150	16. 11. 1918	Bericht des Generalobersten von Linsingen über seine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution <i>Eberhardt</i> . . . . .	620
151	—	Erinnerungen Müllers-Fulda an den 9. November 1918 in Berlin <i>Bachem</i> . . . . .	629
152	9. 11. 1919	Aufzeichnung Haußmanns über die Regierung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden <i>Prinz Max</i> . . . . .	631

**I.**

**Vor der Regierungsbildung**

## 1a.b.

## 1. 10. 1918, vorm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

**1a:** Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.)<sup>1)</sup>.  
Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom  
1. Oktober 1918. Beratung über die Ver-  
teilung der Ämter.“<sup>2)</sup>

Scheidemann, Gothein, Naumann, Gröber,  
Haußmann, Erzberger, Müller-Fulda,  
David, Fischbeck, Südekum, Mayer-Kauf-  
beuren, Herold, Trimborn, Ebert, [Dove].

**Fischbeck:** Es war die Rede davon<sup>3)</sup>, das  
Reichswirtschaftsamt zu trennen. Das  
würde 1 Stelle ergeben. Dann ist von  
einem Propaganda-Staatssekretär ge-  
sprochen. Dann von einem Staatssekretär  
für die besetzten Gebiete. 1 Platz würde  
wohl frei durch Wallraf. Evtl. würde  
auch Stelle des Vizekanzlers frei. Ich würde  
es für wünschenswert halten, wenn es<sup>4)</sup>  
getrennt bleibt. Denn es hat sich als sehr  
nützlich herausgestellt, daß die Ver-  
bindung mit dem Parlament durch einen  
richtigen Staatssekretär geübt wird. Das  
sind zunächst 4 Stellen.

**Erzberger:** Wir müßten zunächst einmal  
den Kanzlerkandidaten festlegen.<sup>5)</sup> Zu-  
nächst dann auch auf das Reich be-  
schränken.

**Südekum:** Meine Konstruktion: erst  
Kanzler. Dann Beurteilung des Personal-  
und Sachstandes. Engeres Kriegskabinett.

**Haußmann** schließt sich an. Erst Kan-  
zlerfrage. Ohne Minister ohne Portefeuille  
werden wir nicht auskommen. Engeres  
Kriegskabinett.

**1b:** Nachlaß Haußmann 147, maschinenschrift-  
liches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift:  
„1. Oktober 1918 I. A.“

**Fischbeck:** Arbeitsamt.  
Propaganda.  
Besetzte Gebiet[e].  
Reichsamt [des Innern].  
Wir wollen jetzt die Zahl der vorhandenen  
Stellen feststellen.

**Erzberger:** Zuerst Kanzlerfrage.<sup>5)</sup> Dann  
Person.

**Südekum:** Ebenso.

**Haußmann:** Ebenso.

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 231 f.; Prinz Max S. 330 f.; Payer S. 93; Niemann, Revolution S. 122.

<sup>2)</sup> Nach David, Kriegstagebuch, 1. 10. 1918, begann die Sitzung, über die er nur berichtet:  
„Plan einer parlamentarischen Regierung“, um 10 Uhr. Ebenso „Vossische Zeitung“, 1. 10.  
1918, Abendausgabe.

<sup>3)</sup> Am 30. 9. 1918 in einer Besprechung von Vertretern der Parteien mit Payer und Graf Roedern;  
vgl. Quellen I/II S. 738 ff.

<sup>4)</sup> Reichswirtschaftsamt.

<sup>5)</sup> Vgl. Haußmann S. 231: „Man bespricht die Kanzlerpersonenfrage.“

**David:** Zunächst müssen wir uns über Kanzler verständigen. Dann der weitere Gang der Dinge: dieser Kanzler bildet definitiv das Kabinett, aber wir müssen Vorarbeit leisten. Wir müssen uns einig sein darüber, wie wir uns die Konstruktion denken. Also: zunächst Kanzler, damit Arbeit nicht abschließen, sondern dann ganzen Plan aufstellen.

**Erzberger:** Zunächst nur Kanzlerfrage besprechen: Die gegebene Person ist im gegenwärtigen Augenblick Herr von Payer. Dagegen spricht die Stuttgarter Rede.<sup>6)</sup> Auch das Zentrum würde Vertrauen zu ihm haben.

**David:** In erster Linie hatten wir unter uns die Auffassung, daß wir dem Vorsitzenden der größten Partei, Fehrenbach, unsererseits die Sache anbieten sollten. Sollte er ablehnen, dann würden wir Payer akzeptieren. Der Gedanke eines Parlamentarier-Kanzlers scheint richtig zu sein. Schwierigkeiten durch Erklärungen [Payers] in den Ostfragen.<sup>6)</sup>

**Erzberger:** Fehrenbach würde die Wahl nicht annehmen.<sup>7)</sup>

**Fischbeck:** Bei uns lebhafter Wunsch vorhanden, daß in der Spitze dieser Regierung das Parlament zu Worte kommt.<sup>8)</sup>

**Südekum:** Dann muß aber Preußen untermauert werden.<sup>9)</sup>

**Erzberger:** Payer. Wir treten zurück. Er ist jetzt der richtige Mann.

**David:** Wir wollten zuerst Fehrenbach als Vorsitzender der größten Partei. Gegen Payer das einzige Bedenken Ostfragen; er muß das auskehren.<sup>6)</sup>

**Erzberger:** Fehrenbach. Sein letztes Wort sei, er bleibe Reichspräsident.<sup>7)</sup>

**Fischbeck:** Mann aus Parlament. Herr Fehrenbach will nicht. Er legt eine schwere Last Payer und der Partei auf.<sup>8)</sup>

**Südekum:** Payer ist Süddeutscher. Er muß in Preußen eine andere Unterfütterung [erhalten]. Er braucht dort andere Hilfen. Wir müssen Payer sagen.<sup>9)</sup>

Die freien Portefeuilleer müssen benützt werden.

<sup>6)</sup> Am 12. 9. 1918; vgl. Quellen I/II S. 490 f. Vgl. Haußmann S. 231: „*David:* Wir wollten zuerst Fehrenbach, den Vorsitzenden der größten unter den Mehrheitsparteien. Gegen Payer ist das einzige Bedenken seine falsche Stellung in den Ostfragen. Das muß er zuerst auskehren.“

<sup>7)</sup> Vgl. Haußmann S. 231: „*Erzberger:* [. . .] Fehrenbach, mit dem wir sprachen, hat uns erklärt, das Amt des Reichspräsidenten sei sein letztes Amt. Payer ist jetzt der richtige Mann.“

<sup>8)</sup> Vgl. Haußmann S. 231: „*Fischbeck:* Es sollte ein Mann aus dem Parlament genommen werden, darum, weil Fehrenbach nicht will, Payer.“

<sup>9)</sup> Vgl. a.a.O.: „*Südekum:* Payer ist Süddeutscher. Es muß in Preußen andere Unterfütterung eintreten.“

**Fischbeck:** Auch Roedern hat schon zugestanden<sup>9)</sup>, daß auch Preußen dann reformiert werden müsse.

**Scheidemann:** Wir brauchen neue Männer, solche, die nicht jetzt so geredet haben und jetzt so reden. Kann Payer die Schwierigkeiten der Stuttgarter Rede<sup>6)</sup> aus dem Wege schaffen? Wird er eine Form finden können, die ihm erträglich erscheint?<sup>11)</sup>

**Naumann:** Reicht denn seine zweite Rede<sup>12)</sup> nicht aus? (Zuruf: Nein!)

Also Payer wird in Vorschlag gebracht.

**Herold:** Eine Schwierigkeit wird entstehen, wenn er zugleich preußischer Ministerpräsident werden soll!<sup>13)</sup>

**Naumann:** Wird Friedberg bleiben? Sonst wäre Bethmann Hollweg für diese Stelle geeignet.

**Erzberger:** Chef der Reichskanzlei. Das ist aber Sache von Payer. Deshalb soll Payer auf die Wichtigkeit dieser Stelle aufmerksam gemacht werden.

**Trimborn:** Ich setze voraus, daß Payer diese Stelle nicht ohne Fühlungnahme mit uns besetzt.

Stellvertreter für Payer? Da kann man erwägen, ob man die Stelle unbesetzt lassen soll. Dazu neige ich. Wieder verbinden mit Reichsamt des Innern. Sonst Anspruch des Zentrums angemeldet.<sup>14)</sup>

**David:** Kanzler Payer müßte dann flankiert sein müssen durch Zentrum und Sozialdemokratie. Evtl. ohne Portefeuille.

**Fischbeck:** Payer<sup>10)</sup> hat gesagt, das Revirement müsse in Preußen stattfinden. Wollen sie denn den Grundsatz „ein Parlamentarier“?

**Scheidemann:** Nein. Aber glauben denn die Herren, daß Payer das Ostmißtrauen ausräumt?

Wir sind für Payer sonst. 1. Parlamentarier. 2. Unser Vertrauensmann. 3. Anständiger Mann.<sup>11)</sup>

**Herold:** Ich bin ganz mit Herrn Payer einverstanden. Aber nur Kanzler, nicht auch Ministerpräsident.<sup>13)</sup>

**Erzberger:** Chef der Reichskanzlei. Darauf muß er hingewiesen werden.

**Trimborn:** Nicht ohne Fühlung mit ihm. Wir [erheben] Anspruch auf Vizepräsident, falls die Stelle besetzt wird.<sup>14)</sup>

**David:** Dann würde ein Mann unserer Partei als dritter hinzutreten ohne Portefeuille.<sup>15)</sup>

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 1a, wo es statt dessen Roedern heißt. Daß Roedern gemeint ist, ergibt sich aus Quellen 1/II S. 753.

<sup>11)</sup> Vgl. Haußmann S. 231: „Scheidemann: Payer muß das Ostmißtrauen ausräumen, dann sind wir für ihn, weil er erstens Parlamentarier, zweitens unser Vertrauensmann und drittens ein anständiger Mann ist.“

<sup>12)</sup> Am 24. 9. 1918 im Hauptausschuß; vgl. Schulthess 1918/I S. 303 f.; Payer S. 78 f.

<sup>13)</sup> Vgl. Haußmann S. 231: „Herold: Ganz für Payer, aber nur als Kanzler, nicht als preußischer Ministerpräsident.“

<sup>14)</sup> Vgl. a.a.O.: „Trimborn: Wir erheben Anspruch auf die Vizepräsidentenstelle, falls die Stelle besetzt wird.“

<sup>15)</sup> Vgl. a.a.O.: „David: Dann würde ein Mann unserer Partei als dritter hinzutreten, ohne Portefeuille.“

Aufhebung des Vizekanzlers würde ich nicht empfehlen, da wir Stelle nötig haben.<sup>15)</sup>

**Erzberger:** Würde sich diese zweite Stelle nicht mit dem Reichsamt des Innern verbinden lassen?

**Gothein:** Zentrum Vizekanzler und Sozialdemokratie Reichsamt des Innern.

**Scheidemann:** Ebert ist gefragt worden von der Regierung;<sup>3)</sup> Ebert hat dann gesagt, daß wir Anspruch erheben auf einen der ersten Posten in den politischen Ämtern.

**Ebert** (tritt gerade ein): Graf Roedern hat schon vertraulich mit mir gesprochen.<sup>3)</sup> Ich hatte den Eindruck, daß Roedern beabsichtigt, Vizekanzler einzuziehen. Hat hingewiesen auf Dinge, die uns nicht unbekannt sind. Roedern will auch das Staatssekretariat des Innern nicht uns übergeben. Will aber Reichswirtschaftsamt trennen und für dessen Politik uns haben.

Ich habe ihn dringend gebeten, an der Einrichtung des Vizekanzlers zunächst nichts zu ändern. Wenn der Chef der Reichskanzlei mit uns arbeitet, dann sind die Differenzen zu vermeiden. Das Amt hat eine gewisse Bedeutung; wenn man es jetzt einzieht, dann nimmt man die Möglichkeit, uns ein großes politisches Amt zu gewähren. Uns liegt daran, jetzt politisch zu wirken. Das hat Roedern wohl aufgefaßt.<sup>16)</sup>

**David** legt Ebert die Lage klar, was bisher beschlossen ist.

**Haußmann:** Die Einziehung der Vizekanzlerschaft kommt nicht in Frage.<sup>17)</sup>

**Scheidemann:** Ebert sagte, daß wir Anspruch erheben auf eine erste Stelle.

**Ebert** (tritt ein): Graf Roedern<sup>3)</sup> denkt an Einziehung, er will nicht das Innere durch uns besetzen lassen und dann ein Unterstaatssekretariat der A[uswärtigen] A[ngelegheiten] an uns.

Wir wollen ein großes polit[isches] Amt. Sozialpolitik komme jetzt in Frage.<sup>16)</sup>

**Haußmann:** Einziehung des Vizekanzleramts kommt nicht in Frage, nur Roederns Wunsch.

<sup>15)</sup> Vgl. a.a.O.: „Ebert: Graf Roedern denkt an Einziehung des Vizekanzleramtes. Er will nicht das Innere durch uns besetzen lassen. Wir wollen ein großes politisches Amt, nicht bloß ein Unterstaatssekretariat. Sozialpolitik ist jetzt wichtig.“

<sup>17)</sup> Vgl. a.a.O. S. 232: „Die Einziehung des Vizekanzleramtes kommt jetzt nicht in Frage. Das ist nur Roederns Wunsch. Ich bitte die drei Vorstände, die heute früh zu Herrn von Berg geladen sind [Gröber, Fischbeck, Ebert], einheitlich zu operieren.“ — Über den weiteren Verlauf der Debatte heißt es a.a.O.: „Es wird sodann die Besetzung der einzelnen Stellen und Verteilung unter die Parteien in wenig glücklicher und sympathischer Weise diskutiert. Dazwischen werden [Gröber, Fischbeck und Ebert] zu Herrn von Berg abgerufen und referieren [s. unten] nach der Rückkehr.“

**Erzberger:** Es geht wohl, wie David vorgeschlagen hat, doch brauchen wir uns noch nicht festzulegen.

**Trimborn:** Reichskanzler mit 2 Flankenmännern. Fühlung mit dem Parlament wegen Reichskanzleichef.

**Erzberger:** Auswärtiges Amt. Von Payer ist kein Diplomat. Da müssen wir also einen Diplomaten haben und dann parlamentarischen Unterstaatssekretär.

**Scheidemann:** Hintze kann nicht bleiben.

**Haußmann:** Das englische Parlament hat während des Krieges einen vollen Parallelismus hergestellt — dort sind 3 Posten.

**Erzberger:** Man könnte auch 2 parlamentarische Unterstaatssekretäre anstellen.

**David:** Staatssekretär für die besetzten Gebiete. Das ist eigentlich ein Unterressort vom Auswärtigen. Die Kraft neben dem Reichskanzler kann gerade auswärtige Fragen bearbeiten.

**Trimborn:** Die besetzten Gebiete müssen einen eigenen Staatssekretär bekommen, sonst setzt sich der Mann nicht durch.

**Erzberger:** Also im Auswärtigen einen Diplomaten und 1 Unterstaatssekretär. Dann 1 Staatssekretär der besetzten Gebiete mit 2 parlamentarischen Unterstaatssekretären. Mit großen Machtbefugnissen gegenüber den Generalgouverneuren in allen politischen Angelegenheiten. Das ist durch Kabinettsorder des Kaisers zu machen.

Im Reichsamt des Innern 1 Parlamentarier an der Spitze. Dazu ein Unterstaatssekretär auch aus dem Parlament.

**Trimborn:** Wenn wir einen Parlamentarier an die Spitze stellen, dann müssen wir auch geschulte Beamte haben.

**Erzberger:** Es handelt sich um einen Beamten, den eine Partei auf sich anrechnen läßt.

Wir wollen Vorbehalte machen bei den Verhandlungen mit v. Berg.<sup>17)</sup>

**Erzberger:** A[uswärtiges] A[mt] ein Parlamentarier Unterstaatssekretär. Hintze sagte zu Kaiser: Ich habe keine Wurzel im Parlament geschlagen.

[**Erzberger:**] 1 Staatssekretär der besetzten Gebiete und 2 U[nter-]Staatssekretäre für Osten und Westen mit Unabhängigkeit von dem Militär in allen nichtmilitärischen Fragen.

Reichsamt des Innern  
1 Parlamentarier  
1 Unterstaatssekretariat politisch einer Partei zuzuzählen.

Reichswirtschaftsamt. Die Parteien sind für Trennung.

Zunächst: Reichsarbeitsamt: Welche Befugnis ungefähr? Ganzes Versicherungswesen, Gewerbeordnung. — Die ganze Sozialpolitik. Arbeiterrecht, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Wie ist es mit den Angestellten?

1 Parlamentarier als Staatssekretär und 2 parlamentarische Unterstaatssekretäre oder solche, die sich die Parteien anrechnen lassen. Besserer Ausdruck ist: „politische“ Unterstaatssekretäre.

Reichswirtschaftsamt. 1 Parlamentarier als Staatssekretär und 1 Unterstaatssekretär.

**Erzberger:** Einen politischen Staatssekretär.

**Gothein:** Will aber Stein an seinem Platz einstweilen halten.

**Mayer-Kaufbeuren:** Das soll man ruhig einem Beamten lassen. Ob Stein oder nicht, ist gleichgültig.

**Haußmann:** Die Frage, ob Parlamentarier oder Politiker bleiben soll, können wir vertagen. Aber Stein und Göppert<sup>18)</sup> können nicht bleiben. Also ein Parlamentarier als Unterstaatssekretär ist nötig. Stein muß ausscheiden.

**Erzberger:** Stein und Göppert weg. Der neue Reichskanzler kann vorschlagen.

**Dove:** Anschließen [uns]. Besetzung im Benehmen mit der Mehrheit.

Reichskolonialamt. Solf kann man lassen. Aber Nationalliberale müssen ihn auf sich anrechnen lassen. Unterstaatssekretär. —

Reichsschatzamt.

**Erzberger:** Wenn ein Amt dafür geeignet ist, so ist es das Schatzamt. Deshalb ein Parlamentarier als Staatssekretär. Die Steuern macht doch das Parlament.

Reichswirtschaftsamt / Stein und Göppert<sup>18)</sup> weg.

Industrie [und] Handwerk / besetzen im Benehmen mit Mehrheit.

1 Parlamentarier an der Spitze.

Reichsarbeitsamt.

Arbeiterrecht / Schutz und Versicherung nebst Angestellt[en].

1 Wohlfahrt beim Innern.

1 Staatssekretariat ist parlamentar[isch].

2 politische Unterstaatssekret[etäre].

Solf: Reichskolonialamt Solf / aber anrechnen lassen.

Reichsschatzamt

**Erzberger:** 1 Parlamentarier / Sozialdemokrat. Die höchste direkte und indirekte [Eignung].

— man hat keine Verwaltung.

<sup>18)</sup> Heinrich Göppert, seit 1917 Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt.

**Herold:** Es sind da einige Schwierigkeiten bei den Parteien zu überwinden.

**Erzberger:** Wollen wir Roedern behalten? Roedern hat immer alles mitgemacht?

**David:** Welcher Partei soll er angerechnet werden?

**Mayer-Kaufbeuren:** Wir werden die Steuern nicht restlos mit den Sozialdemokraten schaffen können.

**Gothein:** Lassen wir Roedern einstweilen mal auf seinem Platz.

**David:** Wenn Roedern bleibt, dann muß auch parlamentarischer Unterbau kommen.

**Erzberger:** Wir würden Moesle<sup>19)</sup> als Unterstaatssekretär auf uns anrechnen lassen. Dann ist auch Schiffer.<sup>20)</sup>

2 politische Unterstaatssekretäre. Besetzung im Benehmen mit der Mehrheit.

**Justizamt.** Ist nationalliberal besetzt. Wie stellen sich die Herren zu unserem Programm?

**Dove:** Delbrück<sup>21)</sup> steht im wesentlichen auf dem Standpunkt der Fortschrittlichen Volkspartei. Also abwarten.

**Reichspost.** Da sitzen 2 Beamte.

**Kriegsministerium.**

**David:** Stein kann nicht bleiben. Aber

**David:** Wir müssen die Steuern gemeinsam machen.

[**Erzberger:**] Wir würden uns Moesle<sup>19)</sup> als Unterstaatssekretär anrechnen lassen.

1 Beamter

1 parlament[arischer] Unterstaatssekretär

1 politischer

**Reichspostamt:** 1 Beamter [Staatssekretär:] Rüdlin / 1 Beamter [Unterstaatssekretär.]

Reichspräsident<sup>22)</sup> lassen

Präsident von Rechnungsamt<sup>23)</sup> lassen.

**Kriegsminister**

**David:** Gröber hat Stein getötet.<sup>24)</sup>

<sup>19)</sup> Stefan Moesle, Vortragender Rat im Reichsschatzamt.

<sup>20)</sup> Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt.

<sup>21)</sup> Heinrich Delbrück, seit 1917 Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt.

<sup>22)</sup> So im Or. Gemeint wahrscheinlich: Staatssekretär („Präsident“) des Reichspostamts.

<sup>23)</sup> Geheimrat Holtz, Präsident des Rechnungshofs und Chefpräsident der Oberrechnungskammer.

<sup>24)</sup> Gröber hatte den preußischen Kriegsminister in der Sitzung des Hauptausschusses vom 24. 9. 1918 scharf angegriffen und energisch gefordert, daß der Geheimerlaß Steins vom 8. 7. 1918, durch den die Tätigkeit der Zentralstelle für Völkerrecht beschränkt wurde, zurückgezogen werden müsse: „Wenn meine Forderung politische Konsequenzen hat, so werden wir sie zu tragen wissen . . . Der Reichskanzler muß derartige schädliche Quertreibereien gegen die eigene Politik der Regierung zerbrechen“; vgl. Schulthess 1918/I S. 305. Für den Wortlaut des Geheimerlasses vgl. Quellen 1/II S. 528 ff.; ferner a.a.O. S. 549, 556, 558 f., 686, 691.

Roedern sagte, das mache große Schwierigkeiten. Aber mit Stein können wir kein Kabinett bilden. Politisch wäre eine Zusammenarbeit nicht möglich.

**Gothein:** Wir können kein Vertrauen im Ausland gewinnen, wenn dieser Mann bleibt. Einen Parlamentarier kann man nicht dahin setzen. Hier die reine Negation.

**Südekum** tritt für zivilen Unterstaatssekretär ein.

**Trimborn:** Das würde ausgezeichnet wirken. Wenn ich Kriegsminister wäre, dann würde ich diese Einrichtung treffen, um mich zu entlasten. Man soll den Gedanken anregen, aber [sich] nicht darauf versteifen.

**Gothein:** Wir müssen die Forderung jetzt anmelden. Für die Frage der Demobilisierung ist sie unerlässlich. Aber da muß ein starker Mann hinein, aber als gleichberechtigter Zivilminister.

**Gröber:** Wir sollten nicht mit bloßen frommen Wünschen kommen.

Also bei Kriegsministerium nur Stein fort. Programm und Kaiserproklamation.<sup>25)</sup>

Marine. Mann<sup>26)</sup> macht einen sehr guten Eindruck.

Propagandaministerium.

**Gröber:** Wir haben unter uns den Gedanken durchgesprochen; Propagandaministerium in dem Sinne zu schaffen, daß ein Staatssekretär die Leitung der amtlichen Presse im Inland und Ausland systematisch in die Hand nimmt und betreibt. Die Vertretung der deutschen Interessen im Ausland hat außerordentlich versagt. Es besteht jetzt eine Reihe

**Gothein:** Stein ist unmöglich.

**Erzberger:** Erklären, man kann mit Stein nicht arbeiten.

**Südekum:** 12 Millionen ein[ge]kleidet. 4 Millionen an der Front. Was muß das für eine Sauwirtschaft [sein]. Parlamentarisches] Unterstaatssekretariat.

**Trimborn:** Empfehlen.

**Gröber:**

Marine: Der jetzige Mann<sup>26)</sup> ist gut.

Propaganda: Ministerium.

**Gröber** begründet.

<sup>25)</sup> Bezieht sich auf das Programm der Mehrheitsparteien vom 30. 9. (vgl. Quellen I/II S. 779 ff.) und auf die Kaiserproklamation vom gleichen Tage (a.a.O. S. 738 Anm. 2) als Grundlage der parlamentarischen Forderungen.

<sup>26)</sup> Staatssekretär des Reichsmarineamts Ernst Ritter v. Mann Edler v. Tiedler, vorher Chef des U-Bootamts im Reichsmarineamt.

von Presseämtern bei den einzelnen Behörden. Das Ergebnis ist, daß jede einzelne Stelle auf eigene Faust Politik macht.

**Haußmann:** Ich bin sehr für diesen Gedanken. Ich bin für den Namen Presseministerium.

**Gothein** stimmt dem allem zu. Diese Sache müßte aber unmittelbar unter dem Reichskanzler stehen. Deshalb vielleicht ein neuer Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.

**David:** Nicht raten, mit Unterstaatssekretär zu besetzen. Das Gebiet ist so groß, daß es ein vollkommenes Reichsamt zu sein hat. Reichspresseamt. Hat große Aufgaben nach innen und nach außen. Mit dieser positiven Forderung würden wir den Weg weisen, wie man aus den militärischen Einrichtungen zur politischen Beeinflussung herauskommt.

**Erzberger** schließt sich dem auch an. Dazu kommt das ganze Telegrammwesen, Filmsachen, Kulturpropaganda.

Beschlossen wurde:

1. Kanzler: Einstimmig Payer.
2. Chef der Reichskanzlei: Radowitz weg. Besetzung in Fühlungnahme mit den Mehrheitsparteien.
3. Stellvertreter des Reichskanzlers: Kanzler mit 2 Staatssekretären flankieren. Zentrum dann Vizekanzler.
4. Auswärtiges Amt: Diplomat, der nicht friedenshindernd ist; parlamentarischer Unterstaatssekretär.
5. Staatssekretär der besetzten Gebiete: 1 Staatssekretär. 2 Unterstaatssekretäre. Kaiserliche Order, die die vollkommene Selbständigkeit garantiert.
6. Reichsamt des Innern: Parlamentarier. 1 politischer Beamter, der als politischer Unterstaatssekretär angerechnet wird.
7. Reichsarbeitsamt: Parlamentarier und 2 parlamentarische oder politische Unterstaatssekretäre.

**Haußmann:** „Presseministerium“.

Tirpitz hat sich / Presse wird geehrt sein.

**Gothein:** Reichskanzler / Unterstaatssekretariat.

**David:** Reichspresseamt. Das müßte die Militärpresse auflösen. Aber selbständiges Amt.

**Erzberger:** Telegraphen / Film.

1. R[eichs-]K[anzler:] Payer.  
Radowitz weg / in Fühlungnahme

2. Vizekanzler. R[eichs-]Kanzler flankiert von zwei [Staatssekretären], einem ohne Portefeuille.

A[uswärtiges] A[mt:] Diplomat und parl[amentarischer] U[nter-]St[aatssekretär].

St[aatssekretär] für besetzte Gebiete. 1 Staatssekr[etärs-]Amt. 2 U[nter-]St[aatssekretäre] Ost und West. Kaiserl[iche] Order[:] in vollkommener Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

R[eichs-]A[mt] des Innern. 1 Parlamentarier. 1 polit[ischer Unter-<sup>27)</sup>]St[aats-]Sokr[etär].

Reichsarbeitsamt. 1 Parlamentar[ier] St[aats-]S[ekretär]. 2 Unter[-]St[aatssekretäre] politi[sche] od[er] Parlam[ent-]t[arier].

<sup>27)</sup> Im Or.: „Nat.“ statt richtig „Unt.“ (Abschreibefehler).

- |   |  |
|---|--|
| 8. Reichswirtschaftsamt: Gewünscht [Entfernung von] v. Stein und Göppert. <sup>18)</sup> Besetzung im Benehmen mit den Mehrheitsparteien. | Reichswirtschaftsamt. Entfernung von Stein und Göppert. <sup>18)</sup>   |
| 9. Kolonialamt: Solf wird Nationalliberalen angerechnet.  | Reichskolonialamt. Solf.   |
| 10. Reichsschatzamt: 2 politische Unterstaatssekretäre.   | Reichsschatzamt. 2 polit[ische] U[nter-]St[aats-]S[ekr[etäre]. Schiffer. |
| 11. Reichsjustizamt: Abwarten. Delbrück <sup>21)</sup> wird angerechnet.  | Reichs-Justizamt. Krause.  |
| 12. Reichspostamt: Abwarten.  | R[eichs-]Postamt.  |
| 13. Kriegsministerium: Stein weg. Der neue Mann [muß anerkennen] unser Programm und Kaiserproklamation von gestern. <sup>25)</sup>        | K[riegs-]Minister. Stein weg. Programm anerkennen.                       |
| 14. Marineministerium: Bleibt. Vorlegen des Programms.  | Marine bleiben.  |
| 15. Reichspresseamt: 1 [Parlamentarier].  | K[riegs-]Presseamt 1 Parlamentarier. Die Frage: ob Staatssekretariat.    |

Bericht über Besprechungen mit Herrn von Berg.<sup>28)</sup>

**Gröber:** Zunächst erörterte er<sup>29)</sup> die Frage des Reichskanzlers. Er meinte zunächst, daß Prinz Max von Baden vorgeschlagen würde. Er fragte, wie wir uns stellen würden. Dann noch eine Reihe von anderen Herren: Payer, Bülow, Solf. Er ließ dann die Bemerkung fallen, daß Solf praktisch kaum in Betracht kommen könne, und bei Bülow sagte er, daß dieser beim Kaiser kein Vertrauen hätte. Es sei sehr in Erinnerung beim Kaiser geblieben, wie

**Gröber** referiert: v. Berg<sup>29)</sup> nannte P[rinz] Max. Payer. Bülow hätte beim Kaiser kein Vertrauen, werde wohl kaum in Betracht kommen. Solf. Bülow hätte immer sich begeistert über die Reden des Kaisers gezeigt. B[ülow] hätte den Kaiser auch nicht ein einziges Mal gewarnt. Er wisse, daß Bülow kein Vertrauen bei den Parteien habe. Ich habe verneint, daß wir für die Ämter schon Namen hatten. Es war rein informatorisch. Er frug nach

<sup>28)</sup> Vgl. Nr. 2a.b. Ferner Erzberger S. 311 (dazu Epstein S. 262), WUA 2 S. 423 (Graf Roedern und Payer S. 92 f., der vom „seltsamen Eingreifen“ Bergs spricht. Die „Frankfurter Zeitung“, 2. 10. 1918, Abendblatt, bezeichnete es in einem Leitartikel als „unvorsichtig“, daß der Kabinettschef sich „im letzten Augenblick um die Bildung eines Koalitionsministeriums“ unter Teilnahme der Rechten bemüht „und dadurch in einem sehr ungeeigneten Augenblick wieder die Erinnerung an seine Person“ geweckt habe. Haußmann sprach gegenüber Haefthen von der „schädlichen Parallelaktion“ Bergs, die den Prinzen Max diskreditiert habe; vgl. Haußmann S. 232.

<sup>29)</sup> Vor dieser Unterredung mit den Parteiführern hatte Berg bereits morgens zwischen 8 und 9 Uhr Graf Roedern und anschließend Haefthen empfangen, der dem Kabinettschef den Prinzen Max von Baden als einen Kanzlerkandidaten, der die Zustimmung der OHL besitze, vorgeschlagen hatte. Daraufhin war Haefthen von Berg beauftragt worden, Prinz Max „umgehend“ nach Berlin zu bitten. Dazu Nachlaß Haefthen, Erinnerungen, einer im Dezember 1918 entstandenen Aufzeichnung Haefthens folgend, die auszugsweise in WUA 2 S. 369 ff. abgedruckt ist; vgl. a.a.O. Für Bergs Einstellung zu der Kandidatur des Prinz Max von Baden vgl. auch Prinz Max S. 336, wo folgende Äußerung des Kabinettschefs vom 1. 10. wiedergegeben wird: „Sie waren zwar nicht mein Kandidat, aber ich habe keinen anderen.“

sich Bülow 1908 verhalten hätte. Dann wollte Berg wissen, was von den drei Programmen aufgestellt werde. Da hat er eine Menge von Fragen gestellt. Dann fragte er nach Personen in den einzelnen Ämtern. Fragte dann noch nach der Stellung der Nationalliberalen und der Konservativen zu unserem Programm.<sup>31)</sup>

**Fischbeck:** Habe den denkbar ungünstigsten Eindruck von der Unterhaltung bekommen. Schon die äußere Aufmachung: in langen Stiefeln in Militäruniform. War wenig schön. Mit großem Nachdruck trat er für ein Koalitionsministerium ein. Wir wären nicht allein in der Welt.

Kandidatur von Prinz Max betreibt er deswegen, weil Payer Parteimann ist. Man müsse auf andere Gefühle Rücksicht nehmen. Ich bin dann für Payer eingetreten. Er bleibt dabei, daß auf Gefühle Rücksicht genommen werden müsse. Andere Kandidaten hat er mir gegenüber nicht genannt. Ich habe dann Payer genannt, und dagegen ist er losgegangen.<sup>32)</sup>

**Ebert:** Er hat darauf hinaus gewollt, daß wir nicht einfach diktieren könnten, den Kaiser dürften wir nicht unter das Joeh zwingen. Ich habe ihm gründlich meine Meinung gesagt und habe alles vorbehalten. Der Prinz will nachmittags schon in

Stellung der Nat[ional-]Lib[eralen] und Konserv[ativen] und sagte, es sei sicher, daß das Herrenhaus es<sup>30)</sup> mache. Der Herr ist nicht informiert.<sup>31)</sup>

**Fischbeck:** Ich erhielt von der Unterredung mit v. Berg den denkbar ungünstigsten Eindruck. „Setzen Sie sich, ich werde es im Umhergehen machen.“ Er verlangte Koalitionsministerium, wir seien nicht allein auf der Welt. Er sagte, Herr v. Payer habe abgelehnt, wäre aber wohl umzustimmen. Er empfahl Prinz Max. Ich sagte, ich könne mich für diesen Kandidaten nicht aussprechen. Was ist das.<sup>32)</sup>

**Ebert:** v. Berg hielt Vortrag. „Ich werde einen andern suchen.“ Der Prinz komme heute mittag hierher. Er machte einen Vorstoß für Bülow. Er gab zu verstehen, daß er Payer / „Es sind übrigens ganz vortreffliche Leute, die Süddeutschen.“<sup>33)</sup>

<sup>30)</sup> Bezieht sich auf die preußische Wahlrechtsvorlage, die nach einem Mehrheitsbeschluß (17 gegen 11 Stimmen) der Wahlrechtskommission des Herrenhauses am 1. 10. in dem entscheidenden Paragraphen (§ 3: allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht) angenommen wurde. Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 2. 10. 1918, 2. Morgenblatt; Schulthess 1918/I S. 320; Payer S. 94 f.

<sup>31)</sup> Dazu Haußmann S. 232, wo das Referat Gröbers wie folgt wiedergegeben ist: „von Berg nannte als Kanzler Prinz Max, Payer, Bülow und Solf. Sprach von Payer und Solf nicht, dagegen lebhaft von Bülow. Freilich hätte er beim Kaiser kein Vertrauen, denn er habe sich immer begeistert über die Reden des Kaisers ausgesprochen und habe eben nicht ein einziges mal gewarnt, so viel zu reden; dann am 10. und 11. November 1908 [Daily-Telegraph-Affäre] habe er den Kaiser im Stich gelassen. Herr von Berg zeigte sich im übrigen nicht informiert und sein Vortrag war merkwürdig.“

<sup>32)</sup> Vgl. Haußmann S. 232: „Ich erhielt von Herrn von Berg den denkbar ungünstigsten Eindruck. Er verlangte Koalitionsministerium, wir seien ‚nicht allein auf der Welt‘. Er empfahl Prinz Max; ich sagte, ich könne mich für diesen Kandidaten nicht aussprechen. Er sagte, Herr von Payer habe abgelehnt, wäre aber wohl umzustimmen. Gleich zu Beginn sagte Herr von Berg: ‚Setzen Sie sich, ich selber werde es im Umhergehen machen.‘“

<sup>33)</sup> Vgl. a.a.O.: „Ein merkwürdiger Herr. Er hielt Vortrag umhergehend, nannte Prinz Max und fügte hinzu: ‚Ich würde einen anderen suchen.‘ Der Prinz komme heute nachmittag nach Berlin. Dann machte von Berg einen Vorstoß für Bülow und gab zu verstehen, daß er nicht für Payer sei, der ein Süddeutscher sei, fügte aber gleich hinzu: ‚Es sind übrigens ganz vortreffliche Leute, diese Süddeutschen.‘ Ich erklärte, der erste Schritt des neuen Kanzlers müßte sein, dem Kaiser die Berufung eines geeigneten Vermittlers vorzuschlagen.“

Berlin sein. Vom Koalitionsministerium hat er nicht mehr gesprochen. Er machte einen Vorstoß für Bülow. Er hat zu verstehen gegeben, daß er Payer nicht will.<sup>33)</sup>

Ebert legt dann noch dar, daß sich verschiedene Schwierigkeiten aus den Beratungen der Parteileitung ergeben haben, da man auf Serbien und Montenegro bestanden hat und auf Wahlrecht für alle deutschen Einzelstaaten.<sup>34)</sup>

**Erzberger:** Wir können da nicht ganz entgegenkommen, während wir in der Sache alle einig sind.

**Trimborn:** Können Sie<sup>35)</sup> nicht einen Antrag in diesem Sinne (z. B. Mecklenburg) einbringen? Wir sorgen dann dafür, daß der Initiativantrag möglichst bald verhandelt wird. Dann kommen wir zu einer Parallelaktion in Mecklenburg und in Preußen.

**Ebert:** Payer sagte uns<sup>3)</sup>, daß man sich den Gang der Wahlrechtsreform so denke, daß die Sache erst an das Plenum des Herrenhauses kommen müsse. Das geht unseres Erachtens nicht. Denn selbst wenn das Herrenhaus zustimmt, dann geht es hin und her über Monate weiter. Wir müssen in der Tat das gleiche Wahlrecht im Laufe dieses Winters bekommen.

**Haußmann:** Ich bin mit dem einverstanden, was Ebert sagt. Aber ich glaube, wir können darüber erst sprechen, wenn die neue Regierung zusammengesetzt ist.

**Erzberger:** Darüber herrscht Übereinstimmung, daß das Wahlrecht nicht mehr hin und her gezerrt werden darf. Evtl. durch das Mittel des Pairschubs.

**Herold:** Mit dem Wahlrecht in Preußen geht es voran. Das Herrenhaus wird etwas zustande bringen.

<sup>34)</sup> In den Bedingungen der SPD vom 23. 9. 1918 für das Programm der Mehrheitsparteien (s. Anm. 25) war in Punkt 2 u. a. die „Wiederherstellung Serbiens und Montenegros“ gefordert worden (Quellen I/II S. 784), in Punkt 4 „für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht“ (a.a.O. S. 785 f.). Beide Forderungen wurden in das endgültige Programm vom 30. 9. nicht aufgenommen.

<sup>35)</sup> D. h.: die Sozialdemokraten.

**Erzberger:** Wann wollen wir unsere Vorschläge an Payer geben und dann weiter arbeiten? Der Ministerpräsident sollte den preußischen Herren das Programm selbst vorlegen.

**Hauffmann:** Die jetzigen Resultate sollten möglichst schnell dem Herrn Payer mitgeteilt werden.<sup>36)</sup>

<sup>36)</sup> Vgl. Nr. 3.

## 2.

### 1. 10. 1918: Besprechung des Kabinettschefs von Berg mit Vertretern der Mehrheitsparteien

2a: Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „1. 10. 1918. Unterredung der Parteiführer mit Herrn von Berg.“<sup>2)</sup>

Der Chef des Zivilkabinetts Herr von Berg empfing heute vormittag zuerst den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Abg. Gröber. Diesem gegenüber sprach er nach seinem Bericht im interfraktionellen Ausschuß<sup>1)</sup> sich für eine Reichskanzlerkandidatur des Prinzen Max<sup>3)</sup> von Baden aus. Dabei wurden auch genannt: Herr von Payer, Exzellenz Solf und Fürst Bülow als Kandidaten. Letzterer habe beim Kaiser kein Vertrauen. Bei all den Reden des Kaisers habe er seinerzeit als Reichskanzler nie Protest erhoben, sondern sie als gut gefunden. Dann sei das bekannte Interview im Jahre 1908 gefolgt, wo Fürst Bülow sehr scharf über den Kaiser hergezogen sei. Der Kaiser sei daher gegen eine Kandidatur Fürst Bülow. Er (Berg) wisse wohl, daß Fürst Bülow in allen Parteien Freunde habe, aber er wisse auch, daß die Parteien selbst den Fürsten nicht wollen. Der beste Kandidat sei Prinz Max von Baden. Gut sei auch, wenn Nationalliberale und Konservative ins Kabinett eintreten.

Abg. Fischbeck, der gleich nach dem Abg. Gröber beim Kabinettschef war, referierte gleichfalls in der interfrakt. Sitzung darüber.<sup>1)</sup> Er habe den denkbar ungünstigsten Eindruck von Herrn von Berg bekommen. Derselbe sei in Uniform mit langen Stiefeln im Zimmer auf und ab gelaufen und habe an die Wände hinaufgeredet, und zwar im Gardeleutnantston. Er habe von einem Koalitionskabinetts gesprochen, das die Konservativen mit umschließen müsse. Prinz Max von Baden sei der beste Kandidat, weil Herr von Payer Parteimann sei.

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 311 sowie Nr. 1a.b (mit Anm. 28 ff.) und Nr. 2b.

<sup>2)</sup> Einen Durchschlag dieser Aufzeichnung übersandte Erzberger — zusammen mit den Vorschlägen der Mehrheitsparteien für die Besetzung der Reichsämtler (s. Nr. 3) — noch am 1. 10. dem Gesandten von Bergen im Auswärtigen Amt. Bergen gab beide Aufzeichnungen, wie aus einer eigenhändigen Notiz auf Erzbergers Begleitschreiben hervorgeht, in den amtlichen „Geschäftsgang“; Pol. Archiv, Pol. Abt. Deutschland Nr. 88 Bd. 13.

<sup>3)</sup> Diese und alle folgenden Sperrungen im Or. handschriftlich unterstrichen.

Abg. Ebert: Er habe nun genug von der Sache. Der Kabinettschef sei im Parade-schritt auf und ab gelaufen und habe im Gardeleutnantston gesprochen. Er habe gesagt, die Mehrheit müsse nicht glauben, daß sie diktieren dürfe. Den Kaiser dürfe man nicht unter das Joch zwingen. Prinz Max von Baden komme heute nachmittag hier an und wünsche die Parteiführer zu sprechen. Dann habe Herr von Berg erklärt, daß sein Kandidat eigentlich Fürst Bülow sei. Herr von Payer wolle nicht und als süddeutscher Parteimann eigne er sich nicht. Er (Ebert) habe erwidert: Prinz Max von Baden sei auch Süddeutscher; die Süddeutschen seien auch sehr vorzügliche Leute; er, Ebert, sei ja auch Süddeutscher. Abg. Ebert erklärte, daß Herr von Berg ganz perplex gewesen sei und daß die Unterredung plötzlich abgebrochen worden sei.

Auch Abg. Gröber erklärte, daß die Besprechung plötzlich abgebrochen worden sei, da er keine Lust habe, mit einem Mann zu sprechen, der heute die Auffassung vertrete, daß die Konservativen auf der Grundlage des Mehrheitsprogramms mitarbeiten können.

2b: Nachlaß Berg, Erinnerungen, Auszug.<sup>1)</sup>

Gleich nach meiner Ankunft [in Berlin] am 1. [Oktober] früh<sup>2)</sup> war Graf Roedern bei mir, der schon nach seiner Ankunft in Berlin am Abend vorher mit Payer und wohl auch anderen<sup>3)</sup> verhandelt hatte und mir meine Verhandlungen, für die ich entgegen den späteren Behauptungen der Zeitungen, vor allem von Georg Bernhard in der Vossischen Zeitung, vom Kaiser allein autorisiert war, sehr erschwert[e], indem er weitgehende Zusagen auf Parlamentarisierung gemacht hat[te]. Ich bin mir darüber klar geworden, daß er ein nicht ganz ehrliches Spiel gespielt hat, daß er sich regierungsfähig in der neuen Regierung erhalten wollte und selbst daher den Eintritt der Konservativen in die neue Regierung nicht wollte<sup>4)</sup>, die von mir angestrebte „Koalitionsregierung“ mit verhindert hat. Jedenfalls ist sie mir an diesem Tage zerschlagen. Ich hatte gleich nach Roedern eine Unterredung mit Payer, dem Vizekanzler, den ich aufsuchte und mit dem ich gleich ziemlich stark aneinanderkam<sup>5)</sup>, indem er die Konservativen vollkommen ausschalten wollte und hierauf bestand. Ich bat dann hintereinander die Fraktionsführer zu mir und hatte Unterredungen mit Gröber (Zentrum), Ebert (Sozialdemokrat), Fischbeck (Freisinn), Stresemann (Nationalliberal), mit denen ich die Lage besprach, wie ich mir nachher gesagt habe, vielleicht zu sehr trauend auf den Anstand der Führer des Zentrums und der Freisinnigen und in meiner Art vielleicht etwas zu freimütig, woraus man nachher von meinen Gegnern konstruieren wollte, daß ich mir in den einzelnen Unterredungen widersprochen habe. [. . .]

<sup>1)</sup> S. Nr. 2a Anm. 1.

<sup>2)</sup> Bei Westarp, Regierung des Prinzen Max S. 8 heißt es irrtümlich, Berg sei erst am Mittag des 1. 10. in Berlin eingetroffen.

<sup>3)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 738 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. demgegenüber Quellen I/II S. 742 mit Anm. 5.

<sup>5)</sup> Dazu Payer S. 93.

Meine Unterhaltungen mit den Parteiführern ergaben, daß man mit dem Prinzen von Baden als Kanzler einverstanden sei. Gröber hatte ich gebeten, von seiner Partei nicht Erzberger für das Kabinett [in Vorschlag] zu bringen, man könne dem Kaiser diesen Mann nicht zumuten, was ich ihn bitte, vertraulich zu behandeln. Er hat es sofort Erzberger gesagt<sup>6)</sup>, und die Partei hat ihn dann gerade gebracht, die Partei war damals wohl schon ganz unter dem Einfluß von Erzberger.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 6c sowie Erzberger S. 311.

### 3.

#### 1. 10. 1918: Vorschläge der Mehrheitsparteien für die Besetzung der Reichsämt<sup>er</sup>

DZA Potsdam, Stellvertreter des Reichskanzlers 2620, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Vorschläge der Mehrheitsparteien.“<sup>2)</sup>

Reichskanzler: Herr von Payer.

Chef der Reichskanzlei: Neubesetzung unter Entfernung des Herrn von Radowitz nach vorheriger Fühlungnahme mit den Mehrheitsparteien.

Stellvertreter des Reichskanzlers: Stelle des Vizekanzlers beansprucht die Zentrumsfraktion. Ein weiterer Stellvertreter des Reichskanzlers als Staatssekretär<sup>3)</sup> ohne Portefeuille ist mit einem Sozialdemokraten zu besetzen.

Auswärtiges Amt: Staatssekretär: Ein Diplomat, der durch sein Verhalten während des Krieges nicht friedenshindernd wirkt. Ein parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Staatssekretariat für besetzte Gebiete: Ein parlamentarischer Staatssekretär und zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre (einer für den Osten, einer für den Westen). Das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete muß mit vollkommener Unabhängigkeit und Selbständigkeit in allen politischen Angelegenheiten gegenüber den Militärgouverneuren ausgestattet werden.

Reichsamt des Innern: Ein parlamentarischer Staatssekretär. Ein politischer Unterstaatssekretär, den sich eine Partei anrechnen läßt.

Reichsarbeitsamt: Mit dem Arbeitsgebiet Arbeiterrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung und Angestelltenfragen. Ein parlamentarischer Staatssekretär und zwei politische Unterstaatssekretäre.

Reichswirtschaftsamt: Neubesetzung von Staatssekretär und Unterstaatssekretär im Benehmen mit den Mehrheitsparteien.

<sup>1)</sup> Maschinenschriftliche Abschriften auch in den Nachlässen Prinz Max und Erzberger 21. Einen Durchschlag übermittelte Erzberger am 1. 10. dem Auswärtigen Amt; vgl. Nr. 2a Anm. 2.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 1a. b (Schluß).

<sup>3)</sup> In der im Nachlaß Erzberger überlieferten Abschrift (s. Anm. 1) fälschlich: „Minister“.

Reichs-Kolonialamt: Keine Veränderung, falls Programm angenommen.

Reichs-Justizamt: Keine Veränderung, falls Programm angenommen.

Reichs-Schatzamt: Veränderungen im Benehmen mit der Mehrheitspartei.  
Zwei politische Unterstaatssekretäre.

Reichs-Postamt: Keine Veränderung, falls Programm angenommen.

Kriegsministerium: Rücktritt des Kriegsministers von Stein. Der Nachfolger muß sich zu dem Programm der Mehrheitspartei verpflichten und auf die gestrige Kaiserproklamation.

Reichs-Marineamt: Keine Veränderung, falls Programm angenommen.

Reichs-Presse-Ministerium: Ein Parlamentarier als Staatssekretär.<sup>4) 5)</sup>

<sup>4)</sup> A.a.O.: „Unterstaatssekretär“.

<sup>5)</sup> Im Nachlaß Prinz Max befindet sich eine vom 1. 10. 1918 datierte, vermutlich von Kurt Hahn ausgearbeitete Kandidatenliste (Maschinenschrift mit handschriftlichen Ergänzungen) für das „Kriegskabinet“ und das „Preußische Ministerium“. Sie geht stillschweigend davon aus, daß Prinz Max — wie es zwei Tage später auch geschah — zum Reichskanzler, aber nicht gleichzeitig zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt werden wird, läßt Payer als Vizekanzler weiter amtieren und führt neben den bisherigen Staatssekretären Graf Roedern, Krause (dafür Junck gestrichen) und Batocki als Staatssekretäre auf: Ebert (Reichsamt des Innern), Solf oder Graf Brockdorff-Rantzau (Ausw. Amt), Fehrenbach, Legien, Naumann und Haußmann (ohne Portefeuille, Haußmann besonders für elsäß-lothringische Angelegenheiten), von Mann (Reichsmarineamt), Schwander (Reichswirtschaftsamt), von Rechenberg (besetzte Gebiete), Dernburg (Reichskolonialamt; dafür Erzberger wieder gestrichen) und Stegerwald (Soziale Fürsorge). Für Unterstaatssekretärsposten werden in Aussicht genommen: Moesle (ohne Ressortangabe), Wiedfeldt (Reichswirtschaftsamt) und Meyer-Gerhard (Reichskolonialamt); als Kandidaten für den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei: Simons, Rosenberg, Kardorff und Haußmann. Für das preußische Staatsministerium werden benannt: Fürst Hatzfeldt Herzog zu Trachenberg (Ministerpräsident), Groener oder Scheüch (Kriegsminister; mit einem Unterstaatssekretär für Gefangenenangelegenheiten: Fürst Hohenlohe), Gothein (Handelsminister), Harnack (Kultusminister), Hue und Naumann (ohne Portefeuille). Vgl. Prinz Max S. 332. Dazu Scheidemann, Memoiren II S. 191: „Ich erspare mir jede Bemerkung zu diesem Wunschzettel des Prinzen. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie eine solche Regierung gearbeitet hätte.“

In einer undatierten maschinenschriftl. Aufzeichnung in den Akten des Stellvertreters des Reichskanzlers 2620 (DZA Potsdam) sind die Forderungen der Mehrheitsparteien folgendermaßen aufgegliedert:

„Eventuell neu zu gründende Staatssekretariate oder Ministerien: 1. Staatssekretariat für die besetzten Gebiete, 2. Staatssekretariat für Wiederherstellung der Handelsflotte, 3. Staatssekretariat für Angelegenheiten der Arbeitskammern und Arbeiterstatistik, 4. Staatssekretariat für Propaganda-Angelegenheiten, 5. Staatssekretariat für Volksgesundheit, 6. Staatssekretariat für sozialpolitische Angelegenheiten, 7. Staatssekretariat für Übergangswirtschaft (wird nicht empfohlen), 8. Preußisches Ministerium für polnische Angelegenheiten.“

Folgende Ämter sollen nach Wunsch der Mehrheitsparteien parlamentarische Chefs erhalten: 1. Wenn möglich das Reichskanzleramt, 2. Reichsamt des Innern, 3. Preußisches Handelsministerium, 4. Einige Staatssekretariate oder Ministerien ohne Portefeuille, 5. Einige neu zu gründende Staatssekretariate oder Ministerien.

Folgende Ämter sollen nach Wunsch der Mehrheitsparteien parlamentarische Unterstaatssekretäre erhalten: 1. Reichskanzlei, 2. Auswärtiges Amt, 3. Reichsamt des Innern, 4. Reichsmarineamt, 5. Reichskriegsministerium.“

## 4.

## 1. 10. 1918, nachm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

4a: Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.). Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 1. Okt. 1918. (nachm. 3/4 4 Uhr)“. <sup>1)</sup>

Scheidemann, Naumann, Gothein, Herold, Gröber, Haußmann, Dove, Mayer-Kaufbeuren, Erzberger, Müller-Fulda, Ebert, David, Trimborn, Südekum, [Fischbeck].

Man spricht noch über das Kriegsernährungsamt. Allgemeine Zustimmung, daß daran nichts zu ändern sei. Dagegen eingewendet, daß Waldow doch wohl nicht bleiben wird.<sup>2)</sup>

Erörterung über die Verteilung der Ämter auf die verschiedenen Fraktionen.

Die einzelnen Fraktionen sollen angeben, auf welche Staatssekretariate sie besonderen Wert legen.<sup>3)</sup>

	Fort. V.	Ztr.	Soz.	Beamte
Reichskanzlei	VizeKzlr.	St.o.P.	St.o.P.	
Ausw. Amt		U	U?	v. Bergen v. Rosenberg v. Rantzau
Inneres	St.			
Arbeitsamt		U	St.	
Wirtsch.Amt		St.	U	
Besetzte Geb.	U	St.	U	
Presse		St.		
Schatzamt		U		
Ernährung				

Ztr.: St. o. P., U. f. Ausw., St. bes. Geb., U. Arb., St. Presse 4 St., 3 U.

FVP.: VizeKzlr., St. Inneres, U. bes. Geb., ev. U. Presse, U. Arb. 2 St., 3 U.

Soz.: St. o. P., St. Arb., U. Wirtsch., U. bes. Geb., U. Ernähr. 2 St., 4 U.

<sup>1)</sup> Nach David (s. Nr. 4d) begann die Sitzung um 4 Uhr.

<sup>2)</sup> Dazu Nachlaß Koch-Weser 14, Tagebucheintragung vom 2. 10. 1918: „Als ich gestern mittag Südekum sagte, man möge um Gotteswillen nicht Waldow gehen lassen, [denn] wenn ein radikaler Abgeordneter Ernährungsminister werde, würden die Bauern auf seine Exekutoren schießen, gab er es ohne weiteres zu, erklärte aber, er fürchte, Waldow werde nicht bleiben wollen . . . Die Leute haben es nicht leicht und übernehmen eine schwere, undankbare Aufgabe. Aber daß nun der Prinz Max von Baden heran soll. Es ist ein geschichtlicher Witz.“

<sup>3)</sup> Die folgenden Abkürzungen bedeuten: St. = Staatssekretär; U = Unterstaatssekretär; o. P. = ohne Portefeuille.

**Fischbeck:** Payer läßt sagen, daß er unter keinen Umständen das Amt [des Reichskanzlers] annehmen werde. Die Gründe sind mannigfacher Art.<sup>4)</sup> Er meint, daß an die Spitze der Regierung ein Mann kommen solle, der in keiner Weise belastet sei durch Teilnahme an der bisherigen Regierung. Er befürchtet eine gewisse Erschwerung auch bei den innenpolitischen Gegnern der Mehrheitsregierung, wenn er das Amt annimmt. Nichts könne ihn bewegen, von seinem Entschluß abzugehen. Auch er schlägt den Prinzen Max von Baden vor<sup>5)</sup>, der heute nachmittag hierher kommt<sup>6)</sup> und verhandelt. Der Reichskanzler müsse heute noch ernannt werden.<sup>7)</sup> Auch die Namen der beteiligten Herren müßten heute noch genannt werden.

Gedacht werde daran, 3 neue Staatssekretariate zu besetzen. Zunächst das Reichswirtschaftsamt, dann Reichsarbeitsamt und dann Reichsamt des Innern neu zu besetzen. Dazu 4 Unterstaatssekretariate. Es komme ihnen viel weniger darauf an, jetzt die einzelnen Ressorts zu verteilen, als Namen von angesehenen Parlamentariern zu haben, die die neue Regierung bilden sollen; davon 2 Zentrum und 2 Sozialdemokraten. Die Fortschrittler würden davon keinen abbekommen. In Preußen jede Partei einen Minister. Das Zentrum hat dann schon den Spahn, dazu bekommt es noch einen und dazu dann jede der beiden anderen Parteien je einen Minister.

Es sind Gründe vorhanden, die Sache sehr zu beeilen.<sup>7)</sup> Unser Programm<sup>8)</sup> wird als Zukunftsmusik betrachtet. Die Ereignisse können sehr viel schneller eilen als wir.

**Scheidemann:** Darauf können wir uns unter keinen Umständen einlassen. In dem letzten Satz liegt die Drohung, daß die Sache schleunigst zum Ende kommen könne. (Waffenstillstand.)

**Ebert:** Wenn die Sache so ist, daß evtl. Waffenstillstand angeboten werden muß, dann liegt kein Grund vor, das Programm<sup>8)</sup> zu beraten. Aber wenn aus anderen politischen Gründen uns gesagt werden soll, so wird es gemacht oder gar nicht —

<sup>4)</sup> Vgl. Payer S. 93; Prinz Max S. 330. Dazu „Frankfurter Zeitung“, 2. 10. 1918, 1. Morgenblatt.

<sup>5)</sup> Vgl. Payer a.a.O.

<sup>6)</sup> Haeften hatte am Vormittag des 1. 10. (9 Uhr) mit Prinz Max, der sich in Dessau zur Übernahme seiner neuen Aufgabe bereit hielt, telephonisch gesprochen und ihn im Auftrage des Kabinettschefs (vgl. Nr. 1a.b Anm. 28) gebeten, sofort nach Berlin zu kommen; vgl. WUA 2 S. 374 (Haeften); Prinz Max S. 331. Thaer S. 238 berichtet unter dem 2. 10., Ludendorff habe nach einem Telefongespräch mit dem „Badenmax“ geäußert: „Er [Prinz Max] zielt sich noch etwas, aber er wird es schon tun. Momentan sitzt er in Dessau zum Besuch bei dem Anhaltiner Vetter.“ Thaer irrt sich in der Datierung (richtig: 1. 10.), die auch vom Herausgeber nicht berichtet ist.

<sup>7)</sup> Darauf drängte die OHL wegen der angespannten militärischen Lage mit aller Gewalt, um unmittelbar nach der Regierungsbildung das Friedensangebot herausgehen lassen zu können. Vgl. Urkunden der OHL S. 529; Amtliche Urkunden S. 59 f., 64 f.; Payer S. 95, 99; Prinz Max S. 335 ff.; Haußmann S. 236; Erzberger S. 321; WUA 2 S. 374 f. (Haeften), 410 f. und 414 f. (Hintze), 420 f. (Roedern); Thaer S. 234 f. Umgekehrt wurde die militärische Lage von Regierungsseite als „stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien“ benutzt; vgl. Hintzes Telegramm vom 1. 10. an Grünau und Lersner; Amtliche Urkunden S. 63; WUA 2 S. 411 (Hintze).

<sup>8)</sup> Vom 30. 9. 1918; vgl. Quellen I/II S. 779 ff.

dann könnten wir natürlich nicht mitmachen. Uns ist es um das Programm in erster Linie zu tun. Wenn es aber auf das Programm jetzt nicht mehr ankommen soll und nur innerer Druck dazu führt, dann würden wir nicht mitmachen können.

**Fischbeck:** Das Programm soll nicht abgeschafft werden. Es soll mit dem neuen Mann darüber verhandelt werden. Aber über die Einzelheiten könnten wir uns nicht mehr unterhalten.

**Südekum:** Es muß volle Klarheit herrschen. Wir halten die Sache noch nicht für katastrophal.

**Gröber:** Wenn die Sache katastrophal liegt, dann muß uns das mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wenn Fischbeck das nicht kann, dann verstehe ich das. Aber wenn die Sache zum Äußersten steht, dann mache ich den Schritt, aber nicht ohne Vorbehalt. Jetzt mutet man uns zu, 7 Männer für das Reich zu ernennen, 2 Unterstaatssekretäre in der Reichskanzlei, einen im Reichswirtschaftsamt usw. Wenn wir jetzt den Schritt tun, dann müssen wir der Regierung sagen, daß wir Notlage anerkennen und daß wir auf weitergehende Forderungen zurückkommen müssen. Sonst müssen die bezeichneten Herren zurücktreten. Wir können uns mit den 7 Stellen nicht begnügen; wenn die Regierung nicht mehr will, dann müßten die Herren wieder zurücktreten. Die außerordentlichen Umstände, die möglicherweise vorliegen, erkenne ich an, aber mit dem Vorbehalt, daß wir alles wieder rückgängig machen, was wir jetzt tun. Nur so können wir einen Kanzler annehmen wie den Prinzen Max.

Der Prinz Max hat noch keine Kenntnis von unserem Programm.<sup>9)</sup>

**Ebert:** Ich bin zu der Annahme gekommen, daß unser Programm sachlich nicht mehr angenommen werden könne. Roedern hat gesagt<sup>10)</sup>, daß bis Mittwoch<sup>11)</sup> das Ende sein müsse. Wenn unsere Lage so schlecht ist, wie hier angedeutet ist, dann bedingt das höchstens, daß die Sache schnell gemacht wird, nicht aber, daß wir alle unsere Pläne aufgeben. Selbst wenn die Lage so ernst ist, können wir nicht so verfahren, wie jetzt vorgeschlagen wird. Das können wir nicht vor unserer Partei vertreten. So können wir mit unserer Partei nicht umspringen, das können wir nicht machen.

Wenn die Lage sich so verändert hat, wäre es erwünscht gewesen, daß Payer mit allen oder mit einigen ganz offen spräche. So geht es nicht.

**Fischbeck:** Ich habe nicht gesagt, daß ich nicht die Weiterberatung des Programms wünsche. Ich habe im Gegenteil gesagt, daß man weiterberaten soll. Payer wünscht in bezug auf Programm: in allen Hauptpunkten bleibt es bestehen.

**Erzberger:** Um 5 Uhr recht kurze Sitzung.<sup>12)</sup> [Erwünscht wäre,] daß die maßgebenden Männer sofort zu uns kommen, und dann muß volle Klarheit geschaffen

<sup>9)</sup> Vgl. demgegenüber das — wohl von Kurt Hahn entworfene — Programm des Prinzen Max vom 1. 10. bei Prinz Max S. 331 f., das allerdings gegenüber dem vollen Wortlaut (im Nachlaß Prinz Max) gekürzt ist und vor allem die Charakteristiken der als Staatssekretäre vorgesehene Persönlichkeiten, deren Namen a.a.O. S. 332 mitgeteilt sind (vgl. Nr. 3 Anm. 5), ausläßt.

<sup>10)</sup> In einer Besprechung mit Vertretern der Parteien am 30. 9.; vgl. Quellen I/II S. 738 ff.

<sup>11)</sup> 2. 10. 1918.

<sup>12)</sup> Vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 1. 10. 1918: „5 Uhr: Vertraulicher Hauptausschuß. Bulgarischer Waffenstillstand. Türkei!“ Ein maschinenschriftl. Bericht über diese Sitzung —

werden. Wenn der Waffenstillstand nötig ist, dann müssen wir natürlich rasch handeln. Restlose Offenheit.

**Fischbeck:** Payer muß uns also sagen, weshalb Prinz Max heute ernannt werden soll.

**David:** In bezug auf praktisches Vorgehen hat Erzberger den richtigen Vorschlag gemacht. So wie es jetzt vorgeschlagen, geht es nicht. Wir können doch nicht in den Nebel hinein arbeiten.

**Dove:** Wenn die Lage so ist, daß Eile absolut notwendig ist, um Schlimmstes zu verhindern, ist dann die Drapierung mit 7 Leuten das geeignete Mittel, die Sache zu retten?

**Mayer-Kaufbeuren:** Das ist ein Mittel, die Verantwortung abzuschieben.

**Erzberger:** Payer will also nichts machen. Kandidat des Kaisers ist also Prinz Max. Dazu müssen wir Stellung nehmen.

**Fischbeck:** An dem Programm hat Payer folgende Anstände: (den Völkerbund<sup>13</sup>) lasse ich zunächst beiseite) Punkt 3, Entschädigung Belgien<sup>14</sup>) = 20 Milliarden Mark.

**David:** Was wir den Leuten weggenommen haben, müssen wir zurückgeben, dazu sind wir durch die Haager Konvention gezwungen.

**Erzberger:** Drei Arten von Schäden: 1. die Schäden des Einmarsches, dazu sind wir verpflichtet. 2. Schäden an der Front, welche zweifelhaft sind. 3. Schäden durch Requisition; dadurch würden wir, wenn wir in natura ersetzen, eine Belebung unserer Volkswirtschaft haben.

„Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis sein.“<sup>15</sup>) Dann würde vielleicht die Sowjetregierung sagen, daß der Zusatzvertrag<sup>16</sup>) nicht gültig sei.

An dem Wort „demokratisch“<sup>15</sup>) hat man Anstand genommen.

Dann Punkt 7.<sup>17</sup>) Der neue Mann könne natürlich erklären, daß er allein verantwortlich sei; er würde verlangen, daß die Veröffentlichungen der Krone ihm vorgelegt werden, aber ob er das in einem Regierungsprogramm annehmen würde, das bezweifeln die Herren außerordentlich.

bei der es um den bulgarischen Waffenstillstand und um die militärische Lage im Westen (Siegfriedlinie) ging —, der von dem bayerischen Ministerialdirektor Ritter angefertigt ist, wurde noch am 1. 10. von Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident von Dandl nach München übersandt; BGStA, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/18.

<sup>13</sup>) Gemeint ist die Resolution der Mehrheitsparteien vom 30. 9. über die Schaffung eines Völkerbundes. Vgl. Quellen 1/II S. 779 ff.

<sup>14</sup>) Vgl. a.a.O. S. 784.

<sup>15</sup>) Bezieht sich auf Punkt 4 des Programms der Mehrheitsparteien (a.a.O.), dessen erster Satz lautet: „Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; im Baltikum, in Litauen und in Polen sind alsbald demokratische Volksvertretungen zu schaffen.“

<sup>16</sup>) Gemeint ist der Ergänzungsvertrag vom 27. 8. 1918 zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk; vgl. Schulthess 1918/II S. 689 ff.

<sup>17</sup>) Betrifft die geforderte Einheitlichkeit der Reichsleitung, die Ausschaltung von Nebenregierungen, die Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament und die Einhaltung „aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten bei Veröffentlichungen der Krone.“ Vgl. Quellen 1/II S. 786.

Völkerbund:<sup>13)</sup> in der Einleitung 2. Satz:<sup>18)</sup> Dagegen wenden sie ein, das gehe zu weit, also solle man alle Sonderverträge ausschließen, die den Zwecken des Völkerbundes widersprechen. Was die Grundlagen<sup>19)</sup> anbetrifft, so hat man nicht verstehen können, welcher Unterschied zwischen den Grundlagen und den nächsten Aufgaben<sup>20)</sup> bestehe. Der Reichstag tritt dafür ein, den Besitzstand der einzelnen Staaten zu gewährleisten:<sup>21)</sup> darunter könne man nur verstehen, daß man selbst den Besitzstand der anderen angreifen wolle; es komme aber auch ein anderer Fall in Betracht, z. B. wenn Indien sich aus dem Besitzstand von England loslösen wolle.

<sup>18)</sup> Genau: 2. Abschnitt; a.a.O. S. 780.

<sup>19)</sup> A.a.O.

<sup>20)</sup> A.a.O. S. 782.

<sup>21)</sup> A.a.O.

**4b: Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript. Überschrift: „1. Oktober 1918.“**

K[anzler:] Payer.

V[ize-]K[anzler]: Zentrum.

ohne Portefeuille.

A[uswärtiges] A[mt:] Erzberger.

v. Berg verlangt Bernstorff.

Scheidemann für Rantzau.

**Erzberger:** Rantzau oder Bernstorff oder Rosenberg.

Unterstaatssekretär parlamentarisch offenlassen.

[...]<sup>1)</sup>

**Fischbeck** teilt mit, daß Payer abgelehnt hat aus äußeren und inneren Gründen.

Unser Organisationsprogramm ist im wesentlichen angenommen.

<sup>1)</sup> Hier im Or. eine nicht zur Sache gehörende Notiz eingeschoben: „Finnland: der Gesandte: Deutschland hat sich nicht eingemischt in die Königsfrage.“

**4c: Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag. Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung am 1. Oktober 1918, nachmittags.“**

Die Besprechung drehte sich um die Verteilung der am Vormittag<sup>1)</sup> verabredeten neu zu besetzenden Staatssekretariate und Unterstaatssekretariate. Die Parteien meldeten folgende Ansprüche an:

Zentrum: 1. Staatssekretär ohne Portefeuille, 2. Staatssekretär des Reichsarbeitsamts, 3. Staatssekretär für die besetzten Gebiete, 4. Staatssekretär für das Reichspresseamt.

Unterstaatssekretariate für das Auswärtige Amt, für das Reichsschatzamt.  
Volkspartei: 1. Vizekanzler, 2. Staatssekretär für das Innere.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 1a.b.

Unterstaatssekretariate für die besetzten Gebiete, für das Reichspresseamt und für das Reichsarbeitsamt.

Sozialdemokratie: 1. Staatssekretär ohne Portefeuille, 2. Staatssekretär für das Reichsarbeitsamt.

Unterstaatssekretariate:

1. für das Reichswirtschaftsamt, 2. für die besetzten Gebiete, 3. für das Kriegsernährungsamt, 4. für das Auswärtige Amt.

Als der Mehrheit genehm wurden für das Auswärtige Amt bezeichnet:

1. Gesandter von Bergen, einmütig und vorbehaltlos mit dem Beifügen, daß sein etwaiges Bedenken, daß er nicht als Redner auftreten könne, keinen Grund zur Ablehnung dieses Postens bilde.

2. Gesandter von Rosenberg, 3. Gesandter von Brockdorff-Rantzau. Botschafter Graf Bernstorff, der viel Sympathien fand, wurde deshalb nicht genannt, weil er in Amerika<sup>2)</sup> derzeit als Herd aller Agitationen und Attentate, die während der Neutralitätsperiode von einzelnen deutschen Personen begangen worden sind, bezeichnet wird.

Als die Verhandlungen über die Verteilung der Ämter auf die einzelnen Parteien noch schwebten, kam Vorsitzender Fischbeck von Vizekanzler von Payer und teilte mit, Payer werde unter keinen Umständen die Stelle des Reichskanzlers annehmen. Nach seinen eigenen Gründen müsse ein Mann ohne jede politische Belastung an die Spitze treten, der ganz frei dastehe. Nichts könne ihn, Payer, bestimmen, von diesem Standpunkt abzugehen. Er selbst schlage vor, den Prinzen Max von Baden zu nehmen. Derselbe müßte aber heute noch ernannt werden. Ferner sagte Payer gegenüber dem vormittags überreichten Programm der Mehrheitsparteien: 3 Staatssekretariate könnten der Mehrheit sofort angeboten werden: Das Reichswirtschaftsamt, das neu zu bildende Reichsarbeitsamt und das Reichsamt des Innern, ferner 4 Unterstaatssekretariate, von denen Zentrum und Sozialdemokratie je 2 bekommen würden, und zwar 2 Unterstaatssekretariate in der Reichskanzlei und je 1 im Auswärtigen Amt und im Reichswirtschaftsamt. Ferner werde jeder der Mehrheitsparteien ein Ministerium in Preußen angeboten. Eine Verständigung über das Programm sei nicht mehr notwendig, da Ereignisse eintreten könnten, welche mehr eilten als das ganze Programm.

Die Abgeordneten Ebert, Gröber und Erzberger erklärten, daß man damit vor eine ganz neue Grundlage gestellt sei, aber die Interessen des Vaterlandes gingen über alles. Man könne auf diesen Vorschlag nur mit Vorbehalt eingehen.<sup>3)</sup>

<sup>2)</sup> Wo er von 1908—1917 Botschafter gewesen war.

<sup>3)</sup> Nr. 6c schließt im Or. ohne Zwischenüberschrift an.

4d: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 1. 10. 1918.

4 Uhr: Interfraktionelle Konferenz. Payer lehnt ab. — Prinz Max. v. Bergs Vorschläge. — „Höchste Eile.“

## 5.

**1. 10. 1918: Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld  
an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)**

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/18, Maschinenschrift.

Hochwohlgeborener Herr!

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

Ich glaube nicht, daß für Euer Exzellenz jetzt Anlaß vorliegt hierher zu kommen. Um was es sich heute im Reiche handelt, ist, einen Kanzler und Staatssekretäre zu finden. Hierbei haben die Einzelstaaten verfassungsrechtlich nicht mitzuwirken. Der Reichstag allerdings ebensowenig. Das Recht der Ernennung bleibt dem Kaiser. Wenn er dabei der Mehrheit des Reichstags eine beratende Stimme einräumt, so steht dem der Buchstabe der Verfassung nicht entgegen. Daß damit der Geist der Verfassung auf den Kopf gestellt ist, wenn, wie dies der Fall sein wird, der Rat den Charakter eines Zwanges annimmt, darüber kann freilich kein Zweifel bestehen.

An sich würde gewiß auch rechtlich dem nichts entgegenstehen, daß, wie der Reichstag, so auch der Bundesrat bei der Bildung der neuen Regierung gehört wird, aber wie die Verhältnisse sich entwickelt haben, würde der Bundesrat vergeblich einen solchen Anspruch geltend machen. Er würde an den Machtverhältnissen scheitern.

Der Kontrast zwischen den beiden vorhergegangenen Kanzlerwechseln und dem jetzigen ist allerdings in dieser Hinsicht groß. Damals wurde wenigstens der bayerische Vertreter zugezogen. Diesmal hat diesen niemand gefragt. Aber dies ergibt sich naturnotwendig aus der veränderten Lage. Wenn der Kaiser unter ihrem Druck, wenn auch nicht formell doch tatsächlich, auf die Ernennung Seiner Ratgeber verzichtet, so ist für einen Rat des bayerischen Vertreters, ja überhaupt des Bundesrats, kein Platz.

Bei dieser Sachlage würden auch Euere Exzellenz, wenn Sie hierher kämen, nichts erreichen können. Andererseits läge aber die Gefahr vor, daß Euere Exzellenz gezwungen werden, zu den in Fluß befindlichen Dingen eine bestimmte Stellung zu nehmen, und sich damit festlegen.

Anders, wenn die neue Regierung gebildet sein wird. Dann halte ich es für geboten, daß die leitenden Minister sofort hierher kommen, um sich mit dem neuen Mann und den neuen Männern in persönliche Verbindung zu setzen.

Ich komme hier von selbst zum Art. 9 der Reichsverfassung.<sup>1)</sup> Wie ich schon gemeldet habe<sup>2)</sup>, wird erwogen, die Kabinettsbildung einstweilen ohne Änderung der Reichsverfassung durchzuführen, indem die neuen Staatssekretäre nicht zu

<sup>1)</sup> Dazu vgl. die Denkschrift des Unterstaatssekretärs Lewald vom 28./29. 9. 1918 über die Frage einer Änderung der Artikel 9 und 21 der Reichsverfassung; Quellen 1/II S. 731 ff.

<sup>2)</sup> Am 28. 9. 1918; vgl. a.a.O. S. 736 f.

Mitgliedern des Bundesrats ernannt würden. Bei dieser Lösung wird aber immer noch der Art. 21 Abs. 2<sup>3)</sup> Schwierigkeiten bilden.

Auch scheint mir der Zustand, der dann eintritt, für die Stellung des Bundesrats auch wenig erfreulich. Die Staatssekretäre würden persönliche Verbindung mit den Reichstagsabgeordneten, aber keine mit dem Bundesrat haben.

Ich habe mich über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit den Parteiführern zu informieren gesucht und über die letzten Entschlüsse, die erst vor 2 Stunden, das heißt um 1 Uhr nachmittags, gefaßt worden sind, nachstehendes vertraulich erfahren:

Das neue Kabinett soll kein Koalitionskabinett werden, d. h. es soll unter Ausschluß der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten gebildet werden.

Als Reichskanzler ist Herr von Payer in Aussicht genommen. Über den Vizekanzlerposten ist noch nichts Definitives entschieden. Bleibt der Posten bestehen, so erhebt das Zentrum Anspruch auf seine Besetzung und wird den Dr. Porsch<sup>4)</sup> präsentieren, von dem aber nicht feststeht, ob er den anderen Parteien der Mehrheit genehm ist. Für den Fall, daß der Posten nicht besetzt wird, nehmen die Sozialdemokraten einen Staatssekretär ohne Portefeuille für sich in Anspruch.

Das Staatssekretariat des Auswärtigen Amts soll durch einen Diplomaten besetzt werden, der sich nicht schon gegen die Friedensresolution festgelegt hat. Ein Name ist noch nicht genannt worden.

Vom Reichsamt des Innern soll ein Staatssekretariat der besetzten Gebiete abgetrennt werden, vielleicht mit je einem Unterstaatssekretär für Ost und West. Kandidat des Zentrums für einen dieser Posten ist Freiherr von Rechenberg.

Das Reichsamt des Innern selbst soll parlamentarisiert werden und wird von den Sozialdemokraten beansprucht für Ebert. Einer der Unterstaatssekretäre im Reichsamt des Innern soll „politisch“ werden, d. h. nicht durch einen Parlamentarier, aber durch einen Mann besetzt werden, den sich eine Partei anrechnen kann.

Vom Reichswirtschaftsamt wird abgetrennt ein Reichsarbeitsamt, mit einem parlamentarischen Staatssekretär und 2 „politischen“ (im vorher besprochenen Sinne) Unterstaatssekretären. Beim Reichswirtschaftsamt selbst soll ein Fachmann Staatssekretär bleiben. Freiherr von Stein und Göppert sind aber nicht erwünscht, vielmehr soll auch dieser Staatssekretär „politisch“ werden, wobei noch nicht feststeht, welcher Partei er nahestehen soll. Die Stelle ist Dr. Mayer (Kaufbeuren) angeboten worden. Er hat aber abgelehnt.

<sup>3)</sup> „Wenn ein Mitglied des Reichstags ein besoldetes Reichsamt oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienst in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.“

<sup>4)</sup> Felix Porsch, Justizrat, Rechtsanwalt in Breslau, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses seit 1884.

Auch der Chef des Reichsschatzamts soll ein Fachmann bleiben, 2 „politische“ Unterstaatssekretäre sollen ihm beigegeben werden. Wahrscheinlich wird Graf Roedern bleiben.

Im Reichskolonialamt bleibt Dr. Solf. Er wird den Nationalliberalen angerechnet, obwohl seine innere politische Gesinnung von manchen mit einem Fragezeichen versehen wird.

Staatssekretär des Reichspostamts bleibt Rüdlin.

Im Reichsjustizamt wird Dr. Krause belassen, sofern er sich dem Programm der Mehrheitsparteien unterwirft.

Um Erzberger unterzubringen, ist die Bildung eines „Staatssekretariats für Propaganda“ angeregt worden, dem die Presse-Abteilungen aller Ämter unterstellt werden sollen.

Änderungen in dieser Liste werden unter den Parteien nicht mehr vorgenommen, sind aber noch möglich im gegenseitigen Benehmen der Parteien einerseits und der neuen Regierung andererseits.

Über die Besetzung der preußischen Ministerien wird erst heute nachmittag verhandelt. In dieser Beziehung steht aber schon jetzt fest, daß man dem Kriegsminister von Stein zwar „kein kaudinisches Joch aufrichten“, aber die Krone bitten wird, einen anderen Mann zu berufen. Die Errichtung eines Zivil-Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium soll nicht urgiert, aber als Wunsch geäußert werden.<sup>5)</sup>

Sämtliche Ernennungen sollen womöglich schon heute abend vom Kaiser vollzogen werden. Der Wunsch nach möglichster Beschleunigung geht nicht von den Parteien, sondern von der Obersten Heeresleitung aus, die geäußert hat, die äußere Lage vertrage keinerlei Verzögerung.<sup>6)</sup>

Was die eventuelle Teilnahme der Nationalliberalen an der Regierung betrifft, so scheinen diese nach meinem Gewährsmann bereit zum Eintritt zu sein<sup>7)</sup>, möchten aber gebeten werden. Schärfsten Widerstand gegen ihren Eintritt und insbesondere gegen die Person Stresemanns erheben die Sozialdemokraten. Sie wollen den Nationalliberalen und insbesondere ihrem Führer die „laute“ Stellungnahme gegen die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 nicht verzeihen.

Das in einem Abdruck hier gehorsamst angefügte Programm<sup>8)</sup> der Mehrheitsparteien steht vollkommen fest. Möglich sind allenfalls noch kleine redaktionelle Änderungen. Der neue Kanzler wird dieses Programm den anderen neuen Männern vorlegen, die sich vor Annahme ihrer Posten darüber zu erklären hätten, ob sie sich für ihre Person und die hinter ihnen stehenden Parteien auf dieses Programm verpflichten.

Der Artikel 9 der Reichsverfassung wird nicht geändert. Statt dessen soll das Reichsgesetz, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 1a. b.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 4a Anm. 7.

<sup>7)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 742.

<sup>8)</sup> A.a.O. S. 779 ff.

1878<sup>9)</sup>, durch eine Bestimmung erweitert werden, daß die im § 2 des Gesetzes genannten Personen als Kommissäre des Reichskanzlers ohne Ablegung des Abgeordnetenmandats im Bundesrat Vortrag halten können.<sup>10)</sup>

Artikel 21 Abs. 2<sup>3)</sup> der Reichsverfassung wird dagegen aufgehoben.

Ich habe noch einige Nachrichten zu melden, die unverbürgt sind, aber die Lage kennzeichnen.

General Ludendorff soll unter dem Eindruck der Entwicklung der Dinge an der Westfront stark zusammengebrochen sein. König Ferdinand von Bulgarien soll einem deutschen General gesagt haben: „ Sie — die Deutschen — sind gezwungen, Frieden zu machen, warum soll ich nicht vorausgehen.“ Es ist im Hauptquartier erwogen worden, das heißt es sind Stimmen dort laut geworden, an Stelle der Parlamentarisierung einen Reichskanzler mit diktatorischen Befugnissen zu ernennen.<sup>11)</sup> Der Kaiser hat aber anders entschieden, und zwar mit der Richtschnur, daß angesichts der Lage die neue Regierung bis heute abend fertig sein müsse.

Letzteres trifft zu, daher die Überstürzung, die meines Erachtens, so sehr ich überzeugt bin, daß ohne den Ruck nach links nicht auszukommen ist, nicht notwendig gewesen wäre.

Angesichts dieser Überstürzung ist die Frage, ob Euere Exzellenz jetzt hierher hätten kommen sollen, gegenstandslos geworden. Aber wenn, wie zu erwarten, der Reichskanzler heute oder morgen ernannt wird, so halte ich Ihre Hierherkunft sobald als möglich für geboten.

Soeben habe ich mit Herrn von Payer gesprochen. Er bestätigte mir, daß das Drängen nach sofortiger Lösung der Krisis vom Hauptquartier ausgeht.

Auf meine Frage nach der Person des künftigen Reichskanzlers erwiderte er mir, daß er selbst abgelehnt habe, weil die neue Lage neue Leute fordere. Ein neuer Mann werde denen, die sich der Regierung anschließen wollen, dies leichter machen als einer, der dem früheren Ministerium angehört habe. Herr von Payer nannte mir dann den Prinzen Max von Baden als den Nachfolger des Grafen Hertling.

Ich sprach dann über das von den Parteien entworfene Programm und die Personalvorschläge der Parteien. Das Programm wird, wie mir Herr von Payer sagte, heute noch in einzelnen Punkten abgeändert werden, die Personenfragen betrachten auch die Parteien nur als Vorschläge, die Wahl müsse schließlich mit dem neuen Kanzler vereinbart werden. Daß das Eisenbahnministerium an einen Sozialdemokraten vergeben werden könnte, betrachtet Herr von Payer als ausgeschlossen.

Der neue Reichskanzler Max von Baden dürfte wohl schon heute ernannt werden; er ist in Berlin<sup>12)</sup> und unterhandelt schon mit den Parteien.

<sup>9)</sup> Dazu Rudolf Morsey, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867—1890 (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung 3). Münster 1957, S. 287 ff.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 15.

<sup>11)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang die Denkschrift des Unterstaatssekretärs im preuß. Staatsministerium Heinrichs vom 30. 9. 1918; Quellen I/II S. 773 ff.

<sup>12)</sup> Prinz Max war um 16 Uhr in Berlin eingetroffen, hatte kurz darauf eine Besprechung mit Haefthen und anschließend mit Payer. Vgl. Prinz Max S. 335; Payer S. 98; WUA 2 S. 374.

Meines Erachtens ist die Wahl des Prinzen Max keine glückliche. Wenn schon ein Ministerium der Linken genommen wird, dann sollte man nicht an die Spitze einen Königlichen Prinzen stellen. Damit wird der Eindruck im In- und Ausland, den man erzielen wollte, wieder in Frage gestellt. Auch sehe ich nicht, wie der Prinz den Anforderungen der Stelle gerecht werden soll. Herr von Payer ist bereit, Vizekanzler zu bleiben; so wird also die Führung der Geschäfte in seiner Hand bleiben.

Wie ich von anderer Seite höre, soll Herr von Payer einige Zeit lang geschwankt haben, ob er das Amt des Reichskanzlers annehmen könne. Seine definitive Abgabe soll durch das Dazwischentreten des Kabinettschefs von Berg erfolgt sein, der mit der Kandidatur des Prinzen Max von Baden gestern aus dem Großen Hauptquartier hier angekommen sein soll.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz ganz gehorsamer  
Graf Lerchenfeld

## 6a.b.

## 1. 10. 1918, abends: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

6a: Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom  
1. Okt. 1918 (6 Uhr abends. Verteilung der  
Ämter)“.

Scheidemann, Naumann, Gothein, Herold,  
Gröber, Haußmann, Mayer-Kaufbeuren,  
Erzberger, Müller-Fulda, Ebert, Fisch-  
beck, Trimborn, Südekum, David, Dove.

**Fischbeck:** Payer muß das Programm<sup>2)</sup>  
dem Prinzen Max vorlegen, und der muß  
selbst gehört werden.

**Erzberger:** Kann der Herr das Programm  
verstehen, ohne daß es ihm erklärt wird?

**Naumann:** Das Bedenken liegt allerdings  
vor. Er hat natürlich keine politische  
Schulung. „Wie ich es auffasse“.

6b: Nachlaß Haußmann 147, maschinen-  
schriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup>

Debatte über Prinz Max.  
Ablehnung des Prinzen.

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 233: „Abends im Interfraktionellen Ausschuß sprachen sich *Ebert* und *Scheidemann* verstimmt und zornig gegen die ‚Schiebung‘ mit dem Prinzen Max, der vom Zivilkabinett gebracht werde, mir gegenüber, dessen Zustimmung zum Prinzen sie kannten, aus. *David* sagte mir, es werde große Mühe kosten, den Prinzen Max in der Fraktion durchzubringen.“

<sup>2)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 779 ff.

**Scheidemann:** Das beste wäre, wenn der Prinz nicht annehmen würde. Wir können [keine]<sup>4)</sup> Parlamentarisierung und Demokratisierung mit dem Prinzen machen.<sup>5)</sup>

**Erzberger:** Die kleine Parlamentarisierung ist für uns sehr viel schwerer zu ertragen, als wenn Payer es machte.<sup>6)</sup>

**Scheidemann:** Alle unsere Freunde haben uns erklärt, daß er ein naives Kind sei. Er hat ein paar gute Reden gehalten, weiter weiß man nichts. Er soll ein prachtvoller Mensch sein, aber von Politik soll er nichts verstehen.<sup>7)</sup>

**Haußmann:** Die Entschließung von Payer ist eingegeben worden durch den Gedanken, daß es seiner Person nicht gegeben sei, mit dem Kaiser das leicht zu bearbeiten, was bearbeitet werden muß. Das ist eine sehr ernste Erwägung in der gegenwärtigen Zeit. Sie gründet sich auf seine Erfahrungen, die er gemacht hat. Payer glaubt, daß er an der zweiten Stelle nutzen kann, aber nicht an der ersten.

**Südekum** macht darauf aufmerksam, daß hier wieder zu bemerken ist, daß der neue Mann nicht einmal seine eigene Liste machen kann.

**David:** Der Auftrag des Kaisers geht an Hertling und evtl. an Payer, aber nicht an Roedern. Auch nicht an Berg. Ich bin der Meinung, daß wir mit Payer direkt ausschließlich die Lage besprechen. Der Ausschuß. Sollte Prinz Max als Kandidat kommen, dann würde er neben Payer Platz zu nehmen haben, damit man weiß, woran man ist. Übrigens was wir vorhin fragten, müssen wir klarstellen: Welches Ereignis drängt uns zur Überstürzung? Das wissen wir noch nicht. Dahinter werden wohl Roedern und Berg stecken. Herr von Rosenberg<sup>8)</sup> hat mir eben

**Scheidemann:** Unannehmbar, ich weiß es von Kolb.<sup>3)</sup>

<sup>3)</sup> Mitglied des badischen Landtags (SPD).

<sup>4)</sup> Im Or. sinnwidrig: „eine“.

<sup>5)</sup> Vgl. Haußmann S. 233: „Scheidemann: Prinz Max ist unannehmbar. Ich weiß es von dem verstorbenen Kollegen Kolb.“

<sup>6)</sup> Vgl. a.a.O.: „Erzberger: Prinz Max muß sich zu unserem Programm bekennen.“

<sup>7)</sup> Dazu vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 175 ff.

<sup>8)</sup> Frederic Hans von Rosenberg, Gesandter, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt.

gesagt, daß sonst nichts geschehen ist. Man wundert sich in der Regierung, daß wir noch nicht weiter.

**Gothein:** Die Sache muß mal sehr nüchtern angeboten werden. Wir haben keinen parlamentarischen Kanzler. Prinz Max ist nicht zu verachten. In allem Wesentlichen steht er wohl auf unserem Standpunkt.<sup>9)</sup> Was wird weiter geboten? Teilung des Reichswirtschaftsamtes.

Ebenso das Reichsamt des Innern. Dort auch ein Unterstaatssekretär. Wir haben verlangt, daß 2 Staatssekretäre neben den Kanzler gesetzt werden sollen. Es werden 2 Unterstaatssekretäre für die Reichskanzlei verlangt. Das ist in der Praxis dasselbe. Es wird vielleicht nicht schwer sein durchzusetzen, daß statt dieser beiden Unterstaatssekretäre 2 Staatssekretäre ohne Portfeuille gegeben werden. Ferner wird gegeben Unterstaatssekretär im Auswärtigen. Gegenüber demjenigen, was wir verlangt haben, fehlt also der Staatssekretär für die besetzten Gebiete mit 2 Unterstaatssekretären und das Reichspresseamt. Im übrigen ist diese Sache nicht so verschieden von dem, was wir verlangt haben, bis auf die parlamentarische Spitze. Weiter müßte in volle Erwägung gezogen werden, daß damit die Neubildung noch nicht abgeschlossen wäre. Das müssen wir uns alles überlegen. Deshalb wäre es nicht angezeigt, den Vorschlag von vornherein abzulehnen, statt zu versuchen, ihn etwas zu erweitern.

**Ebert:** Wir sollten durch eine Unterredung mit Payer Klarheit zu schaffen suchen. Wir können 3 Mann beauftragen, mit Payer zu sprechen, uns klaren Wein einzuschenken, was vorgefallen ist. So einfach wie Gothein kann ich die Sache nicht beurteilen. Es bleibt uns keine Einwirkung auf die Besetzung der politischen Posten. Wir haben keine Einwirkung auf das Auswärtige Amt, das ist

**Gothein:** Für Annahme des Vorschlags unter <sup>9)</sup>

**Ebert:** mit Payer sprechen.  
Wenn wir in die Regierung eintreten /  
Prinz Max /  
Payer ist gezwungen worden, nein zu sagen.  
Ich bedauere, wir können nicht mitmachen.<sup>10)</sup>

<sup>9)</sup> Vgl. Haußmann S. 233: „Gothein spricht für Unterstützung der Kandidatur Prinz Max.“

<sup>10)</sup> Vgl. a.a.O.: „Ebert: Payer ist gezwungen worden, nein zu sagen. Ich bedauere, wir können nicht mitmachen.“

aber entscheidend. Wie der Prinz Max steht, weiß keiner. Er hat noch keine Erklärungen abgegeben, hat auch keinen politischen Nachweis dafür gebracht. Wenn wir in die Regierung eintreten, müssen wir von dem Mann, der die Führung hat, etwas wissen und die Gewißheit haben, daß wir mit ihm im gleichen Schritt marschieren können. Die Gewähr haben wir beim Prinzen Max nicht. Der Mann ist ausdrücklich gegen unser Vorhaben lanciert worden von der anderen Seite. Payer ist geradezu gezwungen worden, nein zu sagen. Das ist die alte Politik, die wir bekämpft haben. Das können wir nicht mitmachen.<sup>10)</sup>

**Fischbeck:** Payer hat selbst den Prinzen Max vorgeschlagen.<sup>11)</sup>

**Erzberger:** Der Prinz Max hat auch im vorigen Jahr, als der Sturm gegen uns ging, eine Rede für uns gehalten.<sup>12)</sup> So viel weiß man. Aber mehr auch nicht. Er muß sich zu unserem Programm bekennen. Dann zweitens dazu, daß er die Kabinettsorder des Kaisers<sup>13)</sup> in weitem Umfange durchführt. Es ist noch kein Grund angegeben worden, warum man noch nicht auf unseren Vorschlag eingeht.

**Fischbeck:** Weitergehende Parlamentarisierung wäre wohl zu erreichen. Es handelt sich bloß um den Punkt Max von Baden.

**Erzberger:** Dann könnte man es doch nicht an dem Punkte Max scheitern lassen.

(Fischbeck sucht sich mit dem Herrn von Payer in Verbindung zu setzen.)

Man arbeitet weiter an den Vorschlägen zur Verteilung der Ämter.<sup>14)</sup>

**Erzberger:** Prinz Max muß sich zu unserem Programm bekennen.

<sup>10)</sup> Vgl. Payer S. 93.

<sup>12)</sup> Bezieht sich vermutlich auf die programmatische Rede vom 14. Dezember 1917 zur Eröffnung der ersten badischen Kammer; vgl. Schulthess 1917/I S. 1030 ff.; Prinz Max S. 169 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 738 Anm. 2.

<sup>14)</sup> Vgl. Haußmann S. 233: „Debatte über Ämterschaffung und -verteilung, an der ich mich nicht beteilige.“

(Ebert, Gröber und Fischbeck waren 1 ½ Stunden lang bei Payer.)<sup>15)</sup>

Weiter ging die Sache um 8 Uhr.

**Fischbeck:** Wir haben Payer vorgestellt, daß wir sehr bedauern, daß er ablehnt. Gebeten, uns die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Sache so eile. Die Gründe liegen in der politischen und militärischen Lage. Es kommt evtl. die Notwendigkeit zu sehr schnellem Handeln.<sup>16)</sup>

(Das bestätigt Ebert.)

[**Fischbeck**]: Es muß evtl. schnell gehandelt werden, um Schlimmeres zu verhüten. Wir sind dann die Frage der Staatssekretariate durchgegangen. Staatssekretariat der besetzten Gebiete ist zweifelhaftes Experiment, weil wir vielleicht bald nichts mehr von besetzten Gebieten haben. Das soll also fallengelassen werden. Dann hat er gegen die Staatssekretäre ohne Portefeuille gesprochen. Was sollen diese beiden Leute den ganzen Tag machen? Dann war er einverstanden mit der Schaffung des Staatssekretariats des Arbeitsamtes, Propaganda und Neubesetzung des Innern. Beim Auswärtigen Amt steht noch nicht fest, ob Hintze geht oder nicht; er selbst will gehen. Da würde parlamentarischer Unterstaatssekretär in Frage kommen. Auch in der Propaganda. Arbeitsamt 2 Unterstaatssekretäre. Reichswirtschaftsamt 1 Unterstaatssekretär.

Was den Reichskanzler anlangt, so muß er einen Unterstaatssekretär als Vertreter haben; daneben evtl. auch noch parlamentarischer Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei. Er glaubt, daß es schon außerordentlich schwer sei, dies alles durchzusetzen. Aber er will sich bemühen.

<sup>15)</sup> Darüber berichtet Payer in seinen Erinnerungen nicht. Wohl aber erwähnt er (S. 98 f.) eine Besprechung am Abend des 1. Oktober mit Prinz Max, Graf Roedern und v. Hintze — vorübergehend auch Major von dem Bussche — über die Regierungsbildung, über die „verhältnismäßig rasch ein Einverständnis erzielt“ worden sei. (Auch abgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 325). Dazu Prinz Max S. 337 f.

<sup>16)</sup> Vgl. Haußmann S. 233: „Fischbeck teilt mit, daß Payer aus äußeren und inneren Gründen abgelehnt hat. Unser Programm sei im wesentlichen angenommen.“

Dazu sollen kommen Veränderungen in Preußen. Was Staatssekretariat des Reichswirtschaftsamtes anlangt, so war ihm nicht bekannt, daß von Stein abgehen würde.<sup>17)18)</sup>

Zentrum:

O[hne]	} 1 St[aatssekretär]	
P[ortefeuille] (—)		} 2 U[nter-]St[aats-]S[ekretäre]
R[eichs-]Wirtsch[aftsamt]?		
Bes[etzte]G[ebiete]		
Presse		
Ausw[ärtiges Amt]		
R[eichs-]Sch[atz-]A[mt]		
R[eichs-]Arb[eitsamt]		

Fort[schr]ittliche V[olks-]P[artei]:  
 Vize[kanzler]  
 St[aatssekretär des] Inn[ern]

Presse  
 R[eichs-]Arb[eitsamt]

Sozi[aldemokratie]:

R[eichs-]Arb[eits-]Amt  
 R[eichs-]Wirtsch[aftsamt]

Ern[ährung]

Besetzung des R[eichs-]A[mts] des Innern.

Reichsarbeitsamt:  
 Sozialdem[okratie] und Zentrum.  
 Reichswirtschaftsamt.

Ebert: Wir wünschen den parl[amentari-  
 schen] Unterstaatssekretär der besetzten  
 Gebiete.

Zentrum:

1. St[aats-]S[ekretär] ohne Portefeuille.
2. Reichswirtschaftsamt.
3. Unterstaatssekretariat  
 Besetzte Gebiete
4. Presse
5. Unterstaatssekretär des  
 A[uswärtigen] A[mts].
6. Reichsschatzamt.

[Fort[schr]ittliche Volkspartei:]  
 Vize[kanzler].  
 Reichsamt des Innern.  
 Unterstaatssek[retär] im [Staatssekre-  
 tariat für die] besetzten Gebiete.

U[nter-]St[aats-]S[ekretär] Presse.  
 Unters[taats-]S[ekretär] d[es] Arbeits-  
 amts.

Sozi[aldemokratie]:  
 St[aats-]S[ekretär] ohne Portefeuille.  
 Reichsarbeitsamt.  
 U[nter-]St[aatssekretär] Reichswirt-  
 schaftsamts.  
 U[nter-]St[aatssekretär] Ernährung.  
 U[nter-]St[aatssekretär] Besetzte Gebiete.  
 U[nter-]St[aatssekretär] Reichs-  
 arbeitsamt.

<sup>17)</sup> Vgl. a.a.O.: „In unserer Fraktionssitzung war eine gewisse Unsicherheit. Die Ablehnung, die Payer an Fischbeck als Vorsitzenden des Interfraktionellen Ausschusses geschickt hatte, wurde verschieden beurteilt. Es trat nun die allseitige Ansicht hervor, den Prinzen Max nicht abzulehnen.“

<sup>18)</sup> Die folgende Liste, die das Ergebnis der Erörterungen über die Ämterverteilung festhält, deckt sich inhaltlich mit der von Erzberger wiedergegebenen Aufstellung; vgl. Nr. 6c.

Ausw[ärtiges] Amt

Unterst[aaats-]Sekr[etär] im A[uswärtigen  
Amt] zweiter.Zentrum:<sup>1)</sup> R[eichs-]Presse[amt] (St.) /  
Ausw[ärtiges] A[mt] (U.) / R[eichs-]  
Arb[beitsamt] (U.) / R[eichs-]Wirtsch[afts-  
amt] (St.) / R[eichs-] Schatz[amt] (U.)Fortschr[ittliche] V[olks-]P[artei]:  
Vize[kanzler] / Inn[eres] (St.) / Presse (U.) /  
Arb[eit] (U.)Soz[ialdemokratie]: Arb[eit] (St.) /  
Wirtsch[aft] (U.) / Ern[ährung] (U.) /  
Reichsk[anzlei] (U.)6c: Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag.<sup>1)</sup>

Da Abgeordneter **Fischbeck** weitere Erklärungen nicht geben konnte, so wurde beantragt, **Fischbeck**, **Ebert** und **Gröber** erneut zum Vizekanzler von Payer zu schicken und um Aufklärung über die Gesamtlage zu bitten. Die Unterredung der drei Herren mit dem Vizekanzler dauerte über eine Stunde.

Die Abgeordneten **Fischbeck**, **Ebert** und **Gröber** erklärten übereinstimmend, es sei bedauerlich, daß Herr von Payer abgelehnt habe, aber er habe den Herren klargelegt, daß wegen der politischen und militärischen Situation sofort eine Entscheidung getroffen werden müsse. Man möge sich mit dem Prinzen Max von Baden einverstanden erklären. Das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete scheide vollkommen aus, da man die besetzten Gebiete nicht mehr lange haben werde. Auch das Staatssekretariat ohne Portefeuille sei nicht erwünscht. Dagegen nehme die Regierung an das Reichsarbeitsamt, das Reichspresseamt und das Reichsamt des Innern. Staatssekretär von Hintze wolle gehen. — Die Parteien möchten sich aber jetzt bald entscheiden. Dem neuen Reichskanzler müsse man einen Unterstaatssekretär als Vertrauensperson freigegeben. Den anderen könnten die Parteien besetzen.

Abgeordneter **Scheidemann** äußerte die größten Bedenken dagegen, daß an die Spitze Prinz Max von Baden und kein Parlamentarier gestellt werde. Er müsse alles seiner Partei vorbehalten.

Unter dem Zwang der Verhältnisse einigten sich die Parteien nunmehr auf folgende Besetzung der Stellen:<sup>2)</sup>

Für das **Zentrum**: 2 Staatssekretariate (Reichspresseamt, Reichswirtschaftsamt);

3 Unterstaatssekretariate (Auswärtiges Amt, Reichsarbeitsamt, Reichsschatzamt).

<sup>1)</sup> Schließt im Or. unmittelbar an Nr. 4c an.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 6a, bes. Anm. 18.

Für die **Volkspartei**: 2 Staatssekretariate (Vizekanzler, Reichsamt des Innern);  
2 Unterstaatssekretariate (Reichspresseamt, Reichsarbeitsamt).

Für die **Sozialdemokratie**: 1 Staatssekretariat (Reichsarbeitsamt);

3 Unterstaatssekretariate (Reichswirtschaftsamt, Kriegsernährungsamt, Reichskanzlei).

Dabei wurde zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie vereinbart, daß eventuell das Zentrum das Unterstaatssekretariat in der Reichskanzlei nehmen könne und dafür dann das Unterstaatssekretariat in dem Auswärtigen Amt abtreten würde an die Sozialdemokratie.

Eine ernste Meinungsverschiedenheit herrschte zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Frage der Besetzung des Reichsarbeitsamts. Beide Parteien erhoben Anspruch auf die Stelle des Staatssekretärs. Das Zentrum mit dem Hinweis, daß es zuerst Sozialpolitik im Deutschen Reich getrieben habe, die Sozialdemokratie deswegen, weil sie die meisten Arbeiter hinter sich habe. Der Gegensatz schien unüberbrückbar. Der Abgeordnete **Erzberger** schlug vor, eine Sonderberatung der Zentrumsdelegierten zu halten und erklärte in dieser, so sehr er für den Anspruch des Zentrums eintrete, so müsse er doch sagen, daß man der Sozialdemokratie nicht recht zumuten könne, auf die Stelle des Staatssekretärs im Reichsarbeitsamt zu verzichten, zumal es die einzige Stelle sei, die der Sozialdemokratie noch verbleibe. Er empfehle, daß das Zentrum seinerseits ein Opfer bringe und sich mit dem Unterstaatssekretär begnüge. Dafür müsse dann das Zentrum das Reichswirtschaftsamt besetzen, zumal dieses der Gegenspieler gegen das unter sozialdemokratischer Leitung stehende Reichsarbeitsamt sein dürfte. Diesem Vorschlag stimmten sämtliche Zentrumsvertreter bei und so konnte Kompromiß zustande kommen.

Abgeordneter **Gröber** teilte dem Abgeordneten **Erzberger** abends auf dem Nachhausewege folgendes vertraulich mit:

Herr von Berg habe einen sehr schlechten Eindruck auf ihn gemacht.<sup>3)</sup> Auf seine Frage habe derselbe zugegeben, daß er den Prinzen Max von Baden nicht für die geeignete starke Persönlichkeit halte. Er würde viel lieber den General Gallwitz nehmen, aber ein General gehe im jetzigen Augenblick nicht. Dann habe Herr von Berg gefragt<sup>4)</sup>, ob das Zentrum auch den Abgeordneten **Erzberger** zum Eintritt in die Regierung vorschlage. Der Abgeordnete **Gröber** habe erklärt, ganz selbstverständlich. Herr von Berg habe erwidert, man möge das dem Kaiser nicht antun. Das sei eine Demütigung für den Kaiser. Der Abgeordnete **Gröber** habe darauf erwidert, er könne diese Auffassung nicht verstehen. Der Abgeordnete **Erzberger** habe während des ganzen Krieges mit den meisten Reichsämtern zusammengearbeitet und habe überall Anerkennung gefunden. Darauf habe Herr von Berg nichts mehr erwidert.

Der Abgeordnete **Gröber** glaubte, man solle doch General Gallwitz zum Reichskanzler nehmen, trotz aller Bedenken. Unter keinen Umständen dürfe aber **Porsch**<sup>5)</sup> in die Reichsregierung eintreten, da er ein reaktionärer Charakter sei.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 1a,b, bes. Anm. 28 ff.; Nr. 2a,b.

<sup>4)</sup> Vgl. bes. Nr. 2b.

<sup>5)</sup> S. Nr. 5 Anm. 4.

## 7.

## 1. 10. 1918: Staatssekretär von Hintze an Unterstaatssekretär von Radowitz

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2447/2; Maschinenschrift.<sup>1)</sup>

Nach diesseitiger Auffassung würde es für die Politik des Reiches nicht schädlich sein, wenn der Reichstag sua sponte eine Resolution annehmen würde, die sich etwa in den Bahnen des hierher übersandten Vorschlages der 3 Fraktionen<sup>2)</sup> bewegen würde. Da England und Frankreich keineswegs gesonnen sind, einem derartig weitgehenden Projekte ihre Zustimmung zu geben, würde durch den Antrag denjenigen Entente-Politikern, die jetzt die Völkerbundsvorschläge lediglich zu Propagandazwecken fördern, der Wind aus den Segeln genommen werden. Außerdem werden sie durch deutsches Propagieren der Wilsonschen Vorschläge in einen gewissen Gegensatz zu Amerika gebracht.

Es<sup>3)</sup> würde sich vielleicht empfehlen, die Eingabe dahin zu beantworten, daß seitens der Regierung keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Einbringung einer Resolution über die Gründung eines Völkerbundes im Reichstage bestehen, daß aber die in Aussicht genommene Formulierung einiger Abänderungen bedürftig erscheine, bezüglich deren der Herr Reichskanzler bitte, mit dem Auswärtigen Amte in Verbindung zu treten.<sup>4)</sup>

Hintze

<sup>1)</sup> Antwort auf ein Schreiben der Reichskanzlei vom 27. 9. (s. die folgende Anm.).

<sup>2)</sup> Bezieht sich auf die Resolution der Mehrheitsparteien über die Schaffung eines Völkerbundes (vgl. Quellen I/II S. 779 ff.), die — was a.a.O. S. 779 Nr. 255c zu Anm. 2 zu ergänzen ist — bereits am 26. 9. von Fischbeck dem Reichskanzler in der von uns dort als „Neudruck“ bezeichneten Fassung vom 25. 9. übersandt worden war; DZA Potsdam a.a.O. Am 27. 9. hatte die Reichskanzlei die Resolution an das Auswärtige Amt weitergeleitet (s. die vorige Anm.).

<sup>3)</sup> Der folgende Absatz ist durch einen handschriftl. Bleistiftstrich am linken Seitenrand hervorgehoben und mit einem handschriftl. „ja“ — vermutlich von Radowitz — versehen; DZA Potsdam a.a.O.

<sup>4)</sup> Ganz im Sinne dieses Vorschlags antwortete Radowitz am 3. 10. Fischbeck (vgl. Anm. 2); a.a.O.

## 8.

## 2. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „Berlin 2. Oktober 1918. I. A.“<sup>2)</sup>

**Fischbeck** referiert:<sup>3)</sup> Pr[inz] M[ax] sagte zu Stresemann, daß ihm daran liege, seinem Haus eine demokratische Fassade zu geben.<sup>4)</sup> Payer hatte recht, daß es auf Namen [ankomme].<sup>5)</sup> Er [Prinz Max] sagte, er wolle ein engeres [Kriegskabinet.] / Das Programm<sup>6)</sup> sei etwas lang. Darüber noch eine Besprechung. Dann sollen zwei von jeder Partei / keine sinngemäße Änderung. Aber in die Welt hinausgeworfen.<sup>7)</sup>

**Gröber:** Wir haben noch nicht beschlossen, werden aber voraussichtlich die [Kandidatur]<sup>8)</sup> des Prinzen Max unterstützen.<sup>9)</sup>

**Scheidemann:** Wir sind uns einig geworden<sup>10)</sup>, daß wir an der Person keinen Anstand nehmen. Programm: das allg[emeine] Wahlrecht Programm der Bundesstaaten. Art. 9 — nur die stimmführende[n Mitglieder des Bundesrats]<sup>11)</sup> / Die Herren<sup>12)</sup> waren durchaus entgegenkommend, namentlich der Prinz. Stein soll weg. Payer will nicht mehr gegen Staatssekretär ohne Portefeuille [oppo-

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 236; Scheidemann, Zusammenbruch S. 174 f.

<sup>2)</sup> Über den Zeitpunkt der Sitzung vgl. die folgende Anmerkung.

<sup>3)</sup> Nach dem Terminkalender des Prinzen Max (Nachlaß Prinz Max) war Fischbeck um 15 Uhr 20 vom Prinzen empfangen worden, im Anschluß an Stresemann (15 Uhr) und Graf Westarp (15 Uhr 10). Dazu vgl. Prinz Max S. 343; Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 13; Scheidemann, Memoiren II S. 199. Am Vormittag des 2. 10. hatten Ebert und Scheidemann mit Prinz Max verhandelt; vgl. SPD-Fraktion, 2. 10. 1918 (Nachmittagssitzung).

<sup>4)</sup> Vgl. Prinz Max a.a.O.: „Stresemann war betroffen durch meine Erklärung, daß ich ihn und seine Gesinnungsgenossen in der Opposition brauche, aber nicht in der Regierung.“ In Stresemanns Tagebuch ist diese Unterredung nicht festgehalten.

<sup>5)</sup> Im Or.: „hereinkomme.“

<sup>6)</sup> Der Mehrheitsparteien; vgl. Quellen I/II S. 779 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. Haußmann S. 236: „Ich ging in den Interfraktionellen Ausschuß, in welchem *Fischbeck* berichtete, er sei von Prinz Max empfangen worden. Er habe von ihm und seinem Programm einen nicht ungünstigen Eindruck.“

<sup>8)</sup> Im Or.: „Kandidaten“.

<sup>9)</sup> Vgl. demgegenüber a.a.O.: „*Gröber:* Unsere Fraktion hat noch nicht beraten, wir werden aber voraussichtlich die Kandidatur des Prinzen unterstützen.“

<sup>10)</sup> Am Vormittag in einer Sitzung des Fraktionsvorstands (9 Uhr) und der Fraktion (10 Uhr), wo es zu harten Auseinandersetzungen gekommen war; vgl. SPD-Fraktion, 2. 10. 1918; Nachlaß David, Kriegstagebuch, 2. 10. 1918; Scheidemann, Memoiren II S. 189 f.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 176; WUA 7/I S. 181 (David); Thier S. 238; Haußmann S. 235 f.; Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik. Hamburg 1947, S. 38; Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach 1947, S. 66 f.; Lütge S. 36 ff.

<sup>11)</sup> Vgl. den als Nr. 15 abgedruckten Gesetzentwurf des Reichsamts des Innern mit Begründung; s. auch Anm. 13.

<sup>12)</sup> Prinz Max und Payer. Payer war — wie aus Nr. 9 und Westarp a.a.O. hervorgeht — bei der Unterredung anwesend.

nieren]. Er [Prinz Max] mache es nur mit einer Mehrheit und nur, wenn Soz[ial-]Dem[okraten] dabei sind. Durchaus achtenswert.<sup>13)</sup>

**Gröber:** Art. 9<sup>11)</sup> abgeschlossen.<sup>14)</sup>

**Haußmann:** Art. 9 / Regierung gewann / Wahlrecht / „Stein ins Rollen gekommen“. Die neue Regierung als tatsächlich[, wenn auch] noch nicht formell [gebildet].<sup>15)</sup>

**Pachnicke:** Über das Wahlrecht.<sup>16)</sup> Aussicht, es durchzubringen. Aber „Sicherungen“ müssen vereinbart werden. Etatsrechtlich / Wahlkreiseinteilung.

**Ebert:** Man muß Abg[eordnete] vom Landtag zuziehen.<sup>17)</sup>

<sup>13)</sup> Vgl. Haußmann S. 236: „*Scheidemann:* Wir sind uns einig geworden, daß wir an der Person des Prinzen Max keinen Anstand nehmen. Wir haben verlangt, daß in das Programm wenigstens hineinkommt, daß das allgemeine Wahlrecht auch in allen Bundesstaaten ein Programm werden solle. Artikel 9 solle nur für die stimmführenden Bundesratsmitglieder, nicht aber für die Staatssekretäre gelten. Payer hat seinen Widerspruch gegen die Staatssekretäre ohne Portefeuille endlich aufgegeben. Der Prinz Max hat Ebert erklärt, er mache es nur mit der Mehrheit und nur, wenn die Sozialdemokraten dabei seien. Er ist auch als Person durchaus achtenswert.“

<sup>14)</sup> Vgl. a.a.O.: „*Gröber:* Wir treten der angeregten Änderung des Art. 9 bei.“

<sup>15)</sup> Vgl. a.a.O.: „*Haußmann:* Der Kriegsminister Stein muß ins Rollen kommen. Ich konstatiere, daß durch die heute abgegebenen Erklärungen der Mehrheitsparteien die neue Regierung heute tatsächlich, wenn auch noch nicht formell, gebildet ist.“

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 1a. b Anm. 31.

<sup>17)</sup> Vgl. Haußmann a.a.O.: „Man beschließt, mit den preußischen Landtagsabgeordneten über das rasche Zustandekommen der Wahlrechtsreform zu verhandeln.“

## 9.

### 2. 10. 1918: Abg. Stresemann an Vizekanzler von Payer

DZA Potsdam, Stellvertreter des Reichskanzlers 2620; eigenhändig.<sup>1)</sup>

Euer Exzellenz!

Unter Bezugnahme auf die Unterredung, die ich heute mit S. Hoheit dem Prinzen Max von Baden und Ew. Exzellenz hatte<sup>2)</sup>, darf ich den Inhalt wohl dahin zusammenfassen, daß es Sr. Hoheit und Ew. Exzellenz nicht wünschenswert erscheint, die nationalliberale Fraktion an der Neubildung der Regierung beteiligt zu sehen, weil dadurch der gewünschte demokratische Charakter der Reichsregierung beeinträchtigt würde. Ich habe der nationalliberalen Fraktion des Reichstages heute entsprechende Mitteilung gemacht und verharre

Ew. Exzellenz  
sehr ergebener  
Stresemann<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Eigenhändiges Konzept im Nachlaß Stresemann 194 (6910).

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 8 bes. Anm. 3, 4 und 12.

<sup>3)</sup> Dazu befindet sich in den Akten des Stellvertreters des Reichskanzlers a.a.O. folgende undatierte handschriftl. Notiz (nicht von der Hand Payers) ohne Unterschrift: „Die Darstellung Stresemanns ist nicht ganz richtig. Es wurde ihm ausdrücklich gesagt, daß die Regierung der Frage der Beteiligung der Nationalliberalen sofort [gestrichen: in ein paar Tagen] näherzutreten beabsichtigt, aber für den Augenblick darauf verzichten müsse.“

## 10.

## 2. 10. 1918: Stresemann an Fischbeck

Nachlaß Stresemann 194 (6910), eigenhändiges Konzept.

Lieber Fischbeck!

In der „Liberal[en] Correspondenz“, Eurem parteioff[iziellen] Organ, ist heute nach einer Meldung des „Berl[iner] Tageblattes“ der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Verbleiben der nationallib[eralen] Parlamentarier Dr. Friedberg, v. Krause und Schiffer in der Regierung bereits eine starke Vertretung der Nationall[ib]eralen erbebe; und dieses Verbleiben wird als eine Beteiligung der Nationallib[eralen] Partei an der Regierung angesehen. Ich möchte, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, darauf hinweisen, daß die Nation[allib]erale Reichstagsfraktion, der ich von dem Aufsatz der „Liberalen Correspondenz“ Kenntnis gegeben habe, auf dem Standpunkt steht, daß wir eine<sup>1)</sup> Beteiligung der Fraktion an der Bildung der neuen Regierung nur in der Aufnahme von Mitgliedern der Reichstagsfraktion in die Regierung erblicken könnten. Nachdem mir heute durch den Prinzen Max v. Baden und Vizekanzler v. Payer mitgeteilt wird<sup>2)</sup>, daß die Beteiligung der Fraktion an der Neubildung der Regierung mit Rücksicht auf den beabsichtigten demokratischen Charakter der Regierung nicht erwünscht erscheine, müssen wir die Auffassung der „Liberalen Correspondenz“ zurückweisen, als ob ein<sup>3)</sup> Verbleiben der genannten Herren in der Regierung als Vertretung und Beteiligung der Reichstagsfraktion angesehen werden kann.

Mit vielen Grüßen

<sup>1)</sup> Im Or. gestr.: „eventuelle“.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 8 und 9.

<sup>3)</sup> Im Or. gestr.: „eventuelles“.

## 11.

## 2. 10. 1918: Haußmann an einen unbekanntem Adressaten

Nachlaß Haußmann 29, Durchschlag, mit dem eigenhändigen Bleistiftvermerk: „Vor der Kabinettsbildung / Ablehnung Roederns u. Hintzes“.

Gehrtester,

Graf Roedern in den Vordergrund zu schicken, ist parlamentarisch deshalb ein großer Fehler, weil er sich bei allen Parteien durch sein vorgestriges lebhaftes Plädoyer gegen ein Mehrheitsministerium und für ein allgemeines Koalitionsministerium<sup>1)</sup> politisch exponiert und diskreditiert hat.

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 738 ff.

Herr v. Hintze ist Vertreter der bisherigen unglücklichen Auslandspolitik. — Der Vorteil einer neuen Richtung darf nicht verloren gehen, indem der neue Wein in die alten Schläuche gefüllt wird. Es sind bisher schon so viele Fehler und Verzögerungen gemacht worden, daß jeder neue die überlastete Situation aufs allerschwerste gefährdet.

Ergebenst  
C H

## 12.

### 2. 10. 1918: Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/18, Maschinenschrift.

Hochwohlgeborener Herr!

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

Ich habe heute früh nach seiner Ankunft<sup>1)</sup> den Reichskanzler Grafen Hertling besucht. Da er mir sagte, daß er selbst Seiner Majestät und Eurer Exzellenz die Gründe seines Rücktritts dargelegt hat<sup>2)</sup>, brauche ich das, was er mir hierüber mitgeteilt hat, nicht zu berichten.

Über die militärische Lage schien mir Graf Hertling nicht ganz im Bilde. Er äußerte, daß Feldmarschall von Hindenburg sich dahin ausgesprochen habe, er könne bis zum Winter die Westfront halten. Allerdings gab Graf Hertling zu, daß General Ludendorff schwarz sehe und darum auf Bildung der neuen Regierung dränge. Nach meinen Informationen ist die Stimmung im Großen Hauptquartier höchst pessimistisch. Man behauptet dort, daß man höchstens noch sechs Tage halten könne und dann die flandrische Küste räumen müsse. Diese Nachricht ist seit gestern in weitere Kreise gedrungen. Mit ihr glaube ich die telephonische Anfrage Eurer Exzellenz von vorgestern abend, ob hier eine wichtige Nachricht eingetroffen sei, in Zusammenhang bringen zu sollen.

Wer den Prinzen Max von Baden als Reichskanzler zuerst vorgeschlagen hat, konnte ich bisher nicht erfahren. Der Kaiser soll selbst Bedenken hegen, ob der Prinz der richtige Mann sei. Herr von Berg, den man für den Kandidaten verantwortlich machen will, scheint auch nicht den Vorschlag gemacht zu haben. So bleibt wohl die Oberste Heeresleitung dafür verantwortlich.<sup>3)</sup>

Gestern abend haben die Sozialdemokraten gegen die Person des Prinzen als Reichskanzler Bedenken erhoben; sie haben sich aber heute einverstanden er-

<sup>1)</sup> Aus dem Großen Hauptquartier.

<sup>2)</sup> Vgl. Hertlings Schreiben vom 1. 10. an Dandl; abgedruckt bei Hertling S. 185 ff.; Ursachen und Folgen II S. 349 f.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 1a. b Anm. 29.

klärt.<sup>4)</sup> Die Ämterverteilung geht heute munter weiter, ändert sich aber jede Stunde, so daß es keinen Zweck hat, darüber zu berichten. Soviel scheint festzustehen, daß in das Reichsamt des Innern ein Sozialdemokrat einzieht, daß die Partei aber das Arbeitsamt, das sie anfänglich in Anspruch nahm, nicht erhalten wird, weil die bürgerlichen Parteien in die mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängenden Ämter keinen Sozialisten als obersten Leiter hereinlassen wollen. Vermutlich wird das Zentrum das Amt besetzen. Es ist dafür der Abgeordnete Mayer (Kaufbeuren) ausersehen. Dieser hat sich aber noch Bedenkzeit ausgebeten.

Gestern abend kam die Feststellung des Programms und die Ämterverteilung noch nicht zustande. Heute 5 Uhr verhandeln die Parteiführer mit Herrn von Payer weiter. An der Versammlung nimmt auch Feldmarschall von Hindenburg teil.<sup>5)</sup> Nachher finden dann wieder Fraktionssitzungen statt. Heute abend, spätestens morgen mittag wird wohl die Regierung zustande gekommen sein.

Ich habe unter diesen Umständen Eurer Exzellenz telephonierte, daß ich Ihre Anwesenheit für erwünscht halte. Meines Erachtens scheint es mir geboten, daß die leitenden Minister der Bundesstaaten hier zusammentreten, um sofort in Fühlung mit dem neuen Kanzler zu treten, und sein Programm hören und mit ihm erörtern.

Genehmigen Eure Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Eurer Exzellenz  
ganz gehorsamer  
Graf Lerchenfeld

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 8 Anm. 10.

<sup>5)</sup> Hindenburg war am Mittag des 2. 10. in Berlin eingetroffen und nahm an einer nach 15 Uhr beginnenden Besprechung mit Prinz Max, Payer, Hintze, Roedern und Berg teil, ebenfalls an dem um 18 Uhr angesetzten Kronrat; vgl. Prinz Max S. 345 f.; Payer S. 106 ff.; Hausmann S. 236; WUA 2 S. 296 f., 377 (Haeften). Auf die Nachmittagssitzung vom 2. 10. bezieht sich auch Ludendorffs Bemerkung (Kriegserinnerungen S. 589) über Hindenburgs Teilnahme und nicht auf die Besprechung des Reichskanzlers mit den Staatssekretären am 3. 10. (s. Nr. 19), in der Hindenburg nicht anwesend war, in der aber sein Schreiben vom gleichen Tage an den Prinzen Max verlesen wurde; vgl. Amtliche Urkunden S. 73.

## 13.

### 2. 10. 1918: Aufzeichnung Erzbergers

Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „2. Oktober 1918.“

In einer Unterredung mit Herrn Gesandten von Bergen teilte ich diesem mit, was Kabinettschef von Berg gestern dem Abgeordneten Gröber über die Stellungnahme des Kaisers gegenüber der Person des Abgeordneten Erzberger gesagt hat.<sup>2)</sup> Herr von Bergen erklärte, sofort Erkundigungen einziehen zu wollen.

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 311; Epstein S. 262.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 6c.

Nachmittags um 2 Uhr suchten mich im Reichstag Herr Gesandter von Bergen, Gesandter von Rosenberg und Geheimrat Riezler auf. Die Herren teilten mir im Auftrag des Auswärtigen Amtes mit, sie hätten sich sofort mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung gesetzt, und die Oberste Heeresleitung habe auf das bestimmteste erklärt, daß sie das Auftreten des Kabinettschefs auf das schroffste mißbillige und daß sie seine Auffassung nicht nur nicht habe, sondern<sup>3)</sup> mich dringendst bitten lasse, in das Kabinett einzutreten. Ich müßte dieses Opfer dem Vaterlande bringen. Die Oberste Heeresleitung habe Herrn von Berg in schroffstem Tone Vorhaltungen gemacht. Gleichzeitig habe das Auswärtige Amt durch den dem Kaiser beigegebenen Wirklichen Legationsrat<sup>4)</sup> auch dorthin über das Auftreten des Herrn von Berg berichtet. Der Kaiser sei über dieses Auftreten seines Kabinettschefs sehr empört und überrascht gewesen und habe dem Auswärtigen Amt durch Lersner mitgeteilt, man möchte mir sagen, daß das Auftreten des Herrn von Berg sehr eigenmächtig gewesen sei. Seine Majestät lasse vielmehr den Abgeordneten Erzberger bitten, unter allen Umständen in das neue Kabinett einzutreten.<sup>5)</sup>

Damit hielt ich den Zwischenfall vorerst für erledigt. Die im Laufe des Tages stattfindenden Besprechungen mit dem Prinzen Max schufen vollkommene Übereinstimmung. Prinz Max hat das Programm der Mehrheitsparteien angenommen<sup>6)</sup> und erklärte, ein Mehrheitskabinett zu bilden. Es sollen jedoch nicht Parlamentarier als Unterstaatssekretäre ernannt werden, sondern zu Staatssekretären ohne Portefeuille, ein Plan, der am ersten Tage bereits von den Mehrheitsparteien aufgenommen worden war und den dann Graf Roedern und Herr von Berg wieder zu beseitigen suchten. So stellte sich immer mehr heraus, daß Graf Roedern und Kabinettschef von Berg vereint das Wort des Kaisers von der Parlamentarisierung<sup>7)</sup> im weitesten Umfang zu vereiteln suchten.

Die Zentrumsfraktion<sup>8)</sup> erklärte sich einstimmig für den Eintritt der Abgeordneten Erzberger, Mayer-Kaufbeuren und Trimborn in das neue Kabinett.<sup>9)</sup>

<sup>3)</sup> Der Rest des Satzes im Or. durch einen handschriftlichen Strich am linken Seitenrand hervorgehoben.

<sup>4)</sup> Kurt Frhr. von Lersner.

<sup>5)</sup> Vgl. demgegenüber den von Payer S. 108 wohl richtig wiedergegebenen Eindruck des Kaisers (aus dem Kronrat am Abend des 2. 10.), den der Gedanke, Erzberger zum Staatssekretär bestellen zu sollen, „sichtlich unangenehm“ berührt habe. Dazu Prinz Max S. 343: „Payer hielt Erzberger für unvermeidlich.“

<sup>6)</sup> Vgl. Schulthess 1918/I S. 319; Lütge S. 43.

<sup>7)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 738 (Anm. 2).

<sup>8)</sup> Vgl. „Vossische Zeitung“, 2. 10. 1918, Abendausgabe: „Auch die Zentrumsfraktion war während der Vormittagsstunden versammelt.“

<sup>9)</sup> Nach Schulthess 1918/I S. 318 wurde in der Fraktionssitzung bei der Beratung des Programms der Mehrheitsparteien im Namen eines Teils der Fraktion („rechter Flügel unter Leitung Gröbers“) folgende Erklärung abgegeben: „1. Niemand von uns kann sich dem außerordentlichen Ernst der Lage und der Notwendigkeit, ihr gewisse Opfer zu bringen, verschließen. Der gegenwärtige Augenblick verbietet es, zu den einzelnen Punkten des vorgelesenen Programms kritisch Stellung zu nehmen, doch soll das Schweigen keine Billigung aller Punkte bedeuten. 2. Wir bedauern die Ausschaltung der rechtsstehenden Parteien, welche außenpolitisch wie innenpolitisch bedenklich ist, da sie die dringend nötige Einheit der inneren Front nicht nur nicht herstellt, sondern anscheinend mit Vorbedacht durchbricht

und dem Prinzip der nationalen Verteidigung widerspricht. 3. Andererseits lassen die Verhandlungen sowie die enge, dauernde Verbrüderung mit der Sozialdemokratie und die weitgehende Unterwerfung unter ihre erfahrungsgemäß stets wachsenden Forderungen Ansehen und programmatische Ziele unserer Partei als gefährdet erscheinen.“ Lütge S. 42 spricht unter Bezug auf Zeitungsnotizen vom 19./20. 10. 1918 von einer kleinen Gruppe von 8 Abgeordneten des rechten Zentrumsflügels, die unter Führung des Frhr. von Franckenstein innerhalb der Fraktion „gegen den Linkskurs“ Erzbergers erfolglos opponiert hätten. Vgl. auch Quellen I/II S. 796.

## 14.

## 2. 10. 1918: Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Heinrichs

Nachlaß Heinrichs 30, eigenhändig. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige]“.

1. Der Reichskanzler Graf Hertling sagte mir heute: Hindenburg sehe die Lage ruhiger an als Ludendorff.<sup>1)</sup> Ein Zurückdrängen der deutschen Front bis auf deutsches Gebiet halte er für ausgeschlossen. Der Major v. d. Bussche, der Exz. Graf Roedern auf der Rückreise von Spa hierher begleitete<sup>2)</sup>, sagte mir, daß er seinerseits hiervon nicht gesprochen habe.<sup>3)</sup>

2. Vize-Admiral v. Mann (St[aats-]S[ekretär] des R[eichs-]M[arine-]A[mts]) sagte mir, daß Exz. Scheer<sup>4)</sup> (Seekriegsleitung) gegen die Aktion in Washington<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 12.

<sup>2)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 739 (Anm. 3).

<sup>3)</sup> Heinrichs bezieht sich auf den Vortrag des Majors Erich Frhr. von dem Bussche-Ippenburg im Reichstagsgebäude (in den Räumen des Bundesrats) am Vormittag des 2. 10. (9 Uhr) vor den Fraktionsvorsitzenden, die Payer — der bereits am Vorabend von Bussche informiert worden war — eingeladen hatte, um sie durch einen Vertreter der OHL über den ganzen Ernst der militärischen Lage unterrichten zu lassen. Nachdem Payer einleitend den versammelten Parteiführern Gröber, Stresemann, Graf Westarp, von Camp, Seyda, Fischbeck, Ebert und Haase Kenntnis von den Forderungen der OHL nach sofortigem Abschluß eines Waffenstillstands „und von dem ungefähren Inhalt der beabsichtigten Note“ Kenntnis gegeben hatte (Payer S. 103), hielt von dem Bussche seinen Lagebericht (Wortlaut in Urkunden der OHL S. 535 ff.; Amtliche Urkunden S. 66 ff.; wiederabgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 327 ff.), der in schonungsloser Deutlichkeit die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos bezeichnete. Der „niederschmetternde Eindruck“ seines Vortrags (so Erzberger S. 321) auf die Abgeordneten (vor allem wohl Ebert und Stresemann), die „ganz gebrochen“ (Prinz Max S. 342; ähnlich Scheidemann, Zusammenbruch S. 176: „Ebert war geradezu gebrochen“) und in „großer Bestürzung“ (Payer S. 104) waren, ist übereinstimmend überliefert. Vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 2. 10. 1918: „10 Uhr Fraktion. Ebert Weinanfall.“ Ferner Erzberger S. 321 f.; Payer S. 102 ff.; Westarp II S. 645; Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 10 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 189; WUA 2 S. 294 ff., 365 f. (Ludendorff), 376 (Haefthen); WUA 4 S. 84, 87 (Stresemann), 411 ff. (Westarp); WUA 7/II S. 306, 311 (Stresemann); Bredt S. 287 f.; Prinz Max S. 342 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 585 ff.; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. I. Stuttgart 1917, S. 451, 456; Schiffer S. 73; Oberst Bauer S. 240; Lütge S. 65, 67 f.

<sup>4)</sup> Seit 31. 7. 1918 Chef des Admiralstabs der Marine.

<sup>5)</sup> Bezieht sich auf die Absendung des am 1. 10. beschlossenen Friedens- und Waffenstillstandsangebots an Präsident Wilson (vgl. Hintzes Telegramm vom 1. 10. an Botschafter Graf Wedel in Wien, Amtliche Urkunden S. 55, 66; dazu Payer S. 98 f.; Prinz Max S. 337 f.; WUA 2 S. 375 [Haefthen]), das in der Nacht vom 3./4. 10. abging (s. Nr. 19 Anm. 13).

sei. Dieses wiederholte er in Gegenwart von Exz. v. Payer, v. Hintze und Graf Roedern. Darauf erklärte Exz. v. Payer, es sei nötig, die jetzige Meinung des Kaisers festzustellen.

3. Der Herr Reichskanzler Graf Hertling hielt es für zweckmäßig und für gegeben, daß Verhandlungen über etwaige Änderungen in der Zusammensetzung des Staatsministeriums bis nach Ernennung des neuen Ministerpräsidenten hinausgeschoben werden.

H[ein]r[ichs]

(Inzwischen hat mit Prinz Max v[on] B[aden] eine Verhandlung stattgefunden, bei der auch Hind[enburg] zugezogen war.<sup>6)</sup> Ich habe [einem] der beteiligten Herren für diese Besprechung, bei der die ganze Aktion<sup>6)</sup> nochmals durchberaten werden sollte, meine persönliche Meinung dahin präzisiert, daß der Vorbehalt: „unter Wahrung deutscher Gebietsinteressen“ für die östliche Frage gemacht werden müsse.)

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 12 Anm. 5.

## 15.

### 3. 10. 1918: Schreiben des Reichsamts des Innern an den Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums mit anliegendem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers nebst Begründung

Pol. Archiv, Pol. Abt. Deutschland Nr. 83 Bd. 13, maschinenschriftl. Abschrift. Vom Reichsamt des Innern „An sämtliche Herren Staatsminister“ übersandt.

Sofort!

Eurer Exzellenz beehre ich mich den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 mit dem Ersuchen zu übersenden, mit größtmöglicher Beschleunigung die Beschlußfassung des Staatsministeriums gefälligst herbeiführen zu wollen.

Falls mir bis Sonnabend, den 5. Oktober 1918, vormittags 10 Uhr, keine andere Nachricht zugeht, darf ich im Hinblick auf die außerordentliche Eilbedürftigkeit der Angelegenheit annehmen, daß das Staatsministerium mit der Vorlegung des Gesetzentwurfs beim Bundesrat<sup>1)</sup> einverstanden ist.

Abschrift habe ich sämtlichen Herren Staatsministern zugehen lassen.

Im Auftrage  
gez. Lewald

<sup>1)</sup> Die Vorlage ging am 5. 10. an den Bundesrat (Drucksachen des Bundesrats Nr. 203), der ihr in 1. und 2. Lesung am 8. 10. zustimmte; vgl. Protokolle des Bundesrats S. 1435; Schulthess 1918/I S. 334 und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 11. 10. 1918, Abendausgabe. Für die Veränderungen, die der Entwurf in der Zwischenzeit erfahren hatte, vgl. Nr. 17. Die vom Bundesrat beschlossene Vorlage wurde dem Reichstag am 10. 10. zugeleitet; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3127 ff. (Drucksache Nr. 1936).

Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878.

Vom . . .

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

### § 1

Der Artikel 9 der Reichsverfassung erhält folgenden Absatz 2:

Die Stellvertreter des Reichskanzlers müssen im Reichstag auf Verlangen jederzeit gehört werden, auch wenn sie nicht Mitglieder des Bundesrats sind.<sup>2)</sup>

### § 2<sup>3)</sup>

Der Artikel 21 Abs. 2 der Reichsverfassung<sup>3a)</sup> wird aufgehoben.

### § 3<sup>4)</sup>

Im Gesetz, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Reichs-Gesetzbl. S. 7) werden im § 1 die Worte „nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen“<sup>5)</sup> und im § 2<sup>6)</sup> der 2. Satz<sup>7)</sup> gestrichen.<sup>8)</sup>

### § 4

Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich

Gegeben

<sup>1)</sup> Vgl. Anm. 16 sowie Nr. 8 (bes. auch Anm. 11 und 13). In der vom Bundesrat beschlossenen Vorlage (s. Anm. 1) war eine Änderung des Art. 9 nicht mehr vorgesehen; vgl. auch Nr. 17. Graf Lerchenfeld hatte bereits am 1. 10. aus Berlin berichtet, daß eine Änderung dieses Artikels nicht zu erwarten sei; vgl. Nr. 5.

<sup>2)</sup> Gleichlautend mit § 1 der vom Bundesrat beschlossenen Vorlage (s. Anm. 1); vgl. auch Nr. 17.

<sup>3a)</sup> Wortlaut s. Nr. 5 Anm. 3.

<sup>4)</sup> Entspricht dem § 2 der vom Bundesrat beschlossenen Vorlage (s. Anm. 1), die jedoch, da die in § 1 des vorliegenden Entwurfs vorgesehene Änderung des Art. 9 unterblieb, einen Zusatz erhielt, der das Stellvertretergesetz im gleichen Sinne ergänzte; vgl. Anm. 8, 16 und 17.

<sup>5)</sup> Bisheriger Wortlaut des § 1 des Stellvertretergesetzes: „Die zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers erforderliche Gegenzeichnung des Reichskanzlers, sowie die sonstigen demselben durch die Verfassung und die Gesetze des Reiches übertragenen Obliegenheiten können nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers in Fällen der Behinderung desselben ernennt.“

<sup>6)</sup> Der verbleibende erste Satz des § 2 lautet: „Es kann ein Stellvertreter allgemein für den gesamten Umfang der Geschäfte und Obliegenheiten des Reichskanzlers ernannt werden.“

<sup>7)</sup> „Auch können für diejenigen einzelnen Amtszweige, welche sich in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reiches befinden, die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung desselben im ganzen Umfang oder in einzelnen Teilen ihres Geschäftskreises beauftragt werden.“

<sup>8)</sup> In der vom Bundesrat beschlossenen Vorlage (s. Anm. 1) folgendermaßen ergänzt: „[. . .] gestrichen, ferner im § 1 [s. Anm. 5] folgender Absatz 2 angefügt:

Die Stellvertreter des Reichskanzlers müssen im Reichstag auf Verlangen jederzeit gehört werden.“

Begründung.<sup>9)</sup>

Seine Majestät der Kaiser hat durch Erlaß vom 30. September 1918 seinen Willen dahin kundgetan, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet und daher Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen.

Die Kaiserliche Botschaft sieht damit eine engere Verbindung zwischen Reichsleitung und Reichstag vor, die nur hergestellt werden kann, wenn Mitglieder des Reichstags zugleich der Reichsleitung angehören.<sup>10)</sup> Daher wird Artikel 21 Abs. 2 der Reichsverfassung geändert werden müssen, wonach Mitglieder des Reichstags ihren Sitz verlieren, wenn sie ein Reichsamt annehmen. [Diese Vorschrift<sup>11)</sup> ist als Schutz gedacht gegen einen etwaigen Mißbrauch der Ämterhoheit zum Nachteil für die Unabhängigkeit der Volksvertretung. Der Gedanke entstammt einer vergangenen Zeit, hat schon bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht einhelligen Beifall gefunden und wird jetzt vielfach als veraltet und überflüssig angesehen.<sup>12)</sup> Den Absichten der Kaiserlichen Botschaft würde allerdings Genüge geschehen, wenn die Bestimmung bestehen bliebe und lediglich eine Ausnahme für den Eintritt von Reichstagsmitgliedern in die Reichsleitung gemacht würde.<sup>13)</sup> Es empfiehlt sich aber die gänzliche Aufhebung der Vorschrift, weil sie im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen vom 24. August 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1079) insofern zu unerwünschten Ergebnissen führt, als die in Verhältniswahlkreisen gewählten Mitglieder des Reichstags, die durch die Annahme eines Reichs- oder Staatsamts ihren Sitz im Reichstag verlieren, nicht die Möglichkeit haben, ihn in ihrem bisherigen Wahlkreis wiederzuerlangen, da nach § 15 des angeführten Gesetzes beim Ausscheiden eines in einem Verhältniswahlkreise gewählten Abgeordneten der nächstberechtigte Bewerber ohne Ersatzwahl an seine Stelle tritt.<sup>14)</sup>

Die verantwortlichen Mitglieder der Reichsleitung sind bisher stets Mitglieder des Bundesrats gewesen. Das entspricht bezüglich des Reichskanzlers dem Arti-

<sup>9)</sup> Entspricht bis auf die in Anm. 11, 12, 14 und 17 nachgewiesenen Abweichungen der Begründung zu der am 8. 10. vom Bundesrat beschlossenen Vorlage, die dem Reichstag am 10. 10. zuzuging (s. Anm. 1).

<sup>10)</sup> Für den Gedankengang der Begründung vgl. die Denkschriften Lewalds vom 28./29. 9. 1918 (Quellen I/II S. 731 ff.), dessen Vorschläge, wie es in seinem a.a.O. S. 731 abgedruckten Brief an Radowitz heißt, bei Payer und Drews Anklang gefunden hatten. Vgl. ferner den in Quellen I/I S. 616 f. abgedruckten Brief Anschütz' vom 18. 11. 1917 an Haußmann und sein a.a.O. zitiertes Gutachten, in dem sich die schließlich getroffene Lösung bereits in den Grundlinien abzeichnet.

<sup>11)</sup> So in Anlagen zu den Sten. Berichten a.a.O.; im Or. statt dessen: „Sie“ (ohne Bezug auf ein entsprechendes Substantiv).

<sup>12)</sup> Anlagen zu den Sten. Berichten a.a.O. statt dessen: „Der Gedanke, der einer vergangenen Zeit entstammt, wird jetzt vielfach als veraltet und überflüssig angesehen.“

<sup>13)</sup> In diesem Sinne der Vorschlag Lewalds vom 29. 9. 1918 (Quellen I/II S. 735; vgl. auch oben Anm. 10): „Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung erhält folgenden zweiten Satz: Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn ein Mitglied des Reichstags Stellvertreter des Reichskanzlers wird.“

<sup>14)</sup> Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten a.a.O., wo die Reihenfolge der nächsten Absätze so vertauscht ist, daß der in der Druckvorlage unmittelbar anschließende Absatz an den Schluß der Begründung tritt.

kel 15 der Reichsverfassung<sup>15)</sup>, bezüglich seiner Stellvertreter einer ständigen Übung, die schon um deswillen nötig war, weil die Stellvertreter des Reichskanzlers nach Artikel 9 Satz 1 der Reichsverfassung nur in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Bundesrats jederzeit im Reichstag das Wort ergreifen dürfen. Dieser Übung steht bezüglich der Stellvertreter des Reichskanzlers, die in Zukunft Mitglieder des Reichstags sein werden, der 2. Satz der eben erwähnten Verfassungsvorschrift entgegen, wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein kann. Eine Aufhebung dieser Bestimmung kommt nicht in Frage, weil dadurch ein für den Aufbau des Reichs wesentlicher Grundsatz in Artikel 5 der Reichsverfassung verwischt werden würde, wonach Bundesrat und Reichstag sich als die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs unabhängig voneinander und gleichberechtigt gegenüberstehen. Mithin wird durch einen Zusatz zu Artikel 9, wie ihn § 1 des Entwurfs vorsieht<sup>16)</sup>, Vorsorge zu treffen sein, daß die Stellvertreter des Reichskanzlers jederzeit das Wort ergreifen dürfen, auch wenn sie nicht Mitglieder des Bundesrats sind.<sup>17)</sup>

Nach § 2 Satz 2<sup>7)</sup> des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 können außer dem allgemeinen Stellvertreter nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden für den Umfang ihres Geschäftskreises zu Stellvertretern des Reichskanzlers ernannt werden. Die Zahl der obersten Reichsbehörden ist eine beschränkte. Daher wird der gesetzliche Rahmen für die Stellvertretung des Reichskanzlers zu erweitern sein, damit die Möglichkeit geschaffen wird, Stellvertreter des Reichskanzlers zu bestellen, die nicht Vorstände einer obersten Reichsbehörde sind. Die einschränkende Bestimmung in § 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes, die hiernach aufzuheben sein wird<sup>18)</sup>, ist geschaffen worden, als sich die Ämterorganisation des Reichs noch in ihren Anfängen befand,

<sup>15)</sup> „Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist. Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrates vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.“ — Durch Reichsgesetz vom 28. 10. 1918 wurde eine Ergänzung des Art. 15 vorgenommen, durch die die parlamentarische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter in der Verfassung verankert wurde.

<sup>16)</sup> Entsprechend auch schon der Vorschlag Lewalds vom 29. 9. 1918 (Quellen I/II S. 735; vgl. auch oben Anm. 10): „Artikel 9 der Reichsverfassung erhält folgenden Absatz 2: Die Stellvertreter des Reichskanzlers haben das Recht, im Reichstage zu erscheinen und daselbst auf Verlangen gehört zu werden, auch wenn sie nicht Mitglieder des Bundesrats sind.“ Auf diesen Vorschlag, den der vorstehend abgedruckte, ebenfalls von Lewald herrührende Gesetzentwurf des Reichsamts des Innern vom 3. 10. in nur redaktionell veränderter Form übernimmt, bezieht sich auch der erste Entwurf der Regierungserklärung des Prinzen Max von Baden, in dem von einem Gesetzentwurf die Rede ist, „der den Artikel 9 zweckentsprechend einschränkt und den Artikel 21 [gemeint: Abs. 2] aufhebt“; Prinz Max S. 366. A.a.O. S. 358 f. deutet dagegen bereits auf die abgeänderte Vorlage hin (in die statt einer Ergänzung des Art. 9 eine entsprechende Erweiterung des Stellvertretergesetzes — s. oben Anm. 8 — aufgenommen wurde), so daß kein klares Bild der Genesis der Verfassungsänderung entsteht.

<sup>17)</sup> Anlagen zu den Sten. Berichten a.a.O. statt dessen: „Mithin wird durch einen Zusatz zum Stellvertretungsgesetz, wie ihn § 2 des Entwurfs [s. oben Anm. 4 und 8] vorsieht, Vorsorge zu treffen sein, daß die Stellvertreter des Reichskanzlers jederzeit das Wort ergreifen dürfen, auch wenn sie nicht Mitglieder des Bundesrates sind.“

<sup>18)</sup> In der Denkschrift Lewalds vom 29. 9. 1918 (Quellen I/II S. 735; vgl. auch oben Anm. 10), in der ebenfalls bereits die Aufhebung empfohlen wurde, hatte es u. a. geheißen, daß der Satz 2 (s. Anm. 7) nur durch die in ihm enthaltenen Beschränkungen Bedeutung habe, während § 1 des Gesetzes (s. Anm. 5) in ausreichendem Maße eine „Rechtsgrundlage für Staatssekretäre mit oder ohne Portefeuille“ biete.

und ist für die bisherige Entwicklung richtunggebend gewesen. Sie wird jetzt entbehrt werden können; denn wie bisher, werden auch in Zukunft Ämter für Stellvertreter des Reichskanzlers nur auf Grund des Reichshaushalts, also unter Mitwirkung von Bundesrat und Reichstag, geschaffen werden können und die Vertretungsbefugnisse der verschiedenen vom Kaiser zu ernennenden Stellvertreter werden, soweit hierfür nicht der Reichshaushaltsplan maßgebend ist, durch Anordnungen des Kaisers oder Reichskanzlers gegeneinander abzugrenzen sein.

Mit der Streichung des § 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes verlieren im § 1 dieses Gesetzes<sup>5)</sup> die Worte „nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen“ ihre Bedeutung und sind daher zu streichen.

## 16.

### 3. 10. 1918: Aufzeichnung Erzbergers

Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag. Überschrift: „3. Oktober 1918.“

Heute nachmittag verbreitete sich im Reichstag das Gerücht, daß die Note an Wilson<sup>1)</sup> bereits abgegangen sei, vor der Bildung der neuen Regierung. Ich begab mich ins Auswärtige Amt und sprach mit dem Vortragenden Rat von Haniel<sup>2)</sup> die Sache durch. Dieser erklärte auf das bestimmteste, daß diese Behauptung unzutreffend sei und daß die Note der neuen Regierung vorgelegt werde. Dabei zeigte er mir den Entwurf. Im einleitenden ersten Satz wurde Wilson gebeten, sofort Friedensverhandlungen mit den Delegierten aller kriegführenden Völker aufnehmen zu wollen. Der zweite Satz lautete ungefähr, daß die 14 Punkte Wilsons vom Februar 1918<sup>3)</sup> und die späteren Programme<sup>4)</sup> „der Ausgangspunkt“ der Verhandlungen sein sollten. Herr von Haniel zeigte mir eine Depesche von Ludendorff vom 1. Oktober, in welcher dieser sagte, daß es nochmals gelungen sei, den feindlichen Angriff abzuschlagen, aber er müsse ebenso bestimmt sagen, daß höchstens noch 48 Stunden der Durchbruch vereitelt werden könne.<sup>5)</sup> Dann sei die Katastrophe da. Da er kein Hasardspieler sei, so verlange er sofortige Absendung der Note.

Ich erklärte, daß der Satz „Ausgangspunkt von Verhandlungen“ vollständig ungenügend sei und von Amerika mit Hohn und Spott zurückgewiesen werde. Es bleibe nichts anderes übrig, als im jetzigen Augenblick zu sagen, daß wir die 14 Punkte annehmen. Herr von Haniel erklärte, daß er dieselbe Auffassung habe, aber Herr von Payer<sup>6)</sup> habe diesen Ausdruck gewählt.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 14 Anm. 5.

<sup>2)</sup> Edgar Karl Alfons Haniel von Haimhausen.

<sup>3)</sup> Muß heißen: vom 8. 1. 1918; vgl. Schulthess 1918/II S. 556 ff.

<sup>4)</sup> So Wilsons Kongreßrede vom 11. 2. 1918 (a.a.O. S. 563 ff.), seine Ansprache vom 4. 7. („4 Punkte“; a.a.O. S. 579 ff.) und seine Völkerbundsrede vom 27. 9. (a.a.O. S. 588 ff.). Dazu Payer S. 111.

<sup>5)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 65.

<sup>6)</sup> Vgl. Payer a.a.O.

In einer zweiten Konferenz, die abends um 7 Uhr stattfand, wurde mir mitgeteilt, daß der Ausdruck „Ausgangspunkt von Verhandlungen“ umgeändert worden sei in „Programm der Verhandlungen“. Ich erklärte, daß auch das ungenügend sei.<sup>7)</sup> Es müsse mindestens heißen „das bindende Programm“. Dem Abgeordneten Gröber teilte ich dann mit, daß ich ihn bitte, seine Zustimmung zur Note nicht zu geben, sondern die Note lieber in Berlin zu lassen, da ein Mißerfolg sicher sei.<sup>8)</sup>

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 18 (Schlußabschnitt).

<sup>8)</sup> Gröber folgte Erzbergers Anregung; vgl. Nr. 19.

## 17.

### 3. 10. 1918: Bericht des bayerischen Ministerialdirektors Ritter von Wolf über eine Besprechung des Vizekanzlers von Payer mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/18, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Niederschrift über die am 3. Oktober 1918 nachmittags 6 Uhr im Reichsamt des Innern abgehaltene Besprechung des Stellvertreters des Reichskanzlers mit den stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat wegen der politischen und militärischen Lage.“<sup>2)</sup>

Stellvertreter des Reichskanzlers von Payer: Es laufen zwei Aktionen, die in-einander verwickelt sind, nebeneinander her. Die eine ist der diplomatische Schritt<sup>3)</sup>, den wir mit Rücksicht auf die Kriegs- und politische Lage unternehmen müssen, die andere die Bildung einer neuen Regierung, die als erste Handlung diesen diplomatischen Schritt vorzunehmen hat. Die Herren wissen, daß als Reichskanzler Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max von Baden in Aussicht genommen wurde. Seine Ernennung ist bereits unterzeichnet.<sup>4)</sup> Es

<sup>1)</sup> Im Nachlaß Prinz Max befindet sich die maschinenschriftl. Abschrift eines etwas kürzeren Berichts über diese Sitzung aus der Feder des braunschweigischen Bevollmächtigten Boden, der weithin, auch in den Formulierungen, mit Wolfs Niederschrift übereinstimmt. Einige charakteristische Abweichungen sind in den folgenden Anmerkungen nachgewiesen. Aus einem Bericht des badischen Gesandten in Berlin, Nieser, vom 3. 10. (Badisches Generalandesarchiv Karlsruhe 49, Conv. 28, Fasz. 88) geht hervor, daß ursprünglich Prinz Max zu den Bundesratsbevollmächtigten sprechen wollte; diese Absicht habe „auf morgen oder übermorgen“ verschoben werden müssen, „weil einige mit der Bildung der neuen Regierung und dem Regierungsprogramm zusammenhängende Fragen noch einer abschließenden Erörterung bedurften.“ Der badische Gesandte fuhr fort: „Da somit auch eine mit der beabsichtigt gewesen Begrüßung verbundene Information des Bundesrats über die Lage heute unterblieb, während den Parteiführern wieder eine solche gegeben worden war, beschloss nach der Bundesratssitzung die stimmführenden Bevollmächtigten, den Herrn Vizekanzler durch Graf Lerchenfeld bitten zu lassen, daß ihnen noch heute die dringend erwünschte und gebotene Information über die neue Situation gegeben werde.“ Niesers Bericht selbst enthält keine neuen Gesichtspunkte gegenüber den Fassungen von Wolf und Boden.

<sup>2)</sup> Bei Boden (s. die vorige Anm.) ist von einer „streng vertraulichen Information“ die Rede.

<sup>3)</sup> Bezieht sich auf das Friedens- und Waffenstillstandsangebot (vgl. Nr. 14 Anm. 5), an dessen Formulierung den ganzen Tag über gearbeitet wurde.

<sup>4)</sup> Sie wurde am späten Abend des 3. 10. bekanntgegeben; vgl. Prinz Max S. 351.

gab zunächst Anstände wegen der Zustimmung des Großherzogs von Baden. Sie ist aber dann erteilt worden. Diese Sache ist damit erledigt.<sup>5)</sup>

Dann haben sämtliche Staatssekretäre und preußische Minister sowie ich die Portefeuilles zur Verfügung gestellt, damit ohne irgendeinen Zwang und ohne Personalanstände diejenigen Posten, die für die Parlamentarisierung oder Demokratisierung, oder wie man das nennen will, erforderlich sind<sup>6)</sup>, neu besetzt werden können. Diese Neubesetzung ist wenigstens zum Teil soweit vorgeschritten, daß sie eventuell noch heute abend fertig werden kann. Zunächst muß in der Reichskanzlei die Stelle des Unterstaatssekretärs neu besetzt werden. Die Herren haben aber eingesehen, daß diese Stelle nicht zu parlamentarieren ist, und haben daher davon abgesehen, hierfür einen Herrn in Vorschlag zu bringen. Die Stelle soll daher nach dem Gutdünken des neuen Reichskanzlers besetzt werden. Dann hat man es für notwendig angesehen, eine neue Schöpfung, nämlich einen Propaganda-Staatssekretär mit einem Unterstaatssekretär, ins Leben zu rufen. Diese Sache ist aber noch nicht spruchreif. Wir wissen noch nicht recht, was hierfür überall abgezweigt werden und wie es sich in das Bestehende einordnen soll. Als Staatssekretär ist ein Herr des Zentrums, als Unterstaatssekretär ein solcher der Fortschrittlichen Volkspartei in Aussicht genommen. Es ergeben sich da anscheinend auch noch persönliche Schwierigkeiten, über die ich, da sie noch in der Schwebe sind, nicht sprechen möchte. Dann soll ein Arbeitsamt vom Reichswirtschaftsamt abgezweigt werden, das alle bisher vom R.W.A. behandelten sozialen Fragen in Behandlung nehmen soll. Das ist technisch nicht unzweckmäßig, da das R.W.A. überlastet ist. Staatssekretär Freiherr von Stein will bleiben. Dem neuen Amte soll ein Staatssekretär aus den Reihen der Sozialdemokraten, nämlich der 2. Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Bauer, vorstehen, Unterstaatssekretär soll der Reichstagsabgeordnete Giesberts werden. Ein weiterer Unterstaatssekretärs-posten im R.W.A. soll von den Sozialdemokraten besetzt werden. Das Reichsamt des Innern soll, da Staatssekretär Wallraf schon endgültig zurückgetreten ist, mit einem Herrn aus der Zentrums- und der Abg. Trimborn — besetzt werden. Ein Sozialdemokrat soll ferner Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte werden.

Schließlich kommt noch folgendes in Betracht. Die neue Regierung muß nach außen zeigen, daß sie ein wesentlich anderes Gesicht hat als die alte, die das Vertrauen des Auslands und namentlich auch das unserer Feinde, auf das es jetzt auch ankommt, nicht gehabt hat. Sie soll deshalb möglichst bald öffentlich hervortreten, soweit dies jetzt zugänglich ist. Da hat sich das Bedürfnis herausgestellt, die bekanntesten Namen der Fraktionen in die Regierung hereinzunehmen.<sup>7)</sup> Es ist aber nicht jeder in der Lage, einen Staatssekretärposten tech-

<sup>5)</sup> Vgl. a.a.O. S. 341; Payer S. 100 f.

<sup>6)</sup> Bei Boden (s. Anm. 1) heißt es, die Staatssekretäre und Minister hätten ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt, „damit ohne Zwang die ‚Kosten, die für die Demokratisierung oder Parlamentarisierung, wie man das Ding nennen will, erforderlich werden‘, aufgebracht werden und es in der Hinsicht keinen Personalanstand gibt.“

<sup>7)</sup> Vgl. auch Boden (s. Anm. 1): „Deshalb erscheint es notwendig, die bekanntesten Namen der Parteien für diese neue Regierung herauszunehmen, und zwar als Staatssekretär ohne Portefeuille auf Kriegsdauer.“

nisch auszufüllen; wohl aber können solche Herren einen Staatssekretär a latere abgeben. Deshalb sollen zwei Staatssekretäre ohne Portefeuille — auf Kosten des Kriegsfonds — aufgestellt werden, von denen einer dem Zentrum — hoffentlich nimmt der Abg. Gröber es an — angehören soll, während der zweite der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann sein soll. Endlich ist eine Veränderung im Preuß. Staatsministerium in Aussicht genommen. Dort soll die Fortschrittliche Volkspartei den Posten des Handelsministers besetzen; mit wem, weiß ich noch nicht. Es bestehen auch noch weitere Wünsche auf Veränderung. Doch ist es noch eine offene Frage, inwieweit ihnen entsprochen werden kann und will [sic]. Ich habe keinen Zweifel, daß diese Regierung ein anderes Gesicht haben und vielleicht eher die Möglichkeit finden wird, zu einem Frieden zu kommen, als die bisherige Regierung sie gehabt hat.

Der Reichskanzler hat dann auch das Bedürfnis empfunden, sich mit den Herren über eine materielle Plattform zu verständigen, damit nicht von vornherein Schwierigkeiten über einzelne Fragen entstehen. Ein Programm, das aufgestellt wurde<sup>8)</sup>, wurde ziemlich zusammengestrichen, so daß jetzt anzunehmen ist, daß eine gewisse Einigung erzielt ist. Mehrere Anläufe waren zentralistisch angehaucht nach sozialdemokratischer Manier. Das Zentrum hat dagegen Widerstand geleistet. Ich glaube, es ist gelungen, alles herauszubringen, was als Bedrohung oder Schädigung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches angesehen werden könnte.

Der Grund, warum die Sache so furchtbar eilig ist, ist folgender. Doch bitte ich, dies als strenges Geheimnis zu behandeln.

Die Lage an der Front wurde in diesem Sommer als sehr hoffnungsvoll angesehen.<sup>9)</sup> Jetzt ist aber eine bittere Enttäuschung eingetreten. Sie wurde zum Teil durch den bekannten Umfall der Bulgaren bewirkt<sup>10)</sup>, der uns gezwungen hat, zur Offenhaltung des direkten Zugangs zu Konstantinopel Kräfte nach Bulgarien zu werfen, die auf dem Wege nach der Westfront waren. Auch Österreich-Ungarn hat Truppen nach Bulgarien abgegeben, die eigentlich zu unserer Unterstützung an der Westfront bestimmt waren. Mir will es zwar scheinen, daß diese Truppen wieder frei werden, wenn Bulgarien Frieden schließt. Sie werden wohl auch nicht entscheidend gewesen sein; vielmehr werden es andere Faktoren gewesen sein: Man hat offenbar von militärischer und Marine-Seite die Leistungsfähigkeit unserer Feinde im Truppen- und Materialtransport außerordentlich unterschätzt. Während man früher versicherte, daß Amerika kaum 100 000 Mann werde nach Frankreich schicken können, hat es mindestens die zwölfwache Zahl dahin gebracht.<sup>11)</sup> Dabei sind dies frische junge kräftige Menschen, denen unsere abgenutzten alten Soldaten keinen dauernden Widerstand mehr leisten können. Dazu kommt, daß die Feinde viele Hunderte von Tanks

<sup>8)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 783 ff.

<sup>9)</sup> Demgegenüber Boden (s. Anm. 1): „Die Lage an der Front hat schon in diesem Sommer sehr nachgelassen.“

<sup>10)</sup> Bezieht sich auf das bulgarische Waffenstillstands- und Friedensangebot vom 25. 9. 1918; vgl. Schulthess 1918/II S. 531 f.

<sup>11)</sup> Bei Boden (s. Anm. 1): „Jeden Monat haben die Amerikaner jetzt 250 000 Mann nach dem Westen gebracht.“

ins Gefecht werfen. Unter dem Schutze künstlichen Nebels geht die feindliche Infanterie vor. Wenn sich dann der Nebel verzogen hat, befinden sich die Tanks hinter unserer ersten Linie und da erlahmt bei manchen Divisionen — nicht bei allen — die Widerstandskraft. Wir haben auch keine anderen Reserven mehr als die jungen Leute, die in zwei bis drei Monaten soweit ausgebildet sein werden, daß sie ins Feld rücken können. Mittlerweile werden unsere anderen Reserven so zusammengeschmolzen sein, daß sich die Oberste Heeresleitung überzeugt hat, daß sie den Krieg nicht gewinnen kann und sich auch auf die Dauer nicht mehr wird halten können. Fragt man, wie lange sie sich noch halten kann, so kann sie dies nicht präzisiert beantworten. Sie meint: „Noch monatelang“. Sie macht aber den Vorbehalt, es sei Krieg; eine große Übermacht stehe uns gegenüber, und die Kampffreudigkeit unserer Truppen lasse sich nicht mit Sicherheit einschätzen. Ich halte mich daran, daß die Oberste Heeresleitung uns mit außerordentlichem Eifer auffordert, diplomatische Schritte zum Abbruch des Krieges einzuleiten. Daraus wird man mehr Schlüsse ziehen können als aus allen sonstigen Erklärungen. Vielleicht haben auch im Großen Hauptquartier einzelne Herren ihre Nerven nicht mehr in der Hand. Ich habe wenigstens den Eindruck, daß bei einzelnen die Nerven gelitten haben.<sup>12)</sup>

Was die Oberste Heeresleitung von uns verlangt, ist einfach die Erklärung an unsere Gegner, daß wir den Krieg nicht mehr länger fortsetzen wollen. Wir sollen vorschlagen, in Friedensverhandlungen einzutreten und zu diesem Behufe eine Friedenskonferenz einzuberufen, sowie gleichzeitig einen Waffenstillstand auf allen Kriegsschauplätzen zu Wasser und zu Lande abzuschließen. Über die Modalitäten dieses Vorschlags haben wir uns noch nicht ganz einigen können. Dagegen besteht darüber schon ziemliche Einigkeit, daß der Vorschlag an den Präsidenten Wilson gerichtet werden soll, weil er der maßgebende Mann für die Verhandlungen sein soll und von seiner Seite doch ein gewisses Programm in den von ihm aufgestellten 14 und 4 Punkten<sup>13)</sup> vorliegt. Das schmerzliche ist bloß, daß in den 14 Punkten einer sich befindet, der bezüglich Elsaß-Lothringens sehr schwer wiegt und uns bezüglich unserer Provinzen im Osten mit vorwiegend polnischer Bevölkerung ebenfalls außerordentlich schlechte Aussichten eröffnet. Aber es muß ein Schritt geschehen. Wenn wir bloß sagen würden, wir wollen Frieden machen und einen Waffenstillstand abschließen, dann würden sie es

<sup>12)</sup> Bei Boden (s. Anm. 1) konkreter: „Augenscheinlich haben manche im Großen Hauptquartier nicht mehr die Nerven, auf die sie früher so stolz waren. (N. B. Ludendorff, der gänzlich die Nerven verloren haben soll.)“ Über Ludendorffs „Nervenzusammenbruch“ s. neuerdings Siegfried A. Kaehler, Zur Beurteilung Ludendorffs im Sommer 1918, in: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 241 ff. Im Nachlaß Haefen, Erinnerungen, heißt es, daß Roedern Anfang Oktober Haefen „um amtliche Auskunft über Ludendorffs Gesundheitszustand“ ersucht habe. Haefen fährt fort: „Wahrheitsgemäß berichtete ich, daß die Ereignisse des 8. August zweifellos Ludendorffs Gesundheits- und vor allem Nervenzustand ungünstig beeinflusst hätten.“ Eine wochenlange Kur habe allerdings „vollen Erfolg“ gehabt, so daß Ludendorff Mitte September „wieder ganz frisch und im Besitze seiner alten Spannkraft“ gewesen sei. Haefen ergänzt: „Graf Roedern freute sich offenbar, solch eine günstige Auskunft . . . von mir zu hören.“ Da ihm allerdings Anfang Oktober „von den verschiedensten amtlichen Seiten Zweifel über Ludendorffs Gesundheitszustand entgegentraten“, habe er dem General vorgeschlagen, möglichst bald nach Berlin zu kommen.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 16 Anm. 3 und 4.

ebenso wieder ablehnen wie früher, und bis wir einen neuen Vorschlag gemacht und darauf eine Antwort erhalten hätten, darüber würden Wochen vergehen. Der Generalfeldmarschall sagt aber, daß jeder Tag der Verzögerung durchschnittlich 20 000 Menschen das Leben kostet. Das muß man sich vor Augen halten. Wir meinen daher, man solle wenigstens ein gewisses Entgegenkommen von vornherein zeigen, damit der Vorschlag nicht abgewiesen wird. Ein solches Entgegenkommen wäre eine Bezugnahme auf die 14 und die 4 Punkte Wilsons, indem man sich bereit erklären würde, sie als Ausgangspunkte für die Verhandlungen anzusehen. Wir verkennen nicht, daß darin, wenn wir auch eine Unterwerfung und Bindung damit noch nicht aussprechen würden, materiell doch das Anerkenntnis liegen würde, daß die westliche und östliche Frage zur Diskussion der Friedenskonferenz gestellt werden soll und zwar jedenfalls nicht im Widerspruch zu der Ansicht des Präsidenten Wilson, die dahin geht, daß wir uns Elsaß-Lothringen im Wege des Verbrechens angeeignet hätten und daher wieder herausgeben müßten, und bezüglich Polens, daß ein Polen geschaffen werden müsse, das einen eigenen Zugang zum Meere habe und alle von ausschließlich polnischer Bevölkerung bewohnten Gebietsteile umfassen müsse. Also in dieser Beziehung sind die Aussichten schlecht. Wir glauben aber eine Fassung finden zu können, die uns einerseits davor sichert, daß man überhaupt nicht in eine Verhandlung eintritt, und uns andererseits nicht soweit bindet, daß wir fürchten müßten, durch unsere Schuld unsere Position noch verschlechtert zu haben.

Heute nacht soll die neue Regierung provisorisch berufen werden. Sie soll dann sofort zu der Note, die in Bearbeitung ist, Stellung nehmen.<sup>14)</sup> Das ist ein harter Anfang. Die neue Regierung wird in derselben Zwangslage sein, in der sich die alte seit 3 Tagen befindet.

Im Einverständnis mit Seiner Majestät dem Kaiser, der Obersten Heeresleitung und der alten Regierung soll dann die Note heute nacht oder morgen abgehen. Dann wird der Reichstag auf Samstag den 5. d. Mts. einberufen. Der Reichskanzler wird dort eine Rede halten, die sich mit der inzwischen abgegangenen Note befassen wird, um die Bevölkerung vorzubereiten. Die Rede wird noch vor der Note in Washington eintreffen, so daß vom Standpunkte der Vereinigten Staaten beide Aktionen nebeneinander herlaufen. Man nimmt an, daß der Reichstag sich in eine weitere Besprechung nicht einlassen, sondern Kenntnis nehmen und seinen Präsidenten ermächtigen wird, sich namens des Reichstags an den Kongreß in Washington zu wenden. Die Kenner der Vereinigten Staaten meinen, daß, wenn bei uns eine neue Regierung gebildet sein wird und der Reichstag, der ja immer auf dem Boden des Verständigungsfriedens stand, einen derartigen Schritt unternimmt, dies in Amerika so viel Stimmung machen wird, daß wir von dieser Seite eine wohlwollende Behandlung unseres Vorschlags erwarten können. Mittlerweile geht der Kampf weiter. Wir haben die begründete Hoffnung, sagt Hindenburg, daß durch militärische Ereignisse keinerlei Störung eintreten wird. Aber bestimmt wissen kann man dies natürlich auch nicht.<sup>15)</sup>

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 19.

<sup>15)</sup> Demgegenüber bei Boden (s. Anm. 1): „Hindenburg hat uns fest erklärt, daß, während diese Schritte ergingen, militärisch keinerlei bedenkliche Störung unserer Situation zu befürchten sei.“

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich den Bundesrat nicht schon früher verständigt habe. Wir haben gestern vormittag je einen Vertreter der Fraktionen ins Vertrauen gezogen<sup>16)</sup>, weil wir eine so furchtbare Verantwortung nicht tragen können, ohne daß die Volksvertretung wenigstens einigermaßen informiert ist. Das hat sich aber dann als verfrüht herausgestellt, weil wir selbst über den Inhalt der Note noch nicht im klaren waren. Das natürliche Empfinden sagt einem ja, daß es genügen müßte, wenn wir ohne irgendeinen, wenn auch nur verklausulierten Verzicht unsere Friedensbereitschaft aussprechen. Aber alle Sachverständigen sind der Ansicht, daß wir mit einer solchen Erklärung nicht mehr durchkommen. Darüber, was nun gesagt werden soll, bestanden Meinungsverschiedenheiten bis vor einer Stunde. Wir wollen nun die Wilsonschen Ideengänge als „Ausgangspunkt“ der Friedensverhandlungen bezeichnen. Das ist nach meinem Gefühl schon sehr viel. Mit weniger werden wir aber nicht auskommen. Das Blatt hat sich eben gewendet.

K. Bayer. Staatsminister des K. Hauses und des Äußern **von Dandl**: Es ist schwer, das richtige Wort zu finden, um der erschütternden Wirkung Ausdruck zu geben, die die Worte des Herrn Vizekanzlers auf uns gemacht haben. Mit grellem Lichte beleuchten sie den furchtbaren Ernst der Situation. Es wird sich aber nur der niederdrücken lassen, der nicht bisher schon den Dingen klar ins Auge gesehen hat. Man konnte schon seit einiger Zeit voraussehen, daß die Sache nicht gut steht. Daß aber so plötzlich und mit solcher Schärfe ein Zusammenbruch erfolgen würde, hat wohl niemand gedacht. Vor wenigen Wochen gab ich bereits im Bundesratsausschusse für auswärtige Angelegenheiten den großen und schweren Sorgen offenen und rückhaltlosen Ausdruck, die meine Regierung belasteten.<sup>17)</sup> Ich habe damals von württembergischer Seite Unterstützung gefunden, von anderen Seiten aber nicht. Die Reichsleitung versuchte uns zu beruhigen. Ich muß nun fragen: Wie kann in den letzten drei Tagen eine solche Änderung eingetreten sein? Das ist es, was ich bedauere, daß wir bis in die letzte Stunde über das Schreckliche, das kommen würde, im unklaren gelassen wurden. Aber Rekrimationen haben jetzt keinen Wert. Es heißt jetzt, die Zähne zusammenzubeißen und zu retten, was noch zu retten ist. Als erstes Mittel ist die Umgestaltung im Innern schon durchgeführt. Wir stehen auch hier vor vollendeten Tatsachen. Wir respektieren gewiß das Recht Seiner Majestät des Kaisers zur Ernennung der Staatssekretäre. Aber wir müssen verlangen, daß alles vermieden wird, was dem föderativen Charakter des Reiches Eintrag tun könnte. Man darf die Bedeutung dieses Charakters nicht unterschätzen. Es handelt sich jetzt darum, das Volk einig zu erhalten auch in den Bundesstaaten. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Bundesstaaten unter sich und mit dem Reiche einig bleiben. Das können sie nur dann, wenn ihnen belassen wird, was ihnen gehört.<sup>18)</sup> Ich bitte, diese unsere Sorge dem Reichskanzler mitzuteilen. Es ist sehr wichtig, daß diese Sache nicht aus dem Auge gelassen wird.<sup>19)</sup>

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 14 Anm. 3.

<sup>17)</sup> Am 2. 9. 1918; vgl. Deuerlein S. 307 ff.

<sup>18)</sup> Bei Boden (s. Anm. 1): „... wenn den Bundesstaaten ihre essentiellen Rechte erhalten bleiben.“

<sup>19)</sup> Boden (s. Anm. 1) kommentierte, Dandl habe „äußerst entschieden und eindrucksvoll“ gesprochen.

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Wir sind aufs äußerste bemüht, den bundesstaatlichen Charakter des Reichs zu wahren, und ich habe mich überzeugt, daß auch der neue Reichskanzler ein ernstlicher Vertreter dieses Gedankens ist. Ich werde ihm aber über das Verlangen berichten.

K. Sächsischer Staatsminister **Graf Vitzthum von Eckstädt**: Ich schließe mich den Ausführungen des bayerischen Herrn Ministerpräsidenten an. Er hat in unser aller Namen gesprochen. Wie ich gehört habe, soll eine Verfassungsänderung in einem weiteren Umfange nicht in Frage kommen. Welche gesetzgeberische Änderungen sind aber beabsichtigt? Was den Friedensschluß anlangt, so sind wir uns klar, daß in dem Augenblick, wo der Feind diese großen Erfolge erzielt hat, jeder Schritt als Friedensbitte erscheint. Es kann sich nur darum handeln, daß wir den Schritt in angemessener Würde tun. Vielleicht wäre es zweckmäßig gewesen, die Vermittlung des Königs von Spanien in Anspruch zu nehmen. Wie steht es mit den nationalliberalen Herren, die zurzeit der Regierung angehören?

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Eine Vermittlung durch den König von Spanien würde mindestens 10 Tage beanspruchen. Man nimmt auch an, daß es einen größeren Eindruck auf den Präsidenten Wilson machen wird, wenn man ihm die Ehre antut. Die anderen feindlichen Regierungen sollen gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß an Wilson der Vorschlag ergangen ist.

Die nationalliberalen Herren in der preußischen Regierung<sup>20)</sup> haben, wie alle anderen, ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Es besteht aber nicht die Absicht, die Herren zu beseitigen. Im Gegenteil sollen die Nationalliberalen in naher Zeit mehr in die Nähe der Regierung gebracht werden, als es bisher möglich war. Wir haben uns lange darüber unterhalten, ob eine Mehrheits- oder eine Koalitionsregierung gebildet werden soll. Es hat sich aber ergeben, daß für den Friedensschluß und die Beruhigung der Bevölkerung eine Koalitionsregierung nicht geeignet sein würde. Unsere Feinde wollen mit einer demokratisch gerichteten Regierung verhandeln. Die Mehrheitsparteien waren aber der Meinung, daß der nationalliberalen Partei Elemente angehören, die Eroberungspolitik machen und daß daher diese Partei im jetzigen Augenblick zur Teilnahme an der Regierung nicht geeignet ist. Unter diesem Gesichtspunkt haben auch die Nationalliberalen, die an sich die Beteiligung gewünscht hätten, darauf verzichtet.<sup>21)</sup> Ich denke aber, daß sich noch ein Weg für das Verbleiben der bereits der preußischen Regierung angehörenden nationalliberalen Herren wird finden lassen.

Über die Aufhebung des Artikel 9 Satz 2 der Reichsverfassung herrschte ein starker Streit. Es hat sich dann aber die Anschauung herausgebildet, daß ein Bedürfnis nicht besteht, den Artikel für sämtliche Bundesratsbevollmächtigte aufzuheben, daß vielmehr die Aufhebung für diejenigen Bevollmächtigten

<sup>20)</sup> Friedberg und v. Krause.

<sup>21)</sup> Dieser Gedankengang ist von Boden (s. Anm. 1) anders akzentuiert wiedergegeben: „Es sei ja lange überlegt, ob man nicht überhaupt eine Koalitionsregierung bilden solle, und man hätte es seitens der Reichsleitung gern gesehen, wenn die Nationalliberalen sich mit zu den Mehrheitsparteien bekannt hätten, aber das Bedürfnis, sich bei dieser neuen Regierung zu beteiligen, sei wohl auch auf nationalliberaler Seite nicht so groß gewesen.“ Dazu vgl. Nr. 9 und 10.

genügt, die sich in leitenden Reichsstellen befinden. Zu diesem Behufe soll ohne Änderung der Verfassung eine kleine Änderung des Stellvertretungsgesetzes vorgenommen werden. In der Reichsverfassung soll nur der Artikel 21 geändert werden, wonach Reichstagsabgeordnete ihr Mandat verlieren, wenn sie ein besoldetes Reichs- oder Staatsamt annehmen oder im Reichs- oder Staatsdienste befördert werden.<sup>22)</sup> Diese Änderung ist notwendig, um eine Regierung zusammenzubringen, weil sich vielleicht schon nach kurzer Zeit Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung ergeben könnten, und die Herren, die jetzt in die Regierung eintreten, sich nicht zumuten lassen, daß sie dann auch des aus ihrem Reichstagsmandat sich ergebenden politischen Einflusses beraubt sein würden. Vorerst werden die Herren nicht zu Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt, sondern erhalten eine mehr kommissarische Stellung.

Die Tätigkeit der Staatssekretäre a latere soll darin bestehen, daß sie beratend an den Besprechungen teilnehmen, die zur Beratung des Reichskanzlers regelmäßig stattfinden sollen. Diese Besprechungen werden die Fortsetzung eines tatsächlichen Zustandes sein, der sich bereits im vorigen Winter angebahnt hat und nicht vermieden werden kann. Wenn jedes Ressort für sich arbeitet, gibt es eine ewige Streiterei. Es wird nur zweckmäßig sein, die Ansicht der politischen Staatssekretäre auszunützen, wenn Fragen von solcher Tragweite zu entscheiden sind, wie es jetzt der Fall ist. Die Namen der Staatssekretäre a latere sind uns jetzt wichtiger als ihre technische Mitarbeit.

Großherzogl. Bad. a. o. Gesandter **Dr. Nieser**: Soll der Schritt bei Wilson auch im Namen Österreich-Ungarns und der Türkei unternommen werden?

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Wir werden sagen, daß Österreich-Ungarn und die Türkei mit dem Schritte einverstanden sind. Bulgarien können wir nicht mehr nennen.

Wir könnten uns auf den allgemeinen Boden der Reden des Präsidenten Wilson stellen, wenn nicht darin die Wendung wegen Elsaß-Lothringens und Polens enthalten wäre. Nehmen wir diese beiden Punkte aus oder machen wir einen Vorbehalt, wie etwa „unbeschadet der Integrität des Reiches“, dann wird unser Schritt keinen Erfolg haben. Deshalb wollen wir das Wilsonsche Programm zugrunde legen, aber nur als Ausgangspunkt.

K. Bayer. Staatsminister des K. Hauses und des Äußeren **von Dandl**: Man rechnet aber tatsächlich mit der Wahrscheinlichkeit des Verlustes von Elsaß-Lothringen?

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Ich halte diesen Verlust für wahrscheinlich. Hindenburg meint zwar, wir würden uns bis aufs äußerste wehren, wenn Wilson den Verzicht auf Elsaß-Lothringen und die polnischen Provinzen zur Vorbedingung machen sollte. Ich glaube aber nicht, daß noch viel zu holen ist. Da wir sicher sind, daß wir den Krieg nicht gewinnen können, hat es keinen Wert, noch ein bis zwei Monate auszuhalten und den Feind mittlerweile in das Land hereinkommen zu lassen.

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 15.

Els.-lothringischer Ministerialrat **Dr. Nobis**: Könnte man nicht in Elsaß-Lothringen selbst einen Widerwillen gegen die Angliederung an Frankreich dadurch hervorrufen, daß man dem Lande weitgehende Autonomie gewährt?<sup>23)</sup>

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Dazu ist es jetzt zu spät. Den ganzen Winter hindurch wurde diese Frage erörtert. Die Oberste Heeresleitung leistete aber solchen Widerstand, daß wir die Sache liegen lassen mußten. Auch die els.-lothringische Regierung ist nicht dafür eingetreten. Jetzt will der els.-lothringische Reichstagsabgeordnete Hauß noch eine dahin zielende Aktion einleiten. Vielleicht kann sie nebenher laufen. Aber mit der Absendung der Note können wir nicht warten.

Großherzogl. Oldenburg. Gesandter **Dr. von Eucken-Addenhausen**: Wer wird Staatssekretär des Auswärtigen Amtes werden?

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Die Sache schwebt noch. Ich werde versuchen, den Staatssekretär von Hintze zu halten. Er würde ungern gehen, glaubt aber, daß sein Name die neue Regierung belasten würde, da er als Alldeutscher verschrien ist. Wir sind dieser Meinung nicht. Denn er hat in seiner amtlichen Tätigkeit nicht anderes als entschiedene Friedenspolitik getrieben.

Großherzogl. Bad. a. o. Gesandter **Dr. Nieser**: Ist es richtig, daß in der Note Elsaß-Lothringen ausdrücklich erwähnt und erklärt werden soll, daß wir darüber verhandeln wollen?

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Diesen Gedanken hat man wieder aufgegeben. Wir können übrigens in die Note hineinschreiben, was wir wollen. Wenn die Gegner die Absicht haben, mit uns in Verhandlungen einzutreten, so werden sie es tun. Im anderen Falle wird es ihnen an Gründen nicht fehlen. Deshalb wollen wir nur so viel weiter tun, als notwendig ist, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß wir nur in den Tag hinein unsere Wünsche ausgesprochen hätten.

Großherzogl. Mecklenb. a. o. Gesandter **Freiherr von Brandenstein**: Daß man Elsaß-Lothringen opfert, kann ich bei der Kriegslage verstehen. Aber die Opferung Polens scheint mir über die militärische Lage hinauszugehen.

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Wenn wir Polen von den Wilsonschen Gedankengängen ausnehmen und erklären, daß wir diese Frage nicht der Diskussion unterstellen wollen, so befürchten wir einen Korb zu bekommen. Wir hätten am liebsten beides herausgenommen. Wir haben aber keinen anderen Weg.

Els.-lothringischer Ministerialrat **Dr. Nobis**: Ich halte es nicht für aussichtslos,

<sup>23)</sup> Dazu Boden (s. Anm. 1) ausführlicher: „Der elsässische Bevollmächtigte wehrte sich [zu]tiefst erschrocken gegen diesen Gedanken und frug, ob es nicht noch in dieser Stunde möglich sei, die Autonomie Elsaß-Lothringens zu verkünden, schon damit, daß [, wenn] die Lösung der Frage auf das Selbstbestimmungsrecht abgestellt werde, dann Deutschland günstigere Aussichten habe; er glaube, daß trotz der ungläublichen Verwüstungen, die das Militär mit seinen Maßnahmen während der Kriegsjahre im Elsaß angerichtet habe, doch weiteste elsässische Kreise sich sehr gegen eine Rückkehr nach Frankreich sträuben würden.“

Elsaß-Lothringen für Deutschland zu gewinnen. Das Militär hat zwar durch eine teilweise unerhörte Behandlung des Landes die Stimmung dort zerstört. Man sollte aber trotzdem einen letzten Versuch machen, sie wieder zu heben, indem man dem Lande in großzügiger Weise die Autonomie bietet, ihm die Reichseisenbahnen schenkt und weitgehenden Schadensersatz leistet. Von Frankreich kann das Land Autonomie nicht bekommen. Die Bevölkerung hat aber eine außerordentliche Heimatliebe. Außerdem wäre für weite Kreise eine neue Veränderung der Zollgrenze ruinös. Die anzubietende Staatsform könnte eventuell auch die Republik sein. Ich glaube aber sogar, daß auch eine Personalunion mit einem süddeutschen Bundesstaate möglich wäre. Der Abgeordnete Hauß hält es für möglich, daß, wenn diese Konzessionen gemacht werden, eine Abstimmung, die 6 Monate nach Friedensschluß vorgenommen werden würde, eine Mehrheit für Deutschland ergeben würde.

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Eine diesbezügliche Aktion ist im Gange. Ich weiß nicht, wie weit sie gediehen ist. Zu dem Programm der Mehrheitsparteien gehört auch die Einführung der Autonomie in Elsaß-Lothringen nach dem Wunsche der dortigen Volksvertretung. Auf dieser Grundlage wird weiter gebaut. Ich bin überhaupt noch nicht so pessimistisch, um den Verlust des Landes gegen den Willen der Bevölkerung in Aussicht zu nehmen und möchte an den Erfolg einer Abstimmung glauben. Wir können aber die gegenwärtige Sache nicht solange aufschieben, bis diese Dinge geregelt sind. Sonst könnten große Nachteile entstehen. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß die Politik des Reiches bezüglich Elsaß-Lothringen falsch war.

Herzogl. Braunsch. a. o. Gesandter **Boden**: Es gibt zu denken Anlaß, daß Hindenburg den sofortigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Polen nicht will.

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Wenn wir nicht die Überzeugung gewonnen hätten, daß wir den Schritt tun müssen, würden wir ihn unterlassen. Der Feldmarschall hat den Verhandlungen angewohnt und sich mit uns auf die Fassung der Note geeinigt. Er sagt zwar nicht direkt, daß die Armee nicht mehr halten kann, steht vielmehr auf dem Standpunkte, daß, wenn nichts Besonderes passiert, wir noch lange aushalten können. Aber ein Sieg ist ausgeschlossen und ewig können wir nicht halten. Heraus müssen wir aus der Situation und müssen daher ein Angebot machen.

Großherzogl. Hessischer a. o. Gesandter **Freiherr von Biegeleben**: Ich nehme an, daß die Reichsleitung von diesem Stande der Dinge erst jetzt Kenntnis erhalten hat. Denn der Reichskanzler hat doch noch vor ein paar Tagen im Reichstags-Ausschuß erklärt<sup>24)</sup>, daß wir die Hindenburgfront halten würden.

Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer**: Die Überraschung, die wir vor drei Tagen erfahren haben, war genau so groß, wie jetzt die Ihre. Das ist ja das Entsetzliche, daß man es soweit hat kommen lassen, daß man fast wehrlos sich in die Hände des Feindes geben muß, während man bis vor wenigen Tagen die Meinung aufrechterhalten hat, daß wir ganz durchhalten könnten.

<sup>24)</sup> Am 24. 9. 1918 im Hauptausschuß; vgl. Schulthess 1918/I S. 293 ff.

K. Bayer. Staatsminister des K. Hauses und des Äußern von **Dandl**: Ich habe vor vier Wochen im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten<sup>17)</sup> eine Denkschrift des bayerischen Kriegsministers verlesen, in der auf das, was jetzt eingetreten ist, bereits sehr deutlich hingewiesen war. Das ist es, was mich empört, daß die Herren der Heeresleitung kalmiert haben, als wir verlangten, daß etwas Positives geschehe.<sup>25)</sup>

Für die Niederschrift  
gez. Dr. von Wolf

<sup>25)</sup> Boden (s. Anm. 1) verstärkt diese Ausführungen dahin, daß Dandl nochmals seine „Erschütterung und innere Empörung“ darüber ausgesprochen habe, „daß es so gekommen sei“. Er fügte seinem Bericht dann folgenden Kommentar an: „So haben sich denn damit im vollen Umfange die erschreckenden Nachrichten bestätigt, die ich in meinem Bericht vom Mittwoch abend zunächst mit allem Vorbehalt noch wiedergegeben hatte. Nachdem wir vor 8 Tagen uns über den Abfall und den Zusammenbruch Bulgariens erregt hatten, ist nun unser eigener militärischer Zusammenbruch da, und wir müssen es noch danken, daß wir nicht die ersten waren, sondern Bulgarien vorangegangen ist. Dieselbe Oberste Heeresleitung, die noch am 24. September den Reichskanzler Graf Hertling aussprechen ließ, es ist kein Grund zum Verzagen, die Westfront ist unerschütterlich, hat nun am 30. September erklärt, es ist zu Ende, macht Schluß und Frieden, so schnell es geht und was es auch koste. Prinz Max von Baden war ihr Kanzlerkandidat, weil von ihm erhofft wird, daß uns sein Ansehen im Auslande noch eine erträglichere Behandlung bei den Feinden erwirken werde, und sie, die Oberste Heeresleitung, hat auch sogleich die Parlamentarisierung und Sozialisierung der Reichsregierung betrieben, um so die Massen des deutschen Volkes für die letzte Eventualität aufnahmefähig zu machen und die Sozialisten ans Ruder zu bringen, damit sie bei den Spezialisten der Entente-länder für einen möglichst schonenden Frieden für uns wirken können.“

Der Krieg ist für uns verloren. Das Weitere steht nun bei den Feinden, und, ohne schwarz zu malen, wird man wohl darauf gefaßt sein müssen, daß Elsaß-Lothringen und die östlichen preußischen Landesteile noch das Minimum der uns auferlegten Bedingungen sein werden.“

## 18.

### 3. 10. 1918: Vorstandssitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums

Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag. Überschrift: „3. Oktober 1918 / Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion nachmittags 6 Uhr.“

Der Abgeordnete **Gröber** teilte mit, daß Prinz Max von Baden ihn gebeten habe, als Staatssekretär ohne Portefeuille einzutreten. Gleichzeitig habe Trimborn es endgültig abgelehnt, in die Regierung einzutreten.<sup>1)</sup> Sämtliche Mitglieder ersuchten Gröber, dem Rufe Folge zu leisten. Derselbe sagte zu. Gleichzeitig teilte er mit, daß Herr von Payer und Graf Roedern<sup>2)</sup> gesagt hätten, die

<sup>1)</sup> Trimborn wurde am folgenden Tage zum Staatssekretär des Innern ernannt.

<sup>2)</sup> In einer Sitzung der SPD-Fraktion am 3. 10. berichtete Ebert, daß am Vormittag dieses Tages Verhandlungen von Vertretern der Mehrheitsparteien mit Payer und Roedern „über das Programm und die Regelung der Besetzung der einzelnen Ämter“ stattgefunden hätten; vgl. SPD-Fraktion, 3. 10. 1918.

Errichtung eines Reichspresseamts bereite sachliche Schwierigkeiten. Auch sei der Kaiser gegen die Ernennung des Abgeordneten Erzberger. Man müsse mindestens noch einige Tage warten.

Abgeordneter Erzberger erklärte, daß es für ihn ganz ausgeschlossen sei, daß er erst nach den anderen Staatssekretären ernannt würde. Er habe schon vor einigen Tagen erklärt, daß er nicht in die Regierung eintreten wolle und halte das jetzt erst recht aufrecht. Im übrigen hätten ihm Herren des Auswärtigen Amtes im amtlichen Auftrag erklärt, daß die Behauptung über die Stellung des Kaisers zur Ernennung des Abgeordneten Erzberger unzutreffend sei.<sup>3)</sup>

Abgeordneter Gröber wurde gebeten, Prinz Max mitzuteilen, die Entscheidung müsse sofort fallen, und zwar in einem für das Zentrum befriedigenden Sinne. Inzwischen setzten sich mehrere Herren des Auswärtigen Amtes mit den Hofstellen in Verbindung, um eine kaiserliche Äußerung herbeizuführen. Herr von Payer ließ dem Abgeordneten Erzberger durch Herrn Graf Roedern sagen, er möge sich am Abend bereit halten, vielleicht komme noch die Entscheidung.

Der Abgeordnete Erzberger weilte im Klub der Deutschen Gesellschaft. Baron von Riepenhausen kam gegen  $\frac{1}{2}$ 10 Uhr im Auftrag des Prinzen Max und Herrn von Payers und wünschte dringendst den Eintritt des Abgeordneten Erzberger in die Regierung. Es lasse sich aber heute nicht mehr herbeiführen, da der Kaiser nicht mehr erreichbar sei. Prinz Max werde morgen, Freitag, zeitig mit dem Kaiser sprechen. Der Abgeordnete Erzberger erklärte, man möge dem Prinzen sagen:

1. Der Abgeordnete Erzberger verlange unbedingt die Entscheidung im Laufe des Freitag.
2. Er beanspruche entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Note. Mit dem Entwurf, wie er ihm abends um  $\frac{1}{2}$ 8 Uhr gezeigt worden sei<sup>4)</sup>, könne er sich unter keinen Umständen einverstanden erklären und nicht in die Regierung eintreten, da er das Fiasko voraussehe.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 13. In den Aufzeichnungen Bergs (Nachlaß Berg 1) heißt es dazu: „Ich leistete [am 3./4. 10.] immer noch [heim Kaiser] Widerstand gegen die Ernennung von Erzberger zum Staatssekretär, den das Zentrum präsentierte. Hier war es vornehmlich das Auswärtige Amt, welches immer wieder, zuletzt noch dringend durchs Telephon nach dem Neuen Palais, meinen Widerstand zu brechen suchte [. . .]. Der Kaiser gab auch hier nach.“ Dazu vgl. von Müller S. 427 (unter dem 8. 10.): „Berg hat sich namentlich durch seine gar nicht gewünschte Vermittlertätigkeit bei der Neubildung der Staatsregierung unmöglich gemacht. So hat er u. a. erklärt, Erzberger dürfe unter keinen Umständen dem Kaiser als Staatssekretär vorgeschlagen werden [. . .] Was erreichte Berg damit? Erzberger, der doch gar nicht auf der Liste stand, wurde nun gerade durchgedrückt und der Kaiser mußte ihn akzeptieren.“

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 16 (Schluß).

## **II.**

### **Das Waffenstillstands- und Friedensangebot**

## 19.

### 3. 10. 1918: Besprechung des Reichskanzlers mit den Staatssekretären und preußischen Staatsministern

Politisches Archiv, Weltkrieg 23 geh. Bd. 19; handschriftlich (Deutelmoser).<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung bei Exz. Payer am Abend des B[erlin] 3. 10. 18.“

Anwesend: Reichskanzler, Graf Roedern, von Payer, Friedberg, [Hintze], Solf, von Krause, von Waldow, Scheidemann, Gröber, Heinrichs, von Radowitz, Rüdlin, Freiherr von Stein, [Kriegsminister] von Stein, von Breitenbach, Freiherr von dem Bussche, Deutelmoser, von Rosenberg, von Haniel.

**Reichskanzler:**<sup>2)</sup> Schritt, den deutsche Regierung zum Frieden unternehmen will, soll besprochen werden.

**von dem Bussche:** OHL hat mitgeteilt, es sei absolut notwendig, zu Waffenstillstand mit nachfolgendem Frieden zu gelangen.<sup>3)</sup> Auch schriftliche Mitteilung liegt vor<sup>4)</sup>, gezeichnet von Hindenburg.<sup>5)</sup>

Zusammenbruch mazedonischer Front. Schwächung Westfront. Feind frische Reserven, Lage verschärft sich täglich. Front fest. Jeder versäumte Tag kostet tausende Soldaten das Leben.

<sup>1)</sup> Auf dem linken Seitenrand befindet sich folgender handschriftl. Vermerk: „Aus der Reichskanzlei 10. 10.“ — Eine maschinenschriftl. Abschrift des Protokolls im Nachl. Prinz Max. — Vgl. Payer S. 112 („Am selben Abend [3. 10.] trat das neue Kabinett zu seiner ersten Sitzung zusammen“); Prinz Max S. 351 („Gegen abend wurde dann der endgültige Wortlaut der Note festgestellt“); Scheidemann, Zusammenbruch S. 176 (dort falsch auf 4. 10. datiert). Haefthen (WUA 2 S. 378) verlegt die Besprechung in der Wohnung Payers auf den „späteren Nachmittag“.

<sup>2)</sup> Die Ernennung des Prinzen Max zum Reichskanzler war zu diesem Zeitpunkt noch nicht publiziert (entgegen v. Müller S. 425). Vgl. Prinz Max S. 351: „Ich unterschrieb [die Note, deren Formulierung in der Sitzung behandelt wurde] und wurde noch an diesem Tage zum Kanzler ernannt.“ Die neuen Staatssekretäre wurden am 4. 10. zunächst kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt, um nicht auf Grund Art. 21 Abs. 2 der Reichsverfassung [vgl. Nr. 5 Anm. 3] ihre Mandate niederlegen zu müssen. Dazu Prinz Max S. 356 ff.; Payer S. 116 f.; Erzberger S. 311; Scheidemann, Memoiren II S. 191.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 4a Anm. 7.

<sup>4)</sup> Vom 3. 10.: „An den Herrn Reichskanzler“; vgl. Amtliche Urkunden S. 73 (mit dem Vermerk von dem Bussches: „Dieses Schreiben ist bei der Sitzung der Staatssekretäre über die Note an Wilson [3. 10.] verlesen worden. 5. 10.“); Prinz Max S. 348 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 589 (die dort erwähnte Anwesenheit Hindenburgs bezieht sich auf eine Sitzung am Vortage; vgl. Nr. 12 Anm. 5); Urkunden der OHL S. 541; Ursachen und Folgen II S. 331 f.; WUA 2 S. 302; Scheidemann, Memoiren II S. 201.

<sup>5)</sup> Dieses während seiner Anwesenheit in Berlin abgefaßte Schreiben Hindenburgs (s. die vorige Anm.) — das Ludendorff „für richtig“ gehalten hatte (vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 589) — ist nicht eine Antwort auf den „Fragekatalog“ des Prinzen Max vom gleichen Tage (vgl. Amtliche Urkunden S. 72; Ursachen und Folgen II S. 330), sondern auf eine „Verbalnote“ (so Prinz Max S. 347) des Prinzen, die dieser am Morgen des 3. 10. (9 Uhr) dem Feldmarschall vorgelesen hatte. Die Kernsätze dieser „Verbalnote“ sind bei Prinz Max S. 348 abgedruckt. Eine maschinenschriftl. Abschrift des Wortlauts (3 Seiten) befindet sich im Nachlaß Haußmann 20 (mit der falschen handschriftl. Datierung 4. 10.). Sie läßt darauf schließen, daß der Entwurf dieser „Verbalnote“ von Haußmann — vermutlich unter Mitarbeit von Kurt Hahn — stammt.

Von allen unseren Gegnern ist Wilson der, der wenigst weite Kriegsziele proklamiert hat. Nachrichten sagen, daß er am ehesten geneigt. Note durch Schutzmacht Schweiz.

Note lautet: (an Romberg).<sup>6)</sup> Wird verlesen.

**Reichskanzler:** Wünscht jemand das Wort?

**Solf** wiederholt Bedenken von gestern. Ist für Note an alle. Note an Wilson wäre Einbruch in Solidarität der Alliierten. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes spekuliert besonders auf Wilsons Eitelkeit. Wilson stellt aber seine Politik nicht daraufhin ein. Wir dürfen Engländer nicht kränken. Sie haben Sorge wegen Wachsens amerikanischer Macht, sind aber wohl noch im Übergewicht. Neue Regierung muß schlagfertig Neues bringen. Angebot an Wilson allein würde neuem Reichskanzler vielleicht ganze Politik umwerfen.

**Graf Roedern:** Note und Adressat schon bekannt.

**von Payer:** Kenner Amerikas halten Wilson für beste Adresse. Weshalb nicht, wie in früherer Fassung, auch andere Verbündete erwähnt? Präsident müsse Bundesgenossen verständigen. Wir können uns nicht gleichzeitig an alle 17 Feinde wenden.

**von dem Bussche:** Es heißt: „Bevollmächtigte aller Kriegführenden einladen.“

**von Payer:** Das genügt nicht. Höflicher sein.

**Gröber** hält Adresse für richtig. Aber deutlicher sagen, daß Präsident Note auch seinen Verbündeten mitteilen solle. Weiteres Bedenken: Wilsons Programm „als Ausgangspunkt“ angenommen. Fraglich, ob diese Grundlage richtig. Entscheidend Erklärung OHL<sup>3)</sup>, daß Weiterkämpfen keinen Sieg verspreche. Dies müssen wir hinnehmen. Tun wir es aber, so muß Note auch so sein, daß Ablehnung ausgeschlossen. Er muß Eitelkeit und Interesse amerikanischen Staatswesens einsetzen. „Ausgangspunkt“ genügt nicht.<sup>7)</sup> Unter den 14 Punkten sind zwar einige bedenklich, besonders Elsaß-Lothringen und Polen. Aber wenn Zwangslage so schrecklich, so ist Frage einfach: Ergeben auf Gnade und Ungnade oder Gewinnung eines leidlichen Vermittlers. Vorschlag geht nicht weit genug. Akzeptieren wir Programm ganz, so kann Wilson nicht ablehnen. Besser sagen: Wir nehmen die 14 Punkte an. Spätere Erklärungen haben m. W. sachlich nichts anderes enthalten. Ist Lage so, wie OHL sie schildert, so müssen wir Nachteile der 14 Punkte mit in Kauf nehmen, denn sie sind weit geringer als die der englischen Ministeransprüche und Clémenceaus. Einen anderen als Wilson finden wir als Vermittler nicht.

**von Haniel** verliert 5 Punkte aus Wilsons letzter Rede vom 27. September 1918.<sup>8)</sup>

**von Payer:** Gröbers Bedenken haben uns schon lange beschäftigt. Wir haben uns schließlich mit Feldmarschall auf die vorliegende Fassung geeinigt.<sup>9)</sup> — Glatte

<sup>6)</sup> Über die Absendung der Note (via Gesandter v. Romberg in Bern) s. Anm. 13.

<sup>7)</sup> Vgl. den Schluß von Nr. 16 mit Anm. 7. Dazu Erzberger S. 322: „In Berlin hatte man sich noch lebhaft darüber auseinandergesetzt, ob statt des Wortes ‚Grundlage‘ ‚Ausgangspunkt‘ oder ‚Programmpunkt der Verhandlungen‘ gewählt werden sollte.“

<sup>8)</sup> Bezieht sich auf Wilsons sog. Völkerbundsrede; vgl. Schulthess 1918/II S. 588 ff. Die 5 Punkte a.a.O. S. 591 f.

<sup>9)</sup> Am 2. 10.; vgl. Nr. 12 Anm. 5.

Annahme der 14 Punkte gibt vielleicht unnötig Elsaß-Lothringen und Deutsch-Polen preis mit Danzig. Man muß es sehr schwer nehmen, von vornherein so zu verzichten. Wilson wird dieses Entgegenkommen in Hergabe umkämpfter Kleinstaaten als Schwäche auslegen und uns auf Hergabe E[lsaß-] L[othringens] und Deutsch-Polens festnageln. Vorgeschlagene Fassung ist für jeden, der guten Willen hat, annehmbar. Wo schlechter Wille ist, nimmt man Konzession an und gibt doch keinen Frieden. Nicht augenblicklicher Verzagtheit nachgeben. Nach Tagen oder Wochen kommt auch wieder Aufschwung.

**Freiherr von Stein:** Ist der Schritt jetzt nötig? Wenn ja, dann ist „Ausgangspunkt“ Handhabe für Deutelei. Vorschlag: „Nimmt Programm als Grundlage an.“

**Scheidemann**<sup>10)</sup> warnt vor Zweideutigkeit. Wie Gröber. Zeit zum Ablehnen ist für Wilson zu günstig. Verzweifelnde Mitteilungen der OHL zwingen dazu, jede solche Handhabe zu entfernen.

Einwände Solfs sehr beachtlich. Zusatz Payer empfehlen. — Alle englischen und französischen Kundgebungen haben sich auf Wilsons Kundgebung berufen.

**Reichskanzler:** Zwei Dinge entscheidend:

- a) Note muß Erfolg haben.
- b) Keine Deutelei zulässig.

Fraglich, ob Note zum Ziel führt. Wilson hat einmal gesagt, er müsse auf Verhandlungen aller Staaten bestehen. Also hineinsetzen, daß Wilson auch auf England und Frankreich hinweist. Wir kommen nicht zum Ziel ohne zu sagen: 14 Punkte sind Richtschnur für Verhandlungen. — Zu erwägen: Angebot an alle ohne gegenständliche Präzisierung.

**Solf:** Ist es wahr, daß andere kriegführende Mächte 14 Punkte anerkannt haben?

**von Hintze:** Nein! Amerika macht günstigeren Propos. — Vorschlag Scheidemann akzeptabel. Zwischen „Ausgangspunkt“ und „Grundlage“ kein Unterschied in englischer Fassung. Vieldeutigkeit für Inland zulässig, für Ausland nicht.

**Solf:** M.W. haben andere Staaten zu 14 Punkten zugestimmt.

**Kriegsminister [von Stein]:** Wir sind keineswegs so hilflos, wenn wir noch geschlossene Front am Feinde haben. Bin gleicher Ansicht wie Payer. Hat Wilson wirklich Friedensideen, so kann er vorliegende Fassung nicht ablehnen.

<sup>10)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 176: „Am nächsten Abend [wegen der Datierung s. Anm. 1], als ich in einem Berliner Restaurant mein Abendbrot einnahm, wurde mir telefonisch mitgeteilt, daß mich der Vizekanzler v. Payer gleich erwarte. Selbstverständlich folgte ich der Einladung sofort. Zu meiner großen Überraschung war v. Payer aber nicht in seiner Wohnung, sondern im Kreise der alten und neu ernannten Staatssekretäre in einem Parterre-Konferenzsaal versammelt. Die Herren waren alle in schwarzen Gehröcken erschienen, so daß ich mich in meinem grauen Arbeitsanzug wahrscheinlich recht proletarisch angenommen habe. Mein Erstaunen wurde aber noch größer, als mich der Vizekanzler mit den Worten begrüßte: ‚Exzellenz Scheidemann, ich heiße Sie als Staatssekretär in unserem Kreise willkommen, wir sind bereits inmitten einer wichtigen Beratung.‘ Ich verbeugte mich und nahm Platz.“

**von Waldow:** Wie Kriegsminister. — Schlechte Kohlenlage bei Feind. Auch Gegner in schwieriger Lage. Nicht zuviel von vornherein preisgeben.

**von Breitenbach:** Wie Waldow und Payer. Lebhaftes Bedenken gegen Streichung der Worte: „Als Ausgangspunkt“. Verlust Deutsch-Polens für Reich und Preußen nicht zu ertragen. Bin auch für Einfügung: „Mitteilung an andere Staaten“.

**von Krause:** Dilemma furchtbar. — Lieber die Gefahr auf uns nehmen, daß abgelehnt wird. „Grundlage“ ist aber besser als „Ausgangspunkt“. Note ist an alle zu richten durch Wilsons Vermittlung.

**von Hintze:** Vorschlag Payer ist für Feind identisch. — Wir haben schon lange sekrete Verbindungen angeknüpft. Ein Verbindungsmann nach Washington sagt: Neue Regierung sollte sofort nach Verfassungsänderung Wilson offiziell mündlich verständigen. Betonen: „Deutsches Volk tritt durch seine neue Regierung an Wilson heran“. Amerikaner hat hervorragende Stellung mit Zutritt zum W[eißer] Hause.

**Solf:** Mit Einfügung „an andere“ einverstanden.

**von Hintze** verliest nochmals endgültige Fassung.

**Rüdlin:** Besser „Basis“ als „Ausgangspunkt“.

**Friedberg:** Nur kein Unterschied zwischen deutschem und englischem Text.

**Reichskanzler:** „Basis“ ist wohl das beste.

**von Waldow:** „Programm“ nicht „Punkte“.

**Scheidemann:** Derselben Ansicht.

**[Freiherr von] Stein:** In österreichischer Note<sup>11)</sup> steht „Grundlage“.

**Reichskanzler:** Geht Österreich-Ungarn analog vor?

**von Hintze:** Fast wörtlich gleiche Note. Bittet um Grundlage für Reichstags-Grundlage [sic] an Sprecher des Kongresses.

**Scheidemann:** Reichstagspräsident wird nach Reichskanzler-Rede vertagen und dann Kundgebung festlegen.

**von Haniel:** Wilson hat Note frühestens Montag.<sup>12)</sup>

**von dem Bussche:** Nacht 3./4. nach Bern. Von da 1½ bis 2 Tage nach Washington, wo sie Sonnabend sein kann.<sup>13)</sup>

<sup>11)</sup> Vom 4. 10. 1918; vgl. Schulthess 1918/II S. 618 f.

<sup>12)</sup> 7. 10. 1918.

<sup>13)</sup> Die vom 3. 10. datierte erste deutsche Note an Wilson ging in der Nacht vom 3. zum 4. 10. um 1 Uhr 10 telegraphisch nach Bern ab und wurde von dort am 4. 10. um 16 Uhr 45 nach Washington weitergeleitet, wo sie der schweizerische Gesandte am Morgen des 7. 10. zusammen mit der österreichischen Note Staatssekretär Lansing übergab. Für den Wortlaut vgl. Amtliche Urkunden S. 74; Waffenstillstand I S. 11; Prinz Max S. 352; Urkunden der OHL S. 535; WUA 2 S. 316; Schulthess 1918/II S. 608; Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 14; Scheidemann, Memoiren II S. 203 f.

## 20.

## 4. 10. 1918: Stresemann an Fischbeck

Nachlaß Stresemann 194 (6910)<sup>1)</sup>, Durchschlag.<sup>2)</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege!

Das mir von Ihnen gestern überreichte, von den Mehrheitsparteien des Reichstags entworfene und von Sr. Majestät dem Kaiser und dem zukünftigen Reichskanzler gebilligte Programm<sup>3)</sup> habe ich der nationalliberalen Reichstagsfraktion vorgelegt. Durchdrungen von dem Wunsche<sup>4)</sup>, eine Einigkeit unseres Volkes auf einer möglichst breiten Grundlage zu sichern, und im Hinblick auf die gegenwärtige ernste Lage unseres Vaterlandes<sup>5)</sup> hat die Fraktion einmütig beschlossen, sich auch ihrerseits auf den Boden dieses Programms zu stellen.<sup>6)</sup> Wir sind

<sup>1)</sup> Das Schreiben ist im Wortlaut veröffentlicht in der „Vossischen Zeitung“, 5. 10. 1918, Abendblatt, und „Frankfurter Zeitung“, 6. 10. 1918, 1. Morgenblatt. Die „Vossische Zeitung“ a. a. O. fügt dem Abdruck folgenden Auszug aus einem Kommentar der „Nationalliberalen Korrespondenz“ an: „Die außergewöhnlichen Ereignisse der letzten Zeit hatten die Fraktion bereits dazu veranlaßt, gegenüber dem sogenannten sozialdemokratischen Mindestprogramm eigene Richtlinien [vom 27. 9. 1918; vgl. Quellen I/II S. 713 ff. bes. Anm. 7, 8 und 13] aufzustellen, die ihren Standpunkt zu den großen Fragen der inneren und auswärtigen Politik umrissen. Vergleicht man diese nationalliberalen Richtlinien mit dem Programm der Mehrheitsparteien, so wird man das eine sagen können, daß sich das Programm den nationalliberalen Richtlinien in vielen Beziehungen annähert. Teilweise gingen sogar die nationalliberalen Richtlinien über das jetzige Mehrheitsprogramm hinaus. Dies betrifft beispielsweise die Aufhebung des Artikels 9, Absatz 2 der Reichsverfassung, die in dem Programm der Mehrheitsparteien nicht gefordert wird. Eine große Reihe sozialdemokratischer Forderungen, die für die nationalliberale Fraktion unannehmbar gewesen wären, ist anscheinend auch bei den übrigen bürgerlichen Fraktionen auf Ablehnung gestoßen. So findet sich in dem Programm der Mehrheitsparteien nicht mehr die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts für alle Bundesstaaten durch Reichsgesetz. Jedoch wird die Einführung solcher Reformen dort, wo der jetzige Zustand es erfordert, angestrebt.“ — Vgl. auch Schulthess 1918/I S. 318.

<sup>2)</sup> A. a. O. auch ein 3. 10. 1918 datiertes maschinenschriftl. Konzept mit eigenhändigen Korrekturen Stresemanns, die in den Anmerkungen berücksichtigt werden.

<sup>3)</sup> Das im Nachlaß Stresemann 194 (6910) überlieferte Exemplar des erst am 5. 10. veröffentlichten Programms der Mehrheitsparteien vom 30. 9. 1918 (s. Quellen I/II S. 779 ff.) ist durch umfangreiche eigenhändige Streichungen, Ergänzungen und Änderungen, bei denen Stresemann auf die „Richtlinien“ der nationalliberalen Reichstagsfraktion vom 27. 9. 1918 (vgl. Quellen I/II S. 713 ff. bes. Anm. 7, 8 und 13) zurückgreift, stark umgestaltet. Auf der Vorlage hat Stresemann weiter vermerkt: „Frakt[ion]“ / „40 Exempl. bis ½6 Uhr an mich. St. 3. 10. 1 ½ Uhr.“ Das heißt, daß jedem Fraktionsmitglied ein Exemplar in die Hand gegeben werden sollte und daß Stresemann zu diesem Zeitpunkt noch hoffte, namens der nationalliberalen Fraktion mit den Mehrheitsparteien über eine Modifizierung des Programms verhandeln zu können.

<sup>4)</sup> Im Konzept (s. Anm. 2) gestr.: „in dieser Zeit ernster Entscheidungen“.

<sup>5)</sup> A. a. O. gestr.: „veränderte Weltlage“.

<sup>6)</sup> Dazu Haußmann S. 238 über die Fraktionssitzung der Fortschrittlichen Volkspartei vom 3. 10., 19 Uhr: „Fischbeck referiert. Wird während des Referats zweimal abgerufen. Teilt nach der ersten Rückkehr mit, daß die Nationalliberalen unser Programm angenommen und in den interfraktionellen Ausschuß eintreten wollen.“ Demnach dürfte der Beschluß der natio-

daher bereit, gemeinsam mit den Mehrheitsparteien an der Durchführung dieses Programms mitzuarbeiten und die kommende Reichsleitung mit allen Kräften zu unterstützen.

In kollegialer Hochachtung  
Ihr sehr ergebener

---

nalliberalen Fraktion bereits am Abend des 3. 10. (nicht am 4. 10., wie es bei Schulthess 1918/I S. 318 heißt) erfolgt sein, worauf auch die Datierung des Konzepts (s. oben Anm. 2) hindeutet. In der Fraktionssitzung der Fortschrittlichen Volkspartei vom 5. 10., 15 Uhr, nahm Fischbeck Bezug auf die hier nach dem Durchschlag wiedergegebene Ausfertigung vom 4. 10.; vgl. Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript: „*Stresemann* teilt mit, daß seine Freunde angesichts der Lage das Programm einstimmig annehmen.“

## 21.

### 4. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.)<sup>1)</sup>. Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 4. Okt. 1918, 1 Uhr mittags über die Aufnahme der Nationalliberalen.“<sup>2)</sup>

Scheidemann, Dove, Gothein, Müller-Meiningen, Gröber, David, Erzberger, Fischbeck, Südekum, Trimborn, Ebert, Herold, Wiemer.

**Fischbeck:** Dr. Stresemann hat gestern abend, nachdem ich ihm das Programm mitgeteilt hatte<sup>3)</sup>, gesagt, daß die Nationalliberalen sich einstimmig auf den Boden des Programms stellten.<sup>4)</sup> Sie erhoben nicht den Anspruch, daß ein neues Mitglied in die Regierung eintrete; auch er selbst nicht. Er kam weiter mit dem Gedanken, ob es nicht möglich wäre: sie wollten an Friedberg herantreten und ihm sagen, ob er nicht etwa ein Staatssekretariat ohne Portefeuille neben seinem Vizepräsidium annehmen würde, damit sie in der Regierung vertreten wären. Da ist mir aber gesagt worden, daß in dieser Woche die Sache fertig sein soll; was etwa noch weiter zu kommen habe, das solle in Ruhe durchgesprochen werden. Sie unterstützen die Regierung, auch wenn kein neuer Mann in die Regierung kommt.

**Dove:** Wenn sie Rießer nicht daneben haben wollen, bin ich mit der Sache einverstanden.

**Erzberger:** Mir ist gesagt worden, daß die Nationalliberalen noch einen Unterstaatssekretär haben möchten im preußischen Kultusministerium; dafür käme wohl van Calker in Betracht.

<sup>1)</sup> Vgl. David, Kriegstagebuch, 4. 10. 1918: „Interfraktionelle Konferenz: Eintritt der Nationalliberalen zugestimmt.“

<sup>2)</sup> Die Sitzung, die um 10 Uhr beginnen sollte, war, wie Fischbeck am 4. 10. Stresemann mitgeteilt hatte (eigenhändig, Nachlaß Stresemann 194 [6910]), wegen einer anderweitigen „dringlichen Besprechung“ Fischbecks auf 1 Uhr verschoben worden: „Danach, etwa 2 Uhr, bitte ich mich in Deinem Zimmer [im Reichstag] zu erwarten.“

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 20.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 20.

**Fischbeck** schlägt vor, sich einstweilen zu vertagen.

**Gröber:** In den Kreisen des Zentrums ist besprochen worden, ob nicht morgen nach der Rede des Reichskanzlers<sup>5)</sup> der Präsident eine kleine Rede halten sollte, zum Zwecke der Ermutigung von Heer und Volk. Das ließe sich nur machen, wenn die Parteien damit einverstanden sind. Fehrenbach wäre bereit, den Seniorenkonvent zu diesem Zwecke zusammenzuberufen. Eine Erörterung könnte sich natürlich an diese Rede nicht anschließen.

**Dove:** Uns (den vier Präsidenten)<sup>6)</sup> wurde mitgeteilt, daß der Wunsch besteht, daß auch seitens der Präsidenten ein Telegramm an Kongreß oder Wilson gerichtet würde. Das könnte auch nicht ohne Kenntnis des Reichstags geschehen. Das ist eine schwierige Aufgabe.

**Fischbeck:** An den Kongreß zu telegraphieren, dagegen habe ich keine Bedenken. Diese Aktion ist wohl schon im Werke.

**Scheidemann:** Inzwischen ist die Sache schon etwas überholt. Der Plan des Präsidenten war eigentlich angeregt worden vom Auswärtigen Amt selbst.<sup>7)</sup> Dort ist man der Meinung, daß es guten Eindruck machen würde, wenn man von Volksvertretung zu Volksvertretung reden würde. Aber wenn morgen der Reichstag schon sitzt, die Note allgemein bekannt wird und dann etwa Fehrenbach spricht, dann ist kein Anlaß zu einem Telegramm. Fehrenbach will natürlich keine Drohung usw. aussprechen. Er will sich mit allen Fraktionen darüber in Verbindung setzen.

Der Plan, sich an den Kongreß zu wenden, ist bekämpft worden von dem Gesichtspunkt aus, daß Wilson sich dadurch gekränkt fühlen könnte.

Den Abschluß durch Fehrenbach halte ich für gut.

**Erzberger:** Fehrenbach müßte etwas machen, und er wird es gut machen. Dann warne ich dringend vor einer Depesche an den Kongreß. Das macht die Note kaputt. Wilson ist ein eitler Narr, wie mir gute Kenner von Amerika gesagt haben.

**Fischbeck:** Gegen den Plan mit Fehrenbach keine Einwendung.

**Gröber:** Es besteht ein Wunsch, daß man nicht gleich am Montag<sup>8)</sup> weitertagen sollte, sondern man solle so lange warten, bis eine Antwort Wilsons eingetroffen ist. Für den Reichstag wäre es außerordentlich angenehm, wenn er seine Debatte mit Stellungnahme Wilsons halten könnte. Am Montag kann die Antwort nicht da sein, nicht vor Dienstag abend. Ist es da nicht besser, die Weiterführung der Debatte zu verschieben? Dann hätten wir die Annehmlichkeit, unter Kenntnis der Antwort die Debatte zu führen. Um die zwischenliegenden Tage auszufüllen, könnte man dem Hauptausschuß täglich von den einlaufenden Depeschen Kenntnis geben.

**Müller-Meinigen:** Die Leute werden alle heimfahren.

<sup>5)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6150 ff. Dazu Nr. 23.

<sup>6)</sup> Gemeint: dem Präsidenten mit den drei Vizepräsidenten des Reichstags.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 7.

<sup>8)</sup> 7. 10. 1918.

**Südekum:** Bedenken dagegen. Vielleicht wäre es noch besser, den Reichstag am Sonntag tagen zu lassen.

**Ebert:** Wenn die Parteien nicht Stellung nehmen, dann geben wir der Presse Zeit, einen Stoß gegen rechts zu richten. Am Sonnabend nach einer kurzen Vertagung durch die Parteien in kurzen Erklärungen Stellung nehmen. Bis die Antwort kommt, kann doch sehr viel Zeit vergehen. So lange kann der Reichstag nicht schweigen.

Mit Gröber bin ich einverstanden, die große politische Debatte nicht vonstatten gehen zu lassen, bevor wir die Antwort kennen. Aber die Fraktionen können kurz Stellung zur Note und zur Regierung nehmen.

**Herold:** Man weiß doch nicht, wie die Äußerungen ausfallen, namentlich wie die Unabhängigen reden werden. Könnte nicht die Rede des Präsidenten für den ganzen Reichstag gehalten werden?

**Erzberger:** Erfreuliche Übereinstimmung darüber, daß die große politische Debatte nicht vor der Antwort stattfindet. Aber am besten in kurzen formulierten Erklärungen Stellung nehmen. Dann Präsident und dann Schluß. Dann ein paar Tage warten.

**Fischbeck:** Vor den Unabhängigen habe ich keine Sorge. Vor einigen Tagen war Haase sehr verständig, auch gestern war er sehr vernünftig. Diejenigen, die etwa dagegen auftreten werden, sind vielleicht die Alldeutschen. Das schadet aber gar nichts. Natürlich müßte die Sache so sein, daß es in knappen formulierten Sätzen geschähe.

**David:** Die optimistische Auffassung über das Verhalten der Unabhängigen teile ich nicht. Sie halten wohl die Stunde für gekommen, eine sehr scharfe Abrechnung vorzunehmen. Aber morgen müssen wir uns davor schützen, daß der Schritt aus der Initiative der Regierung und der Mehrheit vorgenommen sei. Die Wirkung wird furchtbar sein. Man ahnt noch gar nichts von der harten Wirklichkeit. Morgen wird das ein Sturz aus allen Himmeln werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß die konservative Presse es so darstellen wird, daß die Krisis von der Mehrheit herbeigeführt sei. So wird es hingestellt werden. Die unaufgeklärte Bevölkerung wird nach einem Schuldigen suchen! Die Regierung kann nicht mit der Klarheit diese Schuldfrage feststellen, wie sie eigentlich müßte. Sie sollte es immerhin so weit tun, wie es möglich wäre. Aber das Parlament muß es tun. Diese gewaltige Gefahr muß man ins Auge fassen. Die Erklärungen müssen in dieser Beziehung alle gleich klar und gleich scharf das zum Ausdruck bringen.

**Gothein:** Ich würde es für sehr bedenklich halten, wenn wir in diesen Erklärungen irgendwelche Abrechnungen halten würden. Das dürfen wir in diesem Augenblick nicht machen. Es darf kein Akt des Defätismus sein.

**Wiemer:** In diesen kurzen Erklärungen liegt auch eine Gefahr. Es muß bekämpft werden, daß es so aufgefaßt wird, als ob die neue Regierung daran Schuld trüge. In den Erklärungen läßt sich das aber nicht machen. Wenn wir zu den kurzen Erklärungen kommen, dann wird man eine gewisse Eintönigkeit vermeiden müssen, damit keine Monotonie eintritt.

**Gröber** hält am ursprünglichen Gedanken fest, daß solche Parteierklärungen vermieden werden sollen. Wenn man mal anfängt, dann werden die Verschiedenheiten zum Ausdruck kommen, und dann wird unter Umständen ein Bild hervorgerufen, wo die Feinde Nutzen daraus ziehen. Man darf es ihnen nicht zu bequem machen.

**David:** Ich sehe die von mir geschilderte Gefahr sehr groß. Stellen Sie sich die ganze öffentliche Meinung unseres Volkes vor. Die Leute wissen gar nichts von den Dingen. Das ist ein Blitz aus heiterem Himmel. Wenn die neue Regierung sofort mit einem Friedensangebot an Wilson kommt! In unserem Volk über Sonntag hin mit diesem Keulenschlag — das ist gar nicht ausdenkbar! Es muß gesagt werden, daß die Oberste Heeresleitung zu diesem Schritt gezwungen hat. Wir müssen klarstellen, daß nicht wir die Verantwortung an diesem Schritt tragen.

**Fischbeck:** Man muß retten für das Vaterland, was zu retten ist; da muß man sich auch eine Zeitlang ansputzen lassen können. Wir haben alles darauf anzuspannen, daß das Ausland keinen zu ungünstigen Eindruck bekommt. Ich möchte dringend vor einer solchen Debatte warnen.

**Müller-Meinigen:** Die Gefahr ist tatsächlich vorhanden und ist riesengroß. Aber hätte denn nicht der Reichskanzler die Verpflichtung, darüber ein Wort zu sagen?

**Erzberger:** Im jetzigen Augenblick ist mir die internationale Wirkung wichtiger. Wir wollen den Frieden; da dürfen wir den Eindruck nicht abschwächen. Man will sogar den Eindruck erwecken, daß das eine Tat der neuen Regierung ist. Unser Volk ist auf alles vorbereitet. Für das Innere braucht man nicht zu viel Sorge zu haben. Ich trage lieber das Odium innenpolitisch, als daß ich für das Ausland wirken will.

**Gröber:** Ich war bei Fehrenbach und habe mich danach erkundigt, wie er sich dazu stellt. Er hat gesagt, die Konservativen seien damit einverstanden. Die Konservativen können dann, wenn die Partei damit einverstanden ist, in ihrer Presse nicht allzu große Schwierigkeiten machen. Es ist das Wort gefallen von der Schuld der Obersten Heeresleitung. Wenn wir etwas vermeiden müssen, dann in diesem Moment dieses. Man muß auch sagen, daß bis jetzt das Vertrauen [gegenüber der]<sup>9)</sup> Heeresleitung vorhanden war. Wenn wir das noch umstürzen, dann ist auch kein Halt mehr in der Armee. Wie wird es wirken, wenn der Fall eintreten sollte, daß Wilson das Angebot ablehnt? Wie wird sich die Front halten? Wird sie nicht wanken? Da könnte eine schwere Gefahr eintreten. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, daß es geht wie in Rußland und Bulgarien. Da muß man vorbeugen. Man muß nichts provozieren, was außerordentlich gefährlich ist.

Ich komme auf den Gedanken zurück, daß nur der Präsident eine Erklärung abgibt. Die Gefahr ist so groß, daß wir das kleinere Übel in Rechnung stellen sollten.

**Gothein:** Wenn wir angegriffen werden, so müssen wir das auf uns nehmen. Die Stimmung im Volk ist schon sehr weit vorbereitet. Es kommt hinzu, daß

<sup>9)</sup> Im Or.: „gegen die“.

die Nationalliberalen die Sache mitmachen; auch Gamp<sup>10)</sup> macht mit. Durch die Erklärungen wäre die Presse der Parteien festgelegt. Mit den Polen kann man vielleicht reden. Sie dürfen natürlich keine Erklärung abgeben, die darauf abgeht, daß die Polen aus Deutschland herauswollen. Die Elsässer werden eine glänzende Erklärung abgeben.

Ich bin dafür, daß kleine Erklärungen gemacht werden. Dazu Seniorenkonvent um 10 Uhr einzuberufen und vorher Besprechungen mit den Fraktionsführern.

**David:** Wenn man eine Erklärung der Nationalliberalen und Freikonservativen bekommt, ist es sehr geeignet, die Gefahr zu brechen. Wenn die Note von Wilson abgelehnt wird, das hat eine auflösende Wirkung in der Armee. Der Rückstoß im Volk! Dann geht es gegen die neue Regierung. Die Note hat ein Waffenstillstandsangebot. Dann ist die Note durch die Heeresleitung gedeckt. Wie ist es international? Ich schätze die Möglichkeit einer zustimmenden Erklärung nicht allzu hoch ein. Die Entscheidung wird nach der militärischen Lage fallen. Wenn sie glauben, sie können es zwingen, dann lehnen sie ab. Dann müssen wir weiter halten. Wenn das aber alles als Aktion der Regierung geht, womöglich ohne die Oberste Heeresleitung, dann sagt man uns, wir hätten Schuld.

**Müller-Meinigen:** Der Reichskanzler gibt doch eine Erklärung ab. Das kann er doch nicht tun ohne die Zustimmung der OHL. Da müßte er doch eine Erklärung abgeben können! 5 Erklärungen hintereinander machen einen schlechten Eindruck. Kann nicht für die 4 Parteien der Mehrheit eine Erklärung gemeinsam abgegeben werden? In diesem Augenblick wäre es wohl das Richtige.

**Ebert:** Der letzte Vorschlag hat etwas für sich. Aber wenn wir so prononciert als Regierungsblock hervortreten, dann provozieren wir die anderen Parteien noch mehr. Es kann nicht verkannt werden, daß im ersten Augenblick der Westarp entschieden Verwahrung eingelegt hat.<sup>11)</sup> Besser ist es doch, man bleibt dabei, daß der Reichstagspräsident sich erklärt. Aber man muß die Rede des Reichskanzlers<sup>5)</sup> kennenlernen; er muß die Öffentlichkeit präparieren! Wenn das geschieht, dann sollte man die Sache laufen lassen.

**Wiemer:** Sollte eine Zusammenfassung der Parteien stattfinden, dann müßten die Nationalliberalen [ihre Erklärung] doch gesondert abgeben.

**Trimborn:** Also jetzt nicht ausdrücklich sagen, daß die OHL mit dem Schritt einverstanden sei. Aber für die Zukunft muß das denn doch festgestellt werden. Darauf müssen wir doch Bedacht nehmen. Der Gedanke ist in unseren Kreisen erwogen worden. Vielleicht läßt sich das durch aktenmäßige Vorgänge in der Reichskanzlei durch eine Niederschrift feststellen. Irgendwie muß das jedenfalls festgestellt werden. Damit das auch verwertet werden kann. Da müssen wir uns decken.

<sup>10)</sup> Karl Frhr. von Gamp-Massaunen, M.d.R. (Reichspartei) seit 1884.

<sup>11)</sup> Bezieht sich vermutlich auf die Unterredung zwischen Westarp und Roedern am Mittag des 4. 10., in der Graf Westarp namens seiner Fraktion die Ablehnung des „[Friedens-]Angebotes“ und „vor allen Dingen“ der Festlegung auf Wilsons 14 Punkte begründet hatte; vgl. Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 14.

Ich nehme an, daß die Mitteilung am Sonnabend katastrophal wirken wird.<sup>12)</sup> Da ist mir der Gedanke gekommen, ob es richtig ist, daß der Reichskanzler alles so ganz klar darlegt. Ist es nicht besser, die öffentliche Meinung erst allmählich darauf vorzubereiten? Wenn er sich allgemeiner faßt, dann ist die öffentliche Meinung besser darauf vorbereitet. Von einer Seite bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, daß es auf Wilson am besten wirken würde, wenn der Reichskanzler möglichst seinen Namen gar nicht erwähnen würde. Das würde seiner Mentalität viel besser entsprechen.

**David:** Was Trimborn sagt, das läßt die Annahme offen, als ob dieser Schritt für morgen noch nicht definitiv vorgesehen sei. Ich nahm an, daß die Note offiziell mitgeteilt werden soll. Ich meine, das sei bereits Beschluß. Wenn die Note mitgeteilt wird, dann halte ich es ihrer Wirkung nicht für abträglich, wenn gesagt wird, daß man mit allen in Betracht kommenden Instanzen gemeinsam vorgeht.

**Gröber:** „Im Einvernehmen mit allen Stellen“, dagegen habe ich keine Bedenken. Ich habe nur Bedenken, daß man ausdrücklich die OHL nennen werde. In den letzten Tagen sind eine Reihe von Telegrammen gekommen, die über die militärische Lage keinen Zweifel lassen. Davon kann man Abschriften beschaffen. Auch Hindenburg hat bei seiner Anwesenheit in Berlin sich so ausgesprochen.<sup>13)</sup> Es sind genaue Protokolle vorhanden. Wir sollen Einblick darin bekommen. Auch in die Akten des Reichstages sollte eine Abschrift gefertigt werden.

**Fischbeck:** Morgen kann nicht bloß allgemein geredet werden. Dazu den Reichstag einzuberufen, um bloß allgemeine Andeutungen zu machen, das geht nicht. Die Note ist doch schon in Amerika.<sup>14)</sup> Von dort wird es gekabelt nach London und Paris. Morgen kennt sie die ganze Welt.

Keine Erklärungen. Bei der Präsidentenerklärung bleibt es. Sie soll bekanntgegeben werden.

<sup>12)</sup> Dazu auch die unveröffentlichten Lebenserinnerungen des damaligen zweiten Bürgermeisters von Frankfurt und späteren Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe (Nachlaß Luppe 9): „Aber am 5. 10. begann der Zusammenbruch. Ich nahm nach einer Sitzung in Jugendamtssachen in Berlin am 5. Oktober an einer Sitzung des Arbeitsnachweisverbandes teil. Nach derselben ging ich zum Reichstagsgebäude, um das Ergebnis der Reichstagssitzung und die Kundgebung der neuen Regierung abzuwarten. Zuerst erschien Müller-Meinigen. Er war völlig niedergeschlagen und sagte mir nur kurz: ‚Es ist alles verloren, wir haben nicht nur um Frieden, sondern auch um Waffenstillstand nachsuchen müssen.‘ Dann kam unser Frankfurter sozialdemokratischer [Abg.] Dr. Quarek und bestätigte die Kunde. Die neue Regierung hätte lieber alles andere getan, aber die Oberste Heeresleitung habe sie zu dem Schritt gezwungen. Ebert habe ihnen aus der Fraktionsführersitzung berichtet, dort habe Hindenburgs Vertreter Ludendorffs Forderung auf sofortigen Waffenstillstand mündlich bekräftigt, die Front halte nicht mehr, es könne jeden Augenblick die Nachricht kommen, daß sie völlig durchbrochen sei. Die Franzosen könnten in 8 Tagen in Frankfurt sein, er empfehle mir, sofort nach Frankfurt zurückzufahren, man sollte dort einen Wohlfahrtsausschuß einsetzen. Der Finanzdezernent möge sich mit Geld versehen und alles für eine Besetzung vorbereiten.“

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 12 Anm. 5.

<sup>14)</sup> Dazu Nr. 19 Anm. 13.

Morgen nach dem Seniorenkonvent.<sup>15)</sup> Interfraktionell. Die Nationalliberalen erscheinen dann mit.<sup>16)</sup>

<sup>15)</sup> In der Sitzung des Seniorenkonvents am 5. 10. wurde nach Haußmann S. 239 f. darüber debattiert, ob sich an die Rede des Reichskanzlers eine Aussprache anschließen sollte. Schließlich sei beschlossen worden, es bei einer zustimmenden Erklärung des Reichspräsidenten Fehrenbach „namens des Volkes und der großen Mehrheit des Reichstags“ zu belassen. Westarps Äußerung, es werde „einen besseren Eindruck machen, wenn die Konservativen wegbleiben“, habe allgemeine Zustimmung gefunden. — Dazu Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 19 f.: „Eine Debatte über diese Rede [des Reichskanzlers] wurde nicht beliebt [ . . . ] In den Vorbesprechungen hatten wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir dem Friedensangebot nicht zustimmen könnten. Auf unsere Veranlassung ist es daher auch zurückzuführen, daß Präsident Fehrenbach in seiner Erklärung [Sten. Berichte Bd. 314 S. 6153] nur von der ‚Mehrheit‘ des Reichstags sprach.“ — Für die Beschlüsse des Seniorenkonvents vgl. weiter SPD-Fraktion, 5. 10. 1918 (Bericht Eberts), sowie Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript, Niederschrift über die Fraktionssitzung der Fortschrittlichen Volkspartei vom gleichen Tage, wo es bei der Wiedergabe von Fischbecks Referat u. a. heißt: „Alle einstimmig, nur Westarp schloß sich aus.“ Haußmann wandte sich in der Fraktion, wie er es bereits im Seniorenkonvent getan hatte (vgl. Haußmann S. 239), nochmals gegen das „Schweigen des Parlaments“, das in dieser Situation dem neuen Kanzler an sich ein ausdrückliches „Vertrauensvotum“ erteilen müsse. Dazu auch Haußmann S. 219.

<sup>16)</sup> Eine Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 5. 10. ist nicht belegt.

## 22.

### 4. 10. 1918: Aufzeichnung Erzbergers

Nachlaß Erzberger 55, Durchschlag. Überschrift: „4. Oktober 1918. Zur Krisis.“<sup>1)</sup>

Vormittags 11 ½ Uhr Besuch von Herrn Baron von Schmidthals<sup>2)</sup>, im Auftrage von Herrn von Payer, der mich fragte, ob ich damit einverstanden sei, wenn ich als Staatssekretär a latere ernannt würde. Ich erklärte mich damit einverstanden.

Mittags ½2 Uhr teilte mir Herr von Bergen mit, daß Exzellenz Solf Staatssekretär des Auswärtigen Amtes würde. Ich möchte mich einverstanden erklären, das Unterstaatssekretariat im Auswärtigen Amt zu übernehmen. Ich sagte, daß ich mit meinen Freunden Rücksprache nehmen müßte. Ich ließ dann durch Abgeordneten Gröber und Pfeiffer mitteilen<sup>3)</sup>, daß ich es ablehnen würde, dieses Amt anzunehmen, da dem Zentrum ein Staatssekretariat zugesagt worden sei und ich nicht als Unterstaatssekretär arbeiten könnte, zumal mit Solf, der nichts von der Politik verstehe.

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 311 und Epstein S. 262, der den 2. und 4. Absatz dieser Aufzeichnung in englischer Übersetzung abdruckt.

<sup>2)</sup> Legationsrat im Auswärtigen Amt.

<sup>3)</sup> Darauf bezieht sich wohl die Bemerkung bei Prinz Max S. 357, daß das Zentrum „in drängender Form“ auf Erzbergers Berufung bestanden habe.

4½ Uhr teilte ich an Geheimrat von Rosenberg dasselbe mit.

6½ Uhr teilte mir Herr von Payer mit, daß der Kaiser mich zum Staatssekretär ohne Portefeuille ernannt habe.<sup>4)</sup> Mein Aufgabenkreis würde mir später zugeteilt werden.<sup>5)</sup>

<sup>4)</sup> Nach Prinz Max a.a.O. hat der Kaiser Erzbergers Ernennung „nur widerstrebend“ vollzogen. Vgl. auch Nr. 13 Anm. 5.

<sup>5)</sup> Erzberger erhielt die Propaganda (Zentrale für Heimatdienst und Kriegspresseamt) als Ressort zugewiesen; vgl. Erzberger S. 313; Payer S. 126; Epstein S. 263.

## 23.

### Die Entstehung der Reichstagsrede des Prinzen Max von Baden vom 5. Oktober

23a: Nachlaß Haeften, Erinnerungen.<sup>1)</sup>

Die ganze Darstellung der Entstehung der Reichstagsrede<sup>2)</sup> im Buche des Prinzen Max Seite 353 und ff. ist, soweit meine Person in Betracht kommt, ungenau, z. T. unrichtig.

1. An der Herstellung bin ich in keiner Weise beteiligt gewesen, auch nicht als „Sachverständiger“.<sup>3)</sup> Ich bin am Nachmittag des 4. Oktober vorübergehend im Reichskolonialamt, wo der Ausschuß zur Anfertigung der Rede<sup>4)</sup> tagte, anwesend gewesen. Simons las mir große Teile der von ihm bearbeiteten außenpolitischen Ausführungen vor, mit denen ich mich einverstanden erklärte, während ich nach Anhörung des von Hahn<sup>5)</sup> bearbeiteten innenpolitischen Teiles gleich ernste Bedenken äußerte und sie als unmöglich bezeichnete.

2. Bei der Vorlesung der Rede des Prinzen Max<sup>6)</sup> in dessen Hotelzimmer durch ihn selbst<sup>7)</sup> war ich nicht anwesend, ebenso nicht Solf.<sup>8)</sup> Wir beide wohnten einer

<sup>1)</sup> Ebenso wie die als Nr. 23b abgedruckte Niederschrift Deutelmosers nach der Veröffentlichung der Erinnerungen des Prinzen Max von Baden (1927) entstanden.

<sup>2)</sup> Sten. Berichte Bd. 314 S. 6150 ff. (5. 10. 1918).

<sup>3)</sup> Vgl. Prinz Max S. 356.

<sup>4)</sup> Bei Prinz Max a.a.O. heißt es, er habe Simons und Hahn den Auftrag gegeben, die Redaktion der Rede zu übernehmen, und sie gebeten, Solf, Warburg, Haußmann und Haeften als Sachverständige zu Rate zu ziehen. Dazu auch Scheidemann, Memoiren II S. 192 ff. und Payer S. 120, der sich besonders über den „Geheimsekretär des Prinzen“ Kurt Hahn kritisch äußert: „Ein junger Herr von pazifistischem Einschlag, mit politischen Kenntnissen und stilistischer Veranlagung, aber ohne Erfahrung und nicht im Besitz der für solche Situationen erforderlichen Nerven, uns allen unbekannt und undurchsichtig, deshalb auch mit ziemlichem Mißtrauen und vom bürokratischen Standpunkt aus vielfach mit Abneigung angesehen“; ähnlich auch Scheidemann. Ferner Vietsch S. 200

<sup>5)</sup> Der Name ist im Or. nachträglich handschriftl. eingesetzt.

<sup>6)</sup> Für den Wortlaut des ersten Entwurfs vgl. Prinz Max S. 369 ff.

<sup>7)</sup> Prinz Max S. 360 berichtet, der Entwurf sei erst um 23 Uhr fertiggestellt gewesen.

<sup>8)</sup> A.a.O. wird der gleiche Personenkreis, einschließlich Haeften und Solf, wie auf S. 356 (vgl. oben Anm. 4) genannt.

zur gleichen Zeit vom Vizekanzler v. Payer einberufenen Sitzung bei, auf deren Tagesordnung die Beratung über die vom Prinzen Max am nächsten Tage im Reichstag zu haltende Rede stand. Anwesend waren m. E. außer dem Vizekanzler die Staatssekretäre Solf, Graf Roedern, [Unterstaatssekretär] Wahnschaffe<sup>9)</sup>...<sup>10)</sup> und eine Anzahl Vortragender Räte des Auswärtigen Amtes.<sup>11)</sup> Die Rede, die Simons und Hahn entworfen hatten, wurde vorgelesen; sie wurde einstimmig verworfen und aus innen- wie außenpolitischen Gründen als „ganz unmöglich“ bezeichnet. Der Vorschlag Payers, daß, wenn Prinz Max auf ihr bestehen sollte, sämtliche Staatssekretäre zurücktreten müßten, fand allgemeine Zustimmung. Ich sah eine neue Krise, deren Ende nicht abzusehen war, und die die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes auf unabsehbare Zeit verzögern mußte, im Entstehen. Diese Bedenken machte ich geltend. Daraufhin baten mich die Staatssekretäre Solf und Graf Roedern sowie Vizekanzler v. Payer, zu einer kurzen Rücksprache in das Nebenzimmer zu kommen. Hier ersuchten mich die Herren, auf den Prinzen Max einzuwirken, von dieser Rede Abstand zu nehmen, ich sei hierfür am besten geeignet, da ich dem Prinzen am nächsten stünde und er am ehesten auf mich hören würde. Zugleich wiesen auch sie auf die ersten Folgen einer neuen Kanzlerkrise hin. Ich erklärte mich bereit, diese Aufgabe zu übernehmen, da ich als Vertreter der OHL die Pflicht hatte, eine neue Kanzlerkrise und damit zugleich eine neue Verzögerung in der Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots zu verhindern.<sup>12)</sup>

Als ich das Zimmer des Prinzen im Hotel Adlon betrat<sup>13)</sup>, fand ich hier die [bei Prinz Max] auf Seite 360 bezeichneten Herren<sup>14)</sup> um den Prinzen versammelt, der ihnen die Rede vorlas.<sup>15)</sup> Ich berichtete dem Prinzen über den Verlauf der Sitzung beim Vizekanzler und über die drohende Gefahr einer neuen Kanzlerkrise.<sup>16)</sup> Im Hinblick hierauf müsse ich als Vertreter der OHL die Bitte aussprechen, von dieser Rede Abstand zu nehmen. Alle anwesenden Herren baten den Prinzen, unter diesen Umständen der Bitte der OHL zu entsprechen — außer Herrn Hahn<sup>17)</sup>, der sehr erregt dagegen sprach. Ich unterbrach ihn scharf mit den Worten: „Schweigen Sie — Sie sind der Landsturmmann Hahn, der in dieser ersten staatspolitischen Angelegenheit nicht mitzureden hat.“<sup>18)</sup>

<sup>9)</sup> Die Teilnahme Wahnschaffes, der erst am 10. 10. wieder mit der Leitung der Reichskanzlei betraut wurde (vgl. Schulthess 1918/I S. 335), muß als unwahrscheinlich gelten. Vielleicht liegt eine Verwechslung mit dem noch amtierenden Radowitz vor.

<sup>10)</sup> So im Or.

<sup>11)</sup> Für den Teilnehmerkreis vgl. Nr. 23b, wo der Beginn der Beratung auf „gegen 11 Uhr“ angesetzt wird.

<sup>12)</sup> Zu beachten ist die andere Nuancierung in Nr. 23b.

<sup>13)</sup> Nach Haußmann S. 238 0 Uhr 30; nach Prinz Max S. 367 um Mitternacht.

<sup>14)</sup> Vgl. Anm. 8.

<sup>15)</sup> Dazu Haußmann S. 238: „Der Prinz ging Abschnitt für Abschnitt durch und verfuhr klug und kritisch.“

<sup>16)</sup> Haeften brachte vor allem die Bedenken gegen die von Simons formulierten 14 Punkte vor, in denen detailliert und kritisch auf die 14 Punkte Wilsons eingegangen wurde. Vgl. Prinz Max S. 359, 361 ff., 368 f.; Haußmann S. 233.

<sup>17)</sup> Vgl. Prinz Max S. 368; Haußmann S. 239 („Nun kämpfte Hahn wie ein Löwe“).

<sup>18)</sup> Hahn war unter Haeften in der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes tätig gewesen.

Der Prinz brach die peinliche Szene damit ab, daß er mich in sein Schlafzimmer bat, wo wir uns in kurzer Zeit dahin einigten, daß der Prinz die Rede preisgab<sup>19)</sup> und mich beauftragte, den Vizekanzler zu ersuchen, eine neue Rede ausarbeiten zu lassen, die tragbar wäre.<sup>20)</sup> Ich entledigte mich sofort meines Auftrages. Herr v. Payer beauftragte seinerseits Deutemoser, den Reichspressechef, [Unter-] Staatssekretär Lewald vom Reichsamt d[es] I[nnern] und mich mit der Ausarbeitung der neuen Rede. Lewald sollte den innerpolitischen Teil, Deutemoser den außenpolitischen ausarbeiten. Am nächsten Morgen um 11 Uhr sollte die neue Rede durch Deutemoser dem Prinzen in der Reichskanzlei vorgelesen werden. Inzwischen war es 1 [Uhr] 30 nachts geworden. Ich begleitete Deutemoser auf sein Amtszimmer, wo wir zusammen den militärischen Teil der Rede festlegten;<sup>21)</sup> anschließend besprachen wir kurz den innen- und außenpolitischen Teil der Rede.

Gegen 3 Uhr nachts verließ ich Deutemoser und begab mich auf Solfs Wunsch in dessen Wohnung, wo ich Solf und Hahn in äußerst erregter Aussprache traf.<sup>22)</sup> Ich suchte zu vermitteln, jedoch ohne Erfolg. Gegen 4 Uhr morgens begab ich mich in meine Wohnung.

Am 5. Oktober gegen 9 Uhr morgens suchte ich Deutemoser im Auswärtigen Amt auf, wo er mir die gerade von ihm fertiggestellte Rede vorlas, die meinen vollen Beifall fand. In der Reichskanzlei traf ich [Unter-]Staatssekretär Lewald, dessen Rede (innerpolitische Teil) auch bereits fertig<sup>23)</sup> und m. E. ebenso wohl gelungen war wie die von Deutemoser bearbeitete außenpolitische. Ich trug dieses unverzüglich dem Prinzen Max vor und empfahl, aus beiden Entwürfen seine Rede zusammenzustellen. Noch während ich bei ihm war, erschienen Lewald und Deutemoser, und nun entschied sich der Prinz für meinen Vorschlag und lehnte eine von Solf vorgelegte Rede ab, die der gleichfalls anwesende v. Stumm<sup>24)</sup> verfaßt hatte.<sup>25)</sup> Die Lewald-Deutemoser Rede wurde dann auf der um 5 Uhr nachmittags stattfindenden Reichstagssitzung gehalten.<sup>2)</sup>

<sup>19)</sup> Von ausschlaggebender Bedeutung war nach Prinz Max S. 368 und Haußmann S. 238 f. das durch Haeften übermittelte ablehnende Votum Solfs, mit dem sich der Prinz einig geglaubt hatte.

<sup>20)</sup> Bei Prinz Max S. 369 heißt es, daß er den Verzicht auf die Rede „heute bereue“.

<sup>21)</sup> Nach Nr. 23b gegen 2 Uhr nachts.

<sup>22)</sup> Vgl. Prinz Max S. 375.

<sup>23)</sup> Nach Nr. 23b kann Lewalds Ausarbeitung erst kurz vor Mittag fertig gewesen sein.

<sup>24)</sup> Unterstaatssekretär Wilhelm v. Stumm.

<sup>25)</sup> Nach Nr. 23b gemeinsam mit Solf und Rosenberg.

**23b: Nachlaß Haeften, Erinnerungen. — In das Manuskript eingefügte Niederschrift Deutemosers; unter Verwendung von Mitteilungen Lewalds und von Haefdens.<sup>1)</sup>**

Für den 4. Oktober, abends 6 Uhr, war eine Sitzung der Staatssekretäre im Reichsamt des Innern vorgesehen, in der u. a. die Rede des Reichskanzlers besprochen werden sollte, die dieser am nächsten Tag im Reichstag halten wollte.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 23a bes. auch Anm. 1.

Da an der Rede noch gearbeitet wurde, verschob man die Sitzung bis auf den späten Abend. Inzwischen begab sich Ministerialdirektor Deutelmoser ins Reichskolonialamt zum Staatssekretär Dr. Solf, bei dem bald darauf für kurze Zeit der Kanzler erschien<sup>2)</sup>, um Solf mitzuteilen, daß er zum Staatssekretär des Äußeren ernannt sei.<sup>3)</sup> Erst gegen 11 Uhr konnte dann die Beratung im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Vizekanzlers v. Payer ihren Anfang nehmen. Anwesend waren die Staatssekretäre Graf v. Roedern, Dr. Solf, Trimborn, Unterstaatssekretär v. Stumm, Oberst v. Haefsten, Ministerialdirektor Deutelmoser, der Gesandte Dr. v. Rosenberg und Legationsrat Graf von Berchem.

Nach einer längeren Aussprache herrschte Einigkeit darüber, daß die von dem Wirkl. Geheimen Legationsrat Dr. Simons und Hahn entworfene Rede des Reichskanzlers unter keinen Umständen gehalten werden dürfe. Dr. Solf und Graf Roedern nahmen Haefsten beiseite und legten ihm nahe, die Stellungnahme der Staatssekretäre dem Kanzler mitzuteilen. Dem Hinweis Haefstens, daß dies Aufgabe des Vizekanzlers sei<sup>4)</sup>, hielt man entgegen, daß Haefsten dem Kanzler persönlich näherstehe und es seine Aufgabe sei, den Standpunkt der Obersten Heeresleitung zu vertreten, die doch den größten Wert auf einen schnellen Fortgang der Verhandlungen mit dem Präsidenten Wilson lege. Die derzeitige Lage Deutschlands gestatte einfach keine solche Rede. Die Staatssekretäre und Payer drohten schließlich mit ihrem Rücktritt, falls der Prinz an dem ersten Entwurf festhalte.

Haefsten begab sich ins Hotel Adlon zum Kanzler<sup>5)</sup> und riet dort dringend von der geplanten Rede ab. Nach langem Zögern erklärte sich dieser bereit, dem Drängen der OHL und der Staatssekretäre nachzugeben. Haefsten machte den Prinzen dann auf den Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Lewald, aufmerksam, der imstande sein würde, in kurzer Zeit eine Rede zu entwerfen, wie sie die augenblickliche Situation, insbesondere die innerpolitischen Verhältnisse, erforderten. Der Prinz gab später Payer den Auftrag, sich mit Lewald so bald wie möglich ins Benehmen zu setzen. Haefsten kehrte darauf mit der Mitteilung, daß der Prinz nachgegeben habe, in die Sitzung der Staatssekretäre zurück.

Dort schlug nunmehr Deutelmoser dem Vizekanzler vor, möglichst bald einen anderen Herrn mit der Abfassung einer neuen Rede zu beauftragen, da man so nicht weiterkäme und jede Stunde kostbar sei. Auf die Frage Payers, ob er, Deutelmoser, nicht die Ausarbeitung der Rede übernehmen wolle, erklärte sich dieser dazu bereit und versprach, bis zum nächsten Morgen 10 Uhr die neue Rede vorzulegen. Deutelmoser begab sich gegen 2 Uhr nachts in sein Büro ins Auswärtige Amt, besprach dort kurz mit Haefsten den Teil der Rede, der sich mit der militärischen Lage beschäftigen sollte, und begann, nachdem Haefsten sich ver-

<sup>2)</sup> Prinz Max S. 359 berichtet, er sei erst am späten Nachmittag dazu gekommen, „auf wenige Minuten die Herren zu besuchen, die mit der Vorbereitung der Rede beschäftigt waren“, und die er „in der freudigen Stimmung gelingender Arbeit“ gefunden habe.

<sup>3)</sup> Für die Ernennung Solfs vgl. Prinz Max S. 357; Schulthess 1918/I S. 323.

<sup>4)</sup> Vgl. die andere Nuancierung in Nr. 23a.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 23a bes. Anm. 13.

abschiedet hatte, noch in der Nacht die Rede niederzuschreiben. Nach einstündiger Arbeit ging er von Übermüdung erschöpft ins Hotel Adlon, wo er auch in diesen Tagen wohnte, nahm ein Schlafmittel und ließ sich in aller Frühe wecken. Um 9 Uhr war die Rede, deren Manuskript seitenweise ins Auswärtige Amt geschickt und dort ins Reine geschrieben wurde, fertig. Bei der Abfassung der Rede hatte sich Deutelmoser von dem Gedanken leiten lassen, daß jetzt alles darauf ankäme, daß das deutsche Volk keinen inneren Zusammenbruch erlebe. Die Rede sollte daher unmittelbar vor allem auf die Wirkung im Heer und in der Heimat abgestellt sein, dann würde sie auch auf das Ausland günstig wirken. Zur eigentlichen Innenpolitik enthielt sie nur wenige vorläufige überleitende Sätze, an deren Stelle später die Lewaldsche Ausarbeitung treten sollte. Payer, Solf und Haeften erhielten sofort je eine Schreibmaschinen-Niederschrift der Rede. Haeften legte die Rede sogleich (am Sonnabend, dem 5. Oktober) dem Prinzen vor.

Am selben Morgen hatte Payer gegen 8½ Uhr Lewald in seiner Wohnung angerufen und ihn gefragt, ob er die geplante Rede des Kanzlers kenne, was Lewald verneinte; Payer bemerkte, die Rede scheine ihm unmöglich, ebenso dem Grafen Roedern, der bei ihm sei. Er bäte Lewald, sogleich zu ihm zu kommen. Gegen 9 Uhr war Lewald beim Vizekanzler, bei dem er auch den Grafen Roedern traf. Payer las Teile aus der von Simons und Hahn am Tage vorher entworfenen Rede vor, die auch Lewald für ganz ungeeignet hielt; es sei vollkommen verfehlt, im Innern das Parlament zur Kritik und zur patriotischen Opposition gegen die Regierung aufzurufen<sup>6)</sup>, wo jetzt alles auf geschlossene Einigkeit des ganzen Volkes ankomme. Payer berichtete telephonisch dem Reichskanzler von den Bedenken Lewalds auch gegen den innerpolitischen Teil des ersten Entwurfs und verabredete mit ihm, daß Graf Roedern und Lewald sogleich zu ihm kämen. Es fand dann eine Besprechung beim Prinzen im Reichskanzlerhaus statt, in der dieser Lewald bat, den innerpolitischen Teil der Rede zu übernehmen und neu auszuarbeiten. Der Entwurf müsse aber bis zu der Besprechung, die mittags in der Reichskanzlei vorgesehen sei, unbedingt fertig sein. Lewald erbat sich zwei Stunden Zeit und konnte noch vor der Mittagssitzung in Gegenwart von Haeften dem Kanzler seinen Teil vorlegen; Haeften beglückwünschte Lewald zu seinen glücklich formulierten Ausführungen. Auch der Prinz sprach sich für sie aus. Es komme zwar in ihnen nicht sein eigentliches Fühlen und Denken zum Ausdruck, doch werde dazu wohl später einmal Gelegenheit sein.

In der kurz darauf in der Reichskanzlei stattfindenden Sitzung, an der außer dem Prinzen Payer, Solf, Stumm, Lewald, Deutelmoser, Radowitz und Haeften teilnahmen, las Solf zunächst eine Rede vor, die von einigen Herren des Auswärtigen Amtes, insbesondere von Rosenberg und Stumm und ihm in der vorhergehenden Nacht ausgearbeitet war<sup>7)</sup>, da man gefürchtet hatte, Deutelmoser könnte seine Rede nicht früh genug fertigstellen. Nach den Ausführungen Solfs forderte der Prinz zunächst Deutelmoser auf, seinen Entwurf der Rede vorzutragen. Als dies geschehen war, wandte sich der Kanzler an Haeften und

<sup>6)</sup> Vgl. Prinz Max S. 365 f.

<sup>7)</sup> In Nr. 23a ist als Verf. nur Stumm genannt.

fragte, für welche Rede sich die Oberste Heeresleitung ausspräche. Er selbst habe sich sein Urteil bereits gebildet. Haefen gab zur Antwort, es handle sich hier um eine politische Frage, die in erster Linie die Staatssekretäre angehe. Solf meinte, oratorisch sei die Rede Deutelmosers wirksamer, worauf der Prinz entgegnete, auch inhaltlich gefiele sie ihm besser; sie wurde daher einstimmig gutgeheißen. Es gelangte dann der innerpolitische Teil Lewalds zur Verlesung, der allgemeine Zustimmung fand und sich leicht in den Text Deutelmosers einschalten ließ. Nach 1 Uhr war die Sitzung beendet. Deutelmoser brachte die beiden Teile auch stilistisch in Übereinstimmung miteinander und studierte nachmittags im Adlon mit dem Kanzler die Rede ein. Den Wunsch, dies zu tun, hatte der Prinz mit der Begründung ausgesprochen, daß er ja nun gezwungen sei, eine nicht von ihm selbst verfaßte Rede zu halten, und daß er sich daher unbedingt noch näher mit ihr vertraut machen müsse.

Noch vor der Reichstagssitzung, die auf Lewalds Anregung auf nachmittags 5 Uhr verschoben worden war, begab sich der Prinz einem dringenden Rat Lewalds folgend in den Bundesrat<sup>8)</sup>, um diesen durch Übergehen nicht zu verstimmen. In aller Eile hatte man die erreichbaren Mitglieder zusammengerufen, denen der Prinz dann in freier Rede sich vorstellte. In seiner Ansprache betonte er zum Schluß, der Bundesrat könne versichert sein, daß die Rechte der Einzelstaaten und der Dynastien gewahrt blieben; seine (des Prinzen) [Anwartschaft]<sup>9)</sup> auf den badischen Thron bürge ihnen dafür.

„Die Wirkung der Rede<sup>10)</sup> im Reichstag war stark und dämmte die Panik zurück, die in den letzten Tagen reißende Fortschritte gemacht hatte.“<sup>11)</sup>

Besonders wurde es von der Presse vermerkt, daß der Prinz statt in Uniform im schwarzen Gehrock vor den Reichstag trat.<sup>12)</sup> Noch kurz vor Beginn der Sitzung hatte diesen der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von dem Bussche, dem Prinzen zur Verfügung gestellt; er wurde gerade ins Hotelzimmer gebracht, als der Kanzler an der Hand der Niederschrift Deutelmosers die Rede vorsprach.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 24.

<sup>9)</sup> Im Or.: „Erwartung“.

<sup>10)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6150 ff.

<sup>11)</sup> So Prinz Max S. 370.

<sup>12)</sup> Dazu Payer S. 121: „In letzter Minute erst konnte noch auf Anregung eines meiner Freunde, der für solche Dinge ein Auge hatte, bewerkstelligt werden, daß der neue Kanzler, wie die Presse nachher befriedigt feststellte, im schlichten Rock des Bürgers erschien.“

## 24.

**5. 10. 1918: Bericht des bayerischen Ministerialdirektors Ritter von Wolf über eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat**

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/18, Durchschlag. Überschrift: „Niederschrift über die Besprechung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden mit den stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat im Bundesratssaale des Reichstagsgebäudes am Samstag den 5. Oktober 1918, nachmittags 4¼ Uhr.“<sup>1)</sup>)

**Reichskanzler Prinz Max von Baden:** In allerschwerster Stunde des Reiches hat Seine Majestät der Kaiser mich an diesen Posten berufen. Ich hätte ihn nicht anzunehmen gewagt, wenn ich nicht der Überzeugung gewesen wäre, daß es in diesem Augenblick in allererster Linie darauf ankommt, daß jeder Deutsche da, wo er denken kann, etwas zu nützen, einspringen muß. Sie werden sich vergegenwärtigen können, daß das, was ich tue, kein leichter Schritt für mich ist und nicht etwa Ehrgeiz mich treiben kann. Wenn ich dem Gedanken überhaupt nähertreten konnte, ein so verantwortungsvolles Amt zu übernehmen, so leiteten mich zwei Erwägungen. Die eine war die, daß ich aus dem Widerhall der wenigen Kundgebungen, die ich im Laufe des letzten Jahres unternommen hatte, entnehmen konnte, daß eine starke Strömung im deutschen Volke meine Anschauung teilt. Die zweite ging dahin, daß mein Name im feindlichen Ausland infolge meiner Gefangenenfürsorge keinen schlechten Klang hat. Diese beiden Momente, das eine für das Innere, das andere für das Äußere, glaubte ich in dieser Stunde in die Waagschale werfen zu müssen.

Ich weiß, daß mein Unterfangen ein fast übermenschliches ist und nur dann zum glücklichen Ziele führen kann, wenn alle Kreise zusammenstehen und mir helfen.

Meine eigene Person garantiert wohl Ihnen allen und Ihren Regierungen, daß ich tun werde, was ich kann, um den bundesstaatlichen Charakter des Reichs zu wahren. Denn ich betrachte ihn als eine Quelle unserer Kraft und als ein dem deutschen Volke angeborenes Empfinden.

Nun will ich Ihnen darstellen, wie die Lage ist, wie die Regierung zustande kam und welche Maßnahmen getroffen wurden.

Auf Grund des Kaiserlichen Erlasses vom 30. September<sup>2)</sup>) habe ich mit den Mehrheitsparteien des Reichstags ein Regierungsprogramm festgestellt, das die Grundlage für die Führung der Reichsgeschäfte bilden wird.

Ich habe Vertreter der Mehrheitsparteien zu meinen Mitarbeitern berufen, indem ich ihnen teils die Leitung einzelner Ressorts übertragen, teils sie ohne Portefeuille als beratende Staatssekretäre verwende.

Meiner Überzeugung nach werde ich an dem föderativen Charakter des Reiches

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 23b, wo es heißt, der Reichskanzler habe sich noch vor der für 17 Uhr angesetzten Reichstagssitzung in den Bundesrat begeben, „um diesen durch Übergehen nicht zu verstimmen“. — Offiziell stellte sich Max von Baden erst am 8. 10. dem Bundesrat vor.

<sup>2)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 738 Anm. 2.

festhalten und mich allen Bestrebungen entgegenstellen, die an diesem Charakter rütteln könnten. Ich habe daher auch die Aufhebung des Artikel 9 Satz 2 der Reichsverfassung nicht zugestanden. Dagegen habe ich Ihnen einen Gesetzentwurf zugehen lassen<sup>3)</sup>, der es ermöglicht, die führenden Parlamentarier in die Regierung zu berufen, ohne daß sie ihre Sitze im Reichstag verlieren.

Was die innere Politik betrifft, so habe ich Änderungen in der Handhabung des Belagerungszustandes zugesagt. Auch will ich die Zensur auf die militärischen Notwendigkeiten beschränken.

Für die Wahlreform in Preußen wird die neue Reichsleitung alle Kräfte einsetzen und auch dahin streben, in allen Bundesstaaten auf die Durchführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts hinzuwirken.

Alle verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten sollen streng gewahrt werden und deshalb auch die militärischen Einrichtungen beseitigt werden, die der politischen Beeinflussung dienen.

Elsaß-Lothringen soll nach dem übereinstimmenden Willen der Mehrheit ein autonomer Bundesstaat werden, dessen eigene Volksvertretung an der Bestimmung seiner Gestaltung mitwirken soll.

Ich komme zur äußeren Politik.

Die neue Reichsleitung bekennt sich zu der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 und steht auf dem Boden der Antwort vom 1. August 1917 auf die Papstnote.

Sie ist bereit, dem Gedanken an einen Völkerbund zur Verwirklichung zu verhelfen.

Sie erklärt sich mit der Wiederherstellung Belgiens als eines unabhängigen Staates einverstanden und lehnt es nicht ab, in eine Erörterung einzutreten, die eine Verständigung über die Entschädigungsfrage zum Ziel hat.

In den Randstaaten sollen alsbald Zivilverwaltungen eingeführt werden, die dann Volksvertretungen auf breiter Basis schaffen werden. Die Staaten haben ihre Verfassungen und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern selbst zu regeln. Wir können die im Osten abgeschlossenen Friedensverträge kein Hindernis für die zukünftigen Friedensschlüsse werden lassen. —

Dies, meine Herren, ist in großen Zügen das Programm der neuen Reichsleitung. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auf dieser Basis die Einheitsfront in der Heimat herzustellen und zu erhalten und zu einem Frieden zu kommen.

Auf diesem Wege haben wir bereits einen Schritt getan. Ich habe an den Präsidenten Wilson eine Note durch Vermittlung der Schweiz gerichtet<sup>4)</sup>, in der ich ihn auffordere, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und Vertreter aller kriegführenden Mächte zu Besprechungen einzuladen. Als Grundlage für die Besprechungen haben wir das von Präsident Wilson in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und seinen späteren Kundgebungen aufgestellte

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 15.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 19 Anm. 13.

Programm angenommen. Wir haben ihn gebeten, unseren übrigen Feinden Kenntnis von unserem Schritte zu geben und für den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft einzutreten. Gleichlautende Noten richteten auch unsere Verbündeten an den Präsidenten.

Ich werde heute im Plenum des Reichstags sprechen und das, was ich Ihnen in großen Zügen hier mitgeteilt habe, der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.<sup>5)</sup> Ich darf annehmen, daß Sie alle mit mir einverstanden sind und daß ich getragen von dem Vertrauen und der Unterstützung der verbündeten Regierungen an die Erfüllung der schweren Aufgabe herantreten darf, die ich übernommen habe.

K. Bayer. Staatsminister des K. Hauses und des Äußern, Vorsitzender im Ministerrate **Ritter von Dandl**: Eurer Großherzoglichen Hoheit darf ich unseren Dank sagen, daß Sie in erster Linie den Bundesrat begrüßt haben. Sie haben selbst gesagt, es sei die schwerste Stunde des Reichs, in der Sie Ihr Amt angetreten haben. Die Schwere der Stunde wird gekennzeichnet durch zwei Tatsachen: Die eine besteht in der Neuformierung der Regierung, an deren Spitze Euere Großherzogliche Hoheit getreten sind, die zweite in den Verhältnissen, die zu dem überraschenden Friedensschritt geführt haben, der von der neuen Regierung ausgegangen ist. Die Schwere dieser ersteren Tatsache spricht für sich. Es hieße die Zeichen der Zeit verkennen, wenn man ihr hätte Widerspruch entgegensetzen wollen oder nachträglich daran Kritik üben wollte. Es entspricht dem Recht Seiner Majestät des Kaisers, die Reichsbeamten zu ernennen. Allerdings ist hier über die bloße Personenwahl hinaus ein neues System eingeführt worden, und es wäre für die Bundesstaaten vielleicht erwünscht gewesen, vorher Stellung nehmen zu können. Aber nun ist es so gekommen. Wir wollen nicht verkennen, daß der Drang der Ereignisse der vorherigen Einvernahme der Regierungen hinderlich war, und wollen keine Kritik üben.

Schwer und bedeutungsvoll ist der Schritt, der nun zur Herbeiführung des Friedens unternommen wurde, weil die Voraussetzungen und die Vorgänge, die zu ihm geführt haben, alle niederdrücken mußten, die dem Gang der Dinge nicht von vornherein klar ins Auge gesehen haben. Wir hoffen, daß der beschrittene Weg zum Ziele führt. Es besteht aber kein Zweifel, daß dazu vor allem die geschlossene Einigkeit des deutschen Volkes notwendig ist. Sie wird angebahnt durch die im Innern ergriffenen Maßnahmen, die dazu beitragen werden, das Vertrauen des Volkes zu stärken. Daneben glaube ich aber darauf Gewicht legen zu müssen, daß vor allem auch der bundesstaatliche Charakter des Reichs nach jeder Richtung gewahrt werde. Wir dürfen uns nicht täuschen: Die Bundesstaaten sind Zentren, welche ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Sie können ihre Aufgabe aber nur dann leisten, wenn an den Grundlagen der Reichsverfassung nicht gerüttelt wird. Wir wollen nicht um Paragraphen feilschen. Aber darauf müssen wir bestehen, daß die Grundlagen der Reichsverfassung fest bleiben.

Daß Euere Großherzogliche Hoheit das Amt des Reichskanzlers übernommen haben, ist für sich schon eine große Tat. Wir erkennen dies unumwunden an

<sup>5)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6150 ff.

und geben uns vertrauensvoll der Hoffnung hin, daß dieser ersten auch noch weitere Taten folgen werden zum Segen des Reichs. Gott gebe seinen Segen!

K. Sächs. a.o. Gesandter von **Nostitz-Drzewiecki**: Ich bin nicht beauftragt, im Namen meiner Regierung eine Erklärung abzugeben. Ich glaube mich aber dem anschließen zu können, was der bayerische Herr Ministerpräsident ausgeführt hat. Persönlich möchte ich die Bemerkung hinzufügen, daß es für die Regierungen, die in ihrem Lande das gleiche Wahlrecht bis jetzt nicht haben, ein außerordentlich schwerer Schritt ist, wenn Euere Großherzogliche Hoheit sich entschließen, in allen Bundesstaaten auf die Durchführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts hinzuwirken und dies öffentlich auszusprechen. Ich glaube, meine Regierung hätte gewünscht, daß sie hiervon vorher in Kenntnis gesetzt worden wäre.

Reichskanzler **Prinz Max von Baden**: Es war eine Bedingung der Mehrheitsparteien<sup>6)</sup>, daß jeder Bundesstaat bei sich das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführen müsse. Weil diese Bedingung in dem vereinbarten Programme steht, so muß ich sie auch erwähnen. Es tut mir leid, daß ich den Regierungen keine Mitteilung hiervon gemacht habe; aber in den letzten Tagen waren meine Stunden dermaßen besetzt, daß ich froh sein mußte, wenn ich mit meinem Arbeitspensum einigermaßen zu Rande kam.

Für die Niederschrift  
Dr. von Wolf

<sup>6)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 785 f. Die endgültige Fassung des Programms der Mehrheitsparteien vom 30. 9. 1918 beschränkte sich darauf, in Punkt 6 zu fordern: „Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen.“

## 25.

### 6. 10. 1918: Mitteilung der Reichskanzlei

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, maschinenschriftliches Konzept.<sup>1)</sup>

Der Reichskanzler wird jeden Montag und Donnerstag um 6 Uhr nachmittag[s] die Herren Staatssekretäre zu gemeinsamem Vortrag empfangen (nicht 10 $\frac{1}{2}$  Uhr vorm.).

(Stempel)

Notiz:

Jeden Morgen um  $\frac{3}{4}$  10 Uhr findet Pressevortrag beim Herrn Reichskanzler statt. Dazu sind zu laden: Exz. Gröber, Scheidemann, Erzberger, Solf, Payer, Roedern.

<sup>1)</sup> Diese Mitteilung erhielten laut Verteiler der Vizekanzler, sämtliche Staatssekretäre und der Pressechef Deutelmoser. Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Friedberg, und Kriegsminister Scheuch erhielten die Mitteilung jeweils mit dem Zusatz: „Euer Exzellenz werden gebeten, an diesen Beratungen grundsätzlich teilzunehmen.“

## 26.

## 6. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Radowitz).<sup>1)</sup> Überschrift: „6. 10. 18. Besprechung bei Reichskanzler.“

Anwesend: Payer, Gröber, Erzberger, Solf, Roedern, Friedberg, Lewald, Deutelmöser, Radowitz.<sup>2)</sup>

## 1. Beeinflussung der Presse.

Allgemeine Ansicht: Es soll möglichst wenig über Elsaß-Lothr[ingen], Baltikum, Polen gesprochen werden. Sie mögen sich mit den inneren Angelegenheiten und mit [dem] Völkerbund beschäftigen. Erzberger und Deutelmöser erhalten den Auftrag, auf die Presse einzuwirken.

## 2. Brest-Litowsker-Zusatzverträge.

Kriege will die Zusatzverträge<sup>3)</sup> ratifiziert haben.

Solf hat Bedenken gegen das Vorbringen der Verträge im Reichstag.

**Roedern:** Man muß eine Zeitlang warten. Jetzt kann man es nicht tun. Wir müssen nur über die Verwendung des Geldes<sup>4)</sup> eine Gesetzesvorlage machen.

Aber auch dies muß zurückgestellt werden.

**R[eichs]k[anzler]:** Einverstanden.

3. Besprechung der *Wirkung unserer Note*.<sup>5)</sup>

**R[eichs]k[anzler]:** Ich habe gegen Note gekämpft

1. weil ich Moment für verfrüht hielt,

2. weil ich an Feinde im allgemeinen mich wenden wollte.

Jetzt müssen wir Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß

<sup>1)</sup> Auszug abgedruckt in Amtliche Urkunden S. 77. Vgl. Erzberger S. 322. Ferner Nachlaß Haeften, Erinnerungen, wo es heißt, der Gegensatz zwischen Reichskanzler und OHL sei schon in der Besprechung vom 6. Oktober, „zu der ich wohl absichtlich nicht hinzugezogen war“, zutage getreten. — Nach dem Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) begann die Sitzung 15 Uhr 45.

<sup>2)</sup> In Amtliche Urkunden S. 77 und im Terminkalender des Reichskanzlers (s. vorige Anm.) wird zusätzlich Scheidemann genannt, dessen Teilnahme jedoch unwahrscheinlich sein dürfte, da ihn das Protokoll auch nicht als Sprecher verzeichnet.

<sup>3)</sup> Es handelt sich um den rechtspolitischen deutsch-russischen Zusatzvertrag zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk, einen Ergänzungsvertrag sowie ein Finanz- und ein Privatrechtsabkommen, die am 27. 8. 1918 in Berlin unterzeichnet worden waren.

<sup>4)</sup> Nach Art. 2 des deutsch-russischen Finanzabkommens vom 27. 8. 1918 hatte Rußland dem Reich eine Kriegssentschädigung in Höhe von 6 Milliarden Mark zu zahlen; vgl. Schulthess 1918/II S. 691.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 19 Anm. 13.

1. Lage an der Front festgestellt werden. (S.M.[:] durch gewiegte Offiziere).<sup>6)</sup>

2. Botschafter-Konferenz. Beste Köpfe über England und Amerika hören.

**Solf:** Haeften sagt, daß Ludendorff Kommission als Mißtrauen *betrachten* und Abschied nehmen würde. Das würde Abschied Hindenburgs nach sich ziehen.<sup>7)</sup>

**Roedern** glaubt, daß Mißtrauen L[udendorff]s sich vermeiden läßt.

**R[eichs]k[anzler]:** Armeeführer müssen gehört werden. Hoffe, im Gespräch mit S.M. Möglichkeit dazu zu finden.<sup>8)</sup>

**Payer:** Nötig, Weg zu finden. Wir müssen neben L[udendorff] auch noch andere Leute hören. L[udendorff]s Nerven nicht mehr zuverlässig.<sup>9)</sup>

**Solf und Erzberger** derselben Ansicht.<sup>10)</sup>

**Botschafter-Konferenz.**

**Solf:** Ob Bernstorff kommen kann, zweifelhaft<sup>11)</sup>, wird Frage prüfen.

**Erzberger** empfiehlt Zuziehung Hamburger Kreise.

**Roedern** empfiehlt Ballin.

**R[eichs]k[anzler]** will Warburg.

Amnestie.<sup>12)</sup>

**Roedern** will Verbindung mit Unabhängigen in diesem Sinne.

**Lewald:** Sozialdemokraten sind im Prinzip gegen die Unabh[ängigen]. Befürwortet Begnadigung Liebkn[echts] zu Gefängnis. Starke bolschewistische Umtriebe unter Schutz der Botschaft. Vorsicht.

**Erzberger:** Eventuell Milde für Streikverbrecher.

**Gröber:** Schutzhaftfälle beseitigen (haupts[ächlich] Elsaß-Lothr[ingen]).

<sup>6)</sup> Vgl. Haeften (s. Anm. 1): „In dieser Sitzung ging vom Reichskanzler *Prinz Max* die Anregung aus, über die Lage an der Front auch andere, und zwar ‚gewiegte‘ höhere Offiziere aus der Front zu hören, da man Ludendorffs Auffassungen nach den Erfahrungen mit dem Friedens- und Waffenstillstandsangebot mißtrauen müsse.“ In einer Aufzeichnung Richthofens vom 6. 10. (Durchschlag im Nachlaß Richthofen) wird folgende Äußerung von General Hoffmann wiedergegeben: „Unsere Truppen sind gut wie immer. Wir können halten im Westen und den Osten halte ich, wenn es sein muß, auch ohne Truppen. Aber alles verliert die Nerven.“

<sup>7)</sup> Dazu Haeften (Anschluß an vorige Anm.): „Solf, der tags zuvor mit mir schon diese Frage mündlich besprochen hatte, hatte ich vor einem solchen Schritt gewarnt. Dieser meiner Auffassung gab *Solf* bei der Besprechung am 6. auch Ausdruck, indem er unter Berufung auf mich darauf hinwies, daß Ludendorff ein Befragen anderer Offiziere als Mißtrauen betrachten und seinen Abschied nehmen würde. Das aber würde Hindenburgs Abschied nach sich ziehen.“ Vgl. Erzberger S. 322: „Das Kabinett beschloß, auch andere Armeeführer zu hören; General Ludendorff sah darin ein Mißtrauensvotum und drohte mit der Einreichung seines Entlassungsgesuchs.“

<sup>8)</sup> Vgl. Haeften (Anschluß an vorige Anm.): „Trotzdem bestand der *Reichskanzler* auf seiner Forderung, auch andere Armeeführer zu hören. Er hoffe, dies mit Hilfe des Kaisers durchsetzen zu können.“

<sup>9)</sup> Bei Haeften fast mit den gleichen Worten wiedergegeben. Vgl. auch Payer S. 129.

<sup>10)</sup> Vgl. Haeften: „*Solf* und *Erzberger* stimmten dem lebhaft zu.“

<sup>11)</sup> Vgl. Prinz Max S. 380: „Graf Bernstorff war noch nicht in Konstantinopel entbehrlich.“

<sup>12)</sup> Neben diesem Wort, das im Or. doppelt unterstrichen ist, die eigenhändige Bemerkung Radowitz: „Siehe Besprechung vom 7. 4. 18.“

Payer glaubt das auch. Einzelne Verräter zurückhalten, aber viele Fälle nicht haltbar. Ist für Streikbegnadigung, für Festung Liebknecht. Nicht mit Haase verhandeln!!

R[eichs]k[anzler]: Wir müssen alles tun, um Krone im Volk zu verankern. Will im Sinne der Vorschläge für Amnestie vorgehen.

Roedern: R[eichs]a[mt] d[es] Inn[ern] soll Sache weiter bearbeiten.

R[eichs]k[anzler]: Einverstanden.

Payer: Stellvertr[etende] Generalkommandos, die Belagerungsgesetz falsch angewandt haben, müssen beseitigt werden.

Roedern: Vietinghoff<sup>13)</sup> und 4. Korps<sup>13a)</sup> muß weg.

Friedberg spricht über Verhältnisse in Saarbrücken. Wahlrechtsversammlungen.<sup>14)</sup>

Marschall<sup>15)</sup> muß kommen.<sup>16)</sup>

Lewald: Morgen findet kommiss[arische] Beratung über K[aiserlichen] Befehl<sup>17)</sup> [statt].

<sup>13)</sup> Stellvertretender kommandierender General des 2. Armeekorps in Stettin.

<sup>13a)</sup> Das 4. Armeekorps war in Magdeburg stationiert. Gemeint wohl: 2. Korps

<sup>14)</sup> Dazu vgl. eine Tagebuchaufzeichnung vom 6. 10. 1918 im Nachlaß Koch-Weser: „Heute bei Friedberg Besprechung der Mehrheitsparteien des Abg.-Hauses (Zentrum, Nat[ional]lib[erale], Freis[innige], S[o]z[ial]demokraten) mit der neuen Fraktion des Herrenhauses. Auch die Mehrheitsparteien sind noch weit von einer Einigkeit. Namentlich die 2/3 Mehrheit für Änderungen von Kirchen- und Schulgesetzen und der Wahlkreiseinteilung macht große Schwierigkeiten. Uns wollte man die Neuordnung des Herrenhauses streichen. Die Sozialdemokraten aus dem Gesichtspunkt, daß es in absehbarer Zeit ganz zu beseitigen sei und deshalb nicht verbessert werden dürfe, die Fortschrittler aus dem üblichen Wortradikalismus heraus, der nicht bedenkt, wie schwierig ihm in Zukunft ein Herrenhaus alter Zusammensetzung werden muß. Es scheint aber gut zu gehen, da wir uns tüchtig wehrten. Ich habe erklärt, ich hätte nicht länger Lust, in hoffnungsloser Minderheit im Herrenhaus zu sitzen. Auch die Proportionalwahl für die Großstädte und die polnischen Bezirke (behalten wir sie überhaupt?) scheint man uns zuzugestehen.“

<sup>15)</sup> Generalmajor Ulrich Frhr. Marschall gen. Greiff, Chef des Militärkabinetts.

<sup>16)</sup> Dieser Satz im Or. durch Bleistifteinrahmung hervorgehoben.

<sup>17)</sup> Vgl. den in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1591 f. abgedruckten „Aktenvermerk über eine Besprechung der obersten Reichs- und Staatsbehörden im Reichsamt des Innern“ am 7. 10., in der „die Entwürfe einer Allerhöchsten Order und einer Verordnung zur Ergänzung der Verordnung vom 4. 12. 1916“ zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand beraten wurden. Diese neue Verordnung über den Belagerungszustand, die am 15. 10. 1918 erging, hatte folgenden Inhalt:

„I. § 1 [der Verordnung vom 4. 12. 1916] erhält folgenden Abs. 2: Der Obermilitärbefehlshaber [d. h. in der Heimat der Kriegsminister] kann Anordnungen mit verbindlicher Kraft für die Militärbefehlshaber erlassen.

2. Es wird folgender § 3 hinzugefügt: Der Obermilitärbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Vertreter.“

Die an den Reichskanzler und den Kriegsminister gerichtete kaiserliche Order vom gleichen Tage verfügte, daß die Militärbefehlshaber die ihnen auf Grund der Kriegszustandsverordnung vom 31. 7. 1914 zustehenden Befugnisse nur im Einverständnis mit dem zuständigen zivilen Verwaltungsstellen ausüben dürften. Vgl. Schulthess 1918/I S. 343. Dazu den erläuternden Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 17. 10. 1918, Abendausgabe (Die neue Verordnung über den Belagerungszustand).

**Lewald:** Polen. Polnische Heeresmacht muß gemacht und verstärkt werden. Es existieren 2 Regimenter Polen. Wenn Revolution kommt, müssen Polen schießen, nicht Deutsche. Schlägt Telegramm R[eichs]k[anzlers] an Regent[schafts]rat vor.<sup>18)</sup>

**Erzberger:** Vorsicht wegen Agitation in unseren polnischen Bezirken. Unsere Verbündete sind Großgrundbesitz und Klerus. Wir müssen unsere Polenpolitik ändern. Großzügige Propaganda durch Polen.

**Roedern:** Preußischer Staat muß Geld aufwenden, um Polen zu gewinnen. Sache des preuß[ischen] Min[isters] des Innern.

**Friedberg:** Ganz so liegt Sache nicht. Fonds werden tatsächlich für deutsche Ärzte etc. verwandt. Poln[ischer] Religionsunterricht findet schon statt.

**Lewald:** Terroristische Akte in Polen. Frage der Erschießung von Geiseln.

**Solf:** Ich werde heute Ronikier<sup>19)</sup> empfangen; er soll etwas mitbekommen: 1. Polnische Armee. 2. Diplom[atische] Vertretung nach Osten. 3. Zivilverwaltung. 4. Anleihe.<sup>20)</sup>

**Roedern:** Anleihe während unserer Anleihe<sup>21)</sup> unmöglich, aber nach 23. Oktober möglich, mit Ronikier zu verhandeln.

**Erzberger:** Man sollte Anleihen in Polen unterbringen.

**Lewald:** In Polen ist kein Geld mehr vorhanden, aus Posen kann man nichts geben.

**Gröber:** Unterschied zwischen Polen in Posen, in Westpreußen, in Oberschlesien. Letztere sind mit Sprachenfrage zu halten. Daher baldigste Maßnahmen.

<sup>18)</sup> Vgl. den Telegrammwechsel vom 7. 10. über die Okkupationsfrage zwischen dem Reichskanzler und dem polnischen Regent[schafts]rat; Schulthess 1918/II S. 509 f. Dazu Conze S. 380 ff. Ferner Nr. 30.

<sup>19)</sup> Adam Graf Ronikier, inoffizieller Vertreter der polnischen Regierung in Berlin.

<sup>20)</sup> Dazu ein eigenhändiges Schreiben des Abg. Naumann vom 7. 10. 1918 an Solf (Nachlaß Solf): „Ew. Exzellenz werden den Entwurf eines deutsch-polnischen Vertrages (Junctim) erhalten haben, der von den Herren Graf Ronikier und Dr. Schotte aufgestellt wurde. Ich gestatte mir zu bemerken, daß ich diesen Entwurf für einen sehr glücklichen Schritt halten würde und ihn auf Grund meiner vielfältigen Beschäftigung mit deutsch-polnischen Angelegenheiten dringend empfehle. Den Polen muß jetzt sofort in möglichst runder Form ein Beweis der deutschen Nachbargesinnung gegeben werden. Staatsrechtlich ist freilich die Sache so verwickelt und kompetenzreich, daß vermutlich eine allgemeine Zusage der deutsch-preußischen Regierung der Einzelfestsetzung vorausgehen muß. Da aber die polnische Seele sehr lebhaft vom Moment erfaßt wird, ist hier das wichtigste, ohne Zögerung die Hauptidee bindend zu fixieren.“

Die im Konzept vom 8. 10. datierte Antwort Solfs, die am 11. 10. abgegangen ist (handschriftl. Entwurf im Nachlaß Solf), lautet: „Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen. Den deutsch-polnischen Vertrag habe ich erhalten und in Arbeit gegeben. Auch mir scheint dieser Weg unter den gegebenen Umständen der richtige.“ Nach Conze S. 383 sind die polnischen Forderungen „größtenteils zustimmend beantwortet worden“.

<sup>21)</sup> Vom 23. 9. bis zum 23. 10. 1918 lief die Zeichnungsfrist der IX. deutschen Kriegsanleihe, die dann am 18. 10. bis zum 6. 11. verlängert wurde; vgl. Schulthess 1918/I S. 291.

**Payer:** Gegen Erschießung von Geiseln. Einsperren und scharfe Maßregeln. Terror von Reichs wegen unmöglich.

**R[eichs]k[anzler]:** Ich kann Befehl zur Erschießung nicht geben in den ersten Tagen.

Litauen.

**Erzberger** bittet um Regelung der litauischen Fragen.

**Roedern:** Wilna kann nicht Hauptstadt von Litauen werden. Südliche Kreise müssen polnisch werden. Auch General Harbou<sup>22)</sup> dafür.

**Payer** schließt sich an.

**Erzberger:** Bialystok muß polnisch werden. Anerkennung durch Deutschland erfolgte mit Wilna als Hauptstadt. Erbittet Anordnungen, daß litauische Fragen gefördert werden.

**Lewald:** Über Wilna sollen sich Polen und Litauer zanken.

Elsaß-Lothringen.

**Payer:** Dallwitz<sup>23)</sup> muß weg, ebenso Tschammer<sup>24)</sup> und Komm. General Süßkind. Landtag zusammentreten lassen, um Frage der Autonomie zu besprechen. Beseitigung der Mißstände. Els[saß-]Lothr[inger] wollen Franken.

**Roedern** empfiehlt, Statthalterposten nicht zu besetzen. Jetzt regieren und Immediatstellen erst in letzter Zeit in einer Hand vereinigt. Staatssekretär Tschammer will weg.

Votum. Dallwitz beurlauben, Posten nicht besetzen. Tschammer entfernen. Elsässischen Staatssekr[etär]. Empfiehlt Schwander, will nicht Hauß.<sup>25)</sup> Unterstaatssekretäre Elsässer Katholiken.

**R[eichs]k[anzler]:** Wenn jetzt Statthalterposten nicht besetzt wird, sieht es aus, als wollten wir abbauen.

**Lewald:** Es muß parlamentarische Regierung gemacht werden. Hauß, Böhle<sup>26)</sup>, Burger.<sup>27)</sup>

Schade, Schwander zu verbrauchen. Fehlen ihm Beziehungen zu Lothr[ingischem] Block. (Ansicht von Hauß.)

Gesetzentwurf über Entlassung aus Reichslandqualität. Empfiehlt Aufhebung von Schutzhaftfällen etc. In Elsaß ist Angst vor Frankreich. Wollen nicht zurück. Man soll Hauß sich kompromittieren lassen. OHL stellt Evakuierung von 800 000 Menschen in Aussicht. Empfiehlt Demission Dallwitz, Tschammer.

<sup>22)</sup> Generalleutnant Karl von Harbou (1860—1927), Militärgouverneur von Litauen.

<sup>23)</sup> Statthalter von Elsaß-Lothringen.

<sup>24)</sup> Frhr. von Tschammer und Quaritz, Staatssekretär in Straßburg.

<sup>25)</sup> Karl Hauß, Straßburg, M.d.R. (elsaß-lothr. Zentrum), Mitglied der Zweiten Kammer des els.-lothr. Landtags.

<sup>26)</sup> Bernhard Böhle, Straßburg, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Mitglied der Zweiten Kammer des els.-lothr. Landtags.

<sup>27)</sup> Mitglied der Zweiten Kammer des els.-lothr. Landtags, Rechtsanwalt in Straßburg.

**Gröber:** Statthalterposten muß besetzt werden. Hauß sollte St[aats]sekretär werden.

**Roedern:** Schwander muß St[aats]sekr[etär] werden. Hauß U[nter]st[aats]-s[ekretär] für Justiz u[nd] Kultus. Nobis<sup>28)</sup> zweites U[nter]st[aats]s[ekretariat].

**Erzberger** schließt sich an. Will Böhle und Burger verwenden. Befehl aufheben, daß els[ässische] Soldaten keinen Urlaub bekommen. Sache der OHL.

**Lewald:** Benehmen der Soldaten war sehr übel.

**Roedern** warnt vor Deimling (Zabernaffäre).

Dallwitz wird durch Roedern herziert.

**Erzberger:** Völkerbund. Vorschlag, Kommission einzusetzen. Völkerrechtslehrer, Kaufleute etc., später Militär und Marine.

A[uswärtiges] Amt muß das tun. Erzberger soll sich mit A[uswärtigem] Amt in Verbindung setzen.

**Roedern:** Rathenauscher Plan Défense nationale für Fall der Ablehnung der Note.<sup>29)</sup>

Vorschläge für Errichtung von 750 000 Mann.

Es muß neues Amt gegründet werden.

**R[eichs]k[anzler]:** Sehr wichtig ist Stimmung.

**Friedberg:** Auch Graf Arnim<sup>30)</sup> glaubt, daß viele Menschen noch zu haben sind. Schluß 6 Uhr.

<sup>28)</sup> Eduard Nobis, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, Vertreter Elsaß-Lothringens zum Bundesrat.

<sup>29)</sup> Über Rathenaus Forderung der levée en masse, die er am 7. 10. in der „Vossischen Zeitung“ erhob, vgl. Prinz Max S. 380 ff. Vgl. Erzberger S. 322: „Die mehrfach geforderte ‚Levée en masse‘ wurde von mir im Kabinett ebenso bekämpft wie von sämtlichen militärischen Stellen, auch von Ludendorff.“

<sup>30)</sup> Graf von Arnim-Boitzenburg, Präsident des Preußischen Herrenhauses.

## 27.

### 7. 10. 1918: Unterredung zwischen David und Frau Richter

Nachlaß Prinz Max, Maschinenschrift. Überschrift: „7. 10. 1918. Gespräch von Frau Richter mit Herrn Dr. David.“

**Frau Richter:** Sind Sie zufrieden?

**Dr. David:** Sehr zufrieden. Wie der Friedensschritt ausfallen wird, kann man nicht wissen, sicher ist aber, daß die Stimmung im Inneren so gut geworden ist, wie man kaum erwarten konnte. Jetzt ist nur die Frage: Werden die Parteien, besonders die Sozialdemokraten, in der ihnen ungewohnten Rolle des

Beistimmens verharren? Die Parteien neigen dazu, in Kritik zurück zu verfallen, besonders, wenn es bisher ihr Element war.

**Frau Richter:** Wir haben ja eine so verständige, weitsichtige Sozialdemokratie, wie kein anderes Land. Sie werden gewiß auch weiter mitarbeiten?

**Dr. David:** Ja, meine Partei hat mich ja als Unterstaatssekretär im AA haben wollen<sup>1)</sup>, aber es scheinen da Hindernisse zu sein.<sup>2)</sup> Es ist für die leitenden Stellen nicht möglich, durch die Widerstände der Ressorts restlos durchzudringen, darum müssen Vorposten aus dem Parlament in jedem Ressort stehen.

**Frau Richter:** Vielleicht auch Gesinnungsgenossen der Mehrheit?

**Dr. David:** Nein, es handelt sich diesmal um die Parlamentarisierung, da müssen es direkt Parlamentarier sein, die auch an zweiter Stelle in den Ämtern Vorposten stehen.

<sup>1)</sup> Am 3. 10. war David von seiner Fraktion als Kandidat für das Unterstaatssekretariat benannt worden; vgl. SPD-Fraktion, 3. 10. 1918. Dazu Nachlaß David, Kriegstagebuch, 3. 10. 1918: „Fraktionsvorstand: *Ebert* gegen meinen Eintritt in das Auswärtige Amt, weil er mich nicht entbehren könne. Fraktion: Beschluß meines Eintritts in die Regierung. 6 Uhr: Empfang durch den Prinzen. — Mit Ebert (immer noch zornig und klein).“ Dazu weitere Ausführungen Davids a.a.O. in einem zusammenfassenden Überblick über die Tage vom 2.—6. 10. 1918: „Ebert bei seinen großen Vorzügen, Klarheit und Festigkeit in dem Gewollten, doch geistig zu eng und persönlich zu eitel und autokratisch veranlagt.

Sein Widerstand gegen meinen Eintritt in die Regierung in hohem Maße bezeichnend. Er gab als einzigen Grund an, die Fraktion könne mich nicht entbehren; er drohte sogar mit Niederlegung seines Vorsitze, wenn ich ihm nicht zur Seite bliebe, als einziger Mann, der die auswärtige Politik verstehe und für die großen Reden nicht zu entbehren sei. Das war in der Tat ein Grund für ihn; so sehr er es liebte, mich in die zweite Stelle zu drängen und als allein bestimmender Autokrat aufzutreten, so nutzte er doch bei jeder Gelegenheit meine Kraft aus. Er selbst scheut die große öffentliche Rede und ist sich seiner Enge bewußt. Ich habe ihn fast mit Gewalt zu Haases Zeiten dazu drängen müssen, hervorzutreten und Haase das Monopol der öffentlichen Vertretung der Partei zu nehmen. —“

<sup>2)</sup> Davids Ernennung wurde erst am 15. 10. 1918 im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, nachdem sie einige Tage vorher inoffiziell angezeigt worden war.

## 28.

### 7. 10. 1918: Graf Westarp an Oberst von Haeften

Nachlaß Prinz Max, handschriftliche Abschrift.<sup>1)</sup>

Sehr verehrter Herr von Haeften!

*Der Verabredung gemäß erlaube ich mir, einige der heute mündlich gemachten Mitteilungen zu wiederholen.* Die Ihnen berichteten Äußerungen Herrn von

<sup>1)</sup> Vgl. Westarp II S. 558, wo ein Auszug dieses Schreibens veröffentlicht ist. Zusätze gegenüber diesem Abdruck sind *kursiv* gesetzt.

Heydebrands über die Oberste Heeresleitung<sup>2)</sup> sind vollständig erfunden; Herr von Heydebrand hat nichts gesagt, was zu derartigen Gerüchten Anlaß geben könnte. Wie uns inzwischen von mehreren Seiten mitgeteilt worden ist<sup>3)</sup>, soll das Gerücht aus einer fortschrittlichen Partei-Versammlung vom 6. d. M. stammen, in der der fortschrittliche Redakteur Moßkowski die Äußerungen Heydebrands berichtet haben soll. *Die Verantwortung für das Friedensangebot wird in den eingeweihten Kreisen fast allgemein der Obersten Heeresleitung zugeschoben. Diese Auffassung sowie die Darstellung, daß bei den Verhandlungen darüber ein Zusammenbruch Seiner Exzellenz des Generals Ludendorff hervorgetreten sei, ist nicht von konservativen Kreisen ausgegangen und meines Wissens auch nicht von diesen verbreitet; sondern sie hat ihren Ursprung in den amtlich beteiligten Kreisen der Regierung und der Mehrheitsparteien. Ich trete ihr, soweit es mir möglich ist, entgegen, will jedoch nicht verhehlen, daß ich, ebenso wie wohl die meisten meiner Freunde, kaum über den Zweifel hinwegkomme, ob der Augenblick das Friedensangebot, noch dazu in der gewählten Form, wirklich unbedingt nötig und zweckmäßig gemacht hat.*

Die Frage Eurer Hochwohlgeboren, ob die Konservative Partei oder konservative Kreise einen Personalwechsel bei der Obersten Heeresleitung betreiben, beantworte ich nochmals, im Einvernehmen mit einigen maßgebenden Freunden, besonders mit Herrn von Heydebrand, mit einem glatten Nein.

*Mit der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre, zu sein*

*Eurer Hochwohlgeboren  
sehr ergebener  
[gez.] Graf Westarp.  
M.d.R.*

<sup>2)</sup> Vgl. a.a.O.: „Im Untersuchungsausschuß behauptete Quessel [WUA 1 S. 359], jeder Abgeordnete wisse, daß Herr v. Heydebrand in den ersten Tagen des Oktober ‚hier in den Räumen des Reichstages herumliief und klagend schrie, wir sind belogen und betrogen worden‘. Seine Erzählung war eine vermehrte und verbesserte Auflage des Märchens, das im Anfang gelautet hatte, v. Heydebrand habe die Äußerung in einer konservativen Parteisitzung getan. In meiner Gegenwart ist das Wort nicht gefallen, und v. Heydebrand hat es in unseren Besprechungen stets in Abrede gestellt. Kurz vor seinem Tode hat er auf meine Bitte in einem Brief an den Untersuchungsausschuß dazu Stellung genommen [WUA 1 S. 182; WUA 5 S. 47].

General Ludendorff und die OHL haben der Führung der Konservativen Partei mit der durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Reserve stets loyale Aufklärung über die jeweilige militärische Lage gegeben. Daß sie dabei in mancher Hinsicht menschlichen und militärischen Irrtümern unterworfen waren, ist nicht zu leugnen und hat naturgemäß auch unser Urteil beeinflußt. Doch kann von einem Zusammenbruch unserer moralischen Gesamtauffassung in der von Delbrück jetzt geschilderten theatralischen Weise nicht die Rede sein. Wenn ich mich nicht irre, sind seinerzeit auch ähnliche Sensationsnachrichten in der Presse dementiert worden.

Das ist, als das Gerücht auftauchte, sofort und unzweideutig geschehen. Am 7. 10. 1918 schrieb ich an v. Haeften: [folgt der in Anm. 1 erwähnte Auszug]“. Dazu Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 27 f. Gegen die angeblichen Äußerungen Heydebrands verwehrte sich die Fraktion in mehreren Erklärungen in der „Kreuzzeitung“.

<sup>3)</sup> Bei Westarp II S. 558 heißt es präziser: „(Cleinow und Würz)“.

## 29.

## 7. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Radowitz).<sup>1)</sup> Überschrift: „Reichskanzler-Sitzung B. 7. 10. 18.“

R[eichs]k[anzler]<sup>2)</sup>, Graf Roedern, v. Payer, Erzberger, Gröber, Scheidemann, Solf, Radowitz, Deutelmoser, Lewald.

Amnestiefrage.<sup>3)</sup> Liebknecht.<sup>4)</sup>

Scheidemann gegen Festhalten Liebknechts.<sup>5)</sup>

Payer ebenso. Befürchtet Halbheit.

Roedern befürwortet Zuziehung Lewalds wegen gestern entwickelter Gründe.<sup>6)</sup> (Äußer[un]g von Noske. — Garantien).

Gröber: Wiederwahl Liebknechts erfordert Zeit. Also Wiedereintritt in Reichstag gar nicht so bedenklich.

Scheidemann: Liebknechts Märtyrerschaft war ein Fehler. Ist er draußen, so kann man gegen ihn reden. Sonst nicht. Vergeht er sich neu, so wird er wieder eingesperrt.

L[iebknecht] ist typischer Bolschewist. Köhlerglaube, unser Streik pp. würde auch Ausl[an]d zum Einlenken bringen.

R[eichs]k[anzler]: Ist Entlassung mit Sicherheit des Vaterlands vereinbar?

Scheidemann: Ja! Im Gefahrfall eben einfach wieder einsperren.

Lewald: Entlassung L[iebknecht]s fast unmöglich. Spartakusflugblätter pp. doch gar zu gefährlich.<sup>7)</sup> Aller Haß auf S.M. konzentriert, wie bei Raemaekers.<sup>8)</sup>

Wiederverhaftung brächte Odium nur auf jetzige Regierung, während [es]<sup>9)</sup> jetzt auf früherer ruht.

<sup>1)</sup> Auszug in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1590 f.; mit einer Fülle von Unkorrektheiten und sinnteststellenden Lesefehlern, deren charakteristischste in den folgenden Anmerkungen festgehalten sind. Vgl. Prinz Max S. 375 ff.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 177; Scheidemann, Memoiren II S. 233 f.

<sup>2)</sup> In Archivalische Forschungen a.a.O. S. 1590 statt dessen falsch: „Graf Hertling“.

<sup>3)</sup> Im Or. rot unterstrichen.

<sup>4)</sup> Im Or. mit Rotstift nachträglich eingesetzt.

<sup>5)</sup> Vgl. Prinz Max S. 375 f.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 177: „Der erste [Kabinetts-] Beschluß betraf die allgemeine Amnestie.“ Es folgen Ausführungen über Dittmann und Liebknecht, die teilweise wörtlich bei Scheidemann, Memoiren II S. 233 f. wiederkehren; s. Anm. 18.

<sup>6)</sup> Vg. Nr. 26.

<sup>7)</sup> Dazu vgl. einen (undatierten) Aufruf der Spartakusgruppe von Anfang Oktober, der u. a. die Freilassung der politischen Gefangenen forderte; Dokumente und Materialien 2/II S. 224 f. Die gleiche Forderung wurde auch von der „Reichskonferenz der Spartakusgruppe“ am 7. 10. erhoben; a.a.O. S. 228 ff.

<sup>8)</sup> Louis Raemaekers, belgischer politischer Karikaturist, der im Krieg internationale Beachtung gewann. Vgl. Winkler, Prins Encyclopaedie Bd. 15. Amsterdam und Brüssel 1952, S. 751 f.

<sup>9)</sup> Im Or.: „sie“.

Anders steht die Sache mit Streikleuten, auch mit Balten.

**Scheidemann:** Liebk[echt] war mein schärfster Gegner. Trotzdem vornehmer als mancher andere. Keine Zuspitz[un]g auf Person. Wäre auch nicht logisch-sozialistisch.

Bis L[iebknecht] befreit, wird im Reichstag stets<sup>10)</sup> Ruf danach laut. Erst Gelegenheit geben, sich anständig zu betragen.

**Lewald:** L[iebknecht] nur z[u] Fest[un]g begnadigen.<sup>11)</sup> Eindruck gut und stark.<sup>12)</sup>

**Roedern:** Auch für Custodia honesta.

**Deutmoser:** Liebknecht Fanatiker. Prozeßeindrücke.

**v. Payer:** Custodia honesta gäbe Dittmann kein bonum. Kaum stichhaltiger Grund, nicht beide zu begnadigen. — Viele andere haben Schlimmeres getan als L[iebknecht]. — Keine Halbheit!<sup>13)</sup>

**Lewald:** Agitation der Unabh[ängigen] pro L[iebknecht] hat bald abgeflaut.

Vor<sup>14)</sup> Entscheidung erst Akten näher studieren! Auch über Agitat[ion] der Unabh[ängigen].

**Roedern:** Kr[iegs]min[ister] ist zuständig, da L[iebknecht] als Soldat verurteilt.

**Gröber:** Für L[iebknechts] Entlassung. Urteil richtig, aber sehr streng.<sup>15)</sup> — Verurteilung gerade d[urc]h L[iebknecht]s fanatischen Bekennerdrang vor Gericht.<sup>16)</sup>

**Scheidemann:** Spartakus-Agitation fußt größtenteils<sup>17)</sup> auf Liebknechts Gefangenhaltung.

Dittmann nur auf Grund von Meineid verurteilt. Volk versteht nicht Differenzierung zwischen Liebknecht-Dittmann-Lichnowsky. Erbittert durch Vorgehen gegen Adressenschreiberinnen, die ahnungslos Adressen schrieben.

<sup>10)</sup> Archivalische Forschungen a.a.O. S. 1590 falsche Lesart: „starker“.

<sup>11)</sup> Vgl. den in Nr. 26 Anm. 17 zitierten Aktenvermerk über eine Besprechung im Reichsamt des Innern am 7. 10. 1918. Danach teilte Lewald eingangs mit, „daß der Herr Reichskanzler mit äußerster Beschleunigung eine weitgehende Begnadigung politischer Verbrecher, insbesondere solcher, die wegen Beteiligung an Streiks oder Lebensmittelunruhen, Verbreitung von Flugblättern, agitatorischen Reden usw. verurteilt seien, vorzuschlagen beabsichtige.“ Zur Frage der Begnadigung Liebknechts heißt es in dem Vermerk, es habe bei den Vertretern der Ressorts Übereinstimmung geherrscht, „daß ein Erlaß der Strafe nicht ratsam, dagegen eine gnadenweise Milderung der erkannten Zuchthausstrafe in Festung unter gleichzeitiger Wiederverleihung der bürgerlichen Ehrenrechte am Platze sei.“

<sup>12)</sup> Archivalische Forschungen 4/IV S. 1591 falsche Lesart: „gerade“.

<sup>13)</sup> Dazu Payer S. 123 f.: „Wir wollten eine solche [Amnestie] wenigstens in der Form einer Erleichterung der Strafe, auch dem seinerzeit wegen Beteiligung an einem Aufruhr unter völliger Verkennung der geltenden Rechtsbegriffe wie der Verhältnisse und der Personen und unter Mißachtung der Billigkeit statt zu Gefängnis zu einer Zuchthausstrafe verurteilten fanatischen und vielleicht nicht ganz normalen, aber jedenfalls nicht aus eigennütigen Gründen handelnden Reichstagsabgeordneten Liebknecht zukommen lassen, dazu waren aber vorher mit viel Mühe starke bürokratische, juristische und militärische Vorurteile und Verständnislosigkeiten, namentlich beim Reichsmilitärgericht, zu überwinden.“

<sup>14)</sup> Archivalische Forschungen a.a.O. falsche Lesart: „Für“.

<sup>15)</sup> A.a.O. verfälschend: „Urteil wichtig, aber sehr dringlich.“

<sup>16)</sup> Im Or. folgt noch: „verurteilt.“

<sup>17)</sup> Archivalische Forschungen a.a.O.: „größtenteils“.

Begnad[igungs]recht schönsten Recht der Krone.<sup>18)</sup>

R[eichs]k[anzler]: Sache heute fallen lassen.<sup>19)</sup> Nähere Orientierung.<sup>20)</sup>

Waldow: <sup>3)</sup>

R[eichs]k[anzler]: W[aldow] will gehen, falls Waldow sich nicht mit Mehrheit verständigt.

Erzberger: Wechsel im K[riegs]e[rnährungs]a[mt] jetzt bedenklich.

Roedern: Waldow will nur auch in neuer Regierung Garantie für Ruhe haben. Wird von Rechts und Links angegriffen. Nötig, daß K[riegs]e[rnährungs]a[mt] Agrarier kennt. Scharf gegen Landräte.

Scheidemann: Erkl[ärung] R[eichs]k[anzlers] in Rede<sup>21)</sup> genügt uns.

v. Payer: Verliest W[aldow]s Abschiedsgesuch.

R[eichs]k[anzler]: Als Ersatzmann käme nur ein Oberbürgermeister in Frage. Dann Rechts-Opposition nur noch bedenklicher!

Gröber: Für W[aldow]s vorläufiges Verbleiben. Amt muß jemand leiten, der Produktion kennt. — Natürlich muß W[aldow] sich auf Boden des Reg[ie]rungsprogramms stellen.

v. Payer: Nach Notiz von Rad[owitz] kann W[aldow] sich nicht auf Reg[ie]rungs]progr[amm] stellen. Empfiehlt Batocki, Ob[e]rbürg[ermeister] Koch<sup>22)</sup> oder Peters.<sup>23)</sup>

<sup>18)</sup> Dazu Scheidemann, Memoiren II S. 233 f.: „Der Abgeordnete Dittmann war zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden [s. Schulthess 1918/I S. 52], von denen er neun Monate bereits verbüßt hatte. [...] Ernstliche Schwierigkeiten entstanden wegen Liebknecht. Die militärischen Stellen wollten unter gar keinen Umständen in eine Amnestierung Liebknechts einwilligen. Ich setzte dem den heftigsten Widerspruch entgegen und machte neben allen prinzipiellen Erwägungen darauf aufmerksam, wie absolut falsch, politisch gesehen, ein solches Verfahren sein würde. Die allgemeine Amnestie werde man in allen Kreisen freudig begrüßen. Behalte man aber den einen einzigen Abgeordneten im Zuchthaus, dann sei für Millionen von Arbeitern die Amnestie ein Nichts. Man müsse die Psyche der Arbeiter kennen, um das zu verstehen.

Der Kampf um die Freilassung Liebknechts währte tagelang, immer neue Autoritäten, militärischer und zivilisierterer Art traten auf, um die Unmöglichkeit zu erweisen, daß man Liebknecht freilassen dürfe. — Schließlich trug ich den Sieg davon und setzte seine Freilassung durch.“ Vgl. auch die folgenden Anm.

<sup>19)</sup> Vgl. Prinz Max S. 376: „Scheidemann aber blieb bei seiner Ansicht, überzeugt, daß im Grunde die Unabhängigen die Fortsetzung der Haft Liebknechts wünschten und brauchten, um den Mehrheitssozialdemokraten im Parlament und vor den Massen immer neue Verlegenheiten bereiten zu können. — Wir schoben die Entscheidung noch hinaus.“

<sup>20)</sup> Vgl. Anm. 11.

<sup>21)</sup> Am 5. 10. 1918 im Reichstag; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6150 ff.

<sup>22)</sup> Berichtigt aus: „Vogt“. Erich Koch(-Weser), Oberbürgermeister von Kassel. Dazu vgl. Nachlaß Koch-Weser, Tagebucheintragung vom 11. 10. 1918: „Heute, als ich mich schon auf die Abreise freute und die Rückkehr in die selbständige Oberbürgermeistertätigkeit, kam August Müller mit der Anfrage zu mir, ob ich das Ernährungsamt übernehmen würde. Waldow gehe bestimmt, Batocki scheinbar abzulehnen. Bleibe niemand als ein Oberbürgermeister, und da gäbe es nur Luther und mich. Luther aber sei erst gerade in Essen und gelte noch zu sehr als reiner Anwalt der Städte. [...] Am besten sei es vielleicht, wenn ich nun

Sollen auch unpolit[ische] Staatssekretäre (z. B. Post) auf Reg[ierungs]-  
progr[amm] vereidigt werden oder nur darauf, daß sie nicht dagegen handeln?

v. P[ayer] ist für Besprechung zwischen Waldow, Payer, Erzberger, Scheide-  
mann. Jeder Wechsel jetzt direkt verhängnisvoll.

**Roedern:** Wichtigstes: Stell[un]g zum Wahlrecht. Da steht W[aldow] ganz auf  
Reg[ierungs-]Vorlage. Auch sonst keine unüberbrückbaren Differenzen.

**Scheidemann:** Mit Bespr[echung] einverstanden. Wir hätten gar nicht  
verlangt, daß W[aldow] gehe.

Solf warm für Waldow.

Monarchie:<sup>24)</sup>

R[eichs]k[anzler]:<sup>25)</sup> Wird sich d[eu]t[sches] Volk hinter Monarchie stellen, wenn  
Ausland sagt, wir sollten Hohenzollern preisgeben?

**Gröber:** Mehrheit wird halten.

**Scheidemann:** Stimmung böse. Erschreckend besonders Berliner Stimmung.  
Aber ich nehme an, daß solche Bedingung uns nie gestellt wird.

**Erzberger:** Man muß auf Bedingungen gefaßt sein. Flugblätter vom Feind:  
Seid nicht Leibgarde für Hohenzollern.

Republik wäre Untergang des Reichs. Süddeutsche Staaten sind streng  
monarchisch.

R[eichs]k[anzler]: An Scheidemann: Was wird Volk sagen, wenn Bedingung  
gestellt wird?

**Scheidemann:** Wird Frage so gestellt: Krieg oder Hohenzollern-Preisgabe, so  
wäre Volk für Frieden, selbst um diesen Preis.

Ich werde mich aber auf Ablehnungsstandpunkt stellen. Erfolg<sup>26)</sup> da möglich,  
da so unverschämte Bedingungen wohl auch mit anderen, ebenso unerträg-  
lichen<sup>27)</sup> verknüpft wären.

v. Payer: Wilson wird Beding[ung] so nicht stellen. Sonst wie Scheidemann.  
Frage wird lauten: Wollt Ihr Einmischung im Innern dulden? Dagegen wird  
Volk aufstehen.

R[eichs]k[anzler]: Wie sollen wir dann unseren Standpunkt präzisieren?

auf ein halbes Jahr beurlaubt werde. Aber auch dauernd werde man mich gern nehmen.  
Ich habe ausweichend geantwortet. Ein peinlicher Gedanke, zu denen zu gehören, die hoch-  
kommen, wenn das Vaterland niedergeht. Aber ich weiß doch noch nicht, ob ich mich dem  
Ruf entziehen würde, wenn man mich wirklich braucht.“

<sup>23)</sup> Vorsitzender des preußischen Landeskartoffelamtes; Unterstaatssekretär beim preußischen  
Staatskommissar für Volksernährung.

<sup>24)</sup> Im Or. blau unterstrichen. — Zu diesem Punkt der Tagesordnung vgl. Prinz Max S. 376 f.,  
der die Diskussion (nach einer Abschrift des Protokolls) teilweise wörtlich wiedergibt.

<sup>25)</sup> Im Or. mit Blaustift.

<sup>26)</sup> Dieser Satz im Or. durch einen senkrechten handschriftl. Strich (mit Blaustift) am linken  
Seitenrand hervorgehoben.

<sup>27)</sup> Bei Prinz Max S. 376 (s. Anm. 24) demgegenüber falsch: „mit anderen unverschämten“.

**v. Payer:** Natürlich wehren mit Hörnern und Klauen, weil dadurch Demütigung zu erwarten.

**Gröber:** Hohenzollern: Beschwerden sind gar nicht antimonarchisch, sondern nur Formel für Entrüstung über preuß[ische] Mißgriffe.

**R[eichs]k[anzler]:** Dankt für Einmütigkeit. Diskrete Behandl[un]g nötig.

**Scheidemann:** Artikel 11 der Verfassung (Kaiser entscheidet über Krieg pp.) muß zum Schutz der Monarchie dringlich aufgehoben werden.

**Graf Roedern:** Dagegen. Revision erst möglich, wenn Grundlage [des] Völkerbunds vor Kriegsausbruch mehr Zeit gewährt. Amerikan[ischer] Präsident hat Vollmacht schnellsten Zugreifens. Idealforderung natürlich wie Sch[eidemann].

**Lewald:** Bundesrat ist vor Kri[egs]erkl[ärung] beteiligt worden.

**Erzberger:** Verfassungs-Material über andere Völker sammeln und sichten! Jetzt keine Verfass[ungs]änder[un]g.<sup>28)</sup>

**v. Payer:** Ebenso.

**Solf:** Kriege hat schon Völkerbund-Statuten ausgearbeitet. Presse soll Richtlinien erhalten.

<sup>28)</sup> Neben diesen Sätzen im Or. das Wort: „Pressewarte?“

### 30.

#### 7. 10. 1918: Sitzung des Gesamtkabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Radowitz). Überschrift: „Am 7. 10. um 4 Uhr hat eine Besprechung sämtlicher Staatssekretäre bei dem H[errn] R[eichs]k[anzler] stattgefunden“.

Anwesend waren: S[eine] Gr[ößherzogliche] H[ohheit], Exzellenz Payer, Graf Roedern, v. Stein, General Scheüch, Frhr. v. Stein, v. Waldow, v. Mann, Rüdlin, v. Krause, Gröber, Scheidemann, Erzberger, Solf, Bauer, Lewald, Friedberg, Radowitz, Deutelmoser.

Nach Begrüßung der Erschienenen entfernte sich S[eine] Gr[ößherzogliche] H[ohheit] behufs Fahrt zu S. M.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Über den Inhalt des Gesprächs, bei dem der Reichskanzler u. a. die Ablösung des Kabinettschefs von Berg und des preußischen Kriegsministers von Stein durchsetzte, vgl. Prinz Max S. 378 f., wo allerdings ein falsches Datum (6. 10.) angegeben ist. Daß die Unterredung am 7. 10. stattfand, ergibt sich auch aus dem Terminkalender des Prinzen Max (Nachlaß Prinz Max) unter dem 7. 10.: „5 [Uhr] Immediatvortrag im Neuen Palais“. — Vgl. auch v. Stein, Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges. 2. Aufl. Leipzig 1919, S. 135: „Wenige Tage später war ich zu einer Sitzung geladen. Der Prinz begrüßte die Versammlung und verabschiedete sich sofort wieder, da er wegen eines wichtigen Thronvortrages zum Kaiser fahren müsse. Bei seinem Fortgange wechselten wir noch einige Worte, wobei er wieder sehr freundlich war. Bei dem Thronvortrage hat er dem Kaiser meine Entlassung zur Bedingung gemacht. Hätte er mir ein Wort von seiner Absicht gesagt, so würde ich dem Kaiser die Zwangslage erspart und sofort meine Entlassung erbeten haben. Das Verfahren hat mir nicht gefallen, aber für die Entlassung bin ich dankbar gewesen.“ Über die Ablösung Steins auch Payer S. 118. Berg schildert den Vorgang seiner Entlassung ausführlich in seinen Erinnerungen; Nachlaß Berg.

Unter Vorsitz von Exz. Payer wurde besprochen:

1. Wahlrecht (Not. S. 1—4).<sup>2)</sup>
  2. Eingabe Elsaß-Lothr[ingischer] Abg[eordneter] wegen Räumung (S. 5).
  3. Organisatorische Fragen betr. Bearbeitung der Randstaaten (S. 5—9).
  4. Rathenausche Vorschläge (S. 9—11).
  5. Frage der Ressortbesprechung über Finanzlage (S. 11, 12, 13).
  6. Organisation R[eichs]w[irtschafts]a[mt] und Arbeitsamt (S. 12).
- Vergleiche Notizen.<sup>3)</sup>

Zur Besprechung am 7. 10. p. m.

Eine Frage, die dringend der Klärung bedarf, ist die weitere Bearbeitung unseres Verhältnisses zu den Randstaaten.

Die polnischen Angelegenheiten werden im Reichsamt des Innern und im Auswärtigen Amt bearbeitet.

Für das Baltikum und Litauen, dessen Verwaltung bisher ausschließlich der OHL untersteht, gibt es im Reichsamt des Innern einen Reichskommissar für die Ostseegebiete und Litauen. Auch in diesen Angelegenheiten ist außerdem das Auswärtige Amt stark beteiligt.

Es ist notwendig, eine Stelle mit der Einleitung der neuen Verhältnisse zu betrauen, die sich mit der OHL über die zunächst einzurichtende Zivilverwaltung auseinandersetzt und dann unter der Oberleitung des R[eichs]k[anzlers] die weitere Entwicklung in die Wege leitet.

B[erlin,] 7. 10. 18, 4 [Uhr]

Wer nichts mitzuteilen hat, bleibt weg.

Wer vortragen wolle, soll R[eichs]k[anzler] Gegenstand anmelden.

Wahlrecht:<sup>4)</sup>

Friedberg hofft, daß H[erren]h[au]s, spätestens Abg[eordneten]h[au]s, auch Alterszusatzstimmen fallenläßt. He[rre]nhausreform erschwert weitere Aktion, zumal Schul- und Kirchensicherung (Zentr.) und Erweiterung der Etatsbefugnisse des H[erren]h[au]s[e]s zur Erwägung stehen.

Beschleunigung wird aber betrieben. Gestern b[ei] Friedberg Besprech[un]g. Verständigung dahin, daß H[erren]h[au]s-Vorlage möglichst so an Abg[eordneten]h[au]s gehen soll, daß sie gleich dort akzeptiert werden kann. Etwa Mitte Januar Schluß ohne Auflös[un]g zu erwarten.

<sup>2)</sup> Das Protokoll der Sitzung ist von Radowitz auf lose Notizblätter geschrieben, die handschriftlich paginiert sind; darauf beziehen sich die Seitenangaben.

<sup>3)</sup> S. die vorige Anm. — An dieser Stelle im Or. die eigenhändige Bemerkung: „Z.d.A. v. R[adowitz]. 7. 10. 18.“ Überschrift, Anwesenheitsliste und Tagesordnung sowie der folgende Abschnitt („Zur Besprechung am 7. 10. p.m.“) sind nachträglich geschrieben und dem eigentlichen Protokoll vorangestellt worden.

<sup>4)</sup> Im Or. rot unterstrichen.

**Payer:** Vertröstung auf Januar nicht unbedenklich. Wenigstens im H[erren]-h[aus]s baldigst Mehrheitswillen pro Vorlage kundgeben. Ähnliche Erklär[un]g im Abg[eordneten]h[aus]s nötig.

**Roedern:** Derselben Ansicht. Bes[onders] im Abg[eordneten]h[aus]s schle[u]nigst feststellen, daß Z[en]tr[um] und Nat[ional]l[iberale] geschlossen für Vorlage. — Pairsschub im H[erren]h[aus]s vielleicht nötig. Auflös[un]g schüfe schwerlich günstigere Lage.

**Waldow:** Wie Roedern. Verschleppungsverdacht muß beseitigt werden. Dann genügen verfassungsmäß[ige] Mittel. Auch bisher ist Vorwurf der Verschlep[p[un]g nicht berechtigt. Anwendung des Wahlrechts erst nach Frieden.

**Friedberg:** Etwa 22. Okt[ober] Plenum. Nach 21 Tagen 2. Les[un]g. Dann Abg[eordneten]h[aus]s. Hierauf nochmals 21 Tage. Wozu Auflös[un]g, wenn nur Tempo, nicht Erfolg an sich in Frage? Auflös[un]g sichert keine frühere Lös[un]g.

**Payer:** Zeit verlangt, daß Formalitäten hintangesetzt werden. Spielen mit Terminen muß aufhören. Auflösen gibt wenigstens der Regierung Kredit.

**Scheidemann:** Wie Payer. Volksnerven vertragen längeren Aufschub nicht. Baldigst in Presse Einigung der Parteien verkünden und Verlauf motivieren. Auflös[un]g wertvoll für Reg[ie]rungs[kredit]. — Altersstimme widerspricht Königswort. — Abkürz[un]g des Termins unbedingt nötig.

**Krause:** Auflös[ungs]-Drohung der Reg[ie]r[un]g zwecklos. — Volk muß beruhigt werden. Wie Payer. Resolution des Abg[eordneten]hauses ratsam für Reform ohne Altersstimme. Pressemeld[un]g darüber. Wirkt auch auf H[erren]h[aus]s zurück. Terminabkürz[un]g dann unwesentlich. Gesetze müssen gehalten werden. 21-Tage-Termin ist überlebt.

**Roedern:** Wie Krause.

**Friedberg:** Abg[eordneten]h[aus]s ist einig. H[erren]h[aus]s d[ur]ch Pairsschub zu kurieren.

Els[aß-]Lothr[ingen]<sup>4)5)</sup>

Abgeordnete haben an Payer wegen Räumungsbefehl an einige Grenzgemeinden Eingabe gerichtet.

<sup>4)</sup> Im Or. auf dem linken Seitenrand folgende eigenhändige Ergänzung: „Not[iz]. An RA. d. Inn. abgegeben v. R[adowi]tz 7. 10. 18. Persönlich an Lewald.“ — Dazu vgl. auch ein Schreiben Haußmanns vom 7. 10. an den Reichskanzler (eigenhändiger Entwurf im Nachlaß Haußmann 20): „Allerneueste Nachrichten aus Straßburg drängen die Überzeugung auf:

1. Die unglückseligen Liquidationen franz. Privatbesitzes in Elsaß-Lothringen, diese Bärenfellverteilungen, müssen sofort gestoppt werden. von Stein-Wirtschaftsamt mit der unglücklichen Hand sollte den abschlußlustigen Liquidatoren telegraphische Sistierungsorder geben trotz allem ‚Wenn u[nd] Aber‘.

2. Kommt, wie nach der heutigen Havasnote in Rechnung zu nehmen, von der Entente die Forderung der Räumung auch von Elsaß-Lothringen, so muß Deutschland Hand in Hand mit dem Landtag von Elsaß-Lothringen widersprechen. Dazu muß dieser, ehe die Forderung kommt, von seinen Fesseln befreit u[nd] einberufen werden. Die nötigen Vorbesprechungen sollten wegen raschen Handelns u[nd] wegen des Eindrucks morgen in Straßburg geführt werden.“

K[riegs]m[inister] [von Stein]: Räumung nur wegen Gefahrzone angeordnet.

v. Payer: Also dementspr[echend] Abg[eordnete] bescheiden.

Roedern: Aber an OHL Eingabe weitergegeben.

So wird beschlossen.

Oststaaten:<sup>4)</sup>

Polen im R[eichsamt] des I[nnern] und A[uswärtigen] A[mt] behandelt.

Baltik[um] im R[eichsamt] des I[nnern] und OHL.

Vorschlag: Eine gemeins[ame] Stelle bestimmen.

Solf: Behält sich Äuß[er]u[n]g vor.

Lewald: Polen müßte bei R[eichsamt] des I[nnern] bleiben. Für Baltikum (Falkenh[au]s[e]n) auch R[eichsamt] des I[nnern] zuständig. Wozu Änderung? A[uswärtiges] A[mt] wird ja stets beteiligt.

Roedern: Ebenso. — A[uswärtiges] A[mt] jetzt ja auch bes[onders] stark belastet. — Wohl aber Zusam[men]legung innerhalb des R[eichsamts] des I[nn-ern] in einer Abt[ei]l[un]g ratsam.

Vor R[eichs]k[anzler]-Vortrag allerdings Ämter-Einigung ratsam.

Erzberger: Sache gehört an A[uswärtiges] A[mt], da R[eichsamt] d[es] I[nnern] Innenbehörde und wir uns nicht in Innen-Angelegenheiten der Randstaaten mischen wollen. — Auch für Friedensverhandl[un]gen wichtig.

Lewald: Jahrelange Referentenerfahr[un]g wäre dann verloren. Übertritt der Referenten in A[uswärtiges] A[mt] nicht möglich. Ohne A[uswärtiges] A[mt] geschieht nichts.

Polen selbst wird Bleiben Verwalt[ungs]-Chefs wünschen.

Payer: An sich hat Erzberger recht. Aber breitere Grundlage für Innenverfas[sun]g besser im R[eichsamt] des I[nnern] zu bearbeiten. — Abwarten. Jetzt keine groß[en] Änder[un]gen in Organisation.

Frhr. v. Stein auch für Beibehalt[un]g bish[eriger] Ressortzuständigkeit.

Solf: Erzberger an sich auf rechtem Weg. Aber Augenblick jetzt ungeeignet.

Erzberger: Einverstanden — Zivilverwalt[un]gen müssen einheimisch sein, nicht deutsch. Dann Übergang an A[uswärtiges] A[mt] geboten.

Lewald: Poln[ische] Reg[ierung] hat gar keine Beamte[n]. Frühestens 1. Jan[uar] einheim[ische] Zivilverw[altung] möglich. Vielleicht erst 1. April.

Payer: Ziel also Übergang an A[uswärtiges] A[mt].

Zivilverwalt[un]g[e]n bald einrichten.

Dann Üb[er]g[ang] an A[uswärtiges] A[mt].

Rüdlin: Spezialverwalt[un]gen wie Post müssen bei Ressorts bleiben, die dafür zuständig, weil Beamtenmangel.

v. Payer: Einverstanden. Ist ja auch nur Gefälligkeit für Polen.

**Graf Roedern:** Rathenau-Anregung<sup>4)</sup> für stärkeres Aufgebot im Land<sup>6)</sup> von ihm schon mit Industriellen besprochen.

**K[riegs]m[inister] [von Stein]:** Vorkehr[un]gen sind getroffen. Neuorganis[ation] verzöger[t] nur praktische Leist[un]g.

**Deutmoser:** Neu-Organis[ation] macht auch nervös.

**Payer:** Also nicht achtlos an Sache vorbeigehen. Aber nicht nervös machen durch neue Organisation.

**Roedern:** Kriegsamt zuständig? Aus Heimat und Etappe noch mehr herausziehen. (4—10<sup>0</sup>/<sub>0</sub> Urlauber?)

In vielen Milit[är-]Formation[en] der Heimat Auskämm[en] nötig. Rath[enau]<sup>6)</sup> rechnet auf 4—500.000 Mann.

**K[riegs]m[inister] [von Stein]:** Etappe ist schon ausgekämmt. Schon g[arnison]-v[erwendungs]fähige Leute für besondere Zwecke ganz vorn.

Unvermutete Kommissionsuntersuch[un]g[e]n gegen Drückeberger. Im großen Maßstabe aber herrscht kein Mißstand.

Über Urlauber hat OHL Prozentsatz festgelegt.

Auch auf Reklamierte kann nur in gewissen Grenzen zurückgegriffen werden.

**Scheüch:** 1.200.000 Reklamierte in Heimat. Absolute Zahl also hoch. Aber de facto nicht höher als nötig für Industrie u.[s.w.] Auch Neuanpass[un]g an techn[ische] Fortschritte (Ubootwaffe) fordert Vorhandensein tüchtiger Leute. Neuforderungen ohne Sicher[un]g ihres dauernden Ersatzes sind ein Krebschaden.

**Roedern** empfiehlt R[ück]spr[ache] von Scheüch mit Rathenau.

**v. Stein, Scheüch:** Einverstanden!<sup>7)</sup>

**Erzberger:** Wie ist Friedensangebot von Armee ausgegeben?

**v. Stein:** Noch unbekannt.

**Roedern:** R[eichs]k[anzler] will demnächst Ressortbesprech[un]g über Finanzlage veranstalten.<sup>4)</sup> Sehr ernste Sache. (Bericht des Reichsbankpräsidenten.) Preissteigerung durch papier[ene] Vermögen und Einkommen muß gestoppt werden. Steuerschöpfen bei unserer Reichsverfass[un]g besonders schwierig. Laufende Einnahmen für Übergangszeit müssen baldigst gesichert werden.

**Frhr. v. Stein** erbittet Auskunft über Art der Tren[n]u[n]g zwischen R[eichs]-w[irtschafts]a[mt] und R[eichs]a[rbeits]a[mt]. Sollen Ressortchefs Vorschläge machen?

**v. Payer:** Ja.

**Lewald:** Auch ehemals bei Tren[n]u[n]g R[eichs]w[irtschafts]a[mt] und R[eichs]a[mt] d[es] I[n]nern so verfahren.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 26 Anm. 29.

<sup>7)</sup> Vgl. dazu Rathenaus Schreiben vom 9. 10. an Scheüch (der am gleichen Tage als Nachfolger Steins zum preußischen Kriegsminister ernannt worden war) bei Prinz Max S. 393 f.

**Roedern:** Nachtragsetat nötig. Auch Bundesrat vorzulegen.

Für parl[amentarische] U[nter]st[aatssekretäre] zunächst Gehalt auf Kriegsfonds nehmen.

**Friedberg** bittet, auch preuß[ischen] Handelsminister an Finanzberat[un]g zu beteiligen.

**Roedern:** Erst später! Erst muß R[eichs]k[anzler] Reichssache entscheiden.

Schluß 5.15 U[hr].

### 31.

#### 8. 10. 1918: Pressevortrag beim Reichskanzler

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Radowitz). Überschrift: „Am 8. 10. vorm. bei RK.“

Solf, Roedern, Payer, Gröber, Scheidemann, Erzberger.

#### Agitation von militärischer Seite<sup>1)</sup>

**Roedern:** Wir brauchen keine Sorge zu haben, daß Militärs vor der Geschichte ihre Stellung zur Note verändern könnten. Aber Haltung der Presse ist bedenklich.

**Deutelmoser:** Schon mit Kriegspresseamt gesprochen. Presse am Sonntag<sup>2)</sup> informiert, daß OHL einverstanden. Presse heute abgeschwenkt. Militär muß da eingreifen. Mein Verhältnis zu Würz<sup>3)</sup> ist gut.

**Payer:** Die ganze Presse, die von OHL inspiriert wird, muß in andere Hand kommen.

**Solf:** Bauer<sup>4)</sup>, Nicolai<sup>5)</sup> etc. müssen weg.

**Erzberger:** Kriegspresseamt muß restlos dem R[eichs]k[anzler] unterstellt werden.

**Reichskanzler** erbittet Vorschläge in diesem Sinne.

**Deutelmoser** wird auf Würz einwirken.

<sup>1)</sup> Daneben eigenhändig: „Z.d.A. v. R[adowi]tz 8. 10. 18.“

<sup>2)</sup> 6. 10. 1918.

<sup>3)</sup> Major, Leiter des Kriegspresseamts.

<sup>4)</sup> Oberst, Chef der Abt. IIb der Operationsabteilung der OHL. Aus einer Eintragung im Tagebuch Stresemanns vom 8. 10. (Nachlaß Stresemann 201 [7353]) sowie aus einer Mitteilung Haefstens (Nachlaß Haefsten, Erinnerungen) ergibt sich, daß Bauer am gleichen Tage in Berlin war. Dazu Oberst Bauer S. 254 f.

<sup>5)</sup> Oberst, Leiter der Abteilung Presse und innere Abwehr in der OHL.

**Erzberger:** Es muß ein Zivilvertreter bei Unterredung Würz mit Presse dabei sein.

**Scheidemann** bittet, keine Zwangsmaßnahmen gegen Presse anzudrohen.

**Deutelmoser:** Ich habe am Sonntag<sup>2)</sup> Presse ermahnt, els[ab-lothringische], poln[ische], balt[ische] Frage nicht zu berühren.

Es sei sogar Erlaß eines Zensurverbotes erwogen worden. Das wollten wir nicht. Aber wenn sie nicht freiwillig schwiegen, so müßte ich Zensurverfügung anregen. Darauf freiwillig verzichtet Presse. —

Sorge wegen politischer Zensur bei Presse.

**Scheidemann:** Wir dürfen keine politische Zensur haben.

**Roedern:** Unter Umständen muß man Zensurmöglichkeit haben.

**R[eichs]k[anzler]** glaubt das auch.

**Scheidemann:** Presse muß für uns gewonnen werden.

**Deutelmoser:** Gegen Teilnahme von St[aats]s[ekretären] an Pressesitzung.<sup>6)</sup>

<sup>6)</sup> Dazu vgl. ein Schreiben Payers an Radowitz (maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Prinz Max) vom 8. 10.: „In der heutigen Besprechung der Staatssekretäre einigte man sich dahin, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu demjenigen Teil der bevorstehenden Unterredung mit dem General Ludendorff, der sich auf die Unterstellung des Kriegspresseamts unter den Reichskanzler, die Reduzierung dieses Amtes und die Kaltstellung einiger besonders prononciertes Herren bezieht, Exzellenz Solf beizuziehen, der informiert ist.“

## 32.

### 8. 10. 1918: Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Reichsverfassung und des Stellvertretergesetzes im X. und VI. Ausschuß des Bundesrats

Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 N I/1.<sup>1)</sup>

Heute wurde im X. und VI. Bundesrats-Ausschuß unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Lewald der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 — Drucksache Nr. 203<sup>2)</sup> — beraten. Instruktion auf Zustimmung ist erteilt worden. Referent war der Gesandte von Nostitz.

[**Nostitz:**] Die Bundesratsvorlage Nr. 203 ist in ihrem Wortlaut und in ihrer Begründung so kurz und so klar, daß ich ihren Inhalt als bekannt voraussetzen kann. Namens der Königlich Sächsischen Regierung bin ich beauftragt, ihr zu-

<sup>1)</sup> Bericht des württembergischen Ministerialdirektors v. Schleehauf vom 8. 10., Maschinenschrift, und Referat des sächsischen Gesandten v. Nostitz, maschinenschriftl. Abschrift. Am 11. 10. übersandte Schleehauf eine ihm von Nostitz zur Verfügung gestellte „Abschrift des Referats“ nach Stuttgart mit der Bitte „um spätere Rückgabe“. — Der X. Ausschuß des Bundesrats war „für die Verfassung“, der VI. „für Justizwesen“ zuständig.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 15.

zustimmen. Im übrigen halte ich es gegenüber den ungeheuren jetzigen Geschehnissen nach der ganzen Sachlage nicht für angezeigt, in eine umfassende Erörterung der Materie einzutreten, halte es aber für meine Pflicht als Referent, in meiner Eigenschaft als solcher wenigstens einige allgemeine Bemerkungen zu machen.

Ihrem Wortlaut nach erscheinen die beantragten gesetzgeberischen Änderungen weniger bedeutend; in Wirklichkeit spiegeln sie die schwerwiegendste Änderung der Reichsverfassung wider, die seit ihrem Bestehen erfolgt ist, und bedeuten nichts weniger als den Übergang zu einem der Reichsverfassung bisher fremden Regierungssystem. Zwar ist die Parlamentarisierung noch keineswegs voll durchgeführt. Der Herr Reichskanzler gehört überhaupt nicht zu den Reichstagsmitgliedern, und es bleiben anscheinend eine Anzahl Berufsbeamte als Staatssekretäre in leitenden Stellungen, wie es auch bei Fortbestehen von Art. 15 nicht anders sein kann. Auch ist die Auseinandersetzung mit Preußen, dessen Vormachtstellung im Reich das größte Hindernis der Parlamentarisierung bildet, staatsrechtlich noch nicht erfolgt. Trotzdem ist kein Zweifel an der grundsätzlichen Bedeutung der gegenwärtigen Entwicklung, und der Herr Reichskanzler hat in seiner Rede vom 5. Oktober Sorge getragen festzustellen, „daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstags gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden.“

Während nun schon vor dem Kriege das parlamentarische System überall in der Welt, außer in Deutschland und in Rußland, sich eingeführt hatte, sind noch gegenwärtig bei uns die Meinungen über seinen Wert verschieden. Ob die Entwicklung in dieser Richtung gehen soll, diese grundsätzliche Frage steht aber tatsächlich nicht mehr für die Entscheidung des Bundesrats offen, nachdem Seine Majestät der Kaiser und König von Preußen sie durch seinen Erlaß an den vormaligen Herrn Reichskanzler vom 30. September dieses Jahres entschieden hat und die Bildung der neuen Reichsleitung auf dieser neuen Grundlage bereits schon zur Tatsache geworden ist. Daß die Entwicklung im Zuge der Zeit liegt, kann nicht verkannt werden. Ob ein in der Hauptsache auf Autorität beruhendes, vom Parlament nur im Etat und in der Gesetzgebung kontrolliertes Regierungssystem, wie unser bisheriges, sich bei uns in Deutschland bei großen äußeren Erfolgen noch hätte halten können, wie sie seinerzeit Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck beschieden worden sind, braucht leider heute nicht mehr erörtert zu werden, wo wir nach anderen schweren politischen Mißerfolgen vor und im Kriege anscheinend jetzt vor dem schwersten stehen.

Aber auch wenn man grundsätzlich geneigt ist, die Parlamentarisierung als notwendig und nützlich anzusehen, bleibt zu beklagen, daß sich der jetzige Übergang nicht organisch nach eingehender Vorbereitung vollzieht, sondern daß man zu dem Systemwechsel als einem Hilfsmittel in der Not und daher im Drange der Not greift. Hierauf beruht es auch, daß die verbündeten Regierungen sachlich insoweit nicht mehr Stellung nehmen, sondern der Tatsache der Änderung nur Rechnung tragen können. Das ist sicher ein schwerer Mangel im Geiste der Reichsverfassung, den ich nicht anders als feststellen kann. Wie Exzellenz von Dandl in seiner Ansprache an den neuen Herrn Reichskanzler vom 5. des Monats stehe auch ich aber auf dem Standpunkte, daß es nicht an der Zeit ist, Beschwerden oder gar Widerspruch zu erheben, am allerwenigsten gegenüber der jetzigen Reichsleitung, welche es in der schwersten Zeit übernommen hat, die Erbschaft der vorhergegangenen auseinanderzusetzen. Hiernach handelt es sich jetzt darum, für den tatsächlich schon eingeleiteten Systemwechsel die Form zu finden. Als solche erscheint der vorliegende Gesetzentwurf durchaus geeignet.

Der Entwurf schafft die staatsrechtliche Möglichkeit für den Systemwechsel einerseits, läßt aber andererseits die Verfassung in ihren wichtigsten Bestimmungen, insbesondere Artikel 9, ihrem Wortlaut nach unberührt. Das ist zweifellos ein Vorteil, insbesondere wenn die Entwicklung weitergeht. Dann bildet Artikel 9 in seiner bisherigen, erhalten gebliebenen Fassung einen besseren Ausgangspunkt, als wenn der Bundesrat zufolge Beseitigung von Artikel 9, die ja stark in Frage gestanden hat, durch Hinzutritt parlamentarischer Mitglieder einen, seinem bisherigen staatsrechtlichen Wesen fremden Zusatz schon erhalten hätte.

Daß die Stellung des Bundesrats, welcher der Träger der Reichssouveränität der verbündeten Regierungen und daher als höchste politische Körperschaft des Reichs gedacht war, selbstverständlich darunter leidet, wenn Staatssekretäre, noch dazu so wichtige wie die parlamentarischen, ihm nicht angehören, muß demgegenüber in den Kauf genommen werden. Ohnehin kann man die Augen nicht davor verschließen, daß der Bundesrat in seiner Bedeutung als politische Instanz im Laufe der Entwicklung, insbesondere während des Krieges, mehr und mehr zurückgetreten ist. Gerade politische Fragen sind im Bundesrat am allerwenigsten behandelt worden. Das Hauptgewicht seiner Arbeit liegt durchaus in Fachfragen, insbesondere auch juristischer und redaktioneller Art. Man kann dies vom Standpunkte der Staatstheorie aus noch so sehr beklagen, die Staatspraxis hat sich jedenfalls so gestaltet. Es ist nun der äußere Ausdruck für diese Entwicklung, daß der Reichskanzler so gut wie nie mehr, die Staatssekretäre nur bei den wichtigsten Fragen und auch dann nicht ausnahmslos an den Sitzungen teilnehmen und die Plenarsitzungen durchgehends einen formalen Charakter angenommen haben. *Exempla sunt in promptu*. Hiernach trifft die Nichtmitgliedschaft der parlamentarischen Staatssekretäre den Bundesrat nicht unvorbereitet und ist wohl als der geringere Nachteil anzusehen.

Hiernach habe ich die Annahme der Vorlage zu beantragen.

Der bayerische Bevollmächtigte [Graf Lerchenfeld] teilte mit, daß Bayern sich sehr wohl des Ernstes des in der Vorlage vorgeschlagenen Schrittes bewußt sei. Es sei das ein erster Schritt, der vielleicht noch zu weiteren Schritten dränge.

Aber die jetzige Zeit sei nicht derart, daß ein Widerspruch erhoben werden kann. Bayern stimme daher der Vorlage zu.

**Württemberg** [v. Schleeauf], **Baden** [Nieser] und **Hessen** [Frhr. v. Biegeleben] erklärten ihre Zustimmung zu der Vorlage. Der **hessische Gesandte** fügte bei, daß er den Eindruck habe, daß im § 1 der Vorlage nicht allzuviel steckt; dagegen bedeute der neue Abs. 2 des § 1 des Gesetzes von 1878 im § 2 der Vorlage gewissermaßen eine tatsächliche Umgehung des Art. 9.

Der **hanseatische Gesandte** [Sieveking] erklärte die Zustimmung der Hansestädte und bemerkte, daß er nicht so schwarz sehe wie der Referent. Er begrüße mit Freuden, daß der Art. 9 unangetastet blieb, und schlage es hoch an, daß jetzt nicht z. B. Gröber und Erzberger zu Bundesratsbevollmächtigten ernannt werden müssen. Die vorgeschlagene Lösung sei eine sehr glückliche. Der **Vorsitzende** [Lewald] wies darauf hin, daß dadurch, daß Art. 9 unverändert blieb und nur Art. 21 geändert wurde, nur die Stellvertreter des Reichskanzlers, nicht dieser selbst, parlamentarisiert worden seien. Das sei von größtem Wert. Die Reichstagsabgeordneten scheinen sich diesen Punkt gar nicht genügend klargemacht zu haben, wohl aber die Reichsleitung.

Der **braunschweigische** [Boden] und der **oldenburgische Gesandte** [v. Eucken-Addenhausen] und der **thüringische Bevollmächtigte** [Paulssen] stimmten für die von ihnen vertretenen Regierungen zu. Der **thüringische Bevollmächtigte** bemerkte, der Reichskanzler habe in seiner neulichen Rede<sup>3)</sup> gesagt, daß das neue Programm im Einverständnis mit den verbündeten Regierungen aufgestellt sei; das sei der weimarischen Regierung, die von einem solchen Einverständnis nichts wisse, aufgefallen. Der **Vorsitzende** [Lewald] meinte, der Reichskanzler werde wohl über die Grundzüge mit den Bundesratsbevollmächtigten gesprochen haben. Als dies allseits verneint wurde, meinte der Vorsitzende, daß dann der Reichskanzler diese Zustimmung eben antizipiert haben werde; er habe die verbündeten Regierungen unbedingt erwähnen müssen, weil deren Nichtnennung sehr gegen den Geist der Reichsverfassung verstoßen haben würde.

Der Vorsitzende konnte hierauf konstatieren, daß der Gesetzentwurf unverändert angenommen worden ist.<sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Vom 5. 10. 1918.

<sup>4)</sup> Vgl. Protokolle des Bundesrats S. 1435.

## 33.

## 8. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Radowitz). Überschrift: „Besprechung bei RK am 8. 10. 18 vormittag.“

Payer, Solf, Scheidemann, Erzberger, Gröber.

Bulgarien.

**Roedern** über unser finanzielles Verhältnis zu Bulgarien. Wir haben R[eichs-]Schatzscheine.

Wie ist unsere Lage?

**Solf:** König Boris<sup>1)</sup> will alte Verhältnisse. Entente bestrebt, Bulgarien ganz zu beherrschen. Letzteres wahrscheinlich.

**Roedern** bittet um dauernde Nachricht, um nötige Schritte zu ergreifen.

**Solf:** Zusage.

Elsaß-Lothringen.

**Payer** empfiehlt Schwander als Statthalter. Staats[s]ekretär] offenlassen.

R[eichs]k[anzler] und **Roedern** halten es für gut.

**Roedern** glaubt, daß Schwander es nicht tut, in diesem Fall muß er St[aats]-s[ekretär] werden.

Glaubt, daß auch ohne Besetzung des Statth[alter-]Postens staatsrechtlich keine Stockung. St[aats]s[ekretär] kann i. V. gegenzeichnen.<sup>2)</sup>

**Scheidemann:** Politisch bedenklich, Statthalter[posten] nicht zu besetzen.

Wenn Schwander nicht annimmt, muß anderer gefunden werden.

R[eichs]k[anzler], **Solf**, **Erzberger** teilen diese Ansicht.

**Roedern** empfiehlt erst Fühlung mit Schwander.

R[eichs]k[anzler]: Erwünscht, Landtag bald zu berufen. Glaubt, wir sollen innerpolitisch ohne Rücksicht auf Wilson tun, was wir für richtig halten. Wir müssen unsere eigenen Ideen in die Tat umsetzen.

**Roedern** will erst Wilsons Antwort abwarten. Nur wenn Zeit genug ist, können wir das tun. Wenn aber Note schnell kommt, würde Landtag mit Ideen W[ilsons] kollidieren.

**Gröber** will schleunigst Landtag berufen.

R[eichs]k[anzler]: Es muß mit Schwander verhandelt werden.

**Solf** will Landtag sofort einberufen.

**Erzberger:** Möglichst heute noch.

<sup>1)</sup> Nach der Abdankung König Ferdinands I. am 3. 10. 1918 hatte sein Sohn Boris den Thron bestiegen.

<sup>2)</sup> Über die verfassungsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens vgl. das Kapitel „Die Verwaltung des Reichslands“ bei Rudolf Morsey, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867—1890 (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung 3). Münster 1957, S. 169 ff.

**Payer** wird sofort mit Schwander sprechen.

**Erzberger:** Presse ist gestern informiert, daß OHL auf Angebot des Waffenstillstands gedrängt hat.

**Erzberger:** Anregung: Verantwortlichkeitsgesetz für R[eichs]k[anzler] und Staatssekretäre.

**Solf:** Bedenken gegen Verfassungsänderung.

**Erzberger:** Keine Änderung, sondern Ausbau.

**Roedern:** Staatsrechtliche Schwierigkeiten. Frage des Kollegialsystems. Reichsministerien. Jetzt schwer zu lösen.

**Gröber:** Schon im Verfassungsausschuß Vorschlag für Gesetz zur Regelung der Verantwort[un]g des Reichskanzlers (nicht für Staatssekretäre).<sup>3)</sup>

**Payer:** Nicht Staatssekretäre (Bundesrat ist schon wild).<sup>4)</sup> Sache ist nicht dringend.

Für R[eichs]k[anzler] möglich, aber Bedenken, weil jetzt so viel anderes zu tun. Sache ist nicht so dringlich.

**Solf** will nicht bröckelweise Verfassung ändern, sondern später in Ruhe.

**Erzberger:** Englische Presse vorwirft Mangel an Verantwortlichkeit. Nach außen von guter Wirkung. Auf R[eichs]k[anzler] beschränken.

**Scheidemann** schließt sich an.

**Solf:** Tatsachen müssen Macht des Reichskanzlers beweisen.

**R[eichs]k[anzler]:** Habe bei S[einer] M[ajestät] schon viel erreicht.<sup>5)</sup>

**Payer:** Lieber jetzt nicht die Frage erörtern, da Verantwortlichkeit des R[eichs]-k[anzlers] sowieso besteht.

**Roedern** glaubt, daß auch in England kein geschriebenes Recht für Parlamentarismus.

**R[eichs]k[anzler]:** Die Erfolge der Regierung müssen bekanntwerden.

Unterstaatssekretäre.

**Payer:** Warten, bis Verfassungsänderung zu Ende. Aber bereit, es gleich zu tun. Verbindung mit Ernennung Haußmanns, um Volkspartei Vertretung zu gewähren.

**Friedberg** müßte zugezogen werden.

<sup>3)</sup> Der Verfassungsausschuß hatte in seiner ersten Sitzung am 4. 5. 1917 über einen von Gröber Junck, List, Müller-Meinigen und Spahn eingebrachten Sammelantrag der Mittelparteien beraten. Der Antrag sah u. a. eine Änderung des Art. 17 Satz 2 der Reichsverfassung vor, in dem bestimmt wurde, daß die kaiserlichen Anordnungen und Verfügungen „der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt“, bedürften. Die vorgeschlagene Neufassung lautete: „Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder seiner Stellvertreter, welche dadurch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage übernehmen.“ Der Verfassungsausschuß nahm den Vorschlag mit einer Änderung an, die den Kanzler auch dem Bundesrat gegenüber für verantwortlich erklärte. Vgl. Schulthess 1917/I S. 509 f.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 32.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 30 Anm. 1.

## 34.

## 9. 10. 1918: Abg. Stresemann an Reichskanzler Prinz Max von Baden

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2460/1; Maschinenschrift.<sup>1)</sup>

Ew. Hoheit

gestatte ich mir im Auftrage meiner Fraktion<sup>2)</sup> folgendes ergebenst zu unterbreiten.

Falls die Frage der Räumung der besetzten Gebiete auf Grund der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten in Frage kommen würde<sup>3)</sup>, richte ich an Ew. Hoheit die dringende Bitte, dafür einzutreten, daß vor einem Entscheiden in dieser Frage neben der Obersten Heeresleitung auch die Armeeführer<sup>2)</sup> und die Generalstabschefs Gelegenheit erhalten, ihre Ansicht über die Möglichkeit einer solchen Räumung auszusprechen.<sup>4)</sup> Nach Auffassung meiner Fraktion kann in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes nur entschieden werden, wenn alle maßgebenden militärischen Kreise hierüber ihr Urteil ausgesprochen haben.<sup>2)</sup>

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ew. Hoheit sehr ergebener  
Stresemann<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Ein Schreiben gleichen Inhalts richtete Stresemann an Vizekanzler von Payer; DZA Potsdam, Stellvertreter des Reichskanzlers 2577 a.

<sup>2)</sup> Im Or. handschriftl. unterstrichen.

<sup>3)</sup> Vgl. auch Amtliche Urkunden S. 78 (Aufzeichnung über die 1. Sitzung der Waffenstillstandskommission am 7. 10. 1918).

<sup>4)</sup> Auf dem Schreiben findet sich folgender handschriftl. Vermerk: „Exz. Ludendorff hat die Chefs gehört und wird sie auch wieder hören.“ Darunter der eigenhändige Vermerk: „Telephonisch in diesem Sinne erledigt. v. R[adowi]tz 10. 10.“

<sup>5)</sup> Dazu Nachlaß Haefen, Erinnerungen: „Wenige Tage später [gemeint: nach der Sitzung vom 9. 10.; vgl. Nr. 36] gab mir der Unterstaatssekretär Wahnschaffe einen Brief des Reichstagsabgeordneten Stresemann an den Reichskanzler zu lesen, in dem dieser unter Berufung auf Oberst Bauer und dessen Mitteilung über Ludendorffs Nervenzusammenbruch die Forderung erhob, daß neben General Ludendorff nunmehr auch noch andere Heerführer vom Kabinett gehört werden müßten [. . .].“ Wie Haefen weiter berichtet, hatte Bauer ihn am Nachmittag des 8. 10. — vor der Ankunft Ludendorffs in Berlin — gebeten, beim Reichskanzler auf die Entfernung Ludendorffs hinzuwirken. Diese „Zumutung“ habe er nachdrücklich zurückgewiesen.

## 35.

## 9. 10. 1918: Aufzeichnung Erzbergers

Nachlaß Erzberger 27, Durchschlag. Überschrift: „9. 10. 1918. Unterredung mit Gesandten Baron von Rosenberg.“

Baron von Rosenberg teilte mir mit, daß alle die Ausstreuungen des Herrn von Berg über die Stellungnahme des Kaisers frei erfunden seien. Meine Ernennung sei beim Kaiser sofort rasch und glatt vollzogen worden.<sup>1)</sup> Abends<sup>2)</sup> habe der Kaiser sich mit einem guten Freunde des Gesandten von Rosenberg über die Ministerernennungen lange unterhalten und dabei besonders zum Ausdruck gebracht, daß es ihn am meisten gefreut habe, daß es gelungen [sei], den Abgeordneten Erzberger zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Damit erhalte die Regierung eine große Stärke. Sehr erfreulich sei, daß eine solche vitale Kraft vor den Reichswagen gespannt werde; dieser werde nun rasch vorangehen. Dabei<sup>2)</sup> gehe er von der Überzeugung aus, daß der Abgeordnete Erzberger den anderen Mitgliedern der Regierung tüchtig auf die Finger sehen werde, ob sie auch richtig arbeite[te]n.

Ich dankte Herrn Baron von Rosenberg für diese Mitteilung, die mir eine große Beruhigung sei.

---

<sup>1)</sup> Vgl. dazu Nr. 6c, Nr. 13.

<sup>2)</sup> Der folgende Satz im Or. durch einen Bleistiftstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

### **III.**

## **Beratung der ersten Wilson-Note und Kanzlerkrise**

## 36.

## 9. 10. 1918: Besprechung beim Reichskanzler unter Teilnahme Ludendorffs

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Deutmoser und Radowitz).<sup>1)</sup> Überschrift: „B[erlin], 9. 10. 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: R[eichs]k[anzler], v. Payer, Ludendorff, Scheüch, Heye, v. Haeften, v. Winterfeldt, v. Hintze, Solf, Graf Roedern, Lewald, Scheidemann<sup>3)</sup>, Gröber, Erzberger, v. Radowitz, Deutmoser, Friedberg.<sup>4)</sup>

Am 9. 10. fand bei dem H[errn] R[eichs]k[anzler] eine Besprechung der militärischen Lage im Hinblick auf die Wilson auf seine Antwort vom 8. d. M.<sup>5)</sup> zu erteilende Antwort statt.

Es wurde rückblickend die Entwicklung besprochen, die zu der heutigen Situation geführt [hat]<sup>6)</sup> und dann die heutige Lage an der Hand des Schreibens des R[eichs]k[anzlers] an OHL vom 9. Oktober 1918<sup>7)</sup> erörtert. (Das Schreiben ist beim A. A.).

Z. d. A.

v. R[adowi]tz. 10. Oktober 1918.

<sup>1)</sup> Wortlaut des Protokolls in Amtliche Urkunden S. 86 ff.; Ursachen und Folgen II S. 385 ff.; Urkunden der OHL S. 546 ff. (auszugsweise; dort auch Ludendorffs Bemerkungen aus seiner Schrift „Das Verschieben der Verantwortlichkeit“, Berlin 1919, S. 7 ff. aufgenommen). Vgl. Prinz Max S. 389 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 596; Payer S. 129 f.; Erzberger S. 322; Scheidemann, Zusammenbruch S. 189; Scheidemann, Memoiren II S. 214 ff.; Lütge S. 123 ff.

<sup>2)</sup> Nach dem Terminkalender des Prinzen Max (Nachlaß Prinz Max) begann die Sitzung um 18 Uhr.

<sup>3)</sup> In Amtliche Urkunden S. 86 folgt: „Wedel, Wien“. Botschafter Graf Wedel wird jedoch weder im Or. noch in den in Anm. 1 zitierten Memoirenwerken als anwesend erwähnt.

<sup>4)</sup> Die folgende eigenhändige Notiz Radowitz' ist nachträglich auf das Vorsatzblatt des Protokolls geschrieben, auf dessen linken Seitenrand sich die Anwesenheitsliste in der Handschrift Deutmosers befindet.

<sup>5)</sup> Vgl. den Text der vom 8. 10. datierten Note, die am 10. 10. 7 Uhr 40 in Berlin eintraf, nachdem ihr ungefähre Inhalt bereits am 9. 10. bekanntgeworden war; Amtliche Urkunden S. 85; Der Waffenstillstand I S. 11 f.; Urkunden der OHL S. 546; Schulthess 1918/II S. 608 f.; Prinz Max S. 387 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 213 f. — Eine eigenhändige Aufzeichnung Hausmanns „Berlin, 9. 10./6 Uhr“ lautet: „Die Note Wilsons (heute eingetroffen) ist weniger schlecht als befürchtet war und markiert Einlenkungstendenz. Deutschland wird sie entgegenkommend beantworten können und würdig beantworten sollen. Dies müßte ruhig und rasch heute Nacht geschehen, damit sich der Chauvinismus nicht dazwischen legt. Die Räumungsfrage muß vom Militär mit beantwortet werden.“

Die Aussichten auf Verständigung über Waffenstillstand mit Wilson stehen auf 60%.“

<sup>6)</sup> Im Or. falsch: „haben“.

<sup>7)</sup> Gemeint ist das vom 8. 10. datierte Schreiben an Ludendorff, in dem Prinz Max von Ludendorff die Beantwortung sehr präzise gestellter Fragen erbat, um sich „ein Bild über unsere militärische Lage machen zu können“. Abgedruckt in Amtliche Urkunden S. 79 f.; Ursachen und Folgen II S. 382 ff.

R[eichs]k[anzler]<sup>8)</sup> begrüßt General Ludendorff.<sup>9)</sup> Verhandlungsgegenstand: Antwort auf Wilson.<sup>5)</sup>

Ludendorff: Krieg 1914 brachte schwierige Lage. Große feindliche Überlegenheit. 1916, bei Hindenburgs und Ludendorffs Berufung<sup>10)</sup> besonders schwierige Lage durch Rumäniens Eingreifen. Starke Kräfte blieben *trotz Sieg*<sup>10a)</sup> im Osten gefesselt. Damals auch Sommeschlacht. Munitionsnot. Deshalb große Bemühungen um Abhilfe. Hindenburg-Programm. Erhöhte Arbeiter- und Ersatzstellung.

Dienstpflcht weiter ausgedehnt.<sup>11)</sup> Hilfsdienstgesetz.<sup>12)</sup> 1916 ging zu Ende mit Aussicht auf große f[ein]dl[iche] Überlegenheit in Ost und West. Schwere Sorgen. Einziges Mittel, Westfront zu halten, war U-Bootkrieg. F[eld]m[arschall] und Lud[endorff] deshalb dafür.<sup>13)</sup> Ferner Frontzurücknahme. April—Mai Arrasschlacht. Große Verluste. Aber erfolgreiche Abwehr. Ruß[an]ds Zusammenbruch erleichterte uns dann auch direkte Unterstützung Ö[sterreich-]Ung[arns], das 12. Isonzozschlacht nicht auszuhalten drohte. Auch an Westfront Offensivmöglichkeit. Vorher aber im Osten Rücken frei zu machen. Engl[isch-]bolschewist[ische] Entente front zu verhindern. Homburger Besprech[un]g:<sup>14)</sup> Weit nach Norden gehen (Finnl[an]d), um Engl[and] von Petersburg fernzuhalten. Auch Verpfleg[ungs]not zwang, weit nach Osten<sup>15)</sup> zu gehen. Ukraine gab wertvolle Rohstoffe. Verzögerte Bildung bolschewistischer Front. Frühjahr 205 Div[isionen] im Westen, 32 im Osten, letztere nicht kampfkraftig. Front im Osten ganz dünn. Oberost nicht mehr sicher, Bolschewismus vom besetzt[en] Gebiet fernhalten zu können.<sup>16)</sup>

Was im Westen zu tun? Im Frühjahr bei uns Überlegenheit von 20—25 Div[isionen]. Offensive nötig, um Bundesgenossen zu fesseln und womöglich vor Eintreffen der amerikanischen Massen im Westen zu siegen.

Friedensangebot lag damals nicht vor. Offensive sollte Gegner friedensbereit machen. So noch im Juni. Hoffnung blieb unerfüllt.<sup>17)</sup>

Gründe: Massenanzug von Tanks. Grippe, Kartoffelmangel bei uns. Bis 8. August trotzdem Kriegslage gut. Da aber 6—7 Div[isionen] in 2—3 St[un]den im Nebel überrannt. Empfindliche Bruchstelle. Hartnäckige weitere Angriffe. In letzten Monaten

<sup>8)</sup> Der erste Teil des Protokolls stammt von Deutelmoser.

<sup>9)</sup> Vor der Sitzung hatte Prinz Max den General bereits allein gesprochen (vgl. Prinz Max S. 389; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 594 f.; Urkunden der OHL S. 551) und dabei u. a. Ludendorff nahegelegt, sich von Oberst Bauer und Nicolai zu trennen (vgl. Nr. 32). Im Terminkalender des Prinzen Max (Nachlaß Prinz Max) ist vermerkt: „2 [Uhr] 55 Exz. Ludendorff / 4 [Uhr] 15 Payer, Solf / 5 — Ludendorff“.

<sup>10)</sup> Dazu Karl Heinz Janssen, Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung 1916, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 7, 1959, S. 337 ff.

<sup>10a)</sup> In Amtliche Urkunden S. 86 falsch: „durch Krieg“.

<sup>11)</sup> An dieser Stelle in den Urkunden der OHL S. 549 folgende Bemerkung Ludendorffs: „Keine zutreffende Wiedergabe meiner Worte, es handelte sich nur um Anträge“.

<sup>12)</sup> Vgl. u. a. Preller S. 5, 41 ff., 65, 74 ff.

<sup>13)</sup> In den Urkunden der OHL a.a.O. kommentiert Ludendorff: „Es lagen auch andere, sehr gewichtige Gründe vor“.

<sup>14)</sup> 13. 2. 1918; vgl. Quellen I/II S. 226, 241 f.

<sup>15)</sup> Ludendorff a.a.O. kommentiert: „Muß heißen: in die Ukraine.“

<sup>16)</sup> Ludendorff a.a.O.: „Das war die Kräftezersplitterung, die uns vorgeworfen wird.“

<sup>17)</sup> Ludendorff a.a.O.: „Ich habe hier unbewußt dieselben Worte gebraucht, die ich am 13. August [bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier mit Hertling und Hintze] gesagt hatte, so waren sie mir geläufig.“

fehlen uns monatlich 70000 Mann. Höchste Tapferkeit von Off[i]z[er] und Mann. Berichte erregen tiefste Rührung.<sup>18)</sup> Große Frage, ob noch Menschen-Nachschub zu haben.

April und Juni bat OHL um mehr Ergänzung. Bespr[echung] im August<sup>19)</sup> ging ebendahin. Entscheidendes kam aber nicht zustande. Ob noch möglich, muß Kriegsminister wissen. Materialersatz ist gesichert. Aber Leute fehlen. Tankangriffe sehr gefährlich. Seit 8. August hat OHL dem R[eichs]k[anzler] erklärt, sie sei nicht mehr in der Lage, Krieg positiv zu beenden d[ur]ch Waffenschlag, der Feind friedenswillig macht. Anf[ang] September<sup>20)</sup> neutrale Friedensvermittl[un]g von OHL angeregt.<sup>21)</sup> Dann Zusammenbruch Bulgariens.

Noch im Juni glänzender Eindruck der Bulgaren.<sup>22)</sup> Sprachkenntnis erschwert Eindringen in bulg[arische] Psyche. Scholtz<sup>23)</sup> hat viel für bulg[arisches] Heer getan. Aber bulg[arische] Generale haben Radosl[awow]<sup>24)</sup> gestürzt und Heer verhetzt. Regierung dann an Entente gewandt. Bulg[arische] OHL versagte Ablös[un]g schlechter Div[isions]k[omman]d[eu]re.

Wir drehten 5 Div[isionen] zur Deck[un]g Südostfront Öst[erreich-]Ung[arns] ab.

Entente kann sich d[ur]ch Bulg[arien] gegen Kospoli wenden. Türken sammeln sich bei Tschatschaldtscha. Wir ließen Zuzug von Krim<sup>25)</sup> [kommen]. Türkei wird ausfallen. Wir werden Südostfront der Monarchie halten können. Sind aber nicht imstande, Donau und Rumänien zu sichern.

Rumänien milit[är]isch mit Kräften, die wir vertragsmäß[ig] dort haben, nicht zu halten. Wie hoch ist bolschewistische Gefahr zu schätzen? Davon hängt es ab, ob wir Ukraine aufgeben können<sup>26)</sup>, um Front zu kürzen und einige Div[isionen] für Donau frei zu machen. Milit[är]isch<sup>27)</sup> ist Rumänien mit unseren jetzigen Kräften nicht gegen Anmarsch von Süden [zu] halten. Dort nur Serethlinie zu halten. Dort nur alte Leute. Wollen wir Rum[änien] halten, so müssen wir wissen, wie groß bolschewistische Gefahr eingeschätzt wird. Wir könnten aus Ukraine einige Divisionen nach Rumänien bringen, aber dann können wir milit[är]isch uns gegen Bolschewismus nicht mehr schützen. Nicht wahrscheinlich, daß mehr wie 4—5 Divisionen aus dem Osten nach Westen gebracht werden können.<sup>28)</sup>

Im Westen entscheidet Mannschaftsmangel. Lage ernst. Gestern schwerer Tag. Einbruch der Engländer bei St. Quentin. Alle Pläne der Entente nicht gelungen; vorbereitetes Kavalleriekorps nicht zur Entwicklung gekommen. Wir haben aber zurückgehen müssen.

<sup>18)</sup> Ludendorff a.a.O.: „Hier fehlt die Wiedergabe der Schattenseiten zu dieser erhebenden Tatsache.“

<sup>19)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 471 Anm. 4.

<sup>20)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 16.

<sup>21)</sup> Nach Ludendorff a.a.O. S. 550 ist die Wiedergabe des Protokolls „hier nicht richtig“.

<sup>22)</sup> Ludendorff a.a.O.: „Wiedergabe des Protokolls ist hier durchaus unrichtig.“

<sup>23)</sup> Vermutlich Generalmajor Sigmar Scholtz.

<sup>24)</sup> Bulgarischer Ministerpräsident bis Juni 1918.

<sup>25)</sup> Urkunden der OHL S. 550 statt dessen: „aus Rumänien“. Dazu Ludendorffs Kommentar: „Unrichtig“.

<sup>26)</sup> Ludendorff a.a.O. kommentiert: „Waren noch andere Gründe maßgebend.“

<sup>27)</sup> Mit diesem Satz hat Radowitz die Protokollführung übernommen.

<sup>28)</sup> Ludendorff a.a.O. kommentiert: „Die Wiedergabe ist hier nicht genau. Die Verstärkungen aus dem Osten nach dem Westen und Rumänien gehen durcheinander.“

Die Divisionen sind nicht mehr kampfkünftig.

[Erläutert die Karte.]

Wir wollen lieber zurückgehen, als uns schlagen [zu lassen]. Wir ziehen uns immer mehr zusammen.

R[eichs]k[anzler] hat Fragen gestellt.<sup>7)</sup> Schwer, solche Fragen zu beantworten, [kann]<sup>29)</sup> nur *pflichtmäßig* geschehen.<sup>30)</sup>

Frage 1:<sup>31)</sup> Grenze der *Rheinprovinz*<sup>32)</sup> weit ab, können wir lange schützen. Angriffe in Lothringen möglich, Gefahr für lothr[ingische] Grenze sehe ich nicht. Wegen Holland sehe ich keine Gefahr, da Truppen, die etwa übertreten, interniert werden würden.

Frage 2:<sup>33)</sup> Gefahr des Durchbruchs besteht immer. Engländer<sup>34)</sup> hätten bei erstem Tankangriff durchbrechen können.

Frage 3:<sup>35)</sup> Ja, nur Großangriffe gefährlich.

Frage 4:<sup>36)</sup> Wenn Angriff eingestellt, ist Gefahr beseitigt.

Frage 5:<sup>37)</sup> Uns fehlen im *Monat*<sup>38)</sup> 70 000 [Mann]. Material ist genügend da.

Frage 6:<sup>39)</sup> Wir brauchen eine Pause<sup>40)</sup> dazu, dann können wir uns wieder konsolidieren.

Frage 7:<sup>41)</sup> Nein. Verspreche mir trotz Menschenmangel[s] von *levée en masse* nichts. Wir wollten immer Erhöhung der Arbeitsleistung, [ich] kann nicht beurteilen, ob

<sup>29)</sup> Im Or.: „können“.

<sup>30)</sup> Dazu Ludendorffs Bemerkungen in Urkunden der OHL S. 547: „In der Sitzung hatte ich den Entwurf der schriftlichen Antwort zur Stelle. Die Fragen [vgl. Anm. 7] waren mir kurz vor der Sitzung zugestellt, die Antworten von mir sogleich in Blei entworfen worden.“ A.a.O. S. 547 f. schließt sich der Wortlaut der Fragen mit den mündlichen und den schriftlich fixierten Antworten (nach dem Protokoll bzw. nach dem in Amtliche Urkunden S. 100 wiedergegebenen Schreiben Ludendorffs an den Reichskanzler vom 11. 10.) an. Vgl. ferner Prinz Max S. 389 f.

<sup>31)</sup> „Wie lange kann die Armee den Feind jenseits der deutschen Grenzen halten, sei es in den jetzigen Stellungen, sei es in allmählicher Rückwärtsbewegung?“

<sup>32)</sup> Amtliche Urkunden S. 88 falsch: „Westfront“.

<sup>33)</sup> „Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden und, bejahendenfalls, besteht diese Gefahr schon für die nächsten drei bis vier Wochen?“

<sup>34)</sup> Im Or. gestrichen: „Wenn Engl. voriges Jahr“.

<sup>35)</sup> „Wie lange wird der augenblickliche kritische Zustand voraussichtlich noch dauern? Ist der Gefahrpunkt überschritten, wenn der Feind sich zur Einstellung seiner Großangriffe genötigt sieht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?“

<sup>36)</sup> „Kann nach Überwindung des Gefahrpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden und durch welche Mittel kann sie erreicht werden?“ — Hierzu in Urkunden der OHL a.a.O. nur die schriftliche Antwort (vgl. oben Anm. 30): „Ja, durch Ausscheiden von Reservern. Möglichkeit der Ruhe für einen großen Teil des Westheeres, Heranziehung allen verfügbaren Ersatzes (Einstellung des Jahrganges 1900).“

<sup>37)</sup> „Wie liegen die Verhältnisse des Mannschafts- und Materialersatzes?“

<sup>38)</sup> Amtliche Urkunden S. 88: „im Moment“. Dieser Fehler bereits bei Prinz Max S. 390 und in Urkunden der OHL S. 547 korrigiert.

<sup>39)</sup> „Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg von uns allein bis zum Frühjahr fortgeführt werden?“

<sup>40)</sup> In Urkunden der OHL S. 547: „Kampfpause“ — vermutlich irrtümlich an den in der schriftlichen Antwort (s. Anm. 30) gewählten Ausdruck angeglichen.

<sup>41)</sup> „Verspricht sich die Oberste Heeresleitung einen ausreichenden Kräftezuwachs von der *levée en masse*, wie von Walther Rathenau in der Vossischen Zeitung empfohlen ist?“

Drückeberger gefaßt werden können. Nach Ansicht der OHL sollte G.-v.-<sup>42)</sup>-System aufhören. Jetzt will G.-v.-Mann nicht kämpfen. Wir können durch schärferes Zufassen in der Heimat mehr Leute bekommen. Levée en masse würde mehr zerstören, als man vertragen kann.

Sollen noch andere Generale gehört werden?

Dankbar<sup>43)</sup> für Entlast[un]g, aber sicher, daß andere Führer so denken wie ich.

Ich habe wegen Friedensschritt mit Kuhl, Loßberg, Schulenburg gesprochen. Zustimmungen.

Uns ist der Entschluß *sehr* schwer geworden, aber wir schwankten nicht, als wir unsere Pflichten erkannten.

Kommission nicht nötig.<sup>44)</sup> OHL kann auch diese Verantwortung allein tragen.<sup>45)</sup>

Heye:<sup>46)</sup> Gehöre OHL seit 4 Wochen an. Glaube, daß wir so, wie Ersatzlage ist, nicht mehr mit Sicherheit auf gute Kriegsdurchführ[un]g rechnen können. Es wäre Hasardspiel der OHL, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte.

Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hing es an einem Faden, ob Durchbruch gelang.

Dringende<sup>43)</sup> Bitte, nicht von Nervosität zu sprechen. Schritt zum Frieden, noch mehr zu Waffenstillstand, ist unbedingt notwendig. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob die Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Überraschungen.

Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte Armee retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben.

Armee braucht Ruhe. Hat sie die und gewinnt sie neuen Ersatz, so kann sie auch wieder neue Leistungen zeigen.

Ludendorff: Verteidigung ist teurer als der Angriff. Am 27. Mai haben wir bei Offensive 60—70000 Mann verloren. Ebensoviele Gefangene machten wir. Feindl[iche] sonstige Verluste also Minus zu unseren Gunsten.

Zur Räumungsfrage:<sup>47)</sup>

<sup>42)</sup> Garnisonverwendungsfähig.

<sup>43)</sup> Die beiden folgenden Sätze im Or. durch einen Bleistiftstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

<sup>44)</sup> In einer Erklärung Haefkens vom 24. 10. 1918 (DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift) heißt es unter Punkt 2: „Bei der Aussprache über die militärische Lage am 9. Oktober gab der General Ludendorff vor dem Kriegskabinett die Erklärung ab, daß die von ihm vertretene Auffassung über die militärische Lage derjenigen der gesamten Armee entspreche. Er stünde in täglicher Verbindung mit den Generalstabschefs der Heeresgruppen und der Armeen. Insbesondere teilten seine Auffassung die drei Generalstabschefs der in Frage kommenden Heeresgruppen, die Generale v. Kuhl und v. Loßberg und Graf Schulenburg. Es sei daher nicht notwendig, noch andere Führer von Heeresgruppen oder Armeen über die Lage zu hören.“

<sup>45)</sup> Das Folgende wieder von Deutelmoser niedergeschrieben.

<sup>46)</sup> Oberst Wilhelm Heye, Chef der Operationsabteilung.

<sup>47)</sup> Die entsprechende Frage des Reichskanzlers (vgl. Anm. 7) lautete: „Nach den bisher eingegangenen Nachrichten erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Präsident Wilson als Vorbedingung für den Eintritt in die Verhandlungen die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs fordern wird; es fragt sich daher weiter:

1. Würde die Oberste Heeresleitung empfehlen, daß wir eine solche Forderung bedingungslos annehmen oder daß wir sie mit Gegenbedingungen beantworten? Falls die militärische Lage unter den obenangeführten Gesichtspunkten einen Zeitverlust durch Verhandlungen zuläßt, kämen als Gegenbedingungen in Frage:

Wir haben im besetzten Gebiete ungeheures Material. Nach Überschlag dauert Räumung 2—3 Monate bei Fußmarsch (bei Fahren länger).

Armee muß *schlagfähig*<sup>48)</sup> bleiben. Kann also nur abschnittsweise zurück. Steht sie an Grenze, so kann sie jeden f[ein]dl[ichen] Angriff abwehren. Bedenklich nur Fliegergefahr für Industriegebiet.

Also anstreben, daß nach Belgien nur belgische Truppen folgen.<sup>49)</sup>

Die Forderung, Metz zu räumen, wäre gegen unsere militärische Ehre.<sup>50)</sup>

**R[ei]ch[s]k[anz]ler:** Sollen Verhandl[un]g[e]n mit Entente scheitern, wenn auch fr[an]-z[ö]sische] oder engl[ische] Truppen] nach Belgien gehen ?

a) die von Frankreich und England besetzten Gebiete (Oberelsaß, eventuell auch die deutschen Kolonien) sind gleichfalls zu räumen.

b) Garantien sind dafür zu leisten, daß der Feind uns nicht folgt. Eventuell könnte gefordert werden, daß die von uns geräumten französischen Gebiete nur von amerikanischen Truppen besetzt werden, und daß Belgien nur von belgischen Truppen betreten, seine Neutralität von allen Kriegführenden beachtet und der belgische Boden nicht wieder zum Kriegsschauplatz gemacht wird.

c) Erklärung unsererseits, daß wir, um die Verschlechterung unserer strategischen Lage im Westen auszugleichen, unsere Truppen auch aus den von uns besetzten Gebieten im Osten (Baltikum, Litauen, Polen und Ukraine) zurücknehmen müßten, was diese Gebiete dann dem Bolschewismus ausliefern würde.“

In Urkunden der OHL S. 548 ist die Reihenfolge der Fragen (und der entsprechenden Antworten) verändert.

<sup>48)</sup> Amtliche Urkunden S. 89 falsch: „schlagfertig“.

<sup>49)</sup> Vgl. auch die schriftlichen Antworten Ludendorffs in Amtliche Urkunden S. 100, wo es zu den in Anm. 47 wiedergegebenen Fragen heißt:  
„Zu 1a: Ja!

Zu 1b: Es muß eine Demarkationslinie bestimmt werden. Die Neutralität Belgiens muß erreicht werden.

Zu 1c: Die Erklärung kann gegeben werden.“

— In diesem Zusammenhang vgl. ferner Gündell S. 289, Tagebucheintragung vom 9. 10.: „Heute abend wurde die Wilsonsche Antwort auf das deutsche Friedens- und Waffenstillstandsangebot bekannt. Der Feldmarschall sprach lange mit mir darüber; er glaubt etwas tun zu sollen, daß die Wilsonsche Forderung einer Räumung des besetzten Gebietes vor Eintritt der Waffenstillstandsverhandlungen in Berlin nicht angenommen werde. Die Entscheidung wurde auf morgen verschoben.“

Ferner a.a.O., Tagebucheintragung vom 10. 10.: „Vor- und nachmittags längere Besprechungen mit [Major] Brinckmann beim Feldmarschall. Ferngespräche Brinckmanns mit Ludendorff und Heye in Berlin. Nachmittags kam ein Entwurf Ludendorffs auf die Räumungsforderung; er wurde nach einigen wichtigen Zusätzen angenommen, welche die Räumung nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit zugestehen.“

<sup>50)</sup> Teilantwort auf den 1. Punkt der abschließenden Frage (vgl. Anm. 7) des Reichskanzlers: „Präsident Wilson könnte mit der Begründung, daß er Sicherheiten braucht, die Besetzung deutscher Festungen an unserer Westgrenze fordern.

1. Würden wir angesichts der militärischen Lage gezwungen sein, eine solche Forderung anzunehmen?

2. Inwieweit würde die Annahme der Forderungen von Gegenbedingungen abhängig zu machen sein?“

— Schriftliche Antwort Ludendorffs (vgl. Anm. 30) zu 1: „Nein.“ Zu 2 keine schriftliche Antwort; als mündliche Antwort zitiert Ludendorff in Urkunden der OHL S. 549 den folgenden Dialog mit dem Reichskanzler (bis: „Hängt von der Frontlage ab“). Vgl. auch unten, bes. Anm. 56.

**Ludendorff:** Nein.

**R[eichs]k[anzler]:** Wie steht es mit Anspruch auf Räumung des besetzten deutschen Gebiets d[ur]ch den Feind?

**Ludendorff:** Hängt von Frontlage ab.

**R[eichs]k[anzler]:** Gleich Waffenstillstand oder Waffenruhe?

**Ludendorff:** Waffenstillstand. Frage<sup>51)</sup> Bolschew[isten]. Gut, solchen Druck auszuüben.<sup>52)</sup> Schlußfrage:<sup>53)</sup> 2—3 Monate.<sup>54)</sup>

Wir<sup>55)</sup> sind in der Lage, Grenzen zu halten.

Wir können deutsche Festungen nicht übergeben.<sup>56)</sup>

Gegenforderungen müssen wir stellen.<sup>56)</sup>

**Roedern:** Zu Frage Gefährpunkts. Ist Witterung so, daß Feind im<sup>57)</sup> Winter Großangriffe einstellen muß?

**Ludendorff:** Winterschlachten sind möglich. Witterung allein ist keine Hinderung, wohl aber Erschöpfung.

**Roedern:** Was können wir mitnehmen bei Rückzug?

**Ludendorff:** Ganz bestimmte Angaben nicht möglich, aber wohl viel Material zu retten.

**Roedern:** Würde bei kürzerer Frist des Rückzuges viel wertvolles Material zurückbleiben?

**Ludendorff:** Ja, vielleicht durch neutrale Offiziere einiges zu retten. — Wir wollen Land an die franz[ösische] und belgischen Behörden *ordnungsmäßig* übergeben. Einwohner wollen jetzt schon weg.

**R[eichs]k[anzler]:** Wie können wir Zerstörungen verhindern?

**Ludendorff:** Befehl schon gegeben, Wohnungen nicht zu zerstören. Bergwerke werden nur unterbrochen, nicht zerstört. Bei <sup>58)</sup> *Waffenstillstand wird nichts mehr zerstört.*

**R[eichs]k[anzler]:** Lille?

**Ludendorff:** Noch nicht beschossen, trotzdem läuft Bevölkerung weg. Wir werden es nicht zerstören bei Rückzug.

**Friedberg:** Eisenbahnmaterial?

<sup>51)</sup> Von hier ab wieder Radowitz als Protokollführer.

<sup>52)</sup> Vgl. Anm. 47 und 49. Bezieht sich auf Punkt c.

<sup>53)</sup> Gemeint ist die Frage: „Innerhalb welcher Zeit könnte die Räumung von Nordfrankreich und Belgien durchgeführt werden, wenn sie mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes beginnt?“

<sup>54)</sup> Rechts neben dieser Antwort im Or. ein handschriftliches Fragezeichen. — Die schriftliche Antwort (vgl. Anm. 30) lautet: „Innerhalb 2—3 Monaten. Die Räumung muß abschnittsweise erfolgen.“

<sup>55)</sup> Beantwortet die vorletzte Frage des Reichskanzlers: „Werden wir nach der Räumung mit den uns noch zur Verfügung stehenden Kräften in der Lage sein, die deutsch-französische Grenze zu halten, falls im weiteren Verlauf die Friedensverhandlungen scheitern und die Gegner von neuem zum Angriff übergehen?“ — Dazu auch die schriftliche Antwort (vgl. Anm. 30): „Wenn die Grenze sofort ausgebaut wird, ja!“

<sup>56)</sup> Für die Fragestellung vgl. Anm. 50.

<sup>57)</sup> Amtliche Urkunden S. 89: „zum“.

<sup>58)</sup> Dieser Satz fehlt a.a.O.

**Ludendorff:** Wir hoffen, Großmaterial zu retten.

**Erzberger:** Materialübergewicht der Entente?

**Ludendorff:** Tanks, ja, auch mit Kraftwagen überlegen. Hoffe im Frühjahr 600 Tanks zu haben. Glaube nicht, daß sonstige Überlegenheit gefährlich.

**Scheidemann:** Stimmung im Heer? Divisionsbefehle der 41. Division.<sup>59)</sup>

**Ludendorff:** 8. August war schwarzer Tag in der Geschichte. Schlag für die Führung. Truppe hatte Grippe, keine Kartoffeln. Ernährung war schlecht, damals Stimm[un]g schlecht. Jetzt gebessert. Damals Mannschaften aus der Etappe geholt. G.-v.-Leute haben Geist verdorben. Daher auch viel Gefangene. Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes.

**Roedern:** Zweifelhaft, ob wir Donaufront halten können. Dann Gefahr des Aufhörens der Ölversorgung. Wie sind Bestände?

**Ludendorff:** Marine 10 Monate, Heer für Luft[fahr]zeuge 2 Monate.

**Erzberger:** Sind die fehlenden 70 000 *Mann* auch in Wintermonaten nötig?

**Ludendorff:** Zum Auffrischen der Divisionen brauchen wir sie.

**Scheüch:** Ersatzmöglichkeiten: Im Herbst wurden von OHL 200 000 Mann einmalig und pro Monat 140 000 Mann gefordert.

Deckung: Genesende 60 000 monatlich, Zurückkehrende, Gefangene etc. 50 000 einmalig.

Jahrgang 1900: 250 000, die aber noch zum Teil in der Industrie gebraucht werden.

**Ludendorff:** Der Ersatz ist zum Teil schlechten Geistes.

**Scheüch:** Es wird in der Heimat noch mehr ausgekämmt. Kommissionen bringen noch mindestens 60 000 in sechs Monaten. Desgl[eichen] aus der Etappe 40 000. Kriegsfreiwillige Russen 10 000 Mann (?).

Auskämmen aus der Industrie sehr schwierig. Aus Post und Eisenbahn 20 000. Nachmusterung und Auslandsdeutsche 5 000. Insgesamt 950 000. Also Fehlbetrag gegen Forderung der OHL.

Kriegsministerium sucht nach Möglichkeiten.

1. Erhöhung der Arbeitsleistung. Diese bis auf 70% im besten Fall reduziert. Verbesserung nur durch Ernährung zu [erreichen].<sup>60)</sup> Versuch mit Zuweisung von Nahrungsmitteln an die Betriebe.

2. Drückebergern gehen wir nach durch Kontrolle jeder Art. In Kriegsgesellschaften schon stark ausgekämmt. Täuschung immer möglich, aber hoffe Zahl zu drücken.

3. G.-v.-Beseitigung ist gefährlich, bringt schlechtes Material an die Front. Ärztliche Anforder[un]gen sind jetzt schon verschoben. Änderung ist gefährlich.

Rathenau. Levée en masse. Frage der Ausdehnung der Wehrpflicht denkbar größte Anspannung.<sup>61)</sup>

**Scheüch:** Levée en masse: Jeder Mann soll dienen, jede Frau soll arbeiten. Hilfsdienstgesetz genügt, um das Arbeiten jedes Mannes sicherzustellen.

Im Frühjahr wurde *auch* Verlängerung der Wehrpflicht beantragt (bis 60. Lebensjahr). Ergebnis wäre minimal.

<sup>59)</sup> Vom 14. 8. 1918. Abgedruckt bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 185 f.

<sup>60)</sup> Im Or.: „bessern“.

<sup>61)</sup> Das Folgende bis zum Schluß von Deutelmoser protokolliert.

Rathenau sträubt sich *sehr* energisch gegen dieses Verfahren. Er will ein großes Freiwilligen-Heer. Ich glaube, daß diese Methode ebenfalls nicht zum Erfolg führen kann. Ludendorff<sup>62)</sup> (auf Anfrage Erzberger): Die 70 000 Mann pro Monat sind ohne Berücksichtigung des feindlichen Zuwachses berechnet.

Wir brauchen etwas zur Hebung des nationalen Schwunges.<sup>63)</sup>

<sup>62)</sup> Zur Ergänzung vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 596: „Am Schluß der Kabinettsitzung dankte mir Prinz Max für mein Kommen. Mit Zustimmung des Generalfeldmarschalls erklärte ich in einer kurzen Erwiderung ausdrücklich, wir würden die neue Regierung loyal unterstützen.“

<sup>63)</sup> Die in Amtliche Urkunden S. 91 wiedergegebene Unterschrift des Protokolls („gez. Deutelmoser“) fehlt im Or.

### 37.

#### 10. 10. 1918: Abg. Stresemann an Unterstaatssekretär von Radowitz

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2460/1; Maschinenschrift.<sup>1)</sup>

Sehr geehrter Herr von Radowitz!

Sie hatten die Güte mir heute mitzuteilen, daß der Herr Reichskanzler meinen Brief<sup>2)</sup> erhalten hat, in dem ich im Auftrage der nationalliberalen Fraktion darum ersuchte, in bezug<sup>3)</sup> auf die Frage der Räumung der besetzten Gebiete die Auffassung sämtlicher Armeeführer und ihrer Generalstabschefs einzuholen, ehe eine Entscheidung getroffen wird. Ihre Mitteilung, daß sich dies erübrige, da der Herr Generalquartiermeister Ludendorff vor seiner Reise nach der Reichshauptstadt mit den Heerführern Rücksprache genommen hätte, da sich seine Ansichten mit denen der Heerführer deckten, habe ich der Fraktion zur Kenntnis gebracht. Die Fraktion<sup>4)</sup> vermochte jedoch bei diesem Bescheide nicht Beruhigung zu fassen, sondern hat mich erneut beauftragt, Sie zu bitten, dem Herrn Reichskanzler vorzustellen, daß, ehe in dieser Schicksalsfrage, von der die Zukunft des Deutschen Reiches und deutschen Volkes abhängt, eine Entscheidung getroffen würde, die mündlichen und schriftlichen Gutachten der Heerführer und ihrer Generalstabschefs über die gegenwärtige militärische Lage beigeht werden müßten, damit die verantwortlichen Stellen ein in jeder Beziehung ausreichendes Bild über die Gesamtlage besitzen.

<sup>1)</sup> Ein kurzer Auszug des Schreibens abgedruckt bei Prinz Max S. 395.

<sup>2)</sup> Vom Vortage; vgl. Nr. 34.

<sup>3)</sup> Von hier an bis zum Ende des Satzes im Or. handschriftlich unterstrichen.

<sup>4)</sup> Von hier an bis zum Ende dieses Absatzes im Or. handschriftlich unterstrichen.

Ich wollte nicht verfehlen, Ihnen von dieser Auffassung der Fraktion Kenntnis zu geben und bitte Sie, diese Auffassung auch dem Herrn Reichskanzler vorzutragen.<sup>5)</sup>

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ew. Hochwohlgeboren  
sehr ergebener  
Stresemann<sup>6)</sup>

- <sup>5)</sup> Vgl. Nr. 39. Ferner Prinz Max S. 395: Stresemann und seine Partei hätten keine „Beruhigung“ finden können, „als ich sagen ließ, Ludendorff hätte sich vor seiner Abreise aus dem Hauptquartier der Übereinstimmung mit Kuhl, Loßberg und Schulenburg vergewissert.“
- <sup>6)</sup> Auf dem linken Seitenrand dieses Schreibens findet sich folgende vom 11. 10. datierte handschriftl. Bleistiftnotiz: „Exz. Wahnschaffe sofort geh[orsamst] vorgelegt. Oberst Winterfeldt erklärt, daß die Heerführer sämtlich gehört werden würden oder zugestimmt hätten.“ Darunter die eigenhändige Notiz von Wahnschaffe: „Exz. Gröber hat mit Stresemann gesprochen. W. 16. 10.“

## 38.

## 10. 10. 1918: Aufzeichnung des Abg. Friedrich Graf von Galen

Nachlaß Friedrich Graf von Galen<sup>1)</sup>, Maschinenschrift, Auszug.<sup>2)</sup> Überschrift: „Demokratisierung Deutschlands. Oktober<sup>3)</sup> 1918“.

Wenn nicht das arme Vaterland in dieser Lage wäre, hätte man die schönste Schadenfreude haben können, als die, welche so sehr für den Parlamentarismus geschwärmt, an die Verteilung der Beute gingen. 3 Staatssekretäre und noch einige Unterstaatssekretäre hatten die Sozi[aldemokraten] verlangt, das Zentrum mußte, weil es eher stärker ist, doch die gleiche Anzahl haben und die Freisinnigen verlangten auch ihren Teil, und als die Nationalliberalen sich an der Krippe drängten, wollten sie auch von der Partie sein. Zuerst hatten die Herren, die im interfraktionellen Ausschuß saßen, hübsch die Ämter unter sich verteilt. Vom Zentrum sollte Trimborn Staatssekretär in der Reichskanzlei werden, Erzb[erger] Staatssekretär des extra für ihn zu gründenden Reichspresseamtes, Mayer [-Kaufbeuren] im Reichswirtschaftsamts, Giesberts<sup>4)</sup> und Höfle<sup>5)</sup> Unterstaatssekretär. Dem Sozi[aldemokraten] Ebert hatte man das Reichsamts des Innern, David den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Legien oder Bauer das

<sup>1)</sup> Zur Verfügung gestellt von Franz Graf von Galen.

<sup>2)</sup> Es handelt sich um den zweiten Teil einer Aufzeichnung, deren erste Hälfte in Quellen I/II S. 789 ff. veröffentlicht ist.

<sup>3)</sup> Am Schluß der Aufzeichnung die Datierung: „A[ssen] d. 10. 10. 1918“. Darunter die handschriftl. Ergänzung: „Abg. Friedrich Graf v. Galen gest. 10. November 1918.“

<sup>4)</sup> Johann Giesberts, Arbeitersekretär in M.-Gladbach, M. d. R. (Zentrum) seit 1905.

<sup>5)</sup> Anton Höfle, Leiter des Deutschen Techniker-Verbandes, später (seit 1920) M. d. R. (Zentrum) und 1925 Reichsminister.

Arbeitsamt und Südekum einen Gesandtschaftsposten zudedacht. Aber der neue Reichsk[anzler] und auch wohl die vernünftigeren Herren der Mehrheit sahen doch ein, daß diese Dilettanten an der Spitze der Reichsämtler sich bald blamieren würden. Da war guter Rat teuer. Die Herren wollten doch auch bei der Amtsverteilung profitieren und hatten doch nur gelernt, zu kritisieren. Also mußten neue Ämter für die Parteiführer geschaffen werden. So marschierten denn erst Erzb[erger] und Scheidemann als Staatssekretäre ohne Amt auf. Weil aber Prinz Max fürchtete, daß Erzb[erger] nicht das ganze Zentrum hinter sich habe, nötigte er den alten Gröber ganz gegen seinen Willen dasselbe Amt anzunehmen. Mit den Nationalliberalen kam noch ein weiterer Bewerber Friedberg<sup>6)</sup> und das Allerneueste ist, daß für den Freisinnigen Haußmann noch ein neues Unterstaatssekretariat in der Reichskanzlei geschaffen werden soll. Wahrlich die Parlamentsherrschaft kommt uns teuer zu stehen. Was früher ein Reichskanzler alleine konnte, dazu gehört jetzt ein Kanzler, ein Vizekanzler, 4 Staatssekretäre und ein Unterstaatssekretär, und so geht es in den anderen Ämtern auch. Man sucht nicht Leute für die Ämter, sondern Ämter für die Leute. Jeder Kenner lacht, wenn er denkt, daß Trimborn das schwierige Reichsamt des Innern verwalten soll und Paasche Landwirtschaftsminister wird. Die Jagd nach gut bezahlten Stellen geht jetzt schon los; es wird nicht lange dauern, daß auch bei uns ein Advokat Kriegsminister wird. Wollte man doch schon für den Rechtsanwalt Bell<sup>7)</sup> ein neues Amt, das Reichsschiffahrtsamt, schaffen. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Armes Deutschland!! —

Betreffs der Lage an der Westfront hatten sich bis Samstag<sup>8)</sup> die Herren schon etwas beruhigt. Ein Zurückdrücken unserer Linien bis auf deutschen Boden, daran wollte nie jemand geglaubt haben. Viele, sogar Erzb[erger], nannten das Friedensangebot im jetzigen Augenblick verfrüht und ungeschickt. Aber diese Miesmacher haben es soweit gebracht. Die Nerven an der Front haben versagt, nachdem die Nerven in der Heimat versagt hatten. —

Viele hoffen, Wilson werde unser Friedensgewimmer mit Hohn zurückweisen und dann würden wir uns aufraffen und nochmals siegen. Ich habe diese Hoffnung nie geteilt. Unsere Feinde sind viel zu schlau. Sie wissen ganz genau, daß sie der jetzigen Regierung von Volks-Gnaden die härtesten Bedingungen auferlegen können. Wir müssen sie schlucken und wenn sie die Verhandlungen eine Zeitlang hinziehen, dann bringt selbst ein Wunder weder die äußere Front noch die innere Front jemals wieder zum Stehen. Dann müssen wir uns auf Gnade und Ungnade ergeben. Wir geben Els[saß-]Lothr[ingen] auf und vielleicht das Saarrevier noch dabei. Posen, Westpreußen mit Danzig und Oberschlesien fällt an Polen, das steht ja schon in den 14 Punkten Wilsons. Ob nicht Hannover auch noch wiederhergestellt wird?

Die feste Überzeugung, daß alles drüber und drunter gehen wird, tröstet mich insofern, als ich hoffe, daß dann auch wieder bessere Zeiten im Innern kommen

<sup>6)</sup> Friedberg, seit 9. 11. 1917 Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, nahm als Vertreter der Nationalliberalen an den Sitzungen des Kriegskabinetts teil.

<sup>7)</sup> Johannes Bell, Rechtsanwalt und Notar in Essen, M. d. R. (Zentrum) seit 1912.

<sup>8)</sup> 5. 10. 1918.

werden. Es wird uns so schlecht gehen, daß wir uns wieder auf uns selbst besinnen und die Guten aus unserer Volke doch wieder zur Geltung kommen. Besser ist, daß Deutschland in viele Teile zerschlagen wird, als daß die Bande, die uns jetzt regiert, am Ruder bleibt.

Bezeichnend war, daß Prinz Max von Baden auf Wunsch seiner Mehrheitsparteien am vorigen Samstag sich Zivilkleider leihen mußte<sup>9)</sup>, weil man nicht vertragen konnte, daß er in Generalsuniform auftrete. Wir sind weit genug. —

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 23b bes. auch Anm. 12.

## 39.

## 10. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Deutmoser und Radowitz).<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung bei R[eichs]k[anzler] vormittags. B. 10. 10. 18.“

**Solf:** Graf Lerchenfeld teilt mit, bayer[ische] Regierung rege für 11. 10. Ausschuß-Sitz[un]g [des Bundesratsausschusses] für Ausw[ärtige] Angel[egenheiten] an.<sup>2)</sup>

**v. Payer:** Nach Berlin rufen. Nötigenfalls noch auf Auskunft über Antw[ort-]Note<sup>3)</sup> warten lassen.

Stresemann hat wegen Räumungsfrage angeregt<sup>4)</sup>, neben OHL auch Armeeführer zu fragen.

R[eichs]k[anzler]: Ich habe dasselbe Schr[eiben] erhalten.<sup>5)</sup>

**v. Payer:** Gestrige Erklärung Ludendorffs<sup>6)</sup> muß fixiert werden. Besonders die Befragung von Kuhl, Loßberg und Schulenburg.

**Erzberger:** Schreiben Stresemanns Ludendorff mitteilen.

In Berlin zirkulieren Briefe G[enera]l Hoffmanns, wonach Westfront zu halten sei.<sup>7)</sup> Verbindungen mit Rathenau wahrscheinlich.

**Graf Roedern:** Wirkt Ob[er]stl[eu]t[nant] Bauer noch hier?

R[eichs]k[anzler]: Ludendorff hat ihm Politik strengstens verboten. Bauer als artilleristische Autorität im G[roßen] H[aupt-]Qu[artier] nicht zu entbehren.<sup>8)</sup>

**Roedern:** Bauer dienstl[ich] fragen, mit welchen Politikern und Red[akteuren] er in den letzten Tagen gesprochen hat.

<sup>1)</sup> Vgl. den Teilabdruck in Amtliche Urkunden S. 92 (wiederabgedruckt: Ursachen und Folgen II S. 390).

<sup>2)</sup> Der Ausschuß trat erst am 12. 10. zusammen; vgl. Deuerlein S. 309 ff.

<sup>3)</sup> Gemeint ist die erste Antwortnote Wilsons vom 8. 10.; vgl. Nr. 36 Anm. 5.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 34 Anm. 1.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 34 und Nr. 37.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 36.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 26 Anm. 6.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 36 Anm. 9.

**Erzberger:** Auch dafür. Wie steht es mit Nicolai?

**v. Payer:** Der muß weg. Er ist einer der treibenden schlimmen Geister.

**R[eichs]k[anzler]:** Auch ihm ist Politik verboten.<sup>9)</sup>

**Scheidemann:** Energ[isches] Nachgreifen nötig. Nach R[eichs]k[anzler-]Rede<sup>9)</sup> erwartet man es.

**Deutelmoser:** Verbot, Politik zu treiben, ist alt. Begriffsbestimmung „Politik“ ist aber umstritten.

**Erzberger:** Hoffmann-Sache muß geklärt werden. War G[eneral]st[abs]chef bei Tannenberg. Manche Leute glauben, Hoffmanns Urteil sei sicherer als das von Ludendorff. Also Ludendorff bitten, Hoffmann anzuhören.

**Solf:** } Dann würde Ludendorff gehen. Lieber Hoffmann privatim kommen lassen.<sup>10)</sup>  
**Roedern:** }

**R[eichs]k[anzler]:** Werde Befragung Bauers und Abberuf[un]g Nicolais beantragen.

**Erzberger:** Zu Bernhard<sup>11)</sup> führen auch Fäden von Hoffmann.

**Solf:** Gestrige Rathenau-Sitzung weckt Verdacht, daß OHL doch noch für Rathenaus Ideen. Ludendorff ist loyal. Umgebung verhängnisvoll.

**Roedern:** Propaganda der Levée-en-masse-Idee nicht ohne außenpolit[ischen] Wert. Also verborgenen Fäden nachgehen. Auch ich habe Nachrichten, daß OHL nach 2 Richt[un]gen arbeitet.

Wie steht es mit Reichst[ags]einberuf[un]g?

**Erzberger:** Frühestens nächsten Mittwoch.<sup>12)</sup>

**Payer:** Jungheim<sup>13)</sup> noch ratlos. Erzberger soll mit ihm reden.

**R[eichs]k[anzler]:** Einberuf[un]g vor Dienstag nicht erwünscht.<sup>12)</sup>

**Payer:** Was ist ein „parlamentarischer U[n]terst[aatssekretär“?

Im A[uswärtigen] A[mt] faßt man seine Stell[un]g im engl[ischen] Sinne (V[er]b[in]d[un]g zwischen Ressort und Reichstag) auf.

<sup>9)</sup> Vom 5. 10.; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6150 ff.

<sup>10)</sup> Dazu Nachlaß Haeften, Erinnerungen, über die „private“ Konsultierung Hoffmanns: „Von allen diesen Vorgängen erhielt ich damals keine Kenntnis, da ich zu der Sitzung am 10. 10. 1918, wohl absichtlich, nicht aufgefordert worden war.“

Am 12. 10. teilte Hindenburg dem Reichskanzler telegraphisch mit, daß sich an den Aufenthalt General Hoffmanns, der ohne sein Wissen nach Berlin gekommen sei, Gerüchte über eine Ablösung des 1. Generalquartiermeisters knüpften. Der Feldmarschall ließ den Reichskanzler nicht im unklaren darüber, daß ein Rücktritt Ludendorffs seinen eigenen Rücktritt nach sich ziehen würde; DZA Potsdam, Reichskanzlei 2403/6. — Prinz Max antwortete am folgenden Tage, er teile die Ansicht Hindenburgs „über die Unersetzlichkeit E. E. langjährigen Mitarbeiters und stehe hierin treu zu E. E.“; Hoffmann sei von Payer nur zur Besprechung litauischer Fragen nach Berlin gerufen worden. A.a.O.

<sup>11)</sup> Georg Bernhard, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“.

<sup>12)</sup> 16. 10. 1918. — Der Reichstag trat am Dienstag, den 22. 10., zusammen.

<sup>13)</sup> Direktor des Reichstags.

R[eichs]w[irtschafts]a[mt] (Stein) sieht Rob. Bauer<sup>14)</sup> als techn[ischen] U[nter]st[aatssekretär] an und weiß ihn nicht zu plazieren. Möchte lieber versierten Aug. Müller<sup>15)</sup> haben. Dafür R. Schmidt<sup>16)</sup> in K[riegs]e[rnährungs]-a[mt].

Exzellenz Scheidemann will das zu machen suchen.

Ich bin der Ansicht, Position müßte technisch sein, wie z. B. bei Schiffer.

**Solf:** Auffassung A[uswärtiges] A[mt]: parl[amentarischer] U[nter]st[aatssekretär] nach englischem Beispiel. Laufend über alles unterrichtet. Daraufhin parl[amentarische] Reden halten etc. Einsicht in alle Akten.

**R[eichs]k[anzler]:** Könnte er<sup>17)</sup> nicht ausw[ärtige] Arbeiterfragen bearbeiten? Dafür ist er Autorität.

**Scheidemann:** Jetzt führte Erörterung wohl zu weit. — Parlam[entari]er müssen dieselben Rechte haben wie die anderen St[aats]sekr[etäre]. — Wir wollen nicht nur für Krieg den Buckel zur Verantwortung erhalten. Wünschen Überweis[un]g bestimmter Arbeitsgebiete. Information über alles. Keine Exzellenzen auf Abbruch.

**R[eichs]k[anzler]:** Gegenstand jetzt zurückstellen. Jetzt ganz wichtige Sachen behandeln.

**Solf:** Wilson-Note noch nicht fertig.

**R[eichs]k[anzler]:** Prinzipien aber feststellen.

**Roedern:** Schon nötig, weil Ludendorff nur noch bis heute hier.

**R[eichs]k[anzler]:** Besonders militärische Prinzipien wichtig.

**Solf:**<sup>18)</sup> Note<sup>19)</sup> zerfällt in 3 Teile.

1. Punkt<sup>20)</sup> ja.

<sup>14)</sup> So im Or. Wie der Zusammenhang ergibt, ist nicht *Gustav* Bauer (am 4. 10. 1918 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs des neugeschaffenen Reichsarbeitsamts beauftragt), sondern Robert *Schmidt* gemeint; s. Anm. 16.

<sup>15)</sup> Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, trat am 15. 10. 1918 in das Reichswirtschaftsamt über.

<sup>16)</sup> Robert Schmidt, Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, trat am 15. 10. 1918 die Nachfolge Müllers als Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt an.

<sup>17)</sup> Dr. Eduard David, der von der sozialdemokratischen Fraktion für das Unterstaatssekretariat im Auswärtigen Amt nominiert worden war (vgl. SPD-Fraktion, 3. 10. 1918) und am 15. 10. mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt wurde (vgl. Schulthess 1918/I S. 342 f.).

<sup>18)</sup> Von hier an bis zum Schluß von Radowitz protokolliert.

<sup>19)</sup> Für die erste Antwortnote Wilsons vom 8. 10. 1918 vgl. Amtliche Urkunden S. 85.

<sup>20)</sup> Vgl. a.a.O.: „Meint der Herr Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?“

2. Es<sup>21)</sup> ist gestern nicht zum Abschluß gekommen. Ich habe Ludendorff gefragt: Können Sie noch 3 Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: nein. Daher wollen wir prinzipiell eingehen auf Räumung.

Dritter Punkt<sup>22)</sup> wird leicht zu beantworten sein.

R[eichs]k[anzler]: Hat sich A[uswärtiges] A[mt] auf Standpunkt gestellt, daß wir ohne Gegenforderung räumen?

Solf: Nein, wir wollen das den Verhandlungen überlassen.

R[eichs]k[anzler]: In die Note soll nichts, was kompliziert. Frage, ob Ostafrika einzubeziehen ist?

Solf: Ja, nach Möglichkeit.

Payer: Wir dürfen die OHL nicht von ihrer Verantwortung entlasten.<sup>23)</sup>

### Amnestie

Lewald trägt Sachverhalt vor. Entwurf Kaiserlichen Erlasses. Entwurf des Telegramms an Bundesregierungen.<sup>24)</sup>

Roedern: Bedenken gegen den allgemeinen Kaiserl. Erlaß. Will nur die Anweisung an die Justizbehörden.

R[eichs]k[anzler] will den Kaiser hervortreten lassen.

Erzberger: Den Willen weglassen.

Lewald: Wir müssen den Willen des Kaisers als Gnadenspender erkennen lassen.

Roedern will den Erlaß nicht veröffentlichen.

R[eichs]k[anzler] ist damit einverstanden. Telegramm an Bundesstaaten baldigst.

Liebknecht:<sup>25)</sup>

Lewald trägt Sachverhalt vor: plädiert dafür, daß seine Strafe in Festung umgewandelt wird.

Scheidemann will vollständige Freilassung.

<sup>21)</sup> Bezieht sich auf die Frage der Räumung der besetzten Gebiete. Für den entsprechenden Absatz der Wilson-Note vgl. a.a.O.: „Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube jeder Diskussion würde andererseits von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.“

<sup>22)</sup> Vgl. a.a.O.: „Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.“

<sup>23)</sup> Nach Haefthen (Nachlaß Haefthen, Erinnerungen) hat Ludendorff am 10. 10. Berlin wieder verlassen, „ohne daß es zwischen ihm und dem Reichskanzler zu einer Aussprache über die Antwort auf die Wilson-Note gekommen war.“

<sup>24)</sup> Für die Amnestie-Erlasse vom 12. 10. 1918 vgl. Schulthess 1918/I S. 337 f.

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 29.

Erzberger schließt sich an.

R[eichs]k[anzler] an Scheidemann: Können Sie auf Liebknecht einwirken?

Scheidemann: Nein, er ist nicht zu beeinflussen.

R[eichs]k[anzler] an Scheidemann: Können Sie Verantwortung dafür übernehmen, wenn Unruhen entstehen?

Scheidemann: Dazu kommt es nicht.

Gröber will Freilassung.

Payer will Freilassung (evtl. Aufenthaltsbeschränkung).

Roedern möchte Garantien für L[ieb]knecht]s Wohlverhalten.

Gröber hält Dittmann für gefährlicher.

R[eichs]k[anzler]: Lewald soll mit den Militärs im Sinne der vollen Freilassung Liebknechts in Verbindung treten.<sup>26)</sup>

Elsaß-Lothringen

Payer: Schwander nicht grundsätzlich abgeneigt, Statthalter zu werden. Wird Vorschläge für Kabinett und Landtag machen.

Waldow

Payer trägt neues Entlassungsgesuch W[aldow]s vor.

Vorschläge: Batocki und Peters<sup>27)</sup>.

Roedern: Batocki kommt in den nächsten Tagen her.

Erzberger: R[eichs]t[ag] würde ihn begrüßen.

Scheidemann glaubt, er würde es annehmen.

Aufhebung [der] § 11 [und] 15<sup>28)</sup> der Verfassung<sup>29)</sup>

R[eichs]k[anzler] will sich mit Kaiser deswegen in Verbindung setzen.

Scheidemann begrüßt das sehr.

Roedern: Erst nach dem Kriege. Erst mit Bundesrat sprechen! Staatsministerium! Ausw[ärtiger] Ausschuß!

Lewald: Gefahr, daß Antrag zu dieser Sache kommt. Wilson-Note.<sup>22)</sup> Änderung des Art. 11.

Gröber [und] R[eichs]k[anzler] etc. wollen der Regierung die Initiative lassen.

R[eichs]k[anzler] wird sich mit S. M. und Bundesrat in Verbindung setzen.

<sup>26)</sup> Prinz Max S. 476 berichtet, daß er „am 21. Oktober die Begnadigung Liebknechts gegen den Widerstand des Vorsitzenden des Reichsmilitärgerichts und des Kriegsministers“ durchgesetzt habe. Am 23. 10. traf Liebknecht aus dem Zuchthaus in Berlin ein; vgl. Schulthess 1918/I S. 391.

<sup>27)</sup> Vgl. Nr. 29 Anm. 23.

<sup>28)</sup> Im Or. zunächst: „des § 11“; dann „15“ ergänzt, jedoch der Artikel „des“ nicht berichtigt.

<sup>29)</sup> Diese Zeile im Or. durch Bleistiftumrandung besonders hervorgehoben.

Lewald wird Vorlage ausarbeiten.<sup>30)</sup>

Haase und Ledebours Aufruf.<sup>31)</sup>

**Lewald:** Soll die Beschlagnahme redressiert werden?

Ja.

Schluß 12 Uhr<sup>32)</sup>

<sup>30)</sup> Der Reichskanzler übersandte am 13. 10. 1918 dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums den „Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung“ nebst Begründung mit einem Begleitschreiben, in dem es hieß: „Unsere Bemühungen um die baldigste Herbeiführung des Friedens werden eine wesentliche Förderung erfahren, wenn durch eine Verfassungsänderung klargestellt wird, daß die Volksvertretung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden mitzuwirken hat. Ich erachte es daher für notwendig, den beiliegenden Gesetzentwurf vorzulegen, dessen Begründung weitere Ausführungen erübrigt. Da die größte Eile geboten ist, darf ich die Zustimmung des Königlichen Staatsministeriums annehmen, falls mir nicht bis Dienstag, den 15. Oktober, mittags, wo die Bundesratssitzung über die Vorlage stattfinden soll, eine gegenteilige Äußerung zugeht.“ Abschrift im Pol. Archiv, Pol. Abt., Deutschland Nr. 88 Bd. 13. — Über die Beratung des Entwurfs im Bundesrat am 15. 10. vgl. Nr. 58.

<sup>31)</sup> Es handelt sich um einen am 5. 10. von der Parteileitung und Reichstagsfraktion der USPD als Flugblatt verbreiteten Aufruf „An das werktätige Volk Deutschlands“, der u. a. von Haase und Ledebour unterzeichnet worden war; abgedruckt in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1586 ff.

<sup>32)</sup> Diese drei Worte im Or. mit Rotstift.

#### 40.

### 10. 10. 1918: Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/18, Maschinenschrift, Auszug.<sup>1)</sup>

Hochwohlgeborener Herr!

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

[...]

Die Anfragen Wilsons sind bisher nicht im Urtext dem Auswärtigen Amt zugegangen. Es liegen nur Übersetzungen vor, die noch dazu nicht wörtlich übereinstimmen. Aus diesem Grunde hat Staatssekretär Solf heute gebeten, den Diplomatischen Ausschuß nicht auf morgen, Freitag den 11., sondern erst auf Samstag den 12. einzuberufen.<sup>2)</sup> Mit der Berufung erklärte er sich als durchaus einverstanden, da er es als selbstverständlich betrachtet, daß der Bundesrat vor Beantwortung der Wilsonschen Anfrage gehört wird. Bis übermorgen wird der Eingang des Urtextes bestimmt erwartet.

<sup>1)</sup> Der erste Teil des Schreibens enthält einen kurzen Bericht über die Besprechung des Reichskanzlers mit den Staatssekretären am 9. 10. (vgl. Nr. 36).

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 39.

Persönlich war der Staatssekretär der Ansicht, daß kaum etwas anderes übrigbleiben werde, als den Forderungen Wilsons zuzustimmen. Abgesehen von dem Urteil der Obersten Heeresleitung sprechen dafür auch die Nachrichten, die aus der Türkei, Österreich-Ungarn und auch aus Rußland eintreffen. Der Staatssekretär bedauert unter diesen Umständen, daß hier allenthalben in einzelnen Kreisen der Gedanke propagiert wird, das Volk zum Verzweiflungskampf aufzurufen. Er hält einen solchen Verzweiflungsschritt für gänzlich aussichtslos, weil keine Menschenreserven mehr vorhanden sind, auf die man zurückgreifen könnte, ohne alle Betriebe im Inland stillzulegen.

In nationalliberalen und auch in konservativen Kreisen wird die Abdikation des Kaisers rücksichtslos diskutiert und vielfach gefordert. Demgegenüber will ich noch melden, daß Staatssekretär Scheidemann sich gegen dieses Verlangen, wenn es von unseren Feinden gestellt werden sollte, ausgesprochen hat<sup>3)</sup>, indem er es als eine Deutschland demütigende Bedingung bezeichnete.

Ich erwarte Euere Exzellenz also Samstag, den 12. ds. Mts. vormittag.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz  
ganz gehorsamer  
Graf Lerchenfeld

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 29.

#### 41.

### 10. 10. 1918: Memorandum der Staatssekretäre Erzberger, Gröber und Scheidemann

DZA Potsdam, Stellvertreter des Reichskanzlers 2620, handschriftlich mit eigenhändigen Unterschriften.

I. Heranziehung der Staatssekretäre zu den Beratungen der wichtigsten politischen Fragen setzt ihre Information über die laufenden politischen Vorgänge voraus. Nicht genügend die Mitteilung der täglichen Pressenachrichten. Erwünscht wäre für die Staatssekretäre a latere die Mitteilung eines Abdruckes der politischen Depeschen des Auswärtigen Amtes.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang Prinz Max S. 371 f., der „das Kriegskabinett mit seinen Staatssekretären ohne Portefeuille“ als „Konstruktionsfehler“, für den er verantwortlich sei, bezeichnet. Habe er einerseits Wert darauf gelegt, „Fachmänner in ihren Ämtern zu belassen“, so müsse er andererseits einräumen, daß er es während seiner Amtsperiode „als große Wohltat empfunden [hätte], wären die parlamentarischen Staatssekretäre durch eigene Ressorts ausreichend beschäftigt gewesen. So trieb sie ihr Tatendrang auf die auswärtige Politik. Ich bin überzeugt davon, die Sitzungen über die Wilson-Noten wären rascher zu Ende gegangen, wenn die verschiedenen Ministerien auf die Rückkehr ihrer Chefs gewartet hätten. Der überlegene Fachverstand der Unterstaatssekretäre hätte eine unerfahrene Geschäftsführung wirksam ergänzen können.“

II. Weitere Ausgestaltung der Aufgabe der Staatssekretäre a latere durch besondere Aufträge wünschenswert. Die Unterzeichneten erlauben sich, folgende Vorschläge zu unterbreiten.

1. für Staatssekretär Gröber: Durchführung der neuen Kabinettsorder über den Belagerungszustand;<sup>2)</sup>
2. für Staatssekretär Scheidemann: Ausführung der Autonomie Elsaß-Lothringens;
3. für Staatssekretär Erzberger: Maßnahmen der Heimataufklärung. Dieser Auftrag bisher an Vizekanzler von Payer gegeben, der bereit wäre, den Auftrag abzugeben.<sup>3)</sup>

Gröber

Scheidemann

Erzberger

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 26 Anm. 17. — Am 17. 10. wurde amtlich mitgeteilt, daß der Reichskanzler den Staatssekretär Gröber zu seinem Stellvertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt habe; vgl. Schulthess 1918/I S. 343 sowie die folgende Anm.

<sup>3)</sup> Zu dieser Aufzeichnung befinden sich in den Akten des Stellvertreters des Reichskanzler 2620 (DZA Potsdam) folgende eigenhändigen, nicht datierten Bemerkungen Payers: „Zu I: Am 10. dem Herrn Staatssekretär Erzberger vorgeschlagen, vorerst mögen die 3 Herren Einsicht bei Unterstaatssekretär David nehmen.

Zu II: 1. Am 10. mit Staatssekretär Gröber gesprochen, ob ihm nicht die Stellvertretung des Reichskanzlers für dessen Funktionen [bezüglich des Einvernehmens mit dem Obermilitärbefehlshaber nach der Kaiserl. Verordnung vom 15. 10.] übertragen werden könnte. Gröber und Exz. Lewald wären einverstanden. Bestätigung ist am 17. Oktober erfolgt [vgl. vorige Anm.]. 2. Ist durch die Ereignisse hinfällig geworden. 3. Am 18. Oktober ist Staatssekretär Erzberger mit meiner Vertretung als Leiter der Zentrale für Heimatdienst beauftragt und zugleich“ [bricht hier ab].

## 42.

## 11. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Wahnschaffe).<sup>1)</sup> Überschrift: „11. 10. 18.“

**Roedern:** Innere Stimmung. Hoffmann kommt.<sup>2)</sup>

**Kanzler:** Heute 5 Uhr Besprechung über Note.<sup>3)</sup> Bundsratsausschuß hören.<sup>4)</sup> S. M. Vortrag halten.

<sup>1)</sup> Der am 5. 8. 1917 als Chef der Reichskanzlei entlassene Unterstaatssekretär Wahnschaffe hatte am 10. 10. 1918 als Nachfolger von Radowitz die Leitung der Reichskanzlei „bis zur endgültigen Neubesetzung des Postens“ wieder übernommen; vgl. Schulthess 1918/I S. 335; Prinz Max S. 374 f. Im Nachlaß Prinz Max befindet sich die maschinenschriftl. Abschrift einer Aufzeichnung von Wahnschaffe „Warum ich unter dem Prinzen Max von Baden die Leitung der Reichskanzlei übernahm und sie bis zum 9. November 1918 behielt.“

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 39.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 45.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 39 und Nr. 40.

**Roedern:** Stimmung verschärft sich gegen Note. [...] <sup>5)</sup> Nationalliberale, Kriegsminister, Marinesekretär. Große Eile nötig.

**Scheidemann:** Mit Nat[ional][liberalen] sprechen, aber nicht nachlaufen. Sie sind in Mißkredit. Kein großes Gewicht, daß sie mitmachen.

**Payer und Gröber:** [Legen] großen Wert darauf, daß sie mittun.

**Payer:** Friedberg einladen zum Kriegsminister um 5 Uhr, er muß teilnehmen als Vertreter der Nat[ional][liberalen].

**Erzberger:** Payer mit anderen Nat[ional][liberalen] sprechen, nicht nur mit Stresemann.

**Roedern:** Gröber soll mit Stresemann sprechen.

**Kanzler:** Ja.

**Roedern:** Morgen müssen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten<sup>4)</sup> und Kriegskabinetts zusammen tagen, auch Staatssekretäre und Friedberg.

**Erzberger:** Für Eile, muß morgen noch in Presse. Möglichst um 12. Olberg<sup>6)</sup> hat das Gegenteil von Ludendorff gesagt: Front halte. Ludendorff habe nur neue Regierung, nicht Waffenstillstand haben [wollen].<sup>7)</sup>

Flugblatt den Flugstellen.

Landräte ahnungslos.

Gesamter Regierungsapparat muß einschwenken für Regierungsstandpunkt. Reichsanleihe.

**Deutelmoser:** Kriegsminister derselben Meinung. Ich auch. Versch[iedene] Stellvertretende Generalkommandos haben bereits um Information gebeten. Wilde Gerüchte. Habe Kr[iegs]m[inisterium] mitgeteilt, daß wir die Wilsonnote unter gewissen Bedingungen annehmen. Über Militärlage wissen wir besser Bescheid. Kr[iegs]m[inisterium] bat dringend um führende Parole.

Min[isterium] des Inn[ern] hat ganze Heimataufklärung dem Kriegspresse-Amt überlassen. Wie, hängt von Information Generalkommandos ab. Besonders wichtig Unterrichtung der Presse. Vereinheitlichung der Instruktion der ganzen amt[lichen] Nachrichtenstellen. Alle militär[ischen] Stellen dem Kr[iegs]-minister zu unterstellen.<sup>8)</sup>

Tägliche Besprechung der Leiter aller Stellen mit mir.

**Payer:** Was soll man materiell sagen?

**Kanzler:** Zurückgehen notwendig, aber nur bis zu einem Punkt, wo wir uns verteidigen können.

<sup>5)</sup> Im Or. zwei Worte unleserlich.

<sup>6)</sup> Major von Olberg, Leiter der Oberzensurstelle.

<sup>7)</sup> Dazu Payer S. 128.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 43.

## 43.

### 11. 10. 1918: Besprechung über die Vereinheitlichung des Presse- und Nachrichtenwesens

DZA Potsdam, Stellvertreter des Reichskanzlers 2612, maschinenschriftliche Abschrift.<sup>1)</sup>

Zum Zwecke der Erreichung der gebotenen Einheitlichkeit der Reichspolitik wurde heute (11. Okt. 1918 vormittags) unter dem Vorsitz des Herrn Vizekanzlers Exzellenz von Payer und im Beisein der Herren Staatssekretäre Gröber, Scheidemann und Erzberger, des Kriegsministers Scheüch, eines Vertreters der Obersten Heeresleitung<sup>2)</sup> und mehrerer Kommissare verabredet:<sup>3)</sup>

1. Sämtliche Nachrichten- und Aufklärungsstellen im Inland und sämtliche Propagandastellen im Ausland werden dem Reichskanzler unterstellt.
2. Die Oberzensurstelle wird dem Oberbefehlshaber unterstellt.
3. Die militärischen Nachrichtenstellen, welche die Sammlung von Material verschiedenster Art für den inneren Dienstgebrauch der Obersten Heeresleitung und des Kriegsministeriums zu besorgen haben, werden dem Kriegsminister unterstellt.
4. Die Aufklärungstätigkeit in der Heimat und im Heer geschieht nach einheitlichen, vom Reichskanzler festzusetzenden Richtlinien, wobei die Ansicht der Obersten Heeresleitung für die Aufklärung im Heere jeweils zuvor eingeholt wird.

<sup>1)</sup> Eine maschinenschriftl. Abschrift auch im Nachlaß Prinz Max. Dazu Walter Vogel, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933. Berlin 1941, S. 59.

<sup>2)</sup> Die in Anm. 1 erwähnte Abschrift nennt an dieser Stelle den Namen „Oberstleutnant Nicolai“.

<sup>3)</sup> Den folgenden Vereinbarungen lag eine etwas ausführlichere „Aufzeichnung“ der Reichskanzlei vom 10. 10. (ohne Unterschrift) zugrunde (maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Prinz Max), die folgenden Wortlaut hat: „Um die von der Volksvertretung gewünschte Bürgschaft dafür zu erlangen, daß die militärischen Presse- und Nachrichtenstellen in vollem Einklang mit der politischen Reichsleitung arbeiten, wird es empfehlenswert sein, diese Stellen sämtlich dem Kriegsministerium anzugliedern.

Mit der Oberzensurstelle ist dies vor einigen Tagen bereits geschehen. Sie ist zu diesem Zweck vom Kriegspresseamt abgetrennt worden, behält aber ihre bisherige Unterbringung dort bei. Würden dem obigen Vorschlag entsprechend nunmehr das gesamte Kriegspresseamt und die Auslandsabteilung der O.H.L. dem Kriegsministerium unterstellt, so hätte das folgende Vorteile:

1. Die militärischen Nachrichtenstellen wären in Zukunft einheitlich zusammengefaßt. Ihr Personalbestand würde möglicherweise erheblich eingeschränkt werden können.
2. Die Oberste Heeresleitung wäre von der Arbeit entlastet, die mit der Verwaltung der Nachrichtenstellen und ihrer Beaufsichtigung verknüpft ist. Der gesamte Informationsstoff, den sie aus diesen Stellen erhält, würde künftig besser gesichtet sein.
3. Soweit die Arbeit der Nachrichtenstellen das militärisch-politische Gebiet berührt, wäre sie durch die Verantwortlichkeit des Kriegsministers vor der Volksvertretung gedeckt.
4. Der Herr Reichskanzler und das Auswärtige Amt hätten künftig in allen Presse- und Nachrichtensachen nur noch mit dem Herrn Kriegsminister zu verkehren. Es träte also eine erhebliche Vereinfachung des Geschäftsganges ein.
5. Auch die Verwaltung der Ausland- Hilfsstellen würde vereinfacht.
6. Der Chef der Abteilung IIIb [Nicolai] im Großen Hauptquartier könnte seine Arbeit in Zukunft wieder ausschließlich den ursprünglichen Zwecken dieser Abteilung zuwenden und bliebe ferner davor bewahrt, in politische Erörterungen hineingezogen zu werden.“

## 44.

## 11. 10. 1918: Interfraktionelle Erörterung der Kanzlerkrise

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.). Überschrift: „11. 10. 18.“

**Scheidemann:** Payer hat zugeredet, daß heute eine endgültige Entscheidung kommt. Das heutige Gehen<sup>1)</sup> halten Payer und die anderen Herren für falsch. Erneut mit unseren Herren zu sprechen. Payer meinte, es würden uns Dinge gesagt werden, die für uns von Interesse sein würden. Um zu zeigen, daß es uns nicht darauf ankommt, die Sache<sup>2)</sup> zu verschlimmern, wollen wir erneut beraten und morgen nachmittag weiterberaten.

**Gröber:** Jetzt nicht diskutieren, sondern warten bis morgen nachmittag, damit wir sehen, welchen Eindruck der Brief im Ausland gemacht hat.<sup>3)</sup>

**David:** Soll der Brief veröffentlicht werden? Das wäre doch das Richtige.

**Payer:** Heute vormittag war es vorgesehen. Es ist auch meine Meinung.

<sup>1)</sup> Gemeint: zum Reichskanzler. Für den Zusammenhang vgl. die folgende Anm.

<sup>2)</sup> Es handelt sich um den „unglücklichen vertraulichen Privatbrief“ (so Payer S. 130) des Prinzen Max aus Karlsruhe vom 12. 1. 1918 an seinen in der Schweiz lebenden Vetter Prinz Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst, der am 9. 10. 1918 in der „Freien Zeitung“ in Bern veröffentlicht worden war. Den dort abgedruckten Wortlaut des Schreibens hatte der deutsche Gesandte in Bern, von Romberg, am Abend des 9. 10. an das Auswärtige Amt telegraphiert; maschinenschriftl. Abschrift des Telegramms, das am frühen Morgen des 10. 10. in Berlin eintraf, im Nachlaß Haußmann 29. Der Inhalt des Briefes, in dem sich Prinz Max scharf gegen die Parlamentarisierung und die Friedensresolution ausgesprochen hatte, stand im Widerspruch zu seinen offiziellen Kundgebungen als Reichskanzler. Der „dramatische Zwischenfall“ (so Prinz Max S. 397) rief „tiefe Kränkung und Beunruhigung“ bei den parlamentarischen Staatssekretären (a.a.O. S. 398) und den Mehrheitsparteien hervor und löste eine ernste Kanzlerkrise aus. Dazu Prinz Max S. 183 ff. (Wortlaut des Briefes), 397 ff.; Payer S. 130 f.; Schulthess 1918/I S. 337; Scheidemann, Zusammenbruch S. 177 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 206 f.; Haußmann S. 245 f.; Erzberger S. 312; von Müller S. 429; Lütge. S 131 ff.

<sup>3)</sup> Wie die „Vossische Zeitung“, 8. 10. 1918, Abendausgabe, in einem telegraphischen Bericht aus Genf mitteilte, hatte die Havas-Agentur bereits am 7. 10. eine Meldung aus London verbreitet, in der Bruchstücke eines Briefes wiedergegeben wurden, „den angeblich Prinz Max von Baden im Dezember 1917 [sic!] an den Prinzen Alexander von Hohenlohe gesandt haben soll“ und in dem er sich „in heftigster Weise gegen den Liberalismus und die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli ausgesprochen“ habe. Dazu habe Prinz Alexander in einem Telegramm an eine Genfer Zeitung erklärt, daß „der in London veröffentlichte Text“ des ihm gestohlenen Briefes „in tendenziöser Weise entstellt“ worden sei. Am 11. 10. 1918 brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Morgenausgabe) einen Drahtbericht aus Zürich vom Vortage, in dem es hieß, Prinz Hohenlohe habe die Richtigkeit der von Havas mitgeteilten Briefauszüge nicht geleugnet, aber „das Ganze“ als ein „Manöver der Kriegstreiber“ bezeichnet, um die Friedensaktion des Reichskanzlers zu stören und seine Stellung zu untergraben. Vgl. demgegenüber Snell S. 199, wonach Hohenlohe den Brief „dem nach der Schweiz ausgewanderten Pazifisten Johann Wilhelm Mühlon“ gezeigt habe, „und beide gaben ihn einem offiziellen Vertreter des französischen Pressebureaus weiter.“ Von dort sei eine Kopie an die amerikanische Gesandtschaft in Bern geschickt worden, die dann ihrerseits bereits am 5. 10. nach Washington berichtete, „der deutsche Kanzler habe sich als vollkommener Heuchler entpuppt“. Nach Snells Urteil zerstörte der Brief in Washington „jegliches Vertrauen“, das Wilson „jemals in die neue deutsche Regierung gehabt hatte“.

**Scheidemann:** Den Brief und die Erklärungen des Prinzen heute an die ganze Presse geben. Die Lage wäre unerträglich, daß irgendeine Zeitung die Sache veröffentlicht, und die anderen hinken nach.

**Erzberger:** Dagegen keine Bedenken. Aber die Presse sollte die Sache erst am Montag<sup>4)</sup> bringen. Denn morgen früh kommt die Note.<sup>5)</sup> Der Eindruck wäre doch fürchterlich.

**David:** Das ist wieder sehr bedenklich, weil dann die Redaktionen dazu Stellung nehmen. So mißlich die Sache ist, müssen wir zuvorkommen. Das mindeste wäre das Erscheinen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Am besten die ganze Presse.

**Stresemann:** Die beiden Dokumente morgen der Presse geben, dann 24 Stunden dazwischen. Sonst steht das Volk vor lauter Rätseln.

**Payer:** Darüber rede ich sofort mit dem Reichskanzler.

Sonntag 5 Uhr bei Payer.<sup>6)</sup>

<sup>4)</sup> 14. 10. 1918. — Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte den Brief am 15. 10. (2. Morgenblatt) im Wortlaut.

<sup>5)</sup> Über die deutsche Antwortnote an Wilson vom 12. 10. vgl. Nr. 45.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 53.

## 45.

### 11. 10. 1918: Sitzung des Gesamtkabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung am 11. Oktober 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Exzellenz von Payer, Dr. Solf, Graf Roedern, Dr. Friedberg, zugleich als Vertreter der nationall[ibera]len Partei, Gröber, Scheidemann, Erzberger, Oberst von Haeften, Unterstaatssekretär von Stumm, Unterstaatssekretär z. D. Wahnschaffe.

Exzellenz Dr. Solf verliest den Entwurf der Antwortnote<sup>3)</sup> an Amerika.

**Erzberger** betont die Notwendigkeit, die Räumung<sup>4)</sup> nur für den Fall des Waffenstillstandes zuzugestehen.

<sup>1)</sup> Der nicht unterzeichneten maschinenschriftl. Ausfertigung liegt ein eigenhändiges, z. T. stichwortartiges Konzept Wahnschaffes zugrunde; sachliche Abweichungen von der ausführlicheren Ausfertigung sind in den Anmerkungen nachgewiesen. — Ein Auszug des maschinenschriftl. Protokolls abgedruckt: Amtliche Urkunden S. 97 ff. Dazu vgl. Nachlaß Haeften, Erinnerungen.

<sup>2)</sup> Nach einer Notiz im Terminkalender des Prinzen Max (Nachlaß Prinz Max) begann die Sitzung um 18 Uhr.

<sup>3)</sup> Den Wortlaut des Entwurfs hatte Solf am Nachmittag des 11. 10. telegraphisch (über Haeften; vgl. Nachlaß Haeften a.a.O.) der OHL zur Stellungnahme zugehen lassen; vgl. Amtliche Urkunden S. 95.

<sup>4)</sup> Die Räumung der besetzten Gebiete, die in Wilsons Note vom 8. 10. (vgl. Nr. 36 Anm. 5) gefordert wurde.

Oberst v. **Haefen** unterstreicht diesen Wunsch, der auch von der OHL geteilt werde.

**Graf Roedern** u. Exzellenz **Gröber** werfen die Frage auf, ob auch die Räumung des Ostens verlangt werde.

**Frhr. v. Stumm** erwidert, daß darüber eine klare Antwort aus der Note nicht zu folgern sei<sup>5)</sup>, deswegen habe die in unserer Antwort<sup>3)</sup> vorgeschlagene gemischte Kommission eine große Bedeutung.

**Scheidemann**: Am besten sei wohl, auch für den Osten die Räumung zuzugestehen, aber auch er sei dafür, die Räumung überhaupt nur unter der Voraussetzung des Waffenstillstandes zu bewilligen, sonst werde dies Zugeständnis im Innern und besonders auf der Rechten nicht verstanden werden.<sup>6)</sup>

**Erzberger**<sup>7)</sup> schlägt vor, Wilsons eigene Sätze zu zitieren und ihnen zuzustimmen, dann bleibe offen, ob auch der Osten zu räumen sei.

**Graf Roedern**, Exzellenz **Friedberg**, Exzellenz **von Payer** stimmen dem zu und befürworten, so die Unklarheit in der amerikanischen Note bestehen zu lassen.<sup>8)</sup>

Hierauf folgt eine zweite Besprechung, an der außer den vorerwähnten Herren noch teilnehmen:

Reichskanzler Prinz Max von Baden, Kriegsminister Scheüch, Staatssekretär **Frhr. v. Mann**, **Frhr. v. Stein**, **Bauer**, **Trimborn**, **Dr. v. Krause**, **Rüdlin**, Unterstaatssekretär **Dr. Lewald** und Ministerialdirektor **Deutelmoser**.

Exz. **Dr. Solf** verliest den neu formulierten Text der Antwortnote.<sup>9)</sup>

Der Herr **Reichskanzler** verliest die Note Wilsons und erläutert sie. Die OHL sei für die Friedensaktion scharf eingetreten, sie wünsche, daß wir zur Räumung unsere Zustimmung geben.

Exz. **Solf** erklärt es für notwendig, daß alle Staatssekretäre ausdrücklich zustimmen.

**Frhr. v. Stein** erklärt, das nur zu können, wenn ihm alle Verhandlungen, insbesondere die Äußerungen der militärischen Instanzen, bekannt seien.

<sup>5)</sup> Im Entwurf Wahnschaffes (s. Anm. 1) heißt es präziser: „*Stumm*: Prinzipiell ja.“

<sup>6)</sup> Im Entwurf Wahnschaffes (s. Anm. 1) heißt es weiter: „*Graf Roedern* stimmt dem zu. Wir würden mit Entwurf weiter gehen als W[ilson] verlangt.  
*Haefen*: OHL würde in Entwurf glatte Kapitulation sehen.“

<sup>7)</sup> In Wahnschaffes Protokollentwurf (s. Anm. 1) folgen Erzbergers Ausführungen denen von **Friedberg** und **Payer**.

<sup>8)</sup> Im Entwurf Wahnschaffes (s. Anm. 1) folgt noch als letzte Stellungnahme: „*Solf*: ‚zur Herbeiführung des Waffenstillstandes erklärt sich [die deutsche Regierung] bereit, den Räumungsvorschlag anzunehmen‘.“ Dieser Satz wurde dann — allerdings mit der Abänderung: Räumungsverlangen statt Räumungsvorschlag (s. die folgende Anm.) — in den neuen Entwurf der Note aufgenommen. Über diesen Punkt hatte **Solf** am Tage vorher mit **Ludendorff**, vor dessen Rückreise ins Große Hauptquartier, gesprochen. Vgl. Nachlaß **Haefen** a.a.O.: „*Solf* fragte hierbei **General Ludendorff**, ob die Westfront noch drei Monate lang gehalten werden könne, was **Ludendorff** verneinte; er sei einverstanden, auf die ‚Räumungsforderung‘ [Wilson] einzugehen.“ Vgl. **Vietsch** S. 201.

<sup>9)</sup> In Wahnschaffes Entwurf (s. Anm. 1) folgt hier: „*Wahnschaffe* schlägt vor, vor ‚Räumungsverlangen‘ einzuschalten ‚in Note ausgesprochene‘, was akzeptiert wird.“

Exz. **Scheüch**, aufgefordert, sich über die militärische Lage zu äußern, hält das für seine Person nicht für möglich.

Exz. v. **Krause** wirft die Frage auf, ob unsere Antwort etwa auch auf Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens und die polnischen Landesteile gelte.

Oberst v. **Haeften** erklärt die Zustimmung des Generals Ludendorff zum Entwurf der Note, wünscht aber statt „Räumungsverlangen“ „Räumungsvorschlag“ zu setzen. Minist.-Direktor **Deutmoser** verliest die Äußerung des Obersten Heye in der Besprechung vom 9. Oktober und Exz. Ludendorffs Zustimmung dazu.<sup>10)</sup>

Oberst v. **Haeften** meint, Exzellenz Ludendorff habe die Lage wohl nicht ganz so bedrohlich angesehen wie der Oberst Heye.

Reichskanzler **Prinz Max von Baden** erwidert darauffolgendes: Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Verlangen, sofort die Friedensvermittlung Wilsons nachzusuchen. Er habe sich dagegen gesträubt und mindestens acht Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handeln wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Drucke eines militärischen Zusammenbruchs. Am gleichen Abend habe eine Besprechung zwischen ihm, dem Feldmarschall v. Hindenburg<sup>11)</sup> und den Herren v. Berg, v. Payer und v. Hintze stattgefunden.<sup>12)</sup> Im Verlaufe dieser Unterredung habe er mehrmals an die OHL im Großen Hauptquartier die telephonische Anfrage richten lassen, ob nicht mit der Note gewartet werden könne. Darauf sei vom General Ludendorff die telephonische Antwort erteilt worden, wenn er, der Prinz, am nächsten Morgen um 10 Uhr noch nicht Reichskanzler sei, so<sup>13)</sup> solle lieber der Vizekanzler Herr von Payer noch heute abend die Note unterzeichnen.<sup>14)</sup> Durchgesetzt hätten die OHL und der Staatssekretär v. Hintze die Note an Amerika gegenüber Bedenken, die sowohl er selbst als die Herren v. Payer und Solf hatten. So stark sei damals das Drängen der OHL gewesen. In der jetzt zu entwerfenden Note handele es sich um die Konsequenz jenes ersten Schrittes. Vielleicht sei jetzt etwas mehr Ruhe bei der OHL, aber sie halte doch fest an der Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes.

Oberst v. **Haeften** erklärt auf Anfrage diese Darstellung für richtig, nur habe er die telephonische Antwort des Generals Ludendorff auf die Anfrage des Prinzen nicht mehr ganz genau in der Erinnerung.

Exz. v. **Payer** erklärt hierzu, das Telephonat habe ausgesprochen, wenn Prinz Max bis heute abend 7 Uhr Reichskanzler sei, könne bis zum nächsten Morgen um 10 [Uhr] gewartet werden, sonst müsse die Note sofort mit seiner, v. Payers, Unterschrift abgesandt werden.<sup>14)</sup>

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 36.

<sup>11)</sup> In den Amtlichen Urkunden S. 93 findet sich an dieser Stelle folgende Anmerkung: „Die Erwähnung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ist irrtümlich, wie sich aus dem folgenden Satz des Textes ergibt. Auch Ludendorff erklärt, daß Hindenburg zu diesem Zeitpunkt nicht in Berlin gewesen ist ([vgl. Ludendorff.] Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot S. 46).“

<sup>12)</sup> Für die Besprechungen, die Prinz Max am 1. 10. 1918 nach seiner Ankunft in Berlin führte, vgl. Prinz Max S. 336 ff. sowie WUA 2 S. 374 ff. (Aufzeichnung Haefdens, die von der Darstellung des Prinzen Max hinsichtlich der Reihenfolge der Besprechungen abweicht).

<sup>13)</sup> Der Schluß dieses Absatzes im Or. durch einen doppelten senkrechten Bleistiftstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

<sup>14)</sup> Gemeint sein dürfte das in Amtliche Urkunden S. 60 wiedergegebene Telegramm Hindenburgs „An Major Frhr. v. d. Bussche für Vizekanzler von Payer“, das bereits am 1. 10. 1918 um 14 Uhr — also vor der Ankunft des Prinzen Max — in Berlin vorlag. Dazu Prinz Max S. 336 f.; WUA 2 S. 374 (Haefden).

**Exz. Dr. Solf:** Er habe ebenfalls den Feldmarschall v. Hindenburg gefragt, ob wir nicht acht oder wenigstens vier Tage Zeit hätten. Der Feldmarschall habe erwidert, darauf könne er keine bestimmte Antwort geben und seine Erwidernng mit den Worten geschlossen: *Machen<sup>15)</sup> Sie schnell, machen Sie schnell.*

**Oberst v. Haeften:** Das Telephonat sei von Herrn von Payer richtig wiedergegeben. General Ludendorff meinte, 14 Tage würden wir wohl noch halten können, aber dann könne die Krisis eintreten und deshalb sei eine Verzögerung von vier Tagen schon viel. Im Großen Hauptquartier sei man sich auch über die Schwierigkeiten der neuen Regierungsbildung nicht hinreichend klar gewesen.

**Exz. v. Payer:** Das Telephonat sei keineswegs das einzige Drängen gewesen.

**Exz. Frhr. v. Stein** fragt, ob die OHL es für möglich halte, das Heer in jedem Umfang in der Heimat schlagfertig zu halten.

**Oberst v. Haeften** erwidert, die Räumung dauere über drei Monate und mit jedem Tage der Waffenruhe werde unsere militärische Stärke wachsen.

**Exz. Graf Roedern:** Die Armee nehme an, daß der Rückzug unter tatsächlicher Waffenruhe bis an die Grenze erfolge. Wilsons Wunsch sei aber zunächst unsere Zustimmung zur Räumung. Die Räumung enthalte ein großes Risiko; aber nach den Äußerungen der OHL sei das Risiko, was wir sonst laufen, noch viel größer.

**Exz. Erzberger:** General Ludendorff habe wiederholt erklärt, die Armee brauche Ruhe. Die Landesgrenze könne sie, in Ordnung zurückgeführt, vollkommen halten. Anders, wenn sie bis an die Grenze zurückgeschlagen werde.

**Oberst v. Haeften** bestätigt die Richtigkeit dieser Wiedergabe der Ludendorffschen Äußerungen.

**Exz. Dr. Solf** weist noch darauf hin, daß der General Ludendorff sogar auf die Räumung des Elsaß durch die Franzosen verzichten wollte, was gleichfalls vom **Oberst v. Haeften** bestätigt wird.

**Exz. Scheüch** wünscht zu wissen, ob die OHL sich über die Tragweite unserer Antwortnote völlig klar sei; insbesondere darüber, daß dadurch auch das staatsrechtliche Verhältnis Elsaß-Lothringens und der polnischen Landesteile berührt werde.<sup>16)</sup>

<sup>15)</sup> Dieser Satz durch einen doppelten senkrechten Bleistiftstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

<sup>16)</sup> Wahnschaffes Entwurf (s. Anm. 1) fährt fort: „*Haeften:* Werde sogleich Antwort über Zustimmung O.H.L. erhalten.“ — In einer bei den Akten (DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462) befindlichen maschinenschriftlichen Erklärung Haefdens vom 24. 10. 1918 heißt es unter Punkt 1 (Punkt 2 ist in Nr. 36 Anm. 44 abgedruckt): „Am 11. Oktober gegen 7 Uhr abends stellte ich auf Verlangen des Herrn Reichskanzlers und der Mitglieder des Kriegskabinetts an den General Ludendorff die telephonische Anfrage, ob die OHL sich darüber klar wäre, daß durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons die elsäß-lothringische und polnische Frage zu internationalen Problemen würden, deren Lösung den kommenden Friedensverhandlungen vorbehalten bliebe.“

Der General Ludendorff erklärte, selbstverständlich sei sich die OHL hierüber klar, aber durch die Annahme der 14 Wilsonschen Punkte würde nach ihrer Überzeugung noch kein Fußbreit deutschen Bodens preisgegeben. Aufgabe unserer Unterhändler bei den Friedensverhandlungen sei es, diesen Standpunkt mit Erfolg zu vertreten.“ Vgl. auch Anm. 19.

Exz. Dr. Solf bemerkt im Anschluß daran, es handele sich hier um den schlimmsten unter den 14 Punkten Wilsons; nicht wir könnten, wenn wir diese 14 Punkte akzeptieren, das Geschick von Elsaß-Lothringen und der polnischen Landesteile allein bestimmen, das sei eine furchtbare Konsequenz, der man klar ins Gesicht sehen müsse.

Exz. Scheüch betont die Notwendigkeit, die OHL darauf nochmals hinzuweisen.

Exz. Erzberger meint, daß wir alle Äußerungen Wilsons als Gesamtheit akzeptieren, also keine Zustimmung zur Abtretung Elsaß-Lothringens und der polnischen Landesteile aussprechen.

Oberst v. Haefen teilt mit, daß er dieses Argument heute nachmittag gerade auch seinerseits zur Widerlegung starker Bedenken angewendet habe, die Exz. Ludendorff wegen der Abtretung Elsaß-Lothringens und Polens gehabt habe.

Exz. Frhr. v. Stein: Jetzt würden die 14 Punkte Wilsons nicht mehr zur Grundlage von „Verhandlungen“, sondern zur Grundlage des Friedens genommen. Dann hätten wir auch alle Konsequenz[en] zu tragen; die Interpretation der Herren Solf und Erzberger stimme nicht überein. Sei der Herr Reichskanzler bereit, schlimmstenfalls Elsaß-Lothringen und Polen abzutreten?

Exz. Scheidemann: Was General Ludendorff gesagt habe, sei erschütternd gewesen. Der General habe ausgeführt, jeder Tag, den der Krieg länger dauere, verschlechtere unsere Lage. Sowohl Exz. Solf als auch Exz. Erzberger hätten nach seiner, Scheidemanns, Meinung recht. Man müsse mit dem Schlimmsten rechnen; aber was sollten wir tun, könnten wir es militärisch ändern? Nach den Mitteilungen der OHL müsse man diese Frage mit Nein beantworten.

Exz. Dr. Solf: Auch er habe 8 Tage mit sich gekämpft, bis er zu der Erkenntnis gekommen sei, daß nichts weiter übrig bleibe, als die weiße Fahne zu hissen. Er verliest das Telegramm des Legationssekretärs Frhr. v. Lersner vom 1. Oktober.<sup>17)</sup>

Exz. Frhr. v. Stein: Er habe die bisherige Entwicklung der Dinge in den Verhandlungen nicht mit durchgemacht, er wolle deswegen nicht opponieren, könne aber auch nicht zustimmen.

Exz. Dr. v. Krause glaubt, daß wir nicht anders als vorgeschlagen handeln können, wünscht aber bestimmt zu wissen, ob es der OHL klar sei, daß wir schlimmstenfalles auch die Abtretung von Elsaß-Lothringen und der polnischen Gebiete in Betracht ziehen müssen.

Reichskanzler Prinz Max von Baden: Wenn dies von uns verlangt wird, wird die OHL entscheiden müssen, ob wir es durch Kampf abwenden können.

Exz. Scheüch: Die OHL muß wissen, wie hier die Note gemeint ist.

Exz. Graf Roedern: Die OHL weiß, daß das Schicksal Elsaß-Lothringens und der polnischen Landesteile als internationales Problem auf dem Friedenskongreß zu erörtern sein wird. Der Feldmarschall sprach davon, daß sich über die Abtretung einiger Kreise von Elsaß-Lothringen reden lasse. Im übrigen, was bleibe uns aber anders übrig, als den Rechtsboden Wilsons zu akzeptieren. Ein uns diktierter Friede ist doch noch viel schlimmer.

<sup>17)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 59.

Exz. Dr. Solf meint gleichfalls, die OHL sei sich über die Bedeutung der 14 Punkte klar.

Exz. Scheüch: Er wolle dem nicht widersprechen. Er wolle nur die Reichsregierung schützen. Wir müssen mit denen ganz einig sein, die evtl. wieder die Waffen erheben sollen. Es handelt sich hier um die schwerste Stunde unserer ganzen Verhandlungen, um den gewaltigsten Schritt, darum ist es nötig, daß wir alle einig und klar sind.

Exz. Gröber: Als schlimmstes müssen wir evtl. die Abtretung Elsaß-Lothringens und der polnischen Landesteile ins Auge fassen. Wo aber bietet sich ein anderer Weg? Für uns war das Urteil der OHL maßgebend. Wir konnten doch nicht gegen ihr Votum sagen: „Wir können die Front doch halten“. Der Wunsch des Kriegsministers, uns zu decken, ist sehr richtig. Wegen des Friedens im deutschen Volk ist es nötig, Klarheit zu schaffen. Wir müssen einen aktenmäßigen Beleg von General Ludendorff haben. Er hat ausdrücklich erklärt, er befinde sich in Übereinstimmung mit den Stabschefs Kuhl, Graf Schulenburg, von Loßberg. Es fragt sich, ob man außerdem noch eine telephonische Äußerung der Führer der Heeresgruppen herbeiführen solle.

Auch über die Tragweite der Note haben wir keinen Zweifel gelassen. Wir müssen gefaßt sein auf die Forderung der Abtretung Elsaß-Lothringens und der polnischen Landesteile. Dann fragt es sich, ob wir im Augenblick dieser Forderung noch ein schlagfertiges Heer haben. Der getane Schritt ist irreparabel, aber wir können nicht anders. Der General Ludendorff sagte, für ihn sei maßgebend das monatliche Defizit von 70 000 Mann, aber Vorschläge, wie diesem Menschenmangel abzuhelpen sei, könnte er uns nicht machen.

Exz. von Payer erklärt sich damit einverstanden, daß die OHL über die Tragweite unserer Note nochmals aufgeklärt werde, obwohl er nicht bezweifle, daß sie sich darüber schon klar sei. Unterhaltung<sup>18)</sup> von Elsaß-Lothringen und der polnischen Landesteile werde schließlich eine Machtfrage sein.

Sich direkt mit den Generalstabschefs oder Gruppenführern in Verbindung zu setzen, sei nicht möglich. Es müsse abgewartet werden, ob der General Ludendorff diese Zustimmung in seiner schriftlichen Äußerung erwähne. Eventuell müsse diese Äußerung ergänzt werden. Die Herren Staatssekretäre hätten bisher nicht alle eingeweiht werden können. Wir müßten aber einstimmig sein. Morgen werde ja Ludendorffs schriftliche Äußerung<sup>19)</sup> eintreffen, deswegen sei es zweckmäßig, die Besprechung jetzt auf morgen 10 Uhr zu vertagen.

Exz. Friedberg: Ein jetzt geschlossener Friede werde jedenfalls immer noch besser ausfallen als ein späterer. Den Kriegsminister Scheüch begreife er sehr wohl. Man solle die Oberste Heeresleitung fragen, ob sie sich klar sei, daß wir evtl. mit der Note zur Abtretung von Elsaß-Lothringen und von polnischen Landesteilen kommen könnten. Wenn sie dies bejahe, so müßten alle Ressortchefs gemeinsam

<sup>18)</sup> So in der Druckvorlage. Im Entwurf Wahnschaffes (s. Anm. 1): „Els[ab-]Lothr[ingen] und Polen schließlich Machtfrage.“

<sup>19)</sup> Auf eine schriftliche Anfrage des Reichskanzlers vom 8. 10.; vgl. Amtliche Urkunden S. 79 f. Die telegraphische Antwort Ludendorffs vom Abend des 11. 10. vgl. a.a.O. S. 100. Dazu Nr. 36, bes. auch Anm. 7 und 30.

die Verantwortung tragen. Die Äußerungen des Generals Ludendorff seien richtig wiedergegeben. Wer die Verantwortung nicht tragen wolle, müsse für seine Person die Konsequenzen ziehen.

**Erzberger** wünscht ebenfalls, daß die OHL sagen solle, ob sie darüber klar sei, daß Elsaß-Lothringen und die polnischen Landesteile mit dieser Note in die Reihe der internationalen Probleme einrückten.

**Exz. Graf Roedern** glaubt, daß die OHL sich darüber klar ist und die Frage so stellt: Verteidigen wir Elsaß-Lothringen besser in der jetzigen Linie oder in der Linie Aachen-Basel.

**Oberst v. Haeften:** Die OHL telephoniert soeben folgendes: Die Antwort des Feldmarschalls zum Entwurf der Note sei soeben eingegangen. Er lasse folgendes telephonieren: [. . .]<sup>20)</sup>

**Exz. v. Krause** betont, daß in unserer Note die Zustimmung zur Abtretung der erwähnten Landesteile gefunden werden könne; darauf müsse die OHL hingewiesen werden.

**Exz. Frhr. v. Stein** erwidert auf die Ausführungen von Exz. Friedberg, er habe nur gesagt, er könne sich nicht so schnell ein abschließendes Urteil bilden. Auch

<sup>20)</sup> Im Or. Lücke im Text. Der nachträgliche handschriftl. Vermerk: „Folgt W[eiß-]B[uch] Nr. 41“ weist auf ein in den Amtlichen Urkunden S. 96 abgedrucktes Telegramm des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier, Frhr. von Berekheim, an das Auswärtige Amt vom 11. 10. 1918 (abgegangen 20 Uhr 30; angekommen 21 Uhr 15) hin, dessen Wortlaut, abgesehen von einigen geringfügigen Abweichungen, einer dem Protokoll beigegeführten maschinenschriftl. Aufzeichnung mit der handschriftl. Überschrift: „Telephonat: General von Bartenwerffer — Oberst v. Haeften vom 11. Oktober 1918 um 7 Uhr 50 Min. nachm.“ entspricht; unter dieser Aufzeichnung handschriftl. ergänzt: „gez. Ludendorff“, ferner die eigenhändige Bemerkung Haefdens: „Berlin den 11. 10. 18. Dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ergebenst vorgelegt. v. Haeften.“

Eine andere Version gibt Haefdens eigene Darstellung; Nachlaß Haefden, Erinnerungen. Danach hat Haefden den „Gegenentwurf“ der OHL, den ihm Bartenwerffer nicht während, sondern nach Beendigung der Kabinettsitzung telephonisch durchgegeben habe, erst am Vormittag des folgenden Tages zur Kenntnis des Kabinetts (vgl. Nr. 46) gebracht. Am Vorabend habe er im Kabinett im Namen der OHL lediglich gefordert, einen von ihm selbst kurz zuvor Hindenburg und Ludendorff — im Verlauf des in Anm. 16 erwähnten Gesprächs um 19 Uhr — vorgeschlagenen und von diesen gebilligten Zusatz in die Antwortnote aufzunehmen: „Nach meiner Rückkehr in die noch andauernde Kabinettsitzung meldete ich mich sofort zum Wort und bat im Namen des Feldmarschalls und des Generals Ludendorff auf Grund der eben erfolgten telephonischen Unterredung um Aufnahme des Zusatzes. Beide Herren legten den allergrößten Wert darauf; im Falle der Ablehnung könnten sie nicht ihre Zustimmung zu der Note erteilen. Ich fügte hinzu, daß allein in dem Zusatz eine wirksame Sicherung gegen etwaige weitergehende Bedingungen unserer Feinde läge, und bat, hinter den ersten Absatz des Antwortentwurfs über die Annahme der 14 Punkte folgenden Zusatz einzufügen: ‚Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die anderen Regierungen der Alliierten sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.‘“ Der Zusatz, den Haefden auch schon vor dem Telefongespräch mit Ludendorff in der Kabinettsitzung von sich aus angeregt haben will, ohne mit seinen Argumenten durchdringen zu können, ist in etwas veränderter Form in den „Gegenentwurf“ der OHL eingegangen; vgl. Amtliche Urkunden a.a.O. Nach Haefdens Darstellung, deren Zuverlässigkeit hier bezweifelt werden muß, zumal die Sitzungen vom 11. und 12. 10. ständig verwechselt werden, berührt es merkwürdig, daß das vorliegende Protokoll auf die Frage des Zusatzpassus gar nicht eingeht, der, wie das Protokoll der Kabinettsitzung vom 12. 10. vormittags belegt, von einer Reihe von Kabinettsmitgliedern als äußerst problematisch empfunden wurde; vgl. Nr. 46.

andere Herren hätten 8 Tage gekämpft. Seine Bedenken richteten sich vornehmlich dagegen, daß die 14 Wilson-Punkte zur Grundlage des Friedens und nicht nur der Verhandlungen gemacht würden.<sup>21)</sup>

**Erzberger** weist darauf hin, daß die Abtretung von Elsaß-Lothringen und polnischer Landesteile vom Präsidenten Wilson bisher nie verlangt sei. Es bestehe hier Unklarheit. Die Regelung dieser Frage müsse in Verhandlungen erfolgen; einige man sich darin nicht, so hänge alles von unserer Stärke ab.

**Scheidemann** schließt sich dem an. Man werde sich am Friedentisch mit Wilson auseinandersetzen müssen, was er unter „Unrecht“ verstehe. Daß man die OHL nochmals vor die Frage stelle, ob sie die ganze Tragweite der jetzigen Entschlüsse kenne, halte auch er für gut.

**Trimborn** fragt, ob man nach der Note überhaupt noch einmal zu den Waffen greifen könne. Dies wird sowohl von den Staatssekretären **Erzberger**, **Graf Roedern** und **Solf** als auch von dem Herrn **Reichskanzler** bestätigt.<sup>22)</sup>

Der **Kriegsminister** und Unterstaatssekretär **Lewald** weisen noch auf die Notwendigkeit hin, in den nächsten Tagen die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und die Generalstabschefs der stellv. Generalkommandos über die Sachlage und den Inhalt der Note zu informieren. Darauf wird die Sitzung auf den 12. Oktober vertagt.<sup>23)</sup>

<sup>21)</sup> Im Entwurf Wahnschaffes (s. Anm. 1) folgt hier: „**Lewald**: Übermorgen wird ganz Deutschland fragen: Was steht eigentlich in der Note?“

**Solf**: Erkennt H[err] v. Stein die Notwendigkeit, diesen Schritt zu tun, an?“

<sup>22)</sup> Im Protokollentwurf Wahnschaffes (s. Anm. 1) folgt hier noch: „**Stein**: Ich anders. Wir erkennen, ‚Unrecht‘ besteht. Wir können bei dieser Fassung darüber nicht mehr verhandeln.“

<sup>23)</sup> Vgl. Nr. 46.

## 46.

### 12. 10. 1918: Sitzung des Gesamtkabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung am 12. Oktober 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Der Herr Reichskanzler, Exzellenz von Payer, Graf Roedern, von Krause, Frhr. v. Stein, Solf, Ritter v. Mann, Rüdlin, Gröber, Erzberger, Friedberg (zugleich als Vertreter der nationall[ibera]len Partei), Scheüch, Unterstaatssekretär z. D. Wahnschaffe, Unterstaatssekretär Lewald, Unterstaatssekretär v. Stumm, Oberst v. Haeften, Ministerialdirektor Deutmoser.

Es wird zunächst nach einer kurzen Aussprache auf Vorschlag des **Grafen**

<sup>1)</sup> Auszugsweise abgedruckt in Amtliche Urkunden S. 101 f. Dem nicht unterzeichneten Protokoll liegt ein eigenhändiges Konzept Deutmosers zugrunde; sachliche Abweichungen von der überarbeiteten Fassung werden in den Anmerkungen nachgewiesen. — Vgl. Nachlaß Haeften, Erinnerungen; Prinz Max S. 396. Ferner Haeften, Präsident Wilson und der Vorfriede vom 5. November 1918, in: Wissen und Wehr, Jg. 16, 1935, S. 839 f.

<sup>2)</sup> Die Sitzung fand nach Deutmoser (s. Anm. 1) am Vormittag statt. Vgl. auch Nr. 45, wo Payer als vorgesehenen Termin 10 Uhr nennt.

**Roedern** und des **Oberst von Haeften** beschlossen, daß in dem Notenentwurf anstatt „Bedingungen“ gesagt werden soll „auf Vorschlag“. Ferner soll an Stelle von „Räumungsverlangen“ „Räumungsvorschläge“ gesetzt werden.<sup>3)</sup>

**Oberst von Haeften** teilt den Wunsch des Feldmarschalls mit, daß die Voraussetzung ausgesprochen wird, daß auch die Alliierten Amerikas sich auf die 14 Punkte festlegen. Er sieht darin eine Rückversicherung gegen weitergehende Ententevorschläge.<sup>4)</sup>

**Exz. Solf** befürchtet, daß diese Einfügung Wilsons Vermittlerrolle vielleicht unmöglich machen könnte.<sup>5)</sup>

Der Herr **Reichskanzler** meint, daß diese Frage in die internationalen Verhandlungen selbst hineingehöre.<sup>6)</sup>

**Exz. Frhr. v. Stein** meint, wir hätten uns an Wilson selbst gewandt, dürften uns daher jetzt nicht an die Verbündeten wenden. Er macht einen Gegenvorschlag zu dem Zwecke, das vereinzelte Herausgreifen Elsaß-Lothringens und Polens aus dem Gesamtkomplex des Wilsonprogramms unmöglich zu machen.

**Oberst von Haeften** erwähnt, daß Feldmarschall von Hindenburg in der Nacht nochmals habe bitten lassen, den von ihm empfohlenen Zusatz mit einzufügen.<sup>7)</sup>

Die Staatssekretäre **von Krause**<sup>8)</sup> und **Graf Roedern**<sup>9)</sup> befürworten das<sup>8)</sup>, ebenso der Staatssekretär **Erzberger**.<sup>10)</sup>

**Graf Roedern** hat ebenso wie **Freiherr von Stein** Bedenken gegen die kurze Fassung der Note.<sup>11)</sup>

**Exz. Solf** betont, daß die Wirkung auf das Ausland entscheidend sei. Alle neutralen Stimmen warnten aber vor Länge und Zweideutigkeit der Antwort.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 45.

<sup>4)</sup> Dazu Nr. 45 Anm. 20. Vgl. Haeften, Präsident Wilson (s. Anm. 1) S. 839 f.: „Bei der am 12. Oktober vormittags stattfindenden Beratung der Antwortnote des Auswärtigen Amtes durch das Reichskabinett trug ich den Gegenentwurf der OHL unter eingehender Begründung vor.“

<sup>5)</sup> Vgl. Nachlaß Haeften, Erinnerungen: „Staatssekretär Solf lehnte es ab, auf den Entwurf jetzt noch einzugehen.“

<sup>6)</sup> Dazu Prinz Max S. 396.

<sup>7)</sup> Dazu Haeften, Präsident Wilson S. 840: „Abschließend [Forts. von Anm. 4] berief ich mich auf einen mir noch in der Nacht zugegangenen Fernspruch des Feldmarschalls v. Hindenburg, wonach dieser gerade ‚auf den ersten Satz des Gegenentwurfes besonderen Wert‘ lege; ich bat, diesen Satz in die Antwortnote an Wilson aufnehmen zu wollen.“

<sup>8)</sup> Im Konzept (s. Anm. 1): „Staatssekretär v. Krause befürwortet das.“

<sup>9)</sup> Nach dem Konzept (s. Anm. 1) schloß **Roedern** sich nicht ohne weiteres dem Votum Krauses an, sondern kam auf den Vorschlag Steins zurück: „bin unabhängig von Stein auf ähnlichen Vorschlag gekommen wie Stein.“

Anschließend hält das Konzept eine Äußerung **Friedbergs** fest: „Nicht mehr antworten als gefragt ist.“

<sup>10)</sup> Im Konzept (s. Anm. 1) schließt sich die Stellungnahme **Erzbergers**: „Für Annahme des von der OHL vorgeschlagenen Satzes“, erst an die folgenden Ausführungen **Roederns** an. Dazu Prinz Max S. 396: „Oberst v. Haeften wurde in der Diskussion wirksam und energisch von **Erzberger** unterstützt.“ Ferner Nachlaß Haeften, Erinnerungen, wo es heißt, daß „Staatssekretär **Erzberger** in besonders wirksamer Rede unter geschickter Begründung sich für die Aufnahme einsetzte. Seine glänzende Beredsamkeit hatte eine überraschende Wirkung. Das gesamte Kabinett einschließlich des Staatssekretärs **Solf** erklärte sich nunmehr mit der Aufnahme des von mir formulierten Zusatzes einverstanden.“ Vgl. auch Anm. 15.

<sup>11)</sup> Im Konzept (s. Anm. 1): „**Roedern**: Im St[aats-]Min[isterium] schwerste Bedenken gegen kurze Fassung der Note.“

Exz. **Scheüch** sieht in dem Zusatzvorschlag der OHL nur Vorteile für die Wirkung nach innen und keine Gefahr nach außen.

Oberst von **Haeften** spricht sich nochmals dafür aus, weil sonst eine schwere Erschütterung der Front zu befürchten sei, und schlägt folgende Fassung vor: „Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die anderen Regierungen der Alliierten sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten stellen“. <sup>12)</sup>

Die Staatssekretäre **Solf**, **v. Krause**, **Erzberger** erklären dies für annehmbar.

Exz. **Frhr. v. Stein** meint, wir müßten betonen, daß wir die Wilson-Punkte als Ganzes betrachten, nur so würde Frieden für uns annehmbar und könne auch von uns gehalten werden.

Exz. **Solf** verliest nochmals den Text der Note mit dem Zusatz der OHL <sup>12)</sup> und macht darauf aufmerksam, daß der Präsident Wilson verprellt werden könnte, wenn man den Zusatz annähme, er sei also nicht ohne Bedenken, aber trotzdem annehmbar. <sup>13)</sup>

Der Herr **Reichskanzler** fragt, ob alle Herren mit der Einfügung des Zusatzes der OHL ohne den Zusatz des Freiherrn v. Stein einverstanden seien.

Exz. **Frhr. v. Stein** hält seine Bedenken aufrecht. Die Form der Note ohne Ergänzung erscheint ihm sehr bedenklich.

Exz. **v. Payer** und **Friedberg** erklären, wer nicht zustimme, müsse das sagen, die Verantwortung ablehnen und die Konsequenzen daraus ziehen.

Exz. **Friedberg** fügt noch besonders hinzu, daß wir die moralische Verantwortung nur bei voller Einigkeit übernehmen könnten. <sup>14)</sup>

Der Herr **Reichskanzler** stellt nochmals die Frage, ob nunmehr alle Herren einig sind.

Exz. **Graf Roedern** erklärt, er füge sich der Mehrheit. Man könne nicht alle Wünsche durchsetzen; er könne nicht so weit gehen, wie der Freiherr von **Stein**. <sup>15)</sup>

Exz. **Ritter v. Mann** erklärt sich einverstanden, obwohl er im Zweifel sei, ob Wilson als Idealist oder als Trustmagnat handle. Aber die Kriegslage sei entscheidend. Vom Marine-Standpunkt werde zwar durch Rückzug und Waffenstillstand sehr viel aufgegeben (Aussetzen des U-Bootkrieges, 500000 t im Monat, mögliche Besetzung Hollands, der Schelde, durch England, Bedrohung Wilhelmshavens). Ludendorffs Ansicht aber sei entscheidend; er nehme die Fassung der Note an. <sup>16)</sup>

<sup>12)</sup> In der endgültigen Fassung der Note erhielt der Zusatz den Wortlaut: „Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten Wilson stellen.“ Vgl. Amtliche Urkunden S. 106.

<sup>13)</sup> Im Konzept (s. Anm. 1) folgt der Passus: „Weiter Diskussion der Frage, ob gesagt werden soll: ‚nimmt an‘ oder ‚setzt voraus‘.“ Vgl. Anm. 12.

<sup>14)</sup> Das Konzept (s. Anm. 1) hält noch folgende Äußerung *Friedbergs* fest: „Trotz Verfassungsbedenken sind Konsequenzen zu ziehen“; weiter die Reaktion *Steins*: „Werde Konsequenzen ziehen.“

<sup>15)</sup> Dazu *Haeften*, Präsident Wilson S. 840: „Nach längerer lebhafter Aussprache gelang es, in dieser wichtigen Frage Einmütigkeit des Kabinetts herzustellen. Der Zusatz der OHL wurde in den Entwurf des Auswärtigen Amtes eingefügt.“ Vgl. auch Anm. 10.

<sup>16)</sup> Dazu *Manns* schriftliche Stellungnahme vom 12. 10., die er *Solf* zuleitete; Amtliche Urkunden S. 103 f.

Exz. v. Payer: Ist jetzt auch die OHL einverstanden?

Oberst v. Haeften erklärt, er glaube es. Er wird sofort das Nötige feststellen.<sup>17)</sup>

Exz. Graf Roedern weist darauf hin, daß der Feldmarschall positiv zustimmen müsse, nicht nur seine Bedenken zurückstellen.

Exz. Frhr. v. Stein erklärt, die Note sei in dieser Fassung nach seiner Meinung unheilvoll. Glaubt der Herr Reichskanzler aber, sie sei notwendig, so müsse auch er sich mit ihr abfinden.<sup>18)</sup>

Exz. Scheüch erklärt sich auch vom Heeresinteresse aus mit der Fassung der Note einverstanden.<sup>19)</sup>

<sup>17)</sup> Vgl. Nachlaß Haeften, Erinnerungen: „Ich versprach, eine solche Erklärung noch am heutigen Tage herbeiführen zu wollen. Auf diesbezügliche telephonische Bitte erhielt ich am Nachmittage des 12. Oktober folgende Drahtung: „Ich und General Ludendorff stimmen dem vom Obersten v. Haeften am 12. Oktober 12 Uhr 30 Minuten telephonisch mitgeteilten Wortlaut der Antwort an Wilson zu.“

Auf dieses — an den Reichskanzler adressierte und von Hindenburg unterzeichnete — Telegramm, abgedruckt Amtliche Urkunden S. 105, dürfte sich die — wohl versehentlich „11. 10.“ datierte — Randbemerkung Solfs zu dem Telegramm Berckheims vom 11. 10., a.a.O. S. 96 (vgl. Nr. 45 Anm. 20), beziehen: „Nach telephonischer Mitteilung des Oberst von Haeften hat Feldmarschall von Hindenburg seine Bedenken gegen die heute gestellte Fassung fallenlassen. Er ist mit dem letzten Entwurf der Note einverstanden.“

Dazu Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 597: „Die Beantwortung der ersten Note Wilsons ging im Einverständnis zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung vor sich. Mir gelang es noch, in die Note eine Anfrage zu bringen, ob sich England und Frankreich auch auf den Boden jener 14 Punkte stellten.“

<sup>18)</sup> Das Konzept (s. Anm. 1) fährt fort:

„Scheüch: 1½ Uhr Sitzung über Presse und Öffentlichkeit [im] R[eichsamt] d[es] I[nnern].

Roedern: Auch nicht anwesende Staatssekretäre (bes. Scheidemann) und nationalliberale Partei müssen Nachricht erhalten.“

Über die von Scheüch erwähnte Sitzung, an der neben Friedberg, Drews, Scheüch, Gröber, Erzberger, Lewald, Haeften und Deutelmoser noch Unterstaatssekretär v. d. Bussche, Generalmajor von Wisrib und Geh. Regierungsrat Jacobi teilnahmen, befindet sich eine maschinenschriftl. „Aufzeichnung“ vom gleichen Tage bei den Akten der Reichskanzlei 2460/1 (DZA Potsdam). Danach standen in dieser Besprechung zwei Fragen zur Debatte: „1. Die öffentliche Behandlung der deutschen Antwortnote auf die Rückfragen des Präsidenten Wilson; 2. die vertrauliche Unterrichtung der deutschen Zivil- und Militärbehörden über die Antwortnote und über die Erwägungen, die für deren Zustandekommen maßgebend waren.“ Zunächst wurde beschlossen, eine entsprechende vertrauliche Aufzeichnung an die Behörden zu versenden und daneben eine andere Fassung für die Presse herzustellen, „die, selbst wenn sie in unrechte Hände fiel, keinen erheblichen Schaden anrichten könne“.

Abschließend heißt es in der Aufzeichnung: „Es wurde beschlossen, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung morgen, den 13. 10. 1918, die eben erwähnten Rückfragen des Präsidenten Wilson und die deutsche Antwortnote darauf in Gegenüberstellung abdrucken solle. [Vgl. NAZ, 13. 10. 1918, Morgenausgabe.] Die übrige deutsche Presse soll gebeten werden, den Abdruck der beiden Dokumente in gleicher Weise vorzunehmen.“

Endlich wurde vereinbart, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung je ein Interview der Herren Staatssekretäre ohne Portefeuille über die deutsche Antwortnote veröffentlichen soll. Die Übermittlung dieser Interviews an die Norddeutsche Allgemeine Zeitung soll durch den Pressechef beim Reichskanzler stattfinden, der die Entwürfe vorher daraufhin durchzusehen habe, daß ihr Inhalt harmonisch abgestimmt ist. Der Pressechef wurde beauftragt, an den Entwürfen nötigenfalls im Einvernehmen mit deren Verfassern Änderungen herbeizuführen.“

<sup>19)</sup> Laut Konzept (s. Anm. 1) erklärte Scheüch weiter: „Über vorhergehende Vorgänge kann ich mich nicht verbindlich äußern.“

## 47.

## 12. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

47a: Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Sitzung der Interfraktionellen. 12. Okt. 1918.“<sup>2)</sup> Zum ersten Male zusammen mit den Nationalliberalen.“<sup>3)</sup>

List, Friedberg, Naumann, Dove, Gröber, Scheidemann, Haußmann, Erzberger, Ebert, David, Wiemer, Fischbeck, Junck, Herold, Stresemann, Südekum, Trimborn.

Fischbeck gibt Bericht über die Verhandlungen mit den Nationalliberalen, die sich auf den Boden des Programms gestellt haben. Brief Stresemanns.<sup>4)</sup> Die Herren sind eingeladen und werden willkommen geheißen.

Heutige Sitzung erforderlich, einmal um die Lage zu klären vor Zusammentritt der Fraktionen über Wilson-Note, evtl. auch über die Antwort.

Dann: Brief von Junck<sup>5)</sup> mit Vorschlägen in bezug auf weitere Umgestaltung der Reichsverfassung, Frage von Krieg und

47b: Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag.<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung am Samstag, den 12. Oktober vorm.“<sup>2)</sup>

Anwesend waren Vertreter sämtlicher Parteien. Vom Zentrum: die Staatssekretäre Gröber, Erzberger, Trimborn, Abg. Herold; von der Sozialdemokratie: Staatssekretär Scheidemann, Abg. Ebert und David sowie Südekum; von der Volkspartei: Handelsminister Fischbeck, Abg. Haußmann, Naumann und Wiemer, [ferner Dove]; von den Nationalliberalen: Vizepräsident Friedberg, Abg. List, Stresemann und Junck.

Vorsitzender Handelsminister Fischbeck begrüßt die erstmalig an den Verhandlungen teilnehmenden Nationalliberalen und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß ein harmonisches Zusammenarbeiten zum Wohle des Vaterlandes herbeigeführt werden könne.

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 247 ff.; dazu das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 147, das in den folgenden Anmerkungen nur zitiert wird, soweit es charakteristische Abweichungen gegenüber den ausführlichen Niederschriften Südekums und Erzbergers aufweist. Ferner Scheidemann, Zusammenbruch S. 181 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 208 ff.; Erzberger S. 312; Prinz Max S. 399; Payer S. 131. Vgl. auch „Frankfurter Zeitung“, 13. 10. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>2)</sup> Nach David, Kriegstagebuch, 12. 10. 1918, begann die Sitzung — über die er nur berichtet: „Mein Vorschlag: Rettung für heute“ — um 11 Uhr.

<sup>3)</sup> Bei Haußmann S. 247 heißt es, daß außer Junck, Stresemann und List „merkwürdigerweise auch der preußische Abgeordnete und Minister Dr. Friedberg“ an der Sitzung teilgenommen habe. Eine Eintragung im Tagebuch Stresemanns, Nachlaß Stresemann 201 (7353), lautet: „V[or]m[ittags] Interfraktionelle Besprechung. Sozialdemokraten fordern Kanzlerwechsel.“

<sup>4)</sup> Vom 4. 10. 1918 an Fischbeck; vgl. Nr. 20. Nach der „Vossischen Zeitung“, 10. 10. 1918, Abendausgabe, hatte der Vorstand der Nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg nach Darlegungen Stresemanns seine „Zustimmung zu den Maßnahmen der Reichstagsfraktion, insbesondere auch zu dem Beitritt zu der Reichstagsmehrheit“ erteilt.

<sup>5)</sup> Nicht überliefert.

Frieden. Hängt zusammen mit Völkerbundsprogramm.

Endlich Aussprache über den Brief des Prinzen Max von Baden<sup>6)</sup>, veröffentlicht im Journal de Genève. Prinz Hohenlohe hat eine öffentliche Erklärung losgelassen<sup>7)</sup>, um zu protestieren gegen die Veröffentlichung eines gestohlenen Briefes. Der Brief ist echt.

**Scheidemann:** Zunächst die Briefaffäre zu erledigen. Das ist das Wichtigste. Allergrößte Tragweite. Gestern morgen<sup>8)</sup> hat Reichskanzler Gröber, Erzberger und mich [zu sich], um uns zu erklären, was der Brief enthalten habe. Er will gleich darauf hinweisen, daß seine damalige Stellung ehrlicher Überzeugung entsprungen sei, jetzt habe er eine andere Meinung. Gröber und Erzberger haben gesagt, daß sie zunächst weiter keine Konsequenzen ziehen würden. Erzberger erzählte dann, daß der Prinz damals schon die Anschauungen vertreten hätte wie jetzt. Er wandte sich dann an mich und ich habe erklärt, daß ich keine Stellung genommen, weil Brief nicht bekannt. Gestern mittag wurde mir mitgeteilt, daß der deutschen Presse der Abdruck des Briefes verboten ist, während er im Ausland bereits bekannt ist. Im Kabinett wurde uns auch nichts mitgeteilt. Es wurde mir mitgeteilt, daß der Brief, wenn er in Amerika bekannt würde, eine Katastrophe bedeute, da Wilson sicher zu verhandeln ablehnen würde. Prinz kam nicht ins Kabinett.<sup>9)</sup>

Im größeren Kreis habe ich dann die Sache noch nicht angeschnitten; aber habe ihm mitgeteilt, daß die Sache klaggestellt werden müsse. Zunächst unter vier Augen. Dazu aber Gröber, Erzberger, Wahnschaffe und Deutelmoser.<sup>10)</sup>

**Staatssekretär Scheidemann:** In der ausländischen Presse sei vor mehreren Tagen ein Brief des Prinzen Max von Baden vom 12. Januar 1918, gerichtet an den Prinzen Alexander von Hohenlohe in der Schweiz, veröffentlicht worden<sup>6)</sup>, ein Brief, dem die größte Tragweite beizumessen sei. Der Brief dürfe in Deutschland nicht veröffentlicht werden; derselbe stelle eine Katastrophe für Deutschlands Politik dar. Staatssekretär Scheidemann verliest den Brief, in welchem sich scharfe Wendungen gegen die bestehende Demokratie und Parlamentarismus finden und dann der Satz: daß die Friedenszielresolution des Reichstages ein Produkt der Hundstage und der Schwäche sei; Deutschland müsse die Kriegslage restlos ausnützen und sich Vergütungen aller Art sichern, da es sonst die Kriegslast nicht tragen könne.

Dieser Brief, der zuerst im Journal de Genève veröffentlicht wurde, sei Präsident Wilson, Lloyd George und Clemenceau bereits bekannt und man dürfe als sicheres Resultat bereits jetzt annehmen, daß Wilson mit Prinz Max von Baden nicht verhandeln werde. Er (Staatssekretär Scheidemann) habe gestern in Anwesenheit der Staatssekretäre Gröber und Erzberger mit dem Prinzen Max von Baden offen darüber gesprochen<sup>8)</sup> und der Prinz habe erklärt, er sei bereit zurückzutreten, wenn er das Vertrauen der Mehrheitsparteien

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 44 Anm. 2.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 44 Anm. 3.

<sup>8)</sup> Im Anschluß an die Sitzung des Kriegskabinetts (vgl. Nr. 42); dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 181; Scheidemann, Memoiren II S. 207 f.

<sup>9)</sup> Es ist unklar, worauf Scheidemann anspielt, da der Reichskanzler an den beiden Kabinettsitzungen des 11. 10. (vgl. Nr. 42 und 45) und an der Vormittagssitzung am 12. 10. (vgl. Nr. 46) teilgenommen hatte.

<sup>10)</sup> Im Or. folgt: „waren dabei“ (Fehlkonstruktion).

Ich verlangte Kenntnisnahme. Deutelmoser legte ihn vor.<sup>11)</sup>

Scheidemann liest nun den Brief vor, nach einem Telegramm von Romberg aus der Berner „Freien Presse“.<sup>6)</sup>

Als der Brief vorgelesen war, standen wir alle ziemlich bedrückt da. Ich sagte gleich, daß der Brief furchtbar sei, daß die Folgen nicht abzusehen seien. Er müsse sofort abgedruckt werden, denn sonst sei es noch viel schlimmer. Wir haben uns ausgesprochen über den Brief. Die beiden anderen Herren<sup>14)</sup> haben ihn weniger scharf beurteilt als ich. Der Prinz war sofort bereit zurückzutreten. Ich wollte erst Rücksprache nehmen mit meinen Freunden. Ich stand nicht für mich allein da; ich stehe für Millionen von Arbeitern, und es würde gar nichts der Regierung nützen, wenn die Arbeiter beiseite treten, aber ich bleibe.

Die Frage des Abdrucks. Er fragte: Kann ich bleiben, wenn der Brief abgedruckt wird? Meine Freunde sind ganz einmütig der Meinung, daß wir nicht im Kabinett bleiben können, an dessen Spitze dieser Mann steht. Was steht in dem Brief und was hat er gesagt!! Der Brief steht im Gegensatz zu seiner Reichstagsrede.<sup>15)</sup> Den Mann habe ich in den paar Tagen geradezu liebgewonnen.<sup>13)</sup> Seine Art und seine Anregungen nach der demokratischen Richtung hin haben mir gesagt, daß er ein verständiger Mensch ist. Bevor er den

nicht mehr habe. Gestern habe er (Scheidemann) keine Antwort darauf geben können. Er habe sich inzwischen mit seinen Parteifreunden und dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt.<sup>12)</sup> Seine Freunde seien nach gründlicher Beratung einmütig zu der Auffassung gelangt, daß sie nicht in einem Kabinett bleiben könnten, in welchem Prinz Max von Baden an der Spitze stehe. Das sei keine Animosität gegen den Prinzen, denn er persönlich habe diesen in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit recht liebgewonnen.<sup>13)</sup> Der Prinz sei ein recht verständiger Mensch. Da der Brief aber deutlich zeige, daß der Prinz im Innern eine ganz andere Gesinnung habe, als er sie nach außen in seinen Reden und in seiner letzten Kundgebung im Reichstage<sup>15)</sup> geoffenbart habe, so werde Präsident Wilson bestimmt ablehnen, mit Prinz Max von Baden zu verhandeln. Wenn der Prinz als Reichskanzler bleibe, so werde nur unnötig Zeit verloren, und das könne vom militärischen Standpunkt aus recht bedenklich sein. Angesichts dieser Sachlage hätten er und Staatssekretär Bauer einen Brief an den Herrn Vizekanzler von Payer aufgesetzt<sup>16)</sup> mit dem Wunsch, Prinz Max von Baden möge zurücktreten, dann würden die Sozialdemokraten im Kabinett bleiben. Bis nachmittags spätestens 4 Uhr müsse ein neuer Reichskanzler da sein und dann könne die Note heute abend abgehen. Der Friede sei aber undenkbar, wenn

<sup>11)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 181: „Er [Prinz Max] war dazu [gemeint: zu der von Scheidemann gewünschten Unterredung] bereit und wollte mich zunächst unter vier Augen sprechen, zog dann aber gern, wie er sagte, auch gleich die Staatssekretäre Erzberger und Gröber hinzu sowie Unterstaatssekretär Wahnschaffe und Direktor Deutelmoser.“ Ebenso Scheidemann, Memoiren II S. 207 f.

<sup>12)</sup> Vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 12. 10. 1918: „ $\frac{3}{4}$ 9 Uhr: Fraktions- und Parteivorstand: Prinzenbrief.“ — Scheidemann, Zusammenbruch S. 181, spricht irrtümlich von einer „Fraktionssitzung“, die der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vorangegangen sei; ebenso Scheidemann, Memoiren II S. 208.

<sup>13)</sup> Damit korrespondiert die frühere Eintragung bei David, Kriegstagebuch, 9./10. 10. 1918: „Scheidemann [...] lobt den Prinzen sehr.“

<sup>14)</sup> Erzberger und Gröber; vgl. auch Anm 11. Bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 181, heißt es, Erzberger und Gröber hätten sich in der Unterredung mit dem Prinzen „sehr passiv“ verhalten.

<sup>15)</sup> Bezieht sich auf die Regierungserklärung vom 5. 10. 1918.

<sup>16)</sup> Abgedruckt bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 182 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 209 f.

Brief geschrieben hat, hat er die Rede gehalten. Dann kommt genau das Gegenteil der Rede. 21. Dezember die Rede.<sup>13)</sup> 12. Januar der Brief.<sup>6)</sup> Dann die Reichstagsrede.<sup>15)</sup> Wir stehen vor einer furchtbaren Lage. Wir müssen ganz offen reden. Unsere militärische Lage ist verzweifelt. Die Note muß heute weg. Wenn sie mit der Unterschrift des Prinzen geht, dann hat Wilson Zeit, um den Durchbruch zu forcieren. Die Note hat nur Sinn, wenn sie diese Nacht weggeht mit der Unterschrift eines anderen Reichskanzlers. Der Mann kann nicht an der Spitze des Reichs bleiben.

Wir wollen nichts tun, ohne uns mit Ihnen verständigt zu haben. Unsere Freunde stehen alle auf demselben Standpunkt. Die Sozialdemokratie hat einen Brief geschrieben.<sup>16)</sup> (Wir wollen die Mehrheit zusammenhalten, um das Land zu retten.) An Payer: „Nicht möglich, dem Kabinett fernerhin anzugehören, wenn Prinz bleibt.“ Unterschrieben von Scheidemann und Bauer. (Die einzigen, die heute schon im Amt sind.) Uns scheint eine Möglichkeit gegeben zu sein: bis 2 [Uhr] ist Prinz zurückgetreten, bis 4 neuer Kanzler. Dann mit neuer Unterschrift die Note ab.<sup>17)</sup>

**Gröber:** Zum Tatsächlichen zu bemerken ist, daß Verbot der Zensur nicht erfolgt; es ist nur der Wunsch ausgesprochen, daß sie<sup>19)</sup> nichts bringen möchten. Im übrigen sind die Mitteilungen von Scheidemann richtig. Die Echtheit des Briefes wird nicht bestritten. Er enthält eine Reihe von Äußerungen, die unangenehm auffallen, das ist zuzugeben. Ich kann aber nicht die

Prinz Max von Baden Reichskanzler bleibt.<sup>17)</sup>

**Staatssekretär Gröber:** Der im Ausland veröffentlichte Brief sei zweifellos echt, auch im höchsten Grad unangenehm. Aber man möge nicht sofort die Demission des Prinzen Max von Baden fordern, da ja in dem Brief keine Amtshandlung vorliegt. Wenn man sämtliche Akte des Prinzen Max aneinanderreihet, so komme eine streng einheitliche Auffassung heraus

<sup>17)</sup> Vgl. Haußmann S. 248: „Scheidemann verliert zunächst den Brief von Prinz Max an Hohenlohe und dann einen Brief an Payer, unterschrieben von ihm und Bauer, in welchem beide demissionieren mit den Einleitungsworten: ‚Seine Großherzogliche Hoheit ist durch den Brief derart kompromittiert‘ [...]

Der Brief ist noch nicht abgegangen. Er führte aus: ‚Wir sind in einer furchtbaren Lage. Ich kann nicht leugnen, daß ich den Prinzen Max in den wenigen Tagen lieb gewonnen habe. Er hat auch eine Reihe von Reformen und Reformgedanken nicht nur akzeptiert und vollzogen, sondern in der Regierung geradezu die Initiative ergriffen. Aber trotz alledem, es ist undenkbar, ihn zu belassen; Wilson verhandelt nicht mit dem Prinzen Max, und die militärische Lage ist einfach verzweifelt.‘“

<sup>13)</sup> Bezieht sich auf die Rede des Prinzen Max am 14. (nicht 21.) 12. 1917 zur Eröffnung der 1. badischen Kammer. Im Wortlaut abgedruckt bei Prinz Max S. 169 ff.

<sup>19)</sup> Die Zeitungen.

Auffassung teilen, daß die Sachlage eine derartige wäre, daß man Demission verlangen müßte. Anders wäre es, wenn seit der Übernahme seines Amtes etwas vorgekommen wäre, was etwas anderes bedeuten würde. Es handelt sich um eine private Meinung des Autors, die zusammen genommen werden muß mit seinen übrigen Äußerungen aus jener Zeit. Seine Reden sind uns in ihren Einzelheiten nicht in der Erinnerung. Aber der Wortlaut wäre ja festzustellen. Man muß sich vor allem klarmachen, in welchem Zusammenhang der Brief geschrieben ist. Die Reden von Prinz Max geben nicht bloß keinen Anlaß, seine Stellungnahme zu bekämpfen. Ich halte daran fest, daß seine letzten Erklärungen die wirkliche Auffassung des Prinzen Max wiedergeben. Seine öffentlichen Reden sind in sich durchaus harmonisch; sie enthalten keinen Widerspruch in sich. Er hat eine sehr ideale Auffassung des Lebens und der politischen Aufgaben.

Der Brief: Zunächst muß man sich darüber klarwerden, wogegen er sich wendet. Zunächst gegen die westliche Demokratie. Da gebraucht er Ausdrücke, die wir nicht angenehm empfinden. Aber damit wendet er sich noch nicht gegen die Demokratie als solche und gegen den Parlamentarismus. Für den deutschen Parlamentarismus hat er wirklich etwas getan.

Ausfälle gegen die Friedensresolution: Darüber hat er in der Besprechung gesagt, daß er damals in der Rede vorher<sup>18)</sup> und auch in Äußerungen gegenüber anderen Personen gezeigt habe, daß er ganz auf dem Standpunkt steht, auf dem er heute noch steht. Er hat die Resolution nicht für opportun angesehen und hat die Form getadelt. Nach meiner Überzeugung hat er sich nicht gegen die Friedensfrage als solche ausgesprochen. Kein Widerspruch zu jetziger Stellungnahme. Die Besorgnis der Sozialdemokratie ist doch wohl übertrieben und geht viel zu weit. Daß es unangenehm ist, gebe ich zu.

Welche politische Wirkung wird es haben, wenn die Herren aus dem Kabinett austreten, oder wenn verlangt wird, daß

mit einem einzigen Seitensprung: diesem Brief. Der Rücktritt des Prinzen im jetzigen Augenblick müßte eine schwere Schädigung des Vaterlandes im Gefolge haben.

Prinz Max gehen soll? Die Herren sagen, daß bis nachmittags 4 Uhr ein neuer Reichskanzler geschaffen werden solle, der seine Unterschrift hergeben soll. So einfach ist das nicht. Das macht im Auslande peinlichstes Aufsehen. So kann man im Handumdrehen die Sache nicht machen. Zu so weitgehenden Folgerungen scheint mir kein Anlaß vorzuliegen. Wir haben keinen Anlaß, dem Reichskanzler das Vertrauen zu kündigen. Weil ich der Überzeugung bin, daß die größte Schädigung für die vaterländischen Interessen eintritt. Auch Scheidemann geht von der Voraussetzung aus, daß die Note sachlich notwendig ist. Sobald sie abgegangen ist, wird sie veröffentlicht. In der Sache selbst besteht keine Differenz. Auch nicht in der Auffassung, daß sie heute noch abgehen muß, damit nicht an der Westfront ein Unglück passiert. In dieser Lage einen Wechsel im Reichskanzleramt zu verlangen, geht über alles Maß hinaus. Ich muß mich deshalb auf das ernsteste dagegen wehren, daß ein solcher Weg beschritten wird.

**Erzberger:** Furchtbare Lage. Darin unterschreibe ich Scheidemann. Aber Konsequenzen sollten Sie nicht ziehen. Ein Kanzlerwechsel im jetzigen Augenblick oder Austritt der Sozialdemokraten bedeutet den Ruin unseres Vaterlandes. Die militärische Lage ist nach der Auffassung sämtlicher Armeeführer des Westens, daß wir jeden Tag ernstlich mit dem Durchbruch rechnen müssen. Es hängt an einem Faden. Die Armee braucht Ruhe. Wenn in einem solchen Augenblick ein Friedensschritt begonnen wird und wenn da ein Wechsel eintritt, welche Folgen nach innen und nach außen? Das Volk hat schon den jetzigen Schritt nicht verstanden. Den jetzigen Wechsel versteht man nicht, weil das Volk nicht aufgeklärt ist. Das wird man im Auslande ansehen als Anfang einer Revolution, und dann wird Wilson hinhalten.

**Staatssekretär Erzberger:** Der Brief sei im höchsten Grad bedauerlich und könne tatsächlich die Wirkung haben, daß die mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg eingeleitete Friedensaktion vollständig scheitere. Unter keinen Umständen aber dürften die Sozialdemokraten aus dem Kabinett austreten. Dann sei jede Aussicht auf einen Frieden überhaupt hinfällig und die innere Katastrophe unabwendbar. Auf der anderen Seite sei ein Frieden ebenfalls schwer möglich, wenn Prinz Max von Baden jetzt abgehe. Man wisse nicht, wer komme. Es sei daher notwendig, eine Aussprache mit dem Reichskanzler herbeizuführen, um zu sehen, ob nicht durch Austausch von Erklärungen eine Verständigung herbeigeführt werden könne. Die Sachlage sei ungemein ernst und in Übereilung dürften keine Entschlüsse gefaßt werden.<sup>20)</sup>

<sup>20)</sup> Vgl. Haußmann S. 248: „*Erzberger:* Es ist eine furchtbare Situation. Ich bitte Sie, die Konsequenzen nicht zu ziehen. Alle Armeeführer sind gehört. Es hängt an einem Faden, die Armee braucht Ruhe. Viele Fortschritte sind ohne Prinz Max nicht möglich.“

Der Brief ist für die Sozialdemokratie nicht schlimmer als für uns alle. Die Bedeutung eines solchen Briefes darf man auch nicht überschätzen. Es ist ein äußerst geschickter Ball, der uns durcheinander bringen soll. Scheidemann fürchtet, daß der Brief absolut zum Scheitern der Friedensverhandlungen führen müsse. Aber Kanzlerwechsel? Führt noch viel sicherer dazu!

Das Übel läßt sich verringern. Man soll das Unangenehme aus der Welt schaffen. Offen und ehrlich publizieren. Gar keine Geheimniskrämerei; am Schluß einige Sätze hinzufügen. Darin muß der Prinz zeigen, daß er im allgemeinen eine gerade Linie eingehalten hat. Wer hat nicht einmal während des Krieges geschwankt? Im allgemeinen hat der Prinz mindestens seit Anfang 1917 eine gerade Linie eingehalten. Trat für gleiches Wahlrecht ein, hat dieselbe Politik betrieben wie heute. Wenn der Brief veröffentlicht wird, was wird dann noch an Aufsehen erregt? Wenn Wilson den Frieden will, dann kann er auf Grund der Note weiterarbeiten. Wenn er es nicht will, dann wird er den Brief benutzen als Vorwand, um in Deutschland Verwirrung zu stiften.

Im jetzigen Augenblick erschwert uns Kanzlerwechsel oder Austritt der Sozialdemokratie die innerpolitische Wandlung außerordentlich. Ohne den Prinzen hätten wir nicht so viel in der inneren Politik erreicht. Z. B. in der Frage der Begnadigung von Liebknecht und Dittmann. In der Frage der Umgestaltung der Reichsverfassung. Er hat eine ganze Reihe von Reformen durchgebogen. Wir bringen viel durch, weil der Prinz mit dem Kaiser gut arbeiten kann. Man muß auch mit der Gegenseite rechnen. Er hat den festen und ehrlichen Willen, das Programm<sup>21)</sup> durchzuführen. Seine private Äußerung von früher kann man nicht als Maßstab dessen anlegen, daß man sagt, er sei unfähig, den Frieden zu schließen. Wo ist ein Mann, der Reichskanzler werden könnte? Darum: Aussprache mit

<sup>21)</sup> Der Mehrheitsparteien.

dem Prinzen, aber kein Grund, Vertrauen zu entziehen und Krise herbeizuführen, die von unabsehbarer Tragweite wäre. Das halte ich für ganz unmöglich! Bitte herzlich und dringlich, wie man die unangenehme Geschichtemöglichst schnell beseitigen kann.<sup>20)</sup>

**Ebert:** Es scheint ein furchtbares Geschick über unserem Lande zu walten. Ich bedauere, daß unsere Gründe nicht ohne weiteres als zutreffend gelten. Das erste Erfordernis für Deutschland ist eine Regierung, die vor aller Welt laut und deutlich zum Ausdruck bringt, daß sie eine ehrliche und geradlinige Politik treiben will. Das ist völlig vernichtet! Gröber und Erzberger sind darauf gar nicht eingegangen. Im Dezember 1917 hat er seine Rede gehalten<sup>18)</sup>, im Januar den Brief [geschrieben]. Wenn ich nach öffentlichen Äußerungen im Privaten mich anders erkläre, da gilt das Zweite. Dazu kommt seine neue Rede: Darin sagt er, er habe immer dieselbe Linie innegehalten! Seine Bemerkungen über die Reichstagsresolution sind der reine Hohn. Angst, Hundstagserrregung. Jeder weiß, daß das falsch war! Er höhnt über die Resolution.<sup>23)</sup> Er will auch die Kriegslage soweit wie möglich ausnützen. Stellt sich sachlich in Gegensatz zur Resolution. Damit ist der Mann gerichtet, damit ist unsere Politik gerichtet.

Am Mittwoch<sup>22)</sup> müßten wir uns hinter die Regierung stellen! Da spielen die Polen und die Unabhängigen den Brief gegen den Mann aus. Glauben Sie wirklich, daß das glückt? Wenn aus dem Reichstag heraus der ganzen Welt gesagt wird, daß der Friedensschritt wieder Komödie ist, was kommt dann?

Über die Stimmung jetzt mögen verschiedene Auffassungen bestehen. Ich bin

Abgeordneter **Ebert:** Durch den Brief ist der Kredit der neuen Regierung im In- und Ausland vernichtet, denn der Prinz Max von Baden höhnt direkt über die Reichstagsresolution; heute erklärt er sie als Grundlage seines Programms. Prinz Max von Baden ist und bleibt für alle Zeiten gerichtet. Man denke nur daran, mit welchem Behagen am nächsten Mittwoch<sup>22)</sup> die unabhängigen Sozialdemokraten in der Debatte im Reichstag diese Sache verlesen werden; Prinz Max von Baden kann den Frieden nicht bringen. Es ist geradezu entsetzlich, daß uns dies passieren mußte; denn seit der Bildung der neuen Regierung ist die Stimmung gut, ja ausgezeichnet. Die Berliner Arbeiter haben durch ihre Vertrauensmänner erklären lassen, daß sie absolut Ruhe halten und auch zu neuen Opfern für das Vaterland bereit sind. Wenn die Arbeiter von diesem Brief Kenntnis erhalten, so verliert die Regierung ihren ganzen Einfluß. Was soll dann geschehen? Die Welt muß sehen, daß Deutschland ehrlich ist; darum muß der Reichskanzler zurücktreten.<sup>24)</sup>

<sup>22)</sup> 16. 10. 1918. — Der Reichstag trat jedoch erst am 22. 10. wieder zu einer Plenarsitzung zusammen.

<sup>23)</sup> Friedensresolution des Reichstags.

<sup>24)</sup> Vgl. Haußmann S. 248: „Ebert erklärt, die ‚Gradlinigkeit sei völlig vernichtet‘, und bestätigt Scheidemanns Mitteilung: alle unsere Instanzen sind einmütig, daß wir unmöglich in einem Kabinet des Prinzen Max bleiben können. Wir müssen bis ein Uhr einen neuen Kanzler haben, der dann heute abend die Note ablassen kann.“

der Überzeugung und stütze mich dabei auf Erfahrung: Wir haben eine glänzende Stimmung im Lande. Wir werden Ruhe halten und werden den Frieden vernünftig bergen können. Wenn aber das in die Arbeiter hineingeschrien wird, dann ist unser ganzer Einfluß verloren. Das können wir nicht machen. Keine Pression, kein Druck. Wir bringen ein schweres Opfer, aber müssen die Möglichkeit des Erfolges vor uns sehen. Es ist das größte Unglück für unser Land. Der Prinz muß gehen. Er muß sagen, daß der Brief dem Lande zur Gefahr werden kann und den Frieden gefährden kann. Wo alles auf dem Spiele steht, warum soll es nicht möglich sein, die Frage in ein paar Stunden zu lösen? Wenn es das Land verlangt, muß es gemacht werden.<sup>23)</sup>

**Dove:** In der Beurteilung des Briefes stimme ich mit den Herren überein. Mir ist fraglich, ob der Schritt geeignet ist, etwas zu bessern? Erst ist die sachliche Unmöglichkeit in der Tat in Erwägung zu ziehen, so schnell einen anderen Kanzler zu finden. Wer wird sich bereitfinden? Was riskiert er denn? Er riskiert, daß er auch im Auslande kein Vertrauen findet. Mit dem Wechsel ist die Zuverlässigkeit noch nicht bewiesen. Dieser Eindruck wird noch erhöht, wenn die Sozialdemokratie zurücktritt. Daran wird meines Erachtens nichts gebessert durch den Rücktritt. Es bleibt nichts übrig, als daß man die Mittwochverhandlung abwartet. Dann muß er vielleicht zurücktreten. Nur nicht bis heute abend und vor Absendung der Note. Deshalb das Opfer bringen, weiter mitarbeiten und sehen, was da kommt.<sup>25)</sup>

**Stresemann:** Ob der Prinz nach diesem Brief bleiben kann, ist mir zweifelhaft. Aber kann er Note noch unterzeichnen? Ist dieser Brief zu reparieren? Nicht durch einige Zeilen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Er muß sofort mit einer öffentlichen Erklärung hervortreten. Darin kann er auch hinweisen darauf, in

**Vizepräsident Dove:** Ein Reichskanzlerwechsel ist im jetzigen Augenblick eine sachliche Unmöglichkeit. Damit komme man aus der Sache nicht heraus. Man muß einfach eine Aussprache mit dem Prinzen Max von Baden herbeiführen.<sup>25)</sup>

**Abgeordneter Stresemann:** Ob der Prinz Max von Baden bleiben kann, ist mir im höchsten Grade zweifelhaft. Gewiß müsse der Prinz selbst Stellung nehmen und seine Arbeiten schildern. Der Brief muß sofort veröffentlicht werden. Bis zum nächsten Mittwoch sollte man Ruhe halten. Die Sozialdemokraten müssen im Kabinett

<sup>25)</sup> Vgl. Haußmann S. 248: „Dove stellt auf die Wirkungen im Ausland ab, die den Wechsel verbieten, ebenso Stresemann.“

welcher Weise er für politische Reformen in diesen Tagen eingetreten ist. Dann ist wenigstens für die nächsten Tage Zeit gewonnen. Wenn wir das machen, was die Sozialdemokratie vorschlug, bis heute nachmittag Kanzlerwechsel vorzunehmen, dann ist der Eindruck vielleicht schlechter. Man nimmt an, daß der Brief den Mitgliedern des Kabinetts bekannt gewesen sei. Der Brief muß veröffentlicht werden. Die meisten von uns haben ihn noch gar nicht gekannt. Wenn veröffentlicht wird, wenn der Prinz preisgibt, was nicht haltbar ist, dann geht die Sache vielleicht bis Mittwoch zu halten. Heute können wir vielleicht keinen Menschen mehr finden. Wir können uns wenigstens in Ruhe überlegen, was geschehen soll. Bis dahin muß die Sozialdemokratie im Kabinett bleiben. Da dürfen Sie nicht sofort herausgehen. Es ist mir zweifelhaft, ob der Prinz zu halten ist, aber nicht heute den entscheidenden Schritt tun.<sup>25)</sup>

**Haußmann:** Urteil über den Brief steht fest. Stimme auch überein, daß der Entschluß, die Abdankung bis 1 Uhr zu erzwingen, praktisch unmöglich ist. Bis Abend kann auch kein Kanzler gefunden werden. Payer wird nicht annehmen und weiß dann nicht, mit wem so rasch verhandelt werden könnte. Payer ist übrigens in der letzten Debatte<sup>27)</sup> als unzuverlässig bezeichnet worden wegen seiner Äußerung über den Ostfrieden. Im Ausland würde also Payer auch nicht wirken.

Der Brief der Sozialdemokratie<sup>16)</sup> wäre so vorschnell wie der Brief des Prinzen Max. Es muß aber ein Novum geschaffen werden. Das kann auch geschehen. Der Prinz muß seine Eingaben an Kaiser, Hertling und OHL während des ganzen

bleiben; jetzt wäre ein Wechsel ausgeschlossen.<sup>25)</sup>

Abgeordneter **Haußmann** verurteilt den Brief, aber der Rücktritt des Prinzen sei jetzt unmöglich. Prinz Max von Baden müsse diesen Brief selbst desavouieren und darlegen, daß er eine gradlinige Politik getrieben hat. Durch eine Besprechung mit Max von Baden wird das erreicht.<sup>26)</sup>

<sup>26)</sup> Vgl. Haußmann S. 248 f.: „Ich spreche gegen die Aufbauschung einer einzelnen Entgleisung, die wir nicht kühl, aber auch nicht hitzig betrachten dürfen. Der Brief an Alexander Hohenlohe ist ebenso vorschnell wie der sozialdemokratische Entschluß, der unseren Aufmarsch sprengt. Wir müssen alle gemeinsam Prinz Max hören, ob wir nach dem, was er uns sagt und bereits getan hat, persönliches Vertrauen zu ihm haben. Wir werden bis ein Uhr keinen neuen Kanzler haben, denn es ist schon jetzt fünf Minuten vor ein Uhr.“ Dazu Anm. 28.

Vgl. ferner Scheidemann, Zusammenbruch S. 182 (ähnlich Scheidemann, Memoiren II S. 209): „Am meisten hat mir der Abgeordnete *Haußmann* leid getan, den ich als aufrichtigen Freund des Prinzen kennengelernt hatte und der nun über den Brief ganz unglücklich war.“

<sup>27)</sup> Am 1. 10. 1918; vgl. Nr. 1a.b. (Anm. 6).

Krieges bekanntgeben. In der U-Boot-Sache, in der Aufforderung, die Offensive nicht zu unternehmen usw. Diese Akte liegen im Schrank. Darin ist die Möglichkeit gegeben, den Eindruck des Briefes zu dämpfen.

Der Brief diene dem Zwecke, sich nicht von Alexander von Hohenlohe als Pazifist gebrauchen zu lassen. In seiner Tendenz ist der Brief eigentlich anständig und gradlinig. Aber in den Einzelheiten salopp. Gerade in bezug auf Belgien hat er mit der größten Bestimmtheit verlangt/

Der Prinz ladet die Herren auf 2 Uhr ins Palais ein.

Die Herren müssen auf Grund eines neuen Tatbestandes ein neues Urteil finden. Das persönliche Vertrauen muß wieder hergestellt werden. Wenn das nicht gelingt, dann entsteht die Frage, ob er die Note noch unterzeichnen kann oder nicht. Wenn es ihm gelingt, den Herren eine andere Meinung beizubringen, dann liegt etwas vor, was auch auf die Sozialdemokratien den stärksten Eindruck machen muß.<sup>25)</sup> Wie wird es in Deutschland aufgenommen werden, wenn diese Rechtfertigungen, die bekanntwerden, nicht wirken durften, weil der Entschluß zu rasch gefaßt wurde? Es entsteht ein furchtbarer Wirrwarr! Wir müssen so vorgehen: Der Prinz muß vorgeladen werden, und dann erst sollen die Herren ihren endgültigen Beschluß fassen.<sup>26)</sup>

**David:** Die sofortige Veröffentlichung des Briefes mit Erklärungen würde die Sache für die nächste Reichstagssitzung etwas weniger gefährlich machen. Aber die größte Gefahr ist, daß die, die drüben keinen Frieden haben wollen, Lloyd George usw., die unsere Lage genau kennen, den Waffenstillstand ablehnen mit dem Vorwand, daß dieser Mann kein Vertrauen verdiene. Wir dürfen die Tatsache nicht als Vorwand für das Scheitern des Friedens dastehen lassen. Was folgt, wenn wir militärisch zusammenbrechen

**Abgeordneter David:** Die Entente hat jetzt den besten Vorwand in den Händen, wenn sie nicht verhandeln wird. Wir alle hier aber sind verantwortlich für das Scheitern der Friedensaktion. Wenn unser Kabinett verkracht, was kommt dann? Eile ist geboten. Darum schlage er vor, die Note an Präsident Wilson solle nicht Max von Baden unterzeichnen, sondern Exzellenz Solf. Prinz Max von Baden solle noch heute erklären, daß er bereit sei, zurückzutreten, wenn sein Verbleiben im Amt ein Hindernis zur Herbeiführung des

<sup>25)</sup> In Haußmanns maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript (s. Anm. 1) heißt es u. a.: „Durchbruch der parlamentarischen Front. Note an Wilson[:] Solf. [...] Sie sprengen unseren Aufmarsch. Es müssen neue Tatsachen bekannt werden, die das Bild herstellen. Warten Sie ab und hören Sie ihn. Wir kommen jetzt rascher weiter in der Demokratie.“

und keinen Frieden bekommen — das ist nicht auszudenken. Wie der Brief dann ausgebeutet wird von denen, die die Revolution haben wollen, ist nicht auszudenken. Dieser Schlag ist der Gipfel alles dessen, was man sich vorstellen kann.

Kann die Note nicht von Solf in Vertretung gezeichnet werden? Daß zugleich die Note in der Zeitung steht. Daß zugleich die Rechtfertigung des Prinzen kommt, worin er erklärt, daß er kein Hindernis sein wolle für den Frieden. Er bietet seinen Rücktritt an. Die Sache ist dann so gestellt, daß die Entente das nicht mehr als Vorwand gebrauchen kann. Sollte die Entente daran gar keinen Anstoß nehmen, dann liegt die Sache ganz anders. Aber es ist dann nicht möglich, den Brief als Vorwand zu gebrauchen.

Bekommen wir den Frieden, dann sind wir aus der Schwierigkeit heraus. Es darf daran der Friede nicht scheitern. Deshalb darf Prinz Max die Sache nicht unterzeichnen. Er selbst soll kein Friedenshindernis sein. Das bietet ihm auch die Möglichkeit, seine Person zu rehabilitieren. Die anderen Akte, die veröffentlicht werden könnten, wären eine Unterstützung dieser Sache. Das ist auch nach außen ein gewisser Gewinn und Lichtpunkt. Wenn der Prinz seinen Rücktritt anbietet und geht, dann kann niemand mehr sagen, daß das nur Fassade und Schein sei. Der Verdacht wird gründlich ausgeräumt. Dann ist das Vorgehen des Parlamentes in dieser Lage eine große Garantie für den Systemwechsel.

Wir können nichts decken, der Prinz muß den Schritt in dieser Form vorgehen.<sup>29)</sup>

**Erzberger:** Davids Vorschlag geht.<sup>30)</sup> Es ist höchste Eile, da die Note jeden Augenblick abgehen kann.<sup>31)</sup>

Friedens sei. Dann habe die Entente keinen Vorwand mehr. Bekommen wir durch die jetzige Aktion den Frieden, dann kann Prinz Max von Baden im Amte bleiben. Durch diese Aktion könne der Prinz seine eigene Person auch rehabilitieren.<sup>29)</sup>

Staatssekretär **Erzberger** bittet, sich nunmehr zu dem Vorschlag des Abg. David<sup>30)</sup> zu äußern, da er um 1 Uhr wichtige Sitzung habe.<sup>31)</sup>

<sup>29)</sup> Vgl. Haußmann S. 249: „David: Solf muß unterzeichnen.“

<sup>30)</sup> Demgegenüber Erzberger S. 312: „Ich [!] schlug daher vor, daß die künftigen Noten an Wilson . . . durch . . . Solf unterzeichnet werden sollten; der Brief selbst solle sofort im Inland veröffentlicht werden.“

<sup>31)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) schließt sich folgender Passus an (zwischen den Äußerungen Erzbergers und Scheidemanns; Fischbeck ist nicht berücksichtigt): „Friedberg verliest die Antwortnote. ‚Sätze‘ statt Bedingungen — neuer Satz: Die d[eu]tsche Reichsregierung nimmt an / von OHL als Bedingung verlangt / ‚Dekorativer‘ Schluß.“ Dazu Nr. 45 Anm. 20 und Nr. 46.

**Fischbeck:** Ich habe gestern abend erst den Wortlaut gelesen. Vor einigen Tagen hielt ich die Veröffentlichung nicht für richtig. Jetzt aber damit heraus.

Ich bin auch der Überzeugung, daß das auf die Dauer nicht geht, mit dem Reichskanzler vor das Parlament zu kommen, um ihn da durch die Unabhängigen zerreißen zu lassen! Das geht nicht. Der Mann ist badischer Thronfolger. Ist er persönlich gelenk dazu, sich in einer solchen Debatte zu verteidigen?

Jetzt aber darf wegen des Drängens der OHL die Note nicht aufgehoben werden. Die Note muß weg. Davids Ausweg ist der beste. Dann in aller Ruhe überlegen, wie die Lage ist.

Immerhin würde ich auch gegenüber dem Auslande für richtig halten, daß veröffentlicht wird, daß hier etwas vor sich geht und daß der Prinz seine Stellung zur Verfügung stellt.

**Scheidemann:** Was David vorgeschlagen hat, ist annehmbar, soweit er die Unterzeichnung durch Payer oder Solf meint. Der Prinz kann aber nicht Reichskanzler bleiben. Der Prinz soll zurücktreten und soll erklären, warum er zurückgetreten ist. „Ich will kein Hindernis sein.“ Er darf nicht bleiben.

Die Schwierigkeit besteht nicht darin, daß der Prinz geht, sondern daß wir gehen. Das soll auch keine Pression sein. Für uns ist es absolut unmöglich. Wenn der Solf es macht und er reicht den Abschied ein, dann wollen wir zustimmen.

**Stresemann:** Noch eine Differenz zwischen David und Scheidemann: David will nur Amt zur Verfügung stellen; Scheidemann will sofortige Entlassung. Was David will, genügt.

Wir hatten den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß in der Räumungsfrage die Meinung der Heerführer eingeholt würde.<sup>32)</sup>

(**Friedberg:** Das ist geschehen.)

**Erzberger:** Die entscheidende Darlegung von Ludendorff war am Donnerstag-

**Handelsminister Fischbeck:** Auf die Dauer geht es wirklich nicht, daß Prinz Max von Baden im Amte bleibt, aber im Augenblick ist ein Wechsel unmöglich. Der Vorschlag des Abgeordneten David sei sehr bemerkenswert.

Staatssekretär **Scheidemann** stimmte dem Vorschlag David bei mit dem Bemerkten, daß Prinz Max von Baden nicht bleiben kann, keinen Tag länger.

Abgeordneter **Stresemann:** Prinz Max von Baden müsse heute noch sich mit den Parteien verständigen. Er darf kein Hindernis zur Herbeiführung des Friedens sein.

<sup>32)</sup> Vgl. Nr. 34 und 37.

abend.<sup>33)</sup> Schilderte noch düsterer. Auch Oberst Heye. Bei dieser Gelegenheit hat Ludendorff gesagt, es sei ihm mitgeteilt worden, daß die Reichsleitung, die ihm 9 Fragen<sup>34)</sup> vorgelegt habe, auch andere Heerführer zu hören wünsche: Kuhl, Loßberg und Graf Schulenburg (Generalstabschef) hätten vollkommene Übereinstimmung mit allen Schritten (Frieden und Räumung) erklärt.<sup>35)</sup>

Jede Partei solle das Protokoll erhalten.

**Friedberg:** Das Protokoll ist wohl nicht in nächster Zeit zu erwarten. Nur für die Zukunft. Was die Durchbruchsfrage betrifft, so hat Heye gesagt, an einem Tag hing es an einem Faden. Ludendorff sagte, wir könnten keine Garantie mehr übernehmen.<sup>36)</sup>

**Scheidemann:** Auf direkte Frage von Solf hat Ludendorff gesagt, daß er nicht mehr 2 Monate halten könne.<sup>37)</sup>

**Erzberger:** Die Armee braucht Ruhe. Wenn sie an der Grenze stünden, dann könnten sie die Grenze von Basel bis Holland halten.<sup>38)</sup>

Stresemann berührt die Urlaubsfrage.

**Erzberger:** Also Auffassung des Ausschusses:<sup>39)</sup> die Note durch Staatssekretär

Der interfraktionelle Ausschuß beschließt einstimmig, den Reichskanzler wissen zu lassen:<sup>39)</sup>

<sup>33)</sup> Richtig: Mittwochabend. — Vgl. das als Nr. 36 abgedruckte Protokoll der Besprechung vom 9. 10. 1918.

<sup>34)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 79 f.

<sup>35)</sup> Vgl. Haußmann S. 249: „*Erzberger* referiert aus der Kabinettsitzung auf Stresemanns und Naumanns Frage nach der Auffassung anderer Generale als Ludendorff: Oberst Heye hat namens der Obersten Heeresleitung die sofortige Herbeiführung einer Waffenruhe als höchstes Bedürfnis der erschöpften Armee verlangt und nachgewiesen. Ludendorff hat mitgeteilt, daß er andere Generale gehört, die vollständig zustimmen, und zwar Kuhl [richtig: Kuhl], Loßberg und Schulenburg. *Ich* führe an, daß Stegemann mir Ende August Kühl [sic!] und Loßberg auf meine Frage als die bedeutendsten deutschen Strategen bezeichnet hat.“

<sup>36)</sup> Vgl. Nr. 36.

<sup>37)</sup> Vgl. Haußmann S. 249: „*Scheidemann* teilt mit, daß auf die Frage Solfs, ob auf zwei Monate für die Front garantiert werden könne, Ludendorff geantwortet habe: „Nein!““

<sup>38)</sup> Vgl. a.a.O.: „*Erzberger:* Auch heute wurde Ruhe an der Front als unbedingtes Bedürfnis erklärt.“

<sup>39)</sup> Vgl. a.a.O.: „Man beschließt, Payer um Zusammenkunft mit dem Prinzen Max um fünf Uhr zu bitten, die Unterzeichnung der Note durch Solf als Bedingung der Sozialdemokraten zu bezeichnen, unter welcher sie den Demissionsbrief nicht abgehen lassen.“

Solf zu zeichnen. Ferner: möglichst bald Aussprache mit dem Prinzen.<sup>40)</sup>

1. Die Unterzeichnung der Note soll durch Staatssekretär Solf erfolgen und die Note alsbald abgehen. Staatssekretär Scheidemann stimmt der Note, wie sie heute vormittag beschlossen worden ist, zu.<sup>41)</sup>
2. Um 5 Uhr soll Besprechung bei Exzellenz von Payer stattfinden, in welcher Prinz Max von Baden die notwendigen Darlegungen gibt, um im Anschluß daran zu erklären, daß er bereit sei, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen.<sup>40)</sup>
3. Staatssekretär Erzberger wird ersucht, dies dem Reichskanzler mitzuteilen.<sup>42)</sup>

<sup>40)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“ (s. Anm. 1), Privattelegramm vom 12. 10.: Der Brief des Prinzen Max habe in der „Besprechung der Führer der Mehrheitsparteien des Reichstags den Hauptgegenstand der Beratung neben der Antwort an Wilson gebildet. Es steht zur Zeit noch nicht fest, ob zur Abschwächung der von den Friedensfeinden beabsichtigten Wirkung eine Erklärung über diesen Brief veröffentlicht werden wird, und die Meinungen über etwaige Folgen für unsere inneren Verhältnisse gehen noch auseinander.“

<sup>41)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) heißt es abschließend: „Scheidemann: Ich lasse den Brief [s. Anm. 16] vorerst nicht abgehen.“ Dazu auch das Schreiben Jäckhs vom 13. 10. 1918 an den württembergischen Ministerpräsidenten Frhr. von Weizsäcker: „Zur Kanzlerkrise Prinz Max: Kaum hatte ich am Samstag [12. 10.] abend nach der Unterhaltung mit Ihnen die Württembergische Gesandtschaft verlassen, da begegnete mir der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Südekum; er packte mich mit allen Zeichen der Erregung an beiden Schultern und schrie mich an: ‚Ist das nun Kismet? Da glaubt man endlich einmal einen ehrlichen Menschen, den Prinzen Max von Baden, als Kanzler zu haben, und schon ist es auch damit nichts!‘ Und er erklärt diese seine emphatische Frage dahin, daß die sozialdemokratische Partei mit dem Prinzen Max nach der Bekanntwerdung seines an den Prinzen Alexander von Hohenlohe gerichteten Briefs nicht zusammenarbeiten könne, und daß Scheidemann und Bauer entschlossen seien, aus dem Kabinett des Prinzen Max auszutreten. Für diesen Fall habe Prinz Max selbst seine Demission angeboten, und so sei an seinem Rücktritt nicht mehr zu zweifeln. Die Note an Wilson sei bereits nicht mehr von Prinz Max, sondern schon von Außenminister Dr. Solf gezeichnet, der auch der präsumtive Nachfolger sei.“ Vgl. Jäckh S. 435.

<sup>42)</sup> Vgl. Nr. 48.

## 48.

**12. 10. 1918: Besprechung des Reichskanzlers mit Payer, Erzberger, Roedern und Solf**

Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag. Überschrift: „12. 10. 18. 1 Uhr Besprechung mit Reichskanzler Prinz Max von Baden.“

Staatssekretär **Erzberger** referierte vor den noch anwesenden Staatssekretären Exz. Solf, Exz. v. Payer und Exz. Graf Roedern über den Verlauf der heutigen Sitzung.<sup>1)</sup> Dann erklärte sich **Prinz Max von Baden** damit einverstanden, daß Staatssekretär Solf die Note<sup>2)</sup> unterzeichne<sup>3)</sup>, da ja auch die Wilsonsche Note von Lansing unterzeichnet worden war.<sup>4)</sup> Auch ist er bereit, um 5 Uhr mit den Herren des Interfraktionellen Ausschusses zu sprechen.<sup>5)</sup>

Dann teilt ein später hinzugekommener Vertreter der Obersten Heeresleitung<sup>6)</sup> mit, er habe von General Ludendorff über den Vorfall mit dem Brief Mitteilung erhalten und von diesem den Auftrag erhalten, alle Staatssekretäre wissen zu lassen, die Oberste Heeresleitung wäre gegen einen Kanzlerwechsel im jetzigen Augenblick. Die Wirkung eines solchen Schrittes würde an der Front ungeheuer sein, weil die Soldaten glauben würden, daß im Innern alles drunter und drüber gehe. Es müsse ein Ausgleich zustande kommen. Er bitte Staatssekretär **Erzberger**, dies den Parlamentariern mitzuteilen.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 47. Payer war unmittelbar nach Ende der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses bereits von Haußmann informiert worden. Vgl. Haußmann S. 249: „Ich gehe ins Reichskanzleramt, treffe unter der Türe Payer, steige in sein Auto und referiere ihm. Er erklärt den Wechsel für verfehlt. Er selber würde, von allem anderen abgesehen, schon angesichts des diktatorischen Auftretens der Sozialdemokratie das Kanzleramt nicht annehmen können.“

<sup>2)</sup> Für den Wortlaut der von Solf unterzeichneten Antwortnote, die am 12. 10. um 14 Uhr 05 abging, vgl. Amtliche Urkunden S. 106.

<sup>3)</sup> Dazu auch Prinz Max S. 397.

<sup>4)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang eine weitere Aufzeichnung Erzbergers vom gleichen Tage (Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag), in der es heißt: „Gegen 4 Uhr rief Staatssekretär *Solf* bei Staatssekretär *Erzberger* an und teilte mit, daß Graf *Wolf Metternich*, der hier weile, einen guten Vorschlag habe. Prinz Max von Baden möge sich selbst telegraphisch mit Präsident *Wilson* noch heute in Verbindung setzen und eine volle Aufklärung über den Brief geben. Exz. *Solf* fragte, ob Staatssekretär *Erzberger* dies für gut halte und welcher Weg einzuschlagen wäre.

Staatssekretär *Erzberger* fand den Vorschlag für recht gut und empfahl, sich durch die Gesandtschaft im Haag mit dem amerikanischen Gesandten in Verbindung zu setzen, der ein objektiver Mann sei.

Der Vorschlag soll ausgeführt werden.“

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 51.

<sup>6)</sup> Vermutlich v. Haefen.

## 49.

## 12. 10. 1918: Abg. Haußmann an Reichskanzler Prinz Max von Baden

Nachlaß Prinz Max, eigenhändig.<sup>1)</sup>

G[roßherzogliche] Hoheit!

Die parlamentarische Stimmung ist fest auf dem richtigen Weg und die Sache wird würdig verlaufen<sup>2)</sup>, dank der Sympathie, die sich der neue Kanzler schon erworben hat.

Nun aber etwas Wichtiges und Dringendes:<sup>3)</sup>

Ich rege die sofortige<sup>4)</sup> Aufhebung des deutschen U-Bootkrieges an, vor<sup>4)</sup> der Antwort Wilsons.

Gründe:

Da wir laut OHL den Frieden haben müssen, wird die Aushungerungswaffe sicher nicht mehr den Gegner aushungern.

Freiwillig aufgehoben ist die Sache eine Tat von größter moralischer Wirkung in Amerika und England: Auch in Berlin wird die Bevölkerung innerlich jubeln und beflagen.

Die deutschen Friedensbedingungen werden unter das Gesetz der Generosität und des Vertrauens gestellt.

Der Haß wird entwurzelt. Das ist der größte Dienst für Deutschland und für den Kaiser. Der ungeheure Weltdruck auf Rücktritt wird zum großen Teil gebrochen.

Ich habe es wieder und wieder überlegt und werde aufs stärkste durch ein Gespräch mit einem Herrn, der in der Schweiz für das A.A. tätig, bestärkt. Ich weiß Großherzogl. Hoheit mit diesem Gedanken weitgehend einig.

Weiter: Oberbürgermeister Max und die zwei oder drei weiter verhafteten Brüssler sind sofort nach Eintreffen von Wilsons Rückäußerung, wenn nicht auch schon vorher, freizulassen, meine ich.

Wir dürfen keinen Tag länger Märtyrer züchten oder im Zorn steigern.

Der Zorn muß abgebaut werden. Das ist E[urer] G[roßherzoglichen] Hoheit Programm.

Ich wollte, Sie hätten so gut geschlafen wie ich, nach Beratungen bei Exzellenz Solf mit Erzberger und Hahn — die zuerst gegen einander gestiegen sind.

Ihr aufrichtiger  
Conrad Haußmann.

<sup>1)</sup> Geschrieben auf Briefpapier des Hotels „Kaiserhof“ in Berlin. Handschriftl. Kopie im Nachlaß Haußmann 20, mit der abweichenden Datierung 14. 10. und der zusätzlichen Zeitangabe „Vormittag 9 Uhr“.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 51.

<sup>3)</sup> Diese Zeile fehlt in der Kopie (s. Anm. 1).

<sup>4)</sup> Im Or. doppelt unterstrichen.

## 50.

**12. 10. 1918: Besprechung des Vizekanzlers mit Ebert, Erzberger, Gröber, Haußmann und Scheidemann**

Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „Im Staatssekretariat des Innern / Berlin 12. Okt. 1918 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.“

Vorbesprechung<sup>2)</sup> Payer, Scheidemann, Ebert, Erzberger, Gröber.

**Scheidemann und Ebert: Rücktritt unvermeidlich.**

**Payer: Für Beilegung.**

**Haußmann: Sozialdemokratische Kraftprobe, Sie können sprengen. Catonische Haltung der S[ozial-]D[emokratie]. Man darf nicht eine Sache, die das Ausland klein behandeln würde, groß behandeln. Sie sprengen uns andere, die andere Auffassung haben. Anhören: Tatsachen. Die Freunde beraten. Fischbeck Gegner. — Den Prinzen heute anhören.**

**Payer: Beschlafen.**

**Scheidemann: Der Mann kann sich im Reichstag nicht mehr sehen lassen.**

**Gröber: Falscher Gegensatz.**

**Beschluß: Jetzt den Prinzen hören. Dann sich bis morgen 5 Uhr vertagen.<sup>3)</sup>**

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 249. Danach fand die Besprechung in Payers Arbeitszimmer statt.

<sup>2)</sup> Für die auf 17 Uhr angesetzte Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses; vgl. Nr. 47a.b, bes. Anm. 39.

<sup>3)</sup> Die als Dokument Nr. 51 abgedruckten Notizen Haußmanns schließen sich im Or. unmittelbar an.

## 51.

**12. 10. 1918, nachm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses mit Reichskanzler Prinz Max von Baden und anderen Regierungsmitgliedern**

Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „Hauptbesprechung:<sup>2)</sup> Die Szene wird zum Tribunal.“

I[nterfraktioneller] A[usschuß] und Payer, Solf, Friedberg, Roedern einschließlich Nat[ional-]Lib[erale].

<sup>1)</sup> Schließt im Or. unmittelbar an Nr. 50 an. — Vgl. Haußmann S. 249 f.; Prinz Max S. 399 ff.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 183; Payer S. 131; Lütge S. 133.

<sup>2)</sup> Die Sitzung fand, ebenso wie die Vorbesprechung, im Reichsamt des Innern statt, nach Haußmann S. 249 „im kleinen Saal“; vgl. auch Nachlaß David, Kriegstagebuch, 12. 10. 1918.

**Prinz Max** verliert eindrucksvoll<sup>3)</sup> und zieht sich zurück.<sup>4)</sup>

**Payer:** Wir wollen morgen zusammentreten.

**Scheidemann:** Morgen.

**Gröber:** Morgen.<sup>5)</sup>

**Haußmann:** Könnten wir Abschrift der Erklärung erhalten?<sup>6)</sup>

**Junck:** Wie sollen wir uns in der Presse verhalten?<sup>7)</sup>

**David:** Brief veröffentlichen.

**Scheidemann:** Brief und Erklärung veröffentlichen.<sup>8)</sup>

**Erzberger:** Dem<sup>9)</sup> ich das unter vier Augen sage: Erst am Montag<sup>10)</sup>, morgen kommt die Note.<sup>11)</sup>

**David:** Zuerst Norddeutsche [Allgemeine Zeitung].<sup>12)</sup>

<sup>3)</sup> Vgl. Haußmann S. 250: „Prinz Max kommt und verliert eindrucksvoll und sympathisch, nachdem er jeden durch Handschlag begrüßt hatte, seine Erklärung.“ Die vom Reichskanzler verlesene Erklärung ist abgedruckt bei Prinz Max S. 400 ff. Im Nachlaß Haußmann 29 befindet sich ein Durchschlag dieser Erklärung mit Korrekturen von fremder Hand sowie von der Hand Haußmanns. Wenngleich diese Korrekturen in dem Abdruck bei Prinz Max a.a.O. nicht berücksichtigt sind, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Haußmann an der Formulierung der Erklärung beteiligt war. In einem Schreiben von Ernst Jäckh an den württembergischen Ministerpräsidenten Frhr. von Weizsäcker vom 17. 10. 1918 heißt es: „Conrad Haußmann hatte dem Prinzen das Plädoyer verfertigt, das die Zwangsläufigkeit seiner heutigen Überzeugung dartun sollte. Prinz Max verlas es im Hauptausschuß [richtig: Interfrakt. Ausschuß] und zog sich dann zurück.“ Vgl. Jäckh S. 440.

<sup>4)</sup> Vgl. Haußmann S. 250: „Dann erhebt er sich und zieht sich zurück [...]. Das Ganze ist durch die Stimmung feierlich und traurig.“ Dazu Prinz Max S. 403: „Ich verließ sofort das Beratungszimmer, aber hatte schon während meiner Rede einen Stimmungsumschwung gespürt.“

<sup>5)</sup> Vgl. Haußmann S. 250: „Man beschließt auf Anregung von Scheidemann, morgen um fünf Uhr zusammenzutreten.“ Dazu die unter Nr. 53a—c abgedruckten Niederschriften über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 13. 10. 1918.

<sup>6)</sup> Vgl. Prinz Max S. 250: „Die Herren erbateten sich Abschriften der Erklärung zur Verwertung in ihren Fraktionen“.

<sup>7)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 14. 10. 1918, Morgenblatt, (Privattelegramm vom Vortage), wußte zu berichten, daß „die Erklärung, die der Prinz gestern vor den Führern der Mehrheitsparteien und den Staatssekretären über den Brief abgegeben hat, [...] die meisten Teilnehmer der Beratung befriedigt“ habe. Die Zeitung kommentierte, es sei im Interesse des begonnenen Friedenswerks besser, wenn der Reichskanzler zurücktreten würde.

<sup>8)</sup> Vgl. auch Nr. 44.

<sup>9)</sup> Wer gemeint ist, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen.

<sup>10)</sup> 14. 10. 1918. Dazu Anm. 12.

<sup>11)</sup> Der Text der Antwortnote vom 12. 10. wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 13. 10. 1918, Morgenausgabe, veröffentlicht.

<sup>12)</sup> Von einer Veröffentlichung des Briefes (s. Nr. 44 Anm. 2) in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde Abstand genommen. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte ihn am 15. 10. 1918; vgl. Nr. 44 Anm. 4.

## 52.

### 13. 10. 1918: Besprechung der volksparteilichen Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „Berlin 13. 10. 1918, 4 Uhr. Besprechung der Mitglieder des I. A.“

Fischbeck, Wiemer, Naumann, Gothein, Haußmann, [Dove] (Zuhörer Haas, Waldstein).

Fischbeck verliest Max-Erklärung<sup>2)</sup> und stellt rationes dubitandi an, aber milder als gestern.

Dove: Bedenken gegen sofortigen Wiederwechsel.

Wiemer: Für und Wider, einlenkend.

Gothein: Der Brief ist scheußlich.

Naumann: Die „Vorwärts“-notiz<sup>3)</sup> läßt wenig Hoffnung.

Waldstein lenkt ein.

Haußmann: Ziemlich groteske Lage. Sozialdemokratie erdrosselt am Tage der Amnestie<sup>4)</sup>, die Max erwirkte.

Sozi/Heer/Auswärtiges.

Entwicklungstendenz: gegen Wilhelm und seinen ältesten Sohn.

Ist der Charakter zweifelhaft? Nein. Max wichtig für Deckung der Demokratie.

Scheidemann und Ebert innerlich für Max aus Prinzip. Aus einem Pudel keinen Elefanten [machen]. Es fragt sich, ob wir die Tendenz der Sozi sekundieren.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 250 f.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 51 Anm. 3.

<sup>3)</sup> Bezieht sich vermutlich auf den von der „Frankfurter Zeitung“, 14. 10. 1918, Morgenblatt, wiedergegebenen Auszug aus dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom Vortage: „Die deutsche Regierung, die berufen ist, Frieden zu schließen, muß so dastehen, daß an ihrer Aufrichtigkeit und Geradsinnigkeit [...] kein Zweifel bestehen kann. Darüber herrscht in allen beteiligten Kreisen volle Übereinstimmung [...]“

<sup>4)</sup> Vgl. die folgende Anm. sowie Schulthess 1918/I. S. 337 f.

<sup>5)</sup> Vgl. Haußmann S. 250 f.: „Ich sage zu der Briefaffäre: Die Lage ist ziemlich grotesk: die Sozialdemokraten wollen den Kanzler absägen, am Tage, da seine Friedensaktion aussichtsvoll und unterstützungsbedürftig ist, am Tage des Amnestieerlasses für die Sozialdemokraten. Was den Brief anlangt, ist ein Pudel keine Mücke, aber auch kein Elefant. Prinz Max muß fallen, wenn das Ausland den Brief als Mißtrauensgrund aufbauscht, und bleiben, wenn das Ausland über den Privatbrief ein Auge zudrückt. Sein Charakter ist nicht zweifelhaft. Die Tendenz geht auf Beseitigung Wilhelms und seines ältesten Sohnes, ich habe auch in Deutschland dafür Anhaltspunkte. Deutschland soll sich ein Staatsoberhaupt nicht vom Auslande abdrücken lassen, wohl aber scharfe konstitutionelle Schutzmaßregeln schaffen; das kann Prinz Max leichter als Payer. Die Volkspartei muß selbständige Politik machen in dieser Frage und darf nicht hinter den aufgeregten Sozialdemokraten herlaufen.“

## 53.

**13. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses  
mit Vizekanzler von Payer und anderen Regierungsmitgliedern**

**53a:** Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Sitzung bei Payer, 13. Okt. 1918. Wegen des Prinzenbriefes. Interfraktioneller Ausschuß zusammen mit Mitgliedern der Regierung bei Payer.“

**53b:** Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Berlin I. A. 13. 10. 1918. Bei Payer.“

Ebert spricht über die Verhandlungen am Vormittag im Kreise der Sozialdemokraten.<sup>3)</sup> Die Erklärung des Prinzen<sup>2)</sup> ist sehr ernst in Betracht gezogen und hat auch einen gewissen Eindruck gemacht. Aber doch nicht über die schweren Bedenken hinweggekommen. Auch zu keinem endgültigen Entschluß gekommen, sondern die Sache muß der Fraktion vorgetragen werden.

Die Vorberatungen vor Eintritt in das Kabinett sind auch mit der Fraktion besprochen worden. Eine der Voraussetzungen war die ehrliche und aufrichtige Politik, die von keiner Seite angezweifelt werden könne. Wie man über den Brief denkt: eine Anzweiflung der Ehrlichkeit des Kanzlers ist danach doch möglich. Die Fraktion tagt am Dienstagnachmittag.<sup>4)</sup>

**Fischbeck:** Im engeren Kreis die Frage vorgelegt.<sup>5)</sup> Nach wie vor schwere Bedenken, daß in Inland und Ausland schweres Unheil entstehen kann. Wir

I[nterfraktioneller]A[usschuß] und Payer. Ich frage Scheidemann: „Fällt die Entscheidung heute?“ Er sagt Nein! Damit ist die Sache gerettet.

**Ebert:** Wir haben die Erklärung Max<sup>4)</sup> vorgelesen<sup>3)</sup> und sie hat einen großen Eindruck gemacht. Wir sind aber zu keinem endgültigen Entschluß gekommen und wollen unsere Fraktion hören am Dienstag.<sup>4)</sup>

**Fischbeck:** Wir<sup>5)</sup> haben Bedenken, daß schwerer Schaden im Ausland eintreten kann, aber auch großer Schaden durch Kanzlerwechsel.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 53c. Dazu Haußmann S. 251: „Fünf Uhr interfraktioneller Ausschuß bei Payer, unter seinem Vorsitz, mit Solf und Rantzau. Die Debatte zeigt und steigert den Stimmungsumschwung.“ Ferner Nachlaß David, Kriegstagebuch, 13. 10. 1918 (dort nur der Hinweis, daß die Sitzung im Reichsamte des Innern stattfand); sowie Scheidemann, Zusammenbruch S. 183 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 209; Prinz Max S. 403; Lütge S. 133.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 51 Anm. 3.

<sup>3)</sup> Im Fraktions- und Parteivorstand. Vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 13. 10. 1918: „10 Uhr: Fraktions- und Parteivorstand. Ich trete für das Verbleiben des Prinzen ein, gegen praktisch-demokratische Fortschritte.“

<sup>4)</sup> 15. 10. 1918. Vgl. SPD-Fraktion, 15. 10. 1918.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 52.

verhehlen uns auch nicht, daß ebenso große, vielleicht größere Schwierigkeiten entstehen können durch Kanzlerwechsel in diesen Tagen. Es ist möglich, daß die Darlegungen des Kanzlers, wenn sie in richtiger Weise in die Öffentlichkeit gebracht werden, doch den Beweis für gradlinige Politik bringen. Vielleicht kann die Sache in ihrer Wirkung etwas gemildert werden. Deshalb sind wir der Meinung, daß die großen Bedenken gegen den Kanzlerwechsel<sup>6)</sup> uns doch nicht dahin bringen sollten, vorschnell auf dem Rücktritt zu bestehen oder die eigenen Minister zurückzuziehen. Daher die Dinge noch etwas mit ansehen und vor allen Dingen sorgfältig prüfen, wie die Sache im Auslande wirkt. Wenn das Friedenswerk leidet, dann müßte er zurücktreten.

**Erzberger:** Die OHL hat mich gebeten mitzuteilen:<sup>7)</sup> OHL wolle selbstverständlich keinen Einfluß auf Entschließungen ausüben, möchte aber zum Ausdruck bringen, daß Kanzlerwechsel im jetzigen Augenblick von gewaltigen Folgewirkungen auf das Heer sein werde.

Front könnte ins Schwanken geraten. Denn dann käme der Gedanke an eine Revolution in der Heimat auf. Die Folgen könne die OHL nicht übernehmen.

Ich halte dafür, daß ein Kanzlerwechsel im jetzigen Augenblick trotz der nachteiligen Wirkungen des Briefes als ein großer Schaden für das deutsche Volk anzusehen sei. Deshalb leicht begreifliche Bedenken zurückzustellen, um nicht dem Volk nach innen den Eindruck der Zerfahrenheit und der Deroute zu geben.

**Stresemann:** Im wesentlichen auf dem Standpunkt von Fischbeck. Wesentliche Bedenken, ob nicht das Friedenswerk gestört werden könne. Sind noch andere Briefe des Reichskanzlers zu erwarten? Aus einigen Stellen seiner Erklärung läßt sich das nämlich erwarten! Z. B. von der

Wir wollen sehen, ob seine Politik dort eine gradlinige ist.

Wir sollen vor allem sorgfältig prüfen, wie wirkt die Sache im Ausland? Schadet es ihm, dann wird die Konsequenz zu ziehen sein.

**Erzberger:** Die OHL hat mich gebeten mitzuteilen<sup>7)</sup>, daß ein Kanzlerwechsel im jetzigen Augenblick die Front ins Schwanken bringe, sie müsse die Verantwortung ablehnen. [Sie sähe einen] Kanzlerwechsel im jetzigen Augenblick für einen großen Schaden an und bitte, Bedenken zurückzustellen, um den Eindruck der Deroute im Äußeren und der Zerfahrenheit im Inneren zu vermeiden.

**Stresemann:** Wie Fischbeck. Sind noch andere Briefe von Max da? Ungeachtet dessen nicht wünschenswert, jetzt eine Änderung eintreten zu lassen.

<sup>6)</sup> So im Or.; gemeint sein dürfte: gegen den Kanzler.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 48. Ferner Prinz Max S. 403: „Als [...] *Erzberger* — im Auftrag handelnd — erklärte, die Oberste Heeresleitung müsse die Verantwortung für die militärischen Konsequenzen eines Kanzlerwechsels ablehnen, hätte für mein Gefühl Schluß gemacht werden können.“

Stelle: der Siebener-Ausschuß<sup>8)</sup> sei nicht nach seinem Geschmack gewesen.

Wir sind der Auffassung, daß es nicht wünschenswert wäre, jetzt eine Änderung vorzunehmen. Abwarten, ob Friedenswerk gestört werden könne oder nicht. Soweit bisher über die Auslandspresse etwas bekannt ist, scheint der Brief nicht die große Wirkung gehabt zu haben.

Solf und Rantzau<sup>9)</sup> treten ein.

**Rantzau:** Die Veröffentlichung des Briefes ist erfolgt, nachdem er schon in Berlin war. Ernennung hatte eine tiefgehende Wirkung. Seiner Person wurde ein bedeutendes Vertrauen entgegengebracht von allen maßgebenden Stellen. Schritt würde uns dem Frieden unbedingt näher gebracht haben. Die Veröffentlichung dieses Privatbriefes werde als Manöver unserer Feinde angesehen; deshalb wird die Wirkung nicht so sehr nachhaltig sein. Man würde kaum verstehen, wenn der Reichskanzler schon nach 10 Tagen wieder zurückträte.

Allerdings müssen wir damit rechnen, daß von der Entente, die großen Einfluß in Dänemark hat, der Brief zur Stimmungsmache ausgenutzt wird.

**Solf:** Neutrale Presse bisher fast gar nicht mit dem Brief beschäftigt. Das wird auch wohl so bleiben aus dem Grunde, daß man nichts haben möchte, was Friedenswerk irgend wie hemmt.

Feindliche Presse noch nicht hier. In England wird vielleicht der Brief sogar gut wirken. Die Amerikaner sind gewohnt, daß prominente Männer mit Schmutz beworfen werden. Der Brief sollte eigentlich bei uns keine Wirkung haben, weil er eine Stinkbombe von denen ist, die den Frieden hindern wollen. Auf alle Fälle Abgang wenigstens dilatorisch zu behandeln.

**Fischbeck:** Soll der Brief bei uns veröffentlicht werden mit einem Kommentar?

**Solf:** Es ist bestimmt worden<sup>10)</sup>, daß der

Solf und Rantzau:<sup>9)</sup>

**Rantzau:** Der Eindruck der Ernennung von Prinz Max war ein so nachhaltiger im Ausland, daß ich glaube, der Privatbrief, der als Manöver angefaßt wird, wird keinen tiefen Eindruck machen.

Die Pressekampagne wird nicht das Vertrauen in den Prinzen umwerfen.

**Solf:** Die neutrale Presse beschäftigt sich nicht mit dem Brief — aus dem Motiv, den Frieden nicht zu stören.

Der Brief wird an einigen Stellen sogar gut wirken. (Humanität — Menschlichkeit).

Der Brief sollte bei uns nicht als Stinkbombe wirken.

Es muß unter allen Umständen versucht werden, den Rücktritt mindestens dilatorisch zu behandeln.

<sup>8)</sup> Über den Siebenerausschuß vgl. Quellen I/II S. 874 im Register.

<sup>9)</sup> Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Gesandter in Kopenhagen 1912—1918

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 51.

Brief morgen früh mit dem Kommentar veröffentlicht wird. Soll das noch geschehen?

**Payer:** Der Reichskanzler hat Bedenken dagegen, wenn die Entscheidung über sein Verbleiben sich noch hinausziehen würde. Er wünscht nicht, daß seine Erklärung hinauskommt und nachher doch die eine oder andere Fraktion Stellung gegen ihn nehmen würde. Die Presse ist im Besitz des Materials, aber hat nicht die Ermächtigung zur Veröffentlichung des Materials. Ist es nicht zweckmäßiger, wenn man die Publikation noch etwas hinausschiebt?

**Erzberger:** Es wäre zweifellos das Richtige, morgen den ganzen Kanzlerbrief zu veröffentlichen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.<sup>11)</sup> Dazu müßte aber der Artikel des Prinzen Alexander gegeben werden. Dann käme der Brief und dann ein kurzer Kommentar, nicht alles, was der Reichskanzler gestern gesagt hat.<sup>10)</sup> Mit der Publikation wird die Waffe der Feinde zerschlagen. Rasch veröffentlichen.

**Solf** legt neue Auslandsstimmen vor.

**Persönlich:** Ich kenne den Prinzen seit über Jahresfrist, und alle Unterhaltungen haben sich im Rahmen seines Programms bewegt. Er war nicht Gegner der Friedensresolution: Inhalt hat er als richtig anerkannt. Aber der Augenblick schien ihm falsch gewählt. Er hat niemals die Demokratie schlechthin gemeint, sondern immer nur Demokratie der westlichen Mächte. Er wollte immer ein großes Vertrauen zwischen Regierung und Parlament. Daraus sollte sich erst der deutsche Parlamentarismus entwickeln. Man muß auch bedenken, an wen er den Brief geschrieben hat. Alexander ist von ganz verrückter pazifistischer Gesinnung. Der Mann ist nicht antideutsch, aber anational.

**Haußmann:** Eine Stimme der Auslands- presse. Holländisches Handelsblatt. Aber vorher erschienen.

**Rantzau:** Der Prinz war im zweiten Kriegsjahr in Dänemark bei mir. Damals war er wirklich sehr liberal. Wie er zu dem

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 51 Anm. 12.

**Payer:** Prinz Max wünscht nicht, daß sein Brief und seine Erklärung morgen hinauskommen.

Die Sache zieht sich unerträglich hinaus.

**Solf** verliest auswärtige Zeitungsstimmen. Telegraph wie im Bienenheim.

Er war mit der Friedensresolution einverstanden, aber die U-Boot-Depression war nicht der richtige Moment.

Über Hohenlohe: Pervers anational.

**Haußmann** verliest das holländische „Handelsblatt“.

**Rantzau:** Ich kenne den Prinzen seit 25 Jahren. Ich habe ihn als außerordentlich maßvoll und sehr liberal befunden.

Brief gekommen ist, kann ich mir nicht erklären.

**Ebert:** Die Pressestimmen sind offenbar alle aus der Zeit, wo der Brief noch nicht bekannt war. Es war unser aller Freude, daß die neue Regierung überall günstig gewirkt hatte. Entscheidend ist, wie der Brief draußen wirkt und wie er die Friedensbestrebungen beeinflusst.

Ich halte Veröffentlichung in der deutschen Presse für dringend geboten. Die Tatsache selbst ist bekannt und auch die Tatsache, daß Kanzlerkrise daraus entstanden ist. Daher morgen veröffentlichen. Wenn alle Zeitungen um die Sache herumreden, dann ist es erst recht gefährlich. Dazu muß aber Kommentar kommen, und nicht in ein paar Zeilen. Das müßte die Erklärung des Prinzen selbst sein.

Der Artikel des B[erliner] T a g e b l a t t e s<sup>12)</sup> bringt alle Einzelheiten der geheimsten Verhandlungen. Es war verabredet, daß nichts in die Presse kommen sollte. Unsere eigene Presse haben wir zurückgehalten. Ganz offen sagen: Wenn wir hier in diesem engsten Kreise sprechen und die Vertraulichkeit nicht wahren können, dann muß ich das aufs höchste bedauern.

Wenn so eine Bombe hineingeworfen wird, dann ist es in der Regel nicht die einzige und letzte Bombe. Sind etwa noch weitere Briefe dieser Art in die Welt hinausgegangen? Der Reichskanzler fragte zunächst, ob mir jemand Mitteilung gemacht hätte. Er besann sich dann und meinte, das sei der letzte Brief, den er an Hohenlohe geschrieben habe. Weitere Veröffentlichungen dürften nicht zu erwarten sein. Wenn dann noch eine solche Sache ausgespielt würde, so wäre das ganz furchtbar.

**Scheidemann:** Das Schlimme ist gerade, daß der Prinz immer behauptet, er habe auf dem Boden der Resolution gestanden, während in dem Briefe steht, daß er nicht

**Ebert:** Früher war er günstig — aber wie nach dem Brief?

**Klarheit:** Brief und Antwort als Gegengewicht, nicht aber ein paar Zeilen. Gegen Berliner Tageblatt.<sup>12)</sup>

**Scheidemann:** Wir dürfen uns nicht von dem Urteil des Auslands abhängig machen. Auch das war zugunsten des Prinzen.

<sup>12)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 14. 10. 1918, Morgenblatt, veröffentlicht einen Auszug aus dem „Berliner Tageblatt“ vom 13. 10., in dem es u. a. heißt: „Es schadet nichts, daß die Reichstagsmehrheit die [Brief-]Angelegenheit etwas tragischer [als die französische Presse] nimmt. Damit wird dem Auslande gezeigt, wie wachsam sie die errungenen Rechte behütet [...]“

auf dem Boden gestanden hat. Das ist das Bösartigste, was im ganzen Brief steht. Die Veröffentlichung des Briefes darf nicht abhängig gemacht werden von der Meinung des Auslandes. Wird man aus der ganzen Lage nicht sehr schlimme Folgerungen ziehen außer Unaufrichtigkeit? Wir haben noch ganz andere Gründe zur Veröffentlichung. Zunächst: wird der Brief nicht morgen veröffentlicht, dann wird er im Reichstage vorgelesen. Auch die Zeitungen werden den Brief schon ausnützen. Wenn wir den Abdruck verhindern, dann ist das ein Schlag ins Gesicht der neuen Regierung, die die Zensur nicht aufrechterhalten darf.

**Stresemann:** Die Veröffentlichung soll in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gegeben werden, nicht in der ganzen deutschen Presse, sondern das läßt man der Presse lieber selbst. Wenn das Ausland noch nichts gebracht hat, dann stößt man es ja geradezu darauf. Wenn es uns gelingt, über die Sache hinwegzukommen ohne große Sensation, so ist das für uns das Beste.

**Fischbeck:** Bin auch für Veröffentlichung in der Norddeutschen. Namentlich nach dem Artikel des B[erliner] Tageblattes. In der Deutschen Gesellschaft<sup>13)</sup> hat man sich auf Freiherrn von Rechenberg bezogen. Abends  $\frac{1}{2}8$  rief man mich sogar schon in der Wohnung an und erzählte mir schon, was Scheidemann dazu gesagt habe.

**David:** So wichtig wie die Veröffentlichung des Briefes selbst ist die Zufügung des Tatsachenmaterials, was der Prinz hinzugefügt hat. Der grobe Eindruck ist doch der, daß man aus der Not eine Tugend gemacht habe; er sei im Innersten ein Feind der neuen Dinge. Das kann nur dadurch gebrochen werden, daß die Reihe der Tatsachen den Beweis liefert, daß er

**Stresemann:** Alles in der Nordd[utschen] Zeitung, aber nicht an alle Blätter.

**Fischbeck:** Gegen [Berliner] Tageblatt.

**David:** Alle Tatsachen der Erklärung veröffentlichen, aber auch neue Verfassungsbestimmungen aus dem Verfassungsausschuß.<sup>14)</sup>

<sup>13)</sup> Gemeint „Deutsche Gesellschaft von 1914“.

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 39 Anm. 30. In der dort zitierten Begründung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung, der am 15. 10. 1918 dem Reichstag zugeing, wird u. a. ausgeführt: „Daß der Reichstag auch bei diesen Entscheidungen [über Krieg und Frieden] zur vollen Mitwirkung gelangt, liegt in der Richtung der gegenwärtigen Neuordnung der verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland.“

sich auf gerader Linie bewegt hat. Nur durch diese Tatsachen kann der Verdacht ausgeräumt werden.

Das Mißtrauen gegen den Prinzen muß ausgeräumt werden durch neue Tatsachen: Deshalb muß möglichst bald mit neuem Tatsachenmaterial die öffentliche Meinung gewonnen werden können. Artikel 11 ist schon vorgesehen.<sup>14)</sup> Krieg und Frieden. Artikel 17, Verantwortlichkeit der Staatssekretäre. Militärkabinett. Wenn man mit solchen Tatsachen rasch in die Öffentlichkeit kommt, so sind das gewaltige Mittel gegen das Mißtrauen und auch, um die Stimmung im Volk zu heben. Das ist auch notwendig hinsichtlich der ganzen Friedensstimmung, denn eine gewisse elegische Stimmung hat Platz gegriffen.

**Payer** hält es für richtig, daß wir die Reformen auf dem Gebiete des Verfassungslebens rasch herausbringen. Angekündigt sind sie ja schon.

**Dove:** Was die neuen Schritte betrifft, so scheint mir das dringendste Elsaß-Lothringen zu bleiben. Wann wird die Antwort auf die neue Note<sup>15)</sup> kommen?

**Solf:** Etwa in 10 bis 14 Tagen.

**Gröber:** Bin für Veröffentlichung des Briefes und des Kommentars. Aber die Einzelheiten der Erklärung sind durchaus verständlich für uns, aber nicht für jeden anderen. Deshalb muß die Sache mehr verarbeitet werden. Zwei Punkte vor allem wichtig. Zunächst die Äußerung über die Friedensresolution. Das muß sehr genau ausgeführt werden und es muß wahrscheinlich gemacht werden, daß er wirklich auf dem Boden der Friedensresolution stand; das geht durch einige Zitate aus seinen Reden. Dann die Äußerungen gegen den Parlamentarismus. Da hat er die westliche Demokratie im Auge gehabt.

**Stresemann:** Der Hauptsturm in Deutsch-

**Payer:** Nicht alles jetzt.

**Dove:** Autonomie.  
Wie lange dauert die Antwort?

**Solf:** 10—14 Tage.  
Die neutralen Zeitungen schweigen sich aus.

**Gröber:** Man soll noch weitere Stellen seiner Reden beifügen.  
Macht allein /  
Kraftvoller Volksstaat.  
Prinz Max ist gradlinig, er hat in hervorragender Weise mitgeteilt /

**Stresemann:** Im Reichstag er selbst/

<sup>15)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 2.

land kommt in der Sitzung des Reichstags. Deshalb die besten Trümpfe für die Erklärungen im Reichstag aufsparen. Das Wichtigste der Fortbildung unserer Institutionen usw. soll der Reichskanzler selbst sagen.

**Haußmann:** Gröber soll seine Sachen im Reichstag zur Verteidigung des Prinzen vorbringen, nicht in einem Leitartikel.

Payer faßt zusammen. Die Sache soll also vertagt werden.<sup>16)</sup>

**Naumann:** Auf Grund welches militärischen Gutachtens werden die Truppen von der Grenze zurückgezogen? In einer Berliner Versammlung hat ein Sozialdemokrat aber heute schon gefragt. Jedenfalls kommt in irgendwelcher Zeit die Frage, welche militärischen Gutachten vorhanden sind. Sind die Aussagen der Generalstabschefs protokollarisch festgelegt? Das müßte geschehen. Es gibt schon Generale, die da behaupten, daß sie die Sache gehalten hätten, wenn sie die Sache zu machen gehabt hätten.

**Ebert:** Mir ist wiederholt das Bedenken entgegengetreten, daß, wenn wir die Truppen zurückziehen ohne Sicherungen, haben wir dann nicht Gefahr zu erwarten? Es ist also eine Besorgnis im Volk vorhanden. Hier sollte vorgebeugt werden. Man sollte die Technik des Rückzugs darstellen.

**Erzberger:** Sämtliche vorbereitenden Schritte sind getroffen und auch schon ausgeführt, um die militärischen Urteile sicherzustellen.

Die Sitzung muß absolut geheim gehalten werden.

**Haußmann:** Gröber schlüssig.

Aber als Text in der Zeitung morgen nicht durchführbar, weil jetzt Sonntag abend 7 Uhr und weil Nordd[utsche] Allgemeine Zeitung nicht selbst loben kann.

Rede im Reichstag.

Payer resümiert / Die anderen Parteien meinen jetzt keine Krisis [mit der] O.H.L. Bitte an die Sozi, sich dafür einzusetzen, daß die Parteien sich nicht treten. Prüfstein: Das Kleine und Große unterscheiden.<sup>16)</sup>

<sup>16)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 15. 10. 1918, 2. Morgenblatt (Privattelegramm vom Vortage), berichtete, daß der „bei weitem größte Teil der Mehrheitsparteien“ das Verbleiben des Reichskanzlers in seinem Amte „für möglich und, man kann sagen, für notwendig ansieht.“

**Stresemann:** Das halte ich für selbstverständlich, daß wir jederzeit sagen können, daß die Räumung erst beschlossen wurde, nachdem sie sich militärisch gesichert hatte.<sup>17)</sup>

**Erzberger:** Die 15 Richtlinien, welche die Regierung der Presse gegeben hat<sup>18)</sup>, sollten auch dem Interfraktionellen Ausschuß zugestellt werden.

<sup>17)</sup> Am folgenden Tage, 14. 10., erhielt Stresemann ein Schreiben des nationalliberalen Abg. Liepmann (Mgl. des Preußischen Abgeordnetenhauses), in dem auf Widersprüche zwischen den Auffassungen der OHL und der Reichstagsmehrheit in der Räumungsfrage aufmerksam gemacht und gefordert wurde, solange kein blindes Vertrauen in die OHL zu setzen, bis nicht in Verhandlungen zwischen beiden Seiten die „Unmöglichkeit eines anderen Auswegs“ festgestellt worden sei. Liepmann forderte ferner, die Fraktionsführer sollten sich nicht mit der Auskunft der OHL begnügen, sondern Admiralität, Auswärtiges Amt und Truppenführer befragen, ob es nicht unter Umständen möglich sei, noch einen weiteren Kriegswinter durchzuhalten, wenn man die Ostgebiete räume, den Frieden von Brest-Litowsk preisgebe und den U-Bootkrieg bei eintretendem Ölmangel einschränke oder ganz einstelle: „Eventuell ließe sich letzteres und die Wiederaufgabe der Errungenschaften im Osten mit einer schönen Geste als Folge der veränderten Anschauungen in der Volksregierung verkünden und [würde] Sympathien erwecken, die uns wenigstens zu einem Frieden nach Maßgabe der Reichstagsresolution vom 17. Juli verhelfen.“ Die Reichstagsfraktion solle auf keinen Fall versäumen, die Verantwortung auf eine möglichst breite und unerschütterliche Basis zu stellen.

Stresemann leitete diesen Brief sogleich an Friedberg weiter (Nachlaß Stresemann 180 [6889], Durchschlag) und fügte hinzu: „Ich würde dem Briefe des etwas wankelmütigen Herrn Dr. Liepmann keine besondere Bedeutung beilegen, wenn mir nicht aufgefallen wäre, daß in der gestrigen interfraktionellen Besprechung Friedrich Naumann den größten Wert darauf legte, daß die neue Regierung in der Räumungsfrage durch autoritative Erklärungen der Heerführer gedeckt wäre, und wenn nicht sogar Ebert darauf hingewiesen hätte, daß auch aus den Kreisen der Sozialdemokratie Widersprüche gegen die Räumung laut geworden wären. Naumann fügte außerdem hinzu, daß man schon jetzt die Namen von Generälen nenne, welche sich angeblich gegen die Räumung ausgesprochen hätten. Um so notwendiger sei eine Klarstellung für die Geschichte.“

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 46 Anm. 18.

**53c: Nachlaß Erzberger 21, Durchschlag. Überschrift: „Interfraktionelle Besprechung Sonntag, 13. Oktober.“**

Anwesend sämtliche Parteivertreter des Interfraktionellen Ausschusses, die parlamentarischen Staatssekretäre, Vizekanzler von Payer, Staatssekretär Solf, Gesandter von Brockdorff.

**Ebert, Sozialdemokrat:** Die Sozialdemokratie hat heute vormittag<sup>1)</sup> eingehende Verhandlungen mit den Parteifreunden abgehalten. Die Stimmung ist noch sehr ernst, schwere Bedenken sind vorhanden, aber die gestrigen Darlegungen des Prinzen haben doch einen gewissen Eindruck gemacht. Ein endgültiger Beschluß ist nicht gefaßt worden. Die Fraktion wird am Dienstagnachmittag<sup>2)</sup> entscheiden.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 53a.b Anm. 3.

<sup>2)</sup> Vgl. a.a.O. Anm. 4.

Unser Leitsatz bleibt bestehen, es muß eine ehrliche, aufrichtige Politik getrieben werden.

**Exzellenz Fischbeck, Volkspartei:** Auch wir haben schwere Bedenken, daß aus dem Brief Unheil entstehen kann. Ein Kanzlerwechsel wäre ja viel unheilvoller. Die Darlegungen des Prinzen müssen veröffentlicht werden, damit der Beweis erbracht wird, daß eine geradlinige Politik getrieben wird. Mißtrauen gegen unsere Ehrlichkeit darf nicht aufkommen, sonst ist der Kanzlerwechsel unvermeidlich.

**Staatssekretär Erzberger vom Zentrum:** Auf Wunsch der Obersten Heeresleitung teilt er mit:<sup>3)</sup> Die Oberste Heeresleitung will keinen Einfluß auf die Entschließung der Mehrheitsparteien ausüben, hält sich aber für verpflichtet, ihre Anschauung dahin zu unterbreiten. Ein Kanzlerwechsel im jetzigen Augenblick könnte gar leicht die Front ins Schwanken bringen. Bei den Soldaten könnte der Eindruck entstehen, daß in Deutschland Revolution herrsche. Dieser Eindruck dürfe nicht aufkommen. Die Oberste Heeresleitung müsse jede Verantwortung ablehnen für die militärischen Folgen eines Kanzlerwechsels im jetzigen Augenblick. Soweit der Auftrag. Er selbst sei der Überzeugung, daß ein Kanzlerwechsel jetzt nicht eintreten dürfe, weder aus innerpolitischen noch aus außerpolitischen Gründen. Man müsse auch bedenken, daß Prinz Max Thronfolger in Baden sei.

**Stresemann, Nationalliberaler:** Schließt sich Fischbeck an, das Friedenswerk darf nicht gestört werden. Die Reichstagsmehrheit darf nicht tangiert werden. Das Parlament hat seine Pflicht getan, wenn es ernstlich prüft. Sind noch andere Briefe ähnlichen Inhalts da?

**Gesandter Graf Brockdorff-Rantzau:** Die Ernennung des Prinzen Max bedeutet einen Schritt zum Frieden. Das Ausland wird die Veröffentlichung des Briefes als ein Manöver der Entente auffassen, das Vertrauen des Auslands zum Prinzen wird nicht erschüttert werden. Einen Kanzlerwechsel im Ausland würde man ja nicht verstehen.

**Staatssekretär Dr. Solf:** Die neutrale Presse beachtet den Brief kaum.

**Vizekanzler von Payer:** Der Kanzler hat Bedenken, daß der Brief sofort veröffentlicht wird, solange er nicht weiß, ob er im Amt bleibt oder nicht.

**Staatssekretär Erzberger:** Man muß den Stier bei den Hörnern fassen und den Brief morgen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichen<sup>4)</sup>, daneben Tatsachenmaterial stellen, aus dem die geradlinige Politik des Prinzen hervorgeht. Die kleine Eiterbeule muß sofort aufgestochen werden, sonst frißt sie weiter.

Die Redner aller Parteien schließen sich dem Vorschlag an.

**Vizekanzler von Payer** stellt als Resümee fest:

1. Die Veröffentlichung des Briefes soll morgen mit dem notwendigen Kommentar erfolgen.
2. Die Presse soll freie Hand in der Beurteilung der Gesamtlage haben.

<sup>3)</sup> Vgl. a.a.O. Anm. 7.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 51 Anm. 12.

3. Die bürgerlichen Parteien erklären sich für das Verbleiben des Reichskanzlers, während die Sozialdemokratie erst am Dienstag nachmittag<sup>2)</sup> ihr Urteil abgibt. Die anwesenden Sozialdemokraten und Abgeordneten verpflichten sich aber, in der Fraktion für das Verbleiben des Prinzen einzutreten. Dies wird dem Reichskanzler alsbald mitgeteilt.<sup>5)</sup>

Aus privaten Besprechungen mit maßgebenden Sozialdemokraten habe ich<sup>6)</sup> den bestimmten Eindruck gewonnen, daß sich die Partei für das Verbleiben des Prinzen aussprechen wird.<sup>7)</sup> Die Krisis darf als beendet angesehen werden.

Bürgermeister Schwander wird heute zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannt. Reichstagsabgeordneter Hauß, Zentrum, zum Staatssekretär. Die Autonomie von Elsaß-Lothringen soll sofort erklärt werden.

<sup>5)</sup> Vgl. Haußmann S. 251: „Um sieben Uhr beauftragt *Payer*, der gut präsidiert und geschickt für den Prinzen gesprochen hat, mich, diesem zu berichten. *Ich* finde ihn allein und melde ihm: ‚Der Sturm ist gebrochen, die Lage wird vollständig wieder hergestellt werden.‘ *Er* sagt: ‚Gestern war ich mutig, heute ist mir weh ums Herz, wie wenn die Schwingen gebrochen wären.‘ *Ich* sage: ‚Ich bin heute voll Mut und war gestern besorgt,‘ und rede ihm so zu, wie es zu tun die Lage und seine sympathische Art verlangt.

*Payer* kommt nach und vervollständigt den Bericht, empfiehlt am Mittwoch [s. Nr. 47a.b Anm. 22] eine ‚innere Rede‘ des Prinzen.“

<sup>6)</sup> Erzberger.

<sup>7)</sup> In einem im Nachlaß Haefen befindlichen Exemplar der „Erinnerungen“ des Prinzen Max findet sich auf S. 403 folgende eigenhändige Randbemerkung Haefens: „Am gleichen Tage [13. 10.] hatte ich auf Wunsch des Generals Lud[endorff] eine Unterredung mit Ebert, in der ich ihn im Auftrage des Feldmarschalls bat, auf seine Partei in dem Sinne einzuwirken, daß aus Anlaß des Briefes des Prinzen keine neue Regierungskrise entstände. Ebert äußerte sich sehr entgegenkommend und versprach, im Sinne der OHL. auf seine Parteigenossen einwirken zu wollen.“

## 54.

### 13. 10. 1918: Mitteilungen Stresemanns an die Delegierten der Provinzialverbände der Nationalliberalen Partei

Nachlaß Stresemann 180 (6889), Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Vertrauliche Mitteilungen Dr. Stresemanns an die Delegierten der Provinzialverbände der Nationalliberalen Partei in Berlin am 13. 10. 1918.“<sup>2)</sup>

Die Nachricht unseres Zusammenbruches ist im allgemeinen gänzlich überraschend gekommen, wenn man auch verschiedenes ahnte. Die traurige Signatur unserer Situation ist ein gänzlicher Zusammenbruch unserer Obersten Heeresleitung. General v. Winterfeldt war zuerst nach Berlin geschickt und erklärte,

<sup>1)</sup> Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“, 15. 10. 1918, 2. Morgenblatt, handelte es sich um eine Tagung der Vorsitzenden der nationalliberalen Landesverbände und der Generalsekretäre der Partei („um zur Lage Stellung zu nehmen“).

<sup>2)</sup> Wie sich aus den folgenden Ausführungen ergibt, stammt die Niederschrift wahrscheinlich nicht von Stresemann.

daß es sehr schlecht stände, war aber über vieles gar nicht orientiert. So erklärte er gegenüber Gerüchten, daß an der bulgarischen Front gefährliche Kämpfe seien, das sei lächerlich, dort herrsche absolute Ruhe. Als es dort gefährlich wurde, und man der Heeresleitung nahelegte, den Bulgaren zu Hilfe zu kommen, erklärte die OHL, dazu keine Kräfte frei zu haben. Als es kurze Zeit darauf zu spät war, waren 5 deutsche und 7 österreichische Divisionen dort. — Als die Katastrophe hereinbrach, erklärte Major v. d. Bussche<sup>3)</sup> im Auftrage der OHL kategorisch, die Front halte nicht mehr, es müßte sofort Frieden gemacht werden, um jeden Preis. Mannschaftsmangel, schlechte Stimmung, Mangel an technischem Material, namentlich an Flugzeugen und Tanks. Ludendorff — nach Berlin gekommen — erklärte kategorisch<sup>4)</sup>, sofortiger Friede und Verständigung mit den Feinden um jeden Preis sei absolute Notwendigkeit. Befragt, ob die Front halten würde, erklärte er, das könne er nicht versprechen. Am 8. Oktober sei man mit knapper Not um einen Durchbruch an der ganzen Front herumgekommen. Hindenburg erklärte im Kronrat dasselbe<sup>5)</sup>, nur in weniger schroffer Form. Befragt, ob denn die Front halten würde, wenn sie bis an die deutsche Grenze zurückgenommen würde, erklärte die OHL, das sei sehr wahrscheinlich, da sie dann stark verkürzt sei. Doch müsse dann mit einer Zerstörung unserer reichen Grenzgebiete durch die weittragenden Geschütze gerechnet werden. Sicher sei, daß unsere militärische Situation in einem Vierteljahr sehr viel schlechter sein würde wie heute. Wir hätten im Juli ungefähr  $1\frac{1}{3}$  Mill. Reklamierte, von denen man ca. 30% einziehen könnte, da sonst alle Kriegsbetriebe stillstehen müßten. Diese 30% seien ungefähr soviel als Amerika in 2 Monaten herüberschicke; wir verlieren täglich durchschnittlich 10—20000 Mann, die Feinde wesentlich mehr, haben aber Nachschub.

Auf Grund dieser Mitteilungen erklärten sich alle Parteien, auch die konservativen, einverstanden mit dem Friedensangebot der Regierung. — Verkennung der tatsächlichen Macht unserer Feinde war unser größter Fehler, auch der OHL — Ebenso Verkennung von deren technischen Hilfsmitteln. In deren Herstellung hat die OHL vielfach versagt, trotz Zusicherung unserer Industrie, liefern zu können.

Über die Tanks hat man im Hauptquartier lange gelacht. — Der größte Versager war das Reichsmarineamt. — Die Industrie bot ihm schon vor langen an, monatlich 36 U-Kreuzer fertigzustellen. Trotz Zuredens der Parteien hat es nur 8 Stück monatlich rezeptiert. Capelle war absoluter Versager, erklärte noch vor einem Jahr, daß die Einwirkung Amerikas gleich Null sein würde, da wir alle Transporte versenken würden. Wir haben im ganzen 300 amerikanische Soldaten versenkt, keinen einzigen amerikanischen Truppentransport. —

Mit dem Abfall Österreichs müssen wir immer rechnen. Wenn die Ostfront uns versperrt wird, haben wir keine Fette mehr für Flugzeuge und U-Boote. Offen sprach Stresemann aus, daß der Zickzackkurs des Kaisers, seine persönliche Politik vor dem Kriege, ferner Benehmen und Einfluß der ganzen kaiserlichen

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 14 Anm. 3.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 36.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 12 Anm. 5.

Familie einen großen Teil der Schuld trage.<sup>6)</sup> Falkenhayn sei ein Scharlatan (oder ähnlich?) gewesen, Müller<sup>7)</sup> und Holtzendorff<sup>8)</sup> böse Geister. Das Benehmen des Kronprinzen an der Front sei unglaublich. Es sind höhere Offiziere seiner Armee versetzt worden, da sie sich weigerten, seine Mätressen zu grüßen. Der Kaiser sei all diesen Verhältnissen willenlos gegenübergestanden, jetzt liege er in Berlin auf den Knien und bete.

Die demokratische Regierung sei jetzt eine Notwendigkeit, um Verhandlungen überhaupt zu ermöglichen. Prinz Max wird gut beurteilt, am besten aber Vizekanzler von Payer. —

Musterhaft sei die Haltung der Sozialdemokratie, namentlich des Dr.[!] Ebert, der Scheidemann weit über sei.

Sie erklärte, deutsches Land dürfe nicht in Feindeshand fallen. Deshalb befürchtet man auch keine Revolution. Mögliche Abdankung des Kaisers sei immerhin in Betracht zu ziehen, dann nenne man in Berlin nicht den Kronprinzen, sondern Prinz August Wilhelm als möglichen Nachfolger. Es sei immerhin noch möglich, daß Wilson an dem Verbleiben der Hohenzollern Anstoß nehme. Alle möglichen Gerüchte müßten erwähnt werden, so eine Wiederherstellung Hannovers, Abtrennung Bayerns vom Reiche und Bildung eines neuen Staates: Bayern mit Deutsch-Österreich (ich glaube diese Gerüchte nicht).

Die Verhältnisse bezüglich Elsaß-Lothringen sind durchaus unklar. Im Herbst 1917 hätten wir noch einen Frieden mit England haben können.

Die OHL erklärte, die Räumung der besetzten Gebiete könne 2—3 Monate in Anspruch nehmen. Wie sie vor sich gehen würde, war zunächst nicht festzustellen. Möglich wäre, daß Beginn der Räumung, Waffenstillstand und Beginn der Friedensunterhandlungen ganz nahe zusammenfielen.

Das Resümee war, daß das alte System absolut abgewirtschaftet habe, nicht mehr zu halten sei und auch nicht verdient habe, länger zu bestehen.

Das Volk sei möglichst zu beruhigen und zunächst das Resultat der nächsten Verhandlungen abzuwarten. Weiter sei jetzt nichts zu tun, auch ein allgemeiner nationaler Aufruf aller Parteien sei bis zum äußersten zu verschieben.<sup>9)</sup>

<sup>6)</sup> An dieser Stelle ist wahrscheinlich folgender Satz einzufügen, der sich am Schluß des Berichts befindet: „Oben vergessen: Äußerung Stresemanns: ‚Das Kunststück, England und Rußland, diese gegebenen Gegner, unter einen Hut zu bringen und mit Frankreich zusammen zu schmeißen, bringt auf der Welt niemand fertig, außer unserm Kaiser.‘ —“

<sup>7)</sup> Admiral Georg Alexander von Müller, Chef des Marinekabinetts.

<sup>8)</sup> Henning von Holtzendorff, Chef des Admiralstabs bis Juli 1918.

<sup>9)</sup> In der Meldung der „Frankfurter Zeitung“ (s. Anm. 1) heißt es: „In einer einstimmig gefaßten Entschließung sprachen sie [die Teilnehmer der Besprechung] der nationalliberalen Reichstagsfraktion die ungeteilte Zustimmung zu ihrer Politik aus, billigten insbesondere ihren Eintritt in die Regierung und sprachen die Erwartung aus, daß unter ihrer Mitwirkung bei den kommenden Friedensverhandlungen die Unversehrtheit des Vaterlandes gewahrt werde.“ Der Wortlaut auch bei Schulthess 1918/I S. 339.

## 55.

## 14. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung am 14. Oktober 1918 im Reichskanzlerpalais.“

**Exz. Graf Roedern:** Ende des Monats mit Krediten zu Ende. Trotzdem Kreditvorlage erst Ende Oktober oder Anfang November bringen, da jetziger Zeitpunkt inopportun. 15 Milliarden wohl nötig, aber nach außen hin besser, nur 10 Milliarden zu fordern und später wieder an Reichstag herantreten. Etwaige Demobilmachung ist nicht billiger für nächste Monate als Weiterführung des Krieges.

**Exz. v. Payer:** Keine Reichstagsdebatten über äußere Politik. Schadet der Friedenssache (Polen, Alldeutsche etc.) Desto mehr innere Fragen erörtern. Erwägen: Jetzt nur noch kurz verhandeln, dann für Nachtragsetat (Kreditvorlage im Hintergrund) zu Anfang November wieder berufen.

**Exz. Scheidemann:** Vorschläge Payers sind durchführbar. Nur innere Fragen behandeln, Äußeres höchstens streifen.

**Exz. Erzberger:** Einverstanden. Reichstag müßte nach Verfassungsänderungs-Gesetz<sup>2)</sup> und Übergangswirtschafts-Gesetz<sup>3)</sup> am Freitag<sup>4)</sup> nach Hause gehen.

**Exz. Gröber:** Unabhängige und Polen, vielleicht auch Rechte werden auf Erörterung äußerer Politik nicht verzichten wollen, so wünschenswert es auch wäre.

**Exz. Lewald:** Ebenso. Trennung zwischen Innerem und Äußerm auch nicht möglich, — denkbar, Mittwoch<sup>5)</sup> Verfass[ungs]änderung vorzulegen. Vielleicht genügt aber Ankündigung der Vorlage durch Reichskanzler (auch Artikel 11).<sup>6)</sup>

**Exz. Erzberger:** Sehr für schleunige Vorlage und Verabschiedung Verf[assungs-]Vorlagen. Nur Konservative opponieren.

**Exz. Lewald:** Bundesrat wird im wesentlichen einverstanden sein (Drews, Dandl, Weizsäcker).

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 183 f.

<sup>2)</sup> Der „Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878“ war am 10. 10. dem Reichstag zugegangen; vgl. Nr. 15 bes. auch Anm. 1. Ein Gesetzentwurf „zur Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung“ folgte am 15. 10.; vgl. Nr. 39 Anm. 30, Nr. 53a.b bes. Anm. 14 und Nr. 58.

<sup>3)</sup> Der „Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft“ war am 9. 10. als Drucksache Nr. 1935 dem Reichstag zugegangen; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3126 f.

<sup>4)</sup> 18. 10. 1918. S. auch die folgende Anm.

<sup>5)</sup> 16. 10. 1918. In der Sitzung des Seniorenkonvents am 15. 10. wurde jedoch beschlossen, die für den folgenden Tag einberufene Sitzung ausfallen zu lassen; dazu Haußmann S. 252 f. Die nächste Plenarsitzung fand erst am 22. 10. statt.

<sup>6)</sup> Vgl. Anm. 2.

Verantwortlichkeitsgesetz für Reichskanzler entstammt Idee von 1848. Hatte nur Sinn im Anfangsstadium des Konstitutionalismus.

Reichskanzler soll einfach in Rede das Prinzip proklamieren. Auch andere Verfassungen haben keinen Paragraphen darüber.

Exz. **Erzberger**: Ober-Staatsgerichtshof-Gesetz.

Exz. **Lewald**: Im Staatsgerichtshof-Gesetz steht auch nur, daß leitender Staatsmann gehen soll, wenn Majorität gegen ihn.

Exz. **Gröber**: Gegen formelle Erklärung des Reichskanzlers. Führt u. U. bei unwichtigen Sachen zu viel zu weiten Konsequenzen. — Es genügt, Rechtsweg zum Ziel des Abschlusses und der Vollendung des Konstitutionalismus zu finden. In Württemberg besteht Gesetz, daß Minister durch Staatsgerichtshof verurteilt werden kann, evtl. gehen muß und nicht wieder angestellt werden darf.

Exz. **Graf Roedern**: (mit Zustimmung) Verantwortlichkeitsgesetz durch Ankündigung ansagen. Nicht mehr.

Exz. **v. Payer**: Staatsgerichtshof ankündigen. Aber nur für Fassade. Nötig ist er bei hiesiger Position Reichskanzlers nicht.

Kredit an 15 Milliarden festhalten.

Reichskanzler-Rede: Was hat Reichskanzler getan und was tut er noch? Reichstagsbeschluß über Verzicht auf außenpolitische Erörterung herbeiführen.

Zeitpunkt?

Exz. **Scheidemann** und **Lewald**: Kommt Wilsons Note, so muß Reichstag beisammen bleiben. Selbstverständlichkeit.

Exz. **v. Payer**: Mittwoch<sup>5)</sup> also beginnen.

Exz. **Scheidemann**: Gleich Basis in Reichskanzlerrede schaffen! Neues ansagen. So Debatte fest in der Hand haben.

Exz. **v. Payer**: Tagesordnung?

Exz. **Erzberger**: Große internationale Bedeutung der Rede, nur Inneres! Das Volk hat dann Führung. In Rede sagen, äußere Erörterungen wolle Reichskanzler jetzt nicht anstellen.

Exz. **Graf Roedern**: Ostfragen, bes. Polen, unter Zuziehung von Drews und Hergt (krank<sup>7)</sup>) bald beraten. Soll heute nachmittags stattfinden.

Exz. **Erzberger**: Erst mit Kriegskabinettt vorbereiten. Alles geht dann glatter.

Exz. **Graf Roedern**: Zur Vorbesprechung auch Friedberg.

Exz. **Wahnschaffe**: Heute nur Baltikum und Litauen.

Exz. **Erzberger**: Nicht zu trennen von Polen.

Beschluß: Heute 6 Uhr Kriegskabinettt über alle Fragen des Ostens.<sup>8)</sup> St[aats]-s[ekretär]-Sitzung abbestellen. Morgen Ruhe für Reichskanzler.

<sup>7)</sup> „krank“ im Or. handschriftlich eingesetzt.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 56.

**Exz. Scheidemann:** Sache aus Pressekonferenz<sup>9)</sup> kommt im Reichstag vor (Stenogramm vorlegen!)<sup>10)</sup> (Westpr[eußen] an Polen: Haltet Euch schadlos an russ[ischem] Gebiet, verzichtet auf deutsches).

Beamten des Auswärtigen Amts preisgeben.

**Briefaffäre:** Brief und Erklärung nicht offiziell in N[orddeutsche] A[llgemeine] Z[itung]. — Aber nicht ganz verzichten. Sachen den Redakteuren freigeben. Alle Mitgl[ieder] über Veröff[en]tl[ichungs-]Notwendigkeit einig, da sonst Reichstag Erörterung. Ganzer Brief harmloser als Auszug.

Also: Presse Möglichkeit der Erörterung geben. Prinz ehemals auf anderem Standpunkt. Niemand zu verübeln, wenn er sich vorwärts entwickelt. Nicht<sup>11)</sup> in N. A. Z.<sup>12)</sup>

**Exz. Solf:** Erklärung<sup>13)</sup> kann wörtlich nicht erscheinen. Reichskanzler darf nicht als Supplikant erscheinen. Umredigierung mit Lensch?<sup>14)</sup>

**Exz. Erzberger:** Redaktionen Material geben. Bitte nur kurze Behandl[ung]. Nicht<sup>11)</sup> Reichskanzler selbst als sprechend anführen.<sup>15)</sup> Im Reichstag: „Olle Kamellen“!

**Exz. Wahnschaffe:** Soll Reichskanzler Brief in Rede erwähnen?

Antworten **Exz. Roedern, Scheidemann, v. Payer:** Ja, aber ganz kurz.

**Exz. Erzberger:** Einverstanden.

<sup>9)</sup> Der Vorgang, den Scheidemann erwähnt, läßt sich nicht genau feststellen. Ausgangspunkt war ein am 13. 10. in den deutsch-polnischen Zeitungen erschienener Aufruf zur Friedensfrage an die Polen Preußens, wonach jetzt — nach der Annahme der 14 Punkte Wilsons durch Deutschland — der Augenblick gekommen sei, „die unverjährenen Rechte der Nation“ zu fordern; das große Ziel sei nahe: das „vereinigte und unabhängige Polen im Verband der freien Völker“. Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 14. 10. 1918, Morgenblatt; Schulthess 1918/I S. 340 f. Dazu Conze S. 389 f.

<sup>10)</sup> Bezieht sich auf Seydas Ausführungen „zur Geschäftsordnung“ am Ende der Plenarsitzung vom 5. 10. 1918, Sten. Berichte Bd. 314 S. 6154: „Ich will nur hervorheben, daß unter den Wilsonschen Friedensbedingungen sich insbesondere auch der Satz befindet, daß ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden soll, der alle polnischen Länder mit eigener Meeresküste umfaßt. Indem die Reichsregierung auch diesen Punkt als Grundlage für die Friedensverhandlungen akzeptiert, erkennt sie zum ersten Male an, daß die Bestrebungen der polnischen Nation auf Vereinigung aller polnischen Landesteile in einen unabhängigen Staat berechtigt sind.“

<sup>11)</sup> Im Or. doppelt unterstrichen.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 51 Anm. 12.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 51 Anm. 3.

<sup>14)</sup> Paul Lensch, Dr. jur., leitender Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, M.d.R. (SPD) seit 1912.

<sup>15)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 15. 10. 1918, 2. Morgenblatt, veröffentlichte den Brief (vgl. Nr. 51 Anm. 12) und berichtete gleichzeitig in indirekter Rede über den Inhalt der Erklärung des Kanzlers vor den Vertretern der Mehrheitsparteien (vgl. Nr. 51 Anm. 3).

## 56.

## 14. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

Nachlaß Prinz Max, maschinenschriftliche Abschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung am 14. Oktober 1918 im Reichskanzlerpalais.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Der Herr Reichskanzler, Exzellenzen: von Payer, Solf, Graf Roedern, Drews, Hergt<sup>3)</sup>, Heinrichs, Wahnschaffe, Scheidemann, Erzberger, Gröber, von Stumm, Trimborn, Lewald, Prinz Hatzfeldt, Ministerialdirektor Deutelmoser.

## I. Polenfrage

Exz. Lewald: Regenschaftsrat-Manifest<sup>4)</sup> geht weiter als Zwei-Kaiser-Manifest:<sup>5)</sup> Auflösung des Staatsrats, Regierungs- und Landtagsgründung. Vorgestern<sup>6)</sup> neuer Eid für polnische Armee (5000 Mann), wonach Generalgouverneur von Teilhaberschaft am Oberbefehl ausgeschaltet. Begründung Regenschaftsrats führt Stimmungsrücksichten an. Gestern bat er, Ende Oktober oder Mitte November ganze Verwaltung, besonders Verpflegung, ihm zu übergeben. (Verpflegung ist für 9 Monate da); Polen sollte abgesehen von Lieferungen für Besatzungsheer, uns noch Vieh liefern. Kohlen (Dombrova) — Ansprüche, Eisenbahn-Ansprüche. (Alles rollende Material ist deutsch). Hier stärkstes Mittel für uns, gegenzuhalten. — Regenschaftsrat will Holzausfuhrverbot (gefährlich für Oberschlesiens Kohlenbau), Notenbank.

Frage: Wie weit entgegenkommen? Starke Tendenzen auf Losreißen deutscher Gebiete. Die Polen haben Wilson-Programm schon zu freier Meeresküste umgelogen<sup>7)</sup>, statt nur freien Zugang zu fordern.

Manche Leute befürworten Räumung, da dann bolschewistisches Chaos. Nicht ratsam. Polnische Armee in guter Entwicklung. Mehrere 100 bis 1000 Offiziere von Dowbór-Muśnicki.<sup>8)</sup> Ferner Reste von Legionen. Österreicher würden auch Truppen senden. Chaos käme also wohl nicht.

<sup>1)</sup> Das Protokoll fehlt in den Akten der Reichskanzlei.

<sup>2)</sup> Im Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) findet sich unter dem 14. 10. folgende Eintragung: „6 [Uhr] Besprechung über Polenpolitik. Friedberg, Drews, Hergt, Lewald, Heinrichs“.

<sup>3)</sup> Die Hinzuziehung des preuß. Innenministers Drews und des preuß. Finanzministers Hergt war in der Kabinettsitzung am Vormittag beschlossen worden; vgl. Nr. 55. Friedberg, der in der Anwesenheitsliste nicht berücksichtigt ist, nahm ebenfalls an der Sitzung teil und ergriff in der Diskussion das Wort.

<sup>4)</sup> Aufruf des polnischen Regenschaftsrats vom 6. 10. 1918; vgl. Schulthess 1918/II S. 508 f.; Conze S. 382 f.

<sup>5)</sup> Vom 5. 11. 1916.

<sup>6)</sup> Am 12. 10. hatte der Regenschaftsrat die höchste Gewalt über das polnische Heer übernommen; vgl. Schulthess 1918/II S. 510.

<sup>7)</sup> Vgl. den in Nr. 55 Anm. 9 zitierten Aufruf vom 13. 10. 1918; ferner für Seydas Ausführungen im Reichstag am 5. 10. Nr. 55 Anm. 10.

<sup>8)</sup> Aus der russischen Armee hervorgegangener General. Über ihn vgl. Conze bes. S. 361 Anm. 48.

Großer Streik in polnischen Kohlengruben soll nach Polen von unserer Verwaltung, nach deren Angaben von Polen verschuldet sein. Aussicht, Streik beizulegen, anscheinend da.

Frage: Patent der beiden Generalgouvernements vom 17. ...<sup>9)</sup> aufheben? Staatsrat hat Patent zum Teil durchbrochen. Aufhebung ist österreichischer Vorschlag.

Folge wäre aber vielleicht nur Aufhebung aller unserer tatsächlichen Rechte. Ferner Bedenken wegen Ausbau der Donau-Südfront. O.H.L. weiß nicht, wie sich polnische Heeresmacht bei stärkerer Entwicklung.<sup>10)</sup>

Exz. **Erzberger**: Brestfriede scheidet Polen von Rußland aus. Polen soll im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn konstituiert werden. Richtige Lösung ist austropolnische. Schleunigstes Einvernehmen mit Österreich-Ungarn, um zu retten, was zu retten ist.

Nicht großes Entgegenkommen an Polen wegen Ostgrenzen. Polnische Differenzen mit Ostnachbarn günstig und [ablenkend]<sup>11)</sup> von uns.

Nötig: wirtschaftliche Gleichberechtigung mit Polen. Garantie Österreich-Ungarns, uns dann auch bei Verteidigung Reichsgrenzen zu helfen.

Exz. **Graf Roedern**: Ist austropolnische Lösung noch möglich? Ist sie so durchführbar, wie Erzberger will, so ist sie die beste; wirtschaftliche Gleichberechtigung mit Österreich-Ungarn in Polen *conditio sine qua non*. Eisenbahnbesitz unser stärkstes Druckmittel beim Friedenskongreß. Ebenso Kohlen. Geht Darlehnskasse an Polen über, so weiter keine Reichsgarantie.

Exz. **Solf**: Leider ist austropolnische Lösung tot: sowohl in Wien, wie in Galizien und Warschau. Burian und Galizien wollen nicht mehr. Ebensowenig Polen. Erzberger-Lösung sehr gut, aber obsolet.

Exz. **Erzberger** hat zum Teil andere Nachrichten.

Exz. **von Stumm**: Burian gäbe uns nötige Konzession nicht. Galizier wollen an Polen.

Exz. **Erzberger**: Galizien kann aber durch Staatsvertrag ausscheiden und Kaiser Karl dann König von Polen werden.

Exz. **Friedberg**: Wir haben polnische Frage als international anerkannt. Wir könnten also sagen, schafft erst mal richtige Volksvertretung. — Das beste für uns ist, Polen dem Chaos zu überlassen, nehmen Eisenbahnen mit.

Exz. **Erzberger**: Problem ist international. Austropolnische Lösung also provisorisch. Stärkt aber unsere spätere Verhandlungsposition.

Exz. **Graf Roedern**: Sofort Wien sagen: Protest gegen jede Eisenbahn usw. — Abtretung.

Exz. **Scheidemann**: Friedberg-Lösung unmöglich. Auslieferung an Hungertod. Spätere Nachbarschaft übel.

Exz. **von Payer**: Preisgabe an Bolschewisten macht diese dann zu unsern Nachbarn. Müssen mit Österreich-Ungarn gemeinsam erträglichen provisorischen

<sup>9)</sup> So in der Vorlage. Gemeint sein dürfte das Patent betr. die Staatsgewalt im Königreich Polen vom 12. 9. 1917. Vgl. Schulthess 1917/II S. 801 ff.; Conze S. 307 f.

<sup>10)</sup> So in der Druckvorlage.

<sup>11)</sup> Im Or.: „ablehnend“; vermutlich Abschreibebefehler.

Zustand schaffen. Regentschaftsrat muß aber wegen seines Auftretens rektifiziert werden, gemeinsam mit Österreich-Ungarn Übergang der Verwaltung auf polnische Elemente fördern. Entlastet uns, belastet Polen.

**Exz. Friedberg:** Regentschaftsrat erteilt uns eine Ohrfeige nach der andern. Über vernünftige Polen ist die Bewegung schon hinweggegangen. Polen sagen: Gebt ihr nicht bei, so geben wir Euch preis.

**Exz. Solf:** Nächste Woche in Wien Konferenz über Polen (austropolnische Lösung). Abbau-Vorschlag nur als Drohung gedacht. Ebenso Litauen und Baltikum behandeln. Dann Hilferufe über neutrale Länder. *Ius occupandi* wandelt sich so für uns in *titulum* der Menschlichkeit.

**Exz. Graf Roedern:** Einverstanden.

**Exz. Drews:** Ohne Entschluß etwaiger Ausführung im Notfall hilft Drohen nichts. Oberpräsidenten im Osten haben bei unseren Polen eine Los-von-Preußen-Bewegung festgestellt. Einzige Möglichkeit, zentrifugale Tendenzen zu kappen, ist Tohuwabohu mit Entziehung der Verwaltung, Bahnen und Truppen. Vorfrage: Ist das militärisch durchführbar wegen Ukraine usw.? Weiter: Ist zu erwarten, daß Polen nach Räumung selbst oder durch Österreich-Ungarn gefestigt werde?

**Exz. Lewald:** Im Reichsamt des Innern Donnerstag<sup>12)</sup> 10.30 Uhr Sitzung mit Generalgouverneur von Beseler. — Entente hat General Haller mit vorzüglicher Polen-Legion als Generalissimus anerkannt.<sup>13)</sup> Vielleicht fordert Entente für ihn Durchgangsrecht.

Regentschaftsrat beruft sich auf Zwangslage, die auch Generalgouverneur zum Teil als berechtigt anerkennt.

**Exz. Graf Roedern:** Stimmungsmache in Posen, Ost- und Westpreußen, unter Umständen mit Geldmitteln nötig. Sparen hier wäre Verschwendung. Kann aus vorhandenen Polenfonds was geschehen?

**Exz. Erzberger:** Polnische Gesellschaft treibt gesellschaftlich und wirtschaftlich Boykott-Terror. Stimmungsmache schwer. 3 Bischöfe sofort mithelfen lassen. Alles zur Stimmungsmache tun. Besonders Rettung Oberschlesiens wichtig (Industrie), wo auch Aussichten am besten, da Bevölkerung nicht rein polnisch. Polnische Presse kann freilich alles durchkreuzen.

**Exz. Hergt:** Zurückführung Eisenbahn nicht ratsam. Zu brutale Vergewaltigung. Aber sichern<sup>14)</sup> müssen wir sie. Zurücksetzung Militärs ausscheidet als militärische Frage zunächst. — Zurückziehung der Verwaltung ist aber ratsam! Nicht Chaos schaffen, sondern Polen ihre Hilflosigkeit zeigen. Wirkt gut auch auf unsere Polen und auf Deutsche.

Pressepropaganda gegen<sup>15)</sup> preußisch-polnische Proklamation!<sup>16)</sup> Bevölkerung an Grenze betont besonders wirtschaftspolitische Aufklärung. Kritik nähren. Drohenden Reifall nachweisen. (Reichspropaganda).

<sup>12)</sup> 17. 10. 1918.

<sup>13)</sup> Vgl. Conze S. 387.

<sup>14)</sup> In der Vorlage doppelt unterstrichen.

<sup>15)</sup> Die folgenden drei Worte in der Vorlage doppelt unterstrichen.

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 55 Anm. 9.

Aus polnischem Lager allmählich Freunde zur Gegenaktion gewinnen. Überlegung, welche Opfer wir bringen wollen für Polen. Ankündigung aber vorsichtig, mündlich, da sonst Schwächezeichen. So Polen anziehen.

Oberschl[esien] Lebensbedingung<sup>14)</sup> für uns. Polen dort meistens willig. Diese mit Geld binden. Nicht staatliche Bestechung: Propaganda! Geld ist da. Preußische Verwaltung muß arbeiten.

Exz. **Erzberger**: Hinweis (auch bei Recklinghauser Arbeit[r]n) auf Verlust sozialpolitischer Rechte und [der] deutschen Vorteile.

Exz. **Hergt**: Genossenschaften mit heranziehen.

Exz. **Scheidemann**: Vor allem handeln. Schikane beseitigen! Das ist wichtigste Propaganda. Wer an Arbeiter heran will, muß Versammlungen abhalten. Flugblätter werden abgelehnt. Arbeiter reden lassen. Sind helle genug, um Vorteile schikanelosen alten Preußens zu erkennen.

Exz. **Hergt**: Für Versammlungsfreiheit ist schon Förderndes vereinbart. Kultusfragen weniger leicht zu ordnen.

Oberpräsidenten waren gegen öffentliche Proklamationen der Konzessionen.

Exz. **Drews**: Entschieden gegen Verwaltungs-Schikanen gegen Polen. Werde Behörden so anweisen.

Falsch wäre aber, jetzt gesetzliche Änderungen kundzutun.

Ausnahmepolitik gegen Polen ist aufzuheben!

Bei internationaler Besprechung darüber Zusagen machen. Katalog der Bestimmungen dazu in Arbeit.

Exz. **Friedberg**: Enteignungsgesetz wäre jetzt aber zu beseitigen.

Exz. **Erzberger**: Reformen ohne Personal-Eingriffe nicht möglich. Schikaneure wegversetzen.

Exz. **Lewald**: Seyda hat sich schon über militärischen Erlaß vom V. Armeekorps gegen großpolnische Agitation<sup>17)</sup> beschwert.

Frage: Ist Agitation Landesverrat? Meines Erachtens selbstverständlich! Bestimmungen müssen aufrechterhalten bleiben.

Exz. **Gröber**: Agitation auf Loslösung unerträglich. Kein Land kann so etwas dulden. Ehrensache des Staates. Also nötig, so vorzugehen, selbst wenn unterirdische Agitation nicht zu beseitigen.

Ausnahmegesetze fördern<sup>14)</sup> die Agitation! Müssen in aller Stille aber schleunigst verschwinden. Fassung am besten allgemein für Fremdsprachige, nicht nur für Polen. Fällt dann weniger auf.

Ein Unrecht zu beseitigen, ist [es] niemals zu spät. Viele Opponenten werden beruhigt.

Exz. v. **Payer**: Taten zeigen! Versprechungen halten uns jetzt die Polen nicht mehr bei der Stange. Also derselben Ansicht wie Gröber, Nadelstichpolitik muß aufhören. Ruhig zugeben, daß bisherige Politik falsch war.

<sup>17)</sup> Den entsprechenden Erlaß des V. Armeekorps (Posen) vom 11. 10. 1918 verlas der polnische Abg. Stychel am 23. 10. 1918 im Reichstag; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6197.

**Exz. Friedberg:** Im Herrenhaus und Abgeordnetenhaus Regierung immer der Feigheit gegen Polen geziehen. Deutsche drohen auszuwandern, wenn Regierung sie der polnischen Agitation ausliefert. Jetzt preisgeben, was wir vor einem halben Jahre vertreten haben. (H. § 13b)<sup>18)</sup> ist unmöglich. Erst bei neuem Abgeordnetenhaus möglich. Lage der Ostdeutschen schwer, da Minderzahl und Überlegenheit der polnischen Organisation. Polenfonds mit harmloser Marke zum Schutze des Deutschtums bekleben. Nicht plötzlich aufgeben. Deutsche verschleudern sonst Grundbesitz und wandern aus.

**Exz. Heinrichs:** Wie soll Propaganda unterdrückt werden?

**Exz. Lewald:** Allgemeine Zensurverfügung. (Entwurf dazu, von Exzellenzen Lewald und Gröber mitgeprüft, ist von mir<sup>19)</sup> persönlich heute 8 Uhr 15 abends Herrn Oberst von Haeften zur weiteren Veranlassung ausgehändigt worden).

gez. Deutelmoser

<sup>18)</sup> So in der Druckvorlage.

<sup>19)</sup> Deutelmoser.

## 57.

### 14. 10. 1918: Bericht des bayerischen Legationsrats von Schoen an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/18, Maschinenschrift.

Hochwohlgeborener Herr!

Hochgebietender Herr Staatsminister!

Der gestrige Sonntag war für den Reichskanzler ein kritischer Tag. Während es anfänglich so schien, als ob die Mehrheitsparteien gewillt wären, über die Briefangelegenheit hinwegzugehen, spitzte sich im Laufe des Tages die Lage infolge der Bedenken, die von sozialdemokratischer Seite vorgebracht wurden, zu. In diesen Kreisen wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß der Brief des Prinzen Max an den Prinzen Alexander Hohenlohe geeignet wäre, das Vertrauen des Auslandes in die Aufrichtigkeit des Leiters der neuen deutschen Regierung zu erschüttern und das Verbleiben des Prinzen Max auf seinem Posten daher die Friedensaktion beeinträchtigen könnte. Bezeichnend für die neuen Verhältnisse, unter denen jetzt hier die Politik gemacht wird, ist, daß der interfraktionelle Ausschuß gestern den augenblicklich hier weilenden Gesandten in Kopenhagen, Grafen Brockdorff-Rantzau, in seine Sitzung kommen ließ<sup>1)</sup> und ihn aufforderte, sich darüber zu äußern, welchen Eindruck seiner Meinung nach die Briefaffäre in dem Ausland hervorgerufen habe und ob das Verbleiben des Kanzlers auf seinem Posten für die Friedensaktion förderlich oder abträglich erschiene. Graf Rantzau, der jedenfalls nicht unterlassen hatte, vorher die Ermächtigung des Auswärtigen Amts zu seinem Erscheinen in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 53a-c.

einzuholen, sprach sich in längeren Ausführungen dahin aus, daß das Ausland dem Widerspruch, der zwischen der Rede des Reichskanzlers vom 5. Ild. Mts.<sup>2)</sup> und seinen Äußerungen gegenüber dem Prinzen Alexander Hohenlohe bestehe, wohl keine so schwerwiegende Bedeutung beimessen werde, daß der Rücktritt des Prinzen angezeigt erschiene. Die Beratungen, die in den einzelnen Fraktionen und innerhalb der Regierung gestern stattfanden, zogen sich bis 2 Uhr nachts hin. Ihr Ergebnis ist, wie ich Euerer Exzellenz heute früh telephonisch zu berichten mir erlaubt habe, daß sich die bürgerlichen Parteien innerhalb der Mehrheit entschieden für ein Verbleiben des Reichskanzlers im Amte ausgesprochen haben.

Auch die sozialdemokratischen Führer scheinen geneigt zu sein, dem Prinzen auch weiter Gefolgschaft zu leisten, wenn auch ihr Stand gegenüber der sozialdemokratischen Fraktion kein ganz leichter ist. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion ursprünglich gegen die Berufung des Prinzen Max auf den Kanzlerposten starke Bedenken geäußert, und es hat längerer Bemühungen des Abgeordneten Ebert auf Grund einer eingehenden Aussprache mit dem Prinzen bedurft, um die Zustimmung der Fraktion zum Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter in die Regierung herbeizuführen. Was die Lage für die Sozialdemokraten erschwert, ist, daß die Unabhängigen gedroht haben, die Mehrheitssozialisten scharf anzugreifen für den Fall, [daß] sie über die Briefaffäre einfach hinweggehen würden. Die Führer der Mehrheitssozialisten haben es bei dieser Sachlage nicht auf sich nehmen wollen, ohne Anhörung der Fraktion über die weitere Haltung der Partei gegenüber dem Reichskanzler zu entscheiden. Sie haben daher auf morgen vormittag eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion anberaumt.<sup>3)</sup> Man nimmt indessen an, daß die Befragung der Fraktion mehr aus formellen Gründen geschieht und daß die Krisis als behoben betrachtet werden darf. Es besteht die Absicht, den Brief des Prinzen Max von Baden an Prinz Alexander Hohenlohe mit einer Erklärung des Reichskanzlers in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu veröffentlichen.

Auch in Amerika scheint Neigung dafür zu bestehen, über die Briefaffäre hinwegzugehen, und das Auswärtige Amt hat den Eindruck, daß Wilson den Prinzen Max gerne halten würde. Anders England und Frankreich, denen das große Entgegenkommen des Reichskanzlers dem Präsidenten Wilson gegenüber nicht sehr willkommen ist und die daher suchen, den Prinzen unter Anspielung auf gewisse Neigungen des Prinzen Hohenlohe möglichst zu diskreditieren.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz  
ehrerbietigst gehorsamster  
Schoen.<sup>4)</sup>

<sup>2)</sup> Im Reichstag; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6150 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 15. 10. 1918.

<sup>4)</sup> Die drei letzten Worte im Or. eigenhändig.

## 58.

15. 10. 1918: Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung  
der Reichsverfassung im Bundesrat

Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 N I/1. Bericht der württembergischen Bundesratsbevollmächtigten v. Varnbüler und Ministerialdirektor v. Schleeauf.

Heute wurde im X.<sup>1)</sup> und VI. Bundesrats-Ausschuß<sup>2)</sup> unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Lewald der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Drucksache Nr. 208)<sup>3)</sup> beraten.<sup>4)</sup>

Der Vorsitzende [Lewald] entschuldigte zunächst die rasche Anberaumung der Beratung dieser erst gestern verteilten Vorlage mit den jetzigen exceptionellen Verhältnissen und betonte, daß der Gesetzentwurf unbedingt morgen dem Reichstag zugehen, also heute noch im Bundesrat erledigt werden müsse.

Der sächsische Gesandte [v. Nostitz] erläuterte als Referent kurz den Inhalt der Vorlage, deren politischer Sinn sei, deutlich zu machen, daß der Reichstag in diesen wichtigen Akten des Reichs ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Er beantragte die unveränderte Genehmigung des Gesetzentwurfs. Die innerhalb des Bundesrats aufgetauchten Klagen, daß man durch die Vorlage überrascht und daß die Zeit für die Prüfung derselben zu kurz bemessen worden sei, hielt er für nicht unberechtigt, da manche Regierungen noch nicht einmal in den Besitz der Vorlage gekommen seien; die Bundesregierungen können zumindest denselben Anspruch auf Orientierung über derartige wichtige Dinge erheben wie die Parteiführer.

Der thüringische Bevollmächtigte [Paulssen] teilte mit, daß seine Regierungen die Vorlage noch nicht erhielten und ihm daher noch keine Instruktion erteilt haben; er werde hiernach im Plenum für alle seine 7 Regierungen das Protokoll offenhalten und mache darauf aufmerksam, daß, wenn 14 Stimmen sich das Protokoll offenhalten, die Vorlage nicht als angenommen gelten kann. Der hessische Gesandte [Frhr. v. Biegeleben] erklärte ebenfalls, daß er sich das Protokoll offenhalten werde, da seine Regierung die Vorlage noch nicht besitze und ihm daher telegraphiert habe, daß sie keine Instruktion erteilen könne. Hieran schloß sich eine längere Erörterung über die Bedeutung der Protokoll-Offenhaltung, bei der die Ansichten geteilt waren. Bürgermeister Fehling (Lübeck) gab seinem tiefen Bedauern über das überstürzte Vorgehen der Reichsleitung

1) Der X. Ausschluß war für die Verfassung zuständig.

2) Der VI. Ausschluß war „für Justizwesen“ zuständig.

3) Art. 11 Abs. 2 lautete: „Zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Reichsgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“

Der Abänderungsentwurf (vgl. Drucksachen des Bundesrats Nr. 208) schaltete hinter „des Bundesrats“ die Worte: „und des Reichstags“ ein und ersetzte Art. 11 Abs. 3 durch folgende Bestimmung: „Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.“

4) Vgl. Nr. 39 Anm. 30, Nr. 53a.b Anm. 14, Nr. 55 Anm. 2.

und über das Unterlassen einer vorherigen Fühlungnahme mit dem Bundesrat Ausdruck, wollte aber seinerseits von einer Offenhaltung des Protokolls absehen und dem Entwurf zustimmen. Der württembergische Gesandte [v. Varnbüler] teilte mit, daß auch in Stuttgart die Vorlage noch nicht eingegangen und er deshalb ohne Instruktion sei;<sup>5)</sup> wenn aber die Frage einer Vertagung der Beschlußfassung infolge einer Protokoll-Offenhaltung von 14 oder mehr Stimmen von Württemberg abhängen sollte, so würde er es auf seine Verantwortung nehmen zuzustimmen.

Die Vorlage wurde hierauf in den Ausschüssen unter Stimmenthaltung des hessischen und des thüringischen Bevollmächtigten unverändert genehmigt. In der Begründung erhielt der vorletzte Satz<sup>6)</sup> auf Vorschlag des Unterstaatssekretärs Lewald folgende Fassung:

„Der Entwurf will diesen Unterschied beseitigen und zugleich bestimmen, daß jeder Vertrag, der sich auf einen Gegenstand der Reichsgesetzgebung bezieht, zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Bundesrats und Reichstags bedarf.“<sup>7)</sup>

Der mecklenburgische Gesandte [Frhr. v. Brandenstein] brachte hierauf noch zur Sprache, daß dem Vernehmen nach der Reichskanzler morgen im Reichstag<sup>8)</sup> ein Gesetz über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ankündigen wolle; er erhob scharfen Widerspruch gegen ein solches ohne vorheriges Benehmen mit den Bundesregierungen erfolgendes Vorgehen der Reichsleitung und verlangte, daß in so wichtigen Fragen mit den Regierungen vorher Fühlung genommen werden muß. Dieser Auffassung schlossen sich verschiedene Bevollmächtigte an. In der anschließenden Plenarsitzung des Bundesrats berichtete der Referent, Gesandter v. Nostitz, über die in der Ausschußsitzung hervorgetretenen Klagen. Er bezeichnete es als außerordentlich mißlich, wenn der Bundesrat in eine solche Situation versetzt wird, wie es bei dieser Vorlage geschah. Da verschiedene Regierungen sich das Protokoll offenhalten wollen, so sei die staatsrechtliche Frage entstanden, ob ein Anspruch auf Protokoll-Offenhaltung besteht und was die Folge davon ist. Die Frage sei nicht einfach zu beantworten. Den Bundesrat dürfe aber jedenfalls kein Rechtsnachteil treffen, wenn über eine Vorlage Beschluß gefaßt werden soll, die den Regierungen noch gar nicht zugegangen und noch nicht bekannt ist, und es müsse alles getan werden, um einen solchen Notstand künftig zu vermeiden. Der Bundesrat gebe dem Reich gewiß alles, was das Reich braucht; die Verfassung dürfe aber nicht als reine Formsache angesehen werden. Die Reichsleitung müsse ja selbst darauf zählen, daß der Bundesrat sie nicht sitzen läßt; sie dürfe aber daraus nicht den Schluß ziehen, daß auf den Bundesrat keine Rücksicht zu nehmen ist.

Der Vorsitzende, Vizekanzler v. Payer, erwiderte, er verstehe die Beschwerden der Bundesrats-Bevollmächtigten nur zu gut und sei seinerseits nicht in der Lage und habe auch nicht die Absicht, sie für unbegründet zu erklären. Er müsse

<sup>5)</sup> Vgl. dazu den Schlußsatz dieses Berichtes.

<sup>6)</sup> „Der Entwurf will diesen Unterschied beseitigen und damit zugleich bestimmen, daß kein Vertrag über Gegenstände der Reichsgesetzgebung Gültigkeit erlangen kann, wenn nicht Bundesrat und Reichstag zustimmen.“ Vgl. Drucksachen des Bundesrats Nr. 208.

<sup>7)</sup> Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3132 (Drucksache Nr. 1951).

<sup>8)</sup> Die nächste Sitzung des Reichstags fand erst am 22. 10. statt. Über die am 15. 10. beschlossene Verschiebung vgl. Nr. 55 Anm. 5.

vielmehr anerkennen, daß der Bundesrat diesmal in eine recht mißliche Zwangslage gebracht worden ist. Er bedaure das und könne es nur durch die politische Sachlage entschuldigen. Die Ereignisse haben sich in letzter Zeit gedrängt; er könne aber versichern, daß er alles daran setze, um zu verhüten, daß so etwas sich wiederholt. Er glaube auch, daß wir jetzt aus der Zwangslage herauskommen und daß solche Zustände nicht wiederkehren, weshalb er auch von einer Erörterung der für eine Abhilfe in Betracht kommenden Wege absehen wolle; es sehe jetzt doch so aus, als ob man jetzt wieder zu ruhigeren Zuständen hier in Berlin kommen wird.

Unterstaatssekretär **Lewald** teilte im Anschluß an diese Ausführungen des Vorsitzenden mit, daß in Bälde auch noch der § 10 der elsäß-lothringischen Landesverfassung<sup>9)</sup> geändert werden müsse (die Änderung der elsäß-lothringischen Landesverfassung kann nur durch Reichsgesetz erfolgen). Es werde nötig werden, diese Änderung außerordentlich schnell herbeizuführen. Er gebe daher anheim, die Regierungen jetzt schon über diese schwebende Sache zu unterrichten.

Der hanseatische Gesandte **Sieveking** erwähnte, daß der Reichskanzler beabsichtige, morgen im Reichstag<sup>8)</sup> eine Vorlage wegen der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers anzukündigen; bei dieser Ankündigung dürfe jedenfalls nicht von einer Zustimmung der Verbündeten Regierungen gesprochen werden. Vizekanzler **v. Payer** erwiderte, daß er den Reichskanzler auf diese Angelegenheit noch aufmerksam machen wolle; er glaube nicht, daß der Kanzler von einer Zustimmung des Bundesrats sprechen will.

Der sächsische Gesandte [**v. Nostitz**] meinte, daß in dem Moment, wo der Reichskanzler dem Reichstag eine solche Andeutung über eine Vorlage macht, der Bundesrat zwar nicht formell, aber materiell gebunden ist. Deshalb sei das Verlangen nicht unbillig, daß, wenn eine derartige Ankündigung überhaupt nötig erscheint, sie doch möglichst vorsichtig gemacht wird, so daß sie nicht vom Reichstag als eine Zusage aufgefaßt werden kann. Der Unterstaatssekretär **Lewald** bemerkte hierzu, daß die Einschränkung der Initiative der Reichsleitung auch nicht zu weit gehen dürfe; es dürfe nicht so werden, daß der Reichskanzler, wenn er eine Vorlage für erforderlich hält, sich vorher der Zustimmung des Bundesrats über die Gedanken der Vorlage vergewissern muß. Der sächsische Gesandte [**v. Nostitz**] erwiderte, schwerwiegende politische Maßnahmen sollten nicht ohne vorherige Fühlung mit dem Bundesrat angekündigt werden; er wolle keinen Rechtsanspruch erheben, würde es aber persönlich zum mindesten begrüßen, wenn auch nach dieser Richtung billige Rücksicht auf die Bundesregierungen genommen würde.

Vizekanzler **v. Payer** erklärte hierauf, über die Rechtslage könne kein Zweifel sein: die Reichsleitung sei berechtigt, wenn sie auf einen gesetzgeberischen Gedanken kommt, hierüber bei Gelegenheit auch mit dem oder jenem Faktor zu

<sup>9)</sup> Vom 31. 5. 1911: „Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Landtag.

Wenn ein Mitglied der zweiten Kammer ein besoldetes Reichs- oder Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienst ein Amt antritt, mit dem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme und kann beides nur durch neue Wahl wieder erlangen.“ Vgl. Nr. 103 Anm. 10.

sprechen; es komme hierbei entscheidend auf die politische Lage an. Dem Recht der Reichsleitung stehe aber zweifellos ein Billigkeitsanspruch der Verbündeten Regierungen gegenüber, nicht vor Verhältnisse gestellt zu werden, die, wenn sie auch noch nicht Tatsachen sind, doch wie Tatsachen wirken können. Hier sei nur der Weg des billigen Ausgleichs möglich, nämlich der Weg, daß die Reichsleitung es für zweckmäßig und billig ansehen wird, wenn irgend möglich vorher Fühlung mit den Verbündeten Regierungen zu nehmen. Der sächsische Gesandte [v. Nostitz] begrüßte diese Ausführungen des Vizekanzlers mit großem Dank.

Der hessische Gesandte [Frhr. v. Biegeleben] unterbreitete dem Vizekanzler den Wunsch, ob in der morgigen Rede des Reichskanzlers<sup>9)</sup> die Ankündigung des Gesetzes über die Reichskanzlerverantwortlichkeit nicht besser unterbleiben könnte, und ob, wenn das nicht möglich wäre, die Ankündigung nicht in einer Form erfolgen könnte, die die Verbündeten Regierungen nicht verpflichtet. Der Vizekanzler [v. Payer] versprach, den Reichskanzler von diesem Wunsch in Kenntnis zu setzen.

Zu dem Gesetzentwurf Nr. 208 der Drucksachen<sup>3)</sup> selbst erklärte der thüringische Bevollmächtigte [Paulssen], für alle seine 7 Regierungen das Protokoll offenhalten zu müssen; ferner hielt der hessische Gesandte [Frhr. v. Biegeleben] für Hessen das Protokoll offen. Der württembergische Gesandte [v. Varnbüler] erklärte hierauf, daß er an sich auch für Württemberg das Protokoll offenhalten sollte; da aber dann die Frage der 14 Stimmen akut würde, so nehme er es auf seine Verantwortung, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Der Entwurf wurde hierauf unverändert genehmigt.<sup>10)</sup> Der von den Ausschüssen beschlossene Änderung der Begründung wurde zugestimmt.

Die telegraphische, auf Zustimmung lautende Instruktion des K. Staatsministeriums ist unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung eingelaufen.

<sup>10)</sup> Vgl. Protokolle des Bundesrats S. 1438.

## 59.

### 15. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Stellvertreter des Reichskanzlers 2536; Maschinenschrift (teilweise Durchschlag).  
Überschrift: „Besprechung über die politische Neugestaltung in Litauen und im Baltenlande am 15. Oktober 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vormittags im Reichskanzlerpalais.“<sup>1)</sup>

Anwesend: Vizekanzler Exzellenz v. Payer, Staatssekretär Exzellenz Graf Roedern, Erzberger, Gröber, Trimborn, Scheidemann, Unterstaatssekretär

<sup>1)</sup> Aus dem Terminkalender des Prinzen Max ergibt sich, daß Trimborn, Lewald und Falkenhäuser (s. folgende Anm.) am Vortage um 17 Uhr beim Reichskanzler gewesen waren; Nachlaß Prinz Max.

Exzellenz Wahnschaffe, von Falkenhausen<sup>2)</sup>, Oberst von Haefthen, Botschaftsrat Graf Hatzfeldt, Regierungsassessor und Attaché Graf Matuschka.<sup>3)4)</sup>

**Staatssekretär Trimborn:**

1. Es ist die Militärverwaltung zu beseitigen.
2. Eine Regierung herzustellen mit einem Träger der Souveränität in Litauen aus der Taryba, im Baltenland Mehrheit aus Esten und Letten. Baltenland ist vereint zu lassen. Eigenen Beamtenkörper schaffen.
3. Provisorische Regierung soll Wahlstatut ausarbeiten. Konstituierende Versammlung soll Staatsform endgültig beschließen.<sup>5)</sup>

1. Sicherheit des Landes.<sup>6)</sup> Polizeitruppen.

2. Frage, ob Verträge geschlossen werden können.<sup>7)</sup> Eisenbahngemeinschaft.

**Staatssekretär Erzberger:** Taryba eigentliche Vertretung des Volkes. Erlaß der Militärverwaltung, daß Taryba nur beratender Körper war<sup>8)</sup>, muß zurückgenommen werden. Taryba erweitern, sodann Regierung bilden, keinen Regentenschaftsrat.

<sup>2)</sup> Unterstaatssekretär Friedrich Frhr. von Falkenhausen, Reichskommissar für Kurland und Litauen.

<sup>3)</sup> Vermutlich als Protokollführer.

<sup>4)</sup> Haußmann, der am Vortage zum Staatssekretär ohne Portefeuille ernannt worden war, nahm nicht teil, da man, wie es bei Haußmann S. 251 heißt, vergessen hatte, „mich in die Kabinettsitzung zu laden, weil niemand geladen wird, sondern vereinbart ist [vgl. Nr. 25], daß alle Tage die parlamentarischen Staatssekretäre der Pressekonferenz beiwohnen, um dreiviertel zehn Uhr, an welche sich dann die Kabinettsitzung anschließt.“

<sup>5)</sup> Die beiden folgenden Sätze sind im Or. durch einen Querstrich abgesetzt, so daß sie nicht mit Sicherheit Trimborn zuzuweisen sind.

<sup>6)</sup> Die Sicherheit des Landes war durch die „wachsende Gefahr des Bandenunwesens“ gefährdet; vgl. das Schreiben des Vizepräsidenten der Litauischen Taryba, Jurgis Saulis, vom 27. 8. 1918 an den Militärgouverneur für Litauen. Abgedruckt bei P. Klimas, Der Werdegang des litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Berlin 1919, S. 177 ff.

<sup>7)</sup> In einer Kabinettsorder vom 23. 3. 1918 und in einer Erklärung des Reichskanzlers Graf Hertling vom gleichen Tage war die Anerkennung des selbständigen litauischen Staates ausgesprochen worden (vgl. Quellen I/II S. 334). Demgegenüber hieß es in einem Schreiben des Reichskanzlers vom 14. 9. 1918 an den Präsidenten der Taryba, Smetona (abgedruckt bei Klimas a.a.O. S. 185 f.), daß in den genannten Erklärungen „die Anerkennung des selbständigen litauischen Staates abhängig gemacht wird von der Voraussetzung“, daß die zwischen dem Reich und Litauen abzuschließenden Konventionen „in einer den Interessen Deutschlands Rechnung tragenden Weise abgeschlossen werden“. Die Voraussetzung „konnte nach Lage der Dinge noch nicht erfüllt werden und damit entfallen die Folgerungen, die hinsichtlich der Machtbefugnisse des Landesrates gezogen werden.“ In der Antwort des Präsidenten der Taryba vom 16. 10. an Reichskanzler Prinz Max wies Smetona unter Berufung auf den Wortlaut der Anerkennungsurkunde die von Graf Hertling vertretene Auffassung der bedingungsweisen Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens als unrichtig zurück. Smetona erbat vom Reichskanzler die „Meinung der jetzigen Regierung“ bezüglich der Anerkennung Litauens als freier und unabhängiger Staat. Vgl. Klimas a.a.O. S. 202 f. Die Antwort des Kanzlers erfolgte am 20. 10.; vgl. Anm. 26.

<sup>8)</sup> Der entsprechende Erlaß des Oberbefehlshabers Ost vom 23. 9. 1917 war durch ein Schreiben des Verwaltungschefs beim Militärgouverneur für Litauen vom 20. 8. 1918 an das Präsidium der Taryba in Erinnerung gebracht worden; abgedruckt bei Klimas a.a.O. S. 172 f.

Festlegung der Grenzen. Kompensationsobjekt gegen Polen aus taktischen Gründen, wenn ganzes heutiges Litauen zusammenbleibt. Andere Herren in die Verwaltung.<sup>9)</sup> Ein deutscher Lord Cromer<sup>10)</sup> nach Wilna als Generalkommissar, um alles einzurichten, und zwar sofort.

Litauen hat eigene Beamte.

Rügt dann das Verbot der Militärverwaltung, in der Presse über gewisse litauische Angelegenheiten zu schreiben, Konventionen seien nicht abzuschließen. Wir müssen den Litauern sagen, wir zögen die Eisenbahnen zurück. Dann werden sie zu uns kommen. Aber keine Konventionen, besonders keine Militärkonvention. Taryba enthält alle Parteien, deswegen muß sie allein die Wahlen machen. Bolschewismus nimmt sehr stark zu. Alle Maßnahmen sind sofort durchzuführen; Kommissar muß sofort nach Litauen gehen, der Vertrauen der Litauer hat.

Baltenland ist zu sagen, daß wir keinen Wert auf Personalunion legen, sonst stimme ich Staatssekretär Trimborn zu.

Botschaftsrat **Graf Hatzfeldt**: Litauer und Balten sollen ihr Haus einrichten, wie sie es wollen. Frage, ob geeintes Baltenland oder geteiltes. Taryba nicht Vertretung des ganzen Volkes, hat keinen Einfluß im ganzen Lande, muß stark verbreitert werden, auch auf polnische Grundbesitzer. Großlitauen würde polnischen Wünschen entsprechen. Ronikier will Litauern Großlitauen anbieten, um es ganz zu polonisieren.<sup>11)</sup> Presse untersteht jetzt nicht Verwaltung, sondern Oberkommandos. Presse muß unter Zivilverwaltung kommen.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Vorgehen ist abhängig von Grenzfrage. Großlitauen nicht einmal Wunsch aller Nationallitauer. Gegend von Bialowieza wollen sie nicht haben, da dort Litauer keinen Boden. Wenn zu große polnische Gebiete an Litauen fallen, wird es ganz unter polnischen Einfluß kommen. Dies gilt auch von Wilna, wenn auch alle Litauer es haben wollen.<sup>12)</sup> Taryba ist Vertretung des politischen Nationallitauertums; alle anderen Nationen zusammen halten dort Litauern zumindestens die Waage.

Unser Ziel muß jetzt sein (anders wie bisher), litauische Vertretung auf Friedenskongreß zu erhalten, die mit uns geht; ihnen ist also Gestaltung des Landes zu überlassen. Druckmittel, unsere Truppen zurückzuziehen, ist nötigenfalls anzuwenden. Einrede der Litauer, amerikanische Truppen kämen dann, dürfte nicht zu ernst zu nehmen sein. Wir müssen Litauer veranlassen, uns zu bitten, Truppen da zu lassen.

<sup>9)</sup> Smetona hatte den Reichskanzler am 4. 10. darauf aufmerksam gemacht, „daß das rücksichtslose Vorgehen der Militärverwaltung große Verstimmung im Lande hervorruft und für die deutsch-litauischen Beziehungen geradezu verhängnisvoll werden kann.“ Vgl. a.a.O. S. 190 f.

<sup>10)</sup> Evelyn Baring, Earl of Cromer (gest. 1917), war von 1883—1907 als britischer Generalkonsul in Ägypten der eigentliche Regent des Landes.

<sup>11)</sup> Nach Conze S. 383 f. hatte Graf Ronikier am 7. 10. dem Auswärtigen Amt die Forderungen des polnischen Regentschaftsrates überreicht, in denen u. a. der Anschluß Litauens an Polen vorgesehen gewesen sei.

<sup>12)</sup> In einem Schreiben vom 8. 10. hatte Smetona dagegen protestiert, daß die „Okkupationsbehörden in Litauen“ Verhandlungen mit Polen über die Abtretung Wilnas aufgenommen hätten. Vgl. Klimas a.a.O. S. 193 ff.

Presse muß als erstes Zivilverwaltung übergeben werden. Nach Exzellenz Erzbergers Plänen kaum noch Platz für Zivilverwaltung. Ich weiß, daß alles, was von Militärverwaltung kommt, bei Litauern suspekt ist. Der größte Teil der Kreishauptleute hat aber das Vertrauen der Litauer. Ganzer Apparat kann nicht mit einem Schläge herausgenommen werden. Überleitung muß allmählich vor sich gehen. Nationallitauische Regierung muß eingerichtet werden unter Hinzuziehung der in Taryba nicht enthaltenen Schichten. Exekutive nach und nach von neuer Regierung zu übernehmen, einzelne Ressorts sofort (Kultus, Landwirtschaft). Litauer haben noch nicht genügendes Beamtenmaterial, wenig befähigt für praktische Arbeit. Ob deutsche Beamte bereit sein werden, dort unter litauischer Regierung zu arbeiten, bleibt abzuwarten. Man muß Chaos vermeiden, um nicht Bolschewismus hochkommen zu lassen.

Staatssekretär **Erzberger**: Grenzfrage wichtig. Bielsk im Austausch gegen Suwalki an Polen zu geben, nicht Grodno, Bialystok, Wilna. — Taryba ist von Landesversammlung gewählt; Mehrheiten müssen in Taryba vertreten sein. Besteht begründete Hoffnung, daß Matulewicz in Wilna zum Bischof ernannt wird.<sup>13)</sup> Litauischer Staat muß litauisch bleiben. Zivilverwaltung muß daher möglichst rasch in litauische Zivilverwaltung übergeleitet werden, aber nicht auf einen Schlag. Kein Zweifel, daß genügend deutsche Beamte vorhanden. Generalkommissar, der Vertrauen der Litauer hat, muß ernannt werden, damit Litauen auf Kongreß zufrieden ist. Nicht entscheidend gute Funktion der Verwaltung, sondern politische Auswirkung. Verkehrskonvention, Zoll- und Münzkonvention zwar jetzt möglich. Litauischer Nationalrat in der Schweiz beschloß aber vollkommene Autonomie<sup>14)</sup>, keine Konventionen, daher international nicht gut, jetzt Konventionen abzuschließen.

Staatssekretär **Gröber**: Ziel, Staat zu schaffen, der von Polen nicht aufgesaugt wird. Ob möglich, zweifelhaft. Wir müssen Sache laufen lassen. Unser Interesse, nicht zuviel polnische Bevölkerung. Litauische Intelligenz sehr schwach, alle Intelligenz ist polnisch. Diese wirtschaftlich sehr stark. Wilna im wesentlichen polnisch und jüdisch. Warne aber, Litauen Wilna zu nehmen, wo man einmal Anerkennung Wilnas als litauischer Hauptstadt ausgesprochen hat. Bestreben, möglichst nationallitauischer Staat.

Verwaltung ist Litauen zu überlassen. Ersatz aller deutschen Beamten durch litauische nicht sofort durchführbar. Personal wird fehlen, aber allmählich zu ersetzen. Prinzip, möglichst bald zu einheimischer Zivilverwaltung überzugehen. — Taryba ist zu klein, zu knappes Fundament. Minderheiten müssen vertreten werden. Generalkommissar ist hauptsächlich Personalfrage; der Kommissar muß deutsche Interessen vertreten und Vertrauen der Taryba haben.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Wilnas Verlust den Litauern unersetzlich, aber im Auswärtigen Amte wurde gesagt, daß Wilna den Polen

<sup>13)</sup> Der Wilnaer Bischofsstuhl war seit der von russischer Seite 1917 ausgesprochenen Verbannung des Bischofs Baron von der Ropp verwaist. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Taryba, den deutschen Behörden in Wilna und dem päpstlichen Staatssekretariat wurde Anfang Dezember 1918 Prof. Jurgis Matulaitis-Matulewicz zum neuen Bischof geweiht. Vgl. Klimas S. XXXVI f., 216 ff.

<sup>14)</sup> Im Februar 1918; vgl. Quellen I/II S. 232.

zugesagt wurde. Man muß den Litauern Aussichten auf Wilna lassen, aber sagen, daß wir nach Wilsonschen Punkten zunächst neutral sein müssen, bis Volksabstimmung stattgefunden; diese wird für Polen ausfallen. Außer Grodno legen Litauer auf Süden nicht zuviel Wert. Teile der ehemaligen russischen Gouvernements Grodno und Bialystok neutral zu verwalten.

Habe Absicht, aus jetziger Militärverwaltung Zivilverwaltung zu machen. Kommissar muß ähnliche Stellung wie englischer High commissioner haben, Vertreter der Reichsinteressen bei litauischer Regierung. Man soll den Litauern sagen, richtet euch Regierung ein, wir beseitigen die Ob[er]-Ostverwaltung. Dann werden wir litauischer Regierung ein Organ nach dem anderen zur Exekutive übergeben. Bis dahin diese dieselbe Stellung wie Regentschaftsrat.

Staatssekretär **Scheidemann**: Müssen aufhören, uns als Regierer zu fühlen, sondern wir müssen als Freunde kommen. Generalkommissar kann nur Aufgabe haben, Litauern nach ihrem Ermessen zu helfen. Vor Konventionen zu warnen, da Völkerbund anzustreben, der uns Vorteile bringt. Vor allem Militärkonvention vermeiden. Taryba noch immer verhältnismäßig beste Volksvertretung; Juden, Polen fehlen. Taryba aus Landesversammlung gewählt, die aus ganzem Lande zusammenkommt.

Grenzfrage ist unangenehm, Vorwurf der Doppelzüngigkeit nicht zu vermeiden. Hinzu kommt Verhalten der Militärverwaltung, daher gereizte Stimmung erklärlich; deswegen so wenig wie möglich selbst regieren. Aber wegen Wilna ist ein klares Wort zu sprechen.

Staatssekretär **Graf Roedern**: Generalkommissar ist Personenfrage, Lord Cromer<sup>10)</sup> sehr schwer zu finden. Der Generalkommissar muß vermitteln zwischen Armee, Verwaltung und Taryba. Findet man solchen Mann, ergibt sich Konstruktion von selbst. Eine Anzahl jetzt dort tätiger Beamter dürfte zu finden sein, die dort bleiben werden. Jetzt nicht zu entscheiden, ob Wilna polnisch wird. Aber Friedenskongreß wird Wilna Polen zusprechen.

Persönlichkeit des Generalkommissars zu finden ist nötig.

Staatssekretär **Trimborn** stellt fest, daß Übereinstimmung darüber herrscht, die heutige Militärverwaltung in eine Zivilverwaltung umzuwandeln.<sup>15)</sup> Das Militär muß sich in erster Linie von der Verwaltung zurückziehen. Dann Generalkommissar, der alles zu ordnen hat, als Freund und Helfer. Soll neuer Verwaltungschef Generalkommissar werden? Muß m. E. nicht mit Verwaltung belastet werden. Chef der Zivilverwaltung wäre an Weisungen Generalkommissars gebunden. Generalkommissar müßte zunächst Taryba ergänzen, dann Regierung schaffen.

Gebiete, über die Friedenskongreß entscheiden wird, in Treuhand zu nehmen, dies Polen und Litauen gegenüber zu rechtfertigen, bis dahin streitige Gebiete neutral zu verwalten.

Vizekanzler v. **Payer**: Zeit für Konventionen verpaßt, übrig noch Verkehrsvereinbarung; Drohung, abzumarschieren, im Hintergrund zu lassen. Grenzfrage geht uns nichts an. Wir tragen laufende Verwaltung bis zum Friedenskongreß; wir wollen nicht dokumentieren, daß strittige Gebiete Litauen zufallen.

<sup>15)</sup> Im Or. handschriftl. berichtet aus: „umzumodeln“.

Taryba muß ergänzt werden, muß auf breiter Grundlage stehen; man muß mit Litauern, die hier sind<sup>16)</sup>, darüber reden. Dieser Körper repräsentiert dann künftiges Litauen; er muß Regierung nach seinem Gutdünken schaffen. Über Beamtenfragen bestehen Meinungsverschiedenheiten. Wege über deutsche Zivilverwaltung unpraktisch. Überleitung direkt zur litauischen Zivilverwaltung, Beamte werden sich finden. Bisherige Militärverwaltungsangehörige auch dort lassen, wo litauische Regierung besteht. Die ganze Verwaltung muß dem Generalkommissar im Einverständnis mit litauischer Regierung unterstellt werden. Name des Kommissars ist zu nennen.

Staatssekretär **Erzberger** schließt sich Vizekanzler an. Persönlichkeit des deutschen Generalkommissars muß mit Taryba gut stehen, nicht im Lande bisher tätig gewesen sein. Muß Katholik sein aus Verwaltung oder Diplomatie. Graf Oberndorff<sup>17)</sup> oder Geheimrat Nadolny<sup>18)</sup> kommen in Betracht, wenn letzterer auch nicht Katholik. Aber Litauer wollen ihn als Kommissar haben.

Botschaftsrat **Graf Hatzfeldt**: Wilna ist von den Polen immer gefordert worden, daher ist ihnen gesagt, daß wir gegen Volksabstimmung nichts haben würden, wegen Vermeidung austropolnischer Lösung. Wenn litauische Verwaltung in Wilna tätig ist, nehmen Polen es so übel, daß unsere Polenpolitik hinfällig wird. Litauische Regierung darf sich nur in rein litauischen Gebieten betätigen. In Taryba ist auch litauischer Kleinbesitz nicht genug vertreten, auch deutscher Besitz nicht.

Staatssekretär **Graf Roedern**: Südteile sind zu neutralisieren, denn sonst müßte Taryba ganz anders zusammengesetzt sein. Wilna muß wohl bei Litauen gelassen werden, aber das übrige Gebiet ist zu neutralisieren. Graf Oberndorff müßte auch energisch gegen Militärverwaltung Stellung nehmen. Nadolny dürfte kaum vom Auswärtigen Amte abgegeben werden.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Militärverwaltung kann mit Federstrich Oberost entzogen und Reichskanzler übertragen werden. Zweifelhaft, ob Verlangen nach Räumung<sup>19)</sup> sich auch auf Osten bezieht. Fragt sich, wie Litauer selbst denken. Verhandlungen nötig über Verkehrsunion, Münzunion, Zollunion. Dadurch nur Litauer Vorteile. Es besteht nicht der Gedanke, ihnen dies zu oktroyieren, sondern nur die Absicht, Einheitsfront auf Friedenskongreß herzustellen, was durch derartige Unionen erleichtert wird.

Vizekanzler **v. Payer**: Praktisch, bisherige Militärverwaltung sofort der Reichsleitung zu unterstellen (Generalkommissar). Dann Überleitung in litauische Zivilverwaltung. Kommissar muß im Einvernehmen mit Taryba Stellen besetzen. Nahrungsmittel gehen in großer Menge aus Litauen nach Deutschland, das muß bleiben. Zoll- und Währungsverträge<sup>20)</sup> jetzt noch nicht abzuschließen wegen

<sup>16)</sup> Das Präsidium der Taryba hatte am 9. 10. um eine Audienz beim Reichskanzler nachgesucht (vgl. Klimas a.a.O. S. 198 f.) und war inzwischen in Berlin eingetroffen, wo es am 20. 10. vom Prinzen Max empfangen wurde; vgl. Anm. 26.

<sup>17)</sup> Gesandter in Sofia.

<sup>18)</sup> Referent für Ostfragen im Auswärtigen Amt.

<sup>19)</sup> In der ersten Wilson-Note vom 8. 10. 1918.

<sup>20)</sup> Im Or. handschriftl. berichtigt aus: „Währungsfrage“.

ungünstigen Eindrucks auf Wilson. Nötig Vereinbarungen über Eisenbahnen. Litauer haben Interesse, uns dort zu halten, ebenso Entente, da sonst Bolschewismus herrscht.

Staatssekretär **Trimborn** stellt fest, daß der Gedanke Zustimmung gefunden hat, die Südgebiete als Treuhänder unabhängig von Litauen zu verwalten, Wilna bei Litauen zu belassen.

Vizekanzler von **Payer**: Es ist den Balten zu sagen, Personalunion käme in Wegfall.

Unterstaatssekretär **Frhr. von Falkenhausen**: Deutschbalten verlangen Klarheit über diesen Punkt. Frage ist sehr dringend. Auch im Baltikum ist Zivilverwaltung und eigene Regierung geschaffen. Regierung ist von jetzigen Landesräten zu schaffen, die aber zu gleichen Teilen aus Deutschen, Balten und Esten zusammengesetzt sind. Diese Regierung muß dann zu neuen Wahlen aufrufen.

Staatssekretär **Trimborn**: Soll Generalkommissar auch für Baltikum gelten?

Vizekanzler v. **Payer**: Militärverwaltung ist aufzuheben, Zivilverwaltung einzurichten mit besonderem Kommissar, der Litauen nicht unter sich hat, dieselbe Stellung wie der für Litauen gedachte Kommissar.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Im Baltikum sind die Verhältnisse in dieser Beziehung einfacher. **Goßler**<sup>21)</sup> auch bei Balten als gerecht und verständnisvoll anerkannt. Abneigung herrscht gegen Major Frantz vom A.O.K. 8, gegen den **Goßler** im Gegensatz steht, was auch Bevölkerung bekannt. Dort könnte **Goßler** Verwaltungschef bleiben und Verhandlungen führen.

Botschaftsrat **Graf Hatzfeldt**: **Goßler** zu enge Beziehungen zu **Rahden**<sup>22)</sup> und **Dellingshausen**<sup>23)</sup>, die Germanisierung bezwecken. Aufruf **Rahdens** an Balten, ins deutsche Heer einzutreten, beweist dies. Generalkommissar muß neuer Mann sein. Andere Balten bisher weniger hervorgetreten.

Vizekanzler v. **Payer** schließt sich **Graf Hatzfeldt** an, **Goßler** hat von Amts wegen in bisherigem Sinne tätig sein müssen. Ist belastet mit Fühlung zu **Rahden**. Es ist ein Mann nötig, der die Landesräte ergänzen muß, ehe die neue Regierung gebildet wird; oder Regierung ist so zusammzusetzen, daß sie allen Wünschen entspricht, aber erste Vorschläge besser.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Ergänzung sehr wenig praktisch, da dies als unser Werk anzusehen.

Staatssekretär **Trimborn**: Generalkommissar würde auch im Baltenland nicht gleichzeitig Verwaltungschef sein.

Vizekanzler v. **Payer**: Generalkommissar soll über dem Chef der neuen Zivilverwaltung stehen.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Frage, welchem Ressort Generalkommissar unterstehen soll. Litauer wollen, daß Generalkommissar Auswärtigem Amt unterstellt wird.

<sup>21)</sup> Landrat a. D. Alfred von **Goßler**, Chef der Militärverwaltung in Kurland.

<sup>22)</sup> Alexander Baron von **Rahden**, kurländischer Landesbevollmächtigter.

<sup>23)</sup> Eduard **Frhr. von Dellingshausen**.

Botschaftsrat **Graf Hatzfeldt**: Muß so sein, wie bisher in Belgien und Polen. Politik muß beim Auswärtigen Amt liegen; innere Verwaltungsfragen beim Reichsamt des Innern.

Staatssekretär **Gröber** und Vizekanzler **v. Payer** stimmen zu.

Staatssekretär **Gröber** legt Wert darauf, daß Fallenlassen der Personalunion öffentlich ausgesprochen wird.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Exzellenz von Payer hat in seiner Rede auf die großen Bedenken der Personalunion hingewiesen.<sup>24)</sup> Ich sehe keinen Vorteil darin, den Gedanken des Ausfallens der Personalunion jetzt auszusprechen; die Balten würden dann nur deutsche Fürsten wählen.

Botschaftsrat **Graf Hatzfeldt**: Balten verlangen energisch klare Antwort. Jetzt dürfte wohl kein deutscher Fürst für das Baltikum zu finden sein.

Vizekanzler **v. Payer**: Wenn Balten erklären, sie wollten jetzt Personalunion haben, ist mit ihnen nicht zu reden.

Unterstaatssekretär **Frhr. v. Falkenhausen**: Balten wollen nur Klarheit.

Vizekanzler **v. Payer**: Wir können die Balten ruhig in der Schwebe lassen.

Botschaftsrat **Graf Hatzfeldt** und Staatssekretär **Gröber** wollen Erklärung gegen Personalunion wegen Wirkung gegen Annexionsabsichten.

Exzellenz **Gröber** will auf bisherige Regierungserklärungen hingewiesen haben, in denen diese Frage schon entschieden sei.

Vizekanzler **v. Payer**: Hierzu Entscheidung Reichskanzlers notwendig.

Botschaftsrat **Graf Hatzfeldt**: Entscheidung Seiner Majestät notwendig, auch wegen sächsischer Lösung Litauens.

Vizekanzler **v. Payer**: Reichskanzler muß Entscheidung Seiner Majestät einholen. Sächsische Lösung<sup>25)</sup> ist still unter den Tisch gefallen. Aber Interesse an Klärung dieser Fragen denkbar aus Gründen auswärtiger Politik.<sup>26)</sup>

---

<sup>24)</sup> Am 24. 9. 1918 hatte sich Payer im Hauptausschuß über die Zukunft des Baltikums geäußert. Danach sollten die drei baltischen Länder zu einem einzigen Staatswesen zusammengefaßt werden. Die Frage der Staatsform sei noch zu prüfen. Gegen eine Personalunion mit Preußen sprächen eine ganze Reihe von Gründen. Vgl. Schulthess 1918/I S. 303 f.

<sup>25)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 389.

<sup>26)</sup> In einer Erklärung des Reichskanzlers gegenüber dem Präsidium der Taryba (vgl. Anm. 16) vom 20. 10. hieß es, das Reich wolle dem litauischen Volke die Regelung seiner Verfassung und seiner auswärtigen Beziehungen überlassen; über die Grenzen Litauens und Polens solle der „Wille der Bevölkerung“ entscheiden; die Taryba solle eine vorläufige Regierung „unter Hinzuziehung aller Schichten und Nationalitäten der Bevölkerung“ bilden; die deutsche Zivilverwaltung in Litauen — deren Umwandlung aus der Militärverwaltung bereits eingeleitet sei — werde die vollziehende Gewalt solange ausüben, bis die litauische Regierung in der Lage sei, sie selbst zu übernehmen; die deutschen Truppen sollten den litauischen Wünschen entsprechend vorläufig im Lande bleiben. Vgl. Schulthess 1918/II S. 353; Klimas a.a.O. S. 205.

## 60.

15. 10. 1918: Sitzung der Reichstagsfraktion  
der Fortschrittlichen Volkspartei

Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „Berlin den 15. 10. 1918. Fraktion.“<sup>2)</sup>

Fischbeck teilt mit, daß die Beteiligung der Partei an der Reichsregierung zum Abschluß gekommen sei und daß Kollege Haußmann zum Staatssekretär<sup>3)</sup> ernannt worden sei<sup>4)</sup>, wozu er namens der Fraktion Glück wünsche.

Bravo.

Weinhausen:<sup>5)</sup> Bestimmtere Form der Berichte.

Lange Debatte über Einweihung der Mitglieder und indiskrete Veröffentlichung.

Ich [Haußmann] rede mit Naumann, er soll reden.<sup>6)</sup>

Fischbeck referiert eingehend über den Brief<sup>7)</sup> und schließt: wer von uns ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf ihn.<sup>8)</sup>

Heckscher: Eiertanz.

Naumann: Sehr gut / Im Osten sofort einen erkennbaren Schritt / vom „Inneren“ / und ans A.A. abgegeben.

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 251 f.

<sup>2)</sup> Nach Haußmann S. 251 begann die Sitzung um 11 Uhr.

<sup>3)</sup> Am 14. 10. 1918 zum Staatssekretär ohne Portefeuille; vgl. a.a.O. S. 251. Ferner Prinz Max S. 357.

<sup>4)</sup> Nach seiner Ernennung richtete Haußmann folgendes Telegramm an Bethmann Hollweg (eigenhändiges undatiertes Konzept auf Telegrammformular des Hotels Adlon in Berlin im Nachlaß Haußmann 20): „In die Reichsregierung berufen, wäre es mir von hohem Wert, persönlich mich mit Eurer Exzellenz besprechen zu können. Da die Zeit mir keine Abwesenheit von Berlin erlaubt, frage ich an, ob E. E. nicht nach Berlin kommen könnte.“

<sup>5)</sup> Friedrich Weinhausen, Berlin (Wahlkreis: Danzig), M.d.R. seit 1912.

<sup>6)</sup> Vgl. Haußmann S. 251 f.: „[...] rede ich unter vier Augen mit Naumann, er müsse die Fraktionsrede im Plenum halten. Er sagt zu, und so wird, ohne mein Zutun, spontan von der Fraktion beschlossen.“

<sup>7)</sup> Des Prinzen Max vom 12. 1. 1918 an Alexander von Hohenlohe. Dazu Haußmanns Brief vom 15. 10. an seinen Sohn Wolfgang (Haußmann S. 254): „In der Fraktion heute wurde der Prinzenbrief behandelt, der doch schon eine ganz olle Kamelle ist.“

<sup>8)</sup> Bei Haußmann S. 252 sind die beiden Äußerungen Fischbecks zu einer Rede zusammengezogen: „Fischbeck teilt mit, daß die Beteiligung der Partei an der Reichsregierung zum Abschluß gekommen und Kollege Haußmann zum Staatssekretär ernannt sei, wozu er namens der Fraktion Glück wünsche. Er referiert dann über den Brief des Prinzen Max, der die Gemüter noch mächtig beschäftigt, und schließt: ‚Wer von uns ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf ihn.‘“

**Haußmann:** Wir hatten Samstag und Sonntag<sup>9)</sup> die Krisis, sie ist überwunden. Wirkung nach außen entscheidend. Schmerzliches: Berufung auf seine Gradlinigkeit. Er<sup>10)</sup> wird demokratischer werden. Muß.

**Die Sozialdemokratie:** Scheidemann<sup>11)</sup> / Bewußtsein des Widersinns. Nachrichten aus dem Ausland. Problem: Ob Sozialdemokratie regierungsfähig / auf sie einwirken / klein bürgerlich /

Ich[:] 1.) Verbindung mit der Fraktion.

2.) Aus der Lage ehrlich die Konsequenzen ziehen.

3.) Das Eisen schmieden.

**Konservative<sup>12)</sup>** verlangen „Waffenstillstand“ und bieten „Räumung“ des besetzten Gebiets.<sup>13)</sup>

**Heckscher** redet und ratet.

<sup>9)</sup> 12. und 13. 10. 1918. Vgl. Nr. 47 ff.

<sup>10)</sup> Prinz Max.

<sup>11)</sup> Bezieht sich auf Scheidemanns Haltung in der Briefaffäre und wohl auch auf seine Rede über die politische Lage vom Vortage in einer Berliner Wählerversammlung; vgl. Schulthess 1918/I S. 342 f.

<sup>12)</sup> Vgl. die Kundgebung der konservativen Parteileitung vom 15. 10. bei Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 44 f.

<sup>13)</sup> Vgl. Haußmann S. 252: „Ich sage, die sehr ernste Krisis über einen ersten Zwischenfall sei überwunden. Die Lage sei gekennzeichnet durch den gestrigen einstimmigen Beschluß der konservativen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, in der Wahlrechtsfrage nachzugeben, also auch auf diesem Gebiete einen Waffenstillstand abzuschließen und das Gebiet des gleichen Wahlrechts zu ‚räumen‘; ich selber bitte um Unterstützung und Freundschaft bei dem Versuch, die Verbindung der Fraktion mit der Reichsregierung herzustellen, ehrlich die Konsequenzen der Lage zu ziehen und das Eisen zu schmieden, solange es warm sei. (Beifall.) Die Mitglieder gratulieren mir, alle überrascht, die meisten herzlich.“

#### **IV.**

### **Beratung der zweiten Wilson-Note und Verschärfung der Spannungen zwischen Reichsleitung und OHL**

## 61.

## 16. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung der Staatssekretäre vom 16. Oktober 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Oberst von Haeften für die Oberste Heeresleitung, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Ministerialdirektor Deutmoser, die Staatssekretäre Gröber, Haußmann, Scheidemann.

Herr von Payer wies darauf hin, daß die Oberste Heeresleitung anrege, eine Propaganda für die letzte Verteidigung zu entfachen. Das Kabinett sei der Meinung, daß dazu jetzt noch nicht die Zeit sei. Erst müsse das Kabinett sich entschließen, was auf die Wilsonsche Note<sup>3)</sup> geschehen solle.

Einstweilen seien öffentliche Versammlungen und Reden über die Lage unerwünscht. Man müsse klar sehen, ob die Truppen aus dem Osten weggezogen werden könnten.

Oberst von Haeften bemerkt, daß Exzellenz Ludendorff morgen in Berlin eintreffen werde. Die Fragen, die ihm zu stellen seien, würden noch mit dem Kriegsministerium präzisiert. Schon jetzt aber bitte die Oberste Heeresleitung folgende Gegenfragen zu beantworten:<sup>4)</sup>

1. Läßt die innere Lage zu, daß sämtliche Truppen vom Osten nach dem Westen gebracht werden, oder besteht die Gefahr, daß der Bolschewismus ins Land kommt?
2. Wird das deutsche Volk, nicht nur die Kreise der Gebildeten, sondern in seinen breiten Massen in den Kampf bis zum äußersten mitgehen, wenn es das Bewußtsein hat, daß sich dann unsere militärische Lage genügend verstärkt, um das Eindringen der Feinde über die Landesgrenze zu verhindern? Oder ist die moralische Widerstands-

<sup>1)</sup> Auszüge des Sitzungsprotokolls abgedruckt: Amtliche Urkunden S. 119 ff.; Ursachen und Folgen II S. 395 ff.; Urkunden der OHL S. 554 ff.; Prinz Max S. 415 ff.; Haußmann S. 255 ff. Vgl. ferner Payer S. 132 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 224; Lütge S. 139 f. — In den Akten der Reichskanzlei a.a.O. befindet sich weiter eine wesentlich kürzere — ebenfalls maschinenschriftl. — Fassung des Protokolls, deren Formulierungen, soweit sie von der abgedruckten Niederschrift sachlich abweichen, in den Anmerkungen nachgewiesen werden. Auf die gleiche Weise wird eine Niederschrift Haußmanns (maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 147) berücksichtigt, in der es heißt: „Meine Ausführungen habe ich sofort nach der Sitzung niedergeschrieben, sie sind übrigens auch dort protokolliert von G[eheim]r[at] Simons und Direktor Deutmoser.“

<sup>2)</sup> Für den Zeitpunkt der Sitzung vgl. Haußmann S. 255: „Um neundreiviertel Uhr in die Pressekonferenz. Sehr deprimierende Berichte von Ausland, Front, Österreich und Deutschland. Daran anschließend meine erste Sitzung des Kriegskabinetts.“

<sup>3)</sup> Wilsons 2. Note vom 14. 10. war am frühen Morgen des 16. 10. (5 Uhr 20) in Berlin eingetroffen; vgl. Amtliche Urkunden S. 109; Der Waffenstillstand I S. 13 f.; Urkunden der OHL S. 553 f.; Prinz Max S. 407 f.

<sup>4)</sup> Vgl. das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1): „v. Haeften verliest langes Telegramm Hindenburgs, der auf die Fragen zwei Gegenfragen stellt.“ Dazu die folgende Anm.

kraft so erschöpft, daß diese Frage nicht unbedingt bejaht werden kann? Dabei handle es sich nicht um Zwang, sondern um freien Willen.<sup>5)</sup>

Herr Solf bezeichnet das Telegramm der Obersten Heeresleitung<sup>6)</sup>, das diese Fragen stelle<sup>7)</sup>, als ein außerordentlich gefährliches Dokument. Zwischen den Zeilen liege mehr als ein Appell an das deutsche Volk, sich zusammenzuraffen, nämlich der Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen, sie passe schlecht zu den eigenen Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine levée en masse nicht möglich ist.<sup>8)</sup>

Sehr prekär sei auch die zweite Frage, ob man die Truppen auf Gefahr des Bolschewismus vom Osten wegziehen könne. Laute die Antwort nein, so werde die Oberste Heeresleitung behaupten, sie hätte die militärische Lage mit den Verstärkungen halten können. Glaube sie wirklich, daß die geringen Truppen im Osten das Kräfteverhältnis ändern könnten? Man müsse den Generalfeldmarschall bitten, solche Telegramme nicht mehr hierher zu schicken.<sup>9)</sup>

Herr Scheidemann: Die Frage muß mit General Ludendorff auf das eingehendste besprochen werden. Auch ich meine, daß hier der Tatbestand verschoben werden soll. Das Telegramm der Obersten Heeresleitung sei allerdings vor Bekanntwerden der Antwort Wilsons abgegangen. Jetzt biete die Empörung der öffentlichen Meinung ihm scheinbar einen Rückhalt. Dies sei auch erklärlich, das dürfe uns aber nicht irremachen, wir müßten versuchen, uns an die Stelle der Gegner zu versetzen und den Tatbestand objektiv zu würdigen.

Sehr wichtig für den Ton der Antwort seien die Verwüstungen und Plünderungen.

<sup>5)</sup> Diese Stelle wird in den Urkunden der OHL (s. Anm. 1) von Ludendorff wie folgt kommentiert: „Ich habe über diese beiden Fragen mit Oberst v. Haefen seit dem 9. Oktober dauernd gesprochen. Sie haben mit dem [durch v. Haefen verlesenen] Telegramm der Obersten Heeresleitung [an den Reichskanzler] vom 14. Oktober [Wortlaut in Amtliche Urkunden S. 112 f. und Urkunden der OHL S. 551 ff.] unmittelbar nichts zu tun. Oberst v. Haefen stellte auch die Fragen ganz unabhängig davon, allein aus dem Grunde, um das Staatsministerium [sic!] zu einer klaren Auskunftserteilung anzuregen, als Ergänzung der Fragen, die an mich gerichtet werden sollten. Staatssekretär Solf warf indes in dem Nachfolgenden das Telegramm und die beiden Fragen zusammen und stellt sie als einen Akt hin.“ Wie die in der vorigen Anm. wiedergegebenen Notizen Hausmanns belegen, ist der Grund für diese Verwechslung darin zu suchen, daß Haefens Ausführungen das Telegramm und die beiden Fragen in der Tat „als einen Akt“ erscheinen ließen.

<sup>6)</sup> In dem Telegramm vom 14. 10. (s. vorige Anm.) sprach Hindenburg seine „ernste Sorge“ aus, „daß die gegenwärtige Stimmung im Innern des Reiches unsere militärische Lage und unsere Aussichten bei Verhandlungen immer ungünstiger gestaltet [. . .] Demgegenüber gilt es mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig wird [. . .] In öffentlichen Kundgebungen aller Art muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: Ehrevoller Friede oder Kampf bis zum äußersten.[. . .]“

<sup>7)</sup> Die Fragen waren in dem Telegramm nicht enthalten. Dazu Anm. 5.

<sup>8)</sup> Dazu vgl. Ludendorffs Kommentar in den Urkunden der OHL (s. Anm. 1): „Ich entnehme nur dieser Äußerung, daß der Staatssekretär Solf am 9. Oktober [vgl. Nr. 36] meinen Ausführungen nicht gefolgt sein kann.“

<sup>9)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Hausmanns (s. Anm. 1) heißt es knapper und präziser: „Solf: [. . .] Telegramm schöne Worte und Hintergedanken.“

Leider höre man doch da von Urlaubern schlimme Dinge. Es werde beim Rückzug grundsätzlich verwüstet. Die deutschen Truppen hausen jetzt in Frankreich wie früher die Russen in Ostpreußen. Das Hausgerät, das man nicht mitnehme, werde sinnlos zerstört. Nach Angaben des Abgeordneten Meerfeld<sup>10)</sup> werden die Erzgruben in Longwy und Briey systematisch vernichtet. Das rufe eine Stimmung hervor, die sich ganz naturgemäß in Äußerungen entlade wie in der Note Wilsons.

Dazu komme das schreckliche Unglück mit dem Passagierdampfer, bei dem 600 Passagiere, darunter viele Frauen und Kinder, umgekommen seien.<sup>11)</sup> Das wirke furchtbar aufreizend. Der U-Bootkrieg sollte sogleich aufhören; die paar Schiffe, die man noch versenke, kämen nicht mehr in Betracht.<sup>12)</sup>

Auch mit der Amnestie solle man entschiedener vorgehen. Alle seien einig gewesen, daß sie Liebknecht *mit*<sup>13)</sup> zugute kommen sollte<sup>14)</sup>, nur Unterstaatssekretär Lewald habe den Beschluß zu Fall gebracht. Dieser Mangel an Weitblick führe dazu, daß man keine Konzessionen mit großer Geste mache, wenn es Zeit sei, sondern verspätet unter Druck und ohne Wirkung auf die Stimmung.

Die Stimmung wäre jetzt noch durch den Brief des Kaisers vergiftet, den die *Iswestija* veröffentlicht habe. Der Brief stamme zwar aus dem Jahre 1895<sup>15)</sup>, seine Angriffe auf die Reichstagsparteien wirkten aber deshalb nicht weniger stark. Glaube man wirklich, daß die Neigung im Volk noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten? Das Volk sei sich jetzt der Lage bewußt. Es gäbe ein Unglück, wenn man jetzt noch Rücksicht nehmen wollte. Am wenigsten auf Unterstaatssekretäre, die sich in die neue Lage nicht finden könnten. Es gehe nicht mehr länger, daß das Kabinett beschließt und die Geheimräte machen, was sie wollen.

Jedenfalls dürfe man Wilsons Note nicht beantworten, bis man nicht mit General Ludendorff gesprochen habe. Er müsse uns sagen, wie es militärisch stehe, und wir wollen ihm die Stimmung schildern. Sie sei furchterlich. Es sei nicht die Empörung wegen der Forderungen der Gegner, sondern die Verzweiflung, daß man immer noch nicht das Nötige tue, sondern die Reformen tropfenweise gebe.

<sup>10)</sup> Redakteur in Köln, M.d.R. (SPD) als Nachfolger des im Okt. 1916 verstorbenen Abg. Hofrichter.

<sup>11)</sup> Bezieht sich auf die Torpedierung des englischen Passagierdampfers „Leinster“, die am 12. 10. bekannt geworden war; vgl. Prinz Max S. 404.

<sup>12)</sup> Ludendorff kommentiert diese Äußerungen in den Urkunden der OHL (s. Anm. 1) wie folgt: „Der Staatssekretär Scheidemann ist also nach dem Weißbuch der erste, der recht deutlich die Abdankung des Kaisers bespricht, wie er im Reichstag als erster vor ganz Europa das Wort ‚Revolution‘ aussprach. Gleichzeitig trat er als erster des Kabinetts ‚der nationalen Verteidigung‘ für das Aufhören des U-Bootkrieges ein.“

<sup>13)</sup> „mit“ fehlt im Abdruck Amtliche Urkunden S. 120.

<sup>14)</sup> Dazu Nr. 29 bes. auch Anm. 11 und 13 sowie Nr. 39 bes. auch Anm. 26.

<sup>15)</sup> Vom 7. 2. 1895. Abgedruckt in: Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, hrsg. von Walter Goetz. Berlin (1920), S. 7 ff. Die betreffende Stelle (S. 8) lautet: „Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehenkt zu werden.“ Dazu vgl. die Verfügung des stellv. Generalkommandos des IV. Armeekorps (Magdeburg) vom 16. 10. 1918, wonach „Nachdruck und Besprechung dieses Artikels“ aus der „*Iswestija*“ vom 6. 10. 1918 — in dem Radek einen „angeblichen Brief“ Wilhelms II. aus dem Jahre 1895 auszugsweise wiedergegeben habe — „unzulässig“ seien. Abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/IV S. 1623.

Herr Gröber teilt die Auffassung des Herrn Solf über das Telegramm der Obersten Heeresleitung. General Ludendorff habe bei der Beratung des Waffenstillstandesgesuchs gesagt<sup>16)</sup>, er habe monatlich ein Defizit von 70 000 Mann und wisse keinen Weg, dieses Defizit zu decken. Wenn jetzt ein Aufruf gemacht werde, müsse er doch das Ergebnis haben, das Defizit zu beseitigen. Es müsse festgestellt werden, ob dazu die militärischen Kräfte noch aufgebracht werden könnten, und zwar mit genauen Zahlen. Dann erst könne man die Fragen der Obersten Heeresleitung prüfen, Fragen von außerordentlicher Tragweite für Deutschland und für die Randstaaten. Man könne doch unmöglich die Randstaaten, die man geschaffen habe und die einen militärischen und wirtschaftlichen Wall gegen den Osten bilden sollten, dem Bolschewismus ausliefern.

Vielleicht habe man versäumt, in der Zwischenzeit eine Polizeitruppe *aus den Bevölkerungen*<sup>17)</sup> zu bilden, das sei jetzt zu spät. Darum glaube er nicht, daß dort viele Truppen verfügbar seien.<sup>18)</sup>

Es genüge nicht, nur Exzellenz Ludendorff zu fragen, sein Urteil sei nicht mehr allein maßgebend. Man müsse sich mit anderen Heerführern im Westen ins Benehmen setzen. Das Kabinett brauche diese Rückendeckung, und zwar aktenmäßig.

Dabei müsse auch auf die Vorwürfe<sup>19)</sup> der Wilsonschen Note eingegangen werden. Leider sei Wahres daran. Ihm sei von einem zuverlässigen Reichstagsmitglied, das den Rückzug teilweise mitgemacht habe, gesagt worden, daß wiederholt Ortschaften, die man den Engländern und Franzosen habe überlassen müssen, für zwei bis drei Tage der Truppe zur Plünderung freigegeben worden seien. Das möge militärisch richtig gedacht sein, aber es sei politisch falsch und mache den fatalsten Eindruck.

Weiter sei der Staatssekretär des Reichsmarineamts darüber zu hören, ob sich Vorfälle, wie bei der Versenkung der „Leinster“, nicht vermeiden lassen. Was den Aufruf zum Endkampf anlange, so sei es widerspruchsvoll, das ganze Volk einschließlich der deutschen Polen zur Hergabe des letzten Blutstropfens aufzufordern und dabei die Ausnahmegesetze nicht aufzuheben. Das entspräche nicht der großen Gefahr, in der wir schweben.

Was habe es für einen Zweck, wenn das Kabinett sich abmühe, Mittel zur Besserung der Lage zu finden, und dann die wichtigsten Punkte nicht durchgeführt würden. In der Frage Liebknechts lasse sich manches für und wider sagen, aber man habe beschlossen, ihn zu amnestieren, dann dürfe nicht gesagt werden, das sei unmöglich, damit werde das Kabinett entwertet.

Herr Scheidemann: Und die Amnestie ebenfalls.

Herr Gröber: Diese Fehler machten einen Aufruf gegenwärtig unwirksam.

Man müsse aber General Ludendorff fragen: Wie denke er sich die Durchführung? Wie lange solle sie wirken? Je länger man gegen die Übermacht kämpfe, mit um so schwereren Rückschlägen müsse es enden. Im Anfang des vorigen Jahrhunderts sei es anders gewesen. Da sei das Volk mit voller Überzeugung in den Kampf gegangen, weil die Voraussetzungen vorgelegen hätten.

<sup>16)</sup> Am 9. 10.; vgl. Nr. 36.

<sup>17)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 121: „aus der Bevölkerung“.

<sup>18)</sup> Dazu Ludendorffs Kommentar in den Urkunden der OHL (s. Anm. 1): „Sehr richtig! 191 Divisionen im Westen, 24 aus alten Jahrgängen im Osten.“

<sup>19)</sup> In der kürzeren Fassung des amtlichen Protokolls (s. Anm. 1) heißt es präziser: „Verwüstungsvorwurf“.

Herr von Payer unterstützt den Antrag, auch andere Heerführer zu hören, und fragt, ob die früheren Angaben des Generals Ludendorff festgelegt seien.

Herr von Haefen erwidert, die Aufzeichnungen darüber lägen teils in der Reichskanzlei, teils im Auswärtigen Amt.

Graf Roedern bezweifelt, ob die anderen Heerführer zugezogen werden könnten.

Herr von Haefen bestätigt, daß während dieses schweren Kampfes die Heerführer nicht abgerufen werden können und nimmt die Oberste Heeresleitung gegen die Ansicht in Schutz, als ob sie eine Verschiebung der Verantwortlichkeit beabsichtigt habe, indem er die Entstehungsgeschichte des Telegramms darlegt. Er nehme an, daß Exzellenz Ludendorff von dem Telegramm<sup>6)</sup> überhaupt keine Kenntnis habe.<sup>20)</sup>

Herr von Payer meint, daß eine schriftliche Auskunft der anderen Heerführer nicht genüge, sie müßten sich vor dem Kabinett im Notfall durch ihre Generalstabschefs vertreten lassen. Ohne eine Aussprache mit ihnen könne das Kabinett die Verantwortung vor dem Vaterland nicht tragen.

Graf Roedern erwidert, auch die Generalstabschefs seien völlig unabhkömmlich, insbesondere diejenigen, die am besten Auskunft geben könnten, nämlich die Generale von Loßberg, Kuhl und Graf Schulenburg. Aber auch ohne das wisse man, daß die militärische Lage sich verschlechtert habe. Der englische Einbruch in Flandern sei tiefer geworden. Die Feinde stehen am Rande der Ebene. Der Durchbruch stehe vor der Tür. Wenn er in den nächsten Wochen einträte, so nütze es nichts mehr, das Defizit der 70 000 Mann monatlich durch die Heimat und Ostbestände aufzufüllen, es käme dann die Aufrollung und das Zurückrollen der verhungerten Massen in das Reich. Darüber müßten wir genau unterrichtet werden.

Herr von Haefen führt aus, daß die Lage sich außer an der Flandernfront nicht wesentlich verändert habe. An der Flandernfront sei durch den Kampf des vorgestrigen Tages eine merkliche Verschlechterung eingetreten; aber selbst wenn sie nicht zu halten sei, würde noch keine militärische Katastrophe eintreten, sondern es bestehe schon ein festes Programm, die Truppen in drei Nächten in eine neue starke Stellung zurückzuführen, die sich rechts an Seeflandern anlehne. Das bedeute die Aufgabe der Flandrischen Küste, da aber die U-Bootbasis und die Werften schon geräumt seien, käme die Küste nur noch für das militärische Prestige in Betracht. Er mache diese Ausführungen unter allem Vorbehalt, da er nicht eingehend unterrichtet sei.

Der Reichskanzler erklärte, wegen der Anhörung anderer Heerführer habe er Seiner Majestät Vortrag gehalten und erwarte noch im Laufe des Tages die Entscheidung des Kaisers<sup>21)</sup>, von der seine weiteren Schritte abhängig seien. Man müßte damit

<sup>20)</sup> Vgl. Ludendorff a.a.O.: „Es ist mir der Hergang der Sitzung vom 16. Oktober, um die persönlichen Beziehungen zum Nachteil des Ganzen nicht zu stören, seinerzeit nicht gemeldet worden. Oberst v. Haefen ging so weit, daß er meine Kenntnis des Telegramms vom 14. Oktober bezweifelte, wohl um vermittelnd zu wirken und die Zusammenarbeit weiter zu ermöglichen. Oberst v. Haefen hat damit seine Stellung richtig aufgefaßt.“

Hätte ich die Vorgänge vom 16. Oktober gekannt, so würde ich meine Person gegenüber den Staatssekretären in die Waagschale gelegt haben, um ihre Auffassung zu zerstreuen. Der Generalfeldmarschall hätte ebenso gehandelt.“

<sup>21)</sup> Das Telegramm des Kaisers, der sich in Potsdam aufhielt, traf um 15 Uhr 40 in Berlin ein. Vgl. Nr. 63 Anm. 3.

rechnen, daß Hindenburg und Ludendorff die Zuziehung persönlich nehmen würden, wenn aber die Nachrichten für das Kriegskabinettt nötig seien, müsse das Erscheinen der beiden Herren veranlaßt werden.

**Graf Roedern** fragt nach der Lage nördlich Reims und bei Rethel. Auch da stehe es schlechter. Vouziers sei aufgegeben.

**Herr von Haefen** berichtet, daß die rückwärtigen Bewegungen in dieser Gegend mit der Zurücknahme der Truppen bei Cambrai und St. Quentin notwendig zusammenhänge.

Er macht dann Mitteilungen über Material zur Widerlegung der Wilsonschen Vorwürfe.

**Herr Haußmann:** Die Berichte, die heute in der Pressesitzung<sup>22)</sup> vorgetragen worden seien, zeigten, wie ungünstig die Lage ist, und bewiesen den staatlichen Zusammenbruch Österreichs. Wenn die Tschechen ihre Republik ausrufen, so sei eine Wirkung über die Grenze nicht ausgeschlossen.<sup>23)</sup>

Die Wilson-Note habe wie eine Bombe in Deutschland eingeschlagen, und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil sie den Deutschen zeigte, wie schlecht die militärische Lage ist, denn so spräche nur der Sieger, der den Gegner vor dem Zusammenbruch weiß; zweitens, weil die Note die Kaiserfrage aufwerfe, so daß die Bevölkerung von Berlin über nichts anderes mehr rede als über diesen Teil der Note.<sup>24)</sup> Nun werde man sich Gewißheit verschaffen müssen, wieviel Tage Spielraum uns noch blieben, das Bedürfnis der Beruhigung sei so groß, daß man die besten Sachverständigen, die an der Front zu entbehren sind, herbeirufen

<sup>22)</sup> Vgl. Anm. 2.

<sup>23)</sup> Dieser Teil der Ausführungen Haußmanns findet weder in der Kurzfassung des amtlichen Protokolls (s. Anm. 1) noch im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) einen Niederschlag. Statt dessen enthält das Tagebuchmanuskript folgenden einleitenden Abschnitt, der bei Haußmann S. 255 f., abgesehen von geringfügigen redaktionellen Abweichungen, wörtlich wiedergegeben wird: „Es liegt kein Grund vor, daß der Generalfeldmarschall und General Ludendorff den begrifflichen Wunsch, sich möglichst vollständige Beruhigung zu schaffen durch Anhörung auch noch eines andern sachverständigen Generalstabsoffiziers, ‚persönlich‘ nehmen. Auch ihnen muß an unserer vollen Beruhigung durch Bestätigung ihrer eigenen Auffassung der militärischen Gesamtlage liegen. Wie der hier anwesende Vertreter der O.H.L. erkennen muß, liegt uns nichts mehr am Herzen als die Ehre der Armee. Sie ist ein höchstes staatliches Bedürfnis. Sie wäre am stärksten berührt durch eine Kapitulation. Diese zu vermeiden, muß das gemeinsame Interesse sein, und unter diesem Standpunkt muß die politische Aktion betrachtet werden und möglichst aussichtsvoll gestaltet werden. Diesem Zweck müssen sich die Mittel anpassen.“

Deshalb müssen wir wissen, wie groß der zeitliche Spielraum für Verhandlungen überhaupt ist, je größer um so freier sind wir in Beantwortung der Wilsonschen Antwortnote, je kleiner um so unfreier. Darum können wir überhaupt uns erst schlüssig machen über die notwendige Haltung und damit über die Fassung der Erwiderung, wenn wir die O.H.L. morgen gehört haben.“ Diese Ausführungen sind in der abgedruckten ausführlichen Fassung des amtlichen Protokolls an anderer Stelle inhaltlich berücksichtigt; vgl. unten.

<sup>24)</sup> Vgl. Haußmann S. 256, wörtlich dem Text des maschinenschriftl. Tagebuchmanuskripts (s. Anm. 1) folgend, jedoch durch den eingeschobenen Satz erweitert: „Das Eingeständnis der militärischen Überlegenheit des Gegners können wir offen geben.“ Dieser Satz nimmt einen Gedanken vorweg, den Haußmann erst im weiteren Verlauf seiner Ausführungen geäußert hat; vgl. unten. Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript bricht der Diskussionsbeitrag Haußmanns mit dem Hinweis auf die Kaiserfrage ab; vgl. Anm. 28.

müsse, um die Ausführungen zu unterstützen, die General Ludendorff machen würde.<sup>25)</sup>

In der Note Wilsons werde von uns verlangt ein Eingeständnis und ein Zugeständnis. Das Eingeständnis der militärischen Überlegenheit des Gegners, also einer wahren Tatsache. In einer weniger schonenden Form würde das Eingeständnis der Niederlage gefordert werden können. Dies Eingeständnis solle man offen abgeben<sup>26)</sup>, auch im Interesse des Heeres; denn jene Tatsache sei doch der Ausgangspunkt unserer Verhandlungen mit Wilson und lasse immer noch den Satz zu: Wir sind militärisch unterlegen, aber besiegt sind wir nicht. Die Ehre der Armee zu schützen, sei ein allerhöchstes nationales Interesse; sie verlange, daß eine Kapitulation vermieden werde. Um sie der Armee und ihre Folgen dem Reich zu ersparen, müsse man Wilson weit entgegenkommen.<sup>27)</sup> Das Zugeständnis betreffe die Stellung des Kaisers.<sup>28)</sup> Verlange Wilson seine Abdankung oder die Einrichtung einer streng konstitutionellen Monarchie? Der Ton sei so gehalten, daß beides umfaßt werde. Hier müsse man ganz klar sein und eine streng konstitutionelle Monarchie als in Deutschland schon eingeführt betonen. Wenn der Monarch damit einverstanden sei, könne man das offen aussprechen. Das habe noch den Vorteil, daß die Entwicklung betrachtet werden könne als eingeleitet durch die Kaiserlichen Erlasse vom 17. November 1908<sup>29)</sup> und vom 30. September 1918.<sup>30)</sup> Damals sei die Bahn betreten, aber später nicht eingehalten worden. Jetzt käme man auf sie zurück, und der Monarch habe sich die Frage zu stellen: Will ich die Umbildung selbst vornehmen oder will ich sie meinen Sohn oder Enkel vornehmen lassen? Diese Frage werde der Reichskanzler mit dem Monarchen besprechen müssen. Seiner Ansicht nach genüge es, die streng konstitutionelle Monarchie auch mit dem jetzigen Träger der Krone einzuführen. Man werde auch so den Druck aushalten können, wenn man den Gedanken durchführe bis in die schriftlichen und mündlichen Äußerungen des Monarchen hinein. Das sei um so nötiger, weil der jetzt veröffentlichte Kaiserbrief<sup>15)</sup> Stimmung gegen die Dynastie mache.

Bei Beantwortung der Note empfehle er, das Mitleid mit der Bevölkerung des Kampfgebiets anzurufen, deren Elend die Atmosphäre für den Frieden vergifte. Es wäre klug und wahr, wenn wir sagten, um dieses Elend zu verhüten, gehen wir auf die schweren Bedingungen ein.

**Graf Roedern** fragt, wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amts die Note auffasse.

<sup>25)</sup> Vgl. Anm. 23.

<sup>26)</sup> Vgl. Anm. 24.

<sup>27)</sup> Vgl. Anm. 23.

<sup>28)</sup> Für das Folgende vgl. Haußmann S. 256 f., durchweg in enger Anlehnung an den von uns wiedergegebenen Wortlaut des amtlichen Protokolls; dazu den in Anm. 1 zitierten Hinweis Haußmanns auf die Niederschrift seiner Ausführungen durch Simons und Deutelmöser. Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) ist dieser Teil seiner Ausführungen nicht berücksichtigt; vgl. Anm. 24.

<sup>29)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 748 sowie Haußmann S. 230.

<sup>30)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 738 f.

Herr **Solf** erwidert, er müsse sich noch eine gewisse Reserve auferlegen. Die Antwort sei in Arbeit, das wichtigste sei aber die Haltung der Obersten Heeresleitung. Das schlimmste an der Note sei nicht der Inhalt, sondern der Ton.<sup>31)</sup> So spräche ein Diktator, nicht der Mann, der einen Rechtsfrieden wolle, sondern das Haupt eines Bundes, das unsere Vernichtung wolle. Der wichtigste sachliche Punkt sei der, daß es lediglich der Willkür der feindlichen Befehlshaber anheimgegeben werde, ob und wann es zur Waffenruhe komme. In der Verfassungsfrage glaube auch er, daß Wilson sich mit der konstitutionellen Monarchie begnügen werde.<sup>32)</sup>

Herr **Gröber** schließt sich dem an. Die Botschaft vom [4. Juli]<sup>33)</sup> d. J. gehe nur auf Beseitigung einer friedensstörenden Macht; dafür genüge die Vorlage über Artikel 11 der Reichsverfassung.<sup>34)</sup> Selbstverständlich habe es in Deutschland auch vorher keine Willkürherrschaft gegeben. Ohne Kriegskredite hätte der Kaiser nie Krieg führen können. Bei den Ostfriedensschlüssen sei der Reichstag zugezogen worden. Trotzdem sei es besser, den Punkt verfassungsmäßig klarzustellen. Freilich mache es jetzt den Eindruck, als werde die Änderung unter feindlichem Druck gemacht. Sie war längst vom Verfassungsausschuß verlangt, aber von der Regierung nicht zugestanden worden.<sup>35)</sup>

Herr **Scheidemann** betont, daß es Wilson gar nicht darauf ankomme, den Kaiser abzusetzen, sondern ihn in eine Stellung wie etwa die Könige von Italien oder Belgien oder die nordischen Herrscher zu versetzen, wo die Herrscher an die Parlamente gebunden seien. Die Kreditbewilligung enthalte eine solche Bindung nicht; denn wenn der Kaiser den Krieg erklärt und der Reichstag die Mittel nicht bewilligt hätte, so würden die Mittel durch eine Militärdiktatur beschafft worden sein. Solche Behauptungen dürfe man schon deshalb nicht aufstellen, weil sie die sozialdemokratische Partei gegenüber den Unabhängigen wegen der Bewilligung der Kriegskredite in eine ganz schiefe Lage bringen würde.

Auch nach seiner Ansicht werde sich der Reichskanzler über die konstitutionelle Frage noch einmal mit Seiner Majestät auseinandersetzen müssen. Persönlich empfinde er es als etwas Schmachvolles, daß man alle die freiheitlichen Änderungen jetzt unter dem Druck der Feinde vornehmen müsse, die man früher stets vergebens gefordert habe.<sup>36)</sup> Man habe nach allen Seiten politisch geknausert,

<sup>31)</sup> Vgl. Prinz Max S. 415: „Solf war ganz gebrochen.“

<sup>32)</sup> In der kürzeren Fassung des amtlichen Protokolls (s. Anm. 1) werden die Ausführungen Solfs folgendermaßen wiedergegeben: „Schlimmstes ist nicht Wortlaut, sondern diktatorischer Ton! Es spricht nicht Verständigungs- und Rechts-Idealist, sondern Ententeführer. Schwierigster Punkt ist Anspruch, Modalitäten für Räumung durch feindliche Machthaber festzusetzen.“

Absetzung S.M. fordert Wilson nicht.“

<sup>33)</sup> Im Or. falsch: „8. Juni“. Gröber bezieht sich auf Punkt 1 von Wilsons „4 Punkten“; vgl. Schulthess 1918/II S. 579 ff.

<sup>34)</sup> Vgl. Nr. 39 Anm. 30.

<sup>35)</sup> Vgl. auch die Wiedergabe der Ausführungen Gröbers in der kürzeren Fassung des amtlichen Protokolls (s. Anm. 1): „Nur verfassungsmäßige Stellung des Kaisers ist berührt. Etatsrecht des Reichstags bindet Monarchen schon jetzt. Ohne Geld ist Krieg nicht zu führen. Artikel 11 — Änderung kommt zu spät. Versäumnis alter Regierung.“

<sup>36)</sup> A.a.O. heißt es präziser: „Schmachvoll, daß wir jetzt unter feindlichen Peitschenhieben tun müssen, was wir im Verfassungsausschuß vorausschauend längst verlangten.“

bis es zu spät geworden sei. Er müsse noch einmal auf Liebknecht zurückkommen, persönlich würde er ja unter der Freilassung am schlimmsten leiden, denn Liebknecht würde ihn mit Schmutz bewerfen, aber die Freilassung sei nötig, das ganze Kabinett habe sie beschlossen, Seine Großherzogliche Hoheit habe sich dafür eingesetzt, aber Herr Lewald habe es nicht gewollt und so sei es nicht geschehen. Die Folge würde sein, daß man schließlich vor der Straße ebenso kapitulieren würde wie vor dem Ausland.

Herr von Payer berichtete, daß die Ablehnung der Amnestie für Liebknecht auf den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts zurückgehe, der sich vom militärischen Standpunkt aus dagegen erklärt habe, weil die Disziplin einen solchen Schritt nicht ertrage. Es sei aber kein unüberwindlicher Widerstand; der Präsident sei sich der politischen Tragweite der Angelegenheit nicht bewußt gewesen.

**Der Reichskanzler:** Er werde sich für die Amnestie einsetzen.

Wie er die Lage beurteile, würden wir gezwungen sein, die Lage zu akzeptieren, wie die Note sie schafft. Wir werden nicht im Stande sein, eine Levée en masse zu inszenieren; eine Wegziehung der Truppen aus dem Osten halte er für unmöglich.<sup>37)</sup> Die Anregungen des Staatssekretärs Haußmann halte er für ausgezeichnet; er habe sie zum Teil schon in die Tat umgesetzt, nämlich wegen der U-Boote und der Verwüstungen. Er halte es für möglich, die Räumungsverhandlungen zu beschleunigen, wenn man das Mitleid mit der flüchtenden Bevölkerung ins Feld führe. Man müsse die Schweiz oder Parlamentäre als Vermittler vorschlagen, mit dem Hinweis auf die leidende Bevölkerung.

Was die Fragen des Generals Ludendorff anlange, so steht der Reichskanzler auf dem Standpunkt, daß die Fragen von dem Kabinett zu stellen seien und General Ludendorff zu antworten habe. Die Fassung der Fragen werde er mit Herrn von Haefen besprechen.

**Graf Roedern** schlägt vor, statt des diplomatischen Weges über die Schweiz unmittelbar die Funkentelegraphie zu benutzen, man verliere sonst kostbare Zeit.<sup>38)</sup>

Herr Solf berichtet, daß der schweizerische Bundespräsident anfangs gezögert habe, die Station in Nauen zu benutzen, weil er den Vorwurf der Neutralitätswidrigkeit gefürchtet habe; er scheine aber jetzt zur Benutzung bereit zu sein.

Herr von Payer ging auf die Verhältnisse im Elsaß über. Nach Mitteilung des neuen Statthalters Schwander sei die Wahl von Hauß zum Staatssekretär allgemein gebilligt worden. Der Statthalter glaube aber nicht, daß die Vorlage wegen der elsässischen Autonomie jetzt angenommen werde, weil niemand wisse, was Wilson mit Elsaß-Lothringen wolle. Die Abgeordneten fürchten, wenn sie sich jetzt an der Autonomie-Vorlage beteiligten und Elsaß dann an Frankreich

<sup>37)</sup> A.a.O. folgender Passus, der die Ausführungen des Reichskanzlers unterbricht, eingefügt: „Direktor Deutmoser (Zettel an Solf) [:] Voraus. Antwort auf Wilsons Beschwerden und Zerstörung. Abschub und U-Bootkrieg.“

<sup>38)</sup> A.a.O. heißt es: „Ist nicht Beschleunigung der Antwort nötig? Funkdepesche? Ernährungsnot in Belgien durch Flüchtlinge ernst.“

falle, so werde ihnen das ins Wachs gedrückt und sie verfielen der Verfolgung durch die Franzosen. Auch dies sei wieder ein Kapitel von den verpaßten Gelegenheiten.

Herr **Scheidemann** berichtet über ein Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Wendel, der von altdeutschen Eltern stamme, aber das Elsaß sehr genau kenne.<sup>39)</sup> Von den drei Möglichkeiten, nämlich einer Teilung Elsaß-Lothringens nach den Sprachgebieten, einer völligen Abtretung oder der Entscheidung durch Volksabstimmung, würde die dritte ebenso schlecht sein wie die zweite, weil nach den Erfahrungen der Kriegszeit selbst viele Altdeutsche lieber an Frankreich als an Deutschland kommen wollen. Vielleicht sei die Neutralisierung die glücklichste Lösung. Sie müsse aber von uns durch eine geschickte Propaganda vorbereitet werden. Man müsse die Elsässer auf die wirtschaftlichen Vorteile hinweisen, die darin lägen, daß sie nicht die Lasten eines kriegführenden Volkes mittragen müßten. Jede andere Lösung zugunsten Deutschlands, obwohl sie nicht ganz außer dem Bereich der Möglichkeiten liege, halte Wendel für praktisch ausgeschlossen. Er habe sich bereit erklärt, sofort für die Neutralisierung zu werben.

**Der Reichskanzler:** Die Fragestellung an das Elsaß werde nicht sein, ob deutsch oder französisch, sondern ob selbständig oder französisch. Da glaube er, daß die erste Alternative mehr ziehen werde.

Herr **von Payer** weist auf die Erleichterungen hin, die der elsässischen Bevölkerung jetzt gegeben werden sollen. Über die Propaganda für die Neutralisierung spricht er sich zweifelhaft aus.

Herr **Haußmann** begrüßt den Entschluß, Erleichterungen zu geben, und fordert hier vollsten Nachdruck, denn was durch Erleichterungen zu gewinnen sei, könne nur jetzt gewonnen werden. Vielleicht lasse sich die elsässische Bevölkerung noch von ihrem Groll über den Kriegsdruck abbringen. Vor allem aber müßten die Liquidationen rückgängig gemacht werden<sup>40)</sup>, denn die Eingriffe in das Privateigentum hätten den schlimmsten Eindruck gemacht. Er schlägt vor, von hier einen Vertrauensmann nach dem Elsaß zu schicken, um die Stimmung zu studieren.

Herr **von Payer** ist mehr dafür, sich von Berlin aus nicht in die Bewegung einzumischen, weil man sie nur kompromittieren würde. Eine ständige Einwirkung würde er für einen Fehler halten. Mit der Zurücknahme der Liquidationen sei auch Herr Schwander einverstanden.

Herr **Scheidemann** schlägt vor, mit einer Proklamation über die politische Neugestaltung an das Volk heranzutreten und zu erläutern, was sie bedeute, dadurch könne man noch die Stimmung heben. Von den Verfassungsartikeln verstehe der Mann auf der Straße nichts, man müsse ihm das erklären. Die *levée en masse* sei undenkbar; sie war gut für eine Zeit, wo die Massen zu Hause blieben, während kleine Heere kämpften, jetzt sei die Masse aber schon unter den Waffen. Die

<sup>39)</sup> Gemeint sein dürfte der in Metz geborene und aufgewachsene Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel.

<sup>40)</sup> In der kürzeren Fassung des amtlichen Protokolls (s. Anm. 1) an dieser Stelle eingeschoben: „(v. P[ayer:] Will auch Schwander!).“

Proklamation solle sie nicht zu den Waffen rufen, sondern sie innerlich fähig machen, das Fürchterliche zu ertragen, was über uns kommen werde.<sup>41)</sup>

Herr von **Haeften** unterstützt den Vorschlag. Das Volk müsse merken, daß all das gute deutsche Blut nicht umsonst geflossen sei.

Der **Reichskanzler** fragt, was geschähe, um dem Volk die militärische Lage klar zu machen.

Herr von **Haeften** will sich beim Kriegspresseamt erkundigen.

Der **Reichskanzler** erklärt, das Volk habe ebensowenig eine Ahnung von der Lage, wie er sie gehabt habe, als er nach Berlin gekommen sei und man ihm die Friedensnote zur Unterschrift in die Hand gezwungen habe. Er fragt nach der Information der Presse.

Herr Ministerialdirektor **Deutmoser** gibt eine ausführliche Darstellung des Geschehenen und weist nach, daß er in einer Aufzeichnung alles unverschleiert dargestellt habe. Leider sei es nicht für opportun gehalten worden, diese Darstellung<sup>42)</sup> der Presse bekannt zu geben, weil man Indiskretionen befürchtet habe. Er teile diese Befürchtung nicht, denn schlimmer als die Gerüchte, die jetzt umliefen, sei die Wahrheit auch nicht.<sup>43)</sup>

Herr **Wahnschaffe** setzt hinzu, daß auch der Verwaltungsapparat in Bewegung gesetzt sei, um die Bevölkerung rings im Lande vorzubereiten und aufzuklären.

**Graf Roedern** verweist auf die Darlegungen des Staatssekretärs **Erzberger**<sup>44)</sup> an die Presse, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Nach seiner Ansicht ist der Rückstoß der Überraschung auf die öffentliche Meinung aufgefangen.

Herr **Gröber** warnt vor Reden von Parlamentariern, die leicht zu Fragen führen könnten, die man nicht mehr zu beantworten vermöge.

Herr von **Payer** teilt mit, daß beschlossen worden sei, die ganze Propaganda, sowohl die militärische wie die zivile, einheitlich zusammenzufassen.

Der **Reichskanzler** schließt die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

<sup>41)</sup> A.a.O. der Diskussionsbeitrag **Scheidemanns** in folgender Fassung: „Volksaufruf! Das Neue Deutschland! Bedeutung Reformen populär betonen! Hebt Stimmung sehr. Das nötig auch für Frieden! Reichskanzler so direkt zum Volke sprechen. Krieg nicht umsonst gewesen.“

<sup>42)</sup> Vgl. Nr. 46 Anm. 18.

<sup>43)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript **Haußmanns** (s. Anm. 1) heißt es deutlicher: „Das Spiel mit offenen Karten ist jetzt das einzige.“

<sup>44)</sup> Bezieht sich auf die Erklärung **Erzbergers** gegenüber dem Direktor der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. 10., die am folgenden Tage in der Morgenausgabe des Blattes veröffentlicht wurde. Vgl. auch **Schulthess** 1918/I S. 336. Für den Zusammenhang s. Nr. 46 Anm. 18.

## 62.

## 16. 10. 1918: Aufzeichnung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2447/2, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Verhandlung mit General Ludendorff über militärische Lage u. Antwortnote an Wilson. 16. 10. 18.“<sup>2)</sup>

Die militärische Lage hat uns auf Verlangen der Obersten Heeresleitung unerwartet genötigt, am 5. Oktober<sup>3)</sup> ein hastiges Ersuchen um Waffenstillstand an den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu richten. Dieser Schritt kam einer Kapitulation gleich und ist von unseren Feinden wie auch im neutralen Ausland nicht anders als militärische Bankerotterklärung aufgefaßt worden.

Für den Schritt trägt die Oberste Heeresleitung ebenso wie für seine Folgen die Verantwortung; sie hat die militärische Lage als aussichtslos bezeichnet; der politischen Leitung bleibt daher nur übrig, die Konsequenzen zu ziehen.

Angesichts der Lage sind für sie heute nur zwei Entscheidungen möglich: entweder der Kampf bis zur Vernichtung oder der Versuch, nach dem militärischen Zusammenbruch wirtschaftlich und politisch zu retten, was noch zu retten ist.

Der Wunsch, in Ehren unterzugehen, liegt sicher für den Einzelnen nahe, der verantwortliche Staatsmann muß aber damit rechnen, daß das Volk in seinen breiten Massen ein Recht hat, nüchtern zu verlangen, zu leben, statt in Schönheit zu sterben.

Die Antwort Wilsons<sup>4)</sup> läßt keine Zweifel darüber, daß er, offenbar unter dem Druck der Alliierten, entschlossen ist, die Bedingungen zu verschärfen und daß er anscheinend auch versuchen will, die Vorverhandlungen über den Waffenstillstand in der Hoffnung hinauszuziehen, daß inzwischen die endgültige militärische Entscheidung durch Zusammenbruch der Westfront erfolgt.

Die Antwort auf die Note muß daher so gefaßt werden, daß sie unsere Würde wahrt und gleichzeitig dem Präsidenten, der in der Rolle als arbiter mundi nach seinen bisherigen Erklärungen doch vor einem Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk zurückscheuen dürfte, Gelegenheit bietet, auf die fanatischen Aspirationen seiner „Assoziierten“ mäßigend einzuwirken.

Schlägt dieser Versuch fehl, so muß unbedingt Klarheit darüber geschaffen werden, ob noch die Möglichkeit besteht, dem Verhängnis zu entgehen, daß uns ein demütigender Friede von den Feinden diktiert wird. Vor allem ist zu erwägen, ob die Forderungen, die General Ludendorff stellt<sup>5)</sup>, geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen.

<sup>1)</sup> Diese Aufzeichnung diente als Grundlage für die Ausführungen des Prinzen Max in der Besprechung mit den Staatssekretären und Ludendorff am 17. 10.; vgl. Nr. 64, bes. Anm. 4.

<sup>2)</sup> Überschrift eigenhändig; Datum von fremder Hand eingefügt.

<sup>3)</sup> Die vom 3. 10. 1918 datierte Note ging am folgenden Tage 17 Uhr 45 von Bern nach Washington ab. In einer Anmerkung zu dem Abdruck in Amtliche Urkunden S. 74 heißt es: „Da die Note am späten Nachmittage des 4. Oktober von Bern abging, konnte Prinz Max in seiner Reichstagsrede am 5. Oktober sagen: ‚in der Nacht zum 5. Oktober.‘“

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 61 Anm. 3.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 61 (Ausführungen Haefdens).

General Ludendorff verlangt, daß das deutsche Volk erklärt, ob es bereit ist, der obersten militärischen Leitung die genügenden Mittel an Mannschaftsmaterial usw. zur Verfügung zu stellen, und ob es die Gewähr dafür übernimmt, daß der Bolschewismus, wenn unsere Truppen vom Osten an die Westfront geworfen werden, nicht das Land überflutet.<sup>6)</sup>

Bezüglich der ersten Forderung wäre zunächst zu untersuchen, ob technisch eine Massenaushebung rechtzeitig erfolgen kann und ferner, ob ihr Ergebnis praktisch überhaupt noch von ausschlaggebender Bedeutung werden könnte.

Was die Frage des Bolschewismus anlangt, so können die Vertreter des Volkes unmöglich die geforderte Verpflichtung übernehmen, da heute leider keineswegs feststeht, wieweit die Führer die Massen in der Hand haben, wenn einmal der volle Ernst der Lage dem Volke zum Bewußtsein kommt.<sup>7)</sup>

Angesichts dieser Sachlage muß die Oberste Heeresleitung ersucht werden, sich darüber zu erklären, welchen Erfolg sie mit den von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen zu erzielen imstande ist.

Ist<sup>8)</sup> insbesondere die Westfront zu halten und die Stoßkraft unserer Feinde so zu schwächen, daß sie zu Verhandlungen genötigt werden können?

Oder kann nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, wo die Alliierten uns schließlich doch erdrücken und den letzten Rest nicht nur der physischen, sondern auch der psychischen Kraft des deutschen Volkes vernichten?

Berlin, den 16. Oktober 1918.

Max Prinz v. Baden

<sup>6)</sup> Neben diesem Abschnitt, der durch einen senkrechten Bleistiftstrich noch besonders hervorgehoben ist, die eigenhändige Randbemerkung: „Ukraine, ob sie wirtschaftlich zu brauchen ist.“

<sup>7)</sup> Dazu die eigenhändige Randbemerkung: „Oberost kann die Verantwortung nicht tragen.“

<sup>8)</sup> Die beiden folgenden Sätze sind durch einen Bleistiftstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

## 63.

### 17. 10. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung des engeren Kabinetts vom 17. Oktober 1918.“

Anwesend: Der Reichskanzler, der Vizekanzler, die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes und des Reichsschatzamts, der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, die Staatssekretäre Gröber, Haußmann, Scheidemann, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Ministerialdirektor Deutelmoser.

<sup>1)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 123 ff. (Teildruck); Prinz Max S. 417 f.; Payer S. 133; Lütge S. 141. Das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns, Nachlaß Haußmann 147, enthält stichwortartige Notizen über diese Sitzung, die keine sachliche Abweichung vom amtlichen Protokoll aufweisen.

Der Reichskanzler eröffnet die Sitzung<sup>2)</sup> um 11 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung, daß er ein Telegramm Seiner Majestät erhalten habe<sup>3)</sup>, wonach außer dem ersten Generalquartiermeister noch andere Heerführer zu hören sein würden. Dies habe er dem General Ludendorff mitgeteilt. Der General habe in großer Erregung geantwortet, dann würde er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm Generalfeldmarschall Hindenburg.<sup>4)</sup> Es müsse jetzt erwogen werden, wie man sich zu dieser Folge stellen solle. Seiner Ansicht nach solle man zunächst die Ausführungen Ludendorffs entgegennehmen und sich erst dann entscheiden.

*Herr Solf* berichtet, daß ihn heute morgen zu ungewöhnlich früher Stunde der Abgeordnete Rießer aufgesucht und ihm gesagt habe, das Vertrauen der nationalliberalen Partei auf General Ludendorff sei so erschüttert, daß sie erwarte, die Regierung werde sich bei ihrem Entschluß nicht nur auf Hindenburg und Ludendorff stützen, sondern auch andere Feldherren hören.

*Herr von Payer* meint, man solle diese Frage nicht in Gegenwart Ludendorffs erörtern, sondern zunächst das Ergebnis seiner Ausführungen abwarten. Vielleicht würden diese Ausführungen befriedigen, vielleicht werde man noch andere hören müssen.

*Graf Roedern* fragt, ob Seine Majestät die Heerführer herkommen lassen wolle.

Der Reichskanzler erklärt, das sei nicht möglich, man würde dadurch die militärische Lage gefährden.

*Herr Scheidemann* findet den Wunsch, andere Heerführer zu hören, sehr begreiflich; er müsse aber in einer Form erfüllt werden, die Hindenburg und Ludendorff jeden Anlaß nehme, die angegebenen Konsequenzen zu ziehen. Es müsse doch den beiden Feldherren selbst recht sein, wenn man noch andere zuziehe und ihnen dadurch die ungeheure Verantwortung zum Teil abnehme.

Der Reichskanzler erwidert, das habe er General Ludendorff alles vorgestellt. Ludendorff habe aber geantwortet, das sei ein Mißtrauensvotum. Das habe er bestritten und betont, es sei nicht nur der Wunsch Seiner Majestät, sondern auch der allgemeine Wunsch der Bevölkerung und eigentlich so selbstverständlich, daß niemand begreifen würde, wenn die Feldherren deshalb zurückträten.

<sup>2)</sup> Über den Grund der kurzfristigen Einberufung vgl. Anm. 4.

<sup>3)</sup> Vgl. auch Nr. 61 Anm. 21. Das Telegramm (DZA Potsdam, Reichskanzlei 2447/2) lautete: „Zur Klarstellung dessen, was die Armee noch zu leisten imstande, ist es unbedingt erforderlich, auch einige von den Armeeführern außer Ludendorff zu hören. Betreffs der zu berufenden Persönlichkeiten steht Chef Militärkabinetts zur Verfügung. Er ist informiert. Wilsons Note ist ‚a piece of immitigated frivolous insolence!‘ Du mußt sie als Handhabe für die Aufmunterung unseres gesamten Volkes benutzen, das sich wie ein Mann zur Verteidigung seiner heiligen Güter um seinen Kaiser scharen muß, wie seine Regierung sich vor ihn stellen soll! Die Unverschämtheit der Einmischung in unsere politischen Verhältnisse muß gebührend gebrandmarkt werden. Wilhelm I. R.“ Vgl. Prinz Max S. 416.

<sup>4)</sup> Vgl. Prinz Max S. 417: „Der General Ludendorff kam am 17. Oktober früh zu mir und schilderte die augenblickliche Lage an der Westfront ähnlich wie der Oberst v. Haefthen. Trotz der einstürzenden Flandernfront, dem unmittelbar drohenden Fall von Lille fürchtete er keine militärische Katastrophe, sondern glaubte einen geordneten Rückzug durchführen zu können. Ich unterrichtete ihn über die Entscheidung des Kaisers. Er brauste auf: das sei ein Mißtrauensvotum. Ich bestritt das. Die Befragung anderer Heerführer werde nicht nur vom Kaiser verlangt, sondern sei der allgemeine Wunsch der Bevölkerung und eigentlich in unserer Lage selbstverständlich. Der General blieb bei seiner Meinung und drohte mit seinem und des Feldmarschalls sofortigen Rücktritt. Ich versammelte das Kriegskabinet noch vor der großen Sitzung, in der Ludendorff sprechen sollte, machte Mitteilung von der ablehnenden Haltung des Generals und stellte die Frage, ob wir die Demission der Heerführer verantworten könnten.“

*Herr Friedberg* bestätigt, daß das Publikum nicht begreifen würde, wenn hier das Schicksal Deutschlands auf den richtigen Blick von zwei Augen gestellt würde. Auch früher sei doch in entscheidenden Zeiten ein Kriegsrat zusammengerufen worden. Wenn man bedenke, daß es gerade ein Kriegsrat war, der die Absetzung Falkenhayns und die Berufung Hindenburgs beschloß, könne doch jetzt die Abhaltung eines Kriegsrats für die beiden Feldherren kein Grund zur Abdankung sein.

Der *Reichskanzler* wiederholt, daß er alles dies *General* Ludendorff schon gesagt habe; es habe nichts genützt. Es frage sich also nur, ob man den Abschied der beiden verantworten könne.

*Herr Haußmann* meint, das würde<sup>5)</sup> geradezu katastrophal wirken. Gerade die Leute, die jetzt den beiden Feldherren das Vertrauen zu versagen schienen, würden nach ihrem Abgang es der jetzigen Regierung zum Vorwurf machen, in dieser Kriegslage Deutschland um die beiden besten Feldherren gebracht zu haben.<sup>6)</sup>

*Herr Friedberg* fragt, ob der Abgeordnete Rießler seinen Schritt auf Grund eines Parteibeschlusses getan habe. Er müsse leider mit der Möglichkeit rechnen, daß Rießler nicht voll legitimiert gewesen sei. Jedenfalls habe er selbst keine Kenntnis von einem solchen Parteibeschuß.

*Herr Solf* erklärt, hierüber nichts zu wissen.

*Herr Gröber* fügt hinzu, der Abgeordnete Stresemann habe ihm vor kurzem mitgeteilt, seine ganze Fraktion, er glaube einstimmig, hege den Wunsch, daß noch andere Heerführer gehört würden.

Der *Reichskanzler* fragt den Staatssekretär Scheidemann, was er von der Wirkung auf die breiteren Volksmassen halte.

*Herr Scheidemann* erklärt, das lasse sich schwer beurteilen. In Arbeiterkreisen sei das Vertrauen auf Ludendorff nicht erst jetzt erschüttert worden, sondern es fehle schon seit Jahr und Tag; nicht sowohl militärisch als vielmehr politisch, da habe er einen ganz schlechten Ruf.

*Herr Solf* wiederholt, daß es sich bei der Mitteilung Rießlers um einen formellen Parteibeschuß handle.

*Herr von Payer* schlägt vor, eine Form zu suchen, die nicht verletzend wirke; vielleicht berufe Hindenburg selbst einen Kriegsrat zusammen, dessen Beschlüsse der Regierung mitgeteilt würden, damit sie ihre Entscheidung danach treffe. Zunächst solle aber einmal in die sachliche Erörterung eingetreten werden. Sage Ludendorff, die Lage sei verzweifelt, wir können die Front nicht mehr halten, so müsse man noch andere hören.

Der *Reichskanzler*: Das tue Ludendorff nicht.

*Herr von Payer*: Sage Ludendorff, daß wir uns noch halten können und nicht jede Bedingung anzunehmen brauchen, so würde er keinen Wert mehr auf die Vernehmung anderer Heerführer legen.

Der *Reichskanzler* stimmt dem insoweit zu, als zunächst die sachliche Erörterung beginnen solle.

<sup>5)</sup> In den Amtlichen Urkunden S. 124 an dieser Stelle nachträglich eingeschoben: „namentlich wegen Hindenburg“.

<sup>6)</sup> Vgl. Prinz Max S. 417: „Aber keiner meiner Mitarbeiter wollte dazu raten, die Demission der Obersten Heeresleitung hervorzurufen. Die Regierung würde sich dem Vorwurf aussetzen, in dieser Kriegslage Deutschland um die beiden ersten Feldherren gebracht zu haben.“

Er müsse die Lage aber Seiner Majestät vortragen, weil der Kaiser Antwort erwarte.

**Graf Roedern** bittet, die Antwort an Seine Majestät wenn möglich bis zum Nachmittage zu vertagen, nachdem man im engeren Kreise zu dem Ergebnis der Äußerungen Ludendorffs Stellung genommen habe.

Der **Reichskanzler** glaubt, daß diese Verzögerung möglich sei.

**Graf Roedern** wirft die Frage auf, ob es nicht denkbar sei, daß der Kaiser den Generalfeldmarschall bewege, das höchste Opfer zu bringen und auch ohne Ludendorff zu bleiben.

Der **Reichskanzler** erwidert, wenn dies auch nicht ganz unmöglich sei, so sei es doch sehr unwahrscheinlich, weil Hindenburg sich doch sehr mit Ludendorff identifiziert habe. Ludendorff sei der, der die Entschlüsse fasse. Auch darüber könne man später sprechen.<sup>7)</sup>

<sup>7)</sup> In den Amtlichen Urkunden S. 125 ist hier folgende Anmerkung eingefügt: „Vgl. hierzu Ludendorff, ‚Kriegserinnerungen‘, S. 10: ‚Ich trug dem Generalfeldmarschall nach Rücksprache mit meinen Mitarbeitern kurz und knapp meine Gedanken für Anlage und Leitung aller Operationen vor und machte ihm einen ganz bestimmten Vorschlag. Ich hatte die Genugtuung, daß der Generalfeldmarschall stets — von Tannenberg bis zu meinem Abgang im Oktober 1918 — mit meinem Denken übereinstimmte und meine Befehlswürfe billigte.““

## 64.

### 17. 10. 1918, nachm.: Sitzung des Gesamtkabinetts unter Teilnahme der Generale Ludendorff und Hoffmann

**Prinz Max** S. 419 ff.<sup>1)</sup>

Anwesend: Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Kriegsminister, die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts, des Reichsschatzamts, des Kriegsernährungsamts, des

<sup>1)</sup> Nach Prinz Max S. 418 ist das — in den Akten der Reichskanzlei fehlende — Protokoll dieser Sitzung von *Simons* (im Anwesenheitsverzeichnis nicht aufgeführt) stenographisch aufgenommen worden. Der auf dieser Mitschrift basierende Abdruck bei Prinz Max S. 419 ff. weist geringfügige Änderungen gegenüber dem Abdruck in den Amtlichen Urkunden S. 128 ff., der zudem nicht vollständig ist (wiederabgedruckt: Ursachen und Folgen II S. 401 ff.), auf. Am Schluß des Vorworts der Amtlichen Urkunden (S. XII) ist erwähnt, daß die „Aufzeichnung über die große Sitzung vom 17. Oktober“ eine „bis ins einzelne gehende sachliche Zuverlässigkeit“ in Anspruch nehmen könne, da sie „auf Grund stenographischer Mitschrift sorgfältig aufgestellt“ worden sei und auch Ludendorff „vorgelegen“ habe.

Den Abdruck des Protokolls der Sitzung bei Ludendorff, Das Verschieben der Verantwortlichkeit (Entgegnung auf das Amtliche Weißbuch: „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“, H. 3, Berlin 1919, S. 93 ff.) sowie einen gekürzten Abdruck des Protokolls der Sitzung in den Urkunden der OHL S. 556 ff. hat Ludendorff seinerseits an verschiedenen Stellen mit Kommentaren versehen, die in den Anmerkungen berücksichtigt werden. Bei Ludendorff, Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 92 (Anm. 1) heißt es: „Das Protokoll ist in der Sitzung mitgeschrieben. Es ist mir Anfang November 1918, kurz vor Ausbruch der Revolution, mit

Reichsmarineamts, der Chef des Admiralstabs der Marine [Scheer]<sup>2)</sup>, der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, die Staatssekretäre Gröber, Haußmann, Scheidemann, Unterstaatssekretär Göppert, Unterstaatssekretär v. Stumm, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Ministerialdirektor Deutelmoser, General Ludendorff, General Hoffmann<sup>3)</sup>, Oberst Heye.

Der Reichskanzler:<sup>4)</sup> Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober<sup>5)</sup> getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandsersuchen an den Präsidenten Wilson gerichtet haben.<sup>6)</sup> Es kam die Rückfrage<sup>7)</sup>, die wir beantwortet haben.<sup>8)</sup> Jetzt liegt eine neue Note vor<sup>9)</sup>, die eine Steigerung der Forderungen Wilsons enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die amerikanischen Chauvinisten und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und, wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden.<sup>10)</sup>

Genehmigung des Reichskanzlers Prinz Max übergeben. Wie weit es den einzelnen Rednern zur Bestätigung vorgelegen hat, ist mir nicht bekannt. Ich muß dies aber annehmen. Ich habe zu der Wiedergabe meiner Worte keine Stellung nehmen können. Ich gebe sie so wieder, wie sie im Protokoll stehen, und erweitere sie durch Anmerkungen.“

Im Nachlaß Haußmann 147 (maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript) befindet sich eine stichwortartige Mitschrift Haußmanns über diese Sitzung, die keinerlei sachliche Abweichungen vom Protokoll enthält. Vgl. ferner Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 604 ff.; Payer S. 133 ff.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 189 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 225 f.; WUA 2 S. 366 f. (Aufzeichnung Ludendorffs vom 31. 10. 1918); Admiral Scheer, Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Berlin 1920, S. 489 f.; Niemann, Revolution S. 402 (Aufzeichnung Levetzows; s. die folgende Anm.); Oberst Bauer S. 246 ff.; Lütge S. 142 f.; Vietsch S. 202 f., 205 f.

<sup>2)</sup> Vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 489: Der Reichskanzler habe ihn am Vortage zu der Besprechung eingeladen, als er, Scheer, seinen Antrittsbesuch gemacht habe. In Begleitung von Scheer befand sich der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Konteradmiral v. Levetzow, der zu dieser Sitzung in einer Aufzeichnung vom Dezember 1921 Stellung nahm; abgedruckt bei Niemann, Revolution S. 402 f.

<sup>3)</sup> Nach Ludendorff, Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 92 (Anm. 2) hat Hoffmann auf Ludendorffs Wunsch an der Sitzung teilgenommen, „da er den Osten besonders gut kannte“. Demgegenüber heißt es bei Prinz Max S. 418: „Wir hatten als Sachverständigen für die militärischen Fragen des Ostens den General Hoffmann zugezogen, einst bei Tannenberg der intimste Mitarbeiter Ludendorffs, seit Brest-Litowsk aber ihm entfremdet.“

<sup>4)</sup> Die Aufzeichnung des Reichskanzlers vom Vortage (vgl. Nr. 62) bildete die Grundlage der folgenden Ausführungen.

<sup>5)</sup> Richtig: 3. Oktober; vgl. Nr. 62 Anm. 3.

<sup>6)</sup> Diesen Satz kommentiert Ludendorff, Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 92 (Anm. 3) wie folgt: „Das ist nicht zutreffend. Die Oberste Heeresleitung wollte ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot. Der diplomatische Weg war der Reichsregierung vollständig überlassen. Die Oberste Heeresleitung hatte eine gleichzeitige Mitteilung des Angebots an England — Frankreich angeregt.“

<sup>7)</sup> Vom 8. 10. 1918.

<sup>8)</sup> Am 12. 10. 1918.

<sup>9)</sup> Vom 14. 10. Sie war am Morgen des 16. 10. in Berlin eingegangen; vgl. Nr. 61 Anm. 3.

<sup>10)</sup> Über die Unklarheit Wilsons bezüglich der Interpretation seiner 14 Punkte vgl. seine Unterredung vom 16. 10. mit Sir William Wiseman, einem nichtöffentlichen Vertreter des britischen Außenministeriums, dessen Bericht von John L. Snell veröffentlicht ist: Wilson on Germany and the Fourteen Points, in: The Journal of Modern History, Bd. 26, 1954, S. 364 ff. Dazu vgl. Snell S. 200.

So stelle ich mir die Lage vor. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, klarzustellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. Zu diesem Zweck haben wir Eure Exzellenz<sup>11)</sup> gebeten, herzukommen und uns Auskunft zu geben. Wir haben Eurer Exzellenz eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt<sup>12)</sup>, über die wir erwarten, Auskunft zu erhalten. Eure Exzellenz haben andere Fragen an uns gestellt<sup>13)</sup>, die wir im Laufe der Erörterung beantworten werden.

Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf.

Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Truppenmaterial aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General Ludendorff:<sup>14)</sup> Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintritt, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg Soldatenglück, vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.

Ich kann Ihnen nur meine Überzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre.

Wenn man mich fragt, ob die Ostdivisionen einen Umschwung herbeiführen werden, so frage ich dagegen, was können wir aus dem Osten wegführen? Ich habe darüber mit Hoffmann gesprochen. Wir haben jetzt drei Divisionen locker gemacht durch Räumung Weißrußlands; aber das geht nur langsam. Wir haben in dem Gebiet noch große Haferbestände. Hafer wird uns im nächsten Jahre besonders fehlen; das ist zu bedenken.

Also drei Divisionen kommen. Einen Umschwung kann man mit drei Divisionen nicht herbeiführen; aber der Soldat muß alles zusammenziehen, was er kriegen kann. Früher konnten wir das nicht, weil wir die weitere Grenze gegen die Bolschewiken schützen mußten, bis wir das Geld bekamen. Wieviel haben wir denn jetzt im Osten?

Oberst Heye: Noch 24 Divisionen. Oberost hat davon noch 7.

General Hoffmann: 7 hat Oberost, 5 stehen in der Ukraine, 12 in Rumänien.

General Ludendorff: Dazu kommt die Frage, können wir die Ukraine aufgeben oder nicht? Die Oberste Heeresleitung ist im Einverständnis mit der Reichsleitung in die Ukraine einmarschiert, weil wir das Land für die Ergänzung unserer Wirtschaft brauchten und weil wir die Ostfront der Feinde sprengen mußten. Können wir auf

<sup>11)</sup> Ludendorff, der am Morgen des 17. 10. in Berlin eingetroffen und bereits am Vormittag vom Reichskanzler empfangen worden war; vgl. Nr. 63 Anm. 4.

<sup>12)</sup> Dieser „Fragebogen“ ist abgedruckt Amtliche Urkunden S. 126 f.     ^

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 61 (Ausführungen Haefstens).

<sup>14)</sup> Ludendorff, Urkunden der OHL S. 557 kommentiert an dieser Stelle: „In der Vorbemerkung zum Weißbuch [Amtliche Urkunden, 1. Aufl. 1919, S. 10 f. Ludendorff zitiert im folgenden nicht wörtlich] heißt es: ‚Hatten vor kurzem Ludendorff und Heye es selbst als Hasardspiel bezeichnet, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigten‘, so heißt es jetzt: ‚Der Krieg ist kein Rechenexempel‘ usw. Die ganze verwirrende Tendenz der Vorbemerkung des Weißbuchs ist für jeden aufmerksamen Leser gegeben.“

die Ukraine-Wirtschaft verzichten, und können wir die Gefahr auf uns nehmen, daß die Ukraine bolschewistisch wird, so können wir auch die Divisionen herausholen.

Wirtschaftlich glaube ich, daß wir die Ukraine unbedingt brauchen, auch militärisch. Wir könnten den Krieg im Westen nicht ohne die Pferde in der Ukraine führen; ob unsere Landwirtschaft noch so viel liefern kann, weiß ich nicht. Ich müßte dann um eine andere Direktive für die Behandlung der Ostfragen bitten, als sie mir im März<sup>15)</sup> gegeben worden ist.

**Der Reichskanzler:** Würde die Wegziehung der Osttruppen die Westfront so stärken, daß sie halten kann?

**General Ludendorff:** Das ist jedenfalls in gewissem Maße der Fall. Es fragt sich nur, ob die wirtschaftlichen und politischen Nachteile und die Gefahr im Innern nicht schwerer wiegen.

**Der Reichskanzler:** Würden die neuen Truppen unserem Westheer eine solche Stoßkraft geben, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gebracht würden?

**General Ludendorff:** Nein, Stoßkraft haben diese Truppen nicht mehr. Wir haben alles Gute schon herausgenommen. Sie haben keine Stoßkraft mehr, aber eine gewisse Abwehrkraft. Es darf nicht unterschätzt werden, daß die Truppen im Osten nicht mehr den Geist haben wie die im Westen; darüber spricht vielleicht General Hoffmann.

**Der Reichskanzler:** Noch eine Frage vorher. Es würde also durch die Zuziehung der Truppen aus dem Osten nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, den wir Anfang Oktober gekommen glaubten, und dann die Lage wieder eintreten, die uns gezwungen hat, den Friedenschritt zu tun?

**General Ludendorff:** Es kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage.<sup>16)</sup>

**Der Reichskanzler:** Ich bitte General Hoffmann, das Wort zu nehmen.

**General Hoffmann:** Die Divisionen im Osten bestehen aus Leuten zwischen 35 und 45 Jahren. Die weiten Gebiete, die sie besetzt halten, die Versuchungen, die an sie herantreten und denen sie häufig unterliegen, sei es durch Bestechung der ostjüdischen Händler, sei es durch bolschewistische Propaganda, haben die Truppen recht leiden lassen. Vor Abgabe der letzten Formationen hatten wir in Litauen auf ungefähr 18 Quadratkilometer einen Soldaten. Die Truppe steht seit Monaten zerstreut in einzelnen Postierungen, wenig beaufsichtigt, und die bolschewistischen Ideen, verbunden mit der Bestechung, haben sehr überhandgenommen.

Abgeben können wir nur 10 Divisionen<sup>17)</sup>, denn wir brauchen 2 Divisionen und die Kavallerie, um die Grenze nach der Ukraine zu sperren.

Daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Defensiv haben sie noch Kraft. Ihre Ostaufgabe erfüllen sie glänzend. Ich würde mich sogar anheischig machen, im Osten noch einmal mit ihnen anzugreifen. Aber gegen die Machtmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.

**Der Reichskanzler:** Sie würden also die Wegnahme an sich für möglich halten?

**General Hoffmann:** Wenn wir [sie] wegziehen wollen, ist es sehr hohe Zeit. Ich brauche drei Monate, um die Truppen aus der Ukraine herauszubringen. Wir können dort nur zwei bis drei Züge täglich laufen lassen, von denen bei dem Mangel an Schmieröl

<sup>15)</sup> Richtig: im Februar 1918. Vgl. Quellen I/II S. 241 f. (Anm.15); Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 607.

<sup>16)</sup> Ludendorff a.a.O. S. 558 kommentiert: „Und eine Frage der geistigen Spannkraft.“

<sup>17)</sup> Dazu Ludendorff a.a.O.: „Drei waren schon abtransportiert.“

noch manche ausfallen. Dabei ist mit Sabotage, ja mit Aufflammen einer Revolution zu rechnen, wenn die Bahnen von Ukrainern bedient werden. Schon jetzt würde das Bereitstellen der Truppen, wenn ich das ganze Material liegen lassen wollte, besonders auch die gesammelte Ernte, drei Tage bis zur Schmalspurbahn, sechs Tage bis zur Normalspurbahn in Anspruch nehmen. Diese Zeiten sind aber so errechnet, daß wir keine Vorräte mitnehmen können, die sind dann verloren. Der Truppenchef in Minsk sagt mir, daß er, um die Ernte fortzuschaffen, 500 Züge brauche; die haben wir natürlich nicht. Wir müßten dann die Truppen marschieren lassen.

**General Ludendorff:** Bis jetzt ist ungefähr eine Million Menschen aus dem Ostgebiet ernährt worden. Diese fallen nun der Heimat zur Last. Der Viehbezug aus der Ukraine hat die Viehbestände der Heimat sehr geschont. Wie gespannt die Lage der Viehversorgung in Deutschland ist, weiß man. Müssen wir auf das Ostvieh verzichten, so käme die Heimat nach Ansicht des Generalquartiermeisters in die größten Schwierigkeiten. Ich habe gebeten, das auch durch die Reichsleitung feststellen zu lassen. Wir haben bei der Obersten Heeresleitung gerade die Viehfrage für ausschlaggebend gehalten. Aus der Ukraine allein haben wir 140000 Pferde geholt.

**Der Reichskanzler:** Wie steht es mit der bolschewistischen Armee, wird sie stärker, kann sie uns bedrohen?

**General Hoffmann:** Nein, rein militärisch betrachtet wird sie uns in absehbarer Zeit nichts antun können, da haben wir nichts zu fürchten; aber die geistige Bedrohung.

**General Ludendorff:** Und diese Gefahr ist groß. Der Kordon ist so schwach, daß wir nicht imstande sind, sie von der Heimat fernzuhalten.

**Der Reichskanzler:** Also der Westen wird durch die Osttruppen keine neue Stoßkraft erhalten; aber die verfügbaren 12 Divisionen würden für die Verteidigung wertvoll sein. Um sie herbeizuführen, würde man drei Monate brauchen. Dabei würden wir die Hafenvorräte verlieren, außerdem würde eine große Anzahl von Menschen, die bis jetzt von drüben ernährt worden sind, hier ernährt werden müssen. Eure Exzellenz stellen jetzt die Gegenfrage, welchen Wert hat die Ukraine in den Augen der Reichsleitung für die Ernährung Deutschlands.

**General Ludendorff:** Ja. Wir haben anderthalb Millionen Tonnen aufgekauftes Getreide, das schon zu . . . .<sup>18)</sup> beginnt.

**Der Reichskanzler:** Ich eröffne hierüber die Debatte.

**Graf Roedern:** Die beiden Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts und des Kriegs-ernährungsamts sind nicht anwesend. Es besteht Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen. Das Kriegs-ernährungsamt wünscht die Ukraine weiter zu benutzen, das Reichswirtschaftsamt ist sehr skeptisch. Soweit ich die Lage aus dem hier mitgeteilten Schriftwechsel übersehen kann, scheint mir die Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts die begründetere. Jedenfalls ist, was wir für die Zivilbevölkerung aus der Ukraine bekommen haben, außerordentlich geringfügig, sehr viel höher der Wert dessen, was für das Heer geleistet worden ist und jetzt aus der Heimat beschafft werden muß. Hat das Heer noch Viehbestände aus der Ukraine bekommen?

**General Ludendorff:** Einen Unterschied zwischen Heer und Zivil kann man nicht machen. Es ist ein großer Wirtschaftstopf, und ob das Vieh aus der Ukraine für das Heer oder für das Zivil gebraucht wird, ist gleichgültig. Wir müssen das Vieh haben, woher wir es bekommen, darüber kann ich mir nicht den Kopf zerbrechen. Übrigens kommt noch die Kriegsrohstofffrage dazu. Wir verlieren jetzt auch das Kupferbergwerk Bor, weil die Serben es wieder nehmen; wenn wir auch Belgien räumen, so wird die Wirtschaftsfrage so gespannt, daß wir gar nicht wissen, wie wir den Krieg weiter-

<sup>18)</sup> So im Druck.

führen sollen.<sup>19)</sup> Gehen wir also gleichzeitig im Osten und im Westen zurück, so brechen wir zusammen.

**Staatssekretär Solf:** Der Vertreter des Auswärtigen Amtes in der Ukraine hat mir gestern Vortrag gehalten über die dortigen Verhältnisse. Dem wirtschaftlichen Teil seines Berichtes möchte ich entnehmen, daß der Wert der Ukraine für die Verpflegung des Heeres ein ganz immenser ist, und da können wir keinen Unterschied machen, wer diese Vorräte zuerst verbraucht. Der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Fall sehr beträchtlich.

Ich habe dann Herrn v. Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnähmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten, fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.

**General Ludendorff:** Auch das müssen wir in Kauf nehmen<sup>20)</sup>, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des deutschen Vaterlandes nötig wäre. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauderhaften Folgen.

**Graf Roedern:** Die Frage kann nur nach den jetzt vorliegenden Ernteschätzungen beantwortet werden. Dazu brauchen wir den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

**Herr Scheidemann:** Wenn wir alle diese Fragen der Ernährung und des Bolschewismus beiseite setzen, so bleibt immer noch die Frage, ob die Westfront nach drei Monaten noch stehen wird oder bis dahin ein Durchbruch erfolgt?

**General Ludendorff:** Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten, ich fürchte ihn nicht.<sup>21)</sup>

**Der Reichskanzler:** Ich gehe auf die zweite Frage über: Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen?

Wir müssen aber auch vorher wissen, ob es technisch möglich ist, das nötige Material auszuheben.

**General Ludendorff:** Das übersehe ich nicht. Damit habe ich mich seit 1916 redlich bemüht; es ist kaum ein Monat vergangen, daß ich nicht gedrängt habe. Ob die Verstärkungen rechtzeitig kommen? Verstärkungen<sup>22)</sup> kommen immer rechtzeitig. Man kann nie wissen im Krieg, wie lange eine Aktion dauert. Wie oft habe ich Reserven geschickt, wenn man meinte, sie kämen zu spät, und sie kamen doch noch<sup>23)</sup> zur Zeit. Man muß sie schicken und das übrige dem Schicksal überlassen.

**Der Reichskanzler:** Ich bitte den Herrn Kriegsminister, sich dazu zu äußern.

<sup>19)</sup> In den Amtlichen Urkunden S. 132: „wollen“.

<sup>20)</sup> Der Rest dieses Satzes fehlt im Abdruck der Amtlichen Urkunden S. 132, wobei allerdings in einer Anmerkung darauf hingewiesen ist, daß diese Worte in einer in der Reichskanzlei befindlichen Abschrift mit Tintenstift durchstrichen seien. Ludendorffs Kommentar (Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 99): „Das amtliche Protokoll weicht hier von dem mir übergebenen Protokoll ab“, bezieht sich auf den Abdruck in der 1. Aufl. der Amtlichen Urkunden S. 102.

<sup>21)</sup> Dazu Ludendorff a.a.O. S. 99: „Der Generalfeldmarschall hatte am 3. Oktober und ich am 9. Oktober in demselben Sinne gesprochen. Die Lage an der Front ist also immer stetig gleichbleibend gekennzeichnet.“

<sup>22)</sup> Dazu Ludendorff a.a.O. sowie Urkunden der OHL S. 560: „Das trifft natürlich im strategisch-taktischen Sinne nicht immer zu.“

<sup>23)</sup> Amtliche Urkunden S. 133: „nur“.

Kriegsminister Scheüch: Es kommen zwei Maßnahmen in Betracht. Die normale allgemeine Ergänzung oder eine starke einmalige, unter Beeinträchtigung der normalen. Für die erste Maßnahme gilt folgendes: Der normale Nachschub an Ersatz für das Feldheer ergibt nach den neuesten Berechnungen für Preußen und die anderen Staaten zusammen monatlich 190 000 Mann. Sie können gestellt werden ohne sehr fühlbare Eingriffe in die Heimatwirtschaft. Die einzelnen Zahlen brauche ich hier wohl nicht anzugeben.

Soll das Heer einen einmaligen starken Nachschub erhalten, so berechne ich den auf rund 600 000 Mann. Dabei rechne ich nicht hoch. Die Einzelberechnungen ergeben sogar 637 000 Mann. In diesem Falle würde der Eingriff schon fühlbar werden. Ich glaube nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört. Die Nachweisung im einzelnen würde man in engeren Kreisen durchgehen können und dann auch in Betracht ziehen, was man an unausgebildeten Leuten erhält. So z. B. den Rest des Jahrgangs 1900, von dem noch 50 000 Köpfe in den Betrieben stecken. Das andere ist schon ausgebildet, zum größten Teil in den Depots, zu einem Drittel in der Heimat. Das ist allerdings dann auch das letzte. Eine Ausbildung ist ja doch nötig für die anderen.

Nun ist aber zu bedenken: Wenn wir die 600 000 in die Front hereinbekommen, ist weiterer Ersatz nötig. Dann können wir im Monat nicht mehr rund 190 000, sondern nur rund 100 000 Mann für das nächste halbe Jahr sicherstellen. Den weiteren Ersatz bis zum Herbst 1919 könnte man dann wieder auf 150 000 Mann monatlich anschlagen, wenn der Jahrgang 1901 früher eingestellt würde. Das Reservoir des nächsten Jahres wäre also gegen Ende September erschöpft.

General Ludendorff: Ich bin unbedingt für den zweiten Fall. Hätten wir diese günstigen Zahlen schon jetzt gehabt, so hätten wir die Krise an der Westfront nicht bekommen. Und wenn ich die Leute bekomme, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft. Ich muß aber die Leute bekommen, und zwar bald bekommen, dann können wir wieder hoffnungsfreudig sein.

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte die Versicherung geben, daß ich meine ganze Kraft einsetze, daß diese Zahl eingehalten wird. Dann wollen wir aber nach dieser Richtung auch keinen Tag versäumen.

General Ludendorff: Ich möchte den Herren ein Bild der Lage geben. Vorgestern war die Schlacht bei Ypern. Engländer und Franzosen griffen mit sehr starken Kräften an. Wir wußten das. Wir wollten standhalten. Wir sahen die Gefahr kommen. Es war eine schwere Lage, sich zu sagen, wir werden zurückgedrängt und müssen doch standhalten. Wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen. Zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen, und wir haben die Front gehalten. Was hätten da die Ergänzungen aus der Heimat für eine Bedeutung für uns gehabt.

Die Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf. Mann und Offizier haben das Gefühl der Vereinsamung. Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: „Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?“ und dann laufen sie weg. Können wir die Löcher zustopfen, so verhindern<sup>24)</sup> wir den Einbruch. Können wir der Front sagen, ihr bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

Kriegsminister Scheüch: Wenn ich Exzellenz Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich verändern.

General Ludendorff: Ja.

<sup>24)</sup> A.a.O. S. 134: „verhüten“.

**Kriegsminister Scheüch:** Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?

**General Ludendorff:** Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlimm, aber wir haben sie bisher abgeschlagen<sup>25)</sup>, auch wenn wir sehr in der Minderheit waren. Allerdings verschieben sich die Verhältniszahlen; aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Truppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen.

**Oberst Heye:** In welchem Zeitraum kann der zweite Plan mit den 600 000 Mann durchgeführt werden?

**Kriegsminister Scheüch:** Ich möchte nicht eine zu kurze Zeit angeben. Wir müssen ja aus der Industrie und Landwirtschaft schneller Menschen herausholen, als wir anfangs glaubten. Schneller geht die Verwendung des Heimatheeres. Aus der preußischen Heimat werden zum Beispiel 75 000 Mann kommen. Dahin habe ich den Druck gerichtet; darin dürfen wir nicht zu ängstlich sein. Dazu kommen dann noch etwa 25 000 von den anderen Staaten. Zunächst haben wir etwa 50 000 Unausgebildete und 250 000 Ausgebildete; aber auch deren Verwendung zieht sich noch durch Wochen hin. Das wird auch der Obersten Heeresleitung recht sein.

**General Ludendorff:** Lieber wäre es uns schon, sie kämen alle gleich. Denn was das Niederziehende für die Armee ist, die Stärken werden immer geringer und geringer.

**Kriegsminister Scheüch:** Schwierigkeiten machen auch die heimatlichen Transportverhältnisse. Kürzlich standen bei einem Generalkommando 6000 Mann bereit zum Abtransport an die Westfront. Sie konnten aber nicht geschickt werden, weil das rollende Material fehlte. Das kann sich wiederholen.

**General Ludendorff:** Auch bei uns war durch die Räumung eine große Transportkrise ausgebrochen, die sich auf die Heimat fortpflanzte. Die ist aber jetzt behoben. Ich bin nur dankbar, wenn nach der Richtung in der Heimat das Menschenmögliche geschieht.

Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf dem Fragebogen steht: die Stimmung<sup>26)</sup> im Heer. Er ist sehr wichtig.<sup>27)</sup> Exzellenz Scheüch<sup>28)</sup> hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt.<sup>29)</sup> Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas. Das ist Stimmungssache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hatte Grippe gehabt, es fehlten ihr Kartoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbrachten, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus in einer Form, die der Zucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen grobe Widersetzlichkeiten vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr, ein solcher Transport, wie er ihn aus dem Bezirk des VII. Armeekorps der 13. Division

<sup>25)</sup> Der Schluß dieses Satzes fehlt im Abdruck der Amtlichen Urkunden S. 134. Dort heißt es in einer Anmerkung: „In der erwähnten Abschrift [s. Anm. 20] folgen hier noch die Worte: ‚auch wenn wir sehr in der Minderheit waren.‘“ Ludendorff kommentiert in Urkunden der OHL S. 561: „Diesen Satz gibt das amtliche Weißbuch [bezieht sich wieder auf die 1. Aufl. S. 104] eigenartigerweise nicht wieder.“

<sup>26)</sup> Dazu Ludendorff a.a.O. S. 561: „Für ‚Stimmung‘ müßte es ‚Geist‘ heißen. Es ist für die Fragen der Reichsregierung bezeichnend, daß sie dieses wichtigste Moment nicht erörtern.“

<sup>27)</sup> Ludendorff a.a.O.: „Von entscheidender Bedeutung.“

<sup>28)</sup> Richtig: Scheidemann.

<sup>29)</sup> Am 9. 10.; vgl. Nr. 36 Anm. 59.

geholt hätte, wäre ihm noch nicht vorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Bolschewisten unter sich zu haben.

Diese Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist. Ich habe mich sehr bemüht, sie zu heben, ich muß aber dringend bitten, nicht nur für Menschen, sondern auch für die Stimmung zu sorgen.

Was halten sich zum Beispiel für Drückeberger in Maubeuge auf. Wir haben ja in unserer großen Armee mit Helden zu tun und mit recht, recht schwachen Menschen. Auch auf die müssen wir uns einstellen. Auffrischung der Heimat. Ich richte die dringende Bitte an alle Stäbe, dafür zu sorgen, daß die Stimmung in der Heimat gehoben wird, und daß der Soldat in Belgien weiß, er verteidigt deutsche Erde. Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß diese Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute, was sollen wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen, und vor Verdun heißt es, was nützen unsere Opfer, wenn die Franzosen doch Elsaß-Lothringen kriegen. Menschen mit schlechter Stimmung können wir nicht brauchen. Ein Divisionsstab sagte mir neulich, sie hätten ihre Leute aus dem Osten wieder weggeschickt, sie seien im Westen nicht mehr zu gebrauchen. Man muß mit dem Geiste der Heimat arbeiten.

**Der Reichskanzler:** Da Seine Exzellenz der General Ludendorff die Frage der Stimmung angeschnitten hat, so halte ich es für notwendig, an die drei parlamentarischen Staatssekretäre die Bitte zu richten, ihre Auffassung über die Stimmung in der Heimat mitzuteilen und sich über die Vorschläge zu äußern, die man gemacht hat.

**Staatssekretär Gröber:** Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Ich habe mich davon auf einer Reise nach Süddeutschland persönlich überzeugt. Das haben gerade Urlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schauergeschichten erzählt haben. Viel falsche, aber auch manche richtige. Solche Sachen werden, je länger der Krieg dauert, um so schwerer empfunden. In einer großen Armee kommt natürlich manches Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden.

Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere. Besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen, wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich. In gewöhnlichen Zeiten läßt sich das ertragen; aber in solchen Zeiten, wie diese, stellt sich der Gedanke ein: was müssen wir aushalten und wie leben die Offiziere. Läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?

**General Ludendorff:** Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß der Offizier mit der Truppe die gleiche Lebensweise zu führen hat. Ich bin dem Vorwurf nachgegangen und habe durch den Generalintendanten festgestellt: es gibt nur eine Kantine, sie verkauft gleichmäßig an Offiziere und Mannschaften. Auch im Preis wird kein Unterschied gemacht. Ein Unterschied bestand: die kleinen Kantinen ergänzen ihre Bestände aus den großen Kantinen.<sup>30)</sup> Die großen liefern an die kleinen zu geringerem Preis, damit die kleinen verdienen. Nun hatten einige höchste Stäbe keine Truppenkantine, sondern bezogen ihre Bedürfnisse sogleich aus der großen Kantine, und zwar zu dem billigeren Preis. Sobald ich das festgestellt hatte, habe ich es untersagt und die Stabsbetriebe veranlaßt, aus den großen Kantinen zum gleichen Preise wie aus den kleinen zu beziehen.

Im Schützengraben essen ja Mann und Offizier aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu verstehen, man wird uns

<sup>30)</sup> Amtliche Urkunden S. 136 umgekehrt: „die großen Kantinen ergänzen ihre Bestände aus den kleinen Kantinen.“

nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber was recht und billig ist, drücken wir durch.

Das schlimmste ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können, und man kann nichts dagegen machen. Geben Sie mir Einzelheiten, dann werde ich dahintergreifen, aber seien Sie überzeugt, die Verhältnisse liegen nicht so kraß, wie man behauptet. Im ganzen ist alles in Ordnung.

**Der Reichskanzler:** Ich bitte, nicht in Details zu gehen, dazu fehlt uns die Zeit. Wie beurteilen die Herren Staatssekretäre die Stimmung in Deutschland in Verbindung mit den Maßregeln, die der Herr Kriegsminister vorschlägt?

**Staatssekretär Scheidemann:** Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine feste Überzeugung. Schon die Dauer des Krieges zermürbt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Boot-Krieg hat enttäuscht, die technische Überlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Bankerott, dazu die sich steigernde Not im Innern. Nun tritt die Wechselwirkung ein. Aus dem Heer kommen die Urlauber mit schlechten Geschichten, aus der Heimat bringen sie schlimme<sup>31)</sup> Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns täuschen, wenn wir das beschönigen wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

**General Ludendorff:** Wird es Eurer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?

**Staatssekretär Scheidemann:** Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man dieses Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern. Es wäre eine Unehrlichkeit ersten Ranges, wenn wir darüber irgendeinem Menschen einen Zweifel ließen.

**Staatssekretär Haußmann:** Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wie lange, wieviel Wochen, wieviel Tage hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den unverschämten<sup>32)</sup> Ton der Wilson-Note vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden.<sup>33)</sup> Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung. Man könnte sie heben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen, davon hängt der Ton der Verhandlungen ab.

**General Ludendorff:** Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir „sein heraus“. Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu bessern. Ich werde das gleich mit dem Eisenbahnchef besprechen. Wie weit es möglich ist, übersehe ich nicht.

<sup>31)</sup> A.a.O. S. 137: „schlechte“.

<sup>32)</sup> A.a.O.: „scharfen“.

<sup>33)</sup> Ludendorff a.a.O. S. 536 kommentiert hier: „Weil ihr der Versöhnungsfrieden vorgeheuchelt war.“

**Staatssekretär Scheidemann:** Der Mangel an Wagen wurde uns neulich durch Herrn v. Waldow eindringlich<sup>34)</sup> zu Gemüte geführt. Er sagte dabei, sehr bald würden wir nicht einmal mehr das kleine Quantum Kartoffeln haben, das jetzt noch verteilt wird.

**General Ludendorff:** Ich werde das Nötige veranlassen.<sup>35)</sup>

**Vizekanzler v. Payer:** Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten.

Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die zweite Wilson-Note kam, da ist die Stimmung zusammengeklappt, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht, aber auch diese Stimmung schlug wieder um: bei der Erkenntnis, daß wir als Nation, vor allem auch wirtschaftlich, zugrunde gerichtet werden sollen, überlegte sich jeder: müssen wir das erdulden oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen: es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet; wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland . . .<sup>36)</sup> halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigungen rechnen, die uns erdrücken wird — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen.

Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn — dann ist noch nicht alles verloren.

**General Ludendorff:** Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur: wie schaffen wir's? Da kann ich nur die Bitte wiederholen: Packen Sie das Volk. Reißn Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen.

**Vizepräsident Friedberg:** Jedenfalls muß sehr schnell gehandelt werden. In der letzten Zeit war die Lage sehr schwierig. Wir haben die Oberpräsidenten hier versammelt gesehen. Die sämtlichen Pastoren von Berlin traten zusammen. Die Parteien halten Fraktionssitzungen — kein Mensch weiß, woran er ist, und alle fassen sich an den Kopf, wie man plötzlich vor einer solchen Katastrophe stehen kann. Wir werden aufgefordert zu sagen: stellt die Lage sehr<sup>37)</sup> ernst dar, aber noch nicht verzweifelt. Damit bekommt man keine Hochstimmung.

**General Ludendorff:** In keiner Weise.

**Vizepräsident Friedberg:** Jetzt hören wir, daß die Sache wesentlich anders liegt. Da stimme ich mit Exzellenz v. Payer darin überein, daß wir rasch aus der Note an Wilson herausholen sollten, was herausgeholt werden kann.

**Der Reichskanzler:** Eure Exzellenz meinen, daß vier Wochen guter Stimmung nötig sind?

**General Ludendorff:** Wenn es mehr sind, ist es mir lieber. Jedenfalls wird nach dieser Frist die Krise an der Westfront zu Ende sein, wenn wir auch noch zurückgehen müssen. Man hat das so im Gefühl. Die Angriffskraft war in den letzten Tagen nur noch gering.

<sup>34)</sup> Amtliche Urkunden S. 138: „sehr eindringlich“.

<sup>35)</sup> Dazu Ludendorff a.a.O. S. 563: „Nur soweit ich helfen konnte.“

<sup>36)</sup> So im Druck.

<sup>37)</sup> „sehr“ fehlt Amtliche Urkunden S. 139.

**Der Reichskanzler:** Aber innerhalb von 8 bis 10 Tagen kommt wieder eine neue Welle, wie Eure Exzellenz damals im Gespräch mit mir selbst gesagt haben.

**General Ludendorff:** Die kommt. Ein neuer Angriff ist bei der 10. Armee schon in Gang; wie es da steht, weiß ich nicht. Morgen kommt wieder einer bei der 5. Armee; das hört nicht auf.

**Der Reichskanzler:** Es kommt nun darauf an, daß die Maßregeln, die Sie empfehlen, den Angriffen einen solchen Riegel vorschieben, daß man politisch wieder frei arbeiten kann. Eure Exzellenz wissen, daß ich damals nicht für die Friedensnote war, aber es wurde mir gesagt, jede Stunde kostete uns<sup>38)</sup> soundso viele hunderttausend Mann und jeder Augenblick könne eine Katastrophe<sup>39)</sup> herbeiführen. Exzellenz v. Hintze ist mein Zeuge.

**Exzellenz v. Hintze:** Das ist so, Eure Großherzogliche Hoheit.

**General Ludendorff:** Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen.

**Der Reichskanzler:** Wenn Sie sagen, daß wir nach vier Wochen besser stehen, so sagen die Engländer, wenn es noch sechs Wochen dauert, so haben wir nicht mehr nötig, mit den Deutschen zu verhandeln. Jedenfalls tut die Entente alles, was sie kann, um unsere Verhandlungen mit Wilson in die Länge zu ziehen.

**General Ludendorff:** Die Verhandlungen in Berlin sind der Entente zu Ohren gekommen und haben die Angriffslust gewaltig erhöht. Aber das meine ich doch: jede militärische Stärkung der Front stärkt auch die Stellung Eurer Großherzoglichen Hoheit für den Friedensschluß.

**Der Reichskanzler:** Das ist richtig.

**General Ludendorff:** Ob die Stärkung rechtzeitig kommt oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich wiederhole, was kommt, kommt rechtzeitig.

**Der Reichskanzler:** Wie stark ist das Westheer?

**Oberst Heye:** Die Westfront zählt jetzt 191 Divisionen, davon 4 Österreicher und 7 aus dem Osten. Sie sind sehr verschieden an Stärke. 28 Divisionen haben nur Bataillonsstärken von ungefähr 200 bis 300 Mann. Die übrigen stehen sich ungefähr auf 400 bis 600.

**General Ludendorff:** Hätten wir da vollkräftige Bataillone, so wäre die Lage gerettet.

**Der Reichskanzler:** Durch die bisherige Aussprache sind die Fragen 1 bis 8, die wir zu stellen hatten, erledigt. Ich komme nun zur neunten Frage:

Wird durch eine Entblößung der Ostgebiete die Ölzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß wir zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Einstellung des U-Bootkriegs gezwungen werden?

**General Ludendorff:** Das wird der Herr Kriegsminister beantworten.

**Kriegsminister Scheüch:** Dieser Punkt ist allerdings von größter Bedeutung. Wenn Rumänien uns nicht mehr zur Verfügung steht, können wir den Krieg noch anderthalb Monate weiterführen. Wir haben früher mit zwei Monaten gerechnet; das hat sich

<sup>38)</sup> A.a.O.: „kostet soundsoviele“.

<sup>39)</sup> Dazu kommentiert Ludendorff a.a.O. S. 564: „Von Katastrophe ist militärischerseits nicht gesprochen. Nach der Antwort des Herrn v. Hintze kann ich nur annehmen, daß er es getan hat. Die Worte, die ich darauf erwiderte, kann ich nicht mehr feststellen. Sie gehen aus dem Protokoll nicht hervor. Vielleicht gibt die nachfolgende Entgegnung des Reichskanzlers darüber einen gewissen Aufschluß. Die Ergänzung überlasse ich dem Leser, außerdem weise ich auf Heft 2 meiner Entgegnung zum Weißbuch nochmals besonders hin.“

aber nicht bewahrheitet, da die Transportmittel geringer geworden sind und der Verbrauch sich erhöht hat.

Wie lange der U-Bootkrieg beim Wegfallen der Ölzufuhr Rumäniens weitergeführt werden kann, weiß die Heeresverwaltung<sup>40)</sup> nicht, weil wir den Verbrauch der Marine nicht kennen. Die Ziffern der Marinebehörden über den Verbrauch durch Automobile sind uns gestern zugekommen und noch nicht verarbeitet.

Es ist unbedingt nötig, daß die Ölbewirtschaftung bei Heer und Marine gemeinsam erfolgt. Wir müssen gemeinsam erwägen nicht nur, wie teilen wir? sondern auch, wie strecken wir? Das ist jetzt unklar. Ich bitte, möglichst bald, wenn irgend tunlich heute nachmittag in Verhandlungen hierüber einzutreten. Vielleicht wird auch die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab beizuziehen sein.

Wir gehen auch in bezug auf die Heimatwirtschaft ganz bedenklichen Verhältnissen entgegen. Wir sind nur noch für wenige Monate eingedeckt. Gestern ist im Reichswirtschaftsamt über die Frage verhandelt worden, wie können wir die Leuchtölmittel für die Heimat kürzen? Jede Kürzung wird natürlich sehr bedenklich sein, denn es gibt kaum noch Ersatz. In vielen Betrieben wird also die Beleuchtung einfach aufhören.

Aber auch hierüber kann ich nur ein klares Bild geben nach Einblick in die Verbrauchsziffern, Bestände, Deckungsmöglichkeiten und Streckungsmöglichkeiten der Marine.

**Admiral Scheer:** Bisher hat die Marine ihre Bestände selbst verwaltet. Erfolg: Wir können den U-Bootkrieg noch 8 Monate durchführen, auch ohne rumänische Bestände. Aber ich stehe nicht an, einzuräumen, daß die Vorräte so verwaltet werden müssen, daß das Heer nicht eher zu Ende ist als die Marine. Wir müssen beide zusammen den Krieg zu einem glücklichen Ende bringen. Ich bin ganz bereit mitzuarbeiten, daß der eine Teil nicht der beatus possidens ist, wenn es beim anderen schon zu Ende geht.

**Staatssekretär v. Mann:** Ich bin ganz derselben Meinung. Ob und wie es zum Ziele führen kann, besondere Petroleumvorräte für die Zivilbevölkerung zu schaffen, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man etwa 10 Prozent der Bestände dazu verwenden; aber darüber fehlt mir das Urteil.

**Der Reichskanzler:** Auch ich weiß nicht, wie groß der Verbrauch des Heeres, der Marine, der Landwirtschaft im Verhältnis zueinander ist.

**Unterstaatssekretär Göppert:** Ich bitte, auch die Zivilbevölkerung in die Bewirtschaftung einzubeziehen. 10000 Tonnen monatlich hat man der Bevölkerung versprochen: das ist das Minimum. Wenn man die Bevölkerung im Winter leidlich ruhig halten will, muß das so bleiben. Als man im vorigen Winter 12000 monatlich gab, lag die Beleuchtungswirtschaft auch schon in den letzten Zügen.

**Der Reichskanzler:** Wie lange kann die Armee, die Marine und die Heimat aushalten in dem Moment, wo die Ölversorgung aus Rumänien ausfällt? Die Antwort auf diese Frage würde ich sehr gern in kürzester Frist haben. Wann kann ich sie bekommen?

**Kriegsminister Scheüch:** Heute nachmittag werden die Feststellungen getroffen.

**Der Reichskanzler:** Wenn man mir sagt: die Heimat kann noch ein paar Monate, das Heer noch anderthalb Monate, die Marine noch 8 Monate auskommen, so habe ich kein Bild. Das muß auf den gleichen Nenner gebracht werden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um an Exzellenz Göppert noch eine Frage über die Wichtigkeit der Ukraine für die Versorgung zu richten. Ist angesichts der Lage an der Westfront die weitere Besetzung der Ukraine durch zwölf deutsche Divisionen durch das Bedürfnis der deutschen Versorgung zu rechtfertigen?

<sup>40)</sup> Amtliche Urkunden S. 140: „Heeresverwaltung Rumäniens“.

**Vizekanzler v. Payer:** Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ist soeben eingetroffen.

**Der Reichskanzler:** Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Frage zu beantworten.

**Staatssekretär v. Waldow:** Wenn die Frage so gestellt ist, kann ich sie glatt verneinen. Wir haben die Lebens- und Futtermittel der Ukraine in unseren Wirtschaftsplan nur eingestellt als Nothelf und zur Verbesserung der Lage. Handelt es sich aber darum, ob der Verzweiflungskampf aufgenommen werden muß, so können wir auch auf die Ukraine verzichten und werden dann versuchen, durch Schmuggel unsere Bestände zu vermehren.

**General Ludendorff:** Ich weise nochmals darauf hin, daß jetzt aus den Ostgebieten ungefähr eine Million Menschen ernährt werden, die wir dann selbst mit<sup>41)</sup> verpflegen müßten.

**Staatssekretär v. Waldow:** Dann müßte mir zuvor angegeben werden, welche Verpflegungssätze, welche Quantitäten in Frage kommen.

**General Ludendorff:** Ich werde den Generalquartiermeister veranlassen, die Frage mit Ihnen einwandfrei zu klären. Uns hat das Kriegsernährungsamt wiederholt gesagt, wir müßten die Ukraine halten. Darüber muß einwandfrei Klarheit herrschen. Brauchen wir die Ukraine nicht, um zu leben<sup>42)</sup>, so handelt es sich nur noch<sup>43)</sup> um so viele Truppen, um die Gefahr des Bolschewismus von den Grenzen zu halten.

**Staatssekretär v. Waldow:** Als ich die Notwendigkeit der Ukraine bejahte, war die Lage eine ganz andere.

**General Ludendorff:** Wenn wir die Ukraine aufgeben, kommt unsere Viehwirtschaft zum Erlahmen. Die Frage ist aber nicht so eilig. Es rollen Truppen von Österreich nach Rumänien, auch aus der Ukraine. Es müssen nur grundsätzlich klare Entschlüsse gefaßt werden.

**Unterstaatssekretär Göppert:** Ein Kommissionär<sup>44)</sup> aus Kiew, den ich vor einer Stunde gesprochen habe, bestätigte mir, daß eine Hoffnung, größere Mengen Getreide in diesem Winter aus der Ukraine herauszubekommen, nicht besteht. Auch die Preise werden das verhindern.<sup>45)</sup> Man zahlt jetzt schon 3000 Rubel für . . . .<sup>46)</sup> Auch die Menge der anderen Lebensmittel ist nicht so groß, daß sie für die Ernährung des deutschen Volkes wesentlich in Betracht käme. Dagegen herrscht die Überzeugung, daß das Zurückziehen der deutschen Truppen sofort das Aufflammen des Bolschewismus mit allen seinen Folgen nach sich ziehen würde. Der Kristallisationspunkt für eine Beruhigung der russischen Gärung würde verschwinden, ganz Rußland wäre dem Bolschewismus ausgeliefert, unsere Anknüpfungen in Südrußland zerreißen. Das muß doch auch erwogen werden.

**Der Reichskanzler:** Das Auswärtige Amt hat Schritte getan, um uns Rumänien zu sichern, aber es ist möglich, daß Rumänien vorzieht, unsere Zerschmetterung abzuwarten. Will man Rumänien im Notfall zwingen?

**General Ludendorff:** Mit dem Auswärtigen Amt haben wir die Gefahr erkannt und ihre Haltung erörtert. Am 10. Oktober schlugen wir vor, Rumänien gemeinsam mit

<sup>41)</sup> „mit“ fehlt im Abdruck a.a.O. S. 142.

<sup>42)</sup> Ludendorff a.a.O. S. 565 kommentiert: „Auch Österreich kam in Betracht.“

<sup>43)</sup> „noch“ fehlt im Abdruck Amtliche Urkunden S. 142.

<sup>44)</sup> A.a.O.: „Kommissar“.

<sup>45)</sup> Ludendorff a.a.O. S. 565 kommentiert dazu: „Hierin zeigt sich unsere wenig zweckmäßige Politik in der Ukraine.“

Österreich zu zwingen. Österreich wollte nicht. An sich hatten wir genug Truppen, einige kommen langsam aus Ungarn heran, dazu zwei Divisionen Österreicher und eine Kavalleriedivision aus der Ukraine, die General v. Arz herangezogen hat. Die rumänische Armee allein wird nicht losschlagen, nur wenn Ententetruppen in größerer Zahl zu ihr stoßen. Solche Truppenbewegungen sind jetzt im Gange. Eine wird jetzt über Nisch in Richtung auf Belgrad angesetzt, eine andere, wie es scheint, über die Maritza-Mündung gegen Konstantinopel. Soweit ich die Lage nach den eingegangenen Nachrichten überhaupt einschätzen kann, ist für die nächste Woche nichts zu besorgen.

**Der Reichskanzler:** Ich bitte das Auswärtige Amt, sich dazu zu äußern.

**Staatssekretär Solf:** Ich bin nicht orientiert.

**Graf Roedern:** Kann die Donaufront forciert werden?

**General Ludendorff:** Wenn Konstantinopel fällt, kommt die englische Flotte ins Schwarze Meer und dann ist Rumänien nicht zu halten. Es ist aber doch vom Auswärtigen Amt alles getan, um Rumänien bei der Stange zu halten?

**Unterstaatssekretär v. Stumm:** Sobald die Entente militärisch an Rumänien herankommt, können wir es nicht mehr halten.

**General Ludendorff:** Das ist auch meine Ansicht.

**Der Reichskanzler:** Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie steht es mit den Reserven der Entente?

**Oberst Heye:** Vorige Woche hatten die Franzosen 40, die Engländer 25, die Amerikaner 18, die Italiener 1, dazu kommen noch Portugiesen, Polen und andere Hilfstuppen, im ganzen 87 Divisionen Reserven von der Gesamtstärke von 220 Divisionen.

**General Ludendorff:** Wir haben 191 Divisionen an der Westfront, die Zahlen der Divisionen sind also nicht einmal so sehr verschieden, wohl aber die Stärken. Die französische Division ist auch nur schwach, nicht wesentlich höher wie unsere, die englische ist stärker und die 40 amerikanischen sind recht stark. Die Überlegenheit an Menschen, über die die Entente gegen uns verfügt, drückt sich also in den Zahlen der Divisionen nicht hinreichend aus.

**Der Reichskanzler:** Die elfte Frage lautet: Wie lange ist noch mit Großangriffen an der Westfront zu rechnen?

**General Ludendorff:** Das kann weitergehen, kann aber aufhören, ich weiß es nicht.

**Der Reichskanzler:** Besteht die Wahrscheinlichkeit einer Überführung weiterer Italiener an die Westfront?

**General Ludendorff:** Die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit. Die Kriegsmüdigkeit in Italien ist sehr groß.

**Graf Roedern:** Ist ein Angriff der Italiener über Österreich gegen Deutschland ausgeschlossen?

**General Ludendorff:** Physisch unmöglich ist er nicht; sie können durch Tirol, aber wir brauchen jetzt nicht damit zu rechnen. Sonst machen wir uns noch mehr Angst, als wir schon haben. Wenn Italiener gegen Deutsche fechten, so wird das wohl nur an der Westfront geschehen.

**Der Reichskanzler:** Müssen wir eine neue Ostfront bilden?

**General Ludendorff:** In Serbien stehen drei Divisionen und zwei österreichische, dazu sind die (?)<sup>36</sup> Truppen an die Donau gekommen. Augenblicklich ist keine Gefahr. Nach acht Tagen kann es anders sein.

**Der Reichskanzler:** Ich denke an die Ostfront gegen Rußland.

**General Ludendorff:** General Hoffmann meint, eine kampffähige Truppe wird uns da nicht mehr gegenüberreten; aber wir müssen die Grenzen sperren und uns gegen Banden wehren. Vielleicht schwillt nun, wenn wir die Ukraine räumen, den Bolschewiken der Kamm, so daß sie uns den Krieg erklären. Aber an eine kampffähige Rote Armee glaube ich nicht.

**Der Reichskanzler:** Die Sperre ist aber nicht dicht, es kommen doch Hunderte durch.

**General Hoffmann:** Ja, mit und ohne Paß, mit richtigen und falschen.

**Der Reichskanzler:** Aber ein militärischer Durchbruch ist nicht zu befürchten?

**General Ludendorff:** Nein, militärisch glaube ich nicht daran.

**Der Reichskanzler:** Eine weitere Frage: Wie viele Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?

**Oberst Heye:** Nach dem Durchschnitt der letzten Monate: 250 000.

**General Ludendorff:** Im April, Mai und Juni waren es 350 000.

**Der Reichskanzler:** Hat ihre Zahl seitdem nicht mehr zugenommen?

**Oberst Heye:** Im Anfang des Jahres war die Zahl viel geringer, etwa 85 000 monatlich, dann kam der starke Aufstieg bis zum Hochsommer, seitdem sind es jedenfalls nicht mehr geworden.

**Der Reichskanzler:** Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?

**Oberst Heye:** Die amerikanische Heeresleitung berechnet die Truppenzahl jetzt auf 1 200 000, für das nächste Frühjahr rechnen sie mit 2 300 000 Kämpfern.

**Der Reichskanzler:** Und ist das entsprechende Material da?

**Oberst Heye:** Ja, wenn es so weiter geht, wie bisher, kann man damit rechnen. Die Amerikaner sind in ihren Angaben immer wahr gewesen.

**Der Reichskanzler:** Auf wie hoch darf man die Frontstärke der Feinde im Westen jetzt schätzen?

**Oberst Heye:** Bei den Franzosen ist sie stark verringert, bei den Engländern wird sie sich auf derselben Höhe halten, weil sie vorläufig noch Ersatztruppen aufstellen können, bei den Amerikanern wird sie sich vermehren.

**General Ludendorff:** Die Ersatzfrage ist sehr schwer zu beurteilen. Voriges Jahr hatten die englischen Divisionen noch 12 Bataillone, heute nur noch 9. Es hängt sehr davon ab, wie die wirtschaftlichen Interessen liegen. Nach der Niederlage im März mußte zum Beispiel England die Kohlenarbeiter einziehen; zieht es jetzt wegen der Kohlennot die Leute wieder heraus, so schwächt das natürlich die Front. Auch politische Momente spielen mit; bis jetzt können sie die Irländer nicht einstellen, das Wehrgesetz geht da zunächst nicht durch.

**Der Reichskanzler:** Also wir können bis nächstes Frühjahr 600 000 bis 700 000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1 100 000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?

**General Ludendorff:** Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie im höchsten Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.

Der Reichskanzler: Eure Exzellenz haben bis jetzt nur die Zahlen der Menschen erwähnt; aber es ist auch das Material zu bedenken, Flugzeuge, Tanks und anderes.

General Ludendorff: Die Flieger der beiden Heere verhalten sich schon jetzt wie 1:3. Trotzdem ist die Überlegenheit bei uns. Die Angaben über Feindverluste, die wir machen, bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück, wie wir später oft an den feindlichen Nachrichten feststellen können. Alles das schreckt mich nicht.

Der Reichskanzler: Und die Tanks nächstes Frühjahr?

General Ludendorff: Ich hoffe, daß, wenn unsere Infanterie wieder zu Kräften kommt, auch der Tankschrecken, der schon einmal überwunden war und wiedergekommen ist, nochmals überwunden wird. Er kam mit aller Kraft wieder am 8. August durch den Nebel und wer weiß was sonst. Ist aber die Stimmung der Truppen wiederhergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und die Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen. Es lockt auch aus materiellen Gründen, denn in den Tanks gibt es immer gute Verpflegung. Wir konnten nur nicht Schritt halten in dem Bau von Tanks, weil wir zuerst Lastautos bauen mußten; aber bis nächstes Frühjahr werden wir darin weiter sein.

Graf Roedern: Ich nehme an, daß, wenn wir eine gewisse Ruhepause haben, die Lage sich bessert, oder ist das Urteil des Generals Ludendorff auch dann gültig, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Monaten kämpfend von unserer Linie auf der Westfront zurückgehen müssen?

General Ludendorff: Das kommt auf das Tempo an; jeder Rückzug kostet um so mehr Gefangene und Material, je rascher er vor sich geht. Bei dem langsamen Zurückgehen der 3., 1., 7. und 18. Armee sind so gut wie keine Einbußen an Menschen und Material gewesen; wenn wir aber ausweichen müssen, wie bei der 17. und 2. Arnee, dann ist es eine erhebliche Schwächung. Wir verkürzen uns außerordentlich, aber die Lebensbedingungen der Armee, das, was sie zum Handeln braucht, Munition usw., das wird erheblich verschlechtert, weil wir unser Industriegebiet den feindlichen Fliegern aussetzen.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen kommen, so bedeutet schon die Zusage der Räumung an sich eine wesentliche Verschlimmerung der militärischen Lage.

Kriegsminister Scheüch: Daß die Zurückführung des Heeres auf den heimatischen Boden eine außerordentliche Schwächung des Heeres bedeutet, ist zuzugeben, nicht nur wegen der geringeren Möglichkeit der Herstellung alles dessen, was das Heer zum Kampf nötig hat, sondern auch im Hinblick auf die Stimmung und den Gehalt der Truppe. Eine enge Verbindung mit der Heimatbevölkerung, die niedergedrückt ist durch die starke Belegung, drückt auch<sup>46)</sup> das Heer nieder. Es würden an der ganzen Grenze dieselben Bedingungen eintreten wie jetzt im Elsaß und noch schlechtere.<sup>47)</sup> Auch die Lebenshaltung der Bevölkerung selbst würde sehr herabgedrückt.

Admiral Scheer: Ich habe schon gestern gemeldet, wie der Stand bei der Marine ist, muß aber wohl auch hier ein Bild von den Verhältnissen der Flotte geben, weil es darauf ankommt, ob man den Waffenstillstand unter den Bedingungen bekommen soll, die Wilson stellt.

In den beiden letzten Jahren hat sich die Flotte nur in den Dienst des U-Bootkriegs gestellt und sich dabei völlig gefechtsbereit gehalten. Wenn uns die Arbeiterverhält-

<sup>46)</sup> „auch“ fehlt Amtliche Urkunden S. 146.

<sup>47)</sup> Ludendorff a.a.O. S. 568 kommentiert: „Diese Bedingungen hat Frankreich vier Jahre ertragen, für Rumänien und Serbien lagen die Verhältnisse noch ungünstiger.“

nisse verbessert werden, können wir den Bau der Unterseeboote auf das Doppelte, ja Dreifache erhöhen. Nun geht die Forderung Wilsons dahin, daß wir den U-Bootkrieg einstellen sollen. Wenn wir dem nachgeben, würde ein ganz erhebliches Druckmittel preisgegeben ohne eine Gegenleistung für die Annahme des Waffenstillstands bei der jetzigen Stellung. Denn da ist doch die Lage so, daß das Heer standhalten kann. Deshalb brauchen wir auf die zweite Wilsonsche Bedingung nicht einzugehen.

**Der Reichskanzler:** Damals sprachen Eure Exzellenz von 40000 Arbeitern, die nötig wären. Können Sie die bekommen, wenn der Kriegsminister 600000 Mann aufbietet?

**Admiral Scheer:** Bis zum 1. Dezember brauchen wir nur 15000 bis 16000 Mann.

**Der Reichskanzler:** Und bis wann brauchen Sie die 40000?

**Admiral Scheer:** Erst bis in den Sommer. Wir können schon mit den ersten 16000 Mann die monatliche Ablaufziffer von 10 auf 16 steigern.

**Der Reichskanzler:** Als letztes Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben:

Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die Eure Exzellenz vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann Eure Exzellenz der Anschauung, daß wir dann im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist als die, in der wir uns augenblicklich befinden? Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen und der wir fest ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt?

**General Ludendorff:** Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage.

**Admiral Scheer:** Man steht wohl allgemein unter dem Eindruck, daß der Feind den U-Bootkrieg sehr erheblich spürt, namentlich Italien. Das wird sich in nächster Zeit noch steigern, besonders auch gegenüber Amerika. Wenn wir aber die Bedingungen annehmen, die uns gestellt worden sind, geben wir das alles aus der Hand.

**Der Reichskanzler:** Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Heeresleitung nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Beantwortung der Note Wilsons.

**Admiral Scheer:** Unsere Lage wird sich bessern, weil die der Gegner sich verschlechtern wird. Deshalb wollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

**Graf Roedern:** Es ist schon so oft gesagt worden, daß sich die Lebenshaltung unserer Feinde verschlechtert hat, aber wir haben wenig davon gemerkt, daß das den Krieg beeinflußt hat. Wird das jetzt so viel anders sein? Wird dabei berücksichtigt, daß für uns die flandrische Küste wegfällt, daß Österreich jetzt zum Frieden kommt und wir damit die U-Bootbasis im Mittelmeer verlieren? Kann die Steigerung der U-Booterzeugung das ausgleichen?

**Admiral Scheer:** Der Ausfall der beiden U-Bootbasen in Flandern und im Mittelmeer hat auf unseren U-Bootkrieg nach meiner Auffassung und der meiner Mitarbeiter keinen Einfluß. Im Gegenteil, je mehr wir uns auf die Umgebung der britischen Inseln konzentrieren, desto wirksamer ist der Krieg. Bisher haben wir, wenn auch nur unter großen Anstrengungen, die Fahrt nach England offengehalten.

Ich kann freilich nicht sagen, in der und der Zeit ist der Gegner zusammengebrochen. Es kommt darauf an, die Wirkungen, die schon vorliegen, zu verstärken und den

Gegner dauernd unter Druck zu halten, dann wird sich die politische Wirkung schon bemerkbar machen.<sup>48)</sup>

**Graf Roedern:** Man hat der Marineleitung, gewiß mißverständlich, nachgesagt, daß sie bestimmte Zusagen wegen der Wirkung des U-Bootkriegs gemacht habe, aber eine Zusage ist sicher gemacht worden, nämlich darüber, daß man die Zufuhr amerikanischer Truppen verhindern könne. Gerade diese Zusage ist nicht gehalten worden.

Der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamts<sup>49)</sup> beantwortete die Frage danach ungefähr dahin: die amerikanischen Truppen sollen nur kommen, sie bilden willkommene Angriffspunkte für uns. Das hat sich doch als durchaus irrtümlich erwiesen.

Sind denn die Einwirkungen auf die englische Wirtschaft noch so hoch zu bewerten? Sobald die Amerikaner sich entschließen, statt 250 000 Mann nur noch 150 000 monatlich zu schicken, wird die Versorgung Englands erheblich erleichtert. Es muß da eine Fehlerquelle liegen. Liegt sie vielleicht darin, daß das Tempo des amerikanischen Schiffsbaus unterschätzt worden ist?

**Admiral Scheer:** Ich kenne die Erklärung des Staatssekretärs nur aus den Zeitungen. Ich weiß nur, daß er die amerikanischen Truppen nicht hoch eingeschätzt hat, wahrscheinlich, weil er ihre Unterhaltung auf französischem Boden für schwierig ansah. Man kann die U-Boote nicht nur auf Transportschiffe ansetzen, sie müssen ihre Torpedos da brauchen, wo sie den meisten Schiffsraum vernichten.

(Der Reichskanzler übergibt den Vorsitz an den Vizekanzler.)

**Vizekanzler v. Payer:** Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Liegen die Gründe dafür auf militärischem Gebiete?

**General Ludendorff:** An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angebissen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. An dieser Stelle hat sich die Kampfkraft<sup>50)</sup> der Entente nicht auf der Höhe gezeigt wie bisher.

Dazu kommt, daß die Amerikaner starke Grippe haben. Allerdings fängt sie auch bei uns an zu grassieren, und zwar in einer sehr bösen Form. Unsere Truppe ist müde und der müde Mensch erliegt der Seuche leichter als der frische.

(Der Reichskanzler übernimmt den Vorsitz wieder.)

**Der Reichskanzler:** Die Lage ist also nicht mehr dieselbe, wie sie am 5. Oktober<sup>51)</sup> war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun.<sup>52)</sup>

<sup>48)</sup> Von Levetzow (s. Anm. 1) folgendermaßen wiedergegeben: „Auf Befragen des Grafen v. Roedern erwiderte der *Admiral*, er könne sich durch früher vom Admiralstab gegebene Zahlen und Fristen in bezug auf die Wirkung des U-Bootkrieges nicht gebunden fühlen; die Zusicherung aber könne er geben, daß unsere U-Boote England auch fortan an der Kehle bleiben würden. Er wies auch auf die Bedeutung des großen U-Bootprogrammes hin.“ Abgedruckt bei Niemann, *Revolution* S. 403.

<sup>49)</sup> von Capelle (März 1916—7. 10. 1918).

<sup>50)</sup> Amtliche Urkunden S. 148: „Kampffront“.

<sup>51)</sup> Richtig: 3. Oktober; vgl. Nr. 62 Anm. 3.

<sup>52)</sup> Dazu Ludendorff a.a.O. S. 569: „Hier drückt sich das vollständige Verkennen der Lage seitens des Reichskanzlers aus. Es handelte sich doch jetzt darum, ob das deutsche Volk den Endkampf um Leben und Tod führen wollte. Ich ging deshalb auf seine Behauptung nicht ein, sondern gleich auf den Kern der Frage.“

**General Ludendorff:** Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: erkämpft euch solche Bedingungen.

**Der Reichskanzler:** Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?

**General Ludendorff:** Schlechtere gibt es nicht.

**Der Reichskanzler:** O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.

**General Ludendorff:** So weit sind wir noch nicht.<sup>53)</sup>

**Graf Roedern:** Es ist bisher nur von Sieg oder Niederlage gesprochen worden. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: wir gehen langsam zurück. Das ist das Wahrscheinlichste, wenn wir einen Durchbruch der Feinde nicht zu befürchten haben. Ich halte auch nicht für wahrscheinlich, daß wir die Feinde zurückwerfen. Also angenommen, wir gehen zurück, wir füllen auf, unsere Widerstandskraft wird gestärkt: wird dann Amerika veranlaßt, uns bessere Bedingungen zu stellen? Amerika weiß, daß wir unsere letzten Reserven verbrauchen; es wird seine Zeit abwarten.

**General Ludendorff:** Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich habe eine Agentenmeldung, daß in England und Frankreich ernste Befürchtungen auftreten, der Krieg könnte den Monat überdauern, Deutschland wird die Entente noch auf feindlichem Boden zum Stehen bringen. Die Furcht vor einem Umschlag der Lage ist dort sehr groß.

**Staatssekretär Solf:** Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten, wie die Note, die wir an Wilson zu richten haben, nach Ton und Inhalt zu fassen ist. Für diese Aufgabe bin ich durch die Ausführungen von Exzellenz Ludendorff nicht wesentlich besser vorbereitet als vorher.

Zu Anfang dieses Monats ist die politische Leitung des Reichs von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten und Frieden vorzuschlagen. Gegen den Willen und gegen die Auffassung des Herrn Reichskanzlers hat er sich entschließen müssen, diesen Schritt mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Dann kam die Gegenfrage, und auch damals ist an der Auffassung festgehalten worden, daß in unserer Antwort an den von uns vorgeschlagenen Bedingungen einfach festzuhalten sei. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen, die uns vor schwere Entschlüsse stellt, und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß, wenn wir die nächsten vier Wochen überdauern, wir sogar viel besser dastehen als bisher.

Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb geht jetzt, was vorher für unmöglich erklärt worden war?<sup>54)</sup>

**General Ludendorff:** Ich habe immer den Menschenmangel als das Wichtigste dargestellt.<sup>55)</sup> Heute höre ich, daß der Mangel nicht so groß ist, wie ich angenommen

<sup>53)</sup> Ludendorff a.a.O. S. 570: „Hier meint das Weißbuch, ich weiche aus, nachdem ich am 9. klar geäußert hatte, wir werden die Grenze halten. Kann man denn nicht ersehen, daß ich bei der Sitzung mit meinem Herzen war und wirklich nicht jedes Wort nur rein trocken beantworten konnte. Es ging um das Höchste, was wir hatten.“

<sup>54)</sup> Dazu Ludendorff a.a.O.: „Ich hatte den Gedanken des Staatssekretärs, daß die Oberste Heeresleitung die Verantwortung verschieben wollte, nicht verstanden, weil mir von seinen Aussprachen am 16. [vgl. Nr. 61 bes. auch Anm. 5—9] keine Meldung gemacht war. Heute erst sehe ich klar.“

<sup>55)</sup> Ludendorff a.a.O. kommentiert: „In Verbindung mit dem geistigen Antrieb, über den in der Sitzung bereits gesprochen war.“

hatte. Heute höre ich, daß ich in absehbarer Zeit 600000 Mann bekommen kann. Weshalb ich sie nicht früher bekommen konnte, darüber will ich nicht sprechen. Kann ich sie jetzt bekommen, so hört die Vereinsamung der Armee auf. Trotz der unglücklichen Ereignisse an der Front<sup>56)</sup> ändert sich die Lage, weil zugleich die Kampfkraft des Feindes nachläßt.

Nach wie vor glaube ich, daß wir die Waffenstillstandsverhandlungen, wenn es irgend geht, erreichen müssen. Aber nur solche Waffenstillstandsverhandlungen dürfen wir annehmen, die eine geregelte Räumung des Landes gestatten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Und dann dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich erscheinen lassen. Daß dies die Absicht ist, muß man aber nach der Note annehmen. Die Bedingungen sollen uns außer Gefecht setzen. Bevor wir uns auf weiteres einlassen, muß der Feind einmal sagen, was denn eigentlich seine Bedingungen sind.

Nicht kurzerhand mit Wilson abrechen. Im Gegenteil: „Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings: nein.“

Damit verlasse ich den bisherigen Boden nicht. Ich bitte nur, die Maßnahme, die der Kriegsminister vorgeschlagen hat, rasch durchzuführen.

Staatssekretär **Solf**: Diese Maßnahme war doch auch damals schon in Aussicht genommen.

General **Ludendorff**: Seit dem April und viel länger noch kämpfe ich um Menschen. Sie sind mir nicht gegeben worden. Es ist doch eine Tatsache, daß wir 70000 Mann monatlich zu wenig bekommen. Hört dieses Defizit auf, und die Kampfkraft des Feindes läßt nach, so braucht man nicht alle Bedingungen anzunehmen.<sup>57)</sup>

Der **Reichskanzler**: Könnte sich die deutsche Oberste Heeresleitung mit der amerikanischen direkt in Verbindung setzen?

General **Ludendorff**: Die amerikanische hat nicht die Führung, sondern Foch. Ist es nicht besser, zunächst noch einmal die Regierung zu fragen?

Kriegsminister **Scheüch**: Foch zu fragen ist es noch nicht Zeit. Das wäre ein Eingeständnis der Niederlage.

General **Ludendorff**: Ich möchte noch einige für die Kriegführung wichtige Punkte vorbringen:

1. Das Generalgouvernement Belgien muß Etappengebiet werden. Das Abgrenzen der Zuständigkeiten ist allerdings schwierig. Es ist so gedacht, daß das Generalgouvernement möglichst die innere Verwaltung, die Beziehungen zur Kirche usw. behält, aber die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, als wir die Verpflegungskommission zuließen, werden wir nicht mehr einhalten können. Wir müssen ehrlich sein und den Stellen kündigen, denen wir damals die Zusage gegeben haben. Wie soll mit ihnen die Einquartierungslast in Einklang gebracht werden. Wir müssen ihnen sagen: Schickt jetzt keine Verpflegung mehr ins Land. Das wird in Belgien ganz gut wirken. In Tournai wollte die Bevölkerung schon nicht weggehen, weil sie sagten, jetzt kommt der Friede. Der Gedanke darf aber nicht hochkommen: man muß Belgien sagen, der Friede ist noch weitab, und das Furchtbare, das nun einmal im Kriege liegt, kann noch über Belgien kommen, dagegen ist 1914 ein Kinderspiel. Man weiß, daß, wenn auch die Befehlsstellen sich die größte Mühe geben, nicht alle vier Millionen Menschen von Gewalttätigkeiten abgehalten werden können.

<sup>56)</sup> „an der Front“ fehlt Amtliche Urkunden S. 149.

<sup>57)</sup> Hier endet der Abdruck des Protokolls in den Amtlichen Urkunden S. 150.

2. Die Frage der Zerstörungen. Ich habe von Eurer Großherzoglichen Hoheit und auch vom Auswärtigen Amt Telegramme darüber bekommen. Wir haben pflichtgemäß alles getan, das Heer in den Schranken zu halten, die militärisch noch zu vertreten sind. Das ist eigentlich schon nicht mehr zu verantworten, daß man Häuser unzerstört läßt; denn Unterkunft ist eine große Hilfe für den Feind. Und später haben die Franzosen die Häuser doch zerstört. In Lille sind das elektrische Licht, die Wasserleitung, die Trambahn unzerstört gelassen, aber Telegraph, Telephon und Bahn zerstört worden. Das schlimmste sind die englischen Flieger und die englischen großen Kanonen. Das Material haben wir dem Auswärtigen Amt mitgeteilt.

Die Armee ist nicht dasselbe wie die einzelnen rohen Menschen, die darin sind. Die Leitung kämpft gegen solche Rohheit an. Ich bitte, das in der Note an Wilson zu betonen, denn die Armee hat ein Recht darauf.

Staatssekretär v. Waldow: Wenn die Vereinbarungen über die Ernährung Belgiens gekündigt werden sollen, so wird das vorher sehr genau geprüft werden müssen.

General Ludendorff: Damit bin ich einverstanden. Aber wie bisher geht es nicht weiter. Die Truppe quartiert sich selbst ein und nimmt die Kuh vom Felde und die Lebensmittel aus dem Haus. Das geht nun einmal nicht anders. Belgien muß aus der Friedensduselei wieder herauskommen, so wird es ein ganz guter Verbündeter von uns. Je mehr es die Schrecken des Krieges empfindet, desto friedensbedürftiger wird es sein.

Staatssekretär Scheidemann: Nachdem im feindlichen Ausland und besonders auch im neutralen Gebiet die Verleumdungen unseres Heeres verbreitet worden sind, muß ihnen entgegengetreten werden. Ich glaube es daher Eurer Großherzoglichen Hoheit nahelegen zu sollen, daß es gut wirken würde, wenn man im Anschluß an frühere Befehle noch einmal einen Befehl ergehen läßt, Zerstörungen zu unterlassen. Wenn dann die Kuh weggenommen wird, so ist das verständlich, denn die Truppen müssen leben, aber was nicht nötig ist, und was wir mit Bedauern von den Urlaubern hören, daß Möbel zerstört, Bilder zerschnitten, Betten verwüstet werden, das muß man abstellen.

General Ludendorff: Wir haben vier Jahre Grabenkrieg geführt und haben zu Unterständen und Holzbaracken greifen müssen, darin sollte sich die Truppe ruhen, das kann sie aber nicht, wenn die Unterstände und Baracken leer bleiben, sie müssen möbliert werden, dazu sind die Möbel requiriert. Ich halte das für militärisch erlaubt. Wie kann sich die Truppe sonst erholen? Leider sind viele Mißgriffe geschehen. Wir eifern dagegen.

Aber sobald die Truppe weg ist, plündert auch die Bevölkerung. Waffen können wir nicht zurücklassen. Da ist viel Schlimmes vorgekommen. Das ist leider richtig. Offiziell ist aber der Gebrauch der Möbel nur für die Unterkunft erlaubt.

Wir haben Wertpapiere zurückgebracht, aber in Obhut genommen, sie werden zurückgegeben werden. Die Gemäldesammlungen haben wir nach Valenciennes zurückgeschafft. Wir wollten sie noch weiter zurückbringen, um sie besser zu schützen, aber auf die Bitten des Auswärtigen Amts haben wir sie in französischem Gebiet gelassen.

Der Reichskanzler: Konnte man die Bilder nicht nach Holland bringen?

General Ludendorff: Wir haben darüber mit dem Auswärtigen Amt immer in Verbindung gestanden und die Sache völkerrechtlich geprüft. Das Amt hat gesagt: nicht aus dem Lande heraus, das würde wie Raub sein. Die einzige Ausnahme bilden die Kirchengüter und Weibgefäße, die haben wir dem Erzbischof von Köln in Aufbewahrung gegeben.

Der Reichskanzler: Ist zu den Fragen, die wir an Exzellenz Ludendorff zu stellen hatten, noch etwas zu bemerken?

Dann schlieÙe ich die Sitzung.<sup>58)</sup>

<sup>58)</sup> Vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 610: „Die Staatssekretäre Gröber und Haußmann, neben denen ich saÙ, drückten mir ihre Freude aus, daÙ ich ihre Stimmung gehoben hätte. Ich fuhr zuversichtlich nach Spa zurück.“ Scheer (s. Anm. 1) S. 490 spricht von der „gehobenen Stimmung“, in der sich die Regierungsmitglieder und militärischen Berater am Schluß der Sitzung befunden hätten. Bei v. Levetzow (s. Anm. 1) heißt es: „Der Gesamteindruck der Sitzung war durchaus würdig und erhebend und ließ für die Zukunft das Beste erhoffen. Von allen Seiten wurde nach Schluß der Sitzung General Ludendorff freudig umdrängt und beglückwünscht.“ Abgedruckt bei Niemann, Revolution S. 403. Dazu vgl. Prinz Max S. 445: „Herr Haußmann und Herr Gröber sollen dem General Ludendorff dafür gedankt haben, daÙ er ihre Stimmung gehoben habe. Auch ich war erleichtert, daÙ die Panik der ersten Oktobertage gewichen war, aber das Gutachten Ludendorffs hatte mich nicht befriedigt und beruhigt. Ich fragte den General unter vier Augen: ‚Glauben Sie, daÙ wir im nächsten Jahr den Krieg unter besseren Bedingungen beenden würden als heute?‘

Die Antwort war ein klares ‚Ja‘.

„Sie sehen also dem Abbruch der Beziehungen zu Wilson mit Ruhe entgegen?“

Die Antwort war wieder ein klares ‚Ja‘.

Ich war nicht überzeugt.“ Dazu vgl. von Müller S. 433: „Scheer erzählte mir auf dem Heimwege, bei der Sitzung beim Reichskanzler hätten Scheidemann und Payer einen vorzüglichen Eindruck gemacht, während Solf offenbar übermüdet gewesen sei.“

Vgl. ferner die Tagebucheintragung Gündells vom 18. 10. (Gündell S. 292): „Nachmittags kam Ludendorff aus Berlin zurück; recht zufrieden: die Regierung scheint sich etwas besonnen zu haben und etwas kräftiger auftreten zu wollen; außerdem hat der Kriegsminister Besserung in der Ersatzlage in Aussicht gestellt.“

## 65.

### 17. 10. 1918, nachm.: Sitzung des Gesamtkabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung der Herren Staatssekretäre am 17. Oktober 1918 nachmittags 5 Uhr.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Friedberg, v. Waldow, Haußmann, Gröber, Scheidemann, Scheüch, Solf, Graf Roedern, Wahnschaffe; Direktor Deutelmoser, Geheimrat Simons und Geheimrat v. Schlieben, Oberst v. Haeften. Später Seine Großherz. Hoheit der Herr Reichskanzler, Exzellenz Ludendorff und Oberst Heye.

**v. Payer:** Die militärische Auskunft haben wir jetzt erhalten<sup>2)</sup>, wir müssen daher jetzt darüber beraten, in welchem Geist und Sinn die Note abgefaÙt werden soll.

<sup>1)</sup> Ein Durchschlag des Protokolls a.a.O. Reichskanzlei 2462/1. Teilabdruck in Amtliche Urkunden S. 151 ff.; Ludendorff, Das Verschieben der Verantwortlichkeit (s. Nr. 64 Anm. 1) S. 129 f.; Urkunden der OHL S. 572 f. Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns befinden sich zwei stichwortartige Teilniederschriften über die Sitzung, NachlaÙ Haußmann 147 und 148. Vgl. ferner Prinz Max S. 449 ff.; Haußmann S. 257; Payer S. 137; Oberst Bauer S. 246 ff.; Lütge S. 145 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 64.

Das Auswärtige Amt hat sie noch nicht fertigstellen können; es wird ihm dies durch unsere jetzige Aussprache erleichtert werden. Ich halte einen kurzen Termin für die Fertigstellung für erforderlich.

**Solf** erklärt, daß er sich zunächst Reserve auferlegen müsse, da die Note noch in der Bearbeitung sei. Es gingen ihm täglich noch Telegramme der Auslandsvertreter über die Stimmung in England und Amerika zu, die noch berücksichtigt werden müßten. Er sei aber für die jetzige Aussprache sehr dankbar.

**v. Waldow** hat den Eindruck gewonnen aus Ludendorffs Bericht<sup>2)</sup>, daß wir nicht so entehrende Bedingungen anzunehmen brauchten, wie uns angesonnen werde. Wir müssen betonen, daß wir bis zum letzten Moment weiterkämpfen würden, wenn uns entehrende Bedingungen gestellt werden. Ein Appell an das Volk sei noch sehr aussichtsreich, auch würde er auf das Ausland gut wirken. Volk in Frankreich auch sehr friedensbedürftig. Sieht das Volk in England und Frankreich, daß wir stark bleiben, so werde Stimmung umschlagen.

**Friedberg** stimmt dem zu. Wir können entehrende Bedingungen nicht annehmen, ohne für immer am Boden zu liegen. Lieber voll geschlagen werden, als sich zu ergeben.

Im einzelnen sei in der Note zu sagen, daß Räumung nicht möglich sei, ohne Waffenstillstand. Ferner Protest gegen Verleumdungen; schließlich Hinweis auf verfassungsrechtliche Frage, wer Krieg zu erklären habe. Diese sei bereits geregelt.<sup>3)</sup> Jede weitere Einmischung in innere Verhältnisse sei abzulehnen.

**Graf Roedern:** Dies müsse auch seiner Ansicht nach die Grundstimmung der Note sein. Das Ausland müßte auch Überzeugung gewinnen, daß diese Grundstimmung bei uns vorherrsche. Man müsse diese daher auch fördern. Andererseits aber müsse man sich darüber klar werden, daß das Kämpfen bis zum letzten Mann im modernen Staat nicht mehr möglich sei. Es gäbe eine gewisse Grenze, über welche hinaus das Kämpfen nicht mehr möglich sei. Hierüber müsse noch von militärischer Seite Aufschluß gegeben werden.

**v. Haefthen:** Diese Frage sei allerdings nicht klar beantwortet worden. Wie er Exzellenz Ludendorff verstanden habe, wolle er auf Boden der Verhandlungen weitertreten, aber Demütigungen, die gegen unsere Ehre gingen, nicht annehmen. Der Kampf könne nicht bis zur letzten Grenze gehen. Jetzt müsse jedoch Krieg weitergeführt werden, ohne daß ein Durchbruch erfolgen dürfe. Werden wir bis zur Landesgrenze zurückgedrängt, so müsse der Entscheidungskampf an der Landesgrenze stattfinden. Dort müsse es sich entscheiden, ob wir bestehen könnten oder unterliegen müßten. Er wolle aber noch eine Erklärung des Generals Ludendorff zu der Frage herbeiführen.<sup>4)</sup>

**Friedberg:** Exzellenz Ludendorff lege großen Wert auf den heutigen Heeresbericht; wie sei dieser aufzufassen?

**v. Haefthen** will dies noch feststellen.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 39 Anm. 30, Nr. 58.

<sup>4)</sup> Das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) enthält folgende Stichworte über die Ausführungen Haefthens: „Weiterverhandlung / aber keine demütigenden Bedingungen / bis an die Grenze. Dann mit Ehren untergehen.“

**Graf Roedern** möchte Bericht über die letzten Tage haben. Wir hätten jetzt Ostende, Nieuwport geräumt; heute nacht solle noch mehr zurückgegangen werden. Es sei wichtig zu erfahren, wie weit.

**Gröber:** In Wilsons Note sei ausgeführt, daß ungesetzliche und unmenschliche Handlungen aufhören müßten, ehe Waffenstillstand geschlossen werden könnte, dies sei ein *circulus vitiosus*. Es müsse eben weitergekämpft werden, und dadurch würden unmenschliche Handlungen verursacht, weil ein Waffenstillstand eben nicht gewährt würde. Bei solchen Kämpfen seien Verheerungen eben nicht zu vermeiden. Man könne es unseren Truppen auch nicht zumuten, ohne Kampf bis an die Grenze zurückzugehen.

**Solf:** Eine Beschränkung des U-Bootkrieges auf Nichtpassagierdampfer sei eine Beschränkung auf den Kreuzerkrieg.

Nach unseren Nachrichten will Wilson unbedingt den Frieden, aber die Alliierten lassen ihn nicht. Wilson hat daher die Verleumdungen zum Vorwand genommen.<sup>5)</sup>

**Graf Roedern:** Dieser Gedanke dürfe aber nicht in der Presse verwendet werden. Wie lange dauere es, um den U-Booten neue Instruktionen zukommen zu lassen?

**Solf:** Einige Wochen. Am besten sei es, U-Bootkrieg nach außen hin weiterführen zu lassen, aber tatsächlich einzustellen. Der letzte versenkte Passagierdampfer habe Wilson besonders am Herzen gelegen und seine Vernichtung daher ihn sehr gekränkt.

**Gröber:** Am besten sei es, den U-Bootkrieg ganz einzustellen.

Was letzten Punkt der Wilsonnote betreffe<sup>6)</sup>, so könne er eine Forderung der Abdankung des Kaisers oder des Hauses Hohenzollern in dieser Fassung nicht finden. Es handele sich nach dieser Fassung lediglich um die Forderung einer Beschränkung des Rechtes des Kaisers, Krieg zu erklären. Diese würde durch die Novelle zum Art. 11 der Verfassung bereits erfüllt.<sup>3)</sup> Auch müsse darauf hingewiesen werden, daß der Reichstag die Gelder für Kriegsführung zu bewilligen habe. Hebe man dies beides hervor, so müsse man daran eine kurze, würdige und ernste Verwahrung gegen die behaupteten Greuelthaten einlegen, um Deutschlands Ehre zu wahren.

**Friedberg:** Es müsse gesagt werden, daß, nachdem Art. 11 der Verfassung geändert sei, wir darin weitergegangen seien wie jedes andere Land. Die meisten Länder gingen sogar weniger weit.

<sup>5)</sup> Vgl. a.a.O.: „Gestern war Admiralität für Einschränkung des U-Bootkriegs / Wilson steht unter Druck.“

<sup>6)</sup> Zitiert nach Amtliche Urkunden S. 110: „Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: ‚Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht.‘ Und die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge hat. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen soll.“

**Scheidemann:** Der Teil von Wilsons Note, der sich mit den Befugnissen des Kaisers beschäftige<sup>6)</sup>, sei der am leichtesten zu beantwortende. Die Forderung, daß der Kaiser beseitigt werden müsse, spreche Wilson nicht aus, sonst würde er es deutlich gesagt haben. Es müsse in unserer Antwortnote gesagt werden, daß es sich bei Änderung des Art. 11 um Reformen handele, die schon seit längerer Zeit in Deutschland in Vorbereitung gewesen seien. Hinweis auf den Verfassungsausschuß.

Vielleicht könnte man bei Art. 11 auch die Einschränkung bezüglich des Angriffes auf das Reichsgebiet wegfällen lassen<sup>7)</sup>, so daß Krieg überhaupt nur mit Zustimmung des Bundesrats und Reichstags erklärt werden könne.

Schwieriger sei die Frage der Räumung zu beantworten. Diese könnte überhaupt nur vorgenommen werden, wo es ohne feindliche Einwirkung möglich sei. Eine Räumung ohne Waffenstillstand sei nicht möglich. Hier bei der Räumungsfrage dürfe man keine Fassung wählen, die den Eindruck erwecke, wir gingen auf jede Bedingung ein. Dies würde sowohl im Ausland wie im Inland sehr schlechte Wirkung haben. Zu erwägen sei besonders, ob man es militärisch noch lange hinhalten könne. Er persönlich habe nicht die Überzeugung gewonnen, daß die Lage sehr viel besser sei, als man neulich den Eindruck gewonnen habe. Auch die wirtschaftlichen Fragen ließen es fraglich erscheinen, ob man den Kampf noch lange aushalten könne.

**v. Payer:** Es schein ja gewisse Übereinstimmung über die Art der Beantwortung der Note zu herrschen. Aber das sei notwendig, daß wir eine gewisse Sicherheit haben müßten, daß wir noch einige Zeit kämpfen könnten. Es dürfe nicht sein, daß wir nach kurzer Zeit von der OHL die Nachricht erhielten, es ginge nicht weiter; sonst würden wir allerdings eine größere Klarheit nicht erhalten können, besonders nicht darüber, ob der Krieg noch über den Winter dauern wird. Jedenfalls wollten wir die Friedensverhandlungen nicht abbrechen. Auch die Waffenstillstandsverhandlungen könnten wir nicht ausschalten. Die Entscheidung den Soldaten zu überlassen, wäre ein Zeichen des militärischen Bankrotts.

Was die Einzelheiten der Antwort betreffe, so könnte man den politischen Teil kurz abmachen. Anders sei es mit dem Verlangen nach Räumung. Hier hat Wilson nichts Bestimmtes gesagt. Wir könnten daher auch nicht positive Verpflichtungen in dieser Hinsicht eingehen, z. B. nicht die Verpflichtung zu räumen, wo es ohne feindliche Einwirkung möglich sei. Es erscheine ihm richtiger, wir frügen klipp und klar, welches die Voraussetzungen eines Waffenstillstandes seien. Dabei könnten wir sagen, daß wir uns nicht abschlichten lassen wollten. Hier seien stärkere und schwächere Nuancierungen möglich. Verlangten sie Niederlegung der Waffen, so müßten wir weiterkämpfen, bis sich die Lage für uns bessere oder wir vollständig verloren seien. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn wir jetzt, wo wir noch im Feindesland ständen, die Waffen streckten. Zugleich müßten wir den Vorwurf der Unmenschlichkeit zurückweisen. Aber es sei nicht empfehlenswert, über das hinauszugehen, was sie von uns wünschten, aber im geheimen könnte man den U-Bootkrieg einschränken.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 58 Anm. 4. Die endgültige Regelung erfolgte gemäß der Anregung Scheidemanns. Dazu bes. Nr. 70 Anm. 8a und Nr. 79 Anm. 3.

Wenn man in diesem Sinne antworte, so würde es gute Stimmung im Inlande machen und die Feinde belehren, daß wir noch nicht am Boden liegen.

**Solf:** Die bisherigen Äußerungen der Vorredner stimmten in dem überein, was die ihm vorliegenden Entwürfe seiner Beamten bereits besagten. Auch die Stimmen aus dem Publikum gingen in derselben Richtung.

Auf die Frage, was über Österreich bekannt und ob sein Ausbrechen aus dem Bunde in baldiger Zeit zu befürchten sei, müsse er mitteilen, daß die Nachrichten allerdings sehr schlecht seien. Österreich werde sich nicht mehr lange halten und nicht mehr viel für uns tun können trotz der optimistischen Rede des Grafen Burian.<sup>8)</sup> Die Separatnote für Österreich sei noch nicht da.<sup>9)</sup> Wir wollten mit der Antwort noch zögern, bis wir diese Separatnote haben, da sie eine gute Interpretation unserer Note darstelle.

Der letzte Passus der Wilson-Rede über die Person des Kaisers<sup>6)</sup> werde auch im Auslande verschieden ausgelegt. Einige beurteilten sie milder, andere dagegen [dahin], daß Wilson die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen und die Regentschaft des Prinzen August Wilhelm fordere. Diese Ansicht sei im Ausland sehr verbreitet.

**Haußmann:** Die frühere Auffassung sei gewesen, keine militärische Katastrophe, sondern diplomatische Hilfsaktion; die heutige: lieber militärische Kapitulation als Annahme von entehrenden Bedingungen. Dies sei eine große Änderung. Ludendorff sage, er wolle keine Abbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen. Solle dies geschehen, so müsse der Ton unserer Antwortnote so gehalten werden, daß nicht Vorwand zum Abbrechen auf der anderen Seite gegeben würde. Es würde uns die Demütigung zugemutet, sich unbekanntem Bedingungen der Militärbefehlshaber zu unterwerfen. Man müsse demgegenüber die Frage stellen, was werde von uns verlangt? Wir müssen uns ferner fragen, an wen diese Fragen gerichtet werden müßten. Solange es sich um Tage gehandelt habe, war man genötigt, sich an Wilson zu wenden. Der Kriegsminister habe es abgelehnt, daß die Frage an den Oberbefehlshaber gerichtet würde, da dies als Unterwerfung angesehen werden würde. In der Wilsonnote werde auch nicht direkt verlangt, daß man sich an die militärischen Stellen wende; es werde nur vom Rat dieser Stellen gesprochen, also sei die Brücke zur Aussprache an Wilson noch nicht abgebrochen.

Daneben müsse man den Hinweis darauf, daß wir zum Widerstand bis zum Letzten bei entehrenden Bedingungen entschlossen seien, in der Stärke geltend machen, daß man nicht auf bösen Willen oder Hintergedanken schließen könnte. Diese Fassung sei schwer zu finden, sie müsse aber gefunden werden.

Die Frage sei noch zu erwägen, wie es auf die Truppe und Heimat wirken werde, wenn Österreich von uns abfalle; es sei zu befürchten, daß binnen 6 Wochen

<sup>8)</sup> Am 15. 10. im Ausschuß der ungarischen Delegation für Äußeres in Wien. Text in „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 16. 10. 1918, Abendausgabe.

<sup>9)</sup> Am Schluß der von Staatssekretär Lansing unterzeichneten 2. Wilson-Note vom 14. 10. hieß es: „Der Präsident [Wilson] wird eine besondere Antwort an die K. und K. Regierung von Österreich-Ungarn absenden.“ Diese Note ging erst am 18. 10. aus Washington ab; Text bei Schulthess 1918/II S. 619.

alle unsere Bundesgenossen von uns abgefallen sein würden. Hieraus sei ein starker Rückschlag für uns zu befürchten.<sup>10)</sup>

**Friedberg:** Man wird oft gefragt, ob es überhaupt möglich sei, auf diese Note noch zu antworten, da sie ja keine Anfrage enthalte. Der einzige Punkt, auf den man antworten könne, sei der Punkt vom Waffenstillstand.

**Solf** macht darauf aufmerksam, daß die erste Veröffentlichung im [Berliner] Lokalanzeiger ein falsches Wort enthalten habe. Es heiße nicht „Entscheidung und Rat“, sondern „Urteil und Rat“. <sup>11)</sup> Der Gedankengang sei dabei folgender: Die Waffenstillstandsbedingungen gehen nur die militärischen Stellen an. Er selbst habe nur das eigene Interesse, daß die militärische Lage sich nicht verschlechtere.

Ein Abbruch ist die Note nicht. Er verlangt ja besonders über die letzte Frage Auskunft. <sup>12)</sup> Es ist eine verärgerte Note, da ihm die Verbündeten Vorwürfe gemacht haben. Er will Frieden machen, wird aber von den Verbündeten daran gehindert.

**Gröber:** Gegen den Vorwurf der unmenschlichen Handlungen muß man sich in einer kurzen Bemerkung wenden. Man muß sagen, daß, wenn hier von völkerrechtswidrigen Handlungen die Rede sei, so sei dies nur die Folge des völkerrechtswidrigen englischen Aushungerungskrieges. Daneben könnte unter der Hand Wilson die Mitteilung gemacht werden, daß Passagierdampfer geschont werden würden.

**v. Haeften:** Er könne die Erklärung abgeben, daß sich im allgemeinen die Auffassung der OHL mit den Auffassungen der Staatssekretäre decke. <sup>13)</sup>

Er schlägt vor, eine internationale Kommission für Plünderungen in Vorschlag zu bringen. Vielfach haben die Bewohner selbst die Plünderungen ausgeführt. Hier ist es erwünscht, daß mit möglichster Offenheit vorgegangen wird. Wir haben das Urteil der Öffentlichkeit in keiner Weise zu scheuen.

<sup>10)</sup> Vgl. Haußmann S. 257, teilweise in wörtlicher Anlehnung an den Wortlaut des amtlichen Protokolls. Das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) enthält über seine eigenen Ausführungen nur eine Reihe von vorweg konzipierten Stichworten.

<sup>11)</sup> Der betreffende Satz der zweiten Antwortnote Wilsons vom 14. 10. lautet nach der Übersetzung in Amtliche Urkunden S. 109: „Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rate [judgment and advice] der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen.[. . .]“

<sup>12)</sup> Bezieht sich auf den letzten Passus der deutschen Note vom 12. 10., Amtliche Urkunden S. 106: „Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“ Dazu folgenden Passus der Antwortnote Wilsons, a.a.O. S. 110: „Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.“ Ferner den in Anm. 6 zitierten Teil der Wilsonschen Antwort.

<sup>13)</sup> Nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) berief sich Haeften in diesem Zusammenhang darauf, daß er „heute Vortrag bei General Ludendorff“ gehabt habe.

Ihm sei gesagt worden, daß Wilson sehr angenehm berührt sei, daß Deutschland ihn zum Friedensrichter erwählt habe. Er würde sich das Amt auch nicht aus der Hand winden lassen. England habe die gegenteilige Absicht. Es wolle zusammen mit Frankreich die jetzige Friedensaktion unbedingt zum Scheitern bringen. Es sei deshalb Wilson gesagt worden, man könnte jetzt Deutschland alles zuschieben. Daher müßten wir Wilson gegenüber zwar die Würde wahren, aber andererseits nicht zu scharf werden.

**Solf** weist darauf hin, daß die Note Wilsons zwar scharf sei, sich aber immerhin noch an seine Grundsätze halte. Wir müßten uns selbst nur klarmachen, daß wir im umgekehrten Falle auch die höchsten Kriegsziele aufgestellt hätten.

**Scheidemann** trägt einen Entwurf zu einer Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson vor und überreicht ihn als Anlage zu diesem Protokoll.<sup>14)</sup> Auch er ist der Ansicht, daß die Note würdig zu halten sei, aber doch nicht so, daß ein Abbruch der Verhandlungen zu befürchten sei. Man müsse alle Punkte berühren, insbesondere auf die technische Unmöglichkeit der Räumung ohne Waffenstillstand hinweisen.

**Graf Roedern** stimmt Exzellenz Solf in Auffassung der Note zu. Eine Fortsetzung

<sup>14)</sup> DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462. Dieser Entwurf, der wesentlich von der Ausfertigung der Antwortnote vom 20. 10. (gedruckt Amtliche Urkunden S. 167 f.) abweicht, hat folgenden Wortlaut: „Die deutsche Regierung teilt vollkommen die Betrübniß über die Leiden, denen die Zivilbevölkerung zu Lande und zur See durch die Kriegführung ausgesetzt ist. Sie erblickt das radikale Mittel zur ihrer raschen Beendigung in der Einstellung der Feindseligkeiten. Sie hat indessen jetzt schon Veranlassung genommen, die deutschen Unterseeboote zu beordern, den Krieg als Kreuzerkrieg fortzuführen. Sie hat weiter die Verfügung getroffen, daß Leben, Freiheit und Eigentum der Bevölkerung im Kriegsgebiet vor jeder Schädigung bewahrt bleibt, soweit das während des Kampfes überhaupt möglich ist.

Die Räumung der besetzten Gebiete kann sofort in Angriff genommen werden, wo dies technisch durchführbar ist, das heißt, wo es ohne feindliche Einwirkung geschehen kann.

Die deutsche Regierung glaubt, nicht erst besonders ausführen zu müssen, daß Räumung unter feindlichem Druck und Räumung auf Grund getroffener Vereinbarungen zwei Möglichkeiten sind, die einander ausschließen. Die bisherigen Noten der Regierung der Vereinigten Staaten haben noch keine Klarheit darüber geschaffen, welche Art von Räumung in der Absicht der Gegenseite liegt. Daß die deutschen Streitkräfte keine vereinbarte Räumung ausführen können, solange sie dem feindlichen Drucke ausgesetzt sind, daß sie vielmehr verpflichtet und genötigt sind, sich gegen feindliche Waffenhandlungen mit dem vollsten Aufgebot ihrer Kräfte zur Wehr zu setzen, bedarf keiner weiteren Hervorhebung.

Ebenso klar ist es, daß ein Waffenstillstand nicht eintreten kann, solange kein Einvernehmen über seine Bedingungen zustande gekommen ist.

Die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 4. Juli d. Js. war der deutschen Regierung bekannt, als sie durch ihre Note vom 4. Oktober erklärte, das Programm des Präsidenten anzunehmen. Inzwischen hat der besondere Programmpunkt, der in jener Botschaft enthalten ist, bereits aus eigenem Willen des deutschen Volkes seine Erfüllung gefunden.

Die deutsche Regierung möchte aber nicht verfehlen, noch besonders darauf hinzuweisen, daß sie sich mit allen anderen Punkten auch jenen Punkt des Präsidenten Wilson zu eigen gemacht hat, wonach ein dauernder Friede nur auf unparteiische Gerechtigkeit gegründet werden kann. Im Interesse des hohen Ziels, das sie mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten teilt, hegt sie den lebhaften Wunsch, daß das Friedenswerk im Geiste unparteiischer Gerechtigkeit begonnen und durchgeführt wird.

In diesem Sinne gestattet sie sich, den Vorschlag auf Einsetzung einer gemischten militärischen Kommission zu erneuern, der es obliegen würde, die Bedingungen für die Räumung jener Gebiete, in denen die Kampfhandlungen zur Zeit noch fortdauern, festzusetzen.“

der Besprechung sei möglich und auch von Wilson gewünscht. Er fragt, ob keinerlei Fühlung mit den englischen Kreisen genommen worden sei. Das A[uswärtige] A[mt] habe ihm ferner mitgeteilt, daß in Dänemark eine starke Stimmung für Aufrollung der Nordschleswigschen Frage herrsche. Trete Dänemark zu unseren Feinden, dann sei das Bild zu unseren Ungunsten sehr stark verändert. Er müsse ferner fragen, ob einer der jetzt in Österreich neu gebildeten Staaten etwa gegen uns gehen würde.

Was die Beantwortung der Note anlange, so sei er der Ansicht, daß man in diesem Falle von dem geschäftsmäßigen trockenen Ton abgehen und mehr auf die amerikanische Ausdrucksweise eingehen müsse, also könnte die Note nicht zu kurz werden.

Scheüch ist auch für den vorgeschlagenen Grundton der Antwort, dieser sei das Wichtigste. Der Teil bezüglich der Räumung müsse mit der OHL besprochen werden. Was die Frage der Änderung des Art. 11 betreffe, so sei er gegen die Aufhebung der Bestimmung, daß zur Kriegserklärung im Falle eines Angriffes die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags nicht erforderlich sei.<sup>7)</sup> Es sei notwendig, daß, bevor dieser Gedanke weitere Anhänger gewinne, die weiteren Folgen erst genau geprüft werden, sonst würde die Frage im Reichstage angeschnitten und die Forderung könnte dann nicht erfüllt werden.

Er empfiehlt ferner die Veröffentlichung der allgemeinen Verfügungen zur Schonung der zu räumenden Gebiete. Jedoch müßten diese Befehle nur nach möglichst genauer Auswahl veröffentlicht werden, also nur die allgemeinen Armeebefehle, nicht die Spezialbefehle der einzelnen Truppenteile. Er weist ferner darauf hin, daß voriges Jahr die Befehle französischer Führer gegen Plünderungen ihrer Leute usw. von uns veröffentlicht worden sind.

v. Payer wendet sich gegen die Auffassung, als wollte uns Wilson nur an die militärischen Instanzen verweisen. Dies geht aus dem Wortlaut der Note nicht hervor. Der Ton der Note sei mehr als auf das Festhalten am diplomatischen Ton auf die Wirkung auf unser Volk und die Wirkung auf das Ausland abgestellt.

Der Vorschlag einer gemischten Kommission sei nicht zu wiederholen, auch nicht der Gedanke einer teilweisen Räumung anzuschneiden. Überhaupt dürfe man nicht mehr viel anbieten.

Solf antwortet auf die Frage des Grafen Roedern, daß allerdings Beziehungen zu den englischen Kreisen angeknüpft worden seien, diese von England aus aber jetzt plötzlich wieder abgeschnitten seien.

v. Waldow erklärt sich mit dem Gedankengang des Scheidemannschen Entwurfs<sup>14)</sup> einverstanden. Es müsse energisch gesagt werden, daß unsere militärische Lage nicht so sei, daß wir auf alle Bedingungen eingehen müßten; werde dies in der Note betont, so würde es auf die Truppe sehr gute Wirkung haben. Eine teilweise Räumung dürfe nicht angeboten werden, es würden dann immer mehr Bedingungen gestellt werden.

Die Ernährung der Truppe sei natürlich sehr viel leichter, wenn der Krieg im feindlichen Land fortgeführt werden könnte.<sup>15)</sup>

<sup>15)</sup> Nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) erklärte v. Waldow: „Ernährung reicht sieben Monate, ob ein ganzes Jahr ist schwer zu sagen.“

**Scheidemann** betont, daß er wegen seiner Bemerkung über eine teilweise Räumung<sup>14)</sup> mißverstanden worden sei. Er wolle auch nicht Schritt für Schritt räumen.

Es erscheint der Reichskanzler **Prinz Max von Baden** und erklärt: Er möchte am Eingang der Note den Rechtsstandpunkt betonen und Wilson darauf festnageln; ferner einen Appell an die Menschlichkeit, daß Belgien nicht zerstört würde. Vielleicht sei auch zu verwenden, daß jetzt schon eine neutrale Gesandtschaft an der Front umherreise, um die Evakuierung zu überwachen.

Die Beantwortung der U-Bootfrage sei schwieriger. Am liebsten sei es ihm, es werde gesagt, der U-Bootkrieg ruhe, sobald die Räumung der besetzten Gebiete in einer uns befriedigenden Weise geregelt sei. Evtl. sei ein Befehl zu erlassen, daß Passagierdampfer nicht mehr torpediert werden sollen. Eine ganze Aufgabe des U-Bootkrieges sei Clemenceau und Lloyd George gegenüber nicht am Platze. Eine scharfe Abwehr müsse die Verleumdung wegen der Greueltaten erfahren.

**Scheidemann** weist darauf hin, daß die unterschiedliche Behandlung der Passagierdampfer großen Schwierigkeiten begegne. Technisch sei sie nicht durchführbar, auch würden ja Passagierdampfer zu Truppentransporten benutzt, deshalb dürfe über diesen Punkt nichts in der Note gesagt werden.

**Scheüch**: Der Krieg müsse solange wie möglich von der Heimat ferngehalten werden. Nicht allein wegen der Nutzungen, die uns das Feindesland gewähre, sondern auch aus anderen Gesichtspunkten.

Er verbreitet sich ferner ausführlich über die Ersatzlage und die Möglichkeiten, alsbald eine größere Menge Soldaten an die Front zu schicken.

**Reichskanzler** erwähnt, daß er ein Telegramm erhalten habe, wonach, wenn unsere Front jetzt noch aushielte, England geneigt sein würde, sich Wilsons Aktion anzuschließen. Die Engländer hätten doch auch das Gefühl, daß es besser sei, wenn sie früher aufhörten als später. Es gehe ihnen doch jetzt auch nicht gut. Dazu komme die Rivalität zwischen England und Amerika. Wenn wir jetzt noch einige Monate durchhielten, so wirke dies vielleicht friedensfördernd.<sup>16)</sup>

Es erscheint mit Oberst Heye der General Ludendorff, an welchen **Exzellenz v. Payer** die Frage richtet, wie die in Österreich zu erwartende Katastrophe voraussichtlich auf unsere militärische Lage wirken würde.

**Ludendorff**: Nach Nachrichten des Generals v. Cramon sei der Geist der österreichischen Armee überraschend gut. Der *Ausfall*<sup>16a)</sup> von Österreich würde natürlich sehr ungünstig wirken, ob allerdings auf unsere Truppen, das sei sehr zweifelhaft, da auch der Abfall Bulgariens auf diese keinen besonderen Eindruck gemacht habe. Gleichwohl befürworte er, mit Rücksicht auf den zu befürchtenden Abfall Österreichs, die Fortsetzung der Friedensverhandlungen. Er sehe jedoch die Lage in Österreich nicht so an, daß wir dadurch gezwungen würden, jede Bedingung anzunehmen. Durch den Abfall Österreichs würde allerdings die italienische Armee frei, das sei natürlich schlimm. Schließlich sei aber dann immer noch Zeit, klein beizugeben.

<sup>14)</sup> Der folgende in Kleindruck gesetzte Teil des Protokolls (abgedruckt Amtliche Urkunden S. 151 ff.; Ludendorff, Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 129 f. und Urkunden der OHL S. 572 f.) ist von Ludendorff mit der Bemerkung kommentiert worden (a.a.O. S. 129; Urkunden der OHL S. 572), daß er dieses Protokoll nicht anerkennen könne: „[. . .] solche Sprache führe ich nicht. Der Grundgedanke ist richtig wiedergegeben.“

<sup>16a)</sup> Amtliche Urkunden S. 151: „Abfall“.

**Graf Roedern** möchte wissen, ob militärischerseits große Befürchtungen deshalb gehegt würden, weil etwa einer der neuen Staaten in Österreich gegen uns gehen könnte und ob wir dagegen nicht Sicherungsmaßnahmen treffen müßten.

**Ludendorff** schätzt diese Gefahr militärisch nicht hoch ein, dagegen sei der Abfall Österreichs wirtschaftlich sehr schlimm, weil dann Bayern und Sachsen keine Braunkohle mehr von dort bekämen.

**v. Payer:** Sei es nicht möglich, daß, wenn neue militärische Mißerfolge eintreten, wir die Front nicht mehr halten könnten, daß wir dann sofort Frieden schließen müßten?

**Ludendorff:** Wäre die Front so gesichert, daß man absolut nichts zu befürchten hätte, dann wäre die ganze Aktion von uns nicht gemacht worden. Er habe ja jetzt auch wieder ausdrücklich erklärt, daß die Aktion fortgesetzt werden solle. Wir würden vielleicht gezwungen sein, noch mehr zurückzugehen. Daß eine Katastrophe eintrete, befürchte er jedoch nicht. Werde aber trotzdem die Lage schlechter, dann müsse eben der angespannte Faden weiter fortgesetzt werden. Jetzt müsse man aber die Lage mit etwas mehr Ruhe auf Grund der letzten *Kriegsergebnisse*<sup>16b</sup>, ansehen. Wenn wir tatsächlich geschlagen werden sollten, so müßten wir eben sofort kapitulieren. Gefährlich könnte es werden, wenn wir bei Verdun eine Niederlage erlitten, sonst sehe er die Gefahr nicht für so groß an.

**Solf:** Die Frage sei, ob wir eine etwas heftigere Antwort wählen dürften, die unserer Würde entspreche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe. Können wir dies verantworten?

**Ludendorff:** Ja, wir können es verantworten.

**Scheüch** weist darauf hin, daß die von ihm zugesagten Ersatzmannschaften erst nach und nach kommen könnten, womit sich Exzellenz Ludendorff einverstanden erklärt und nur bittet, ihm sofort 75 000 Mann zu stellen.

**Graf Roedern** weist darauf hin, daß Oberst Heye vor einiger Zeit<sup>17)</sup> gesagt habe, es könne sein, daß wir bis zum Frühjahr die Front hielten, aber es könne auch täglich zum Durchbruch kommen. Vor einigen Tagen habe es an einem Faden gehangen, daß der Durchbruch gekommen wäre; die Truppen hätten keine Ruhe mehr.

**Ludendorff:** Durch Zurückziehung ersparen wir Truppen, da die Front kürzer wird.

Belasten wir die neue Note mit einer schärferen Tonart und schnappt darauf Wilson ab, so sehen wir daraus, daß er es niemals ehrlich gemeint hat.

Der **Reichskanzler** bestreitet das letztere. Nach eingegangenen Nachrichten will Wilson Frieden, wird aber durch England und Frankreich bedrängt.

Wir müssen uns klar sein, daß, wenn wir die Note so beantworten, wie beabsichtigt, Wilson dann schwerere Bedingungen stellt.

**Ludendorff** spricht sich dafür aus, daß Wilson aufgefordert werde, sich über die Bedingungen zu äußern. Die Note müsse jetzt der Prüfstein dafür sein, ob er es ehrlich meint und ob er auch die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen.

**v. Waldow** weist darauf hin, daß die Nahrungsmittelversorgung durch große Transporte an die Front sehr verschlechtert worden sei; auf längere Zeit sei das nicht zu ertragen.

**Ludendorff** bemerkt, daß er bereits mit dem Feldeisenbahn-Chef dieserhalb gesprochen habe und hofft, daß bald Besserung eintritt.

<sup>16b)</sup> A.a.O. S. 152: „Kriegserlebnisse“.

<sup>17)</sup> Am 9. 10. 1918; vgl. Nr. 36.

Oberst Heye erläutert seine früheren Worte.<sup>17)</sup> Sein Urteil gehe dahin, an der Lage im großen habe sich nichts geändert; die Armee bedürfe der Ruhe, je eher diese eintrete, um so besser. Als die OHL sich zu dem Friedensvorschlag entschloß, ging man von der Ansicht aus, daß ehrenvoller Friede geschlossen werden könnte. Jetzt erst sehe man, daß es um Sein oder Nichtsein ginge. Es müsse daher geprüft werden, ob der Entscheidungskampf nochmals aufgenommen werden könne. Die Unsicherheit der Lage bleibe für die OHL heute noch bestehen. Man könne nicht eine Garantie dafür übernehmen, daß die 18. Armee<sup>18)</sup> nicht eine starke Niederlage erleidet, aber in den letzten acht Tagen sei es gut gegangen. Allerdings werde der Gegner noch weiter stark angreifen, aber seine Kräfte seien doch geringer geworden, das zeigen jetzt die Kämpfe. Er würde den Versuch, uns zu schlagen, fortsetzen, mit Hilfe seiner Artillerie und zahlreicher Tanks. Dadurch entstehe großer Menschenverlust. Zögen wir uns kämpfend zurück, so müsse das Land zerstört werden, denn es müßte eine Sicherheitsgrenze zwischen dem Gegner und uns geschaffen werden.

Es sei möglich, daß der Feind in Lothringen angreife, dagegen seien Gegenmaßnahmen in Vorbereitung.

Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Stimmung der Armee würde gehoben werden, wenn unser Angebot durch die Entente zurückgewiesen werden würde; es würde dies einen Auftrieb an moralischer Kraft geben. Den Entscheidungskampf müßten wir annehmen, wenn die Bedingungen, die uns gestellt würden, entehrende seien.

Die Aussichten für Haltung der Front im Elsaß seien gut. Die erste Linie hielten ältere Truppen, die zweite allerdings nur abgekämpfte Truppen. Es komme also nur darauf an, wie lange der Kampf dort dauere.

**Ludendorff:** Es zeige sich hier bei den älteren Truppen der Gehalt einer guten Friedensschule. Alte Leute zeigten den Wert der guten Friedensausbildung, daher habe er das Vertrauen, daß die lothringische und elsässische Front sich halten werden. Es sei auch zu berücksichtigen, daß auch die Ententetruppen sehr stark abgekämpft seien. Darauf verlassen Exzellenz Ludendorff und Oberst Heye die Versammlung.

**Graf Roedern** hält nach dieser militärischen Aufklärung die Anhörung weiterer militärischer Sachverständiger nicht mehr für erforderlich.

**Scheüch** hat aus Darlegung von Oberst Heye den Eindruck gewonnen, daß sich die militärische Lage nicht geändert habe, wohl aber die Beurteilung der militärischen Lage infolge der Wilsonschen Note, sowie, daß sich die Front, wenn sie Auffüllung bekäme, halten lasse. Er hält die Anhörung anderer Heerführer zur Zeit auch nicht für nötig, immerhin könnte dies später vorteilhaft sein. Jetzt müßten wir auf jeden Fall der Front alles geben, was uns jetzt eine möglichste Stärke gegenüber den Ententetruppen gebe.

**Solf** fragt, ob folgender Gedankengang bei der OHL möglich sei: Als es der Front nicht gut ging, glaubten sie eine Besserung und einen Waffenstillstand erreichen zu können. Jetzt, wo man sieht, daß wir unsere Truppen mittels eines Waffenstillstandes nicht so an der Grenze konsolidieren können, wie man hoffte, wolle die OHL durchhalten.

**Haußmann** hält die Behauptungen nicht für schlüssig, daß die Bedingungen für uns die gleichen seien, wenn wir geschlagen werden oder nicht. Dazu käme, daß

<sup>18)</sup> Dazu kommentiert Ludendorff a.a.O.: „Am 17. wurde bei ihr schwer und verlustreich gekämpft.“

Belgien weiter verwüstet würde, was noch mehr verbittere, z. B. bei einer Zerstörung von Antwerpen.

**Reichskanzler:** Hierin liege aber wieder eine Stärke für uns, da der Gegner dies verhindern könne. Wie er höre, habe sich bereits der Kardinal Mercier an die Entente mit der Bitte gewendet, daß Belgien nicht verheert werden solle. Es sei daher ein Appell in demselben Sinne gut.

Er fragt die anwesenden Staatssekretäre namentlich, ob sie die Anhörung weiterer Generäle jetzt oder nach der noch zu erwartenden Wilsonnote für erforderlich halten.

Sämtliche Staatssekretäre erklären, daß sie die Anhörung weiterer Heerführer jetzt vor Absendung dieser Note nicht für notwendig erachten.

**Scheidemann** bittet, die Beantwortung der Note nicht zu lange hinzuziehen; ebenso Graf Roedern und Exzellenz v. Payer mit Rücksicht auf den Reichstag, der vor der Absendung doch nicht gehört werden könnte, da man ihm keine ausreichenden Informationen geben könnte.

**v. Payer** erhält den Auftrag, mit dem Reichstagspräsidenten über Einberufung des Reichstags für Dienstag<sup>19)</sup> zu verhandeln; bis dahin könne die Note heraus sein. Morgen, Freitag, sei sie festzustellen, übermorgen den Fraktionsvorsitzenden, dem Bundesratsausschuß und dem Staatsministerium Mitteilung zu machen.

Es wurde verabredet, daß die Note Freitag nachmittag 5 Uhr den Staatssekretären zur Beschlußfassung vorgelegt werden solle.

**v. Haefen** faßt die Ansicht von Exzellenz Ludendorff dahin zusammen: Er wolle Fortsetzung der Friedensverhandlungen, aber unsere Würde wahren; damit würden wir unter Umständen schweren Entscheidungskampf vermeiden. Es würde sich zeigen, ob Wilson es ehrlich meine oder nicht. Geben wir jetzt nach, so würden uns immer neue Bedingungen gestellt, und schließlich komme doch noch der Entscheidungskampf.<sup>20)</sup>

<sup>19)</sup> 22. 10. 1918. Zu diesem Termin wurde das Plenum einberufen.

<sup>20)</sup> Vgl. Prinz Max S. 451: „So endeten die Besprechungen [vom 17. 10.] anscheinend in einer großen, sachlichen Übereinstimmung.“

## 66.

### 17. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 17. Dez. [!] 1918.“

Fischbeck, Naumann, Junck, Wiemer, Herold, Müller-Meiningen, Gothein, Südekum, Ebert, Stresemann, List, David, zum Schluß noch Dove.

<sup>1)</sup> Vgl. David, Kriegstagebuch, 17. 10. 1918: „6 Uhr Interfraktionelle Konferenz: Verfassungsanträge. Art. 63!“

**Fischbeck:** Herr Hjelt von Finnland<sup>2)</sup> hat schriftlich die Äußerungen gesandt, die er mündlich in einer Sitzung machen wollte.

Einmal sprechen über die Behandlung der vorliegenden Anträge.

**Müller-Meinigen:** Soll nicht die Änderung von Artikel 17 der Verfassung<sup>3)</sup> betrieben werden?

**Fischbeck:** Das wird in der Regierung noch bearbeitet.

**Junck:** Zum Artikel 9:<sup>4)</sup> Es bedeutet die Ablehnung der Anträge, aber wir können uns vielleicht damit abfinden.

**Müller[-Meinigen]:** Artikel 9 ist ungeheuer überschätzt worden<sup>5)</sup>, die Lösung ist wohl erträglich.<sup>4)</sup> Artikel 17<sup>6)</sup>, der das kollegiale Reichsministerium schaffen soll<sup>6)</sup>, hat zur Folge eine Änderung des Gesetzes von 1878.<sup>7)</sup>

**Fischbeck:** Bei Änderung von Artikel 11<sup>8)</sup> ist es mir unmöglich, in den Bundesrat hineinzukommen. Ich muß mich unter Umständen durch meinen Unterstaatssekretär vertreten lassen.

**Herold:** In bezug auf Artikel 9 halte ich die Lösung nicht für glücklich. Man hat gegen die Parlamentarisierung nichts einzuwenden. Aber die preußischen Staatsminister müßten doch Mitglieder<sup>9)</sup> werden können!

**Gothein:** Es ist eine sehr große Unbequemlichkeit. Aber es bleibt der Ausweg, daß der Handelsminister als Kommissar das Wort ergreift.

<sup>2)</sup> Edvard Immanuel Hjelt, finnischer Gesandter in Berlin.

<sup>3)</sup> Art. 17 lautete: „Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündung der Reichsgesetze und die Überwachung der Ausführung derselben zu. Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“

<sup>4)</sup> Der umstrittene 2. Absatz des Art. 9 verfügte, daß niemand „gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein“ könne. Schon der Gesetzentwurf des Reichsamts des Innern zur Abänderung der Reichsverfassung und des Stellvertretergesetzes vom 3. 10. 1918 verzichtete auf eine Streichung dieses Absatzes, sah jedoch eine Ergänzung des Artikels vor, die allerdings in der revidierten, vom Bundesrat beschlossenen und dem Reichstag am 10. 10. zugeleiteten Vorlage wegfiel. Vgl. Nr. 15 und Nr. 17.

<sup>5)</sup> Dazu bes. Quellen I/I S. 615 f. und Quellen I/II S. 731 ff.

<sup>6)</sup> Für eine entsprechende Änderung des Art. 17, wie sie durch einen gemeinsamen Antrag von Zentrum, Fortschrittlern und Nationalliberalen angeregt worden war, hatte sich der Verfassungsausschuß am 4. 5. 1917 ausgesprochen; vgl. Schulthess 1917/I S. 509 f. Das Reichsgesetz vom 28. 10. 1918, das die verfassungsmäßige Grundlage für ein kollegiales Reichsministerium schuf, brachte jedoch eine andere Regelung, und zwar über eine Erweiterung des Art. 15. Vgl. unten Nr. 89 a. b und Nr. 91.

<sup>7)</sup> Bezieht sich auf das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878. Dazu Morsey, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck S. 308.

<sup>8)</sup> So im Or.; vermutlich Schreibfehler. Gemeint sein dürfte die vorgesehene Streichung von Art. 21 Abs. 2, die den Eintritt von Reichstagsmitgliedern in die Reichsleitung ermöglichen sollte; vgl. Nr. 15 und Nr. 17. Die Ausführungen Fischbecks, der am 5. 10. 1918 zum preußischen Handelsminister ernannt worden war, wären also folgendermaßen zu interpretieren: Wenn ihm auch die Änderung des Art. 21 die Möglichkeit gebe, sein Reichstagsmandat beizubehalten, so schließe ihn doch die Aufrechterhaltung des Art. 9 trotz seiner Zugehörigkeit zum preußischen Staatsministerium vom Bundesrat aus.

<sup>9)</sup> Mitglieder des Bundesrats. Vgl. vorige Anm.

Artikel 11. Entwurf liegt vor.<sup>10)</sup>

**Ebert:** Fraktionsmeinung kann ich noch nicht mitteilen. Aber es ist Frage gestreift worden, ob nicht der Kaiser vollkommen ausgeschaltet werden muß.<sup>11)</sup> Zustimmung des Reichstags unter allen Umständen ist nötig zum Kriege.<sup>12)</sup> Wenn es so bleibt, dann laufen wir Gefahr, daß die Sache doch nichts bedeutet.

**Fischbeck:** Wie ist es in den ausländischen Verfassungen?

**Gothein:** Ich teile die Bedenken bis zu einem gewissen Grade, denn wir [. . .]<sup>13)</sup> kennen die Husarennachrichten verbreitet werden. Eindruck auf das Ausland wäre durch größere Klarheit besser zu erreichen. Es würden nicht alle zwischenstaatlichen Verträge dem Reichstag vorzulegen sein. Wir müssen aber darauf bestehen, daß alle internationalen Verträge dem Reichstag vorzulegen sind. Wir wissen ja noch nicht, ob der Völkerbund kommt, der alle solche Verträge unnötig macht.

**Junck:** Ich pflichte dem bei. Wenn nicht alle Verträge der Genehmigung des Reichstags unterstellt werden, so ist die Neuerung sehr gering. Die Sache selbst schätze ich nicht hoch ein. Der Schwerpunkt liegt in der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

**Südekum** tritt dem bei.

**Fischbeck:** Bei Geheimverträgen muß man bedenken, daß in den Wilsonschen Punkten ein Verbot der Geheimverträge enthalten ist.

Was die Vorarbeit des Verfassungsausschusses anlangt, so ist bei uns besprochen worden, ob da nicht noch mehr angenommen werden muß.

**Müller-Meinigen:** Es wäre gut, wenn die Regierung die Vorschläge machte auf Grund der Vorarbeiten des Verfassungsausschusses. Das wäre wohl der richtige Weg.

**Gothein:** Die Anträge des Verfassungsausschusses sind ja sehr schön, aber sie müssen weitergehen. Militärkabinett muß wieder eine Abteilung des Kriegsministeriums werden. Es bleibt aber dann immer noch die „Kommandogewalt“. Z. B. ist der Kommandogewalt übertragen: Vollzähligkeit der Truppen, Ausbildung, Qualifikation der Offiziere usw.<sup>14)</sup>

Das gefährlichste von allem ist der Generalstab, weil diese Behörde niemand untersteht als dem Kaiser. Er kann im Rahmen seines Etats machen, was er will.

Unsere Katastrophe ist vom Generalstab jahrzehntelang vorbereitet worden: Durchmarsch durch Belgien. Ähnlich liegen die Dinge beim U-Boot-Krieg. Diese militärische Nebenregierung muß aus der Welt geschafft werden. Wie soll das Ausland Glauben und Vertrauen zu uns gewinnen, wenn das nicht geschieht.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 39 Anm. 30 und Nr. 65 Anm. 7.

<sup>11)</sup> Dazu eine stenographische Niederschrift über die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 17. 10.; Nachlaß Südekum 17. Das sehr knappe offizielle Protokoll der Fraktionssitzung berührt die Kaiserfrage überhaupt nicht und gibt von der Aussprache keinen Eindruck; vgl. SPD-Fraktion, 17. 10. 1918.

<sup>12)</sup> Dazu Nr. 65, bes. auch Anm. 7.

<sup>13)</sup> Im Stenogramm ein Wort unleserlich.

<sup>14)</sup> Vgl. die entsprechenden Bestimmungen des Art. 63 der Reichsverfassung.

Also muß in Artikel 53<sup>15)</sup> und 63 Änderung geschaffen werden. Zusatz: Die Verantwortlichkeit obliegt dem Reichskanzler.<sup>16)</sup> Um die Ausarbeitung zu beschleunigen, sollte eine Kommission eingesetzt werden. Man muß sich mit Gröber<sup>17)</sup> ins Benehmen setzen.<sup>18)</sup>

**Herold:** Man darf nicht darüber Krisen herbeiführen.

**David:** Wir haben schon beraten, ob man nicht weitergehen muß. Wenn wir nach dem Ausland deutlich zum Ausdruck bringen wollen, daß nicht die Willkür einer Person den Krieg machen kann, dann müssen wir jetzt diese Sache machen. In der vorgeschlagenen Form ist das Mildeste geschehen, was geschehen kann. Der Einmarsch in Belgien war keine rein militärische Sache, ebensowenig der U-Boot-Krieg. Wir müssen das möglichst bald in den Vordergrund stellen, die Frage ist bei der Antwort an Wilson direkt aktuell. Wenn wir das ausräumen wollen, dann müssen wir Militär unter politische Regierung unterstellen. Das ist auch in allen anderen Ländern der Fall. Dringend raten, das sofort zu machen.

Was die Note anbelangt, so regt **Ebert** an, den Hauptausschuß<sup>19)</sup> dazu einzuberufen, damit nicht die anderen Parteien darüber verschnupft sind, daß sie nichts erfahren.<sup>20)</sup>

(Vertagt auf folgenden Abend.)<sup>21)</sup>

<sup>15)</sup> Für eine Änderung des Art. 53, der den Oberbefehl des Kaisers über die Kriegsmarine betraf, hatte sich der Verfassungsausschuß bereits am 5. 5. 1917 ausgesprochen. Vgl. Schulthess 1917/I S. 510 f.

<sup>16)</sup> Art. 63 blieb unverändert, während durch Reichsgesetz vom 28. 10. 1918 in den Art. 53 und 64 die Gegenzeichnung des Reichskanzlers bei Ernennungen verfügt wurde.

<sup>17)</sup> Für den Gröber in der Reichsleitung zugewiesenen Geschäftsbereich vgl. Nr. 41 Anm. 2.

<sup>18)</sup> Ähnliche Gedankengänge wie hier hatte Gothein auch in einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ vertreten, aus dem die „Frankfurter Zeitung“ am 18. 10. (2. Morgenblatt) Auszüge abdruckte.

<sup>19)</sup> Der Hauptausschuß, der sich am 30. 9. vertagt hatte, trat bis zum Ausbruch der Revolution nicht mehr zusammen.

<sup>20)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 18. 10. 1918: „Gen. Ebert erstattete noch Bericht über eine gestern abend stattgefundene interfraktionelle Konferenz, in der sich weitgehende, z. T. völlige Übereinstimmung in unserm Sinne zeigte in bezug auf die durchzusetzenden Verfassungsänderungen.“

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 69.

## 67.

## 18. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Wahnschaffe und Deutmoser).<sup>1)</sup> Überschrift: „18. 10. 18.“

Exz. v. Payer, Graf Roedern, Scheidemann, Gröber, Haußmann, Deutmoser, Wahnschaffe.

**Payer:** Waldow will, um bei dem Ernst der Lage Wechsel zu vermeiden, bleiben<sup>2)</sup>, bittet aber, die den Herren nahestehende Presse tunlichst von zu scharfer Kritik abzuhalten.

Reichstag will Dienstag<sup>3)</sup> beginnen. Ob über innere Politik zu reden, wird bezweifelt. Von manchen Seiten auch Unterstützung der ausw[ärtigen] Aktion befürwortet.

**Scheidemann:** Ernstgemeinter Rat in längerem Brief der Frankfurter Zeitung.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> A.a.O. eine maschinenschriftl. Abschrift des Protokolls mit dem Vermerk: „Das Manuskript ist unleserlich geschrieben. Für die Richtigkeit der Abschrift, die lückenhaft ist, kann deshalb keine Verantwortung übernommen werden.“ Dazu eine im Nachlaß Haußmann 147, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, überlieferte stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung.

<sup>2)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 19. 10. 1918, 2. Morgenblatt, veröffentlichte eine WTB-Meldung vom 18. 10., wonach Waldow „auf wiederholtes Ersuchen des Reichskanzlers“ sein Entlassungsgesuch zurückgezogen habe.

<sup>3)</sup> 22. 10. 1918. Vgl. Nr. 65 bes. Anm. 19.

<sup>4)</sup> Könnte sich auf den in der „Frankfurter Zeitung“, 18. 10. 1918, 2. Morgenblatt, veröffentlichten Artikel „Die neue Regierung im Lichte des Auslandes“ (Privattelegramm aus Genf vom 17. 10.) beziehen, in dem es u. a. heißt: „Es wäre nötig gewesen, daß das Regierungsprogramm des neuen Reichskanzlers durch ein offenes Vertrauensvotum der Mehrheit des Reichstags sanktioniert worden wäre. Diese Mehrheit hätte sich dadurch öffentlich verpflichtet, die Ausführung des Regierungsprogramms zu überwachen und dem Reichskanzler ihr Vertrauen zu entziehen, sobald er sein Programm im Stich lassen würde. Diese öffentliche Zustimmung war um so nötiger nach dem vorausgegangenen Mißerfolg der geheimen Kommissions- und Parteiverhandlungen unter dem Grafen Hertling. Die Reichstagsmehrheit scheint heute ja wirklich den Willen und auch die Kraft zu besitzen, die Demission einer Regierung zu erzwingen, mit der sie nicht mehr zufrieden wäre. Aber man darf sich nicht wundern, wenn man im Ausland immer noch an diesem Willen zweifelt, und es ist erst recht nicht überraschend, daß man im feindlichen Ausland jede Schwäche und selbst jedes Zögern ausnützt, um diese Anfänge des neuen Regimes in Deutschland zu diskreditieren. Man scheint in Berlin eine öffentliche Reichstagsverhandlung vermieden zu haben, um nicht vor der ganzen Welt unsere militärische Lage zu diskutieren.“

Dieses an und für sich verständliche Bedenken ist aber erst recht im Auslande als Zeichen der Schwäche ausgedeutet worden und die rücksichtslose Hetze der alldeutschen Blätter hat diese Ausdeutung erst recht begünstigt. Aus allen diesen Rückwirkungen unserer politischen Diskussionen sollten wir den Schluß ziehen, daß es besser ist, ohne allzuviel Rücksicht auf andere und besonders ohne Nervosität auf dem begonnenen Wege der Selbstregierung fortzuschreiten. Die Verfassung des Deutschen Reiches steht einer demokratischen Entwicklung gewiß nicht im Wege. Es ist aber notwendig, daß die Mehrheit des Reichstages von der Macht, die ihr verfassungsmäßig zusteht, im gegebenen Fall auch Gebrauch macht und wenn das geschieht, so kann keiner der Führer der Entente vom Präsidenten Wilson bis zum König von Serbien dem Reichstag den Anspruch bestreiten, der berufene Vertreter des deutschen Volkes zu sein.“

Eindruck zu vermeiden, als werde wie früher fortgewurstelt. Man höre nichts. Regierung müsse im besten Sinne Demagogie treiben.[. . .]<sup>5)</sup> Rede des Kanzlers, die muß Hörner und Klauen haben.

**Deutmoser** bestätigt, daß ein neues Deutschland sich dokumentieren muß. Presse muß das betonen.

Vorwärts-Aufruf<sup>6)</sup> ins Ausland geben.

**Haußmann:**<sup>7)</sup> Wie im Reichstag Reformen konstatieren. Kanzler muß dabei das erste Wort haben. Nicht verzetteln. Frankfurter Zeitung nicht allein maßgebend. Im Reichstag starke Stichworte geben.

Aufzählung der bisherigen Gesetze. Einbringung und Begründung der neuen Gesetze.

Betonung streng konstitutioneller Regierungsweise. Größere Entlastung der am meisten belasteten Stellen.

Am besten würde Note Wilsons<sup>8)</sup> erst durch Kanzler in Sitzung mitgeteilt. Sensation. Stimmung zusammenfassend. Kanzler sagen: weiteres in dieser Situation nicht zu sagen.

Wir, Mehrheit, dann kurz zustimmen. Wenn rechts und links dann Bedenken, kein Unglück.

Wir konnten bisher nicht anders als konzentriert schweigen. Wir sollten das konstitutionelle System bekräftigen durch Vertrauensvotum für Regierung und ihr Programm. Damit folgen diese neuen Formen gleich dem neuen Zustand.

Ausland würde Wahrheit der Verfassungszustände empfinden.

**Gröber:** Stimme im wesentlichen zu. Im Reichstag nicht bloß äußere Politik. Im Innern muß gesagt werden, was geschehen ist und was bevorsteht. R[eichs]-k[anzler] muß das sagen. Mitteilung der Note dabei gut.

Vorbereitung in interfraktioneller Besprechung. Ausgiebige Sitzung. Reichskanzler kann auch auf Baltikum und Litauen hinweisen. Zivilverwaltung, einheimische Elemente.

Konservative werden der Situation Rechnung tragen.

Vertrauensvotum würde ich begrüßen. Wenn Konservative nicht mitmachen, gut.

Morgen interfraktionelle Besprechung. Montag Fraktion.

**Graf Roedern:** Note schon heute hinaus.<sup>9)</sup> Sonst wäre es gut, sie erst im Reichstag zu publizieren.

**Payer:** Auch ich glaube nicht, daß Publikation im Reichstag möglich. Publikum zu gespannt.

<sup>5)</sup> Im Or. zwei Worte unleserlich.

<sup>6)</sup> Es handelt sich um einen Aufruf des SPD-Vorstandes vom 17. 10. 1918; veröffentlicht im „Vorwärts“ am 18. 10. (Nr. 287). Abgedruckt bei Schulthess 1918/I S. 347 ff.; Dokumente und Materialien 2/II S. 251 ff.

<sup>7)</sup> Ein kurzer Satz im Or. unleserlich.

<sup>8)</sup> Gemeint ist offensichtlich nicht die bereits am 16. 10. 1918 publizierte zweite Note Wilsons, sondern die in Vorbereitung befindliche deutsche Antwort. Vgl. Anm. 9.

<sup>9)</sup> Die dritte deutsche Note ging am 21. 10., 0 Uhr 20 ab.

Auswärtige Politik besprechen. Österreich-Polen wohl nicht.

Vertrauensvotum? Reichstag nicht schweigen nach dieser Umwälzung. Entweder hinter die Regierung überhaupt oder doch hinter die Friedensaktion treten.

**Deutelmoser:** Schnelle Antwort guter Eindruck. Sonst glaubt man, wir seien in Verlegenheit. Bald publizieren. Sonst falsche Versionen. Auch über Verfassungsreformen schon in Presse reden.

**Scheidemann:** Wenn Note heute weggeht, morgen Kanzler redet, dann gut. Sensation kann man nicht aufheben. Indiskretion. Aus Schweiz wird Note doch bekannt. Das wäre Treuenbrietzner Regie.

Vertrauensvotum sehr dafür.

**Payer:** Vertrauensvotum brenzliger Boden. Aber mal muß es doch geschehen. Außen wollen sich Leute mal wieder aufrichten. Nervös: wir sollen nichts tun. Alle Tage einen Stern vom Himmel geschlagen.

Alles sagen und Reichstag muß einen Knopf[. . .]<sup>10)</sup> machen. Dann gewinnt auch Bevölkerung wieder Halt.

**Gröber:** Verfassungsvorlage muß auf Tagesordnung stehen.

**Haußmann:** Artikel 11<sup>11)</sup> vielleicht in Kommission, die anderen Plenum.

**Gröber:** Art. 9 lassen wir besser aus Debatte. Bundesrat stimmt nicht zu. Besser mit Stellvertretungs-Gesetz machen.<sup>12)</sup>

**Scheidemann:** Art. 9 sollte man doch bringen. Große Mehrheit des Reichstags gesichert. Bundesrat müßte man umstimmen.

**Graf Roedern** warnt auch dringend vor Verhandlungen über Art. 9. Später Interesse? Bundesrat und Reichsministerium müssen getrennte Institutionen sein. Bundesrat [stimmt] nach Instruktion seiner Einzelregierung[en].

Reichskanzler (Reichsministerium) muß sowohl [vom] Reichstag [wie] von Bundesrat unabhängig stehen. Deshalb Art. 9 jetzt gar nicht aufzuheben.<sup>13)</sup>

**Payer:** Bedenklich, wenn hier Streit unter Mehrheit. Was notwendig, ist geschehen. Man kann jetzt in Reichsregierung sitzen und im Reichstag.<sup>14)</sup> Das muß genügen.

Läßt man jetzt abstimmen und führt Konflikt mit Bundesrat herbei, so machen wir alles kaputt. Wenn Bundesrat sich sträubt, auch nicht übel nehmen. Bundesregierungen haben Opfer genug gebracht. Wünscht [. . .]<sup>15)</sup> Vorsitz im Bundesrat.

**Scheidemann:** Keinen Konflikt heraufbeschwören.<sup>16)</sup> Bundesrat bedeutet jetzt

<sup>10)</sup> Im Or. unleserliches Wort.

<sup>11)</sup> Vgl. bes. Nr. 39 Anm. 30 und Nr. 65 Anm. 7.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 4.

<sup>13)</sup> Das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns (s. Anm. 1) faßt den Diskussionsbeitrag Roederns in dem Satz zusammen: „Reichsministerium ist die Entwicklung.“

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 15 und Nr. 17 sowie Nr. 66 Anm. 4.

<sup>15)</sup> Im Or. unleserliches Wort.

<sup>16)</sup> Bis hierher von Wahnschaffe protokolliert. Der folgende Teil des Protokolls in Deutelmosers Handschrift.

Zwirnsfäden. Aber selbstverständlich trotzdem jetzt keinen Konflikt mit ihm zulassen.

**Graf Roedern:** Nötig mit Mehrheitsparteien zu vereinbaren (schleunigst), daß gerade mit Rücksicht auf Parlamentarisierung der Wunsch nach Aufhebung § 9 zurückgestellt wird.

**Haußmann:** Bereit, in jetziger Situation der Fraktion Verzicht zu empfehlen. Am<sup>17)</sup> besten verzichtet auch Sozialdemokratie.<sup>18)</sup>

**Payer:** Um Mehrheit zu halten, muß man taktisch oft anders als früher operieren. Sonst wird Opposition uns immer vor Abstimmungen stellen.

**Scheidemann:** Aufhebung des § 9 wollten die Unabh[ängigen] nicht mitmachen. Jetzt wollen wir nicht. Schwierige Lage, muß aber gehen.

**Gröber:** Wir haben doch Ausweg jetzt gefunden.<sup>14)</sup> Entscheidend Erreichung des Zieles. Das ist erreicht. Nicht in Kommissionen. Gleich Plenum.

**Graf Roedern:** Vielleicht bleibt Art. 9 überhaupt bestehen. Über Bundesrat weggehen, ist nicht möglich. Später werden die bundesstaatlichen Parlamente dem Reichstag viel ähnlicher sein, auch die Regierungen anders. Dies auch [. . .]<sup>19)</sup>.

**Scheidemann:** Werde alles versuchen.

**Graf Roedern:** Kriegskabinetts. Preußen müßte in Person des Vizepräsidenten oder eines Ressortministers teilnehmen. Viel Reibungsstoff beseitigen. Auch Staatssekretär des Innern.

**Payer:** Staatssekretär des Innern zweckmäßig. Vizepräsident ist beigezogen. Könnte er nicht um 10 [Uhr] schon erscheinen?<sup>20)</sup> Anderes Mitglied, abwechselnd nicht gut. Sonst Pr[eußen] zu stark. Bayern kommt dann auch noch.

**Scheidemann:** Weitere nicht zuziehen. Wir könnten entgegenkommen, später.

**Graf Roedern:** Nicht später. Kommission, Ressort. 9—10 [Uhr] am besten.

**Haußmann:** 10 Uhr. ¼ Stunde Presse<sup>21)</sup> genügt.

**Scheidemann:** Payer soll mit Friedberg sprechen. Pressevortrag verzichten. Pressetelegramme genügen vollständig.

**Graf Roedern:** Für A[uswärtiges] A[mt] wichtig. Für uns genügt Presse-Warte. Kostenverschwendung.

**Deutelmoser:** Unter Michaelis vorgeschlagen. Damals gab es die gedruckten Auszüge noch nicht. Gegenwärtig ist kein Schade, wenn R[eichs]r[egierung] und Kanzler sich auf Presseberichte stützen.

<sup>17)</sup> Von hier an wieder von Wahnschaffe protokolliert.

<sup>18)</sup> In der in Anm. 1 erwähnten stichwortartigen Aufzeichnung Haußmanns folgen hier längere Ausführungen Haußmanns (in etwas erweiterter Form gedruckt bei Haußmann S. 258), die indes ihrem Inhalt nach schwerlich aus dieser Sitzung stammen und ihrer Einführung nach — „Fazit von gestern“ — eher eine resümierende Niederschrift darstellen.

<sup>19)</sup> Im Or. unleserliches Wort.

<sup>20)</sup> Bei den täglichen Besprechungen der Staatssekretäre.

<sup>21)</sup> Gemeint ist der tägliche Pressevortrag beim Reichskanzler.

**Payer:** Wahnschaffe mit R[eichs]k[anzler] reden.<sup>2)</sup>

**Wahnschaffe:** Oberst Haeften immer zur Verfügung, bittet aber, geladen zu werden.

**Payer:** Richtig. Regel wird sein, daß wir ihn brauchen. Aber Grundsatz, daß Kabinett ohne Vertreter der OHL tagt und diese extra zuzieht. Sehr loyaler Vorschlag des Herrn Oberst v. Haeften wird akzeptiert.

<sup>2)</sup> Als Ergebnis dieser Unterredung teilte Payer noch am gleichen Tage „im Auftrage des Herrn Reichskanzlers“ in einem Rundschreiben sämtlichen Staatssekretären sowie dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums und dem Pressechef Deutelmoser mit, „daß von morgen ab, unter Wegfall des seither üblichen Pressevortrags, täglich vormittags 9¼ Uhr eine Besprechung des Herrn Reichskanzlers, seines Stellvertreters, der vier Staatssekretäre ohne Portfeuille, der Herren Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, des Innern und des Reichsschatzamts, des Vizepräsidenten des Preußischen Staatsministeriums, des Pressechefs beim Reichskanzler und, soweit angezeigt, des Vertreters der Obersten Heeresleitung stattfinden soll. Besondere Einladung wird nicht erfolgen.“ DZA Potsdam, Reichsamt des Innern 16455 (Durchschlag).

## 68.

## 18. 10. 1918: Sitzung des Gesamtkabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Deutelmoser).<sup>1)</sup> Überschrift: „B[erlin] 18. 10. 1918.“

v. Payer, Solf, v. Stumm, v. Mann, Friedberg, Wahnschaffe, Scheüch, Graf Roedern, v. Waldow, Gröber, Haußmann, Erzberger, Scheidemann, Deutelmoser.

**Exz. Solf:** § 11 der Verfassung müßte so geändert werden, daß auch im Falle eines Angriffs aufs Reichsgebiet der Reichstag mit über den Krieg entscheiden solle.<sup>2)</sup> Sonst Halbheit gegenüber Wilson.

**Gröber:** Einige Bedenken.

**Scheüch:** Es wird noch erörtert, ob tatsächliche Gefahr, nicht vermeintliche vorliegt. Besteht Gefahr nicht, so muß § 11 ganz geändert werden.

**Scheidemann:** Interfrakt[ioneller] Ausschuß für Gesamt-Änderung.<sup>3)</sup>

**Roedern:** R[eichsamt] d[es] I[nnern] müßte zugezogen werden. Falls keine Gefahr, diskussionslos akzeptieren.

v. Payer ders[elben] Ansicht.

**Haußmann:** Wir haben jetzt eine hochpolitische Landesverteidigung zu führen, auch für die Krone. Also keinen Raum für Mißtrauen offenlassen.

<sup>1)</sup> Im Terminkalender des Reichskanzlers, der nicht an der Sitzung teilnahm, ist verzeichnet: „5 [Uhr] — sämtliche St[aa]ts-S[ek]retäre, Kriegsmini[ster], Friedberg, Waldow, Simons“; Nachlaß Prinz Max.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 58.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 66.

**v. Payer:** Wenn möglich, jede Klausel weglassen. Neuer § 11 wird schwerlich bald aktuell werden.

**Erzberger:** Material über Verfassungsänderung vom M[inisterium] d[es] I[nnern] an die Presse geben! Presse muß beweisen, daß wir jetzt freiheitlicher sind als irgendein anderer Staat.

Gefahr nicht zu fürchten. Auch wenn Reichstag nicht da, ist durch Kriegszustands-Erklärung volle Sicherung möglich.

**Roedern:** Schon vorgestern ist der Fall des Reichstags-Vakuums bei Auflösung in der Presse angeschnitten worden. Also Regierung auf Erörterung im Reichstag vorbereiten!

**Gröber:** Es liegt eine Ausarb[beitung] meiner Freunde vor, die auch für Bündnisse Reichstags-Zustimmung fordert. Antrag soll Geheimbündnissen vorbeugen.

Die Sache ist akzeptabel, wenn sie für alle Völker gilt. Inakzeptabel, wenn nur für uns.

**Scheidemann:** Soz[ial]d[emokratische] Fraktion muß orientiert werden. Ist schon oft umbestellt worden. Können wir morgen 2 Uhr fertig sein?

**Solf:** Ja.

**Lewald:** Bei Auflösung Reichstags Schwierigkeit. Analoge Situation aber auch in Frankreich. Auch da Lücken. Kredite sind dann nicht da. In Amerika kann Präs[ident] u[nter] Umst[änden] (vgl. Span[ischer] Krieg) nachträglich Senatszustimmung erbitten. Schwierigkeiten sind also hinzunehmen.

Vorliegt Haager Bestimmung, wonach auch bei Angriff von f[ein]dl[icher] Seite Kriegserklärung erfolgen muß.

**Haußmann:** Setzt voraus, daß Angriff ohne Kriegserklärung des Feindes erfolgt.

**Lewald:** Gegen-Kriegserklärung ist nötig schon wegen der Neutralen.

**v. Payer:** Wie stellt sich R[eichsamt] d[es] I[nnern] zu Verzicht auf Angriffs-klausel ?<sup>2)</sup>

**Lewald:** Ist erwogen worden. Vielleicht möglich. Kriege hatte aber Bedenken. Artikel 68 (Kriegszustand) hilft aber vielleicht über Bedenken hinweg. A. A. muß sich äußern. Soll Kriege herkommen?

Allgemein: Nein!

**Erzberger:** Sehe keine Gefahr. Aber für 90 Tage Vakuum irgendwie Sicherung treffen. (Vom 6. Dezember 1906 hat bis 6. oder 7. Februar 1907 kein Reichstag bestanden).<sup>4)</sup> Vielleicht Ausweg so: Während Vakuums bleibt alter Reichstag zuständig.

**Scheidemann:** Praktisch wehrt sich Volk seiner Haut, wenn angegriffen. Keine Klausel. Jetziger Augenblick für Zweideutigkeiten nicht geeignet.

**Gröber:** Ausfüllung der Lücke durch alten Reichstag nötig. Sonst könnte Ausland sagen: Kaiser kann ja Reichstag auflösen und dann ohne ihn entscheiden.

**Lewald:** Andere Verfassungen enthalten keine Vakuum-Sicherung.

<sup>4)</sup> Nach der Reichstagsauflösung vom 13. 12. 1906 war der neue Reichstag erstmals am 19. 2. 1907 zusammengetreten.

**Haußmann:** Es gibt nur eine Lösung: die Württembergische: Solange Parlament weg, tritt Ausschuß an seine Stelle. — Jetzt aber vorerst Lücke ruhig hinnehmen.

**Roedern:** Wie Haußmann. — Reichstagsauflösung bedingt künftig Auflösung der Regierung. Auswegkonstruktion nicht übers Knie brechen. Lücke in friedlichen Zeiten ausfüllen.

**Erzberger:** Reichstag wird über Sache debattieren. Ausland erfährt also doch von der Sache.

**Haußmann:** Da auch noch andere Fragen zu erledigen, diese Verf[assungs-]Frage erst dann klären.

**Scheüch:** Lücke jetzt ausfüllen, da Gegner sonst sagen, Kaiser könnte Reichstag auflösen und umgehen.

**Friedberg:** In Amerika keine Lücke, da es keine Kongreßauflösung gibt.

**Erzberger:** Also auch bei uns keine Lücke lassen.

**Lewald:** Wer soll den Zusatz einbringen? Bundesrat oder Parteien?

**Allg[emein]:** Parteien. Vorher aber Regie machen. Fassung vereinbaren.

**Lewald:** Bundesrat ohnehin schon pikiert.

**Payer:** Erledigung morgen möglich, wenn Ausschuß zusammentritt.

**Erzberger:** Niemand im Ausland glaubt uns, daß wir uns 90 Tage wehrlos machen.

**v. Stumm:** Ausland fängt von der Sache nicht an. Kennt sie gar nicht.

**Gröber:** Aber Haase und Ledebour.

**Roedern:** Lücke lieber offen lassen, da viele andere Fragen damit aufgerollt. Lewald soll Montag<sup>5)</sup> Vorschlag für Fassung machen. Dann Beschluß. Bis dahin Aufschub.

<sup>5)</sup> 21. 10. 1918.

### 18. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 18. Okt. 18.“

Naumann, Fehrenbach, List, Junck, Müller-Meinigen, Dove, Gothein, Haußmann, Herold, Scheidemann, Ebert, David, Trimborn, Fischbeck, Stresemann, Südekum, Gröber, Wiemer.

<sup>1)</sup> Vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 18. 10. 1918: „9 Uhr [= 21 Uhr] Interfraktionelle Konferenz: Über Wilsonnote. Rede Südekums. — Ludendorff: wenn 4 Wochen, dann fein heraus.“ Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung, die — soweit sie sachlich von Südekums Niederschrift abweicht — in den Anmerkungen berücksichtigt wird. Vgl. auch SPD-Fraktion, 19. 10. 1918 (Bericht Eberts). Ferner Prinz Max S. 468. Die „Frankfurter Zeitung“, 19. 10. 1918, Abendblatt, berichtete, daß im Interfraktionellen Ausschuß „weitere Verfassungsänderungen“ besprochen worden seien.

**Scheidemann** berichtet zunächst über die Verhandlungen im Kriegskabinett. Macht Mitteilung von der Gesinnungsänderung von Ludendorff.<sup>2)</sup> Wenn es möglich sei, ihm mehr Truppen zu geben, dann würde es ihm möglich sein, sich noch ein paar Wochen zu halten. Den Osten ganz entblößen? Sehr kitzlige Frage, darauf abgestellt, die Sachlage zu verschieben. Truppen aus der Ukraine wegziehen? Dann sofort Überschwemmung durch die Bolschewiki. Das ist uns bestätigt worden durch andere Deputationen. Flehentliche Bitte, die Truppen nicht wegzunehmen. Die Truppen vom Osten nach dem Westen zu bringen dauert 3 Monate. Außerdem würden auch andere Schwierigkeiten entstehen, z. B. Schwierigkeiten beim Bezug von Ölen. Wenn er mehr Menschen bekommt, dann kann er es noch einige Zeit halten. Mit 600 000 könne er die Sache längere Zeit halten. Aber eine Sicherheit gibt er dafür nicht. Scheuch will 600 000 auf die Beine bringen. Die Verhandlung hat ergeben, daß sich eigentlich an der Lage nichts geändert hat, daß aber Ludendorff etwas optimistischer geworden ist. Auf alle Fragen ist er dabei geblieben, daß wir bald Ruhe und bald Frieden brauchen. Unter keinen Umständen den Faden reißen lassen. Deshalb die Note in würdiger Weise beantworten, aber nicht Faden reißen lassen.

Inzwischen sind Nachrichten gekommen, die bei der Formulierung berücksichtigt werden müssen. Aus dem Haag sind neue Nachrichten gekommen. Uns geht die Geschichte zu langsam. Es ist nicht gut, die Sache hinzuziehen. Es wird zu viel daran herumgebastelt.

Von den neueren Nachrichten weiß man nichts. Es wird sich aber auf die Stellung des Kaisers beziehen. Es ist so hingestellt, als ob Wilson unter allen Umständen die Abdankung des Kaisers verlange. Diese Meinung wird in der Regierung von niemand geteilt.

Es wird sehr unangenehm empfunden, daß in der Presse eine gewisse Nervosität herrscht. Es ist falsch, daß die Presse immer sagt, als ob die Regierung immer arbeite und nichts wisse, was sie tun müsse. Auf die Presse sollte man etwas einwirken in dieser Sache.

**Müller-Meinigen:** Von den Herren der Presse werden bereits gewisse Richtlinien verbreitet.

**Gröber:** Der Entwurf<sup>3)</sup> ist festgestellt. Aber der Reichskanzler will ihn erst studieren.

**Müller-Meinigen:** Die Presse hat schon Richtlinien bekommen.

**Scheidemann:** Diese Richtlinien sind ganz allgemein gehalten. Daran ist nichts Neues.

**Müller-Meinigen:** Über den U-Boot-Krieg sind bereits ganz genaue Nachrichten gegeben.

**Gröber:** Über U-Boote ist kein Beschluß gefaßt. Es kann niemand sagen, wie die Sache behandelt wird.

<sup>2)</sup> Für die Ausführungen Ludendorffs am 17. 10. 1918 vgl. Nr. 64.

<sup>3)</sup> Der Entwurf der Antwortnote. Dazu Prinz Max S. 456 ff., wo der Wortlaut dieses Entwurfs abgedruckt ist, der am folgenden Tag grundlegend geändert wurde.

**Müller-Meinigen:** Das Kriegspresseamt ist unverantwortlich, wie es die Dinge herausgibt.

**Dove:** Die Mitteilungen waren sehr unbestimmt. Im allgemeinen deckte es sich mit den Mitteilungen von Scheidemann. Das Kriegspresseamt ist sehr unvorsichtig.

**Haußmann:** Die Beratungen waren abgestellt auf Berichte von der OHL. Diese Berichte sind gestern sehr ausführlich gegeben worden.<sup>4)</sup> Nicht allein von Ludendorff, sondern auch von Oberst Heye, der einen sehr günstigen Eindruck macht. Die Frage der Heranziehung der anderen Generale hat sich als sehr heikel erwiesen. Die Leute sind nicht abkömmlich. Auch General Ludendorff würde es sehr übelgenommen haben, wenn noch andere herangezogen werden würden.<sup>5)</sup> Der Reichskanzler hat die Fragen mit großem inneren Freimuth behandelt. Die Überraschungen lagen in dem Umschlagen vom Pessimismus in den Optimismus. Ludendorff sagte darauf: Günstiger aus 4 Gründen: Die englische Stoßkraft, die sehr stark war, ist in den letzten Tagen schwächer gewesen, als wir befürchtet hätten. Wir ziehen daraus den Schluß, daß die englische Truppe stark abgekämpft ist. Ob aber für die nächste Zeit auch, kann man nicht sagen. Tankschreck ist nicht mehr so groß. Endlich hat der Kriegsminister 600 000 Mann neue Truppen versprochen. Es kommt mir, sagte er, auf die nächsten 4 Wochen an. „Sind wir über die nächsten 4 Wochen hinweg, so sind wir fein heraus.“ Im Winter könnten die Truppen ruhen, neue Linien beziehen usw. Aber es kann sein, daß wir morgen überrascht werden und geschlagen. „Ich übernehme gar keine Garantie.“ Ich bin überzeugt, daß keine Katastrophe erfolgt. Das 4. sei der Gedanke unannehmlarer Forderungen der Gegner.

Diese 4 Punkte veranlassen ihn heute zum Optimismus. Scheüch hat nachher gesagt: Es sind keine neuen Tatsachen, sondern neue Beurteilungen der Tatsachen eingetreten, wofür zum Teil einige Anhaltspunkte vorhanden sind!

Daraufhin wollte der Minister des Auswärtigen<sup>6)</sup> heute die Note ausarbeiten. Aber da kamen neue Mitteilungen. Jetzt ist sie<sup>6)</sup> erst heute abend dem Reichskanzler vorgelegt worden. Der Reichskanzler hat eigentlich in richtiger Weise gesagt, daß er sich die Sache erst überlegen müsse.

Die OHL sagte, sie ziehe aus alledem nicht den Schluß, daß die eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen abgebrochen werden sollen, sondern sie wünsche, daß der Faden weitergesponnen werden solle. Nur für den schlimmsten Fall müßten noch die äußersten Anstrengungen gemacht werden. Ein gemeinsamer Appell würde wohl noch einen großen Eindruck machen — das war unsere Meinung.

Von der Note wollen wir dem Interfraktionellen Ausschuß sofort Mitteilung machen. Kontakt muß aufrechterhalten werden.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 64.

<sup>5)</sup> Noch am Nachmittag des 18. 10. hatte Solf in einem Schreiben an Scheüch darauf bestanden, daß noch andere Armeeführer gehört werden müßten, „auch auf die Gefahr hin, daß Hindenburg und Ludendorff die Befragung der Armeeführer zum Anlaß nehmen wollen, ihren Abschied einzureichen.“ Vgl. Amtliche Urkunden S. 162.

<sup>6)</sup> Gemeint ist: Staatssekretär Solf.

**Südekum:** Sehr heftige und sehr eindrucksvolle Rede — für die innere Reform.<sup>7)</sup>

**Stresemann:** Warum müssen so viele Soldaten im Osten stehen?

Was ist es mit der Note von Wilson an Österreich-Ungarn?<sup>8)</sup> Vossische Zeitung über die Note.<sup>9)</sup> Darüber müßte man doch etwas Näheres erfahren.

Hat man sich in der Regierung bereits beschäftigt mit der Ersetzung der diplomatischen Vertreter bei der neuen Regierung?

Wie ist es mit der Munitionsherstellung?

Die Konservativen, die Freikonservativen und die Sozialdemokratie haben Aufrufe erlassen.<sup>10)</sup> Aber da muß die Reichsregierung Aufruf erlassen. Ich meine, die Parteien haben hier nichts zu sagen.

**Fehrenbach:** Soll die Note nur dem Interfraktionellen Ausschuß mitgeteilt werden oder einer Anzahl von Mitgliedern aus allen Parteien, abgesehen von den Polen? Diese Anregung kam von Haase und Westarp. Es geht wohl nicht anders, als allen Parteien mit Ausnahme der Polen die Sache mitzuteilen.

Über den Modus procedendi am nächsten Dienstag?<sup>11)</sup> Was sollen wir behandeln? Ich habe angenommen, daß die Parteiführer abgesandt werden zur Aussprache über die Note.

**Müller-Meinigen:** Ist uns nichts mitgeteilt worden über unsere eigenen Tanks? Ist etwas gesagt worden über den erwarteten Angriff auf Elsaß-Lothringen?

Die Korruption in den Etappen ist gradeso, wie Südekum gesagt hat.

Die Rechtsverhältnisse in der Armee haben dazu beigetragen, um die verzweifelte Stimmung hervorzurufen. Da muß bald und scharf eingegriffen werden.

**Naumann:** Ludendorff wird etwas amtsempfindlich, wenn es sich darum handelt, daß auch andere Generale Zeugnis ablegen sollen. Das ist schwer erträglich. Sein Votum wechselt. Gibt es ein Kriegsführungsamt? Nein! Bei Ludendorff ist es nicht sicher, ob nicht zwischen ihm und der OHL<sup>12)</sup> es bald zum Konflikt kommen kann. Wenn dann das Kriegspresseamt gegen die Regierung ist, dann ist das eine schlimme Waffe. Deshalb zu beseitigen. Oder es unter eine objektive Hand stellen.

<sup>7)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) gibt Südekums Ausführungen folgendermaßen wieder: „Der Krieg ist verloren, wir können es noch ein paar Wochen hinziehen. Vermißte unter den Preußen doppelt so stark wie die anderen Kontingente im Sommer — Wahlrecht hoffnungslos. Das ganze Volk stünde vor der Welt als Schweinehund da, wenn wir die unwürdigen Bedingungen annähmen.“

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 65 Anm. 9.

<sup>9)</sup> Bezieht sich auf eine Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“ vom 17. 10. aus Wien (veröffentlicht in der Abendausgabe des 18. 10.), in der es hieß, Graf Burian müsse den Inhalt der Note — die „milder“ gefaßt sei als die nach Berlin gerichtete — bereits „sehr genau kennen“.

<sup>10)</sup> Über den Aufruf des SPD-Vorstands vgl. Nr. 67 Anm. 6. Die Aufrufe der Konservativen (vom 16. 10.) und der Freikonservativen Partei (vom 17. 10.) sind abgedruckt bei Schulthess 1918/I S. 345.

<sup>11)</sup> 22. 10. 1918; Plenarsitzung des Reichstags.

<sup>12)</sup> Gemeint ist: zwischen Ludendorff und der OHL auf der einen und der Reichsleitung auf der anderen Seite.

Die Zurückziehung der Truppen aus dem Westen ist anzumelden als Stoff zu einer Verhandlung. Auch die Frage der russischen Gefangenen ist zu behandeln.

**Gothein:** Wir haben 3 1/2 Millionen Gefangene, die wir nicht entbehren können. Was die Frage der U-Boot-Basis anlangt, so ist der Verlust von Flandern sehr gering einzuschätzen.

Eine der wichtigsten Fragen ist die der Munitionsversorgung und Rohstofffragen. Unsere Versorgung mit Eisen beruht zur Hälfte auf dem Minette-Revier von Briey und Lothringen.<sup>12a)</sup>

Wenn das Gebiet beschossen werden kann, sind wir nicht in der Lage, unsere Eisenversorgung sicherzustellen. Aus Belgien bekommen wir auch nicht mehr viel. Stresemann hat schon auf die Einschränkung der Munition hingewiesen. Das ist auch in der Berliner Industrie der Fall. Die Kohleversorgung ist sehr ernst. Wir haben gerade jetzt einen schweren bolschewistischen Streik im polnischen Kohlenrevier. Die Leute wissen selbst nicht, wofür sie streiken. Wenn wir in Oberschlesien Massenstreik bekommen, können wir die Bude zumachen. Im Bereiche des 6. Armeekorps hat eine große Aushebung stattgefunden, obschon wir sowieso schon nicht genug Kohle fördern. Aber doch alle Anstrengungen, um die Sache bis in den Winter hineinzubringen. Dann wird auch die Stimmung der Gegner etwas nachlassen.

**Gröber:** Kenntnis von der Note an Österreich<sup>13)</sup> hat man nicht. Heute morgen ist es auch noch verneint worden.

**Ebert:** Die Beschwerden der Soldaten sind ein böses Kapitel. Die Heeresverwaltung hat da enorm gesündigt. Wenn da noch etwas geschehen kann in letzter Stunde, so ist das gut.

**Lage selbst:** die neuen Tatsachen sind nicht neu!! Die 600 000 sind sehr zweifelhaft kämpfende Truppen. Es sind ganz junge Burschen. Dann kommen die Arbeiter aus den Betrieben. Hinter den Unabhängigen saßen immer nur die reklamierten Leute aus der Munitionsindustrie. Das sind die Leute des Friedens um jeden Preis. Wenn man diese Leute zwingt hinauszugehen, das ist eine Schwächung des Heeres. Und dann die Kranken, die wieder hergestellt sind. Das alles verspricht nichts Gutes.

**Dazu kommt:** Darunter sind die Arbeiter, Leute aus dem Osten, Bolschewisten. Die Meutereien! Davon verspreche ich mir also nichts.

Man hat Hindenburg und Ludendorff verehrt. In unserer Fraktion ist davon nichts mehr vorhanden. Das ist eine Tatsache. Warum hat unsere OHL da nichts gewußt? Wenn man so leichtsinnig diesen Kampf aufnimmt, dann hat man zu den Leuten kein Vertrauen mehr. Wenn Ludendorff sich jetzt weigert und die Kabinettsfrage stellt — dann hätte ich es darauf ankommen lassen! Auf Ludendorff als den Schuldigen deutet das ganze Volk.

Auf die Stimmung der Gegner rechne ich nicht mehr. Wilson umkleidet seine Politik klug, aber er ist ein Imperialist. Man hätte sie wohl mit der Volkstimmung werfen können, aber jetzt nicht mehr.

<sup>12a)</sup> Gemeint wahrscheinlich: Longwy.

<sup>13)</sup> Vgl. Anm. 9.

Wenn wir es einige Wochen halten, so werden die kühlen Rechner es doch halten gegen uns. Und was kommt dann? Noch eine Million Amerikaner! In Österreich steht es so, daß es in voller Auflösung ist. In Ungarn ein Entente-Ministerium. Was aus den Polen wird usw.?? Wir haben nichts mehr zu hoffen aus Österreich. Das mazedonische Loch ist da. Wer will hindern, daß sie durchstoßen bis Ungarn. 3 Millionen Italiener an der Westfront.

Was soll also gebessert werden? Die Rachelust bleibt auch bis zum Frühjahr. Deshalb meine ich, wir sollen sehen, zum Abschluß zu kommen. Aber Stärke markieren, so gut wie wir können. Von der Formulierung hängt alles ab. Man kann die Bedingungen hören.

Mit den Verfassungsänderungen kann man keine Beruhigung schaffen.

Der Kernpunkt ist Wilhelm! Gegen den ist aller Haß gerichtet. Das ist die Meinung der Völker, auch der Neutralen. Ohne Erledigung dieser Frage kommen wir nicht zum Schluß.

Wir dürfen es jetzt selbst nicht zum Scheitern bringen. Aber dann stehen wir vor einer neuen Frage. Das Kriegspresseamt ist sehr gefährlich. Oberstleutnant Nicolai. Ist immer noch da. An der Front werden jetzt Flugblätter abgeworfen, in denen Wilson als gemeiner Kerl hingestellt wird. Da muß die Regierung schnell für Ordnung sorgen.

Ich habe das Gefühl, daß die Art der geschäftlichen Erledigung der Dinge nicht zu billigen ist. Da müssen auch die anderen Parteien herangezogen werden.

Wie verfahren wir am Dienstag?<sup>14)</sup> Nicht zu sehr abzugrenzen und zu tüfteln. Wir müssen auch einmal vor dem Volk uns äußern zur inneren Politik und zu den Fragen, die heute alle Welt bewegen. Ich fürchte auch nicht die Polen und die Unabhängigen.

**Haußmann:** Der Reichskanzler will über die innere Politik sprechen. — Der Interfraktionelle Ausschuß ist wirklich ein wirksames Organ der neuen Entwicklung geworden.<sup>14)</sup>

**Südekum:** Die Front wird in Unklarheit gehalten.<sup>15)</sup>

**Wiener:** Regie muß besser werden. Minderheiten müssen gehört werden. Stimmung an der Front und im Lande ist das Wichtigste. Wir wollen alle den Abschluß. Zweifel, ob er kommen kann. Teile diese Zweifel. Aber: Wir müssen das, was möglich ist, jetzt noch tun. Wie kann der Front die Kenntnis von Ereignissen gebracht werden? Vielleicht Kommission einsetzen! Direkt mit dem Hauptquartier in Verbindung treten. Rechtsverhältnisse verbessern. Stimmung im Lande wird gebessert durch die Tatsachen und durch unsere Verhandlungen. Aber Gefahr der Zersplitterung. Agitation der Konservativen. Versammlungen finden im Lande statt.

Wegen Aufruf muß unter den Mehrheitsparteien eine Einheitlichkeit geschaffen werden. Darüber müssen wir uns noch aussprechen.

**Dove:** Das Wesentlichste ist das schleunigste Einschreiten gegen das Presseamt!

<sup>14)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) sind seine eigenen Ausführungen wie folgt wiedergegeben: „Inner[e]s. Bisheriger Systemwechsel streng konstitutionell / Krieg und Frieden / ohne Zusatz / Angriffskrieg.“

<sup>15)</sup> Bei Haußmann a.a.O.: „Südekum: Die Front erhält keine Zeitung.“

**Junck:** Kriegspresseamt ist schleunigst zu beseitigen. Eine derartige Hetze ist scheußlich. Schleunigst an die Verfassungsänderungen herangehen. Das müssen wir sofort machen.<sup>16)</sup>

**Fehrenbach:** Sämtliche Parteien sollen gehört werden. Auch die Konservativen und die Unabhängigen müssen dabei mitberaten.

**David:** Die Demokratisierung ist bisher nicht von großer Wirkung gewesen. Das müßte am Dienstag<sup>11)</sup> nachgeholt werden. Im Lande und draußen das Neue stark herausheben. Es ist die Frage, wie die Reden der Mehrheitsparteien dazu beitragen können.

Der Kampf gegen das Kriegspresseamt sollte die Aufgabe eines einzigen Mannes, eines Staatssekretärs sein. Auch die Verfassungsänderungen sollten schon Dienstag erwähnt werden. Persönliche Fragen in Preußen müssen auch erledigt werden.

**Gröber:** Frage von Artikel 11 ist heute von den Staatssekretären besprochen worden.<sup>17)</sup> Übereinstimmung, daß man über die Vorschläge der Regierungsvorlage hinausgehen soll. Die sachlichen Bedenken sind vorgetragen worden.

<sup>16)</sup> Bei Haußmann a.a.O.: „Junck: Kriegspresseamt abschaffen / Verfassungsänderung / Kommandogewalt.“

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 68.

## 70.

### 19. 10. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Wahnschaffe).<sup>1)</sup> Überschrift: „B[erlin] 19. 10. 18.“

Exz. v. Payer, Graf Roedern, Scheüch, Scheidemann, Erzberger, Gröber, Trimborn, Haußmann, Dr. Friedberg, Wahnschaffe, Dir. Deutelmöser, Oberst v. Haefthen.

**Gröber:** Gestern interfraktionelle Besprechung.<sup>2)</sup> Müller-Meinings Anträge wegen Kommandogewalt. Noch in Kommission.<sup>3)</sup> Deshalb besser erst in Kommission<sup>4)</sup> zu verhandeln; dann erst später Plenum.

<sup>1)</sup> Das Protokoll ist von Wahnschaffe paraphiert. In den Akten der Reichskanzlei a.a.O. auch eine maschinenschriftl. Abschrift. Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befinden sich stichwortartige Aufzeichnungen über diese Sitzung. Soweit sie von Wahnschaffes Protokollfassung sachlich abweichen, werden sie in den Anmerkungen nachgewiesen. Über die Fortsetzung von Haußmanns Niederschrift vgl. Nr. 71a Anm. 1.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 69.

<sup>3)</sup> Gröber bezieht sich vermutlich auf den Unterausschuß des Interfraktionellen Ausschusses, der unter dem Vorsitz Müller-Meinings Vorschläge zu einer verfassungsmäßigen Neuregelung der Befehls- und Kommandogewalt ausarbeitete. Die Einsetzung dieses Unterausschusses war am 17. 10. im Interfraktionellen Ausschuß angeregt worden; vgl. Nr. 66. Für die Vorschläge des Unterausschusses vgl. Nr. 81.

<sup>4)</sup> Verfassungsausschuß; s. folgende Anm.

**Graf Roedern** stimmt zu.

**Erzberger:** Es können aber doch Anträge dieser Art im Plenum kommen.

**Haußmann:** Bedürfnisse nach Initiative sehr groß. Deshalb Verfassungskommission Montag<sup>5)</sup> berufen. Mitteilen, daß wir Initiative ergriffen. Präsident<sup>6)</sup> wünscht auch Nichtmehrheitsparteien-Führer zu informieren.<sup>7)</sup>

**Payer:** Werde heute abend 6 Führer einladen.<sup>8)</sup>

**Gröber:** Bedenken nur bei Polen und Unabh[ängigen] Soz[ialdemokraten].

**Payer:** Auch Polen.

**Erzberger:** Zu Art. 11. Wenn Anträge aus Reichstag kommen, sehr unbequem. Kernpunkt des Militarismus wird Ausland sagen.<sup>8a)</sup>

<sup>5)</sup> 21. 10. 1918. Der Verfassungsausschuß wurde jedoch nicht mehr einberufen.

<sup>6)</sup> Reichstagspräsident Fehrenbach.

<sup>7)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) gibt seine eigenen Ausführungen folgendermaßen wieder: „Haußmann beantragt, sofort den Verfassungsausschuß einzuberufen und mit den Anträgen Müller-Meinungen zu befassen. Dem wird zugestimmt.“

<sup>8)</sup> Für die Besprechung Payers mit den Fraktionsführern, die erst am folgenden Tage stattfand, vgl. Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 55: „Am Sonntag, dem 20., berief der Vizekanzler von Payer die Fraktionsführer zu einer Besprechung, an der ich teilnahm und in der er uns den voraussichtlichen Wortlaut der Antwort mitteilte. Der vorgelesene Text entsprach wohl im wesentlichen demjenigen, der später hinausgegangen ist. Nur die Fassung der den U-Bootkrieg betreffenden Antwort könne er noch nicht mitteilen, weil der Beschluß der Regierung darüber noch nicht feststehe. Obwohl Herr von Payer die Besprechung damit eingeleitet hatte, sie solle nur zu unserer Information, nicht dagegen zur Beratung der Antwort mit uns dienen, vertrat ich in mehrfachen lebhaften Ausführungen unter scharfem Protest dieser Ausschaltung des Reichstages unsere Auffassung, daß Wilsons Beschimpfungen unserer Wehrmacht schärfer zurückgewiesen und die gestellten Forderungen, namentlich die Aufgabe des U-Bootkrieges, auf die Gefahr des Abbruchs der Verhandlungen hin abgelehnt werden müßten. Auch dieser Versuch von unserer Seite, das Schicksal zu wenden, blieb ebenso ohne Erfolg wie die zahlreichen Kundgebungen aus dem Lande [..].“ Dazu auch Westarp II S. 650.

Ferner ein Schreiben Stresemanns an Payer vom 21. 10., Durchschlag im Nachlaß Stresemann 180 (6889), das auf die „gestrigen Besprechungen“ Bezug nimmt, in denen von Fehrenbach, Stresemann und anderen Rednern darauf hingewiesen worden sei, „daß dem Ankläger Wilson in bezug auf das Vorgehen der deutschen Truppen noch in anderer Weise entgegengetreten werden müßte, als dies im Wortlaut der Note vorgesehen war. Ew. Exzellenz haben demgegenüber darauf hingewiesen, daß sich in derselben Note nicht Wirkungen nach außen und Wirkungen nach innen vereinigen ließen. Wie ich annehme, ist die Note inzwischen abgesandt worden [vgl. Nr. 78a Anm. 8], so daß deren Wortlaut nicht mehr zur Diskussion steht. Dagegen möchte ich mir nunmehr die Anregung gestatten, daß das, was in der Note nicht gesagt werden konnte, doch in der Rede des Herrn Reichskanzlers am morgigen Tage [im Plenum] zum Ausdruck kommt, und wäre dankbar, wenn dies vielleicht durch Anregung Ew. Exzellenz geschehen könnte.

Gleichzeitig gestatte ich mir, darauf hinzuweisen, daß es von den Fraktionsvorsitzenden sicherlich mit Dank empfunden werden würde, wenn sie die Rede des Herrn Reichskanzlers vorher erhalten könnten.“

Zu der abschließenden Bitte Stresemanns vgl. Prinz Max S. 478, wo mitgeteilt wird, daß der Reichskanzler den Wortlaut der Rede — „durch Schaden klug geworden“ — nicht einmal mit den Staatssekretären besprochen habe.

<sup>8a)</sup> Im Interfraktionellen Ausschuß und im Kriegskabinetts hatte sich die Auffassung durchgesetzt, daß der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Art. 11 der Reichsverfassung (s. Nr. 39 Anm. 30) nicht weitgehend genug sei; vgl. Nr. 58, Nr. 66, Nr. 68 und Nr. 69. In einem

**Graf Roedern:** Montag<sup>5)</sup> muß die Sache aber im Verfassungsausschuß beraten werden.

Zustimmung.

**Scheidemann:** Verliest Notiz in Kriegszeitung.<sup>9)</sup>

Behauptet wurde gestern: hier Kriegspresseamt im Spiele. Seine Korrespondenz<sup>10)</sup> vertritt auch fortgesetzt andere Politik als Regierung. Ebenso Aufklärungsdienst in der Armee.

Flugblatt im Bezirk des 3. Armeekorps.

Bauer, Bartenwerffer<sup>11)</sup>, Nicolai arbeiten wie früher.

Z. B. Broschüre contra Lichnowsky.

Allerschlimmste Personen sind noch im Amt. Münster und Breslau.

**Haefen:** Als Ludendorff hier war, Wunsch, auch Nichtmehrheitsparteien zu hören. Darauf [hat Ludendorff] nur H[errn] v. Halem empfangen und im gleichen Sinn gesprochen wie hier. Strenge Diskretion erforderlich. Verschulden einer Zensurstelle liegt hier vor. Es muß aufs strengste eingegriffen werden. Wahrscheinlich hat Oberkommando Erlaubnis gegeben ohne meine Zustimmung.

Ludendorff sehr ungehalten und spricht sein lebhaftes Bedauern aus.

Deutsche Kriegsnachrichten schon Anfang September zusammengestellt. Jetzt Zentralisation unter Deutelmoser.

Lichnowsky 100 000 Exemplare sind schon abgeworfen. Gegenwirkung.<sup>12)</sup>

Schreiben vom 20. 10. an Unterstaatssekretär Lewald wandte sich Kriegsminister Scheüch dagegen, die umstrittene „Ausnahmebedingung“ des Absatzes 2 (Wortlaut in Anm. 3 zu Nr. 58) fallenzulassen, daß der Kaiser im Falle eines „Angriffes auf das Reichsgebiet oder dessen Küsten“ ohne Zustimmung des Bundesrats oder des Reichstags berechtigt sei, den Krieg zu erklären. Wenn die Streichung gleichwohl gewünscht werde, müsse „als Ersatz eine ausdrückliche Bestimmung in die Reichsverfassung aufgenommen werden, daß der Kaiser berechtigt ist, die zur Abwehr eines erfolgten Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Hierdurch würde die Möglichkeit nicht ausgeschaltet werden, daß der Eröffnung der Feindseligkeiten eine Kriegserklärung nicht folgt, sondern ihre Wiedereinstellung durch beiderseitige Verständigung herbeigeführt wird.

Wird also in Art. 11, Abs. 2 der Reichsverfassung die Ausnahmebedingung gestrichen, so muß in Art. 63, Abs. 4 hinter ‚anzuordnen‘ hinzugesetzt werden ‚und zur Abwehr eines erfolgten Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.‘ Ausfertigung DZA Potsdam, Reichsamt des Innern 16886; von Scheüch an Solf und Haußmann übersandte Abschriften im Pol. Archiv, Deutschland Nr. 88 Bd. 14 und im Nachlaß Haußmann 14. Für den Abänderungsantrag der Mehrheitsparteien vom 22. 10. vgl. Nr. 79 Anm. 3.

<sup>9)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) heißt es konkreter: „Scheidemann gegen Agitation der Presse gegen Regierung / Kriegszeitung des Lokalanzeigers.“

<sup>10)</sup> Über die verschiedenen Korrespondenzen, die das Kriegspresseamt herausgab, vgl. Walter Kaupert, Die deutsche Tagespresse als Politicum (Heidelberger phil. Diss.). Freudenstadt 1932, S. 175.

<sup>11)</sup> Chef der politischen Abteilung beim Chef des Generalstabs des Feldheeres.

<sup>12)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) folgendermaßen wiedergegeben: „Haefen gibt Fehler zu. Herr v. Halem wurde empfangen. Ludendorff hat geglaubt, gegen Indiskretion geschützt zu sein. Sänger/Sozi-Broschüre gegen Lichnowsky.“

**Scheüch:** Solche Besprechungen der OHL sollten besser unterbleiben. Dazu bin ich da. Habe auch Konservative gestern informiert.

**Haeften:** OHL wird solche Empfänge unterlassen. Auch Telegramme sollen nicht mehr beantwortet, sondern an Aufklärungsstelle des Inlandes bzw. Pressechef gewiesen [werden].

Ludendorff stellt sich also heute auf Boden der neuen Tatsache. Wird rückhaltlos vertrauensvoll mit neuer Regierung arbeiten. Hat auch Dienststellen so angewiesen.<sup>13)</sup>

**Scheüch:** Aufklärende Vorträge an der Front werden gewünscht über das Neue. Auch Herren vom Parlament werden gewünscht.

Sätze wie im Vorwärts-Aufruf<sup>14)</sup> rufen natürlich Gegendruck hervor. So Gotheim im Berl[iner] Tageblatt.<sup>15)</sup> Form verletzt alte Offiziere. Das vergiftet.

7. Armeekorps. Gayl einer unserer Besten. Arbeitet trefflich mit Gewerkschaften. Diese und jene Unebenheiten mit der Presse liegen an Umgebung. Aber v. Gayl, Mann mit sozialem Sinn, muß man erhalten.

6. Korps nicht alles in Ordnung. Bin hingefahren, habe Verbindung hergestellt. General ist auch gut.

**Haußmann:** Einheitlichkeit in diesen Dingen notwendig.

**Scheüch:** Ist in voller Ausführung.

**Deutmoser** vorträgt nun Presseorganisationen. Erzberger als Vertreter des R[eichs]k[anzlers].<sup>16)</sup>

**Haeften:** OHL schließt sich voll und ganz an. Nur müssen aber auch heimische Aufklärungsstellen schleunigst Instruktion geben.<sup>17)</sup>

**Deutmoser:** Entwurf heute hinaus.

**Trimborn:** Bolschewistische Gefahr aufklären.

**Graf Roedern:** Teufel nicht an die Wand malen.

**Deutmoser:** Das habe ich gestern auch in Besprechung geantwortet. Tatsachenstoff ist das beste.

**Erzberger:** Mit Tagespresse habe ich nichts zu tun. Material Bolschewiki von Oberost.

**Scheidemann:** Es geht auch alles auf Konto des Bolschewismus. Nicht übertreiben. Mehrere Unabhängige (Kautsky, Bernstein) haben gute Sachen contra Bolschewisten geschrieben.

<sup>13)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) folgt noch als Äußerung *Haefdens*: „Nicolai sagte, daß jetzt jeder passive Widerstand aufhören muß.“

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 67 Anm. 6.

<sup>15)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 18.

<sup>16)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) gibt *Deutmosers* Äußerungen präziser wieder: „Unterstellung der Presse unter Kriegsminister und Reichskanzler. Der einheitlichen Leitung unter Exzellenz Erzberger unterstellt. Günstige Harmonie in der Aufklärungsarbeit.“

<sup>17)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) wie folgt referiert: „Die OHL ist ganz einverstanden, aber *sehr bald*. Ich hatte gestern einen heißen Kampf mit OHL, daß sie die Telegramme nicht beantwortete.“

## 71.

## 19. 10. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts

71a: Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup>

Antwort auf Wilsonnote.

Reichskanzler erscheint.

Solf verliert den Entwurf von Simons<sup>2)</sup> und Hahn / eine Gelegenheit zu schaffen / U-Boot eine Gewähr dafür / Passus<sup>3)</sup> / Obrigkeitsstaat.

Prinz Max: Für die Note.

Erzberger: Keine U-Bootkonzession.<sup>4)</sup>

Scheidemann: Greuelkommission<sup>5)</sup> ablehnen.<sup>6)</sup>

Graf Roedern: Ebenso.<sup>6)</sup>

Gröber: }  
Payer: } Blick aufs Ganze.<sup>7)</sup>

Friedberg: Die Note muß umgearbeitet werden, sie ist nicht tragbar für unsere innere Situation.<sup>8)</sup>

Haußmann: Schwerste Aufgabe Räumung. Wir können uns im Stil als verletzt

<sup>1)</sup> Schließt im Or. unmittelbar an die in Nr. 70 Anm. 1 erwähnte Aufzeichnung Haußmanns an. Ein amtliches Protokoll über diese Sitzung ist nicht überliefert. Neben Nr. 71b vgl. Prinz Max S. 458 f. Ferner die bei Niemann, *Revolution* S. 404 f. abgedruckte, im Dezember 1921 entstandene Darstellung des Chefs des Stabes der Seekriegsleitung v. Levetzow, der zusammen mit dem Admiralstabschef Scheer an der Sitzung teilnahm; neuerdings auch in Ursachen und Folgen II S. 420 f. Nach Levetzow begann die Sitzung um 11 Uhr.

<sup>2)</sup> Vgl. Prinz Max S. 458: „Am 19. Oktober früh hatte Solf den Entwurf Simons [vgl. Nr. 69 Anm. 3] gebilligt und legte ihn nun als Vertreter seines Ressorts in der Kabinettsitzung vor.“ Von einer uneingeschränkten Billigung des Entwurfs durch Solf kann allerdings nach Prinz Max' eigenem Zeugnis kaum die Rede sein; vgl. Anm. 6.

<sup>3)</sup> Für den umstrittenen Passus über die Einschränkung des U-Bootkrieges vgl. Nr. 71b; ferner Levetzow (s. Anm. 1).

<sup>4)</sup> Vgl. unten Anm. 13 sowie Nr. 71b.

<sup>5)</sup> Es handelt sich um eine im Entwurf der Antwortnote (vgl. Prinz Max S. 457) vorgesehene neutrale Kommission, die die angeblich beim deutschen Rückzug im Westen angerichteten „Greuel“ aufklären sollte. Diese Kommission begann kurz darauf ihre Tätigkeit.

<sup>6)</sup> Dazu Prinz Max S. 458: „[. . .] Graf Roedern behauptete, die Note sei nicht würdig; Scheidemann fürchtete, sie sei zu herausfordernd, ‚Wilson würde abschnappen‘. Dem schärfsten Protest begegnete die Stelle, in der eine neutrale Untersuchung der ‚Greuelbeschuldigungen‘ gefordert wurde. Solf berief sich, unter Zustimmung von Roedern und Scheidemann, auf Geheimrat Kriege von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, der erklärt hatte: Wenn wir diese Untersuchung fordern, dann bekommen wir die ganzen Kriegsschäden aufgebremmt. Scheidemann geriet ganz außer sich über den Schlußpassus. Wie könne man überhaupt von der Widerruflichkeit des gegenwärtigen Systems sprechen oder von Rückfällen; das hieße doch das Mißtrauen des Feindes wachrufen.“

<sup>7)</sup> Für die Ablehnung des Entwurfs durch Payer und Gröber vgl. Nr. 71b.

<sup>8)</sup> Vgl. Prinz Max S. 458: „Friedberg erklärte sofort, die Note sei für die innere Situation nicht tragbar [. . .]“

ansehen. Die Greuelkommission<sup>9)</sup> kommt — abgezwungen / macht jetzt den Eindruck des guten Gewissens / Was erwartet man im Inland ? U-Bootfrage muß konzediert werden.<sup>10)</sup> Wir sind immer zu wenig entgegengekommen. N[ord]-Amerika Wahlen. Konzessionen, die er<sup>11)</sup> nicht verlangt hat. Lage: Feldzug verloren / Tisza.<sup>12)</sup>

**Prinz Max:** Wollen wir den Waffenstillstand? Wollen wir Wilson stärken oder dilatorisch handeln? Zu verhüten, uns in die Zwangslage einer Rückfrage zu setzen. Nach dem, was die OHL sagte, ist mir sicher, daß / Noch vier Wochen lang? fragte ein Oberster Offizier. Es wäre mir sehr viel lieber, daß wir auf die unverschämte / Ist es besser, eine dilatorische Note zu senden?<sup>13)</sup>

**Friedberg:** Welche Auskunft im A. A. über Wilsons Mentalität?

**Solf:** U-Boot[frage] nachgeben.

**Prinz Max:** Gutes Gewissen, eventl. ein Satz /

**Scheüch:** Kein genügender Schutz der Armee.

**Scheer:** Auch der Marine.

**Haußmann:** Auf die Stimmung / Der Reichskanzler in der Rede<sup>14)</sup> / Gesinnung / U-Boot ohne verlangt / Wenn man sachlich entgegenkommt / Abwertender in der Form.<sup>10)</sup>

**v. Mann:** Auf die Stimmung im Volk Rücksicht nehmen.

**Graf Roedern:** Zu oft haben wir durch die demagogische verhetzte Stimmung Rücksicht genommen, was mit einer außerordentlichen Verantwortung belastet.<sup>14a)</sup>

**Solf:** Man darf einen verlorenen Krieg nicht als Erfolg behandeln.

**Payer:** Kein weiteres Entgegenkommen.

<sup>9)</sup> S. Anm. 5.

<sup>10)</sup> Für Haußmanns Haltung vgl. auch Anm. 13.

<sup>11)</sup> Wilson.

<sup>12)</sup> Stefan Graf Tisza, ungarischer Ministerpräsident 1913—1917, hatte im ungarischen Abgeordnetenhaus am 17. 10. 1918 den Krieg als verloren bezeichnet und die Forderung ausgesprochen, den Frieden, „den wir auf Grund der 14 Punkte Wilsons schließen wollen, für die ungarische Nation möglichst vorteilhaft zu gestalten.“ Vgl. Schulthess 1918/II S. 69 f.

<sup>13)</sup> Vgl. Prinz Max S. 458 f.: „Der Streit um Ton und Beiwerk der Note trat aber bald zurück hinter einem schweren sachlichen Gegensatz: Admiral v. Scheer und Staatssekretär v. Mann erklärten es für unmöglich, den U-Bootkrieg als Kreuzerrieg zu führen; die Forderung Wilsons annehmen, hieße den U-Bootkrieg ganz aufgeben. Sie wandten sich gegen jede Konzession in der U-Bootfrage. Erzberger unterstützte den Standpunkt der Marine. Vergeblich wies ich die Herren auf die Gefahren neuer Rückfragen hin und auf die Notwendigkeit, Wilson gegen den englisch-französischen Druck stark zu machen. Scheidemann, Haußmann und Scheüch sekundierten mir. Nach der Sitzung machte der Kriegsminister noch einen Versuch, den Staatssekretär des Reichsmarineamts zu überzeugen: sei der U-Bootkrieg es wert, daß um seinetwillen die Verhandlungen abgebrochen würden?“

<sup>14)</sup> Anspielung auf die Rede des Reichskanzlers am 22. 10. im Reichstag.

<sup>14a)</sup> Dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 187: „Erfreulich waren in diesen Auseinandersetzungen stets die klaren Darstellungen des Grafen Roedern, der sich dort als ein klug wägender und entschlossen handelnder Mann erwies. ‚Wir müssen rein sachlich entscheiden‘, sagte er einmal, als auf die U-Bootsfanatiker verwiesen wurde, ‚wie oft ist durch Demagogen- ‚Stimmung‘ zum Schaden des Reiches gemacht worden.“

**Scheidemann:** Es gibt eine Katastrophe.<sup>15)</sup>

**Scheer:** U-Boot-Kreuzerkrieg bedeutet den U-Boot-Krieg aufgeben.<sup>16)</sup>

**v. Haefen:** Die Auffassung von Exz. Scheidemann über die militärische Lage ist [nicht] richtig. Es kann in den nächsten 2—3 Tagen keine Katastrophe eintreten.

Ehre von Heer und Marine wahren.<sup>17)</sup>

U-Boot-Krieg soll mit Waffenruhe aufhören.<sup>18)</sup>

**Solf:** Die Note Wilsons verlangt als Bedingung die Einstellung der Torpedierung der Passagierdampfer.<sup>19)</sup>

**Prinz Max:** Hintze<sup>20)</sup> und Hindenburg haben mich dazu gezwungen. Der Weg ist beschritten von der OHL.<sup>21)</sup>

<sup>15)</sup> Vgl. Anm. 13 sowie Nr. 71b Anm. 6.

<sup>16)</sup> Vgl. Anm. 13.

<sup>17)</sup> Vgl. das im Nachlaß Haefen, Erinnerungen, wiedergegebene Telephonat Ludendorffs vom 19. 10., 11 Uhr 20: „Wenn wir die Gewißheit haben, daß uns keine entehrenden Bedingungen zu Lande gestellt werden, will ich die U-Bootwaffe aus der Hand legen. Ludendorff.“ Weiter heißt es a.a.O.: „Als ich dem Prinzen Max dieses meiner Ansicht nach günstige Ergebnis [bezieht sich auf das Telephonat mit Ludendorff] meldete, erklärte er sich in keiner Weise hiervon befriedigt, sondern verlangte das sofortige Einverständnis des Generals Ludendorff zur Einstellung des U-Bootkrieges. Als ich dem General hiervon Meldung erstattete, wurde er höchst unwillig; die Folge war, daß er sein Zugeständnis zurückzog und daß sich seine ablehnende Haltung nur noch versteifte.“

<sup>18)</sup> Diese Wendung, die in der vorliegenden Aufzeichnung Haußmanns v. Haefen zugeschrieben wird, entspricht inhaltlich der von Scheer vorgeschlagenen Neuformulierung des den U-Bootkrieg betreffenden Passus der Antwortnote; vgl. Nr. 71b.

<sup>19)</sup> Vgl. Nr. 71b Anm. 6.

<sup>20)</sup> Hintze war als Vertreter des Auswärtigen Amts zur OHL delegiert worden und am 18. 10. im Hauptquartier eingetroffen. Die Äußerung des Prinzen Max dürfte sich jedoch auf die Vorgeschichte des deutschen Waffenstillstandsangebots vom 3. 10. 1918 beziehen, gegen das er sich ursprünglich gestäubt hatte.

<sup>21)</sup> Für den Ausgang der Sitzung vgl. Nr. 71b bes. Anm. 6. Dazu auch Prinz Max S. 458: „[. . .] ich [hatte] fast mein ganzes Kabinett gegen mich und befand mich in einem so scharfen Konflikt mit der Obersten Heeresleitung und der Marine, daß ich gezwungen war, dem Kaiser die Kabinettsfrage zu stellen.“

71b: Admiral Scheer, Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg, Berlin o. J. [1920], S. 490 f.<sup>1)</sup>

Am 19. Oktober fand im Kriegskabinett die Beratung über die vom Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. Solf vorgelegte Antwortnote statt. Sie enthielt, entgegen der Abrede vom 17. Oktober<sup>2)</sup>, den Satz:

„Der U-Bootkrieg wird jetzt nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges geführt unter Sicherstellung des Lebens der Nichtkombattanten.“<sup>3)</sup>

Der Vizekanzler v. Payer trat diesem Entwurfe auf das entschiedenste entgegen, da er eine vollkommene Schamade sei und unser bisheriges Verfahren als rechtswidrig hinstelle. Eine Preisgabe des U-Bootkrieges dürfe nicht stattfinden, die Marine dürfe nicht eher aufhören zu kämpfen wie die Armee. Auch entspreche der ganze Ton der

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 71a Anm. 1.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 64.

<sup>3)</sup> Vgl. Prinz Max S. 456.

Note nicht der Stimmung im Lande. Im gleichen Sinne äußerten sich die Staatssekretäre Gröber und Erzberger.<sup>4)</sup>

Der von mir [Scheer] gemachte Gegenvorschlag, der daran festhielt, daß der U-Bootkrieg nur für den Waffenstillstand als Gegenleistung geopfert werden dürfe, lautete: „Die deutsche Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, die besetzten Gebiete zu räumen. Sie erklärt sich ferner bereit, gleichzeitig den U-Bootkrieg einzustellen. Sie geht dabei von der Annahme aus, daß die Einzelheiten dieser Vorgänge und die Bedingungen des Waffenstillstandes von militärischen Sachverständigen beurteilt und beraten werden müssen.“<sup>5)</sup>

Die Mehrzahl der Regierungsvertreter stellte sich auf den vom Vizekanzler v. Payer und mir vertretenen Standpunkt<sup>6)</sup>, und Staatssekretär Solf erhielt den Auftrag<sup>7)</sup>, einen neuen Entwurf in diesem Sinne für die Nachmittagsitzung vorzulegen.

<sup>4)</sup> Vgl. Levetzow (s. Nr. 71a Anm. 1), der hervorhebt, daß Gröber und Erzberger „unter allgemeiner Zustimmung nahezu aller Kabinettsmitglieder“ gesprochen hätten, wobei die „scharf abfälligen Ausführungen des letzteren gegen den Solfschen Entwurf [. . .] nochmals besonders überzeugend auf das Kabinett zu wirken“ schienen.

<sup>5)</sup> Vgl. auch Levetzow (s. Nr. 71a Anm. 1).

<sup>6)</sup> Vgl. a.a.O.: „Als gegen 2 Uhr nachmittags die Sitzung vertagt wurde, konnte mit der Zustimmung der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder des Kabinetts zu dem Vorschlag der Marine gerechnet werden und die Seele dieser Zustimmung war der Staatssekretär Erzberger. [. . .] Gegen den Vorschlag der Marine hatten votiert die Staatssekretäre Scheidemann und Dr. Solf, der erstere in demagogisch gewandter Replik, die das Stellen jeder Bedingung unsererseits als untunlich und verhängnisvoll ablehnte, der letztere mehr in passiver Resistenz eines offensichtlich auch körperlich unter der Last geschäftlicher Verantwortung zusammenbrechenden Mannes.“

<sup>7)</sup> Im Widerspruch dazu a.a.O.: Erzberger „erhielt vom Kanzler den Auftrag, während der Mittagspause eine entsprechende Umredigierung der Solfschen Antwortnote zu entwerfen — obwohl der Staatssekretär Dr. Solf gegen diese Einmischung in die ihm ressortmäßig zufallende Arbeit gekränkt Einspruch erhob.“

## 72.

### 19. 10. 1918, nachm.: Sitzung des Kriegskabinetts

72a: Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „K[riegs]k[abinett] 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.“<sup>2)</sup>

Solf teilt mit, Hahn habe den Entwurf<sup>3)</sup> gemacht. Entrüstung von Roedern. Reichskanzler verliert neue Redaktion.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Ein Protokoll über diese Sitzung ist in den Akten der Reichskanzlei nicht vorhanden. Vgl. Nr. 72b sowie Prinz Max S. 459 f.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 187 f.; Payer S. 138 f.; Paul Graf Wolff Metternich, Eine Kriegskabinetts-Sitzung, in: Europäische Gespräche, Jg. 5, 1927, S. 39 ff.; Friedrich Rosen, Aus einem diplomatischen Wanderleben, Bd. 3/4, hrsg. von Hermann Müller-Werth. Wiesbaden 1959, S. 207 f.; Scheer (s. Nr. 71b, Kopfrege) S. 491 f.; Lütge S. 150.

<sup>2)</sup> Wolff Metternich (s. Anm. 1) S. 40 verlegt die Sitzung irrtümlich auf den Abend.

<sup>3)</sup> Der deutschen Antwortnote an Wilson. Vgl. auch Nr. 71a.b.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 71b bes. auch Anm. 7.

**Payer:** Die Heeresleitung hat uns jäh überfallen. Gegen Entgegenkommen. Wilson hat nicht den Wunsch und die Macht, seinen Bundesgenossen in den Arm zu fallen. Kämpfen wir weiter oder ergeben wir uns auf Gnade oder Ungnade? Können wir's aber nicht verantworten, daß eine Natur, die doch noch stark ist, sich ergibt.

**Prinz Max:** Die Gesandten hören, die erschienen sind.<sup>5)</sup>

**v. Brockdorff-Rantzau:** Wilson hat guten Willen, wollte aber dilatorisch handeln unter Clemenceau. Das erste Waffenstillstandsangebot kam einer Kapitulation gleich. Der U-Bootkrieg, ein Vertrauensmann des engl. Königs<sup>6)</sup>

**Rosen:** [Wilson] schwankt zwischen zwei Richtungen / Eitelkeit Friedensstifter / England war labiler Faktor / zu Zeiten genügt mit uns zu verhandeln. Nebenerscheinung der Aktiven war der Übermut. Es fragt sich nur, was getan werden muß, um Wilson eine Einlenkung zu ermöglichen. U-Boot[-Krieg] bequemer Angriffspunkt.<sup>7)</sup>

**Graf Metternich:** Wir haben den Krieg tatsächlich verloren, es fragt sich nur, wie lange wir ihn noch hinziehen, 4 Tage, 8 Tage, 14 Tage, 1 Monat, 1 Vierteljahr. Ist irgendeine Aussicht vorhanden, den Krieg noch zu gewinnen? Nein. Mißtrauen Wilsons gegen die Beständigkeit der deutschen Politik und Richtung. Wir sind in einer Zwangslage. Es ist zu spät [für] das Referendum und die Autonomie.<sup>8)</sup>

**Graf Roedern:** A. A. und Botschafter wie ich einig in der Tendenz im Gegensatz zu dem Reichskanzler.<sup>9)</sup> Gegen den Entwurf.

**Solf:** Ohne Aufgabe des U-Boot[-Kriegs] kommen wir nicht durch.

**Erzberger:** Frage an

**Rantzau:** Bedingungslose Aufgabe des U-Boot-Krieges sei die Bedingung, sagte mein Gewährsmann.

<sup>5)</sup> Gesandter Graf Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen), Gesandter Rosen (den Haag) und Botschafter a.D. Graf Wolff Metternich. Vgl. auch Nr. 72b, wo die Stellungnahmen der Diplomaten in abweichender Reihenfolge angeführt werden.

<sup>6)</sup> Dazu Prinz Max S. 459: „[...] Graf Metternich, Dr. Rosen und Graf Brockdorff-Rantzau erklärten übereinstimmend, daß es ein Widerspruch in sich selbst sei, mit Wilson weiter verhandeln zu wollen und gleichzeitig am verschärften U-Bootkrieg festzuhalten. Graf Bernstorff, der Konstantinopel noch immer nicht verlassen konnte, hatte in gleichem Sinne telegraphiert. Graf Brockdorff-Rantzau sprach eindrucksvoll über die Zwangslage, in der wir uns heute befänden. Das Waffenstillstandsangebot sei einer Kapitulation gleichgekommen. Er beschrieb die furchtbare Wirkung auf die deutschen Vertreter im Ausland, als sie eines Tages aufwachten und lasen: Deutschland bittet Wilson um Frieden. Der erste Schritt war entscheidend: nun bleibe nichts übrig, als den betretenen Weg zu Ende zu gehen.“

<sup>7)</sup> Vgl. die vorige Anm. sowie Rosen (s. Anm. 1) S. 207: „Wir sollten sagen, ob nach unserer Ansicht ein Weiterspinnen der Friedensverhandlungen bei Fortsetzung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges noch möglich sei. Wir verneinten jeder für sich, ohne uns miteinander beredet zu haben, doch in voller Übereinstimmung diese Frage.“ Dazu auch Nr. 72b Anm. 8.

<sup>8)</sup> Für die Ausführungen Metternichs vgl. Nr. 72b bes. Anm. 5 und 6.

<sup>9)</sup> Die nicht durch Satzzeichen unterbrochenen, von Haußmann festgehaltenen Stichworte werden offensichtlich den Ausführungen Roederns nicht gerecht, der sich kaum „im Gegensatz zu dem Reichskanzler“ ausgesprochen haben dürfte. Dazu auch Nr. 71a Anm. 14a.

**Rosen:** U-Boot-Versenkung von Passagierdampfern Bedingung / Der U-Boot-Krieg war in Holland ergebnislos.

**Payer:** Darüber sind [wir uns] klar, daß der U-Boot-Krieg nicht fortgehen kann.

**Friedberg:** Desgleichen. Wir kommen aus dem *circulus vitiosus* nicht heraus.

**Scheidemann:** Den ganzen U-Boot-Krieg [aufgeben!]

**Scheer:** Das ist dann das richtige.<sup>10)</sup>

**Scheüch:** Ich lege keinen Einspruch ein, wenn die Einstellung des U-Boot-Kriegs die Bedingung des Waffenstillstands ist.

**Solf:** Externer Befehl, Passagierdampfer nicht zu torpedieren. Interner Befehl, keine Torpedierungen vorzunehmen, die möglicherweise Passagierdampfer versenken.<sup>11)</sup>

<sup>10)</sup> Für die Ausführungen Scheers vgl. Nr. 72b bes. auch Anm. 7 bis 9.

<sup>11)</sup> Vgl. Prinz Max S. 460: „Nach der Auskunft der Botschafter war das ganze Kabinett davon überzeugt, daß der verschärfte U-Bootkrieg eingestellt werden mußte. Da die Behauptung der Marine nicht zu widerlegen war, daß es technisch unmöglich sei, einen U-Bootkreuzerkrieg zu führen, so schlug *Solf* die Lösung vor: Externer Befehl, keine Passagierdampfer zu torpedieren, interner Befehl, den U-Bootkrieg ganz aufzugeben. Die Fassung: ‚Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen,‘ fand die Zustimmung des Kabinetts. In diesen Worten war zum Ausdruck gebracht, daß beim Scheitern der Waffenstillstandsaktion wir die Freiheit haben würden, die aus der Hand gelegte Waffe wieder aufzunehmen.“

**72b:** Konteradmiral a. D. Magnus v. Levetzow, Beitrag zur geschichtlichen Darstellung des Zusammenbruchs im Jahre 1918, Auszug. Nach dem Abdruck bei Niemann, *Revolution* S. 405 f.<sup>1)</sup>

Als gegen 4 Uhr nachmittags Admiral Scheer und der Chef des Stabes der Seekriegsleitung sich zur Fortsetzung der Besprechung im Reichskanzlerpalais einfanden, hatte die Kabinettsitzung bereits seit etwa ½ Stunde begonnen, und zwar unter Ausschluß des Staatssekretärs des Reichsmarineamts<sup>2)</sup>, dessen Anwesenheit der Kanzler nicht gewünscht hatte. Der von der Sitzung ausgeschaltete Staatssekretär wartete im Vorzimmer. Auf die dringende Vorhaltung von Admiral Scheer, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts das Recht und die Pflicht habe, sich an der Sitzung des Kriegskabinetts und der anderen Staatssekretäre zu beteiligen, ging er jedoch in das Sitzungszimmer.

Einige Zeit später wurden Admiral Scheer und sein Stabschef gebeten, dort zu erscheinen. Sie fanden beim Betreten des Zimmers eine gänzlich veränderte Situation vor; am unteren Ende des langen Sitzungstisches hatten drei neu hinzugezogene Herren Platz genommen: der Botschafter Graf Wolff Metternich, der Gesandte in Kopenhagen Graf Brockdorff-Rantzau und der Gesandte im Haag Herr Rosen.

<sup>1)</sup> Die bereits mehrfach zitierte, von Niemann a.a.O. S. 396—414 im vollen Umfang wiedergegebene Ausarbeitung Levetzows wurde im Dezember 1921 abgefaßt und zuerst im Aprilheft 1924 der „Süddeutschen Monatshefte“, dem bekannten „Dolchstoßheft“, veröffentlicht; der Bericht über die vorliegende Sitzung auch in Ursachen und Folgen II S. 421 f.

<sup>2)</sup> Ritter v. Mann.

Er habe — so wandte sich **Prinz Max von Baden** an den hereintretenden Admiral und mit einer einführenden Handbewegung nach den genannten Herren —, er habe „diese drei besten Kenner der Psyche fremder Völker“ hergeben, um sich von ihnen sagen zu lassen, ob es angängig sei, den U-Bootkrieg als Verhandlungsobjekt zu benutzen oder nicht.

Als erster<sup>3)</sup> erhob sich der große Botschafter **Graf Wolff Metternich** und führte mit mahndend erhobenen Finger aus:<sup>4)</sup> er habe schon immer warnend seine Stimme gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg erhoben, denn dieser sei durchaus illegal, werde niemals als rechtliches Kriegsmittel von unseren Feinden anerkannt werden und könne und dürfe daher auch nicht als Verhandlungsobjekt angeboten werden; und wenn der U-Bootkrieg von vornherein als Morgengabe, ohne dafür Gegenleistung vom Feinde zu fordern, geopfert werde, könnten und würden wir auf Vertrauen bei unseren Gegnern und mit ihrem wohlwollenden Entgegenkommen für Friedensverhandlungen rechnen können.<sup>5)</sup>

**Graf Brockdorff-Rantzau** stimmte ihm zu, ihm folgte Herr **Rosen**.<sup>6)</sup>

Wenn, so resümierte nochmals **Prinz Max von Baden**, diese drei „bewährtesten Kenner der Psyche fremder Völker“ dieses Gutachten pflichtgemäß abgaben, so sei er außerstande zu widersprechen und schließe sich ihrem Urteil an.

Darauf verlas Staatssekretär **Dr. Solf** einen von ihm bereits vorbereiteten Passus für die Note, der nunmehr anstatt U-Kreuzerkrieg Schonung der Passagierschiffe bedingungslos zusagte.

Hiergegen machte Admiral **Scheer** nachdrücklichst seine ernstesten Bedenken geltend, er führte u. a. aus: Der Mangel an Befristung würde es **Wilson** ermöglichen, die Verhandlungen hinzuziehen, wobei der U-Bootkrieg faktisch ruhe, während der schwere Druck auf die Armee fortdaure. Durch diese abändernde Beschränkung gäben wir

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 72a Anm. 5.

<sup>4)</sup> Dazu **Prinz Max** S. 459: „Unser früherer Botschafter in London, *Graf Wolff Metternich*, gab sein Votum mit jener Festigkeit und Klarheit, die man von ihm erwarten durfte.“

<sup>5)</sup> Für **Wolff Metternichs** Stellungnahme vgl. seine Niederschrift vom folgenden Tage — abgedruckt bei **Wolff Metternich** (s. Nr. 72a Anm. 1) S. 40 ff., auszugsweise auch bei **Prinz Max** S. 459 f. —, die in der Argumentation von der resümierenden Wiedergabe durch **Levetzow** in entscheidenden Punkten abweicht. So heißt es a.a.O. S. 40 f.: „Der Präsident verlangt, daß keine Passagierdampfer mehr versenkt werden; sonst keine Verhandlungen. Wollen wir die Möglichkeit, zu einem Waffenstillstand zu gelangen, weiter verfolgen — und wir sind dazu gezwungen, ihn zu suchen — so müssen wir erklären, daß an die Seestreitkräfte die Weisung erteilt ist, keine Passagierdampfer zu versenken, mit dem Zusatz, daß eine Gewähr dafür, daß der Befehl sämtliche U-Bootkommandanten erreicht hat, erst nach einer gewissen Zeit übernommen werden könne. Es ist mir bekannt, daß nach Ansicht der Marine dieser Befehl gleichbedeutend ist mit der Einstellung des U-Bootkrieges überhaupt. Wenn dem so ist, gut, dann muß er eingestellt werden. Denn es ist ausgeschlossen, daß der Präsident weiter mit uns spricht, wenn wir ihm hierin nicht nachgeben. Das amerikanische Millionenheer mit allem Zubehör ist trotz des unbeschränkten U-Bootkrieges herübergekommen. Verschwindend wenig ist davon versenkt worden. Es kann niemand mehr im Ernste annehmen, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg in diesem Kriege noch eine entscheidende Wirkung zu unsern Gunsten wird ausüben können. Also fort damit, da er ein unübersteigliches Hindernis zur Anbahnung des Waffenstillstandes bildet.“

A.a.O. S. 45 f. wendet sich **Wolff Metternich** gegen Verfälschung seiner Ausführungen durch **Tirpitz** (Politische Dokumente, Bd. I, Hamburg 1924, S. 42 f., Anm.), der sich auf **Levetzow** als Kronzeugen beruft.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 72a Anm. 6 und 7.

zu, bisher unrecht gehandelt zu haben und machten dadurch in England Zehntausende von Leuten<sup>7)</sup> frei, die bisher durch den U-Bootkrieg gebunden gewesen wären.<sup>8)</sup>

Aber der Admiral redete jetzt vor tauben Ohren, die Marine blieb mit ihrer Auffassung allein.<sup>9)</sup> Die Kabinettsmitglieder, die noch vor wenigen Stunden starke eindrucksvolle Worte gegen die Beugung unter Wilsons Note und im besonderen gegen die bedingungslose Preisgabe unserer U-Bootwaffe gefunden hatten, schwiegen oder stimmten jetzt ebenso eifrig dagegen. Zu Solf und Scheidemann trat jetzt **Erzberger**, die anderen mit seiner Beredsamkeit mitreißend.

Die Vormittagsstimmung war völlig verraucht, das Kriegskabinett hatte sich um 180<sup>o</sup> gewendet.

Gegen 8 Uhr abends vertagte der **Kanzler** abermals die Besprechung; für die Abendsitzung<sup>10)</sup> sollte der Staatssekretär Dr. Solf einen endgültigen Entwurf im Sinne des Kabinetts vorlegen.

<sup>7)</sup> Bei Scheer (s. Nr. 72a Anm. 1) S. 492, dessen Wiedergabe seiner eigenen Ausführungen sich im übrigen mit der durch Levetzow inhaltlich deckt, ist an dieser Stelle von „Hunderttausenden von Leuten“ die Rede.

<sup>8)</sup> Dazu Rosen (s. Nr. 72a Anm. 1) S. 207 f.: „Nach uns ergriff Admiral *Scheer*, der Sieger von Skagerrak, das Wort, um in sehr scharfem Ton festzustellen, daß, wenn der U-Boot-Krieg irgendeine Beschränkung erfahre, er überhaupt eingestellt werden müßte. Dieses Ergebnis hatten wir nicht gewünscht, aber der Admiral bestand darauf, nun den Befehl zur völligen Einstellung der Tätigkeit der Unterseeboote zu geben. Später ist dann Admiral Scheer in der Presse auf diese Sitzung zurückgekommen und hat behauptet, nicht er, sondern wir, die politischen Sachverständigen, hätten auf der völligen Einstellung des U-Boot-Krieges bestanden, nicht nur auf seiner Beschränkung. Diese Anschauung war aber ein Irrtum, wie mir dies danach alle mir näher bekannten Zeugen jenes Vorgangs bestätigt haben und noch bestätigen.“

<sup>9)</sup> Dazu *Scheer* a.a.O.: „Ich drang jedoch mit meiner Anschauung nicht durch; auch die von der Obersten Heeresleitung telegraphisch an den Reichskanzler abgegebene ausdrückliche Erklärung, daß sie keinesfalls auf den U-Bootkrieg zur Erzielung des Waffenstillstands verzichten könne, vermochte nichts an der Entschließung des Kabinetts zu ändern. Es hatte sich bei ihm die Meinung durchgesetzt, daß ein Abbruch der Verhandlungen mit Wilson vor dem deutschen Volke nicht verantwortet werden könne, und daß er die unausbleibliche Folge sei, wenn das von Wilson verlangte bedingungslose Zugeständnis nicht gemacht würde.“

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 73.

## 73.

### 19. 10. 1918, abends: Sitzung des Kriegskabinetts

**Konteradmiral a. D. Magnus v. Levetzow**, Beitrag zur geschichtlichen Darstellung des Zusammenbruchs im Jahre 1918, Auszug. Nach dem Abdruck bei Niemann, *Revolution* S. 406 f.<sup>1)</sup>

Die Sitzung begann wieder um 9 Uhr 30 Minuten abends. Die drei Gesandten<sup>2)</sup> waren nicht mehr zugegen.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 72b Anm. 1; Levetzows Bericht über die Abendsitzung auch in Ursachen und Folgen II S. 422 und — ohne die letzten beiden Absätze — in WUA 9/I S. 440. Für den Verlauf der Sitzung vgl. Scheer (s. Nr. 71b, Kopfrege) S. 492. Ein amtliches Protokoll ist nicht überliefert.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 72a.b.

In der vorliegenden, vom Staatssekretär Dr. Solf neu entworfenen Note lautet nunmehr der fragliche Passus: „Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, ist auf Veranlassung der deutschen Regierung sämtlichen U-Bootkommandanten die Torpedierung von Passagierschiffen unbedingt untersagt worden. Aus technischen Gründen kann jedoch eine Gewähr dafür, daß dieser Befehl jedes Boot vor seiner Rückkehr erreicht hat, erst nach einer gewissen Zeit übernommen werden.“<sup>3)</sup>

Noch einmal ergriff Admiral Scheer das Wort, um klarzulegen, daß ein solches Zugeständnis tatsächliche Einstellung des U-Bootkrieges bedeuten würde, da bekanntlich eine Gewähr für das Ausnehmen von Passagierschiffen aus technischen Gründen gar nicht gegeben werden könne.

Der Forderung einer Beschränkung des U-Bootkrieges werde die Marine nicht nachkommen, dann werde die vollkommene Einstellung des U-Boot-Handelskrieges verfügt werden.<sup>4)</sup>

Obwohl das Kabinett diese Ausführungen des Admirals zu verstehen schien, wünschte es, an dem Passus formal festzuhalten, „um dann gleich für die nächste Note ein weiteres Zugeständnis (das der völligen Einstellung) zur Hand zu haben.“ Unter krauser Beteiligung aller Kabinettsmitglieder schloß sich hieran stundenlanges Herumredigieren und Stilisieren an dem Solfschen Entwurf, verbunden mit weit-schweifigen staatsrechtlichen Erörterungen über Volksstaat und Obrigkeitsstaat, über die Kommandogewalt des Kaisers und über andere offenbar sich vorbereitende Verfassungänderungen, bis gegen 1 Uhr nachts die Sitzung geschlossen wurde, nachdem sich der Kanzler jedoch immer noch eine endgültige Entscheidung vorbehalten hatte.<sup>5)</sup>

<sup>3)</sup> Für die endgültige Redaktion vgl. Amtliche Urkunden S. 167.

<sup>4)</sup> Vgl. Scheer a.a.O.: „Ich erklärte dem Kriegskabinett, daß die loyale Befolgung dieses Zugeständnisses es notwendig machen würde, die zum Handelskrieg entsandten U-Boote sofort zurückzurufen.

Um diesen Befehl zu erlassen, bedurfte ich der kaiserlichen Zustimmung.“

<sup>5)</sup> Am 20. 10., 13 Uhr, informierte Payer die stimmführenden Bevollmächtigten der Bundesstaaten „über den wesentlichen Inhalt“ der Antwortnote, die zu diesem Zeitpunkt im Wortlaut noch nicht endgültig feststand und auch noch nicht die Zustimmung der OHL gefunden hatte. Nach der Niederschrift des bayerischen Ministerialdirektors Ritter von Nüßlein (Maschinenschrift; BGStA München, MA 1943 D.R., Polit. Archiv VII/18) erklärte es Payer als „Hauptzweck“ der Note, „den Faden der Friedensverständigung nicht abreißen zu lassen. Wir sind in einer Lage, die es die Oberste Heeresleitung als äußerst erwünscht erscheinen läßt, daß es zu einem Waffenstillstand komme.“ Der Vizekanzler führte dann u. a. aus: „Das Gefühl des Ingrimm, das uns beim Lesen der letzten Note Wilsons faßt, müssen wir deshalb im Interesse der Sache zügeln. Auch müssen wir Antwort geben auf die von Wilson gestellten Fragen. Zugleich aber mußte darauf hingewiesen werden, daß wir nichts ertragen wollen, was mit der Ehre des deutschen Volkes unverträglich ist. Von diesen Gesichtspunkten aus mußten wir für die Abfassung der Note eine mittlere Linie finden.“

Payer erwähnte, daß die Verhandlungen mit der Marine bezüglich des Unterseebootkriegs „besondere Schwierigkeiten“ geboten hätten: „Das Verbot an die U-Boot-Kommandanten, für die Dauer der Verhandlungen die Versenkung von Passagierschiffen unbedingt zu vermeiden, hat sehr weitgehende Folgen: es legt die Tätigkeit der U-Boote insbesondere bei Nacht und Nebel in hohem Grade lahm.“ Auf eine Frage des hessischen Gesandten Frhr. von Biegeleben, „ob man in bestimmten Äußerungen der Note Wilsons nicht eine Beziehung auf den Deutschen Kaiser erblickt habe“, erklärte Payer, daß man in den betreffenden Stellen der Note einen Hinweis auf den Kaiser „wohl habe erblicken können, aber nicht müssen.“ In der Antwort sei man hierauf nicht eingegangen, um nicht Wilson „die Handhabe“ zu bieten, „diese Dinge hereinzuziehen“. Über die militärische Lage vermochte der Vizekanzler außer der dauernden Verschlechterung der deutschen Lage „etwas Bestimmtes“ nicht zu sagen, äußerte aber klar, daß der Gedanke, die Feinde militärisch besiegen zu können, „leider“ aufgegeben

Admiral Scheer beabsichtigte, am nächsten Morgen dem Kaiser von dem Ergebnis der Kabinettsitzung, soweit die Marine davon berührt sei, Meldung zu erstatten.<sup>6)</sup>

werden mußte. Über die Dauer des Durchhaltens habe die OHL „keine bestimmte Antwort“ geben können. Aus dem Osten ließen sich nicht alle Truppen abziehen, weil sonst die Randstaaten „vom Bolschewismus vollständig überflutet würden, der dann so unmittelbar an unseren Grenzen auch für uns eine Gefahr werden würde.“

Für die Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vom gleichen Tage vgl. Nr. 74 Anm. 7.

- 6) Wie Levetzow (s. Kopfrege) S. 407 weiter mitteilt, telegraphierte Scheer „noch in der Nacht, unmittelbar nach der Sitzung, aufgegeben im Reichskanzlerpalais“, an Ludendorff. Die Antwort der OHL vom nächsten Morgen, die sowohl an Scheer als auch an den Reichskanzler gerichtet gewesen sei, habe „in bestimmter Form sich ausdrücklich gegen die Preisgabe des U-Bootkrieges“ verwahrt. Bei dem folgenden Thronvortrag im Neuen Palais habe Scheer den Telegrammwechsel mit der OHL verlesen und vorgeschlagen, „einen Kronrat zu berufen, in dem der Kanzler, die Oberste Heeresleitung und die Seekriegsleitung ihren Standpunkt der Allerhöchsten Entscheidung zu unterbreiten hätten.“ Der Kaiser habe Scheer zugestimmt und dem Generalobersten v. Plessen den Auftrag erteilt, „dem Kanzler persönlich den Kronrat für den nächsten Vormittag [nach Prinz Max S. 464: noch für den gleichen Nachmittag; vgl. Nr. 74 Anm. 9] anzusagen.“

Vgl. auch Scheer (s. Nr. 71b, Kopfrege) S. 492 f. sowie Prinz Max S. 460.

## 74.

### Die Zuspitzung der Krise zwischen Reichskanzler und OHL am 20. Oktober 1918

Nachlaß Haeften, Erinnerungen. Auszug.<sup>1)</sup>

Am 20. Oktober besprach der Reichskanzler mit mir die Lage und bat mich, nochmals einen Versuch zur Umstimmung des Generals Ludendorff<sup>2)</sup> zu machen.<sup>3)</sup> In dem nachfolgenden schriftlich fixierten Telephonat, das ich um die Mittagstunde an General v. Bartenwerffer durchgab, hatte ich die Auffassung der Reichsleitung kurz zusammengefaßt:

Telephonat Oberst v. Haeften an General v. Bartenwerffer / 20. 10. [1918.] 12.10 [Uhr] nachm.: Die Reichsleitung ist, nach den ihr aus dem Auslande zugegangenen Nachrichten, der Ansicht, daß, wenn die Note nicht das Zugeständnis der Nichttorpedierung von Passagierdampfern enthält, dieses Zugeständnis von ihr in einer weiteren Note Wilsons abgefordert werden wird, da Wilson der Ansicht sei, falls wir in der U-Bootfrage und in der Frage der Demokratisierung entgegenkommen, er ein Gegengewicht gegen die übermäßigen Forde-

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 460 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 73 Anm. 6. Bei Prinz Max S. 460 heißt es: „In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober trat der General Ludendorff auf die Seite der Marine.“

<sup>3)</sup> Vgl. Prinz Max S. 461: „Ich verbrachte einen guten Teil des Morgens damit, dem Obersten v. Haeften Argumente an die Hand zu geben, die den General Ludendorff von der Notwendigkeit unserer Konzession [in der Frage des U-Bootkrieges] überzeugen sollten.“

rungen der französischen Regierung bezüglich einer ehrverletzenden Kapitulation der deutschen Armee in Händen habe. Die von der Regierung aufgesetzte Note würde der größten Wahrscheinlichkeit nach das erstrebte Ziel einer schnellen und ehrenvollen Waffenruhe für die Armee erreichen. Falls Wilson sich gegenüber den Clémenceau'schen Forderungen nicht durchsetzen sollte und von der Entente demütigende Bedingungen für die Waffenruhe gestellt würden, so werden damit erst die Vorbedingungen geschaffen, um einen starken, einheitlichen, moralischen Auftrieb in der großen Masse des deutschen Volkes zu erreichen. Ein solcher Auftrieb ist unbedingt erforderlich zur erfolgreichen Durchführung der letzten äußersten Kraftanspannung des Volkes. Die Vorbedingungen hierfür sind bei der heutigen Lage noch nicht gegeben. Voraussichtlich würde nicht nur von unseren Feinden, sondern, nach den hier vorliegenden Nachrichten, in der Heimat sogar von der Straße die Einstellung des U-Bootkrieges verlangt werden, um dadurch den Frieden zu erreichen. Der U-Bootkrieg ist in den breiten Massen durchaus unpopulär. Nach Ansicht des Reichskanzlers würde, falls die Antwort auf die Note demütigende Forderungen, die die Waffenehre der Armee berühren, enthalten sollte, der notwendige moralische Auftrieb in den breiten Massen erreicht werden.<sup>4)</sup>

Bereits nach einer Stunde, gegen 1 Uhr nachmittags, brachte ein Telephonat des Generals v. Bartenwerffer an mich die Antwortnote der Obersten Heeresleitung an die Reichsleitung, die, wie ich nicht anders erwartet hatte, ablehnend lautete:

Telephonat vom 20. Oktober 1918 / 1 Uhr nachm. General von Bartenwerffer an Oberst von Haeften für den Herrn Reichskanzler: [...]<sup>5)</sup>

Inzwischen hatte der Reichskanzler um die Mittagsstunde den Besuch des Generaloberst v. Plessen<sup>6)</sup> erhalten<sup>7)</sup>, der im Auftrage des Kaisers die Nachricht überbrachte, daß Seine Majestät sich der Auffassung der Marine anschliesse und gegen die Einstellung des U-Bootkrieges sei.<sup>8)</sup> Der Reichskanzler ersuchte den Generalobersten, Seine Majestät zu bitten, im Laufe des Nachmittags seinen

<sup>4)</sup> Das Telephonat wird von Prinz Max S. 461 f. teils inhaltlich referiert, teils im Wortlaut wiedergegeben.

<sup>5)</sup> Es folgt der Wortlaut des von Hindenburg unterzeichneten Telephonats, das in den Urkunden der OHL S. 166 abgedruckt ist. Auch bei Prinz Max S. 460 f., jedoch mit der falschen Zeitangabe 1 Uhr nachts, wobei ausdrücklich in der Fußnote darauf hingewiesen wird, daß in den Amtlichen Urkunden „irrtümlich 1 Uhr nachmittags“ angegeben sei. Wenn Prinz Max a.a.O. weiter mitteilt, daß v. Haeften ihm dieses Telephonat am Vormittag des 20. 10. vorgelegt habe, liegt vermutlich eine Verwechslung vor. Als Ausgangspunkt für sein Gespräch mit Haeften (vgl. oben, bes. auch Anm. 3) könnte auch die Antwort Ludendorffs auf das Telegramm Scheers gedient haben, die nach Levetzow auch dem Reichskanzler zugeleitet worden war; vgl. Nr. 73 Anm. 6.

<sup>6)</sup> Kommandant des Kaiserlichen Hauptquartiers.

<sup>7)</sup> Vgl. Prinz Max S. 464: „Um 12 Uhr sollte ich im Bundesrat sein, um dort die Note zu erklären und zu vertreten. Ich konnte die Sitzung gerade eröffnen, als ich abgerufen wurde: Herr v. Plessen war im Auftrag des Kaisers gekommen, um mir eine wichtige Botschaft zu bringen.“ Gemeint ist die Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten, über deren Verlauf eine bei Deuerlein S. 311 ff. abgedruckte Aufzeichnung unterrichtet. In dieser Sitzung, in der Solf referierte, stand der sich abzeichnende Konflikt mit der OHL im Mittelpunkt. Dabei wurde aus dem Ausschuß heraus eine noch klarere Festlegung der Reichsleitung auf die Einstellung des U-Bootkrieges gefordert, und zwar besonders energisch durch den bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl: „Die Reichsleitung würde sich einen schweren Vorwurf zuziehen, wenn sie den U-Bootkrieg zwar aufgeben [würde], aber dies so undeutlich zum Ausdruck gebracht hätte, daß deswegen die Verhandlungen scheitern.“ Dazu auch Prinz Max S. 464 f., den Lerchenfeld „in der Mittagspause“ orientierte. (Nach Deuerlein S. 322 war die Sitzung um 14 Uhr geschlossen worden.)

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 73 Anm. 6.

(des Reichskanzlers) Vortrag hierüber in Berlin in der Reichskanzlei entgegennehmen zu wollen, was Plessen zusagte.<sup>9)</sup>

Unmittelbar hinter Plessen erschien ich beim Reichskanzler, um ihm das Telephonat der Obersten Heeresleitung von 1 Uhr nachmittags zu übergeben.<sup>10)</sup> Ministerialdirektor Dr. Simons war bei ihm anwesend. Es entspann sich eine lebhaftige Aussprache über die krisenhafte Lage, in deren Verlauf Simons den Vorschlag machte, daß ich nochmals mit General Ludendorff unter Darlegung der neuen Lage telephonisch verhandeln und ihn umzustimmen versuchen sollte, ehe der Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser<sup>11)</sup> stattfinde. Das lehnte ich indes ab. Ein erneutes Eingreifen meinerseits sei nicht nur zwecklos, sondern nur geeignet, die Lage noch mehr zu verwirren. Jetzt müsse die kaiserliche Entscheidung abgewartet werden, der sich alle fügen müßten. Dem stimmte der Prinz zu.

<sup>9)</sup> Vgl. Prinz Max S. 464: „Er [Plessen] meldete mir: Seine Majestät macht sich die Auffassung der Marine zu eigen und will für den Nachmittag einen Kronrat nach Potsdam einberufen, falls der Reichskanzler bei seiner Anschauung beharrt. Ich erwiderte dem General, daß es technisch unmöglich sei, diesen Kronrat am Nachmittage abzuhalten [. . .] Ich bäte daher Seine Majestät, die Gnade zu haben, nach Berlin zu kommen und meinen Vortrag entgegenzunehmen. Meinen Standpunkt würde ich nicht aufgeben [. . .] Ich würde mich gezwungen sehen, mein Amt niederzulegen, wenn sich Seine Majestät auf die Seite der Marine stellte. ‚Es macht mir keine Freude‘, so schloß ich die Unterredung, ‚es hier Euer Exzellenz aussprechen zu müssen, aber es steht für mich fest: wenn ich gehe, dann fällt das Kabinett auseinander, und dann kommt die Revolution.‘ Herr v. Plessen fragte mich hierauf: ‚Soll ich dies Seiner Majestät melden?‘ Ich antwortete: ‚Ich bitte darum.‘“

<sup>10)</sup> Vgl. Anm. 5.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 75.

## 75.

### 20. 10. 1918: Besprechung des Kaisers mit dem Reichskanzler und dem bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld

BGStA München, MA 1943 D.R., Pol. Archiv VII/18, maschinenschriftliche Aufzeichnung des Grafen Lerchenfeld.<sup>1)</sup> Überschrift: „Aufzeichnung.“<sup>2)</sup>

Auf Einladung des Reichskanzlers habe ich an der Besprechung Seiner Königl. Hoheit mit Seiner Majestät dem Kaiser über die Fassung der Wilsonnote teilgenommen<sup>3)</sup>, nachdem während der Sitzung des Ausschusses für auswärtige

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 464, 467.

<sup>2)</sup> Daneben im Or. die eigenhändige Bemerkung: „Vorgetragen [dem König] 21. 10. 18. Dandl“.

<sup>3)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467: „Am frühen Nachmittag [im Terminkalender des Reichskanzlers, Nachlaß Prinz Max, präziser: „3.35 Uhr Ankunft S.M. bei R.K.“] kam der Kaiser [vgl. Nr. 74 Anm. 9]. Graf Lerchenfeld [der dem Kanzler über die Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten berichtet hatte; vgl. Nr. 74 Anm. 7] war noch bei mir. Ich bat ihn, dem Gespräch beizuwohnen als Vertreter Bayerns, das den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss führte; auch wußte ich, daß der Graf die Achtung und die Sympathie des Kaisers besaß. Seine Majestät war durch die Gegenwart des Grafen Lerchenfeld betroffen und begrüßte ihn mit den Worten: ‚Ich wußte nicht, daß Sie Sachverständiger für Marineangelegenheiten sind.‘“

Angelegenheiten<sup>4)</sup> der Kommandant des Kaiserl. Hauptquartiers, Generaloberst von Plessen, im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers mich schon um meine Meinung in der Sache gefragt hatte.

Die Diskussion drehte sich in der Hauptsache nur darum, ob in der Antwortnote an Wilson mitgeteilt werden sollte, daß, um den Frieden zu erleichtern, Befehl ergangen sei, keine Passagierdampfer zu torpedieren.

Seine Majestät beklagte sich zunächst bitter, daß Er bisher die ganze Note nicht kenne; nur der Satz über den U-Bootkrieg sei Ihm vorgelegt worden. Früher habe Er an solchen Schriftstücken mitgearbeitet, diesmal habe man Ihn ausgeschaltet.

Der Reichskanzler erklärt dies mit dem Hinweis darauf, daß die Note erst heute nacht festgestellt worden sei.

Seine Majestät der Kaiser legte dann eingehend die militärischen Gründe dar, die für die Fortsetzung des U-Bootkrieges sprechen. Wie dieser aufhöre — und das Verbot Passagierdampfer zu torpedieren führe hierzu —, werde der Feind durch Zufuhr an Kriegsbedarf aller Art gestärkt und werde die drohende Kohlennot von England genommen. Dieses sei dann imstande, seine Front auch durch weitere Mannschaften zu verstärken. Der Kaiser schloß diese Ausführungen, indem Er sagte, Er habe es für seine Pflicht gehalten, den Reichskanzler auf diese Folgen aufmerksam zu machen.

Der Reichskanzler wies in sehr eindringlicher Rede auf die Notwendigkeit hin, gerade in diesem Punkte Entgegenkommen zu beweisen. Werde dieser Passus gestrichen, so sei kein Zweifel möglich, daß der angeknüpfte Faden abreiße. Die Oberste Heeresleitung habe selbst auf Grund ihrer Kenntnis der Lage die Verhandlungen verlangt. Wenn sie jetzt der Reichsleitung Vorschriften machen wolle, wie die Verhandlungen zu führen seien, so überschreite sie ihre Befugnisse und bringe die Verhandlungen zum Scheitern. Der Gedanke der Obersten Heeresleitung, daß man die U-Bootkonzession für die Verhandlungen über den Waffenstillstand aufsparen müsse, um so den Waffenstillstand zu erhalten, sei abzulehnen, weil man auf diesem Wege nie zu Waffenstillstandsverhandlungen kommen werde. Der Reichskanzler übte dann eine scharfe Kritik an der Verschleierung der wahren Lage an der Front zu einer Zeit, wo es noch möglich gewesen wäre, in Ruhe die Verhandlungen mit dem Gegner einzuleiten und zu führen, und bat Seine Majestät, sofort den Befehl an die Oberste Heeresleitung und den Marinestab zu erteilen, ihren Widerspruch gegen den beanstandeten Passus aufzugeben. (Ich muß hier einschalten, daß die Marine sich gestern abend<sup>5)</sup> mit dem Passus einverstanden erklärt, aber daran die Bedingung geknüpft hatte, daß die Oberste Heeresleitung zustimme.)

Sollte, schloß der Reichskanzler, der Kaiser diesen Befehl zu erteilen ablehnen,

<sup>4)</sup> Lerchenfeld hatte sich in der Sitzung des Bundesratsausschusses (vgl. Nr. 74 Anm. 7) eindeutig auf die Seite des Reichskanzlers gestellt: „Fehlt in der Note der Passus über den U-Bootkrieg, so wird im deutschen Volk der Eindruck erweckt, daß wieder die OHL dazwischen gefahren ist. Ich würde daher dem Herrn Reichskanzler raten, über die Bedenken der OHL hinwegzugehen.“ Zitiert nach Deuerlein S. 320 f.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 73.

so bäte er den Kaiser um seine Entlassung, da er dann nicht in der Lage sei, die Geschäfte weiterzuführen.<sup>6)</sup>

Ich [Lerchenfeld] ergriff das Wort, um mich zunächst alle dem, was der Reichskanzler gesagt hatte, anzuschließen. Da der Kaiser auch darauf hingewiesen hatte, daß durch einen Ersatz von 600 000 Mann, von denen bereits 300 000 hinter der Front stünden, die deutsche Front wesentlich gestärkt sei und halten könne, so bemerkte ich, daß damit höchstens erreicht werden könne, daß wir bis zum Frühjahr durchhalten, dann komme die Niederlage doch, da dann unsere letzten Reserven verbraucht, der Gegner aber aus Amerika neue Kräfte erhalten haben würde. Dann würden wir in noch schlechterer Lage sein und uns noch härteren Bedingungen unterwerfen müssen, ganz abgesehen davon, was inzwischen im Inlande geschehen könnte. Ich führte dann aus, daß, nachdem man sich einmal an Wilson gewendet habe, man nicht den Faden abreißen lassen dürfe. Mit dem Passus über die U-Boote stehe und falle die deutsche Note. Die Antwort Wilsons sei verletzend, aber sie enthalte keine Ablehnung; das dürfe man nicht vergessen.

Der Reichskanzler bemerkte hier, daß durch den Passus auch vielleicht vermieden werde, daß Wilson die entwürdigende Bedingung stelle, daß der Kaiser abdanke.<sup>7)</sup>

Ich [Lerchenfeld] knüpfte hieran an, um zu sagen, daß ich eine Abdikation für ein großes Unglück halten würde, weil damit das Reich eine gefährliche Erschütterung erleiden müsse.

Seine Majestät erwiderte darauf sehr erregt, daß er nie daran denken könne, fahnenflüchtig zu werden. Er wisse auch, daß, wenn für Ihn als Kaiser und König von Preußen Gefahr drohe, Sein Volk und Seine Armee sich um Ihn scharen würde. Er erhalte jetzt täglich unzählige Briefe, die Ihn der Treue versicherten.<sup>8)</sup>

Ich [Lerchenfeld] begrüßte dies, wies aber darauf hin, daß es auch andere Elemente im Reiche gäbe, und warnte, solche Kundgebungen zu überschätzen. Jetzt handle es sich darum, einen großen Teil der Verantwortung dem Kaiser abzunehmen. Auch darum müsse die Note das sachliche Entgegenkommen im U-Bootkrieg enthalten. Würde bekannt, daß auf Verlangen der Obersten Heeresleitung der Passus gestrichen worden sei, und lehne dann Wilson alles weitere ab, so würde man für die Folgen nicht die Oberste Heeresleitung, sondern den Kaiser verantwortlich machen, weil Er einen solchen Eingriff in die Politik der Reichsleitung geduldet habe.

<sup>6)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467: „Wir setzten unsere Gegen Gründe auseinander, und ich fügte hinzu, daß ich mein Bleiben von der Zustimmung des Kaisers zu der als notwendig erachteten Konzession abhängig machen müsse.“

<sup>7)</sup> Dazu auch Nr. 73 Anm. 5.

<sup>8)</sup> Nach Prinz Max S. 467 unterbrach der Kaiser den Grafen Lerchenfeld, als dieser ihn auf „gefährliche Strömungen im Reiche“ hinwies, die „eine besondere Spitze gegen den Kaiser angenommen“ hätten, mit dem Bemerkten: „Er wisse dies, er wisse auch, daß manche seine Abdankung forderten; aber, so fügte er mit großem Ernst hinzu, ein Nachfolger Friedrichs des Großen danke nicht ab.“ Vgl. auch Schwertfeger, Weltkriegsende S. 165, der sich offensichtlich auf die Schilderung des Prinzen stützt.

Es wurde dann noch der Gegenstand von verschiedenen Seiten beleuchtet. Der Reichskanzler wies auf den Passus in der Note hin (Abs. 2), worin unehrenhafte Bedingungen<sup>9)</sup> abgelehnt werden.<sup>10)</sup> — Der Kaiser bezeichnete als solche die Räumung und Besetzung von Metz und anderen Festungen. — Der Reichskanzler bemerkte darauf, daß diese Bedingungen nicht gestellt seien. Kämen sie, so würde eine neue Lage entstehen. Einstweilen müsse man abwarten, was Wilson antworte.

Am Schlusse der Besprechung erklärte der Kaiser Sich bereit, die Oberste Heeresleitung und die Marineleitung anzuweisen, den Einspruch gegen den U-Bootpassus fallenzulassen.<sup>11)</sup> Die Kabinettschefs waren schon zur Stelle. Der Befehl muß also um 4 1/2 Uhr ergangen sein.<sup>12)</sup>

Auf eine Frage des Reichskanzlers, ob zu befürchten sei, daß Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff ihren Abschied verlangen würden, bestritt der Kaiser diese Möglichkeit. — Ich [Lerchenfeld] bemerkte noch hierzu, daß wohl ein Reichskanzler, der die Verantwortung trage, in einem solchen Falle

<sup>9)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 167: Die deutsche Regierung „vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderungen gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würden.

Die Deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.“ Dazu die folgende Anm.

<sup>10)</sup> Dazu Prinz Max S. 464: „Aus dem Entwurf Simons waren noch zwei Sätze stehengeblieben, auf die ich besonderen Wert legte: in dem einen war die Erwartung ausgesprochen, daß keine Bedingung gestellt würde, die mit der Ehre unserer Armee unvereinbar wäre. Der andere lautete: „Bei dieser Gelegenheit erinnert die deutsche Regierung daran, daß die deutschen Nichtkombattanten heute unter einer Seekriegführung leiden, die den Grundsätzen des Präsidenten Wilson über die Freiheit der Meere ebenso wie dem bisher geltenden Völkerrecht widerspricht.“ A.a.O. S. 468 berichtet der Prinz weiter, daß ihm am späten Abend des 20. 10. Simons „in großer Erregung“ mitgeteilt habe, „Solf hätte gegenüber den plötzlich auftauchenden Bedenken einiger Staatssekretäre die beiden Sätze, auf die ich solchen Wert legte, nicht halten können, und die Note ginge nun ohne die Verwahrung gegen entehrende Bedingungen [vgl. vorige Anm.] und gegen die Hungerblockade heraus. Meine Entrüstung war groß, und ich schrieb sofort an den Staatssekretär Solf einen bitterbösen Brief, der ihn noch vor Mitternacht erreichte und bewirkte, daß unsere Note, die um 12 Uhr 20 Minuten herausging, wenigstens den Ehrenpassus wieder enthielt.“

<sup>11)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467: „Nur sehr unwillig gab der Kaiser seine Zustimmung.“

<sup>12)</sup> Vgl. von Müller S. 433: „Nach der Besprechung zwischen Kaiser und Kanzler werden General v. Marschall und Kapitän z. S. v. Restorff (mein Vertreter) in das Kanzler-Palais befohlen und Se. Majestät sagt ihnen, es müsse bei dem Standpunkt des Kanzlers bzw. der Regierung sein Bewenden haben. Restorff solle hiervon Admiral Scheer unterrichten.“

Dazu Levetzow (s. Nr. 73, Kopfrege) S. 408, dem „gegen 5 Uhr nachmittags“ durch den stellvertretenden Marinekabinettschef v. Restorff die „Allerhöchste Entscheidung für Admiral Scheer“ übermittelt worden sei; der von Scheer vorgeschlagene Kronrat (vgl. Nr. 73 Anm. 6) „fände nicht statt“. Daraufhin habe Scheer, begleitet von Levetzow, „gegen 6 Uhr abends“ nochmals den Kanzler aufgesucht, ohne jedoch auf Entgegenkommen zu treffen.

Die Version des Prinzen Max, S. 467, daß der Kaiser im Anschluß an die Besprechung mit dem Kanzler „sofort den Chef des Admiralstabs“ (Scheer) empfangen habe, ist also unzutreffend.

seinen Abschied nehmen könnte, ein General aber nicht gegen den Befehl des Obersten Kriegsherrn.<sup>13)</sup>

Der Reichskanzler hatte mich vor der Besprechung gefragt, ob er dem Kaiser gleich bei dieser Gelegenheit die Unterstellung des Militärkabinetts unter den Kriegsminister abverlangen solle.<sup>14)</sup> Ich habe, so notwendig diese Maßregel meines Erachtens ist, geraten, dieses Verlangen erst dann zu stellen, wenn die Antwort an Wilson abgegangen ist.<sup>15)</sup>

<sup>13)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen Solfs in der Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten (vgl. Nr. 74 Anm. 7): „Der Kriegsminister sagte uns: Er lege die Hand ins Feuer, daß er Ersatz für beide Heerführer habe. Freilich wäre der Abgang Hindenburgs bedauernswert wegen des Ansehens, das er bis weit in sozialdemokratische Kreise hinein genießt. Nicht so bei Ludendorff.“ Zitiert nach Deuerlein S. 319.

<sup>14)</sup> Zu dieser Frage hatte der bayerische Ministerpräsident v. Dandl in der Sitzung des Bundesratsausschusses (vgl. vorige Anm.) Stellung genommen: Das Militärkabinett, „das sich mit der jetzigen Verfassung nicht mehr verträgt“, solle wie früher „wieder in eine Abteilung des Kriegsministeriums verwandelt werden, und zwar mit der größten Eile, wenn möglich paripassu mit der Absendung der Note.“ Im gleichen Sinne sprach sich auch der württembergische Ministerpräsident v. Weizsäcker aus. Vgl. Deuerlein S. 314 und 317.

<sup>15)</sup> Die Aufzeichnung schließt mit dem eigenhändigen Vermerk: „S. Exzellenz Herrn Staatsminister von Dandl gehorsamst vorgelegt. Berlin 20. 10. 1918 Graf Lerchenfeld.“ Dandl weilte am 20. 10. zur Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten in Berlin (vgl. Nr. 74 Anm. 7).

## 76.

### 20. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

76a: Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „Kr[iegs]k[abinett] 20. 10. 1918.“<sup>2)</sup>

Payer, Solf, Roedern, Scheüch, Scheidemann, Erzberger, Gröber, Friedberg, Haußmann, G[eheim]r[at] Simons, Wahnschaffe.<sup>3)</sup>

**Payer:** Haltung der OHL gesträubt. Man darf an seinen ehrlichen Namen

<sup>1)</sup> Über diese Sitzung ist kein amtliches Protokoll vorhanden.

<sup>2)</sup> Nach Prinz Max S. 462 f. und S. 467 f. haben am 20. 10. zwei Sitzungen des „Kabinetts“ stattgefunden (vor- und nachmittags), die in Haußmanns Niederschrift — nach der Prinz Max offensichtlich zitiert, wobei allerdings die Reihenfolge der Redner willkürlich geändert ist — zu einer einzigen Sitzung zusammengezogen sind. Nach Prinz Max' Mitteilungen wären die Äußerungen der ersten sechs Redner (bis Haußmann einschließlich) der Vormittagssitzung zuzuweisen. Im Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) heißt es nur: „7 [Uhr] — Engerer Kriegsrat.“ Vgl. Nr. 76b.

<sup>3)</sup> In der Anwesenheitsliste fehlen der Reichskanzler und Haeften, die jedoch nur an der Nachmittagsitzung (vgl. vorige Anm.) teilgenommen haben.

denken. Wir sind diejenigen, die den verlorenen Krieg verloren machen. Wir tragen die Verantwortung vor der Geschichte.<sup>4)</sup>

**Erzberger:** Ich schließe mich ganz Payer an.

**Graf Roedern:** Wir können sie nicht zwingen, ihr Votum abzuändern. Wir können uns nicht in unserer Haltung dadurch bestimmen lassen.<sup>5)</sup>

**Erzberger:** Wir müssen mitteilen, daß die OHL den Schritt verlangt hat. Die Regierung wird vom Heer als diejenige angesehen, die sie den amerik[anischen] Granaten preisgibt. Wir müssen verlangen, daß die OHL vorbehaltlos auf den Standpunkt der Note sich stellt. Wir ändern unsere Ansicht nicht.<sup>6)</sup>

**Scheüch:** Friedbergs Erklärung: dann senden wir keine Erklärung ab, wurde falsch referiert. Man muß die Übereinstimmung herbeiführen.

**Friedberg:** Einen Versuch mit untauglichen Mitteln machen wir nicht.

**Haußmann:** Die OHL hat uns erklärt, daß sie zusammenarbeitet. Sie verleugnet am nächsten Tag die Solidarität, nachdem die Solidarität von den Herren und dem Kanzler in weitgehender Weise in der Stunde der Gefahr betätigt [worden ist]. General Ludendorff hat taktisch oder strategisch in unsere Flanke manövriert und der erregte Teil der Bevölkerung wird in unseren Rücken fallen. Kein Auftrieb, wenn wir geschwächt und preisgegeben / Ludendorff hat jetzt die Pferde ganz herumgerissen.<sup>7)</sup>

**Haefen:**<sup>8)</sup> Ich habe [der OHL] referiert fortlaufend, über Vormittag referiert und über Nachmittag<sup>9)</sup>, nun der Schluß: Nur dann ehrenvoller und rascher Abschluß durch U-Boot[-Krieg] / Ludendorff hat die Ansicht, daß es Zeit sei, Schluß zu machen.<sup>10)</sup>

Der Kanzler erscheint.<sup>11)</sup>

<sup>4)</sup> Vgl. Prinz Max S. 462 f.: „Payer rief aus: ‚Ich habe mich seinerzeit gegen die Haltung der Obersten Heeresleitung gesträubt. Man darf an seinen ehrlichen Namen denken; nun sollen wir es sein, die den verlorenen Krieg verloren machen. Wir tragen die Verantwortung vor der Geschichte.‘“

<sup>5)</sup> Vgl. Prinz Max S. 463: „Graf Roedern machte als einziger geltend, daß wir die Oberste Heeresleitung nicht zwingen könnten, ihr Votum abzuändern; es genügte, wenn wir uns nicht davon beeinflussen ließen.“

<sup>6)</sup> Vgl. Prinz Max S. 463: „Erzberger verlangte jetzt öffentliche Klarstellung, daß die Oberste Heeresleitung die Waffenstillstandsbitte erzwungen habe, sonst würde von den Soldaten der Vorwurf erhoben werden, die Regierung gebe sie den amerikanischen Granaten preis. Das Kabinett müsse verlangen, daß die Oberste Heeresleitung sich vorbehaltlos auf den Standpunkt der Note stelle.“

<sup>7)</sup> Vgl. Prinz Max S. 462: „Conrad Haußmann faßte den allgemeinen Eindruck in die Worte: ‚Der General Ludendorff hat strategisch und taktisch in die Flanke der Regierung manövriert.‘“

<sup>8)</sup> Zu Beginn der Nachmittagssitzung; vgl. oben Anm. 2 und 3 sowie Nr. 76b.

<sup>9)</sup> Über den Verlauf der Kabinettsitzungen vom Vortage; vgl. Nr. 70—72a,b.

<sup>10)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467 f.: „Haefen erklärte, alle seine Argumente erschöpft zu haben; der General Ludendorff glaube, es sei an der Zeit, mit Wilson Schluß zu machen.“ Dazu auch Nr. 76b.

<sup>11)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467: „Der Nachmittagssitzung des Kabinetts blieb ich zunächst fern. Da trat Exzellenz Wahnschaffe bei mir ein und teilte mir mit: die Staatssekretäre hätten von meiner Aktion gehört und befänden sich in erheblicher Aufregung; sie verlangten mich zu sprechen.“

**Payer** referiert dem Kanzler. Der Kaiser wird hereingerissen. Der Wunsch der Obersten Heeresleitung war für euch maßgebend. Nun sehe ich, daß es der OHL nicht mehr sehr wichtig ist.

**Solf:** Telephonat heute 1 Uhr nachts<sup>12)</sup> von der OHL Ein Kampf, der den Krieg in die Länge ziehen [wird].

**Prinz Max:** Plessen kam statt des Königs.<sup>13)</sup> Die Darstellung der OHL beruht nicht auf richtigen Voraussetzungen. Ich konnte nicht zulassen, daß OHL unsere Politik konterkariert. S. M. stand ganz auf meinem Standpunkt.<sup>14)</sup> Ich werde die Konsequenz gerne ziehen und abtreten von einer Bühne, wo die Absichten so gekreuzt werden.<sup>15)</sup> Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die OHL auch materiell nicht im Recht sein [kann].<sup>16)</sup>

**Friedberg:** Das Telephonat<sup>17)</sup> ist eine Fanfare. Ich sehe keine Möglichkeit, die Note abgehen zu lassen.<sup>18)</sup> Die Bevölkerung würde alles Vertrauen verlieren. Entscheidung durch Kaiser unmöglich. Reise nach Spa.

**Erzberger:** Wie Friedberg. Der Spalt bedeutet den Ruin, jede Partei werde zerrissen — Ruin.<sup>19)</sup>

**Graf Roedern:** Es muß erreicht werden, daß die OHL

**Scheidemann:** Wir müssen mit Demission [drohen] (auch Roedern nickt). Das bedeutet die Revolution. Die Leute kämpfen nicht mehr.

<sup>12)</sup> Richtig: 13 Uhr; vgl. Nr. 74 Anm. 5. Die Übereinstimmung in der Zeitangabe zwischen der Niederschrift Haußmanns und Prinz Max S. 460 dürfte darauf beruhen, daß dem Prinzen das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript Haußmanns bei der Abfassung seiner Memoiren zur Verfügung gestanden hat; s. auch oben Anm. 2.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 74 bes. auch Anm. 9.

<sup>14)</sup> Soll wohl heißen: vor der Intervention von Admiralstabschef und OHL.

<sup>15)</sup> Für den Verlauf der Unterredung mit dem Kaiser, in der Prinz Max die Kabinettsfrage gestellt hatte, vgl. Nr. 75.

<sup>16)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467: „Ich konnte die Herren durch die Erklärung beruhigen: der Konflikt hätte zu einer raschen Entscheidung gedrängt; auch hätte ich auf eigene Verantwortung handeln wollen, um meine Mitarbeiter nicht in meine Demission hineinzureißen, falls diese wirklich notwendig werden sollte.“

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 74 Anm. 5. In dem Telephonat hieß es u. a.: „Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen, und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern, oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen? Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Boot-Krieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.“ Dazu der Kommentar bei Prinz Max S. 461.

<sup>18)</sup> In der Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten (vgl. Nr. 74 Anm. 7) hatte Friedberg erklärt: „Wohl können unsere militärischen Instanzen den Abgang unserer Note nicht hindern. Aber wir müssen ihnen auch die moralische Überzeugung aufdrängen, daß die Note abgehen muß. Sonst würden wir Gefahr laufen, daß im Lande die Ansicht aufkäme, die Note sei gegen den Widerspruch der Militärs abgegangen.“ Zitiert nach Deuerlein S. 316.

<sup>19)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467: „Für mich war die Sache durch die Entscheidung Seiner Majestät erledigt. Ich zweifelte nicht daran, daß der General Ludendorff gehorchen würde. Die Staatssekretäre aber forderten auch die Einsicht der Obersten Heeresleitung und wollten sie um jeden Preis erzwingen, noch ehe die Note hinausging, ‚die sonst Zwiespalt in jede Partei tragen würde‘.“

**Prinz Max:** Es ist eine unmögliche Lage, zwei Meinungen zu haben.

**Payer** dankt dem Reichskanzler. Wenn es immer so gewesen wäre, stünde es besser.<sup>20)</sup>

**Gröber:** Wir müssen die Konsequenz ziehen. Wir können mit einer solchen Heeresleitung nicht mehr weiterarbeiten.

**Solf:** Was tun wir, wenn die OHL nicht anders votiert?

**Graf Roedern:** Wenn sie es nicht hervortreten lassen

**Scheüch:** Es ist nötig, den Herren klarzumachen, daß die Absendung der Note notwendig ist. Es bedarf des Gehorsams und der Einsicht. Wir ziehen S. M. im unglücklichsten Augenblick herein.<sup>21)</sup>

**Friedberg:** In Telephonat<sup>17)</sup> nimmt [Ludendorff] einen ganz andern Standpunkt ein.

**Scheüch:** Hintze / Großkämpfe angesagt. Schleunige Absendung der Note notwendig.<sup>22)</sup>

**Payer:** Die Note fertigstellen. Die OHL wird sich überzeugen. Wir würden die Note doch abgehen lassen und im Reichstag reden. Wir müßten im Reichstag / Dann müßten die Herren<sup>23)</sup> abgehen. Sich<sup>24)</sup> von Notwendigkeit der Stelle zu überzeugen und dies auszusprechen.

<sup>20)</sup> Vgl. Prinz Max S. 467: „Payer dankte mir für den beim Kaiser unternommenen Schritt.“

<sup>21)</sup> Vgl. Prinz Max S. 468: „Der Kriegsminister erhielt daraufhin den Auftrag, noch einen neuen Überzeugungsversuch zu unternehmen.“ Dazu Nr. 76b.

<sup>22)</sup> Vgl. Prinz Max S. 468: „Er [Scheüch] kam nach einer halben Stunde vom Telephon zurück, ohne mit irgendeinem Vernunftgrund durchgedrungen zu sein. Er hatte dem General immer wieder die Alternative vorgestellt: Wenn Sie verhandeln wollen, geben sie den verschärften U-Bootkrieg auf. Wenn Sie ihn führen wollen, brechen Sie die Verhandlungen ab. Der General wollte an das Entweder-Oder nicht glauben.“

Scheüch meinte zu Haeften: „Ich beneide Sie nicht, daß Sie jeden Tag diese Telephonkämpfe durchfechten müssen.“

Die Oberste Heeresleitung blieb bei ihrer Meinung, aber es gelang dem Kriegsminister, den Herren klarzumachen, daß in Anbetracht der erwarteten Großkämpfe die Absendung der Note beschleunigt erfolgen müsse.“

Dazu auch Gündell S. 293, Tagebucheintragung vom 21. 10.: „Gestern abend hat der Kriegsminister noch lange telephonisch auf Ludendorff eingesprochen, um die Zustimmung der OHL zur Absendung der Note zu erreichen; aber der Feldmarschall ist festgeblieben. Als mittags hier noch an einer kräftigen Fassung gearbeitet wurde, kam die Nachricht aus Berlin, daß die gestrige Fassung abgesandt sei. Also Einstellung des Tauchbootkrieges ohne Gegenleistung! Eine Sünde der demokratischen Regierung gegen das deutsche Volk!“

<sup>23)</sup> Hindenburg und Ludendorff.

<sup>24)</sup> Gemeint: Die OHL müsse sich von der Richtigkeit der betreffenden Stelle in der Note (über die Einschränkung des U-Bootkrieges) überzeugen lassen und diese Haltung auch öffentlich zum Ausdruck bringen. Dazu Nr. 78a.b.

## 76b: Nachlaß Haeften, Erinnerungen. Auszug.

Am späteren Nachmittag fand eine Kabinettsitzung statt, in der die Nachricht von dem Siege der Reichsregierung über die Oberste Heeresleitung mit großer Genugtuung aufgenommen wurde. In der Siegesstimmung verlangte das Kabinett nunmehr die Unterwerfung der Obersten Heeresleitung unter die politische Leitung. Ehe die Note herausginge, müßten Hindenburg und Ludendorff infolge der Kaiserlichen Entscheidung<sup>1)</sup> ausdrücklich ihr Einverständnis mit der Einstellung des U-Bootkrieges erklären. Ich wurde beauftragt, General Ludendorff hierzu zu zwingen. Das lehnte ich auf das entschiedenste ab. General Ludendorff werde sich niemals zwingen lassen. Mein Zureden in dieser Sache habe nur das Ergebnis gehabt, den Widerstand des Generals in dieser Frage zu verstärken. General Ludendorff werde eher die Verhandlungen mit Wilson abbrechen, als in der U-Bootfrage nachgeben. Nun erhielt der anwesende Kriegsminister Scheüch den Auftrag, mit Ludendorff zu verhandeln. Hierfür wurden ihm genau formulierte Richtlinien gegeben, die ich in aller Eile mitschrieb; meine damalige sofortige Niederschrift hat folgenden Wortlaut:

„Auf Wunsch des Kriegskabinetts hatte der Kriegsminister Scheüch am 20. 10. zwischen 7 und 8 Uhr abends eine telephonische Aussprache mit General Ludendorff, um dessen und des Generalfeldmarschalls Zustimmung zu der Note vom 20. 10. herbeizuführen.

Das Kriegskabinett hatte für diese Aussprache folgende Richtlinien aufgestellt:

Der Generalfeldmarschall und General Ludendorff werden gebeten, sich von der Notwendigkeit der Note samt den beanstandeten Stellen zu überzeugen und dies auszusprechen.

Gründe:

1. Die Note muß heute abend noch abgehen:
  - a) Politische Gründe (Lage und Tel[ephonat] Hintze),
  - b) Militärische Gründe.
2. Innere Zerrissenheit bei Heimat und Heer bei Bestehenbleiben des Einspruches der Obersten Heeresleitung. Dies kann und muß zu schweren inneren Krisen führen. Übereinstimmung nötig wie über erste Note.
3. Die voraussichtlichen politischen Vorteile der U-Bootkonzession überwiegen die voraussichtlichen militärischen Nachteile.
4. Hinter Entscheidung S.M.<sup>1)</sup> muß OHL treten.
5. Ob im Telephonat des Generalfeldmarschalls<sup>2)</sup> eine veränderte Auffassung der Lage zu erblicken ist.“

Ich begleitete den General Scheüch und wohnte dem Telefongespräch bei; es kam zwischen beiden Generalen zu einer langen, fast halbstündigen Aussprache, wobei sich beide anscheinend sehr erhitzten. General Scheüch führte nochmals alle Gründe für die Einstellung des U-Bootkrieges sehr eindringlich an und betonte immer wieder, eine Ablehnung bedeute Abbruch der Verhandlungen mit Wilson, die General Ludendorff doch auch nicht wünsche. Wie mir General Scheüch später mitteilte, habe General Ludendorff fast eigensinnig, ohne auf seine Gründe näher einzugehen, immer wiederholt, die Forderung der Reichsleitung sei für ihn undiskutierbar; als Soldat werde er nie und nimmer auf die U-Bootwaffe verzichten können. Allerdings sei es richtig, daß auch er den

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 75.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 74 Anm. 5 und Nr. 76a Anm. 17.

Abbruch der Verhandlungen mit Wilson nicht wünsche. Dies zu erreichen, trotz Beibehalten des U-Bootkrieges, sei jetzt Aufgabe der politischen Leitung. Zum Schluß nahm die Aussprache, wenigstens von seiten Scheüchs, einen persönlich gereizten Charakter an; er brach schließlich die Unterredung ab mit der zu mir gemachten Bemerkung: „Das ist ja fürchterlich! Ich beneide Sie wirklich nicht, daß Sie täglich stundenlang mit dem Manne am Telephon kämpfen müssen“. <sup>3)</sup>

Als General Scheüch in die Kabinettssitzung mit der Bekanntgabe von dem negativen Ergebnis zurückkehrte, herrschte große Enttäuschung, die sich bei der Ludendorff ablehnend gegenüberstehenden Gruppe in Äußerungen lebhaften Unwillens und der Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit ihm kundtat.

Trotzdem fügte man sich einstweilen und beschloß, die Antwortnote (Dritte deutsche Note) noch in der Nacht abzusenden mit dem Zugeständnis der Einstellung des U-Bootkrieges. <sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Vgl. auch Nr. 76a Anm. 22.

<sup>4)</sup> Bei Haefen a.a.O. heißt es weiter: „Jedenfalls hatte diese ganze Episode bezüglich der Forderung der Zustimmung der Obersten Heeresleitung zur Einstellung des U-Bootkrieges und insbesondere bezüglich des negativen Ausgangs des Scheüchschens telephonischen Versuches der Umstimmung Ludendorffs wesentlich zur Verschärfung der Verstimmung zwischen Kriegskabinett und Oberster Heeresleitung, insbesondere zwischen Payer/Solf und General Ludendorff, beigetragen.“

## 77.

### 20. 10. 1918: Abg. Stresemann an Staatsminister Fischbeck

Nachlaß Stresemann 180 (6889), Durchschlag.

Lieber Fischbeck!

In der letzten interfraktionellen Sitzung<sup>1)</sup> hat Kollege Dr. David angeregt, in einer der nächsten Sitzungen die Frage der preußischen Parlamentarisierung anzuschneiden. Ich möchte Dir bei dieser Gelegenheit davon Kenntnis geben, daß wir dieser Frage auch vom Standpunkt unserer Partei aus praktisch Interesse entgegenbringen und Vorschläge für die Besetzung einzelner Ämter durch nationalliberale Parlamentarier im interfraktionellen Ausschuß unterbreiten werden.

Gleichzeitig möchte ich Dich aber bitten, uns auch Gelegenheit zu geben, zu der Frage unserer Beteiligung an der Parlamentarisierung des Reiches unsere Wünsche vorbringen zu können. Wir legen insbesondere, wie ich Dir bereits früher mitteilte, Wert auf die Besetzung des Reichswirtschaftsamts und erstreben weiter mit Recht die Bestellung eines Unterstaatssekretärs für das Reichs-  
[. . .]amt. <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 69.

<sup>2)</sup> Das Wort im Durchschlag verstümmelt, da das Blatt eingerissen ist.

Ferner möchte ich Dich bitten, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des interfraktionellen Ausschusses auch eine Beratung unseres Verhältnisses zu Rußland setzen zu wollen.

Mit vielen Grüßen und besten Empfehlungen  
Dein

78.

### 21. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

78a: DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, handschriftlich (Wahnschaffe).<sup>1)</sup> Überschrift: „B[erlin] 21. 10. 18, früh 10 [Uhr].“

Exz. v. Payer, Dr. Friedberg, Haußmann, Trimborn, Gröber, Erzberger, Scheidemann, Graf Roedern, Wahnschaffe.<sup>2)</sup>

**Friedberg:** Els[ab-]Lothringer wollen Unabhängigkeit erklären.<sup>3)</sup>

**v. Payer:** Sie schwanken. Wir sollen doch nicht selbst für Abtrennung sprechen. Reichsregierung hat loyal erklärt, daß E[lsaß-]L[othringen] internationales Problem. Sie bleibt auf diesem Standpunkt, darf nichts tun, was vorgreift. Aber bereit, Autonomie zu geben, wenn das Land sie wünscht.<sup>4)</sup>

Zustimmung.

**Haußmann:** Stimmung wächst für Deutschland, so meldet mir ein Brief.

**Erzberger:** Polen haben in Fraktion mit großer Mehrheit beschlossen, Posen, Danzig, Oberschlesien zu fordern. Auch hier muß Regierung sagen:<sup>5)</sup> Oberschlesien seit Jahrhunderten nicht polnisches Gebiet. Posen stark gemischt. Danzig deutsche Stadt. Internationales Problem.

**Graf Roedern:** Das muß mit großer Energie betont werden. Vorher mit Polen Fühlung nehmen, ihnen sehr scharf Bescheid sagen.

<sup>1)</sup> In den Akten der Reichskanzlei a.a.O. auch eine maschinenschriftl. Abschrift. Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung, deren sachliche Abweichungen von Wahnschaffes Protokollfassung in den Anmerkungen nachgewiesen werden. Vgl. ferner Prinz Max S. 470 ff.; Amtliche Urkunden S. 172; Epstein S. 266; Lütge S. 157 f.

<sup>2)</sup> Ferner v. Haefen. — Vgl. Prinz Max S. 470: „Ich war nicht zugegen, durch Regierungsgeschäfte verhindert; auch interessierte ich mich nicht mehr für einen Konflikt, der jeder ernsthaften Grundlage entbehrte und nunmehr in einem Nachspiel enden sollte, das in einem seltsamen Gegensatz zu der Tragik unserer Lage stand. Die Herren bestanden darauf, mit dem General Ludendorff weiter zu argumentieren.“

<sup>3)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Die els[ab-]lothr[ingischen] Abgeordneten für neutralen Staat.“

<sup>4)</sup> A.a.O. nur: „Payer: [van] Calker [Universitätsprofessor in Straßburg und nationalliberaler Reichstagsabg.] stoßweise und nicht immer glücklich.“

<sup>5)</sup> Im Plenum des Reichstags, der für den folgenden Tag einberufen worden war und bis zum 26. 10. tagte.

**Erzberger:** Nationaldemokraten unter Seyda haben gesiegt. Trampczynski<sup>6)</sup>, Nowicki<sup>7)</sup> weniger scharf. Man müßte mit Trampczynski sprechen.

Die Besprechung wendet sich der Antwortnote an Wilson zu.

**Solf:** Note abgegangen.<sup>8)</sup> Hintze sagt, Ludendorff erklärt<sup>9)</sup>, die Sache sei für ihn durch die Entscheidung des Kaisers<sup>10)</sup> erledigt.<sup>11)</sup>

**v. Haeften:**<sup>12)</sup> OHL militärisch anderer Meinung. Vertrauen des [...].<sup>13)</sup> Oberste Heeresleitung erklärt, sie hätte keinerlei politische Funktion mehr. Sie brauchte gar nicht mehr gefragt zu werden. S. M. hat entschieden.<sup>10)</sup> Von ihrer politisch abweichenden Meinung will OHL unter keinen Umständen Kenntnis nach außen geben.<sup>14)</sup>

**Graf Roedern** stimmt zu.<sup>15)</sup>

**Erzberger:** Sehr wichtige Erklärung. Protokollieren. Stimme Herrn von Haeften zu, wenn im Reichstag Anfrage, muß erklärt werden, OHL kein politischer Machtfaktor.

**v. Payer:** Hilft uns nichts. Voss<sup>16)</sup> wird es morgen schreiben, daß Differenz besteht.

**v. Haeften:** Lud[endorff] hat nicht politische Notwendigkeit anerkannt. Er achtet die andere Meinung, stimmt aber nicht zu.

<sup>6)</sup> Adalbert von Trampczynski, M.d.R. und Mitgl. des Preuß. Abgeordnetenhauses (Pole).

<sup>7)</sup> Stanislaw Nowicki, Gewerkschaftsvorsitzender in Posen, M.d.R. (Pole) seit 1910.

<sup>8)</sup> Die vom 20. 10. datierte, von Solf unterschriebene dritte Note war am 21. 10., 0 Uhr 20 abgegangen; vgl. Amtliche Urkunden S. 167 f.; Der Waffenstillstand I S. 14 f.; Prinz Max S. 469 f.; Urkunden der OHL S. 574 f.; Schulthess 1918/II S. 612 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 227 ff.; Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 55 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. das Fernschreiben Ludendorffs vom 21. 10.; Amtliche Urkunden S. 169 (dort falsche Datierung: 20. statt 21. 10., wie richtig in der 1. Aufl. der Amtlichen Urkunden, 1919, S. 134). Dazu vgl. Nr. 78b.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 75.

<sup>11)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) folgt noch: „Über meine [= Ludendorffs] Überzeugung hat Majestät keine Macht.

Der Passus mit der Ehre [s. Nr. 75 Anm. 10] ist noch hereingenommen.“ Vgl. Prinz Max S. 470.

<sup>12)</sup> Zwischen den Ausführungen Solfs und Haefdens findet sich bei Haußmann (s. Anm. 1) noch folgender Einschub:

„Gröber: Das genügt nicht.

Payer: Die Note hätte nicht weg sollen.

Solf: Nein, es wurde gesagt, sie muß weg.

Wahnschaffe: Noch Hoffnung auf Stimmung.“

<sup>13)</sup> Im Or. ein Wort unleserlich.

<sup>14)</sup> Vgl. Haußmann (s. Anm. 1): „Politisch sieht er [Ludendorff] vollkommen ein, daß es richtig ist, wie die Reichsleitung gehandelt hat. Militärisch habe ich [Ludendorff] nicht mehr das Vertrauen, wenn ich [auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg] verzichte. Er sagt: Die OHL ist politisch ausgeschaltet. Aber ich bin gefragt worden, da mußte ich ehrlich meine Überzeugung [äußern.] Es werde in jeder Weise absolutestes Schweigen bewahrt, um Regierung zu stützen.“

<sup>15)</sup> A.a.O. ausführlicher: „Roedern: Wir nehmen es zu tragisch. Es ist jetzt ganz klar. Wenn er [Ludendorff] nach außen seine Meinung herauskommen lassen würde, würde er so illoyal handeln wie denkbar.“

<sup>16)</sup> „Vossische Zeitung“.

**Gröber:** Also Lud[endorff] teilt die politische Meinung nicht. Er achtet sie, ist aber anderer Meinung. Man wird uns fragen: ist OHL einverstanden? Wir müssen dann ausweichen. Das nimmt man als Verneinung. OHL muß hier nachgeben. Mit dem rein formellen Standpunkt kommt man nicht durch. Volk akzeptiert das nicht, verlangt Mitwirkung der OHL. Deshalb Bemühungen fortsetzen. Will Lud[endorff]s ehrliche Absicht gern anerkennen. Man sollte sich auch noch an Hindenburg wenden. Stimmung im Heer zum U-Bootkrieg doch sehr zweifelhaft.<sup>17)</sup>

**Friedberg:** Schließe mich an.<sup>18)</sup> Gegensatz zwischen uns und Ludendorff nicht auf militärischem Gebiet. U-Bootkrieg-Sistierung natürlich militärischer Nachteil. Lud[endorff] will aber Note in einer Form abgesandt haben, die sie zum Scheitern verurteilt.<sup>19)</sup> Er muß sagen: ich sehe ein, daß diplomatisch der Schritt nötig. Deshalb stimme ich zu trotz militärischer Bedenken.

**v. Haeften:** Antwort Wilsons schafft Klarheit. Bis dahin noch nicht Wirkung. Lud[endorff] soll also erklären: Militärische Bedenken. Aber diplomatische Notwendigkeit sehe ich ein.

**Friedberg:** Lud[endorff] selbst wird nichts verlauten lassen. Aber Umgebung.

**Scheidemann:** Kann Lud[endorff] absolut nicht begreifen. Er schreit nach Waffenstillstand. Nun bekommt er wieder Bedenken. Was ist ihm denn nun wichtiger? Der Waffenstillstand oder die Fiktion des U-Bootkrieg-Erfolges? Nicht tragischer nehmen als notwendig. Ist Zustimmung da, besser.

Auf Anfragen: OHL soll man hier aus dem Spiel lassen. Werden wir zum Reden gezwungen, dann ganz offen reden.

**Haußmann:** Stärkstes Pressionsmittel, daß Note nicht abging. Jetzt Lud[endorff] wohl kaum zustimmen.

Anerkennt Lud[endorff], daß kein anderes Mittel zum Waffenstillstand? Jetzt zitiert er andere Generale? Uns wollte er nicht gestatten, sie zu hören. Wir müssen darauf zurückkommen.<sup>20)</sup>

#### Fortsetzung der Polenfrage:

**Erzberger:** In Antwort<sup>21)</sup> muß man Wilsons Erklärung verlesen. Schon jetzt steht fest, daß Oberschlesien kein poln[isches] Land. Wichtiger Danzig deutsch,

<sup>17)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) knapper: „Die Gefahr [be]steht in voller Größe ungeschwächt weiter.“

<sup>18)</sup> A.a.O. deutlicher: „Wir sind keinen Schritt weitergekommen [...]“

<sup>19)</sup> Vgl. Solfs Bemerkung über den von Ludendorff gewünschten Zusatz zu der Antwortnote: „Die Note ist bereits abgegangen. Der Zusatz wäre aber unmöglich gewesen.“ Amtliche Urkunden S. 169.

<sup>20)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) gibt seine eigenen Ausführungen ausführlicher wieder: „Motiv: die Unterlassung einer Zustimmung. Das Vertrauen der Armee nicht verlieren / oder persönliche Gegenüberzeugung, ob es ein anderes politisches Mittel zum Waffenstillstand gibt. Der Nachteil überwiegt. Es ist jetzt keine Hoffnung auf Einlenkung Ludendorffs, nachdem die Note weg ist. Hindenburg gar nicht gehört. Im Generalstab hat [man] die Ansicht über Ludendorff geändert. Demütigende Bedingungen bei den Räumungen / Bald Ansicht der Generale.“ Dazu vgl. Nr. 78b und Prinz Max S. 471.

<sup>21)</sup> In der Antwort der Reichsleitung auf die im Reichstag vorgebrachten polnischen Forderungen. Vgl. die Ausführungen Solfs am 24. 10., in denen sich der Staatssekretär auf Wilsons 14 Punkte berief; Sten. Berichte Bd. 314 S. 6210.

nur einzelne Kreise. Schritt von Mitgliedern des Deutschen Reichstags nach dieser Richtung aber scharf zurückweisen. Nicht friedensfördernd, sondern friedenshemmend.

**Solf** stimmt zu. Wer soll Erklärung abgeben? A[uswärtiges] A[mt] oder R[eichsamt] d[es] I[nnern] oder Kanzler?

**Erzberger:** Polen werden auch noch über Unterdrückung klagen. Es muß abgewartet werden, was heute St[aats]m[inisterium] beschließt.<sup>22)</sup> Einheitliche Erklärung.

**Graf Roedern:** } In franz. Deputiertenkammer und in Duma hat niemand so  
**Erzberger:** } gesprochen.

**Scheidemann:** Gewaltmittel haben wir nicht. Erklärung muß vorher ausgearbeitet sein. Am besten A[uswärtiges] A[mt].

**Erzberger:** Staatss[ekretär]<sup>23)</sup> muß ganze Frage schildern. Auch Erklärung des Regenschaftsrats vom 29. 4. [1918].<sup>24)</sup> Damals ein selbständiges Polen, nicht deutsches Gebiet.

**Graf Roedern:** Reichstag muß es doch verhindern können.

**Scheidemann:** Mittel, das zu verhindern, nicht vorhanden. Keine Fraktion für Einschränkung der Minderheit. Nicht zu hoch einschätzen. Polen werden sich freuen. Durch würdige Erklärung werden sie abgesetzt.

**Erzberger:** Wenn man sie hier hindert, kommt schärfste Erklärung in Lausanne. Vielleicht kann man Ton der Polen noch ändern.

**Haußmann:** Man muß wenigstens versuchen, die Sache klein zu halten. 1. Mit Polen reden. 2. Mit Fehrenbach. Der soll sagen: Im Moment der großen Auseinandersetzung ist es verhängnisvoll, den Blick auf diesen Punkt zu lenken. Dafür im Seniorenkonvent Stimmung.

v. Payer vorschlägt, daß Erzberger mit Polen spricht.  
Zustimmung.

**Gröber:** Formelle Hindernisse im Reichstag nicht bereiten. Um so schärfer werden die Polen. Nur würdige ruhige Entgegnung.

**Solf** will Polen empfangen und Erklärung entwerfen.

**Trimborn:** St[aats]m[inisterium] will keine weiteren Konzessionen machen.

**Solf:** Reichskanzler sollte über Ausw[ärtiges] nichts sagen.

**Trimborn:** Über Inneres wuchtig und umfassend, auch nötige Details, in sich abgeschlossen.

**Gröber:** Reichskanzler sollte über polnische Ausnahmegesetze mit Ministerium sprechen. Sehr wichtig. Besonders für Oberschlesien.

**Graf Roedern:** Enteignungsges[etz] im Herrenhaus (z. B. nicht für Oberschlesien).

<sup>22)</sup> Vgl. den Abdruck des Protokolls der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 21. 10. in: Archivalische Forschungen 4/IV S. 1644 f.

<sup>23)</sup> Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Solf.

<sup>24)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 393 ff.

**Erzberger:** Bleibt Schulgesetz auf Posen und Westpr[eußen] und Sprachen besonders Oberschlesien ganz [. . .].<sup>13)</sup> Klassen von 220 Kindern statt 60.

**Solf:** Frage nach Schuld beim Wilsonfrieden. Kurze Erklärung.

**Erzberger:** Schuldfrage wird durch Initiative des Auslandes behindert. Kurze Erklärung. Gründliche Untersuchung.

**v. Haeften:**<sup>25)</sup> 1. Ludendorff steht auf Scheidemann-Standpunkt. Kein politischer Machtfaktor. OHL ignorieren.

2. H[indenburg] u. L[udendorff] ganz loyal verhalten.

3. Keine Stellung zu politischer Frage. Kein Material.<sup>26)</sup>

**v. Payer und Erzberger:** Konsequenzen ziehen. Politischer Generalstab muß verschwinden.<sup>27)</sup> Evtl. in Öffentlichkeit alles sagen.<sup>28)</sup>

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 78b.

<sup>26)</sup> Der Wortlaut der Haefdenschen Erklärung — die Haefden um 12 Uhr 30 telephonisch Ludendorff übermittelt hatte, der dann sein Einverständnis erklärte — ist abgedruckt in Amtliche Urkunden S. 172; Prinz Max S. 471 f.; Ursachen und Folgen II S. 426.

<sup>27)</sup> In einer flüchtigen Aufzeichnung von Kurt Hahn vom 21. 10. für den Reichskanzler (Maschinenschrift, Nachlaß Prinz Max) heißt es u. a.: „Eine öffentliche Zustimmungserklärung der Obersten Heeresleitung würde die Note entwerten [. . .] Die stärkste Stoßkraft der Note wäre Ludendorffs Abgang — vielleicht die einzige Rettung der Hohenzollern. Bernstorffs Herberufung ist eine Notwendigkeit. Von [Maximilian] Harden gefordert. [. . .]“

<sup>28)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) ist als letzter Sprecher *Solf* aufgeführt: „Er [Ludendorff] will die moralische Verantwortung mit uns nicht teilen.“

#### 78b: Nachlaß Haefden, Erinnerungen. Auszug.

Gleich zu Beginn der Kabinettsitzung vom Vormittag des 21. Oktober äußerte der Vizekanzler v. Payer Besorgnisse, die Oberste Heeresleitung werde beim Beharren in ihrer ablehnenden Haltung gegen die U-Booteinstellung der Regierung in der Vertretung der Note gegenüber der Öffentlichkeit Schwierigkeiten machen. Meine Erwiderung, das werde die Oberste Heeresleitung bei ihrer durchaus loyalen Haltung gegenüber der Reichsregierung ganz bestimmt nicht tun, ließ **Solf** nicht gelten; sie müsse noch nachträglich ihre Zustimmung zu der bereits abgesandten Note geben. Ich [v. Haefden] erklärte, das werde General Ludendorff ganz bestimmt nicht tun; es sei doch unmöglich, ihn gegen seine Überzeugung zu einer solchen Erklärung zu zwingen. Noch in der Nacht habe mir General Ludendorff, als ich ihm den Wortlaut der bereits abgegangenen deutschen Antwort<sup>1)</sup> telephonisch mitteilte, erklärt: „Militärisch sei die Sache für ihn entschieden durch den Befehl Seiner Majestät, aber über meine Überzeugung hat selbst Seine Majestät keine Macht.“

Ich bäte daher, von dieser unmöglichen Forderung Abstand zu nehmen, zumal da die Oberste Heeresleitung doch kein politischer Machtfaktor sei. Die Mehrheit der Kabinettsmitglieder verlange nunmehr eine ausdrückliche Bestätigung dieser Auffassung durch General Ludendorff. Obwohl ich diesen Auftrag für völlig sinn-

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 78a Anm. 8.

und zwecklos hielt und als Ergebnis eine neue Krisis nahen sah, war ich bei der Haltung des Kabinetts doch gezwungen, wenigstens einen Versuch zu unternehmen. Als ich mich ans Telephon begab, traf ich draußen im Vorzimmer Herrn Hahn, dem gegenüber ich meinem Ärger über die unsinnige Haltung des Kabinetts in lebhaften Worten Ausdruck gab. Hahn stimmte mir zu; das Verhalten des Kabinetts sei einfach unbegreiflich. Anstatt ihren Sieg über die Militärs aller Welt öffentlich zu verkünden, suchten sie jetzt Rückendeckung bei der Obersten Heeresleitung für ihren Mut. Sie seien jetzt doch Herren im eigenen Haus; General Ludendorff habe sich jetzt der Reichsleitung gefügt, obwohl er nicht überzeugt sei. Das beweise doch, daß im jetzigen Deutschland die politische Leitung das Übergewicht habe. Das leuchtete mir durchaus ein, und ich beschloß, nach Erledigung meines Auftrages die Sache auch dem Kabinett klarzumachen.

Ehe ich General Ludendorff anrief, formulierte ich meine dem Kabinett mündlich gegebene Erklärung schriftlich in folgendem Schriftsatz: [...]<sup>2)</sup>

Ich setzte sodann General Ludendorff von der neuen Lage und der Forderung des Kabinetts in Kenntnis. Zum Glück faßte er die Sache nicht weiter tragisch auf, vielmehr nahm er sie von ihrer komischen Seite, worin ich ihn nachdrücklich bestärkte. Mit der von mir dem Kabinett gegebenen, nachträglich schriftlich fixierten Erklärung war er einverstanden und ermächtigte mich, sie im Kabinett zu verlesen. So schien sich die neue ernste Krise in Wohlgefallen auflösen zu sollen.

Bei meiner Rückkehr in die Kabinettsitzung verlas ich [Haeften] die von General Ludendorff gutgeheißen Erklärung und fügte daran die Gedankengänge meines vorherigen Gesprächs mit Herrn Hahn. Ich fand die tatkräftige Unterstützung durch den Staatssekretär Erzberger, mit dem ich mich zuvor besprochen hatte. Dem Staatssekretär Erzberger stimmte Herr Scheidemann mit großer Beredsamkeit zu; so gelang diesen Redegewaltigsten des Kabinetts, dieses binnen kurzem umzustimmen. Man gab sich mit der Erklärung allgemein zufrieden, und so ging die ganze soeben noch so ernste Krise zwischen Reichs- und Heeresleitung wie das Hornberger Schießen aus.<sup>3)</sup>

Der günstige Ausgang war vor allem der Haltung Ludendorffs zu danken.<sup>4)</sup>

<sup>2)</sup> Im Or. folgt der Wortlaut der in Nr. 78a Anm. 26 nachgewiesenen Erklärung.

<sup>3)</sup> Dazu vgl. die — vermutlich auf Haefdens Niederschrift beruhenden — Ausführungen bei Prinz Max S. 471.

<sup>4)</sup> Weiter heißt es bei Haeften a.a.O.: „Immerhin waren die Vorgänge vom 19.—21. Oktober ein ernstes Warnzeichen; sie hatten dargetan, wie gereizt die Stimmung des Kriegskabinetts gegen die Oberste Heeresleitung war; man ging aus der bisherigen Defensive zur Offensive über und suchte geradezu die Gelegenheit, dem Unwillen gegen General Ludendorff Luft zu machen.“

V.

**Letzte Tagung des Reichstags,  
Änderung der Reichsverfassung,  
Beratung der dritten Wilson-Note  
und Entlassung Ludendorffs**

## 79.

## 21. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „I[nter-]fraktioneller Ausschuß 21. 10. 1918.“

Junck, Haußmann

Reichstag bedarf des Vertrauens.<sup>2)</sup>

Ich formuliere den Satz, den Naumann aufnimmt.

Alle 4 Parteien sollen sich<sup>3)</sup>

Gothein beantragt auf meine Anregung ein Vertrauensvotum zu beschließen.

Dies wird angenommen.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Im Nachlaß Südekum 17 befindet sich eine Einladung zu dieser „Besprechung“, die um 18 Uhr im „Zimmer Nr. 3b des Hauptgeschosses“ des Reichstagsgebäudes beginnen sollte. Auf dieser Einladung hat Südekum vermerkt: „Gefehlt, weil in Nürnberg.“

<sup>2)</sup> Der Zusammenhang ist unklar. Denkbar wäre die Interpretation, daß ein Vertrauensvotum (s. Anm. 4) notwendig sei, um die Machtstellung des Reichstages zu demonstrieren. Möglicherweise bezieht sich jedoch der Passus auch auf die Erörterung des in der folgenden Anm. erwähnten Gemeinschaftsantrages der Mehrheitsparteien.

<sup>3)</sup> Vermutlich bezieht sich der abgebrochene Satz auf die Diskussion über eine weitergehende Änderung des Art. 11 der Reichsverfassung, auf die sich die vier Mehrheitsparteien, wohl in dieser Sitzung, endgültig einigten. Sie brachten am 22. 10. 1918 gemeinsam einen „Abänderungsantrag zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung“ ein, der die umstrittene Ausnahmebestimmung des Abs. 2 (s. Nr. 65 Anm. 7 und Nr. 70 Anm. 8a) beseitigte und dem Abs. folgende Form gab: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.“ Der Abänderungsantrag wurde am 24. 10. von Zehnter (Zentrum) im Plenum begründet und anschließend ohne Diskussion angenommen. Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6159, 6239 ff.; Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3137, 3141 (Drucksachen Nr. 1969 und 1982).

<sup>4)</sup> Für das am 22. 10. 1918 von den Mehrheitsparteien eingebrachte und am 24. 10. vom Plenum in namentlicher Abstimmung angenommene Vertrauensvotum vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6241 ff. und Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3138.

## 80.

## 21. 10. 1918, abends: Sitzung des Kriegskabinetts

Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „21. 10. 1918. Abends 9 Uhr.“<sup>2)</sup>

**Payer:** Soll [die Ansprache des Kaisers]<sup>3)</sup> veröffentlicht werden?

**Erzberger:** Ja.

**Scheidemann:** Letzter Satz<sup>4)</sup> nicht.<sup>5)</sup>

**Haußmann:** Auch ich Satz widerrufen. Die Veröffentlichung<sup>6)</sup> jetzt, die später nützlich ist.<sup>7)</sup>

<sup>1)</sup> Ein amtliches Protokoll über diese Sitzung ist nicht vorhanden.

<sup>2)</sup> Wenn Prinz Max S. 474 von der „Kabinettsitzung des Nachmittags“ spricht, könnte eine Verwechslung mit der bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 189 erwähnten zwanglosen Ansprache vorliegen. Dazu Anm. 6.

<sup>3)</sup> Im Or.: „Brief Payers“; Hör- oder Schreibfehler. Gemeint ist die von Delbrück und Heilbron konzipierte Ansprache, die der Kaiser am 21. 10. um 15 Uhr vor den neu ernannten Staatssekretären und Unterstaatssekretären im Schloß Bellevue verlesen hatte. Vgl. den Wortlaut bei Prinz Max S. 473 f.; Niemann, Revolution S. 194 f. (danach wiederabgedruckt: Ursachen und Folgen II S. 362). Auszüge bei Scheidemann, Memoiren II S. 231 f. Dazu auch Haußmann S. 258 f.; Delbrück S. 280 f.; Erzberger S. 54 f.; Schulthess 1918/I S. 353.

<sup>4)</sup> Der letzte Satz der Ansprache lautete: „Daran wollen wir alle unsere Kraft setzen, bereit, den Weg des Friedens zu gehen, bereit aber auch zu kämpfen bis auf den letzten Hauch und den letzten Hieb, wenn unsere Feinde es nicht anders wollen.“ Vgl. Prinz Max S. 474.

<sup>5)</sup> Dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 188: „Am Schlusse war leider die Rede vom ‚letzten Hauch und letzten Hieb‘. Das schien mir in dieser Situation wirklich als Geschmacklosigkeit.“ Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II S. 232.

<sup>6)</sup> Nach Scheidemann, Zusammenbruch S. 189 war die Frage der Veröffentlichung bereits am Nachmittag im unmittelbaren Anschluß an den Empfang beim Kaiser diskutiert worden: „Als der Kaiser sich empfohlen hatte, standen wir noch ein paar Minuten mit [dem Chef des Zivilkabinetts] Delbrück zusammen und überlegten die Frage, ob es empfehlenswert sei, die verlesene Ansprache zu veröffentlichen. Gröber war dafür, ich war dagegen, weil ich der festen Überzeugung war, daß die Ansprache in diesem Augenblick lächerlich wirken müsse. Andere machten ihre Bedenken geltend wegen der schon von mir erwähnten [vgl. vorige Anm.] Schlußwendung. Wir einigten uns also dahin, die Rede vorläufig nicht zu veröffentlichen.“ Dazu Prinz Max S. 474: „Als in der Kabinettsitzung des Nachmittags [s. oben Anm. 2] die Ansprache erörtert wurde, meinte *Haußmann*: ‚Wäre nur diese Rede vor drei Monaten gehalten worden! Man überlegte, ob eine Veröffentlichung ratsam sei. Die Meinungen waren geteilt. Ich war nicht dafür. [. . .]“ A.a.O. weiter ein Telegramm des Kaisers an den Reichskanzler vom 21. 10., das die Veröffentlichung befürwortete, jedoch den Kanzler „nicht irre“ machen konnte.

Bei Haußmann S. 259 heißt es, daß die Ansprache, „die sehr gut und liberal war [. . .] noch nicht in die Zeitung“ solle, „weil die Belichtung gegenwärtig nach richtiger Einsicht des Kanzlers nicht dienlich für den Kaiser wäre und als captatio schaden könnte. Erzberger wollte gleich Publikation.“

<sup>7)</sup> Bei Schulthess 1918/I S. 353 findet sich der „ungefähre“ Inhalt der kaiserlichen Ausführungen, wie er von Haußmann im „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wurde.

**Wahnschaffe:** Hindenburg telegraphiert, es werden ihm falsche Gerüchte nachgesagt. Man soll dem entgegentreten.

**Roedern** verlangt genaue Fixierung der Erklärung der O.H.L.

**Prinz Max:** Wie wird ein Antrag der Unabhängigen auf Republik am zweckmäßigsten erwidert?

**Roedern und Payer:** Bisher haben wir ignoriert.

**Scheüch:** Neuregelung der Kommandogewalt<sup>8)</sup> setzt Änderung der Kontingente voraus.

**Roedern:** Zivilkabinett<sup>9)</sup> soll dem verantwortlichen Kriegsminister unterstellt werden. Rechtlich zu prüfen — Befehl.

**Gröber:** Widerspruch, daß der Kriegsminister bei leitenden Stellen des Heeres nicht mitspricht.

**Scheüch** bittet um die Hilfe des Abg. Gröber.

**Solf:** Es ging das Telegramm von d[em] neutr[alen] Belgien.

**Scheüch:** Liebknecht werden die Ehrenrechte zurückgewährt und Zuchthaus zu Gefängnis gemildert.

**Scheidemann, Erzberger, Haußmann, Payer, Trimborn** für völlige Begnadigung Liebknechts.<sup>10)</sup>

**Scheüch:** Aussprache war mir wertvoll.

---

<sup>8)</sup> Dazu Nr. 81.

<sup>9)</sup> Hör- oder Schreibfehler. Richtig: Militärkabinett.

<sup>10)</sup> Vgl. Prinz Max S. 476: *Scheidemann* „bestand auf seiner Meinung, daß Liebknecht im Gefängnis gefährlicher sei als draußen. Ich traute damals seinem Gefühl für die Stimmung der Arbeiter und hielt es für lebenswichtig, daß die Mehrheitssozialdemokraten ihre Macht in den Gewerkschaften behaupteten. Daher setzte ich am 21. Oktober die Begnadigung Liebknechts gegen den Widerstand des Vorsitzenden des Reichsmilitärgerichts und des Kriegsministers durch.“ Dazu Scheidemanns Ausführungen in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am folgenden Tage; SPD-Fraktion, 22. 10. 1918.

## 81.

**Oktober 1918: Vorschläge des Unterausschusses des Interfraktionellen Ausschusses zur verfassungsmäßigen Regelung der Kommandogewalt**

Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 N I/1, Maschinenschrift. Überschrift: „Abschrift!“<sup>1)</sup>

Vorschläge des Unterausschusses des Interfraktionellen Ausschusses.<sup>2)</sup> (Unter Zugrundelegung der Fassung des Verfassungsausschusses zu Art. 17, Satz 2.<sup>3)</sup>)

I. Art. 53, Abs. 1 und 2 wird wie folgt gefaßt:

Die Kriegsmarine steht unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung liegt dem Kaiser ob. Der Kaiser ernennt die Offiziere und Beamten der Marine unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs des Reichsmarineamts als seines Stellvertreters. Die Offiziere, Beamten und Mannschaften der Marine werden auf den Kaiser und auf die Reichsverfassung eidlich in Pflicht genommen. Für die Verwaltung der Kriegsmarine ist der Reichskanzler oder sein Stellvertreter dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.<sup>4)</sup>

II. 1. Den Abs. 1 Satz 2 des Art. 64 zu fassen, wie folgt: „Diese Verpflichtung sowie die Verpflichtung auf die Reichsverfassung sind in den Fahneid aufzunehmen.“<sup>5)</sup>

2. In Art. 66 Abs. 1 hinter Satz 1 folgenden Satz einzuschalten: „Die Ernennungen bedürfen der Gegenzeichnung des zuständigen Kriegsministers, der dadurch, mit Ausnahme Bayerns, die Verantwortung gegen-

<sup>1)</sup> Diese Abschrift wurde dem württembergischen Staatsministerium am 21. 10. durch den stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Schäffer als „Sehr dringend“ übersandt, da die Vorschläge des Unterausschusses „in den nächsten Tagen im Verfassungsausschuß des Reichstags zur Beratung kommen“ sollten. Dazu „Vossische Zeitung“, 21. 10. 1918, Abendausgabe, über die Verschiebung der ursprünglich für den 21. 10. vorgesehenen vorbereitenden Sitzung des Verfassungsausschusses, der auch in den folgenden Tagen von der Vorbereitung der Verfassungsänderungen ausgeschlossen blieb und nicht mehr zusammentrat.

<sup>2)</sup> Dazu Nr. 70 Anm. 3.

<sup>3)</sup> Am 4. 5. 1917 hatte der Verfassungsausschuß über einen Antrag der Mittelparteien (Zentrum, Fortschrittler und Nationalliberale) beraten, der für den 2. Satz des Art. 17 (s. oben Nr. 66 Anm. 3) folgende Neufassung vorschlug: „Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder seiner Stellvertreter, welche dadurch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage übernehmen.“ Diese Fassung war vom Verfassungsausschuß mit der Änderung angenommen worden, daß der Reichskanzler auch dem Bundesrat gegenüber die Verantwortlichkeit übernehme. Vgl. Schulthess 1917/I S. 509 f.

<sup>4)</sup> Entspricht im wesentlichen der am 5. 5. 1917 vom Verfassungsausschuß beschlossenen Fassung. Vgl. Schulthess 1917/I S. 510 f. Dazu auch Nr. 66 bes. Anm. 15.

<sup>5)</sup> Statt: „Diese Verpflichtung [den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten] ist in den Fahneid aufzunehmen.“

über dem Bundesrat und dem Reichstag übernimmt. Die Bundesfürsten, beziehentlich die Senate, sind usw.“<sup>6)</sup>)

III. Hinter Artikel 66 folgenden Art. 66a einzuschalten: „Für die Ausübung der Befehlsgewalt des Kaisers sowie für die Verwaltung des Reichsheeres mit Ausnahme des Bayerischen Kontingents ist der Reichskanzler dem Bundesrat und dem Reichstage verantwortlich.“<sup>7)</sup>)

Der preußische Kriegsminister ist als Staatssekretär des Reichskriegsamtes Stellvertreter des Reichskanzlers.

IV. Resolution: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald dafür Sorge tragen zu wollen, daß das Militärkabinett wiederum in die Stellung einer Personalabteilung des preußischen Kriegsministeriums übergeführt wird.“<sup>8)</sup>)

gez. Müller-Meinigen.

<sup>6)</sup> Der Verfassungsausschuß hatte sich am 5. 5. 1917 für die Einschaltung eines Art. 66a ausgesprochen, dessen 1. Satz folgendermaßen lauten sollte: „Die Ernennung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents.“ Vgl. Schulthess 1917/I S. 510 f.

<sup>7)</sup> Der 2. Satz des vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Art. 66a (s. vorige Anm.) hatte folgenden Wortlaut gehabt: „Die Kriegsminister, mit Ausnahme des bayerischen, sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.“ Vgl. a.a.O.

<sup>8)</sup> Dazu Nr. 75 bes. auch Anm. 14.

## 82.

### 23. 10. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärbesprechung am 23. Oktober 1918.“

Anwesend:<sup>2)</sup> Die Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, Dr. Solf, Dr. Friedberg, Haußmann, Gröber, Scheidemann, Wahnschaffe, Geheimräte Simons, Frhr. v. Stumm, v. Schlieben.

Solf schlägt vor, die Rollen für die heutige Reichstagssitzung<sup>3)</sup> zu verteilen, wegen der zu erwartenden Angriffe der Unabh. Soz., Polen und Dänen. Für die Polen habe er eine Erklärung selbst vorbereitet, es würden aber noch Angriffe von den Dänen und Elsaß-Lothringern zu erwarten sein. Wegen Dänen seien Erklärungen noch nicht fertig. Der Gesandte Graf Rantzau schlug vor, sehr

<sup>1)</sup> Die Niederschrift stammt wahrscheinlich von Geheimrat v. Schlieben. Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung, deren sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll in den Anmerkungen nachgewiesen werden.

<sup>2)</sup> Der Reichskanzler war seit dem Abend des 22. 10. an Grippe erkrankt; vgl. Prinz Max S. 487, wo es weiter heißt: „Simons, Wahnschaffe und Haefen hielten mich während der nächsten Tage auf dem laufenden über den Fortgang der Aussprache.“

<sup>3)</sup> Die um 14 Uhr 20 eröffnet wurde; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6181.

entgegenkommend zu sein und den Dänen die voll dänisch sprechenden Kreise freiwillig vorweg jetzt bald abzugeben. Gleiche Vorschläge würden bezüglich Elsaß-Lothringens gemacht. Reif, um eine Erklärung abzugeben, seien die Fragen aber noch nicht. Nur hinsichtlich der Polen.

**v. Payer** hält ebenfalls Erklärungen wegen Elsaß-Lothringen und der dänischen Kreise heute noch nicht für nötig. Exz. Solf müsse sehr vorsichtig antworten. Daß eine Antwort seitens des R.A.d.I. erteilt würde, halte er nicht für zweckmäßig, sonst gäbe es für jedes Land ein besonderes Ressort.

**Gröber** stimmt dem bei und empfiehlt nur eine Erklärung, daß wir bemüht sein würden, berechnete Beschwerden der Elsaß-Lothringer und Dänen abzustellen.

**Haußmann** glaubt nicht, daß die Fragen heute schon zu einer Explosion führen würden. Die dänische Frage würde allerdings angeschnitten werden. Der Abg. von Flensburg<sup>4)</sup> habe vorigen Sonntag<sup>5)</sup> eine Rede im Freien gehalten und habe dabei einen guten Erfolg für das Deutschtum erzielt. Heute könne keine Erklärung abgegeben, es müßte aber vorbereitet werden, wie die Politik gemacht werden sollte. Augenblicklich seien 5 Elsaß-Lothringer hier; es müsse in Elsaß-Lothringen rascher gehandelt werden. Bisher ginge es nicht schnell genug. Es müsse alles auf das Referendum abgestellt und alles aufgeboten werden, daß dieses für uns gut ausfällt.

**Wahnschaffe:** Auch von den Welfen ist ein Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht zu ihren Gunsten zu erwarten.

**Friedberg** ist auch nicht für eine baldige Erklärung bezüglich der dänischen Kreise. Die Frage sei noch nicht reif. Er habe auch mit dem Grafen Rantzau gesprochen und sei grundsätzlich seiner Ansicht. Es sei jedoch in Preußen noch nicht darüber verhandelt worden. Der Gedanke würde wohl dort einen großen Schrecken verursachen.

**Graf Roedern:** Zweifelhaft sei es, ob man heute überhaupt antworten solle. Der Däne Hanssen<sup>6)</sup> spreche immer über die dänische Frage, und zwar meist sehr wirkungslos. Es würde sich daher wohl nicht empfehlen, ihm darauf zu antworten. Vielleicht wäre es zweckmäßig, daß Exz. Solf gleich nach dem Polen spräche, da nach diesem der Däne komme, so brauche auf dessen Rede keine Antwort mehr zu erfolgen.

Es herrschte allgemeines Einverständnis, daß in der elsass-lothringischen und dänischen Frage heute nicht geantwortet werden solle.

**Wahnschaffe** stellte die Frage, ob es nicht möglich sei, daß der Reichstagspräsident die Debatte einschränke.

**v. Payer:** Dies ist Sache des Präsidenten allein.

**Frhr. v. Stumm** fragt an, wie sich die Presse zu dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker stellen solle. Dies könne doch nicht dahin aufgefaßt werden, daß jeder einzelne Grenzkreis dieses Recht für sich beanspruchen könne.

<sup>4)</sup> Hermann Leube, Kaufmann in Altona-Otmarschen, M.d.R. (FVP) seit 1912.

<sup>5)</sup> 20. 10. 1918.

<sup>6)</sup> Hans Peter Hanssen, Redakteur und Geschäftsführer in Apenrade, M.d.R. (Däne) seit 1906.

Solf wies darauf hin, daß Professor Weber<sup>7)</sup> hierüber bereits einmal einen Vortrag gehalten und den Begriff festzustellen versucht habe.

**Simons:** Die Frage sei bereits bei den Brester Friedensverhandlungen erörtert worden. Auf die damals abgegebenen Erklärungen werde man sich allerdings heute nicht mehr voll berufen können. Jedenfalls aber habe man schon damals gegen ein Selbstbestimmungsrecht einzelner Teile Stellung genommen.<sup>8)</sup>

**v. Payer:** Das Selbstbestimmungsrecht könne nicht für jeden einzelnen kleinen Partikel eines Landes in Anspruch genommen werden.

**Wahnschaffe:** Der Abg. Schultz<sup>9)</sup>, Bromberg, habe ihm den Wunsch übermittelt, daß ein Ausschuß der Deutschen der Ostmark bald einmal vor dem Reichskanzler und dem Kriegskabinett einen Vortrag über ihre Sorgen halten dürfe. Der Reichskanzler habe darüber noch keine Entscheidung getroffen, glaube aber die Herren nicht abweisen zu können. Würde das Kriegskabinett bereit sein, den Vortrag anzuhören?

**v. Payer** hat Bedenken dagegen, weil dann das Kriegskabinett mit seiner Zeit nicht auskäme und immerzu Audienzen erteilen müßte. Einer oder der andere der Herren könnte ja an dem Empfang beim Reichskanzler teilnehmen, aber nicht alle.

**Graf Roedern** kam auf den Antrag der Konservativen Nr. 1970 auf Verdoppelung der Mannschaftslöhnung und Durchführung gleicher Beköstigung von Offizieren und Mannschaften zu sprechen.<sup>10)</sup> Es wäre gut, wenn die Verhandlungen über diesen Antrag jetzt nicht stattfinden könnten. Es hätten bereits über diese Frage langwierige Verhandlungen mit der O.H.L. geschwebt. Diese habe ebenfalls den Wunsch auf Verdoppelung der Mannschaftslöhnung gehabt. Diese würde eine finanzielle Wirkung von 2—3 Milliarden Mehrausgaben im Jahre gehabt haben. Es sei deshalb jetzt eine Einigung mit der O.H.L. dahin zustande gekommen, daß die Mannschaftslöhnung nicht verdoppelt, sondern von 21 auf 30 M erhöht werden sollte. Dies würde immerhin auch eine Mehrausgabe von 700 Millionen im Jahre ausmachen. Auch wenn wir jetzt Frieden bekämen, so würde die Demobilisation doch noch ein halbes Jahr dauern. Würden jetzt die bereits erhöhten Mannschaftslöhne nochmals verdoppelt, so würden dadurch Mehrausgaben entstehen, die das Reich unmöglich tragen könnte. Er halte daher die Verhandlung jetzt über diesen Gegenstand für sehr unerwünscht, zumal augenblicklich keine Beschwerden aus dem Heere mehr kämen. Anscheinend wüßten die Konservativen gar nicht, daß die Mannschaftslöhnung neuerdings bereits erhöht sei.

<sup>7)</sup> Max Weber.

<sup>8)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 874 im Register unter „Selbstbestimmungsrecht“.

<sup>9)</sup> Georg Schultz, Landgerichtsrat in Bromberg, M.d.R. (Reichspartei) seit 1907.

<sup>10)</sup> Nach einem Antrag der konservativen Reichstagsfraktion vom 22. 10. (Nr. 1970) sollte der Reichstag den Reichskanzler ersuchen, „a) darauf hinzuwirken, daß die Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere vom 1. Oktober 1918 ab mindestens verdoppelt und eine angemessene Aufbesserung der Gehälter für Offiziere möglichst bald durchgeführt wird, b) die gleiche Beköstigung von Offizieren und Mannschaften“ durchgeführt werde; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3137.

**v. Payer:** Es werde sich fragen, wie sich der Reichstag zu dem Antrag stelle.

**Scheidemann:** Da ein schriftlicher Antrag vorliege, müsse der Seniorenkonvent dazu gehört werden.

**Graf Roedern** erklärt auf Befragen, daß die Forderung im Abs. b) des konservativen Antrages ihm sehr sympathisch sei.

**Simons:** Auch der Volksstimmung würde der zweite Teil des Antrages sehr sympathisch sein. Aber das könnte von der O.H.L. allein gemacht werden und gehöre gar nicht vor den Reichstag. Die O.H.L. müßte daher aufgefordert werden, es selbst zu machen.

**Haußmann:** Es wäre den Konservativen zu sagen, daß über die zweite Frage ja verhandelt werden könne. In der Ernährungsfrage herrschten tatsächlich unmögliche Zustände. Meist wüßten die Offiziere es selbst ja gar nicht, daß sie auf Kosten der Mannschaften besser beköstigt werden, sondern die Mannschaften, welche die Küche der Offiziere zu besorgen hätten, nähmen, ohne ihnen etwas davon zu sagen, für die Küche der Offiziere zuviel in Anspruch. Die Frage sei sehr dringend.

**Gröber:** General Ludendorff kenne die Zustände nicht und sei auch nicht richtig informiert. Die Zustände seien sehr schlimm. Wer die Schuld trage, könne dahingestellt bleiben. Die Beschwerden gingen auch dahin, daß in ungeheuren Mengen Nahrungsmittel, die für die Mannschaften bestimmt seien, von den Offizieren nach Hause gesandt würden. Die Mißstimmung der Soldaten hierüber sei verständlich, sie wirke zerstörend auf das gute Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten. Es müsse eine bestimmte Erklärung von der O.H.L. verlangt werden, daß den Übelständen abgeholfen werde. Das Kriegskabinettt müßte die Sache in die Hand nehmen. Diese dürfe nicht vom Reichstag, sondern von uns, der Regierung ausgehen. Dann könne man sofort dem Reichstag sagen, die Sache werde gebessert.

**v. Payer** ist auch der Ansicht, daß man nicht auf Reichstag warten, sondern sofort mit O.H.L. in Verbindung treten solle.

**Wahnschaffe** wird beauftragt, sofort mit Kriegsminister in Verbindung zu treten und ihm ein Schreiben zu schicken.

**Graf Roedern** bezweifelt, ob die Konservativen geneigt sein würden, den ersten Teil ihres Antrags, betr. die Mannschaftslöhnung, fallenzulassen. Die Verhandlung darüber könne nur verhindert werden, wenn der Gegenstand nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde.

**Scheidemann:** Ein gleicher Antrag sei von den Sozialdemokraten bereits im Sommer gestellt worden.<sup>11)</sup> Es müsse jetzt gesagt werden, was veranlaßt worden ist.<sup>12)</sup>

<sup>11)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 223.

<sup>12)</sup> In der um 11 Uhr beginnenden Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde die Einbringung eines Antrags Stücklen beschlossen, wonach die „Löhnung für alle Mannschaften“ ab 1. 10. verdoppelt, für die Unteroffiziere um 50% erhöht und eine Aufbesserung der Offiziersgehälter erwogen werden sollte. Schließlich wurde gefordert, die Offiziersküchen zu verbieten. Vgl. SPD-Fraktion, 23. 10. 1918. Diesem Antrag (Nr. 1976; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3139) war ein ähnlich lautender Antrag von Müller-Meinigen (Nr. 1975; vgl. a.a.O.) unmittelbar vorausgegangen.

**Graf Roedern** sagt eine Mitteilung hierüber zu.

Mit allgemeinem Einverständnis wurde festgesetzt, daß jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend um ½10 Uhr Pressevortrag und im Anschluß daran Sitzung des Kriegskabinetts und am Montag, Mittwoch und Freitag um 10 Uhr Sitzung des Kriegskabinetts ohne Pressevortrag stattfinden soll.

**Friedberg** teilt mit, daß seine Fraktion ihm vorgetragen habe, es sei von den Konservativen<sup>13)</sup> angeregt worden, eine patriotische Kundgebung, enthaltend drei Absätze, zu erlassen. Abs. 1 sei unmöglich, da die Unversehrtheit der Gebiete gefordert werde, während Abs. 2 und 3 nicht zu beanstanden gewesen seien. Der Antrag stoße auf Widerspruch der Sozialdemokraten und der Freis[innigen] Volkspartei. Diese Parteien seien an sich bereit, den Antrag an sich zu unterschreiben, aber nicht im jetzigen Augenblick. Er habe seiner Fraktion gegenüber auch diesen Standpunkt eingenommen und sie gebeten, nur in engster Fühlung mit dem Reichskanzler und dem Kriegskabinett in dieser Angelegenheit vorzugehen. Dürfe er ihr sagen, daß das Kriegskabinett auch auf demselben Standpunkte stehe?

**Scheidemann** hält den Aufruf nicht für möglich, auch dürfe er nicht von Preußen allein ausgehen.

**Haußmann:** Der Reichskanzler habe ja in seiner gestrigen Rede<sup>14)</sup> erklärt, daß er nötigenfalls selbst einen Aufruf erlassen werde; wir könnten daher dies jetzt nicht durch die Parteien machen lassen.<sup>15)</sup>

<sup>13)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) konkreter: „Die Konservativen im [preußischen] Landtag [. ..]“

<sup>14)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6156 ff.

<sup>15)</sup> Den Abschluß von Haußmanns Aufzeichnung über diese Sitzung (s. Anm. 1) bilden folgende Sätze: „Es ist ein Telegramm Ludendorffs eingetroffen an den Reichskanzler.

Es laufen Gerüchte um, daß Elsaß-Lothringen von der neuen Regierung preisgegeben werden solle. Es wird beschlossen, dies aufs bestimmteste zu verneinen.

Mit G[eheim-]R[at] Simons, dem sympathischsten und gescheitesten Menschen der Ämter, arbeite ich sofort das Schreiben des Reichskanzlers an den Kriegsminister wegen Gleichheit der Ernährung von Offizieren und Mannschaften aus, das sofort abgesandt wird.“

### 23. 10. 1918: Stresemann an List

Nachlaß Stresemann 180 (6839), Durchschlag.

Lieber List!

Nach einer sehr schlechten Nacht habe ich heute den Arzt holen lassen, der mir verordnet hat, mindestens für die Dauer dieser Woche im Bett zu bleiben.<sup>1)</sup> Ich kann deshalb an den nächsten Plenarsitzungen und interfraktionellen

<sup>1)</sup> Unter dem 23. 10. ist im Tagebuch Stresemanns, Nachlaß Stresemann 201 (7353), vermerkt: „[mit] Grippe zu Bett“.

Sitzungen nicht teilnehmen und bitte Dich, mein Fernbleiben von der Fraktion zu entschuldigen. Solltest Du heute zu Worte kommen<sup>2)</sup>, so bitte ich Dich, die wie immer ungehörigen Bemerkungen des Tageblattes<sup>3)</sup> gebührend zurückzuweisen, daß wir bekannt hätten, uns in allem und allem geirrt zu haben. Davon kann gar keine Rede sein. Vielleicht weist Du einmal darauf hin, daß wir gerade bezgl. der Parlamentarisierung weitergegangen sind und die Initiative entfaltet haben als die übrigen bürgerlichen Parteien. Solltest Du selbst nicht sprechen, so übermittele Du diesen Wunsch einem anderen Redner unserer Fraktion.

Dankbar wäre ich Dir, wenn Du mir jeweils durch ein paar Zeilen oder durch eine telephonische Bestellung an mein Sekretariat oder an Fräulein Fritzsche in meiner Wohnung mitteilen würdest, was sich im Reichstag ergibt.

Mit vielen Grüßen  
Dein

<sup>2)</sup> List sprach erst am 26. 10.; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6280 f.

<sup>3)</sup> „Berliner Tageblatt“.

## 84.

### 23. 10. 1918, abends: Sitzung des Kriegskabinetts unter Teilnahme preußischer Staatsminister

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärbesprechung vom 23. Oktober 1918 abends ½10 Uhr, betr. Erklärungen in der dänischen, polnischen und elsäß-lothringischen Frage.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, Friedberg, Drews, Hergt, Gröber, Trimborn, Scheidemann, Heinrichs, Erzberger, Haußmann, Solf, Wahnschaffe, Lewald; Geheimräte Simons, v. Schlieben.

v. Payer schildert den Verlauf der heutigen Reichstagssitzung.<sup>3)</sup> Der Gedanke der Elsaß-Lothringer<sup>4)</sup> sei, wir sollten ihnen gestatten, einen neutralen Staat zu bilden. Der Däne<sup>5)</sup> habe sich ganz wild benommen. Den Antrag des Grafen Westarp<sup>6)</sup>, die Verhandlungen solange auszusetzen, bis die Regierung die Möglichkeit habe, sich zu äußern, habe er dadurch abgelenkt, daß er erklärt

<sup>1)</sup> Das Protokoll stammt wahrscheinlich von Geheimrat v. Schlieben. Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Niederschrift über diese Sitzung (falsch auf den 22. 10. datiert), deren sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll in den Anmerkungen nachgewiesen werden.

<sup>2)</sup> Nach Haußmann (s. Anm. 1) begann die Sitzung — im Reichsamt des Innern — um 21 Uhr. Ebenso im Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max): „Abends 9 Uhr zu Exz. v. Payer“ (bezieht sich auf Anwesenheit Schliebens).

<sup>3)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6181 ff.

<sup>4)</sup> Für die elsäß-lothringische Gruppe hatte der Abg. Ricklin gesprochen; vgl. a.a.O. S. 6203 f.

<sup>5)</sup> Hanssen; vgl. a.a.O. S. 6204 ff.

<sup>6)</sup> A.a.O. S. 6206.

habe<sup>7)</sup>, die Regierung werde morgen Stellung zu diesen Reden nehmen; also bestände die Notwendigkeit, morgen eine Erklärung abzugeben. Das Staatsministerium solle dabei beteiligt werden.

**Wahnschaffe:** In Dänemark sei in den letzten Tagen die Frage Schleswig-Holstein in sehr gemäßigtem Sinne behandelt worden. Es müsse alles auf direktem Wege zwischen uns und der dänischen Regierung ausgemacht werden.<sup>8)</sup>

**Drews:** Es war zu erwarten, daß Polen und Dänen die Angelegenheit zur Sprache bringen würden; empfiehlt folgendes zu antworten:

Wir haben dadurch, daß wir die 14 Punkte Wilsons zur Grundlage der Verhandlungen gemacht haben, zu erkennen gegeben, daß in der Friedenskonzferenz die Neuordnung der polnischen und elsass-lothringischen Fragen zum Gegenstand der Beratungen gemacht werden sollen. Solange dies nicht geschieht, sind sie Landesteile des Deutschen Reiches, solange dürfen sie auch nicht Abtretung verlangen und dafür agitieren.

In der dänischen Frage empfiehlt es sich, sich auf kurze Erklärungen zu beschränken, daß ein rechtlicher Anspruch auf Abtretung nicht bestehe. Im Wiener Frieden<sup>9)</sup> hat Dänemark Schleswig-Holstein an Deutschland und Österreich abgetreten ohne Vorbehalt. Als dann Friede mit Österreich nach [18]66<sup>10)</sup> kam, wurden alle Rechte an Schleswig-Holstein von Österreich an Preußen zediert. Jedoch kam § 5 hinzu, der das Selbstbestimmungsrecht enthält. Dieser Passus

<sup>7)</sup> A.a.O.

<sup>8)</sup> Vgl. bei Hanssen die Eintragung unter dem 20. 10.: „As I was about to leave the Reichstag today, I was stopped by Dr. Friedegg, who said that he had an important piece of news for me. A Danish note which raised the North Schleswig question had been received in Berlin. Friedegg had come directly from the Foreign Office, where he had been told about it. Since the Minister was in Copenhagen, the note had been delivered by the Danish chargé d'affaires. Dr. Friedegg had at once sent the statement to his paper at Vienna. I had my map with me, and, since it was well supplied with data, I seized the opportunity to inform him about the matter. He promised to use the materials, and Dr. Breitscheid, who joined us, likewise took some information which he promised to use for an article in the Leipziger Volkszeitung. . . .“ Dazu die amtliche Mitteilung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 22. 10. 1918, Morgenausgabe, wonach gegenüber anderslautenden Presseberichten ausdrücklich erklärt wurde, „daß die dänische Regierung weder eine Note an die Kaiserliche Regierung gesandt, noch sonst in irgendeiner Form in der schleswigschen Frage an die Kaiserliche Regierung herangetreten ist.“

Vgl. ferner das Schreiben des dänischen Außenministers Scavenius vom 17. 11. 1918 an Hanssen, worin er eine geheime Entschliebung des dänischen Reichstags vom 23. 10. 1918 mitteilte, in der es hieß: „Nachdem der Reichstag in gemeinsamer Sitzung beider Kammern die Mitteilungen des Ministeriums gehört hat, stellt er fest, daß man einmütig für eine Fortsetzung der nach allen Seiten gleichmäßig beobachteten Neutralitätspolitik ist, der das ganze Dänenvolk zugestimmt hat. Ferner kann für eine Änderung in der gegenwärtigen Stellung Schlesiens nur die Befolgung des Nationalitätsprinzips dem Wunsche, Gefühl und Interesse des [dänischen] Volkes entsprechen. Bei der bevorstehenden Durchführung des von beiden kriegführenden Parteien anerkannten Nationalitätengrundsatzes und Selbstbestimmungsrechts der Völker ist eine solche Lösung zu erstreben, durch die das Verhältnis zu keiner der beiden Seiten einen Schaden erleidet. Dadurch wird auch die zukünftige Sicherheit der Wiedervereinigung gewährleistet.“ Zitiert nach Schulthess 1918/I S. 498 f.

<sup>9)</sup> Von 1864; vgl. Vertrags-Ploetz 2/III S. 330.

<sup>10)</sup> Prager Frieden; vgl. a.a.O. S. 342 f.

ist auf Veranlassung von Napoleon hereingekommen, der das System des Plebiszits zur Anerkennung bringen wollte. Ein Dritter hat aus diesem zwischen Deutschland und Österreich allein abgeschlossenen Vertrag kein Recht, wenn es ihm nicht ausdrücklich vorbehalten ist. 1878<sup>11)</sup> ist dieser § 5 zwischen Österreich und Preußen aufgehoben worden. In Dänemark hat man aber immer auf dem § 5 gefußt.<sup>12)</sup> Im Laufe der Jahre kamen Verhandlungen über den Optantenvertrag hinzu. Im Eingang dieses Vertrages ist folgender Passus enthalten:

Nachdem durch Friedensvertrag usw. die Grenzen zwischen Dänemark und Preußen festgestellt sind usw.

Diese Fassung ist deshalb gewählt worden, damit die Dispositionen zwischen Österreich und Preußen nachträglich sanktioniert würden. Dänemark ist dies bekannt gewesen, und es ist mit ihm darüber gesprochen worden. Der Minister hat in der dänischen Kammer erklärt, eine Streitfrage zwischen Dänemark und Deutschland bestehe nicht. Tatsächlich besteht also ein Rechtsanspruch Dänemarks auf Herausgabe preußischer Kreise nicht.

Anders ist die Frage vom praktischen Standpunkt der gegenwärtigen politischen Lage zu beurteilen. Es ist zweifellos, daß im ersten Augenblick, in dem auf der Friedenskonferenz von Abtretung deutschen Gebiets gesprochen wird, Dänemark Anspruch erheben wird. Der Minister Scavenius<sup>13)</sup> hat sich stets sehr loyal gegen uns benommen und dafür gesorgt, daß diese Frage stets von der Verhandlung in der Öffentlichkeit ausgeschlossen werde; aber die öffentliche Meinung in Dänemark wird die Abtretung verlangen, und über den Umfang der dänischen Forderung dürfe man nicht optimistischer Ansicht sein. Jetzt werde der nord-schleswigsche Bezirk verlangt, also wo die Dänen in der Majorität sind. Es wären das die Kreise Apenrade, Hadersleben und Sonderburg und Teile der Kreise Tondern und Flensburg, jedoch nicht die Stadt Flensburg. Käme man den Wünschen der Dänen nicht entgegen, so würden sie später statt Südjütland Schleswig fordern; und da die Engländer und Amerikaner keine Ahnung von den dortigen Verhältnissen hätten, so bestehe die Gefahr, daß, wenn von dänischer Seite die Forderung gestellt würde, leicht aus der ersten Forderung mehr würden. Auf der Friedenskonferenz würde man gegnerischerseits geneigt sein, eher mehr als zu wenig zu geben.

Erkennt man diese Gefahr, so muß man ihr zu begegnen suchen. Dies ist nur möglich, wenn man die Sache von uns aus in die Hand nimmt. Man muß sehen, die Sache durch Verhandlungen mit Dänemark direkt ins Gleiche zu bringen. Trotzdem ein Rechtsanspruch nicht bestehe, so sei man doch nicht abgeneigt, auf § 5 des Prager Friedens zurückzukommen. Nun frage es sich aber, wie man die Abstimmung abhalten soll. Vor 20 Jahren wäre in den 5 Kreisen zusammen eine glatte Majorität für Preußen erzielt worden, seit 1912 seien die Stimmen gleich, und jetzt sei eine dänische Majorität in sämtlichen 5 Kreisen gesichert.

<sup>11)</sup> Im Berliner Vertrag.

<sup>12)</sup> Hanssen hatte am Nachmittag des 23. 10. im Reichstag unter Hinweis auf die bisher unterbliebene Durchführung des § 5 des Prager Friedensvertrags von 1866 die „endgültige Lösung der nord-schleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker“ gefordert; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6204 ff.

<sup>13)</sup> Dänischer Außenminister.

Vielleicht lasse sich eine Abstimmung in kleineren Bezirken vornehmen. Der Oberpräsident sei schon mit der Prüfung der Frage beauftragt. In Schleswig-Holstein sei man allerdings noch nicht auf die Frage vorbereitet, sie würde wie ein Donnerschlag einschlagen.

**Solf** erklärt, nicht voll auf die Frage vorbereitet zu sein. Er geht auf Anregung des Gesandten in Kopenhagen ein, die er verliest.<sup>14)</sup> Dieser schlägt vor, die Lösung selbst in die Hand zu nehmen. Die jetzige dänische Regierung würde ein Geschenk aus der Hand der Entente ablehnen, aber deshalb gestürzt werden. Vorzuziehen sei daher, aus freien Stücken zu erklären, daß wir uns entschlossen hätten, das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts auch in Nordschleswig anzuerkennen und in Abstimmung zu willigen. Dadurch wäre es möglich, die Frage ausschließlich mit Dänemark zu regeln, wenn wir auch das Verhandlungsobjekt aus der Hand geben. Wenn wir freiwillig abgeben, kämen wir leichteren Kaufs davon, und es würde ein gutes Verhältnis mit Dänemark gewahrt. Die dänische Frage sei allerdings nicht so wie die elsass-lothringische und polnische in Wilsons Programm festgelegt, sie könne nur aus anderen Punkten geschlossen werden.<sup>15)</sup> Würden alle drei zusammen behandelt, so wären wir nicht in der Lage, an die Abtretung Bedingungen zu knüpfen. Die Frage müsse eine rein dänisch-deutsche bleiben.

**Drews:** Die dänische Frage steht nicht in Wilsons Punkten; es werde aber beim Friedensvertrag doch davon gesprochen werden. Sowie sich die Dänen meldeten, komme die Frage auf die Friedenskonferenz. Die Berufung auf Wilsons Programm werde uns wenig nutzen. Wenn wir vermeiden wollten, daß die Frage auf Friedenskonferenz käme, so müßten wir uns vorher mit Dänemark gütlich einigen. Er selbst sei in der schwierigen Lage, etwas befürworten zu müssen, was Preußen etwas nehmen solle; er glaube aber, daß wir sonst großen Schaden erlitten.

**Erzberger:** Die Rede Hanssens<sup>12)</sup> soll uns nicht veranlassen, in einen diplomatischen Schritt mit Dänemark einzutreten, auch Zeitpunkt sei dafür nicht geeignet. Wir wüßten nicht, ob wir nicht weiterkämpfen müßten. Eine Aufgabe deutschen Gebiets würde bei Aufruf an deutsches Volk sehr schlechten Eindruck machen. Die dänische Frage stehe nicht in Wilsons Programm. Die dänische Regierung würde sich nicht in Verhandlungen einlassen; sie würde aber bei einem Minimalprogramm hinweggefegt werden.

Empfehle, sich auf Rede Hanssens hin einfach auf Rechtsstandpunkt zu stellen und zu sagen, daß die dänische Frage in den 14 Punkten nicht enthalten sei.

**Graf Roedern** erklärt sich mit der von Erzberger vorgeschlagenen taktischen Behandlung einverstanden, anders auf diplomatischem Gebiet. Da frage es sich, ob Verhandlungen mit dänischer Regierung schon bestehen. Möchte Vorschlag von Drews nicht unbedingt ablehnen, sonst würde später ein schlechtes Ver-

<sup>14)</sup> Bei Haubmann (s. Anm. 1) präziser: „Seit 1. Oktober 1918 andere Auffassung, schreibt Rantzau.“

<sup>15)</sup> A.a.O.: „Frage, ob von unseren Feinden entscheiden lassen oder mit warmer Hand unmittelbar mit Dänemark erledigen, nachdem wir die 14 Punkte angenommen haben: Spontan freiwilliges Geschenk.“

hältnis zwischen Dänemark und den skandinavischen Staaten und uns entstehen. Also scharfe Stellung gegen Hanssen, nicht zugleich auch gegen dänische Regierung einnehmen.

**Drews:** Auch seiner Ansicht nach müsse im Reichstag der Rechtsstandpunkt glatt betont und es dürfe im Augenblick nicht von Abtretung gesprochen werden. Aber wenn es zu Friedensverhandlungen käme, dann müsse man im rechten Augenblick in Fühlung mit Dänemark treten.

**Hergt** vertritt den Standpunkt von Erzberger:

1. Morgen mit aller Energie Hanssen bekämpfen;
2. nicht jetzt mit Dänemark sich einigen;
3. die Frage dürfe nicht auf die Friedenskonferenz kommen, sondern wir müßten das Praevenire spielen. Es frage sich also, ob und wann wir die Sache machen sollten.

Wenn wir uns jetzt mit Dänemark einigten, so legten wir für uns die Auslegung der polnischen Frage von vornherein fest, da wir weitergingen, als wir hinsichtlich der polnischen Teile gehen wollten. Wir würden daher auch in Polen viel weiter gedrängt werden. Also davor zu warnen, schon heute in Verhandlungen mit Dänemark zu treten.

**Drews** erklärt auf Befragen, daß eine Bevölkerung von etwa 120 000 Menschen abzutreten wäre. Leider müßten auch die deutschen Städte Hadersleben und Apenrade abgegeben werden. Die Schiffswerften in Flensburg lägen jedoch auf deutscher Seite.

**Scheidemann:** Man müsse morgen sehr vorsichtig operieren, aber die Erörterung der Rechtsfrage gebe die Möglichkeit, leicht darüber hinwegzukommen. Man solle in Anknüpfung an Rede von Hanssen die Rechtslage aufrollen, aber wir hätten das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt; darüber werde beim Friedensvertrag verhandelt werden müssen, deshalb sei es nicht ratsam, jetzt auf die Sache einzugehen. Der Vorschlag vorheriger Verständigung mit Dänemark selbst sei sehr beachtlich. Die dänische Regierung habe sich stets sehr anständig gegen uns benommen, deshalb werde es leicht sein, sich mit ihr zu verständigen.<sup>16)</sup>

**Friedberg** schließt sich diesen Vorschlägen an. Man dürfe nicht jede Hoffnung abschneiden, deshalb sei so zu antworten, wie Herr Scheidemann vorschlage.

**Gröber** empfiehlt, nicht vom Selbstbestimmungsrecht der Wilsonschen Note auszugehen.

**v. Payer** hat auch große Bedenken gegen eine Erwähnung des Selbstbestimmungsrechts. Wenn wir dies erklärten, so würde große Panik nach Holstein hineingebracht. Auch läge keine Veranlassung dazu vor. Wir nehmen einfach den Rechtsstandpunkt ein und können nebenbei der dänischen Regierung einen Wink geben lassen, daß es nicht unser letztes Wort sei.

<sup>16)</sup> Zwischen diesen Ausführungen Scheidemanns und Friedbergs bei Haußmann (s. Anm. 1) folgender Passus: „*Haußmann:* Man soll sich auf Hanssens Anerkenntnis beziehen, daß Dänemark nicht darunter fällt. Die Behandlung der Frage muß auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkung auf die Friedensfrage betrachtet werden. Neues Völkerrecht. Kunst der guten Miene zum bösen Spiel. Nicht von besonderer Bedeutung. Landung von England laut Bismarck.“ Vgl. den im amtlichen Protokoll weiter unten angeführten Diskussionsbeitrag Haußmanns.

**Solf:** Jede Erklärung über auswärtige Politik müßten wir darauf prüfen, ob sie auch in Übereinstimmung mit Wilsons Bedingungen stehe, das müßten wir tun, um das Friedenswerk nicht zu stören. Wir können aber gleichzeitig einen Schritt an den Grafen Rantzau folgen lassen.

**Drews:** Der Zeitpunkt hierfür sei aber erst, wenn wir nicht mehr zu kämpfen brauchten. Jetzt würde es für den Volksaufruf verhängnisvoll sein.

**Solf** verliest den Entwurf der Erklärung.<sup>17)</sup>

**Scheidemann** ist mit einer summarischen Erklärung, wie von Solf vorgeschlagen, einverstanden, sonst begeben sich auf sehr schwieriges Gebiet. Wenn wir nur die Rechtsfrage betonten und nichts vom Selbstbestimmungsrecht sagten, so würde uns vom Ausland vorgeworfen werden, daß wir uns nur auf Paragraphen stützten. Er ist auch dafür, daß wir dänische Frage aus der Welt schaffen sollten.

**Gröber:** Im vorliegenden Falle sei es gut möglich, auf Prager Vertrag<sup>10)</sup> Bezug zu nehmen, da Hanssen sich im Irrtum befindet. Man komme dann um Selbstbestimmungsrecht herum, und es sei nicht nötig, in weitere Erörterungen einzutreten.

**Erzberger** ist für Erklärung von Solf. Lediglich der Rechtsstandpunkt genüge nicht. Erklärung von Solf wirke international, schlage auch die Türe gegen Dänemark nicht zu.

**Friedberg:** Graf Rantzau hat hervorgehoben, daß man nicht nötig habe, über Art. 5 des Prager Friedens hinauszugehen. Ist gegen die Fassung von Solf, da dadurch die dänische Frage in den Rahmen des Wilsonschen Programms einbezogen würde.

**Hergt** ist derselben Ansicht. Es sehe danach so aus, als sollten alle Fragen in der gleichen Weise behandelt werden.

**Drews:** Über Elsaß-Lothringen und Polen sei kein Zweifel. Dies sei Gegenstand des internationalen Programms. Überhaupt würden wir alle Punkte dem Sinne nach und im Sinne der Gerechtigkeit und Billigkeit ausführen. Daß aber in der dänischen Frage ein Rechtsanspruch bestehe, sei nicht zutreffend. In diesem Sinne schlägt er vor, morgen zu antworten.

**Solf** hat dagegen Bedenken, weil dadurch ein schlechter Eindruck im Ausland entstehe.

**Trimborn:** Die Rechtsfrage müsse einmal erörtert werden, da sie einmal angeschnitten sei, sonst würde es schlechten Eindruck machen. Die Konservativen würden es rügen, wenn nicht darauf eingegangen würde.

**Lewald:** Hanssen hat selbst gesagt, daß die dänische Frage nicht unter Wilsons Programm falle.

**Haußmann:** Dies biete eine bequeme Deckung. Auf die Rechtsfrage dürfe man nicht zu großen Nachdruck legen, staatsrechtlich sei die Frage doch sehr heikel. Schon nach Zivilrecht sei es zweifelhaft, ob Dänemark nicht einen Rechtsanspruch hätte.

<sup>17)</sup> Diese Erklärung gab Solf am folgenden Tage im Reichstag ab; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6210 f.

**Heinrichs:** Seiner Ansicht nach liege der Rechtsstandpunkt ganz einfach, da ja Dänemark in dem Optantenvertrag anerkannt habe, daß es keinen Rechtsanspruch habe.

**Solf:** Hat Frage nur gestellt, ob dänische Frage in Wilsons Programm enthalten sei, da es zweifelhaft sei, ob sie wohl nicht dem Worte, aber dem Sinne nach darin enthalten sei. Hanssen hat sich auf Wilsons Programm nicht berufen, da er nicht wußte, wie die Sache später ausgehen werde.

**Drews** schlägt vor, zu antworten: Es seien über die polnische, dänische und elsäß-lothringische Fragen verschiedene Anfragen gestellt worden. Wir würden das Wilsonsche Programm in jedem Falle loyal erfüllen. Wenn Hanssen aber sage, daß Dänemark einen Rechtsanspruch habe, so sei dies nicht richtig.

Dieser Vorschlag wird allgemein angenommen.

**Solf** verliest eine Erklärung zu der polnischen Rede von Stychel<sup>18)</sup>, welche gebilligt wird.

Er verliest ferner eine Erklärung über Elsaß-Lothringen.

Es wurde beschlossen, die Solfsche Erklärung zu billigen<sup>19)</sup> mit einem von Exz. Friedberg vorgeschlagenen Zusatz:

Es entspricht dieser Weg den Bestrebungen, den die Reichstagsmehrheit, aus der die jetzige Regierung hervorgegangen ist, seit geraumer Zeit auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Ricklin und seiner politischen Freunde sowie der übrigen reichsländischen Abgeordneten verfolgte. Die jetzige Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, diese ihre Bestrebungen alsbald in die Tat umzusetzen; einer anderweitigen Lösung der elsäß-lothringischen Frage wird dabei in keiner Weise vorgegriffen.<sup>20)</sup>

Es wurde darauf im engeren Kriegskabinetts<sup>21)</sup> über die Erhöhung der Mannschaftslöhnung weiterberaten.

**Graf Roedern:** Die Konservativen wollten mit ihrem Antrag<sup>22)</sup> die anderen Parteien vor eine Alternative stellen.<sup>23)</sup> Er geht auf die historische Entwicklung der Angelegenheit im Sommer dieses Jahres ein. Es sei in einem Immediatvortrag vor dem Kaiser eine Einigung zwischen der O.H.L., dem Kriegsministerium und ihm auf Erhöhung der Mannschaftslöhnung um 9 M von 21 auf 30 M monatlich zustande gekommen. Es sei dies die stärkste Steigerung gewesen, die im Kriege

<sup>18)</sup> Der polnische Abg. Stychel hatte am 22. 10. den „kommenden Rechtsfrieden“ und den Völkerbund begrüßt, die den „bis jetzt unterjochten Völkern“ die Freiheit bringen werde; vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 6193 ff.

<sup>19)</sup> Die Diskussion über diese Erklärung ist bei Haußmann (s. Anm. 1) folgendermaßen wiedergegeben: „*Simons:* Falsches Motiv. *Haußmann:* Motiv der Stimmungsgewinnung unrichtig, da wir das schon lange anstrebten. Auf Anregung und Übereinstimmung mit den els[äß-] lothr[ingischen] Reichstagsabgeordneten / *Gröber* [und] *Friedberg* unterstützen.“

<sup>20)</sup> Von Solf in leicht redigierter Form in seine Erklärung aufgenommen. Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 6210.

<sup>21)</sup> D. h. ohne die für den ersten Teil der Sitzung hinzugezogenen preußischen Minister.

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 82 Anm. 10.

<sup>23)</sup> Vgl. Nr. 82 Anm. 12.

überhaupt vorgenommen worden sei. Sie koste uns 700 Millionen Mark jährlich. Er habe sich nur einverstanden erklärt mit Rücksicht auf die bevorstehenden schweren Kämpfe; das Geld werde im Ausland ausgegeben, gehe also dem Inland verloren. Es unterliege keinem Zweifel, daß wir für alles, was wir damit ausgeben, später Ersatz leisten müßten. Der Vorschlag der Konservativen<sup>22)</sup> und Sozialdemokraten<sup>23)</sup> werde uns 3—4 Milliarden jährlich kosten. Er sei auch psychologisch falsch. Bedauerlich sei, daß die Mehrheitsparteien, ohne das Kriegskabinett zu fragen, den Antrag eingebracht hätten, sowie, daß die Angelegenheit der 15er Kommission<sup>24)</sup> überwiesen worden sei, die bereits morgen früh darüber verhandeln solle. Es müsse auf die Mehrheitsparteien eingewirkt werden, daß morgen noch kein Beschluß gefaßt würde. Er bitte dringend, ihn auf diesem Gebiet zu unterstützen.

**Erzberger:** Etwas müsse den Truppen gegeben werden; auf sozialem Gebiet habe die Regierung versagt. Sehr wichtig sei es, daß den Truppen die Zusicherung gegeben werden könnte, daß jeder Soldat beim Abgang einen Anzug und ein Paar Stiefel erhalte. Den älteren Soldaten müßte je nach dem Alter Zulage gegeben werden. Schließlich könnten auch den Armeekommandanten Mittel überwiesen werden, um Kampfzulagen zu geben. Frankreich habe damit gute Ergebnisse erzielt. Dadurch könnten andere Anträge abgelehnt werden. Die Familienzulagen habe die Stadt Hannover gestaffelt, je nachdem der Familienvater längere oder kürzere Zeit vom Haushalt fern ist; hiermit seien gute Erfolge erzielt worden.

**Scheidemann:** Es müsse in der Angelegenheit noch etwas geschehen; es sei aber nicht möglich, diese wichtige Frage morgen früh zu erledigen. Die Mehrbelastung mit 4—5 Milliarden sei nicht so groß, da wir in einem Jahr keinen Krieg mehr hätten. Erwägenswert sei, ob man die Zulagen nicht lieber der Familie gäbe oder bei der Entlassung der Truppen in Form von Kleidungsstücken. Wenn man diese Gesichtspunkte in die Debatte werfe, so würden sich alle überzeugen, daß die Sache nicht so leicht zu machen sei.

**Graf Roedern:** Wir sollten den Leuten es so geben, daß sie später ein Stück Geld in der Hand hielten. In Frankreich liege die Familienunterstützung anders. Viele Fragen bezüglich der Bekleidung seien noch zu lösen.

**Haußmann:** Ein Beschluß könne morgen schon verhindert werden, wenn die Tatsache bekannt werde, daß der Schatzsekretär noch nicht mit Kriegsminister in Verbindung getreten sei.

Ist für Kampfzulagen und Ernährungsgleichheiten für Mannschaften und Offiziere. Antrag liege bereits im Kriegsministerium vor, dieses sei einverstanden.<sup>25)</sup>

**Erzberger:** General v. Oven<sup>26)</sup> habe ihm gesagt, es könnten jedem Soldaten beim Abgang ein Anzug und ein Paar Stiefel gegeben werden; dies solle man sofort sagen, das würde die Stimmung heben, ebenso die Kampfzulagen.

<sup>24)</sup> Wie sich aus den weiteren Ausführungen Gröbers ergibt, ist die Militärkommission gemeint.

<sup>25)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) gibt seine Ausführungen wie folgt wieder: „Das ganze Jahr Kampfzulagen. Demagogie der Konservativen und Ernährungsgleichstellung morgen nicht.“

<sup>26)</sup> Direktor des Verwaltungs-Departements des preußischen Kriegsministeriums.

**Graf Roedern:** Die Grenze zwischen kämpfenden und nicht kämpfenden Truppen sei sehr schwer zu ziehen.

**Erzberger:** Dann solle man den älteren Mannschaften etwas geben, und zwar bald.

**Gröber** ist für Kampfzulage, gemeinsame Küche für Offiziere und Mannschaften und Mitgabe von Stiefeln und Anzug beim Abgang. Die Kampfzulagen seien gewiß schwierig durchzuführen, würden psychologisch aber sehr gut wirken. Drückebergereien würden nachlassen. Die gemeinsame Küche sei teilweise schon mit gutem Erfolg durchgeführt, es müsse aber noch mehr geschehen; jetzt seien Offiziere Verdächtigungen ausgesetzt. Morgen dürfe noch nicht alles zugesagt werden. Ein Fehler sei es, daß die Angelegenheit der Militärkommission überwiesen sei. Es müsse dahin gebracht werden, daß nicht das Kriegskabinet in solche Verlegenheiten komme. Morgen müsse auf Kommission eingewirkt werden, daß es nicht zu Beschlüssen komme. Er sei bereit, morgen mit in die Kommission zu gehen.

**v. Payer** hält die gleichmäßige Küche für sehr wichtig, ebenso die Mitgabe von Stiefel und Anzug; auch Kampfzulagen seien wünschenswert.

**Scheidemann** hofft, daß die Sache morgen noch nicht zum Beschluß kommt. Es müsse aber der Eindruck erweckt werden, daß wirklich etwas geschehe. Reichsschatzsekretär müsse eine feste Erklärung abgeben.

## 85.

**24. 10. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts  
unter Teilnahme preußischer Staatsminister**

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärsitzung am 24. 10. 1918“.

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Haußmann, Erzberger, Scheidemann, Trimborn, Friedberg, Graf Roedern, Drews, Scheüch, Wahnschaffe, Geheimräte: Simons, v. Stumm, v. Schlieben.

**Erzberger** beschwert sich über die Auflösung der Friedensgesellschaft am gestrigen Tage in Berlin.<sup>2)</sup> Ferner über das Verbot des 6. Armeekorps, betreffend

<sup>1)</sup> Im Nachlaß Haußmann 148, maschinschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine kurze, stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung; sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll werden in den Anmerkungen nachgewiesen. Nach Haußmann S. 259 begann die Sitzung um 10 Uhr. Dieselbe Zeitangabe im Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max); danach fand die Sitzung im Reichstagsgebäude statt.

<sup>2)</sup> Am Abend des 23. 10. war eine Versammlung der „Deutschen Friedensgesellschaft“, in der Helene Stöcker über „Weltfrieden und Völkerbund“ sprechen sollte, polizeilich aufgelöst worden; vgl. „Frankfurter Zeitung“, 24. 10. 1918, Abendblatt (Überschrift: „Ein unbegreifliches Verbot“). Dazu Nr. 87 Anm. 4.

den Nachdruck von Reichstagsreden. Verliest ferner ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Scheef<sup>3)</sup>, nach dem ein Aufklärungsoffizier des 13. Armeekorps<sup>4)</sup> in einer Versammlung erklärt hat, die Äußerungen der O.H.L. seien mißverstanden worden, Reichstag und Reichsregierung haben falsche Schlüsse daraus gezogen, eine Gefahr für die Front bestehe nicht.

Derartige Vorfälle könnten nicht geduldet werden, sonst könne die neue Regierung jeden Tag zusammenbrechen.

**Scheüch** bedauert diese Vorfälle, viele Stellen könnten aber noch nicht so eingreifen, wie sie wollten. Schlägt vor, daß Exzellenz Gröber, der die Vereinbarungen mit Oberbefehlshaber zu treffen habe, mit ihm zusammen ein ausführliches Telegramm an die Generalkommandos ausarbeite, das heute noch herausgehen soll.

Er habe persönlich mit Chef des Stabes des 6. Armeekorps gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß es nicht an den militärischen Stellen, sondern häufig an den Zivilbehörden läge, welche sich noch nicht an die neue Politik gewöhnen könnten und daher noch andere Politik machten.

**v. Stumm:** Anscheinend ist die Auflösung der Friedensgesellschaft<sup>2)</sup> auf ein früheres Verbot der Versammlungen der Friedensgesellschaft zurückzuführen. Da der Einberufer der Versammlung zwei Wochen nach Beantragung der Erlaubnis noch keine Antwort erhalten hatte, glaubte er, die Versammlung abhalten zu können. Ein Herr der Nachrichtenabteilung des A.A., der an der Versammlung teilnahm, hat versucht, noch nachträglich die Genehmigung vom Polizeipräsidium zu erhalten, aber ohne Erfolg.

**Scheidemann:** Wenn die Dinge sich nicht schnell umgestalten, geht alles über unsern Kopf. Die Zustände draußen und drinnen sind unglaublich. Die Leute gehen nicht mehr an die Front. Im Innern entwickeln sich Verhältnisse mit unglaublicher Schnelligkeit. Deshalb solche Fehler unerträglich. Regierung wird dafür verantwortlich gemacht und kann sich nicht halten. Presse nimmt schon Stellung gegen uns. Im ganzen Bezirk des 7. Armeekorps besteht noch Vorzensur. In Essen ist es besonders schlimm. Jede Notiz über Mißstände bei Krupp wird verboten. Hält Vorschlag von Kriegsminister für sehr gut. In Anweisung an die Generalkommandos muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Zensur nur in den in dem Programm der Regierung festgelegten vier Punkten gestattet ist. Presse muß erst offen schreiben können, sonst geht die Sache noch schneller bergab wie bisher.

**Haußmann** stimmt zu, schnellste Abhilfe sei notwendig. Gefahr furchtbar groß. Es müßte ein Mann in Berlin eingesetzt werden, der im Geiste des Kriegsministers handle. Die Gefahr der Diskreditierung der Regierung würde täglich größer.

Die Liquidationen in Elsaß-Lothringen gingen auch immer weiter. Es würden die Wälder zum öffentlichen Verkauf ausgeschrieben. Wir sind doch der ein-

<sup>3)</sup> Bezirksnotar in Tübingen, M.d.R. (FVP) seit 1917 als Nachfolger Payers.

<sup>4)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) namentlich genannt: Instruktionsoffizier Hermelingk.

stimmigen Ansicht gewesen, daß die Liquidationen sofort eingestellt werden müßten. Das R[eichs]w[irtschafts]a[mt] leiste aber passive Resistenz.

Exzellenz Gröber sei zwar zum Stellvertreter des Reichskanzlers in Sachen der inneren Politik ernannt worden, habe aber noch keine einzige Hilfskraft. Auch er selbst habe noch keinen Sekretär und keine Hilfskraft.

v. Payer: Dies zu veranlassen sei Sache der Reichskanzlei. Diese werde die nötigen Anweisungen erhalten.

Scheüch unterschreibt alles, was Haußmann gesagt hat. In der els[äß]-loth[rin-gischen] Liquidationsfrage werde zuviel beraten. Es gäbe aber nichts mehr zu beraten, sondern nur zu handeln. Es genüge ein kurzes Telegramm nach Straßburg, daß die Liquidationen einzustellen seien.

Der Pol[izei]präsident Berlin dürfe nichts tun, ohne mit Min[ister] d[es] Innern gesprochen zu haben, auch wenn das Oberkommando es anders wolle. Dieses dürfe ja nach den neuen Bestimmungen nichts selbständig tun, was politische Folgen haben könnte.<sup>5)</sup>

Simons weist darauf hin, daß der Hilfsausschuß für feindliche Ausländer (Leiterin Frl. Dr. Rotten) von der hiesigen Kommandantur sehr schlecht behandelt<sup>6)</sup> und häufig in unwürdiger Weise schikaniert würde. Der Hilfsausschuß sei lediglich auf christlicher Nächstenliebe basiert und dürfe nicht schlecht behandelt werden. Vor einigen Tagen sei ihm verboten worden, sich durch Worte oder Taten zu betätigen. Das werde im Ausland sehr schlechten Eindruck machen.

Erzberger tritt auch für Frl. Dr. Rotten ein. Die Verordnung müsse noch heute aufgehoben werden. Die beiden Herren bei der Kommandantur, welche diese Sachen bearbeiteten — v. Braumüller und Wolf — seien zu verabschieden.

Das Verbot über die Friedensgesellschaft<sup>2)</sup> müsse sofort zurückgenommen werden.

Heute noch müsse an sämtliche Oberpräsidenten telegraphiert werden, daß keinen Anordnungen der Militärbehörden Folge zu leisten sei ohne Zustimmung der Zivilbehörden. Der Pol[izei]präsident Berlin müßte täglich Instruktionen vom Min[isterium] d[es] Innern und die Polizeimannschaften ganz neue Instruktionen erhalten. Die Erlasse des 6. Armeekorps müssen zurückgenommen werden. Der Aufklärungsoffizier in Württemberg<sup>4)</sup> sei zu rektifizieren und abuberufen, nur so sei das Unglück rückgängig zu machen. Die Obstruktion gewisser Personen in den militärischen Stellen müsse gebrochen werden.<sup>7)</sup>

Scheüch: Die angeregte Verfügung an die Zivilbehörden müsse auch dahin gehen, daß sie beim stell[vertretenden] Generalkommando nichts anregen dürften, was gegen die Politik der jetzigen Regierung ginge. Man dürfe den Militärbehörden nicht alle Schuld allein zuschieben. Es seien jetzt in den militärischen Stellen zahlreiche uniformierte Zivilisten tätig. Er bitte Min[ister] d[es] Innern in der Verfügung an die Zivilbehörden beide Gesichtspunkte zu berücksichtigen,

<sup>5)</sup> A.a.O. als Äußerung Scheüchs noch vermerkt: „Daß das Haus brennt, merke ich auch schon.“

<sup>6)</sup> A.a.O.: „Friedensfreunde wie Verbrecher behandelt.“

<sup>7)</sup> A.a.O. wird anschließend folgende Äußerung Payers verzeichnet: „Die Hauptstellen und ihre Personen müssen kaltgestellt werden.“

1. nichts zu tun und 2. nichts anzuregen, was gegen die Politik der jetzigen Regierung sei.

**Trimborn:** Eine Deputation von Elsässern unter Kreisdirektor aus Diedenhofen habe ihm gesagt, die Liquidationen verstimmten außerordentlich. Er habe sie darauf zum R[eichs]w[irtschafts]a[mt] geschickt und diesem sagen lassen, die Liquidat[ionen] müßten sofort eingestellt werden. Das R[eichs]w[irtschafts]a[mt] kehre sich aber anscheinend nicht daran. Es müsse sofort eine Order des Reichskanzlers ergehen.

In Sachen der Auflösung der Friedensgesellschaft müsse sofort eine Rektifizierung erfolgen, da wir sonst interpelliert werden darüber. In der sozialdem[okratischen] Presse wiederholte sich jetzt fortlaufend das Verlangen auf Abdankung des Kaisers. Diese konkrete Forderung müsse vermieden werden, sonst kämen von anderer Seite berechnete Vorwürfe. Er bitte Exzellenz Scheidemann, dies zu verhindern zu versuchen.

**Friedberg** richtet an Min[ister] d[es] Innern den Antrag, den Pol[izei]präsidenten anzuweisen, sich, wenn er zweifelhaft über militärische Anordnungen sei, erst mit ihm in Verbindung zu setzen.

**Drews** ist über die Vorgänge bei der gestrigen Auflösung<sup>2)</sup> noch nicht informiert. Wird sich sofort mit Pol[izei]prä[sident] in Verbindung setzen, Verbot müsse sofort aufgehoben werden. Es würden sich derartige Vorgänge voraussichtlich noch öfters wiederholen, da alles noch im alten Gleise laufe.<sup>6)</sup> Es sei daher erforderlich, daß sich Kriegsminister, Exzellenz Gröber und er selbst zusammen-täten und materielle Grundsätze aufstellten, wie die Sache gehandhabt werden sollte. Dadurch würden Mißstände beseitigt werden. Die Oberpräsidenten seien bereits benachrichtigt, daß die Order ergehen würde. An ihre Zustimmung seien Generalkommandos gebunden. Die Oberpräsidenten dürfen nicht Zustimmung geben zu Sachen, die mit der Regierungspolitik nicht übereinstimmen. Nur bei Gefahr im Verzuge dürften die Militärstellen selbständig handeln.

v. **Payer** schlägt vor, daß Min[isterium] des Innern Entwurf bald fertigstellt und zur Beratung vorlegt.

**Scheüch:** Heute noch müsse eine telegraphische bindende Verfügung in gleichmäßiger Form an die Oberpräsidenten und komm[andierenden] Generale ergehen, da sofort etwas geschehen müsse.

Wie gegen Zeitungen, welche die Abdankung der Hohenzollern forderten, vorzugehen sei, darüber müßten wir uns klar werden, geduldet könnten sie nicht werden.

**Scheidemann:** Theoretische Auseinandersetzungen hierüber könnten wir nicht unterdrücken. Seine Parteileitung habe aber ein Rundschreiben an die unteren Stellen gerichtet, in dem gesagt wird, daß durch derartige Erörterungen die Friedensverhandlungen kompliziert würden. Aber die Zeitungen dürften nicht deshalb verboten werden, weil sie in anständiger Form die Fragen erörterten, ob von der Abdankung das Wohl des Volkes abhängе. Die Frage würde jetzt akut, da viele liberale Zeitungen sie angeschnitten hätten. Man müsse bei Handhabung

<sup>6)</sup> A.a.O. präziser: „Die Leute wissen noch gar nicht, was neuer Kurs ist.“

der Zensur im Auge behalten, daß nach dem Regierungsprogramm nur in vier Punkten Zensur ausgeübt werden darf.<sup>9)</sup>

Empfiehl, sich [auf] eine Erklärung in der heutigen Reichstagssitzung vorzubereiten, die Kriegsminister oder Staatssekretär des Innern abzugeben habe. Es sei notwendig, daß eine solche Erklärung abgegeben, und zwar in energischer Form abgegeben werde.

**Erzberger** schließt sich dem an. Zweifellos würden die Redner Noske und Gothein auf den Vorfall zu sprechen kommen.<sup>10)</sup> Die Erklärung müsse dahin lauten: 1. das allgemeine Verbot ist aufgehoben, 2. Versammlungen der Friedensgesellschaft werden gestattet, 3. ungeeignete Personen werden beseitigt werden. In der Kaiserfrage müsse eine Instruktion an alle Zeitungen ergehen.

Heute noch müsse eine telegraphische Anweisung an die Militärbehörden ergehen, in der gesagt werde 1. eine Vorzensur gäbe es nicht mehr, 2. alle bisherigen Zensurverfügungen würden aufgehoben, 3. Zensur sei nur noch in den in dem Regierungsprogramm aufgeführten vier Punkten zulässig.

**Trimborn:** Es müsse auch sofort eine Order an das R[eichs]w[irtschafts]a[mt] ergehen, daß die Liquidationen in Elsaß-Lothringen sofort einzustellen seien. Er empfiehlt, Exz. Göppert<sup>11)</sup> und v. Jonquières<sup>12)</sup> sogleich herzubestellen.

Diesem Vorschlage wurde zugestimmt.

**v. Stumm:** Für Berlin und Mark Brandenburg besteht eine Zensurverfügung, daß alle Artikel verboten sind, die die Abdankung des Kaisers verlangen; bei anderen Generalkommandos sei es ähnlich.

**Scheüch:** Eine Einwirkung auf die Parteipresse reiche bei weitem nicht aus. Wenn ich scharfe Bestimmungen wegen Vorzensur usw. erlasse und es erscheinen solche Artikel doch, so kommen wir in Schwierigkeiten. Die Einheitlichkeit des Vorgehens erscheine ihm noch nicht festgestellt. Die Beseitigung der betreffenden Persönlichkeiten dürfe auch nicht in so starker Form erklärt werden. Die Depesche würde noch heute abgehen, die Sache sei aber nicht in fünf Minuten zu machen. Die Aufhebung des Erlasses vom 8. Juli, betr. die Friedensgesellschaft, könne sofort erfolgen.

**Haußmann** will auf seine Fraktionsredner einwirken, daß sie über die betreffenden Angelegenheiten in nicht so schroffer Form sprechen und nur Bitten erheben.

Es bestand Einstimmigkeit darin, daß der Verlauf der Sitzung abgewartet werden solle und nötigenfalls vom Staatssekretär Trimborn zu beantworten sei.

<sup>9)</sup> A.a.O. in anderer Akzentuierung: „*Scheidemann:* Wir haben unsere Blätter instruiert, daß Wilson nicht die Absetzung verlangt und daß man taktvoll die Frage behandeln muß. Aber nicht verbieten.“

<sup>10)</sup> Die Versammlungsauflösung wurde am 24. 10. 1918 von Noske im Plenum zur Sprache gebracht; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6218. Dazu die Stellungnahme des Staatssekretärs Trimborn; a.a.O. S. 6219.

<sup>11)</sup> Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt.

<sup>12)</sup> Direktor im Reichswirtschaftsamt.

**Oberst von Haefkens über die Entstehung des Befehls an das Feldheer  
vom 24. Oktober**

Nachlaß Haefkens, Erinnerungen. Auszug. Überschrift: „Ereignisse am 24. Oktober.“

Am 24. Oktober 1918 gegen 10 Uhr vormittags wies mich General Ludendorff aus dem Großen Hauptquartier telephonisch an, Staatssekretär des Äußern Dr. Solf um Auskunft über den voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintreffens der Antwort auf die 3. deutsche Note vom 20. Oktober zu ersuchen.<sup>1)</sup> Dr. Solf war bereits zu der Reichstagssitzung<sup>2)</sup> in den Reichstag gefahren, wohin ich ihm alsbald folgte. Ich traf ihn dort im Sitzungssaal im Gespräch mit dem Vizekanzler v. Payer. Noch während meiner Unterredung mit den beiden Herren trat der Reichstagsabgeordnete Noske mit den Worten hinzu, jetzt sei ja die Antwort Wilsons eingetroffen. Solf und ich bestritten dies, da sie bisher weder im Auswärtigen Amt noch bei der Obersten Heeresleitung eingegangen sei.<sup>3)</sup> Mit den Worten, dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei sei die Note bereits funktetelegraphisch übermittelt worden, holte Noske das in Eberts Händen befindliche Schriftstück herbei und las uns den Inhalt vor. Die bedrohlichsten Forderungen enthielten folgende Sätze:

1. Deutschland müsse durch die Waffenstillstandsbedingungen militärisch so geschwächt werden, daß „eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich“ würde,
2. die Regierung der Vereinigten Staaten könne nur mit „Vertretern des deutschen Volkes“ verhandeln, „welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung böten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands“,
3. „wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden müsse, könne Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern müsse sich ergeben.“

Als Noske geendet hatte, äußerte er, „die Note sei für Deutschland gar nicht so schlecht, nur müsse der Kaiser sofort abdanken. Wenn der Kaiser ginge, würden wir einen ganz erträglichen Frieden bekommen“.

<sup>1)</sup> Die vom 23. 10. datierte dritte Wilson-Note traf am 24. 10. um 14 Uhr 20 in Berlin ein; Abdruck in: Amtliche Urkunden S. 189 f.; Der Waffenstillstand I S. 16 f.; Prinz Max S. 492 f.; Schulthess 1918/II S. 613 ff.; Urkunden der OHL S. 576 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 236 f. Dazu vgl. Snell S. 202 Anm. 26: „Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurde die scharfe Note an Deutschland, die schließlich am 23. Oktober abgefaßt wurde, der Presse übergeben und in Extraausgaben am frühen Abend des Tages auf den Straßen ausgegeben, an dem sie [. . .] abgesandt worden war — Stunden bevor sie in Berlin angekommen sein konnte.“ Zur Interpretation dieser Note („Wilson's minimalste Forderung scheint also die Abdankung Wilhelms II. gewesen zu sein“) vgl. a.a.O. S. 205. Vgl. ferner die Stellungnahme des Sachverständigen Prof. Hans Delbrück im Untersuchungsausschuß des Reichstags am 4. 2. 1926 (WUA 4 S. 161): Die Forderung nach der Abdankung des Kaisers „war zwar etwas verschleiert ausgedrückt [in Wilsons Note], aber jeder las es heraus.“

<sup>2)</sup> Die Sitzung begann um 11 Uhr 21; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6209 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. Haußmann S. 259: „Elf Uhr Reichstag. Bekanntwerden der Wilson-Note durch Noske. Ich teile Solf den Inhalt mit, der die Richtigkeit erst bezweifelt. Die Presse hatte es zuerst erfahren.“

Ich eilte aus dem Reichstag zu dem an einer Grippe daniederliegenden Reichskanzler Prinz Max von Baden, um ihn sowohl von dem Inhalt der Note als auch von der Äußerung Noskes zu unterrichten.<sup>4)</sup> Mit den Worten eintretend: „Morgen werden die Sozialdemokraten die Abdankung des Kaisers fordern“, drang ich in ihn, die amtliche Veröffentlichung der Note solange aufzuhalten, bis die Entscheidung des Kaisers über die plötzlich aufgeworfene Frage seiner Abdankung getroffen sei. Durch die Wilsonnote und durch die Äußerung Noskes von der Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers zur Erlangung günstiger Friedensbedingungen drohe eine ernste Krise zu entstehen. Der Kaiser sei jetzt vor eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite gestellt: freiwillige Thronentsagung oder Kampf um seinen Thron. Falls der Kaiser abdanken wolle, müsse dieser Entschluß aus freier Initiative gefaßt werden und nicht etwa eventuell unter dem Druck der Sozialdemokraten. Falls er sich jedoch zum Kampfe um seinen Thron entschließen sollte, müsse zugleich mit der Wilsonnote auch der Entschluß zum Abbruch der Verhandlungen der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Ich beschwor den Prinzen, sich für die letztere Lösung einzusetzen. Der Prinz sagte zu, worauf ich das Krankenzimmer eiligst mit den Worten verließ: „Dann muß ich sofort General Ludendorff unterrichten, damit er mit dem Feldmarschall herkommt.“ Noch während ich in der Tür stand, rief mir der Prinz nach: „Warten Sie damit noch, bis das Kriegskabinetts sich beraten hat.“ Ich überhörte jedoch absichtlich diese Weisung.

Unverzüglich — es war gegen 11 Uhr vormittags — rief ich General Ludendorff in Spa an und unterrichtete ihn über den Inhalt der Wilsonnote, die selbst zu diesem Zeitpunkt bei der Obersten Heeresleitung noch nicht bekannt war, und über die Äußerung Noskes sowie mein anschließendes Gespräch mit dem Reichskanzler. Ich bat den General, noch heute mit dem Generalfeldmarschall nach Berlin zu reisen, um die neue Lage mit dem Prinzen persönlich zu beraten, da ich mir von dem Einfluß des Kriegskabinetts, insbesondere des Staatssekretärs Solf, auf den Reichskanzler nichts Gutes verspräche. General Ludendorff sagte sofort zu; er bezeichnete die Forderungen Wilsons, vor Friedensverhandlungen erst den Kaiser fortzujagen und die Armee kampfunfähig zu machen, als eine „unerträgliche Demütigung“. Eine Abdankung des Kaisers könne überhaupt nicht in Frage kommen; es gäbe nur eine Lösung: Abbruch der Verhandlungen mit Wilson und Kampf bis zum Äußersten. Die Armee sei bereit, diesen Kampf für ihren Obersten Kriegsherrn zu kämpfen. Der General schloß die Unterredung mit den Worten: „Der Feldmarschall und ich werden noch heute nach Berlin reisen.“ Hiervon machte ich dem Prinzen Max Mitteilung, der darüber sehr ungehalten war und mich ersuchte, General Ludendorff zu bitten, des Feldmarschalls und seine Reise

<sup>4)</sup> Vgl. Prinz Max S. 497 f., wo Haefstens Kommen allerdings falsch auf den Nachmittag verlegt ist. Im Nachlaß Haefstens 24 befindet sich 1 Ex. der Erinnerungen des Prinzen Max, das an verschiedenen Stellen mit eigenhändigen Randbemerkungen versehen ist. In diesem Exemplar ist hinter S. 497 eine Nachtragseite („zu S. 497“) eingedruckt („Bericht des Generals v. Haefstens“) — mit der eigenhändigen Randbemerkung: „geschrieben April 1927“ —, die den folgenden Ausführungen Haefstens inhaltlich entspricht. Prinz Max hat diese Ergänzungen Haefstens mit folgendem Satz eingeleitet: „General v. Haefstens schickt mir nach Erscheinen des Buches einen Bericht, der wichtige Ergänzungen über die Stellung der O.H.L. zur 3. Wilson-Note bringt. Ich halte mich für verpflichtet, der Öffentlichkeit seine Ausführungen zu übergeben.“

nach Berlin zu verschieben, bis er sie rufen werde. Hierüber wurde nun wiederum General Ludendorff bei meiner telephonischen Übermittlung sehr unwillig; er lehnte das Ersuchen mit dem Bemerkten ab, der Reichskanzler habe überhaupt kein Recht, ihm darüber Vorschriften zu erteilen, wann er es für geboten halte, dem Kaiser Vortrag über die militärische Lage zu halten. Es bleibe bei des Feldmarschalls und seiner Reise nach Berlin, wo sie am Nachmittag des 25. Oktober eintreffen würden. Dies ließ ich dem Prinzen mitteilen. Infolge der hierüber entstandenen Verstimmung habe ich den Prinzen während des 24.<sup>5)</sup> und des ganzen 25. Oktober weder gesehen noch gesprochen. Von der am späten Abend des 24. Oktober in der Reichskanzlei stattgehabten Sitzung des Kriegskabinetts<sup>6)</sup> über die Wilsonnote habe ich nichts erfahren.

In der Mittagsstunde des 24. Oktober fand, wie regelmäßig, eine Besprechung von Vertretern aller Ministerien und Ämter im Auswärtigen Amt statt, in der diese über die außenpolitische Lage unterrichtet wurden. Obwohl ich bei diesen Gelegenheiten nur selten das Wort ergriff, hielt ich es in diesem entscheidenden Augenblick doch für notwendig, den leitenden Beamten des Reiches und Preußens von der Auffassung der Obersten Heeresleitung über die 3. Wilsonnote im Sinne meines Telefongesprächs mit General Ludendorff vom Vormittage dieses Tages Kenntnis zu geben; meine Ausführungen gipfelten in der Forderung des sofortigen Abbruchs der Verhandlungen mit Wilson und der Fortsetzung des Kampfes: „Das verlange die soldatische Ehre“. Ein Weiterverhandeln müsse letzten Endes unrettbar „zum Sturze der Monarchie und zur Wehrlosmachung des deutschen Volkes führen“.

Der gleichfalls anwesende Chef des Kriegspresseamts, Oberstleutnant Würz, wies nach der Besprechung einen ihn begleitenden Offizier an, die Oberste Heeresleitung über den Verlauf telephonisch zu unterrichten. Dieser hat anscheinend in mißverständlichem Sinne hierüber an den stellvertretenden Chef der Nachrichtenabteilung der Obersten Heeresleitung, Major Kroeger, berichtet, indem er meine Ausführungen als eine „amtliche“ Kundgebung des Kabinetts „zum Abbruch der Verhandlungen und Fortsetzung des Kampfes“ bezeichnete. Als Major Kroeger dem General Ludendorff von dem Telefongespräch Meldung erstattete, fragte dieser ihn ausdrücklich, ob die Meldung auch wirklich den Tatsachen entspreche, worauf Major Kroeger erwiderte, die Meldung sei ganz bestimmt richtig, da ihm der Vertreter des Kriegspresseamts ausdrücklich gemeldet habe, die von Oberst v. Haefstens geäußerte Auffassung sei durch den Pressechef beim Reichskanzler, Ministerialdirektor Deutmoser, ausdrücklich bestätigt worden. Hier hat anscheinend eine Verwechslung vorgelegen, da dieser an der Besprechung nicht teilgenommen hatte. Hierauf genehmigte General Ludendorff den von Major Kroeger entworfenen, vom Feldmarschall bereits unterschriebenen Heeresbefehl.<sup>7)</sup> In ihm war das Heer von dem Abbruch der Verhandlungen und der Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes unterrichtet worden. So ging der auf einem

<sup>5)</sup> Genau: während des Nachmittags und Abends des 24. 10.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 89a,b.

<sup>7)</sup> Abgedruckt: Amtliche Urkunden S. 194; Prinz Max S. 500 f.; Urkunden der OHL S. 577 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 614 f. Vgl. ferner Schulthess 1918/I S. 395; Scheidemann, Memoiren II S. 241.

Mißverständnis beruhende irrtümliche Heeresbefehl am Abend des 24. Oktober<sup>8)</sup> an alle Armeen hinaus. Dieser Befehl sollte der äußere Anlaß zum Sturze des Generals Ludendorff werden, wiewohl der eigentliche und tiefere Grund, wie sich ergeben wird, ein anderer war.<sup>9)</sup>

<sup>8)</sup> 22 Uhr.

<sup>9)</sup> Dazu vgl. die Schilderung bei Hans F. Helmolt, Ein Vierteljahrhundert Weltgeschichte 1894—1919. Charlottenburg 1919 S. 152 (Nachtrag): „Am Nachmittage desselben Tages [24. 10.] fand in den Räumen des Auswärtigen Amts eine Beratung der Pressechefs der Zentralbehörden (hierin ist Ludendorffs Darstellung, [Kriegserinnerungen] S. 615, ungenau) statt, der ich selber in meiner damaligen amtlichen Eigenschaft beigewohnt habe. Dabei trat Oberst v. Haefthen energisch für Weiterkämpfen als den allein ehrenhaften Ausweg ein, während sich ein Mitglied der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts davon nichts versprach; Geheimrat Ferdinand v. Stumm schien mehr der Auffassung des Vertreters der O.H.L. zuzuneigen. Über diese Sitzung ohne greifbares Ergebnis hat der Leiter des Kriegspresseamts sofort dem Major Kroeger im Gr[ößen] H[aupt]-Qu[artier] telephonisch berichtet, und hierbei ist das verhängnisvolle Mißverständnis unterlaufen, die Regierung sei für Abbrechen der Verhandlung mit Präsident Wilson. Daraufhin hat General Ludendorff in vollster Loyalität den Erlaß unterschrieben, der umgekehrt in Berlin, den Kaiser eingeschlossen, den peinlichen Eindruck erwecken mußte, als ob eine illoyale Durchkreuzung der Maßnahmen der Reichsleitung geplant gewesen sei.

So ist General Ludendorffs Sturz unmittelbar auf einen Auffassungs- oder Hörfehler beim Telefonieren nachgeordneter Stellen zurückzuführen.“

## 87.

### 24. 10. 1918: Heine an David

DZA Potsdam, Nachlaß Heine 26, Durchschlag.

Lieber Kollege David,

Der Fortgang der Dinge macht mir Sorge, und ich sehe mich genötigt, mich an Dich zu wenden und Dir zu sagen, daß ich das eingeschlagene Verfahren für umständlich und unpraktisch halte. Heut' abend soll, wie mir Kollege Ebert sagte, der interfraktionelle Ausschuß wieder über die Verfassungsänderungen beraten.<sup>1)</sup> Wilsons Antwort<sup>2)</sup> ergibt, wie gut es wäre, wenn längst mehr geschehen wäre. Unter den zu regelnden Fragen sind Materien wie die Ministerverantwortlichkeit, Staatsgerichtshof usw. Unter unseren Mitgliedern des interfraktionellen Ausschusses ist keiner, der sich bisher mit diesen beschäftigt hätte. Es hält es aber auch niemand für nötig, sich an mich zu wenden, der ich bei früheren Gelegenheiten die ganze Sache bearbeitete und das vollständige Material darüber habe, auch die verschiedenen von Bebel und mir zuerst gemachten Entwürfe, von denen wir wieder abgingen, wissenschaftliche Zusammenstellungen aus allen Verfassungen usw. Es ist unmöglich, daß der interfraktionelle Ausschuß alles selber macht. Es müßte in dieser Beziehung eine Art Arbeitsteilung eintreten, mindestens für die Vorarbeiten.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 88.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 86 Anm. 1.

Dasselbe gilt von der Beseitigung der Maßregeln des Belagerungszustandes. Hierfür müßte jemand speziell bestellt werden, der nicht unterließe, im Auftrage der Fraktion zu drängen. Die skandalöse Versammlungsauflösung, über die heute das Berliner Tageblatt berichtet<sup>3)</sup>, hat die ganze neue Regierung bloßgestellt. Das aber ist die Folge davon, daß man sich mit der Schaffung einer Beschwerdeinstanz, als mit einer formalen Vorschrift begnügt hat, anstatt sofort auf die Militärbehörden einen Druck auszuüben, daß sie ihre Praxis auf der Stelle ändern. Wie ich hör e, ist nun heute eine Verordnung ergangen<sup>4)</sup>, aber sie wird noch immer eine Menge Angelegenheiten zu regeln übrig lassen.

Ich bitte Dich, nicht anzunehmen, daß hier bei mir persönlicher Ehrgeiz vorliegt. Ich habe auch wahrhaftig genug zu tun. Aber ich empfinde es in der Tat als unsinnig, daß die Führer der Fraktion von meiner Arbeitskraft und meinen Erfahrungen nicht im geringsten Gebrauch zu machen in der Lage sein sollten.

Ich stelle Dir als Mitglied des Fraktionsvorstandes anheim, mit den Kollegen zu sprechen.

Mit besten Grüßen  
Dein

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 85 Anm. 2.

<sup>4)</sup> In der Reichstagsitzung vom 24. 10. hatte Trimborn sein „lebhaftes Bedauern“ über das Versammlungsverbot ausgesprochen und erklärt, „daß die Verfügung des früheren Herrn Kriegsministers vom 8. Juli 1918, betreffend die Verhinderung von Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften, aufgehoben worden ist.“ Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6219. Dazu Nr. 85 bes. Anm. 10.

## 88.

### 24. 10. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 24. Okt. 1918.“

Zum ersten Male Molkenbuhr und Landsberg bei der Beratung, die von der Sozialdemokratischen Partei neu in den Ausschuß delegiert wurden.<sup>2)</sup>

Junck, Naumann, List, Müller-Meinigen, Landsberg, Molkenbuhr, Gothein, Ebert, Dove, Wiemer, David, Fischbeck, Südekum, Gröber, Erzberger, Scheidemann, Haußmann, Trimborn, Herold, Mayer-Kaufbeuren, Fehrenbach.

Es entspinnt sich eine Debatte darüber, daß die namentliche Abstimmung heute

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 259: „Fünf Uhr interfraktioneller Ausschuß, vorher Besprechung der vier Staatssekretäre über die Note.“

<sup>2)</sup> In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Vormittag des 23. 10. waren Molkenbuhr und Landsberg „per Akklamation“ als „weitere Vertreter der Fraktion“ gewählt worden; vgl. SPD-Fraktion, 23. 10. 1918.

vorgenommen wurde;<sup>3)</sup> es hat nur die Hälfte des Reichstages für die Regierung gestimmt.<sup>4)</sup>

Die Geschäftsführung im Reichstag hat sehr zu wünschen übriggelassen.

Die Redeordnung wird angegriffen. Es ist falsch, daß die 4 Mehrheitsparteien hintereinander sprechen und dann die Opposition. Früher war es so, daß der Präsident die Reihe bestimmte. Das sollte auch wieder eingeführt werden. Dieses beantragt **Gothein**.

**List** stimmt der Bemerkung **Gotheins** über Redeordnung zu.

**Erzberger**: Es muß dafür gesorgt werden, daß die Sache besser läuft. In die Parade gefahren ist uns der Präsident **Fehrenbach**. Der hat die ganze Unordnung angerichtet. Da muß bessere Fühlungnahme gemacht werden. Die Redeordnung muß geändert werden.

**Hausmann** lehnt jede Verschuldung ab für den schlechten Gang der Ereignisse. Es sei sehr wichtig gewesen, daß das Vertrauensvotum<sup>5)</sup> schon heute gegeben wurde.

**Erzberger**: Vorschlag: Die ganze Sache soll im Plenum der Vorsitzende des Interfraktionellen Ausschusses und der stellvertretende Vorsitzende führen.

**Ebert**: **Fehrenbach** ist der Meinung, daß man den Reichstag nicht in die Ferien gehen lassen darf, nachdem die Antwort von **Wilson** eingelaufen ist.

Bei der Redeordnung habe ich im Hauptausschuß<sup>6)</sup> den Versuch gemacht, die Redner auszutauschen, aber ohne Erfolg. Wir sind mit einer Abänderung einverstanden. Im Seniorenkonvent muß die Sache gemacht werden.

**Fischbeck**: Am besten sprechen wir erst mit dem Präsidenten.

**Erzberger**: Ist mein Vorschlag angenommen?

**Fischbeck**: Die Sache muß erst noch erwogen werden, da ich noch nicht weiß, ob ich den Vorsitz weiter führen kann.

Es war der Wunsch, die verfassungsrechtlichen Fragen zu besprechen. Allzu lange darf man die Dinge nicht mehr hinauschieben. Gerade die Antwort von **Wilson** gibt uns neuen Grund, diese Fragen so schnell wie möglich zu bereinigen. Es wäre besser gewesen, wenn wir schon vor Eintreffen der Note<sup>6)</sup> etwas weitergekommen wären. Namentlich in bezug auf Militär. Die Regelung der Kriegs- und Friedensfrage genügt dem Präsidenten **Wilson** offenbar nicht. Ist die Frage wegen der Militärs in der Regierung inzwischen behandelt worden?

<sup>3)</sup> In der um 16 Uhr 35 geschlossenen Reichstagssitzung war unmittelbar vor Schluß der Sitzung über den Antrag Drucksache Nr. 1974 Dr. **Bell** und Genossen vom 22. 10. — „Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers [vom 22. 10.] und spricht ihm sein Vertrauen aus“ — (vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3138) auf Vorschlag von **Müller**-Meinungen namentlich abgestimmt worden; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6241.

<sup>4)</sup> Das Ergebnis der Abstimmung lautete: 193 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6244.

<sup>5)</sup> **Ebert** beruft sich auf seine Erfahrungen als Vorsitzender des Hauptausschusses (seit Juni 1918, als Nachfolger **Fehrenbachs**).

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 86 Anm. 1.

**Gröber:** In der letzten Zeit waren wir so in Anspruch genommen, daß wir nicht viel weiter gekommen sind. Die Beratung der zweiten Note hat uns unverhältnismäßig viel Zeit gekostet. In den letzten Tagen sind verschiedene Besprechungen erfolgt oder begonnen worden, die sich darauf beziehen, wie der Belagerungszustand ausgestaltet werden soll. Das war wohl sehr nützlich. Einiges recht Nützliche ist schon beschlossen worden: Wegfall der Vorzensur z. B., so ist Verschiedenes in Vorbereitung.

Bei den Militärfragen war die Rede davon, daß man demnächst auch daran gehen werde. Unter dem Eindruck der neuen Note ist das Bedürfnis noch dringender geworden. Die Frage haben wir schon 1917 im Verfassungsausschuß behandelt. Praktisch wird es sich darum handeln: Die 3 Kriegsminister; sie müssen dem Reichstag verantwortlich gemacht werden.<sup>7)</sup>

Man kann auch vielleicht noch die Besoldungsordnung im Krieg und Frieden gesetzlich festlegen. Der Kriegsminister ist durchaus nicht geneigt, Schwierigkeiten zu machen.

**Gothein:** Der entscheidende Punkt ist die Frage der Befehlsgewalt. Wilson will eine Sicherheit dagegen, daß der Kaiser die Befehlsgewalt in der Hand hat unabhängig von Reichstag und Regierung. Dagegen hilft kein Sträuben, diese Sache muß gemacht werden. Wir sollten sie rechtzeitig machen und uns nicht immer von Wilson drängen lassen.

**Scheidemann:** Es ist unerträglich, daß wir uns Schritt vor Schritt durch Wilson weitertreiben lassen. Was Gothein gesagt hat, ist das Wichtigste, aber auch Gröbers Vorschläge sind wichtig. Wir müssen uns einigen: 2 oder 3 Herren sollen die Vorlagen machen. Morgen wollen wir sie im Kabinett vorbringen.

**Junck:** Wilson verlangt Machtlosstellung des Kaisers oder Abdankung.<sup>8)</sup> Die Kommandogewalt muß fallen. Das muß binnen 24 Stunden geschehen, denn das Heil unserer Leute hängt davon ab. In dieser Woche noch muß die Vorlage gemacht werden.

**Ebert:** Ich habe schon neulich betont, wie eilig die Sache ist. Also: so schnell wie möglich zum Abschluß bringen. Wenn der Reichstag auseinandergeht, ohne daß die Dinge geregelt sind, bekommen wir die schlimmsten Vorwürfe. Die Regierung muß da schnell handeln. Wir müssen Taten vollbringen, wenn wir die Stimmung im Lande halten wollen.

**Erzberger:** Der Reichstag darf nicht auseinandergehen. Er muß zusammenbleiben.

**Fehrenbach:** Ich bin gern bereit, die Redeordnung nach Wunsch des Interfraktionellen Ausschusses zu regeln.

**Gröber:** Ein Mittelvorschlag wäre dann wohl der: innerhalb der Reihe der abwechselnden Redner kann die Stärke der Fraktionen maßgebend sein.

**Haußmann:** Wir verschaffen auf diese Weise der Opposition die guten Plätze in der Rednerliste.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 81.

<sup>8)</sup> Obwohl Wilson — wie Snell S. 204 nachweist — „niemals im besonderen und ausdrücklich die Abdankung Wilhelms II. oder die Schaffung einer deutschen Republik verlangt hatte“, blieben seine Oktober-Noten „doppeldeutig“, wobei diese Doppeldeutigkeit „äußerst sorgfältig bedacht war“ und „als solche seine [Wilsons] Lösung des Problems darstellte.“

**Dove:** Das ist nur der Fall, weil noch viele andere Mißstände bestehen, namentlich die langen Reden.<sup>9)</sup>

9) Dazu „Vossische Zeitung“, 25. 10. 1918, Morgenausgabe: „Wie wir aus dem Reichstag hören, hat sich der Interfraktionelle Ausschuß in seiner gestrigen Abendsitzung nicht mit der neuen Wilsonnote, sondern mit neuen Verfassungsanträgen beschäftigt, die der Regierung zur schleunigen Ausarbeitung übergeben werden sollen.“

## 89.

## 24. 10. 1918, abends: Sitzung des Kriegskabinetts

89a: DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärbesprechung am 24. Oktober 1918 wegen neuer Wilsonnote.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, Gröber, Scheüch, Haußmann, Trimborn, Solf, Scheidemann, Friedberg, Erzberger, Wahnschaffe, Lewald, Geheimräte: Simons, Frhr. v. Stumm, v. Schlieben.<sup>3)</sup>

Scheüch teilt mit, daß Hindenburg und Ludendorff hierher kommen<sup>4)</sup>, und zwar vom Kaiser gerufen.<sup>5)</sup> Wie er gehört habe, hielten beide Herren weitere Verhandlungen für zwecklos und weiteren Widerstand für notwendig. Frage, ob weitere militärische Führer bald zu hören seien.

v. Payer: Zu der Frage, ob wir Krieg fortsetzen sollen und können, müssen wir noch andere Autoritäten hören. Tut es S.M. nicht, so müssen wir darauf dringen.

1) Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Niederschrift über diese Sitzung, deren sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll in den Anmerkungen aufgeführt werden. Vgl. ferner Haußmann S. 259 ff.; Prinz Max S. 495 Anm. 2, 498 ff. Dazu Lütge S. 162 ff. und Vietsch S. 206.

2) Nach der Niederschrift Haußmanns (s. Anm. 1) begann die Sitzung um 21 Uhr 30. Vorher war Haußmann beim Reichskanzler gewesen. Vgl. Prinz Max S. 498. Dazu Haußmann S. 259: „Einhalb neun Uhr am Bett des an Grippe erkrankten Prinzen, um wegen Seiner Majestät zu hören. Ich sagte ihm: ‚Ich bin in dieser Frage nicht ängstlich, denn ich bin Demokrat, aber ein Volk darf nicht auf Geheiß des Feindes seinen Kaiser wegwerfen.‘ Prinz Max fragte: ‚Ist das Ihr Ernst?‘ ‚Die reine Wahrheit.‘ ‚Dann danke ich Ihnen herzlich.‘ Beim Gehen: ‚Haben Sie Dank, es tut wohl, treue Gesichter um sich zu haben!‘ — Kabinett bei Payer bis einhalbzwölf Uhr.“

Vgl. „Frankfurter Zeitung“ 25. 10. 1918, Abendblatt (Privattelegramm vom Vortage): „In später Abendstunde hat gestern der Kriegsrat noch getagt und über die durch die neue Note Wilsons geschaffene Lage verhandelt. Man kam vorläufig dahin überein, die Note zunächst nicht zu beantworten, sondern abzuwarten, welche Bedingungen die Entente für den Waffenstillstand mitteilen werde.“

3) Haefthen berichtet, daß er an der „abendlichen Kabinettsitzung des 24. Oktober“ nicht teilgenommen habe, da er „offenbar absichtlich“ nicht eingeladen worden sei; „man befürchtete, daß ich als Anhänger des Generals Ludendorff und seiner Auffassung ihm von der bestehenden Absicht seiner Entlassung Mitteilung machen könnte. Von der Kabinettsitzung und ihrem Verlauf habe ich erst später Kenntnis erhalten.“ Nachlaß Haefthen, Erinnerungen.

4) Im Or. handschriftlich berichtet aus: „wiederkommen“.

5) Vgl. demgegenüber Haefthens sachlich zutreffende Darstellung in Nr. 86.

Frage von allerhöchster Bedeutung. Um Widerspruch Ludendorffs dürfen wir uns nicht kümmern. Hat Symptome innerer Unsicherheit gegeben.<sup>6)</sup>

**Solf** weist darauf hin, daß wir ja bereits bei zweiter Note beschlossen hätten, weitere Heerführer zu hören, Verantwortung können wir sonst nicht übernehmen.

**Erzberger:** Können wir jetzt überhaupt noch militärische Autoritäten hören? Haben jetzt allein Verantwortung zu tragen. Heute die Frage nicht mehr militärisch, sondern politisch. Ziehen wir O.H.L. hinzu, so wird Wilson wieder Vorwand gegeben zu behaupten, die militärischen Befehlshaber hätten noch die Macht.

**v. Payer** will nicht Heerführer zwecks Abfassung der Note, sondern lediglich hören, um sich selbst Urteil bilden zu können.

**Haußmann:** Dadurch, daß beide Herren vom Kaiser berufen seien, würden wir in gewisser Hinsicht jetzt schon präjudiziert, da jedermann wisse, daß beide Herren hier seien.<sup>7)</sup>

**Scheidemann** ist sich nicht im Zweifel, wie man zur Note Stellung nehmen soll. Aber zur eigenen Beruhigung müsse militärisches Sachverständigenurteil gehört werden. Dadurch, daß beide Herren herkämen, sei eine gewisse Belastung eingetreten. Er bedaure, daß Wilson ziemlich deutlich Stellung gegen O.H.L. und Kaiser nähme.

**Scheüch** hält Befürchtungen wegen Herkommens der beiden Herren für unbegründet.<sup>8)</sup> Müsse in Presse so geschickt gehandhabt werden, daß es nicht auffalle.

**Wahnschaffe** teilt mit, daß Oberst v. Haeften der O.H.L. gesagt habe, es wäre möglich, daß sie hierher berufen würden.<sup>5)</sup> Danach hätten sie sich wahrscheinlich selbst zum Vortrag angemeldet.

**Erzberger:** Wir müssen fordern, daß sofort andere Heerführer gehört würden; wenn O.H.L. keine Neigung hierzu zeige, dann müsse sie sich über Konsequenzen klar sein und könne nicht nach zwei Wochen damit kommen, daß sich jetzt alles so geändert habe, daß bisherige Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

**Solf** legt die Wilsonnote folgendermaßen aus.<sup>9)</sup> Sie zerfalle in zwei Teile: 1. Teil Waffenstillstand. Diesen könne er nicht ablehnen, nachdem Voraussetzungen erfüllt seien. 2. Teil, es sei ja gut und schön, daß wir neue Regierung gemacht hätten. Er erkenne sie aber noch nicht voll an, es seien immer noch autokratische Elemente vorhanden, zu denen er kein Vertrauen habe. Ehe Ihr nicht reinen Tisch gemacht habt, dürft Ihr nicht an Verhandlungstisch, oder aber Ihr müßt Euch ergeben. Fordert nicht Abdankung Sr. Maj., befindet sich selbst in großen Schwierigkeiten. Muß Rücksicht nehmen auf amerikanisches Volk und die Militärbefehlshaber der Entente, besonders Foch. Deshalb im zweiten Teil der Note Aufforderung an Deutschland, gebt mir Tatsachen, die mir Beruhigung ver-

<sup>6)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) schärfer: „Payer: Konsultieren den Arzt.“

<sup>7)</sup> A.a.O. folgt noch: „Die Konsequenzen ergeben sich von selbst, vielleicht in der Form der Befragung anderer Militärs.“

<sup>8)</sup> Demgegenüber heißt es bei Haußmann (s. Anm. 1): „Scheüch: Werde sofort telephonisch anfragen, ob Ludendorff berufen sei.“

<sup>9)</sup> Vgl. Prinz Max S. 495 Anm. 2, wo eine „Notiz vom 24. Oktober zur Verwendung durch Staatssekretär Solf in der Kabinettsitzung“ wiedergegeben ist.

schaffen. Dazu würde gehören: 1. Abdankung Ludendorffs, 2. Zivilgewalt über Heeresgewalt. Können wir beides zusagen, so haben wir guten Waffenstillstand und guten Frieden.

Erzberger bittet um authentischen Text bis morgen früh. Stimmt Solf zu. Wir müssen deshalb sehr schnell zu Abhilfemaßnahmen schreiten. Art. 11 muß andere Gestaltung gewinnen. Wilson muß für später Sicherheiten haben. Es handelt sich um einstimmigen Wunsch der Mehrheitsparteien. Macht Vorschlag für Neufassung. Art. 48 der preuß. Verfassung<sup>10)</sup>, der weitergehe als Reichsverfassung, sei mit aufzunehmen. Dann sei klipp und klar dargelegt, daß keine autokratische Regierung mehr bestehe. Wir müssen gleich mehr geben und können nicht nach jeder neuen Wilsonnote neue Verfassungsänderungen vornehmen.<sup>11)</sup>

Ferner Art. 15<sup>12)</sup> dahin zu ändern, daß Reichskanzler zu seiner Amtsführung Vertrauen der Mehrheit bedarf. Dies Verankerung des parlamentarischen Systems, wie es bereits in anderen parlamentarischen Staaten geschriebenes Recht sei.<sup>13)</sup>

Ebenso sei Art. 64<sup>14)</sup> oder 17<sup>15)</sup> entsprechend den Wünschen der Mehrheitsparteien zu ändern, in der Weise, daß sämtliche Akte des Kaisers auch für Heer und Marineangelegenheiten<sup>16)</sup> der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, also auch Heer und Marine der verfassungsmäßigen Verantwortung unterliegen.<sup>17)</sup>

Ob Ludendorff zum Abschied zu bewegen, sei zweifelhaft, aber vielleicht ziehe er selbst Konsequenzen. Ist im Prinzip mit Abgang einverstanden. Geschlagener General müsse zurücktreten.<sup>18)</sup>

Erster Teil der Note gäbe uns keinen Grund zur völligen Ablehnung. Zweiter Teil

<sup>10)</sup> Art. 48 der preußischen Verfassung vom 31. I. 1850 hatte folgenden Wortlaut: „Der König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, auch andere Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Letztere bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern, sofern es Handelsverträge sind, oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden.“

<sup>11)</sup> Erzberger setzt sich also für eine Neufassung des Art. 11 ein, die noch über den in der Plenarsitzung vom 24. 10. 1918 angenommenen Abänderungsantrag der Mehrheitsparteien hinausgeht; vgl. Nr. 79 Anm. 3. Wie die folgenden Diskussionsbeiträge Scheidemanns und Gröbers zeigen, wird das Protokoll den Ausführungen Erzbergers nicht gerecht, dessen Vorschlag für eine „Neufassung“ im wesentlichen mit den in Nr. 89b unter Punkt 1 wiedergegebenen Richtlinien für eine weitere Abänderung des Art. 11 übereingestimmt haben dürfte.

<sup>12)</sup> Wortlaut des Art. 15: „Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist. Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrates vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.“

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 89b. Dazu Nr. 66 (bes. Anm. 6), Nr. 81 (Anm. 3) und Nr. 91 (bes. die Anlagen 1 und 2).

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 16 und Nr. 81 bes. auch Anm. 5.

<sup>15)</sup> Wortlaut in Anm. 3 zu Nr. 66. Dazu Nr. 66 bes. Anm. 6 und Nr. 81 bes. Anm. 3.

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 66 bes. Anm. 15 und Nr. 63 bes. Anm. 4.

<sup>17)</sup> Dazu Nr. 89b.

<sup>18)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) deutlicher: „General Ludendorff ist ein geschlagener General, er hat uns durch seine Übergriffe in die Politik und nicht rechtzeitiges Einlenken in die verzweifelte Lage gebracht.“ Dagegen in einer unveröffentlichten Aufzeichnung Scheidemanns über diese Sitzung: „Erzberger: [. . .] Sehr scharf gegen L[udendorff], trotzdem vielleicht zu viel, seinen Rücktritt zu fordern.“

müsse durch Verfassungsänderung erledigt werden. Der interfraktionelle Ausschuß habe sich mit den vorgeschlagenen Änderungen bereits einverstanden erklärt.<sup>19)</sup>

**Simons** weist im Auftrage des Herrn Reichskanzlers darauf hin, daß bei der Frage der Unterstellung der Kommandogewalt unter parlamentarische Kontrolle die Frage der Militärkonventionen<sup>20)</sup> eine Rolle spiele, welche sehr kompliziert sei und daher nur nach eingehender Prüfung geregelt werden könnte.

**Scheidemann** sieht in dem Vorschlag Erzbergers<sup>21)</sup> insofern einen Widerspruch, als Reichskanzler Verträge abschließen, aber Kaiser das Reich nach außen vertreten soll.

**Erzberger:** Das Staatsoberhaupt müsse die Repräsentation nach außen haben. Die allgemeine Fassung seiner Abänderungsvorschläge zu Art. 64 mache eine Abänderung der Konventionen unnötig. Der Kriegsminister hätte Doppelstellung: preußischer Staatsminister und im Nebenamt Staatssekretär.

**Gröber** sieht Unstimmigkeit darin, daß Kaiser bei Vertragsschließungen doch nicht ausgeschlossen werden kann. Ferner bedürften nach dieser allgemeinen Fassung auch alle kleinen Bündnisverträge der Genehmigung des Bundesrats und des Reichstags. Mit den anderen Änderungen ist er einverstanden. Für die Befehlsgewalt sei der Reichskanzler dem Bundesrat und Reichstag verantwortlich, soweit es sich um die Verwaltung des Reichsheeres handelt, nicht also um die Kommandogewalt.

Die Wirkung der Abänderung zu Art. 11 werde nicht durch die beantragte Formulierung erzielt. Man könne nicht Reichskanzler als Vertragsschließenden hinstellen. Selbstverständlich sei, daß er die Verhandlungen führe.

**Graf Roedern** empfiehlt, schon jetzt Kriegsminister zum Stellvertreter des Reichskanzlers zu machen, da er jetzt schon eigentlich Reichskriegsminister ist und als solcher die meisten Fragen im Reichstage selbst zu beantworten habe.

Die Frage des Vertrauensvotums sei sehr schwierig. Solle bei jeder kleinen gegen ihn gehenden Abstimmung der Reichskanzler genötigt sein, sein Amt niederzulegen? Dies sei unerträglich. Dürfe nur auf Fälle beschränkt werden, wo er selbst das Vertrauensvotum verlangt oder Reichstag es beantragt.

**Lewald:** Heutige Gesetzesvorlage schaffe schon Möglichkeit, Kriegsminister zum Stellvertreter des Reichskanzlers zu ernennen.<sup>22)</sup> Kreis seiner Verantwortung könne vom Reichskanzler bestimmt werden. Wenn man bestimme, daß Kriegsminister und Militärkabinett unter Reichskanzler gestellt würden<sup>23)</sup>, so werde das sehr gut wirken. Dazu keine Gesetzesänderung, sondern nur Verordnungen

<sup>19)</sup> Vgl. Nr. 88.

<sup>20)</sup> Dazu das Kapitel „Militärkonventionen und Verfassungswirklichkeit“, bei Otto Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. und ergänzt von Alexander Scharff, Heidelberg 1958, S. 473 ff.

<sup>21)</sup> Zu Art. 11. Vgl. oben Anm. 11.

<sup>22)</sup> Bezieht sich auf die Änderung des Stellvertretungsgesetzes, die am 24. 10. 1918 vom Reichstag in 2. Lesung gebilligt worden war; vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6239 ff. Dazu oben Nr. 15.

<sup>23)</sup> Vgl. Nr. 75 (bes. auch Anm. 14) und Nr. 81.

nötig. Ganz einfach bei Marine. Schlägt vor, Kriegsminister zum Stellvertreter zu bestellen und Militär- und Marinekabinett unter Kriegsminister zu stellen, damit schon viel getan. Möglich erscheine es ihm auch, im Art. 17<sup>15)</sup> zu sagen, daß die Gegenzeichnung auch bei Angelegenheiten der [Abschnitte IX und XI]<sup>24)</sup> der Reichsverfassung erforderlich sei.<sup>17)</sup>

**Erzberger** kommt auf Art. 11 zurück<sup>25)</sup> und befürwortet seine Fassung. Kaiser fertige Verträge aus, Reichskanzler schließe sie ab. Man komme um Vertretung des Reiches durch Kaiser nicht herum. Es sei in der Änderung schon sehr viel erreicht. Keine Stelle mehr vorhanden, die nicht mehr Kontrolle unterstehe.

Art. 15. Vertrauensfrage brauche nicht bei jeder kleinen Sache gestellt zu werden. Die von ihm vorgeschlagene Änderung werde erzieherisch auf Parlament wirken. Ist für Vorschlag von Lewald bei Art. 17. Eigentlich sei die Rechtslage jetzt schon so, daß auch hinsichtlich Abschnitt IX und XI der Reichsverfassung Gegenzeichnung des Reichskanzlers erforderlich sei. Art. 17 werde nur falsch ausgelegt. Jetzt sei nur richtige Auslegung gesetzlich festzulegen.

**Haußmann** stellt gewisse Einigkeit fest, daß die Fragen, die Verfassungsausschuß beschäftigt haben<sup>26)</sup>, jetzt gelöst werden müßten. Nicht nur wegen Antwort an Wilson, sondern weil innerer Anlaß vorliege.<sup>27)</sup>

Was die Wilsonnote betreffe, so bestehe sie seiner Ansicht nach nicht aus zwei, sondern aus drei Teilen. 1. Genugtuung Wilsons, daß seine Forderungen erfüllt<sup>28)</sup> seien; 2. Räumungsfragen. Diese Forderung geht möglicherweise bis zur Wehrlosmachung Deutschlands; 3. Anzweiflung der Dauer unserer Verfassungszustände. Ist als Erschwerung für die zu stellenden Bedingungen anzusehen. Verschiedene Motive. Erster Teil echter Wilson. Zweiter Teil für Bundesgenossen, besonders Frankreich, bestimmt, die ihre Ansprüche angemeldet haben, die er mit in die Möglichkeiten aufgenommen hat. Dritter Teil eine Raterteilung: Ihr kommt besser weg, wenn Ihr noch mehr tut. Vier Antworten möglich. 1. Keine Antwort, 2. kurze Empfangsbescheinigung, 3. ablehnende Antwort, 4. materielle Antwort.

O. H. L. anscheinend für ablehnende Antwort. Diese möglich und nötig, wenn bereits solche Forderungen gestellt werden, welche deutsches Volk als unerträglich empfindet. Die Vorschläge bezüglich des Waffenstillstandes können so gedacht sein, aber er hat sich noch immer eine Möglichkeit gelassen, sich zurückzuziehen. Das Volk empfindet dies noch nicht so hart wie Einzelbedingungen.

Antwort muß für die drei Teile differenziert sein. Teil 1, keine Antwort; Teil 2, Gegenfrage und Bedingung abwarten, aber schon jetzt mit aller Bestimmtheit erklären, daß Deutschland auf Wehrlosmachung nicht eingehen könnte. Dieses nötig, hilft auch Wilson gegen Franzosen, die diese Zumutung gestellt haben. 3. Teil stellt uns vor besonders schwere Aufgaben. Mit Raffinement lockt Wilson deutsches Volk, um es zu

<sup>24)</sup> Im Or. falsch: „Art. 9 und 11“. Der Zusammenhang zeigt jedoch eindeutig, daß Lewald sich auf die Abschnitte IX (Marine und Schifffahrt = Art. 53—55) und XI (Reichskriegswesen = Art. 57—68) der Reichsverfassung bezieht.

<sup>25)</sup> Vgl. oben Anm. 11.

<sup>26)</sup> Vgl. Nr. 66 (bes. Anm. 6, 15 und 16), Nr. 81 (bes. Anm. 3, 4, 6 und 7) und Nr. 88.

<sup>27)</sup> Die in kleinerer Type gedruckten Ausführungen Haußmanns finden sich bereits — von unwesentlichen stilistischen Abweichungen (mit zwei Ausnahmen; vgl. Anm. 28 und 29) abgesehen — bei Haußmann S. 260 f.

<sup>28)</sup> Bei Haußmann S. 260: „angenommen“.

spalten und [dem] deutschen Kaiser Abdankung zuzumuten. Er als Demokrat sei in der Frage nicht so ängstlich, aber er müsse doch sagen, man werfe seinen Kaiser nicht weg, wenn es der Feind verlangt.<sup>29)</sup> Wir haben auf diese Frage überhaupt keine Antwort in der Note zu geben.<sup>30)</sup> Wir haben nur Aktion, auf die wir uns geeinigt haben, zu machen. Dies können wir, da es unseren Anschauungen entspricht.

Wir müssen Frage in Betracht ziehen, ob nicht Ludendorff abgehen soll. Wir sollten aber jede Heereskrisis vermeiden, besonders Abgang Hindenburgs. Aber das dürfe nicht alleiniger Gesichtspunkt sein. Antwort müsse rasch und kurz sein.

**Gröber** hält es für nicht genügend, wenn Verantwortung in Abs[chnitt] IX und XI der R[eichs]v[erfassung] auf Heer und Marine ausgedehnt werde. Man müsse sagen, daß Kriegsminister für alle Heeresfragen seines Kontingents verantwortlich sei, dadurch sei es gegeben, daß die Ernennung aller Offiziere unter seiner Verantwortung stehe. Eine Verantwortung gegenüber dem Reichstag sei für Kriegsminister auch möglich, auch wenn er Landesbeamter ist, wie er ja auch andererseits über Reichsmittel verfügt. Die Einzelfragen müßten noch genau geprüft werden.

**v. Payer** stellt fest, daß keine Einstimmigkeit hinsichtlich des Antrages erzielt sei, Ludendorff zu drängen, daß er abgehe.<sup>31)</sup>

Dagegen bestehe Einstimmigkeit, daß verschiedene Bestimmungen der Verfassung geändert werden müßten. Das Reichsamt des Innern solle möglichst bald Vorschläge machen.

**Lewald** teilt mit, daß er heute bereits eine Einladung zu einer Sitzung morgen vormittag habe ergehen lassen<sup>32)</sup>, in der formulierte Vorschläge gemacht werden sollten.<sup>33)</sup> Bis Sonnabend<sup>34)</sup> mittag könne dann das ganze Material fertig vorliegen.

**Erzberger** bittet, die Sache so zu beschleunigen, daß sie bereits morgen, Freitag, fertig vorliegen könne.

<sup>29)</sup> Dazu die in Anm. 2 zitierten Äußerungen Haußmanns. Ferner seine Niederschrift über die Fraktionsitzung der Fortschrittlichen Volkspartei vom 25. 10.; maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 148. Danach referierte Haußmann vor der Fraktion über seine Stellungnahme zur Wilson-Note und zur Kaiserfrage in der Kabinettsitzung. Aus der Fraktion verzeichnet er u. a. folgende Äußerungen:

„Heckscher: [. . .] Ich meine, wir sollten den Kaiser nicht fallenlassen [. . .]“

„Naumann: Es wäre eine Erleichterung, wenn der Kaiser verzichten würde. Aber trotzdem nicht vom Parlament beseitigen [. . .]“

„Gothein: [. . .] Kaiser sollte weg. Aber nicht vom Parlament. Vorbereitung eines preuß[ischen] Stellvertret[un]gsgesetz[es]. Ein Bundesfürst sollte mit dem Kaiser sprechen.“

<sup>30)</sup> Bei Haußmann S. 260 folgt hier noch: „wohl aber müsse nach Absendung der Note der Kaiser selbst angesichts der Lage seine Entschließung fassen, ohne den Druck der Regierung abzuwarten.“

<sup>31)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) heißt es konkreter: „Payer: Solfs Anregung, Ludendorff zu entlassen, hat keine Zustimmung erhalten, man kann das der ‚Entwicklung‘ überlassen.“

<sup>32)</sup> Vgl. Nr. 89b.

<sup>33)</sup> Für Verlauf und Ergebnisse dieser Sitzung vgl. Nr. 91.

<sup>34)</sup> 26. 10. 1918.

**Scheüch** teilt mit, daß er bereits mit Chef des Militärkabinetts<sup>35)</sup> über die Fragen in Verbindung getreten sei und praktische Durchführung besprochen habe. Es würde sich empfehlen, bei den Beratungen morgen<sup>33)</sup> die Militärbevollmächtigten der Bundesstaaten hinzuzuziehen. Es müsse auch möglichst bald Sr. Maj. Meldung erstattet werden, entweder durch Chef des Militärkabinetts oder Reichskanzler.

Es<sup>36)</sup> herrsche allgemeines Einverständnis darüber, daß die beabsichtigten weiteren Änderungen der Reichsverfassung als Abänderungsanträge zu der Vorlage zu Art. 11 gebracht und bereits Sonnabend<sup>34)</sup> beraten werden könnten. Die Abgeordneten der Mehrheitsparteien sollen ersucht werden, nicht abzureisen, damit ein ordnungsmäßiger Beschluß zustande kommt.

**Solf:** Es müsse noch geprüft werden, ob eine Antwort auf die letzte Wilsonnote überhaupt gegeben werden soll.

**Wahnschaffe:** Man müsse auf die Presse einen erhöhten Einfluß jetzt ausüben. Die parlamentarischen Staatssekretäre möchten doch auch auf ihre Parteipresse einwirken, diese sei sehr erregt. Ob eine offizielle Pressebesprechung Zweck habe, bezweifle er.

**Graf Roedern** unterstützt den Wunsch bezüglich der Presse. Es bestehe der Wunsch, die Presse mobil zu machen gegen die Wilsonnote.

**v. Stumm** schildert den Verlauf der heutigen Pressebesprechung<sup>37)</sup> und erwähnt, daß Oberst v. Haeften den Standpunkt der militärischen Ehre vertreten habe. Es müsse weiter gekämpft werden, es dürfe auf die Wilsonnote nicht mehr geantwortet werden.

Die Presse werde, wenn ihr nicht in wenigen Tagen<sup>38)</sup> gesagt würde, daß die Verfassungsänderungen vorgenommen würden, Abdankung Sr. Maj. verlangen.

**Scheidemann:** Die Antwort muß schnell gehen und kurz sein. Es ist nur auf die Frage der Bedingungen des Waffenstillstandes und auf die zweite Frage, mit wem er zu verhandeln habe, zu antworten. Er verliert einen Antwortentwurf.

Wenn weitere Verfassungsänderungen durchgesetzt würden, dann brauchten wir zu der zweiten Frage überhaupt nichts mehr zu sagen. Wenn die Frage der Kaiserabdankung an das Volk käme, dann stimme dieses nach den Mitteilungen, die ihm geworden seien, für die Abdankung. Die Gefahr des Bolschewismus werde immer größer.

Wir müssen uns prüfen, ob wir eine Antwort geben könnten, nach der wir [nicht] noch weiter zu kämpfen brauchten. Können wir den Standpunkt der militärischen Ehre überhaupt noch vertreten? Gehen wir in aussichtslosen Kampf hinein, so bräche das Volk zusammen, die Truppen würden unzuverlässig. Antworten müßten wir jedenfalls. Auch die Antwort, daß wir weiter kämpfen wollten, würde

<sup>35)</sup> Generalmajor Frh. Marschall.

<sup>36)</sup> Bei diesem resümierenden Absatz, der dem Schriftbild des Or. nach Scheüch zuzuschreiben wäre, dürfte es sich kaum um Ausführungen des Kriegsministers handeln.

<sup>37)</sup> Vgl. Nr. 86.

<sup>38)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „in 4—5 Tagen“.

schlecht wirken. Die Volkserhebung habe keine Bedeutung. Die Leute, die sie aus den Fabriken herausholten, seien bolschewistischen Charakters. Wir müßten uns klar werden über Lage. Gelänge es uns, Wilsons Forderungen zu erfüllen, so hoffe er, um Kaiserfrage heranzukommen. Wünsche nicht, Frage der Monarchie zu lösen. Möchte sie ganz ausgeschieden wissen. Der Sozialdemokratie sei die äußere Staatsform Nebensache.<sup>39)</sup>

**Scheüch** beantwortet Fragen wegen Haltung der Truppen draußen und im Innern. Nach Nachrichten von der Front sei die Haltung der Truppen gut; sie seien aber schwach und müde, hielten jedoch noch gut aus. Nach der Richtung habe er keine Besorgnis. Wenn die Kriegslage so gestaltet werden könne, daß wir Truppen in Ruhe bringen könnten, dann hätten wir viel gewonnen. Bei Truppentransporten in der Heimat kämen allerdings viel Ausschreitungen vor. Da helfe nichts wie gute Begleitkommandos. Leicht nehme er aber diese Sorge nicht. Aus den Fabriken würden nur solche Leute hinausgeschoben, die noch nicht im Felde waren.

Die Heerführer müßten besonders über die Befähigung der Truppe, weiter standzuhalten, gehört werden. Er habe dieserhalb mit Chef des Militärkabinetts<sup>35)</sup> gesprochen. Hindenburg solle diese zu einer Besprechung zitieren und diese leiten. Dadurch würde sehr die Empfindlichkeit geschont. Auch müßten Führer nichtpreußischer Kontingente gehört werden. Die Zahl dürfe nicht zu groß sein. Er werde diesen Wunsch Hindenburg zum Vortrag bringen.

**Solf:** Die Abberufung von Ludendorff würde in Amerika guten Eindruck machen.<sup>40)</sup> Ist eine Krisis mit der O.H.L. zu erwarten? Nach der Äußerung von Oberst v. Haefen in der Pressesitzung<sup>23)</sup> erscheint das wahrscheinlich. Eine Konfrontierung mit den beiden Generälen würde zu nichts führen, sie würden sich mit nichts einverstanden erklären. Kriegsminister habe Änderung im Oberkommando für möglich bezeichnet.<sup>41)</sup> Wir müßten die Lage ins Auge fassen, daß jetzt beide Heerführer gehen. Die Zivilverwaltung könne nichts tun, ohne daß die O.H.L. dagegen handle.

**Graf Roedern:** Die Sache werde sich von selbst erledigen. Hinsichtlich der militärischen Lage müssen wir Klarheit haben, was sich die Heerführer äußersten Falles vom Weiterkampf versprechen. Können sie uns sagen, daß bei einem längeren Krieg ein Wechsel eintreten könne, dann sei es gut. Können sie uns das aber nicht sagen, dann könnten wir nicht sagen, daß wir mit Ehren untergehen wollten. Dieser Tatsache müßten wir klar ins Auge sehen. Auch die Lage an den übrigen Fronten und in den sonstigen außenpolitischen Verhältnissen

<sup>39)</sup> Die letzten drei Sätze abgedruckt bei Prinz Max S. 498 (Anm. 1). Die a.a.O. S. 499 wiedergegebene Äußerung Scheidemanns: „Liebknecht ist von Soldaten mit dem Eisernen Kreuz auf die Schultern gehoben worden. Wer hätte das noch vor drei Wochen für möglich gehalten!“ fiel erst in der Sitzung des Kriegskabinetts vom folgenden Tage; vgl. Nr. 90.

<sup>40)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „Solf: Neutralien[!] hält Abberufung Ludendorffs für Verbesserung der Lage Deutschlands. Wir müssen in den sauren Apfel beißen.“

<sup>41)</sup> Dieser Satz ist im Or. mit der eigenhändigen Randbemerkung versehen: „Nur in bezug auf Ludendorff]. Sch[eüch].“

habe sich sehr zu unserm Nachteil verändert.<sup>42)</sup> Die innere Stimmung bei uns sei auch sehr schlecht, besonders bei den Leuten, die an die Front gehen sollten.<sup>43)</sup>

**Erzberger** schließt sich dieser ungünstigen Beurteilung unserer äußeren und inneren Lage an.<sup>44)</sup> Er weist ferner auf unsere ungenügende diplomatische Vertretung in Wien, Warschau und Budapest hin und hält durchgreifende Maßnahmen für nötig.

Die Zentrumsfraktion habe sich<sup>45)</sup> einstimmig gegen nationale Verteidigung ausgesprochen.<sup>46)</sup>

**Friedberg** will Gedanken der militärischen Ehre nicht so ganz ablehnen.<sup>47)</sup> Jetzt seien wir noch ungeschlagen und hätten den Rücken frei. Sollten wir uns da bedingungslos übergeben? Man müsse sich doch Zukunft sichern. Denkt sich Beantwortung der Note ähnlich wie Scheidemann. Nur müsse man zu dem zweiten Teil mehr sagen, nämlich, daß die Verfassungsänderungen durch Gesetzgebung gesichert seien.

**v. Payer:** Ob wir, um unsere Ehre zu retten, Krieg fortsetzen sollten, sei zweifelhaft. Zunächst müßten wir fragen, was sie für Bedingungen von uns verlangten.

**Scheüch:** Zur Klärung der Frage, ob weiter gekämpft werden müsse, sollten ja Hindenburg und Ludendorff gehört werden. Den gleichen Zweck habe die Anhörung der anderen Heerführer.

Was die Vorbedingung für das Weiterkämpfen anlange, so bleibe die Hauptfrage die Ölfrage. Nachdem wir die Hand auf die Marinebestände gelegt hätten, seien wir bis zum 1. April 1919 mit Heer und Marine mit Öl gedeckt. Über 1. April hinaus<sup>48)</sup> könne auch die Eisenbahn und Industrie befriedigt werden. Für die Beurteilung der Möglichkeiten der Kriegführung und der Politik sei die Frage wichtig, wie groß ist der Friedenswille unserer Gegner, wie ist die Kriegsmüdigkeit im Auslande.

**Solf:** Wir sind hier nur auf Vermutungen angewiesen und auf Gerüchte.

<sup>42)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) werden die Ausführungen *Roederns* über die außenpolitische Lage im einzelnen wiedergegeben: „Konstantinopel gesperrt. Donaufront hergestellt. Karolyi [ungarischer] Ministerpräsident [richtig: Präsident des „Ungarischen Nationalrates“; seit 25. 10.], Gelddurchfuhr gesperrt, an der Piavefront schwere Angriffe. Schmieröl geht mit Rumänien und Galizien verloren.“

<sup>43)</sup> Die in Anm. 18 zitierte Aufzeichnung Scheidemanns verzeichnet hier: „*Roedern* wie *Sch[eide-mann]*: milit[ärische] Ehre nicht maßgebend. [...] Sold[at]en schießen aus den Zügen in D[eut]schl[an]d.“

<sup>44)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) konkreter: „*Erzberger*: Karolyi läßt durchmarschieren. Tisza hat das Bündnis gekündigt [25. 10.]. 10.000 Deutsche verloren.“

<sup>45)</sup> A.a.O.: „heute abend“.

<sup>46)</sup> Vgl. Prinz Max S. 499.

<sup>47)</sup> Bei Scheidemann (s. Anm. 18): „*Friedberg* betont milit[ärische] Ehre! Sedan war keine Un-ehre für Frankreich.“

<sup>48)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „dann noch einige Monate [. . .]“

v. Payer schließt die Sitzung<sup>49)</sup> mit der Bemerkung, daß der Entwurf der Note sobald wie möglich vorbereitet werden solle.<sup>50)</sup>

<sup>49)</sup> Gegen 23 Uhr 30; vgl. Anm. 2.

<sup>50)</sup> Prinz Max S. 499 f. faßt das Ergebnis der Sitzung, an der er nicht teilgenommen hatte, folgendermaßen zusammen: „Die Mehrzahl der Staatssekretäre war der Auffassung: wir dürften Wilson nicht so antworten, daß wir auf das Weiterkämpfen festgelegt wären. Zur Beurteilung der Kriegslage genüge das Gutachten des Generals Ludendorff nicht, er habe Zeichen innerer Unsicherheit gegeben. Über die Notwendigkeit, alsbald andere Heerführer zu hören, waren sich heute alle einig.

Die Herren diskutierten, ob der General Ludendorff in seiner Stellung verbleiben könne. Es fiel das Wort: Der geschlagene Feldherr solle zurücktreten. Aber niemand war für die Initiative des Kabinetts. Man wollte die Dinge sich entwickeln lassen und erwartete die Lösung von der Berufung anderer Heerführer.“

**89b: Nachlaß Prinz Max. Ohne Datierung und nicht unterzeichnet. Überschrift: „Aufzeichnung“.**<sup>1)</sup>

In der Kabinetts-Sitzung vom 24. Oktober abends wurden die Verfassungsänderungen, die in der Richtung der Parlamentarisierung der Reichsregierung liegen und nach der neuen Wilsonschen Note dringlich erscheinen, eingehend besprochen. Es wurde beschlossen, den Gesetzentwurf über Abänderung des Artikel 11 R.V. morgen von der Tagesordnung abzusetzen<sup>2)</sup> und die dritte Lesung am Sonnabend<sup>3)</sup> vorzunehmen. Dann sollen folgende Abänderungsanträge aus dem Reichstag (mit 30 Unterschriften, nach der Geschäftsordnung) eingebracht werden:

1. Zu Artikel 11 nach Satz 1:

Verhandlungen mit fremden Staaten führt der Reichskanzler. Verträge bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags. Der Kaiser fertigt die Verträge aus und vertritt das Reich nach außen.

(Besondere Bestimmungen über Krieg und Frieden fallen dann weg).

2. Zu Artikel 15 Satz 2: Der Reichskanzler kann sein Amt nur mit Zustimmung des Reichstags führen.

<sup>1)</sup> Die Aufzeichnung dürfte in der Reichskanzlei oder im Reichsamt des Innern angefertigt worden sein.

<sup>2)</sup> In der um 14 Uhr 22 eröffneten Reichstagsitzung vom 25. 10. wurde auf Antrag Fischbecks die dritte Lesung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Art. 11 von der Tagesordnung abgesetzt. Fischbeck erklärte dazu: „Von den Mehrheitsparteien sind im Zusammenhang und im Anschluß an die Vorlage Anträge in Vorbereitung, welche eine Erweiterung des vorgeschlagenen Entwurfs anstreben und auch Änderungen der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten verfassungsrechtlicher Art herbeizuführen suchen. Diese Anträge sind in der Presse schon seit acht Tagen besprochen, zum Teil fallen sie auch zusammen mit Anträgen, die schon vor längerer Zeit vom Verfassungsausschuß dem hohen Hause vorgelegt sind. Es war uns aber leider nicht möglich, die definitive Fassung dieser Anträge schon in allen Einzelheiten zu finden; sie werden aber hoffentlich im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt werden. Ich möchte deshalb bitten, diesen dritten Gegenstand der Tagesordnung für heute abzusetzen und auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu stellen.“ Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6249.

<sup>3)</sup> 26. 10. 1918.

## 3. Artikel 17 (oder 64 oder 66a):

Sämtliche Akte des Kaisers, auch wenn sie sich auf die Abschnitte IX (Marine) oder XI (Reichskriegswesen) der Verfassung beziehen, sind von dem Reichskanzler gegenzuzeichnen, der dadurch die Verantwortung übernimmt.

Die Fassungen sind noch nicht festgestellt. Darüber soll morgen eine Besprechung zwischen dem Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt, Justizministerium, Ministerium des Innern, Staatsministerium, Kriegsministerium, Reichsmarineamt und den Militärbevollmächtigten der Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung stattfinden.<sup>4)</sup> Insbesondere soll dabei auch die Wirkung der Änderung zu 3) auf die Militärkonventionen sorgfältig geprüft werden.

Gedacht ist die Bestellung eines Staatssekretärs des Reichskriegswesens unter Mitzeichnung des Reichskanzlers mit der Maßgabe, daß als solcher der jeweilige Preußische Kriegsminister ernannt wird.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 91.

## 90.

## 25. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung des Kriegskabinetts am 25. Oktober 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Vizekanzler v. Payer, Gröber, Erzberger, Haußmann, Scheidemann, Trimborn, Friedberg, Graf Roedern, Wahnschaffe, Geheimrat Simons, Oberst v. Haefen, Regierungsrat v. Bornstedt als Protokollführer, Geheimrat Heilbron, Leg[at]ionsrat v. Stumm.

**Erzberger:** In Stettin hat der kommandierende General<sup>3)</sup> ein uns früher auch mitgeteiltes, aber als ganz geheim bezeichnetes Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler<sup>4)</sup> durch Maueranschlag veröffentlicht. Dies ist ein unerträglicher Zustand.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Im Nachlaß Haußmann 148, maschinschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung; sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll sind in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>2)</sup> Nach dem Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) begann die Sitzung des „engeren Kriegsrats“ um 10 Uhr.

<sup>3)</sup> Frhr. von Vietinghoff, stellv. kommandierender General des II. Armeekorps.

<sup>4)</sup> Wie sich aus der „Frankfurter Zeitung“, 25. 10. 1918, Abendblatt — die den Wortlaut des Briefes auszugsweise nach dem Abdruck in der „Kreuzzeitung“ mitteilt — ergibt, handelt es sich um ein Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler vom 14. 10., abgedruckt Amtliche Urkunden S. 112 f.

<sup>5)</sup> Den auszugsweisen Abdruck dieses Schreibens kommentierte die „Frankfurter Zeitung“ (s. vorige Anm.) wie folgt: „Was soll dieser Brief? Und wie kam er in die Hände des kommandierenden Generals in Stettin, der ihn seiner bekannten, durchaus im alten System wurzelnden Gesinnung entsprechend durch Maueranschlag veröffentlicht hat? Wird hier nach alter Methode Politik getrieben? Der Anteil der Obersten Heeresleitung am Waffenstillstand

Präsident Fehrenbach wünscht, daß der Reichstag morgen in Ferien geht, er möchte ihn nicht über Sonntag ohne Beschäftigung hier lassen.<sup>6)</sup>

**Scheidemann:** Die Zeitungen wissen nicht, was sie zur Unterstützung der Regierungspolitik schreiben sollen. Infolge der Erkrankung Deutlosers ist wohl die Ausführung der neuen Organisationen<sup>7)</sup> verschoben worden. Die Sache muß aber schnell in Fluß gebracht werden.

**v. Payer:** Deutlosers muß doch einen Vertreter haben in dieser kritischen Zeit.

**Erzberger:** Die Herren vom Verein deutscher Zeitungsverleger sind hier und sind sehr nervös.

**Heilbron:** Wir müssen mit den Redaktionen arbeiten, nicht mit den Verlegern. Wir informieren die Korrespondenten dauernd, aber politische Direktiven fehlen zur Zeit noch.

**Graf Roedern:** Die Verlegerorganisation unter Faber<sup>8)</sup> hat vor dem Kriege nur geringen Einfluß gehabt; sie sucht sich jetzt vorzudrängen. Ich rate, ihr nicht zu große Bedeutung beizulegen. Fabers Einfluß reicht nur dann sehr weit, wenn wir ihm diesen Einfluß einräumen.

**Erzberger:** Militärische Stelle (Haeften) hat gestern der Presse gegenüber<sup>9)</sup> einen anderen Standpunkt eingenommen als Stumm; ein derartiger Zustand ist unmöglich. Die Presse darf nur durch eine Stelle informiert werden. Es muß alles lediglich durch die Nachrichten-Abteilung unter Ausschluß der militärischen Stellen gehen.

**v. Stumm:** Nicht von Haeften, sondern Würz hat im Anschluß an Mitteilungen über die militärische Lage geäußert, daß es eine schlechte Rückwirkung auf die Front haben müsse, wenn die Presse für einen Waffenstillstand auch unter den schwersten Bedingungen eintrete. Vom militärischen Standpunkt aus habe Würz vielleicht nicht Unrecht gehabt, politisch betrachtet sei er wohl etwas zu weit gegangen. Die Grenze sei bei der gegenwärtigen Situation aber sehr schwer zu ziehen.

**Erzberger:** Die Folge der zwiespältigen Auffassung der politischen und militärischen Stellen ist schlimm. Die militärischen Stellen müßten ihre Äußerungen, die sie der Presse abgeben wollen, vorher den politischen Stellen vorlegen.

---

ist bekannt, der Wechsel in der Beurteilung der Lage ist es gleichfalls — aber völlig unbegreiflich und in höchstem Maß auffällig ist nun diese Demonstration gegen die „innere Zerrissenheit und die verzagte Stimmung“, der Hindenburg die Schuld an der zügellosen Siegesstimmung der Feinde zuschreibt. Der Brief enthält daneben Richtiges, aber die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes wird den Wunsch haben, daß ganz andere Dinge von der Obersten Heeresleitung klargestellt und erläutert werden, bevor es billig erscheint, daß diejenigen, die die Verantwortung für die militärische Beurteilung unserer Gesamtlage bei der Absendung der ersten Note an Wilson tragen, die Verantwortung für die politischen Folgen der deutschen Niederlage einer Verzagtheit des deutschen Volkes zuschreiben. Wie denkt die deutsche Regierung über diese Frage?“

<sup>6)</sup> Der Reichstag wurde am Samstag, den 26. 10., nach Annahme der Verfassungsänderungen, vertagt.

<sup>7)</sup> Gemeint: Neuorganisation des amtlichen Pressewesens. Vgl. Nr. 70.

<sup>8)</sup> Friedrich Gustav Robert Faber, Verleger der nationalliberalen „Magdeburgischen Zeitung“.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 86.

**v. Stumm:** Richtig wäre es, wenn die Information der Presse nur durch eine Stelle erfolgte.

**v. Haefsten:** Das in Stettin öffentlich angeschlagene Schreiben Hindenburgs an den Kanzler<sup>4)</sup> war auch in Abschrift dem Kriegsminister zugegangen. Vom Kriegsministerium ist das Schreiben — ohne Wissen des Ministers — den Generalkommandos (stellv.) zugesandt worden.

**Erzberger:** Es muß dem Kriegsministerium klar gemacht werden, daß es nicht vertrauliche Schreiben hinausenden darf. Die Widerstände im Kr[iegs]min[isterium] gegen die eigene Politik des Kriegsministers müssen gebrochen werden.<sup>10)</sup>

**Wahnschaffe:** Es wäre vielleicht gut, wenn die Presse nichts über die Reise Hindenburgs und Ludendorffs brächte.<sup>11)</sup>

(Allgemeine Zustimmung).

**Graf Roedern:** Vor dem Vortrag Hindenburgs<sup>12)</sup> muß dem Kaiser unbedingt ein Zivilvortrag gehalten werden.

**Wahnschaffe:** Delbrück wird zusammen mit dem Chef des Militärkabinetts vor dem Hindenburgschen Vortrag den Kaiser entsprechend informieren.

**Erzberger:** Die Gelegenheit der Anwesenheit Hindenburgs muß benutzt werden, um die Abschaffung der politischen Abteilung der O.H.L. durchzusetzen.

**Graf Roedern** hat Bedenken hiergegen. Würden Bauer und Bartenwerffer weggeschickt<sup>13)</sup>, so würden andere Militärs zu politischen dauernden Informationen der O.H.L., die sie unbedingt brauche, kommen.

**Erzberger:** Ich bedauere sehr, daß Exzellenz Solf heute nicht anwesend ist, sein Ressort hat das größte Interesse an der Beseitigung der politischen Abteilung der

<sup>10)</sup> Dieser Satz ist im Or. handschriftl. gestrichen; sodann ist die Streichung wieder rückgängig gemacht.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 86 und Prinz Max S. 500: „Am 25. Oktober früh erfuhr ich, daß der Generalfeldmarschall und der General Ludendorff am vorigen Abend abgereist waren, trotz meiner ihnen übermittelten Aufforderung, in Spa zu bleiben. Für mich stand fest: diese Reise durfte nur mit der Entlassung des Generals Ludendorff enden. Die Eigenmächtigkeit war nur der Anlaß. Der Wunsch, die innere und äußere Situation zu erleichtern, sprach mit. Entscheidend war das verlorene Vertrauen.“

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 95.

<sup>13)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 1. 11. 1918, 2. Morgenblatt, berichtete in einem Privattelegramm aus Berlin vom Vortage, daß die „unter dem General v. Bartenwerffer bei der Obersten Heeresleitung bisher bestehende politische Abteilung, die den General Ludendorff in allen politischen Fragen beriet und in den letzten Jahren einen nicht zum Vorteil der Einheitlichkeit unserer Reichspolitik gereichenden starken Einfluß ausgeübt“ habe, aufgelöst worden sei. Bartenwerffer und „die anderen militärischen Persönlichkeiten, die, wie der Oberst Bauer und der Oberstleutnant Nicolai, ihre Haupttätigkeit weniger auf militärischem als vielmehr auf politischem Gebiete suchten“, würden aus ihren bisherigen Stellen ausscheiden. Dazu auch Oberst Bauer S. 254 f. und Groener, Lebenserinnerungen S. 418, wo es im Gegensatz zu Bauers Schilderung heißt, er, Groener, habe nach seiner Berufung zum Nachfolger Ludendorffs auf der Durchreise in Berlin bei einem Gespräch mit Bauer den Eindruck gewonnen, daß dieser „gern in meiner Begleitung ins Gr.H. Qu. zurückkehren würde. Ich verstand den Wink nicht.“

O.H.L., da sich ein militärisches Auswärtiges Amt neben dem Auswärtigen Amt herausgebildet hat.

**v. Stumm:** Es ist gelungen, die politische Tätigkeit der militärischen Stellen im neutralen Ausland zu unterbinden. Es ist eine Organisation im Gange, die sie dem Reichskanzler unterstellt.

**Haußmann:** Dreiviertel unserer Zeit wird damit verbracht, daß wir die Gegenwirkung gegen unsere Politik zu besprechen haben. Es muß endlich energisch gehandelt werden. Im Kriegsministerium wird gegen die eigene Politik des Ministers Politik getrieben.<sup>14)</sup>

**Erzberger:** Ich bitte um die Protokolle unserer Besprechungen. Dies sei notwendig, damit wir uns selbst kontrollieren können.

**Wahnschaffe:** Es wäre vielleicht bedenklich, wenn die Herren jedes einzelne Protokoll über jede der hier abgehaltenen Sitzungen erhalten würden. Die Gefahr, daß etwas dann in die Öffentlichkeit kommt, liegt doch wohl vor. Vielleicht ist es zweckmäßig, daß sie den Herren nur stets zur Einsichtnahme vorliegen. Natürlich könnten im einzelnen Falle, wenn der eine oder andere Herr es besonders wünscht, ihm auch ein besonderes Protokoll zugestellt werden.

**Scheidemann:** Die Protokolle müssen vorhanden sein zur Einsichtnahme, ich halte es nicht für gut, es jedem einzelnen in die Hand zu geben; wenn ich auch die Garantie dafür übernehmen möchte, daß aus meinem Amtszimmer nichts herauskommt, so erinnere ich doch an das Mißgeschick, das einzelne Diplomaten mit verlorenen Akten im Auslande gehabt haben; so etwas Menschliches kann schließlich jedem von uns auch einmal passieren.

**Simons** äußert Bedenken dagegen, in der Entziehung von gewissen Befugnissen der O.H.L. gegenüber zu schroff vorzugehen, da man riskierte, daß sie dann alles nicht rein militärische, worin sie sich jetzt betätige, einfach hinwerfe, z. B. ihre Arbeit in den wirtschaftlichen Organisationen.<sup>15)</sup>

**Scheidemann:** Wir haben manche Dinge angeregt, die unvollendet geblieben sind. Neulich hat Graf Roedern in Anregung gebracht, Oberst Bauer solle dienstlich gefragt werden, was er gewissen politischen Persönlichkeiten gesagt habe. Ist das geschehen? Weiß der Kaiser, welche Stimmung im Volke vorhanden ist?<sup>16)</sup> Der Reichskanzler wollte neulich mit dem Kaiser hierüber sprechen, ist das geschehen?

**Wahnschaffe:** Der Reichskanzler hat dem Kaiser eingehend hierüber Vortrag gehalten.<sup>17)</sup> Der Vortrag hat starken Eindruck auf den Kaiser gemacht. Der

<sup>14)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) gibt seine eigenen Ausführungen folgendermaßen wieder: „Der Kriegsminister wird in seinem eigenen Ressort konterkariert. Er verfolgt zwiespältige Instruktion der Presse. Das in der schwersten Zeit. Die Übernahme in eine Hand ist sofort nötig. Sonst vergeuden wir die Zeit mit Klagen. Die Verantwortung kann so nicht mehr lange getragen werden. Wir hoffen langmütig auf die eigene Gesundheit, die Hoffnung ist eitel.“

<sup>15)</sup> A.a.O. heißt es in leichter Akzentverschiebung: „*Simons:* Die Ressorts müssen sich mit dem neuen Geist durchdringen. Wir müssen intensiv überleiten. Alle Kriegsorganisationen können von der O.H.L. plötzlich und schädigend eingezogen werden.“

<sup>16)</sup> A.a.O. hier direkter: ob dem Kaiser „auch die Wünsche weiter Kreise betr. seiner Absetzung vorgetragen“ worden seien.

<sup>17)</sup> Am 20. 10. 1918; vgl. Nr. 75.

Kanzler bleibt in dauernder Fühlung mit dem Kaiser, evtl. wird durch Vermittlung Exzellenz Delbrücks der Kaiser dauernd über die Vorgänge und Stimmungen im Volk auf dem laufenden gehalten.

**v. Payer** verliest die Resolution des Herrenhauses<sup>18)</sup>, die den Monarchen der unentwegten Treue versichert. Payer fürchtet, daß die Gegenseite sich nun melden würde. Resolution müsse daher höchst ungünstig wirken.

**Graf Roedern:** Ich halte die sofortige Herbeirufung des Kronprinzen für angebracht.

**Wahnschaffe:** Wenn es dazu kommt, daß andere militärische Führer gehört werden, wird der Kronprinz sowieso nach Berlin gerufen. Es ist wohl besser, dies abzuwarten.

**Erzberger:** Läßt sich die Veröffentlichung der Herrenhaus-Res[olution] nicht verhindern?

**Gröber:** Resolution scheint mir nur die Antwort auf gewisse Pressestimmen der Gegenseite. Ich war erstaunt, wie weit einzelne Zeitungen schon in der Besprechung der Abdankungsfrage gegangen sind, trotz der bestehenden Zensurverfügung, wonach die Forderung der Abdankung nicht erörtert werden soll. Ich bin gegen die Berufung des Kronprinzen.

**Friedberg:** Der Abg. von Maltzan hat ebenfalls die Berufung des Kronprinzen angeregt. Der Kronprinz sitze vergrämt und verärgert und klage, daß er über die Vorgänge in Berlin nicht informiert sei. Es wäre gut, wenn er einmal herkäme und sich mit den neuen Ministern ausspräche.

Im Herrenhaus sei zunächst beabsichtigt gewesen, einen Aufruf zum Kampf bis zum Äußersten zu erlassen. Dies habe er durch Einwirkung auf die Linke zu verhindern gewußt. Darauf habe man sich auf die Resolution geeint. Es sei peinlich, wenn man den Herren jetzt sagen müßte, daß selbst eine solche Kundgebung der Anhänglichkeit und Treue im Augenblick nicht wünschenswert sei.

**Scheidemann:** Die Resolution muß verhängnisvolle Wirkung haben. Ich verstehe die Stellung der Herren durchaus; ich kann mich sehr gut in ihre Lage hinein-denken. Über Peinlichkeiten muß man jetzt hinwegsehen, dazu ist die Situation zu ernst. Exzellenz Gröber war gestern nicht hier, als wir uns dahin geeinigt haben<sup>19)</sup>, daß die Vorzensur zu beseitigen sei. Die Presse soll nur noch an 4 Punkte gebunden sein. Hierzu gehört die Erörterung der Kaiserfrage nicht. Meine Fraktion hat ein Rundschreiben an die sozialdem[okratische] Presse erlassen, in dem ersucht wird, die Kaiserfrage taktvoll zu behandeln. Die Presse läßt sich nicht mehr lange halten. Große Kreise halten die Abdankung des Kaisers für wünschenswert. Auch aus konservativem Munde habe ich dies gehört. Ein Zeichen, wie die Dinge stehen, war der Empfang Liebknecht[s], der von Soldaten mit dem Eisernen Kreuz getragen wurde, wer hätte dies noch vor

<sup>18)</sup> Dieser Antrag der konservativen Fraktion (Wortlaut bei Schulthess 1918/I S. 396) wurde aus „geschäftsmäßigem Bedenken“ in der Sitzung des preußischen Herrenhauses am 26. 10. nicht behandelt, aber in der nächsten Sitzung am 31. 10. einstimmig angenommen; vgl. a.a.O. S. 406. Dazu Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 104 f.

<sup>19)</sup> Vgl. Nr. 85.

3 Wochen für möglich gehalten!<sup>20)</sup> Ich habe gestern die Feigheit der Unabhängigen, die die Revolution wollen, aber sie doch nicht herbeiführen können, weil sie nicht die Männer dazu sind, verachtet.

**v. Stumm:** Die Zensurverfügung, die Artikel verbietet, welche die Abdankung des Kaisers verlangen, besteht noch; sie kann aber nicht länger als 4—5 Tage noch aufrechterhalten werden. Dann geht die Presse einfach darüber hinweg.

**Haußmann:** Wenn die Herrenhaus-Res[olution]<sup>18)</sup> herausgeht, so wird die dadurch hervorgerufene gereizte Stimmung sich gegen das Herrscherhaus wenden. Die Herren erreichen mit ihrer Resolution gerade das, was sie nicht wollen. Durch dies Ungeschick des Herrenhauses wird auch die Erwiderung an Wilson erschwert. Die Stimmung wird schwer belastet. Es ist dies ein weiterer Grund zu wünschen, daß die Note möglichst rasch unter unserer eigenen Verantwortung abgesandt wird. Wenn andere Krisen noch hineingreifen, weiß man nicht, wann man mit der Note zu Ende kommt. Die Peinlichkeit, die Exzellenz Friedberg erwähnte, kann keine Rolle mehr spielen.

**Friedberg** erklärt, daß er sich sofort ins Herrenhaus begeben werde, um entsprechend einzuwirken.

**Erzberger:** Vielleicht bleibt es auf die Herrenhausmitglieder nicht ohne Einfluß, wenn man ihnen Mitteilungen von dem sozialdemokratischen Rundschreiben über die taktvolle Behandlung der Kaiserfrage macht; dann müßten sie einsehen, daß auch von ihrer Seite Takt erforderlich ist.

**Scheidemann:** Ich habe gestern<sup>21)</sup> in der Fraktionssitzung gesagt, daß das Zensurverbot betr. die Kaiserfrage aufgehoben sei. In diesem Sinne hatten wir uns doch geeinigt. Heute höre ich zu meinem Erstaunen von Herrn von Stumm, daß es noch besteht.

**Trimborn:** Nach meiner Ansicht ist gestern die Diskussion über die Kaiserfrage freigegeben worden; sie dürfe sich nur nicht zuspitzen zu dem Verlangen der Abdankung.

**v. Stumm:** Wenn ich der Presse sagen könnte, daß eingreifende Verfassungsänderungen in den allernächsten Tagen zum Abschluß gelangen werden, so könnte schädliche Diskussion der Kaiserfrage inhibiert werden.

**Erzberger:**<sup>22)</sup> Noch heute müßten der Presse die bevorstehenden einschneidenden Verfassungsveränderungen mitgeteilt werden, abgesehen von der noch strittigen Abänderung des Artikel 11.<sup>23)</sup> Damit müßte man Bitte verknüpfen, daß nicht über die Abdankung geschrieben würde. An Exzellenz von Payer richte ich die dringende Bitte, auf möglichst umgehende Erledigung der Verfassungsfragen hinzuwirken. Bei der Beteiligung zahlreicher Ressorts und der Art und Weise

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 89a Anm. 39.

<sup>21)</sup> Am 24. 10. ist keine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nachweisbar. An der Sitzung am 23. 10. hatte Scheidemann nicht teilgenommen. Vermutlich bezieht sich Scheidemann auf eine Sitzung des Fraktionsvorstands.

<sup>22)</sup> Die folgenden Ausführungen Erzbergers sind im Or. durch einen Bleistiftstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

<sup>23)</sup> Dazu Nr. 89a,b und Nr. 91.

der Geheimratsarbeit zieht sich die Erledigung sonst mit Sicherheit noch unerwünscht in die Länge.

**Scheidemann:** Ich halte das vorgeschlagene, der Presse gegenüber einzuhaltende Verfahren für falsch. Man darf nicht künstlich etwas unterdrücken. Das täte man, wenn man Erörterung der Kaiserfrage inhibieren wolle. Man gewänne auch nur ein paar Tage Zeit, weiter nichts. Ich schlage vor, der Presse folgendes zu sagen:

„Die Regierung ist entschlossen, alle Verfassungsänderungen vorzunehmen, die die jetzige Volksregierung in allen ihren Bestandteilen sicherstellen soll.

Der Reichstag soll schon in der morgigen oder übermorgigen Sitzung sich mit den vorgeschlagenen Verfassungsänderungen befassen. Alle beteiligten Kreise sind der Überzeugung, daß hierdurch die Forderungen erfüllt sind, die Wilson an eine Regierung stellt, mit der er und seine Alliierten abschließen könnten.“

Dem Vorschlag Scheidemanns wird allseitig zugestimmt.<sup>24)</sup>

<sup>\*)</sup> Für die Information der Presse durch v. Stumm vgl. Nr. 93.

## 91.

### 25. 10. 1918: Besprechung im Reichsamt des Innern zur Vorbereitung der Änderung der Verfassungsbestimmungen über die Kommandogewalt

Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 N I/1, Maschinenschrift. Bericht des stellv. württembergischen Bundesratsbevollmächtigten<sup>1)</sup> an das württembergische Staatsministerium (Stuttgart); mit dem Vermerk: „Sehr dringend!“<sup>2)</sup>

Heute war der Herr Militärbevollmächtigte<sup>3)</sup> zu einer Besprechung<sup>4)</sup> wegen Änderung der Bestimmungen über die Kommando-Gewalt in das Reichsamt des Innern berufen worden. Auf sein Ersuchen begleitete ich den Herrn Militärbevollmächtigten zu der Besprechung. Es waren die zuständigen Ressorts im Reich und in Preußen — und zwar die Chefs selbst mit ihren Kommissaren — erschienen.

Den Vorsitz führte zunächst Unterstaatssekretär Dr. Lewald und sodann Staatssekretär Gröber.

Unterstaatssekretär Lewald führte einleitend folgendes aus:

<sup>1)</sup> Ministerialrat Schäffer.

<sup>2)</sup> Ein kürzerer Bericht über diese Besprechung aus der Feder des stellv. bayerischen Bundesratsbevollmächtigten von Nüßlein befindet sich im BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Politische Berichte 1918.

<sup>3)</sup> Generalmajor v. Faber du Faur. Der General hatte seinerseits in einem längeren Telegramm (maschinenschriftl. Abschrift im Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 N I/1) an das württemberg. Kriegsministerium über den Verlauf der Sitzung berichtet.

<sup>4)</sup> Nach einem im Nachlaß Prinz Max überlieferten maschinenschriftl. Auszug aus dem Tagebuch des Adjutanten Scheüchs, Böhm, begann die Sitzung um 11 Uhr.

Die neueste Note des Präsidenten Wilson<sup>5)</sup> nötige nach der gestern im Kriegskabinet<sup>6)</sup> angenommenen Auffassung dazu, weitere Änderungen der Reichsverfassung vorzunehmen. Es sei namentlich klarzustellen, daß auch die Kommandogewalt des Kaisers auf dem Gebiet des Heerwesens und der Marine unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers falle. In der Note werde von monarchischem Autokratismus gesprochen und gesagt, daß, wenn diese monarchischen Befugnisse bleiben, keine Friedensverhandlungen möglich wären. Es soll nun die dritte Beratung der im Reichstag bereits eingebrachten Verfassungsgesetz-Entwürfe, die für heute in Aussicht genommen war, auf morgen verschoben werden.<sup>7)</sup> Bei der morgigen dritten Lesung sollen die erforderlichen weiteren Verfassungs-Änderungen als Initiativ-Anträge von den Mehrheitsparteien des Reichstags eingebracht<sup>8)</sup> und im Reichstag gleich mit beschlossen werden, so daß der Bundesrat am Montag<sup>9)</sup> Beschluß fassen und das neue Verfassungsgesetz am Montag abend im Reichs-Gesetzblatt erscheinen könnte.

Vom Reichsamt des Innern wurden zunächst die in der Anlage 1<sup>10)</sup> enthaltenen Verfassungs-Änderungen angeregt.

Zu Artikel 17 der Reichsverfassung bemerkte Unterstaatssekretär Dr. Lewald, daß derselbe nach der bisher von der Reichsleitung vertretenen Auffassung sich nur auf das zivile Gebiet beziehe, nicht auf Anordnungen, die der Kaiser als Bundes-Feldherr erlasse. Es werde jetzt klarzustellen sein, daß sämtliche Befugnisse, auch die Kommando-Befugnisse des Kaisers, unter die Verantwortung des Reichskanzlers fallen.<sup>11)</sup> In Bayern sei die Rechtslage die, daß sämtliche Anordnungen des Königs, welche auf dem Gebiet der Militärverwaltung ergehen, vom Kriegsminister gegengezeichnet werden und zu verantworten sind.

Zu der Änderung des Artikels 66<sup>12)</sup> führte Unterstaatssekretär Dr. Lewald noch aus, es könne eigentümlich erscheinen, daß die Reichsverfassung über die Verantwortlichkeit der einzelstaatlichen Kontingentsverwaltungen Bestimmungen treffe. Aber nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse, wo das Heer doch eine einheitliche Reichseinrichtung sei und aus Mitteln des Reichs, die von Bundesrat und Reichstag zu bewilligen seien, unterhalten werde, sei dies nicht zu umgehen. Es sei allerdings erforderlich, daß die Regierungen, deren Kontingentsverwaltungen beteiligt seien — Preußen, Sachsen, Württemberg —, zustimmen. Es seien dann nur noch Verwaltungsmaßnahmen erforderlich. Der preußische Kriegsminister müsse zum Stellvertreter des Reichskanzlers für das Gebiet des Kriegswesens ernannt werden. Durch eine Kabinetts-Order müßten der Generalstab

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 86 Anm. 1.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 89a.b.

<sup>7)</sup> Der „Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. 3. 1878“ (vgl. Nr. 15, bes. auch Anm. 1) wurde am 25. 10. 1918 in dritter Lesung angenommen. Hingegen wurde die dritte Lesung des „Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung“ (vgl. Nr. 79 Anm. 3) auf den folgenden Tag verschoben; vgl. Nr. 89b Anm. 2).

<sup>8)</sup> Vgl. unten Anm. 24.

<sup>9)</sup> 28. 10. 1918; vgl. Nr. 97 Anm. 3.

<sup>10)</sup> Unten abgedruckt.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 89a und Nr. 89b (bes. unter Punkt 3) sowie unten Anlage I.

<sup>12)</sup> Vgl. die in Anlage I wiedergegebenen „Anregungen“ des Reichsamts des Innern.

und das Militärkabinett dem Kriegsministerium unterstellt werden. Ebenso sei das Marinekabinett dem Reichsmarineamt zu unterstellen. Auf diese Weise würden alle militärischen Befugnisse unter die Verantwortung des Reichskanzlers gestellt sein. Kriegsminister **Scheüch** sprach sich zunächst gegen so weitgehende Änderungen aus, die nicht genügend begründet seien. Die Kaiserlichen Befugnisse z. B. in Artikel 63 Abs. 1<sup>13)</sup> und 3<sup>14)</sup> könnten nicht unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt werden. Man müsse eine Einschränkung machen, die eigentliche Kommandogewalt sei eine Sache für sich.

Der ebenfalls anwesende Unterstaatssekretär Dr. **David** warnte eindringlich vor jeder Einschränkung. Wenn man überhaupt noch einen Erfolg von der jetzt versuchten Rettungsaktion gegenüber Wilson erhoffen wolle, so müsse man klar und bestimmt die volle Verantwortung des Reichskanzlers für die Ausübung sämtlicher Befugnisse des Kaisers zum Ausdruck bringen.<sup>15)</sup>

Sachlich herrschte Übereinstimmung darüber, daß nur für solche Handlungen des Kaisers eine Verantwortung des Reichskanzlers in Betracht kommen könne, die von politischer Bedeutung sind — z. B. für den Einmarsch in fremde Gebiete, für politische Maßnahmen in besetzten Gebieten, nicht aber etwa für Besichtigungen einzelner Heeresteile oder die Truppenführung im einzelnen. — Auf diese Art der Regelung einigte man sich schließlich auch.<sup>16)</sup>

Zu der Änderung des Artikels 66 — Art. 66a<sup>12)</sup> — wies ich [**Schäffer**] auf die formellen Schwierigkeiten hin, die darin bestünden, daß ein einzelstaatlicher Minister unmittelbar dem Bundesrat und dem Reichstag gegenüber verantwortlich gemacht werden soll. Die Rechtslage sei sehr zweifelhaft. Man sollte sich jetzt mit der Feststellung der Verantwortung der Kriegsminister begnügen und nicht sofort die Verantwortung gegenüber Bundesrat und Reichstag festlegen. Ich betonte, daß ein württembergisches Reservatrecht auf Grund der Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt der Reichsverfassung<sup>17)</sup> und der Militärkonvention in Frage stehe und daß sich die Württembergische Regierung ihre Stellung vorbehalten müsse. Der württembergische Herr Militärbevollmächtigte<sup>3)</sup> sprach

<sup>13)</sup> „Die gesamte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches im Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht.“

<sup>14)</sup> „Der Kaiser hat die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des deutschen Heeres alle Truppenteile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind und daß Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt und erhalten wird. Zu diesem Behufe ist der Kaiser berechtigt, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der einzelnen Kontingente zu überzeugen und die Abstellung der dabei vorgefundenen Mängel anzuordnen.“

<sup>15)</sup> In der oben zitierten Tagebuchnotiz Böhms (s. Anm. 4) heißt es: „In dieser Sitzung hat **David** eine sehr interessante Begründung aufgestellt, warum man den Kaiser jeder Kommandogewalt entledigen müsse. Es sei eine Rettungsaktion. Ob sie Erfolg haben werde, sei zweifelhaft, aber es müsse versucht werden, um den Unabhängigen den Wind aus den Segeln zu nehmen.“

<sup>16)</sup> In diesem Zusammenhang hält Böhms (s. Anm. 4) fest: „Eine Änderung der Eidesformel wird einmütig verworfen.“ Dazu Nr. 81.

<sup>17)</sup> „Die in diesem Abschnitt [= Art. 57—68] enthaltenen Vorschriften kommen in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 zur Anwendung.“ Vgl. Nr. 89a Anm. 20.

sich in demselben Sinne aus. Der sächsische Militärbevollmächtigte<sup>18)</sup> behielt [sich] die Stellungnahme seiner Regierung ebenfalls vor.

Der Vorsitzende, Staatssekretär Gröber, erklärte, daß die Verantwortlichkeit der einzelstaatlichen Kriegsminister, die sich ihren Landtagen gegenüber nicht verantwortlich fühlten — wie dies namentlich auch der preußische Kriegsminister in den letzten Jahren immer wieder betont habe —, nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse gar nicht anders geregelt werden könne. Der Referent des Reichsamts des Innern stellte unter Zustimmung des Vorsitzenden fest, daß, abgesehen davon, daß der Kriegsminister nunmehr in unmittelbare Beziehung zu Bundesrat und Reichstag hinsichtlich der Verantwortung gesetzt werden soll, die württembergische Militärkonvention unberührt bleibe.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald legte besonderen Wert darauf, daß wegen des Reservatrechts die Stellungnahme von Württemberg und Sachsen spätestens bis morgen — Samstag — vormittag erklärt werden möchte, da bei der Dringlichkeit und politischen Notwendigkeit der Sache der Reichstag morgen Beschluß fassen und die Reichsleitung wissen müsse, daß die Sache so gemacht werden kann. Ich darf deswegen auf das heutige durch Vermittlung des K[öniglichen] Kriegsministeriums übersandte Telegramm Bezug nehmen.<sup>3)</sup>

Der preußische Kriegsminister [Scheüch] wies noch auf die nach den Anregungen des Reichsamts des Innern in Artikel 66a für Bayern vorgesehene Ausnahme-stellung hin<sup>12)</sup>, die nach außen keinen guten Eindruck mache und auch im Reichstag beanstandet werden könne. Der Vertreter Bayerns<sup>19)</sup> trat mit Entschiedenheit für die Wahrung des bayerischen Sonderrechts ein und warnte im Hinblick auf die Stimmung in Bayern vor jeder Änderung in dieser Hinsicht. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen empfahl er aber selbst, die Ausnahme-Bestimmung für Bayern in Artikel 66 als überflüssig zu streichen; denn nach dem Versailler Vertrag gelte der Artikel 66 für Bayern überhaupt nicht.<sup>20)</sup> Diese Auffassung wurde allgemein geteilt.

Schließlich einigte man sich auf die in der Anlage 2<sup>10)</sup> enthaltenen Änderungs-vorschläge, die auch bereits in dem Telegramm<sup>21)</sup> mitgeteilt worden sind. Die

<sup>18)</sup> Oberst Schulz.

<sup>19)</sup> Ministerialdirektor von Nüßlein.

<sup>20)</sup> Nüßlein (s. Anm. 2) gibt seine Ausführungen folgendermaßen wieder: „Ich erklärte, daß ich zwar zur gegenwärtigen Sache eine Instruktion nicht hätte, daß ich aber glaubte, namens der bayerischen Regierung erklären zu dürfen, daß Bayern unter keinen Umständen seine Zustimmung dazu geben könne, daß der bayerische Kriegsminister dem Reichstag und Bundesrat gegenüber unmittelbar für verantwortlich erklärt werde, weil dies der vertragsmäßig garantierten Selbständigkeit der bayerischen Militärverwaltung direkt widersprechen würde. Wenn übrigens der preußische Herr Kriegsminister befürchte, daß durch den fraglichen Vorbehalt unliebsame Erörterungen im Reichstag provoziert werden könnten, so rege ich an, diese Worte zu streichen, da sie überflüssig seien, weil die Artikel 61—68, sohin auch der neue Artikel 66a auf Bayern gemäß der Vorschrift der Ziffer III § 5 des Vertrags vom 23. November 1870, überhaupt gar nicht anwendbar seien. Dieser Ansicht wurde allseitig beipflichtet und beschlossen, den betreffenden Satz zu streichen, weil Art. 66a an sich schon auf Bayern nicht anwendbar sei. Um jeden Zweifel in dieser Hinsicht auszuschließen, wurde die neue Vorschrift nicht als neuer Art. 66a eingestellt, sondern als Abs. 3 dem bisherigen Art. 66 angefügt.“

<sup>21)</sup> S. Anm. 3.

Mehrheits-Parteien müssen nun noch rasch entsprechende Fraktions-Beschlüsse herbeiführen<sup>22)</sup> und in der erwähnten Weise morgen Initiativ-Anträge im Reichstage einbringen.<sup>23)</sup>

Die von dem Abgeordneten Müller-Meinigen vor einigen Tagen aufgestellten Vorschläge sollen damit als erledigt gelten.

Das Kgl. Kriegsministerium hat durch Vermittlung des Herrn Militärbevollmächtigten<sup>24)</sup> eine Abschrift dieses Berichts erhalten.

Schäffer

### Anlage 1: Anregungen<sup>23)</sup>

**Anlage 2:** Abänderungsvorschlag zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung — Nr. 1951 der Drucksachen —.<sup>24)</sup>

Der Reichstag wolle beschließen:  
dem Gesetzentwurf folgende Fassung zu geben:

Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:  
Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert:

1. Im Artikel 11 werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt:<sup>25)</sup>

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.

Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf

<sup>22)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 25. 10. 1918, abends 7 Uhr: „Die Fraktion tritt zunächst in eine Besprechung der morgen im Plenum zu erledigenden Verfassungsanträge ein, die die völlige Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt bringen und stimmt diesen Anträgen mit großer Mehrheit zu.“

<sup>23)</sup> Anregungen des Reichsamts des Innern, die den Beratungen zugrunde lagen. Dazu Nr. 89b.

<sup>24)</sup> Deckt sich, bis auf die durch *Kursivdruck* hervorgehobenen Stellen, mit dem Wortlaut des am 26. 10. 1918 eingebrachten Initiativantrages der Mehrheitsparteien. Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325, Drucksache Nr. 1984. Dazu Nr. 96 und Nr. 97.

<sup>25)</sup> Der Gedanke an eine weitergehende Änderung des Art. 11, wie am Vortage erwogen worden war (vgl. Nr. 89a. b), hatte sich also nicht durchgesetzt. Es blieb bei der Fassung des Abänderungsantrages der Mehrheitsparteien zur zweiten Lesung, durch den die Ausnahmebestimmung des Absatzes 2 beseitigt wurde; vgl. Nr. 79 Anm. 3. Absatz 3 entspricht der ursprünglichen Vorlage; vgl. Nr. 39 Anm. 30.

I. Artikel 15 erhält folgenden Absatz III:  
„Der Reichskanzler bedarf des Vertrauens  
des Bundesrats und des Reichstages.“

II. In Artikel 17<sup>26)</sup> sind die Worte zu  
streichen:  
„welcher dadurch die Verantwortlichkeit  
übernimmt“.

III. Hinter Artikel 17 wird folgender Ar-  
tikel 17a eingefügt:

„Der Reichskanzler trägt die Verantwor-  
tung für die Ausübung aller Befugnisse,  
die dem Kaiser nach der Reichsverfassung  
zustehen.“

Der Reichskanzler und seine Stellvertreter  
im Sinne des Gesetzes vom 17. März 1878  
sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat  
und Reichstag verantwortlich.“

Gegenstände der Reichsgesetzgebung be-  
ziehen, bedürfen der Zustimmung des  
Bundesrats und des Reichstags.

2. Im Artikel 15 werden folgende Absätze  
hinzugefügt:

Der Reichskanzler bedarf<sup>26)</sup> des Ver-  
trauens *des Bundesrats und*<sup>27)</sup> des  
Reichstags.

Der Reichskanzler trägt die Verantwor-  
tung für alle Handlungen von politischer  
Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung  
der ihm nach der Reichsverfassung zu-  
stehenden Befugnisse vornimmt.

Der Reichskanzler und seine Stellvertreter  
*im Sinne des Gesetzes vom 17. März 1878*<sup>27)</sup>  
sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat  
und dem Reichstag verantwortlich.

3. Im Artikel 17<sup>28)</sup> werden die Worte ge-  
strichen:

„welcher dadurch die Verantwortlichkeit  
übernimmt“.

4. Artikel 53 Abs. 1 erhält folgende Fas-  
sung:<sup>29)</sup>

*Die Kriegsmarine des Reichs ist eine ein-  
heitliche, unter dem Oberbefehl des Kaisers.  
Ihre Organisation und Zusammensetzung  
liegt dem Kaiser ob. Die Ernennung, Ver-  
setzung, Beförderung und Verabschiedung  
der Offiziere und Beamten der Marine er-  
folgt durch den Kaiser unter Gegenzeichnung  
des Reichskanzlers. Die Offiziere, Beamten*

<sup>26)</sup> Im Antrag der Mehrheitsparteien (s. Anm. 24) folgt: „zu seiner Amtsführung“.

<sup>27)</sup> Fiel im Antrag der Mehrheitsparteien zur dritten Lesung (s. Anm. 24) weg; vgl. Nr. 96  
und Nr. 97.

<sup>28)</sup> Wortlaut in Anm. 3 zu Nr. 66.

<sup>29)</sup> Vgl. Nr. 81.

IV. In Artikel 63 Abs. 4 werden hinter „anzuordnen“ die Worte hinzugesetzt: „und zur Abwehr eines erfolgten Angriffs auf das Reichsgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“<sup>31)</sup>

V. Hinter Artikel 66 wird folgender Artikel 66a eingefügt:<sup>34)</sup>

„Die Ernennung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister mit Ausnahme des bayrischen sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.“

*und Mannschaften der Marine werden auf den Kaiser eidlich in Pflicht genommen.*<sup>30)</sup>

5. Im Artikel 64 Abs. 2<sup>32)</sup> werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser“ die Worte eingeschaltet: „unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers“.

6. Im Artikel 66 wird folgender Absatz 3<sup>33)</sup> hinzugefügt:

„Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents.“<sup>35)</sup>

Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.“

Urkundlich usw.

Gegeben usw.

<sup>30)</sup> Im Antrag der Mehrheitsparteien (s. Anm. 24) statt dessen: „Im Artikel 53 Abs. 1 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.“

<sup>31)</sup> Dieser Änderungsvorschlag ging auf Scheüch zurück; vgl. Nr. 70 Anm. 8a.

<sup>32)</sup> Für den bisherigen Wortlaut vgl. Nr. 97.

<sup>33)</sup> Im Antrag der Mehrheitsparteien (s. Anm. 24): „werden folgende Absätze 3 und 4“.

<sup>34)</sup> Vgl. Nr. 81 bes. Anm. 7.

<sup>35)</sup> Der folgende Satz bildet im Antrag der Mehrheitsparteien einen besonderen Absatz; vgl. vorige Anm.

## 92.

**25. 10. 1918: Aufzeichnung des Reichskanzlers  
Prinz Max von Baden**

Bundesarchiv Koblenz, R 43/I 2744, maschinenschriftliche Abschrift. Überschrift: „Notiz für S. M. zur Besprechung mit O. H. L. am 25. 10. 18.“<sup>1)</sup>

1. Die O.H.L. hat, entgegen der preußischen Tradition, den Kaiser zweimal dazu gezwungen, sich von seinen nächsten Beratern zu trennen, zu denen er Vertrauen hatte. Um Valentini und Bethmann zu entfernen, wurde das Druckmittel des Entlassungsgesuchs angewandt.

2. Die O.H.L. hat mich zur Absendung des Waffenstillstandsangebots an Wilson durch die Erklärung gezwungen, die militärische Lage mache einen sofortigen Waffenstillstand notwendig. Das Waffenstillstandsangebot hat entscheidend zu unserer gegenwärtigen furchtbaren Lage beigetragen. Weder die militärische Lage allein, noch die Annahme der Wilsonschen Bedingungen, wohl aber das direkte Ersuchen um Frieden und Waffenstillstand hat den Feinden die Überzeugung beigebracht, Deutschland wäre bereit, sich zu ergeben. Das Waffenstillstandsangebot hat überdies die Moral unseres Heeres schwer geschädigt.

Das Schicksal Deutschlands wäre ein anderes geworden, wenn die O.H.L. die dringende Warnung beherzigt hätte, die ich zweimal vor der Offensive an sie gerichtet hatte: vor Beginn der militärischen Operationen eine große Friedensaktion von der politischen Leitung zu fordern, damit wir an den Verhandlungstisch gingen, gestützt auf eine militärische Kraft, die es uns ermöglichte, unbilligen Forderungen unserer Feinde gegenüber nein zu sagen und dann noch einmal zu schlagen.

Max Prinz v. Baden

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 95.

## 93.

**25. 10. 1918: Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung**

Nachlaß Prinz Max, maschinenschriftliche Abschrift eines Auszuges. Überschrift: „Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung vom 25. Oktober 1918.“<sup>1)</sup>

[. . .]<sup>2)</sup>

A[uswärtiges] A[mt] — [Ferdinand] von Stumm: Ich komme soeben aus einer Sitzung des Kriegskabinetts<sup>3)</sup> und habe Ihnen von dort aus eine Mitteilung zu machen. Ich habe nicht die Zeit gehabt, die Sache ganz genau zu formulieren. Legen sie also meine Ausführungen nicht ganz buchstabengemäß aus, wenn ich

<sup>1)</sup> Verfasser der Niederschrift nicht ermittelt.

<sup>2)</sup> Der erste Teil der Pressebesprechung ist in der Druckvorlage nicht berücksichtigt. Dazu Nr. 96 Anm. 22.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 90.

mich nicht genau ausdrücken sollte. Es handelt sich genau um dieselbe Frage, die ich Ihnen schon vorgestern abend auseinandergesetzt habe, daß nämlich gelegentlich der Note und der Frage gewisser Änderungen nicht auf Personen zugespitzt werden möge. Ich habe den Herren von der Regierung auseinandergesetzt, daß zwar eine gewisse Zensurverfügung, die Ihnen gestern in die Erinnerung zurückgerufen ist, noch bestehe, daß aber von der Presse nicht erwartet werden könne, daß sie sich beim besten Willen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung unbegrenzte Zeit widerspruchslos dieser Zensurverfügung unterwerfe<sup>3)</sup>, und habe die Herren darum gebeten, mich zu ermächtigen, der Presse wenigstens Mitteilungen zu machen, die es ihr ermöglichen, soweit sie guten Willens ist — und ich nehme das von Ihnen allen an — die Diskussion über die Änderungen von einer Zuspitzung auf Persönlichkeiten abzuhalten. Ich kann Ihnen also mitteilen, daß seitens der Regierung zur Zeit Änderungen bestimmter Paragraphen der Reichsverfassung in Arbeit sind, die bis morgen fertig sein werden und morgen dem Reichstag vorgelegt werden. Ich bin aber nicht in der Lage — das hoffe ich morgen früh zu sein — Ihnen die einzelnen §§ und die Änderungen und ihre Bedeutung im einzelnen auseinanderzusetzen. Ich kann mich doch jetzt aber dahin aussprechen, daß durch diese Änderungen die Kommandogewalt auf die Regierung übergeht und im großen und ganzen gemäß dem Programm der Regierung ein Wechsel in der Verantwortlichkeit bei uns entstehen wird, der ungefähr den Darlegungen des Präsidenten Wilson in dem 2. Teile seiner Note entspricht. Das geschieht nicht deswegen, weil der Präsident es verlangt (Zuruf: „Nein?!“), nein es geschieht nicht deswegen meine Herren. (Zuruf: wegen des Artikels von Gothein<sup>4)</sup>). Ich glaube nicht, daß Herr Gothein einen entscheidenden Einfluß auf die Beschlüsse der Regierung gehabt hat.

Wenn Sie das Programm der Regierung, wie es der Reichskanzler im Reichstag aufstellte, sinngemäß auslegen, so ergeben sich im Laufe der Entwicklung naturgemäß die Folgen daraus, die die Regierung jetzt im Begriff steht zu ziehen. Sie konnte sie technisch nicht schneller ziehen, denn eine derartige Umarbeitung der Verfassung, die Verständigung mit den verschiedenen bundesstaatlichen Regierungen, mit dem Bundesrat usw. erfordert naturgemäß eine gewisse Zeit. Mehr als 24 Stunden am Tage haben auch die Herren von der Regierung nicht zu ihrer Verfügung, geradeso wenig wie Sie. Die Tatsache steht jedenfalls fest, daß die Regierung schon vor ungefähr einer Woche beschlossen hatte, so weitgreifende Veränderungen vorzunehmen, daß aber die genaue Formulierung erst bis morgen erfolgen kann und morgen dem Reichstag zur Beschlußfassung und Entschließung unterbreitet werden wird.<sup>5)</sup> Ich muß Ihnen die Auswertung dieser Tatsache in der Presse überlassen. Wieweit Sie es für richtig halten, da schon ganz bestimmte Details ins Auge zu fassen und zu erörtern, das kann ich nicht entscheiden. Zu der Information, die ich Ihnen gab, bin ich hauptsächlich deswegen von der Regierung beauftragt worden, um es Ihnen zu ermöglichen, die Fragen, die in Deutschland von seiten der Regierung und des Volkes für wünschenswert erachtet werden, von der Zuspitzung auf Persönlichkeiten, die weder dem inneren noch dem auswärtigen Interesse Deutschlands entspricht, abzuhalten.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 18.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 91 (bes. Anlage 2), Nr. 96 (bes. Anm. 7) und Nr. 97.

Über die betreffende Zensurverfügung ist heute ebenfalls diskutiert worden. Sie wird voraussichtlich heute noch aufgehoben werden, weil die Regierung das Vertrauen zu der Presse hat, daß sie auf Grund der Handhabe, die ich ihr habe bieten können, sich einer zu weitgehenden — um nicht den Ausdruck taktlosen zu gebrauchen — Erörterung dieser Frage enthalten wird. Exzellenz Gröber hat sich jetzt zum Kriegsminister begeben, um mit dem Min[ister] des Innern die Aufhebung der Zensurverfügung, die für Berlin ich noch mit dem Kriegspresseamt besprechen werde, durchzusetzen. Ich nehme an, daß Sie bis heute abend oder morgen die Nachricht haben werden. Technisch kann man nicht alles mündlich auslegen.

A[uswärtiges] A[mt] — Legationsrat von Schmidhals.

Meine Herren, die gestern vorgetragene Bitte, in der Angelegenheit der Abdankung möglichst keine Diskussion zu eröffnen, ist von einem großen Teil der Presse leider nicht erfüllt worden. Mir ist das durchaus begreiflich. Ihre Leser verlangen, daß Sie zu dem Gedanken Stellung nehmen sollen, und daher bleibt Ihnen wohl nichts anderes übrig. Bedauerlich ist es aber m[eines] E[rachtens]. Wir müssen warten, bis die Regierung Stellung nimmt, und sie kann erst Stellung nehmen, wenn die Note hier ist. Aber das, warum wir bitten möchten, ist, daß Sie doch nun nicht päpstlicher sein wollen als der Papst, nicht mehr verlangen sollen, als Wilson verlangt. Lesen Sie einmal die Note genau durch, eine Analyse der Note gibt m. E. ein vollkommen klares Bild darüber, daß Wilson zunächst, diesmal wenigstens, noch nicht die Formulierung so gewählt hat, daß wir aus ihr entnehmen müssen, daß der Kaiser gehen soll. Das, was er verlangt, ist die Abschaffung der Autokratie und Garantien für die Dauer dieser Abschaffung.<sup>\*)</sup> Ich habe die Note wiederholt durchgelesen und kann nichts anderes daraus herauslesen. Das ist bekanntlich auch durchaus das Ziel, auf das unsere derzeitige Regierung hinarbeitet, weshalb von uns ohne weiteres dieser Bedingung Wilsons in dieser Formulierung zugestimmt werden kann. Im übrigen möchten wir Sie aber bitten, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Ihren Ausführungen doch mehr als bisher Bezug zu nehmen und zu sagen, daß es an Deutschland ist, nicht an der Entente, zu bestimmen, in welcher Form die Regierung in Deutschland gehandhabt werden soll. Mit der von Wilson verlangten Form wäre z. B. an sich eine konstitutionelle Monarchie in der Weise, wie sie in England herrscht, m. E. durchaus vereinbar. Dieser engl[ische] Zustand würde, wenn man eine Diagonale im Parellelogramm der Kräfte, die bei uns nach der neuen Verfassung hinzielen, ziehen wollte, vielleicht auch dasjenige sein, was als Resultat herauskommt.

Vielfach habe ich in der Presse auch die Auffassung durchklingen hören, als ob Wilson tatsächlich auf die Abdankung des Kaisers hinarbeite. Nach dem Wortlaut aber braucht die Abdankung nicht herausgelesen zu werden. Es wird dem Präsidenten auf der einen Seite m. E. die Abdankung gar nicht genügen. Wenn der Kaiser heute abdanken würde und die Verfassung so bliebe, wie sie ist, und irgendein anderer Kaiser, wenn es irgend jemand sonst wäre, käme, so würde das Wilson, wie ich glaube, nicht genügen.

<sup>\*)</sup> Vgl. Nr. 86.

(Zuruf Bernhard: Kein Frieden mit den Hohenzollern).

[Schmidthals:] Das ist eine etwas andere Frage, es ist auch noch etwas weiteres als das, was ich aus der Antwort herauslesen kann. Ich lese daraus heraus: kein Frieden mit der gegenwärtigen Autokratie. Sie müssen bedenken, wie Wilson die Sache auffaßt, und ich glaube, er hat die Auffassung, daß in Preußen noch immer ein autokratisches Regiment besteht, und daß dieses seine Verankerung in der Person des Monarchen hat, und dieser Monarch bei seiner großen Einwirkung auf die Reichsverfassung imstande ist, auch die ganze Politik des Reiches in diesem Sinne zu dirigieren. Das ist es, was Wilson zunächst will. Trennen wir zwischen Wilson und seinen Gegnern im eigenen Land! Es ist mir klar, daß die Chauvinisten in England und Frankreich außer den Wilsonschen Bedingungen und darüber hinaus auch noch die Abdankung des Kaisers wünschen. Ich kann aber nicht finden, daß er sich in den von ihm abgegangenen Noten bisher auf diesen Standpunkt gestellt hat.

Die besonders unter den gegenwärtigen Umständen außerordentlich schweren Entschlüsse, die nun in Frage kommen und über die Ihnen auch schon Herr von Stumm einiges gesagt hat, machen es sehr verständlich, daß in der ganzen Frage noch keine Entschlüsse vorliegen. Vor allen Dingen ist man sich nicht darüber klar, daß, wenn wirklich auf derartiges eingegangen würde, die Friedensbedingungen irgendwie modifiziert werden würden. Es ist möglich, er deutet es an, er hofft es, meint es; aber etwas Konkretes darüber ist nicht gegeben. Aber jedenfalls ist nicht zu vergessen, daß der Kaiser, zwar vielleicht nicht in der Idee der napoleonischen Legende, aber doch vor dem ganzen Auslande und auch Inlande immer als der Träger unserer Reichsidee aufgefaßt worden ist und daß man im Auslande wirklich nicht verstehen würde, wenn dieselben Leute, dasselbe Volk, das doch dauernd dem [Kaiser im] Frieden zugejubelt hat — wir haben es alle erlebt — jetzt unter diesen schwierigen Umständen von ihm abfielen, ihm die Treue kündigten, und in seiner Presse am Ende auf seine Entschlüsse Wirkung zu nehmen suchen würde.<sup>7)</sup> Ich glaube, das würde unter diesen Umständen nicht nur als eine Art Felonie aufgefaßt werden, sondern man würde sagen, es wäre der Ausdruck einer Art von Bedientenseele. Darum möchte ich Sie bitten, dieses Thema zu lassen.

Aus Österreich haben wir folgendes Telegramm erhalten:<sup>8)</sup>

Im Auftrage des Deutschen Nationalrats trifft morgen die Ernährungsdelegation in Berlin ein. Sie besteht aus Abgeordneten von Langenhan, Deutschnationale Vereinigung 97 Abgeordnete, Abgeordneten Fink, Christlich-Soziale Vereinigung 70, Dr. Renner, Sozialdemokratie 42, Dr. Friedmann, deutsch-freiheitliche Wiener Vereinigung 7 und Freiherr von Pantz, Deutsche Unabhängigkeitspartei 7. Diesen Delegierten schließen sich an Dr. Stumpf für Tiroler Landesausschuß, Landtagsabgeordneter v. Steiner für Stadt Wien, Abgeordneter Schreiter für deutsch-böhmische Vereinigung. Außerdem wird die Delegation von technischen Beratern, darunter Sektionschef Riedel und Ernährungsminister Paul, begleitet sein.<sup>9)</sup>

<sup>7)</sup> So im Or.; grammatische Fehlkonstruktion.

<sup>8)</sup> Von Botschafter Graf Wedel, aufgegeben am 23. 10.; Pol. Archiv, Pol. Abt. Österreich Nr. 70 Bd. 53.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 99 bes. auch Anm. 3.

Die Herren wollen zunächst im Auswärtigen Amt vorsprechen, man wird sie dort freundlich empfangen.<sup>10)</sup> Wir wollen überhaupt für diese armen Deutsch-Österreicher auch in ihren Ernährungsnöten tun, was wir können, soweit es mit unseren eigenen Möglichkeiten noch vereinbar ist. Sie müssen sich darüber klar sein, daß diese Zustände in Österreich an der Grenze des Katastrophalen sind. Ich weiß nicht, auf wie lange noch Lebensmittel da sind, man sagt, auf ein oder zwei Monate.

[. . .]<sup>11)</sup>

Im Zusammenhang mit gewissen anderen Indiskretionen, die hinlänglich bekannt sind, verlese ich aus den Hannoverschen Kurier eine Meldung des Vas Diaz Büros über den Inhalt der deutschen Antwortnote an Wilson, die vom Hollandsch Nieuws Büro verbreitet worden ist (geschieht). Das ist doch fast wörtlich das, was ich Ihnen Sonnabend erzählt habe.

Nächste Sitzung den 29. Oktober 1918 11.30

<sup>10)</sup> In einem zweiten Telegramm vom 23. 10. (s. Anm. 8) hatte es Graf Wedel wegen des „hiesigen Eindrucks“ für „sehr erwünscht“ gehalten, wenn die Delegation vom Reichskanzler empfangen würde.

<sup>11)</sup> Es folgen Mitteilungen über die innere Situation Österreich-Ungarns und Bulgariens sowie über das Vordringen von Truppen der Entente auf dem Balkan.

## 94.

### 25. 10. 1918: Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Kaiser

DZA Merseburg, Rep. 39 H II Deutsches Reich I, Bd. III, eigenhändig.<sup>1)</sup>

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät,

bitte ich, meine Gedanken über die heutige Lage und die Folgerungen, die ich daraus ziehe, kurz vortragen zu dürfen.

Soweit ich unterrichtet bin, ist in der Frage der Stellung der Obersten Heeresleitung zur gegenwärtigen Reichsregierung im Laufe des Tages noch keine Klarheit geschaffen worden. Einer solchen bedarf es aber, wenn ich die Geschäfte des Reichskanzlers weiter führen soll. Ich habe dieses Amt übernommen, um dem deutschen Volk den Frieden, der nach dem Waffenstillstandsgesuch irgendwie kommen mußte, in einer erträglichen Form zu erwirken und um Euer Majestät die Krone zu erhalten, die durch jenen Schritt ins Wanken gekommen ist. Nach der letzten Note Wilsons ist beides nur möglich, wenn das Reich eine einheitliche parlamentarische Leitung erhält und wenn ein Personenwechsel in der Obersten Heeresleitung das Ende der Doppelregierung verbürgt.

<sup>1)</sup> Über die Entstehung dieses ohne Wissen der Staatssekretäre entstandenen Schreibens — das Prinz Max nicht im Wortlaut mitteilt — und seine Übergabe an den Chef des Zivilkabinetts, Delbrück, am späten Abend des 25. 10. vgl. Prinz Max S. 500 ff.

Noch heute hat die Oberste Heeresleitung durch ein Telegramm an das Kriegspresseamt<sup>2)</sup> in die Entscheidung der Lebensfrage der deutschen Nation, einer eminent politischen Frage, einzugreifen gesucht, ob die Note abzulehnen und das Volk zum Endkampf aufzurufen ist. Diese Frage habe ich mit den Mitgliedern der Regierung zu erwägen auf Grund sachverständiger Gutachten aller zuständigen Stellen, auch der Obersten Heeresleitung. Aber militärisch genügt das Gutachten des Generalfeldmarschalls und des ersten Generalquartiermeisters nicht mehr; wir brauchen das ruhige Urteil anderer Heerführer, die nicht durch schroffen Meinungswechsel an Vertrauen eingebüßt haben. Dem widersetzen sich beide Herren.

Jeder Kompromiß ist durch ihre Herreise im Augenblick der Beantwortung über die dem Präsidenten Wilson zu erteilende Antwort unmöglich geworden. Bleiben sie, so beweist eine kräftige Antwort den Feinden, daß die Regierung den militärischen Gewalten wieder erlegen ist. Damit ist jede Aussicht auf einen Verständigungsfrieden gescheitert und, soweit Menschengenossen zu sehen vermögen, Reich, Heer und Thron, ja die Dynastie auf das äußerste gefährdet. Meine Aufgabe wäre erledigt.

Euer Majestät bitte ich daher in aller Ehrerbietung mich in Gnaden aus meinem Amt zu entlassen, falls ein Wechsel in der Obersten Heeresleitung nicht möglich ist.

Ich bin Euer Majestät  
alleruntertänigster  
Max Prinz von Baden

<sup>2)</sup> Es handelt sich um ein Telegramm an die kommandierenden Generale — identisch mit dem Befehl an das Feldheer vom Vortage (vgl. Nr. 86) —, das in der Pressekonferenz am 25. 10. vom Chef des Kriegspresseamts verlesen worden war; vgl. Amtliche Urkunden S. 201 und Nr. 96 Anm. 22.

## 95.

### Oberst von Haefkens über den Aufenthalt Hindenburgs und Ludendorffs in Berlin am 25./26. Oktober und die Entlassung des Ersten Generalquartiermeisters

Nachlaß Haefkens, Erinnerungen. Auszug.<sup>1)</sup>

Am Vormittag des 25. Oktober hatte mich Prinz Max durch seinen Mitarbeiter Herrn Kurt Hahn ersuchen lassen, auf den Feldmarschall und General Ludendorff dahin einzuwirken, daß sie sich bei dem in Aussicht genommenen militärischen Vortrag beim Kaiser jeder Einflußnahme auf die Entscheidung des Kaisers bezüglich der Beantwortung der 3. Wilsonnote enthielten. Als ich dies ablehnte, bemerkte Herr Hahn drohend: „Dann ist dies die letzte Reise des Generals Ludendorff.“ Diese Äußerung offenbarte klar, daß der Gegensatz zwischen Reichsregierung und Oberster Heeresleitung sich aufs äußerste zuge-

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 501, 503 f.; Payer S. 141 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 616 f.; WUA 2 S. 368 (Ludendorff); Görlitz S. 181 f.; Wilhelm Breucker, Die Tragik Ludendorffs. Stollhamm/Old. (1953), S. 60 f.; Lütge S. 167 f.

spitzte hatte und es in der Frage der Beantwortung der 3. Wilsonnote zum offenen Kampf kommen mußte. Herr Hahn hatte mir noch mitgeteilt, daß im Kriegskabinettt zwar noch keine Entscheidung über die Beantwortung der Note gefallen sei, die Stimmen für Weiterverhandeln mit Wilson unter Führung von Solf, dem auch Prinz Max zuneige, sich jedoch mehrten. Von der Solfschen Forderung der Entlassung Ludendorffs<sup>2)</sup> hatte mir Hahn jedoch nichts mitgeteilt.

In der 4. Nachmittagsstunde<sup>3)</sup> empfing ich Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff bei ihrem Eintreffen in Berlin auf dem Bahnhof und geleitete sie ins Generalstabsgebäude, wo ich ihnen in Anwesenheit des Admirals Scheer, seines Chefs, des Kapitäns zur See v. Levetzow, und des Generals v. Winterfeldt Vortrag über die politische Lage hielt. Das Kabinettt habe zur Stunde noch keine endgültige Entscheidung bezüglich der Beantwortung der Wilsonnote getroffen, es habe aber den Anschein, daß die Stimmen zum Weiterverhandeln mit Wilson sich mehrten. Demgegenüber wies ich auf die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung im Sinne des Abbruchs der Verhandlungen hin. Falls bei der für den Abend in Aussicht genommenen Besprechung mit dem Vizekanzler v. Payer, der anstelle des erkrankten Prinzen Max die Herren empfangen wolle<sup>4)</sup>, eine Entscheidung in diesem Sinne nicht erfolge, sei es notwendig, daß der Generalfeldmarschall und General Ludendorff um ihre Entlassung bäten, um hierdurch den Kaiser zu einer schnellen und bestimmten Stellungnahme in dieser für die Krone entscheidenden Frage zu veranlassen. Eile sei geboten. Die Gefahr der aufs äußerste gespannten Lage sei durch Noskes Äußerung<sup>5)</sup> über die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers zur Erhaltung eines guten Friedens blitzartig beleuchtet worden. Absichtlich trieb ich bei meinem Vortrage die Dinge auf die Spitze in der bestimmten Annahme, daß der Oberste Kriegsherr bei der Wahl zwischen Reichskanzler Prinz Max, der trotz Wilsons Forderung der Abdankung des Kaisers weiterverhandeln wollte, und den Männern der Obersten Heeresleitung, die bereit waren, für ihn und die Monarchie bis zum äußersten zu kämpfen, sich für die Auffassung der letzteren entscheiden werde. Ein Zweifel hieran ist mir überhaupt nicht gekommen.

Im Anschluß an meine Ausführungen äußerte sich General Ludendorff im gleichen Sinne. Er sei entschlossen, falls das Kabinettt mit Wilson weiterverhandeln wolle, den Kaiser um seine Entlassung zu bitten. Der Generalfeldmarschall behielt sich seine Entscheidung vor. Unmittelbar nach meinem Vortrag begaben sich der Generalfeldmarschall und General Ludendorff zum militärischen Vortrag beim Kaiser ins Schloß Bellevue. Hierbei betonten sie die Notwendigkeit, die Verhandlungen mit Wilson abzubrechen. Der Kaiser wich jedoch einer Entscheidung aus und verwies sie an den Prinzen Max.<sup>6)</sup> An dessen Stelle empfing Vizekanzler

<sup>2)</sup> Bezieht sich auf Solfs Stellungnahme in der Abendsitzung des Kriegskabinettt vom 24. 10. 1918, an der Haefstens nicht teilgenommen hatte; vgl. Nr. 89a, bes. auch Anm. 3.

<sup>3)</sup> Bei Levetzow (s. Kopfregezt zu Nr. 72b) S. 410: „Gegen 3 Uhr nachmittags“.

<sup>4)</sup> Dazu Payer S. 141.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 86.

<sup>6)</sup> Vgl. Ludendorffs Aufzeichnung vom 31. 10. 1918 (WUA 2 S. 367 f.): „Eine Entscheidung wurde von Seiner Majestät nicht getroffen, er wies den Feldmarschall an den Reichskanzler, da dieser erkrankt war, an Herrn von Payer.“ Dazu Nr. 94.

v. Payer um 9 Uhr abends die Herren im Beisein des Kriegsministers Scheüch und des Admirals Scheer. Die Unterredung verlief völlig ergebnislos; die Gegensätze hatten vielmehr eine erneute Verschärfung erfahren.<sup>7)</sup> Beim Hinausgehen geleitete ich General Ludendorff bis zu seinem Kraftwagen, wobei er in tiefer Niedergeschlagenheit seiner Enttäuschung mit den Worten Ausdruck gab: „Ich habe keine Hoffnung mehr, man will nicht mehr kämpfen. Jetzt ist Deutschland verloren, ich werde morgen meine Entlassung erbitten.“

In der Frühe des 26. Oktober meldete ich mich gegen 9 Uhr vormittags beim Reichskanzler zum Vortrage über die militärische Lage. Auffallenderweise wurde ich nicht, wie sonst, sofort empfangen. Auf meine Frage nach der Veranlassung erklärte mir der im Vorzimmer weilende Legationssekretär v. Prittwitz, der Kanzler sei zur Zeit sehr in Anspruch genommen wegen der bevorstehenden Verabschiedung des Generals Ludendorff. Durch diese Mitteilung war ich aufs höchste betroffen, da ich bislang ganz ahnungslos gewesen war.<sup>8)</sup> Herr v. Prittwitz gab mir kurz nähere Erläuterungen über das noch in der Nacht durch den Kabinettschef v. Delbrück überbrachte Schreiben des Prinzen Max an den Kaiser<sup>9)</sup>, in dem ersterer den Rücktritt des Generals Ludendorff gefordert hatte, widrigenfalls er seine Entlassung einreichen werde; zugleich hatte er gebeten, daß alles geschähe, um den Feldmarschall zum Bleiben zu bewegen. Herr v. Prittwitz schloß seine Mitteilungen mit der Bemerkung, der Kaiser werde General Ludendorff bereits um 10 Uhr im Schloß Bellevue empfangen, um ihm seine Entlassung zu erteilen.

Ich eilte sofort ins Generalstabsgebäude, um General Ludendorff von dem Gehörten zu unterrichten. Als ich sein Zimmer betrat, war der Feldmarschall bei ihm anwesend. Ich hörte nur noch die letzten Worte des Feldmarschalls, mit denen er General Ludendorff bat, mit der Absendung seines Abschiedsgesuches zu warten, bis ein letzter Versuch von ihm unternommen worden sei, mit dem Prinzen Max über die Behandlung der 3. Wilsonnote zu einer Einigung zu kommen. Als der Feldmarschall das Zimmer verlassen hatte, trat ich an den Arbeitstisch des Generals Ludendorff mit den Worten heran: „Dazu ist es zu spät.“ Seine Majestät werde ihn um 10 Uhr ins Schloß Bellevue rufen lassen und ihm zugleich eröffnen, daß er das Vertrauen zu ihm verloren habe und das Abschiedsgesuch des Generals erwarte. General Ludendorff war von meinen Worten aufs höchste betroffen; nach Atem ringend, brachte er zunächst kein Wort heraus. Nach einer längeren Pause unterrichtete ich ihn kurz über den äußeren Anlaß seiner Entlassung (Heeresbefehl vom 24. Oktober)<sup>10)</sup>, worauf General Ludendorff nur die Worte hervorstieß: „Ich wundere mich über gar nichts mehr.“ Die Wandlung der Gesinnung des Kaisers gegen ihn sei ihm um so unverständlicher, als „Seine Majestät beim gestrigen Vortrag besonders

<sup>7)</sup> Dazu die ausführliche Darstellung bei Payer S. 141 ff. (wiederabgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 435 ff.); ferner WUA 2 S. 368 (Ludendorff); Levetzow (s. Kopfregezt zu Nr. 72b) S. 411 (wiederabgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 434 f.). Vgl. auch Nr. 96 Anm. 5.

<sup>8)</sup> Vgl. Prinz Max S. 504: „Ich hatte den Vertreter der Obersten Heeresleitung absichtlich nicht instruiert, um ihm Gewissenskonflikte zu ersparen.“

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 94 (bes. auch Anm. 1).

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 86 (bes. Anm. 7).

gnädig gegen ihn gewesen sei“. Er reichte mir das bereits von ihm geschriebene Abschiedsgesuch, das abzusenden er infolge des enttäuschenden Ergebnisses der gestrigen Abendunterredung beim Vizekanzler bereits entschlossen gewesen sei; nur auf das Drängen des Feldmarschalls habe er es zunächst zurückgehalten.

Noch während unseres Gesprächs betrat der Adjutant das Zimmer mit der Meldung, Seine Majestät ließen den Feldmarschall und General Ludendorff bitten, sogleich zum Vortrag ins Schloß Bellevue zu kommen. General Ludendorff war durch diese Meldung, obgleich ich ihn bereits vorbereitet hatte, doch sehr erregt und vermochte nur mit äußerster Willenskraft seiner inneren Bewegung Herr zu werden. Beim Wechseln des Feldrockes zitterte er derartig am ganzen Körper, daß er das E. K. I. nicht mehr an seinen Rock zu heften vermochte. Als ich ihm dabei half, bemerkte er in bitterem Tone: „Das habe ich vielleicht doch noch um das deutsche Volk verdient.“ Beim Verlassen des Zimmers äußerte der General zu mir, wenn der Kaiser ihn entlasse, sei der Feldmarschall entschlossen, mit ihm zusammen zu gehen. Auf dem Korridor trafen wir den Feldmarschall bereits zur Fahrt fertig an. General Ludendorff unterrichtete ihn kurz über den Inhalt meiner Mitteilungen. Der Feldmarschall nahm diese Meldung äußerlich ruhig entgegen.

Nachdem ich beide Herren bis zum Kraftwagen begleitet hatte, begab ich mich — es war kurz nach 10 Uhr — zum Chef der Zentralabteilung, Oberst v. Tieschowitz, um ihn zu unterrichten. Die Frage des Nachfolgers des Generals Ludendorff sei jetzt dringend. In meiner Gegenwart rief Tieschowitz den Chef des Militärkabinetts, General v. Marschall, an, um mit ihm die Frage der Nachfolge des Generals Ludendorff zu besprechen. Als mögliche Nachfolger nannte Oberst v. Tieschowitz die Generale v. Kuhl, v. Seeckt, v. Loßberg und Groener. Es wurde vereinbart, daß die Entscheidung des Feldmarschalls hierüber abgewartet werden solle. Noch während ich mit Oberst v. Tieschowitz sprach — es mochte etwa eine gute halbe Stunde darüber hingegangen sein — ließ mich General Ludendorff, der aus dem Schloß Bellevue zurückgekehrt war, zu sich bitten. Er hatte sich wieder völlig in der Gewalt, war ruhig und beherrscht. Unmittelbar nach mir betrat der gleichfalls herbeigerufene Oberst Bauer das Zimmer. Seine Majestät, so teilte General Ludendorff uns über den Empfang beim Kaiser mit, habe ihn im Gegensatz zum gestrigen Tage vorhin sehr ungnädig empfangen und gegen ihn — Ludendorff — sehr scharfe Vorwürfe wegen des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes und vor allem wegen des Heeresbefehls vom 24. Oktober<sup>10)</sup> erhoben, wogegen er in angemessener Form Verwahrung eingelegt habe. Die Vorwürfe träfen ihn um so schwerer, als er aus ihnen ersehe, daß das Vertrauen des Kaisers zu ihm erschüttert sei. Falls seine Person ein Hindernis für den Frieden bilde, sei er bereit, seinen Abschied zu nehmen, worauf Seine Majestät zunächst, halb ablehnend, erwiderte: „Nun seien Sie doch nicht gleich wieder so schroff.“ Darauf wiederholte Seine Majestät jedoch die Vorwürfe, die sich nunmehr außer gegen den Heeresbefehl vom 24. Oktober auch ganz allgemein gegen „die von General Ludendorff geduldete Generalstabswirtschaft“ richteten. Er habe das Vertrauen zum Generalstab verloren. Er sei entschlossen, in Zukunft mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Der Feldmarschall schwieg zu den schweren Vorwürfen gegen den Generalstab, dessen Chef er war. Nunmehr

bat General Ludendorff zum zweiten Male in bestimmter Form um seine Entlassung, die der Kaiser mit den Worten genehmigte: „Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinetwegen.“ Der Kaiser fragte den General noch kurz nach etwaigen Wünschen für eine anderweitige militärische Verwendung. General Ludendorff lehnte jedoch ab. Der Feldmarschall trat aus der bisher geübten Zurückhaltung heraus und bat gleichfalls um seine Entlassung, die der Kaiser mit den kurzen Worten ablehnte: „Sie bleiben“. Der Feldmarschall verneigte sich bei dieser kaiserlichen Entscheidung.<sup>11)</sup> Kaum hatte der Kaiser das Zimmer verlassen, als es zu einer kurzen erregten Aussprache zwischen Hindenburg und Ludendorff kam, der dem Feldmarschall vorwarf, er habe „ihn in dieser entscheidenden Stunde im Stich gelassen.“ Als der Feldmarschall ihn beim Besteigen des Kraftwagens aufforderte, mit ihm zusammen zurückzufahren, habe er dies abgelehnt und sei allein in den Generalstab zurückgekehrt.<sup>12)</sup>

In tiefster Stimmung verließ General Ludendorff die Arbeitsstätte, an der er über 4 lange Kriegsjahre für das deutsche Volk gekämpft hatte unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit und mit fast übermenschlicher Kraft. Oberst Bauer und ich geleiteten ihn zu seinem Kraftwagen. Anschließend wurden wir beide zum Feldmarschall gerufen, wo wir bereits General v. Bartenwerffer, Oberst v. Tieschowitz und Major v. Stülpnagel antrafen. Der Feldmarschall gab uns die Entlassung des Generals Ludendorff bekannt und begründete sein Verbleiben. In dieser großen Not des Vaterlandes habe er geglaubt, es nicht verantworten zu können, den Kaiser im Stich zu lassen, so schmerzlich es ihm auch sei, sich von General Ludendorff zu trennen. Mit tränenerstickter Stimme schloß er: „Mir ist zumute wie einem, der von der Stätte kommt, wo er seinen liebsten und besten Kameraden zu Grabe tragen mußte.“ Später hörte ich, daß der Feldmarschall unmittelbar nach seiner Rückkehr von Bellevue den General Ludendorff in seinem Arbeitszimmer aufgesucht habe, um sich mit ihm wieder zu versöhnen. Der Versuch blieb jedoch ohne Ergebnis.

Im unmittelbaren Anschluß an den Empfang beim Feldmarschall begab ich mich zum Prinzen Max, an dessen Krankenbett ich Payer, Solf, Roedern, Delbrück und Wahnschaffe fand.<sup>13)</sup> Ich meldete dem Prinzen die Entlassung des Generals Ludendorff. Alle Anwesenden stürmten, erregt aufspringend, mit den Worten auf mich ein: „und Hindenburg?“ „Der bleibt“, erwiderte ich kurz. Ein lebhaftes „Gott sei Dank“ aller Anwesenden war die Antwort. In diesem Augenblick reichte mir der Prinz die Hand, — wie er mir später mitgeteilt hat, in der Absicht, mir seine persönliche Anteilnahme zu der Entlassung des von mir so verehrten Generals zum Ausdruck zu bringen. In meiner Erregung mißverstand ich diese Geste und glaubte, der Prinz wolle damit auch seiner Freude über diese Lösung Ausdruck geben. Jetzt machte sich die aufs höchste gesteigerte, bisher beherrschte

<sup>11)</sup> Vgl. auch von Müller S. 436 f.

<sup>12)</sup> Fußnote Haefkens: „Vgl. hierzu: 1) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Aus meinem Leben S. 396. 2) Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen S. 616 f. 3) A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten S. 167 ff. 4) [Hans] Frenzt, Hindenburg und Ludendorff und ihr Weg durch das deutsche Schicksal [Berlin 1937] S. 14 ff. Diese Schilderung fußt offenbar auf Mitteilungen des Oberst Bauer, den General Ludendorff zugleich mit mir über den Verlauf seiner Unterredung mit dem Kaiser unterrichtet hatte.“

<sup>13)</sup> Vgl. Prinz Max S. 503 f.

seelische Spannung in mir plötzlich dadurch Luft, daß ich den anwesenden Herren die schwersten Vorwürfe wegen der Entlassung Ludendorffs ins Gesicht schleuderte. Alle Herren sprangen wiederum erregt von ihren Sitzen, und Solf drang, lebhaft gestikulierend, auf mich ein. In großer Erregung verließ ich darauf, ohne ein Wort zu erwidern, das Zimmer. Seit diesem Auftritt war meine Rolle im Kabinett ausgespielt. Auch mein Verhältnis zum Prinzen erlitt einen Bruch. —

Am Abend des Tages geleitete ich General Ludendorff zum Bahnhof, um mich mit ihm vor seiner Abfahrt nach Spa, wohin er zur Ordnung seiner persönlichen Angelegenheiten für wenige Tage zurückkehrte, zu verabschieden. Um mit dem Feldmarschall nicht zusammenzutreffen, benutzte er nicht den erst um 10 Uhr [abends] fahrenden Sonderzug der Obersten Heeresleitung, sondern fuhr mit dem fahrplanmäßigen D-Zug schon gegen 8 Uhr abends. Im Fürstenzimmer des Potsdamer Bahnhofs tat er zu mir und dem gleichfalls anwesenden Major v. Stülpnagel die inhaltsschwere Äußerung: „In acht Tagen ist der Feldmarschall beseitigt, und in vierzehn Tagen haben wir keinen Kaiser mehr.“ Zwar sollte nur die letztere Prophezeiung in Erfüllung gehen, aber die Stellung des Feldmarschalls war in diesen Tagen auch schwer erschüttert, da der Kaiser, wie ich durch General v. Gallwitz später erfahren habe, in den nächsten Tagen immer stärker den Eindruck gewann, daß der Feldmarschall bei seinem hohen Alter ohne die Festigkeit und Willenskraft des Generals Ludendorff den zu erwartenden Kämpfen nicht mehr gewachsen sei. Der Kaiser suchte daher in den nächsten Tagen nach einem Nachfolger für den Feldmarschall, wofür er den General v. Gallwitz in Aussicht genommen hatte.

## 96.

## 26. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärsitzung am 25. 10. 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, Friedberg, Scheidemann, Trimborn, Gröber, Erzberger, Haußmann, Scheüch, Solf, Wahnschaffe; Geheime Räte Simons, v. Stumm, v. Schlieben.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 203 f. (Abdruck eines kurzen Protokollauszugs); Prinz Max S. 505 ff., 510; Payer S. 144 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 243 ff.; Haußmann S. 263 (Anmerkung); Lütge S. 170 f. — Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, sowie im Nachlaß Erzberger 14 (Durchschlag) befinden sich kürzere Niederschriften über diese Sitzung. Soweit diese Aufzeichnungen von der amtlichen Protokollfassung sachlich abweichen, werden sie in den Anmerkungen berücksichtigt.

<sup>2)</sup> Nach Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1) begann die Sitzung um 10 Uhr.

<sup>3)</sup> Außerdem nahm der preußische Innenminister Drews an der Sitzung teil, der auch in der Debatte das Wort ergriff.

Wahnschaffe teilt mit, daß in der Reichskanzlei ein besonderer Beamter angenommen werden soll, der allein für die Protokolle verantwortlich sei.<sup>4)</sup>

v. Payer berichtet über seine gestern abend stattgehabte Unterredung mit Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff in Gegenwart des Kriegsministers und des Admirals Scheer.<sup>5)</sup> Dabei sei auch die Frage der Unterstellung des Generalstabs unter den Kriegsminister zur Sprache gekommen. Aus militärischen Gründen könne Exz. Hindenburg nicht unter den Kriegsminister gestellt werden. Diese Gründe erschienen ihm durchschlagend und seine Bitte ginge dahin, dafür zu sorgen, daß die Frage zurückgestellt würde. Jedenfalls würde von der Regierung keine Zusage gemacht werden.

Scheüch: Die Frage ist auch bei der Besprechung im R[eichs-]A[mt] d[es] I[nnern]<sup>6)</sup> besprochen worden. Es bestand Übereinstimmung darin, daß die Gegenzeichnung des Kriegsministers zur Ernennung genüge. Dadurch sei also auch die Gegenzeichnung zur Ernennung des Chefs des Generalstabes und seiner Gehilfen gegeben. Er bittet auch, nicht über den Antrag der Mehrheitsparteien<sup>7)</sup> hinauszugehen<sup>8)</sup> und zu verhindern, daß nicht viel mehr gesagt wird. Er selbst wolle auf die Konservativen einwirken<sup>9)</sup>, daß sie sich mit einer Erklärung begnügten. Wenn von anderer Seite neue Anträge kämen, so könne man vielleicht stillschweigend darüber hinweggehen. Er bittet, daß ein anderer Herr als er die Sache vertrete.<sup>10)</sup>

Gröber ist dazu bereit<sup>11)</sup> und teilt mit, daß noch einige kleine Änderungen an dem Antrag der Mehrheitsparteien vorgenommen werden müßten, z. B. müßte bei der Vertrauensfrage der Bundesrat gestrichen werden;<sup>12)</sup> denn der Kanzler als Vorsitzender des Bundesrats kann unmöglich diesen fragen, ob er noch sein Vertrauen habe. Bei der Gegenzeichnung der Offiziere der Marine sei eine kleine

4) Vgl. Nr. 90.

5) Vgl. Nr. 95 (bes. auch Anm. 7); ferner unten.

6) Am 25. 10.; vgl. Nr. 91.

7) Bezieht sich auf den „Abänderungsantrag zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung — Nr. 1951, 1982 der Drucksachen“ vom 26. 10. 1918. Der Antrag wurde von Ebert, Fischbeck, Herold und Junck eingebracht und von weiteren 28 Abgeordneten der Mehrheitsparteien unterschrieben; vgl. Nr. 91 bes. Anm. 24.

8) Dazu Prinz Max S. 510: Scheüch habe mit seinem Rücktritt gedroht, „als von der Vereidigung auf die Verfassung [vgl. Nr. 81] oder der Unterstellung des Chefs des Generalstabs unter den Kriegsminister die Rede“ gewesen sei.

9) Nach Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) erklärte Scheüch: „Ich habe auf Konservative einzuwirken gesucht [. . .]“

10) A.a.O. folgt: „Hierzu wird Gröber bestimmt.“

11) Vgl. Sten. Berichte Bd. 314 S. 6238 ff. (26. 10. 1918). Scheüch nahm zum Schluß der Debatte gegen seine ursprüngliche Absicht kurz das Wort, um zu erklären, er könne „in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Staatssekretärs Gröber nach reiflicher Prüfung der vorliegenden Anträge in ihrer Form, die sie gefunden haben, und in ihrem Inhalte nichts mehr finden, was eine Gefährdung des festen Gefüges unseres Heeres verursachen könnte“, zumal „das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizier durch die Anträge nicht berührt“ werde; die „deutsche Mannentreue“ werde auch in Zukunft „unerschüttert bestehen als eine der sichersten Stützen unseres Heerwesens“. A.a.O. S. 6297.

12) Vgl. Nr. 91 Anm. 27.

textliche Veränderung notwendig, materiell soll es dasselbe bleiben.<sup>13)</sup> Das R[eichs-]A[mt] d[es] I[nnern] habe sich mit den Änderungen bereits einverstanden erklärt.

**Graf Roedern** weist darauf hin, daß 14 Stimmen im Bundesrat genügten, um das Gesetz zur Ablehnung zu bringen. Es müsse daher vermieden werden, daß wesentliche Abänderungen von der gestern im Staatsministerium<sup>14)</sup> beschlossenen Fassung vorgenommen würden.<sup>15)</sup>

**Erzberger** schlägt auch noch einige redaktionelle Änderungen vor.<sup>16)</sup>

Es werde nicht gelingen zu erreichen, daß die Konservativen sich mit einer kurzen Erklärung begnügten. Er wünsche es auch nicht. Es müsse jetzt wegen der Haltung der konservativen Presse eine gründliche Abrechnung mit ihnen erfolgen. Deshalb solle man keine weitere Erklärung von ihnen verlangen. Man müsse jetzt ganz rückhaltlos sprechen.<sup>17)</sup>

**Graf Roedern** hält es für zweifelhaft, ob es im gegenwärtigen Augenblick richtig sei, eine große Erregung in die Debatte zu bringen. Kämen wir darum herum, so sei es im allgemeinen Interesse besser.

**v. Payer** schließt sich dem an. Es sei besonders nicht gut, wenn sich die Regierung zu scharf in die Debatte werfe und mit den Konservativen einen Kampf ausfechte. Er habe Führer der Konservativen gestern bei sich gehabt. Sie seien sehr gedrückt von ihm gegangen. Es erscheine ihm daher zweifelhaft, ob sie heute sehr scharf auftreten werden.<sup>18)</sup>

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 91 Anm. 30.

<sup>14)</sup> Am 26. 10. teilte Friedberg dem Reichskanzler mit, das Preußische Staatsministerium habe am Vortage beschlossen, den Gesetzentwurf der Mehrheitsparteien (s. Anm. 7) betr. Abänderung der Reichsverfassung zu genehmigen; DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern 16686. Dieser Beschluß bezog sich auf die in Anlage 2 zu Nr. 91 mitgeteilte Fassung, also auf einen Antrag, der von der Mehrheit eingebracht werden sollte, jedoch noch nicht eingebracht worden war. — Ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums — der allerdings einen anderen Punkt der Tagesordnung behandelt — ist abgedruckt in den Archivalischen Forschungen 4/IV S. 1677 f.

<sup>15)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) konkreter: Schwierigkeiten „könnten“, von Mecklenburg, Oldenburg und Reuß ä. L. erwartet werden.“

<sup>16)</sup> Vgl. Anlage 2 zu Nr. 91 mit den einschlägigen Anm., aus denen die vorgenommenen Änderungen hervorgehen. Unmittelbar nach der Schlußredaktion durch das seit 10 Uhr (s. Anm. 2) tagende Kabinett wurde der Antrag von den Mehrheitsparteien eingebracht. Dazu die Ausführungen Westarps zu Eingang der 14 Uhr 19 eröffneten Plenarsitzung, Sten. Berichte Bd. 314 S. 6276: „Der Antrag Nr. 1984 ist heute morgen um 11 Uhr auf Anfrage im Bureau, ob der Antrag verteilt worden sei, nachdem man in den Zeitungen davon gehört hatte, zu unserer Kenntnis gekommen.“

<sup>17)</sup> Im Anschluß an Erzberger verzeichnet sich *Haußmann* a.a.O. selbst als Sprecher: „Gröber soll prinzipiell und staatsrechtlich reden.“

<sup>18)</sup> Im Plenum (s. Anm. 16) sprach zunächst Graf Westarp zur Geschäftsordnung und erhob erfolglos Widerspruch gegen die Behandlung des Antrages der Mehrheitsparteien, bei dem es sich in Wirklichkeit nicht „um einen Abänderungsantrag, sondern um den Vorschlag eines neuen Gesetzes“ handele. In der Sachdebatte wurde der Standpunkt der Konservativen durch von Graefe vertreten, der sich in ausführender, scharfer Rede gegen die Verfassungsänderungen aussprach. Diese Änderungen bedeuteten, so betonte er resümierend, „das Abreißen der Grundmauern der ganzen Struktur unserer bisherigen Reichsverfassung, die völlige Zunichtemachung unseres föderativen und monarchischen Charakters, durch die

**Scheüch:** Sehr scharfe Debatte werde sehr schlecht auf Generäle u[nd] Offiziere an der Front wirken. Wenn erreicht werden könnte, daß Debatte ruhig geführt werden könnte, müsse man es tun.

v. Payer kommt auf seine gestrige Besprechung mit den Herren der O. H. L. zurück. Sie hätten ihn zu überzeugen versucht, daß man Verhandlungen abbrechen und mit einer Proklamation an das Volk dieses zu den Waffen zu rufen suchen müßte. Er habe sich auf anderen Standpunkt gestellt. Wir würden Note beantworten in dem Sinne, daß man sich nach Bedingungen erkundige. Die Herren seien der Ansicht gewesen, man dürfe nicht weiter verhandeln; unser Heer stände unbesiegt auf feindlichem Boden und dürfe nicht kapitulieren.<sup>19)</sup> Auf seine Fragen, welche Chancen wir bei einem Weiterkämpfen hätten, einen besseren Frieden zu erlangen, hätten sie ihm keine direkte Erklärung abgegeben. Sie hätten nur gesagt, wenn wir noch einige Monate aushalten könnten, so würde sich auf der anderen Seite eine stärkere Friedenssehnsucht geltend machen, besonders in Frankreich, aber auch in England; in Frankreich könne man auch mit inneren Unruhen rechnen. Er sei dem nicht beigetreten und habe auf der anderen Seite auf die schlimmen Zustände in Österreich hingewiesen und gefragt, ob dies nicht auch für uns von verhängnisvollem Einfluß sein könnte. Er habe darauf keine Antwort erhalten. Er sei aber aufgefordert worden, sich dahin festzulegen, daß, wenn wir ein sehr ungünstiges Waffenstillstandsangebot erhielten, wir eine Erhebung des Volkes in die Wege leiten würden. Er habe es abgelehnt, sich darauf festzulegen, und seinerseits die Forderung gestellt, daß noch andere Heerführer gehört werden müßten. Dies sei von Hindenburg in weniger entschiedener Form, von Ludendorff dagegen sehr energisch abgelehnt worden.<sup>20)</sup>

**Scheüch** ergänzt diese Bemerkungen noch dahin, daß seitens der O. H. L. noch die Kohlennot beim Feinde und das Nachlassen seiner Kampfkraft zu unsern Gunsten erwähnt worden sei. Die Heeresgruppen Rupprecht und Deutscher Kronprinz hätten in den letzten Tagen starke Angriffe abgewiesen. Zwischen Clémenceau und Foch bestehe ein erheblicher Gegensatz wegen der uns aufzulegenden Bedingungen. Ersterer erhebe sehr scharfe Forderungen, die Foch ablehne, also unsere Kampfkraft noch höher einschätze. Die Herren der O. H. L. hätten noch besonders auf ein französisches Urteil der letzten Tage hingewiesen, daß die deutschen Armeen sich noch sehr gut hielten, aber es in Frankreich in vier Wochen zu Ende sei, wenn es noch so weiter gehe. Hindenburg habe noch gesagt, wir sind über den Berg gekommen, nicht nur unsere Truppen halten, sondern beim Gegner bestehen erhebliche Schwierigkeiten. In vierzehn Tagen werden wir weiter sehen, also Zeit gewinnen, sei der Schluß seiner Ausführungen gewesen.<sup>21)</sup> Die Mißerfolge hat Hindenburg zugegeben, sie seien aber nicht entscheidend gewesen.

Er selbst habe sich für Anhörung anderer Generäle ausgesprochen; die Unterhaltung sei aber nicht zum Abschluß gekommen. Er habe den Eindruck, daß, wenn ein Druck

---

absolute Ausschaltung jedes Einflusses der Krone auf den Gang der Geschäfte, sowie die Zurückdrängung Preußens. [. . .] Einen derartigen vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit, der absolut nicht mehr auch nur in losem Zusammenhang mit dem historisch Gewordenen steht, — den machen wir nicht mit!“ Sten. Berichte Bd. 314 S. 6275 ff., 6281 ff.; dazu Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 79 ff. Vgl. Nr. 97 Anm. 2.

<sup>19)</sup> Bei Erzberger (s. Anm. 1) heißt es konkreter: „Exz. Ludendorff habe erklärt, dann käme es zu einem Schmach- und Schandfrieden. Eine blanke Kapitulation mache er nicht mit.“

<sup>20)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „Ludendorff schüttelte scharf den Kopf, während Hindenburg sich nicht aussprach.“

<sup>21)</sup> A.a.O.: „Hindenburg sagte als Resümee: ‚Wir sind über den Berg gekommen. Jetzt noch 14 Tage, dann sind wir wieder fest.‘“

ausgeübt würde, die Anhörung dann doch noch möglich sei. Vielleicht ließe sie sich gleich nach Absendung der Note, und zwar an zwei Stellen der Front vornehmen.

**v. Payer** verneint die Frage von Exz. Erzberger, ob die im Kriegspresseamt verlesenen Depeschen<sup>22)</sup> bei der Besprechung erörtert worden seien.

**Solf** bejaht die Frage<sup>23)</sup>, ob die Befehle an die U-Bootkommandanten wegen Einstellung der Torpedierung von Passagierdampfern herausgegangen seien.<sup>24)</sup> Der U-Bootkrieg sei tatsächlich so gut wie eingestellt.

**Friedberg** hat mit den Parteien des Herrenhauses wegen der Aktion, die sie vorhatten<sup>25)</sup>, gesprochen. Die neue Partei<sup>26)</sup> sei völlig dagegen gewesen. Die Sache sei bis heute nachmittag vier Uhr zurückgestellt. Er frage an, ob die Bedenken gegen die Aktion noch fortbeständen, nachdem die Frage der Abdankung des Kaisers ausführlich erörtert worden sei.

**v. Payer** meint, daß man nun nicht mehr dem Herrenhaus verwehren könne, auch über das Thema zu sprechen, aber es dürfe keine Diskussion stattfinden.

**Friedberg** sichert zu, daß er hierfür sorgen werde.<sup>27)</sup>

**Solf**: Seine frühere Auffassung von der Note habe sich verstärkt. Er wiederhole das, was er am 23. 10.<sup>28)</sup> bereits gesagt habe. Der erste Teil verlange keine Antwort, der zweite Teil verlange an sich auch keine Antwort, aber Taten. Für unser Volk sei aber eine Antwort notwendig. Er habe eine solche entworfen im Anschluß

<sup>22)</sup> Dazu die in Amtliche Urkunden S. 201 abgedruckte Aufzeichnung des Legationsrates von Schmidhals vom 25. 10. : „In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamts im Auftrage der Obersten Heeresleitung zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber durch die Presse.

Das erste dieser Telegramme war gerichtet an den Herrn Reichskanzler und legte Verwahrung ein gegen Gerüchte, die dahin gingen, der Generalfeldmarschall habe seinerzeit ein sofortiges Friedensangebot verlangt und dabei darauf hingewiesen, es handle sich um eine Sache von Stunden.

Das zweite Telegramm [identisch mit dem Befehl an das Feldheer vom 24. 10.] war an die Kommandierenden Generale gerichtet und brachte zunächst eine kurze Analyse der Wilsonschen Waffenstillstandsbedingungen. Dann folgte die Erklärung, diese seien für das Militär unannehmbar. Es bliebe daher nichts übrig als Kampf bis zum Äußersten.“ Vgl. Nr. 93.

<sup>23)</sup> Nach Haußmanns Aufzeichnung (s. Anm. 1) hatte *Roedern* gefragt: „Die Befehle an die Marine sind wohl heraus betr. U-Boote?“

<sup>24)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 183 f.

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 90 Anm. 18.

<sup>26)</sup> Es handelt sich um die sog. Neue Fraktion der Deutsch-konservativen Fraktion des preussischen Herrenhauses.

<sup>27)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) sind zwischen Friedberg und Solf noch folgende Sprecher aufgeführt:

„*Haußmann*: Ich möchte über die Proklamation und einige sorgenvolle Fragen, die sich dabei aufwarfen, zuerst den Herrn Kriegsminister sprechen.

*Payer*: Wir wollen die Herren [Hindenburg und Ludendorff] heute abend 7 Uhr hören.

*Solf*: Wir sollten die Herren nicht hören, weil sonst der selbstbewußte Ton der Note ihnen zugeschrieben [wird].

*Wahnschaffe*: Der Reichskanzler will keine Beratung mit den Militärs.

*Haußmann*: Wie Kriegsminister Scheüch — aber erst morgen nach Abgang der Note.“

<sup>28)</sup> Datierungsfehler; Solf bezieht sich eindeutig auf seine Ausführungen in der Abendsitzung des Kriegskabinetts vom 24. 10.; vgl. Nr. 89a.

an den Scheidemannschen Entwurf<sup>29)</sup>, aber mit einem sehr viel selbstbewußteren Ton mit Rücksicht auf die Stimmung im Volke. Er verliert den Entwurf.<sup>30)</sup>

Die Deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten Wilson Kenntnis genommen und fühlt sich verpflichtet, mit demselben Freimut zu erwidern, mit dem der Präsident gesprochen hat.

Die Deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die der Präsident als die Grundlagen eines Rechtsfriedens aufgestellt hat. Sie hat sich demgemäß um Vermittlung eines Waffenstillstandes an ihn gewandt, nicht aber einer Waffenstreckung, um Vermittlung eines Friedens kraft freier Zustimmung, nicht aber eines Friedens durch Gewalt. Sie entnimmt der Note des Präsidenten Wilson, daß er einem demokratisch regierten deutschen Volke einen Gewaltfrieden nicht zumuten will, wenn die neue Regierungsweise ihm die Gewähr der Dauer bietet. Der Präsident kennt die entscheidenden Wendungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben in diesen Tagen vollzogen haben und noch weiter vollziehen. Die Deutsche Regierung weiß sich eins mit den Grundsätzen des Präsidenten, wonach es dem Recht und der Pflicht der Selbstbestimmung eines Volkes nicht entsprechen würde, wenn es die Umgestaltung seiner Verfassung anders vornehmen wollte, als es seine Eigenart verlangt und seine Überzeugung zuläßt.

**Scheidemann**<sup>31)</sup> hat Bedenken gegen diese Formulierung. Ist an sich mit würdiger Form einverstanden, aber der jetzige Ton enthalte eine Drohung, daß sie uns keine Bedingungen stellen dürften, die wir nicht annehmen könnten. Habe Befürchtung, daß Wilson nach dieser Note Verhandlungen abbrechen werde. Wir müssen antworten, daß wir die Bedingungen erwarteten. Kämen dann aber Bedingungen, die wir nicht annehmen könnten, dann sei immer noch Zeit. Der Ton des Solfschen Entwurfs entspreche nicht der Lage, in der wir uns befänden. In seiner Fraktion habe man gestern gesagt<sup>32)</sup>, wir müssen zum Frieden kommen und könnten nicht mehr. Sie habe gewünscht, daß ihr vor Abgang der Note Kenntnis davon gegeben werde. Er würde bei dieser Note sehr heftige Opposition finden.<sup>33)</sup>

<sup>29)</sup> Vgl. Polit. Archiv, Weltkrieg 23 geh. Bd. 24; von Scheidemann, der über diese Sitzung des Kriegskabinetts berichtet (Memoiren II S. 243 ff.), nicht erwähnt.

<sup>30)</sup> Als Anlage 1 dem Protokoll beigegeben. (Ein Durchschlag mit eigenhändigen Korrekturen Haußmanns befindet sich im Nachlaß Haußmann 22). Offensichtlich handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der beiden bei Prinz Max S. 505 abgedruckten, im Auftrage des Reichskanzlers von Simons angefertigten Entwürfe. Der zweite Entwurf, ohne den einleitenden Satz, auch bei Scheidemann, Memoiren II S. 243. Scheidemanns Angabe, daß dieser Entwurf in der Kabinettsitzung vorgetragen worden sei, ist also nicht korrekt. Ebenso irreführend die Bemerkung des Prinzen Max, einer von beiden, er könne nur nicht genau feststellen welcher, sei von Solf verlesen worden.

<sup>31)</sup> Nach Prinz Max S. 505 f. hatte Scheidemann schon während der Verlesung „dazwischen gerufen: ‚Er springt ab, er springt ab.‘“

<sup>32)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 25. 10. 1918 (Abendsitzung).

<sup>33)</sup> Dazu Prinz Max S. 506: „*Erberger* und *Scheidemann* hatten sich zu der Abfassung eines demütigenden Dokumentes verbündet und liefen nun Sturm gegen meinen Entwurf. Jetzt handelte es sich nicht mehr um Streitfragen des Takts und des Geschmacks: die beiden Staatssekretäre hatten aufgehört, an die nationale Verteidigung zu glauben. *Scheidemann* hatte nur die eine Sorge: die Entscheidung des Kabinetts sollte Gnade vor den Massen finden, die zu den Unabhängigen weglaufen wollten. ‚Wir dürfen nicht drohen, daß Wilson uns keine Bedingungen stellen darf, die wir nicht annehmen können.‘ Erschütternd war das Eingeständnis seiner Ohnmacht: ‚In meiner Fraktion hat man gestern gesagt, wir müssen zum Frieden kommen und können nicht mehr. Sie hat gewünscht, daß ihr vor Abgang der Note Kenntnis gegeben werde. Bei dieser Note würde ich heftige Opposition finden.‘“

**Erzberger:** Die Note müsse einen ganz geschäftlichen Charakter tragen; man dürfe nur sagen, die deutsche Regierung bestätige die Note und sehe den Waffenstillstandsbedingungen entgegen, die einen dauernden Rechtsfrieden ohne jede Vergewaltigungen verbürgen sollten.<sup>34)</sup>

**Solf** ist der festen Überzeugung, daß sein Entwurf den Faden nicht entzwei schneiden werde. Er interpretiere die Wilsonsche Note so, daß er selbst einen entschiedeneren Ton haben wolle. Er wolle selbst gar nicht die scharfen Bedingungen stellen, er habe aber Schwierigkeiten mit den Chauvinisten.

**Friedberg:** Die Note treffe seiner Ansicht nach die Hauptsachen nicht. Der erste Satz sei ganz entbehrlich. Dann müsse gesagt werden, teile uns die Waffenstillstandsbedingungen mit, dabei eine Verwahrung, daß wir nicht Unterwerfung angeboten haben. Das Schlußwort könne ganz kurz sein. Der Entwurf unterstellt Wilson, er wolle uns Bedingungen stellen, die wir als anständiges Volk nicht annehmen können. Dies sei verletzend.<sup>35)</sup>

**Solf:** Die Antwort sei nicht notwendig für Wilson, sondern nur für unser Volk. Daß Wilson die Verhandlungen nicht abbrechen werde, dafür garantiere er.

**Haußmann:** Eine Antwort sei an sich nicht erforderlich, aber besser. Mit den psychologischen Motiven Solfs sei er einverstanden, hält Scheidemann für zu ängstlich.<sup>36)</sup> Hält es für ausgeschlossen, daß Wilson abbricht. Wir müßten uns fragen, ob eine Ablehnung von entehrenden Eventualitäten jetzt schon erfolgen muß. Dies bejahe er. Wir müßten die Würde der stark angegriffenen neuen Regierung wahren und auch nach außen zeigen, daß wir noch nicht zur völligen Unterwerfung gezwungen seien. Ist ganz zu gleichen Folgerungen wie Solf gekommen. Verliest einen eigenen Entwurf.<sup>37)</sup>

**v. Payer** hat Bedenken gegen beide Entwürfe. Der Satz in dem Solfschen Entwurf, daß wir uns nicht einem Gewaltfrieden beugten, binde uns unnötig. Wie er höre, wolle ihn ja Exz. Solf selbst fallenlassen. Beide Noten enthielten Stellen, nach denen wir evtl. noch Widerstand leisten könnten, das erscheine ihm zweifelhaft.

**Simons:** Der Reichskanzler hält nach langen Erwägungen eine Antwort für nötig, besonders auch mit Rücksicht auf deutsches Volk, damit es Führung sähe. Die Wilsonsche Note sage, er habe die Sache weitergegeben an seine Verbündeten. Was diese sagen würden, wisse er nicht. Aber wenn Waffenstillstand kommt, dann müßt ihr wehrlos werden, weil wir euch noch nicht trauen.

Unsere Antwort muß also dahin lauten, daß wir uns Unterwerfung nicht fügen werden, wohl aber würden wir alles tun, um Wilson Garantien zu geben. Wir dürften nicht sagen: Heraus mit den Waffenstillstandsbedingungen; das wäre ein Zeichen dafür, daß wir den Waffenstillstand dringend brauchten. Der Reichs-

<sup>34)</sup> Vgl. Anm. 49.

<sup>35)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) sind *Friedbergs* Äußerungen wie folgt wiedergegeben: „Die Note trifft die Hauptsache [nicht]. Exz. Haußmann hat ganz richtig neulich [vgl. Nr. 89a] die Note ausgelegt.“

<sup>36)</sup> A.a.O. heißt es in leichter Akzentverschiebung: „Scheidemann geht zu weit, ist taktisch falsch.“

<sup>37)</sup> Überliefert im Nachlaß Haußmann 22.

kanzler ist der Ansicht, daß Wilson selber wünschte, wir sollten etwas stärker sprechen.<sup>38)</sup>

**Erzberger** tritt dieser Argumentation entgegen. Wir sollten uns ferner in der Note nicht binden, nur den Empfang bestätigen und sagen, wir sähen Waffenstillstandsbedingungen entgegen. Eine Verwahrung anzuschließen sei nicht richtig. Auch der zweite Teil müsse sehr kühl und kurz gefaßt werden. Um Wilson klarzumachen, was bei uns auf dem Verfassungsgebiete geschehen sei, müsse ihm eine Aufzeichnung darüber noch nebenbei mitgeteilt werden. Sage man in der Note, falls das und das eintrete, so werden wir uns so und so verhalten, so zerstöre man Vertrauen zur neuen Regierung.<sup>39)</sup>

**Simons**: Ausschlaggebend für den Reichskanzler sei ein Telegramm des Gesandten Rosen aus Den Haag und die Ansicht eines alten Amerikakenners<sup>40)</sup> gewesen.

Gegen den Vorschlag von Erzberger habe er Bedenken. Er sei zu beflissen, und es werde so getan, als ob der Vorschlag von Wilson zu einem Rechtsfrieden führe. Das sei nicht richtig. Er wolle nur einen Unterwerfungsfrieden. Auch bestehe die Gefahr, daß die Waffenstillstandsbedingungen so sein werden, daß wir wehrlos sein werden. Dieser Gefahr müsse vorgebeugt werden. O. H. L. wolle dem durch Aufruf ans Volk vorbeugen. Dies sei untaugliches Mittel; aber zu sagen, alles ist mit uns noch nicht vorbei, das sei ein richtiges Mittel, um zu verhüten, daß wir vor Tatsachen gestellt würden, denen wir uns fügen müßten.

**Drews** schlägt eine Vermittlung zwischen Erzberger und Solf vor.

**Haußmann**: Man müsse sich von dem, was Verfasser sagen wolle, ein genaues Bild machen. Deshalb sei Erzbergers Stellungnahme eine nicht richtige. Er selbst sei ganz derselben Ansicht wie Reichskanzler und Exz. Solf. Der letzte Absatz von Wilsons Note nimmt Bezug auf die Gründe, weshalb er so viel verlangen müsse. Dies sei eine ganz richtige Auslegung. Wir sollten auch nicht weiter nach Bedingungen fragen, auch sollten wir nicht nur rein geschäftlich antworten. Wir müßten uns schlüssig machen, ob wir aussprechen sollten, daß wir nicht jede Bedingung annehmen könnten.

**Erzberger** wendet sich gegen diese Ausführungen. Er sei immer der Ansicht gewesen, daß Wilson neue Garantien verlange. Wir müßten eine kühle Antwort geben, dabei könne man ja Verwahrung einlegen gegen Wehrlosmachung.

Wir müßten Waffenstillstand und Frieden unterscheiden. Wir könnten einen schlechten Waffenstillstand und doch einen guten Frieden erhalten.<sup>41)</sup> Bei Punkt 2 genüge, Wilson wissen zu lassen, daß wir die Garantien erfüllt haben.

<sup>38)</sup> In Haußmanns Aufzeichnung (s. Anm. 1) folgt anschließend eine Äußerung *Roederns*: „Waffenstreckung ist zu wenig.“

<sup>39)</sup> A.a.O. knapp: „*Erzberger*: Spekulationen eines jungen Mannes.“ Gemeint sein dürfte Kurt Hahn.

<sup>40)</sup> Max Warburg; vgl. Prinz Max S. 505: „Ich legte entscheidendes Gewicht auf die Antithese: Waffenstillstand = Waffenstreckung, darin bestärkt durch Max Warburg, der sonst nie ungerufen kam, aber am 25. Oktober in der Reichskanzlei erschienen war, voll Empörung über die Note Wilsons: „Ich bin mir der amerikanischen Mentalität durchaus sicher; wir dürfen uns um keinen Preis länger treten lassen, sondern sollten uns auflehnen. Es müßte etwas in die Note hinein, das die Feinde vor der Entschlossenheit eines Volkes warnt, das man zur Verzweiflung treibt.“

<sup>41)</sup> Vgl. Anm. 49.

**Scheidemann:** Eine Antwort sei notwendig, sonst werde es außen und innen mißverstanden. Die Antwort müsse kurz, eindeutig und nicht bindend sein. Bei dem Solfschen Entwurf bänden wir uns. Bedauert, daß R[eichs]k[anzler] sich bereits für Solfsentwurf engagiert habe. Es wäre gut, wenn wir selbst ihn sprechen könnten.

Gehe die Solfsche Note heraus, so werde man sofort sagen, das sei Folge von der Anwesenheit Hindenburgs und Ludendorffs in Berlin und ihrem Besuch beim Kaiser.<sup>5)</sup> Also spielt Kaiser doch noch so große Rolle. Die Kaiserfrage wird also aufgerollt, was wir nicht wollen. Auf die Konservativen sei keine Rücksicht zu nehmen; wir dürften jedoch die nicht vor den Kopf stoßen, die bei uns den Frieden wollten und mit neuer Regierung gingen. Die Gefahr besteht, daß Wilson abbricht. Wir können doch nicht Wilson sagen, auf Waffenstreckung lassen wir uns nicht ein; das hat er uns ja noch gar nicht angesonnen. Sind wir im übrigen nicht in der Lage, daß wir uns alles gefallen lassen müssen? Wird jetzt durch unsere Note der Eindruck erweckt, daß wir jetzt eine andere Linie einschlagen, so besteht große Gefahr, daß die neue Regierung das Vertrauen verliert. Die linke Seite arbeitet auf Putsche hinaus, die schon morgen stattfinden werden. Bekommt man draußen die Überzeugung, daß die neue Regierung sich schon wieder hat umstimmen lassen, dann gibt es noch größere Putsche.

Wir könnten den Solfschen Entwurf als Grundlage nehmen, aber abändern.<sup>42)</sup> Im zweiten Teil sei nur zu sagen, daß die Regierung jetzt so sei, wie er es verlangt. Gleichzeitig müsse eine Aufzeichnung der Presse gegeben werden, aus der hervorgeht, was die neue Regierung bis zum heutigen Tage durchgesetzt hat.

Solf ist auch der Ansicht, daß wir den Faden der Verhandlungen nicht abreißen lassen dürfen. Die Note werde diese Belastung vertragen. Sie werde nicht durch die Rücksicht auf die Konservativen, sondern auf die Welt diktiert. Auf diese mache es einen guten Eindruck, wenn wir sagten, alles könnten wir uns nicht gefallen lassen. Kommen schlechte Waffenstillstandsbedingungen, dann wird eine große Entrüstung durch das Volk gehen.<sup>43)</sup>

**Scheüch** stimmt Solf und Haußmann zu. Wir können nicht wissen, was in 14 Tagen militärisch sein wird. Die Gegner können so große Niederlagen erleiden, daß wir einem Waffenstillstand nähergerückt seien. Unsere Lage ist im Innern und nach außen nicht verzweifelt. Wir können auch der Front noch alles liefern. Unsere Geschützverluste sind fast ganz ersetzt.<sup>44)</sup> Die einzige Sorge macht das Öl, aber auch da reichen wir bis zum 1. April 1919.<sup>45)</sup>

<sup>42)</sup> Auf diesen Satz bezieht sich wahrscheinlich die in Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) wiedergegebene Wendung *Scheidemanns*: „Nicht mit dem Herzen reden, sondern nur mit dem Verstand.“

<sup>43)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) folgt: „*Haußmann*: Waffenstillstand unerheblich, Frieden Hauptsache. Wenn in 14 Tagen ungünstiges / Hauptpunkt: Harte Bedingungen / unerträgliche / Wir müssen führen.“

<sup>44)</sup> A.a.O. statt dessen: „Die Munitionslieferungen steigen von Monat zu Monat.“

<sup>45)</sup> Vgl. Prinz Max S. 506: „Vergebens suchte der General *Scheüch* die Stimmung zu festigen: Unsere Lage ist im Innern und nach außen nicht verzweifelt; wir können der Front noch alles liefern.“

**Trimborn:** Man müsse sich die Situation ganz nüchtern überlegen. Er spricht sich für den Erzbergerschen Entwurf<sup>45a)</sup> aus, mit Zusätzen von [dem] Minister des Innern. Hegt Zweifel gegen die richtige Beurteilung von Wilsons Denkungsart.

Fortsetzung nachmittags 1 ½ Uhr:<sup>46)</sup>

v. Payer teilt vertraulich mit, daß Seine Majestät das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff angenommen, dagegen Exz. Hindenburg bewegt habe, im Amte zu bleiben.<sup>47)</sup>

Mit Rücksicht auf diese Tatsache läßt Reichskanzler bitten, daß Note einen würdigeren Ton erhält.

**Scheüch:** Jetzt müßten die Bedenken schwinden, daß die Note unter Mitwirkung der O.H.L. abgefaßt worden sei.<sup>48)</sup>

**Solf:** Für die Entschließung des Kaisers sei Voraussetzung gewesen, daß die Note einen schärferen Ton erhalte.

Der Reichskanzler lege auf die einleitenden Sätze schwerwiegendes Gewicht und habe betont, daß, falls nicht die Solfsche Fassung gewählt würde, besser überhaupt keine Note abgesandt würde.

**Erzberger und Scheidemann** betonen, daß gleichwohl kein solcher Ton angeschlagen werden dürfe, der Abbruch der Verhandlungen befürchten lasse.

**Haußmann:** Nach der neuen bekanntgewordenen Tatsache müsse unbedingt die Solfsche Fassung gewählt werden. Statt Waffenstreckung könne man vielleicht Wehrlosmachung sagen.

**Erzberger** gebe sich immer einem Irrtum hin; erhielten wir einen schlechten Waffenstillstand, dann bekämen wir auch einen schlechten Frieden.<sup>49)</sup>

<sup>45a)</sup> Im Nachlaß Haußmann 22 (Durchschlag) befindet sich ein undatiertes „gemeinsamer Vorschlag der Staatssekretäre Erzberger und Scheidemann zu der Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson“, der folgendermaßen lautet: „Die Deutsche Regierung hat die Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 23. Oktober erhalten und sieht den angekündigten Mitteilungen über einen Waffenstillstand entgegen. Sie nimmt an, daß dieser Waffenstillstand einen dauernden Rechtsfrieden ermöglichen wird, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

Der Präsident Wilson kennt die entscheidenden Wendungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben in der letzten Zeit vollzogen haben und noch weiter vollziehen. Danach werden die Friedensverhandlungen von einer Regierung geführt werden, deren Machtbefugnisse durch die Verfassung des Deutschen Reichs dauernd sichergestellt sind.“

<sup>46)</sup> Vgl. a.a.O.: „Die Vormittagssitzung war unterbrochen worden, damit *Simons* mir berichtete. Er hatte im Kabinett vergeblich für meine Auffassung gekämpft und war jetzt der Meinung, man solle es auf einen Bruch mit den Staatssekretären ankommen lassen.

Ich hoffte noch, daß sie sich überzeugen ließen.“

<sup>47)</sup> Vgl. Nr. 95.

<sup>48)</sup> Nach Haußmann (s. Anm. 1) teilte *Scheüch* weiter mit, es sei ihm gelungen, „den Feldmarschall Hindenburg für die Verfassungsänderungen“ zu gewinnen; daran anschließend hält Haußmann die Äußerung *Erzbergers* fest: „Mit Freuden und Genugtuung begrüße ich die Nachricht.“ Vgl. Prinz Max S. 510.

<sup>49)</sup> Vgl. Prinz Max S. 506: „*Erzberger* sekundierte [*Scheidemann*; s. oben Anm. 33] mit dem allergefährlichsten Argument: Wir können einen schlechten Waffenstillstand bekommen und doch einen guten Frieden. Da brauste der Abgeordnete *Haußmann* auf, *Erzberger* befinde sich in einem grundlegenden Irrtum: schlechter Waffenstillstand, schlechter Friede.“

**Graf Roedern** spricht sich mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse auch für festeren Ton aus. Die innere Stimmung könne diesen jetzt leichter ertragen. Die Krisis sei überwunden. Wenn das Auswärtige Amt diesen Ton für richtig halte, so könne er nicht widersprechen.

**Scheidemann** fürchtet, daß wir in acht Tagen wieder weitergehen müßten. Wilson könnte auf Grund dieser Note abbrechen.

Die Entlassung Ludendorffs werde nicht so ungeheure Wirkung haben wie man glaube; es würden noch weitere Entlassungen gefordert, die noch nicht erfolgt seien. Lassen wir doch überhaupt die Bemerkung über die Waffenstreckung fort.

**Haußmann** ist nicht der Ansicht, daß Wilson abbrechen werde, seine Note sei Beweis seines Einleitungswillens. Er könne nicht mehr zurück. Hauptzweck unserer Note sei, erträgliche Bedingungen herauszubekommen, diesem Zwecke sei alles unterzuordnen. Undiplomatisch sei es, durch Schweigen Meinung aufkommen zu lassen, daß wir alles hinnehmen sollten.<sup>50)</sup>

**v. Payer**: So, wie die Dinge jetzt liegen, solle man die Note so herausgehen lassen.

Der Kaiser und der Reichskanzler seien bei der Entlassung von Ludendorff davon ausgegangen, daß wir jetzt festere Sprache führen dürften. Wer nicht der Meinung ist, daß Wilson abbrechen wird, der müsse für die Note stimmen. Wir müssen schnell handeln, da sonst die Mitteilungen der Gegenseite zu erwarten sind.<sup>51)</sup>

**Scheüch** weist auf die Wichtigkeit der Form der Bekanntmachung<sup>52)</sup> hin.<sup>53)</sup>

**Trimborn** stellt sich nur mit Bedenken auf Solfschen Entwurf, Verantwortung habe Auswärtiges Amt.<sup>54)</sup>

**Scheidemann** und **Erzberger** befürchten Abbruch der Verhandlungen und können nicht zustimmen. Die Bedingungen würden um so schärfer sein, je weniger Vertrauen Wilson zu der neuen Regierung habe. Warum sollten wir uns jetzt festlegen und Sache gefährden?<sup>55)</sup>

Es wurde beschlossen, daß das Auswärtige Amt noch eine neue, allen Wünschen gerecht werdende Fassung entwerfen und um 5 Uhr nochmal vorlegen solle.

<sup>50)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) folgt hier als Äußerung von *Drews*: „Neuer Vorschlag / Entschlossener Ton.“

<sup>51)</sup> A.a.O.: „*Payer*: Wir haben Grund, dem Prinzen zu danken, wie er sich eingesetzt hat, für Ludendorffs Gehen und für Hindenburgs Bleiben. Es pressiert.

*Wahnschaffe*: Der heutige Heeresbericht wird nicht mehr von Ludendorff gezeichnet.“

<sup>52)</sup> Über den Rücktritt Ludendorffs.

<sup>53)</sup> Vgl. Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „*Scheüch*: Das Bleiben Hindenburgs [steht fest].“

<sup>54)</sup> A.a.O.: „*Trimborn* [und] *Gröber* für Solfs Wendung.“

<sup>55)</sup> Vgl. Prinz Max S. 506 f.: „Alle waren einverstanden bis auf *Erzberger* und *Scheidemann*, die zäh mit den alten Argumenten widerstrebten, keinen Augenblick die Riesenmasse verzagender öffentlicher Meinung vergessend, die hinter ihnen stand und zur Nachgiebigkeit drängte.“

## Fortsetzung 5 Uhr:

**Solf** verliest einen neuen Entwurf:<sup>56)</sup>

Die Deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen und fühlt sich verpflichtet, mit demselben Freimut zu erwidern, mit dem der Präsident gesprochen hat.

Der Präsident kennt die entscheidenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und noch vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer demokratischen Regierung geführt werden, deren entscheidende Machtbefugnisse in der Verfassung des Deutschen Reichs dauernd verankert sind. Diese Regierung darf nach der Note des Präsidenten erwarten, ein Waffenstillstand werde das deutsche Volk nicht wehrlos machen, sondern ihm bei der Feststellung der Einzelheiten die freie Zustimmung wahren. Nur so könnte der Waffenstillstand einen Rechtsfrieden einleiten, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

Die Deutsche Regierung sieht hiernach weiterer Mitteilung entgegen.

**Simons** teilt mit, daß der Reichskanzler es bedauere, daß die Note mit einem festeren Ton keinen allgemeinen Anklang gefunden habe. Er glaube, es aber nicht verantworten zu können, unter diesen Umständen auf der festeren Tonart bestehen zu müssen.

**Graf Roedern** wendet sich dagegen, daß diese Maßnahmen vorher mit den Parteien besprochen würden; die Entscheidung läge lediglich in den Händen der Regierung, welche die Verantwortung allein zu tragen habe.

Die alte Fassung habe ihm besser gefallen, die jetzige sei zu beflissen.

**v. Payer:** Wir sind nicht bloß Vollzugsausschuß der Parteien, wir haben selbst die Verantwortung zu tragen.<sup>57)</sup>

Die neue Note wird auf unbefangenen Leser keinen großen Eindruck machen. Sie ist lendenlahm und gottergeben und schadet uns draußen und im Innern. Viele Leute wollten den Frieden, aber doch jetzt einen festeren Ton hören. Die Gegenüberstellung von Waffenstillstand und Waffenstreckung erscheine notwendig.

**Haußmann:** Auch ihm erscheint die neue Fassung zu matt. Er empfiehlt, eine stärkere Fassung zu wählen und die wichtige Erklärung mit aufzunehmen: wir nehmen an, daß die anderen Alliierten aufgefordert seien, die 14 Punkte anzunehmen.<sup>58)</sup>

<sup>56)</sup> Vgl. Polit. Archiv, Weltkrieg 23 geh. Bd. 24. Abgedruckt nach einem Durchschlag im Nachlaß Haußmann 22, mit der Zeitangabe: „26. 10. 18 nachmittags 3 Uhr.“ Im Or. eigenhändige Redigierungen Haußmanns, die in der Endfassung berücksichtigt sind.

<sup>57)</sup> Vgl. Prinz Max S. 507: „Als Scheidemann nicht aufhörte, sich auf seine Fraktion zu berufen, wurde der *Vizekanzler* ungeduldig:  
„Wir sind nicht bloß Vollzugsausschuß der Parteien, wir haben selbst die Verantwortung zu tragen.““

<sup>58)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) gibt seine Ausführungen wie folgt wieder: „Ausgebeint / Genugtuung, daß der Präsident [Wilson] auch den andern die 14 Punkte unterbreitet. Ich erkläre, daß mir die Note zu matt ist und ich ihr nicht zustimmen kann. Die Wendung ‚erwartet‘ heißt erwartet von ihm.“ Dazu vgl. Prinz Max S. 507.

Nach längerer Beratung wurde der Entwurf in der anliegenden Fassung<sup>59)</sup> angenommen:

Die Deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen.

Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer demokratischen Regierung geführt werden, deren entscheidende Machtbefugnisse in der Verfassung des Deutschen Reichs dauernd verankert sind. Die Deutsche Regierung erwartet demnach Vorschläge für einen Waffenstillstand und nicht für eine Waffenstreckung. Nur so könnte der Waffenstillstand einen Rechtsfrieden einleiten, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

Die Deutsche Regierung sieht hiernach weiterer Mitteilung entgegen.<sup>60)</sup>

Nur **Haußmann** erklärt, daß ihm diese Fassung zu matt sei, so bekämen wir schlechte Bedingungen und seien noch obendrein blamiert.

**Solf**: Die Sprache sei so würdig und doch nicht provokatorisch.<sup>61)</sup>

**Graf Roedern** erkundigt sich, was über die Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ermittelt worden sei, die in der Pressesitzung verlesen worden seien.<sup>62)</sup>

Die Reichskanzlei wird beauftragt, Ermittlungen anzustellen.

**Scheidemann**: Polizeiliche Übergriffe müßten verhindert werden, sonst kämen wir in eine unerträgliche Lage.

**Drews** verabredet mit Kriegsminister und Exz. Gröber eine Beratung für Montag<sup>63)</sup> nachmittag, worin die allgemeinen Grundsätze für die Handhabung der Polizei beraten werden sollen.

<sup>59)</sup> Als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt; mit der Zeitangabe: „26. 10. 1918. Nachmittags 3 Uhr“. Diese Fassung ist bei Prinz Max S. 507 abgedruckt; der entscheidende mittlere Absatz auch bei Scheidemann, Memoiren II S. 244 f.

<sup>60)</sup> Für die Motive, die zu einer nochmaligen Beratung und Überarbeitung des Entwurfs führten, der erst am folgenden Tage seine endgültige Form erhielt, vgl. Nr. 99 bes. auch Anm. 9. In die Neufassung, abgedruckt in Amtliche Urkunden S. 208, wurden die beiden ersten Sätze unverändert übernommen, während der Schluß folgenden Wortlaut erhielt: „Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.“

<sup>61)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1) heißt es abschließend, daß die Antwortnote in mehreren Sitzungen des Kriegskabinetts im Laufe des Samstags fertiggestellt worden sei, „und zwar nach einem Gegenentwurf des Staatssekretärs Erzbergers [vgl. Anm. 45a], der sehr erheblich abwich von dem Entwurf, den Exzellenz Solf ausgearbeitet hat. Abends 5¾ Uhr wurde der Text der Note einstimmig im Kriegskabinetts festgestellt und darauf dem Kaiser und Reichskanzler, der noch erkrankt ist, mitgeteilt. Die Note wird noch in derselben Nacht abgehen.“ Dazu die vorige Anm.

<sup>62)</sup> Vgl. Anm. 22.

<sup>63)</sup> 28. 10. 1918.

## 97.

### 26. 10. 1918: Richtlinien der Zentrale für Heimatdienst zu den vom Reichstag beschlossenen Verfassungsänderungen

Zentrale für Heimatdienst, Staatssekretär Erzberger: Richtlinien für den Heimatdienst Nr. 2, den 26. Oktober 1918. Maschinschrift, hekt.<sup>1)</sup> Überschrift: „Reformen der Volksregierung auf dem Gebiet der inneren Politik“.

Abänderungen der Reichsverfassung: Die gesamte Regierungsgewalt wird in die Hand der verantwortlichen Regierung gelegt.

Die Militärgewalt wird der Zivilgewalt unterstellt.

Sämtliche im folgenden aufgeführten Änderungen sind schon seit Mitte Oktober vorbereitet worden. Sie entsprechen bereits in früheren Jahren wiederholt geäußerten Wünschen und Anträgen der Mehrheit. Sie sind nicht durch den Zwang äußerer Verhältnisse entstanden. Namentlich sind sie in keiner Weise hervorgerufen worden durch den Notenaustausch mit Wilson.<sup>2)</sup>

Inhalt und Form der vorgenommenen Änderungen der Reichsverfassung, nämlich der Artikel 11, 15, 17, 53, 64 und 66<sup>3)</sup>, ergeben sich aus folgender Gegenüberstellung:<sup>4)</sup>

#### Kriegserklärung.

Alte Form	Neue Form
Artikel 11 Absatz 2	Artikel 11 Absatz 2
Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.	Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.

Nach der alten Fassung also konnte der Kaiser im Falle eines Verteidigungskrieges den Krieg allein erklären. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Heute bedarf es zu jeder Kriegserklärung nicht nur der Zustimmung des Bundesrats,

<sup>1)</sup> Ein Ex. im Nachlaß Richthofen überliefert.

<sup>2)</sup> Dieser Vorwurf wurde in scharfer Weise durch den konservativen Sprecher von Graefe am 26. 10. im Plenum vorgebracht; Sten. Berichte Bd. 314 S. 6287. Vgl. Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 81 ff., 97 ff. Ferner Nr. 93 und Nr. 103 Anm. 1.

<sup>3)</sup> Vgl. Anlage 2 zu Nr. 91 sowie Nr. 96 bes. Anm. 7. Die Bundesratsvorlage zu Art. 11 wurde in dritter Lesung am Ende der um 17 Uhr 36 geschlossenen Plenarsitzung vom 26. 10. „in Verbindung“ mit dem Abänderungsantrag der Mehrheitsparteien, der die Art. 15, 17, 53, 64 und 66 einbezog und die neue Überschrift „Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung“ einführte, zur Abstimmung gebracht. Der Bundesrat stimmte am 28. 10. dem Entwurf zu. Unter dem gleichen Datum erlangten auch die am 25. 10. in dritter Lesung beschlossenen Änderungen des Art. 21 und des Stellvertretergesetzes (vgl. Nr. 91 Anm. 7) Gesetzeskraft.

<sup>4)</sup> Für die „Neue Form“ vgl. jeweils Anlage 2 zu Nr. 91; dazu Nr. 96.

sondern auch des Reichstags. So kann denn künftighin kein Krieg mehr ohne ausdrückliche Zustimmung des deutschen Volkes stattfinden.

### Friedensverträge.

#### Alte Form

#### Artikel 11 Absatz 3

Insoweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrats und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstags erforderlich.

#### Neue Form

#### Artikel 11 Absatz 3

Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

Bisher war es zweifelhaft, inwieweit Friedensverträge der Genehmigung des Reichstags bedürfen. Durch die neue Fassung kann kein Irrtum mehr darüber bestehen, daß sämtliche Friedensverträge unabhängig von ihrem Inhalt die Genehmigung des Reichstags zu erhalten haben.

### Kanzler und Reichstag.

#### Alte Form

#### Artikel 15 Absatz 3

(bisher nicht vorhanden)

#### Neue Form

#### Artikel 15 Absatz 3

Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.

Es kann kein Reichskanzler sein Amt antreten oder weiterführen, wenn er nicht das ausdrückliche Vertrauen des Reichstags besitzt. Es ist zu betonen, daß hier das Vertrauen des Reichstags in Frage kommt und keiner anderen Instanz. Am 24. Oktober 1918 ist zum erstenmal in der Geschichte des Deutschen Reiches durch eine Abstimmung des Reichstags dem Reichskanzler das Vertrauen in die Führung seiner Amtsgeschäfte ausgesprochen worden.<sup>5)</sup> Diese Bestimmung, wonach der leitende Staatsmann zum Antritt und zur Weiterführung seines Amtes der Zustimmung der Volksvertretung bedarf, existiert bisher nur in der italienischen Verfassung.

Die Bestimmung über das Vertrauen des Reichstags ist nicht so aufzufassen, daß nun bei jeder Abstimmung des Reichstags, in welcher der Reichskanzler keine Mehrheit erhält, der Sturz des Reichskanzlers erfolgen muß. Es bleibt dem Reichskanzler überlassen, bei welcher Gelegenheit er die Vertrauensfrage stellen will oder nicht. Nur in den Fällen, wo er die Vertrauensfrage stellt, hat er die Folgen der Abstimmung sofort zu tragen.

Die Bestimmung wirkt gleichzeitig erzieherisch auf Parteien und Regierung. Die Regierung wird nicht bei jeder Kleinigkeit die Vertrauensfrage stellen, und die Parteien werden sich die politische Wirkung ihrer Abstimmung mehr überlegen und nicht bei jeder Kleinigkeit gegen die Regierung stimmen.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 79 Anm. 4; dazu Nr. 88.

## Kanzler und Kaiser.

Alte Form	Neue Form
<p>Artikel 15 Absatz 4 (bisher nicht vorhanden)</p>	<p>Artikel 15 Absatz 4 Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.</p>

Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers erstreckt sich nicht auf alle Handlungen, welche der Kaiser ausführt. Denn es gibt auch eine ganze Reihe von innermilitärischen Betätigungen des Kaisers, die nicht politisch sind. Alle Handlungen des Kaisers jedoch von politischer Bedeutung, auch wenn sie nicht unmittelbar politische Folgen haben, aber von politischer Bedeutung sein können (z. B. auch militärische Kundgebungen), namentlich auch soweit sie finanzielle Folgen haben, unterstehen der Verantwortung des Reichskanzlers. Es ist also die Verantwortlichkeit erschöpfend und umfassend geregelt.

## Kanzler, Bundesrat und Reichstag.

Alte Form	Neue Form
<p>Artikel 15 Absatz 5 (bisher nicht vorhanden, s. Artikel 17)</p>	<p>Artikel 15 Absatz 5 Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.</p>

Falls der Reichskanzler trotz eines erhaltenen Mißtrauensvotums sein Amt weiterführt, so ist ein Staatsgerichtshof vorgesehen, vor dem er sich zu verantworten hat. Dadurch ist der Zusatz in Artikel 17 (alte Form) [:]

Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reichs erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers: welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt

inhaltlich überflüssig geworden. Infolgedessen werden in der neuen Fassung des Artikels 17 die Worte gestrichen:

welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

## Kommandogewalt des Kaisers.

## A. Marine.

Alte Form	Neue Form
<p>Artikel 53 Absatz 1</p> <p>Die Kriegsmarine des Reichs ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt, und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind.</p>	<p>Artikel 53 Absatz 1</p> <p>Die Kriegsmarine<sup>6)</sup> . . . . . zu nehmen sind. Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.</p>

Durch diese Bestimmung wird das Marinekabinett der Kontrolle des Reichskanzlers und damit der parlamentarischen Aufsicht unterstellt. Jede unverantwortliche Macht ist dadurch auf dem Gebiet der Marine ausgeschaltet.

## B. Landheer.

Alte Form	Neue Form
<p>Artikel 64 Absatz 2</p> <p>Der Höchstkommandierende eines Kontingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser ernannt<sup>6)</sup> . . . . .</p>	<p>Artikel 64 Absatz 2</p> <p>Der Höchstkommandierende eines Kontingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt<sup>6)</sup> . . . . .</p>
<p>Artikel 66 Absatz 3 und 4 (bisher nicht vorhanden)</p>	<p>Artikel 66 Absatz 3 und 4</p> <p>Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents.</p> <p>Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.</p>

Der Absatz 3 enthält eine Neuerung für Preußen, aber nicht für Bayern, Württemberg und Sachsen, wo er bereits geltendes Recht ist.

Außerdem erfolgt die Unterstellung des Militärkabinetts unter den Kriegsminister<sup>7)</sup> und damit ebenfalls die Ausschaltung jedes unverantwortlichen Einflusses.

<sup>6)</sup> Kennzeichnung der Auslassung durch . . . wie im Or.

<sup>7)</sup> Durch Kabinettsorder vom 28. 10.; vgl. Schulthess 1918/I S. 400.

Bisher war die Frage nicht geregelt, wem die Kriegsminister verantwortlich waren. Auch diese Frage ist dadurch geregelt, daß die Kriegsminister sowohl dem Bundesrat als auch dem Reichstag verantwortlich sind. So ist auch in der Frage der Verantwortlichkeit der Kriegsminister Rücksicht genommen worden auf den bundesstaatlichen Charakter des Reichs.

So ist denn auch die Verantwortung für Marine und Kriegswesen endgültig klargelegt und wird in der Verfassung fest verankert.

Überschreitungen militärischer Machtbefugnisse von irgendwelcher Stelle sind nunmehr nach den formellen Verfassungsbestimmungen unter der Herrschaft der Volksregierung nicht mehr möglich, ohne sofort ihre Sühne zu finden.<sup>8)</sup>

<sup>8)</sup> Der vorliegenden Nummer der Richtlinien ist ein Anhang unter dem Titel „Bismarck, Preußen und die Militärgewalt“ beigegeben, der nachzuweisen sucht, daß „die Gegner einer durchgreifenden, freiheitlichen Umgestaltung Deutschlands“ sich zu Unrecht auf Bismarck beriefen, von dem „die Obergewalt der Zivilbehörden über die militärischen Stellen [. . .] stets als notwendig betrachtet worden“ sei.

## 98.

## 26. 10. 1918: Abg. Stresemann an Vizepräsident Friedberg

Nachlaß Stresemann 180 (6839), Durchschlag.<sup>1)</sup>

Sehr verehrter Herr Kollege!

Der Generalstabsbericht trägt heute zum erstenmal nicht mehr die Unterschrift von Ludendorff.<sup>2)</sup> Daraus ist wohl zu ersehen, daß die Gerüchte wahr sind, die davon sprechen, daß es zu einem Konflikt zwischen der Obersten Heeresleitung und der Regierung gekommen sei, der sich zunächst an die Person Ludendorffs knüpft, darüber hinaus aber auch Hindenburg mit einbegreifen würde, falls Hindenburg sich mit Ludendorff für solidarisch erklärt.<sup>3)</sup>

Ich hoffe Sie mit mir einverstanden, wenn ich Sie bitte, alles daranzusetzen, um zu verhindern, daß Hindenburg geht.

Wenn wir die neue Regierung unterstützen sollen, so ist es unmöglich, dies gegenüber unseren Parteifreunden aufrechtzuerhalten, wenn in einer so unerhörten Weise gegen Männer wie Hindenburg geschrieben wird, wie dies beispielsweise in der „Sozialistischen Korrespondenz“ von heute morgen geschieht. Wir haben die Brücken der Vergangenheit hinter uns abgebrochen, aber wir müssen sehen, daß der neue Kurs nicht unter den Zeichen geistiger Pöbelherrschaft steht.

<sup>1)</sup> Ein Auszug dieses Briefes ist — ohne Kenntlichmachung der Auslassungen — abgedruckt in: Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard. Bd. I. Berlin 1932, S. 12 f.

<sup>2)</sup> Der Tagesbericht vom 26. 10., veröffentlicht in der Abendausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom gleichen Tage, ist unterzeichnet: „Der Chef des Generalstabes des Feldheeres“.

<sup>3)</sup> Die Entlassung Ludendorffs wurde in den Morgenausgaben der Presse am 27. 10. veröffentlicht.

Darüber hinaus handelt es sich aber auch darum, daß meiner Meinung nach das deutsche Volk bis heute großes Vertrauen zu Hindenburg hat, haben kann und auch haben muß, weil kein Zweifel darin bestehen kann, daß er 50 Monate hindurch gegen Übermacht die Heimat geschützt hat und zusammen mit seinen Ratgebern die größten weltgeschichtlichen Siege erfocht.

Wir dürfen unter keinen Umständen vor der Geschichte damit behaftet sein, Hindenburg gestürzt zu haben. Ich bin der Meinung, daß von unserem Standpunkte aus die Abdankung des Kaisers eher zu ertragen sein würde als das Gehen von Hindenburg.

Wenn der Kaiser bleibt, so muß er auf Hindenburg einwirken und wir mit dem Kaiser, daß Hindenburg an der Spitze der Armee bleibt, auch wenn Ludendorff durch einen anderen Feldherrn ersetzt werden sollte, was vielleicht schon aus dem Grunde gut ist, weil 4 Jahre eines strapaziösen Lebens ihn sicherlich mit den Nerven heruntergebracht haben und eine neue Kraft vielleicht gut ist. Aber an Hindenburg wollen wir uns nicht rühren lassen. Ich könnte mir gar nicht ausdenken, wie wir vor der Geschichte dastehen sollten, wenn wir uns dazu irgendwie treiben ließen mitzumachen.

In der Friedensfrage selbst ist wohl die neue Regierung darin einig, alle Entscheidungen davon abhängig zu machen, welche Art von Waffenstillstand uns geboten wird. Das scheint mir auch das allein Richtige zu sein. Kommt es dann zu einem detaillierten Waffenstillstandsangebot, dann wird sich hoffentlich die Forderung der national-liberalen Fraktion durchführen lassen, daß alle Befehlshaber gehört werden.<sup>4)</sup> Ich habe das größte Mißtrauen gegen Wilson und glaube, daß er uns von Konzessionen zu Konzessionen weiter locken will, bis wir uns bedingungslos ergeben und dann dem Zugriff der Entente ausgesetzt sind wie ein Stück Stoff der Schere des Schneiders. Das hat Volk und Heer nicht verdient. Wenn wir überhaupt auf einen<sup>5)</sup> Waffenstillstand eingehen, der unsere künftige Verteidigung schon wegen der Fliegergefahren viel schwerer gestaltet als die jetzige Frontlinie, dann müssen wir vor allen Dingen auch Gewißheit darüber haben, welches die Friedensziele der Feinde sind und über welches Maximum es unter keinen Umständen hinausgehen dürfte. Schon jetzt bieten meiner Meinung nach Wilsons 14 Punkte die Möglichkeit des Verlustes von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Posen und Teilen von Westpreußen, dazu eine nach oben gar nicht limitierte Summe von Entschädigungen, die man sehr leicht in eine Kriegsentschädigung umwandeln kann, auch wenn sie anders frisiert ist. Mit dem Verlust der Eisenwerke in Elsaß-Lothringen und der Kohlengruben in Oberschlesien sind Herzadern unserer Wirtschaftskraft getroffen. Kommt zu diesem noch eine Kriegsentschädigung von einem vielleicht zehnfachen von Milliarden hinzu, so sind wir auf das nächste Jahrhundert gelähmt.

Das allein ist schon möglich bei dem jetzigen Stande von Wilsons Forderungen. Legt er und die Alliierten sich hierauf aber nicht fest, so kann Deutschland in den Zustand völliger politischer Ohnmacht und Auseinanderlassung hineingeführt werden, in dem es zur Zeit des Rheinbundes bestand. Ist dies das Ergebnis einer völligen Niederlage, so ist es nicht zu vermeiden, das aber hinzunehmen, während unsere Heere noch in Belgien und in Frankreich stehen, würde das deutsche Volk für alle Zeiten zu einem Volke ehrloser Feiglinge brandmarken. Das muß unter allen Umständen verhindert werden, und deshalb handelt es sich darum, mit Annahme irgendwelcher Waffenstillstandsbedingungen auch die Zustimmung der

<sup>4)</sup> In einem Schreiben vom 14. 10. an Friedberg; Nachlaß Stresemann 180 (6889), Durchschlag.

<sup>5)</sup> Bei Stresemann, Vermächtnis I S. 13 heißt es: „den“.

Alliierten dazu zu erreichen, daß über die Wilsonschen 14 Punkte nicht hinausgegangen wird.

Noch möchte ich auf eines hinweisen. Eine Diffamierung Deutschlands bedeutet insbesondere die Forderung der Auslieferung der U-Bootflotte. Ich hoffe zwar sicher, daß unsere Marine im geeigneten Moment eher die Schiffe in die Luft sprengte als sie den Engländern ausliefern würde, aber ich möchte doch auch hoffen, daß eine solche Forderung überhaupt niemals von der Regierung diskutiert werden wird.

## II.<sup>6)</sup>

Ich erbitte auf diesen Brief keine Antwort. Es drängt mich aber nur angesichts der gesamten, so furchtbar gespannten Situation Ihnen meine Auffassung darzulegen. Nachdem ich jetzt vier Tage im Bett verbracht habe, hoffe ich, die schlimmsten Erscheinungen der Grippe überwunden zu haben und dann in der nächsten Woche, wenn es das Wetter irgendwie zuläßt, wieder im Reichstag sein zu können.

Indem ich hoffe, daß es Ihnen und den Ihrigen gut geht, bin ich  
mit den besten Grüßen  
Ihr<sup>7)</sup>

<sup>6)</sup> Im Or. ist dieser zweite Teil erneut mit der Datierung „Berlin, den 26. Okt. 1918“ versehen.

<sup>7)</sup> Darunter der Hinweis: „Wegen Krankheit des Herrn Dr. Stresemann unterstempelt!“

## 99.

### 27. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärsitzung am 27. Oktober 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Exzellenzen: v. Payer, Friedberg, Graf Roedern, Trimborn, Scheidemann, Haußmann, Erzberger, Gröber, Solf, Scheüch, Wahnschaffe; später v. Waldow; Geheimräte: v. Stumm, Heilbron, v. Schlieben.

**Scheidemann** teilt mit, daß eine Deputation aus Deutsch-Österreich hier sei<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 247 f.; Prinz Max S. 508 f., 517 f. Im Nachlaß Haußmann 148, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung; sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll sind in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>2)</sup> Nach dem Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) begann die Sitzung des „engeren Kriegsrats“ um 11 Uhr 30.

<sup>3)</sup> Am Abend des 25. 10. hatte Ebert in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über Verhandlungen einer „Delegation der österreichischen Nationalversammlung mit dem interfraktionellen Ausschuß“ berichtet, „die den Zweck hatte, den Deutsch-Österreichern Hilfe von Deutschland durch Zufuhr von Brotgetreide und Mehl zu erwirken.“ Vgl. SPD-Fraktion, 25. 10. 1918 (Abendsitzung). Über die hier von Ebert erwähnte Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses ist sonst nichts bekannt.

Für die Zusammensetzung der österreichischen Delegation vgl. Nr. 93.

und Exz. v. Waldow um Nahrungsmittel gebeten habe. Sie seien sehr bestürzt, daß dies abgelehnt worden sei. Sie hätten erklärt, wenn alles in Deutsch-Österreich kaputt ginge, so würden sie doch die Front halten und mit uns gehen.

**Wahnschaffe:** v. Waldow habe ihm mitgeteilt, daß er sich als Fachminister ablehnend verhalten müsse. Aber die Sache sei hochpolitisch und müsse deshalb in der Sitzung der Staatssekretäre entschieden werden.

Es wurde beschlossen, Exzellenz v. Waldow herzubrufen.

**Solf:** Die Ereignisse<sup>4)</sup> überstürzen sich. Gestern abend gegen 8 Uhr habe ihm der österreichische Botschafter<sup>5)</sup> ein Schreiben des Kaisers Karl an S. Majestät gegeben, wonach sein Volk nicht mehr in der Lage und willens sei, Krieg weiterzuführen.<sup>6)</sup> Er selbst könne die Verantwortung für das Blutvergießen nicht mehr übernehmen. Es sei sein unwiderrufflicher Beschluß<sup>7)</sup>, um einen Separatfrieden und Waffenstillstand zu bitten. Er (Solf) habe darauf den Botschafter gebeten, auf Beseitigung des Wortes „Separat“ zu dringen. Botschafter habe sogleich nach Wien telephonierte, es sei aber seiner Regierung nicht gelungen, eine Änderung herbeizuführen.

Mit Rücksicht auf diese veränderte Sachlage habe er es für richtig gehalten, die Note nicht abgehen zu lassen<sup>8)</sup>, sondern die Sache dem Kriegskabinettt zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen, zumal einige Staatssekretäre nicht ganz mit der Note einverstanden gewesen seien.<sup>9)</sup>

**Erzberger** fragt, ob keine Möglichkeit mehr bestehe, den Schritt rückgängig zu machen, besonders das Waffenstillstandsangebot.

Alle österreichischen Parteien hätten ihm übereinstimmend erklärt, daß sie sich

<sup>4)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Die uuerfreulichen Ereignisse [ . . . ]“

<sup>5)</sup> Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst.

<sup>6)</sup> Abgedruckt in Amtliche Urkunden S. 205.

<sup>7)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) heißt es konkreter: „binnen 24 Stunden [ . . . ]“

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 96 Anm. 59 und 60.

<sup>9)</sup> von Müller S. 438 f. berichtet über eine „Abendgesellschaft [am 26. 10.] bei Direktor [Henning] v. Holtzendorff [von der Hapag] mit Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg, dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Dandl, dem württembergischen Ministerpräsidenten Frh. v. Weizsäcker, dem bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld, Staatssekretär a. D. Helfferich, Staatssekretär Solf, dem Abgeordneten Naumann, Unterstaatssekretär a. D. Wahnschaffe, Botschafter a. D. Graf [Wolff] Metternich, Prof. Jäckh u. a.“, bei der Solf die Antwortnote zur Diskussion gestellt habe, die allgemein abgelehnt worden sei. Besonders Bethmann habe sich gegen die Wendung „Waffenstreckung“ gewandt, „die bei unserer, seiner Ansicht nach hoffnungslosen Lage viel zu schroff gegen Wilson sei“. Auf dem Heimwege habe Solf ihm, Müller, gegenüber geäußert, daß der Zusammenbruch Österreichs eine Umredigierung der Note notwendig mache.

Ähnlich auch in einem bei Jäckh S. 444 ff. abgedruckten Brief Jäckhs vom 27. 10. an den Prinzen Friedrich Karl von Hessen, in dem die Auffassung vertreten wird, es sei auf die Aussprache zurückzuführen, daß die Absendung der Note von Solf verschoben worden sei.

Bei Prinz Max S. 508 heißt es, die bei Holtzendorff versammelten Herren hätten erklärt, „angesichts der jetzt entstandenen Lage sei eine so stolze Sprache weder nach außen noch nach innen möglich“; darauf habe Solf „auf eigene Verantwortung“ die Note aufgehoben und das Kabinettt am nächsten Morgen orientiert.

gegen das Ministerpräsidium von Andrassy<sup>10)</sup> wenden würden. Der Schritt sei unter magyarischem Einfluß erfolgt, er sei übereilt, und schade uns und ihm, ohne ihm zu nutzen. Vielleicht könnte man den Österreichern mit Lebensmitteln entgegenkommen.

Der Kaiser Karl könnte doch auf die letzte Wilsonnote noch einmal antworten, in dem Sinne, daß doch jetzt die Tschecho-Slowaken als eigener Staat anerkannt seien, deshalb bitte er um Waffenstillstand. Es müßte unbedingt noch in diesem Sinne auf Österreich eingewirkt werden.

**Solf:** Botschafter<sup>5)</sup> halte einen Erfolg für ausgeschlossen, da in Österreich alles drunter und drüber ginge und keine verständigen Erwägungen mehr herrschten.

**Haußmann:** Die Note müsse sofort heraus, besser wäre es gewesen, wenn sie schon gestern herausgegangen wäre. Sie dürfe auch aus den gestern vorgetragenen Gründen nicht abgeschwächt werden.<sup>11)</sup>

Er bestätigt die Angaben Erzbergers wegen der Deutsch-Österreicher. Sie seien sehr empört auf Andrassy.

Er schlägt ferner sofortige Aufhebung des Bukarester Vertrages<sup>12)</sup> vor, der nur im Interesse Ungarns abgeschlossen worden sei.

**v. Payer** fragt, welche Schritte Österreich bereits eingeleitet hat? Will es glatt kapitulieren? In welcher diplomatischen Form? Zur Beurteilung der Lage sei dies notwendig.

Würde es begrüßt haben, wenn Note heute nacht abgegangen wäre.<sup>11)</sup>

**Gröber** empfiehlt, doch noch einen Versuch zu machen, auf Kaiser Karl einzuwirken; es müsse jedes Mittel versucht werden.

Die Note müsse abgehen.<sup>11)</sup>

**Erzberger:** Er habe gestern seine Bedenken schließlich fallenlassen und der Antwortnote zugestimmt, aber heute halte er die Worte der „Waffenstreckung“<sup>13)</sup> nicht mehr für möglich, dagegen könnte als neuer Satz hineinkommen, daß die Militärgewalt der Zivilgewalt restlos unterstellt sei.<sup>14)</sup> Vielleicht könnte die Note auch länger werden. Sie müsse aber heute abgehen.

**Scheidemann** hält eine Einwirkung auf Kaiser Karl für aussichtslos. Er habe selbst gar nichts mehr zu bedeuten.

Da Österreich glatt verloren sei, müßten wir den Ton der Note anders abstellen. Die Waffenstreckung müsse fort<sup>13)</sup>, auch mit Rücksicht auf die innere Front. Wenn Wilson sich jetzt ablehnend verhielte, in welche Situation kämen wir dann?

<sup>10)</sup> Am 24. 10. hatte Kaiser Karl die Demission des Grafen Burian angenommen und den Grafen Julius Andrassy zum Minister des Äußeren ernannt und ihn mit dem Vorsitz im gemeinsamen Ministerrat betraut; vgl. Schulthess 1918/II S. 81.

<sup>11)</sup> Dazu Prinz Max S. 508: Die Mehrzahl der Staatssekretäre habe Solfs Entschluß gebilligt „und hielt eine ausdrückliche Verwahrung gegen die Waffenstreckung nicht mehr für möglich. Die drei Schwaben Gröber, Payer und Haußmann bedauerten ihn.“

<sup>12)</sup> Friedensschluß vom 7. 5. 1918 zwischen den Mittelmächten und Rumänien.

<sup>13)</sup> Wurde fallengelassen; vgl. Nr. 96 Anm. 59.

<sup>14)</sup> Ein entsprechender Passus wurde aufgenommen; vgl. Nr. 96 Anm. 59.

Wir könnten alles sagen, auch ohne diese Antithese. Wir sollten sagen, wir sehen Mitteilung der Bedingungen entgegen, die nach der Wilsonschen Note zu einem Rechtsfrieden führen würden.

**Solf** hält auch erneute Versuche bei Kaiser Karl für aussichtslos. Welche Form der diplomatische Schritt haben soll, weiß Botschafter<sup>5)</sup> auch nicht. Anscheinend wollen sie die Waffen strecken. Die neue Tatsache stellt uns vor neue Situationen. Er habe daher einen neuen Entwurf<sup>15)</sup> ausgearbeitet, den er verliest.

**v. Payer:** Politisch hat sich nicht viel geändert, wohl aber militärisch. Kaiser Karl hat noch über die Armee zu bestimmen. Tut er nichts, so läuft die Armee eben nach Hause. Der beste Fall ist immer noch, wenn ein Waffenstillstand sofort abgeschlossen wird. Italien würde dadurch jedoch sofort frei und ginge nach dem Westen. Der Rückschluß daraus sei, daß uns Bescheidenheit ziemen werde. Ist für Fassung des Solfschen Entwurfs.

**Graf Roedern** hält auch die Bemühungen bei Österreich für aussichtslos. Wichtig wäre es zu wissen, ob Österreich die Zustimmung zum Durchgangstransport der Ententetruppen nach Bayern geben werde. Solange dies nicht feststehe, warne er vor einer Sprache, die zu sehr auf das Geheiß Wilsons abgestimmt sei. Eine ruhigere und rein tatsächlichere Sprache nütze uns mehr. Gerade die Aufzählung dessen, was wir inzwischen getan hätten, habe in England und Amerika den größten Eindruck gemacht. Er versteife sich nicht auf die Worte über Waffenstreckung. Note brauche nur ganz kurz zu sein. Aus dem Solfschen Entwurf spreche der Ton der Beflissenheit.<sup>16)</sup>

**Scheidemann** empfiehlt den Zusatz, daß die Militärgewalt unter die Zivilgewalt gestellt worden sei.<sup>14)</sup> Das würde insofern günstig wirken, als dadurch gesagt würde, daß wir mit ihm verhandelten, sonst verharre er auf dem Standpunkt, daß er nur mit Militär verhandele und von diesen die Unterwerfung verlange.

**Erzberger** hält die Note für sehr gut, sie sage alles, was Wilson wolle. Warum sollten wir nicht sagen, was bei uns geschehen ist? Die Beflissenheit, auf Wilsons Wünsche einzugehen, sei schon durch die Reichstagssitzung gekennzeichnet.

**Solf:** Will nochmals überlegen, ob überhaupt eine Note abgehen soll, da der Gesandte in Bern<sup>17)</sup> uns Mitteilung über die Stimmung in Amerika gemacht hat. Wilson soll überhaupt keine Note erwarten. Er sei aber doch für eine Note, da die Welt eine solche erwarte. Sein Entwurf schade im Innern nicht.

**Trimborn:** Die Note müsse abgehen, sonst große Verwirrung im Innern. Stellt sich auf den Boden der gestrigen Note unter Wegstreichen der Worte betreffend die Waffenstreckung. Empfiehlt Zusatz, daß die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt sei.<sup>14)</sup>

**v. Payer** hält diesen Zusatz auch für notwendig und den Gegensatz zwischen Waffenstillstand und Waffenstreckung<sup>13)</sup> jetzt nicht mehr für möglich. Im Schlußsatz sei die Note aber zu breit und zu beflissen, sie müsse kürzer gefaßt werden.

<sup>15)</sup> Liegt nicht vor.

<sup>16)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Roedern: Zurückhaltung, aber ‚Waffenstreckung‘ weglassen.“

<sup>17)</sup> von Romberg.

**Graf Roedern** schließt sich dieser Ansicht an.

**Haußmann:** Wenn unsere Note und die des Kaisers Karl gleichzeitig herauskämen, so erscheine es als ein Wettlauf um den Waffenstillstand.<sup>18)</sup> Er frage sich, ob nicht dem Vorschlage des Gesandten in Bern<sup>17)</sup>, daß nicht geantwortet werden solle, beizutreten sei. Wenn Amerika selbst keine Antwort für erforderlich halte, so sei dies sehr zu überlegen. Es müßte aber Wilson auf anderem Wege mitgeteilt werden, daß wir die Vorschläge erwarteten. Es erscheine ihm zweifelhaft, ob es richtig sei, den zahmen und resignierten Ton der Note anzuschlagen.<sup>19)</sup>

**Wahnschaffe:** Der Reichskanzler sei der Meinung<sup>20)</sup>, daß es falsch sei, eine Note ohne Selbstbewußtsein herauszugeben. Zunächst erscheine es ihm richtig, überhaupt keine Note abzusenden. Die Sache solle vorläufig in der Schwebe gelassen werden.<sup>21)</sup>

**Trimborn:** Wir müßten antworten. Wir seien doch in einer fortlaufenden Korrespondenz, der Ton sei auch nicht resigniert, sondern entsprechend der Situation.

**Friedberg:** Die Note müsse heraus, zumal im letzten Passus der Wilsonnote eine konkrete Frage gestellt sei.

**v. Payer:** Wir können nun nicht mehr schweigen, zumal wir schon die Fraktionsführer und den Bundesrat benachrichtigt hätten, es gäbe sonst eine heillose Verwirrung. Er sehe auch nichts Demütigendes in der Note.<sup>22)</sup>

**Graf Roedern** schließt sich dem an. Alle Welt erwarte die Note. Käme sie nicht heraus, so müßten wir die Öffentlichkeit aufklären, und das könnten wir doch nicht.

**Scheidemann:** Die Note muß heraus. Der Reichskanzler habe sich ja bereits mit der Note abgefunden gehabt, in der die Antithese gestrichen worden sei.

**Fragt an, in welcher Weise Herr Hahn hier im Reichskanzlerpalais tätig sei.**<sup>23)</sup>

<sup>18)</sup> Vgl. Prinz Max S. 508: „*Haußmann* meinte: Wir dürfen nicht einen Wettlauf mit Kaiser Karl um die Kapitulation beginnen.“

<sup>19)</sup> *Haußmann* (s. Anm. 1) läßt seinen eigenen Diskussionsbeitrag mit der Bemerkung beginnen: „Ludendorff falsch prognostiziert.“ Dazu eine unveröffentlichte Aufzeichnung *Scheidemanns* über diese Sitzung: „*Haußmann* weist auf Ludendorffs frühere Auslassung hin, daß ein event[ueller] Abfall Öst[erreichs] keine Bedeutung habe!! Will immer noch Kraft vortäuschen.“

<sup>20)</sup> Vgl. Prinz Max S. 508 f.: „Die Verhandlungen mit dem Kabinett waren mir durch meine Krankheit sehr erschwert. Ich ließ durch Simons [gar nicht anwesend; richtig: durch *Wahnschaffe*] darauf drängen, überhaupt keine Note abzusenden, wenn die Antithese: Waffenstillstand-Waffenstreckung nicht bestehen bliebe. Die Herren erklärten, die deutsche Öffentlichkeit erwarte die angekündigte Note und dürfe nicht enttäuscht werden. Schließlich wurde eine neue Fassung von *Solf* akzeptiert, der auch ich zustimmte: [. . .]“

<sup>21)</sup> Vgl. die in Anm. 19 zitierte Niederschrift *Scheidemanns*: „*Wahnschaffe*: R[eichs-]K[anzler] wünscht: keinen wehmütigen Ton, lieber noch abwarten mit Note überhaupt.“

<sup>22)</sup> Bei *Haußmann* (s. Anm. 1) zusätzlich: „Das Wort ‚den‘ vor Vorschlägen ist zu empfehlen.“ Vgl. Nr. 96 Anm. 59.

<sup>23)</sup> Vgl. *Scheidemann* (s. Anm. 19): „Wer berät den R[eichs-]K[anzler]? Hahn? — Von [sic!] Hahn ist Gegner einer Antwort. Ich bedauere, daß wir nicht an R[eichs-]K[anzler] kommen.“ Nach *Haußmann* (s. Anm. 1) äußerte *Scheidemann*: „Man sieht den ganzen Tag Herrn Hahn im Haus.“

**Wahnschaffe:** Hahn sei ein alter Bekannter des Prinzen, habe aber keinen besonderen Einfluß auf ihn.<sup>24)</sup>

Reichskanzler sei der Ansicht<sup>25)</sup>, daß man jetzt den Passus wegen der Waffenstreckung fallenlassen müßte. Bezweifle aber, ob sich jetzt noch eine passende Fassung finden lasse.<sup>26)</sup>

**Friedberg** stellt zur Erwägung, ob man vielleicht nur auf letzten Teil der Note antwortet.

**Wahnschaffe:** Vielleicht genüge es, wenn man den Inhalt der Note durch Wolff<sup>27)</sup> oder Kölnische Zeitung gäbe und die Note selbst nicht herausgebe.

**Scheüch:** Jetzt sei es dazu zu spät, jetzt müsse die Note herausgehen, sonst hätte die amtliche Beeinflussung schon Freitag<sup>28)</sup> einsetzen müssen.

**v. Payer** stellt folgendes fest: 1. Einstimmigkeit, daß die Note heraus muß, 2. daß die Note sofort heraus muß, 3. fast völlige Einstimmigkeit, daß man die Gegenüberstellung von Waffenstillstand und Waffenstreckung fortläßt<sup>13)</sup>, 4. dem Ausw[ärtigen] Amt soll überlassen werden, die Form und Fassung der Note allein vorzunehmen.<sup>29)</sup>

Es wurde darauf über das Bittgesuch der Deutsch-Österreicher<sup>30)</sup> um Gewährung von Lebensmitteln verhandelt. Dazu erschien Staatssekretär v. Waldow.

**Solf:** Wir müssen den Deutsch-Österreichern möglichst entgegenkommen und den Faden mit ihnen weiter spinnen.

**v. Waldow:** Die Notlage in Deutsch-Österreich sei sehr groß; in Wien seien sie bis zum 5., in anderen Bezirken bis zum 7. November mit Mehl versorgt. Sie wollten sich nicht den Slawen ausliefern.

Wir könnten vom Standpunkt unserer Ernährungslage nichts abgeben, weder von Getreide noch von Kartoffeln. Wir würden ständig mit Erhöhung unserer

<sup>24)</sup> Vgl. Scheidemann (s. Anm. 19): „*W[ahn]sch[affe]*: Hahn alter Freund des Reichskanzlers. Könnte wenig zu ihm.“ Bei Haußmann (s. Anm. 1) wie folgt wiedergegeben: „Hahn keinen nennenswerten Einfluß. [Reichskanzler hat] 12stündig im Bett Vorträge entgegengenommen.“

<sup>25)</sup> Vgl. Anm. 20.

<sup>26)</sup> Die Debatte über Kurt Hahn wurde noch fortgesetzt. Vgl. Haußmann (s. Anm. 1): „*Payer*: Der Mann [Reichskanzler] dauert mich. Ich sah, wie es dort zugeht.

*Erzberger*: Der Herr [Hahn] rühmt sich, ich bin

*Wahnschaffe*: Er muß eingegliedert werden.“

Ferner Scheidemann (s. Anm. 19): „*Erzb[erger]*: unterst[reich] Sch[eidemann]. — Hahn erzählte, daß „er“ g[egen] die Note sei.

*Wahnschaffe*:

*Solf*: Hahn habe ihm seit Jahren auch Berichte erstattet; sei ein zuverlässiger Mann.“

<sup>27)</sup> Wolffsches Telegraphenbüro.

<sup>28)</sup> 25. 10. 1918. Also am Tage nach dem Eintreffen der Wilson-Note.

<sup>29)</sup> Die vierte deutsche Note ging am 27. 10. um 16 Uhr 35 ab; für den Wortlaut vgl. Amtliche Urkunden S. 208; Prinz Max S. 509; Waffenstillstand I S. 17 f.; Urkunden der OHL S. 580; Schulthess 1918/II S. 616 f. Ferner Nr. 96 Anm. 59.

<sup>30)</sup> Vgl. oben, bes. auch Anm. 3.

Rationen bestürmt. Wir seien aber nicht mehr in der Lage, Mehl als Ersatz für fleischlose Wochen zu liefern. Wenn etwas den Deutsch-Österreichern abgegeben werden sollte, so könnte es nur mit Rücksicht auf wichtige politische Gründe geschehen. Hierüber habe er nicht zu entscheiden, sondern das Kriegskabinettt.

Die Abgabe von Lebensmitteln an Deutsch-Österreich würde einen sehr schlechten Eindruck auf unsere Arbeiterkreise machen. Jedenfalls könnte unsere Hilfe nur aufs knappste bemessen werden. Wir können keinesfalls auf Monate hinaus aushelfen. Der Gesichtspunkt einer späteren Angliederung an Deutschland dürfe nicht entscheidend sein, sondern lediglich die Absicht, Hungerrevolten in Wien und in den deutsch-böhmischen Kreisen zu vermeiden, die auf unser Land übergreifen könnten.

Wir könnten höchstens mit 10—12000 Tonnen aushelfen<sup>31)</sup>, das würde für Wien für etwa vier Wochen reichen. Um wieviel Deutsch-Böhmen es sich handelt, wissen wir nicht. Von dort könnte die bolschewistische Gefahr auf Sachsen übergehen. Schließt Österreich einen Separatfrieden, so müßte es ausmachen, daß es sofort Lebensmittel erhalte.

Wir würden die 10—12000 Tonnen sicher entbehren. Er würde sich aber fügen unter der Bedingung, daß die politische Leitung die Verantwortung übernimmt auch der Arbeiterschaft gegenüber.

**v. Payer:** Wir müssen selbstverständlich die Verantwortung übernehmen. Mit großer Erregung in Arbeiterkreisen sei zu rechnen, das stehe fest.

**Scheidemann** tritt den Ausführungen von Waldow vollständig bei, aber die politische Situation zwingt uns, den Deutsch-Österreichern zu helfen. Die Sozialdem[okratische] Partei habe es deshalb auch mit allen gegen zwei Stimmen gutgeheißen, daß man den Österreichern mit Lebensmitteln aushelfe.<sup>32)</sup> Wir können dies aber nur für die nächsten paar Monate tun. Wir könnten dies den Arbeitern gegenüber verantworten. Selbstverständlich müßten die Österreicher bei Waffenstillstand die Bedingung der Verpflegung stellen.<sup>33)</sup>

**Erzberger** will auch die Verantwortung übernehmen.

**Haußmann** ist derselben Ansicht. Die Lage sei jetzt etwas verschoben, dadurch, daß der Krieg sich seinem Ende nähere; dadurch sei die Möglichkeit einer Aus-

<sup>31)</sup> Dazu Haußmann (s. Anm. 1): „Eine Zusage von 100.000 Tonnen ist völlig ausgeschlossen.“

<sup>32)</sup> Nach einem Bericht Eberts hatte die Fraktion am Abend des 25. 10. zugestimmt, „daß den Österreichern geholfen werden soll, soweit dies möglich ist.“ Vgl. SPD-Fraktion, 25. 10. 1918 (Abendsitzung).

<sup>33)</sup> In der in Anm. 19 zitierten Niederschrift notiert Scheidemann über seine eigenen Ausführungen: „*Sch[eidemann]* stimmt Waldow zu! Für wenige Wochen 10.000—12.000 Tonnen.“ Dazu die tendenziöse Entstellung in Scheidemann, Memoiren II S. 247: „Der Staatssekretär *v. Waldow*, ein stockkonservativer, christlich-monarchistischer Preuße, stellte sich auf einen ablehnenden Standpunkt. Er könne nicht empfehlen, Brotfrucht herzugeben, das werde einen schlechten Eindruck auf die deutsche Arbeiterschaft machen. Diesem unangenehmsten Typ des in der ganzen Welt verhaßten ‚echten Preußen‘ fuhr *ich* nicht schlecht in die Parade: ‚Gewiß hungert Berlin, hungert ganz Deutschland, und doch — die hungernden deutschen Millionen sind bereit, ihren letzten Bissen Brot zu teilen mit ihren Brüdern und Schwestern in Österreich, die gar nichts mehr haben! Ich weiß, daß meine Partei in diesem Falle geschlossen hinter mir stehen und jede Verantwortung vor der deutschen Arbeiterschaft übernehmen wird.““

hilfe gegeben. Als Gegenleistung sei die Gestellung von Lokomotiven und Waggons zu beanspruchen.

Es herrschte Einstimmigkeit, daß Wien und den Deutsch-Böhmen 10 000—12 000 Tonnen Getreide geliefert werden sollen.<sup>34)</sup>

**Graf Roedern:** Unsere Transportmittel müßten sofort zurückgezogen werden. Soviel er wisse, hätten wir 5 000 Lokomotiven und 100 000 Waggons in besetzten Gebieten laufen. Wir brauchten diese dringend.

**Friedberg** kam im Zusammenhang hiermit auf die Frage der Aufgabe der Ukraine und von Polen zu sprechen. Hält die Frage für sehr dringend.

**v. Waldow** sagt zu, die Deutsch-Österreicher morgen zu empfangen und fragt, wie die Transporte nach Wien durchgeführt werden sollten; jedenfalls müßten die Deutsch-Österreicher die Transportmittel selbst stellen.

**Scheüch:** Es müsse Einfluß auf die deutsch-österreichische Presse gewonnen und in ihr besonders betont werden, was wir ihnen für Hilfe leisteten; nicht jedoch in unserer Presse.

Unser Eisenbahnmaterial in Russisch-Polen spiele für die Abfuhr von Holz aus den polnischen Forsten und für den Verkehr mit der Ukraine sowie für die Lebensmittelzufuhren aus Polen selbst eine große Rolle. Wenn wir die Bahnen weiter dort benutzten, dann müßten wir das Material und zum Schutze desselben auch unsere Besatzung da lassen.

**v. Waldow:** Sobald wir Polen und die Ukraine räumten, müßten wir 1 Million Militärpersonen mehr verpflegen, die jetzt dort verpflegt würden. Ob wir die Ukraine überhaupt besetzt halten könnten, stehe noch sehr dahin, wenn die Dardanellen geöffnet werden sollten. Außerdem falle bei einer Räumung die Lieferung für das Heer weg.<sup>35)</sup>

**Scheüch:** Es sei daraus der Schluß zu ziehen, daß, solange die Ukraine überhaupt behalten werde, solange müsse man die Bahnen laufen lassen.

**Trimborn** weist auf die große Beunruhigung der Bevölkerung am Rhein hin. Viele Leute zögen fort. Der Fürst Salm<sup>36)</sup> und andere Reichstagsabgeordnete beabsichtigten daher, am nächsten Sonntag eine große Versammlung zu veranstalten, in der Abgeordnete aller Parteien sprechen sollten.<sup>37)</sup> Die Frage sei nun, ob einer der parlamentarischen Staatssekretäre hingehen sollte, um die Bevölkerung zu beruhigen und den Standpunkt der Regierung zu vertreten.

<sup>34)</sup> Vgl. die charakteristischen Kommentare zu diesem Beschluß bei Scheidemann, Memoiren II S. 247 f., und Prinz Max S. 518.

<sup>35)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Wir haben aus Ukraine wenig Getreide bekommen, 22.000 Tonnen, aber von dort und sonstigen Ost[-]besetzten Gebieten Eier, Fett und Verpflegung von 1.000.000.“

<sup>36)</sup> Alfred Fürst und Altgraf zu Salm-Reifferscheidt, Majoratsherr auf Schloß Dyck (Rheinland), M.d.R. (Zentrum) seit 1909.

<sup>37)</sup> Am Sonntag den 3. 11. fanden in Köln zwei, von rheinischen Reichstagsabgeordneten angeregte Versammlungen statt, in denen Vertreter des Zentrums (Marx), der Liberalen (Böttger) und der SPD (Meerfeld) sprachen; vgl. „Kölnische Volkszeitung“, 4. 11. 1918, Morgenausgabe.

Er sei nicht dafür, daß Staatssekretäre hingehen; sie müßten sonst die ganze politische und militärische Lage erörtern, und das sei nicht opportun.<sup>38)</sup>

**Haußmann** fragt an, wie es mit schriftlichen Äußerungen der Staatssekretäre sein sollte. Sollen wir uns jetzt nicht mehr öffentlich betätigen, um das, was wir wollen, öffentlich zu sagen?

**Scheüch**: Es wäre gut, wenn auf die Presse mehr als bisher im Sinne der Regierungspolitik eingewirkt würde.

**Gröber** hat zahlreiche Zeitungsartikel über die Abdankung vom Kaiser gelesen; diese Äußerungen seien sehr gefährlich. Nach einer Zensurverfügung sei es verboten, Abdankung des Kaisers zu erörtern. Diese Verfügung werde anscheinend nicht befolgt. Es sei höchste Zeit, daß hier gleichmäßig vorgegangen werde. Es werde sonst eine Stimmung erzeugt, die nur gefährlich werden könnte.<sup>39)</sup>

**Graf Roedern**: Eine Einwirkung auf die Presse sei sehr schwierig. Die meisten Blätter seien keine reinen Parteiblätter mehr. Die Verwirrung in der liberalen Presse sei sehr groß. Es wäre gut, wenn ein großes Blatt für die Politik der Regierungsmehrheit gewonnen werden könnte. Besonders von der Freisinnigen Volkspartei und den Nationalliberalen.

**v. Payer** hält eine Einwirkung auf die freisinnigen Blätter, besonders die Frankfurter Z[eit]u[n]g, Berliner Tageblatt für ziemlich aussichtslos.

**Scheidemann**: Die Einwirkung auf den Vorwärts sei auch eine ganz unverbindliche; doch benehme sich die sozialdemokratische Presse mit einigen Ausnahmen in der Kaiserfrage ganz verständig. Bittet dringend, nicht Zensurverfügungen in dieser Hinsicht aufrechtzuerhalten. Die Stimmung sei in der rheinischen Presse so, daß sie sich gar nicht mehr an Zensurmaßnahmen kehrten.

**Scheüch**: Daß die Zensurverfügungen nicht beachtet würden, liege an der Unsicherheit der jetzigen politischen Lage. Es müsse jetzt dafür die politische Sicherheit der Reichsregierung treten. Die Reichsleitung müsse jetzt der Presse eine klare Richtung geben, sonst könne er die kommandierenden Generäle nicht beeinflussen.

**Erzberger**: Die Zentrumspresse unterstütze die Regierungspolitik. Die Regierung müsse aber ein großes Blatt in Berlin zur Verfügung haben. Die Nordd[eu]tsche Allg[emeine] Z[eit]u[n]g müsse noch weiter ausgebaut werden. Das genüge aber auch noch nicht. Wir müssen ein liberales Blatt haben, vielleicht vom Ullstein-Konzern. Besonders müßte auf die Morgenpost und die B[erliner] Z[eit]u[n]g Einfluß gewonnen werden. Ebenso auf die Vossische Zeitung, das werde aber schwer sein.

Die Presseinformationen müßten nur durch eine einzige Stelle gehen, sonst käme kein einheitlicher Zug hinein, und alle Stellen der Reichsämter müßten dem Reichskanzler unterstellt werden.

<sup>38)</sup> Haußmann notiert (s. Anm. 1) im Anschluß an Trimborn: „*Erzberger*: Ist Trimborn nicht Abgeordneter?

*Scheidemann*: Als Reichstagsabgeordneter.“

<sup>39)</sup> A.a.O.: „Die Presse in der Absetzungsfrage wird maßlos und ist nicht durch die Parteien gezügelt. Höchste Zeit einzudämmen.“

**v. Stumm:** Die Sache sei nicht so einfach. Bei der Besprechung bei Exz. v. Payer<sup>40)</sup> sei die Unterstellung der militärischen Stellen unter eine einheitliche Stelle zugesagt worden. Der Beschluß der Regierung auf Unterstellung sei aber noch nicht erfolgt. Gestern sei deshalb an Exz. v. Hindenburg telegraphiert worden, daß das Kriegspresseamt und die O Ia<sup>41)</sup> dem Reichskanzler unterstellt würden.

**Graf Roedern:** Ein großes liberales Blatt müßte sich in den Dienst der Regierungspolitik stellen. Die Vossische Zeitung müsse hinzugezogen werden. Exz. Haußmann solle sich mit Parteiführern zusammentun und energische Schritte auf Einwirkung auf Vossische Zeitung tun. Bernhard<sup>42)</sup> werde nicht zu eliminieren sein, ordne sich aber anderseits nicht der Partei unter. Geschehe nichts, so werde der Auslandseindruck sehr schlecht sein. Auch für die Nationalliberale Partei müsse ein Blatt gefunden werden.

**Haußmann:** Es ist schon immer Bestreben der Partei gewesen, Blatt zu finden, aber die Konzerne der Zeitungen sind lediglich auf Tagesstimmung abgestimmt. Der Ullstein-Konzern steht lediglich auf Standpunkt des gewerblichen Interesses. Man könne ihn, wenn es diesem entspräche, auf 14 Tage gewinnen, dann springe er wieder ab. Zur Seite stehe ihm Bernhard, der sich nicht scheue, eigene Partei anzugreifen. Die Zeitungen könnten auch nicht gekauft werden, da die Presse jetzt eine Hausse hätte. Was allein getan werden könne, sei, daß ein Herr angestellt würde, der durch Untermänner ständig Fühlung mit der Presse, auch mit der oppositionellen hielte; Dr. Wiechert habe einmal im A. A. ein Schema hierfür vorgelegt.

**Friedberg** ist nicht hoffnungsfreudig, daß mit Presse noch viel zu machen sei. Mit Nordd. Allg. Ztg. würde aber noch etwas zu machen sein. Die Verfügung sei jedoch nicht zweckmäßig, daß alles Politische nur durch eine Hand gehen dürfe. Dadurch werde die Sache sehr verzögert. Originalartikel von führenden Persönlichkeiten würden von der Presse sehr gewünscht, dadurch könne man gut einwirken.

**Erzberger:** Die Information an die Presse dürfe jedenfalls nur durch eine Stelle erfolgen. Bisher würden alle Pressestellen mißbraucht.

Der Kriegsminister solle dafür sorgen, daß alle Herren aus der O.H.L. entfernt werden, welche bisher immer Politik getrieben hätten.<sup>43)</sup> Dadurch entstünden neue Konflikte.

**Scheüch:** Habe in diesem Sinne bereits mit mehreren maßgebenden Personen gesprochen. Es würden auch da Veränderungen eintreten.<sup>44)</sup>

<sup>40)</sup> Dürfte sich auf die Besprechung über die Vereinheitlichung des Informationswesens vom 11. 10. 1918 beziehen; vgl. Nr. 43. Dazu auch die Beratungen im Kriegskabinetts am 25. 10.; vgl. Nr. 90.

<sup>41)</sup> Es handelt sich um Teile der Auslandsabteilung der OHL, die zur Operationsabteilung (Sektion Ia) gehörten. Vgl. Hermann Cron, Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege (Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, H. 5). Berlin 1923, S. 13; Walter Vogel, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933. Berlin 1941, S. 60.

<sup>42)</sup> Georg Bernhard, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“.

<sup>43)</sup> Vgl. Nr. 90 bes. Anm. 13.

<sup>44)</sup> Nach Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) erklärte Scheüch: „Ist grundsätzlich beschlossen und personell in dringender Erwägung.“

## **VI.**

### **Verstärkte Forderungen auf Abdankung des Kaisers**

## 100.

**28. 10. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts  
mit den Generalen von Gallwitz und von Mudra**

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärsitzung am 28. 10. 1918 vormittags 10 Uhr.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Friedberg, Graf Roedern, v. Mann, Gröber, Scheidemann, Erzberger, Trimborn, Wahnschaffe, Geheime: Simons, v. Schlieben, v. Stumm.<sup>2)</sup>

**Friedberg** kommt auf die Agitation der russischen Botschaft zu sprechen und verliest einen Bericht über die Abschiedsfeier eines Attachés der russischen Botschaft, bei welcher dieser eine aufreizende Rede gehalten habe. Es sei dies ein klarer Beweis dafür, daß die russische Botschaft der Zentralpunkt revolutionärer Bestrebungen ist.

**Graf Roedern:** Die Frage hat auch schon das Staatsministerium beschäftigt.<sup>3)</sup> Neutrale wundern sich, daß Deutschland sich dies gefallen läßt. Es ist eine Schmach, daß dies geduldet werde und sei sonst in keinem anderen Staate möglich. Es sei gar kein Bruch mit der Sowjetregierung nötig; es brauche ihr nur gesagt zu werden, daß Joffe<sup>4)</sup> sofort abberufen werden müßte.

**Scheidemann** bezweifelt nicht, daß russische Botschaft der Zentralpunkt ist. Wie weit die U[nabhängigen] S[ozial-]D[emokraten] mitbeteiligt sind, wisse er nicht. Sie seien ja in heftiger Fehde mit den Bolschewisten, sie würden von diesen fortgesetzt beschimpft und ihnen Feigheit vorgeworfen. Er sei fest überzeugt, daß russische Botschaft heftige Propaganda mache. Es müsse ihr aber nachgewiesen werden, was sie getan habe. Das bisherige Material schein sehr dürftig zu sein. Wenn man nicht volles Material habe, so müsse man sehr vorsichtig sein, sonst müßte man um das Leben unserer eigenen Leute in Rußland besorgt sein. Habe man schlüssiges Material, so könne man sagen, ruft den Botschafter ab.

**Erzberger:** Ein Bruch mit der Sowjetregierung sei nicht möglich, aber es müsse etwas geschehen. Er habe schon seit Monaten darauf hingewiesen, auch daß in der ukrai-

<sup>1)</sup> Vgl. Archivalische Forschungen 4/IV S. 1689 (auszugsweiser Abdruck des ersten Teils des Protokolls); Amtliche Urkunden S. 211 ff. (auszugsweiser Abdruck; erneut abgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 441 ff.); Prinz Max S. 519 ff., 525 f.; Payer S. 145 f.; Gallwitz S. 438 f.; Erzberger S. 324. Ferner Erklärung der Generale v. Gallwitz und v. Mudra vom 28. 11. 1922, abgedruckt in dem Gutachten des Sachverständigen General v. Kuhl, in WUA 6 S. 29 ff. Im Nachlaß Haußmann 148 maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine längere, im Nachlaß Erzberger 14 eine kürzere Aufzeichnung (Durchschlag) über diese Sitzung. Sachliche Abweichungen beider Niederschriften von der abgedruckten Protokollfassung werden in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>2)</sup> Haußmann, Scheüch, Solf und die im Verlauf der Sitzung hinzugezogenen Generale v. Mudra und v. Gallwitz sind in der Anwesenheitsliste nicht berücksichtigt.

<sup>3)</sup> Am 18. 10.; vgl. Archivalische Forschungen 4/IV S. 1627 ff. Als Ergebnis dieser Sitzung hatte Drews am 19. 10. dem Reichskanzler mitgeteilt, im Staatsministerium bestehe die „einmütige Auffassung, daß unter den obwaltenden Umständen nur die sofortige Entfernung der diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung aus Berlin und überhaupt aus Deutschland gegen ein weiteres hetzerisches Treiben [. . .] Abhilfe schaffen kann“. Abgedruckt in: Dokumente und Materialien 2/II S. 257 f.

<sup>4)</sup> Adolf Joffe, Botschafter der Sowjetrepublik in Berlin.

nischen Gesandtschaft Spione der Entente säßen. Man müsse sie doch mal fassen können. Die meisten Flugblätter würden von der russischen Botschaft verbreitet. Unmenge Kuriere reisten hin und her.

**Graf Roedern:** Wir haben doch guten Grund, Botschaft los zu werden. Wir haben doch auch keine Botschaft in Petersburg. Große Geldsummen sollen der russischen Botschaft zugeschickt werden.

**v. Payer:** Es müsse doch möglich sein, jede Person, die in der russischen Botschaft aus- und eingehe, zu kontrollieren. Das jetzige Material sei sehr dürftig.

**Simons:** Die Ermittlungen müßten von der Abteilung des Generalstabes fortgenommen und der Politischen Polizei übergeben werden.

**Erzberger** ist derselben Ansicht.

**Gröber:** Tatsächlich verkehren die U.S.D. viel in der russischen Botschaft. Das ist eine grobe Ungehörigkeit der Botschaft, die rektifiziert werden muß. Bei der Stellungnahme der U.S.D. geht dies Zusammenarbeiten gegen die Regierung, dazu darf sich eine fremde Regierung nicht hergeben.

Es wurde beschlossen, daß die Angelegenheit heute nachmittag in der Staatssekretärbesprechung<sup>5)</sup> im Beisein des Ministers des Innern, des Staatssekretärs des Ausw. Amts und des Kriegsministers besprochen werden soll.

**Scheidemann** teilt einen Bericht aus der Schweiz über die Stimmung in Amerika mit. Der Berichtsteller stehe in Verbindung mit Professor Herron, der wieder in intimer Beziehung zu Wilson stehe. Nach dem Bericht sei es wenig wahrscheinlich, daß Amerika mit Österreich noch viel Federlesens machen werde. Amerika sei jetzt an feststehende Abmachungen gebunden.

Amerika führe aber nicht Krieg mit dem deutschen Volke, sondern mit dem preußisch-junkerlichen Regiment. Das deutsche Volk dürfe sich nicht für dieses weiter in den Krieg treiben lassen. Mit dem Kaiser und nächsten Erben sei jede Verhandlung ausgeschlossen. Dem deutschen Volke keinen Gewaltfrieden, dem Kaiser keine Gnade. Das deutsche Volk dürfe seine eigenen Interessen nicht mit dynastischen Interessen verwechseln. Den wirtschaftlichen Boykott nach dem Kriege lehne Wilson ab. Er sei bereit, Deutschland nach dem Kriege wirtschaftlich evtl. auch finanziell zu helfen. Die Kolonialfragen würden auf der Friedenskonferenz erledigt werden.

Es wurde beschlossen, dem Herrn Reichskanzler vorzuschlagen, daß jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend um ½10 Uhr ohne vorherige Pressesitzung das Kriegskabinett tage und Dienstag und Freitag nachmittag 6 Uhr die allgemeine Staatssekretärbesprechung stattfinden solle. Der Staatssekretär des Äußern soll gebeten werden, stets an den Besprechungen teilzunehmen oder sich durch einen Unterstaatssekretär vertreten zu lassen.

**v. Payer** schlägt vor, wenn nachher die Generale von Mudra und von Gallwitz erscheinen würden, sie zu fragen über die Lage an der Front, die Stimmung des Heeres und die Möglichkeit, den Kampf weiterzuführen. Auch auf die

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 102.

Fragen des Abfalls von Österreich, die Donaufagen, Böhmen usw. soll zu sprechen gekommen werden.

**Wahnschaffe** teilt mit, daß die beiden Herren zunächst von Sr. Majestät hierher beordert worden seien. Beides seien große Autoritäten, es können aber noch weitere Herren gehört werden.

**Graf Roedern** schlägt vor, noch den Kronprinzen von Bayern zu hören, der nicht nur als Feldherr, sondern auch als Thronfolger Stellung nehmen würde.

**Haußmann** verliest einen Brief von Stegemann<sup>6)</sup> über die politische und militärische Lage Deutschlands.

**Erzberger:** Die parlamentarischen Staatssekretäre müßten jetzt über die Verfassungsänderungen schreiben und sprechen.

**Graf Roedern:** Besonderen Anlaß dazu biete es, daß der Bundesrat heute zustimme. Besonders die liberale Presse müsse nüchtern und sachlich darüber schreiben.

**Erzberger** teilt mit, daß er beabsichtige, Richtlinien über die Behandlung der Kaiserfrage an die Aufklärungsstellen herauszugeben und teilt die einzelnen Punkte der Richtlinien mit.<sup>7)</sup> Er werde sie den Herren zunächst heute noch im Entwurf zugehen lassen und bäte, daß das Kriegskabinet in der nächsten Sitzung darüber berate.<sup>8)</sup>

**Graf Roedern** hat große Bedenken dagegen, daß die Kaiserfrage überhaupt in breiterer Form erörtert würde. Wir brächten sie dadurch erneut zur Diskussion und riefen Erwidern hervor. Jedenfalls dürfe das Material nicht in die Presse gebracht werden.

**Erzberger:** Es soll nur Abwehrmaterial für die Aufklärungsstellen darstellen.

**Scheüch** verweist auf den heutigen Leitartikel im „Berliner Tageblatt“, in dem es am Schluß so hingestellt werde, als wenn durch die neuen Verfassungsänderungen nichts Wesentliches geändert worden sei.

**Erzberger:** Wir müssen jetzt die großen Staatsrechtslehrer und Historiker veranlassen, daß sie die Sache vom staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Standpunkt behandeln.

<sup>6)</sup> Hermann Stegemann, schweizerischer Journalist und Kriegsschriftsteller.

<sup>7)</sup> Diese „Richtlinien“ wurden am 31. 10. veröffentlicht. Vgl. den Abdruck bei Niemann, Revolution S. 220 ff.

<sup>8)</sup> Nach Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) äußerten sich im Anschluß an Erzberger zunächst Haußmann und Friedberg: „*Haußmann:* Die *Kaiserfrage* [die folgenden Worte bis zum Schluß dieses Satzes eigenhändig ergänzt], von der ich am Tag meines Eintritts ins Kabinet erklärte, sie sei so wichtig und heikel, daß der Kanzler sie alsbald vertraulich und persönlich mit dem Kaiser besprechen müsse, weil die Entschließungen des letzteren durch Freiwilligkeit ohne Druck des Kabinetts sich auszeichnen sollten und seine Situation wie die des Reichs erleichtern würde. Gröber soll [in] Germania schreiben. Erzberger soll seine Richtlinien uns mitteilen. Das preußische Ministerium soll den ganzen Komplex der Frage vom Staatsinteresse aus behandeln. Es ist in besonderem Maße eine preußische Frage.“

*Friedberg:* Wir haben keinen Anlaß, uns mit der Frage zu befassen.“

Für Haußmanns Stellungnahme zur Kaiserfrage vgl. auch seinen bei Haußmann S. 261 mitgeteilten Brief an den Prinzen Max vom 27. 10. 1918.

**Haußmann** ist bereit, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen.

**Graf Roedern** hält es für wichtiger, daß die Tagespresse die Verfassungsänderungen behandelt.

**Erzberger** schlägt vor, Maximilian Harden zu einem Vortrag zu veranlassen. Es wurde dem zugestimmt, aber Vorsicht empfohlen.

**Gröber** ist bereit, selbst einen Artikel über die Verfassungsänderungen zu schreiben.

Es<sup>9)</sup> erscheinen<sup>10)</sup> die Generale von Mudra und von Gallwitz.<sup>11)</sup>

**v. Payer:** Wir haben das selbstverständliche Bedürfnis, in diesen kritischen Tagen von verschiedener sachverständiger Seite zu hören, wie wir die Lage aufzufassen haben. Wir möchten bitten, über die militärische Lage, Stimmung und ganze Situation im Heere sowie über die Meinung der Herren Auskunft zu erhalten, ob wir überhaupt und mit welcher Aussicht auf Erfolg *noch* weiterkämpfen können.

**v. Gallwitz:** Die Armee hat in den monatelangen Kämpfen natürlich gelitten. Fortgesetzte Offensiven und rückwärtige Bewegungen haben sie stark angegriffen. Die Kopffzahl der einzelnen Verbände ist stark zurückgegangen. Gleichwohl haben diese geschwächten Divisionen in letzter Zeit noch sehr guten Widerstand geleistet. Die geringe Zahl der Kämpfer tritt in der Defensive weniger in die Erscheinung wie bei Offensiven. Zu solchen Kampfhandlungen seien wir augenblicklich nicht befähigt. Wohl aber zu nachhaltiger Abwehr. Der Gegner sei uns sehr überlegen. Er werde auch militärisch sehr gut geführt. Andererseits habe unsere Truppe zahlreiche Beispiele von

<sup>9)</sup> Die im folgenden durch kleineren Druck gekennzeichneten Abschnitte sind in den Amtlichen Urkunden S. 211 abgedruckt.

<sup>10)</sup> Nach Haußmanns Aufzeichnung (s. Anm. 1) sowie nach Gallwitz S. 438 und WUA 6 S. 30 um 11 Uhr.

<sup>11)</sup> Gallwitz war am 26. 10. durch ein Telegramm des Militärkabinetts „autowendend“ nach Berlin gerufen worden. Vgl. Gallwitz S. 435, wo es weiter heißt: „Beruhigend war, daß der Vertreter des Militärkabinetts in Spa erläuterte, daß es sich um eine Besprechung über die Lage handelte und auch General v. Mudra beordert war.“ Gallwitz war von Köln aus mit Mudra, mit dem er sich nach seinem Zeugnis „in Auffassung der Lage und betreffs der zu ergreifenden Maßnahmen völlig einig“ war, zusammen nach Berlin weitergefahren (vgl. a.a.O.) und am Abend des 27. 10. in Potsdam vom Kaiser empfangen worden; vgl. a.a.O. S. 437 sowie WUA 6 S. 29 f. Am folgenden Tage begaben sich beide Generale um 10 Uhr 15 zum Reichskanzler, dem sie eine halbe Stunde lang „konforme Vorträge“ über die militärische Lage hielten und ihre vom Kaiser gebilligten Propaganda-Vorschläge (feierlicher Appell an Volk und Heer) entwickelten: „Der Prinz war mit uns einverstanden“; Gallwitz S. 438.

Dazu Prinz Max S. 519: „Sie [die beiden Generale] waren vor der Sitzung bei mir und sprachen von dem Waffenstillstandsangebot und seiner furchtbaren Wirkung in einem vorwurfsvollen Tone, als trüge die Regierung die Schuld daran. Ich legte die wahren Zusammenhänge dar. Die Herren sahen sich erstaunt an: sie waren beide nicht befragt worden. Die militärische Auskunft, die sie mir gaben, mündete in der Forderung: Ruft das Volk zur nationalen Verteidigung auf, nicht jetzt, sondern sobald die entehrenden Bedingungen des Waffenstillstands uns präsentiert werden. Der dann zu führende Kampf wäre nicht hoffnungslos; wenn jetzt sofort die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht in die Maas-Antwerpenstellung zurückgenommen und dadurch die Front verkürzt würde, dann sei Aussicht, den Übermut des Feindes durch zähen Widerstand zu brechen. Die in Österreich zu erwartende Katastrophe wurde in diesem Gespräch noch nicht von den Herren in Rechnung gestellt, aber sie stand im Mittelpunkt der sich anschließenden Sitzung.“

persönlicher Tapferkeit und zähem Widerstand gegeben. Der Franzose sei selbst auch sehr geschwächt. Seine Einheiten wären verringert. Der Engländer sei zahlenmäßig besser daran, aber auch seine Angriffskraft sei stark gesunken. Der Amerikaner sei besonders frisch und zahlenmäßig sehr stark. Er habe auch vorzügliches Menschenmaterial in den ersten *Kampfdivisionen*<sup>12)</sup> eingestellt. Leute in den zwanziger Jahren.

Diese guten Divisionen hätten aber ganz kolossale Verluste erlitten. Der Amerikaner empfindet das. Seine Stimmung sei daher nicht begeistert. Sein politisches Verständnis sei erschreckend gering, aber es seien urwüchsige, frische Leute in den besten Jahrgängen. Aber es wäre anzunehmen, daß die Ersatztransporte jetzt die älteren Jahresklassen bringen würden. Der Amerikaner sei ein sehr zu schätzender Gegner, seine Angriffskraft habe aber jetzt nach großen Verlusten sehr nachgelassen. Er werde aber nach Ergänzung zweifellos zu neuen Stößen vorgehen.

Unsere Kräfte haben zweifellos gut gehalten. Es steckt also in unserer Truppe noch ein guter Kern und noch sehr viel Elemente, die widerstandsfähig sind. Aber die moralische Einwirkung aus der Heimat hat sich sehr ungünstig bemerkbar gemacht; besonders die Länge des Krieges und die Lage der Verwandten in der Heimat habe ungünstig auf die Widerstandskraft der Truppe eingewirkt. Ebenso habe oft der Heimaturlaub schlecht gewirkt. Die Leute seien oft in schlechterer Stimmung aus der Heimat zurückgekommen, als sie dahin gegangen seien.<sup>13)</sup> Ungünstig habe sich auch bemerkbar gemacht, daß wir die Presse aller Richtungen ungehindert hätten im Heere sich verbreiten lassen. Auf dem Boden der Kriegsmüdigkeit und der Sehnsucht nach dem Frieden sowie beeinflusst durch politische Vorgänge in der neueren Zeit habe sich eine schlechte Stimmung gegen das Weiterkämpfen, insbesondere auch gegen die Disziplin bemerkbar gemacht. Es seien meist nur einzelne Teile und gewisse Zentren, aus denen die Stimmung hervorgehe und die der Heerführung bekannt seien. Äußerlich trete es im Nachlassen der militärischen Haltung und der Disziplin zutage, im Kampfe darin, daß diese kriegsmüden Elemente teils die Nerven verlorren, teils sich drückten. Die Drückebergerei habe *teilweise* einen erschreckenden Umfang angenommen, besonders in Waldgefechten.<sup>14)</sup> Die innere Struktur der Armee habe durch diese Beeinflussung gelitten, und dies mache sich neben der zahlenmäßigen *Unterlegenheit* besonders bemerkbar. In allerletzter Zeit habe unser Waffenstillstandsangebot ungünstig eingewirkt. Ferner die Zustimmung zu der Räumungsforderung.

Trotzdem könne die Armee noch als widerstandsfähig hingestellt werden, wenn gewisse strategische Maßnahmen getroffen und die Stimmung gehoben würde. Zunächst müsse für erhöhten Ersatz gesorgt werden. Es muß alles ausgebildete Personal herangezogen werden<sup>15)</sup>, auch müsse sonst in der Heimat noch weiter durchgesehen werden, einmal um Leute zu bekommen, andererseits, um der Mißstimmung in der Armee darüber entgegenzutreten, daß noch viele kriegsverwendungsfähige Leute sich in der Heimat herumdrückten. Auf qualitativer Seite müsse die Stimmung in der Armee gestärkt werden. Nach seiner Meinung sei es notwendig, daß, wenn wir uns entschlossen, noch weiterzukämpfen, ein gewaltiger Appell an Heimat und Heer ergeht. Hierdurch würde auch ein großer Eindruck auf die Feinde erzielt werden. Das jetzige fortgesetzte Ersuchen um einen Waffenstillstand habe nur den Eindruck unserer Schwäche gemacht.

<sup>12)</sup> Amtliche Urkunden S. 211: „Kampfhandlungen“.

<sup>13)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) folgendermaßen wiedergegeben: „Urlaubssperre zweischneidig. Politische Entwicklung hat stark und nicht günstig eingewirkt.“

<sup>14)</sup> A.a.O.: „Es wächst die Drückebergerei, sie schlagen sich in die Büsche. Es geht in Tausende. Sollen wir uns 1 Minute vor 12 Uhr noch totschiessen [lassen]?“

<sup>15)</sup> A.a.O. plastischer: „Jahrgang 1900 prachtvolle Burschen, aber es tut einem leid, wenn sie so früh ins Trommelfeuer geführt werden. Junge Reserveoffiziere haben noch nicht die Führung.“

Der Gegner sei zu gut geführt und mit einer vorzüglichen Propaganda versehen. Durch diese sei jetzt ein wilder Kriegstaukel beim Gegner entfacht. Zu unseren militärischen Mißerfolgen komme nun dieses fortgesetzte Bitten um Waffenstillstand. Dieser Ansicht von unserer Schwäche beim Feinde könne nur dadurch entgegengetreten werden, daß wir ihm die Überzeugung beibrächten, daß wir noch nicht *auf* dem letzten Loche piffen. Ein allgemeiner Appell an das Volk müßte von allen Stellen gemeinsam ausgehen, so daß durch Fassung und Verbreitung alles Trennende zurückgestellt werde.<sup>16)</sup> Ein Appell des Kaisers allein würde bei den jetzigen Verhältnissen nicht ausreichen. Erhebliche Kreise der Armee seien damit einverstanden, daß die neue Regierung die Sache mit in die Hand nehme. Wenn sie zu der Überzeugung käme, daß wir nicht glatt zu kapitulieren brauchten, was er für ein Unglück ansehen würde, so müsse alles Trennende in Armee und Volk zurückgestellt und ein großer markiger Appell von der alten Gewalt und von der neuen Regierung an Volk und Heer ergehen; dadurch wäre eine gute Wirkung auf den Feind zu erwarten. Jetzt müßten wir das letzte Mittel zeigen, um zu beweisen, daß es noch nicht zu schlecht mit uns stehe.<sup>17)</sup>

General v. Mudra stimmt vollständig bei. Wir hätten keine Veranlassung, die Flinte ins Korn zu werfen. Die Hauptschwierigkeit sei, daß die Armee *übermüdet* sei. Wenn wir erreichen könnten, daß wir soviel Ersatz bekämen, um einige Divisionen mal wieder schlafen zu lassen, dann sei es gut. Das ewige Wiedereinsetzen zum Kampf fresse am Mark der Truppe. Also brauchten wir mehr Ersatz, und *zwar* nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer. Der gemeinsame Appell an Volk und Heer müßte von Kaiser und Reichsleitung zugleich erfolgen, dann würden die schlechteren Teile der Armee wieder dazu geführt werden, wieder alles für die Not des Vaterlandes herzugeben. Wir brauchten noch lange nicht zu kapitulieren. Anders sei es allerdings, wenn Österreich wackelig werde. Dann könnten allerdings Erschütterungen eintreten, daß wir genötigt werden, etwas eher den Moment ins Auge zu fassen, in dem wir dem Feinde entgegenkommen müßten.

v. Payer dankt beiden Generalen für ihre wichtigen Ausführungen und fragt sie, wie lange sie glauben würden, daß das Aufflackern der Begeisterung und Stimmung dauern würde und wie lange wir überhaupt weiterkämpfen könnten. Was für Aussichten hätten wir bei einem Weiterkampf, und wann würde der Zeitpunkt eintreten, wo wir unterliegen müßten?

v. Gallwitz: Auf eine bestimmte Zeit könne er sich natürlich nicht festlegen. Jetzt käme zunächst der Winter, dann würden wir etwas mehr Ruhe haben. Hielten wir aber über den Winter aus, dann würden wir einen besseren Frieden bekommen. Ein völliger Umschwung durch eine großzügige Offensive mit vollem Sieg halte er für uns allerdings nicht mehr für möglich. Wohl aber festes defensives Durchhalten. Wenn der Gegner sähe, daß wir uns doch nicht besiegen ließen, so werde er zu verständigerer Auffassung kommen. Auf Grund der jetzigen Lage werde nur die Kapitulation von uns gefordert werden. Schlimmer als diese können die späteren Forderungen auch nicht mehr sein.

<sup>16)</sup> A.a.O. stärker pointiert: „Gewaltige Aufpeitschung aller nationalen Instinkte durch Appell [erforderlich].“

<sup>17)</sup> A.a.O. schließt sich folgender Wortwechsel zwischen Friedberg und den beiden Generalen an, der im amtlichen Protokoll an anderer Stelle (vgl. unten) sinngemäß referiert wird: „Friedberg: Wie stark ist jetzt die Salonikiarmee [?]“

Gallwitz: Sie setzt sich bunt zusammen.

Mudra: Alle Vorbereitungen zum Äußersten sind zu treffen.

Friedberg: Kampf bis zum letzten Hauch beraubt uns der Armee zum Schutz der Heimat. (Bolschewiki).“

Die Frage, ob nicht jetzt ein flammender Aufruf den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben würde, glaube er verneinen zu müssen. Die diplomatischen Fäden könnten ruhig weitergesponnen werden. Sie müßten jedoch nicht so öffentlich auf die Armee einwirken dürfen wie bisher.<sup>18)</sup>

v. Payer betont, daß das Waffenstillstandsangebot der Regierung von der O.H.L. aufgenötigt worden sei.<sup>19)</sup> Auch mit der Zustimmung der Räumung habe sich die O.H.L. ausdrücklich einverstanden erklärt. Jetzt sei die Regierung selbst ängstlich geworden, daß jeden Tag eine Katastrophe eintreten könne. Die Verhältnisse würden sich ständig für uns verschlechtern mit Verschlechterung der Stimmung in der Armee. Er frage, ob wir nicht, wenn wir weiterkämpften, immer noch der Gefahr einer Katastrophe ausgesetzt seien.

v. Gallwitz: Er könne nur sagen, daß er sehr erstaunt gewesen sei, als das Waffenstillstandsangebot erfolgt sei<sup>20)</sup> und noch mehr über unser Eingehen auf die Räumungsforderung. Daß wir mal zu Verhandlungen kommen müßten, sei ihm klar, aber nicht notwendig sei es gewesen, daß wir so weit entgegenkamen. Dies habe die Armee sehr beunruhigt. Die Räumung bedeute völlige Waffenstreckung. Wenn wir bis zur Landesgrenze zurückgingen, müßten wir mit dem Kampfe aufhören, weil sonst unser eigenes Land verwüstet würde. Jetzt können wir aber noch weiter durchhalten.<sup>21)</sup>

v. Mudra: Wenn unser weiterer Widerstand dazu führen würde, daß wir später schlechter behandelt werden, so wäre ich auch dafür, daß wir den Widerstand aufgäben. Aber jetzt müßten wir noch Zeit gewinnen, um gegen einen entehrenden Frieden Front zu machen. Kommen jetzt entehrende Bedingungen, dann muß jedenfalls der Aufruf erfolgen.<sup>22)</sup>

Erzberger: Glauben die Herren nicht, daß die Wirkung, die der Appell an das Volk haben würde, dadurch wieder ausgeglichen wird, daß der Feind stärker wird? So daß er schließlich durchbrechen kann?

<sup>18)</sup> A.a.O. folgt: „Gröber: Wird nicht Aufruf die Verhandlungen abbrechen?

Gallwitz: Das glaube ich nicht, wir können die Verhandlungen diplomatisch weiterlaufen lassen.“

Entsprechend bei Erzberger (s. Anm. 1): „Staatssekretär Gröber: Der Appell bringt den Abbruch der Verhandlungen.

General Gallwitz: Jetzt braucht der Appell nicht zu erfolgen.“

<sup>19)</sup> Nach der Niederschrift Erzbergers (s. Anm. 1) sagte Payer: „General Gallwitz scheint nicht zu wissen, daß das Waffenstillstandsangebot auf Veranlassung und Wunsch der Obersten Heeresleitung erfolgte.“ Dazu Gallwitz S. 438: „Es gab nun eine lange Erörterung mit vielen Fragen. Vorweg stand auch hier das Betonen, daß das Kabinett an der Einleitung des Notenwechsels unschuldig wäre; es wäre von der O.H.L. dazu getrieben worden.“

<sup>20)</sup> Nach Erzberger a.a.O. entgegnete Gallwitz auf Payers Äußerung (s. die vorige Anm.): „Darüber kann ich mich nicht äußern, da ich der Obersten Heeresleitung unterstellt bin und sie nicht kritisieren will.“ Dazu Gallwitz S. 438: „Es war für uns Soldaten peinlich, unsere Führer als Vertreter einer zaghafteren Richtung hingestellt zu sehen; da es uns aber an jedem Material fehlte, die übereinstimmende Behauptung zu entkräften, schwiegen wir hierzu.“ Im gleichen Sinne die in Anm. 1 erwähnte Aufzeichnung von Gallwitz und Mudra; WUA 6 S. 30.

<sup>21)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) schärfer akzentiert: „Nicht Waffenstillstand, sondern Räumung hat deprimierend gewirkt. Zur Erreichung besserer Bedingungen.“

<sup>22)</sup> A.a.O.: „Der Gegner wird in 6 Wochen die gleichen schlechten Bedingungen stellen. Wenn wir schlechtere bekämen, so würde das für Aufhören jetzt sprechen.“

Bei Erzberger (s. Anm. 1) nur die Wendung: „Der Appell muß erfolgen, wenn uns entehrende Bedingungen gestellt werden.“

Wie würden die Herren den Abfall von Österreich bewerten?<sup>23)</sup>

**v. Mudra:** Ich würde die Tatsache, daß die Italiener dann nach Frankreich kämen, für sehr schlimm halten, aber das werde viel Zeit kosten, und die Italiener würden nicht so schnell zum Angriff übergehen können. Wir brauchten aber überhaupt nur unsere Armee ausruhen zu lassen. Sei dies geschehen, dann könnten uns die Gegner überhaupt nicht schlagen oder es zum Durchbruch bringen.<sup>24)</sup>

**v. Gallwitz:** Was den Kräftezuwachs des Gegners betrifft, so sei dieser schon in der letzten Zeit durch die Einwirkung der Kampfhandlungen aufgehoben worden. Die Kampfkraft der Franzosen sei erheblich zurückgegangen. Außerdem machten sich die Friedensströmungen sehr in den gegnerischen Ländern bemerkbar. Nur jetzt sei die Stimmung durch die Erfolge gehoben. Die englische Armee sei allerdings verhältnismäßig kräftig, aber ihre Leistungsfähigkeit habe auch nachgelassen. Wenn wir weiter die Defensive durchhielten und dem Gegner große Verluste beibrächten, so werde sein Kräftezuwachs wieder ausgeglichen werden, so daß eine Katastrophe bei uns nicht zu befürchten sei. Er gaube also nicht, daß sich das Kräfteverhältnis zu unseren Ungunsten wesentlich verschieben würde.

Durch den Sonderfrieden Österreichs werde die Lage allerdings ganz verändert. Es wären zwei Möglichkeiten vorhanden, die eine, daß Österreich zwar nicht mehr weiterkämpfe, aber auch keine uns unfreundliche Handlungen vornähme, insbesondere keine feindlichen Truppen durchließe, oder aber, daß Österreich doch hierzu gezwungen würde. Im letzteren Falle, der ähnlich wie in Bulgarien läge, würde die Entente die Ukraine und Rumänien für uns abschneiden. Die italienischen Kräfte würden auf jeden Fall an die Westfront gezogen werden. Dies sei sehr schlimm, weil unsere Vogesenfront schwach besetzt sei. Es könnte dies der Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen brächte.

**Scheidemann:** Übereinstimmung bestehe darin, daß man den Kampf, soweit er notwendig sei, weiterführen müsse. Inzwischen müßten die Verhandlungen weiterlaufen. Da sie noch nicht so bald zum Abschluß gebracht werden würden, so würde noch eine ganze Zeit gekämpft werden müssen. Er betont, daß das Waffenstillstandsangebot und die Räumungsannahme der Regierung von der O.H.L. aufgenötigt worden sei. Erstere habe sich in großer Zwangslage befunden. Von einem Aufruf an das Volk könne er sich in materieller Hinsicht keinen großen Erfolg versprechen. Moralische Wirkung sei allerdings groß anzuschlagen. Was den Kräftezuwachs beim Feinde anlange, so stehe doch auch beim Nachlassen seiner Kampfkraft auch ein sehr starkes Nachlassen bei uns bevor. Unser Zuwachs werde kein hochwertiger sein. Es handle sich meist um Leute aus Fabriken, die schon einmal draußen waren. Auf sie würde durch einen Aufruf ein moralischer Eindruck kaum ausgeübt werden können.<sup>25)</sup>

<sup>23)</sup> Erzberger a.a.O. gibt seine eigenen Ausführungen ausführlicher wieder: „Es handelt sich um die Frage: Wer wird in der Zeit der Wirkung eines solchen Appells stärker sein, die Entente oder wir? Unsere Verstärkung um 600 000 Mann steht fest. Die Entente dagegen erhält jeden Monat 300 000 Mann aus Amerika, abgesehen von den Munitionslieferungen. Daneben muß man an den Ausfall Österreichs denken, wodurch italienische Truppen für die Westfront frei werden, und daran, daß Österreich-Ungarn unter Umständen den Italienern den Durchmarsch nach Oberschlesien gestattet.“

<sup>24)</sup> A.a.O. knapper: „Wenn wir 40 Divisionen bekommen, halten wir durch.“

Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Die Italiener kommen nicht schnell an unsere deutsche Südgrenze.“

<sup>25)</sup> Nach Gallwitz S. 438 erklärte *Scheidemann*, daß der „Zugang der verwöhnten Rüstungsarbeiter zum Heere [. . .] von zweifelhaftem Wert“ sei.

Das schlimmste aber sei der Niederbruch Österreichs.<sup>26)</sup> Wenn wir in dieser Lage sind, ist dann ein weiterer Kampf nicht aussichtslos? Natürlich können wir uns nicht auf Gnade und Ungnade ergeben. Wenn es gelinge, auf Grund der Verhandlungen mit Wilson zum Frieden zu kommen, dann müßten wohl auch die Heerführer zufrieden sein.

**Haußmann:** Die Kernfrage sei, wie könnten wir unsere Widerstandskraft praktisch und taktisch ausnutzen, damit wir zu besseren Bedingungen kämen. Bisher sei stets gesagt worden, die Lage hänge an einem Faden, doch hoffe man die Sache zu halten. Nach den Ausführungen der beiden Generale könne man doch die Hoffnung haben, daß wir unsere Front halten und den Rückzug gut ausführen können. Einig seien wir ja darin, daß wir in diesem Winter abschließen müßten. Nur dürfe dies nicht jetzt im Augenblick geschehen, wo der Gegner übermütig geworden sei und glaube, uns alle Bedingungen auferlegen zu können. Übereinstimmung herrsche auch darüber, daß wir je nach dem Ausfall der Kapitulationsbedingungen weitere Entscheidungen treffen müssen.

Seien die Generale der Ansicht, daß wir die Verhandlungen abbrechen und die Volkshebung organisieren müßten, dann könnten wir jetzige Verhandlungen mit Wilson nicht aufrechterhalten. Oder sollten wir erst abbrechen, wenn sie uns unwürdige Bedingungen auferlegen?<sup>27)</sup>

Er frage den Kriegsminister, wie es mit unseren Benzin- und Ölvorräten bestellt sei.

**v. Gallwitz:**<sup>28)</sup> Wenn wir Appell an das Volk richten, dann ist Abbruch der Verhandlungen mit Wilson notwendig, da es sonst als Farce erscheinen würde. Auch würden wir ja dann auf feindlichem Boden weiterkämpfen wollen, also das Räumungsangebot zurückziehen müssen. Also erst Abbruch der jetzigen Verhandlungen und dann Appell an das Volk. Zunächst jedoch Antwort abwarten und dann Entscheidungen treffen. *Jetzt müsse jedoch schon die OHL ihre Maßnahmen treffen*, damit, falls entwürdigende Anträge kommen, weitergekämpft werden könne.

**Solf** teilt die neuesten Vorgänge in Österreich, insbesondere das Sonderfriedensangebot, mit und verliest diese Note<sup>29)</sup>, wie sie im Ausland bereits veröffentlicht ist. Die Note bedeute den Separatfrieden und werde einer Kapitulation gleichkommen. Die Konsequenzen seien schwer. Rumänien würde uns nicht mehr Vorteile bieten. Unsere süddeutsche Front werde gefährdet, die Italiener würden an die Westfront gehen und diese gefährden.<sup>30)</sup>

<sup>26)</sup> Nach Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) wandte *Scheidemann* sich folgendermaßen an die beiden Generale: „Sie kennen offenbar die österreichische Lage nicht — Solf soll berichten.“

<sup>27)</sup> Dazu Gallwitz S. 438: „Die überwiegende Neigung der Regierungsvertreter ging auf Weiterführen der Friedens-Verhandlungen; besonders traten nach dieser Richtung Solf und Graf Roedern ein, während Haußmann der entschiedeneren Lösung zuneigte.“

<sup>28)</sup> Nach Haußmann (s. Anm. 1) erklärte *Gallwitz* zunächst: „Wir waren überrascht von dem Räumungsangebot, das befremdend wirkt. Man hat ein zu großes Stück [. . .]“

<sup>29)</sup> Österreichische Note an Wilson vom 27. 10.; Text bei Schulthess 1918/II S. 620; Prinz Max S. 521 Anm. 2.

<sup>30)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) in folgender Version: „Kaiser Karl innerhalb 24 Stunden Separatfrieden. Wir haben das Wort Separatfrieden zu vermeiden geboten.

Die eben eingegangene Note wird verlesen[:] ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten [Zitat aus der Note]. Das ist ein Separatfrieden.“

Bei Erzberger (s. Anm. 1) knapper: „Wien hat gestern die Note abgehen lassen, wonach es

**v. Gallwitz:** Wir dürfen gleichwohl die Flinte nicht *zu früh* ins Korn werfen; es seien das vorläufig nur alles Vermutungen. Wir müßten erst sehen, wie lange wir es noch aushielten; es kann nicht mehr schlechter werden. Vom Standpunkt der nationalen Ehre dürfe man nicht Schicht machen, solange die Armee noch in Widerstandskraft dastehe.<sup>31)</sup>

**Scheüch:** Wir müßten auch die ungünstigen Verhältnisse beim Feinde in Betracht ziehen. Die Kohlennot sei bei ihnen sehr groß.

Mit Benzin- und Betriebsstoffen langten wir für Heer und Marine noch bis zum 1. 4. 1919, für Eisenbahn und Industrie noch darüber hinaus.

Er wiederholt die bereits früher gemachten Angaben über erhöhte Ersatzstellung an die Westfront. Danach sollen alsbald 600 000 Mann Ersatz gestellt werden, wovon die Hälfte bereits Anfang November hinausgehen würde. Von einem Aufruf an das Volk sei zahlenmäßig nicht viel zu erwarten, da die meisten Männer bereits zum Heeresdienst und zum Hilfsdienst herangezogen seien, aber moralisch. Einigkeit bestehe wohl über den Zeitpunkt des Aufrufs und von welchen Stellen er zu erlassen sei.

Mit Material ständen wir gut. Die Herstellung sei ständig gestiegen, eine Stockung werde nicht eintreten.<sup>32)</sup>

Gröber stellt die Frage, ob wir, wenn uns entwürdigende Bedingungen gestellt würden, dann noch in der Lage sein würden, dauernden Widerstand zu leisten. Einige Zeit wohl sicher noch. Könnten wir vernünftigerweise sagen: es muß noch weitergekämpft werden, mit Hoffnung auf günstigere Bedingungen? Werden uns nicht noch ungünstigere gestellt werden, wenn wir jetzt abbrechen? Wir stoßen Wilson zurück, und England und Frankreich bekommen Oberwasser.

Der Standpunkt der nationalen Ehre ist für uns alle maßgebend. Schon die *Räumungszustimmung*<sup>33)</sup> ist uns sehr schwer gefallen; wir standen aber unter dem Druck des Militärs. Dürfen wir aber nur mit Rücksicht auf Ehrenstandpunkt Kampf fortsetzen,

---

sämtliche Bedingungen von Wilson angenommen hat und um Waffenstillstand und Frieden bittet, ohne Verhandlungen mit anderen Staaten abzuwarten.“

Dazu Gallwitz S. 439: „Es schien, als ob unsere mehrstündigen Erörterungen auf die Herren des Kabinetts nicht ganz ohne Eindruck geblieben wären; es wurde schon weniger über die Bedenken gegen einen weiteren Widerstand an sich, als über dessen Ausführung verhandelt. Da trat Staatssekretär Solf in den Saal, in der Hand das Telegramm haltend, nach dem Österreich-Ungarn die Entente um ‚Separatfrieden‘ gebeten hätte. Es war erklärlich, daß eine erneute Tiefstimmung das Minister-Kollegium überzog. Auch Mudra und ich mußten die Erschwerung zugeben und erörterten die neu erwachsenden Aussichten und Maßnahmen.“ Ferner die in Anm. 1 erwähnte Aufzeichnung von Gallwitz und Mudra, S. 31: „Da gegen 1 Uhr kam Staatssekretär Solf [...] Eine tiefe Baisse-Stimmung bemächtigte sich des Kabinetts. Auch wir konnten uns dem Ernst des Augenblicks nicht entziehen, gingen aber alsbald zur sachlichen Behandlung der nun eintretenden Möglichkeiten über. Wir rieten durchaus davon ab, die Flinte ins Korn zu werfen.“

<sup>31)</sup> Bei Haußmann a.a.O. heißt es: „v. Gallwitz; Das kommt so überraschend, daß es schwer ist umzudenken, man sollte die Flinte nicht ins Korn werfen. Vom Standpunkt der militärischen Ehre.“ Ähnlich bei Erzberger a.a.O.: „General v. Gallwitz ist davon überrascht. Es sei schwer, so rasch zu lernen.“

<sup>32)</sup> Bei Haußmann a.a.O. ausführlicher: „[...] In Munition stehen wir gut. Höchstzahl im September und im Oktober. Ersatz der Artillerierohre steht etwas weniger gut. Schwierigkeiten mit der Kohle.“

<sup>33)</sup> Amtliche Urkunden S. 216: „Räumungsbestimmung“.

der aussichtslos ist und nur Gegner veranlaßt, uns später noch härtere Bedingungen aufzuerlegen?<sup>34)</sup>

**v. Gallwitz:** Die Frage, ob wir uns dauernd oder nur *noch* vorübergehend halten können, ist nicht zu beantworten möglich. Er sei aber der Ansicht, daß wir den Widerstand noch eine ganze Weile fortsetzen könnten; könne sich aber nicht auf bestimmte Zeit festlegen.<sup>35)</sup> Daß der Feind uns infolge des Appells an das Volk und Fortsetzung des Kampfes später schlechtere Bedingungen stellen werde, glaube er nicht; er werde uns jetzt schon so gering einschätzen, daß er alles verlangen werde. Wir müßten zunächst die nächste Antwort abwarten, dann aber sei es Zeit, zum Entschluß zu kommen. Dann sei auch nicht ein Moment zu verlieren, um letzten Appell an Waffengewalt zu richten. Er hoffe davon lediglich moralische Wirkung, die Hebung der Stimmung.

Die Parteien der Regierung müßten jetzt auf die Soldaten einwirken, daß es ihre Pflicht sei, jetzt herauszugehen und alles herzugeben.<sup>36)</sup> Die Leute dürften nicht als unzufriedene Elemente hinausgehen. Die Macht der politischen Führer sei so groß, daß sie auf Leute guten Einfluß ausüben könnten.<sup>37)</sup>

**v. Payer:** Ein Appell müßte selbstverständlich nicht nur von Krone, sondern zugleich auch von der Regierung und vielleicht auch vom Reichstage ausgehen. Selbstverständlich müsse sich jedes Mitglied der Regierung hinter den Aufruf stellen.

**Graf Roedern:** Die heutige Besprechung sei nur eine Vorbereitung für die Entscheidung nach der neuen Antwort. Ein militärisches Urteil für die Lage an der Südfront sei für die Beurteilung nötig. Die jetzige Lage sei Folge von Ausscheiden

<sup>34)</sup> Haußmann a.a.O. referiert *Gröbers* Ausführungen eingehender: „Man muß die Bedingungen kennen, ehe man im Aufruf davon sprechen kann. Man kann noch eine Zeitlang weiterkämpfen. Kann [man] aber nach Österreichs Abfall noch weiterkämpfen mit Aussicht auf Erfolg; der G[eneral] Gallwitz hofft auf bessere Bedingungen (*Gallwitz*: Jawohl), können sie nicht aber schlechter, oder viel besser sein, wenn wir Wilson zurückstoßen. Entscheidungen von erdrückender Schwere. ‚Ehre‘ — wir fühlen die Verpflichtungen. Es war ein solches unerhörtes Drängen und einem Drang [sic], der eine freie Entschließung von Laien ausschloß. Nach dem Waffenstillstandsangebot ergab sich alles als notwendige Konsequenz. Dürfen wir einen Kampf, der außerordentlich blutig wird, und der uns in einigen Wochen oder Monaten nur härtere Bedingungen auferlegt, nur unter dem Gesichtspunkt der Ehre fortsetzen.“

<sup>35)</sup> Dazu *Gallwitz* a.a.O.: „Ich rief ihm [Gröber] zu: ‚Sie werden bei der jetzigen Entwicklung die übelsten Bedingungen erhalten, die denkbar sind.‘“ In der Aufzeichnung von *Gallwitz* und *Mudra* (s. Anm. 1) S. 31 demgegenüber: „‚Sie werden jetzt die allerübelsten Bedingungen erfahren!‘“

<sup>36)</sup> Bei *Haußmann* a.a.O. in anderer Akzentuierung: „[. . .] Pflicht der neuen Männer, auf die Leute an der Front einzuwirken. Das ist, was die Heeresleitung von der Sozialdemokratie glaubt erwarten [zu dürfen].“

*Gallwitz* S. 438 betont, er habe *Scheidemann* gegenüber „sehr scharf die Notwendigkeit“ hervorgehoben, „daß in solcher Lage wie jetzt nicht nur die Regierungsorgane allen Einfluß aufbieten, sondern auch die Parteileitungen mit aller Kraft dahin wirken müßten, ihre Anhänger aufzuschüren und zur Pflicht zu führen“. In der Aufzeichnung von *Gallwitz* und *Mudra* (s. Anm. 1) S. 31 demgegenüber: „Ich (*Gallwitz*) appellierte darauf, an ihn [*Scheidemann*] gewandt, daß ich es in solcher Lage des Vaterlandes für die strenge Pflicht aller Führer der Arbeiterschaft ansähe, die Leute zu richtiger Auffassung und Pflichterfüllung zusammenzureißen.“

<sup>37)</sup> Dazu *Gallwitz* a.a.O.: „Auf diese in etwas gehobenem Tone vorgetragene Apostrophe zuckte Herr *Scheidemann* verständnisinnig mit den Achseln.“

Bulgariens. Unsere Südfront sei sehr dadurch heraufgeschoben. Die Truppen der Entente seien an der Donau an ungarischer Grenze angelangt. Dadurch anscheinend Zusammenbruch in Österreich-Ungarn veranlaßt. Ungarn werde erneut durch Rumänien bedroht. Wenn Karolyi Ministerpräsident würde, der Ententefreund sei, so sei es nicht ausgeschlossen, daß Ungarn seine Bahnen zum Durchzug der Ententetruppen freigeben würde. Ebenso Tiroler Bahnen für Italiener. Bedrohung an dieser Stelle auch für unsere innere Front sehr schlimm. Sehen die Generäle dies auch für sehr schlimm an?

v. Gallwitz erwidert auf Frage v. Payers<sup>38)</sup>, daß es zutreffen könne, daß 2 300 000 Amerikaner in Frankreich seien. Dies seien aber nicht alles Kampftruppen, sondern sehr viel gehe auf Hilfstruppen, Eisenbahntuppen usw. ab. Jetzt seien 42 amerikanische Divisionen mit je 12 überstarken Bataillonen in Frankreich. Das Verhältnis sei für uns noch ungünstiger, da unsere Divisionen zahlenmäßig sehr geschwächt seien.<sup>39)</sup> In den Argonnen habe ein Truppenführer das Zahlenverhältnis von uns zu den Feinden auf 1:15 angegeben. Wenn dies auch vielleicht zu hoch sei, so sei 1:6 jedenfalls richtig. Die Masse allein aber mache es nicht.

Wenn Österreich alle Bahnen zum Durchmarsch zur Verfügung stelle, dann müsse man allerdings die letzten Konsequenzen ziehen, man müsse aber doch erst abwarten, ob Österreich sich so entwürdigen würde.

v. Mann betont, daß wir jederzeit den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen könnten; tatsächlich sei er jetzt eingestellt. Dies werde die Armee an der Westfront bald spüren. Bisher hätten wir jede halbe Stunde 33 Waggons versenkt. Sehr schmerzlich sei die Aufgabe des U-Boot-Krieges im Mittelmeer.<sup>40)</sup> Wenn weitergekämpft werden sollte, dann müßten wir den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen.

Scheidemann weist auf Zustände im Innern hin, und betont gegenüber dem General v. Gallwitz, daß die sozialdemokratische Partei stets ihre Pflicht getan habe, um die Truppen zum Weiterkämpfen aufzufordern. Wenn überhaupt die Folgen eines schlechten Friedens in der Presse als sehr groß hingestellt worden seien, so sei dies besonders in der sozialdemokratischen geschehen. Er persönlich habe in zahlreichen Reden für Durchhalten sich ausgesprochen. Sie hätten alles getan, was in ihren Kräften gestanden habe.<sup>41)</sup>

v. Gallwitz: Er habe keinen Vorwurf erhoben, sondern nur auf Bemerkung Scheidemanns über Stimmung der Industriearbeiter darauf hinweisen wollen, welche Mittel dagegen zu ergreifen seien.<sup>42)</sup>

Auf die Frage Friedbergs über die Stärke der Saloniki-Armee sei er nicht in der Lage, zahlenmäßige Auskunft zu geben. Sie sei bisher nicht in der Lage gewesen, etwas

<sup>38)</sup> Nach Haußmann a.a.O. lautete die Frage Payers: „Sind 2 300 000 Amerikaner wirklich nachgeschoben?“; nach Erzberger (s. Anm. 1): „Ist die Blättermeldung richtig, daß Amerika 2,5 Millionen Menschen herübergeworfen hat?“

<sup>39)</sup> Nach Erzberger a.a.O.: „[. . .] Eine amerikanische Division ist so stark wie ein preußisches Armeekorps, vielleicht noch etwas stärker.“ Nach Haußmann a.a.O.: „[. . .] doppelt so stark wie unsere, die zudem sehr geschwächt an ihrer ursprünglichen Zahl sind.“

<sup>40)</sup> Bei Haußmann a.a.O. anders wiedergegeben: „Wenn wir die U-Boote im Mittelmeer ausliefern müssen, werden es 5—6 sein.“

<sup>41)</sup> A.a.O. präziser: „Ich trat eben deshalb in diesen Kreis [der Staatssekretäre] ein, um auf die Massen dadurch einzuwirken.“

<sup>42)</sup> Für den folgenden kleingedruckten Abschnitt vgl. oben Anm. 17.

Ernstliches gegen uns zu unternehmen, solange die Bulgaren standhielten. Jetzt sei sie ein beachtlicher Gegner geworden.

**v. Mudra:** Wenn Österreich bedingungslos kapituliert und sich auf Seite der Feinde stellt, dann ist Sache für uns verloren. Nach der Katastrophe in Österreich müssen Vorbereitungen für letzte Aktion sofort getroffen werden.

**Friedberg:** Wenn man Kampf bis zum letzten Mann durchführt, so besteht große Gefahr, daß die Armee nachher zurückflutet. Wir müssen aber einen Teil der Armee für die innere Sicherheit intakt halten.

**Erzberger:** Nicht in Österreich, sondern in Ungarn wird das Schlimmste eintreten. Karolyi wird alles erlauben. Der Durchmarsch nach Schlesien ist sicher.

**v. Payer:** Ziemlich sicher sei es, daß die österreichische Front jetzt sofort zusammenbricht. Der Gegner wird sofort italienische Truppen wegnehmen und nach den Vogesen ziehen. Die Frage der Hergabe der Bahn für die Ententetruppen werde sich erst später klären.

**v. Gallwitz** faßt seine Ansicht noch einmal dahin zusammen, man müsse zunächst die Antwort Wilsons abwarten, um zu sehen, ob er auf dem jetzigen Standpunkt stehenbleibt, und dann die Entwicklung in Österreich abwarten. Werde Österreich Gegner, dann sei ein neuer Standpunkt geschaffen.

Hierauf entfernten sich die beiden Generäle.<sup>43)</sup>

**Wahnschaffe** teilt mit, daß die Verfassungsänderung heute nachmittag von Seiner Majestät vollzogen werden würde und verliert einen Entwurf zu einer

<sup>43)</sup> Dazu Gallwitz S. 439: „Das schließliche Ergebnis der Beratung ging dahin: ‚Abwarten der nächsten Wilson-Antwort. Falls diese tödliche oder entehrende Bedingungen stellt, Einsetzen des großen Appells an Volk und Heer unter Abbruch der Verhandlungen. Nach Erzielen weiterer militärischer — wenn auch passiver — Erfolge Sondieren der Entente, ob sie vernünftigen Bedingungen geneigter geworden. Falls nicht, dann Schluß, sobald der Krieg ins eigene Land getragen oder sich Einfluß des Friedens mit Österreich über Erwarten schwerwiegend geltend macht.‘

Das klang im Sinne unserer Bemühungen noch leidlich zufriedenstellend, wie ich überhaupt fand, daß die neuen Leute — von ihren innerpolitischen Bestrebungen, die nur flüchtig gestreift wurden, abgesehen — einen vaterländisch warmen Eindruck machten.“

Vgl. demgegenüber die in Anm. 1 erwähnte Erklärung von Gallwitz und Mudra (S. 31 f.), die das Ergebnis der Sitzung inhaltlich übereinstimmend referiert, jedoch im Kommentar die Akzente anders setzt: „Diese nach dem Vorhergegangenen verhältnismäßig entschlossen klingende Auffassung begegnete bezüglich ihrer Überzeugungstreue in uns einigen Zweifeln auf Grund des Auftretens mehrerer Beteiligter. Als wir beide den Saal verließen und damit die Gelegenheit kurzen Meinungs austausches hatten, war uns kein Zweifel, daß die timide Richtung obsiegen würde.“

Ferner Gündell S. 303, Tagebucheintragung vom 29. 10.: „Nachmittags waren die Generale von Gallwitz und von Mudra auf der Rückreise von Berlin zu ihren Hauptquartieren beim Feldmarschall und hielten Vortrag, dem Winterfeldt und ich beiwohnten. Sie waren vom Kaiser vom Bericht über die Lage an ihrer Front berufen, mußten aber, außer dem Vortrage im Neuen Palais, dem sogenannten Kriegskabinetts (Payer, Erzberger, Haußmann, Gröber, Scheidemann, Solf, Roedern u.a.m.) berichten. Sie haben es in dem Sinne getan, daß die Front numerisch und seelisch allerdings geschwächt, aber noch fähig zu fernerer Verteidigung unter der Bedingung sei, daß den einzelnen Divisionen ab und zu Ruhe gewährt werde, was durch eine Verkürzung der Front in einer rückwärtigen Linie erreicht werden könne. Sie sagten uns, den wenigst günstigen und den unentschlossensten Eindruck hätten die Mitglieder des vorigen Kabinetts, also Roedern und Solf, gemacht, während die neuen Leute gar nicht so übel gewesen wären.“

Allerhöchsten Order an den Reichskanzler, wonach sich der Kaiser mit voller Überzeugung auf den Boden der Neuerung stellt. Er fragt im Auftrage des Reichskanzlers an, ob der Entwurf gutgeheißen wird und überhaupt abgehen soll.<sup>44)</sup>

**v. Payer** hält es nicht für gut, Aufmerksamkeit auf Person des Kaisers zu lenken. Es gebe Anlaß zu Auseinandersetzungen über alte und neue Zeit.

**Erzberger** ist für eine solche Kundgebung. Sie werde innerpolitisch gut wirken, außenpolitisch keine Nachteile verursachen.

**Gröber** ist auch dafür.

**Solf:** Die Kundgebung dürfe aber nicht heute, sondern erst veröffentlicht werden, wenn unsere Note bei Wilson sei.

**Graf Roedern:** Die Order sei viel zu lang. Auch veranlasse sie wieder eine Diskussion über Vergangenheit und Gegenwart.

**Scheidemann** hat keine Bedenken gegen den Wortlaut, ist aber im Interesse des Kaisers selbst gegen die Order.

**Haußmann** empfiehlt sehr, daß dieses Aktenstück vom Kaiser unterzeichnet werde. Veröffentlichung aber keinesfalls vor Ankunft unserer Note. Ob nachher überhaupt, hängt von der Stimmung ab.

**Wahnschaffe:** Wenn überhaupt, müsse der Erlaß bald veröffentlicht werden. Auch die Rede des Kaisers vor den Staatssekretären müsse noch von einem der Zuhörer veröffentlicht werden.

**Trimborn** empfiehlt, nicht zuviel Rücksicht auf Wilson zu nehmen. Es sei kein ungünstiger Einfluß auf ihn zu befürchten.

**Solf** wiederholt seine Bedenken wegen Veröffentlichung vor Ankunft unserer Note. Da wir aber nicht warten könnten, müßte es ganz bleiben.

**Erzberger:** Es handle sich um einen Schlußstein der Verfassungsänderung. Werde auf Arbeiter gut wirken, müsse aber noch heute veröffentlicht werden.

**Scheidemann:** Niemand werde glauben, daß Kaiser diese Entwicklung der Dinge gewollt habe. Werde auf Arbeiter keinen guten Eindruck machen.

**Wahnschaffe** ist der Ansicht, daß der Kaiser sich voll auf den Boden der Neuordnung gestellt habe.

**Friedberg:** Weniger wohlwollende Menschen werden sagen, der Kaiser bekennt sich hier zu etwas, was er nicht fühlt.

**v. Payer** stellt fest, daß einige der Herren gegen die Veröffentlichung der Kabinettsorder Bedenken haben, einige ihr zustimmen.<sup>45)</sup>

<sup>44)</sup> Vgl. demgegenüber Prinz Max S. 525: „Wahnschaffe legte mir spät am 28. Oktober den Erlaß seiner Majestät vor [...]“ — Wortlaut des Erlasses vom 28. 10. 1918 a.a.O. sowie bei Schulthess 1918/I S. 398 f.

<sup>45)</sup> Für die Diskussion über die Veröffentlichung vgl. Prinz Max S. 526, wo der Kanzler auch seine eigenen Bedenken gegen die Publizierung des von WTB erst am 2. 11. 1918 verbreiteten Erlasses schildert: „Ich selbst hatte noch immer das Gefühl, daß Zurückhaltung der letzte Schutz für den Kaiser wäre. Auch sagte ich mir: wenn es zur Thronentsagung käme, so wären Würde und Freiwilligkeit besser gewahrt ohne diesen letzten Versuch Seiner Majestät, die öffentliche Meinung mit seinem Verbleiben auf dem Throne zu versöhnen.“

Exzellenz Haußmann wird beauftragt, den Inhalt der Rede des Kaisers an die Staatssekretäre<sup>46)</sup> noch nachträglich bekanntzumachen.<sup>47)</sup>

Solf teilt noch nachträglich mit, daß der General v. Gallwitz ihm noch gesagt habe<sup>48)</sup>, er habe den österreichischen Abfall vorhin zu schwarz eingeschätzt, da er im Augenblick übersehen habe, daß wir im Osten und Südosten noch mehrere Armeen stehen hätten. Er sähe deshalb die Lage nicht mehr für so schwarz an.<sup>49)</sup>

<sup>46)</sup> Vom 21. 10.; vgl. Nr. 80 bes. Anm. 3—6.

<sup>47)</sup> Das geschah im „Berliner Tageblatt“ am 4. 11.; vgl. Nr. 80 Anm. 7.

<sup>48)</sup> Dazu Gallwitz S. 439: „Als wir 2 Uhr nachm. den Sitzungssaal verließen und ich die Gesichter noch einmal überflogen hatte, trieb mich die Sorge um die Festigkeit besonders Solfs als des Vertreters des Auswärtigen, nochmals zurück. Ich bat diesen heraus und legte ihm näher dar, daß für den Fall gegnerischen Durchzugs durch Österreich-Ungarn bei den östlichen Heeresgruppen Mackensen, Kirchbach und Prinz Leopold noch 28 Divisionen vorhanden wären, man also nicht zu ängstlich zu sein brauchte.“

Vgl. die in Anm. 1 erwähnte Aufzeichnung von Gallwitz und Mudra (S. 32). Ferner Payer S. 146: „Nachdem sich die Herren entfernt hatten, ließen sie unmittelbar danach mitteilen, sie haben unsere Lage im Falle eines österreichischen Abfalles doch zu schwarz angesehen und beurteilen sie nachträglich etwas günstiger, sie stellen sich für eine Fortsetzung der Erörterung im Kabinett zur Verfügung. Das Kabinett hielt aber weitere Erörterungen nicht mehr für notwendig und machte von dem Anerbieten keinen Gebrauch.“

<sup>49)</sup> Nach Prinz Max S. 522 f. soll Gallwitz, bevor er „an die Front zurückreiste, [...] — so ist mir später erzählt worden — von einflußreicher Seite nahegelegt worden sein, er möchte die Diktatur übernehmen. Der General habe den Gedanken von sich gewiesen. Verantwortungsscheu kann ihn wahrlich nicht zurückgehalten haben. Ich glaube, ihn leitete das richtige Gefühl: ein Diktator kann in unserer Situation niemals die Massen zu der freudigen Gefolgschaft begeistern, ohne die eine Volkserhebung ein sinnloses Fiasko werden muß.“ Vgl. Gallwitz S. 440.

## 101.

### 23. 10. 1918: Ministerpräsident Ritter von Dandl (München) an den bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld

BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Politische Berichte 1918, handschriftlich. Überschrift: „Aus München in Ziffern telephonierte. 23. 10. 1918 nachm. 4 Uhr 30.“

#### I.

Soll dem  
Herrn Reichskanzler  
mitgeteilt werden.

{ Bei meiner Rückkehr aus Berlin<sup>1)</sup> wird mir von allen Seiten versichert, in weitesten Volkskreisen bestünde Überzeugung, daß in gegenwärtiger Situation Abdankung des Kaisers unbedingt notwendig sei<sup>2)</sup>, insbesondere zur Erlangung günstiger Bedingungen und zur Vermeidung innerer Unruhen.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Dandl hatte — zusammen mit seinem württembergischen Kollegen v. Weizsäcker — an den Verhandlungen des Bundesrats teilgenommen und war noch am Abend des 27. 10. in Berlin gewesen; vgl. Nr. 99 Anm. 9.

<sup>2)</sup> Vgl. das Telegramm des Gesandten in München, v. Treutler, vom 25. 10. an das Auswärtige Amt. Abgedruckt: Amtliche Urkunden S. 196; Prinz Max S. 502. Nach Snell S. 209 hat der

## II.

Zur eigenen  
Information.

{ Für den Fall der Abdankung würde Verbindung  
der Regentschaft in Preußen mit Reichsverwesung  
hier als nicht annehmbar betrachtet.<sup>4)</sup>

bayerische Vertreter Di Fiori am 25. 10. dem halbamtlichen amerikanischen Vertreter in der Schweiz, George D. Herron, mitgeteilt, das deutsche Volk „werde sich erheben und seine Beherrscher stürzen“, wenn Wilson es dazu auffordere.

- 3) Dazu ein Schreiben des Münchener FVP-Vorsitzenden Georg Hohmann vom 28. 10. an Vizekanzler v. Payer (maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Prinz Max), in dem es u. a. heißt: „Wir sehen es als eine absolute Notwendigkeit an, daß der Kaiser jetzt die Konsequenz zieht [ . . . ] Wenn wir auch weit entfernt davon sind, dem Kaiser persönlich die Schuld für den Krieg oder für den Verlauf des Krieges allein aufzubürden, so sind wir doch der Meinung, daß er als Führer vollkommen versagt hat [ . . . ] Hinzu kommt noch als für uns ausschlaggebender Gesichtspunkt die Annahme, daß der Kaiser durch seinen Rücktritt jetzt in diesem Augenblick die Bedingungen für Waffenstillstand und für Frieden ganz wesentlich zu unseren Gunsten beeinflussen könnte. Demütigende Waffenstillstandsbedingungen würden die sogenannte nationale Verteidigung, ein aussichtsloses Wagnis, notwendig machen, damit aber den Bürgerkrieg entfesseln, weil im selben Augenblick, in dem das Volk zu diesem Verzweigungsschritt getrieben wird, die blutige Abrechnung mit allen denen erfolgt, die es für schuldig an seinem Unglück hält. Andererseits würde die Annahme demütigender Bedingungen eine schwere Gefährdung der Stellung der Volksregierung bedeuten und gewaltige Kräfte im Volk aufrufen [ . . . ]

Wir sehen es deshalb als eine der entscheidendsten Aufgaben unserer Regierung an, dem Kaiser die Wahrheit, d. h. die Meinung der, wenn man sie befragen würde, überwältigenden Mehrheit aller Deutschen zu sagen. Wie uns Dr. Müller-Meinigen mitteilt, denkt der Kaiser zur Zeit nicht daran zu gehen. Wir in München halten es für unsere Pflicht, die Regierung auf das nachdrücklichste auf diesen unvermeidlichen Schritt hinzuweisen, der je früher er kommt, desto wichtiger und segensreicher er wirkt.“

Über die Zunahme der bayerischen Stimmen, die für eine sofortige Abdankung Wilhelms II. eintraten, vgl. auch den Bericht des sächsischen Gesandten in München, Hans Christoph Frhr. v. Beschwitz, vom 28. 10. an seine Regierung in Dresden; abgedruckt Archivalische Forschungen 4/IV S. 1693 f.

- 4) Unter dem Text findet sich der Vermerk, daß Lerchenfeld eine „Abschrift von I [ . . . ] zwecks Mitteilung an den Herrn Reichskanzler“ erhalten habe. Ein weiterer Vermerk von anderer Hand besagt, der Gesandte sei noch am Nachmittag des 28. 10. bei Solf gewesen, um ihm „den Inhalt von I“ mitzuteilen; über seine Unterredung mit Solf habe Lerchenfeld „mittels Privatbrief“ an Dandl berichtet.

## 102.

## 28. 10. 1918, nachm.: Sitzung des Gesamtkabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung der Staatssekretäre am Montag, den 28. Oktober 1918 nachmittags 6 Uhr.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Trimborn, Graf Roedern, Friedberg, Scheüch, Erzberger, Gröber, Haußmann, Scheidemann, Frhr. v. Stein, v. Krause, Rüdlin, v. Waldow, Ritter v. Mann, Wahnschaffe; Geheimräte Simons, v. Stumm;

<sup>1)</sup> Vgl. Archivalische Forschungen 4/IV S. 1691 (Auszug; Vorabdruck in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5. Jg., 1957, S. 1079 f.; danach wiederabgedruckt in: Ursachen und Folgen II S. 529 ff.); Scheidemann, Memoiren II S. 252 f.; Prinz Max S. 523.

Unterstaatssekretäre Exzellenz Lewald und Dr. David, Geheimrat Nadolny; Regierungsrat Brecht als Protokollführer.<sup>2)</sup>

### I. Behandlung der Propaganda der russischen Botschaft.<sup>3)</sup>

Dr. Drews trägt die bisher ermittelten Tatsachen vor, die dafür sprechen, daß die russische Botschaft planmäßig für die Revolution arbeitet; in Berlin und im ganzen Lande herrsche die Überzeugung, daß dies der Fall sei. Das Verfahren der Botschaft zu dulden sei gefährlich und unwürdig. Deutschland setze sich dadurch auch in der Achtung der Neutralen herab. Schlüssige Beweise seien schwer zu bekommen, solange man die Exterritorialität achte. Man könne daher zwar die russische Regierung nicht mit Aussicht auf Erfolg wegen des Mißbrauchs der Botschaft zu Propagandazwecken zur Rede stellen, man könne aber vielleicht eine allgemein gehaltene Note folgenden Inhalts nach Moskau senden:

„Die russische Regierung verletze durch die Art und Weise, wie sie in Moskau die Revolutionierung anderer Länder predige und den Revolutionären Unterstützung mit Munition und Nahrungsmitteln in Aussicht stelle, die Verpflichtungen des Brester Vertrages. Darüber herrsche in Deutschland lebhaftere Erregung. Um sofortige Einstellung aller dahin gehenden Bestrebungen, sowohl in Moskau wie auch bei der Botschaft in Berlin, werde dringend ersucht.“

Man könne evtl. auch noch hinzufügen:

„Um Mißverständnisse auszuschließen, werde ersucht, die russische Botschaft von Berlin an einen anderen Ort zurückzuziehen.“

Nadolny trägt einen soeben abgegangenen Bericht des Ausw[ärtigen] Amtes an den Reichskanzler vor<sup>3a)</sup>, wonach vor Schritten gewarnt wird, die den Abbruch der Beziehungen zu Rußland zur Folge haben können, namentlich wegen der Gefährdung des Lebens der Deutschen und Deutsch-Russen in Rußland. Er führt näher aus, daß gegen jede einzelne erwiesene Ungehörigkeit sofort und mit Erfolg eingeschritten sei. Das bisherige Beweismaterial reiche zu weiteren Schritten nicht aus. Allerdings bestehe die Vermutung, daß in dem umfangreichen Kuriergepäck Propagandaliteratur enthalten sei. Joffe streite aber jede Beteiligung der Botschaft und ihres Personals ab; er habe wiederholt erklärt, er würde den fraglichen Artikel des Brester Vertrages respektieren. Durch die Entfernung der russischen Botschaft werde nicht allzuviel erreicht, denn die raffinierte russische Propaganda finde auch ohnedies ihre Wege. Das Ausw[ärtige] Amt empfehle: Weitere Aufklärung, sachliche Gegenagitation, namentlich durch die sozialdemokratische Partei und ihre Presse.

Scheidemann stimmt Drews darin zu, daß man sich nicht alles gefallen lassen dürfe. Wenn Rußland noch eine zaristische Regierung hätte und die Botschaft jetzt absolutistische Propaganda in Verbindung mit deutschen Generälen triebe, würde man das auch nicht dulden. Aber man dürfe die Verbindung der Botschaft mit den Unabhängigen nicht überschätzen; die Bolschewisten bekämpften die Unabhängigen scharf und ihre Propaganda gelte dem Ideal der Kommunisten und Internationalisten. Die Unabhängigen würden voraussichtlich nichts erreichen<sup>4)</sup>, solange man durch gute

<sup>2)</sup> Außerdem der preußische Innenminister Drews, dessen Hinzuziehung in der Vormittags-sitzung des Kriegskabinetts beschlossen worden war; vgl. Nr. 100.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 100.

<sup>3a)</sup> Pol. Archiv, Pol. Abt. Deutschland Nr. 131 adh. 3 Bd. 2.

<sup>4)</sup> „würden voraussichtlich nichts erreichen“ im Or. eigenhändig von Brecht berichtigt aus: „dürfe man nicht überschätzen.“

Arbeit hier ihrer Agitation den Boden entziehe. Die Beweismittel reichten zu einem schärferen Einschreiten gegen die russische Botschaft nicht aus. Einen offenbaren Eingriff in die Exterritorialität müsse man vermeiden; aber wenn z. B. eine verdächtige Kurierkiste auf dem Transport zufällig entzwei ginge, so lasse sich vielleicht Material beschaffen.<sup>5)</sup> Man könnte vielleicht die Abberufung des jetzigen Botschafters verlangen; das komme auch sonst im internationalen Verkehr vor. Vor allem aber könne man einen starken Druck auf die russische Regierung dadurch ausüben, daß man mit den Kohlen zurückhalte, die Deutschland ihnen jetzt liefere. Gewandte Journalisten müßten nach Rußland geschickt werden, um in deutschen Zeitungen die furchtbaren Zustände dort anschaulich zu schildern und dadurch die Sympathie für den Bolschewismus zu ersticken.<sup>6)</sup>

Graf Roedern stimmt der Verwendung der Kohlenlieferungen als Druckmittel zu. Aber daneben sei auch eine offene Sprache am Platze. An Stelle der Verlegung der Botschaft könne man die mildere Forderung aufstellen, daß in Berlin ein bloßes Generalkonsulat ohne Exterritorialität gehalten werde, wie dies umgekehrt von uns in Moskau geschehe.

<sup>5)</sup> Dazu Scheidemann, Memoiren II S. 252 f.: „Gleich zu Beginn [!] der Sitzung am 28. Oktober wandte der Reichskanzler [!] sich unvermittelt über den Tisch hinweg an mich mit der Frage nach einem Weg, der begangen werden müsse, um das Treiben zu unterbinden. Ich sah nur zwei Möglichkeiten. Vielleicht fände sich ein höherer Beamter, der bereit sei, sich ‚davonjagen‘ zu lassen, nachdem er am Tage zuvor mit einigen Unterbeamten ‚auf eigene Faust‘ in die russische Botschaft eingedrungen sei, um Flugblätter zu beschlagnahmen. Mein anderer Vorschlag war dieser: Man müßte einige Dienstleute üben lassen, wie sie eine Kiste beim Heruntertragen auf einer steinernen Treppe derart von der Schulter auf eine Ecke fallen lassen, daß sie bestimmt zerbrechen müsse. Dann würden die Flugblätter herausquellen, der Beweis, daß die Botschaft ihre Exterritorialität in unzulässiger Weise mißbrauche, wäre erbracht und man könne die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Es ist über diese Vorschläge im Kabinett gelacht, aber nicht weiter gesprochen worden.“ Vgl. die folgende Anm. sowie Nr. 127a.

<sup>6)</sup> In einem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten v. Oppen vom 31. 10. an den Generalstab (maschinenschriftl. Abschrift im Pol. Archiv, Pol. Abt. Deutschland Nr. 88 Bd. 14) heißt es u. a.: „In den Kreisen selbst der rechtsstehenden Sozialdemokratie beginnt man sich darüber aufzuhalten, daß die Reichsleitung sich die Minier- und Wühlarbeit der hiesigen Russischen Botschaft tatenlos gefallen läßt. Nach der Ansicht weiter sozialdemokratischer Kreise, in denen offen davon gesprochen wird, daß die Botschaft mit ihren Nebenstellen und Konsulaten hier nur der politischen Werbearbeit für den Bolschewismus dient und nicht nur Denkschriften, sondern auch Waffen hierher schmuggelt, hätte man schon auf die bekannte Erklärung hin, daß die russische Räteregierung die deutsche Arbeiterschaft zum Umsturz mit Waffen, Munition und Lebensmitteln unterstützen werde, nachdrücklich gegen die Botschaft einschreiten sollen. Die Engländer, so höhnt man, hätten sich ein derartiges Treiben nicht so lange gefallen lassen. Aber in Deutschland käme man vor lauter Bedenklichkeit nicht zum Ziele. In der Sache selbst bemerke ich, daß der Außendienst meiner Abteilung V festgestellt hat, daß das russische Kuriergepäck nicht aus den üblichen Kuriersäcken, sondern fast durchweg aus einer großen Anzahl schwerer Kisten und Kasten besteht, die in einem Wagen I. Klasse, der einem fahrplanmäßigen Militärurlauber-Zuge angehängt wird, untergebracht werden und dort immer unter den Augen der beiden russischen Kuriere sind. Wenn diese Kisten und Kasten wirklich nur Sachen enthielten, deren Einfuhr nach Deutschland zulässig wäre, dann brauchte dieses Gepäck wirklich nicht immer von den Kurieren selbst dauernd überwacht werden. Gerade diese ängstliche Vorsicht beweist, daß vieles zu verbergen ist. Der Außendienst meiner Abteilung ist nach Kräften bemüht, dem Wunsche des Auswärtigen Amtes entsprechend, verwertbaren Beweisstoff zu beschaffen. Es wird ihm dies aber sehr schwer, da eben die Mitglieder der Botschaft mit allen Hunden gehetzte Verschwörer sind, die mit einer derartigen Umsicht arbeiten, daß sie sich kaum eine greifbare Blöße geben.

Gleiche Mitteilung habe ich dem Herrn Minister des Innern und dem Oberkommando in den Marken gemacht.“

**Nadolny** wendet sich nochmals gegen die Forderung der Verlegung der Botschaft. Im übrigen könne er nur wiederholen, daß schon jetzt jeder einzelne Fall sofort mit der Botschaft besprochen werde und Gegenschritte mit Erfolg verlangt würden (z. B. Entlassung der bei dem Umzuge mitmarschierten Angestellten der Botschaft). Dies solle auch weiter geschehen, das Auswärtige Amt sei bereit, die Führung in den Ermittlungen zu übernehmen. Bei offenen Debatten mit Rußland über diese Frage ziehe man den kürzeren.

**Frhr. v. Stein** teilt mit, daß die monatlichen Kohlenlieferungen ohne eine für Deutschland wesentliche Gegenleistung versprochen seien, lediglich, um die Stellung der Bolschewiki zu stützen, die in dem Augenblick unhaltbar sei, wo die Fabriken wegen Kohlenmangels aufhören müßten zu arbeiten. Die Stockung der Kohlenlieferungen sei daher eine vorzügliche und für Deutschland unbedenkliche Drohung.

**Dr. David** tritt dem bei. Er widerrät öffentlichen Funksprüchen gegen die Proklamationen der russischen Regierung. Diese wendeten sich nicht nur an Deutschland, sondern an die ganze Welt. Die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter falle auf die eigentlichen bolschewistischen Lehren nicht herein.

**Scheüch** und **Rüdlin** treten Drews darin bei, daß man sich nicht schwach zeigen dürfe. Rüdlin empfahl eine Notiz in der Presse, daß die Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die Frage gerichtet und Gegenmaßnahmen ergriffen habe.

**v. Payer** empfiehlt, nach dem Verlaufe der Debatte zur Zeit keine größeren Schritte zu unternehmen, aber jeden einzelnen Fall energisch zu verfolgen. Die Zuständigkeitsfrage könne in diesem Kreise nicht entschieden werden.

Es kam hiernach eine Einigung über folgendes Vorgehen zustande:

Es soll, wie dies bisher schon geschehen ist, aber möglichst noch in verstärktem Maße, jedem Anzeichen nachgegangen werden, das auf eine revolutionäre Propagandatätigkeit der russischen Botschaft hinweist, und, wenn die Feststellung gelingt, die sofortige Abhilfe verlangt werden. Als Druckmittel bei Verhandlungen mit der russischen Botschaft kommt Zurückhaltung der Kohlenlieferungen in Betracht. Vorläufig soll dieses Mittel jedoch nicht in offizieller Form verwendet werden, ebenso wie vorläufig noch von stärkeren Maßnahmen, wie Ersuchen um Verlegung der Botschaft von Berlin oder Umwandlung in ein Generalkonsulat, abgesehen werden soll. Es ist erwünscht, daß die Beschaffung weiteren Beweismaterials von einer Stelle aus einheitlich geleitet wird; die Verständigung über die Zuständigkeit bleibt den beteiligten Dienststellen überlassen.<sup>7)</sup>

## II. Gefahr weiterer Verwüstungen bei dem Rückzug im Westen.

**Erzberger** trägt vor, daß auf militärischen Befehl beim Rückzuge in Mons die Elektrizitätswerke gesprengt und die Bergwerke zum Ersaufen gebracht werden

<sup>7)</sup> Eine Abschrift dieses Beschlusses — sowie auch der weiteren Beschlüsse dieser Sitzung (über die Frage der Verwüstungen beim Rückzug in Frankreich und die Frage der Einschränkung der Zensur) — ging am folgenden Tage im Auftrage des Reichskanzlers, um „das Weitere in Verbindung mit den anderen in Betracht kommenden Stellen zu veranlassen“, an Solf, Scheüch, Trimborn und Drews; vgl. DZA Potsdam, Reichskanzlei a.a.O.

sollten. Ferner sollten zwischen Antwerpen und Brüssel sämtliche Häuser und Wälder beseitigt werden.

David bestätigt diese Nachrichten nach Berichten des Herrn v. d. Lancken in Brüssel.<sup>8)</sup>

Nachdem Scheüch erklärt hat, daß es sich bei dem Niederlegen der Häuser und Wälder wahrscheinlich um Vorbereitung einer bestimmten militärischen Stellung handele, die sich nicht vermeiden lasse, wurde auf den von dem Vorsitzenden unterstützten Vorschlag Scheidemanns Einigung dahin erzielt:

Es wird der bestimmte Wunsch ausgesprochen, daß bei dem Rückzug im Westen Maßnahmen wie die Vernichtung der Bergwerke usw. in Mons unterlassen werden.<sup>9)</sup>

III. Forderung der Abdankung des Kaisers in der Presse und in Versammlungen.

Scheüch teilt mit, daß er als Obermilitärbefehlshaber in seiner Anweisung an die stellvertretenden Generalkommandos über die Einschränkung der Zensur bestimmt habe, daß es verboten bleiben solle, die Abdankung des Kaisers zu verlangen.

Da Meinungsverschiedenheit darüber bestand, ob diese Verfügung der früheren Aussprache entspreche, fand eine erneute sachliche Aussprache statt.

Scheidemann, Dr. David und Erzberger hielten das Verbot nicht vereinbar mit dem neuen Zensurprogramm. Die Kaiserfrage sei keine Frage der Strategie usw.; die militärische Bedeutung allein genüge nach dem Zensurprogramm aber nicht. Dieses Programm darf die Regierung nicht schon wieder fallenlassen. Unterschiede zwischen einer sachlichen Besprechung und einem „Verlangen der Abdankung“ ließen sich für die Zensur nicht machen. Man müsse auf anderem Wege für Mäßigung sorgen; ein Rundschreiben der Sozialdemokratischen Parteileitung an die Presse mit der Mahnung, sich taktvoll in dieser Frage zu verhalten, habe gute Wirkung gehabt und sei besser als Zensurverbote. In dieser Weise könne man noch weiter auf die Presse einwirken. Vereinzelte Verstöße der wenigen unbelehrbaren Blätter fielen dagegen nicht ins Gewicht.

v. Payer schloß sich dieser Auffassung an.

Dagegen hielten Gröber, Trimborn, Dr. Friedberg, Dr. v. Krause, Scheüch und v. Waldow die Aufrechterhaltung des Zensurverbots für richtig. Die Frage hänge untrennbar mit dem Aufruf zu Versammlungen zusammen. Man müsse damit rechnen, daß alsbald eine starke Agitation auf Abdankung des Kaisers einsetzen werde und Plakate mit der Aufschrift „Fort mit dem Kaiser“ und dgl. auftauchen werden. Darin liege für die Andersdenkenden eine außerordentliche Aufreizung, besonders vom militärischen Standpunkt. Man möge sich in diesem Falle daher nicht zu streng an das Zensur-Programm halten. Übrigens komme außer dem militärischen Gesichtspunkt stark der Gedanke der öffentlichen

<sup>8)</sup> Oskar Frhr. von der Lancken-Wakenitz, Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien.

<sup>9)</sup> S. Anm. 7.

Sicherheit in Betracht, ferner die Vermeidung von strafbaren Handlungen (Majestätsbeleidigungen).

Eine Einigung fand in der Sache nicht statt.

Um nicht durch wechselnde Haltung die Presse zu verwirren, einigte sich die überwiegende Mehrheit dahin:

Die von dem Obermilitärbefehlshaber getroffene Anordnung, daß die Zensurbeschränkung gegen Presseäußerungen bestehen bleibt, in denen die Abdankung des Kaisers verlangt wird, soll bis auf weiteres nicht zurückgezogen werden.<sup>9)</sup>

#### IV. Geschäftliche Mitteilungen.

**Wahnschaffe** stellt fest, daß künftig der engere Kriegsrat montags, mittwochs, donnerstags und sonnabends um 10½ Uhr vormittags, der erweiterte Kriegsrat dienstags und freitags um 6 Uhr nachmittags zusammentreten solle.

Nächste Sitzung, unter Ausfall der Dienstag-Sitzung: Mittwoch, den 30. Oktober 9½ Uhr vormittags.<sup>10)</sup>

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 106.

## 103.

### 23. 10. 1918: Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Reichsverfassung im Bundesrat

Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 N I/1.<sup>1)</sup>

I. Heute wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung, wie er nach dem Antrag der Mehrheitsparteien auf Nr. 1984 der laufenden Reichstagsdrucksachen vorgestern vom Reichstag beschlossen worden ist<sup>2)</sup>, in den Ausschüssen X, VI, I und II<sup>3)</sup> unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Lewald beraten.

Der Vorsitzende bemerkte, daß Preußen dem Entwurf seine Zustimmung gebe.<sup>4)</sup>

Der preußische Kriegsminister als solcher werde zum Stellvertreter des Reichskanzlers in denjenigen Angelegenheiten, die dem Reich als Heeres-Angelegenheiten zukommen, bestellt werden. Die Schaffung eines besonderen Reichsamts

<sup>1)</sup> Bericht des stellvertretenden württembergischen Bundesratsbevollmächtigten Ministerialrat Schäffer, Maschinenschrift. Mit dem Vermerk: „Eilt!“ — Am 25. 10. hatte Lewald in einem Telegramm an das württembergische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die bevorstehenden Beratungen über „weitere Verfassungsänderungen“ angekündigt, die „durch neueste Wilson-Note“ notwendig geworden seien; Hauptstaatsarchiv Stuttgart a.a.O. Vgl. Nr. 97 Anm. 3.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 91 bes. Anm. 24, Nr. 96 Anm. 7.

<sup>3)</sup> Der X. Ausschuß war „für die Verfassung“, der VI. „für Justizwesen“, der I. „für das Landheer und die Festungen“ und der II. „für das Seewesen“ zuständig.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 96 Anm. 14.

für das Heerwesen oder die Ernennung des Kriegsministers zum Staatssekretär im Reiche werde nicht erfolgen. Das Militärkabinett wird dem Kriegsministerium und das Marinekabinett dem Reichsmarineamt je als besondere Abteilung angegliedert.

Der Vertreter Bayerns [Graf Lerchenfeld] erklärte, daß Bayern dem Entwurfe unter der selbstverständlichen Voraussetzung zustimme, daß die in Frage stehenden Änderungen der Artikel 64 und 66 der Reichsverfassung auf Bayern keine Anwendung finden, da die genannten Artikel nach der Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt der Reichsverfassung und dem Bündnisvertrag vom 23. November 1870<sup>5)</sup> für Bayern überhaupt nicht gelten.

Auf Grund der durch Vermittlung des Herrn Militärbevollmächtigten<sup>6)</sup> erhaltenen Instruktion des K. Staatsministeriums<sup>7)</sup> erklärte ich [Schäffer] die Zustimmung der württembergischen Regierung. Der sächsische Gesandte [v. Nostitz], der für seine Regierung ebenfalls zustimmte, brachte zur Sprache, daß nach dem neuen Absatz 3 zu Artikel 15 der Reichskanzler zu seiner Amtsführung nur des Vertrauens des Reichstags bedürfen soll, während in der ursprünglichen Fassung dieses Vorschlags auch das Vertrauen des Bundesrats erwähnt gewesen sei.<sup>8)</sup>

Der Vorsitzende [Lewald] erwiderte, daß der Bundesrat bei nochmaliger Prüfung der Sache auf Veranlassung der parlamentarischen Staatssekretäre hier absichtlich wieder herausgenommen worden sei, weil ja der Zweck der ganzen Vorschrift die Parlamentarisierung sei. Würde man den Bundesrat belassen haben, so wäre der politische Effekt nicht erreicht worden; der Bundesrat würde in die Stellung eines Oberhauses gebracht worden sein; auch würden sich sonst unter Umständen politische Konflikte ergeben. Der sächsische Gesandte [v. Nostitz] gab zu, daß um des politischen Effektes willen die Streichung des Bundesrats erforderlich war. Man könne jetzt auch nicht mehr amendieren, sondern müsse eben zustimmen. Man könne es jedoch als selbstverständlich betrachten, daß der Reichskanzler, wie schon bisher, des Vertrauens des Bundesrats, der die Verbündeten Regierungen und damit die Souveränität des Reiches in sich verkörpere, bedürfe. Dieser Auffassung wurde von dem Vorsitzenden und den übrigen Ausschußmitgliedern zugestimmt.

Der Vorsitzende [Lewald] bemerkte noch, die Reichsleitung gehe davon aus, daß, falls bei näherer Prüfung Änderungen der Militärkonventionen für Württemberg und Sachsen sich als erforderlich herausstellen sollten, diese Änderungen von den Kriegsministerien noch herbeizuführen wären. Nach seiner vorläufigen Ansicht seien solche Änderungen wohl nicht nötig.

<sup>5)</sup> Ziffer III § 5; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten 1870, II. a. o. Session; dazu Otto Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. und ergänzt von Alexander Scharff, Heidelberg 1958, S. 752.

<sup>6)</sup> Generalmajor v. Faber du Faur.

<sup>7)</sup> Das württembergische Staatsministerium hatte am 26. 10. beschlossen, den Verfassungsänderungen „in allen Punkten zuzustimmen“ und den Bundesratsbevollmächtigten entsprechend zu instruieren. Handschriftliche Aktennotiz; Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 130 I/1.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 91 Anm. 27.

Der hessische Gesandte [Frhr. v. Biegeleben] beschwerte sich darüber, daß er zu der vorläufigen Besprechung der Sache am 25. Oktober d. J.<sup>9)</sup> nicht zugezogen worden sei, trotzdem auch Hessen eine Militärkonvention habe. Der Vorsitzende [Lewald] entgegnete, daß so ziemlich alle Bundesstaaten eine Militärkonvention hätten; zu den vorläufigen Besprechungen seien nur Vertreter derjenigen Bundesstaaten herangezogen worden, die eine eigene Kontingentsverwaltung hätten. Der hessische Gesandte [Frhr. v. Biegeleben] behielt sich vor, einige Punkte der hessischen Militärkonvention, die berührt werden könnten, dem preußischen Kriegsministerium gegenüber zur Sprache zu bringen.

II. Zum Schluß kam der Vorsitzende [Lewald] noch auf den zurzeit in Vorbereitung befindlichen Antrag wegen Verleihung der Autonomie an Elsaß-Lothringen zu sprechen. Der vorläufige Entwurf (enthaltend 3 §§, betreffend Verleihung des Rechts zur Gestaltung der Verfassung an Elsaß-Lothringen, Zulassung Elsaß-Lothringens als Bundesstaat mit 3 Stimmen auf seinen Antrag, sowie die Überlassung der Reichseisenbahnen an Elsaß-Lothringen) sei den Bundesregierungen bereits mitgeteilt worden.<sup>10)</sup> Die fertige Vorlage werde heute vom Statthalter aus Straßburg der Reichsleitung übersandt. Der Statthalter wolle morgen persönlich hierher kommen und den Entwurf mit den Fraktionsführern des Reichstags noch durchsprechen. Der Bundesrat müsse am Donnerstag in der Sache Beschluß fassen, da kein Tag mehr verloren werden dürfe, wenn wegen Elsaß-Lothringens noch etwas gemacht werden soll. Inwieweit der Landtag in Elsaß-Lothringen sich auf die Sache noch einlassen wolle, stehe freilich dahin. Von einzelnen Vertretern (dem sächsischen Gesandten [v. Nostitz] und dem Vertreter der thüringischen Staaten [Paulssen]) wurden persönlich politische Bedenken dagegen geltend gemacht, daß jetzt noch in der elsäß-lothringischen Frage so vorgegangen werden soll. Hierdurch könnte nur die Entente noch gereizt werden, die in einem solchen Vorgehen, nachdem die deutsche Regierung sich einmal zu den Wilsonschen Grundsätzen bekannt habe, ein doppelzüngiges Verhalten erblicken könnte. Hierdurch könnten die Waffenstillstands-Bedingungen noch verschlechtert werden. Über das Schicksal Elsaß-Lothringens könne jetzt nur noch auf dem Friedens-Kongreß entschieden werden. Der Vorsitzende [Lewald] und der Bevollmächtigte von Elsaß-Lothringen [Nobis] traten dieser Auffassung entgegen. Der Gesetz-Entwurf werde ja von der jetzigen elsäß-lothringischen Regierung selbst beantragt. Es soll ja Elsaß-Lothringen selbst überlassen werden, ob und wieweit es von den ihm zugedachten Befugnissen Gebrauch machen will. Auf diese Weise könne Elsaß-Lothringen als selbständiger Staat und damit wirtschaftlich für Deutschland noch gerettet werden.

Bei der Eilbedürftigkeit der Sache gestatte ich mir dem K. Staatsministerium die rechtzeitige Erteilung einer Instruktion anheimzustellen. Angesichts der

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 91.

<sup>10)</sup> Am 23. 10.; vgl. Drucksachen des Bundesrats Nr. 223. Danach sollte § 10 (vgl. Nr. 58 Anm. 3) Abs. 2 der elsäß-lothringischen Verfassung vom 31. 5. 1911 folgenden Zusatz erhalten: „Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn ein Mitglied der Zweiten Kammer zum Statthalter oder zum Staatssekretär oder Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen ernannt wird.“

politischen Lage wird wohl angenommen werden dürfen, daß dem Entwurfe zugestimmt werden kann, falls eine andere Weisung nicht erfolgt.

III. In der anschließenden Vollsitzung wurde dem unter Ziff. I behandelten Gesetz-Entwurf zugestimmt.<sup>11)</sup> Bayern gab eine der Stellungnahme seines Vertreters im Ausschuß entsprechende Erklärung (Zustimmung unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Änderungen in den Art. 64 und 66 der Reichs-Verfassung auf Bayern nach dem Bündnisvertrag vom 23. November 1870 keine Anwendung finden) zu Protokoll. Weimar hielt sich das Protokoll offen. Das K. Kriegsministerium hat durch Vermittlung des Herrn Militärbevollmächtigten eine Abschrift dieses Berichts erhalten.

<sup>11)</sup> Vgl. Protokolle des Bundesrats S. 1175.

## 104.

### 29. 10. 1918: Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/64, Maschinenschrift.

Hochwohlgeborener Herr!

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

Ich habe soeben mit Unterstaatssekretär Lewald gesprochen:<sup>1)</sup>

Er hatte einen Entwurf vorliegen, den er jedoch nicht als brauchbar bezeichnete. Nach diesem Entwurf sollte die Reichsverwesung von der Gestaltung der Verhältnisse in Preußen unabhängig gestaltet werden. Der Reichsverweser sollte auf Vorschlag des Bundesrats vom Reichstag auf eine gewisse Zeitdauer gewählt werden.

Lewald hatte dagegen den Einwand, daß damit tatsächlich die Republik begründet sein würde, daß ein vom Reichstag gewählter Reichsverweser von wechselnden Majoritäten abhängig und mit diesen wechseln müßte, endlich, daß durch das Gegenüberbestehen des Reichsverwesers und des Königs oder eines Regenten von Preußen die ganze Verfassung auf den Kopf gestellt würde.

Lewald sprach sich vorläufig persönlich für folgende Lösung aus: Es sollte eine Verständigung zwischen Preußen und dem Bundesrat über die Wahl des Reichsverwesers und des Regenten in Preußen in einer Person gefunden werden. Daß nach der Reichsverfassung ohne weiteres der jeweilige preußische Regent als Reichsverweser zu gelten habe, nimmt Lewald nicht an, weil der Artikel 11 der Reichsverfassung vom König spricht.<sup>2)</sup> Es müßte also die Bestellung des Reichsverwesers durch einen besonderen Akt erfolgen.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 101.

<sup>2)</sup> „Artikel 11. Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt [ . . . ]“

Wir erörterten damit im Zusammenhang gleich die Personenfrage. Da der Kronprinz als Kaiser ausscheidet und die anderen Söhne des Kaisers, ebenso wie Prinz Heinrich<sup>3)</sup> und seine Söhne, sowie Prinz Friedrich Leopold und seine Söhne, kaum geeignet scheinen, die Regentschaft zu führen, so bleibt von den Agnaten des preußischen Königshauses als einziger möglicher Regent nur Prinz Friedrich Wilhelm<sup>4)</sup> über. Wäre der Bundesrat bereit, diesen als Reichsverweser zu wählen, so müßten in Preußen alle ihm nach der preußischen Verfassung für die Regentschaft vorgehenden Prinzen verzichten, so daß die Regentschaft in Preußen dem Prinzen Friedrich Wilhelm zufiele. Dieser wäre dann vom Bundesrat zu wählen.

Der erwähnte Entwurf ist offenbar auf die Person des Prinzen Max von Baden zugeschnitten. Nach der Überzeugung Lewalds läge aber in der Bestellung des badischen Prinzen, ganz abgesehen von dem Bedenken gegen eine getrennte Regentschaft im Reiche und in Preußen, auch eine zu starke Demütigung Preußens, das doch nun einmal der größte Bundesstaat sei.

Schon daß dann die preußische Armee auf einen nichtpreußischen Reichsverweser zu beedigen sein würde, mache dies klar.

Daß die Frage der Abdikation des Kaisers ihrer Lösung seit gestern näher gerückt sei, habe ich heute nicht gehört. Unterstaatssekretär Lewald hat mir sogar mitgeteilt, daß in einer gestern abend abgehaltenen Sitzung des Kriegskabinetts<sup>5)</sup> beschlossen worden sei, die Zensurstellen anzuweisen, jede Erörterung der Abdikation des Kaisers in Artikeln und auch in Ankündigungen zu verbieten, obwohl in der Pressekonferenz schon angekündigt worden war, daß das Verbot aufgehoben sei. Scheidemann sei mit der Erneuerung des Verbotes nicht ganz einverstanden gewesen, habe sich aber gefügt. Selbstverständlich bedeutet das Verbot nicht eine Entscheidung im gegenteiligen Sinne. Man will nur die Ausdehnung der Agitation soweit und solange wie möglich aufhalten.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz  
ganz gehorsamer  
Graf Lerchenfeld.

<sup>3)</sup> Jüngerer Bruder des Kaisers (geb. 1862).

<sup>4)</sup> Geb. 1880.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 102.

## 105.

**29. 10. 1918: Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)  
an den bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld**

BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Politische Berichte 1918, Maschinenschrift.

Zur Begründung der im gestrigen Chiffretelegramm<sup>1)</sup> insbesondere im letzten Satze geäußerten Anschauung möchte ich folgendes mitteilen:

1. Innerer Grund, der sich freilich weniger zur Geltendmachung nach außen eignen wird, ist die Überzeugung, daß ein preußischer Prinz, der eine geeignete Persönlichkeit zur Führung der Regentschaft<sup>2)</sup> im Reiche wäre, nicht vorhanden ist. Wenn das Kaisertum überhaupt gerettet werden soll<sup>3)</sup>, muß ein Regent präsentiert werden, der dem ganzen deutschen Volk, auch außerhalb Preußens, sympathisch und damit in der Lage ist, die Kaiseridee aufrechtzuerhalten.

2. Der hauptsächlichste und voraussichtlich eindrucksvollste Grund ist, daß die Lage und die Aussichten Deutschlands bei den Friedensverhandlungen nur dann günstig sind, wenn nicht ein preußischer Prinz als Regent auftritt.

3. Die Reichsverfassung trifft für die Regentschaft im Reiche keine Vorsorge. Daß jede verfassungsmäßige Regelung der Regentschaft in Preußen ohne weiteres für das Reich wirksam und bindend ist, ist schon in der Theorie nicht unbestritten (vgl. die Reichsstaatsrechte von Roenne<sup>4)</sup> und von Mohl).<sup>5)</sup> Jedenfalls wäre es vom Standpunkt des Reichsganzen nicht angängig, schlechthin jede mögliche preußische Regelung der Regentschaftsfrage (wie z. B. die Führung der Regentschaft durch das Preußische Staatsministerium) ohne weiteres, insbesondere ohne jede Mitwirkung des Bundesrats und Reichstags, für das Reich als zwingend annehmen zu müssen. Als vorläufige, alsbald in Aussicht zu nehmende Regelung von Reichs wegen dürfte ein Zusatz zu Art. 11 der Reichsverfassung<sup>6)</sup> etwa folgenden Wortlautes in Betracht kommen:

„Tritt in Preußen der Fall einer Regentschaft ein, so ist über die erforderliche Reichsverweserschaft auf reichsgesetzlichem Wege Bestimmung zu treffen.

Bis zur Verkündigung des Reichsgesetzes über die Reichsverweserschaft erfolgt die Ausübung der Präsidialrechte durch den Reichskanzler.“

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 101.

<sup>2)</sup> Zur Frage der Regentschaft vgl. auch Haußmanns Ausführungen vom 29. 10. gegenüber dem Reichskanzler; Haußmann S. 261 f.

<sup>3)</sup> Dazu Victor Naumann, Profile. München—Leipzig 1925, S. 106: „In den letzten Tagen vor der Revolution habe ich täglich mit Herrn v. Dandl gesprochen. Seit Monaten waren wir beide überzeugt, die Situation sei nur zu retten, wenn der Kaiser abdankte. In den allerletzten Tagen vor der Revolution kamen wir noch zu der anderen Überzeugung, das preußische Königtum könne man wohl den Hohenzollern noch erhalten, die Kaiserwürde nicht mehr.“

<sup>4)</sup> Ludwig Roenne, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches. 2 Bde. 2. Aufl. Leipzig 1876/77.

<sup>5)</sup> Robert von Mohl, Das deutsche Reichsstaatsrecht. Tübingen 1873.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 104 bes. Anm. 2.

Ich weiß wohl, daß eine derartige Regelung, als die Präsidialrechte und damit ein Reservatrecht Preußens berührend, gegen den Widerspruch Preußens nicht Gesetz werden könnte. Allein, wenn ein solches Mittel sich als notwendig erweist, um die fraglichen Präsidialrechte für Preußen überhaupt in weiterer Zukunft zu erhalten, wird man sich auch in Preußen damit wohl abfinden.

Dandl.

106.

### 30. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinenschrift. Überschrift: „Sitzung der Staatssekretäre (engerer Kriegsrat) am Mittwoch, den 30. Oktober 1918 vormittags 9½ Uhr.“

Anwesend: Exzellenzen von Payer, Trimborn, Graf Roedern, Friedberg, Scheüch, Erzberger, Gröber, Haußmann, Scheidemann, Wahnschaffe; Direktor Deutmoser, Geheimräte Simons und v. Stumm; Unterstaatssekretär v. d. Bussche; Regierungsrat Brecht<sup>1)</sup>, später Unterstaatssekretär Lewald.

#### I. Fragen, betreffend Elsaß-Lothringen.

a) **Graf Roedern** teilt mit, daß von den altdeutschen Beamten in Elsaß-Lothringen eine Erklärung des Reichs über ihre Sicherstellung gefordert werde. Solche Erklärung sei zur Zeit nicht zu empfehlen, auch politisch untunlich. Gegebenenfalls werde man später die Übernahme der Beamten durch die Bundesstaaten, aus denen sie stammten, vereinbaren müssen.

Es bestand Einverständnis, daß eine Erklärung nicht abgegeben werden solle.

b) Auf Antrag von **Haußmann** kam man dahin überein, über die Einstellung der Liquidationen eine amtliche Notiz von Reichs wegen auszugeben, da noch bis in die letzte Zeit hierüber in Elsaß-Lothringen Unklarheit herrsche und an dem guten Willen der Reichsleitung gezweifelt werde.

c) **Graf Roedern** und U.St.S. **Lewald** berichten, daß Elsaß-Lothringen beabsichtige, im Bundesrat eine Gesetzesvorlage einzubringen, wonach Elsaß-Lothringen sich eine Verfassung geben könne und diese vom Reich anerkannt werden solle. Gleichzeitig werde angeregt, die Reichseisenbahnen auf Elsaß-Lothringen zu übertragen und damit eine alte elsäß-lothringische Forderung zu erfüllen. Wegen dieser Frage habe Exzellenz von Breitenbach<sup>2)</sup> sich an das Staatsministerium gewandt.

**Graf Roedern** hält es politisch für unklug, diese Sache jetzt vom Reiche aus in die Hand zu nehmen; dies wirke wie eine Bestechung für den Fall der Volksabstimmung, werde seinen Eindruck verfehlen und von den Feinden als Illoyalität hingestellt werden.

<sup>1)</sup> Brecht hat als Protokollführer die Niederschrift am Schluß paraphiert.

<sup>2)</sup> Paul von Breitenbach, preußischer Minister für öffentliche Arbeiten (seit 1906).

**Erzberger, Scheidemann, Friedberg, v. Payer und Haußmann** stimmen dieser Beurteilung zu.

**Erzberger und Scheidemann** bitten dringend, keine Schritte in dieser Richtung zu tun, bevor der Kriegsrat Stellung genommen habe. Man könne auf die Sache höchstens dann eingehen, wenn der Landtag in Elsaß-Lothringen entsprechende Anträge stelle, doch hatte **Scheidemann** auch für diesen Fall Bedenken, während **Haußmann** meinte, daß man auf eine Forderung des Landtags würde eingehen können. Bei der jetzigen Stimmung in Elsaß-Lothringen sei es indessen sehr zweifelhaft, ob der Landtag noch Wünsche äußern werde, die auf dem Boden der Autonomie innerhalb des Reichs ständen.

**v. Payer** trat dem bei; wenn Elsaß-Lothringen im Reichsverband bliebe, müsse man ihm natürlich die Eisenbahnhoheit übertragen oder entsprechende Beteiligung am Gewinn geben.

**Gröber** meinte, daß man unter der Hand den Beteiligten die Bereitwilligkeit zu verstehen geben könne; offiziell dürfe man aber vom Reiche aus nichts tun.

Ergebnis: Es wird einstimmig der Wunsch ausgesprochen, daß im Bundesrat und im Staatsministerium diese Fragen vorläufig nicht behandelt werden.

Weitere Besprechung im Kriegsrat bleibt bis zum bevorstehenden Besuch des Statthalters<sup>3)</sup> vorbehalten.

## II. Zur Frage der Freilassung des polnischen Generals Pilsudski in Magdeburg.

**Trimborn** teilt mit, daß die Möglichkeit bestehe, einen Freund des Generals, Graf Kessler<sup>4)</sup>, zu ihm zu schicken, und durch ihn zu ermitteln, ob Pilsudski im Falle der Freilassung<sup>5)</sup> gewisse Verpflichtungen für die Sicherheit Deutschlands ehrenwörtlich übernehmen wolle. Da die Polen ihn als Nationalheld betrachteten und seine Freilassung mit großer Energie verlangten, empfehle er, Graf Kessler hinzuschicken.

**Erzberger** macht darauf aufmerksam, daß die Folge der Freilassung Aufstellung einer Armee sein werde, an deren Spitze Pilsudski als ihr Napoleon eine große Gefahr darstelle. Trotzdem empfehle sich der Besuch. Man müsse aber bestimmte Instruktionen mitgeben. Das beste wäre es, wenn Pilsudski sich dafür verbürge, nicht gegen Deutschland zu ziehen und keine Gebietsabtretungen von Deutschland zu verlangen.

**v. Payer** stellte fest, daß gegen den beabsichtigten Besuch keine Bedenken beständen.<sup>6)</sup>

<sup>3)</sup> Rudolf Schwander, Statthalter seit 18. 10. 1918.

<sup>4)</sup> Graf Harry Kessler, am 17. 11. 1918 zum deutschen Vertreter in Warschau ernannt.

<sup>5)</sup> Nach Conze S. 392 hatte der neue polnische Ministerpräsident Świerzyński noch am 22. 10. 1918, dem Tage der Kabinettsbildung, vom deutschen Reichskanzler die Freilassung Pilsudskis gefordert, worauf jedoch erst eine Woche später eine inhaltliche Antwort gegeben worden sei.

<sup>6)</sup> Vgl. a.a.O. S. 396. Kessler verhandelte am 31. 10. mit Pilsudski über die Bedingungen einer Freilassung. Am 8. 11. brachte er ihn im Auftrage der Reichsregierung im Kraftwagen nach Berlin. Am 10. 11. traf Pilsudski mit einem Sonderzug in Warschau ein. Dazu vgl. Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918—1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli. Frankfurt a. M. 1961, S. 15 ff.

## III. Pressefragen.

a) Zum Abgang von Exzellenz Ludendorff. **Friedberg** teilte eine Notiz der „Kölnischen Zeitung“ mit, wonach Ludendorff seine Entlassung genommen habe, weil er mit der Verfassungsänderung nicht einverstanden sei. Die Kölnische Zeitung wolle diese Instruktion in der Pressebesprechung erhalten haben. Die Mitteilung sei aber politisch unbequem und bedauerlich.

v. **Stumm** teilte mit, daß der Reichskanzler gewünscht habe, die Presse dahin zu instruieren, daß die Entlassung auf einen Eingriff der politischen Reichsleitung zurückzuführen sei. Die Pressevertreter hätten auf diese Instruktion Fragen gestellt, wonach sie den Rücktritt auf die Stellung Ludendorffs zur Wilson-Note zurückführten. Um von dieser unerwünschten Auslegung abzulenken, habe er gesagt, daß die Entlassung mit der Verfassungsänderung zusammenhänge. Die Stimmung sei durch Verlesung der Telegramme von Hindenburg sehr erregt gewesen und habe ihm eine solche Ausweichung ratsam erscheinen lassen.

**Friedberg**, dem sich **Gröber** und **Erzberger** anschlossen, legte Gewicht darauf, daß die Sache noch klargestellt werde. Im Anschluß an Vorschläge von **Erzberger** und von **Payer** einigte man sich in folgender Weise:

Mit Rücksicht auf andere Darstellungen in der Presse soll in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mitgeteilt werden, daß der Abgang nicht auf Meinungsverschiedenheiten über die letztthin beschlossenen Verfassungsänderungen zurückzuführen sei; durch den Abgang habe vielmehr ganz allgemein die Einheitlichkeit der Reichsleitung sichergestellt werden sollen.

b) Neuordnung der Instruktion der Presse. **Graf Roedern** erklärte, daß unter den Pressevertretern in der letzten Zeit eine<sup>7)</sup> gefährliche Stimmung herrsche. Sie seien mit den Instruktionen nicht zufrieden und bezeichneten sie als unsicher, widersprechend und zum Teil überholt. Die amtliche Vertretung in der Pressekonferenz werde allgemein als ungenügend betrachtet.

**Erzberger**, **Scheidemann** und **Haußmann** traten dem bei. Die Aufgabe sei in der jetzigen Zeit außerordentlich wichtig, aber auch sehr schwierig; sie müsse von einem gewiegten Politiker übernommen werden, der den Verhandlungen des Kriegsrats beiwohne und durch Zwischenfragen nicht in Verlegenheit gebracht werden könne.

**Erzberger** schlug als solchen den Unterstaatssekretär David vor. Alle Blätter hätten jetzt versagt; sie hätten im großen Stile schreiben müssen, daß Deutschland sich unehrenhafte Bedingungen nicht auferlegen lasse, nach solchen Artikeln suche man aber fast vergebens, so daß der Feind die Anschauung gewinnen müsse, Deutschland könne und wolle keinen Widerstand mehr leisten.

v. **Stumm** teilte mit, daß eine Instruktion genau in dem Sinne **Erzbergers** ergangen sei. Die Presse sei augenblicklich ganz besonders schwer zu behandeln und Mißverständnisse kämen trotz sorgfältigen Vortrags häufig vor.

**Haußmann** empfahl, **Erzberger** mit der Sache zu befassen, zumal er von Anfang an bei den Verhandlungen dabei gewesen sei.

Die Frage wurde für heute zurückgestellt.

<sup>7)</sup> Im Or. handschriftl. gestrichen: „furchtbare und“.

c) **Scheidemann** trug ein größeres Material vor, wonach die neuen Zensurbestimmungen in weitem Umfange von unteren, mittleren und höheren Organen noch nicht angewandt würden. Es hänge dies mit dem allgemeinen Übelstand zusammen, daß der Geist der neuen Regierung nach unten noch nicht durchgedrungen sei, im Gegenteil stärksten Widerständen begegne. Er fordere dringend, daß widerstrebende Beamte durch andere ersetzt würden und daß auf dem schnellsten und schärfsten Wege eingegriffen würde, um Beschwerden abzuhefen. Wenn man nicht sofort durchgreife, erlebe man einen schweren Sturm. Namentlich würden Erörterungen der Abdankung des Kaisers grundsätzlich unterdrückt, obwohl doch auch nach der neuen Zensurbestimmung des Kriegsministers nur die ausdrückliche Forderung der Abdankung verboten werde. Auch diese Einschränkung sei ein schwerer Fehler, der sich rächen werde, wenn nicht auf andere Weise eine Klärung der Lage erfolge.

**Gröber** teilte mit, daß er nach Kräften den Zensurbeschwerden, die bei ihm eingingen, abzuhefen suche. Die Erledigung verzögere sich aber oft dadurch, daß der Sachverhalt nicht ohne weiteres klar sei.

v. **Payer**, **Trimborn** und **Gröber** hielten es für notwendig, sofort die Presse darüber aufzuklären, daß ihr die Erörterung der Abdankungsfrage nicht verboten sei, nur die Forderung der Abdankung sei zur Zeit unzulässig. Ob man weiter einschränken könne, sei noch zu prüfen.

**Scheüch** liest den von ihm herausgegebenen Erlaß über die Handhabung der Zensur vor und stellt auf Wunsch abschriftliche Mitteilung in Aussicht.

v. **Payer**, dem sich **Gröber** und **Scheidemann** anschließen, bittet, den Erlaß erneut in einer Form herauszugeben, daß er ohne Bezugnahme auf frühere Erlasse aus sich selbst voll verständlich sei. Eine solche grundlegende Neuregelung der Zensurhandhabung sei am Platze.<sup>8)</sup> Hierüber soll morgen weiter verhandelt werden.

Es bestand jedoch schon jetzt über folgende Punkte Einigkeit:

1. Zensurbeschwerden sollen mit äußerster Beschleunigung erledigt werden.
2. Die Presse soll belehrt werden, daß es ihr nicht verboten sei, die Frage der Abdankung des Kaisers zu erörtern; das geltende Verbot beziehe sich nur auf die ausdrückliche Forderung einer Abdankung. Weitere Milderung dieses Verbots bleibt vorbehalten.

d) Stellung des Pressereferats im Ministerium des Innern.

**Scheidemann** verlangte Beseitigung des Geheimrats von Berger aus dem Ministerium des Innern, da er sich in Zensurdingen in unglücklicher Weise bemerklich gemacht habe.

**Friedberg** meinte, daß die Beurteilung durch **Scheidemann** doch wohl nicht ganz zutrefe, auch habe Berger mit Zensurfragen direkt nichts zu tun.

**Graf Roedern** empfahl, die Frage von der Person zu trennen. In der Sache müsse Klarheit geschaffen werden, daß das Pressereferat im Ministerium des Innern

<sup>8)</sup> Auf Grund dieser Beratung erstellte das Kriegsministerium noch am 30. 10. einen neuen Entwurf der Richtlinien über Versammlungsrecht und Zensur; vgl. Nr. 109a.b.

abhängig vom Pressechef beim Reichskanzler sei. Dem wurde allseitig zugestimmt.

#### IV. Geschäftliches.

In Abänderung des gestrigen Beschlusses<sup>9)</sup> wurde beschlossen, daß der engere Kriegsrat Montag, Mittwoch und Freitag um 9 Uhr 30 Min. vorm. und Donnerstag um 6 Uhr nachm., der erweiterte Kriegsrat am Dienstag und Sonnabend um 6 Uhr nachm. zusammentreten soll.<sup>10)</sup>

<sup>9)</sup> Richtig: vorgestrigen; vgl. Nr. 102.

<sup>10)</sup> Eine handschriftl. Fixierung dieses „Geschäftsplans“ befindet sich im Nachl. Haußmann 15.

### 107.

#### 30. 10. 1918: Kurt Hahn an Reichskanzler Prinz Max von Baden

Nachlaß Prinz Max, Maschinenschrift.<sup>1)</sup>

Eurer Großherzoglichen Hoheit

schicke ich einliegenden Bericht<sup>2)</sup> über die Reise nach Kopenhagen<sup>3)</sup> und die Schlußfolgerungen, die ich daraus ziehe. Ich fasse das Resultat hier nochmals so zusammen:

Die Hohenzollern-Dynastie kann nur gerettet werden, wenn die Abdankung des Kaisers, die mit Naturnotwendigkeit kommen muß, so früh und in solcher Form erfolgt, daß das Volk dem Kaiser dafür dankbar ist. Wenn dagegen gewartet wird, bis der Druck der Umstände — sei es Wilson, sei es die öffentliche Meinung in Deutschland, seien es Putsche — den Kaiser zwingt, so bleibt als Alternative nur die Republik oder im besten Fall eine monarchische Spitze aus anderem Geschlecht.<sup>4)</sup>

Es schien heute, als ob bereits der Spielraum für die freiwillige Tat vorbei sei — nun kommt wie ein Glücksfall die Unschlüssigkeit des Kabinetts, das sich natürlich über die äußeren und inneren Konsequenzen in keiner Weise klar ist. Diese Unschlüssigkeit gibt dem Kaiser noch einmal Gelegenheit, in Schönheit zu

<sup>1)</sup> Vgl. auch Nachlaß David, Kriegstagebuch, 30. 10. 1918: „10 Uhr: Hahn: aus Dänemark. Urteil amerikanischer Attachés. Abdankung: Wilson dafür gegen Frankreich und England. — Mildere Bedingungen — andere Verhandlungsbasis. — Max gegen Ludendorff. Max: Abdankung.“

<sup>2)</sup> Die „wesentlichsten Stellen“ daraus abgedruckt bei Prinz Max S. 532 ff.

<sup>3)</sup> Der Reichskanzler hatte Hahn am Morgen des 28. 10. nach Kopenhagen geschickt, um dort von einem „jungen amerikanischen Diplomaten“ eine Klarstellung des Wilsonschen Standpunktes zu erhalten; vgl. a.a.O. S. 517. Über Hahns Gespräch mit den ihm befreundeten Diplomaten Lithgow Osborne vgl. Snell S. 208. Hahn hatte in Kopenhagen ferner mit dem Gesandten von Brockdorff-Rantzau gesprochen; Prinz Max S. 532.

<sup>4)</sup> Vgl. Prinz Max S. 534 die „Deutung“, zu der der Reichskanzler auf Grund der Ausführungen Hahns über die Notwendigkeit einer Abdankung Wilhelms II. kam.

handeln und den Parlamentarismus dadurch ad absurdum zu führen, daß er die nationalen Notwendigkeiten eher erkennt als der Sowjet. Das wäre ein Präzedenzfall von großer Bedeutung für die Autorität des monarchischen Gedankens.

David sagte: Wenn der Kaiser rechtzeitig handelt, so ist der republikanischen Bewegung das Rückgrat gebrochen.

Ich verstehe die namenlosen inneren Konflikte Eurer Großherzoglichen Hoheit — aber sollten sie nicht erträglicher werden, wenn man sich darüber klar wird, daß Hoheit nicht nur einstürzen, sondern aufbauen, nämlich das Ansehen des Hauses Hohenzollern und des monarchischen Gedankens.

Untertänigst

Kurt Hahn

108.

30. 10. 1918: Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld  
an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/64, Maschinenschrift.

Hochwohlgeborener Herr!<sup>1)</sup>

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

Wie ich heute erfahre, besteht über die Abdankung des Kaisers auch innerhalb des Kriegskabinetts keine Einmütigkeit. Der Reichskanzler, Graf Roedern, Solf und ganz neuerlich Herr von Payer betrachten sie als notwendig, und zwar so rasch als möglich, während Erzberger, Trimborn und Gröber sie im jetzigen Augenblick nicht empfehlen und jedenfalls ablehnen, sie zu verlangen. Erzberger steht auf dem Standpunkt, daß, nachdem der Kaiser alle Bedingungen des Kriegskabinetts angenommen hat, das Kabinett Seine Abdankung nicht verlangen darf, daß man gar nicht wisse, ob die Abdankung zu besseren Friedensbedingungen führen werde, und daß sie andererseits den innern Frieden nicht nur nicht herstellen, sondern stören und das monarchische Prinzip erschüttern werde.<sup>1a)</sup>

<sup>1)</sup> Neben dieser Zeile im Or. Lerchenfelds eigenhändige Bemerkung: „Ich empfehle zuerst die Nachschrift zu lesen.“

<sup>1a)</sup> Am 28. 10. hatte Erzberger dem bayerischen Gesandten mitgeteilt, daß es „Pflicht“ der Regierung sei, einer „weiteren Ausdehnung der gegen den Kaiser wahrnehmbaren Bewegung wirksam, wenn auch vorsichtig“, entgegenzutreten. Von der „Zentralstelle für Heimatdienst“ würden „demnächst“ Richtlinien zur Erörterung der Kaiserfrage ausgegeben werden (vgl. Nr. 100 Anm. 7 und 8). Erzberger schrieb weiter: „Wie wir hören, wird in Bayern in dieser Hinsicht mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen sein, wozu nicht zuletzt die Stellungnahme eines Teiles gerade der bürgerlichen Presse des Königreiches wesentlich beizutragen scheint. Euer Exzellenz wäre ich daher im Interesse der in Aussicht genommenen Aktion zu Dank verpflichtet, wenn Sie bei Ihrer hohen Regierung auf das Bedenkliche dieser Presseäußerungen hinweisen und anregen würden, daß mit den in Betracht kommenden Blättern in vertrauliche Fühlung getreten werde.“ Graf Lerchenfeld leitete das Schreiben sofort nach München weiter (BGStA München, MA 1936 D.R. 2494/148, Maschinenschrift) und bestätigte Erzberger den Empfang.

Erzberger, Gröber und Trimborn wollen zurücktreten, wenn sie im Kabinett nicht durchdringen. Sie verlangen zunächst den Beweis, daß der Friede und seine Bedingungen von der Abdikation abhängen.

Heute früh hat mich der Reichskanzler mit dem badischen Minister Düringer, im Bette liegend, empfangen, um uns über unsere Meinung in der Sache zu befragen. Er teilte zunächst mit, daß es Graf Eulenburg<sup>2)</sup> und sämtliche Kabinettschefs des Kaisers rundweg ablehnen, Seiner Majestät den Rücktritt zu empfehlen. Ferner, daß der Kaiser seinen — des Reichskanzlers — Wunsch, gestern empfangen zu werden, ausweichend beantwortet<sup>3)</sup> und dann ganz plötzlich nach Spa abgereist sei.<sup>4)</sup> —

Der Reichskanzler schließt daraus wohl mit Recht, daß der Kaiser zurzeit weniger als je abdanken will und Sich einem Druck in dieser Richtung absichtlich entzogen hat. Seine Majestät denkt wahrscheinlich, — wie Er mir seinerzeit gesagt hat — daß die Armee sich um Ihn scharen und Ihn schützen wird.

Unter diesen Umständen scheint mir die Gefahr vorzuliegen, daß, wenn das Kabinett peremptorisch auftritt, der Kaiser es entläßt, und dann der Bürgerkrieg da ist. Ich zweifle zwar noch, daß der Kaiser einen solchen Entschluß fassen wird, aber unter den Einflüssen der Militärs halte ich das nicht für ganz ausgeschlossen. Es ist auch nicht zu übersehen, daß in bürgerlichen Kreisen eine Agitation für das Verbleiben des Kaisers schon eingesetzt hat. Abgesehen von der Eingabe, die die konservative Reichstagsfraktion gestern an den Reichskanzler gerichtet hat<sup>5)</sup>, liegt der Beschluß des Volksparteiverbandes in Köln (Zentrumsanhänger) vor<sup>6)</sup>, der für den Kaiser Partei nimmt. Ähnliche Kundgebungen dürften folgen.

Ich habe zunächst auf Befragen dem Reichskanzler gesagt, daß Euer Exzellenz auf Grund der Stimmung in Bayern die Abdankung für unbedingt notwendig

<sup>2)</sup> Vgl. Prinz Max S. 526 (Schreiben Eulenburgs vom 28. 10.).

<sup>3)</sup> Vgl. a.a.O. S. 528.

<sup>4)</sup> Vgl. a.a.O. S. 528 ff. Ferner Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten S. 236 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 256 f.; von Müller S. 442; Groener S. 441; Payer S. 148; Hanssen S. 338; Niemann, Revolution S. 212 f., 229 ff. sowie 345 (v. d. Schulenburg), 361 (Aufzeichnung v. Plessens), 366 (Aufzeichnung Hintzes); Heuss S. 438; Delbrück S. 282; Andreas Dorpalen, Empress Auguste Victoria and the Fall of the German Monarchy, in: American Historical Review 58, 1952, S. 36; Lütge S. 190 f. Dazu Nachlaß Haeften, Erinnerungen: „Als ich von der Sondierung des Grafen Eulenburg durch den Reichskanzler am Nachmittag des 28. Oktober hörte, machte ich hiervon sofort dem Feldmarschall in Spa telephonisch Meldung. Offenbar, um den Kaiser dem Einfluß des Kabinetts, das auf Abdankung drang, zu entziehen, hat der Feldmarschall die Reise des Kaisers nach Spa anscheinend veranlaßt. Die Abreise wurde für den Abend des 29. Oktober festgesetzt — ohne vorherige Verständigung des Reichskanzlers. Dieser war, als er von der Absicht am späten Nachmittag des 29. erfuhr, auf das gründlichste überrascht und suchte auf alle Weise — selbst durch persönliche telephonische Rücksprache — den Kaiser in Berlin festzuhalten; es war alles vergeblich; der Kaiser reiste noch am gleichen Abend gegen 9 Uhr nach Spa. Ich vermute, daß meine telephonische Mitteilung über den Schritt des Prinzen Max beim Grafen Eulenburg den Feldmarschall veranlaßt hat, den Kaiser ins Große Hauptquartier zu holen; eine Bestätigung für diese Vermutung habe ich indes bis heute nicht erhalten.“

<sup>5)</sup> Veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“, 30. 10. 1918, Morgenausgabe, abgedruckt bei Schulthess 1918/I S. 400 f.; Westarp, Die Regierung des Prinzen Max S. 116 ff.

<sup>6)</sup> Am 27. 10. hatte sich die Kölner Zentrumspartei in einer großen Versammlung zum monarchischen System bekannt; vgl. „Kölnische Volkszeitung“, 28. 10. 1918, Morgenausgabe.

halten<sup>7)</sup>, einmal um bessere Friedensbedingungen zu erhalten, andererseits zur Vermeidung von Unruhen. Das sei die Ansicht meiner Regierung, die ich zu vertreten die Pflicht habe. Ich fügte bei, was Euere Exzellenz raten würden in Kenntnis der durch die Abreise des Kaisers geschaffenen Lage, könne ich nicht sagen. Mir persönlich schiene eine gewisse Vorsicht geboten, denn der Rücktritt der jetzigen Regierung würde ein Ereignis von gar nicht abzusehenden Folgen sein. Vielleicht werde die Antwort der Entente, die wohl in den nächsten Tagen zu erwarten sei, eine Klärung bringen, auf der man fußen könne. Sollten diese Bedingungen, wie ja leider zu erwarten stehe, sehr ungünstig sein, aber doch so, daß man sie annehmen müsse, dann würde der Kaiser vielleicht doch das Einsehen gewinnen, daß Er nicht Kaiser bleiben kann. Ich bemerkte dann noch im Hinblick auf die Meinungsverschiedenheiten im Schoße der Regierung, daß für eine wirksame Aktion beim Kaiser es mir nötig schein, die Einmütigkeit herzustellen.

Der Reichskanzler erwiderte mir, daß das Zuwarten ihm gefährlich schiene. Scheidemann sei heute bei ihm gewesen und habe angekündigt, daß es ihm nicht länger möglich sei, seine Partei davor zurückzuhalten, die Abdankung des Kaisers in der Presse zu verlangen.<sup>8)</sup> Er — der Reichskanzler — habe jetzt die Absicht, an den Kaiser zu telegraphieren und Ihn zu bitten, zurückzukommen. Ich empfahl das auf das wärmste, ebenso Minister Düringer, der jedoch davor warnte, wegen der Rückkehr die Kabinettsfrage zu stellen. Ebenso warnte er davor, den Kaiser merken zu lassen, daß der Prinz die Abdankung verlange; das könnte zu einer Kabinettskrise führen, die vermieden werden müsse.

Der Reichskanzler äußerte dann als seine Absicht, nochmals zu versuchen, die Sozialdemokraten einige Tage davon abzuhalten, die Abdikation in der Presse zu verlangen. Er erwarte die Bedingungen der Entente in wenigen Tagen. Über ihren Inhalt sei noch nichts Sicheres bekannt. Es seien Funksprüche aufgefangen, in denen es hieß, die Amerikaner wollten selbst Elsaß-Lothringen, England wolle Helgoland besetzen. Die Nachricht sei aber unsicher. Einstweilen wolle er — der Reichskanzler — weitere Versuche machen, auf den Kaiser im Sinne seiner Abdankung einzuwirken. Er denke daran, den Großherzog von Hessen zu Seiner Majestät zu schicken, der in der Lage sei, ganz offen mit seinem Kaiserlichen Vetter zu sprechen.

Das Gespräch kam dann auf die Regentschaft.<sup>7)</sup> Ich sagte dem Reichskanzler, daß mangels einer Bestimmung der Reichsverfassung ein gesetzgeberischer Akt im Reich erforderlich sei. Dies war dem Reichskanzler bekannt. Er sprach sich aber für die Verbindung der Regentschaft im Reich und in Preußen in einer Person aus. Den Gedanken, daß ihm die Regentschaft übertragen werde, lehnte er mit aller Entschiedenheit ab. Er würde die Regentschaft nie annehmen.

Hier schloß die Unterredung. Ich sehe die Lage sehr trübe an, denn ich fürchte mehr und mehr, daß der Kaiser nicht gutwillig, sondern nur unter dem Zwange der Verhältnisse zurücktreten wird. Die Stellung der Kabinettsfrage würde vielleicht eine Wirkung haben, aber vielleicht auch nicht, denn es gibt in Seiner

<sup>7)</sup> Vgl. dazu Nr. 101 und 105.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 111 Anm. 9.

Umgebung noch so viel Leute, die dem Kaiser vorreden, daß er das Volk hinter Sich habe. Versagt aber dieses Mittel, so ist, wie ich eingangs dieses Berichts gesagt habe, der Bürgerkrieg da, und ist er einmal da, dann würde wohl auch die Abdikation ihn nicht aufhalten.

Ich will noch bemerken, daß ich der Beantwortung der Frage des Reichskanzlers, ob Seine Majestät der König<sup>9)</sup> die Abdikation empfehle, ausgewichen bin. Sollte Seine Majestät der König entschlossen sein, den Rat zu erteilen<sup>10)</sup>, dann müßte dies in einer anderen Form geschehen, sonst bliebe der Schritt wirkungslos. Von Minister Düringer weiß ich, daß der Großherzog von Baden entschiedener Gegner der Abdikation ist.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz  
ganz gehorsamer  
Graf Lerchenfeld.

Nachschrift. Soeben erfahre ich von Unterstaatssekretär Wahnschaffe, daß die Veranlassung zur Reise des Kaisers in das Hauptquartier<sup>4)</sup> eine andere ist, als der Reichskanzler heute vormittag angenommen hat. Feldmarschall von Hindenburg hat den Kaiser um eine Unterredung gebeten wegen der Besetzung des durch den Rücktritt Ludendorffs erledigten Postens des Oberquartiermeisters. Die Wahl hat bisher zwischen dem General Groener und dem General von Loßberg geschwankt. Der Reichskanzler hat bereits den Kaiser telegraphisch gebeten, wiederzukommen<sup>11)</sup>, und Unterstaatssekretär Wahnschaffe nimmt an, daß Seine Majestät in den nächsten Tagen der Bitte folgen werden. Damit werden erfreulicherweise die vom Reichskanzler aus der Abreise gezogenen Folgerungen, daß der Kaiser beabsichtigt habe, Sich dem Einfluß der Regierung zu entziehen und Sich gewissermaßen unter militärischen Schutz zu stellen, hinfällig.

<sup>9)</sup> Ludwig III. von Bayern.

<sup>10)</sup> Dazu Nachlaß Haeften, Erinnerungen: „Am Mittwoch, dem 30. Oktober, suchte mich der Direktor v. Stauss von der Deutschen Bank auf; er war in der Frühe aus München angekommen, wo er aus einer Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Dandl den Eindruck gewonnen hatte, daß man in Bayern die Abdankung des Kaisers sehr dringlich wünsche; namentlich sei der König entschieden für die Abdankung. Ich trug dem Prinzen darüber vor. Dieser war bereits durch den Grafen Lerchenfeld orientiert. Ich riet dem Prinzen, wenn Bayern die Abdankung für nötig halte, dann solle es doch auch die Initiative ergreifen, die Berliner Reichsregierung und die preußische Regierung könnten das meiner Ansicht nach nicht tun. Wie mir der Prinz zwei Tage später mitteilte, habe er dem Grafen Lerchenfeld auf dessen erneute Vorstellung eine derartige Antwort gegeben, die bayerische Regierung habe aber abgelehnt, irgendeine Initiative in der Sache zu ergreifen.“

<sup>11)</sup> Am 30. 10.; vgl. Prinz Max S. 534 f. Dort auch (S. 535) das vom Kabinettschef v. Delbrück unterzeichnete Antworttelegramm vom 31. 10. In den Akten der Reichskanzlei 2398/12 befindet sich weiter ein Telegramm Grünaus vom 31. 10. an den Reichskanzler, das folgendermaßen lautet: „S. M. war über das Telegramm E. Großherzoglichen Hoheit sehr ungehalten. Antwort ist nach Besprechung mit Delbrück, von Hintze und Marschall erfolgt. Nach Nachrichten aus dem Haag (Tel. des AA Nr. 1377) scheint es, daß Waffenstillstandsbedingungen noch nicht so bald zu erwarten sind. Möchte daher gehorsamst vorschlagen, zunächst dem Kaiser einige Tage Zeit zu lassen. Morgen werden sich nächste Pläne entscheiden. Ich bleibe inzwischen bemüht, auf möglichste Abkürzung hinzuwirken.“

## 109.

## 30. 10./2. 11. 1918: Entwurf und endgültige Fassung eines Runderlasses des Obermilitärbefehlshabers über Versammlungsrecht und Zensur

## 109a.

30. 10. 1918: Entwurf.

Nachlaß Prinz Max, maschinenschriftliche Abschrift.<sup>1)</sup>

Dem Grundgedanken unserer gegenwärtigen Regierung entspricht es, wenn dem deutschen Volke in weitherziger Weise Gelegenheit zur freien Entfaltung in Wort und Schrift gegeben wird. Ungehindert soll das Volk seine Klagen und Wünsche zum Ausdruck bringen können.

Beschränkungen sollen ohne Rücksicht auf die Parteien nur dort auferlegt werden, wo es die tatsächliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gebieterisch fordert.

Diesem Grundsatz entsprechen die nachstehenden Richtlinien, die den Militärbefehlshabern als Grundlage für ihre Entscheidungen auf dem Gebiete des Versammlungsrechts und der Zensur zu dienen haben.

## I. Versammlungsrecht

1. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen sind zu gestatten, sofern ihr Zweck nicht gegen die Strafgesetze verstößt oder sofern nicht Tatsachen vorliegen, die die Annahme gerechtfertigt erscheinen lassen, daß von der Versammlung eine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewärtigen ist.
2. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen politischer Parteien und

## 109b.

2. 11. 1918: Ausfertigung.

DZA Merseburg, Rep. 77 Tit. 949 Nr. 1; abgedruckt in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1727 f.<sup>2)</sup>

Dem Grundgedanken der Neuordnung unseres Staatswesens entspricht es, wenn dem deutschen Volke in weitherzigster Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift gegeben wird. Ungehindert soll es seine Wünsche und Klagen zum Ausdruck bringen können. Beschränkungen sollen ohne Rücksicht auf die Parteien nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eintreten:

## I. Versammlungen

1. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen sind zu gestatten. Ein Verbot darf nur eintreten, wenn ihr Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder wenn es das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlich macht.
2. Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden,

<sup>1)</sup> Auf dem ersten Blatt der Druckvorlage die Abschrift eines an Vizekanzler v. Payer gerichteten Begleitschreibens des Kriegsministeriums vom 30. 10., in dem es heißt, daß der „anliegende Entwurf auf Grund der heutigen Besprechung im Kriegskabinett“ übersandt werde; vgl. Nr. 106. Für die Beratung des Entwurfs im Kriegskabinett am 1. 11., deren Ergebnis sich in der stark veränderten Ausfertigung Nr. 109b abzeichnet, vgl. Nr. 113.

<sup>2)</sup> Für den Verteiler des von Kriegsminister Scheuch als Obermilitärbefehlshaber unterzeichneten Erlasses, der u. a. an sämtliche Stellvertretenden Generalkommandos gerichtet war, vgl. Archivalische Forschungen a.a.O. Wortlaut auch in „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 3. 11. 1918, Morgenausgabe. — Die Abweichungen der Ausfertigung vom Entwurf sind durch Kursivdruck hervorgehoben.

diesen gleichzuachtender Vereinigungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind anmeldepflichtig und vom Vorstand oder Einberufer mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes und der Redner bei der Polizei schriftlich anzuzeigen.

3. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen politischer Parteien oder diesen gleichzuachtender Vereinigungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind zu überwachen. Sie sind aufzulösen, sobald von der eingereichten Tagesordnung abgewichen wird oder wenn die Versammlung einen Verlauf nimmt, der eine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zur Folge hat oder befürchten läßt.

4. Redner, über welche Tatsachen vorliegen, die die Annahme berechtigt erscheinen lassen, daß sie die öffentliche Ruhe und Sicherheit und Ordnung gefährden werden, sind grundsätzlich in Versammlungen nicht zuzulassen. Wenn solche Redner unangemeldet auftreten, oder wenn angemeldete Redner die Teilnehmer zu strafbaren Handlungen oder zu Ausschreitungen gegen die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit auffordern, sind die Versammlungen sofort aufzulösen.

Reichs- und Landtagsabgeordnete, die zu den Wählern ihres Wahlkreises sprechen wollen, dürfen hieran nicht gehindert werden, unbeschadet der Befugnis, auch solche Versammlungen aufzulösen, wenn einer der vorstehend genannten Gründe vorliegt. Ebenso sind Wahlversammlungen freizugeben.

sind anmeldepflichtig und vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes und der vorgesehenen Redner bei der Polizei schriftlich anzuzeigen.

*Aussprachen im Anschluß an die Ausführungen der vorgesehenen Redner sind zuzulassen, wenn sie sich in den Grenzen des angemeldeten Gegenstandes halten. Gewerkschaftsversammlungen sind von der Anmeldepflicht befreit, sofern sie sich im Rahmen der Bestimmung des Gesetzes vom 26. Juni 1916<sup>3)</sup> bewegen.*

3. *Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, können überwacht werden. Sie sind aufzulösen, wenn zur Übertretung der bestehenden Gesetze aufgefordert wird oder wenn es zu Ruhestörungen oder Gewalttätigkeiten kommt. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 14 des Reichs-Vereins-Gesetzes vom 19. 4. 1908<sup>4)</sup> maßgebend.*

4. *Personen, die wiederholt Anlaß zur Auflösung von Versammlungen aus Gründen der Ziffer 3 gegeben haben, können durch Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers vom Auftreten als Redner in Versammlungen ausgeschlossen werden. Im Falle des Zuwiderhandelns ist die Versammlung aufzulösen.*

<sup>3)</sup> Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes vom 19. 4. 1908, das einen entsprechenden Zusatz (§ 17a) erhalten hatte; vgl. Reichsgesetzblatt 1916, S. 635.

<sup>4)</sup> Enthält die Gründe, aus denen der Beauftragte der Polizeibehörde eine Versammlung auflösen kann; vgl. Reichsgesetzblatt 1908, S. 154.

5. Als die öffentliche Sicherheit gefährdend sind auch alle die Reden anzusehen, in denen ein Friede um jeden Preis, Abtretung deutschen Gebiets, Übergabe von Teilen der deutschen Wehrmacht zu Lande und zu Wasser und Abdankung des Kaisers und des Bundesfürsten gefordert und solche, durch welche die Maßnahmen der Kriegführung und unsere diplomatischen Beziehungen zu den ausländischen Mächten gefährdet werden.

6. Die Auswahl der die Versammlungen beaufsichtigenden Beamten muß vorsichtig getroffen werden.

7. Strenge Überwachung unserer Jugend und Maßnahmen gegen ihre Aufwiegelung zu strafbaren Handlungen sind erforderlich.

8. Von den vorstehenden Richtlinien darf, falls nicht außergewöhnliche Verhältnisse zu außerordentlichen Maßnahmen führen, nur abgewichen werden, soweit es sich um eine mildere Handhabung des Versammlungsrechts handelt.

9. Alle bisherigen Richtlinien und Anordnungen auf dem Gebiete des Versammlungsrechts, die zu Vorstehendem in Widerspruch stehen, werden hiermit aufgehoben.

## II. Zensur

1. Die Zensur des redaktionellen Teiles von Zeitungen und sonstiger Druckschriften ist, soweit Maßnahmen der Kriegführung in Frage kommen, lediglich im Sinne der Bekanntmachung des Reichskanzlers betreffend das Verbot von Veröffentlichungen über Truppen- und Schiffsbewegungen und Verteidigungsmittel vom 6. 2. [19]18 (Reichsanzeiger vom 8. 2. [19]18) auszuüben.

5. Von den vorstehenden Richtlinien darf nur abgewichen werden, wenn es sich um eine mildere Handhabung des Versammlungsrechts handelt. Aus außergewöhnlichen Verhältnissen sich ergebende außergewöhnliche Maßnahmen dürfen nur unter sofortiger Benachrichtigung des Obermilitärbefehlshabers ergriffen werden.

6. Alle bisherigen Richtlinien und Anordnungen auf dem Gebiete des Versammlungsrechts, die zu Vorstehendem in Widerspruch stehen, werden hiermit aufgehoben.

## II. Zensur

1. Zensurmaßnahmen gegenüber Zeitungen und sonstigen Druckschriften dürfen nur erfolgen, wenn es das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit unbedingt erfordert.

Soweit Maßnahmen der Kriegführung in Betracht kommen, ist die Zensur des redaktionellen Teiles von Zeitungen und sonstigen Druckschriften lediglich im Sinne der Bekanntmachung des Reichskanzlers betreffend das Verbot von Veröffentlichungen über Truppen- oder Schiffsbewegungen und Verteidigungsmittel vom 6. 2. 1918 (Reichsanzeiger vom 8. 2. 1918) auszuüben.

Sie muß gewährleisten, daß alle Nachrichten vermieden werden, die schädigend auf den Gang unserer Operationen einschließlich unserer Seekriegführung wirken können, und daß die Abwehr der feindlichen Spionage sichergestellt bleibt.

2. Die Vorprüfung für alle Nachrichten und Aufsätze militärischen Inhalts muß bestehen bleiben. Streng muß jedoch darauf geachtet werden, daß nur wegen Verletzung militärischer Interessen eingegriffen wird und daß die Vorlage von Artikeln, die neben militärischen auch politische Fragen behandeln, nicht Veranlassung gibt, Streichungen auch in den lediglich politischen Teilen vorzunehmen.

3. Die Verhängung der Vorzensur über Zeitungen usw. darf in Zukunft nur noch mit meiner Einwilligung erfolgen.

4. In Kraft bleiben:

a) meine Bestimmungen über die Erörterung der Friedensfrage (Telegramm der O. Z. 47971 O. Z.) und über die Dynastiefrage (Telegramm der O. Z. 48079 O. Z.).

b) vorläufig alle Zensur- und andere Bestimmungen über Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr, ferner alle Bestimmungen, die die Behandlung der Anzeigen in Zeitschriften und Zeitungen regeln, alle Bestimmungen über Behandlung von Rohstoff- und Ersatzstofffragen,

alle Bestimmungen über Behandlung fachwissenschaftlicher Veröffentlichungen.

5. Alle anderen bisherigen Zensurbestimmungen setze ich vorläufig außer Kraft und behalte mir eine endgültige Regelung vor.

2. Die Vorprüfung für alle Nachrichten und Aufsätze militärischen Inhalts *bleibt bestehen*. Streng muß darauf geachtet werden, daß nur wegen Verletzung von *Interessen der Kriegführung* eingegriffen wird und daß die Vorlage von *Veröffentlichungen*, die neben militärischen auch politische Fragen behandeln, nicht Veranlassung gibt, Streichungen auch in den lediglich politischen Teilen vorzunehmen.

3. Die Verhängung der Vorzensur über Zeitungen usw. darf in Zukunft nur noch mit *Einwilligung des Obermilitärbefehlshabers* erfolgen.

4. In Kraft bleiben vorläufig:

a) *alle* Bestimmungen über Behandlung von

Rohstoff- und Ersatzstofffragen,  
*Ausfuhr, Einfuhr, Durchfuhr von Zeitungen und Druckschriften, Anzeigen in Zeitungen und Druckschriften.*

b) *die im Interesse der Presse getroffenen* Bestimmungen über fachwissenschaftliche Veröffentlichungen und den Nachdruck aus den Berliner und den Provinzblättern.

5. Alle anderen bisherigen Zensurbestimmungen *treten außer Kraft*.

110.

## 31. 10. 1918: Abg. Stresemann an Staatssekretär Erzberger

Nachlaß Stresemann 180 (6889), Durchschlag.<sup>1)</sup>

Sehr verehrter Herr Kollege!

Zufällig habe ich heute davon gehört, daß dem Herrn Oberst Bauer von einer politischen Stelle bedeutet worden ist, er könne nicht mehr an der Stelle seiner bisherigen Wirksamkeit bleiben<sup>2)</sup>, weil er sich seinerzeit an dem Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg beteiligt habe und außerdem in dem Verdacht stehe, mit der Schwerindustrie zu paktieren.<sup>3)</sup>

Ich habe seinerzeit Herrn Oberst Bauer durch Sie kennen gelernt, und Sie werden sich der damaligen Besprechungen mit ihm entsinnen.<sup>4)</sup> Für mich besteht bis heute keinerlei Veranlassung, es zu bedauern, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der zweimal die Friedensmöglichkeit für Deutschland zer schlagen hat, von seinem Posten abtreten mußte. Um so weniger kann ich aber auch für richtig halten, daß einem verdienten Offizier der Abschied deshalb gegeben wird, weil er in dieser Frage, und zwar in Gemeinschaft mit zwei Abgeordneten, tätig gewesen ist, die der gegenwärtigen Regierungsmehrheit bzw. der Regierung selbst wie Sie angehören.

Noch weniger stichhaltig ist der zweite Grund. Wer mit der Munitionsbeschaffung zu tun hat wie Herr Oberst Bauer<sup>5)</sup>, der muß sich selbstverständlich mit den Rüstungsfirmen ins Benehmen setzen. Der Zweck der Verhandlungen war, die Munitionsherstellung der Rüstungsindustrie zu haben, und zu diesem Zwecke hat eine ganze Reihe von Besprechungen zwischen Firmen der Rüstungsindustrie stattgefunden, und Herr Oberst Bauer hat dabei das Hauptquartier vertreten. Ihm hieraus einen Vorwurf zu machen, ist unberechtigt.

Ich möchte jedenfalls meine warnende Stimme vor einem derartigen Eingriff der Zivilgewalt in das Militärwesen erheben. So wenig, wie die Militärgewalt in politische Dinge eingreifen soll, so wenig erscheint es mir zulässig, daß einer unserer hohen Offiziere der Operationsabteilung ausdrücklich deshalb verabschiedet wird, weil man ihm parteipolitisch nicht wohl will.<sup>6)</sup> Ich fürchte, daß die neue Regierung einen sehr wenig guten Stand haben wird, wenn dies geschieht. Da mir daran liegt, der Regierung diese Schwierigkeiten zu ersparen, möchte ich

<sup>1)</sup> Abweichungen dieser Ausfertigung vom Entwurf, der „30. 10.“ datiert ist (a.a.O.), werden in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 90 bes. Anm. 13.

<sup>3)</sup> Im Entwurf folgte ursprünglich noch: „Diese beiden Gründe sind Herrn Oberst Bauer auf sein Befragen wörtlich mitgeteilt worden.“

<sup>4)</sup> Vgl. Quellen I/II S. 73 ff., 81 ff.

<sup>5)</sup> Als Chef der für Kriegsgerätebedarf und Munitionsbeschaffung zuständigen Operationsabteilung II (O II) der OHL.

<sup>6)</sup> Im Entwurf gestr.: „Herr Oberst Bauer wird, wie ich annehme, die Flucht in die Öffentlichkeit antreten und ich fürchte [. . .]“

Sie auf diese Situation hinweisen.<sup>7)</sup> Ich nehme an, daß die Agitation<sup>8)</sup> gegen Oberst Bauer entweder von Haußmann oder von Wahnschaffe ausgeht.

Mit den besten Empfehlungen  
Ihr sehr ergebener<sup>9)</sup>

<sup>7)</sup> Im Entwurf ursprünglich: „um einen Eklat zu verhindern.“

<sup>8)</sup> Im Entwurf statt: „die Agitation“ ursprünglich: „das Kesseltreiben“.

<sup>9)</sup> Auf dieses Schreiben antwortete Erzberger am 1. 11. (Nachlaß Stresemann a.a.O., Maschinenschrift), die Verabschiedung von Bauer sei seines Wissens „nicht darauf zurückzuführen, daß er an dem Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg beteiligt war, ebensowenig darauf, weil er im Verdacht steht, mit der Schwerindustrie paktiert zu haben, sondern weil nachgewiesen worden ist, daß er entgegen dem dienstlichen Befehl sich in letzter Zeit politisch betätigt hat. Die Maßnahme ist nach meinen Informationen lediglich von den militärischen Stellen infolge Überschreitung eines dienstlichen Befehls vollzogen worden.“ Daraufhin nahm Stresemann noch einmal Stellung und schrieb am 5. 11. an Erzberger (Durchschlag a.a.O.), soviel er wisse, „liegt bezüglich der Verabschiedung ein Ausspruch des Herrn Vizekanzlers von Payer vor, der die von mir angegebenen Gründe als diejenigen der Regierung mitteilte. Vielleicht habe ich Gelegenheit, mit Ihnen einmal mündlich die Angelegenheit zu besprechen, denn ich habe die Empfindung, daß sie die Öffentlichkeit noch weithin beschäftigen wird.“

### III.

#### 31. 10. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Geheimes Protokoll der Kabinettsitzung vom 31. Oktober 1918. Abends 6 Uhr.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Staatssekretär des Reichsschatzamts, (später) der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der Staatssekretär des Innern, der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, der Kriegsminister, der Minister des Innern, die Staatssekretäre Erzberger, Gröber, Haußmann, Scheidemann, der Chef der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Deutelmoser, [Simons].<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 538 ff. (teilweise dem Wortlaut des amtlichen Protokolls folgend, teilweise in enger Anlehnung); Payer S. 147 ff. (Payer war auf seinen Wunsch im März 1921 eine Abschrift des Protokolls von der Reichskanzlei übersandt worden; DZA Potsdam a.a.O.); Scheidemann, Zusammenbruch S. 199 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 239 f.; Erzberger S. 323 f.; Niemann, Revolution S. 416 (Aufzeichnung Wahnschaffes vom 2. 8. 1919). Im Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, sowie im Nachlaß Erzberger 55 (Durchschlag) befinden sich Niederschriften der beiden Staatssekretäre über diese Sitzung. Die sachlichen Abweichungen dieser Fassungen vom amtlichen Protokoll werden in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>2)</sup> Vor dieser Sitzung — nach Prinz Max S. 544 am Nachmittag, nach dem Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) hingegen um 10 Uhr — hatte der Reichskanzler mit Payer, Wahnschaffe, Friedberg, Drews, Simons und Scheüch eine „geheime Beratung“ über die Kaiserfrage abgehalten. Über deren Verlauf und Ergebnis vgl. Prinz Max S. 544 ff. Dazu kritisch Scheidemann, Memoiren II S. 258 f.; Lütge S. 194.

<sup>3)</sup> Das Protokoll ist von Simons unterzeichnet.

Der Reichskanzler stellt die Frage der Abdankung des Kaisers zur Erörterung<sup>4)</sup> und verliest folgende Erklärung:<sup>5)</sup>

Ich habe die Frage der Abdankung Seiner Majestät des Kaisers ohne Unterlaß seit Tagen erwogen. Ich habe Vertrauensmänner Seiner Majestät bei mir gehabt und mit diesen die Frage eingehend besprochen.<sup>6)</sup> Ich habe ihnen Material gegeben, um sie in den Stand zu setzen, Seine Majestät über die Lage im In- und Ausland aufzuklären<sup>7)</sup>. Ich werde dafür sorgen, daß diese Aufklärung nicht unterbrochen wird. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß eine Abdankung Seiner Majestät des Kaisers nur eine freiwillige sein kann und darf, denn so allein kann das Reich und das Heer vor Schaden bewahrt, die Würde Deutschlands gewahrt werden.

Voraussetzung für mein eigenes Handeln muß sein, daß mir die Freiheit des Handelns nicht beeinträchtigt und vermieden wird, einen Druck auf mich auszuüben.

Er bemerkt, daß er der Erörterung aus zwingenden Gründen seiner politischen Pflichten nur kurze Zeit beiwohnen könne.<sup>8)</sup>

Herr Scheidemann<sup>9)</sup> erklärt, daß er durch die Anschneidung der Kaiserfrage

<sup>4)</sup> Dazu Jäckh S. 449 (Schreiben an Prinz Friedrich Karl von Hessen vom 31. 10. 1918): „Der Stein ist jetzt im Rollen, und die heutige Sitzung des Kriegskabinetts (um 5.30 Uhr) wird in die Notwendigkeit versetzt, Stellung zu nehmen.

Dabei gehen die Staatssekretäre, mit denen ich heute über Mittag zusammen war, davon aus, daß jede Entscheidung, wie sie auch fallen mag, gemeinsam vom Reichskabinett und vom Preußischen Staatsministerium getroffen werden müsse — aus naheliegenden verschiedenen Gründen.

Die Auffassung ist bereits da, daß die Abdankung des Kaisers unvermeidlich sei, und daß, wenn sie nicht erfolgt, auch die Dynastie gefährdet ist. Eine Beseitigung der Dynastie will aber nicht einmal die Sozialdemokratie: auch sie (ich war mit ihrem Vorsitzenden Ebert nochmals zusammen) will die Dynastie retten und erhalten, hält es aber nur für möglich, wenn der Kaiser jetzt geht.“

<sup>5)</sup> Als Anlage (Maschinenschrift) dem Protokoll angefügt mit der Datierung: „Berlin, den 31. Oktober 1918.“ Im Wortlaut abgedruckt bei Prinz Max S. 538.

<sup>6)</sup> Vgl. a.a.O. S. 526 f., 551.

<sup>7)</sup> Vgl. a.a.O. S. 557 f.

<sup>8)</sup> S. unten Anm. 16.

<sup>9)</sup> Scheidemann hatte dem Prinzen Max am Abend des 29. 10. durch Boten einen Brief zustellen lassen, in dem es einleitend hieß, daß in der „Sitzung der Herren Staatssekretäre vom 28. Oktober“ (vgl. Nr. 102) die vorwiegende Meinung dahin gegangen sei, „sich vorläufig mit der Verfügung des Herrn Oberbefehlshabers abzufinden, die in der Presse verbietet, die Forderung nach dem Rücktritt des Kaisers zu erheben“. Da auf diese Weise die Öffentlichkeit keine Möglichkeit habe, „durch Diskussion eine Frage zu klären, die zu einer brennenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden“ sei, führte Scheidemann weiter aus, sehe er sich gezwungen, „nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese: die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, Seiner Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten“. Die große Mehrheit der Bevölkerung sei überzeugt davon, daß durch das Verbleiben des Kaisers die Friedensbedingungen verschlechtert würden. Es könne nicht bezweifelt werden, „daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstigere Aussichten bieten, wenn die im Deutschen Reich vollzogene Änderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reichs nach innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß der hier vorgeschlagene Schritt nur hinausgezögert, aber doch nicht vermieden werden kann“. Deshalb sei es besser, wenn der Kaiser „die nach Auffassung auch zahlreicher deutscher Staatsmänner“ unabweislichen Konsequenzen so schnell wie möglich ziehe. — Voller Wortlaut des Briefes bei Scheidemann, Memoiren II S. 253 ff. sowie — mit

überrascht sei und sie daher unvorbereitet behandeln müsse.<sup>10)</sup> Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Reichskanzler der Verhandlung nicht werde beiwohnen können, da sie von ausschlaggebender Bedeutung sei und fährt dann fort:

Die Lage hat sich seit etwa vierzehn Tagen erheblich verschlechtert, ganz besonders auch die Haltung des Heeres. Je weiter von der Front weg, desto mehr. Dazu kommt der Abfall der Bundesgenossen. Die Welt sucht einen Sündenbock für das Unheil. Die öffentliche Meinung hält sich dabei an allerlei Äußerungen, die der Kaiser früher getan hat und die im Gedächtnis geblieben sind. Die Rückwirkung solcher Äußerungen auf das Inland ist ganz allgemein und führt zu immer stärkeren Angriffen auf die Person Seiner Majestät. Eigentlich hat sich in Bürgerkreisen und Bauernkreisen kein Verteidiger für den Kaiser gefunden. Bei unseren Arbeitern lebt die Überzeugung, wir bekommen nicht den Frieden, der unserem Volk das Weiterleben ermöglicht, solange nicht der Kaiserismus erledigt ist.

Wir haben uns immer bemüht, aus den Noten Wilsons herauszulesen, daß der Präsident nicht die Abdankung des Kaisers verlangt. Aber das Auswärtige Amt wird mir bestätigen, daß im ganzen Ausland die Auslegung eine andere ist. Man glaubt, daß Wilson sagen will: wir bekommen einen besseren Frieden, wenn der Kaiser wegfällt. Sind die Bedingungen so schlimm, daß wir sie nicht annehmen können, sondern uns wehren müssen bis zum Äußersten, dann können wir einen solchen Kampf nur kämpfen, wenn der Kaiser gegangen ist.

Daher ist es eine gebieterische Pflicht, dem Kaiser nahezu legen, daß er den Schritt freiwillig tut. Ich möchte nicht, daß der Kaiser in eine unwürdige Rolle gedrängt wird.<sup>11)</sup> So wäre es unwürdig gewesen, wenn der Kaiser die Order veröffentlicht hätte, die ihm aus Anlaß der Verfassungsänderungen vorgelegt werden sollte;<sup>12)</sup> sie enthielt an sich schöne Worte, aber Worte, die nicht zum Wesen des Kaisers passen. So war es nicht würdig, daß wir uns unter der Peitsche Wilsons zu den Verfassungsänderungen haben treiben lassen, die wir längst freiwillig hätten machen sollen. Unwürdig wäre auch, wenn der Kaiser abdankte, weil das Volk ihn dazu zwänge durch Ausstände und Aufstände, und das wird kommen. Unsere Presse hat sehr zurückgehalten; eine

---

der falschen Datierung 20. 10. — bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 201 ff., ferner in Ursachen und Folgen II S. 548 ff.; Auszüge bei Prinz Max S. 531 und bei Schulthess 1918/I S. 404 f.

In einer Unterredung am nächsten Vormittag gelang es dem Prinzen, Scheidemann zur Zurücknahme des Briefes zu bewegen, ohne sich jedoch, wie er a.a.O. S. 532 betont, Illusionen darüber hinzugeben, daß Scheidemanns Einlenken „nur eine Formalität war und im besten Falle eine Atempause gewährte; früher oder später mußte die Forderung nach der Abdankung des Kaisers von der Sozialdemokratie offiziell aufgestellt werden.“ A.a.O. S. 538 bemerkt der Prinz, daß er beschlossen habe, „wenn irgend möglich, Scheidemann im Kabinett zu binden, keinen weiteren Druck auf mich auszuüben“.

Dazu die Version Scheidemanns, Zusammenbruch S. 203 f., wo er über die Unterredung mit dem Kanzler vom 30. 10. vormittags berichtet, daß er dem Prinzen eine Frist von 24 Stunden gestellt habe; sonst könne er nicht im Kabinett bleiben. Er habe ihm den Brief, „den er mir fortgesetzt entgegenstreckte“, abgenommen und gesagt: „Also bis morgen mittag.“ Vgl. ferner den in Anm. 4 zitierten Brief Jäckhs.

<sup>10)</sup> Ähnlich in der Aufzeichnung Erzbergers (s. Anm. 1). Demgegenüber heißt es bei Haußmann (s. Anm. 1), Scheidemann habe ihn, Haußmann, auf eine entsprechende Frage hin vor der Sitzung gesagt, „er werde die Kaiserfrage heute vorbringen, was mir mittags Ebert angekündigt hat. Ich sagte, die Frage sei akademisch.“

<sup>11)</sup> A.a.O.: „Wir wollen Dinge wie in Prag vermeiden.“

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 100, bes. auch Anm. 44 und 45.

einzelne Ausnahme bestätigt die Regel. Ich meine das „Magdeburger Volksblatt“. Jetzt läßt sie sich nicht mehr zurückhalten. Der „Vorwärts“ hat heute einen Artikel gebracht, der schon deutlich genug war, obwohl er die Zensurbestimmungen einhielt.<sup>13)</sup> Ein geschickter Journalist kann das immer einrichten, daß er keine Forderung aufstellt, aber durchblicken läßt, was er meint.

Ich bin ganz einverstanden damit, was der Herr Reichskanzler sagt: wir dürfen keinen Druck auf den Kaiser ausüben, auch nicht vom Kabinett aus. Aber man soll ihm raten.

Wir dürfen auch das Kabinett nicht auffliegen lassen. Wenn ich es für eine historische Notwendigkeit erkläre, daß der Kaiser geht, so spreche ich keine Drohung aus, daß ich aus dem Kabinett austrete, wenn es nicht geschieht. Bevor ich so etwas sage, müßte ich mich mit meinen Parteifreunden besprechen, als deren Vertreter ich hier bin.<sup>13a)</sup>

Aber darüber darf man sich nicht täuschen: die Forderung wurde nicht zunächst in Arbeiterkreisen erhoben, sondern in Bürgerkreisen; namentlich in Süddeutschland, wo die partikularistische Bewegung wächst.<sup>14)</sup> In Bayern heißt es jetzt: Los von Preußen! Zusammen mit Deutsch-Österreich! Weg vom Reich! Das wäre das Schlimmste, was uns geschehen könnte. Das Reich muß in seiner ganzen Größe und Wucht erhalten bleiben, mit einem einheitlichen Volk, das weiß, was ihm sein Vaterland wert ist.

Auch die Bauern, namentlich in Süddeutschland, stehen auf dem Standpunkt, daß der Kaiser abdanken sollte; alle entgegenstehenden Nachrichten sind falsch. Was mich am meisten überrascht hat, ist die Stellungnahme des Beamtentums. Ich hätte nie für möglich gehalten, daß diese Leute so glatt umfallen.

Auch eine ganze Anzahl Offiziere sind bei mir gewesen und haben dieselbe Meinung ausgesprochen. Das waren Offiziere bis zum Obersten herauf. Es tat ihnen allen sehr leid, aber sie sagten, höher als die Stellung des Kaisers steht uns das Vaterland.

Und das ist richtig. Liegt es im Interesse des Landes und des Volkes, so muß man sich über die Gefühle, die ich durchaus ehre, hinwegsetzen. Es ist auch im Interesse des Kaisers selbst und seines Namens in der Geschichte. Er muß die Folgerung der Niederlage ziehen und freiwillig zurücktreten.<sup>15)</sup>

Der Reichskanzler dankt Herrn Scheidemann für seine Erklärung, einer Sprengung des Kabinetts nicht zuzustimmen. Er werde jetzt durch dringliche Pflichten abgerufen.<sup>16)</sup>

<sup>13)</sup> Vgl. die Wiedergabe dieses Leitartikels bei Schulthess 1918/I S. 402 ff.

<sup>13a)</sup> Dazu Anm. 9 und 16.

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 101 und 105 sowie Nr. 121.

<sup>15)</sup> Dazu die Niederschrift Erzbergers (s. Anm. 1): „[. . .] Der Kaiser könne sich einen glänzenden Abgang verschaffen, wenn er aus Liebe zum Volk zurücktritt. Der Kernpunkt sei, das Reich müsse erhalten bleiben. Sentimentale Erwägungen dürfen nicht Platz greifen. Er wolle aber nicht durch diese Frage das Kabinett sprengen.“

<sup>16)</sup> Vgl. Prinz Max S. 540: „Ich überhörte das Wort von übler Vorbedeutung: ‚Bevor ich so etwas sage (d. h. drohe, aus dem Kabinett auszutreten), müßte ich mich mit meinen Parteifreunden besprechen‘, und sprach Herrn Scheidemann meine Genugtuung aus über seine Zusage, das Kabinett nicht sprengen zu wollen. Dann mußte ich die Sitzung verlassen, um den Großherzog von Hessen zu sprechen, der unerwartet schnell aus Darmstadt eingetroffen war.“ Der Reichskanzler hatte den Großherzog nach Berlin gebeten, um als Vermittler dem Kaiser die Abdankung nahezu legen. Aber sowohl der Großherzog und der ihn begleitende Prinz Friedrich Karl von Hessen als auch Prinz August Wilhelm von Preußen lehnten es ab, diese undankbare Aufgabe zu übernehmen; vgl. a.a.O. S. 544.

Der Vizekanzler übernahm den Vorsitz und führte aus:<sup>17)</sup>

Man könne hier keinen *Beschluß* fassen wie in einem Kollegium, sondern nur Meinungen äußern, die der Reichskanzler erwägen müsse.

Bis zum vorigen Sonntag<sup>18)</sup> habe er noch geglaubt, dem Kaiser die Abdankung ersparen zu können. Die Entwicklung der letzten Zeit habe ihn überzeugt, daß eine Lösung nur durch den freiwilligen Rücktritt Seiner Majestät zu finden sei, und zwar freiwillig gegenüber jedem Druck von innen und von außen. Die Lage müsse dem Kaiser klar vorgestellt werden. Es sei das Sache des Vertrauens, das man zu dem Kaiser, seiner Umgebung und auch zum Herrn Reichskanzler habe. Auch den Herrn Reichskanzler dürfe man nicht einem einstimmigen Kabinettsvotum gegenüberstellen. Auch auf ihn dürfe kein Druck ausgeübt werden.<sup>19)</sup>

Herr Trimborn: Die Strömung der öffentlichen Meinung, die die Abdankung verlange, habe ungemein zugenommen.<sup>20)</sup> Die Frage müsse daher verfassungsrechtlich geprüft werden. Die Abdankung des Kaisers ziehe den Verzicht des Kronprinzen nach sich. Dann trete die Notwendigkeit der Regentschaft ein. Diese Notwendigkeit müsse von beiden Kammern des preußischen Landtags bejaht werden; also müsse der jetzige Landtag zusammengerufen werden, was seine Bedenken habe. Wenn er die Frage bejaht, und das müsse zweifellos geschehen, so trete die Regentschaft ein und damit entstehe die Frage, ob der Regent auch befugt sei, die kaiserlichen Rechte im Reich auszuüben. Die Reichsverfassung kenne keine Regentschaft, es sei also ein neues Reichsgesetz nötig. Man müsse aber auch sicher sein, daß die Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg sich unter den Regenten stellen würden. Das Heer müsse neu vereidigt werden.

Gegenüber diesen Schwierigkeiten sei im Reichsamt des Innern angeregt worden, ob nicht statt der Regentschaft eine Stellvertretung des Kaisers in Frage kommen könnte?<sup>21)</sup> Als Vorgang käme die Stellvertretung Kaiser Wilhelms I. durch den

<sup>17)</sup> Nach Prinz Max S. 540, der Payers Ausführungen, abgesehen von kleinen redaktionellen Veränderungen, wörtlich wiedergibt, brachte der Vizekanzler die Diskussion „auf das richtige Gleis.“

<sup>18)</sup> Dazu bes. Nr. 99 sowie Prinz Max S. 516 ff., wo es u. a. heißt, daß der 27. 10., an dem die Unglücksbotschaften sich häuften und unter dem Eindruck des Abfalls der Donaumonarchie in letzter Minute die deutsche Antwortnote an Wilson umredigiert worden war, „ein böser Tag gewesen“ sei.

<sup>19)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) ist als nächste Äußerung festgehalten: „Roedern: Solf soll kommen.“

<sup>20)</sup> Bei Scheidemann, Memoiren II S. 239 f. ausführlicher: „Ich kann nur bestätigen, was Scheidemann gesagt hat; die Strömung gegen den Kaiser ist ungemein gewachsen; besonders kann ich bestätigen, was Scheidemann über die Beamten gesagt hat; auch aus deren Kreisen, also von einer Seite, von der man es am wenigsten hätte erwarten dürfen, kommen die Forderungen, daß der Kaiser gehen müsse. [. . .]“

<sup>21)</sup> Vgl. a.a.O. S. 240: „Aber die Schwierigkeiten, die sich bei einem Rücktritt des Kaisers aufürmen, sind riesengroß. Natürlich könnte ihm der Kronprinz auf dem Thron nicht folgen, die Krone fiel also einem Minderjährigen zu (Zwischenruf [nach dem amtlichen Protokoll kein Zwischenruf, sondern eine Wendung, die Gröber während seiner späteren Ausführungen benutzte; vgl. unten] *Gröbers*: Wehe dem Lande, dessen König ein Kind ist!), es käme also eine Regentschaft in Frage. Man könne auch die Frage aufwerfen, ob nicht eine Stellvertretung des Kaisers zu erwägen wäre.“

damaligen Kronprinzen nach dem Attentate Nobilings<sup>22)</sup> in Betracht. Damals habe der Kronprinz, nachdem die Stellvertretung im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden sei, die wichtigsten Staatsakte vollzogen.

Trete der Kaiser nur zugunsten eines Stellvertreters zurück, so würden alle Schwierigkeiten — Landtag, Vereidigung, Regentschaft usw. — wegfallen. Legislatorisch sei die Lösung sehr elegant.<sup>23)</sup> Praktisch gehe sie allerdings nicht weit genug.

Herr **Erzberger** erklärt diese Lösung für politisch unmöglich und staatsrechtlich undurchführbar. Für die Stellvertretung müßten ganz andere Voraussetzungen gegeben sein. Wenn der Kaiser nur durch einen Stellvertreter herrsche, so ist die neue Regierung als vorläufige gekennzeichnet.

Zur Abdankungsfrage stellte er sich auf den Standpunkt des Herrn Reichskanzlers: sie sei wertlos, wenn sie nicht freiwillig sei. Auf das Ausland und seine Stimmungen sei hierbei keine Rücksicht zu nehmen. Es handle sich um neue Tatsachen. Er bitte, daß der Staatssekretär des Auswärtigen sich hierüber äußere. Als neue Tatsachen könnten auch die Waffenstillstandsbedingungen in Betracht kommen.<sup>24)</sup> So wenig es für König Konstantin von Griechenland unwürdig gewesen sei, unter dem Druck des Auslands abzugehen<sup>25)</sup>, würde es für Seine Majestät unwürdig sein. Man solle nichts überstürzen, die Stimmung für die Abdankung wachse zwar, aber vielleicht die Hälfte des Volks sei anderer Meinung und nur noch nicht zum Wort gekommen. Auskünfte, die er kürzlich aus den verschiedensten Volkskreisen eingezogen habe, seien sämtlich gegen die Abdankung ausgefallen.

Er selbst würde die Abdankung jetzt sehr bedauern. Namentlich sei die Wirkung auf das Heer bedenklich.<sup>26)</sup> Jedenfalls sei Einheitlichkeit der Regentschaft im Reich und in Preußen Voraussetzung, sonst komme die Absplitterung der süddeutschen Staaten mit Naturnotwendigkeit. Bayern sei schon auf dem Wege zur Loslösung vom Reich. Letzten Endes falle die Kaiserkrone und es entstehe die Republik. Gelingen es nicht, die Regentschaft in Preußen und im Reich einheitlich zu führen, so behalte man besser den Kaiser.<sup>27)</sup>

<sup>22)</sup> 2. 6. 1878. Dazu das Kapitel „Das zweite Attentat und seine Folgen“, bei Wolfgang Pack, Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878—1890 (Beitr. zur Geschichte des Parlamentarismus und der polit. Parteien Bd. 20). Düsseldorf 1961, S. 53 ff.

<sup>23)</sup> In Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1): „Die eleganteste Lösung würde sein, wenn der Kaiser für längere oder kürzere Zeit einen Stellvertreter ernennen würde.“

<sup>24)</sup> A.a.O. deutlicher: „[. . .] solche neuen Tatsachen könne die Antwort der Alliierten bringen. Diese Antwort müsse erst abgewartet werden [. . .]“

Bei Haußmann (s. Anm. 1): „[. . .] Auf Grund neuer Tatsachen. Wenn entehrende Bedingung[en], dann soll er gehen, vorher nicht [. . .]“

<sup>25)</sup> Die Ententemächte hatten am 11. 6. 1917 die Abdankung des Königs erzwungen, der mit dem Kronprinzen außer Landes gehen mußte und die Krone seinem zweiten Sohn Alexander übertrug.

<sup>26)</sup> Bei Haußmann a.a.O.: „[. . .] Folgen auf das Heer sind unabsehbar. Folgen aufs Volk schwere Erschütterung / wenn nicht freiwillig.“

<sup>27)</sup> In Erzbergers eigener Niederschrift (s. Anm. 1): „[. . .] Unter allen Umständen dürfe das Kabinett keinen Druck auf den Kaiser ausüben. Trete der Kaiser zurück, so sei es im Interesse des Reiches schon erforderlich, daß der Regent von Preußen gleichzeitig Reichsverweser sei. Man könne [—] ohne jeden Zwang[,] die Reichsverfassung zu interpretieren [—] annehmen, daß die[s] schon gesetzlicher Zustand sei.

Minister Exz. *Dreus* stimmt letzterem zu.“

Herr Drews stellt die Rechtslage klar. Er verliest den Artikel 56 der Preußischen Verfassungsurkunde<sup>28)</sup> und bestätigt, daß die Feststellung der Voraussetzungen der Regentschaft durch den Landtag im Falle der Minderjährigkeit des Königs nur ein Formalakt sei, während sie bei Geisteskrankheit materielle Bedeutung habe. Daß die Reichsverfassung für den Fall der Regentschaft in Preußen eine Lücke enthalte, sei zuzugeben. Die überwiegende Ansicht der Rechtslehrer gehe aber dahin, daß der Preußische Regent die Rechte des Deutschen Kaisers auszuüben habe.<sup>27)</sup> Dies folge seiner Ansicht nach aus der Entstehungsgeschichte des Artikel 11<sup>29)</sup> der Reichsverfassung.<sup>30)</sup>

Herr Haußmann erklärt, daß das Vertrauen zum Reichskanzler nach seiner Erklärung in der Kaiserfrage gestärkt sei.<sup>31)</sup> Er spricht sich für die Einheitlichkeit der Regentschaft und Reichsverweserschaft aus, hält aber ein Reichsgesetz zur Ergänzung der Verfassung für erforderlich.

Gegen Herrn Erzberger bemerkt er, daß es widerspruchsvoll sei<sup>32)</sup>, nur eine freiwillige Abdankung als wertvoll hinzustellen und dann abwarten zu wollen, bis die Entente so schwere Bedingungen stellt, daß der Kaiser zurücktreten müsse. Dann sei eben der Rücktritt nicht nur dem Ausland gegenüber kein freiwilliger mehr, sondern der Kaiser verliere auch nach innen das Recht auf Dankbarkeit. Jetzt würde die Thronentsagung ein großes Opfer sein, das dem Volk zum Zweck eines günstigen Friedens gebracht wird; die Dankbarkeit dafür würde die Erschütterungen, die man davon befürchtet, überwiegen.

Bei einer Abdankung wegen der Bedingungen<sup>33)</sup> wäre für die Regierung eine unmögliche Lage geschaffen. Wenn der Kaiser und König die Bedingungen für so schwer hält, daß er lieber vom Thron steigt, als sie anzunehmen, solle dann die Regierung sie annehmen? Wie denke man sich dann die Aussicht auf einen Endkampf? Wenn es geschähe, müsse es geschehen, ehe die Bedingungen bekannt sind.

Herr Gröber bestreitet gegenüber Herrn Scheidemann, daß der Kaiser keine Verteidiger habe, und weist auf die Versammlungen und Resolutionen hin, namentlich auch in der Zentrumsparthei, die sich für Kaiser und Dynastie ausgesprochen hätten.

<sup>28)</sup> „Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat (Art. 53), welcher der Krone am nächsten steht, die Regentschaft. Er hat sofort die Kammern zu berufen, die in vereinigter Sitzung über die Notwendigkeit der Regentschaft beschließen.“

<sup>29)</sup> Für die umstrittene Frage vgl. Nr. 104, bes. auch Anm. 2.

<sup>30)</sup> Über die Entstehungsgeschichte des Art. 11 der Reichsverfassung vgl. Otto Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. und ergänzt von Alexander Scharff. Heidelberg 1958, S. 238 f., 250 f., 269, 282.

<sup>31)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) ausführlicher: „Das Vertrauen zum Reichskanzler, daß er die staatlichen Notwendigkeiten erkennt, hat sich durch seine Erklärungen erhöht. Er muß frei sein, um unsere unausgesprochene Meinung handelnd zu vertreten. Er muß mit Takt handeln können und Takt war nie nötiger. Er ist freier, wenn wir keinen Druck ausüben. Damit die Freiwilligkeit nicht verlorengeht, enthalte ich mich aller Ausführungen.“ In Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1): „Haußmann will zur Frage selbst nicht sprechen, da der Prinz frei sein soll.“

<sup>32)</sup> Die folgenden Ausführungen Haußmanns, abgesehen von geringfügigen redaktionellen Veränderungen, wörtlich bei Prinz Max S. 541; sachlich erwähnenswert nur die in der folgenden Anm. zitierte Verstärkung.

<sup>33)</sup> Bei Prinz Max S. 541: „wegen harter Bedingungen“.

Wilson habe klar zu erkennen gegeben, daß er die Abdankung nicht verlange.<sup>34)</sup> Was werde auch mit der Abdankung erreicht? Dann käme der Kronprinz zur Regierung, der gleichfalls abdanken müsse, und dann ein Kind.<sup>35)</sup> Er erinnere an das Wort: „Wehe dem Volke, dessen König ein Kind ist!“

Daß die Regentschaft im Reich und in Preußen schon nach geltendem Recht zusammenfalle, sei ihm unzweifelhaft, da die Verbindung der Kaiserlichen Rechte mit der Krone Preußens in der Verfassung festgelegt sei. Die Bundesfürsten hätten also gar nicht die Wahl, ob sie sich dem Regenten unterordnen wollten oder nicht: sie müßten es nach der Verfassung.

Werde nun das Kind<sup>35)</sup> volljährig, so sei keine Verbesserung der Lage erreicht. Denn man müsse zweifeln, daß ein Achtzehnjähriger Deutschland zu regieren im Stande sei. Rechtlich liege dann die Sache auch nicht anders als jetzt, so daß deshalb Wilson nicht befriedigt zu sein brauche.

Eine große Anzahl feindlicher Zeitungstimmen forderten allerdings die Abdankung, aber deren Einmischung müßten wir ablehnen.

Man erwarte freilich in manchen Kreisen bessere Friedensbedingungen, wenn der Kaiser gehe, aber ehe wir nicht die Bedingungen kennen, sollten wir nicht darüber entscheiden, das müsse man ruhig abwarten.

Seien die Bedingungen hart, so würde die Lage in Deutschland durch den Weggang des Kaisers eher verschlechtert als verbessert. Er sei durch und durch monarchisch gesinnt und ziehe daraus auch die Folgerungen. Aber auch aus Verstandsgründen sei er dagegen, daß der Kaiser abdanke, das würde zerstörend auf Heer und Volk wirken. Freiwilligkeit gäbe es jetzt nicht mehr, das werde jeder einfache Mann im Volk erkennen. Mit dem Kaiser müsse auch die Regierung gehen und dann gäbe es Anarchie. Es gäbe subversive Elemente genug.<sup>36)</sup>

Man halte aus theoretischen und praktischen Gründen am Kaiser fest, man übe nicht nur keinen Druck auf ihn aus, sondern arbeite für ihn, denn: qui tacet consentire videtur. Man müsse den Kaiser stützen wie einst Bismarck seinen Großvater<sup>37)</sup> gestützt habe, als der zur Abdankung entschlossen gewesen sei.<sup>38)</sup> Vor allem solle man sich erst entscheiden, wenn die Note mit den Bedingungen da sei.

Graf Roedern spricht sich gegen den Gedanken einer Stellvertretung aus. Die Regentschaft sei nicht so schwierig einzurichten, da die beiden Kammern nicht zu beraten, sondern nur zu bestätigen hätten.

Herr Friedberg: Er stimme mit Herrn Gröber völlig überein. Die Bewegung für die Abdankung sei suggestiv und sei durch die Presse verschuldet.

<sup>34)</sup> In Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1) dagegen: „Wilson hat absichtlich alles im Dunkeln gelassen.“

<sup>35)</sup> Wilhelm, der älteste Sohn (geb. 1906) des Kronprinzen Wilhelm.

<sup>36)</sup> In Haußmanns Wiedergabe (s. Anm. 1): „Es kommen Entscheidungen auf der Straße.“

<sup>37)</sup> Kaiser Wilhelm I.

<sup>38)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) folgt noch: „Das Schauspiel von Rußland schreckt. Ich bedaure die Abwesenheit des Kanzlers. Wir sind überrascht durch die Erklärung des Kanzlers [..]“

Der Schein einer freiwilligen Abdankung sei gar nicht mehr zu wahren, man würde immer sagen, dem Kaiser sei die Lage so dargestellt worden, daß er sich gezwungen gesehen hätte.

Die Wirkung auf das Ausland sei höchst zweifelhaft. Die Folge für das Reich und Preußen sei verhängnisvoll. Die Herrschaft eines Kindes würde zur Republik führen.

Wenn schwere Bedingungen kämen, würde sich allerdings der Zorn gegen den Kaiser kehren. Dann gäbe es aber immer noch einen guten Abgang, wenn der Kaiser an die Front ginge und persönlich gegen diese Bedingungen den Kampf fortführe.<sup>39)</sup> Nicht überstürzen!

Der Gedanke der Stellvertretung sei ganz unmöglich und nicht einmal besonders elegant. Das Beispiel aus 1878 passe nicht, man müsse auf die Jahre 1856 und 1857 zurückgehen, als der Prinz von Preußen<sup>40)</sup> die Stellvertretung Friedrich [Wilhelms] IV. übernahm.

Das Verhältnis der Regentschaft zum Reich halte er für klar. Sollte aber der Reichstag auch, wie einzelne Schriftsteller, eine Lücke in der Verfassung annehmen, müsse man ein Notgesetz machen. In Preußen könnten alle Prinzen auf die Regentschaft verzichten, so daß der Landtag wählen müßte. Man könne dann im Reich und in Preußen die gleiche Wahl treffen.

Herr Scheidemann bemerkt, daß die Regentschaft im Reich ohne Gesetz gemacht werden könnte, trotzdem die Grundlage nicht völlig klar sei, wenn Bundesrat und Parteien einig wären. Zur Abdankung führte er aus, daß der Druck von außen ihm noch schlimmer erschiene als der Druck von innen. Jedenfalls lägen Nachrichten vor, die besagten, die Bedingungen würden besser, wenn der Kaiser gehe.<sup>41)</sup>

Herr Friedberg: Das seien Nachrichten von interessierten Diplomaten.

Herr Scheidemann warnt davor, es erst zu einem Kampf im Innern kommen zu lassen. Er würde nicht vor der Person des Kaisers Halt machen.

Gegenüber Herrn Gröber sage er, daß der Enkel des Kaisers in demokratischer Luft aufwachse und unter anderen Umständen den Thron besteigen werde als sein Vater und Großvater. Wenn Herr Friedberg gesagt habe: Nicht überstürzen! so antworte er: Nicht zu spät!<sup>42)</sup>

Herr Scheüch: Er glaube, es werde nie zu spät sein, sondern immer zu früh. Er schließe sich Herrn Erzberger und Gröber an.<sup>43)</sup> Stimmungen solle man nicht

<sup>39)</sup> A.a.O.: „[. . .] Der Kaiser könnte abdanken, aber das Heer führen.“

<sup>40)</sup> Der spätere König Wilhelm I.

<sup>41)</sup> Bei Haußmann a.a.O.: „Scheidemann: gegen Erzbergers Widerspruch. Kundige behaupten, Wilson könnte anders frei operieren, wenn der Kaiser ginge.  
Vermißt Solf.“

<sup>42)</sup> A.a.O.: „Nicht zu spät. Wer die Monarchie als Institution retten will, muß jetzt handeln.“  
Vgl. Prinz Max S. 542.

<sup>43)</sup> Für das Folgende vgl. die Niederschrift Erzbergers (s. Anm. 1): „[. . .] Staatssekretär Erzberger habe den Nagel auf den Kopf getroffen: nicht durch Stimmungen, sondern durch neue Tatsachen könne man sich leiten lassen. Die Neutralen seien für Abdankung, weil sie durchaus Frieden haben wollten. Im Heer könne eine Abdankung zur Katastrophe führen.“  
Bei Haußmann a.a.O.: „[. . .] Ersterer [Erzberger] traf den Nagel auf den Kopf [. . .]“

nachgeben. Er habe gestern von einem sehr gescheiten Schweizer Bekannten einen langen Brief bekommen, daß der Kaiser abdanken müsse; darin stehe aber kein einziger tatsächlicher Grund.

In jeder Form der Regentschaft sehe er eine Auflösung des Reichs nach innen und eine schwere Gefährdung nach außen. Die schwere Zeit dulde keinen Regenten.

Die Abdankung ist Zwang und bleibt Zwang, der werde im Heer bitter empfunden werden. Wenn auch alle Ansichten wie im Volk, so im Heer vertreten seien, eine erzwungene Abdankung würde einen Riß in das Heer bringen. Das Heer sei mit dem Obersten Kriegsherren zusammengewachsen, risse man ihn los, so sei es zu Ende. Die Generäle würden nicht mehr mit dem Herzen dabei sein, wenn es den Endkampf um die Heimatgrenzen gelte.

Herr **Erzberger**: Ein Schweizer hat mir gestern gesagt: wenn Deutschland den Kaiser weggjagt, wird das Ausland sagen: die Deutschen sind als Sieger brutal, als Besiegte verächtlich. Und da hat er recht, wenn wir mit dem Kaiser ein Geschäft machen.

Sie glauben durch die Abdankung bessere Bedingungen zu erlangen? Ich glaube die Bedingungen stehen fest. Dann ist das Opfer vergeblich gebracht. Es wäre ein politischer Nachteil, wenn unmittelbar vor dem Eingang der Bedingungen der Kaiser abdankte. Dann wäre er vor ihnen geflohen, das würde niederschmetternd wirken. Ich kenne die Stimmen aus dem Ausland:

wenn ein deutscher Diplomat den Kardinal Mercier<sup>44)</sup> fragt, ob der Kaiser abdanken solle, so gehört er gehängt, und wenn der Kardinal von selbst davon spricht, und der Diplomat protestiert nicht, so gehört er auch gehängt.

Wenn ein deutscher Diplomat<sup>45)</sup> den dänischen Minister fragt, wie er darüber denke, so kann ich nur mein lebhaftes Bedauern aussprechen, daß man den Minister eines ausländischen Kleinstaats in einer Lebensfrage des deutschen Volks mitsprechen läßt.

Selbst die Engländer fürchten als Folge der Abdankung des Kaisers den Bolschewismus in Deutschland.<sup>46)</sup>

Herr **v. Payer** würde es vorziehen, wenn der Kaiser jetzt zurücktreten würde. Tue er es jetzt nicht, so kämen wir bei Eingang der Bedingungen in die übelste Lage.

Sie sind sicher schwer, dann wird das Volk sich nach dem Schuldigen umsehen. Man kann die Bewegung nicht als eine Zeitungsmache betrachten. Sie entspricht dem natürlichen Bedürfnis, jemand verantwortlich zu machen. Entlade sich die Stimmung, so werde der Kaiser sich nicht mehr halten können, und dann gehe es gegen die Dynastie. Daß der Kaiser erst nachher abdanke und die Führung des Heeres zum Endkampf übernehme sei unausführbar.<sup>47)</sup>

<sup>44)</sup> Désiré Kardinal Mercier, Erzbischof von Mecheln.

<sup>45)</sup> Vermutlich dürfte Brockdorff-Rantzau gemeint sein, der sich nach Prinz Max S. 532 eindeutig für die Abdankung ausgesprochen hatte.

<sup>46)</sup> Über Erzbergers Haltung zur Frage der Abdankung des Kaisers vgl. auch sein Schreiben vom gleichen Tage an Nuntius Pacelli; abgedruckt bei Epstein S. 267 f.

<sup>47)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 240: „v. Payer beharrt auf seiner Meinung, daß es falsch wäre, auf den Kaiser einzuwirken. Wenn er nicht freiwillig geht, dann kann das allerdings von schlimmer Wirkung sein, weil wir dann vielleicht schlechtere Friedensbedingungen be-

Die Regentschaft müsse glatt durchgeführt werden. Es werde Leute geben, die dafür sorgen würden, daß es nicht glatt gehe, wenn die Rechtslage nicht völlig klar sei.

Herr Drews hält die sofortige Abdankung für erforderlich.<sup>48)</sup>

Würden die harten Bedingungen angenommen, so komme es freilich auf die Abdankung nicht weiter an. Würden sie nicht angenommen, so müsse noch gekämpft werden, wie könne der König sich dann an die Spitze stellen. Er sei leider der Überzeugung, daß das Volk nicht für den König gegen den Frieden kämpfen werde.

Das müsse dem König gesagt werden, dann müsse aber auch der König nachgeben, sonst falle die gegenwärtige Mehrheit auseinander, und es käme das Chaos, das schlimmer sei, als die schlimmsten Bedingungen.<sup>49)</sup>

Herr Haußmann [gab zu], daß man Unruhen bei der Abdankung ins Auge fassen müsse, aber viel sicherer kämen die Unruhen, wenn der Kaiser nicht abdanke. Man verlange neue Tatsachen. Der Verlust des Krieges genüge als neue Tatsache.<sup>50)</sup>

Herr Solf legt zunächst die verschiedenen Noten des Präsidenten Wilson dahin aus<sup>51)</sup>, daß zwar an sich nur Änderungen des Systems, nicht der Person gemeint seien, daß aber die Abdankung als erwünscht erscheine.<sup>52)</sup> Er macht

kommen. Man werde dann nach einem Schuldigen suchen und ‚nicht ganz ohne Grund‘ auf den Kaiser hinweisen. Der Kaiser wird sich nicht halten können. Insofern habe Scheidemann recht, daß es sich dann um die ganze Institution, also um die Monarchie als solche, nicht allein um Kaiser und Kronprinzen handele.“

Bei Haußmann (s. Anm. 1): „[. . .] Ich bin dafür, daß er *jetzt* geht, wenn das Opfer schon gebracht werden will. Von dem Kriegskabinetts ist in keiner Weise ein Druck ausgeübt und wird nicht ausgeübt. Die Zerrissenheit ist im Heer schon drinnen. Alle Faktoren müssen einverstanden sein.“

<sup>48)</sup> Die folgenden Ausführungen Drews', abgesehen von geringfügigen, inhaltlich unwesentlichen redaktionellen Veränderungen, im Wortlaut bei Prinz Max S. 542.

<sup>49)</sup> Vgl. Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1): „Minister Dr. Drews: Eine ungünstige Wirkung im Heer könne man vermeiden, wenn man Hindenburg zum Oberbefehlshaber mache. Im Inland würden die Folgen der Abdankung erträglich sein; wenn der Kaiser bleibe, könne leicht ein Chaos entstehen.“

Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Drews: Hindenburg müßte zum Oberbefehlshaber ernannt werden [. . .] Leider [habe er] persönlich die Überzeugung, daß die größte Mehrheit des Volkes ihn [den Kaiser] mit dem Krieg verstrickt glaubt. Die Mehrheit des Reichstags würde auseinanderfallen.“

<sup>50)</sup> Von Haußmann selbst a.a.O. ausführlicher wiedergegeben: „Größer gegenüber: 1. Unruhen kommen sicherer, wenn er bleibt. 2. Wir haben bisher häufig zu lange gezögert. *Lansing*: Bitterer Kelch. Künstlich hervorgebrachte Stimmung — Revolution. Weil ein Vertrauensverhältnis in Böhmen, Ungarn nicht mehr besteht und weil der Weltkrieg verloren ist, mit dem er in erster Linie verknüpft ist.“

Bei Scheidemann, Memoiren II S. 240: „*Haußmann* kam in sehr ernster Weise auf verschiedene Auslassungen zurück und sagte u. a.: ‚Stimmungen sind auch Tatsachen. Der Bolschewismus scheint mir am bedrohlichsten, wenn jetzt gewisse Konsequenzen nicht gezogen werden.‘“ In Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1): „Unruhen würden sicher kommen, wenn Kaiser nicht abdanke. Ein nationaler Aufschwung beim Verbleiben des Kaisers sei undenkbar.“

<sup>51)</sup> Vgl. die in Amtliche Urkunden S. 233 f. abgedruckte Aufzeichnung Solfs vom gleichen Tage.

<sup>52)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) konkreter: „*Solf*: Abdankung wird in der Entente verlangt, weil sie die Verfassungsbestimmungen nicht versteht, vor allem die Chauvinisten der Republikaner und der Demokraten. Wilson fürchtet, aus den Wahlen schwach hervorzugehen. Er hofft,

Mitteilungen aus den eingelaufenen Telegrammen der deutschen Gesandten in neutralen Staaten, insbesondere ein Telegramm, wonach ein Vertrauensmann aufgefordert worden sei, sich mit Oberst House in Paris wegen Wilsons wahrer Meinung in Verbindung zu setzen. Er habe dies abgelehnt, da House antworten würde, er könne die klaren Äußerungen seines Präsidenten nicht interpretieren.<sup>53)</sup>

Herr Erzberger fragt, ob Nachrichten über den Inhalt der Bedingungen vorhanden seien.

Herr Solf verneint dies. Man höre nur, daß House die Bedingungen zu mildern, Clémenceau sie zu verschärfen suche.<sup>53)</sup> Foch wolle sie aus militärischen Gründen nicht zu scharf machen. Auch die Engländer scheinen mildere Bedingungen zu wünschen.

Der Minister Scavenius<sup>54)</sup> sei über die Meinung Wilsons wegen der Abdankung des Kaisers gefragt worden, habe sich aber sehr gewunden ausgedrückt.

Herr Friedberg findet das Material so wenig schlüssig, daß darauf dem Kaiser nicht empfohlen werden könne abzdanken.

Herr Solf erwidert, daß er auch aus inneren Gründen, die freilich nicht seines Amtes seien, die Abdankung für nötig halte. Er wisse aus sicherer Quelle, daß einer der Hauptgründer der Vaterlandspartei geäußert habe, er könne sich den weiteren Bestand Deutschlands nicht denken ohne Abdankung des Kaisers.<sup>55)</sup>

Herr v. Payer schließt die Sitzung.<sup>56)</sup>

---

die Rolle für den Rechtsfrieden leichter zu spielen.“ Dazu auch Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1): „[. . .] Roosevelt sei für Abdankung.“

<sup>53)</sup> In Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1): „[. . .] Die Entente wolle Wilson übertrumpfen und keinen Rechtsfrieden, sondern einen Gewaltfrieden. Oberst House hätte er nicht fragen können.“

<sup>54)</sup> Dänischer Außenminister.

<sup>55)</sup> Dazu Prinz Max S. 544: „Gegen Ende der Sitzung teilte Solf ein Telephonat Herrn v. Hintzes mit: Man solle keine Entschlüsse fassen; ein Kurier sei mit wichtigsten Mitteilungen vom Hauptquartier unterwegs. Auch ohne diese Mahnung hätte das Kabinett in der Frage der Abdankung keinesfalls ein Votum abgegeben.“

In Erzbergers Niederschrift (s. Anm. 1) heißt es: „Kabinettschef v. Delbrück sei unterwegs mit wichtigen Entscheidungen des Kaisers und werde morgen in Berlin eintreffen.“

<sup>56)</sup> Vgl. Prinz Max S. 543: „So standen sich die Meinungen im Kabinett schroff gegenüber. Immerhin wurde auch von den Gegnern des Schrittes die Rechtslage diskutiert, wie sie eine Abdankung des Kaisers schaffen würde.“ Dazu „Frankfurter Zeitung“, 2. 11. 1918, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom Vortage): „Wie wir gemeldet haben, hat sich das Kriegskabinett in den letzten Tagen mehrfach mit der Kaiserfrage beschäftigt. Zum Verlauf der heutigen [richtig: gestrigen] Sitzung glaubt das ‚Acht-Uhr-Abendblatt‘ von zuverlässiger Seite melden zu können, daß bisher ein Beschluß, dem Kaiser die Notwendigkeit seiner Abdankung naheulegen, weder erfolgt noch in nächster Zeit zu erwarten sei. Die überwiegende Mehrheit der Regierungsmitglieder sei vielmehr der Ansicht, daß in der gegenwärtigen Situation zu einem solchen Schritt von unleugbar weittragender Bedeutung keine Veranlassung vorliege. Bei den monarchisch gesinnten Persönlichkeiten der Regierung, also bei fast allen Kabinettsmitgliedern mit Ausnahme der Sozialdemokraten, spiele auch die Besorgnis keine geringe Rolle, daß im Falle der Abdankung des Kaisers die Regierung auf ein elfjähriges Kind [gemeint: der zwölfjährige Sohn Wilhelm des Kronprinzen] übergehen würde, was im Hinblick auf die gerade jetzt so dringend benötigte Stabilität der inneren Lage die schwersten Bedenken erregen würde. Bei den Erörterungen des Kriegskabinetts über die möglichen Folgen einer Abdankung des Kaisers habe sich ferner gezeigt, daß die Meinungen über die Gestaltung der Regentschaft stark auseinandergehen [. . .]“

## 112.

**31. 10. 1918: Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld  
an Ministerpräsident Ritter von Dandl (München)**

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/64, Maschinenschrift.

Hochwohlgeborener Herr!

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

Die Frage, die ich Eurer Exzellenz in Chiffretelefon vorgelegt habe<sup>1)</sup>, ob Seine Majestät der König in der Frage der Abdankung die Initiative ergreifen wolle, mußte ich stellen, da mich der Reichskanzler direkt dazu aufgefordert hat. Die Antwort Eurer Exzellenz habe ich inzwischen erhalten.<sup>2)</sup> Ich hatte keine andere erwartet.

Was meine Reise nach Spa betrifft, so hatte es damit folgende Bewandnis. Der Reichskanzler wollte den Großherzog von Hessen zum Kaiser senden.<sup>3)</sup> Ich sollte mitfahren, wenn die obige Frage bejahend beantwortet würde. Mit der Verneinung ist auch die Reise für mich erledigt.

Ich habe schon gemeldet<sup>4)</sup>, daß Erzberger und seine Zentrumskollegen in der Regierung gegen die Abdankung im gegenwärtigen Augenblick sind. Erzberger hat mir seine Gründe dafür heute entwickelt. Er ist auch der Meinung, daß der Kaiser auf die Dauer nicht zu halten sein wird. Aber er will nicht, daß der Kaiser jetzt dazu gezwungen wird. Es sollen die Vorschläge der Entente abgewartet werden. Fallen diese so aus, daß der Kaiser nicht ja sagen kann, so weicht Er eben der Gewalt, wie der König von Griechenland<sup>5)</sup> und König Ferdinand von Rumänien.<sup>6)</sup> Der Kaiser hat dann nicht die Flinte in das Korn geworfen, und das deutsche Volk hat Ihn nicht hinausgedrängt. Um die Bedingungen der Feinde zu bessern, käme die Abdikation schon jetzt zu spät.

Erzberger hat vor einigen Tagen eine Versammlung abgehalten, um die Richtlinien für weiteres Vorgehen festzusetzen. Dabei haben folgende Teilnehmer folgende Vota zur Abdankung abgegeben:

Die Sozialistische Fraktion des Reichstags: Jetzt Nein, sondern erst nach dem Bekanntwerden der Ententebedingungen;

die Gewerkschaften haben noch nicht beraten und wollen nicht beraten, weil die Behandlung der Frage wie ein Sprengpulver wirken würde;

<sup>1)</sup> Am Vormittag des 31. 10. (11 Uhr 15) hatte Lerchenfeld nach München telefonieren lassen: „Reichskanzler bittet mich festzustellen, ob S. M. der König wenn nötig [eigenhändig be- richtigigt aus: unter Umständen] bereit wäre, dem Kaiser die Abdankung nahezulegen.“  
Eigenhändige Niederschrift; BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Politische Berichte 1918.

<sup>2)</sup> Liegt nicht vor. Zum vermeintlichen Inhalt vgl. Nr. 114 Anm. 16.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 111 Anm. 16.

<sup>4)</sup> Am Vortage; vgl. Nr. 108.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 111 Anm. 25.

<sup>6)</sup> Richtig: von Bulgarien. König Ferdinand hatte am 3. 10. 1918 zugunsten seines Sohnes Boris abgedankt; vgl. Schulthess 1918/II S. 534 f.

die Christlich-Sozialen: Nein, weil die Regierungsmehrheit auseinandergetrieben werden könnte;

die Nationalliberalen: Jetzt Nein, erst nach dem Bekanntwerden der Ententebedingungen;

die Volkspartei ebenso wie die Nationalliberalen.

Heute abend ließ mich der Reichskanzler rufen, um mit mir und dem Großherzog von Hessen die Frage zu besprechen.

Ich teilte dem Reichskanzler an der Hand des Chiffretelegramms vom Heutigen<sup>2)</sup> mit, daß ich nicht in der Lage sei, den Großherzog in das Hauptquartier zu begleiten, weil dies den Schluß zulassen würde, daß ich im Allerhöchsten Auftrage spreche.<sup>7)</sup>

Der Reichskanzler bedauerte dies und meinte, meine Aufgabe wäre ja nur, wie auch die des Großherzogs, die gewesen, den Kaiser über die Lage zu informieren. Ich erklärte, zu einer Reise nur ermächtigt zu sein, wenn der Kaiser mich rufe.<sup>8)</sup> Der Großherzog sprach sich unumwunden dafür aus, daß die Abdankung unabweidbar, er aber nicht der richtige Mittelsmann sei, um den Kaiser zu informieren. Er schlug den Schwager des Kaisers, Prinz Friedrich Karl von Hessen, vor, der ganz auf seinem, des Großherzogs, Standpunkt stehe. Dieser wird befragt werden.<sup>9)</sup> Außer dem preußischen Minister des Innern Drews, der heute reist<sup>10)</sup>, wird dann noch ein anderer Vertrauensmann, den ich nicht nennen soll, aber für sehr geeignet halte<sup>11)</sup>, abgeschickt werden.

Es wurde dann abgemacht, daß ich morgen die Stimmführenden [Bevollmächtigten zum Bundesrat] in der Gesandtschaft versammle, damit sie vom Reichskanzler über die Lage unterrichtet und ersucht werden, an den Sitz ihrer Landesherren zu reisen und diesen zu berichten.<sup>12)</sup> Sie sollen namens des Reichskanzlers anfragen, ob, wenn Seine Majestät der Kaiser aus freiem Entschluß und auch der Kronprinz zurücktreten, die Landesherren mit diesem Verzicht einverstanden sind. Der Reichskanzler würde darin eine Stärkung seiner Stellung erblicken, wenn er dem Kaiser sagen könnte, daß alle Bundesfürsten das Opfer, das der Kaiser im Interesse des Reichs und im Interesse der Erhaltung der Dynastie bringen würde, billigen.

In Rücksicht auf die Ziffer 1 im Chiffretelegramm vom Heutigen<sup>2)</sup> habe ich gegen dieses Vorgehen Bedenken nicht erhoben. Der Schritt bewegt sich in der Richtung, daß der Kaiser aufgeklärt werden muß.

<sup>7)</sup> Vgl. Prinz Max S. 551, wo allerdings nicht die Rede davon ist, daß Lerchenfeld den Großherzog von Hessen zum Kaiser begleiten sollte, sondern den preußischen Innenminister Drews.

<sup>8)</sup> Demgegenüber a.a.O.: „Graf Lerchenfeld war bereit [Drews zu begleiten], aber er erhielt nicht die Erlaubnis seiner Regierung.“

<sup>9)</sup> Vgl. Prinz Max S. 551, wonach der Prinz am Vormittag des 1. 11. bereit war, die Mission zu übernehmen, am Abend des gleichen Tages dann allerdings seine Bereitschaft zurückzog; a.a.O. S. 559 f.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 115.

<sup>11)</sup> Bezieht sich auf Simons; vgl. Prinz Max S. 551.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 114.

Es wurde dann darüber gesprochen, welche Antworten zu gewärtigen sind; danach dürfte die Erlangung der Zustimmung der Großherzöge von Baden und Mecklenburg die größten Schwierigkeiten bieten.

Es wurde dann die Regentschaftsfrage erörtert. Ich machte geltend, daß nach Anschauung Euer Exzellenz<sup>13)</sup> die Berufung eines preußischen Prinzen sowohl im Ausland wie in großen Teilen Deutschlands nicht günstig aufgenommen werden dürfte. Der Reichskanzler wie der Großherzog erwiderten mir, daß man Preußen nicht wohl einen Regenten zumuten könne, der aus einem anderen Bundesstaat entnommen sei. So könne der Herzog von Braunschweig, der an sich sehr geeignet wäre, nicht in Frage kommen. Die Hauptsache sei, daß das Reich zusammenhalte. Mit zwei Regenten, einer für das Reich, der andere für Preußen, wären aber Reibungen unvermeidlich. Auch entspräche die Bestellung eines preußischen Prinzen am meisten dem Geiste der Verfassung. Der Reichskanzler bemerkte dann noch, daß er noch immer hoffe, den Kaiser zur Abdankung zu bringen. Dazu aber sei nötig, Seiner Majestät vorzustellen, daß nur auf diese Weise die Dynastie der Hohenzollern gerettet werden könne. Schließe man diese von der Regentschaft aus, so sei das ein schlimmes Präzedens.

Von den Prinzen, die in Frage kommen könnten, hält der Großherzog und der Reichskanzler den vierten Sohn des Kaisers<sup>14)</sup> für den geeignetsten. Er sei nicht Militär, ein liebenswürdiger Mann, nicht unbegabt. Innerhalb des parlamentarischen Systems werde die Rolle des Regenten eine bescheidene sein.

Daß der Reichskanzler selbst keinen Druck auf den Kaiser üben will, erklärt sich aus der Gefahr, die in einer Kabinettskrise liegt. Aber wenn es überhaupt zur Abdikation kommen soll, wird der Reichskanzler schließlich doch sprechen müssen.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz  
ganz gehorsamer  
Graf Lerchenfeld

<sup>13)</sup> Vgl., Nr. 105.

<sup>14)</sup> Prinz August Wilhelm. Dazu Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten S. 240: „Bald darauf [nach dem 1. 11. 1918] erfuhr ich durch einen meiner Söhne, daß der Reichskanzler ihn zu bereden versucht habe, den Auftrag, den dann Drews übernahm, seinerseits auszuführen. Mein Sohn hat es mit Entrüstung abgelehnt, seinem Vater die Abdankung vorzuschlagen.“

## 113.

## 1. 11. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam Reichskanzlei 2462/1, Maschinenschrift. Überschrift: „Sitzung der Staatssekretäre (engerer Kriegsrat) am Freitag, den 1. November 1918 vormittags 9½ Uhr.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Trimborn, Graf Roedern, Dr. Friedberg, Scheüch, Erzberger, Gröber, Haußmann, Scheidemann, Wahnschaffe; Geheime Räte Simons und v. Stumm, Ministerialdirektor Deutelmoser; ferner: Unterstaatssekretäre von dem Bussche und Dr. Freund<sup>1)</sup>, Geheime Räte Roedenbeck<sup>2)</sup> und v. Jacobi<sup>3)</sup>, Oberstleutnant van den Bergh; Regierungsrat Brecht als Protokollführer. Vorübergehend: Legationsrat Dr. v. Schmidhals.

## I. Versammlungsrecht und Zensur.

Es wurde ein Entwurf für eine neue kodifikatorische Verfügung des Obermilitärbefehlshabers<sup>4)</sup> von diesem und ein Abänderungsentwurf von Scheidemann<sup>5)</sup> vorgelesen. In der Aussprache wurde besonders auf kurze und klare Fassung Gewicht gelegt; auch wurde in verschiedenen redaktionellen Vorschlägen auf eine Fassung hingewirkt, welche den neuen Geist der Verfügung auch äußerlich deutlich mache. Auf Antrag von Gröber wurde von vornherein beschlossen, die Ausführung dieser Anregungen einer kleineren Redaktionskommission zu übertragen; in diese wurden Gröber, Scheidemann, Scheüch und van den Bergh abgeordnet mit dem Auftrage, noch einen Referenten für das Versammlungswesen hinzuzuziehen.

Scheidemann hielt es für erforderlich, die Verfügung zu veröffentlichen, Scheüch stimmte dem unbedingt zu.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Ministerialdirektor im preuß. Innenministerium.

<sup>2)</sup> Vortragender Rat im preuß. Innenministerium.

<sup>3)</sup> Vortragender Rat im Reichsamt des Innern.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 109a.

<sup>5)</sup> Dazu auch der in Nr. 111 Anm. 9 zitierte Brief Scheidemanns an den Reichskanzler vom 29. 10. Das vom Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 5. 10. 1918 anerkannte Programm der Mehrheit (vgl. Quellen I/II S. 783 ff.) besage, so führt Scheidemann aus, „daß die Zensur gegebenenfalls nur noch in Fragen der militärischen Strategie und Taktik, der Kriegsgerätebeschaffung und -verwendung, außerdem nur bei Erörterung der Beziehungen zu den Regierungen ausländischer Staaten eingreifen kann. Es ist demnach das Gebiet der Zensur genau abgegrenzt worden. Entsprechend diesem Programm wurde in einer etwa 8 bis 10 Tage zurückliegenden Kabinettsitzung auf eine Anregung hin, die von Herrn Staatssekretär Erzberger und mir ausging, eine Einigung darüber herbeigeführt, daß alle bestehenden Zensurvorschriften aufzuheben sind und die Vorzensur zu beseitigen ist. In späteren Besprechungen des Kabinetts traten Meinungsverschiedenheiten zutage. Einige der Herren Staatssekretäre waren der Meinung, daß eine Einigung, wie ich sie soeben skizziert habe, nicht herbeigeführt worden sei, daß vielmehr die eine oder andere Zensurvorschrift in Geltung bleiben sollte. Das vom Herrn Ober[militär]befehlshaber erlassene Verbot, die Forderung nach dem Thronverzicht des Kaisers zu erheben, macht den bedauerlichen Rückschritt in der Richtung zu einer schärferen Handhabung der Zensur vollkommen [. . .]“ — Scheidemann, Memoiren II S. 254; Scheidemann, Zusammenbruch S. 201 f.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 109a.b Anm. 2.

Im einzelnen hatte die Beratung zur Sache folgende Ergebnisse:

a) In I, 1 sollen die Worte „sofern ihr Zweck nicht gegen die Strafgesetze verstößt“<sup>7)</sup> als überflüssig und durch den folgenden Satzteil hinreichend gedeckt, gestrichen werden.<sup>8)</sup> An Stelle der Worte „Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“<sup>7)</sup> wurde auf Antrag **Gröbers** einfach „Störung der öffentlichen Sicherheit“<sup>9)</sup> gesetzt; **Freund** stimmte zu, daß die Begriffe Ruhe und Ordnung antiquiert und soweit berechtigt in dem dritten Begriff enthalten sei. **Scheidemann, v. Payer** und **Erzberger** wendeten sich gegen die Worte „sofern nicht Tatsachen vorliegen, die die Annahme gerechtfertigt erscheinen lassen“.<sup>7)</sup> Man werde sagen, das sei die ganze alte Verschwommenheit (**Scheidemann**), solche Fassungen täten einem allmählich wehe (**v. Payer**). **Scheüch** erklärte, daß die Fassung auch ihr gutes habe, weil sie den Polizeibeamten darauf hinweise, daß bestimmte Tatsachen vorliegen müssen. Es wurde erwidert, darin liege keine Kautele, eher eine Anreizung, denn beängstigende Tatsachen im weiteren Sinne könnten immer als vorliegend gelten, wenn eine politisch zugespitzte Lage bestehe. Die Einschränkung und Vereinfachung wurde der Redaktionskommission überlassen.<sup>10)</sup>

b) Zu I, 2 wünschte **Erzberger** Klarstellung, daß Gewerkschaftsversammlungen keine politischen Versammlungen sind.<sup>7)</sup> Es wurde in Aussicht genommen, dies in einem besonderen Satze auszusprechen.<sup>10)</sup> Auf Anfrage erklärte **v. Jacobi**, daß neben den politischen Parteien die diesen gleich zu achtenden Vereinigungen besonders erwähnt würden<sup>11)</sup>, um Zweifel auszuschließen, daß auch Vereine wie die Vaterlandspartei und der Sokol-Verein ihre Versammlungen anmelden müssen.

c) Zu II, 3 schlug **Gröber** vor, an Stelle „sind zu überwachen“<sup>7)</sup> zu setzen „können überwacht werden“.<sup>10)</sup> **Scheidemann** stimmte dem zu, weil manchmal Versammlungen einberufen würden, um die Auflösung zu provozieren und dadurch Straßenumzüge herbeizuführen; hier sei es dann unter Umständen vorteilhaft, von der Überwachung abzusehen. Auch mache die Kann-Vorschrift bei der Veröffentlichung einen besseren Eindruck. **Freund** warnte vor der fakultativen Fassung, weil man von denen, die überwacht würden, daraufhin Beschwerden bekommen werde. Ebenso äußerte sich **v. Jacobi**. **Erzberger** und **v. Payer** zogen indessen ebenfalls die fakultative Fassung vor, und auch **Scheüch** erklärte sich mit ihr einverstanden.<sup>10)</sup>

Auf Antrag **Scheidemanns** wurde beschlossen, die Auflösungsbestimmungen in Nr. 3 und 4<sup>7)</sup> zusammenzufassen nach dem von ihm vorgelegten Entwurf. Abweichung von der Tagesordnung soll kein Auflösungsgrund sein;<sup>10)</sup> hierfür trat insbesondere auch **Gröber** ein. Gegen den Vorschlag **Scheidemanns**, nur andauernde Ruhestörungen zu treffen, wandte sich **Gröber**, weil dies zu unbe-

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 109a.

<sup>8)</sup> Der Passus wurde zwar neu redigiert; der Hinweis auf die Strafgesetze blieb jedoch erhalten. Vgl. Nr. 109b.

<sup>9)</sup> Die Ausfertigung spricht von „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“. Vgl. Nr. 109b.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 109b.

<sup>11)</sup> So im Entwurf; vgl. Nr. 109a. Die betreffende Wendung fiel in der Ausfertigung weg; vgl. Nr. 109b.

stimmt sei. **Scheidemann** erklärte, er wolle verhindern, daß einmalige kurze Störungen zur Auflösung führten. **Erzberger** meinte, das lasse sich durch eine interne Anweisung erreichen.

**Scheidemann** beanstandete das Redeverbot gegen einzelne Personen.<sup>7)</sup> Das Verbot zu reden mache beliebt; wenn der davon Betroffene in der vorderen Reihe sitze, mache man ihm Ovationen, und letzten Endes reize das Redeverbot die Menge mehr als die Rede.

**Erzberger** erwiderte, wenn jemand in einer Zeit wie der jetzigen von Stadt zu Stadt reisen und überall reden könne, so sei das eine große Gefahr. Man müsse sie dadurch einschränken, daß nur der Obermilitärbefehlshaber das Verbot erlassen könne, so daß dafür der Reichskanzler die politische Verantwortung trage. Es wurde in Aussicht genommen, etwa wie folgt zu sagen:

Redner, die wiederholt gegen Ziffer 3 verstoßen haben, sind gemäß der Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers zum Auftreten als Redner in Versammlungen grundsätzlich nicht zuzulassen.<sup>12)</sup>

Dann könne auch das Privileg für den Wahlkreis fallen. **Freund** stimmte zu, weil nach seinen Erfahrungen die Präsentation weniger reize als die Repression, und es eine bekannte Taktik zur Herbeiführung von Straßenumzügen sei, eine Versammlung nach der anderen auflösen zu lassen.

**Scheidemann** hält seinen Widerspruch aufrecht.

**v. Payer** erklärt, daß er keine Bedenken habe und stellt fest, daß dies die Meinung der Mehrheit sei.

**Scheüch** will sich die bestehenden Redeverbote mitteilen lassen und in Verbindung mit Gröber prüfen, ob sie aufrechterhalten werden sollen.

d) Zu II, 5. **Erzberger**, **Scheidemann** und **Trimborn** wandten sich gegen das Verbot von Reden, in denen die Abtretung deutschen Gebiets gefordert werde.<sup>7)</sup> Man werde uns mit Recht entgegenhalten, daß dies eine zwiespältige Haltung sei, weil wir nach außen uns zur Diskussion über die Abtretung bereit erklärt hätten (**Erzberger**)<sup>13)</sup>; es sehe so aus, als ob wir die Deutschen fürchten, während wir das Ausland reden lassen, obwohl doch nicht einmal Liebknecht oder Ledebour für die Abtretung wirklich deutscher Gebiete eingetreten seien (**Scheidemann**); beim Rede- und Zensurverbot kämen die Äußerungen im Reichstag mit verstärkter Gewalt und deren Abdruck könne dann nicht verhindert werden (**Trimborn**). **v. Payer** hatte gewisse Bedenken, namentlich wegen der Presse. **Scheüch** schlug vor, in einem offiziellen Kommentar die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß in dieser Hinsicht keine völlige Freiheit bestehe, vielmehr die Schranken der öffentlichen Sicherheit innegehalten werden müssen.<sup>14)</sup>

<sup>12)</sup> Für die Ausfertigung in modifizierter Form übernommen. Vgl. Nr. 109b.

<sup>13)</sup> Der entsprechende Absatz fiel in der Ausfertigung weg. Vgl. Nr. 109b.

<sup>14)</sup> Dazu die „Vossische Zeitung“, 1. 11. 1918, Abendausgabe, über die „heutige Sitzung des Kriegskabinetts“, die sich „wie wir hören, mit Fragen der Zensur- und des Vereins- und Versammlungsrechts beschäftigt und beschlossen [habe], daß in Zukunft alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen zu gestatten sind, wenn nicht das Interesse der Kriegführung oder des Friedensschlusses sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ein Verbot notwendig machen.“

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt; in gleicher Weise soll die Beschränkung<sup>7)</sup> der Forderung einer Abdankung des Kaisers<sup>13)</sup> behandelt werden.<sup>14)</sup>

e) Die Vorschriften über die Auswahl der Beamten<sup>7)</sup> sollen in innerer Anweisung kommen.<sup>12)</sup>

f) Gröber, Erzberger und Scheidemann beanstandeten die Sonderbestimmung für die Überwachung der Jugend.<sup>7)</sup> v. Payer stellte fest, daß alle mit der Streichung der Bestimmung<sup>12)</sup> einverstanden seien.<sup>8)</sup>

---

Vgl. hingegen den Kommentar, mit dem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 3. 11. 1918, Morgenausgabe, die Veröffentlichung des Erlasses (s. Nr. 109a.b Anm. 2) begleitete. Die in dem Erlaß aufgenommene Formel von der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“ wird in diesem Kommentar nicht wiederholt. Auch die Frage der Diskussion über die Abtretung deutscher Gebiete wird nicht direkt angesprochen. Der Kommentar betont jedoch ausdrücklich, daß „alle politischen Erörterungen, auch soweit sie die Kriegführung unmittelbar zum Gegenstande haben: die polnische, die baltische, die belgische, die elsäß-lothringische Frage [ . . . ]“, freigegeben seien. Überhaupt nicht berührt wird die Kaiserfrage. Abschließend heißt es: „Wir erfreuen uns nun einer größeren politischen Freiheit als irgendeiner unserer Feinde. An die Stelle der obrigkeitlichen Aufsicht ist für jeden die Verantwortung vor dem deutschen Volk und dem eigenen Gewissen getreten.“

## 114.

### 1. 11. 1918: Besprechung des Reichskanzlers mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat

BGStA München, MA 1943 D. R., Pol. Archiv VII/64, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung auf der Bayerischen Gesandtschaft am 1. November 1918 11 Uhr vormittags.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Der Reichskanzler, der badische Staatsminister Dr. Düringer, die Gesandten Graf Lerchenfeld, von Nostitz, von Varnbüler, Dr. Nieser, Frhr. von Biegeleben, Frhr. von Brandenstein, von Eucken-Addenhausen, Boden und Geheimrat Paulssen.

Der Reichskanzler: Ich habe die Herren durch die liebenswürdige Vermittlung von Graf Lerchenfeld hierher bitten lassen<sup>3)</sup>, um mit Ihnen eine uns alle tiefbewegende Frage zu besprechen, nämlich die der etwaigen Abdankung Seiner Majestät des Kaisers. Ich werde Ihnen am besten das vorlesen, was ich gestern abend im Kriegskabinet<sup>4)</sup> mitgeteilt habe:<sup>5)</sup>

„Ich habe die Frage einer Abdankung des Kaisers ohne Unterlaß seit Tagen erwogen; ich hatte Vertrauensmänner des Kaisers bei mir, mit denen ich die Frage eingehend

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 552 ff.

<sup>2)</sup> Der Bericht trägt keine Unterschrift.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 112.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 111.

<sup>5)</sup> Der Wortlaut ist gegenüber der Wiedergabe in Nr. 111 geringfügig verändert.

besprochen habe und habe ihnen Material aus dem In- und Ausland übergeben, damit sie Seine Majestät über die Lage aufklären können. Ich werde dafür sorgen, daß diese Aufklärung nicht unterbrochen wird. Die Abdankung kann meiner Auffassung nach nur absolut freiwillig erfolgen. Nur so kann Heer und Heimat vor ernstem Schaden bewahrt und die Würde des Reiches gesichert werden. Es darf für mich die volle Freiheit des Handelns durch nichts beeinträchtigt und ein Druck nicht auf mich ausgeübt werden.“

Es besteht noch die Möglichkeit, daß ein solcher Druck von sozialdemokratischer Seite auf mich geübt wird. Herr Scheidemann hat zwar gestern erklärt, daß er für seine Person nicht die Kabinettsfrage stellen wolle.<sup>4)</sup> Von anderer Seite habe ich aber gehört, daß von den Sozialdemokraten ein Druck auf Scheidemann ausgeübt werden soll, um mich in der Abdankungsfrage zu drängen. Meine Tätigkeit dem Kaiser gegenüber hat sich bisher auf ein rein informatives Vorgehen beschränkt. Ich werde weiterhin diese Politik befolgen, denn der Entschluß des Kaisers muß freiwillig sein. Ich bitte Sie aber, über diese meine Haltung entweder persönlich oder durch Bericht die Auffassung Ihrer hohen Souveräne und Regierungen aufzuklären, und wäre dankbar, baldigst zu erfahren, welche Haltung diese in der Frage einnehmen, damit wenn der Tag käme, wo ich persönlich mit Seiner Majestät reden müßte, ich wissen dürfte, welche Stellung Ihre Souveräne und Regierungen einnehmen. Es wäre mir lieb, diese Nachricht recht bald zu bekommen. Vielleicht wäre es am leichtesten, wenn die Herren in ihre Heimat führen und mir von dort telegraphisch, etwa in der Fassung „Einverstanden“ oder „Nicht einverstanden“, Bescheid geben würden.

**Graf Lerchenfeld:** Ich möchte nur feststellen, daß es sich nicht darum handelt, daß die Fürsten dem Kaiser sagen, Majestät müssen zurücktreten, sondern nur wenn Majestät sich entschlossen haben, so erheben wir keinen Widerspruch.

**Frhr. von Brandenstein:** Für unsere Fürsten wäre es wichtig zu wissen, wie man sich hier die Frage der Regentschaft denkt. Mein Souverän würde wohl kaum, oder nur sehr schweren Herzens seine Zustimmung geben. Jedenfalls wäre es nötig zu wissen, wie man sich die Regentschaft vorstellt, ob z. B. auch der Kronprinz abdankt. Ich persönlich bin der Ansicht, daß nur ein Mitglied des Preußischen Königshauses für die Regentschaft in Frage kommen könnte, da sonst der Bestand des Reiches gefährdet werde.

**Der Reichskanzler:** Der Verzicht des Kronprinzen scheint nach der ganzen Situation nicht zu vermeiden.<sup>6)</sup> Meine Auffassung von der Regentschaft ist die, daß ein preußischer Prinz in Preußen und im Reich die Regentschaft zu übernehmen hätte. Diese Auffassung werde ich mit vollem Nachdruck vertreten. Diese Lösung würde am meisten die Stabilität der Verhältnisse gewährleisten und am meisten der Reichsverfassung entsprechen.

**Frhr. von Varnbüler** bittet um Aufschluß über die Stellung, die die Vertreter der anderen Mehrheitsparteien einnehmen.

**Der Reichskanzler:** Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß gewartet werden soll, bis die Bedingungen der Entente an uns gebracht sein werden. Die Herren haben sich aber etwas zweideutig ausgedrückt. Ich habe den Eindruck,

<sup>6)</sup> Dazu eine lange kommentierende Anmerkung bei Prinz Max S. 553 f.

daß sie nichts dagegen haben, wenn die Abdankung freiwillig erfolgt, daß sie aber den Zeitpunkt für ein Vorgehen nicht für opportun erachten.<sup>7)</sup> Auch die Freisinnigen verhielten sich ziemlich zurückhaltend. Es scheint mir aber, als ob sie die Abdankung als Erleichterung der Situation nach außen und nach innen betrachten würden. Meines Erachtens wäre die jetzige Abdankung die einzig mögliche, weil sie freiwillig wäre. Wenn der Druck von außen käme, so würde es die bedenklichsten Diskussionen geben. Ich habe aber das Gefühl, daß der Druck von innen<sup>8)</sup> früher kommen würde als der von außen.<sup>9)</sup> Ich selbst will keinen Druck ausüben. Ich habe aber Seiner Majestät die Lage darlegen lassen und werde den Kaiser wissen lassen, daß der Druck im Inland wächst und daß, wenn uns Bedingungen auferlegt werden, die schwer zu ertragen wären, die Wut des deutschen Volkes sich nur zum Teil gegen den Feind und größtenteils gegen den Kaiser richten würde. Wie lange ich den Druck des Kabinetts ablehnen kann, weiß ich nicht. Die Ereignisse gehen sehr schnell.

**Frhr. von Brandenstein:** Wird durch den Rücktritt des Kaisers die Sicherheit geschaffen, daß dadurch die Hohenzollern-Dynastie und das Kaisertum erhalten werden können?

**Der Reichskanzler:** Ich habe den Ausspruch eines klugen Sozialdemokraten<sup>10)</sup> mitgeteilt bekommen, der sagte: Durch die freiwillige Abdankung wird den republikanischen Velleitäten das Rückgrat gebrochen. Das wäre ja auch der Zweck der Abdankung.

**Frhr. von Biegeleben** fragt, ob irgendwelche Anhaltspunkte dafür vorlägen, daß die Feinde die Abdankung verlangen.

**Der Reichskanzler:** Wilson verlangt nicht die Abdankung, aber die Entente und die Chauvinisten verlangen sie. Wilson war am Anfang seiner Aktion stärker als in der Zwischenzeit. Wilson braucht etwas Sichtbares, um leichtere Waffenstillstandsbedingungen durchzusetzen. Aus der Schweiz schreibt man mir: Drei Opfer, Ludendorff, der Kronprinz und Seine Majestät der Kaiser, sind nötig. Wenn das geschehen, kann Wilson seinen Rechtsfrieden durchsetzen. Wilson ist in schwieriger Lage. Alles was seine Position für den Frieden kräftigen würde, würde auch seine Stellung für die bevorstehenden Wahlen kräftigen. Ist Wilson instand gesetzt, den Chauvinisten die Stange zu halten, so nimmt man an, daß er alles tun wird, um die Bedingungen zu erleichtern. Manche sagen, daß, wenn der Kaiser nicht abdankt, Wilson die Kapitulation verlangen wird.

**Frhr. von Biegeleben:** Die Haltung der Sozialdemokraten scheint sich in den letzten Tagen geändert zu haben. Worauf ist dieser Umschwung zurückzuführen?

**Der Reichskanzler:** Ich kann mir den Wechsel nur dadurch erklären, daß der Druck von unten auf die Führer stärker geworden ist. Der Abgeordnete Ebert sucht einen Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, durch den die Ab-

<sup>7)</sup> Vgl. auch Erzbergers Schreiben vom 31. 10. an Nuntius Pacelli; bei Epstein S. 267 f.

<sup>8)</sup> Vgl. Prinz Max S. 554: „Einer der Bevollmächtigten schien zu bezweifeln, ob ich den Druck im Innern genügend ernst nähme [ . . . ]“

<sup>9)</sup> Dazu ausführlicher Prinz Max S. 555.

<sup>10)</sup> David; vgl. a.a.O. S. 551, 555.

dankung verlangt würde, zu verhindern. Wie lange ihm das gelingt, weiß ich nicht. Die Ereignisse überstürzen sich.

**Frhr. von Varnbüler:** Kann ich meinem Allergnädigsten Herrn einen Anhalt dafür geben, wie die Information vom Kaiser aufgenommen wird? Will der Kaiser mit der Reise in das Große Hauptquartier<sup>11)</sup> der ganzen Frage aus dem Wege gehen?

**Der Reichskanzler:** Ich glaube nicht, daß dies die Absicht des Kaisers war. Dagegen halte ich es nicht für unmöglich, daß Kräfte am Werk sind, die das zuwege gebracht haben. Die Information geschieht durch Persönlichkeiten, von denen ich annehme, daß sie Seiner Majestät genehm sind und mit einer gewissen Autorität sprechen.

Wer diese Persönlichkeiten sind, kann ich nicht mitteilen.

**Herr von Eucken:** Seine Majestät könnte sagen: Mein einziger Ratgeber ist der Reichskanzler. Was würde in diesem Falle geschehen?

**Der Reichskanzler:** Die Gründe, weshalb ich selbst nichts tun will, sind die folgenden: 1. Es ist für mich in meiner Stellung als Thronfolger von Baden fast unmöglich, diese Frage zu stellen, und 2. Ich könnte sie nur dann mit Nachdruck stellen, wenn ich die Kabinettsfrage stellen würde. Dies will ich aber unter allen Umständen vermeiden. Denn dann könnte Seine Majestät nicht mehr frei sprechen. Außerdem aber käme die ganze Regierung in Gefahr, gestürzt zu werden. Ich werde meine endgültige Haltung danach einrichten, wie die Situation sich gestaltet.

**Graf Lerchenfeld:** Ich stimme Seiner Großherzoglichen Hoheit besonders in seinen letzten Ausführungen bei: Die Kabinettsfrage dürfte nur im äußersten Falle gestellt werden. Fliegt die heutige Regierung, so haben wir die Revolution.<sup>12)</sup>

**Herr von Nostitz:** Der Kardinalpunkt scheint mir der zu sein, daß man dem Volk einreden würde, die Bedingungen wären milder geworden im Falle der Abdankung des Kaisers.

**Graf Lerchenfeld:** Ich habe den ausdrücklichen Auftrag erhalten, die Frage zu stellen, ob Seine Majestät über alles genau informiert wird. Die Frage ist durch die Ausführungen Euerer Großherzoglichen Hoheit bereits beantwortet.

**Der Reichskanzler:** Heute ist einer meiner Vertrauensmänner<sup>13)</sup> bei dem Kaiser und morgen wird sich ein anderer hinbegeben.<sup>14)</sup>

Ich muß die Herren besonders bitten, alles was geschieht, absolut geheim zu halten und dies auch Ihren hohen Souveränen und Regierungen besonders ans Herz zu legen. Es ist ein Verhängnis, daß wir in diese Situation gekommen sind. Wir verdanken dies der Obersten Heeresleitung. Ich hätte persönlich nicht das Waffenstillstandsangebot gemacht. Ich habe deswegen lange mit Hindenburg gekämpft. Aber man hat insistiert. Herr von Hintze hat alles getan, um mich zu drängen und alle Staatssekretäre waren dafür. Als ich aus diesem Grunde die Übernahme des Reichskanzleramts ablehnen wollte, sagte man mir, dann ist

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 108 Anm. 4.

<sup>12)</sup> Vgl. Prinz Max S. 556.

<sup>13)</sup> Drews; vgl. Nr. 115.

<sup>14)</sup> Prinz Friedrich Karl von Hessen; vgl. Prinz Max S. 556.

kein anderer Kandidat da. Ich habe schließlich nachgegeben, indem ich mir sagte, daß, wenn nicht ich, so irgendein anderer es tun würde.<sup>15)</sup>

Nachdem der Reichskanzler sich verabschiedet hatte, warf **Frhr. von Brandenstein** die Frage auf, ob schon eine bestimmte Auffassung der einzelnen Bundesfürsten hinsichtlich der Frage bestehe.

**Graf Lerchenfeld:** Ich nehme an, daß die Antwort aus München bejahend lauten wird.<sup>16)</sup>

**Herr von Nostitz:** Wie mein König denkt, weiß ich nicht. Ich persönlich habe in meiner Berichterstattung die Ansicht vertreten, daß der Verzicht des Kaisers sich als nötig erweisen wird.

**Frhr. von Varnbüler:** Die Stellungnahme meines Königs ist mir nicht bekannt. Ich glaube aber eher, daß die Antwort „Ja“ lauten wird.

**Frhr. von Biegeleben** teilt mit, daß der Großherzog von Hessen sich in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler befindet.

**Frhr. von Brandenstein:** Mein Großherzog wird wohl eher „Nein“ sagen.

Die **Vertreter von Oldenburg, Braunschweig und Sachsen-Weimar** erklärten, daß ihnen die Anschauung ihrer Souveräne nicht bekannt sei.

Die **Vertreter von Baden** haben dieser letzten Besprechung nicht mehr beigewohnt.

<sup>15)</sup> Vgl. a.a.O.: „Die Bevollmächtigten kamen auf Grund meiner Ausführungen zu dem formulierten Gesamtergebnis: Der Reichskanzler hält es jetzt augenscheinlich für notwendig, die Behandlung der Frage einer Abdankung des Kaisers, einschließlich einer gleichzeitigen Abdankung des Kronprinzen auf der Basis, daß dann im Reich und in Preußen eine Regentschaft durch einen preußischen Prinzen für die Zeit der Minderjährigkeit des ältesten Sohnes des Kronprinzen eintreten soll, in ein ernstes Stadium zu leiten. Der Kanzler will, ausgehend von dem Prinzip, daß nur eine freiwillige Abdankung des Kaisers in Frage kommen könne, sich vorläufig auf eine rein informatorische Betätigung gegenüber dem Kaiser beschränken, behält sich aber gegebenenfalls eine weitere Entschließung vor und möchte schon jetzt über die Stellungnahme der übrigen Bundesfürsten dahin unterrichtet werden, ob diese, wenn der Kaiser von sich aus zu einem Abdankungsentschluß kommen will, einen solchen Entschluß vom bundesfürstlichen Standpunkt billigen würden.“

<sup>16)</sup> Vgl. a.a.O.: „Nach Schluß der Sitzung teilte der bayerische Gesandte noch vertraulich mit, daß Seine Majestät der König von Bayern bereits eine Einverständniserklärung in dem von mir umrissenen Sinne abgegeben habe.

Ich kehrte in das Reichskanzlerpalais zurück in dem Gefühl, daß die Vertreter der Bundesstaaten in ihrer Mehrzahl mit mir in der Beurteilung der Lage einig waren; die von mir unternehmen Schritte aber schienen einigen von ihnen nicht entschieden genug, um der drohenden Gefahr rechtzeitig zu begegnen.“

## 115.

**Staatsminister Drews über seinen Empfang beim Kaiser in Spa am 1. November 1918 und seine Unterredung mit Vizekanzler von Payer und Staatssekretär Scheidemann in Berlin am folgenden Tage**

Nachlaß Prinz Max, maschinenschriftliche Abschrift.<sup>1)2)</sup>

Am 1. November 1918 mittags traf ich in Spa ein. Ich war vom Reichskanzler beim Kaiser lediglich mit der Bitte angemeldet worden, mich sofort zum Vortrag zu empfangen. Auf dem Bahnhof empfing mich der Generaladjutant von Plessen und fragte mich, worüber ich dem Kaiser Vortrag halten wolle. Als ich ihm den Zweck meines Kommens mitteilte, war er außerordentlich bestürzt und meinte, daß man doch [mit] dem Kaiser über solche Dinge unmöglich sprechen könne. Ich erklärte, der Kaiser müsse über die furchtbar ernste Sachlage unbedingt und völlig erschöpfend informiert werden.

Der Kaiser empfing mich im Garten der Villa Fraineuse; der Vortrag fand dort ambulando statt. Der Kaiser war zunächst in außerordentlicher Erregung. Ich teilte ihm mit, daß ich auf Wunsch des Reichskanzlers käme, um ihm über den überaus ernsten Stand der Bewegung bezüglich seines und des Kronprinzen Thronverzichtes Vortrag zu halten; ich bemerkte ausdrücklich, daß ich nicht gekommen sei, irgendwelche Vorschläge zu überbringen, sondern lediglich, um ihm objektiven Bericht über die Sachlage zu erstatten; ich müsse im voraus um Verzeihung bitten, wenn ich dabei Dinge aussprechen müsse, die ein preußischer Untertan und Beamter vor seinem König sonst nicht sagen dürfe. Der Kaiser unterbrach mich scharf: „Sie haben mir den Eid der Treue geschworen und hätten einen solchen Auftrag unbedingt ablehnen müssen.“ Ich erwiderte etwa: „Jeder andere Beamte hätte es ablehnen müssen; ein verantwortlicher Minister Euerer Majestät ist aber verpflichtet, in ernster Stunde auch das Schwerste offen auszusprechen und den König auch über das Unangenehmste klar zu

<sup>1)</sup> Die vorliegende Abschrift ist vom 4. 8. 1922 datiert. Eine weitere Abschrift (Durchschlag), die sich in den Akten des DZA Potsdam, Reichskanzlei 2403/6 befindet, weicht in der Datierung ab (20. 6. 1922) und ist mit dem Vermerk versehen, daß das Or. auf eine entsprechende Bitte hin Prinz Max von Baden übersandt worden sei.

<sup>2)</sup> Vgl. Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten S. 239 f. (wiederabgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 559 f.); Schiffer S. 135 ff. (= Schreiben Wilhelms II. vom 3. 11. 1918 an einen unbekanntem Adressaten über die Behandlung, die er durch Drews erfahren habe); Prinz Max S. 561 f.; Görlitz S. 187 f.; Groener S. 343 f.; Groener-Geyer S. 95; Niemann, Kaiser S. 123; Niemann, Revolution S. 228 f., 366 f., 416 (Wahnschaffe); Gündell S. 306; Westarp, Ende der Monarchie S. 37; Rosen S. 215.

Ferner Nachlaß Haeften, Erinnerungen: „Am 30. [richtig: 31.] Oktober abends war ich rein zufällig Zeuge der Aussprache zwischen dem Prinzen und dem Minister Drews vor dessen Abreise ins Große Hauptquartier... Ergreifend war mir bei der erwähnten Unterredung das persönliche Verhalten des Ministers. Während er vorher in der Kabinettsitzung [vgl. Nr. 111] in allem, was er sagte, einen ruhigen und beherrschten Eindruck gemacht hatte, brach jetzt mit leidenschaftlicher Heftigkeit sein tiefer Schmerz über die ihm übertragene Mission, der er sich pflichtmäßig nicht glaubte entziehen zu können, aus; die Spannung löste sich in einem erschütternden Weinkampf; es kämpfte in seinem Innern der seinem Könige treu ergebene Beamte gegen den von politischen Notwendigkeiten geleiteten Staatsmann.“

informieren.“ Der Kaiser: „Ich bin völlig über den Stand der Dinge informiert.“ Ich: „Ich glaube nicht, daß Euere Majestät über die rapide Entwicklung, die die Dinge gerade in den letzten drei Tagen seit der Abreise Euerer Majestät von Berlin genommen haben, erschöpfend unterrichtet sein werden. Befehlen Euere Majestät, daß ich weiter spreche oder habe ich meinen Auftrag als erledigt anzusehen?“ Der Kaiser: „Reden Sie“.

Ich legte nun in einem etwa halbstündigen Vortrage eingehend die Lage der Dinge dar. Die unabhängige Sozialdemokratie fordere — unter Ausnutzung der allgemeinen Verwirrung und Niedergeschlagenheit, welche das plötzliche Waffenstillstandsangebot im Volke hervorgerufen habe — nicht nur die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen, sondern klar und unzweideutig die Beseitigung der Monarchie überhaupt. Die alte Sozialdemokratie lege nach den Erklärungen ihrer Führer das entscheidende Gewicht nicht auf die monarchische oder republikanische Staatsform als solche, sondern auf die tatsächliche Durchführung eines wirklich demokratischen parlamentarischen Regierungssystems; sie werde sich mit einer streng parlamentarischen Monarchie nach englischem Muster einstweilen abfinden. Um so bestimmter fordere sie aber den sofortigen Verzicht des Kaisers und des Kronprinzen, weil ihrer Auffassung nach die Person des Kaisers und des Kronprinzen ein wesentliches Friedenshindernis sei; Vorbedingung der Gewährung eines halbwegs möglichen Friedens seitens der Entente sei die Abdankung beider. Aber auch wenn die Entente auf der Abdankung nicht bestehen sollte, so würde die Schuld für die jedenfalls sehr harten Friedensbedingungen von der Arbeiterschaft der Person des Kaisers und seinem Verbleiben auf dem Throne zur Last gelegt werden; die Massen würden dann unmöglich zu halten sein, und es würde dann nicht um die Person des Kaisers und Kronprinzen, sondern um die Institution der Monarchie überhaupt gehen; in einem solchen Kampfe würde die alte Sozialdemokratie sich selbstverständlich auf den Boden ihres republikanischen Programms stellen. Nur bei umgehendem Verzicht des Kaisers und Kronprinzen könne für die nächsten schweren Zeiten dieser Prinzipienkampf vermieden werden. Der Freisinn stelle sich von Tag zu Tag immer ausgesprochener auf diesen Standpunkt der alten Sozialdemokratie und erkläre die Abdankung zur Vermeidung grundstürzender Umwälzungen für nötig. Zentrum, Nationalliberale und Konservative seien bis jetzt gegen die Abdankung; jedoch bereite sich auf dem linken Flügel des Zentrums und der Nationalliberalen ganz ersichtlich ein Umschwung vor. Gerade in den letzten Tagen sei die Bewegung, welche die Abdankung als ein von der freien Entschließung des Kaisers dem Wohle des Vaterlandes gebrachtes Opfer erwarte, tief in die Kreise der Schwerindustrie, des Großhandels und der Hochfinanz eingedrungen. Die Gefahr, daß die auf Verzicht des Kaisers und Kronprinzen gerichtete Bewegung sich mit einem Schlage in eine Bewegung gegen die Monarchie als solche verwandle, sei auf alle Fälle außerordentlich groß.

Der Kaiser wurde während des Vortrags immer ruhiger und ernster; er tat eine Reihe sachlicher Zwischenfragen und sagte dann in sehr bestimmter Weise etwa folgendes: Nun, ich will Ihnen gleich erklären: ich danke nicht ab. Es würde dies mit den Pflichten, die ich als preußischer König und Nachfolger Friedrichs des Großen vor Gott, dem Volke und meinem Gewissen habe, unvereinbar sein.

Ich kann und darf meinen Posten nicht im gefährlichsten Moment verlassen. Meine Abdankung würde der Anfang vom Ende aller deutschen Monarchien sein. Die Idee, meinen unmündigen Enkel zum Kaiser und König unter einer Regentschaft zu machen, würde dem Vaterlande, das doch gerade jetzt die starke persönliche Mitarbeit der monarchischen Spitze bei der Neugestaltung der Dinge braucht, schweres Unheil bringen. Im übrigen haben mir auch meine sämtlichen Söhne in die Hand versprochen, eine Regentschaft an meiner und des Kronprinzen Stelle nicht zu übernehmen. Vor allem aber verbietet mir auch meine Pflicht als oberster Kriegsherr, jetzt die Armee im Stich zu lassen. Das Heer steht im heldenhaften Kampfe mit dem Feinde. Sein fester Zusammenhalt beruht in der Person des obersten Kriegsherrn. Geht dieser fort, so fällt die Armee auseinander und der Feind bricht ungehindert in die Heimat ein. Ich habe den Generalfeldmarschall von Hindenburg und den Generalquartiermeister Groener herbestellt. Fragen Sie beide über diesen Punkt nach ihrer Ansicht.

Die Genannten wurden gerufen, und der Kaiser ließ uns einige Zeit allein. Ich wiederholte ihnen in kurzer Zusammenfassung, was ich dem Kaiser gesagt hatte, und fragte sie über den letzterwähnten Gesichtspunkt. Der Feldmarschall erklärte mir darauf in seiner ruhigen und ernsten, von innerer Überzeugung durchdrungenen Weise etwa folgendes:

Die Armee wird zusammengehalten lediglich durch die Autorität der Offiziere. Geht der oberste Kriegsherr jetzt fort, so wird allein durch diese Tatsache die Autorität der Offiziere derart geschwächt, daß (wörtlich) „die Hälfte der Armee sich auflöst und als marodierende Räuberbande in die Heimat zurückströmt“. Die fürchterlichen Folgen davon können Sie sich denken. Der oberste Kriegsherr muß jetzt unter allen Umständen bleiben. Ich für meine Person wäre wie jeder andere Offizier ein Schuft, wenn wir ihn jetzt im Stich ließen. Wir können im Felde noch eine ganze Weile standhalten, bis wir einen erträglichen Frieden bekommen.

Nachdem der Kaiser wieder zu uns getreten war und vom Feldmarschall erfahren hatte, was dieser mir erklärt hatte, sagte er zu mir: Sie sehen, der Feldmarschall ist derselben Meinung wie ich. Gehen Sie also nach Berlin zurück und teilen Sie dort meinen festen und wohlüberlegten Entschluß, wie Sie ihn von mir gehört haben, mit.

Wir sprachen dann noch über verschiedene andere Dinge. U. a. fragte der Kaiser mich, ob ich glaubte, daß es in Berlin und an anderen Orten zu gewaltsamen Aufständen und Putschen kommen würde und wie dieselben verlaufen würden. Ich bejahte die Frage mit Bestimmtheit und fügte hinzu, daß die Polizei nicht imstande sein würde, diese Unruhen zu unterdrücken; es werde alles davon abhängen, ob die in der Heimat stehenden Truppen standhalten würden; in diesem Falle würde jeder Aufstandsversuch zusammenbrechen. Der Kaiser, der Feldmarschall und General Groener erklärten übereinstimmend mit voller Sicherheit, daß die Truppen insbesondere auch in Berlin unbedingt zuverlässig seien.

General Groener, der augenscheinlich über die innere Entwicklung der letzten Wochen völlig uninformiert war, griff im weiteren Verlauf der Unterhaltung die

Reichsregierung auf das heftigste an. Die Armee halte glänzend stand; das Gift käme aus der Heimat; die jetzige Regierung sei daran schuld, daß in der Presse und in Versammlungen ungehindert und ungezügelt alle Autorität untergraben würde, wie die Entwicklung der Kaiserfrage beweise; die Frage der Abdankung müsse durch Maßnahmen der Regierung aus der öffentlichen Diskussion ausgeschlossen werden. Ich erwiderte ihm, er habe wohl vergessen, wer die jetzige Regierung eingesetzt habe. Die Oberste Heeresleitung sei es gewesen, die am 30. September, als in Berlin niemand an einen Regierungswechsel gedacht habe, die Einsetzung einer parlamentarischen Regierung innerhalb 24 Stunden gefordert und auf die sofortige Erfüllung dieser Forderung ständig telegraphisch und telephonisch gedrängt habe. Daß eine parlamentarische Regierung im Reich nach Lage der Dinge nur unter Mitwirkung von Freisinn und Sozialdemokratie möglich sein und daß eine solche Regierung Freiheit der Meinungsäußerung in Presse und Versammlungen als einen Hauptprogramm punkt haben würde, hätte sich die Oberste Heeresleitung doch selbst sagen müssen. Würde dieser Programm punkt außer Kraft gesetzt, so flöge die jetzige Regierung sofort auf. Könne die Oberste Heeresleitung vielleicht sagen, was dann werden solle? Die ganze innere Verwirrung sei in erster Linie durch das plötzliche und unvermutete Verhalten der Obersten Heeresleitung am 30. September verschuldet. Die Diskussion über diesen Punkt zwischen dem General Groener und dem Feldmarschall einerseits und mir andererseits wurde in außerordentlich erregtem Tone geführt. Der Kaiser hörte schweigend zu.

Da die Abgangsstunde meines Zuges heranrückte, bat ich den Kaiser, mich entfernen zu dürfen, indem ich hinzufügte: „Die Worte Euerer Majestät zu Beginn der Audienz glaube ich richtig dahin verstanden zu haben, daß ich hiermit um meinen Abschied als Staatsminister bitte“. Der Kaiser wehrte lebhaft ab; seine Worte seien nicht in diesem Sinne gemeint gewesen; es sei ganz gut gewesen, daß eine gründliche Aussprache erfolgt sei; ich kenne ja nun seine Meinung und solle sie in Berlin bestellen. Ob ich nicht noch bei ihm essen wolle? Als ich erklärte, daß dies nicht mehr möglich sein werde, verabschiedete er mich in sehr freundlichem Tone und beauftragte den Generaladjutanten, mich zum Bahnhof zu bringen.

Im Zuge waren u. a. der Vertreter des Auswärtigen Amtes Frhr. von Lersner sowie die Militärbevollmächtigten Sachsens und Württembergs. Der Zweck meines Besuchs in Spa war augenscheinlich bekanntgeworden. Die Genannten redeten mich darauf an und äußerten sich in der Sache selbst genau ebenso wie der Feldmarschall.

Am nächsten Morgen in Berlin ging ich, da der Reichskanzler krank zu Bett lag, zunächst zum Vizekanzler Payer und erzählte ihm den Verlauf der Audienz. Dann wurde Scheidemann zugezogen. Ich teilte ihm die Stellungnahme des Kaisers und die Ansichten Hindenburgs über die Folgen einer Abdankung mit. Der Vizekanzler und ich drangen in ihn, daß die Sozialdemokratie die Abdankungsforderung zunächst wenigstens bis nach Abschluß des unmittelbar bevorstehenden Waffenstillstandes, der hoffentlich mit einem Präliminarfrieden verbunden sein werde, aufschieben müsse. Scheidemann war sehr ernst; er erklärte, er sei von der Richtigkeit der Hindenburgschen Auffassung nicht über-

zeugt und halte die sofortige Abdankung nach wie vor für geboten. Er gebe aber zu, daß vieles dafür spreche, zunächst den Waffenstillstand möglichst zugleich mit einem Präliminarfrieden unter Dach zu bringen; dann aber werde die Sozialdemokratie unter allen Umständen auf der Erfüllung ihrer Forderung bestehen. Er werde mit seinem Parteivorstand in diesem Sinne sprechen. Tatsächlich hat die alte Sozialdemokratie dann auch in den nächsten Tagen in diesem Sinne gehandelt, bis die von Kiel ausgehende Hochflut alle Dämme fortschwemmte. Selbst am Donnerstag, den 7. November abends, als die Sozialdemokratie im Kriegskabinett bereits ihren Austritt aus der Regierung erklärt hatte, gewann bei ihr noch einmal die Überzeugung die Oberhand, daß zunächst jedenfalls der Waffenstillstand abgeschlossen werden mußte; die Austrittserklärungen wurden von ihr bis dahin zurückgestellt. Erst in der Nacht vom 8. zum 9. November trat der endgültige Umschwung ein.

## 116.

**2. 11. 1918: Besprechung des Vizekanzlers von Payer  
mit Haußmann, Fischbeck und Pachnicke**

Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript. Überschrift: „2. 10. 1918 2 Uhr. Besprechung bei Payer mit Fischbeck, Pachnicke, Haußmann.“

**Pachnicke:** Die Konservativen des Landtags haben Seniorenkonvent einberufen behufs Einberufung des Landtags.

Antrag:<sup>1)</sup> Waffenstillstand, der uns wehr- und ehrlos macht, abzulehnen und Friedensverhandlungen einzuleiten. Außerdem Demobilisierung.

Wurde abgelehnt.<sup>2)</sup>

**Fischbeck** fragt nach Kaiserfrage.

**Payer:** Kaiser will nicht gehen. Es ist ausgeschlossen, daß Kabinett und Reichstag nicht beschließt / Rückläufige Bewegung. Die Armee meldet unaufhaltbare Auflösung der Front. Truppen geschlossen zurückbringen. Wir sind der Meinung, daß der Kaiser dem Reich einen Dienst geleistet hätte.

Gröber schreibt an mich [über] Stimmung der Front.

**Haußmann:** Scheidemann will brennen<sup>3)</sup>, wie er heute [in der Besprechung] mit Drews sagte.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Bezieht sich auf eine Eingabe der konservativen Reichstagsfraktion zu den Waffenstillstandsverhandlungen vom 30. 10.; abgedruckt in der „Frankfurter Zeitung“, 31. 10. 1918, 1. Morgenblatt.

<sup>2)</sup> D. h. die von den Konservativen beantragte Einberufung des Landtags sei abgelehnt worden.

<sup>3)</sup> Vermutlich Abschreibebefehler. Gemeint sein dürfte: Scheidemann wolle zunächst „bremsen“, wie er Drews gegenüber geäußert habe.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 115.

Kabinet[t:] Zentrum, Sozialdemokraten, Südd[eu]tsche Demokraten. Es geschieht nichts und das heißt alles laufen lassen. Preußen müßte handeln.<sup>5)</sup> Sein Versagen ist das Unheil. Kein Gewaltakt, aber energische Beratung. Die Logik des verlorenen Weltkriegs. Das momentane Schweigen.

**Pachnicke:** Clemens Delbrück sagte mir, er habe den König stets für nicht abdanken beraten.<sup>6)</sup>

**Fischbeck:** Der Kaiser sagte mir: Erst haben sich die Herren von der Schwerindustrie an mich herangemacht und haben Belgien begehrt, was ich nicht wollte, und jetzt lassen sie mich im Stich.<sup>7)</sup>

Die Unabhängigen wollen keine Revolution, nur die Spartakusleute wollen es.

<sup>5)</sup> Dazu auch Haußmann S. 262.

<sup>6)</sup> Vgl. Delbrück S. 283.

<sup>7)</sup> Vgl. die entsprechenden Äußerungen des Kaisers in seinem Schreiben vom 3. 11. 1918 über den Empfang Drews' am 1. 11.; bei Schiffer (s. Nr. 115 Anm. 2) S. 136 f.

## 117.

### 2. 11. 1918: Sitzung des Gesamtkabinetts

**117a: Amtliche Urkunden S. 237.** Überschrift: „Aufzeichnung über das Ergebnis der Sitzung der Staatssekretäre (erweiterter Kriegsrat) vom Sonnabend, den 2. November 1918, nachm. 6 Uhr.“<sup>1)</sup>

Es ergab sich im Anschluß an einen Antrag Erzberger folgendes Einverständnis:

Wenn die Waffenstillstandsbedingungen entgegengenommen werden, wird außer der militärischen Persönlichkeit eine politische zugegen sein müssen. Es wird sich darum handeln, daß bei schweren Bedingungen die Verhandlungen nicht zum Abbruch gelangen, sondern daß sofort Gegenfragen gestellt werden über unklare Punkte, die nicht gleich beantwortet werden können, so daß sich ein Fortgang der Verhandlungen von selbst ergibt. Hierzu wäre, soweit sich die Verhältnisse ohne eine Erklärung des Auswärtigen Amts und der Obersten Heeresleitung beurteilen lassen, außer Exzellenz v. Hintze noch ein Staatssekretär zuzuziehen, der die Lage von hier aus kennt, am besten der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, im Falle seiner Unabkömmlichkeit ein anderes Mitglied des Kriegsrats. Von Exzellenz Erzberger wurde Exzellenz Haußmann vorgeschlagen. Über die Personenfrage soll aber nicht verhandelt werden, bevor das Auswärtige Amt mit der Obersten Heeresleitung in schleunige Verbindung getreten ist.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Eine Abschrift dieser Aufzeichnung ging noch am 2. 11. 1918 an Solf und Scheüch; DZA Potsdam, Reichskanzlei 2460/1. Für den Verlauf der Sitzung, über die ein ausführlicheres amtliches Protokoll nicht vorliegt (s. folgende Anm.), vgl. Nr. 117b.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 117b. Ferner Haußmann S. 264 (aus einem Brief an seine Tochter vom gleichen Tage): „Heute wurde — das nur für Euch! — im Kabinet[t] vorgeschlagen, es solle zu den Waffenstillstandsverhandlungen mit der Entente ein Mitglied der Regierung die militärischen Vertreter begleiten, und es wurde Staatssekretär Haußmann genannt. Man will darüber mit

Hierum soll der Staatssekretär des Auswärtigen Amts sofort ersucht werden.

Kanzler und Oberster Heeresleitung sprechen. Von dieser ist Oberst von Winterfeldt bezeichnet. Dieser äußerte, daß ihm Staatssekretär Haußmann sehr willkommen wäre.

Abwarten. Nerven kalt halten.“

Hier wird der Anknüpfungspunkt für die von Erzberger S. 325 aufgestellte Behauptung zu suchen sein, er habe am 6. 11. 1918 im Kabinett [s. Nr. 131a—c] seine Delegation in die Waffenstillstandskommission mit dem Hinweis abgelehnt, „daß Staatssekretär Haußmann bereits vor Wochen [!] hierfür bestimmt worden“ sei.

Diese Behauptung wies Haußmann in einem vermutlich Anfang Nov. 1920 entstandenen Brief an Groener (Durchschlag, mit der nachträglich ergänzten falschen handschriftlichen Datierung „Dez. 20“, im Nachlaß Haußmann 24) mit dem Bemerkens zurück, Erzberger habe „laut Protokoll vor dem 5. [gemeint: 6.] November im Kabinett erklärt [also am 2. 11.], man könne die Waffenstillstandsverhandlungen nicht dem Militär und nicht Herrn Solf [dazu Nr. 117b Anm. 10] — der nicht anwesend war — überlassen, man müsse ein Mitglied des Kabinetts entsenden und — vielleicht, um den Gedanken einer Portierung seiner Person auszuschalten — nannte er meinen Namen. Der Vizekanzler Payer, der statt des Prinzen präsidierende, stimmte dem Gedanken prinzipiell zu und erklärte, die Personenfrage zurückzustellen.“

Ebenfalls auf die Sitzung vom 2. 11. bezieht sich der folgende Passus in dem Artikel Arnold Brechts: „Erzberger, Oberste Heeresleitung und Waffenstillstand“, in „Berliner Tageblatt“, 13. 9. 1921, Morgenausgabe (auszugsweise bei Bachem IX S. 461): „Den Staatssekretär des Auswärtigen (Dr. Solf) zu schicken, wurde aus außenpolitischen Gründen nicht für richtig gehalten. Erzberger schlug den Staatssekretär Dr. [!] Haußmann vor, der seinerseits Erzberger empfahl. Beide baten, von ihrer Person abzusehen [ . . . ]“

Darauf bezeichnete Haußmann es in einem Brief an Hahn vom 16. 9. 1921 (maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Haußmann 24; s. auch Nr. 117b Anm. 9) als ausgeschlossen, daß er Erzberger für die Waffenstillstandskommission nominiert habe. Am gleichen Tage forderte er Brecht brieflich auf (Durchschlag a.a.O.), ihm „telegraphisch mitzuteilen, ob im Protokoll die unrichtige Behauptung enthalten ist, daß ich Erzberger vorgeschlagen habe“.

In seinem eigenhändigen Antwortschreiben vom 21. 9. 1921 (a.a.O. überliefert) bedauerte Brecht, daß es ihm in seinem Urlaubsort nicht möglich sei, „das Protokoll über die Sitzung vom 2. November 1918, um die es sich handelt“, heranzuziehen. Es werde jedoch zutreffen, daß im Protokoll — das „übrigens nur eine Niederschrift des Ergebnisses der Sitzung in Beschlufsform“ gewesen sei — „die Erwähnung Erzbergers nicht enthalten ist; denn ich entsinne mich, daß ich aus bestimmten Gründen damals davon absah, sie ins Protokoll aufzunehmen.“ Damit steht also Behauptung gegen Behauptung, ohne daß die Quellen die Möglichkeit einer definitiven Klärung der Streitfrage bieten.

**117b: Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript. Überschrift: „Kr[iegs]k[abinett] I.[!] 11. 1918.“<sup>1)</sup>**

Beratung: Versammlungs-, Vereins- und Zensur-Recht.<sup>2)</sup>

**Erzberger:** Ein Abgeordneter der bayrischen Abgeordneten-Kammer hat die Eventualität eines bayrischen Separatfriedens angesagt, und daran haben Mitglieder des Kgl. Hauses eine Freude. Ebenso in Süddeutschland.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 117a sowie Haußmann S. 263 f. (Brief an seine Tochter vom 2. 11. 1918); Prinz Max S. 568 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 276 f.

<sup>2)</sup> Für die Beratung dieses Fragenkomplexes im Kriegskabinett am 30. 10. und 1. 11. 1918 vgl. Nr. 106 und Nr. 113. Die neuen Richtlinien des Obermilitärbefehlshabers wurden am 2. 11. erlassen und am folgenden Tage veröffentlicht; vgl. Nr. 109a.b bes. Anm. 2.

**Präsident:**<sup>3)</sup> Es war der Abg. Held.<sup>4)</sup> Nicht zu tragisch.

**v. Scheüch:** Die Angelegenheit muß auch militärisch höchst ernst betrachtet werden. Bayrische Militär[s] behaupten, die bayrischen Truppen ließen sich nicht im Westen halten.

**Haußmann:** Panikstimmung schlägt über in staatliche Wünsche, demagogischer Partikularismus. Annexionist Held trägt zuerst separatistische Wünsche vor. Schmerzlich bisher nur Polen und andere fremde Nationalitäten. Württemberg immun.<sup>5)</sup>

**Scheidemann:** Wir machen zu kleine Schritte.

**Scheüch:** Und bei Unruhen ist das Militär zu großer Zurückhaltung instruiert.

**Drews:** Ebenso die Polizei.

**Scheidemann:** „Vorwärts“ wird scharf gegen Putsche [Stellung nehmen] / Vorspann der Redaktion / Vorgang von Rußland<sup>6)</sup> / Für morgen (Sonntag) ist nichts geplant.<sup>7)</sup>

### Elsaß-Lothringen

**Schwander:** Vor 6 Wochen hatte ich noch die Hoffnung, daß die Aufgabe der Autonomie gelöst werden könnte. Antwort an Wilson zeigte an, daß Elsaß-Lothringen aufgegeben sei. Resultat: Man könne den Fraktionen nicht mehr zumuten, sich zu exponieren. Der Landtag ist nicht bereit, einen Schritt für

<sup>3)</sup> Gemeint sein könnte der Vizepräsident des preuß. Staatsministeriums Friedberg, dessen Teilnahme an der Sitzung allerdings unsicher erscheint, da er im weiteren Verlauf nicht als Sprecher registriert wird; möglicherweise auch Payer, der als Vizekanzler den Vorsitz führte.

<sup>4)</sup> Dazu Nr. 121 bes. Anm. 5.

<sup>5)</sup> In enger Anlehnung bei Prinz Max S. 570, dem die Aufzeichnungen Haußmanns zur Verfügung standen. Scheidemanns Mitteilungen über die Sitzung (s. Anm. 1) scheinen sich wiederum auf die Memoiren des Prinzen zu stützen.

<sup>6)</sup> Der „Vorwärts“ hatte am 1. 11. in einem Artikel „Militär und Demokratie“ über eine militärische „Dienstvorschrift für die Truppenteile der Garnison Leipzig bei Ausbruch von Unruhen und Krawallen“ berichtet, die die Aufmerksamkeit „auf ein sehr wichtiges Problem“ lenke: „Wer bestimmt, ob und wann militärisches Eingreifen erforderlich ist, und wer trägt für einen etwaigen Mißbrauch des Militärs, das unsagbares Unheil stiften kann, die Verantwortung? Bestehen feste, von der Zivilgewalt erlassene Regeln, in welchen Fällen Militär verwendet werden darf und in welchen nicht?“ Weiter hieß es in dem Artikel, die bewaffnete Gewalt könne „ebensogut dazu dienen, die Freiheit zu schützen, wie sie zu bekämpfen. So haben die Bolschewiki neben dem roten Terror das ‚System der strategischen Verdichtung‘ erfunden, wonach die oberen Stockwerke gewisser Stadtteile mit Maschinengewehren versehen sind [. . .] Dem neuen System in Deutschland entspricht die volle Demokratie des Saales wie der Straße, die jedem seine Meinungs- und Bewegungsfreiheit läßt und nur Gewalt, die die Freiheit aufhebt, mit Gewalt beantwortet. In diesem Sinne sollten Polizei und Militär so rasch und so deutlich wie möglich instruiert werden.“

Dazu Prinz Max S. 569: „Tag für Tag beschwor der ‚Vorwärts‘ die Arbeiter, sich nicht zu Putschen verleiten zu lassen. Er sprach von Unruhen wie von einer nahenden Wirklichkeit.“

<sup>7)</sup> Vgl. Haußmanns in Anm. 1 zitierten Brief: „Die Aufputschungen in Berlin, vor denen die Liftmädchen und andere Angst haben, werden nicht morgen stattfinden, sondern frühestens am Montag.“ Dazu Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, über die Pressesitzung vom 2. 11. 1918, in der Deutelmoser berichtet habe: „Putschversuche der russ[ischen] Botschaft vom Sonntag verlegt.“ Weiter die bei Prinz Max, der sich auf Haußmanns Niederschrift zu stützen scheint, S. 563 zitierten Äußerungen Haußmanns und Scheidemanns aus der Pressesitzung.

das Deutschtum zu tun. Die Regierung wird zustande kommen mit allen Parteien, abgesehen von den Sozialdemokraten, aber sie kann nichts mehr für die Autonomie tun.

Plebiszit über 3 Fragen. Ich weiß nicht, ob die Mehrheit nicht für Frankreich votiert. Intellektuelle in weitem Umfange gegen Anschluß an Frankreich. Wenn Ententetruppen einziehen, ist alles verloren, blau-weiß-rote Fahnen von allen Häusern. Schweizer Truppen wären eine letzte Hoffnung.<sup>8)</sup>

**Payer:** Wir wissen nicht, wie die Bedingungen sein werden, wenn es auf unseren guten Willen ankäme, kommen keine Amerikaner nach Elsaß-Lothringen.

**Erzberger:** Alle Freiheiten geben.

**Drews:** Wenn jetzt ein Gesetz alles frei [gibt], schwächen wir uns für die Friedensverhandlungen.

**Haußmann:** Nicht für Neutralisation soll Deutschland eintreten. Psychologie. Presse vollste Freiheit [als] Ausdruck des neuesten Systems, schauerhaft — Beflagung / Jetzt Freiheiten wertlos.

**Erzberger:** Waffenstillstandsverhandlungen: der A.A.[-Staatssekretär] Solf und ein Staatssekretär.<sup>9)</sup>

**Payer:** Hintze — Solf nicht.<sup>10)</sup> Vielleicht auch ein Staatssekretär.

**v. Waldow:** Wie ist es mit den Truppen in der Ukraine?

**v. Scheüch:** Keine Transporte durch Ungarn mehr möglich.

**v. Haefsten:** Aus Türkei 2500 Mann nach Ukraine, aus Rumänien 6 Divisionen nach Ukraine abmarschieren. Aus Ungarn nach Bayern.

<sup>8)</sup> Vgl. Haußmanns in Anm. 1 zitierten Brief: „Schwander erscheint und berichtet: Viele Elsaß-Lothringer gehen, wenn Ententetruppen einrücken, und wären es auch nur Amerikaner, mit blau-weiß-roten Fahnen an den Häusern über! Wenn Schweizer kommen nicht. Das letztere wage ich kaum mehr zu hoffen! Man hat unsagbar gesündigt und versäumt und ein Haberfeld-treiben durch das Militär in Elsaß-Lothringen veranstalten lassen.“

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 117a bes. Anm. 2. Hingegen berichtete Haußmann in einem Brief an Hahn vom 16. 9. 1921 (maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Haußmann 24), Erzberger habe ihm „am 2. oder 3. November [1918] beim Weggehen aus dem Kabinett“ erklärt, daß man „das Militär nicht allein gehen lassen“ könne und Solf „ungeeignet“ sei. Da aber die Entsendung eines Regierungsmitgliedes unabdingbar sei und Scheidemann als Sozialdemokrat ebenso wenig für diese Mission in Frage komme wie er, Erzberger, als Zentrumsmitglied, bleibe nur Haußmann. Daraufhin will Haußmann einerseits auf seine mangelnden Sprachkenntnisse hingewiesen, andererseits grundsätzliche Bedenken geäußert haben, „ob man dem Militär die Verantwortlichkeit abnehmen solle“. Ungeachtet dessen habe Erzberger „andern Tags“ bei Beginn der Kabinettsitzung die Angelegenheit nochmals zur Sprache gebracht, und zwar „in Anwesenheit von Prinz Max und Solf“, worauf „Payer erklärte, die nicht auf der Tagesordnung stehende Frage müsse zurückgestellt werden, bis der Kanzler [von dem es unmittelbar vorher geheißen hatte, er sei anwesend] komme.“ — Man wird dieser in sich widerspruchsvollen Darstellung nicht zuviel Beachtung schenken dürfen. Denkbar wäre höchstens, daß das private Gespräch zwischen Haußmann und Erzberger bereits am 1. 11. stattgefunden haben könnte. Was die fragliche Anwesenheit des Kanzlers betrifft, so steht fest, daß Prinz Max vom 2.—4. 11. wegen seines Gesundheitszustandes an keiner Kabinettsitzung teilnahm.

<sup>10)</sup> Anderweitig hat Haußmann betont, daß vor allem Erzberger auf die Nichteignung Solfs hingewiesen habe; vgl. Nr. 117a Anm. 2 sowie die vorige Anm.

In Ukraine: sie bleiben dort. In Oberost: sie bleiben dort. In Polen: sie bleiben dort.

**Krause:** Liebknechts neueste Rede strafbaren Inhalts. (Es lebe die soziale Republik — nieder mit den Hohenzollern).<sup>11)</sup> Aus polit[ischem] Standpunkt nicht einschreiten.

**v. Scheüch:** Untersucht auf den Grund seiner Verwendbarkeit.

**Haußmann:** Für Erzberger außerordentlich wichtig.<sup>12)</sup>

**Erzberger:** Exz. Haußmann /

**Payer:** Zuerst mit Reichskanzler und O.H.L. sprechen.

**Scheidemann:** Liebknecht nicht einstellen.

Debatte über Veröffentlichung des Erlasses des Kaisers.<sup>13)</sup>

**Scheidemann:** Dagegen.

**Erzberger:** Dafür.

**Bauer:** Dagegen, die Unternehmer / Schwerindustrielle sind scharf dafür.

**Gröber:** Dafür.

**Roedern:** Dagegen.

**Payer:** Der Kaiser will die Veröffentlichung seiner Worte.<sup>14)</sup>

**Scheidemann:** Ich bin für vollkommene Redefreiheit auch des Kaisers. Die (erste) Rede<sup>15)</sup> soll durch eine Form der Indiskretion / Aber ein Aufruf der Regierung.

**Krause:** Unterdrückung undemokratisch.<sup>16)</sup>

<sup>11)</sup> Vgl. Schulthess 1918/I S. 398. Dazu das in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1694 mitgeteilte Schreiben des Zivilkabinetts an den Reichskanzler vom 28. 10., in dem auf kaiserliche Initiative ein neues Strafverfahren gegen Liebknecht angeregt wird.

<sup>12)</sup> Die folgenden Äußerungen Erzbergers und Payers beziehen sich unzweifelhaft auf die Debatte über die Entsendung eines Staatssekretärs zu den Waffenstillstandsverhandlungen, wobei Haußmann durch Erzberger vorgeschlagen wurde. Dagegen ist nicht sicher erkennbar, in welchem Zusammenhang die von Haußmann festgehaltenen Stichworte über seine eigenen Ausführungen gehören. Jedenfalls wird man aus dieser unklaren Notiz nicht ohne weiteres ablesen dürfen, daß Haußmann entgegen seinen späteren Behauptungen als erster Erzberger für die Waffenstillstandskommission namhaft gemacht habe. Vgl. Nr. 117a Anm. 2.

<sup>13)</sup> Es handelt sich um den Erlaß vom 28. 10. 1918, den der Kaiser anlässlich des Inkrafttretens der Verfassungsänderungen an den Reichskanzler richtete und der vom WTB am 2. 11. veröffentlicht wurde. Wortlaut bei Schulthess 1918/I S. 398 f.; dort auch die Kommentare der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und des „Vorwärts“. Vgl. Nr. 100 bes. auch Anm. 44 und 45.

<sup>14)</sup> Vgl. Wilhelm II., Ereignisse S. 240.

<sup>15)</sup> D. h. die Ansprache des Kaisers an die neuernannten Staatssekretäre am 21. 10., deren ungefähre Inhalt am 4. 11. 1918 durch Haußmann im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht wurde. Vgl. Schulthess 1918/I S. 353 sowie die Abendausgaben der „Frankfurter Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“ vom 4. 11. 1918. Dazu Nr. 80 (bes. auch Anm. 3—7) und Nr. 100 (bes. auch Anm. 46 und 47).

<sup>16)</sup> Vgl. Haußmann S. 264: „Morgen erscheint ein Erlaß des Kaisers [s. Anm. 13], der der demokratischen Regierung zustimmt. Er wird wenig an der Stimmung ändern. Übermorgen veröffentliche ich — mit derselben Wirkung — seine Ansprache an die Staatssekretäre [s. vorige Anm.]“

**v. Waldow:** Die Ernährungsfrage hängt an einem Seidenfaden.<sup>17)</sup>

Wenn Schwerindustrielle gegen Kaiser, so ist das die größte Treulosigkeit (und Schamlosigkeit), denn sie haben den Kaiser nur zu einem Gewaltfrieden gedrängt. Wir sind vor die Gefahr einer passiven Resistenz der agrarischen Kreise des Ostens [gestellt] — dann scheidet die Ernährung.

Aufruf soll erscheinen<sup>18)</sup> und Scheidemann ihn entwerfen.<sup>19)</sup>

**Mann:** Weigerung der Mannschaft der Kreuzer „Thüringen“ und „Friedrich der Große“, die Anker zu lichten — sie verbarrikadierten sich — man mußte Torpedo auf das Schiff richten. Die Mannschaften sagen: die Offiziere und das Flottenkommando wollten nicht Frieden.

Im Aufruf<sup>18)</sup> sollte Aufforderung zur Disziplin erfolgen.

Nicht amnestieren.<sup>20)</sup>

**Erzberger:** Sol und Vertreter fehlen.

**Scheüch:** Bodenbach<sup>21)</sup> bittet Sachsen um militärische Hilfe.

<sup>17)</sup> Vgl. Prinz Max S. 567, der diese Äußerung Waldows irrtümlich in die Kabinettsitzung vom 3. 10. 1918 verlegt.

<sup>18)</sup> Vgl. Haußmann S. 264: „Morgen wird ein Aufruf der Regierung ans Volk (entworfen von Philipp Scheidemann) beraten. Vor fünf Tagen habe ich einen Aufruf zum Weiterkämpfen abgeschlossen [vorhanden im Nachlaß Haußmann 17]. Seither hat sich das Weiterkämpfen durch den Erdrutsch in Österreich und durch die neue Bedrohung unserer Grenze in Bayern, Sachsen und Schlesien als aussichtslos erwiesen [..].“

<sup>19)</sup> Ein Durchschlag des Entwurfs von Scheidemann wurde nach dieser Sitzung noch am 2. 11. von Deutmoser an Haußmann übersandt und von diesem — wie sich aus einer eigenhändigen Notiz Haußmanns ergibt — auf Scheidemanns Wunsch stark „überarbeitet“; Nachlaß Haußmann 17. Vgl. Nr. 122 Anm. 38.

<sup>20)</sup> Dazu Prinz Max S. 568: „In der Reichskanzlei waren alarmierende Meldungen von der Marine eingetroffen: Gehorsamsverweigerung auf mehreren Schiffen vor Wilhelmshaven. Noch waren die Mitteilungen nicht durchsichtig: war die Mannszucht wieder hergestellt worden? Lagen bolschewistische Umtriebe zugrunde oder nur lokale Unzufriedenheit? Ritter v. Mann, so meldete mir Simons, sei mit einem sehr ernsten Gesicht in der Kabinettsitzung erschienen und habe folgendermaßen berichtet: Die Mannschaften mehrerer großer Schiffe hätten sich geweigert, dem Befehl zum Auslaufen Folge zu leisten (29. und 30. Oktober). Sie hätten offen gemeutert und sich verbarrikadiert, so daß Admiral v. Hipper sie von Torpedobooten umzingeln, ja die Torpedos auf sie richten ließ. Alsdann seien die Gehorsamsverweigerer verhaftet worden. Die Meuterer gäben als Beweggrund an: die Offiziere und das Flottenkommando wollten den Frieden nicht, sie hätten die Flotte in einer großen Schlacht opfern wollen. Staatssekretär v. Mann erbat einen Aufruf der Regierung, der eine Ermahnung zur Disziplin, aber kein Amnestieversprechen enthalten sollte.“

Für die Ursachen der Kieler Unruhen vgl. Nr. 134, ferner u. a. Scheidemann, Memoiren II S. 277 f.; Prinz Max S. 573 ff. Dazu neuerdings Kurt Zeisler, Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918, in: Revolutionäre Ereignisse S. 192 ff.; Walther Hubatsch, Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848—1945. Frankfurt a. M. 1958, S. 180 f.

<sup>21)</sup> Ort in Böhmen (bei Tetschen), nahe der Reichsgrenze.

## 118.

**2. 11. 1918: Staatsminister von Breitenbach an die Mitglieder  
des preußischen Staatsministeriums**

Pol. Archiv, Pol. Abt. Deutschland Nr. 88 Bd. 14.<sup>1)</sup> Maschinenschriftliche Abschrift.

Die Frage der Abdankung des Kaisers oder gar der Beseitigung der Dynastie hat im Anschluß an die in den ersten Oktobertagen eingetretene politische Umwälzung in immer steigendem Maße die Presse beschäftigt. Während sie anfangs nur akademisch vom Standpunkte der Möglichkeit, und zwar auch in der sozialdemokratischen Presse, erörtert wurde und dabei der Standpunkt sich vertreten fand, daß eine solche Abdankung des Kaisers oder eine Beseitigung der Dynastie nicht als ein Erfordernis bezeichnet werden müsse, daß vielmehr die Verfassungsgarantien, welche die Krone gegeben habe, eine ausreichende Sicherung für den inneren Bestand des „Volksstaates“ biete, ist in der Folgezeit mehr und mehr diese Angelegenheit aus dem Rahmen einer theoretischen Erörterung herausgetreten und auf das Gebiet einer Forderung in mehr oder minder versteckter Form hinübergespielt worden. Ganz besonders hat sich zum Träger dieser Forderung die demokratische Presse (Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt) gemacht und in einer außerordentlich geschickten Weise durch tägliche Wiederholungen und Beleuchtungen von den verschiedensten Seiten die Frage nicht zur Ruhe kommen lassen, um die öffentliche Meinung bis zu einem solchen Grade zu bearbeiten und vorzubereiten, daß sie sich teils mit dem Gedanken der Abdankung vertraut macht und ihren Widerstand als gegen eine nicht mehr abzuwendende Notwendigkeit aufgibt, teils zu der Überzeugung gebracht wird, daß die Abdankung erste Vorbedingung des Volksstaates und der Erzielung eines relativ günstigen Friedens sei und daher gefordert werden müsse. In dem gewünschten und bezweckten Ergebnis würde die Reichsleitung vor eine vollendete Tatsache gestellt werden und sich einem entscheidenden Schritt bei der Krone nicht mehr entziehen können.

Diese Vorgänge in der Presse sind dem Staatsministerium bekannt, so daß sich eine Belegung durch Bezugnahme auf die einzelnen Artikel in den Zeitungen erübrigt. Meines Erachtens ist dieses Vorgehen der Presse wesentlich dadurch erleichtert worden, daß in weiten Volkskreisen die Meinung besteht, die Krone habe sich zu der Neuorientierung nicht aus Überzeugung, sondern nur unter dem Druck der Verhältnisse, aus Sorge um ihren Bestand bereifinden lassen. Ich muß es als eine bedenkliche Unterlassung bezeichnen, daß der Versuch unterblieben ist, durch Veröffentlichung der Rede des Kaisers an die Staatssekretäre<sup>2)</sup> und des Handschreibens an den Reichskanzler<sup>3)</sup> das Volk von der Aufrichtigkeit des Schrittes der Krone und ihrer völligen inneren Übereinstimmung mit der Neuorientierung zu überzeugen.

<sup>1)</sup> Mit dem handschriftlichen Vermerk: „Geheim!“

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 117b Anm. 15.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 117b Anm. 13.

Nunmehr hat die Reichsleitung in der Sitzung vom 30. Oktober d. J. beschlossen<sup>4)</sup>, die Presse solle dahin belehrt werden, daß es ihr nicht verboten sei, die Frage der Abdankung des Kaisers zu erörtern; das geltende Verbot beziehe sich nur auf die ausdrückliche Forderung einer Abdankung. Weitere Milderung dieses Verbots bleibt vorbehalten. Ich muß diesen Schritt für außerordentlich bedenklich halten. Die Presse wird in der Folge aus der Zurückhaltung, die sie sich in der Form wenigstens noch auferlegt hat, heraustreten und in zügelloser Weise mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Feldzug gegen die Krone aufnehmen. Hieran wird der Umstand nichts mehr zu ändern vermögen, daß nach dem Beschluß der Reichsleitung die „ausdrückliche Forderung“ der Abdankung nach wie vor verboten sein soll. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Unterschied zwischen der „Erörterung der Frage der Abdankung“ und der „ausdrücklichen Forderung der Abdankung“ für einen geschickten Zeitungsschreiber gegenstandslos ist<sup>5)</sup> und daß es ihm unschwer gelingen wird, die ausdrückliche Forderung der Abdankung in das Gewand der Erörterung der Frage der Abdankung zu kleiden, wie das die Presseartikel der letzten Tage ja zur Genüge gezeigt haben.

Meines Erachtens muß alles geschehen, um die Erörterung der Frage der Abdankung des Kaisers und die der Beseitigung der Dynastie — denn darauf laufen letzten Endes die Bestrebungen der demokratischen Presse in mehr oder weniger verhüllter Form hinaus — aus der Presse verschwinden zu lassen. Gesteht die Reichsleitung zu, daß die Frage der Abdankung in der Presse erörtert wird, und gibt sie dies ausdrücklich zu erkennen, so wird dies in der Öffentlichkeit als ein Bekenntnis zur Abdankung aufgefaßt werden und die Reichsleitung auf eine Bahn gedrängt, die sie nicht mehr wird verlassen können.

Bevor dies geschieht, sollten aber die Wirkungen der Abdankung oder der Beseitigung der Dynastie klargestellt sein. Dabei ergibt sich eine Scheidung zwischen Reich und Bundesstaat. Die Frage ist unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß die Abdankung des Kaisers nur den ersten Schritt bedeutet. Die Reichsleitung muß und wird sich darüber klar sein, daß, wenn die Abdankungsfrage erst einmal ins Rollen gekommen ist<sup>6)</sup>, sie sich nicht mehr aufhalten läßt und die Beseitigung der Dynastie zur Folge haben wird. Aber selbst wenn es lediglich zur Abdankung zugunsten des übernächsten Thronanwärters kommt — und nur dieser Fall liegt allem Anschein nach im Bereiche der Möglichkeit —, so würde das Präsidium des Bundes (Artikel 11 der Reichsverfassung) von dem vom preußischen Landtage anerkannten oder gewählten (Artikel 56/57 der preußischen Verfassung) Regenten zu führen sein.<sup>7)</sup> Die vollziehende Gewalt aber in dem gegenwärtigen Zeitpunkt in die Hand eines Regenten zu legen, erscheint äußerst bedenklich. Der Gedanke, unter völliger Änderung der Reichsverfassung zu einem Reichsverweser ohne Berührung der preußischen Dynastie zu gelangen, ist bisher schärfer erkennbar nicht hervorgetreten. Kommt es aber zur Beseitigung der Dynastie, so würde das eigenartige Bild entstehen, daß das

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 106.

<sup>5)</sup> Dazu Solfs eigenhändige Randbemerkung: „richtig“.

<sup>6)</sup> Dazu Solfs eigenhändige Randbemerkung: „ist schon nicht mehr aufzuhalten“.

<sup>7)</sup> Zur Problematik vgl. Nr. 104 und Nr. 111.

Deutsche Reich als Republik sich aus Monarchien (abgesehen von Preußen) zusammensetzte. Das ist wohl theoretisch, nicht aber tatsächlich denkbar. Denn damit wird bestimmt gerechnet werden müssen, daß eine Abdankung der übrigen Bundesfürsten, dem preußischen Vorgange folgend, nicht wohl erwartet werden darf. Wie soll aber eine politische Betätigung des Reichs auf republikanischer Grundlage und unter Verfolgung republikanischer Ziele möglich sein, wenn die Glieder des Reichs fast ausschließlich in der Monarchie ihre verfassungsmäßige Grundlage haben. Es würde eine Situation geschaffen werden, welche gerade bei den gegenwärtig zu lösenden auswärtigen Fragen, insbesondere des Friedensschlusses, jedes geschlossene und straffe Auftreten unmöglich machen würde. Es würden zwischen dem Reich und den Bundesstaaten Gegensätze entstehen, welche nicht zu überbrücken sind; und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Vermutung eines Zerfalls des Reiches und damit einer Zerstörung der Ergebnisse jahrzehntelanger Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes nicht von der Hand zu weisen sein.

Neben diesen Gedanken, die zu hegen an sich Sache der Reichsleitung wäre, mit denen mittelbar aber die einzelnen Bundesstaaten als Glieder des Reiches sich zu befassen haben, steht die für Preußen lebensbestimmende Frage, ob durch ein Vorgehen der Reichsleitung nicht nur das historisch Gewordene, sondern auch die Macht- und Kraftquelle des preußischen Staates vernichtet werden soll. Denn der Gedanke einer Abdankung lediglich als Deutscher Kaiser unter Beibehaltung der Souveränität als König von Preußen kann ernsthaft wohl nicht in Frage kommen. Dazu ist die Verbindung Preußens als Vormacht im Reich mit diesem zu eng. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Bestrebungen auf Abdankung sich gegen die Person des Kaisers als Trägers der Krone Preußens, des mächtigsten Bundesstaates, und gegen die Traditionen richten, welche die Quelle für Preußens Größe gewesen sind. Gerade dieser letzte Gesichtspunkt muß aber das Staatsministerium veranlassen, mit aller Bestimmtheit gegen ein Vorgehen Stellung zu nehmen, welches — ohne seine Anhörung eingeleitet — in der Wirkung unter Verletzung des Artikels 1 der Reichsverfassung<sup>8)</sup> den schwersten Eingriff zeitigen muß, welcher überhaupt in das Verfassungswesen eines Bundesstaates getan werden kann. Es ist unvereinbar mit der Würde und der Stellung Preußens als verfassungsmäßiger Vormacht des Reiches, daß ihm eine Forderung zugemutet wird, die an einen Bundesstaat, wie Bayern, zu stellen, man sich wahrscheinlich sehr überlegen würde.

Ich bitte, die Angelegenheit baldigst der Beschlußfassung im Staatsministerium zu unterbreiten<sup>9)</sup> mit dem Ziele eines entschiedenen Schrittes bei der Reichsleitung.

Abschrift dieses Schreibens haben sämtliche Herren Staatsminister erhalten.

gez. v. Breitenbach.<sup>10)</sup>

<sup>8)</sup> „Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen [ . . . ]“

<sup>9)</sup> Diese Beratung fand am 4. 11. statt; vgl. den auszugsweisen Protokollabdruck in den Archivalischen Forschungen 4/IV S. 1733 f.

<sup>10)</sup> Es folgt die von Breitenbach eigenhändig unterzeichnete Formel: „An das Königliche Staatsministerium. Abschrift beehre ich mich zur geneigten Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden.“

## 119.

## 2. 11. 1918: Abg. Stresemann an Vizepräsident Friedberg

Nachlaß Stresemann 130 (6839), Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Kollege!

In Berlin ist überall das Gerücht verbreitet, daß in der nächsten Woche die Revolution losbrechen würde. Ich gebe im allgemeinen auf derartige Redensarten wenig, aber man kann natürlich nicht an der Tatsache vorbei, daß die Vorgänge in Wien und Budapest auf Berlin zurückwirken werden.<sup>1)</sup> Unter diesen Umständen wollte ich nur Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, daß es wünschenswert wäre, sich darüber zu vergewissern, welche Machtmittel die Regierung an der Hand hat, um Unruhen zu begegnen und ob die in Berlin stehenden Truppen und Polizeimannschaften zuverlässig sind.

In bezug auf unsere gestrige Besprechung möchte ich übrigens auf Grund der mir zugehenden reichhaltigen Pressestimmen der Meinung Ausdruck geben, daß die Strömungen gegen die Abdankung des Kaisers erheblich zunehmen.

Mit besten Empfehlungen und Grüßen  
Ihr Ihnen sehr ergebener

<sup>1)</sup> Dazu einen Brief Richthofens an Erzberger vom 2. 11. 1918 (Durchschlag im Nachlaß Richthofen), in dem der nationalliberale Abgeordnete ausführt, daß ihm die „völlige Untätigkeit des Kriegskabinetts in bezug auf die Entwicklung in Wien, Budapest, Prag und wohl auch Warschau“ immer bedenklicher erscheine. Das deutsche Parlament in Wien stehe „den ihm zufallenden Aufgaben etwas hilflos“ gegenüber; so sehr er einerseits „nach außen eine Zurückhaltung deutscherseits“ für angebracht halte, so sei doch andererseits „in unserem dringendsten Interesse eine starke Einflußnahme auf die dortige Gestaltung der Dinge“ geboten; und auch für Budapest gelte „m. E. wohl ähnliches“.

## 120.

## Oberst von Haeften über seinen Versuch vom 2. November 1918, den erkrankten Reichskanzler bis auf weiteres von den Amtsgeschäften fernzuhalten

Nachlaß Haeften, Erinnerungen. Auszug.<sup>1)</sup>

Wie mir mitgeteilt wurde, hat im Anschluß an die Mission Drews<sup>2)</sup> in der Abdankungsfrage am Freitag, dem 1. November, ein telephonischer Gedanken-

<sup>1)</sup> A.a.O. als Anlage die maschinenschriftl. Abschrift einer „Potsdam, den 1. Juli 1930“ datierten Aufzeichnung Haefdens; darunter folgende Bestätigung über die Richtigkeit des von Haefden mitgeteilten medizinischen Sachverhalts: „Vorstehende Darstellung des Generals v. Haefden erkenne ich, soweit sie meine Tätigkeit betrifft, als richtig an. Berlin, den 1. Juli 1930. gez. Wilhelm Zinn, Professor, Geh. Sanitätsrat, Chefarzt der Inneren Abteilung des Städt. Krankenhauses Moabit.“ Wie sich aus einem Briefwechsel der beiden Unterzeichner (29. 6. — 2. 7. 1930, freundlicherweise zur Verfügung gestellt durch Frau Clara Zinn, Timmendorferstrand) ergibt, hatte Geheimrat Zinn den Entwurf Haefdens umgearbeitet, soweit er sich auf seine ärztliche Tätigkeit bezog. Vgl. auch Prinz Max S. 560 f.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 115.

austausch zwischen dem Kaiser und dem Prinzen [Max] stattgefunden, der den Prinzen seelisch so mitnahm, daß er in einen Zustand krankhafter Erregung geriet<sup>3)</sup>, der noch in später Abendstunde<sup>4)</sup> die Hinzuziehung des Geheimrats Professor Dr. Zinn zur Konsultation nötig machte.<sup>5)</sup>

Da der Prinz gar keinen Schlaf zu finden vermochte, gab ihm Professor Zinn noch spät in der Nacht<sup>6)</sup> ein Schlafpulver<sup>7)</sup>, das indes auf den an sich schon krankhaften Nervenzustand des Prinzen einen derartigen Einfluß ausübte, daß er während des ganzen Sonnabends in einem bewußtlosen Zustand schlafend lag.<sup>8)</sup> Als der Prinz am Sonnabend gar nicht wieder in einen wachen Zustand zurückzubringen war<sup>9)</sup>, befragte ich den Geheimrat Zinn, ob der Prinz bei seinem Zustand in dieser aufregenden, täglich die schwersten EntschlieBungen fordernden Zeit die Geschäfte weiterzuführen vermöge. Geheimrat Zinn äußerte ernste Bedenken.<sup>10)</sup>

Ich begab mich daher noch am Sonnabend, dem 2., mittags in Abwesenheit des [Unter-]Staatssekretärs Wahnschaffe, den ich vorher nicht verständigen konnte, zum Vizekanzler v. Payer, dem ich unter Darlegung des schwer leidenden Zustandes des Prinzen vorschlug, selber die Führung der Geschäfte zu übernehmen. Gleichzeitig legte ich ihm eine vorher von mir entworfene amtliche W.T.B.-Notiz

<sup>3)</sup> In der Anlage (s. Anm. 1) heißt es einleitend über den Gesundheitszustand des Prinzen, er sei in der zweiten Oktoberhälfte „an einer Grippe mit erheblicher allgemeiner Erschöpfung (Temperatur nicht über 37,3) erkrankt“ gewesen und am 31. 10./ 1. 11. so sehr durch Verhandlungen in Anspruch genommen worden, daß „sein von der eben überstandenen Grippe geschwächter Gesundheitszustand in bedenklichem Maße angegriffen wurde.“

<sup>4)</sup> Prinz Max S. 560 spricht von „einem heftigen Rückfall“.

<sup>5)</sup> In der Anlage (s. Anm. 1) wird mitgeteilt, daß Zinn, der den Kanzler „seit dem 22. Oktober fast täglich beraten habe“, auf Veranlassung Kurt Hahns konsultiert worden sei.

<sup>6)</sup> A.a.O.: „bald nach Mitternacht“.

<sup>7)</sup> A.a.O.: „ein milde wirkendes Beruhigungsmittel (wie mir gesagt wurde eine kleine Dosis Pantopon, und zwar eine Tablette zu 0,01 g.)“.

<sup>8)</sup> Nach Prinz Max S. 560 versetzte ihn das verordnete Mittel in „einen schweren Schlaf“, aus dem er „36 Stunden nicht zu erwecken“ gewesen sei.

<sup>9)</sup> In der Anlage (s. Anm. 1): „Beim erneuten Besuch des Geheimrats Zinn am nächsten Mittag war der Prinz noch nicht erwacht. Geheimrat Zinn blieb am Krankenbette und suchte den Prinzen zu ermuntern. Dieser war aber noch so erschöpft, daß er nur vorübergehend erwachte und sprach und über große Ermattung klagte. Selbst auf energisches Anrufen und Rütteln des Körpers ermunterte sich der Kranke noch nicht völlig.“

<sup>10)</sup> Vgl. a.a.O.: „Er [Zinn] müsse pflichtmäßig erklären, daß der Prinz psychisch und physisch für die nächste Zeit nicht in der Lage sei, schwere Verantwortungen zu tragen, geschweige denn Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen. Es liege bei ihm infolge der von der Grippe noch herrührenden großen Schwäche in Verbindung mit den unmittelbar sich anschließenden großen seelischen und geistigen Aufregungen und Spannungen ein schwerer Zusammenbruch der gesamten Konstitution vor, der sich augenblicklich bis zu völliger Erschöpfung und Handlungsunfähigkeit gesteigert habe. Dieser Zustand sei ausschließlich die Folge der ungeheuren, für die Konstitution des Prinzen viel zu starken geistigen und körperlichen Anstrengungen der letzten Tage und Wochen. Daß das gegebene Beruhigungsmittel — 0,01 g Pantopon — daran mitschuldig sein könne, müsse mit voller Bestimmtheit verneint werden. Wie lange der jetzige Zustand des Prinzen noch andauern werde, könne er (Geheimrat Zinn) nicht mit Bestimmtheit angeben. Jedenfalls sei der Prinz zur Zeit zur Führung der Geschäfte des Reichskanzleramtes nicht fähig. Meine Frage, ob ich von dieser Eröffnung dienstlich Gebrauch machen dürfe, bejahte Geheimrat Zinn.“

vor, die dies der Öffentlichkeit bekanntgab, mit dem Hinzufügen, daß der Prinz sich für längere Zeit wegen der Folgeerscheinungen der Grippeerkrankung von den Amtsgeschäften werde fernhalten müssen. Herr v. Payer stimmte dem zu, unterzeichnete die Notiz<sup>11)</sup>, die ich demnächst dem Legationssekretär v. Prittwitz zur Veröffentlichung übergab.<sup>12)</sup> Als ich nach der Mittagspause in die Reichskanzlei zurückkehrte, teilte mir Exzellenz Wahnschaffe mit, der Zustand des Prinzen habe sich gebessert, er habe daher Exzellenz v. Payer empfohlen, von der Veröffentlichung der W.T.B.-Notiz Abstand zu nehmen<sup>13)</sup> und die weitere Entwicklung des Zustandes des Prinzen abzuwarten; dieser war indes am Abend des 2. November noch so bedenklich, daß der Prinz niemanden empfangen konnte und Professor Zinn die Erledigung irgendwelcher amtlichen Angelegenheiten durch ihn streng untersagte.

Dieser Eingriff des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe<sup>14)</sup> in das von mir Veranlaßte, ist meiner Ansicht nach außerordentlich zu bedauern, nicht nur im Interesse des Prinzen selber, dessen Ansehen und Ruf durch die traurigen Ereignisse der kommenden Zeit und sein völliges Versagen hierbei schwer geschädigt worden sind, sondern vor allem im Interesse des Reiches, das in den kommenden schweren Tagen einer zielsicheren Führung bedurfte, die durch die politisch erfahrene und willensstärkere Persönlichkeit des Vizekanzlers besser gewährleistet war.<sup>15)</sup>

<sup>11)</sup> Dazu a.a.O.: „Vizekanzler von Payer war von dem Ernst meiner Eröffnungen offenbar sehr betroffen und erwog die Notwendigkeit der Ernennung eines Nachfolgers des Prinzen; er wolle die Frage mit den Kabinettsmitgliedern besprechen. Einstweilen ermächtigte er mich, die von ihm inzwischen unterzeichnete W.T.B.-Notiz sofort zu veröffentlichen.“

<sup>12)</sup> A.a.O. berichtet Haeflens, daß er die Notiz nach seiner Rückkehr in die Reichskanzlei, etwa 15 Uhr 30, dem „leitenden Bürobeamten zur Weiterleitung an W.T.B.“ übergeben habe und anschließend zum Essen gegangen sei.

<sup>13)</sup> A.a.O.: die Notiz sei „auf höhere Weisung angehalten worden“.

<sup>14)</sup> Vgl. hingegen Prinz Max S. 561: „Nur das Dazwischentreten meines Adjutanten v. Prittwitz hat die Übergabe dieses Bulletins an das W.T.B. verhindert.“

<sup>15)</sup> Unmittelbar anschließend äußerte Haeflens die Vermutung, daß die Sozialdemokratie Payer gegenüber „voraussichtlich nicht gewagt“ haben würde, eine solche „Doppelrolle“ zu spielen wie gegenüber dem Prinzen Max.

## 121.

**3. 11. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts  
unter Teilnahme des bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl**

**DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärsitzung (engeres Kriegskabinet) am 3. November 1918, nachmittags 5 Uhr.“<sup>2)</sup>**

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, v. Dandl, Friedberg, Haußmann, Trimborn, Gröber, Erzberger, Drews, Scheüch, Scheidemann, Wahnschaffe; General v. Winterfeldt, Oberst v. Haefsten, Direktor Deutelmöser, Geheimräte Simons, v. Schlieben.<sup>3)</sup>

**v. Payer:** Durch Äußerungen einiger bayerischer Zentrumsführer über einen etwaigen bayrischen Sonderfrieden seien große Beunruhigungen hervorgerufen worden. Das Kriegskabinet wäre daher dem Ministerpräsidenten von Dandl sehr dankbar, daß er ihm Auskunft über den Stand in Bayern geben wolle. Es handle sich um Äußerungen, welche der Zentrumsführer Held zu anderen Fraktionskollegen im Abgeordnetenhaus getan habe, daß sich Bayern werde überlegen müssen, ob es für andere Leute weiterbluten solle und ob es sich nicht besser selbst nach Frieden umsehen solle.<sup>4)</sup>

**Erzberger** berichtet über ähnliche Äußerungen Helds in der bayerischen Zentrumsfraktion. Aus diesen sei geschlossen worden, daß er mit dem Vorschlag eines Sonderfriedens für Bayern sympathisiere. Ebenso sei sein Gespräch in der Wandelhalle des Abgeordnetenhauses verstanden worden.

**Haußmann** verliest ein Schreiben, aus welchem hervorgeht, was Held im Abgeordnetenhaus gesagt haben soll:<sup>5)</sup>

Der Abgeordnete Held sagte Dienstag, 29. Oktober abends nach Schluß der Plenarsitzung, im Sitzungssaal der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten zu

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 569; Payer S. 153; Scheidemann, Memoiren II S. 277. Im Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung; sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll sind in den Anmerkungen berücksichtigt.

<sup>2)</sup> Wie sich aus einem Telegramm der Reichskanzlei an Haußmann (Nachlaß Haußmann 14) ergibt, war die Sitzung auf Wunsch Dandls für 17 Uhr angesetzt worden. Wie die „Vossische Zeitung“ am 4. 11. 1918 (Morgenausgabe) mitteilte, war Dandl am Abend des 2. 11. von München nach Berlin abgereist.

<sup>3)</sup> In der Anwesenheitsliste sind Solf und Frhr. v. Stumm nicht berücksichtigt.

<sup>4)</sup> Die Äußerungen Helds waren bereits am Vortage im Kabinet zur Sprache gekommen; vgl. Nr. 117b.

<sup>5)</sup> Es handelt sich um eine undatierte und nicht unterzeichnete maschinenschriftl. Aufzeichnung, die im Nachlaß Haußmann 20 überliefert ist und deren Wortlaut im folgenden als Einschub in das amtliche Protokoll wiedergegeben wird. Nach Empfang dieses „Aufschriebs aus München“, wie es in Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) heißt, telegraphierte Haußmann an seinen Fraktionskollegen Liesching in Stuttgart, „angesichts der bedauerlichen Kundgebung“ Helds empfehle er, „unverbrüchliche Reichssolidarität Süddeutschlands furchtlos und treu zu proklamieren“; undatiertes, eigenhändiger Entwurf des Telegramms im Nachlaß Haußmann 20.

Dr. Hammerschmidt<sup>6)</sup> in Gegenwart eines herumstehenden Kreises von mindestens 10 Kollegen etwa folgendes:

Die liberale Fraktion müsse ihren Antrag, daß die Kammer eine Erklärung über das Verhältnis Bayerns zum Reich abgeben solle, zurückziehen. Man könne sich nicht an das Reich binden in einem Augenblick, wo man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß das Reich auseinanderfalle. Wir würden keinen Waffenstillstand bekommen, d. h. man werde uns so unmögliche Bedingungen stellen, daß weiter gekämpft werden müsse. Dann würden, da Österreich einen Sonderfrieden machen würde, der die österreichischen Bahnen den Gegnern zur Verfügung stelle, vielleicht binnen 8 Tagen Italiener an der bayerischen Grenze stehen können; die Westfront würde von Süden her aufgerollt werden. Schon erwögen maßgebende Personen, ob die Regierung in München bleiben könne. Wir würden vor die Frage gestellt werden, ob Bayern einen Sonderfrieden schließen solle; wir würden dann fraglos bessere Bedingungen erhalten. Für den Friedensschluß plane man auf seiten der Entente die Bildung eines Pufferstaates von Basel bis nach Belgien, bestehend aus Elsaß, der Pfalz, den linksrheinischen Teilen von Hessen und der Rheinprovinz, Luxemburg etc. Dazu werde man die zeitweilige Verfügung über die Ruhr-Kohlenbergwerke fordern. Das Hauptziel sei die Schwächung Preußens, Hannover werde wieder hergestellt werden; Oberschlesien mit den Bergwerkdistrikten würde an Polen kommen, ebenso Posen und ein Gebiet um Danzig; Preußen würde also im wesentlichen auf den Stand von — 1814, wenn ich recht verstanden habe, zurückgeführt werden. Bayern dürfe sein Schicksal nicht an das Preußens knüpfen. Es würde sich die Frage ergeben, ob sich nicht die süddeutschen Staaten mit Deutsch-Österreich zusammenschließen sollen. Wirtschaftliche Gründe würden dann allerdings voraussichtlich bald zu einer Annäherung zwischen diesem süddeutsch-österreichischen Bund und Preußen führen. Aber zunächst müsse man fragen, ob man es verantworten könne, Bayern in das Geschick Preußens mit hineinziehen zu lassen.<sup>7)</sup>

v. Dandl kann über diese Vorfälle nur teilweise Auskunft geben. Hat Held sofort zu sich gebeten und ihm Vorhaltungen gemacht. Held habe auf das entschiedenste in Abrede gestellt, so etwas gesagt zu haben, und ihm mitgeteilt, was er in der Zentrumsfraktion gesagt habe. Held habe ihm dann eine schriftliche Erklärung<sup>8)</sup> geschickt, aus der hervorgeht, daß er das Gegenteil von dem gesagt habe, was ihm zur Last gelegt sei. Er habe den Gedanken eines Sonderfriedens Bayerns vollständig abgelehnt. Eine Trennung vom Reich würde größtes Unheil sein, was uns treffen könnte. Die Entente sei der Urheber der Idee, daß Bayern nicht beim Reiche bleiben könne. Es müsse eine Mystifikation vorliegen. Er habe stets gegenteilige Reden gehalten. Am Ende des Briefes sei die Richtigkeit der Ausführungen von dem stellvertretenden Vorsitzenden der bayerischen Zentrumsfraktion bestätigt worden.

Über die Äußerung Helds<sup>9)</sup> zu liberalen Abgeordneten könne er aus persönlicher Kenntnis nichts sagen. Über den liberalen Antrag auf Bekundung der Treue zum

<sup>6)</sup> Karl Hammerschmidt, Mgl. d. Liberalen Vereinigung.

<sup>7)</sup> Nach Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) äußerte *Erzberger* im Anschluß an die Verlesung: „Die ganz gleichen Angaben erhielt auch ich.“

<sup>8)</sup> A.a.O. heißt es, Dandl habe die Erklärung Helds verlesen; Haußmann notiert die Unterschrift: „gez. Heinrich Held, 1. Vorsitzender der bayer[ischen] Zentr[ums-]Fr[aktion]“.

<sup>9)</sup> Im Or. stets falsch: „Hell“.

Reich sei zwischen den Liberalen und Held verhandelt worden.<sup>10)</sup> Er, Dandl, habe den Antrag selbst für taktisch nicht richtig, sondern besser die Abgabe von Erklärungen gehalten. Bei diesen Verhandlungen sei die Sprache auf den Sonderfrieden gekommen. Dabei habe der Abg. Hammerschmidt die Sprache auf die Äußerungen Helds gebracht. In der Sitzung habe dann Held denselben Standpunkt, wie in seinem letzten Briefe, eingenommen. Die Reden von Held aus früherer Zeit ständen auch auf demselben Standpunkt der Treue zum Reich unter Wahrung des föderativen Charakters.<sup>11)</sup> In der Besprechung hätten alle Parteiführer von rechts bis links gesagt, Bayern müsse unbedingt beim Reiche bleiben. Allerdings werde in der Bevölkerung<sup>12)</sup> viel von einem Sonderfrieden gesprochen, dies habe aber seinen Grund in der unmittelbaren Gefährdung der bayerischen Grenze. Sobald diese Frage geklärt sei, werde kein Mensch mehr von einer Lostrennung vom Reich sprechen. Der Standpunkt der bayerischen Regierung sei so klar, daß er darüber kein Wort zu verlieren brauche.<sup>13)</sup>

v. Payer dankt Exz. v. Dandl für seine beruhigenden Ausführungen. Zweifellos habe sich der Abg. Held nicht verständlich ausgedrückt. Da nun einmal die Unruhe da sei, frage es sich, ob nicht Herr v. Dandl bei passendem Anlaß scharf zum Ausdruck bringen könnte, welches die Stellung der bayerischen Regierung und des bayerischen Volkes sei; da die Bevölkerung jetzt sehr nervös sei, würde dies beruhigend wirken.<sup>14)</sup>

**Erzberger** würde dies ebenfalls sehr begrüßen. Wir selbst müßten aber auch dafür sorgen, daß nichts von uns aus hier geschehe, wodurch die süddeutsche Bevöl-

<sup>10)</sup> Dazu folgenden Auszug aus einem Schreiben Jäckhs vom 3. 11. an den württembergischen Ministerpräsidenten Frhr. v. Weizsäcker (bei Jäckh S. 450): „Die partikularistisch-separatistische Bewegung in Bayern greift immer mehr um sich. Der König selbst und der Hof tragen von Anfang an die Hauptschuld. Jenes Flugblatt, das einen ‚Separatfrieden‘ verlangt, kommt aus den Kreisen des altbayerischen Bauernbundes. Die reichstreueste Partei in Bayern ist neben dem Liberalismus die Sozialdemokratie, während das Zentrum Vorsicht übt. Der fortschrittliche Abgeordnete Quidde wollte im Landtag eine Erklärung der Reichstreue einbringen, aber der Zentrumsabgeordnete Held äußerte Bedenken.“

<sup>11)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Held hat in letzter Zeit ziemlich viel Reden gehalten. Keine Unitarisierung etc.“

<sup>12)</sup> A.a.O.: „Im Publikum Oberb[ayerns,] Niederb[ayerns] und an der böhmischen Grenze [ . . . ]“

<sup>13)</sup> Das gilt auch für die bayerische Haltung in der Abdankungsfrage. Am 4. 11. teilte der bayerische Vertreter Di Fiori dem halbamtlichen amerikanischen Vertreter in der Schweiz, Herron, namens Ludwigs III. und Dandls mit, „der bayerische König werde der Abdankung Wilhelms II. und dem Verzicht auf den deutschen Thron wegen seiner Söhne nicht widersprechen.“ Vgl. Snell S. 209.

<sup>14)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Payer: Stark mißverständlich muß er sich ausgedrückt haben. Erklärung der Regierung bei passender Gelegenheit wäre gut. Da sehr viel geredet wird in Bayern — was kaum mehr vereinbar ist mit einer großen Anhänglichkeit zum Reich —“. Der letzte Satz in modifizierter Form bei Prinz Max S. 570, dem Haußmanns Aufzeichnungen zur Verfügung standen; aus den Erinnerungen des Prinzen wörtlich von Scheidemann, Memoiren II S. 277 übernommen.

Bei Payer S. 153 heißt es, Held „dementierte sich zwar, wenn auch nicht eben überzeugend, aber die Sache machte doch um so stärkeren Eindruck, als es sich damals gerade um die Aufnahme Helds in das bayerische Ministerium [s. unten] gehandelt“ und Dandl in der Sitzung des Kriegskabinetts „beruhigende Erklärungen“ gegeben habe.

Hingegen kommentiert Prinz Max S. 570, Dandl habe Held „von jedem Verdacht reinigen“ können; an „der kolportierten Äußerung“ sei „kein Wort wahr“ gewesen.

kerung beunruhigt würde. So würden beispielsweise morgen die Vorschriften über die Demobilisation des Heeres im Bundesrat beraten; diese Vorschriften seien für Süddeutschland ganz unmöglich, sie würden deshalb, wenn sie bekannt würden, die Stimmung dort sehr verschlechtern. Sie sehen eine viel zu große Zentralisierung vor.

**v. Dandl** sieht den Hauptgrund der Mißstimmung in der Bedrohung der Südgrenze. Hier müßte beruhigt werden durch das Gefühl der Sicherung, Schutz der Grenze, Auswahl der Truppenteile usw. Richtig sei es ja allerdings, daß durch die Kriegswirtschaften<sup>15)</sup> in Berlin häufig zum Teil ganz ungerechtfertigterweise das Gefühl der Zurücksetzung Bayerns hervorgerufen worden sei.<sup>16)</sup> Die Bestimmungen über die Demobilmachung würden schlimmsten Eindruck verursachen. Es müsse den bayerischen Wünschen entgegengekommen werden.

In der bayerischen Staatszeitung sei schon eine Kundgebung in dem von ihm gewünschten Sinne erfolgt und habe guten Eindruck gemacht. Er selbst habe auch schon gelegentlich durch Reden zu beruhigen gesucht; er werde damit fortfahren. Vielleicht böte sich bei Einführung des neuen Ministeriums<sup>17)</sup> eine Gelegenheit dazu. Im übrigen solle man es nicht zu tragisch nehmen, wenn in Bayern mal etwas geschimpft würde.<sup>18)</sup>

**Graf Roedern** tritt dem bei. Der Schutz der langen österreichischen Grenze habe viel Besorgnis verursacht.<sup>19)</sup> Über die Demobilmachung könne heute nicht beraten werden, da die Ressorts nicht vertreten seien.

**Haußmann** fragt, ob Held selbst in das neue Ministerium eintreten würde. Dann werde es zweckmäßig sein, wenn die Gerüchte doch bald in Bayern richtig gestellt werden.

**v. Dandl**: Es wäre möglich, daß Held Minister ohne Portefeuille würde;<sup>20)</sup> er werde ihn deshalb darauf aufmerksam machen, daß auch seine sonstigen Äußerungen von ihm mißverstanden seien.

**Scheüch** teilt mit, daß das 2. bayerische Armeekorps, eine bayerische und eine preußische Division bereitstünden, um nach Bayern transportiert zu werden. Ebenso das Alpenkorps; doch wäre für dies noch keine Transportmöglichkeiten vorhanden. Allgemein seien auch Weisungen der O.H.L. für Sachsen, Schlesien und Bayern ergangen, daß eine Zusammenfassung aller Ersatz- und sonstigen Truppen zu gemischten Verbänden für den Grenzschutz stattfinden solle.

<sup>15)</sup> So im Or.

<sup>16)</sup> Bei Haußmann: „[. . .] Bayern kam mit Rohstoffen vielfach etwas zu kurz [. . .]“

<sup>17)</sup> Am 2. 11. war Dandl von König Ludwig III. mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt worden; vgl. Schulthess 1918/I S. 409.

<sup>18)</sup> Vgl. Haußmann (s. Anm. 1): „[. . .] Auch [sollte] nicht jedem Geschimpf zuviel Gewicht beigelegt [werden]. Bei uns wird eben mal viel geschimpft.“

<sup>19)</sup> Zu dieser Frage bemerkt Payer S. 153: „[. . .] beunruhigte doch auch uns im Kriegskabinet die Sorge um den Schutz der sächsischen und vor allem der bayrischen Grenzen an der böhmischen wie an der tiroler Seite ernsthaft.“

<sup>20)</sup> Bei der eingeleiteten Neubildung des bayerischen Staatsministeriums (vgl. Anm. 17), die infolge der Revolution nicht mehr zustande kam, war Held nach Pressemeldungen als Stellvertreter des Ministerpräsidenten in Aussicht genommen. Vgl. Schulthess 1918/I S. 410.

Es wäre gut, wenn der bayerische Militärbevollmächtigte im Großen Hauptquartier sei, damit er ständig in Fühlung bliebe.

**v. Dandl:** Die Sorgen in Bayern würden jetzt noch größer sein nach Annahme der Waffenstillstandsbedingungen von Österreich. Er bitte, daß alles geschehe, was möglich ist, um durch Aufklärung diese Sorgen der bayerischen Bevölkerung zu beseitigen.

**Wahnschaffe** verliest ein Telegramm des Generals von Cramon, aus dem die Waffenstillstandsbedingungen für Österreich hervorgehen.<sup>21)</sup>

**Haußmann:** Damit sind alle ungünstigen Eventualitäten, mit denen die Generäle von Gallwitz und von Mudra gerechnet hatten<sup>22)</sup>, eingetroffen.

**Erzberger:** Unser Volk muß beruhigt werden, sonst hält es nicht aus. In Österreich ist der Bolschewismus obenauf. Große Gefahr für uns. Die Macht hat augenblicklich niemand mehr in Wien. Der Kaiser hat nicht abgedankt, sondern Waffenstillstand unterzeichnet. Er hat die drei Präsidenten des Nationalrats zu sich berufen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitgeteilt.<sup>22a)</sup>

Wieviele österreichische Divisionen haben wir an der Westfront, die binnen 14 Tagen zurückgezogen sein müssen?

**Scheüch:** Seines Wissens ein Generalkommando und höchstens drei Divisionen. Die Zurückziehung dieser Verbände würde keine besondere militärische Veränderung hervorrufen.

**Erzberger:** Wir dürfen nicht in Österreich und Böhmen alles laufen lassen, damit nicht der Bolschewismus absolut Herr der Lage wird. Das Auswärtige Amt muß bald Maßnahmen treffen für die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Fragen, zwischen uns und den neugegründeten Staaten. Diese sind vom Kaiser als selbständig anerkannt worden, wir können daher direkt mit ihnen in Verbindung treten.

**Scheüch** schlägt vor, daß ein Beauftragter der O.H.L. und des Feldeisenbahnschefs veranlaßt werden, hierher zu kommen, um zu den österreichischen Bedingungen Stellung zu nehmen. Es würden diese Österreich gestellten Bedingungen bereits einen gewissen Schluß zulassen, welche Bedingungen uns gestellt werden würden.

Im übrigen sei die Lage an der Westfront nicht schlecht; die Franzosen wollten überhaupt nicht mehr angreifen, wenn geschossen werde. Eine französische

<sup>21)</sup> Dazu vgl. das Telegramm des deutschen Botschafters in Wien, Graf Wedel, vom 3. 11.: „Kaiserliche Regierung hat Waffenstillstandsbedingungen angenommen, dabei Hoffnung hinzugefügt, Entente werde Bahnen nicht zum Durchmarsch gegen Deutsches Reich benutzen. Dieser Zusatz wird auf Entente schwerlich Eindruck machen. Stellungnahme der Deutschösterreichischen Regierung noch nicht erfolgt, da Bedingungen noch nicht veröffentlicht sind. — Waffenstillstandsbedingungen sind, soweit bekannt: Räumung bis Brenner, Auslieferung halber Artillerie, Demobilisation bis auf 20 Divisionen, Entfernung reichsdeutscher Truppen binnen 15 Tagen, Besetzung aller strategisch wichtigen Punkte, Übergabe der Bahnen.“ Abgedruckt in Amtliche Urkunden S. 227.

<sup>22)</sup> In der Sitzung des Kriegskabinetts am 28. 10.; vgl. Nr. 100.

<sup>22a)</sup> Vgl. Schulthess 1918/II S. 99. Statt „Nationalrat“ muß es „Deutschösterreichischer Staatsrat“ heißen.

Division habe bereits direkte Verhandlungen mit unseren gegenüberliegenden Truppen eingeleitet.<sup>23)</sup>

**Erzberger** fragt, ob denn genügend für die Aufklärung der französischen und amerikanischen Truppen durch Abwurf von Flugschriften und dergl. geschehe.

**v. Winterfeldt:** Zunächst sei von dieser Aufklärung Abstand genommen worden, um den Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu stören. Jetzt sei diese Aufklärung aber seit längerer Zeit im großen Stile im Gange.

**Haußmann** bittet um Auskunft morgen früh, ob es sich bei unseren Waffenstillstandsbedingungen um ein rein einseitiges Festsetzen oder um eine Vereinbarung handeln würde. Ferner solle sich die Marine zu Marinefragen äußern; diese seien verschiedener Auslegung fähig.

**Solf** verliest ein Telegramm aus Baden an den General von Cramon, woraus hervorgeht, daß die Waffenstillstandsbedingungen von Österreich angenommen worden sind.

Er habe ein Gespräch mit dem Botschafter Hohenlohe gehabt, der ihm mitgeteilt habe, daß er es für unausbleiblich halte, daß Deutsch-Österreich zu Deutschland käme, er habe sich auch selbst damit abgefunden. Es wäre aber schon jetzt ersichtlich, daß die separatistische Bewegung bereits einen Stoß erlitten habe. Die einzelnen Staaten fänden, daß sie doch aufeinander angewiesen seien. Als Maßnahmen, diese friedliche Anlehnung zu fördern, hat er vorgeschlagen, daß Vertreter von Ungarn, Böhmen, Süd-Österreich usw. nach Berlin kämen, um Verhandlungen zur besseren Vorbereitung für die diplomatischen Vertretungen dieser einzelnen Staaten mit uns anzuknüpfen.

Wir hätten selbst schon Schritte getan, um diplomatische Vertreter in alle diese Staaten zu entsenden.<sup>24)</sup>

**Erzberger:** Wir müßten uns so bald wie möglich in Prag festsetzen und Delegierte dorthin senden.

**Solf:** Was Böhmen betreffe, so werde sich dieser Staat am schnellsten konsolidieren, deshalb habe er den Deutschen den Rat gegeben, vorläufig in den sauren Apfel zu beißen, und die O.H.L. habe er gebeten, keine kriegerischen Handlungen gegen Böhmen vorzunehmen, sondern nur erweiterten Grenzschutz als Hilfsaktion für die Deutschen.

**Erzberger:** Es bestehe Gefahr, daß durch Verbrüderung der Polen und Tschechen Ober-Schlesien uns verlorengelange, deshalb sei Böhmen für uns ganz besonders wichtig; daher müßten wir zunächst die Tschechen gewinnen, damit sie nichts gegen uns tun.

**Scheidemann** ist auch für sofortige Entsendung von Vertretern nach Böhmen. Regt erneut an, Truppen aus Polen wegzunehmen, dann entstehe dort sofort

<sup>23)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) folgendermaßen wiedergegeben: „[...] An der Westfront steht es besser. Franzosen streiken, sobald geschossen wird. Eine Division Frankreichs hat verlangt, daß Verhandlungen mit Deutschland eingeleitet werden.“

<sup>24)</sup> A.a.O. dagegen: „*Solf:* Hohenlohe demissionierte, blieb aber auf ein Telegramm des Kaisers Karl an den Kaiser Wilhelm, in dem Kaiser Karl erklärte, er werde sich selbst an die Spitze seiner Truppen stellen, um den Durchgang der Entente durch Tirol zu hindern.“

allgemeiner Aufruhr. Die Frage sei jetzt brennend, und es sei die einzige Möglichkeit, auf die preußischen Polen einzuwirken.<sup>25)</sup>

**Scheüch** hält die Herausziehung unserer Truppen aus Polen noch nicht für möglich wegen der Eisenbahnverbindung, die wir noch brauchten, um unsere Truppen nach der Heimat zurückzubekommen. Wir müßten das Land noch besetzt halten, um die Bahnen zu sichern.

**Drews** tritt Scheidemann durchaus bei. Wir müßten jetzt die Truppen sofort aus dem Osten wegholen. Richtet an Kriegsminister die dringende Bitte, sofort definitive Entscheidung der O.H.L. über Zurückziehung unserer Truppen herbeizuführen. Es sei das einzige Mittel, um auf Polen zu wirken und noch etwas von der Ostmark uns zu erhalten, sonst müßten wir die Hoffnung aufgeben.<sup>26)</sup>

**v. Payer:** Wir dürften wegen der Nahrungsmittel aus der Ukraine nichts verzögern, sondern müßten mit dem Rücktransport unserer Truppen so schnell wie möglich beginnen.

**Haußmann:** Wenigstens an der Grenze bei Minsk usw. müßten wir unsere Truppen zurückziehen, damit die Polen merkten, wie unsicher die Verhältnisse ohne unsere Truppen sind.<sup>27)</sup>

**Friedberg** ist auch für Zurückziehung unserer Truppen aus der Ukraine.

**Scheüch:** Der Vertreter der O.H.L. sollte beauftragt werden, sofort mit ihr in diesem Sinne in Verbindung zu treten. Die Rücktransportmöglichkeit müsse offengehalten bleiben.

**v. Payer:** Selbstverständlich. Es müsse aber deshalb sofort mit Abtransport begonnen werden. Alles was für Rücktransport nicht nötig sei, müsse sofort freigegeben werden.

**Solf:** Der ukrainische Gesandte habe ihn gebeten, Truppen nicht aus der Ukraine zu ziehen.

**Gröber** bittet Exzellenz Solf, dem Kriegskabinett morgen einen Plan zu entwickeln, wie er sich die gesamte weitere Politik im Osten denke. Wir müßten jetzt darüber ganz klar sehen. Das Interesse der Ukrainer selbst entscheide nicht, sondern nur unser eigenes Interesse. Er bäte um eine eingehende zusammenhängende Darlegung des Auswärtigen Amtes und der O.H.L.

**Friedberg:** Die Truppen seien in der Ukraine gar nicht zu halten, wenn die Dardanellen frei würden.

**Graf Roedern** hält es für zweifelhaft, ob die Entente sich so weit im Osten verbreiten werde. Die Frage müsse eingehend geprüft werden, ob die Ukraine preiszugeben sei.<sup>28)</sup>

<sup>25)</sup> Dazu Prinz Max S. 568: „Im Kabinett war eine starke Strömung gegen die Auffassung der Obersten Heeresleitung. Besonders Erzberger und Scheidemann drängten auf die Zurückziehung der Truppen. Scheidemann wollte durch unsere Räumung geradezu den Aufruhr in Polen herbeiführen, um die Stimmung der preußischen Polen zu unseren Gunsten zu wenden.“

<sup>26)</sup> Vgl. Anm. 30.

<sup>27)</sup> Vgl. Haußmann (s. Anm. 1): „Haußmann befürwortet ein teilweises Räumen von Polen.“

<sup>28)</sup> A.a.O.: „Roedern: Ukraine verlassen, heißt von Odessa herauf alles dem Bolschewismus preisgeben.“

**v. Payer:** Wir müßten der Frage aber jetzt nähertreten. Durch Zusammenhang zwischen Ukraine und Polen sei die Sache sehr wichtig.

**Drews:** Die Aussichten auf die Ukraine seien sehr zweifelhaft. Das Hemde sei uns näher als der Rock. Die polnischen Teile im Osten Preußens seien Lebensnotwendigkeiten für den preußischen Staat;<sup>29)</sup> deshalb müsse man alles versuchen, um sie zu halten.<sup>30)</sup>

**Scheidemann** ist derselben Ansicht. Die Vorteile aus der Ukraine schätze er sehr niedrig ein. Das Herausziehen der Truppen dauere sehr lange. Am längeren Darinbleiben habe nur die Entente Interesse. Sie selbst müsse den Bolschewismus fürchten, deshalb müssen wir mit dem Herausziehen der Truppen beginnen.

**Erzberger** unterstützt Vorschlag von Exzellenz Gröber, morgen einen eingehenden Vortrag des Auswärtigen Amts zu hören. Die Fragen seien allein politischer, nicht militärischer Natur. Wir haben nur deutsche Interessen entscheiden zu lassen. Deutschland sei nicht dazu da, Polizeitruppen für die Ukraine zu stellen. Der Waffenstillstand für Österreich gebe uns eine Grundlage zur Herausziehung der Truppen.

**Scheüch:** Alle Ostfragen müßten gemeinsam betrachtet werden, so auch der Abtransport der Truppen aus Rumänien, der Ukraine und Polen. Vielleicht empfehle es sich, Vertreter der O.H.L. und des Feldeisenbahnchefs übermorgen früh hierher kommen zu lassen, dabei könne auch über die Waffenstillstandsbedingungen für Österreich gesprochen werden.

Auf Wunsch von Exzellenz Solf wurde beschlossen, die Ostfragen, soweit sie politischer Natur sind, übermorgen, Mittwoch<sup>31)</sup>, zu besprechen. Dagegen morgen, Montag, vormittags über die österreichischen Waffenstillstandsbedingungen mit den einzelnen Ressortchefs sich informatorisch zu unterhalten.<sup>32)</sup>

**Freiherr v. Stumm** teilt mit, daß sich in der „Temps“<sup>33)</sup> ein Artikel befände, welcher sich in außerordentlich mildem Sinne über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen für Deutschland ausspreche. Es werde nicht einmal ganz Elsaß-Lothringen gefordert.<sup>34)</sup> Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung müsse morgen dazu Stellung nehmen.<sup>35)</sup> Er werde eine Antwort entwerfen und bitte, daß dieselbe von den Herren nachgeprüft würde.

<sup>29)</sup> A.a.O.: „Drews: Herzstück Westpreußen und Oberschlesien.“ Diese Wendung aufgenommen in den Erinnerungen des Prinzen Max; vgl. folgende Anm.

<sup>30)</sup> Dazu Prinz Max S. 568: Drews habe „den Kriegsminister bestürmt, er möchte die Oberste Heeresleitung umstimmen. Der Minister des Innern war in schwerster Sorge um das Herzstück der preußischen Lande, wie er Westpreußen und Oberschlesien nannte. Was gingen ihn die Ukrainer und Kongreßpolen an, wenn er nur den preußischen Besitzstand rettete, und ‚seine‘ Polen gefügiger wurden.“ Vgl. auch die oben wiedergegebenen Ausführungen Drews, die hier mit verarbeitet sind.

<sup>31)</sup> Irrtum des Protokollführers. Es muß heißen: „übermorgen, Dienstag“. Vgl. Nr. 129.

<sup>32)</sup> Vgl. Nr. 122.

<sup>33)</sup> Hör- oder Schreibfehler; gemeint ist die „Times“.

<sup>34)</sup> Bei Hausmann (s. Anm. 1) heißt es: „[...] bringt einen zahmen Artikel Northcliffes [in] der Times, der erst morgen erscheint und vorausdespiciert sei aus Holland.“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 4. 11. 1918, Morgenausgabe, veröffentlichte Northcliffes „Friedensprogramm“ ohne Kommentar.

<sup>35)</sup> Am 5. 11. 1918 widmete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Morgenausgabe, „Northcliffes Friedensprogramm“ — so die Überschrift — einen ausführlichen Leitartikel.

## **VII.**

**Von der Kieler Matrosenrevolte  
bis zum Ausbruch der Revolution in Berlin**

## 122.

## 4. 11. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärbesprechung (engerer Kriegsrat) am Montag, den 4. November 1918 vorm. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, Gröber, Scheidemann, Scheüch, v. Mann, Erzberger, Trimborn, Haußmann, Göppert, v. d. Bussche, Wahnschaffe; Gesandter v. Bergen, Geheimräte Simons, v. Stockhammern, v. Stumm, Heilbron, v. Schlieben; General v. Winterfeldt, Oberst v. Haeften, Ministerialdirektor Deutmoser.<sup>2)</sup>

**Scheüch** teilt zur Kohlenfrage mit, daß ein Beauftragter des Kriegsministeriums in Budapest seinem Adjutanten berichtet habe, daß Graf Fürstenberg<sup>3)</sup> in Budapest die Zusicherung erhalten habe, daß die Bahnlinien für uns frei bleiben würden unter der Bedingung, daß es bei der Kohlenlieferung unsererseits bleibe.

**Göppert**: Die Kohlenlieferung nach Österreich sei einige Tage eingestellt gewesen, aber nach Ungarn auf Wunsch der OHL wieder aufgenommen worden.

**v. d. Bussche**: Der Vertreter des Nationalrats in Budapest habe sich gestern mit Herrn v. Stockhammern<sup>4)</sup> besprochen; es solle nach den vorläufigen Vereinbarungen, wenn auch in beschränktem Umfange, weiter verbleiben, dafür sollten Lebensmittel und Truppen von den Ungarn durchgelassen werden. Herr v. Stockhammern werde darüber weitere Auskunft geben können.

**Erzberger**: Ist Fürsorge getroffen, daß die Presse eine möglichst geschlossene Stellung zu den österreichischen Friedensbedingungen einnimmt?

**Deutmoser**: Bisher sei von ihm aus noch keine Mitteilung an die Presse ergangen, da noch kein Kabinettsbeschluß vorgelegen habe.

**Graf Roedern**: In so eiligen Fällen müsse das Ressort sofort selbständig handeln.

**v. Payer**: Das Auswärtige Amt müsse sofort die Sache in die Hand nehmen, so daß bereits die Mittagspresse orientiert sei.

**Erzberger** schlägt folgende Information für die Presse vor:

1. Die Waffenstillstandsbedingungen seien die Folge des Andrassyschen einseitigen Schrittes.
2. Zur Beruhigung der Presse: Die Konsequenzen würden von der OHL und der Regierung durchberaten.

<sup>1)</sup> Vgl. Archivalische Forschungen 4/IV S. 1731 f. (auszugsweiser Abdruck); Scheidemann, Zusammenbruch S. 190 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 267; Payer S. 155; Prinz Max S. 569 ff. Im Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine kürzere Niederschrift über diese Sitzung; sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll werden in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>2)</sup> In der Anwesenheitsliste fehlen Solf und Drews.

<sup>3)</sup> Generalkonsul Graf von Fürstenberg-Stammheim.

<sup>4)</sup> Vortragender Rat im Auswärtigen Amt.

3. Militärisch sei alles zur Sicherung der Südfront vorbereitet.

Diese Vorschläge wurden im allgemeinen gutgeheißen.

**v. Stockhammern:**<sup>4)</sup> Es sei gestern abend mit Budapest telegraphisch folgendes vereinbart worden:

1. Unsere Truppen würden sofort zurückbefördert.
2. Alles was rollt, wird uns ausgeliefert.
3. Alles was auf Donau schwimmt, wird durchgelassen.
4. Soweit ungarische Regierung dazu in der Lage ist, wird sie weitere Transporte auch auf dem Lande zulassen.
5. Die Kabel werden für uns freigehalten mit Ausnahme von chiffrierten Telegrammen.

Wir haben uns unter diesen Bedingungen für Lieferung von höchstens 9000 Tonnen Kohlen täglich bereit erklärt. Es ist ausdrücklich dabei bemerkt worden, daß sich Ungarn wegen der Durchfuhr mit den Tschecho-Slowaken in Verbindung setzen und daß die Wagen zurücktransportiert werden müßten. Das Abkommen soll nach Wunsch der Ungarn bis Ende Februar laufen. Hierauf sind wir nicht eingegangen, da es sich nur um wenige Tage handeln könne. Die ungarischen Eisenbahnen hätten nur für eine Woche Kohlen, die Industrie auch nur für kurze Zeit. Die Ungarn selbst hätten fast gar keine Kohlenzechen, und die wenigen würden bald von den Rumänen besetzt werden, so daß Ungarn mit der Kohle ganz auf uns angewiesen sein würde.

Es sei auch ausgemacht worden, daß Ungarn alle unsere Truppen, auch die aus Rumänien, durchlassen müsse.

Wir hätten bisher noch nicht feststellen können, wieviel Kohlenvorräte die Tschechen hätten. Man nehme an, daß große Vorräte nicht vorhanden seien. Böhmen habe sehr wenig Steinkohlen, aber sehr viel Braunkohlenlager.

**Göppert:** In Österreich seien nur Schwierigkeiten für die Kohlenversorgung infolge der Transportverhältnisse entstanden; in Bayern seien die Bahnen vollständig festgefahren, der Reichskohlenkommissar hat aber alles zur Abhilfe angeordnet.

**v. d. Bussche:** Hinsichtlich der Besetzung der Bahnen durch die Entente habe sich das Auswärtige Amt zunächst an die OHL gewandt, es handelt sich hier zunächst um eine militärische Maßnahme.

**Erzberger:** Es sei der Wunsch des Kriegskabinetts, sofort Verbindung mit allen auseinandergefallenen österreichisch-ungarischen Staaten aufzunehmen. Sei eine Vertretung bei der tschechischen Regierung schon vorhanden?

**v. Bergen:** Trotzdem wir mit den Tschecho-Slowaken im Kriegszustand lebten, hielten wir doch Verbindung mit ihnen aufrecht.

**Erzberger:** Könne das A.A. sagen, welche maßgebenden Männer in den einzelnen Ämtern seien?

**Scheüch** teilt mit, daß General Groener morgen hier sein werde<sup>5)</sup>, um persönlich mit dem Kriegskabinettt Fühlung zu nehmen und über verschiedene Punkte Auskunft zu geben.

**v. Haeften:** Oberst Heye habe ihm bezüglich der Gefährdung der südbayerischen Grenze gesagt, daß die italienischen Truppen lediglich in Italien bleiben und die österreichischen Gebiete besetzen würden. Zu einer Offensive gegen Bayern würde nur ein Expeditionskorps von 8—10 Divisionen, meist Amerikaner und Engländer, verlangt werden. Wegen Kohlenmangel würden diese nicht so schnell befördert werden können. Es sei daher Zeit für uns, den Grenzschutz zu organisieren. Vom A.A. sei eine schriftliche Ermächtigung bei der OHL eingelaufen, daß deutsche Truppen in Tirol einrücken dürften.

Es werde versucht werden, für den Abtransport der deutschen Truppen die Frist von 14 Tagen auf vier Wochen und in der Walachei auf 6—8 Wochen verlängert zu erhalten.

Die Räumung von Polen sei, solange Truppen noch in der Ukraine und Rumänien ständen, noch nicht möglich. Die OHL wolle gern die Polen den Bolschewisten überlassen, aber bei der augenblicklichen militärischen Lage sei dies nicht möglich.

In Deutsch-Böhmen sollte nur ein erweiterter Grenzschutz stattfinden, jedoch Truppen von uns nicht einrücken.

**Wahnschaffe** weist darauf hin, daß Generalgouverneur Beseler in einem Telegramm mitgeteilt habe, er könne mit den jetzigen Truppen nicht ganz Polen besetzt halten.

**v. Haeften:** Prinz Radziwill<sup>6)</sup> hat mitgeteilt, daß die Aufstellung des polnischen Heeres beschleunigt werden solle. 60 000 Mann sollten gegen die Bolschewisten aufgestellt werden. Er bat um Entsendung einer Militärmission und um Waffen und Ausrüstungsstücke. Es bestehe ein starkes polnisches Interesse, daß Deutschland helfen solle. Die zuständigen militärischen Stellen hätten geantwortet, die Anträge sollten wohlwollend behandelt werden, es müßte aber ein schriftlicher Antrag an die Kaiserliche Regierung gestellt werden. Prinz Radziwill hat einen solchen schriftlichen Antrag in Aussicht gestellt.

**Erzberger:** Wann ist Einmarsch in Tirol vom A.A. genehmigt worden?

**v. d. Bussche:** Nach einem Telegramm von gestern hat auf unsere Anfrage Wien geäußert, Staatsrat wolle gegen Einmarsch in Tirol keinen Einspruch erheben.

<sup>5)</sup> Vgl. Prinz Max S. 570: „Am 4. November telegraphierte ich an den General Groener, er möchte so schnell wie möglich nach Berlin kommen. Ich wollte, daß er uns über die militärische Lage und wir ihn über die inneren Zustände unterrichtete.“ So auch Groener S. 445.

Demgegenüber Nachlaß Haeften, Erinnerungen: „Als es mir in den ersten Novembertagen 1918 klageworden war, daß weder die Mehrheitsparteien des Reichstages noch die Reichsregierung, insbesondere die Kabinettsmitglieder in der Abdankungsfrage zu einer klaren und festen Entscheidung zu gelangen vermochten, bat ich den Herrn Generalquartiermeister, General Groener, telephonisch, baldmöglichst nach Berlin zu kommen, einmal, um selber mit den politischen Stellen Fühlung zu nehmen und sodann eine Entscheidung in der Abdankungsfrage innerhalb der Regierung herbeizuführen. General Groener sagte seine Ankunft in Berlin für den Nachmittag des 5. an.“

<sup>6)</sup> Ferdinand Fürst Radziwill, M.d.R. (Pole) seit 1873, Mgl. des preußischen Herrenhauses.

**Erzberger:** Dies war also vor Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, hat also jetzt keinen Wert mehr.

**Trimborn:** Wir dürfen auf keinen Fall die polnische Armee zur Konsolidierung kommen lassen.

**Graf Roedern:** Unser Einmarsch in Tirol steht im Widerspruch mit den österreichischen Waffenstillstandsbedingungen. Danach müssen wir die Truppen in 14 Tagen wieder zurücknehmen. Besser sei es, den Grenzschutz nur auf bayerischem Gebiet vorzunehmen.

**v. d. Bussche** verliest ein weiteres Telegramm, enthaltend eine Äußerung von Adler<sup>7)</sup>, über die Sprengung des Brenner-Tunnels<sup>8)</sup>.

**Graf Roedern** sieht die Sache mit Tirol für sehr bedenklich an. Können Krieg nicht nach Tirol hineinlegen und uns damit in Gegensatz zu überwiegendem Teil der österreichischen Bevölkerung setzen.

**Erzberger:** Wenn, wie er höre, der österreichische Staatsrat die Waffenstillstandsbedingungen angenommen habe<sup>9)</sup>, so dürfen wir nicht in Tirol einrücken, sonst würde uns sofort der Vorwurf der Hinterhältigkeit treffen<sup>10)</sup>.

**Scheüch** teilt diese Bedenken. Es würde sonst unsere ganze Transportmöglichkeit gefährdet werden, sobald wir die Waffenstillstandsbedingungen nicht anerkennen.

**Scheidemann** ist derselben Ansicht, wir dürfen keine neuen Operationen beginnen, nachdem die Waffenstillstandsbedingungen angenommen sind; es würden sonst die schlimmsten Komplikationen auch für unsere eigenen Waffenstillstandsverhandlungen sich ergeben. Der Befehl zum Einmarsch müsse sofort aufgehoben werden.

**Scheüch:** Wenn sich bei Vorgehen gegen bayerische Grenze die Notwendigkeit der Überschreitung ergebe, dann habe die Sache ein ganz anderes Gesicht.

<sup>7)</sup> Victor Adler; seit 31. 10. 1918 Staatssekretär und Leiter des deutsch-österreichischen Staatsamtes des Äußeren.

<sup>8)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) ausführlicher wiedergegeben: „Telegramm Wedel 3. 11.: Sprach heute erst Dr. Adler und ließ Bemerkung fallen: Sprengung am Brenner. Adler sagte, das Mittel schein ihm gut. Er wolle aber keinerlei Kenntnis haben.“ Vgl. Prinz Max S. 569.

<sup>9)</sup> Am 2. 11. hatte Kaiser Karl versucht, die Zustimmung des deutsch-österreichischen Staatsrates zum Abschluß des Waffenstillstandes zu erlangen. Der Staatsrat lehnte es jedoch ab, zu den Bedingungen Stellung zu nehmen und sich die Mitverantwortung aufbürden zu lassen. Vgl. Schulthess 1918/II S. 99; dazu den in Amtliche Urkunden S. 228 abgedruckten Bericht Wedels vom 3. 11. 1918.

<sup>10)</sup> Haußmann (s. Anm. 1) registriert im Anschluß an Erzberger eine Äußerung *Haestens*: „es werde von der OHL kein *Befehl* zum Einmarsch gegeben.“

Darauf folgen Notizen zu eigenen Ausführungen: „*Haußmann*: Sistierung des Befehls *sofort* an das Große Hauptquartier, definitiver Beschluß erst, wenn endlich Solf erschienen ist. Bayr[ische] Panik darf nicht einziger Leitstern sein.

1. Schweizer Höllenmaschinenskandal [vgl. Nr. 127a Anm. 4].

2. Unruhen in Berlin heute, nicht morgen. Polizei nimmt sie für sehr ernst. Kurfürstendamm.

3. Aufruf.

4. Wie Westfront.“

Unmittelbar anschließend führt Haußmanns Niederschrift als nächsten Sprecher *Payer* an (s. folgende Anm.).

**Erzberger:** Es sei ein Zufall, daß das Kriegskabinettt von dieser Sache etwas erfahren habe. So wichtige Fragen dürften nicht ohne Zustimmung des Kriegskabinetts erledigt werden. Er bitte um Vorlegung der politischen Telegramme.

**v. Payer** stellt die Einstimmigkeit des Kriegskabinetts fest, daß Oberst v. Haeften sofort bei der OHL die Einstellung des Befehles zum Einmarsch in Tirol erwirken soll, bis endgültig über die Frage Beschluß gefaßt sein werde<sup>11)</sup>.

**v. Winterfeldt** teilt mit, daß die OHL zu der Frage der Waffenstillstandsbedingungen für Österreich im Hinblick auf unsere eigenen Bedingungen<sup>12)</sup> noch nicht Stellung nehmen könne, sie rechne jedoch mit schweren Bedingungen. Sollten diese zu schwer sein, so würden wir sie ablehnen unter Vorlegung der Bedingungen, die wir für erträglich hielten. Die Entente rechne selbst damit, daß wir ihre Bedingungen nicht sofort annehmen würden.

**Scheidemann:** Die OHL müsse genau orientiert werden über die Lage im Innern. Wir würden keinen Widerstand mehr leisten können, sondern alle Bedingungen annehmen müssen. Die Lage habe sich sehr verschärft.

**Scheüch:** Es empfehle sich, morgen mit General Groener über alle Möglichkeiten zu sprechen, die es noch für uns gäbe.

**v. Payer** bittet Exz. v. Mann, über die unliebsamen Ereignisse in der Flotte Auskunft zu geben.

**v. Mann** teilt mit, daß Kapitän v. Trotha<sup>13)</sup> am Mittwoch<sup>14)</sup> vormittag 11 Uhr im Kriegskabinettt erscheinen werde. Wahrscheinlich werde sich auch Admiral Scheer beteiligen oder vertreten lassen.

Das 3. Geschwader sei in Kiel eingetroffen und habe sich sehr aufrührerisch benommen. Er verliest ein Telegramm, in welchem die Vorgänge ausführlich geschildert werden. Die Mannschaften haben Forderungen revolutionärer Natur gestellt<sup>15)</sup>, mit Erschlagen von Offizieren usw. gedroht. Er bittet, daß sofort sozialdemokratische Abgeordnete hinreisten, um auf die Stimmung einzuwirken<sup>16)</sup>. Er verliest ferner ein Fernschreiben an das Reichs-Marineamt, aus dem

<sup>11)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Payer konstatiert, daß der Befehl zum Einmarsch in Tirol zu sistieren [sei], [was] von der Reichsregierung beschlossen wird.“

<sup>12)</sup> A.a.O.: „Winterfeldt: Die OHL ist gestern gefragt worden, wie sie die österreichisch-ungarischen Waffenstillstandsbedingungen und unsere bevorstehenden beurteilt [. . .]“

<sup>13)</sup> Adolf von Trotha, Chef des Stabes der Hochseeflotte.

<sup>14)</sup> 6. 11. 1918. Nach den vorliegenden Quellen (vgl. Nr. 131a) ist jedoch Trotha an diesem Tage nicht als Sprecher in einer Kabinettsitzung erwähnt.

<sup>15)</sup> Vgl. die vom Kieler Soldatenrat aufgestellten 14 Punkte; abgedruckt in Dokumente und Materialien 2/II S. 282.

<sup>16)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 267: „Im Kabinettt saß zu meiner Linken zumeist der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Mann. Am 4. November kam er, als die Sitzung bereits begonnen hatte, unverkennbar sehr aufgeregt in das Zimmer, setzte sich neben mich und übergab mir Depeschen aus Kiel [. . .] Was ist das? Ein Zweifel war nicht möglich — das war die offene Rebellion, das konnte mehr sein: der Funke, der ins Pulverfaß fliegt! In Kiel ging also schon alles drunter und drüber, aber — und das war der letzte Hoffnungsschimmer — man rief aus dem Kreise der Matrosen heraus nach einem Abgeordneten, ein Abgeordneter der Reichstagsmehrheit sollte sofort nach Kiel kommen, man dürfe jedoch nur einen energischen Mann schicken.“

hervorgeht, daß es zu einem blutigen Zusammenstoß mit den Mannschaften des 3. Geschwaders und einer marschierenden Truppe gekommen sei, wobei der Führer der letzteren schwer verwundet und vier bis fünf Mann getötet worden seien<sup>17)</sup>.

**Graf Roedern:** Es müsse jetzt alles geschehen, um das Geschwader aus Kiel zu entfernen, ohne Rücksicht auf die Verteidigungsmöglichkeiten.

**Haußmann:** In Berlin seien heute Unruhen in Aussicht genommen, das Polizeipräsidium sei in großer Sorge.

**Scheidemann:** Die Vossische Zeitung bringe heute eine Nachricht aus München, die verheerend wirken müsse. Eine große Menge sei nach Stadelheim gezogen und habe Entlassung der Inhaftierten gefordert.<sup>18)</sup> Es sei eine Gewissenlosigkeit von einer Zeitung, eine solche Meldung zu verbreiten. Verbote nützten nichts, man müßte mit den Redakteuren sprechen.

In Kiel empfehle er beruhigende Flugschriften verbreiten zu lassen. Ob es sich empfehle, sozialdemokratische Redner sprechen zu lassen, sei zweifelhaft. Bei der Marine sei die Sache sehr schlimm, weil die Leute zum Teil 7 Jahre bereits in der Front seien und auf den Schiffen wie in einer Hölle lebten.

In Berlin sei alles geschehen, um die Sache für heute unschädlich zu machen.<sup>19)</sup> Dem Abg. Ebert sei es gelungen, die Vertrauensmänner aus großen Betrieben zusammenzunehmen; es werde ein Aufruf in Flugschriftform in allen Betrieben verbreitet werden.<sup>20)</sup> Es werde also vermutlich in Berlin heute nichts geschehen. Die Nachricht aus München sei aber sehr gefährlich und könnte hier in Berlin sehr viel schaden. Es müsse daher möglichst morgen schon der Aufruf in der ganzen deutschen Presse veröffentlicht werden. In Kiel müßte beruhigend gewirkt werden, durch eine besondere Flugschrift.

**v. Mann** spricht über die besonderen Verhältnisse in der Marine. Dies sei das intelligenteste Personal, politisch geschult. Hauptschuld seien die ganzen Verhältnisse an Bord, ungünstige Unterbringung und Aufenthaltsverhältnisse, geringere Aufsicht wie woanders.

<sup>17)</sup> Zu den Vorgängen in Kiel vgl. auch die Meldung der 9. Gendarmerie-Brigade Kiel vom 5. 11. und den Bericht des Admiralstabs der Marine aus Kiel vom gleichen Tage; abgedruckt in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1738 ff.

<sup>18)</sup> Die am 3. 11. aus München telegraphierte Meldung war überschrieben: „Gefangenenbefreiungsversuche in München“. Danach waren im Anschluß an eine Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokraten auf der Theresienwiese, bei der Kurt Eisner gesprochen hatte, zahlreiche Teilnehmer der Kundgebung nach Stadelheim gezogen, wo sie die „Freigabe einiger Genossen“ verlangt hatten. — Dazu auch die nach der Rede Eisners angenommene „Resolution“, abgedruckt in Dokumente und Materialien 2/II S. 280. Vgl. Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie (Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe B). Hannover 1961, S. 54.

<sup>19)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): *Scheidemann:* „Wir haben getan, was wir konnten, auch in Berlin. Wir hoffen, daß die heutige Bewegung ungefährlich bleibt.“

Für den Zusammenhang vgl. auch Prinz Max S. 571: „Auf heute, den 4., sind Unruhen in Berlin angesagt, das hatte der Abgeordnete Ebert Wahnschaffe telephonisch mitgeteilt und hinzugefügt: die Gewerkschaften täten alles, was sie könnten, um die Massen im Zaum zu halten. Nach seinen Eindrücken aber schienen sich die lokalen Behörden über den Ernst der Lage zu täuschen.“

<sup>20)</sup> Der am 4. 11. erlassene, noch am gleichen Tage in der Abendausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichte Aufruf des SPD-Vorstands ist abgedruckt bei Schulthess 1918/I S. 413 f.; Dokumente und Materialien 2/II S. 289 f.

Besonders verheerend, direkt verwirrend auf die Moral der Marine hätten die Erörterungen in der Presse über die Abdankung des Kaisers gewirkt. Die Leute sagten sich, wenn jetzt der Kaiser abdankt, so sind wir den Treueid los, dann brauchen wir den Offizieren auch nicht mehr gehorchen und können mit ihnen machen, was wir wollen.

**v. Payer** kommt auf Einmarsch unserer Truppen nach Tirol zurück.

**Solf** verliest ein Telegramm, nach dem es zweifelhaft ist, ob nicht Schutz der Deutschen in Böhmen in offenen Krieg ausartet.

Verliest weiteres Telegramm aus dem Haag, wonach englischer Gesandter gesagt hat, daß Entente Angriff gegen Süddeutschland beabsichtige, um Spaltung zwischen Nord- und Süddeutschland herbeizuführen<sup>21)</sup>.

**v. Haefsten** meldet, daß der Einmarsch in Tirol zunächst sistiert sei. Die OHL habe auf seine Anfrage ausdrücklich gesagt, daß es bei dem erweiterten Grenzschutz in Böhmen verbleibe<sup>22)</sup>.

**Erzberger:** Die Nachrichten aus dem Haag böten keine Veranlassung, von früherer Stellungnahme abzugehen. Der Einmarsch nach Tirol werde vielmehr selbst die Wirkung haben, daß Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland stattfindet. Wir würden von dem Einmarsch nur Nachteile, keinen Vorteil haben; in Böhmen genau ebenso. Wir müssen sofort die Truppen zurückziehen und keine wieder hinschicken<sup>23)</sup>.

**Scheüch:** In Böhmen sei die Lage schon bei Waffenstillstand vorhanden gewesen. Die Truppen könnten also innerhalb 14 Tagen zurückgezogen werden; anders sei es in Tirol. Dort dürften wir nicht mehr einrücken.

**Graf Roedern** fürchtet auch, daß uns sonst die 14 Tage zur Zurücknahme der Truppen nicht mehr zugestanden würden. Verteidigung der bayerischen Grenze ließe sich auch auf bayerischem Gebiet ohne Überschreitung der Tiroler Grenze ausüben.

**v. Payer** stellt das Ergebnis der Beratung fest: In Tirol soll nicht einmarschiert werden; in Deutsch-Böhmen bedarf die Lage noch der Klärung. Jedenfalls dürfen wir nicht weiter gehen als bisher, ohne daß vorher Verständigung zwischen Militär und Kriegskabinett erfolgt ist<sup>24)</sup>.

**v. Haefsten:** OHL bittet um Mitteilung, ob Brenner-Tunnel gesprengt werden kann<sup>25)</sup>.

**Graf Roedern:** Diese Frage muß nach den Waffenstillstandsbedingungen entschieden werden<sup>26)</sup>.

<sup>21)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „[. . .] daß der englische Gesandte von bayr[ischem] Separatfrieden spricht.“

<sup>22)</sup> A.a.O.: „[. . .] In Böhmen Unsicherheit.“

<sup>23)</sup> A.a.O. sind die folgenden Äußerungen Scheüchs und Roederns nicht berücksichtigt; dafür zwischen Erzberger und Payer ein im amtlichen Protokoll nicht enthaltener Diskussionsbeitrag *Solfs*: „Für Böhmen habe ich [es] geschafft. Für Tirol will ich es mit Ihnen neu erwägen.“

<sup>24)</sup> A.a.O. folgt: „*Solf* protestiert gegen Einmischung des Kriegskabinetts.“

<sup>25)</sup> A.a.O.: „*v. Haefsten*: Das Kriegskabinett ist das maßgebende.“

<sup>26)</sup> A.a.O.: „*Graf Roedern*: Ich habe gesagt, dem Ressort muß die Initiative und Verantwortung zustehen.“

**Solf:** Der Waffenstillstandsvertrag zwischen Entente und Österreich schafft nur Recht zwischen diesen beiden und nicht für uns.

**Scheüch** empfiehlt, die Frage morgen auch zum Gegenstand der Besprechung mit der OHL zu machen. Erwogen muß die Sache werden, und OHL muß sich über die Folgen im klaren sein, rein militärisch ist die Sache nicht mehr.

**Haußmann:** Victor Adler habe erklärt, das Mittel der Sprengung scheine ihm gut, er wolle aber mit der Sache nicht befaßt werden<sup>27)</sup>. Er bitte, daß ihm die Vorteile und Nachteile morgen klargelegt werden.

**v. Payer** stellt Einstimmigkeit fest, daß Tunnelfrage morgen besprochen werden soll.<sup>28)</sup>

**v. Haefsten:** Es könne sein, daß es morgen zu spät sein würde.<sup>29)</sup>

**Scheüch:** Das müsse OHL selbst beurteilen. Es müßten ihr aber die drohenden Nachteile mitgeteilt werden, die Sprengung sei ebenso bedenklich wie der Einmarsch.<sup>30)</sup>

**v. Payer:** Sei OHL der Meinung, daß Sprengung sofort geschehen müsse, dann solle sie uns sofort Mitteilung machen, sonst solle morgen die Sache besprochen werden.

**Simons:** Der Waffenstillstandsvertrag gebe uns weder Rechte noch Pflichten. Österreich-Ungarn habe den Bündnisvertrag gebrochen, also brauchten wir keine Rücksichten mehr zu nehmen. Die einzige Gefahr bestehe, daß uns günstige Bestimmungen vielleicht nicht eingehalten werden. Aber wir hätten ja Mittel, auf Österreich-Ungarn einzuwirken, solange wir selbst noch nicht Waffenstillstandsbedingungen angenommen haben, gelten die österreichischen Bedingungen nicht für uns.<sup>31)</sup>

**v. Payer:** Dies mag sein. Österreich sei aber jetzt neutral für uns, wir könnten daher dort nicht mehr Tunnel sprengen usw.

**Gröber:** Abgesehen von der völkerrechtlichen Seite dürften wir auch nicht durch feindselige Handlungen die Lage unserer Truppen schlechter stellen.

**Erzberger** hält die Sprengung eines Tunnels nicht für so wichtig, als daß wir uns dadurch großen politischen Gefahren aussetzen.

**v. Winterfeldt:** Wir würden auch in österreichisches Gebiet einrücken können, falls die Entente selbst in Österreich Feindseligkeiten gegen uns eröffnet.

**Erzberger:** Es besteht doch hier ein Unterschied, die Entente rücke ein auf Grund eines Vertrages mit Österreich, wir hätten dagegen keinen solchen Vertrag für uns.

<sup>27)</sup> Vgl. Anm. 8.

<sup>28)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Payer: Wir sind einig. Solf: Ja.“

<sup>29)</sup> A.a.O.: „v. Haefsten: Soll der Brenner-Tunnel gesprengt werden? fragt die OHL beim Kr[iegs-]Kabinett an.“

<sup>30)</sup> A.a.O.: „Scheüch: Ich kann keinen Unterschied zwischen Grenzüberschreiten und Tunnel-sprengen vorerst ersehen.“

<sup>31)</sup> A.a.O. schließt sich folgende Bemerkung Solfs an: „Viel nützen kann es nicht, aber schaden.“ Im übrigen ist die weitere Diskussion über die Frage der Tunnelsprengung nicht berücksichtigt.

v. **Haefen** wird der OHL übermitteln, daß der Tunnel zunächst nicht gesprengt werden soll.

**Drews** spricht über die Gefahr innerer Unruhen. Genauere Auskünfte könne er noch nicht geben; bisher seien noch keine Unruhen vorgekommen. Für heute abend solle es aber zu Gewalttätigkeiten kommen, und zwar im Westen. Aus dem Industriegebiet habe er gehört, daß von der dortigen äußersten Linken vorgegangen werden soll. Hier in Berlin habe lediglich die am weitesten links stehende Gruppe, die Spartakusleute, den Beschluß gefaßt, etwas zu unternehmen.<sup>32)</sup> Da sie sehr enge Fühlung mit den Unabhängigen hätten, so würden diese, wenn es zu Unruhen käme, sicherlich mitgehen.<sup>33)</sup>

v. **Mann** berichtet weiter, daß die Lage in Kiel sehr ernst sei. Hilfe sei von Lübeck und Ratzeburg erbeten. Bei den Marinemannschaften müßte der Irrtum beseitigt werden, daß die Offiziere die Absicht hätten, die Flotte zu vernichten, um sie nicht auszuliefern zu brauchen. Dieser Irrtum könnte nicht durch Redner zerstört werden, sondern nur durch Flugblätter. Ein solches werde von der Vorwärts-Redaktion hergestellt und solle von der Regierung und militärischen Stellen mit unterzeichnet werden. Die Kommandostellen bäten, daß das Flugblatt sofort verbreitet werde.<sup>34)</sup> Die Schuldfrage, wer bei dem Aufruhr zuerst geschossen habe, soll durch gütliche Verhandlungen geklärt werden. Es müsse eine Einigung mit den militärischen Stellen erzielt werden, ob nur gegen die Rädelsführer oder gegen sämtliche Aufrührerischen vorgegangen werden sollte. Er habe angefragt, ob Massenabtransporte nötig und ratsam seien.

**Erzberger** fragt an, ob über Kiel der verschärfte Belagerungszustand mit Einführung ordentlicher Kriegsgerichte verhängt sei. Reiche die militärische Macht aus, um den Aufstand zu unterdrücken?

**Scheüch**: Er habe vom Generalkommando Altona noch keine Nachricht erhalten, daß seine Truppen nicht ausreichten. Er werde aber die Frage sofort prüfen. Nach einem neueren Telegramm, das er verliest, sei die Lage sehr ernst.<sup>35)</sup>

<sup>32)</sup> Dazu auch den als Flugblatt verbreiteten „Aufruf der Spartakuskonferenz Oktober 1918“, den Staatssekretär von Mann am 2. 11. an Gröber übermittelt hatte; abgedruckt in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1723 ff.

<sup>33)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „*Drews*: Für heute abend wird die Straße in Tätigkeit gesetzt, wo weiß ich nicht, vielleicht im Westen. In Industriegebieten drohen für Anfang der Woche Unruhen oder Ausstände.“

<sup>34)</sup> Der Wortlaut des undatierten — vom Reichskanzler und den Staatssekretären Scheidemann und Ritter v. Mann unterzeichneten — Flugblatts ist abgedruckt bei Prinz Max S. 572 f. Ferner in Faksimilewiedergabe in WUA 9/I S. 439; danach wiederabgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 506 f. (mit dem Hinweis, daß das Flugblatt von „Stampfer, auf Ersuchen der Staatssekretäre von Mann und Scheidemann im Einverständnis mit dem Reichskanzler“ verfaßt worden sei).

<sup>35)</sup> Dazu auch Nachlaß Haefen, Erinnerungen über ein Gespräch zwischen Haefen und Scheüch: „Als am Montag, dem 4. November, es klar wurde, daß die Marine bereits völlig verseucht war und durchgreifende Maßnahmen nötig erschienen, suchte ich den Kriegsminister Scheüch auf, der als der in Aussicht genommene Oberbefehlshaber in der Heimat die zuständige Stelle hierfür war. Auf dem Wege ins Ministerium traf ich ihn in der Wilhelmstraße, als er sich zu einer Sitzung ins Reichsamt des Innern begeben wollte. Ich fragte ihn, was ich dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg über die Lage in Kiel melden sollte. Er orientierte mich kurz. Als ich ihn daraufhin fragte, was ich dem Feldmarschall bezüglich der von ihm ergriffenen Maßnahmen zur Unterdrückung der Revolte melden sollte, wurde er plötzlich sehr erregt: er

**Scheidemann** teilt mit, daß er mit Kiel verhandelt habe. Die Parteileitung habe den Wunsch geäußert, daß Staatssekretär Haußmann nach Kiel gehe, um auf die Leute beruhigend einzuwirken. Der Abgeordnete Noske als Marine-Referent werde ihn begleiten.<sup>36)</sup> Der hier anwesende Vertreter aus Kiel<sup>37)</sup>, der großen Einfluß habe, meint, daß das Flugblatt beruhigend wirken werde.

**Haußmann:** Wenn das Kriegskabinetts es für notwendig halten sollte, werde er nach Kiel reisen, ob er allerdings Nutzen stiften könne, wisse er nicht.

Zu dem Aufruf der Regierung<sup>38)</sup>, über den heute nachmittag beraten werden solle, gebe er im voraus seine Zustimmung.

**Gröber** hält es für ausreichend, wenn der Abgeordnete Noske nach Kiel reise und mitteile, daß das Flugblatt richtig sei.

**Erzberger** ist derselben Ansicht. Die Reise von Haußmann werde bekannt und erhalte daher sehr große Bedeutung. Besser wäre es, wenn jemand vom Reichsarbeitsamt, vielleicht Bauer, mitkäme.

**Scheidemann:** Dies gehe nicht, da der betreffende Herr sofort abreisen müsse. Von Kiel werde verlangt, daß jemand von der Regierung hinkäme.

**v. Payer** hat auch Bedenken gegen eine Hinreise eines Mitgliedes der Regierung.

**v. Mann** ist seinerseits dafür, daß ein Mitglied der Regierung hinreist.

sei Militär-Oberbefehlshaber in der Heimat und sei dem Feldmarschall keine Rechenschaft über seine Maßnahmen schuldig. Er habe von dem Feldmarschall auch keine Auskunft verlangt, wie er das durch den amerikanischen Durchbruch in diesen Tagen entstandene Loch zuzustopfen gedenke. Er schloß die Unterredung mit den erregt ausgesprochenen Worten: „Ich bin Militär-Oberbefehlshaber in der Heimat, Herr Oberst, merken Sie sich das!“ Diese letzte Szene spielte sich vor dem Eingang zu dem Ministerium des Innern ab. Vielleicht war er deshalb so erregt, weil ich mir erlaubt hatte, den Vorschlag zu machen, Kiel von der Außenwelt hermetisch abzuschließen durch Unterbindung des Telegraphen-, Telephon-, Bahn- und Straßenverkehrs.“

<sup>36)</sup> Dazu Scheidemann, Memoiren II S. 267: Er, Scheidemann, habe sich „mit Ebert im Parteibüro und Noske, der sich im Reichstag aufhielt“, telephonisch in Verbindung gesetzt; Ebert „erklärte sich mit der von mir vorgeschlagenen Entsendung Noskes nach Kiel einverstanden.“ Ausführlicher Noske S. 8: „Am Montag, dem 4. November, am Vormittag, etwa gegen 11 Uhr rief mich Philipp Scheidemann [. . .] im Reichs[tags]gebäude an. [. . .] Scheidemann deutete kurz an, in Kiel seien bedenkliche Dinge vorgekommen. Es müsse sofort jemand dorthin fahren. Ebert habe auf meine Anwesenheit in Berlin aufmerksam gemacht. Sofort möchte ich zu weiterer Rücksprache in die Reichskanzlei kommen.“

Im Kanzlerhaus in der Wilhelmstraße herrschte ziemliche Aufregung. Scheidemann und der Staatssekretär des Reichsmarineamtes informierten mich flüchtig. Es sei mit Mannschaften der Marine etwas vorgekommen. Auf Demonstranten sei geschossen worden. Der sozialdemokratische Parteisekretär für Schleswig-Holstein, Kürbis, sei von Kiel in großer Sorge gekommen. Es könnte zu einem Streik auf den Werften oder zu anderen Verwickelungen kommen. Die Regierung sende den Staatssekretär Haußmann nach Kiel, während ich als Vertreter der sozialdemokratischen Partei fahren solle. Länger als einen Tag würde ich kaum wegbleiben müssen. Weitere Mitteilungen werde Kürbis im Zuge machen, der mit nach Kiel zurückkehre. Die Regierung hatte zu der Stunde, wie sich zeigte, von den Kieler Vorkommnissen eine ganz unklare, unzutreffende Vorstellung.“

<sup>37)</sup> Der sozialdemokratische Parteisekretär für Schleswig-Holstein, Kürbis; vgl. die vorige Anm.

<sup>38)</sup> Vgl. Nr. 117b Anm. 19.

Es herrschte Einverständnis darüber, daß Staatssekretär Haußmann hinfahren soll, nicht um Versammlungen abzuhalten, sondern um unter der Hand aufklärend zu wirken.

**Scheüch:** Das Auswärtige Amt habe ihn gebeten, zu verbieten, daß die zu erwartenden Waffenstillstandsbedingungen eher veröffentlicht würden, als der Text amtlich bekannt sei. Exz. Gröber sei damit einverstanden.

Das Kriegskabinett erklärte sich mit dem Vorschlag einstimmig einverstanden.

Es wurde beschlossen, daß heute nachmittag um 5 Uhr der Aufruf der Regierung an das Deutsche Volk<sup>38)</sup> beraten werden soll.<sup>39)</sup>

Es wurde ferner die Information an die Presse zu den österreichischen Waffenstillstandsbedingungen besprochen und gutgeheißen.

**Oberst v. Haefen** teilte mit:

1. OHL hat Befehl wegen Einmarsch nach Tirol aufgehoben.
2. Die Fragen wegen Sprengung des Brennerpasses werden geklärt und das Ergebnis mitgeteilt werden.
3. Die Frage, seit wann unsere Truppen in Deutsch-Böhmen stehen, werde beantwortet werden, bis dahin werden kriegerische Handlungen verboten.

<sup>39)</sup> Vgl. Nr. 124.

## 123.

### 4. 11. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.). Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 4. Nov. 1918.“

Am Sonnabend, 2. Nov., hat auch eine Interfraktionelle Sitzung stattgefunden, in der man sich nur über die allgemeine Lage unterhalten hat, ohne Beschlüsse zu fassen.

Fehrenbach, Junck, Erzberger, List, Gröber, Herold, Gothein, David, Molkenbuhr, Südekum, Scheidemann, Landsberg, Dove, Stresemann, Wiemer.

Man spricht zunächst von der Lage. **Erzberger** macht Mitteilung, daß ihm Meldung zugekommen sei von der Heeresleitung, daß sich unter den badischen Truppen Loslösungsbestrebungen geltend machten. **Fehrenbach** bestreitet, daß so etwas überhaupt vorhanden sei.

**List** hat zugleich im Namen von Stresemann an Fischbeck geschrieben, man solle eine Sitzung veranstalten, um über eine bessere Vertretung der Nationalliberalen in der Reichsregierung zu sprechen. Auch [über] die weitere Parlamentarisierung in Preußen.

**Gröber:** Ein Aufruf der Regierung an das Heer und das Volk liegt im Vorentwurf vor.<sup>1)</sup> Er soll besprochen werden.

**Erzberger** liest den Aufruf vor.

Die Flotte meutert: Lothringen, Habsburg, Ostfriesland, Helgoland usw. Die Meuterer haben sich eingesperrt und sind keinem Befehl gefolgt. Leute sind widerrechtlich an Land gegangen. Sie sagen: die Offiziere sehen jetzt ein, daß die Flotte übergeben werden muß, daher wollen sie die Schiffe opfern. Das war am Freitag.<sup>2)</sup> Inzwischen Verschlimmerung der Lage. Heute sehr schwere Gefechte. Auch Teile des Landheeres meutern. Militär von Lübeck und Ratzeburg zugezogen. Es gab 9 Tote beim ersten Zusammenstoß. Inzwischen ist der Abg. Noske und Staatssekretär Haußmann dorthin gereist.<sup>3)</sup> Anschlag<sup>4)</sup> soll mit Namen von Scheidemann, Prinz Max usw. vorgenommen werden.

Die Unabhängigen sind am Werk, um die Zeit der Hochspannung für ihre Ziele zu benutzen.

**Scheidemann:** Die Dinge sind in geradezu fürchterlicher Weise vor sich gegangen. Nach den letzten Nachrichten sollen bereits 56 Tote gezählt worden sein. Stadtverwaltung in größter Not; sie berichtete, daß die Verwaltung nicht mehr in der Lage ist, die Stadt zu halten. Unsere Leute haben sofort einen Vertrauensmann<sup>5)</sup> zu uns geschickt. Staatssekretär Haußmann und ich haben mit ihm verhandelt. Kürbis wollte, daß wir Leute schickten, die durch Reden die Leute beruhigten. Das schien mir nicht richtig. Ich machte den Vorschlag, daß man durch ein kleines Flugblatt die Leute zu beruhigen suchen sollte. Staatssekretär Haußmann und Prinz Max haben es unterzeichnet.<sup>6)</sup>

**Erzberger:** Wir haben gewünscht, daß das 3. Geschwader von Kiel weggebracht würde. Das konnte nicht mehr durchgeführt werden.

**Südekum** regt an, die Demobilisierung mit hineinzunehmen in den Aufruf der Regierung.<sup>1)</sup> Weist hin auf die Verhältnisse in Wilhelmshaven.

**David:** Man sollte nicht auf Rußland Bezug nehmen, überhaupt nichts „an die Wand malen“.

**Dove:** Die schlechte Stimmung in der Marine geht wohl zum Teil auf die frühere Verwaltung zurück. Sehr beunruhigend wirken die jetzigen starken Einberufungen. Das beunruhigt sie und das geht von Mund zu Mund.

**List:** Man sollte den positiven Teil des Aufrufes<sup>1)</sup> mehr ausführlich behandeln, die Leute wissen noch nicht, um was es geht. Soll nicht gesagt werden, daß der Kaiser in seinem Erlaß<sup>2)</sup> den Neuerungen zugestimmt hat?

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 117b bes. Anm. 18, 19.

<sup>2)</sup> 1. 11. 1918.

<sup>3)</sup> Vgl. Haußmann S. 265; Noske S. 11 f.; Prinz Max S. 573 f.; Schulthess 1918/I S. 410 ff.; Lütge S. 208.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 122 Anm. 34.

<sup>5)</sup> Kürbis; vgl. Nr. 122 Anm. 37.

<sup>6)</sup> Für die Unterzeichner, zu denen Haußmann nicht gehörte, vgl. Nr. 122 Anm. 34.

<sup>7)</sup> Vom 28. 10. 1918; vgl. Nr. 117b Anm. 13.

In welcher Form gedenkt man die Öffentlichkeit über die Unruhen in Kiel aufzuklären? Es ist wichtig, das Volk ganz ruhig aufzuklären.

**Gröber:** Man darf sich nicht mit einigen Stichworten begnügen, weil gerade die Leute, für die es bestimmt ist, noch nicht informiert sind. In Kiel scheint die Meuterei hauptsächlich durch das Gerücht veranlaßt zu sein, daß die Schiffe in den Kampf geschickt würden; der Kaiser und die Offiziere wollten die Flotte in dem Kampfe zugrunde gehen lassen. Ähnliche Mitteilungen kommen auch vom Heer. Es zeige sich die Neigung, einfach nicht mehr zu kämpfen. Die neue Regierung wolle ja auch den Frieden. Der Kaiser und die Offiziere wollten aber kämpfen — daher der Zwist. Es wird deshalb notwendig sein, nicht bloß von der Disziplin zu sprechen, sondern ganz ruhig zu sagen, daß an den Gerüchten nichts ist.

(Die Staatssekretäre wollen fort.<sup>8)</sup> Aber dagegen macht sich Widerspruch geltend.)

**Ebert:** Die Leute, die am meisten in Betracht kommen, kommen gar nicht in dem Aufruf<sup>1)</sup> vor. Die Einziehungen schaffen die Beunruhigung! Man meint, daß doch noch weiter gekämpft werden soll. Bis Freitag<sup>2)</sup> war alles in Ordnung. Dann kamen die Einziehungen, und damit war alles vorüber. Man sagt sich: jetzt will man weiter kämpfen. Warum sind die Einberufungen erfolgt? Das muß den Leuten ganz deutlich gesagt werden!

Dazu kommt auch die Kaiserfrage. Ohne Regelung der Kaiserfrage keine Ruhe. Man hat in Kiel und Wilhelmshaven das Gerücht ausgesprengt, daß die Flotte geopfert werden soll. Das hat die Leute verrückt gemacht. Wenn die Kaiserfrage nicht in Ordnung kommt, kann kein Mensch mehr die Sache halten.

**Gothein:**

1/2 11 Uhr morgen.<sup>9)</sup>

Man fängt an sich zwanglos zu unterhalten.

**Ebert:** Über die Kaiserfrage. Man muß den Dingen nähertreten. Die Bedenken der verschiedensten Seiten kenne ich, habe mit Delbrück und Waldow und anderen gesprochen. Dafür habe ich Verständnis. Das Hinausziehen des Waffenstillstandes stellt unser Volk auf eine furchtbare Probe. Kann man da Erleichterungen schaffen? Industrie, Handel und Beamte wollen die Kaiserfrage geregelt wissen. Sonst Dinge zuspitzen, daß es überhaupt zu spät ist, daß es überhaupt noch eine Personenfrage bleibt. Ich fürchte, dann steht das ganze System in Frage. Auch meine Fraktion drängt enorm. Wir haben Beschlußfassung vertagt. Aber in den Vorstandssitzungen ist auf Lösung hingedrängt worden. Wir müssen diese Woche die Fraktion berufen.<sup>10)</sup>

<sup>8)</sup> Vermutlich zur Kabinettsitzung; vgl. Nr. 124.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 127.

<sup>10)</sup> Die nächste Fraktionssitzung fand am 6. 11. statt; am 5. 11. tagten Partei- und Fraktionsvorstand.

**Fehrenbach:** Ebert meint offenbar, daß der Kaiser abdankt. Dagegen muß ich sagen: der Stimmung bei uns zu Hause entspricht das nicht. Das wird auch wohl die Stimmung des überwiegenden Teils des Landes sein. Auch die Sozialdemokratie hat Versammlung abgehalten; da hat Abg. Marum<sup>11)</sup> ausgeführt, sie seien ja Republikaner, aber sie wüßten, daß die Mehrheit monarchisch sei und daß sie nur in der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien die Reformen durchführen könnten; auch in einer Monarchie könnte man freiheitlich leben. Dann ist auch Dr. Dietz<sup>11)</sup> aufgetreten und hat sich dem angeschlossen. Aus dieser Kundgebung der Sozialdemokratie in Karlsruhe muß ich entnehmen, daß in Baden auch die Sozialdemokratie den Wunsch nach Abdankung für eine gefährliche Sache ansieht.

Ich habe auch mit General Deimling<sup>12)</sup> geredet; der meint, daß man erst die Waffenstillstandsbedingungen kennen müsse. Man sagt doch allgemein, daß noch gekämpft werden müsse, wenn maßlose Forderungen gestellt würden. Ich glaube daran nicht. Aber wenn der Kaiser weg ist, wie steht es dann mit den Bundesstaaten? Dazu müßte man doch noch triftigere Gründe haben.

**Dove:** Die Sache liegt wohl nicht so einfach! Wie steht es mit den Personen? Ist es mit dem Kaiser erledigt? Der Kronprinz muß dann auch mit. Dann wird die Sache aber sehr kompliziert! Minderjähriger Kaiser! Im allgemeinen scheint mir der Zeitpunkt jetzt sehr ungeeignet. Es ist zu spät oder zu früh. Vor 14 Tagen hätte es uns wohl weitergeholfen. Aber jetzt ist es zweifelhaft, ob es uns fördern würde. Es tauchen eine Unzahl schwieriger Fragen auf. Hat es Einfluß auf die allgemeine Stimmung? Die schließliche Abdankung halte ich für erforderlich. Wenn eine Sache so in weitesten Kreisen erwogen und besprochen wird, dann ist ein Kaiser unhaltbar. Aber ich meine, der gegenwärtige Augenblick, wo ohnehin die Gefahr des Bolschewismus naheliegt, scheint mir ungeeignet. Die Unabhängigen verlangen dann die Republik! Der Putschismus blüht dann.

**David:** Bei dem Zitat von Marum muß man unterscheiden: Marum hat sich gegen die Republik ausgesprochen, aber nicht dagegen, daß der Kaiser gehen soll. Die Republik ist von uns nicht agitatorisch in das Volk getragen worden. Wir haben das immer als etwas minder Wichtiges behandelt. Aber diese Frage bekommt eine gewaltige Unterstützung, wenn sie mit der Abdankungsfrage verknüpft ist. Für die Abdankung ist zweifellos die große Mehrheit des Volkes. Er<sup>13)</sup> ist der Schwerstschuldige an der Not des Volkes. Die Reichseinheit sehe ich nicht darin gefährdet. Die Person des Kaisers ist kein Band. Die bayerische Regierung verlangt ja geradezu seine Absetzung. Wenn wir die Österreicher gewinnen wollen, ist Wilhelm ein Hindernis.

Die Hauptsache: vor welche Alternative sind wir gestellt? Die revolutionäre Agitation bringt uns in Gefahr, binnen kurzem vor der Katastrophe zu stehen. Sie arbeitet mit dem Kaiser und mit der Absicht, den Krieg fortzusetzen! Das sind die beiden Argumente. Das geht zurück auf die Agitation der Konservativen. Durch die Einziehungen ist es ungeheuer verstärkt worden. Das hat die Gegen-

<sup>11)</sup> Sozialdemokratischer Abgeordneter des badischen Landtags.

<sup>12)</sup> Kommandierender General des XV. Armeekorps (Straßburg).

<sup>13)</sup> Wilhelm II.

stimmung sehr auf die Beine gebracht. Wenn, während der Kaiser noch da ist, die Waffenstillstandsverhandlungen nicht sofort zum Schluß kommen, dann haben wir die Revolution. Nicht die bolschewistische Revolution. Die kann Putsche machen, kann aber nicht das Volk aufbringen. Aber wenn jene Konstellation eintritt, die ich erwähnt habe, dann haben wir die Revolution. Das greift ins Heer über.

Der Gegensatz des Heeres gegen die Stäbe ist sehr stark. Die Front ist gegen die Stabsoffiziere. Von den Soldaten ist nichts anderes zu erwarten, als das sie revoltieren, wenn weitergekämpft werden soll. Im Lande haben wir dann Streikbewegung auf der ganzen Linie. Dem dürfen wir nicht entgegensehen. Da muß das Schiff von Ballast entlastet werden. Das Abgehen des Kaisers ist eine solche Entlastung. Selbst wenn dann die Verhandlungen nicht glatt gingen, so wäre das dann auch zu ertragen. In diesem Falle würde das Volk nicht sagen können, es geschehe für den Kaiser, sondern es geschehe für das Volk, für die Demokratie, die hier gegen Bedingungen ankämpfen muß, die das Leben des Volkes zu ersticken drohen.

Die Frage der Republik ist damit ausgehöhlt. Jeder Vernünftige sagt sich, daß das große Schwierigkeiten habe. Diese Frage ist nicht aktuell. Aktuell ist die Frage der Republik nur insofern, als der Kaiser dabei in Frage kommt.

Will der Kaiser nicht abdanken, dann wäre nur eine Möglichkeit: sofortige Annahme aller Bedingungen. Sofort Friede. Wie steht dann der Kaiser da? Dann ist er belastet mit dem Vorwurf, daß die Friedensbedingungen schwerer seien als ohne ihn. Auf der anderen Seite sind zwei Lager: Wilson will dauernden Frieden, will auch nicht England zum vollen Beherrscher des Kontinents werden lassen. Er wird gestützt durch die gemäßigte Richtung in England und Frankreich; weiter auch durch den Wunsch der englischen und französischen Soldaten, nicht weiterzukämpfen. Das stärkste Argument im Munde von Clémenceau ist der Kaiser! Wenn der Kaiser gegangen ist, dann geht der Kampf nur noch gegen die deutsche Demokratie. Also haben wir nur die Chance, mildere Bedingungen zu bekommen, in der Abdankung des Kaisers. Die Meinung, mit dem Kaiser an der Spitze an den Bedingungen etwas zu mildern, bitte ich aufzugeben. Diese Stunde wäre der Beginn der deutschen Revolution. Und die würde uns viel Elend schaffen.

**Fehrenbach** sagt, daß seine Partei nicht mitmachen könne.

**Stresemann** schließt sich dem an. Reichseinheit geht in die Brüche.

**Wiemer:** In Nürnberg große Versammlung.<sup>14)</sup> Auch Parteiausschuß. Ergebnis: Ein Teil, namentlich die Vertreter aus München, sind der Meinung, daß Druck ausgeübt werden müsse; aber die Mehrheit steht auf dem Standpunkt, daß es nicht richtig sein würde, einen Druck auszuüben. Freiwilliges Abdanken nicht

<sup>14)</sup> Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 5. 11. 1918, Morgenblatt, berichtete, hatte Wiemer in einer Versammlung des Fortschrittlichen Volksvereins Nürnberg am 3. 11. ausgeführt, daß für das deutsche Volk „kein Grund gegeben sei, die Abdankung des Kaisers zu fordern“; sollte der Kaiser sich allerdings zur Abdankung entschließen, „so werde das deutsche Volk diese Entschließung respektieren.“

unangenehm. Auch in Bayern geht die Reichseinheit in die Brüche. Es sind da sehr ernste Stimmungen in Bayern. Rheinbundstimmung!

**Herold:** Den Kaiser absetzen ist verhältnismäßig leicht. Aber was kommt an die Stelle? Wenn der Sohn in Frage käme, dann wäre es recht. Aber der Sohn kommt nicht in Frage. Also da kommen die Schwierigkeiten.

**Gothein:** Der Reichstag kann jetzt nicht drücken. Wenn die Notwendigkeit eintritt, dann muß der Kaiser selbst den Entschluß fassen. Wie die Stimmung auch in bürgerlichen Kreisen ist, ist es besser auch für den Kaiser, wenn er geht. Von der amerikanischen Botschaft in der Schweiz ist mir mitgeteilt worden, daß man die Bedingungen nicht bekanntgibt, weil man wartet, daß der Kaiser gehe. Sollen wir warten, bis diese Bedingung ausdrücklich gestellt wird? Das ist bedenklich. Es handelt sich auch noch um die Frage des Bundesrates. Anfrage im englischen Parlament. Es wird verlangt: der Bundesrat ist in dem Moment ein vollständiges geschlossenes parlamentarisches Organ, wenn wir überall im Deutschen Reiche eine wirkliche Volksvertretung und parlamentarisches System haben. In diesem Falle ist der Bundesrat ein Organ des Volkes. Hinterher ist die Stellung des Kaisers ganz bestimmt unmöglich. Aber Schwierigkeiten bestehen natürlich wegen des Bundesstaates.

Die Regentschaft muß geordnet werden, auch in moderner Weise.

**Südekum** bringt Material aus Heereskreisen vor.

**Ebert:** In der Fraktionsleitung haben wir uns entschieden gewehrt gegen Anträge, dem Kaiser die Abdankung naheulegen. Druck von draußen hat in verstärktem Maße eingesetzt. In Partei- und Arbeiterkreisen ist die Stimmung ganz einheitlich. Auch bei der Masse der christlichen Arbeiter ist diese Stimmung vorhanden. Immer und immer kommt die Kaiserfrage aufs Tapet. Wer und wo man redet, muß die Kaiserfrage behandelt werden.

Woher kommt die Stimmung? Der Grund liegt darin: die Militärpolitik hat uns ins Unglück hineingebracht. Der Kaiser war die Stütze Ludendorffs. Ludendorff hat die Konsequenz gezogen, der Kaiser bleibt. Er ist zum Mittelpunkt der ganzen Schuldfrage geworden. Das ist unerträglich für ihn. Schon deshalb ist das Bleiben unmöglich. Er kann sich einer solchen Stimmung nicht widersetzen.

Was soll es uns für den Frieden nützen? Ob die Bedingungen günstiger werden, weiß ich nicht. Ich habe auch Nachrichten aus der Schweiz: Calonder<sup>15)</sup>, Hoffmann<sup>16)</sup>, Schultheß<sup>17)</sup> raten dringend zum Rücktritt des Kaisers. Es ist doch sehr wesentlich, wie sich die neutrale Welt zu uns stellt oder nicht. Da ist kein Zweifel: Wenn die Kaiserfrage geregelt ist, dann regt sich im neutralen Ausland eine große Strömung zu unseren Gunsten. Dann bekommen wir dort eine große Hilfe. Die deutsch-schweizerische Presse ist einheitlich gegen den Kaiser. Eines ist hinzugekommen, was die Sache verschärft hat: die Reise ins Hauptquartier.<sup>18)</sup> Das hat alles verdorben. Ich glaube, es liegt nicht mehr in unserer

<sup>15)</sup> Felix Calonder, Schweizer Bundespräsident, Bundesrat seit 1913 (Freisinn).

<sup>16)</sup> Arthur Hoffmann, Bundesrat von 1911—1917, von 1914—1917 Leiter der Außenpolitik.

<sup>17)</sup> Bundesrat (seit 1912) Edmund Schultheß, Präsident der Freisinnigen Partei des Kantons Aargau, Chef des Volkswirtschaftsdepartements.

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 108 bes. Anm. 4.

Hand, keine Frage der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit mehr. Wenn diese Stimmung nicht auspuffen kann, kommt sie zur Explosion. Auch Berliner Soldaten sind sehr erregt. Man soll sich darüber nicht täuschen. Schwierigkeiten gibt es. Aber diese Schwierigkeiten lassen sich überwinden, aber wir dürfen nicht ins offene Unglück laufen. Wenn man noch ein paar Tage wartet, schreit es durch alle Straßen.

**David:** Wenn der Kronprinz verzichtet, kommt die Regentschaft mit Eitel Friedrich.<sup>18a)</sup> Da liegen keine Schwierigkeiten. Wenn sämtliche preußische Prinzen verzichten, dann kommt z. B. der Braunschweiger<sup>19)</sup> zum Zuge. Dann kommt schon eine starke Entspannung. Das entscheidende ist, daß die Kaiserfrage beim Waffenstillstand und Frieden eine ungeheure Erschwerung bringt. Wenn er bleibt, muß alles gefressen werden. Aber wenn er geht, dann ist vielleicht etwas Besseres zu erzielen.

Die ungeheure neue Schuld, die der Kaiser auf sich geladen hat, ist sein Zögern, vor der Wahl in Amerika<sup>19a)</sup> zurückzutreten. Wenn die schärfere Richtung in Amerika zur Herrschaft kommt, dann ist der Kaiser schuld daran.

**Stresemann:** Friedberg hat mir gesagt, nach den Mitteilungen von der Front aus Offizierskreisen fürchte er den Zusammenbruch der Front. Es handelt sich gewissermaßen um eine Zeitfrage. Nachdem nun die Denkschrift von Scheidemann<sup>20)</sup> durch die Vossische Zeitung in die Öffentlichkeit gebracht wurde<sup>21)</sup>, kommt für die Sozialdemokratie die schwierige Lage: Wenn der Kaiser morgen geht, dann heißt es, Scheidemann habe das erreicht; aber dann werden die Radikalen sagen: Warum setzt ihr dann nicht das Programm ganz durch?

**David:** Offiziere von der Front: ich habe eine Denkschrift eines Offiziers, der dienstlich über die Stimmung Kenntnis hat. Er war autorisiert von anderen Offizieren, darunter Trägern des Ordens Pour le mérite. Er entwickelt in der Denkschrift, daß das Heer nicht mehr kaisertreu wäre; die Verfassung des Heeres sei nicht auf ein Volksheer mit reifen Männern zugeschnitten usw.<sup>22)</sup>

<sup>18a)</sup> Der jüngere Bruder des Kronprinzen und zweite Sohn des Kaisers (geb. 1883).

<sup>19)</sup> Ernst August, Herzog zu Braunschweig, Schwiegersohn Wilhelms II.

<sup>19a)</sup> Kongreßwahlen vom 5. 11. 1918, durch deren Ausgang die Stellung Wilsons entscheidend geschwächt wurde, da der Demokratischen Partei in beiden Häusern die bisher von ihr innegehabte Mehrheit verlorenging.

<sup>20)</sup> Gemeint ist der in Nr. 111 Anm. 9 zitierte Brief Scheidemanns an den Reichskanzler vom 29. 10.

<sup>21)</sup> Die „Vossische Zeitung“ hatte am 1. 11. 1918 (Morgenausgabe) aus „unbedingt zuverlässiger Quelle“ erfahren, daß Scheidemann an den Reichskanzler eine Denkschrift (vgl. vorige Anm.) gerichtet habe, „in der er unter eingehender Begründung die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers darlegte“. In der Abendausgabe des gleichen Tages sprach die Zeitung von offensichtlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, da die Morgenausgabe der „Germania“ gegen die vom „Vorwärts“ — im Sinne von Scheidemanns Denkschrift — vertretenen Forderungen nach einer Abdankung des Kaisers polemisiert hatte.

<sup>22)</sup> Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“, 5. 11. 1918, Mittagsausgabe, hat in der fast zweistündigen Sitzung des Ausschusses eine „allgemeine Aussprache“ über die politische Lage „und die besonderen Fragen, die in letzter Zeit die Regierung und das Kriegskabinet beschäftigt haben, stattgefunden“.

## 124.

## 4. 11. 1918, nachm.: Sitzung des Gesamtkabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärbesprechung am 4. November 1918 nachmittags 5 Uhr im Reichskanzlerpalais.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, Solf, v. Krause, Scheidemann, Erzberger, Gröber, Rüdlin, [v. Waldow], Bauer, Trimborn, v. Mann, Wahnschaffe, Direktor Deutelmoser, Oberst v. Haeften, Geheimräte Simons und v. Schlieben, Scheüch.

Erzberger berichtet über den bisherigen Verlauf der Abfassung der Entwürfe<sup>2)</sup> und verliest den zuletzt ausgearbeiteten Entwurf.<sup>3)</sup>

Mit Rücksicht auf die Bedenken des Kriegsministers werden die Worte: „Die Militärgewalt ist der Zivilgewalt unterstellt“ geändert in die Worte: „Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt“.<sup>4)</sup>

Rüdlin regt an, den Beamten einige Worte der Anerkennung zu sagen. Diese Anregung fand keine Mehrheit.

Der Entwurf wurde dann endgültig angenommen und die Schlußredaktion den Herren Scheidemann und Erzberger übertragen.<sup>5)</sup>

Solf verliest ein sehr ernstes Telegramm des II. Bayerischen Generalkommandos, betr. die Sicherung des Brenners und des Gasteiner Tales. Die OHL habe nochmals auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß in Tirol einmarschiert und die Pässe besetzt würden, die Stimmung in Bayern dringe darauf.

v. Haeften: Wenn wir die Pässe nicht besetzen, so wäre ein Sonderfrieden mit Bayern zu befürchten.

Auf Frage des Kriegsministers bejaht er, daß die OHL über die Gründe informiert sei, aus denen das Kriegskabinetts sich gegen den Einmarsch in Tirol entschieden habe.<sup>6)</sup>

Solf fragt, ob nicht die Frist von 15 Tagen für die Zurückziehung unserer Truppen überhaupt zu kurz sei, so daß dadurch die Bedenken, welche das Kriegskabinetts

<sup>1)</sup> Nach einer Notiz im Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) begann die Sitzung („Großer Kriegsrat“) um 19 Uhr.

<sup>2)</sup> Für einen Aufruf der Reichsleitung; vgl. Nr. 117b Anm. 19, Nr. 122 Anm. 38.

<sup>3)</sup> Im Nachlaß Haußmann 17 befinden sich verschiedene undatierte Fassungen des Entwurfs.

<sup>4)</sup> So wörtlich in den Aufruf übernommen.

<sup>5)</sup> Der vom Reichskanzler, sämtlichen Staatssekretären und den preußischen Ministern Friedberg und Scheüch unterzeichnete Aufruf wurde noch am 4. 11. veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. Schulthess 1918/I S. 412 f.; Dokumente und Materialien 2/II S. 291 ff. (nach „Vorwärts“ vom 5. 11. 1918); Berthold-Neef S. 86 f.; Ursachen und Folgen II S. 370.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 122.

gegen den Einmarsch gehabt habe, daß nämlich die 15tägige Frist zurückgezogen würde, zum Teil hinfällig würden.

**Scheüch:** Um alle Truppen durchzubekommen, sei die Frist zu kurz. Wir würden nur einen Teil der Truppen herausbekommen.

**Erzberger** empfiehlt, den Landeshauptmann von Tirol zu veranlassen, daß er uns um Hilfe ruft.

**Bauer:** Dieser habe kein Recht, fremde Hilfe anzurufen, da er sich den Waffenstillstandsbedingungen unterworfen habe. Wenn wir in Tirol einrückten, so würden wir dadurch großes Odium auf uns ziehen. Man müsse sich doch fragen, ob wir durch die Sperrung der Pässe eine große Besserung unserer Lage erreichten und die Grenze auch für längere Zeit schützen könnten.

**Scheüch:** Vom militärischen Standpunkt müsse man sagen, daß man die Bayern besser schützen könne, wenn man die Pässe besetzte. Vom politischen Standpunkt müsse man sagen, daß, wenn die OHL die Bedenken gegen den Einmarsch erwogen und trotzdem das Ersuchen hierher gerichtet hätte, dann dem Antrag stattgegeben werden müßte.

**v. Haeften:** Die OHL rechnet damit, daß, wenn wir in Tirol einrückten, wir uns längere Zeit — ich glaube, man sprach von mehreren Wochen — halten können. Die Entente werde selbst nur mit schwachen Kräften vorgehen, auch sei uns das Gelände und die jetzt einsetzende schlechte Witterung günstig.

**Graf Roedern:** Bayern sei noch nicht direkt bedroht. Bis nicht Laibach, die Hauptstadt des Jugoslawischen Staates<sup>7)</sup>, besetzt sei, sei eine Änderung der militärischen Lage an der Tiroler Front nicht zu erkennen.

**v. Waldow:** Schon aus Stimmungsrücksichten müßten wir die bayerische Grenze schützen, sonst wäre ein Separatfrieden mit Bayern zu befürchten.

**Solf:** Wenn die Waffenstillstandsbedingungen in einigen Tagen nicht da seien, so müßten wir uns überlegen, ob wir nicht selbst besondere Schritte tun müßten von Armee zu Armee, sonst könnten wir die Stimmung im Lande nicht aufrecht erhalten.

**Erzberger:** Diese Frage müßte man bei der morgigen Beratung mit Exz. Groener an die Spitze stellen. Wir könnten nicht mehr warten, sonst breche uns das Volk zusammen.

**Simons:** Jeder Versuch, einen Antrag des Landeshauptmanns von Tirol auf Gewährung von Hilfe herbeizuführen, sei erfolglos. Der österreichische Waffenstillstand gehe uns gar nichts an. Die deutschen Armeen in Österreich seien die einzig wirkliche Macht. Wenn wir uns die Durchfahrtsstraßen sicherten, so täten wir das einzig Richtige in der jetzigen Lage. Wir enthöben damit die dortigen Behörden der Entscheidung und täten nichts Völkerrechtswidriges. Auf die Dauer würden wir nicht darum herumkommen, Waffenstillstand von Armee zu Armee nachzusuchen.

**v. Waldow:** Die Ansicht von Simons sei absolut überzeugend. Wir müßten uns

<sup>7)</sup> Am 31. 10. hatte das Präsidium des Südslawischen Nationalrats in Laibach für den slowenischen Teil des südslawischen Staates eine Regierung ernannt; vgl. Schulthess 1918/II S. 90.

heute schon schlüssig machen, da die militärische Lage eine schnelle Entscheidung erheische. Scheüch tritt dem bei.

Solf verliest ein Telegramm, nach welchem die Italiener morgen in Innsbruck erwartet würden. Eine sofortige Entscheidung im Sinne des Einmarsches sei daher absolut notwendig.

v. Payer hält auch sofortige Entscheidung für erforderlich.

Es bestehe große Gefahr, wenn wir Bayern gefährdeten dadurch, daß wir den Einmarsch in Tirol verhinderten. Die Stimmung könne dann sofort umschlagen. Zweifelhaft sei ja, ob wir überhaupt imstande seien, Bayern zu schützen. Wir müßten aber alles dafür tun. Wir riskierten damit allerdings, daß die deutschen Truppen nicht mehr herauskämen. Es sei ja überhaupt zweifelhaft, ob wir sie hinausbekämen, da die Entente sich alle Fahrzeuge gesichert habe. Die völkerrechtliche Seite sei zweifelhaft, wir ständen mit Österreich nicht im Krieg. Auch ein Hilferuf des Statthalters in Tirol könne uns nichts nützen. Das würde nur als ein Vorwand angesehen werden. Es könne uns ja gleichgültig sein, was die Gegner von uns dächten. Das wichtigste sei jedenfalls, daß wir Bayern nicht vom Deutschen Reiche abfallen ließen. Österreich könne sich nicht über uns beklagen, weil es selbst das Bündnis mit uns gebrochen habe.

Wenn OHL es für notwendig erachte, daß Bayern vor der bayerischen Grenze geschützt werde, so könnten wir es nicht ablehnen.

**Simons:** Er halte die Bedenken Exz. v. Payers hinsichtlich der völkerrechtlichen Seite und des Vorgehens wegen der Neutralität Österreichs nicht für durchschlagend. Artikel 2 des Haager Abkommens<sup>8)</sup> gebe der Entente nicht das Recht, gegen uns zu ziehen. Dies Recht habe sie sich aber jetzt durch die Waffenstillstandsbedingungen in weitgehendem Umfange gesichert. Das bedeute eine Verletzung der österreichischen Neutralität. Dagegen könnten wir Gegenmaßregeln treffen.

**Erzberger:** Kämen wir nicht in eine schiefe Lage, wenn wir heute in Tirol einrückten und morgen Waffenstillstand nachsuchen müßten?

**Scheüch:** Dann spiele es keine Rolle mehr. Wir müßten die Frage rein vom militärischen Standpunkt behandeln.

v. Haefsten: OHL stehe auf dem Standpunkt, daß sie Bayern nur schützen könne, wenn wir in Tirol einrückten. Deutsche Truppen sollen von vorn in die österreichische Schutzstellung zurückgenommen und durch Truppen aus der Heimat verstärkt werden.

v. Payer: Bayern würde uns niemals verzeihen, wenn wir ihm jetzt nicht helfen würden.

<sup>8)</sup> Vom 29. 7. 1899: „Die Vorschriften der im Art. 1 genannten Bestimmungen [über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs] sind für die vertragschließenden Mächte nur bindend im Falle eines Krieges zwischen zwei oder mehreren von ihnen.

Diese Bestimmungen hören mit dem Augenblick auf verbindlich zu sein, wo in einem Kriege zwischen Vertragsmächten eine Nichtvertragsmacht sich einer der Kriegsparteien anschließt.“  
Vgl. Christian Meurer, Die Haager Friedenskonferenz, Bd. 2. München 1907, S. 656.

Er stellt fest, daß sich gegen den Einmarsch unserer Truppen nach Tirol kein Widerspruch erhebe. Die OHL soll aber nochmals darauf hingewiesen werden, daß wir annähmen, sie habe bei ihrer Entschließung die Abmarschmöglichkeiten für unsere übrigen Truppen dabei mit erwogen.

Das Auswärtige Amt wurde demnach ermächtigt, die Zustimmung zum Einmarsch zu geben, da Bayern nicht zugemutet werden könne, daß seine Grenze gegen die Truppen der Entente und marodierende Banden ungeschützt bleibe.<sup>9)</sup>

<sup>9)</sup> Am 5. 11. telegraphierte der Reichskanzler an den preußischen Gesandten in München, v. Treutler: „Für Ministerpräsident von Dandl und Kriegsminister von Hellingrath. Auf Telegramm von gestern. Kriegskabinett hat sich gestern mit unverzüglichem Einmarsch deutscher Truppen in Tirol zum Schutze der Südgrenze Bayerns einverstanden erklärt und dies OHL sofort telegraphisch mitgeteilt.“ Maschinenschriftliche Abschrift im Nachlaß Prinz Max.

## 125.

## 4. 11. 1918: Rießer an Stresemann

Nachlaß Stresemann 180 (6889), Maschinenschrift mit eigenhändigen Ergänzungen, Auszug.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zunächst bemerke ich, daß die Ausarbeitung, welche ich meinen Ausführungen in der Fraktionssitzung vom 1. ds. Ms. zugrunde gelegt habe<sup>1)</sup>, auch besser nicht gedruckt wird, weil die Lage sich täglich ändert und leider der Schwerpunkt der Entschließungen nicht bei uns allein, sondern zunächst bei dem Scheidemannschen Flügel der Sozialdemokratie zu liegen scheint.

Sodann möchte ich wiederholen, daß, falls die Waffenstillstandsverhandlungen, wie anzunehmen, demütigende sein werden und falls alsdann überhaupt angesichts des feindlichen Durchzugsrechts durch Österreich-Ungarn und des vielleicht nicht zu überwindenden Friedenswunsches der Sozialdemokratie eine von der OHL zu bestätigende Möglichkeit zu weiterem Widerstand verbleibt, meines Erachtens unsere an den Präsidenten Wilson zu richtende Antwort etwa dahin lauten müßte:

„Den Empfang der Waffenstillstandsbedingungen vom ... bestätigend, ziehen wir angesichts deren Inhalts unseren Antrag auf Waffenstillstand zurück und bitten um unverzügliche Eröffnung von Friedensverhandlungen zur Herbeiführung eines Rechtsfriedens.“

[...]<sup>2)</sup>

P.S. Sollten in der Folge doch Scheidemann und Genossen die Kabinettsfrage stellen, so wäre meines Erachtens bei ruhiger Überlegung auch damit durchaus

<sup>1)</sup> Nicht vorhanden.

<sup>2)</sup> Rießer entwickelt in diesem Abschnitt seine Gedanken über die „Förderung der Heimstättenfrage im Hinblick auf die zurückkehrenden Truppen“ und über angemessene Besteuerung der „Kriegsgewinne“.

noch nicht die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers gegeben. Ich würde vielmehr in diesem Falle raten, daß sich sofort die sämtlichen bürgerlichen Parteien im Reichstage einigen, in dieser Frage nicht nachzugeben. Die Rücksicht auf Vermeidung eines eventuellen Bürgerkrieges kann m. E. nicht entscheidend sein, denn die Möglichkeit eines solchen wäre, auch im Falle des Nachgebens, zwischen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Elementen nicht ausgeschlossen. Abgesehen davon haben die jetzt in anderen Ländern gemachten Erfahrungen bewiesen, daß die radikalen Elemente (hier die Unabhängigen) durch ein Nachgeben nicht beruhigt, sondern umgekehrt zu immer weitgehenderen Forderungen, z. B. auf Einführung der Republik ermutigt werden. Tritt, wenn die bürgerlichen Parteien fest bleiben, die Sozialdemokratie auch im Reichstag aus der jetzigen Mehrheit aus, so daß eine solche nicht mehr für die übrigbleibenden Parteien vorhanden wäre, so würde auch dies zu ertragen sein, denn die Mehrheit würde in jedem einzelnen Falle, sobald es sich um eine von den Sozialdemokraten bekämpfte Vorlage handelt, durch Hinzutreten der Konservativen, im anderen Falle durch Hinzutreten der Sozialdemokraten hergestellt werden.

Ich stehe zu mündlicher Erörterung gern zur Verfügung.

## 126.

### Oberst von Haeften über seinen Besuch beim Reichskanzler und die Sitzung des Kriegskabinetts am 5. November 1918 vormittags

Nachlaß Haeften, Erinnerungen. Auszug.

Am Dienstag, dem 5., lauteten vormittags die Nachrichten aus Kiel immer ernster.<sup>1)</sup> Truppen, die mit der Bahn zur Niederwerfung des Aufstandes entsandt waren, waren von den meuternden Matrosen bereits auf dem Bahnhof entwaffnet worden und dann zu ihnen übergegangen. Ich begab mich mit diesen Nachrichten zum Reichskanzler und bat ihn, seinerseits nun sofort energisch durchzugreifen, damit Kiel vor allen Dingen von der Außenwelt abgesperrt würde.<sup>2)</sup> Nach der jetzigen Verfassung treffe auch ihn eine Verantwortung für militärische Unterlassungen. Heute früh hätten schon die ersten Matrosen versucht, Berlin zu verseuchen. Zum Glück sei es noch gelungen, sie auf dem Lehrter Bahnhof abzufassen und zu verhaften. Neue Truppen dürften meiner Ansicht nach nicht nach Kiel hineingeworfen werden, vielmehr müßten die Verstärkungen zur Absperrung benutzt werden. Ich bat den Prinzen dringend, dem Kriegsminister persönlich einen diesbezüglichen Befehl zu geben. Dies lehnte der Prinz ab, da er zur Zeit durch andere Geschäfte zu sehr in Anspruch genommen sei. Ich selber sollte dem General Scheüch in seinem — des Prinzen — Auftrag diesen Befehl übermitteln. Ich begab mich daraufhin in das Reichsammt des Innern, wo General

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 577 f., 584 f.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 122 Anm. 35.

Scheüch einer unter Leitung des Vizekanzlers v. Payer stattfindenden Kabinetts-sitzung<sup>3)</sup> beiwohnte. Ich betrat unangemeldet das Zimmer und richtete nach einigen entschuldigenden Worten an den Vizekanzler meinen Auftrag an den General Scheüch aus. Dieser erhob sich von seinem Sitze und erwiderte erregt, eine derartige Maßnahme sei ganz unausführbar, man könne Kiel in dem jetzigen Stadium nicht mehr absperren, da man damit das Bürgertum der Wut der meuternden Matrosen und dem Hunger preisgäbe. Die anwesenden Staatssekretäre Scheidemann und Erzberger stimmten dem Kriegsminister lebhaft zu, namentlich ersterer betonte, eine derartige Maßnahme sei höchst gefährlich und unter allen Umständen zu unterlassen. General Scheüch entließ mich mit den Worten, er werde in dieser Sache dem Prinzen persönlich Vortrag halten, er bäte mich, ihn bei der augenblicklichen wichtigen Beratung nicht weiter zu stören. Damit war es mir unmöglich gemacht, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen.

<sup>\*)</sup> Ein Protokoll über diese Sitzung des Kriegskabinetts ist nicht überliefert.

## 127.

### 5. 11. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

127a: Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 5. Nov. 1918.“

Junck, Gröber, Herold, Landsberg, Dove, David, Stresemann, Südekum, Gothein, Fehrenbach, Naumann, Erzberger, Wiemer, Ebert, Scheidemann, Fischbeck.<sup>2)</sup>

**Junck:** Vor Tagesordnung: Wildgrube<sup>3)</sup> hat eine Rede gehalten, daß es nur an der Energie der Kriegführung fehlte usw. Direkte Irreführung!

**Südekum** weist auf eine Offiziers- und Soldatenversammlung im Tattersall in der Bendlerstraße hin und will, daß die Staatssekretäre sich danach erkundigen.

**Gothein:** Es werden wieder Bomben in Holland und der Schweiz verbreitet. In den holländischen Zeitungen stehen darüber große Berichte.

**David:** Züricher Bombenaffäre<sup>4)</sup> ist in den Zeitungen sehr kurz gestreift worden.

<sup>1)</sup> Vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 5. 11. 1918: „11 bis 2½ [Uhr]: Interfraktionelle Konferenz: Kaiserfrage. Kiel.“

<sup>2)</sup> Nicht berücksichtigt in der Anwesenheitsliste ist der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Caspar, der im Verlauf der Sitzung als Fachmann zu Worte kam.

<sup>3)</sup> Fabrikbesitzer in Dresden und konservativer Reichstagsabgeordneter seit 1916.

<sup>4)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 4. 11. 1918, Morgenblatt (Privattelegramm vom 3. 11. aus Bern): „Wie von amtlicher schweizerischer Seite mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung den Generalkonsul [v. Faber du Faur] und den Vizekonsul des deutschen Generalkonsulats in Zürich wegen der sogenannten Zürcher Bombenaffäre abberufen. Durch Urteil des Bundesgerichts [...] vom 10. Oktober 1918 war festgestellt worden, daß aufrührerische Druckschriften, Waffen, Munition und Sprengbomben unter Mitwirkung eines Angestellten

Die Militärs haben das Züricher Konsulat benutzt, um dort Bomben hinzubringen, um in Italien bolschewistische Sachen zu machen. Am 8. Okt.<sup>5)</sup> war der Prozeß. Von deutscher Seite aus ist der Schweiz alle Genugtuung versprochen worden. Die Schuld liegt bei den Militärs! Es scheint wieder von Deutschland aus betrieben zu sein, auch der Militärattaché [nicht] unschuldig zu sein.

**Erzberger:** Wir werden heute wohl mit den Bolschewisten brechen. Eine Kiste<sup>6)</sup> ist gestern aufgebrochen und die Flugblätter sind damit bekanntgeworden.<sup>7)</sup>

Das ganze Material ist damit in unsere Hände geliefert.<sup>8)</sup>

**Stresemann:** Wie ist es mit der Vertretung bei den neu entstehenden Staaten? Sollen keine Personalveränderungen im Auswärtigen Amt vor sich gehen?

**David:** Wir sind sehr beschäftigt. Auch darüber ist manches noch nicht in Ordnung. Bei den Tschechen ist Gebstättel<sup>9)</sup> in Prag, der Verbindung aufrechterhält. In Ungarn hat die Regierung gewünscht, daß wir in der Presse alles vermeiden, was wie eine Spannung aussehen könne. Unser dortiger Vertreter ist in Zweifel, ob er dort bleiben kann. Auch von Österreich aus ist ein Vertreter nach Budapest gegangen, um zu verhandeln, daß unsere deutschen Truppen durchgelassen werden. Wir wollen Kohle liefern, wenn sie unsere Truppen durchlassen. Dadurch suchen wir unsere Leute zu retten. Von Österreich aus ist Ellenbogen<sup>10)</sup> hingegangen.

**Gothein:** Vorläufig lassen aber die Tschechen nichts durch. Wir machen es natürlich zunächst auch so.

**David:** Zeitweise ist der Verkehr durch den tschechischen Staat offen gewesen,

---

und durch Benutzung des Kuriers des deutschen Generalkonsulats in Zürich von Deutschland nach Zürich befördert und in den Räumen des dortigen Generalkonsulats aufbewahrt wurden, um von der Schweiz aus nach Italien versandt zu werden, wo sie revolutionäre Bewegungen hervorrufen und Zerstörungszwecken dienen sollten [ . . . ]<sup>4)</sup>

Dazu „Vossische Zeitung“, 4. 11. 1918, Abendausgabe, über die Verschärfung der Angriffe auf den Gesandten v. Romberg in der westlichen Schweiz.

<sup>4)</sup> Vgl. vorige Anm., wo die Urteilsverkündung auf den 10. 10. datiert ist.

<sup>5)</sup> Aus dem Kuriergepäck für die sowjetische Vertretung in Berlin. Für den Zusammenhang vgl. Nr. 102, bes. auch Anm. 5 und 6.

<sup>7)</sup> Die amtliche Meldung über diesen Vorfall in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 5. 11. 1918, Abendausgabe, lautete: „Am 4. November, abends, traf, von Moskau kommend, der Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjet-Regierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnhof wurde eine der Kisten durch Anstoßen beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz auffordern. Eins der Flugblätter, das von der Gruppe ‚Internationale‘ (der Spartakusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Meuchelorde und Terror auffordert. Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum sichergestellt, und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.“

<sup>8)</sup> Für die Stellungnahme des Kabinetts vgl. Nr. 129; dort auch die einschlägigen Literaturangaben.

<sup>9)</sup> Generalkonsul Frhr. von Gebstättel.

<sup>10)</sup> Sozialdemokratisches Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses.

zeitweise gestört. Das hängt von militärischen Erwägungen ab. Die Tschechen leben eigentlich mit uns im Kriegszustand. Das ist noch eine ungelöste Frage.

**Erzberger:** Vorgestern ist die Tatsache eingetreten, daß die Tschechen die Kohle für Ungarn abgefangen haben. Ungarn hat höchstens auf 3 Tage für die Eisenbahn Kohle. Gestern nacht sind unsere Truppen in Tirol eingerückt<sup>11)</sup> auf Wunsch des tirolischen Nationalrates zum Schutze für Bayern. Das Gerücht geht, daß die Italiener heute schon in Innsbruck seien. Deutsch-österreichische Truppenteile können nicht mehr durch Galizien und Böhmen zurückkommen. Sie wollen durch Deutschland durchmarschieren. Wir wollen sie nach Nordböhmen legen. Im Osten stehen 60000 Waggons von uns, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

**Stresemann:** Ist etwas in Aussicht genommen zum Schutze der sächsischen Grenze?

**Erzberger:** Ja, Bahnhöfe von Tetschen und Aussig sind besetzt. Französische Flieger sind schon in Prag. Dresden kann beschossen werden.

**Südekum** weist auf die Vorschläge von Siegert<sup>12)</sup> hin.

**Scheidemann:** Wie sich die Dinge an der Front gestaltet haben, sind wir genötigt, die weiße Fahne aufzuziehen. Die Mannschaften bewegen sich nicht mehr vom Fleck. Es ist nichts mehr da, was in den Kampf geht. Auch die Franzosen kämpfen nicht mehr. Die Nachricht stammt von Herrn von Hintze. Hintze!! Dem früheren Staatssekretär.

**Ebert:** Hintze hat mit mir gesprochen;<sup>13)</sup> Groener wird heute kommen.

**Kieler Vorgänge:** Haußmann und Noske sind hingefahren.<sup>14)</sup> Der Bahnhof war von Matrosen besetzt. Sie haben gesprochen.<sup>15)</sup> Später Verhandlungen mit den Matrosen und später mit dem Gouverneur<sup>16)</sup> und dem Matrosenausschuß. Folgende Forderungen: Freilassung der bestraften Matrosen; Absetzung vom Kaiser. Irgendeine Wahlrechtsforderung. Zurückberufung der noch auf See befindlichen Schiffe.<sup>17)</sup>

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 124.

<sup>12)</sup> Nicht ermittelt.

<sup>13)</sup> Dazu vgl. Hintzes Aufzeichnung von 1919 (bei Niemann, Revolution S. 368), in der es über den 4. 11. 1918 u. a. heißt: „Ebert meinte, die Abdankung wäre nur ein Palliativ, immerhin aber eine Erleichterung. Die Idee eines Manifestes an die Armee, sie des Vertrauens des deutschen Volkes darauf versichernd, daß die Armee aushalten würde und daß sie kämpfen müsse, fand seinen Beifall.“ Ferner a.a.O. über ein Gespräch am 6. 11.: „Am 6. November erklärte mir Ebert, die sozialdemokratische Fraktion hätte die Frage der Abdankung erneut unter Würdigung aller Argumente durchgesprochen und wäre zu dem Beschluß gekommen: Das Problem der Abdankung habe in den Hintergrund zu treten, dagegen sei die Beschleunigung des Waffenstillstandes in den Vordergrund zu rücken.“

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 123 bes. Anm. 3.

<sup>15)</sup> Nach der Ankunft in Kiel am Abend des 4. 11. sprach Noske gegen 20 Uhr auf dem Wilhelmplatz; vgl. Noske S. 10 f.

<sup>16)</sup> Vizeadmiral Wilhelm Souchon, früherer Chef der Mittelmeer-Division, Chef der Ostseemarinestation und Gouverneur des Reichskriegshafens Kiel.

<sup>17)</sup> Nachdem der Gouverneur bereits am Nachmittag des 4. 11. mit Deputationen der aufständischen Marineteile verhandelt hatte, trug der Soldatenrat am späten Abend in Anwesen-

Die Werften haben gestern noch gearbeitet. Sie hatten telephonische Verbindung mit uns. Die Werften haben heute früh die Arbeit niedergelegt. Es besteht keine öffentliche Gewalt mehr in Kiel. Der Gouverneur ist als Geisel festgesetzt. Sie verfügen über 20000 Gewehre und Munition. Es sind auch blutige Zusammenstöße vorgekommen. Es ist Militär von Neumünster und Lübeck nach Kiel gekommen. Die Infanterie ist sofort übergegangen. Die Infanterie wollte in Kiel bleiben, aber abgeschoben wegen Verpflegungsschwierigkeiten. Marineoffiziere sind passiv. Aber wenn sie sich zeigen, wird ihre Uniform abgerissen. Jetzt Verhandlungen zwischen Arbeitern und Matrosen, die Matrosen wollen die Gewalt nicht mit den Arbeitern teilen. Unser Sekretär<sup>18)</sup> befürchtet ein Übergreifen auf andere Orte, namentlich auf Hamburg. Auch Haase und Ledebour sollen nach Kiel kommen<sup>19)</sup>, nachdem Noske und Haußmann gekommen sind.

**Naumann:** Einer meiner Bekannten hat die Dinge heute morgen auch von Kiel telephonisch erfahren.

**David:** Es scheint doch jetzt die Lage so zu sein, daß die legale Entwicklung nur gerettet werden kann, wenn wir schleunigst zum Waffenstillstand und Frieden kommen. Wenn der Waffenstillstand da ist, ist Inland und Armee entspannt. Alle Vorgänge in Kiel usw. werden gegenstandslos, wenn nicht mehr geschossen wird. Das ist jetzt noch viel wichtiger als die Entlastung durch die Kaiserfrage, die aber auch noch bleibt. Das notwendigste ist schleunigst Waffenstillstand. Man scheint von drüben die Sache hingehalten zu haben, um die Spannung größer werden zu lassen. Wir können jetzt nicht mehr warten. Wir können uns schon darauf verlassen, daß das Beispiel von Kiel weiter greift. Die Landsturmmänner in Berlin stehen nicht mehr fest.

Wenn die Bedingungen heute nicht kommen, dann müssen wir Waffenstillstand erbitten. Die Bedingungen werden dann auch nicht schlimmer als sonst. Man kann auch nicht an den Bedingungen abstreichen. Da gibt es kein Ausweichen mehr. Nationale Verteidigung muß aus der Öffentlichkeit verschwinden. Das hat den Revolutionären ungeheuren Vorschub geleistet. Aus taktischen Gründen war das vielleicht ganz gut nach der Entente hin, aber nach dem Volk hin war es verderblich. Die Deutsche Tageszeitung hat es gestern so hingestellt, als ob alles bereit sei mit Ausnahme der Sozialdemokratie, entschlossen noch den Endkampf zu wagen. Das muß schleunigst verschwinden. Das hat gar keinen Sinn mehr.

---

heit Souchons seine Forderungen Haußmann und Noske vor; an der Sitzung, die um 21 Uhr im Gouvernementsgebäude begann und bis nach Mitternacht andauerte, nahmen weiter die in Kiel ansässigen fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Struve und Hoff sowie Vertreter beider sozialdemokratischen Parteien teil. Für den Verlauf der Verhandlungen und die Forderungen der Matrosen vgl. Archivalische Forschungen 4/IV S. 1739 f., 1742 f.; Prinz Max S. 578 f.; Dokumente und Materialien 2/II S. 281 f.; Noske S. 12 ff.; Haußmann S. 265 f.; Revolutionäre Ereignisse S. 208; WUA 9/I und 9/II passim sowie WUA 10, bes. S. 213 ff.; Schulthess 1918/I S. 410 ff.

<sup>18)</sup> Kürbis; vgl. Nr. 122 Anm. 37 und Nr. 123 Anm. 5.

<sup>19)</sup> Dazu Noske S. 26: „Schon am Montag, dem 4. abends [s. Anm. 17] hatten die Vertreter der Unabhängigen gefordert, daß zur Wahrung der Parität die Abgeordneten Haase und Ledebour telegraphisch nach Kiel berufen würden [ . . . ]“

Für die Friedensverhandlungen ist die Lösung der Kaiserfrage nötig. Mit ihm<sup>20)</sup> können wir nicht verhandeln.

**Erzberger:** Was David angeregt hat, wird in Erfüllung gehen. Groener kommt heute nachmittag.<sup>21)</sup> Er wollte eigentlich über die Ostfragen sprechen. Diese Absicht ist in den Hintergrund gerückt. Praktisch wird nicht viel dabei herauskommen. Vielleicht können wir die 100 000 Soldaten aus Rumänien noch schnell hinüberwerfen in die Ukraine.

Die Waffenstillstandsbedingungen müssen im Laufe dieser Woche uns bekannt werden. Spätester Termin. Erfolgen sie nicht, so muß anderer Weg beschritten werden. Clémenceau und Wilson kämpfen jetzt. Clémenceau rechnet auf Niederlage<sup>22)</sup> von Wilson. Dann Gewaltfrieden. Wilson rechnet anders. Sind im Laufe dieser Woche die Bedingungen nicht zu erreichen, dann weiße Fahne mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Jedes weitere Verschleppen zermürbt das Volk, und die Regierung bleibt nicht mehr Herr der Lage. Vorgänge in Kiel, Stuttgart, München. Aus dem Rheinland keine Nachricht zunächst da. Das kann in 24 Stunden einen Umfang annehmen, den niemand vorausszusehen vermag. Dann bricht die innere Front vollkommen zusammen. Die Bedingungen der Feinde sind weniger schmerzhaft als die innere Zerschlagung des Volkes. Russische Zustände. Das dürfen wir nicht zulassen!

Wenn die Waffenstillstandsbedingungen da sind, dann sollten unsere Unterhändler zu erreichen suchen, daß die Entente sich auf die 14 Punkte stellt. Sogenannte entehrende Bedingungen des Waffenstillstandes kann man annehmen, wenn wir einen anständigen Frieden bekommen. Die Entente verhandelt eben über die 14 Punkte. In Funksprüchen wird z. B. über die Abtretung von Saarbrücken verhandelt. Die Frist für die Unterhändler muß natürlich ganz kurz sein. Die Friedensbedingungen sind das wesentliche. Als Parlamentäre sind Winterfeldt und Lancken in Aussicht genommen. Dazu Bernstorff. Und ein parlamentarischer Staatssekretär.

Innerpolitische Gründe für Waffenstillstand: Fliegerangriffe auf München; Angebot eines Separatfriedens an Bayern, dann ist niemand stark genug, diesen Frieden abzulehnen. Das ist keine böse Absicht, sondern Zwang der Umstände. Dann kommt die Auflösung des Reiches. Das Zusammenhalten des Reichs muß unser wichtigstes Ziel sein. Also: Heute muß mit der Obersten Heeresleitung die Verabredung getroffen werden, wie man sich zu Waffenstillstandsbedingungen verhalten wird, wie in Österreich. Kommen sie nicht, dann muß die weiße Fahne aufgezogen werden. Kaiserfrage tritt in den Hintergrund.

**Wiemer:** Auch ich bin der Meinung, daß Waffenstillstandsfrage das wichtigste ist. Kaiserfrage zunächst in den Hintergrund. Die Nachrichten von heute ändern das ganze Bild. Es wird nichts übrigbleiben, als die Bedingungen anzunehmen. Ich hoffe immer noch, daß sie nicht so ganz schlimm sind.

Gefahr des Zusammenbruchs der ganzen inneren Front. Wo ist dann noch ein Halt? Kann nicht anderswo Ähnliches passieren? Gibt es dagegen ein Mittel?

<sup>20)</sup> Wilhelm II.

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 128 und 129.

<sup>22)</sup> Soll vermutlich heißen, daß Clémenceau eine Wahlniederlage Wilsons erwarte; vgl. Nr. 123 Anm. 19.

Warum wartet die Entente? Man scheint Kenntnis davon zu haben, daß hier sich revolutionäre Erscheinungen zeigen. Wenn in dieser Woche die Bedingungen nicht kommen, dann wird nichts übrigbleiben als selbst vorzugehen. Gedanke der nationalen Verteidigung muß ausscheiden. Damit ist nichts zu machen. Wir opfern unser Volk und unser Land. Meine Hoffnung beruht nur noch auf den 14 Punkten Wilsons. Mich erschreckt der Gedanke, daß man darüber hinausgeht.

Was die Vorgänge in Bayern angeht, so bitte ich darauf großes Gewicht zu legen! Man will Separatfrieden schließen und Pufferstaat schaffen. Weite Kreise in Bayern erklären sich gegen solche Gedanken. Das würde sich auch in Bayern nicht glatt abspielen. Das allerwichtigste ist, den Reichsgedanken zu retten aus der Katastrophe. Wenn wir das Reich erhalten können, dann haben wir wenigstens die Möglichkeit, wieder aufzubauen. Fällt das Reich zusammen, dann ist alles verloren. Evtl. müssen wir die weiße Fahne ziehen.

**Stresemann:** Wir müssen auf Waffenstillstand drängen. Ist dann noch die Möglichkeit gegeben, durch eine neutrale Macht sich an Wilson zu wenden wegen der Bedingungen? Es wäre zu erwägen, ob man da nicht noch einmal vorgehen wird? Denn sonst könnte Frankreich evtl. sagen, daß eine neue Lage sei, und andere Bedingungen stellen. Wenn Wilson nicht antwortet, dann bleibt uns immer noch die Möglichkeit, die weiße Fahne zu ziehen. Kaiserfrage sekundär. Bayerische Frage: Man könnte sich ein großes Verdienst erwerben, wenn die bayerische Presse zusammengenommen würde. Die Zeitungen müßten eingreifen. Das Spiel der Entente mit dem Sonderfriedensgedanken halte ich für bedenklich, obgleich die Parteien für das Reich eintreten. München ist sehr gefährdet.

Kommen wir zu einem Waffenstillstand, dann kommt die Frage: In welchem Verhältnis steht unsere Regierung zum Nationalrat in Österreich? Wenn Österreich zu uns geht, dann werden unsere Friedensbedingungen noch viel schärfer. Man sollte die Botschaft in Wien verstärken. Überhaupt sollte man Parlamentarier hinausschicken.

**Gothein:** Wilson hat seinerzeit erklärt, daß die Waffenstillstandsverhandlungen von Heer zu Heer geführt werden sollen. Deshalb muß damit gerechnet werden, daß die Besprechungen von Heer zu Heer sofort eröffnet werden. Es ist gesagt worden, daß die Kaiserfrage zurücktrete. Aber diese beiden Fragen hängen zusammen. Aus der Schweiz ist mir mitgeteilt worden, daß dort die ersten Mitglieder der Bundesregierung erklärt haben, daß die Amerikaner nicht verhandeln wollen mit Wilhelm II. Das ist zur Kenntnis der deutschen Gesandtschaft gebracht worden. Der Bericht von Romberg<sup>23)</sup> liegt seit 8 Tagen im Auswärtigen Amt. Meines Erachtens würde es wohl zur Beschleunigung des Waffenstillstands führen, wenn der Kaiser zurücktreten würde. Natürlich mit dem Kronprinzen.

Die Antwort auf die bestellte<sup>24)</sup> Frage im englischen Parlament über den deut-

<sup>23)</sup> Es handelt sich um einen telegraphischen Bericht Rombergs aus Bern vom 30. 10., in dem es heißt, daß nach Mitteilung amerikanischer Diplomaten nur das „Ausscheiden“ des Kaisers für Wilson „überzeugend“ wirken würde. Von einem Mißverstehen der 3. Wilsonnote könne — nach den amerikanischen Gewährleuten — keine Rede sein, „da ja die gesamte deutsche Presse Note richtig verstanden habe.“ Der Gesandte warnte dringend „vor nochmaligen Rückfragen in Washington“. Polit. Archiv, Pol. Abt. Weltkrieg 23 Geh. Bd. 29.

<sup>24)</sup> So im Stenogramm.

schen Bundesrat: man verlangt, daß der Bundesrat wirklich Volksvertretung werde.

Die Vertretung in den fremden Staaten ist unzulänglich und kein Vertrauen erweckend. Z. B. auch in der Schweiz. Manche Staaten erkennen jetzt die Lage: so sendet z. B. die Türkei den ersten Rabbiner nach Washington.

**Erzberger:** Ich werde den Gedanken weiter verfolgen, ob man durch eine neutrale Macht bei Wilson wegen der Bedingungen vorstellig werden soll.

In Bayern wird die Presse bereits bearbeitet.

Die Gesandtschaften müssen geändert werden. Vielleicht auch Parlamentarier. Alle 4 Parteien sind einig über die Maßnahmen, die nötig sind.

**Fehrenbach:** Den Reichstag berufe ich noch nicht, weil ich erst Waffenstillstandsbedingungen abwarten will. Aber die Fraktionen sollten zusammenberufen werden.

Die Umänderung des Bundesrates ist jetzt nicht möglich und unnötig. Das würde die Schwierigkeiten vermehren. Abgesehen von Mecklenburg<sup>24a)</sup> kommt die Parlamentarisierung von sich aus.

**Landsberg:** Solche Argumente sollten wir jetzt nicht gebrauchen. Auf die Empfindlichkeit der Bundesstaaten darf nicht mehr Rücksicht genommen werden. Also können wir die Bestimmungen wohl in die Reichsverfassung aufnehmen. Die mecklenburgischen Liberalen bestürmen seit Jahrzehnten den Reichstag um Hilfe.

In der Friedensfrage besteht völlige Übereinstimmung. Frieden um jeden Preis. Über die Kaiserfrage: Wiener hat David mißverstanden. David hat nicht gesagt, daß die Kaiserfrage unwichtig sei, sondern nur, daß die Waffenstillstandsfrage jetzt für Stunden drängt. Wir müssen die Kaiserfrage entscheiden. Die Stimmung im Volk lebt nicht allein von der Sehnsucht nach Frieden, sondern auch [in der Hoffnung] auf grundlegende Demokratie und hat damit eine Spitze gegen den Kaiser.

Das bisherige System ist vollständig zusammengebrochen. Bisher war der Gehorsam auf Furcht aufgebaut. Vorgänge wie in Kiel hätte man noch vor kurzem für unmöglich gehalten. Das gefährlichste ist die zurückströmende Armee. Kein Mensch kann glauben, daß man die Gefahr bannt durch ein paar Reformen, zumal wenn der Kaiser bleibt. Wenn Sie an der Fassade nichts ändern, glaubt niemand an die Ehrlichkeit der Volksregierung. Ihm glaubt man nicht mehr, weder im Lande noch an der Front.

Herr von Hintze sagt: Der Kaiser hat sich unter den Schutz der Generale gestellt. Unter den Generalen befinden sich frondierende Elemente! Ob die Mannschaften folgen werden, ist eine andere Frage. Da heißt es in der ganzen Armee: Die Volksregierung mag gut sein; aber in welchem Lager der Kaiser steht, ist klar, er ist bei den Generalen. Das berichtete Hintze!

Die legale Revolution in Deutschland ist langweilig. Wir arbeiten außerordentlich langsam. Das liegt daran, daß wir noch nicht den Frieden haben. Dann

<sup>24a)</sup> Vgl. Joh. Viktor Bredt, Die mecklenburgische Ständeversammlung und das Reichsrecht. München und Leipzig 1914.

auch an den heterogenen Elementen der Reichstagsmehrheit. In Preußen ist noch nichts geschehen. Die Wahlrechtsfrage wird verschleppt. Die Sicherungen locken keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Man hört nichts vom Verhältniswahlrecht, nichts vom Frauenwahlrecht. Keine Demokratisierung der Verwaltung in Preußen.

Wenn eine gewisse Zeit vergehen muß, bis alle diese wichtigen Reformen durchgeführt werden, dann muß man Vertrauen haben. Solange der Kaiser an sichtbarer Stelle steht, dieser Kaiser, werden wir das Vertrauen nicht haben können. Kann im Ernst jemand glauben, daß dieser Mann bei seiner Veranlagung an der Schwelle der Sechziger noch umlernen werde? Die Frage ist völlig unpersönlich, sachlich. Dieser Mann kann nicht mehr umlernen! Gottesgnadentum! Wir müssen ihn absetzen! Es läßt sich nicht leugnen, daß wir in die Friedensverhandlungen ganz anders ohne ihn als mit ihm hineingehen. Wir fördern die Bestrebungen Wilsons, einen anständigen Frieden zu machen. Hören Sie auf die deutschfreundlichen Männer im neutralen Ausland! Will auch nur ein Monarchist verantworten, daß wir als Volk für den Kaiser leiden?

Es wird gesagt, daß auch der Kronprinz fort müsse: natürlich. Wir wollen keine Diktatur des Proletariates. Also würde der älteste Sohn [des Kronprinzen] Kaiser werden. Schön. Das ist der Beweis für die Unbedeutendheit der Monarchie in Deutschland. Das wäre ein Zeichen für die Stärke der Volksregierung. Dieses Kind wird dann in den Anschauungen der neuen Zeit erzogen werden.

**Naumann** bespricht Einzelheiten.

Schlägt vor: sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen aus Polen.

Dem Kaiser sollte man die Freiwilligkeit des Rücktrittes lassen, sonst wird er Mittelpunkt einer Konterrevolution.

**Caspar**<sup>25)</sup> trägt etwas vor über das Ermächtigungsgesetz. Dieses Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914<sup>26)</sup> reicht für die Übergangswirtschaft nicht aus. Ein neuer Entwurf liegt vor.<sup>27)</sup> Es entsteht die Schwierigkeit, wie in der Zwischenzeit die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Jetzt steht in Frage Gesetz über die Erwerbslosenunterstützung. Darf damit gerechnet werden, daß solche Maßnahmen vorläufig noch auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes getroffen werden sollen oder nicht?

**Junck** meint, das neue Gesetz müßte geschaffen werden. Aber die Sache sollte überhaupt so gemacht werden, daß die Gesetzgebungsgewalt gar nicht in der Hand des Bundesrates bleibt.

**Ebert**: Damit einverstanden; aber es muß ganz rasch etwas geschehen. Hier ist kein Platz für formale Erwägungen. Dringend bitten, daß wir Zustimmung geben, und bitten, so schnell wie möglich etwas zu machen.

<sup>25)</sup> Vgl. Anm. 2.

<sup>26)</sup> Vgl. Reichsgesetzblatt 1914 S. 327.

<sup>27)</sup> Der „Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft“ war am 9. 10. 1918 dem Reichstag zugeleitet worden; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3126 f.

**Fischbeck:** Hier handelt es sich nicht um Übergangswirtschaft, sondern um Demobilisierung. Es muß sofort gearbeitet werden.

Man stimmt dem Vorschlag von Caspar zu. Man geht zunächst auf dem Wege des bisherigen Gesetzes vor.

**Scheidemann:** Mit Waffenstillstand ist das Schlimmste abgewendet.

Auf den Kaiser wollen wir keinen Druck ausüben. Aber er muß gehen. In der Tat wird unausgesetzt mit dem Kaiser darüber konferiert. Ich hatte Unterredung mit General Hoffmann<sup>28)</sup> und Drews. Gegengründe: Minister Drews hatte Unterredung mit dem Kaiser.<sup>29)</sup> Kaiser hat Standpunkt eingenommen, daß er sich nicht vom Volk trennen dürfe. Er hat nicht die Absicht, zu demissionieren. Hindenburg will nicht bleiben, wenn der Kaiser geht. Auch andere höhere Offiziere wollen gehen, wenn der Kaiser geht. Alle Einwendungen, daß es mir unbegreiflich sei, daß hohe Militärs so verfahren würden, prallen ab. Wenn die höheren Offiziere weggehen, die noch ein gewisses Maß von Autorität besäßen, könnte man damit rechnen, daß sich die Truppe auflöst. Staatssekretär von Waldow hat gesagt: wenn es unregelmäßige Rückwanderungen gäbe, würden Transportschwierigkeiten entstehen, dann käme Hungersnot. Ich habe diese Gründe nicht gelten lassen, weil ich glaube, das Umgekehrte wird eintreten. Die Stimmung ist in weiten Kreisen des Volkes so, daß der Kaiser gehen soll. Der Wunsch nach Abdankung geht bis in die Regierungskreise hinein. Ich bin überzeugt, daß eine ganze Anzahl der höchsten Würdenträger im Reiche den gleichen Standpunkt einnimmt.

Hintze hat wiederholt betont, daß man nicht drängen soll; aber er wollte zum Ausdruck bringen, daß er freiwillig gehen solle. Gegen das, was die Herren gesagt haben, ist einzuwenden: Vorgänge in Kiel. Die erste Forderung war: Weg mit dem Kaiser. Da hat man ein Bild, wie es wirklich aussieht. Auch in den großen Betrieben in Berlin sieht es so aus.

Auch in Bayern ist die Stimmung so, daß man schreit, der Kaiser müsse weg. Bei Besprechungen mit Vertretern deutscher Bundesstaaten<sup>30)</sup> ist mir gesagt worden, daß sich der Kaiser nicht halten könne. Man sollte vermeiden, Druck auszuüben.

Da entsteht schwierige Lage: Wenn er selbst nicht die Konsequenzen ziehen will, was werden wir in der ersten Reichstagssitzung erleben? Die Unabhängigen werden Antrag einbringen, worin die Beseitigung des Kaisers gefordert wird. Darüber kommen wir als Sozialdemokraten nicht hinweg. Wir können den Antrag nicht ablehnen. Das würde Riß in die Mehrheit bedeuten. Deshalb unter allen Umständen dafür sorgen, daß dem Kaiser aus dem Reichstag heraus gesagt wird, wie die Dinge stehen! Dann wird er wohl gehen.

<sup>28)</sup> General Hoffmann weilte am 5. 11. in Berlin und nahm am Nachmittag an der Beratung beim Reichskanzler teil; vgl. Nr. 129.

<sup>29)</sup> Vgl. Nr. 115.

<sup>30)</sup> Dazu vgl. Nr. 114.

Es kommt auch die Möglichkeit in Betracht, daß die Regierung gesprengt wird, bevor der Reichstag zusammentritt. Da müssen wir ganz klar sehen. Wir wünschen keinen Druck, halten aber für notwendig, daß Kaiser aus eigener Entschließung geht. Man soll auf alle Fälle vermeiden, daß der Druck nach außen hin in die Erscheinung tritt. Wir kommen aus der Lage nicht heraus mit dem Kaiser. Wenn wir bessere Bedingungen haben wollen, geht es nur ohne ihn.

Für die Herren von der Monarchie kommt in Betracht, daß wir inmitten einer so schlimmen Revolution stehen, wie sie kein Land durchgemacht hat. Da kann vielleicht die Monarchie noch gerettet werden; geht der Kaiser aber nicht, dann fällt auch die Monarchie.

Schließlich müssen aus der Reichstagsmehrheit Männer bestimmt werden, die ihm nahelegen zu weichen.

**Gröber:** Zurückgreifen auf die Frage, was jetzt unmittelbar zu tun ist. Stellungnahme zur bayrischen Frage und Waffenstillstand. Das scheint mir im Vordergrund zu stehen. Wir müssen alles tun, um die Lage für das bayrische Volk zu erleichtern. Grenzschutz. Dazu auch Fraktionen einberufen.

Bei der Waffenstillstandsfrage spielt die Kaiserfrage keine Rolle. Die Äußerungen, die gegen ihn vorliegen aus feindlichen und neutralen Staaten, stammen aus der Zeit, wo man die Verfassungsänderungen noch nicht kannte.

Ich kann mir nicht denken, daß etwas Wesentliches davon abhängt, ob man den Kaiser an der Spitze läßt oder nicht. Wenn gesagt wird, daß die Mehrheit des deutschen Volkes monarchisch gesinnt ist — wie auch Landsberg anerkannt hat —, dann müssen wir uns fragen, welche Wirkung der Rücktritt hätte. Der Kaiser tritt nicht freiwillig ab, wenn er es tut, dann unter dem Zwang der Verhältnisse. Dann aber wird die Beseitigung des Kaisers und des Kronprinzen verhängnisvolle Wirkungen haben. Wenn man auch die Abdankung des Kronprinzen fordert, dann treffen die Gründe nicht mehr zu. Seine paar Äußerungen aus seinem Leben sind doch nicht entscheidend. Wenn die beiden abdanken müßten und ein Kind an die Stelle tritt, dann sagt man, daß dann die Änderung deutlich sei. Ja, so deutlich — daß die ganze Monarchie beseitigt wird. Wenn man mal so angefangen hat, dann geht es weiter. Das ist auch nur konsequent. Daß das aber von der größten Tragweite ist gegenüber einer monarchisch gesinnten Mehrheit im Volke, bedarf keiner Ausführung.

Da ist auch die Rückwirkung auf die Truppen zu beachten. Schon in Kiel haben die Matrosen gesagt: wenn der Kaiser geht, haben wir nicht mehr nötig, den Offizieren Gehorsam zu leisten. Hintze hat mir gesagt<sup>31)</sup>, daß nach seiner Wahrnehmung die zerstörende Wirkung im Landheer gerade so sein würde wie bei der Marine in Kiel. Wenn der Kaiser weggefallen ist, dann ist kein Zusammenhalt mehr. Bei den Mannschaften regt sich dann das Gefühl der Unverantwortlichkeit. Dann kommen wir zu russischen Zuständen. Das wäre der allergrößte Nachteil für uns. Das wäre das günstigste für unsere Feinde, weil sie dann nur zu warten brauchten, bis bei uns alles in Auflösung ist. Wir sollten also nichts

<sup>31)</sup> In seiner in Anm. 13 zitierten Aufzeichnung berichtet Hintze über sein Gespräch mit Gröber am 4. 11. nur: „Gröber war ehrlich und offen, derselben Auffassung wie ich“; Niemann, Revolution S. 368.

dazu beitragen, was die Entwicklung verschärfen könnte. Wir sollten im Interesse der Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung alles vermeiden, was die Monarchie und den Kaiser beseitigen will.

Beseitigt man den Kaiser und den Kronprinzen, dann hat man alle Übel einer Regentschaft. Man behauptet, daß die Mehrheit des deutschen Volkes gegen den Kaiser sei. Das will ich nicht bestreiten. Am Ende eines unglücklichen Krieges ist das erklärlich. Aber die Stimmung wechselt und kann sehr rasch wechseln. Das ist nicht maßgebend, wenn wir uns die furchtbaren Folgen eines solchen Schrittes vor Augen halten.

Der Kaiser ist schließlich nicht verantwortlich für den schlechten Ausgang des Krieges. Es ist Tatsache, daß der Kaiser sich ernstlich bemüht hat, den Krieg zu vermeiden. Ich bin der Meinung, daß die Zeit kommt, wo wir die Schuldfrage aufwerfen müssen. Man darf aber in der üblen Stimmung der Gegenwart nicht alles wegwerfen. Ich würde das für ein großes Unglück für unser Volk halten.

**David:** Daß unser System so unsicher und so schwach war und daß es zusammengebrochen ist, an dieser Schwäche und Zerfahrenheit ist der Kaiser schuld. Er ist nicht für Einheit und Klarheit der Regierung gewesen, sondern ihn trifft die Hauptschuld, daß sich im Innern Deutschlands das System erhalten hat. Er hat den Zwiespalt zwischen politischer und militärischer Leitung zu verantworten. Insofern ist er allerdings der Hauptschuldige. Nicht im Sinne des Beginns des Krieges. Er hat aber den Militärs den Einfluß gelassen; er hat den Frieden im Osten zugegeben; Kriegsziele propagiert usw., U-Boote — alle diese Dinge lasten auf der Person des Kaisers. Schließlich hat er ja nachgegeben, aber erst einem großen Druck. Auch für die militärisch verfehlte Handlung der Offensive trägt er die Verantwortung.

Gröber hat es so erscheinen lassen, als ob wir den Umschlag von der legalen Umwandlung in die Revolution als Drohung erscheinen ließen: das ist nicht richtig. Wir würden am meisten bedauern, wenn die legale Taktik in die Revolution umschlüge. Wir wären ja auch die ersten Opfer! Aber wenn man so wie Gröber verfährt, dann kommen die Dinge zur Revolution. Darum streiten wir hier eigentlich: wie können wir der Revolution entgehen? Der Versuch, den Kaiser zu retten, bringt uns in den Abgrund hinein.

Die Hauptsorge von Gröber ist die Schwächung der Armee durch das Weggehen des Kaisers. Ich glaube, daß die Person des Kaisers nicht mehr ein Band für die Armee ist, sondern der auseinandertreibende Faktor für die Armee. Die Masse der Armee fordert seine Beseitigung. Die höheren Offiziere sind zum Teil gefühlsmäßig an den Kaiser geknüpft. Aber das ist nicht sehr weit verbreitet.

Verliest nochmals aus dem Bericht des Offiziers, den er schon gestern vorgelesen hat.<sup>32)</sup>

Es sollte sofort versucht werden, von Wilson die Bedingungen zu erfahren. Dann, wenn da eine Verzögerung und Unklarheit bleibt, dann unsererseits die weiße Fahne.

<sup>32)</sup> Vgl. Nr. 123 (Schluß), wo von einer „Denkschrift“ die Rede ist.

Wenn die Bedingungen kommen, dann müssen wir restlos annehmen; keine Verzögerung ist dann erlaubt. Sind wir binnen weniger Tage im Besitz des Waffenstillstands, dann tritt Entlastung ein. Die Kaiserfrage wird dann bis zum Frieden zu lösen sein.

Es ist der Vorschlag einer Konstituante von Quessel<sup>33)</sup> erwähnt worden: Das kommt für Deutschland nicht in Frage.

**Stresemann:** Zur Kaiserfrage. Gröber hat darauf hingewiesen, daß seiner Meinung nach die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen eine schwere Erschütterung des monarchischen Gedankens sein würde. Dieser Gesichtspunkt ist auch bei meinen Freunden mit ausschlaggebend gewesen. Es besteht ein gewisser Widerspruch zwischen den Erklärungen der Sozialdemokraten hier und der Haltung des Vorwärts. Die Chemnitzer Volksstimme spricht z. B. für die Absetzung des Königs von Sachsen. Hier begegnen sich die grundsätzlichen Gegenschaften. Landsberg sagt mit Recht von seinem Standpunkt aus, daß ein Kind als Kaiser ein Zeichen sei. Für uns ist das aber gerade ein Hindernis. Wenn der Kaiser zugunsten eines Nachfolgers ginge, der selbst im Mannesalter steht, dann wäre die Frage für uns leichter als jetzt, wo wir ins Dunkle gehen sollen. Hier wird alles zerbrochen, was an Überlieferung im Volke steckt! Da wird der monarchische Gedanke so ausgehöhlt, daß er keine Kraft mehr hat.

Wir wollen nicht die Entwicklung zur Republik. Und zwar deshalb nicht, weil wir fürchten, daß die Reichseinheit dadurch bedroht erscheint. Wir sind schließlich unserer ganzen Überlieferung nach Vertreter der Reichseinheit gewesen. Es drängt alles darauf hin, daß das Reich bleibt. Von der Republik Deutschland strahlt einigende Kraft [nicht] aus. An sich ist die Kaiserinstitution die Verkörperung der Reichseinheit. Nur so konnte die Reichseinheit erhalten bleiben. Wenn heute schlimme Stimmungen in Bayern bestehen, dann hält die Einheit nicht mehr. Dann kommen die Rheinbund-Tendenzen. Es bleibt unter Umständen nur ein kleines Preußen übrig. Aus dem Grunde können wir diesen Gedankengängen nicht folgen.

Wie ist gegenwärtig die Lage? David hat einen Bericht aus der Armee vorgelesen; das trifft doch nicht die Kaiserfrage! Über diese Mißstände haben wir uns schon länger unterhalten. Mit der Person des Kaisers hat das nichts direkt zu tun. In Kiel liegen die Dinge schon anders. Aber bei der Flotte hatten wir schon Zersetzungstendenzen, als die Armee noch ganz fest hielt. Das hat schon in Wilhelmshaven zum Zusammenbruch geführt, noch ehe in der Armee etwas vorging. Darauf kann man also nichts aufbauen!

Ich habe schon auf Friedbergs Äußerungen hingewiesen, daß die Tendenzen in der Armee auch nicht einheitlich sind. Wir haben Briefe: Wenn der Kaiser geht, dann reißen mir die Leute die Tressen vom Leib, dann gehe ich nach Hause. Dann kommt es wie in Rußland. Es ist dann kein einigendes Band mehr da. Verschließen wir die Augen nicht vor Tatsachen!

Wie es dann überhaupt mit der Verteidigung des Landes wird, das kann man nicht wissen. Die Vereidigung auf das Kind strahlt keine Anziehungskraft mehr aus. Ob die Volksregierung da sofort eintreten kann und ob man die „Armee

<sup>33)</sup> Dr. Ludwig Quessel, M.d.R. (SPD), Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“.

des Volkes“ machen kann, das weiß ich nicht. Man hat gesagt, wir stünden schon vor der Auflösung der Armee. Aber wir sind da auf Einzelheiten angewiesen. Wenn der Heeresbericht nicht lügt, dann kämpft doch die Armee noch. Man sollte bis zur Frage des Waffenstillstands die Kaiserfrage ausschalten.

Man denkt da auch mehr an das Ausland. In früherer Zeit wäre Verzicht des Kaisers von Wirkung gewesen. Das kann ich mir denken. Aber heute sagen sich die anderen Völker, daß sie für ihre Interessen viel herausholen wollen. Und wenn Frankreich Saarbrücken und das Kohlenrevier will, dann wird es diese Forderung vertreten, gleichgültig ob Wilhelm Kaiser ist oder nicht.

Ebert sagte gestern:<sup>34)</sup> Es war Ruhe bis zum vorigen Freitag<sup>35)</sup>, da kamen die Einziehungen. Ja, dann ist die Erregung auch nicht durch die Kaiserfrage gekommen, sondern durch die Frage der Einziehungen. Dann ist es eine ganz andere Frage.

Dann wurde gesagt, Deutsch-Österreich[er] komme[n] nicht zu uns, weil sie nicht unter Wilhelm II. wollen: aber die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten haben doch den großen demokratischen Durchbruch im Deutschen Reiche begrüßt, und das geschah unter Wilhelm II.

Deshalb weiß ich nicht, ob nicht die Ereignisse der letzten Tage etwas künstlich in die Öffentlichkeit gebracht worden sind. Das geschah zuerst in der bürgerlichen Presse. Jetzt, wo man den Druck sieht, jetzt kommt die Gegenbewegung. Was mir aus Kundgebungen zugeht, weniger aus Preußen als aus Süddeutschland, zeigt die Sorge, daß das Reich zerfällt, wenn das Symbol des Kaisertums fällt. Man unterschätze diese Strömungen nicht. Wenn wir sie nicht beachten, geben sie uns eine starke Zerrissenheit im deutschen Volkskörper. Ich bin deshalb der Meinung, daß man mindestens nicht morgen mit einer Entscheidung an die Öffentlichkeit gehen sollte. Vielleicht kommt eine andere Lage.

Die Anklagerede von David muß sich gegen die Umgebung des Kaisers richten, viel mehr als gegen den Kaiser.

Wenn Waffenstillstand geschlossen ist, dann sollten wir die moralische Pflicht der Entente betonen, die Blockade aufzuheben. Das geschieht durch Telegramm an Wilson.

**Dove:** Die Vorbedingung zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist das Zusammenhalten der Mehrheit. Da habe ich einen Schreck bekommen über die Äußerung Scheidemanns über die Möglichkeit eines Antrages der Unabhängigen in der Kaiserfrage. Daran darf doch die Mehrheit nicht scheitern! Wenn ein solcher Antrag angenommen würde und wenn das Zentrum auf der anderen Seite stünde, dann wäre die Grundlage der Volksregierung beseitigt. Das führt in den Abgrund. In der Kaiserfrage ist man sich doch wohl so weit einig: Das erste ist der Waffenstillstand. Den müssen wir zunächst haben.

Daß die Kaiserfrage noch außerordentlich kompliziert ist, gebe ich zu. Einmal durch die Aufstellung der Forderung der Kieler Matrosen. Diese ganze Bewegung scheint doch auch mit den Unabhängigen zusammenzuhängen. Denn sie gehen doch auf eine Schaffung von Arbeiter- und Soldatenräten aus. Ein zweites

<sup>34)</sup> Im Interfraktionellen Ausschuß; vgl. Nr. 123.

<sup>35)</sup> 1. 11. 1918.

Moment, was die Frage kompliziert, ist der törichte Schritt der Flucht an die Front. Das hat die Befürchtung hervorgerufen, daß der Mann da einen Umschwung vorbereitet. Was die Frage der Abdankung betrifft, so ist es einigermassen schwierig, daß man sagt: die Sache muß vom Kaiser selbst ausgehen, während man doch weiß, daß er nicht will. Da wäre doch wohl nur die Kabinettsfrage der gegenwärtigen Regierung gegeben. Und das hat viel gegen sich.

Für die allgemeine Meinung hängt sehr viel ab von der richtigen Kenntnis der Sachlage. Die große Öffentlichkeit darf nicht so wie bisher im dunklen gehalten werden. Z. B. durch die Heeresberichte. Mir scheinen auch jetzt noch die Berichte sehr gefärbt zu sein. Die Masse des Volkes hat keinerlei Bewußtsein von dem wirklichen Ernst der militärischen Lage. Dazu kommen die Meutereien in Kiel usw. Das kann man nicht auf die Dauer gänzlich unterdrücken. Davon hängt die Annahme der Bedingungen in erheblichem Maße ab. Die Enttäuschung wird dann fürchterlich sein.

Parlamentarische Beiräte bei den Botschaften erscheinen mir sehr wirksam, damit nach außen hin der Umschwung mehr in die Erscheinung tritt.

Reformen in Preußen erscheinen mir nötig.

Die Frage der Abdankung des Kaisers: Mir ist er unsympathisch; er spielt Komödie. Seine Person ist auch in höchsten Beamtenkreisen sehr wenig beliebt. Aber der Kronprinz muß dann auch mit.

**Wiemer:** Der Antrag der Liberalen in der bayerischen Kammer<sup>36)</sup> ist nicht zurückgezogen, dadurch Reichseinheit betont. Über den Antrag wird demnächst verhandelt werden.

In Mecklenburg sind Verhandlungen im Gange auf Grundlage gleiches und geheimes Wahlrecht. Jedenfalls noch im Laufe dieses Jahres soll Verständigung herbeigeführt werden.

In Preußen muß vorwärts gegangen werden. Man glaubt nicht an den Ernst, wenn alles hier so bleibt. Da muß es vorwärts gehen: Oberpräsident, Regierungspräsident und Landräte müssen gehen und ersetzt werden.

Kaiserfrage: Auch wir würden einen freiwilligen Akt des Monarchen für das Richtigeste gehalten haben. Jetzt stehen die Dinge sehr schwer. Ich unterschätze nicht die Gründe der Sozialdemokraten; aber es stehen auch manche Bedenken entgegen. Die Stimmung im Lande ist nicht so einheitlich, wie es scheint. In Preußen sind bei den Fortschrittlern nicht alle für die Abdankung des Kaisers. In Süddeutschland ist die Stimmung zum Teil anders. Es kann auch in Preußen eine starke Gegenbewegung einsetzen. Das kommt um so eher, wenn militärische Kreise sich dahinterstellen. Das ist nicht ganz leicht zu nehmen. Das gibt den Bürgerkrieg. Das muß jetzt unter allen Umständen vermieden werden.

Wenn der Kaiser geht, dann muß auch der Kronprinz gehen. Gegen eine Regentschaft bestehen sehr schwere Bedenken. Ich halte eine Republik für denkbar, die einigend wirken kann, aber ich sehe sie jetzt nicht.

Eine Debatte über die Kaiserfrage im Reichstag kann zur Zertrümmerung der Mehrheit führen, das muß man klar ins Auge fassen.

<sup>36)</sup> Dazu Nr. 121, bes. auch Anm. 5 und 10.

**Ebert:** Die österreichischen Sozialdemokraten waren immer großdeutsch. Aber über die Kaiserfrage haben sie nie einen Zweifel gelassen. Beim späteren Zusammenschluß mit den Deutsch-Österreichern wird die Kaiserfrage eine große Rolle spielen. In den letzten 10 Tagen haben wir die Frage mehr in den Vordergrund gestellt unter der Wucht der Ereignisse. Namentlich Zusammenhang der Kaiserfrage mit der Friedensfrage. Wilsons Note! Da hat sich der Gedanke stark herausgebildet, daß man mit diesem Kaiser nicht zum Verständigungsfrieden kommen könne.

Im Heere ist auch die Stimmung schlecht. Hintze sagte auch: daß an der Westfront in Kämpfen zwischen unseren Soldaten Blut geflossen ist. Hintze sagt ganz offen, daß die Soldaten volles Vertrauen zur neuen Regierung haben. Aber die Leute wissen gar nichts von den Vorgängen in Wirklichkeit; wenn sie erst wissen, was es ist, so werden sie in heller Begeisterung für uns sein. Die Soldaten sind unruhig geworden, nachdem der Kaiser ins Hauptquartier gegangen ist. Wir haben auch noch gute Truppen, das steht fest. Unser Bestand an der Front hängt vom Gegner ab. Viele Meutereien im Inland. Die Stimmung im Heere ist ganz schlecht. Ich bin überzeugt, wenn wir Sorge tragen, daß der freiwillige Rücktritt des Kaisers in vernünftiger Form bekanntgemacht wird und wenn die Regierung Klarheit schafft über ihre Politik, dann halten wir das Heer zusammen, wenn auch ein paar Generale weggehen.

Das Kaisertum ist nicht mehr das einigende Band, sondern die Demokratie. Für einen freiwilligen Rücktritt ist es noch nicht zu spät. Allerdings muß etwas nachgeholfen werden. Die Lage erfordert es. Wenn man die Dinge laufen läßt, dann gehen wir dem Untergang entgegen.

Wenn wir der Fraktion berichten, wird sie sich in der Kaiserfrage entscheiden. Was dann? Wenn die Mehrheit auf dem Standpunkt beharrt, dann müssen wir aus der Regierung austreten. Darüber darf ich Sie nicht im Zweifel lassen. Die Stimmung in der Arbeiterschaft ist auch fast einheitlich. Auch im Bürgertum. Dem muß man Rechnung tragen unter dem Leitgedanken: Wie halten wir das Reich aufrecht und die Wirtschaft in Ordnung?

**Herold:** Wir müssen uns widerstandslos der Entente fügen, da macht die Kaiserfrage keinen Unterschied mehr.

Wenn sich die Sozialdemokratie abtrennt, dann wird das von den übelsten Folgen sein. Wohin das führt, ist nicht abzusehen. Aber andererseits kann man das Land nicht vor die Schwierigkeiten eines Regierungswechsels stellen.

**Junck:** Wenn die Anwesenheit des Kaisers bei den Generalen so wirkt, wie Ebert geschildert hat, dann muß der Kaiser doch zurückkommen. Wenn die Sozialdemokratie morgen eine Entschließung fassen sollte, die auf ihren Austritt aus der Regierung hinauskommt, dann müssen wir den Kaiser auf alle Fälle hier haben.

**Fischbeck:** Ich hoffe immer noch, daß die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion so fällt, daß man erst mal den Waffenstillstand abwartet und dann sieht, was es eigentlich gibt. Vielleicht tritt er dann von selbst zurück. Darüber sind wir alle einig, daß der Kaiser zurückkommt und daß der Waffenstillstand herbeigeführt wird.

In Preußen müssen die Dinge geändert werden. Nächste Sitzung muß sich damit beschäftigen.

**Herold:** Wir können uns doch nicht in die preußischen Verhältnisse mischen.

**Fischbeck:** Diese preußische Regierung ist eben maßgebend.

127b: Nachlaß Stresemann 180 (6889), eigenhändig.<sup>1)</sup> Überschrift: „5. November 1918.“

Einrücken in Tirol.

Fliegerangriffe Dresden.

Schutz gegen Tschechen.

Kiel.

Bahnhof von Matrosen besetzt.

Ansprachen auf Platz.

Gouverneur festgesetzt.

Militär von Neumünster und Kiel geholt.

Infanterie übergegangen.

Forderungen der Matrosen.

Übergreifen auf Hamburg befürchtet.

Alle Parteien für Waffenstillstand:

Drews. Hindenburg.<sup>2)</sup>

**Gröber:** Offiziere zum Kaiser. Auflösung Armee.

**David:** Schuldfrage.

**Ebert:** Eine Division umstellt.

<sup>1)</sup> Eine Eintragung im Tagebuch Stresemanns (Nachlaß Stresemann 201 [7353] lautet: „Interfraktionelle Besprechung. Waffenstillstands- und Kaiserfrage.“

<sup>2)</sup> Die folgenden Sätze im Or. stenographisch.

## 128.

**Oberst von Haeften über die Ankunft General Groeners in Berlin  
am Nachmittag des 5. November 1918**

Nachlaß Haeften, Erinnerungen. Auszug.

Kurz vor seiner [Groeners] Ankunft in Berlin<sup>1)</sup> rief mich der im Großen Hauptquartier verbliebene Oberst Heye an, um mir mitzuteilen, daß der Kaiser beim Mittagsvortrage den Feldmarschall aufgefordert habe, unverzüglich einen deutschen Parlamentär in Fochs Hauptquartier zu entsenden, um dort die Bedingungen des Waffenstillstandes entgegenzunehmen, da infolge des Ausbleibens der Antwortnote von Wilson die Spannung in der Heimat und an der Front nach Ansicht des Kaisers eine so starke sei, daß sie sowohl auf die militärische als auch auf die politische Lage einen höchst ungünstigen Einfluß auszuüben anfangen. Des weiteren übermittelte mir Oberst Heye den Befehl des Feldmarschalls, dem General Groener unmittelbar nach seiner Ankunft mitzuteilen, daß der Feldmarschall seine Zustimmung zu einer vorübergehenden Rückkehr des Kaisers nach Berlin wieder zurückzöge. Er könne sich auch nicht mit einem kurzen 24stündigen Aufenthalt des Kaisers in Berlin einverstanden erklären. Beide Mitteilungen trug ich dem General Groener unmittelbar nach seiner Ankunft noch in dem Fürstenzimmer des Potsdamer Bahnhofs vor.<sup>2)</sup> Die Anregung des Kaisers hielt der General Groener für unzweckmäßig. Jetzt müsse man die Nerven behalten und das Eintreffen der Wilsonnote abwarten. Ich hielt sodann dem General einen kurzen Vortrag über die allgemeine politische Lage, besonders auch in der Abdankungsfrage, wobei ich die Notwendigkeit einer klaren, entschiedenen Stellungnahme nochmals betonte. Um 5 Uhr nachmittags fand dann die bekannte große Kabinettsitzung statt<sup>3)</sup>, bei der General Groener eingehend über die militärische Lage berichtete und auch auf die Abdankungsfrage zu sprechen kam.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 122 bes. Anm. 5.

<sup>2)</sup> Vgl. Prinz Max S. 581; Scheidemann, Memoiren II S. 276.

<sup>3)</sup> Vgl. das folgende Dokument.

## 129.

## 5. 11. 1918: Sitzung des Gesamtkabinetts mit General Groener

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung der Staatssekretäre<sup>2)</sup> am 5. November 1918 5 Uhr 30 Minuten.“<sup>3)</sup>

Anwesend: Der Herr Reichskanzler. Exzellenzen von Payer, Friedberg, General Groener, Scheüch, Graf Roedern, Drews, von Waldow, von Krause, von Mann, Haußmann, Bauer, Scheidemann, Solf, Erzberger, Gröber, Trimborn, Rüdlin, Göppert, Generale Hoffmann und von Winterfeldt, Oberst von Haefen, Majore von dem Bussche, Brinckmann und von Harbou, Direktor Deutelmoser, Geheimrat Simons, Nadolny, Prinz Hatzfeldt, von Schlieben.

**Groener:**<sup>4)</sup> Ich habe das dringende Bedürfnis gefühlt, hierherzukommen, um Ihnen über die Lage, wie ich sie auffasse, Auskunft zu geben. Ich halte es für dringend nötig,

<sup>1)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 243 ff. (wiederabgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 459 ff.); Archivalische Forschungen 4/IV S. 1736 ff. sowie Groener S. 445 ff. (jeweils Teildruck des Protokolls); Prinz Max S. 581 ff.; Payer S. 154, 156; Haußmann S. 265 f.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 191 ff.; Westarp, Monarchie S. 38 f.; Lütge S. 214 f. Im Nachlaß Erzberger 27 befindet sich der Durchschlag einer dreiseitigen Aufzeichnung über diese Sitzung (ein weiterer, von Erzberger an von Dandl übermittelter Durchschlag im BGStA München, MA 1943 D.R., Pol. Archiv VII/41), die in den Anmerkungen berücksichtigt wird.

Auch bei Erzberger S. 325 wird die Sitzung kurz gestreift, jedoch falsch datiert: „In dieser Situation erstattete der neue Generalquartiermeister, General Groener, sämtlichen Staatssekretären am 6. November [sic!] eingehenden Bericht über die militärische Lage; er rechnete bei Fortsetzung des Krieges mit der Wiederaufnahme desselben nicht nur in Rumänien, sondern auch durch die Tschechoslowaken; eine entscheidende Niederlage des Heeres müsse unter allen Umständen vermieden werden; die militärische Lage habe sich weiter verschärft; der deutsche Widerstand könne nur noch von ganz kurzer Dauer sein.“ Hingegen beziehen sich die unmittelbar anschließenden Ausführungen auf die Kriegskabinettsitzung vom 6. 11.; vgl. Nr. 131a—c.

<sup>2)</sup> „Sitzung der Staatssekretäre“ von Brecht für den Abdruck in den Amtlichen Urkunden (S. 243) eigenhändig berichtet aus: „Beratung“.

<sup>3)</sup> In den Akten der Reichskanzlei a.a.O. ein maschinenschriftl. Fragekatalog vom 5. 11. („Fragen des Kriegskabinetts an den Ersten Generalquartiermeister“) mit insgesamt 32 Fragen über die militärische Lage an allen Fronten: „I. Westfront — II. Südfront — III. Böhmisches Front — IV. Die Ostfront“. Darauf folgender von Wahnschaffe am 7. 11. paraphierter handschriftl. „Vermerk“: „Nachstehende Fragen sind von dem Unterzeichneten [Wahnschaffe] entworfen und von General von Winterfeldt gebilligt, aber in der Debatte im Kriegskabinet am 5. d. M. nicht formell zugrunde gelegt worden.“

<sup>4)</sup> Die zusammenhängenden Ausführungen Groeners nach dem Abdruck in Amtliche Urkunden S. 243 ff., der dem von Groener „wörtlich“ verlesenen Text seines Vortrages folgt; vgl. a.a.O. S. 243. Bei Groener S. 445 Anm. 5 wird dieser Abdruck unter Hinweis auf eine Abschrift des Textes im Groener-Nachlaß als „vollständig“ bezeichnet. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, 19. 8. 1919 (Nr. 398), teilte der Vortragende Rat in der Reichskanzlei, Arnold Brecht, unter der Überschrift „Weiteres zum Weißbuch“ u. a. mit, daß Groeners Vortrag vom 5. November „erst drei Tage vor der Herausgabe des Weißbuches [1. Aufl. 1919] in den Besitz der Reichskanzlei“ gelangt und „in den stehenden Drucksatz eingefügt“ worden sei. Wie aus den Akten hervorgeht, hatte die Reichskanzlei am 25. 7. 1919 Groener dringend um die Übersendung der angekündigten ausführlichen Niederschrift ersucht; BA Koblenz, R 43 I/166. — Die im Sitzungsprotokoll enthaltene wesentlich kürzere z. T. anders akzentuierte Fassung wird in den folgenden Anmerkungen abschnittsweise wiedergegeben.

daß wir in allerengster Verbindung zusammenarbeiten und daß wir alle Entschlüsse, die wir zum Wohle des Vaterlandes fassen müssen, einmütig finden und durchführen.<sup>5)</sup> Ich möchte zuerst auf die operative Gesamtlage kommen und mit wenigen Worten einen Rückblick geben, weil aus diesem Rückblick das Verständnis für unsere heutige Lage mit zwingender Logik folgt.<sup>6)</sup>

Die politische Einkreisung der Friedensjahre ist restlos zu einer militärischen geworden. 1915 bis 1917 haben wir versucht, die Einkreisung zu durchbrechen und den Ring zurückzudrängen; dies ist zum Teil gelungen — nach Osten und Südosten. Dadurch haben wir unzweifelhaft eine wesentliche wirtschaftliche Stärkung zum Durchhalten erreicht, dafür eine militärische Schwächung in den Kauf genommen durch die Ausdehnung der Räume, die mit unseren Kräften nicht in Einklang stand. 1918 wurde ein erneuter Versuch gemacht, am stärksten Teil des Ringes, im Westen, die Entscheidung herbeizuführen. Der Versuch ist mißlungen. Damit rückte die Gefahr des Zusammenbruches unserer Verbündeten in allerbedrohlichste Nähe und ist sogar in einem Maße und einer Schnelligkeit eingetreten, wie sie nicht erwartet wurde.<sup>7)</sup>

Damit wurde freie Bahn für unsere Feinde geschaffen, die Einkreisung unmittelbar an die deutschen Grenzen heranzutragen. Die entschlossene und zielsichere politische Kriegführung unserer Feinde unter dem diktatorischen Dreigestirn Wilson, Clémenceau und Lloyd George läßt erwarten, daß auch die militärische Führung die vollkommenste Kriegsentscheidung, die Umzingelung und Kapitulation des deutschen Volkes, anstreben wird. Dabei finden die militärischen Operationen unserer Feinde eine kräftige Unterstützung in dem Bolschewismus, der von Osten und Südosten in unser Volk und Heer eindringt.<sup>8)</sup>

Bei längerer Fortsetzung des Krieges ist die Möglichkeit in unser Kalkül einzustellen, daß nicht nur die Rumänen den Krieg wieder aufnehmen, sondern auch die Tschecho-slowaken und andere Teile unserer bisherigen Verbündeten aktiv die Operationen unserer Feinde unterstützen. Die passive Unterstützung ist ihnen schon durch die Waffenstillstandsbedingungen in der schärfsten Weise auferlegt.<sup>9)</sup>

<sup>5)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Groener: Habe dringendes Bedürfnis gehabt, dem Kriegskabinettt Auskunft über die Lage zu geben. Halte es für nötig, im engsten Zusammenarbeiten mit Zivilregierung zu bleiben.“

In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Die schwere Stunde müsse alle amtlichen Stellen einig finden.“

<sup>6)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4) nur: „Rückblick über militärische Lage.“

<sup>7)</sup> A.a.O.: „Politische Einkreisung der Friedensjahre sei zu einer militärischen Einkreisung geworden. 1915 sei es gelungen, den Ring zu brechen und weiter nach Süden und Osten zu ziehen; dadurch sei eine wirtschaftliche Stärkung, aber eine militärische Schwächung eingetreten. 1918 sei ein erneuter Versuch gemacht worden, den Ring an seinen stärksten Teilen im Westen zu durchbrechen. Dieser Versuch sei mißlungen. Dadurch sei der Zusammenbruch unserer Freunde herbeigeführt worden.“

<sup>8)</sup> A.a.O.: „Die entschlossene und zielsichere Führung unserer Gegner lasse erraten, daß durch die militärischen Operationen ein Zusammenbruch unseres Volkes herbeizuführen versucht wird. Dabei würden sie durch den Bolschewismus unterstützt.“

In Erzberger Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Eine längere Fortsetzung des Krieges bringe im Innern den Bolschewismus.“

<sup>9)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Es bestehe jetzt die Gefahr, daß die Rumänen den Krieg wieder aufnehmen und ebenso, daß die Tschecho-Slowaken aktiv gegen uns vorgehen würden.“

In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Nach ihm [d. h. nach dem Bolschewismus; s. vorige Anm.] müssen wir dann damit rechnen, daß Rumänen und Tschecho-Slowaken aktiv in den Krieg eingreifen.“

Auf die zahlenmäßig große Überlegenheit unserer Feinde, nachdem das deutsche Heer auf sich allein gestellt ist, brauche ich nicht weiter hinzuweisen.

Es liegt nahe, unsere militärischen Kräfte durchaus zu konzentrieren und alle auf dem weiten Ringe im Südosten und Osten noch befindlichen Teile an die deutsche Grenze zurückzuziehen. Dies ist bereits befohlen für alle Truppen in Ungarn und Rumänien. Wir hoffen, daß ein Abtransport mit der Eisenbahn möglich sein wird; andernfalls müssen sie sich durchschlagen. Die geringen Truppen und Formationen, die sich noch auf dem italienischen Kriegsschauplatz befinden, sind auf dem Rückwege. Wie die Truppen aus Kleinasien herauskommen werden, ist noch nicht zu übersehen.<sup>10)</sup>

Besonderer Erwägung bedarf es, ob es geboten ist, die Truppen im Osten einschließlich Ukraine zu belassen. Abgesehen von politischen und wirtschaftlichen Momenten ist zu bedenken, daß mit dem Zurückziehen der Truppen der Bolschewismus der aufgegebenen Gebiete sich bemächtigt und unserem Vaterlande auf den Leib rückt. Sollten wir durch unsere Feinde gezwungen werden, den Krieg bis zur völligen Unterwerfung fortzusetzen, so bleibt nichts übrig, als auch diese Truppen zur unmittelbaren Verteidigung unserer Landesgrenzen zurückzuziehen.<sup>11)</sup>

Eine sofortige Aufgabe des gesamten Ostens zwecks Verstärkung des Westheeres erscheint, abgesehen von allen anderen, auch aus militärischen Gründen nicht geboten. Schnell würden die Truppen im Westen wegen der Transportlage, insbesondere in der Ukraine, doch nicht erscheinen können; die Kampffähigkeit dieser Truppen ist den Anforderungen des Westens nicht gewachsen, ihr innerer moralischer Wert durch die östlichen Einflüsse erschüttert. Es liegt die Gefahr der Infizierung der noch braven Truppen des Westheeres vor. Vor dem Einsatz dieser Osttruppen im Westen müßten sie eine längere stramme Ausbildungszeit erhalten.<sup>12)</sup>

Die politische Kriegsleitung hat zu entscheiden, ob aus politischen und wirtschaftlichen Gründen das Verbleiben der Truppen im Osten wertvoller ist.<sup>13)</sup>

Ich komme auf die einzelnen Kriegsschauplätze.

An der Reichsgrenze gegen das bisherige österreichisch-ungarische Gebiet sind Grenzschutzmaßnahmen getroffen. Nachdem die Reichsregierung die Erlaubnis zum Betreten Tiroler Bedens gegeben hat, wird der Schutz Bayerns an den taktisch günstigen Stellen im Gebirge erfolgen können. Sobald die dringende Notwendigkeit eintritt, hat der kommandierende General II. bayr. Armeekorps die Ermächtigung, die Brennerbahn zu zerstören. Außer den bayerischen Ersatztruppen sind zunächst für Tirol zwei

<sup>10)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Es liege daher der Gedanke nahe, daß alle Kräfte konzentriert und die östlichen Truppen zurückgezogen werden müßten. Befohlen sei dies für Ungarn bereits. Er hoffe, daß sich die Truppen noch durchschlagen könnten. Aus Asien würden unsere Truppen wohl nicht mehr zurückkommen können.“

In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Die Truppen aus Ungarn und Rumänien sollen baldigst zurückgezogen werden. Von Rumänien geht ein Teil nach Odessa, der größere Teil wird versuchen, durch Ungarn nach Deutschland zu kommen.“ Für das Zustandekommen dieser Version vgl. die weiteren Ausführungen Groeners, die in Erzbergers Resümee teilweise einen anderen Sinn erhalten, sowie Anm. 61.

<sup>11)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Wenn wir Polen und die Ukraine räumten, käme die Gefahr des Bolschewismus immer näher an unser Land; wenn wir den Krieg bis zum Ende führen müßten, sei es notwendig, die Truppen alle zurückzuziehen.“

<sup>12)</sup> A.a.O.: „Jetzt augenblicklich sei es militärisch nicht geboten. Die östlichen Truppen seien für den westlichen Kriegsschauplatz nicht geeignet. Ihre Kampfkraft sei nicht groß, und es bestehe die Gefahr der Infizierung der Westtruppen.“

<sup>13)</sup> A.a.O.: „Die politische Leitung habe zu entscheiden, ob das Verbleiben der Truppen im Osten wirtschaftlich notwendig sei.“

Divisionen verfügbar. Das Alpenkorps soll aus Ungarn herangeführt werden. An der sächsischen und schlesischen Grenze sind Grenzschutz-Detachements in der Bildung begriffen. Das Generalkommando VI. Armeekorps ist nach Görlitz herangeführt.<sup>14)</sup>

Wenn auch ein Vorgehen deutscher Truppen auf böhmischem Boden aus rein militärischen Gründen zur Zeit nicht geboten ist, würde doch die Besetzung gewisser Punkte des deutschen Randgebietes zum Schutze der Bewohner gegen Mord und Plünderung in Frage kommen und durch die Reichsregierung baldigst zu entscheiden sein. In militärischer Beziehung käme zur Zeit lediglich die Besetzung von Bahnknotenpunkten jenseits der Grenze in Frage.<sup>15)</sup>

Die aus Rumänien und Südungarn zurückkommenden Truppen sind zunächst für eine Verwendung auf dem neuen südlichen Kriegsschauplatz vorgesehen. Sollten die Truppen aus der Ukraine zurückgezogen werden, so würden auch diese zum Teil für den Schutz der Südgrenze zur Verfügung stehen.

Ein Vorgehen des Feindes über Odessa durch die Ukraine und Polen gegen die deutsche Ostgrenze ist für eine geraume Zeit weniger wahrscheinlich.

**Westfront.** Die Äußerungen hierüber sind das Ergebnis einer Aussprache mit den Armee-Oberkommandos. Seit Monaten steht die Westfront in schwerem Kampf. Während der Engländer zwischen Cambrai und St. Quentin immer wieder den Durchbruch versuchte, liefen Franzosen und Amerikaner gegen unsere Stellungen zwischen Suippes und Maas an. An verschiedenen Stellen kam es zu tiefen Einbrüchen. Da der Mangel an Reserven ein erfolgreiches Halten nicht möglich erscheinen ließ, wurde es nötig, unsere Front in kürzere, zur Abwehr geeignetere Linien zurückzunehmen. Es wurde daher die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht allmählich in die allgemeine Linie Gent—Tournai—Valenciennes—Landrecies und im Anschluß daran die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz hinter die Abschnitte der Oise—Serre—Aisne und Aire zurückgenommen. Der Feind drängte stets bald nach und erneuerte seine Angriffe. Während der Engländer seine Hauptkräfte auch weiterhin zum Durchbruch in Richtung Maubeuge ansetzte und unterstützt von Franzosen und von Amerikanern seine Angriffe in Flandern wiederholte, richtete sich der Hauptstoß der Franzosen und Amerikaner gegen die Front zwischen Oise und Serre, gegen die Front beiderseits der Aisne westlich Rethel und gegen die Front zwischen Vouziers und der Maas.<sup>16)</sup>

Die Schwierigkeit, die augenblicklichen Stellungen dauernd zu halten, liegt in erster Linie in dem Mangel an Reserven und Ersatz. Ende Oktober verfügte die Entente an der Westfront über 96 Divisionen in Reserve gegenüber 58 deutschen Divisionen. Dieses Zahlenverhältnis hat sich durch die notwendig gewordene Entsendung von Truppen an die deutsch-österreichische Grenze und infolge der Zurücknahme der österreichischen Divisionen an der Westfront weiter zu unseren Ungunsten verschoben. Die durchschnittliche Bataillonsstärke beträgt beim Franzosen etwa 600, beim Eng-

<sup>14)</sup> A.a.O.: „Zum Schutze der bayerischen Grenze seien Maßnahmen getroffen. Das bayerische Generalkommando habe Befehl, evt. den Brenner zu sprengen. Auch der Schutz der böhmischen und schlesischen Grenze sei gesichert.“

In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Die Reichsgrenze ist und bleibt geschützt. Durch den Einmarsch in Tirol haben wir eine günstige Position zum Schutze Bayerns erlangt. Zum Schutze Sachsens und Schlesiens sind Grenzschutztruppen in Bildung.“

<sup>15)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Die deutschen Truppen sollten nach Böhmen nicht hingehen, aber die Grenzpunkte besetzen zum Schutze der Deutschen.“

<sup>16)</sup> A.a.O.: „Westlicher Kriegsschauplatz. Seine Äußerungen hierüber seien das Ergebnis einer Aussprache mit sämtlichen Heerführern der Kampffronten. Seit Monaten ständen die Westfronten schwer im Kampfe. An verschiedenen Stellen wäre die Kampffront tief eingestossen aus Mangel an Reserven. Daher sei die Rücknahme unserer Truppen in rückwärtige Stellungen notwendig geworden.“

länder etwa 700, beim Amerikaner etwa 1200, während sie bei uns auf durchschnittlich 500 Mann gesunken ist. So ist es nötig, Divisionen, die abgekämpft und übermüdet aus der Front zurückgezogen waren, oft nach wenigen Tagen der Ruhe und ohne ausreichende Zuführung von Ersatz wieder einzusetzen. Mit der Fortsetzung der starken feindlichen Angriffe ist zu rechnen. Es ist daher mehrfach sehr ernst der Entschluß erwogen worden, die Armee in eine kürzere und Kräfte ersparende Linie, in der ungefähren Linie Antwerpen—westlich Brüssel—Charleroi—Maas zurückzunehmen. Dagegen sprachen aber schwerwiegende Gründe. Die politische Lage erforderte es, solange als möglich größere Geländeverluste zu vermeiden. Die vollständige Räumung des aufzugebenden Gebietes, in dem sich noch bis vor wenigen Tagen 80 000 Verwundete befanden und das mit ungeheuren Vorräten an Kriegsmaterial und Vorräten aller Art angefüllt ist, ist nicht unter mehreren Wochen durchzuführen. Die Eisenbahnlage im besetzten Gebiet, die schon jetzt äußerst gespannt ist, wird sich bei der Zurücknahme der Front durch den Verlust eines engmaschigen Eisenbahnnetzes mit zahlreichen leistungsfähigen Betriebsbahnhöfen aufs neue derart verschärfen, daß zwar eine notdürftige Versorgung der Truppen in der neuen Stellung durchführbar erscheint, die Möglichkeit zu schnellen Truppenverschiebungen hinter der Front aber nahezu aufhört. Auch führt jeder Schritt rückwärts zu einer Einschränkung unseres wirtschaftlichen Lebens und damit vor allem zur Schädigung unserer Kriegsindustrie.<sup>17)</sup>

Immerhin kann die Oberste Heeresleitung den Entschluß, weiter auszuweichen, nicht länger herauschieben. Ihre erste Pflicht ist und bleibt es, eine entscheidende Niederlage des Heeres unter allen Umständen zu vermeiden. Gelingt dem Feind der Durchbruch, so besteht aber diese Gefahr, da die Oberste Heeresleitung über genügende kampfkraftige Reserven nicht mehr verfügt. Schwenkt die nördliche Heereshälfte somit allmählich in die angegebene Linie zurück, so ist zu hoffen, daß für etwa 14 Tage schwere Kämpfe vermieden werden, damit etwas Zeit und Ruhe für die ermüdete Truppe gewonnen wird. Die militärische Lage verbessert sich aber im großen nicht, da die Stellung nicht fertig ausgebaut ist und die Eisenbahn- und Wirtschaftsfragen sich erheblich verschlechtern. Bei der Zurücknahme der Front ist es nicht zu vermeiden, daß ein größerer Teil Belgiens wieder schwer geschädigt wird. Wenn auch durch schärfste Befehle jede Verwüstung des Landes verboten ist, so sind die aus militärischen Gründen notwendigen Zerstörungen und Härten für die betroffene Bevölkerung nicht zu vermeiden.<sup>18)</sup>

<sup>17)</sup> A.a.O.: „Das Mißverhältnis zwischen unseren und den feindlichen Stärkeverhältnissen habe sich weiter sehr zu unseren Ungunsten verschoben. Es sei daher ernsthaft erwogen worden, die Armee in kürzere kräftesparende Linien zurückzunehmen, doch sprächen schwere Gründe dagegen, insbesondere die politische Lage. Die Räumung sei ferner nicht unter mehreren Wochen durchzuführen; die Eisenbahnlage würde sich noch verschärfen. Die Versorgung der Truppen würde noch möglich sein, dagegen nicht mehr eine ungehinderte Verlegung der Truppen hinter der Front. Durch jede Zurücknahme würde auch eine Schwächung unserer Kriegswirtschaft herbeigeführt.“

<sup>18)</sup> A.a.O.: „Gleichwohl ließe sich die Absicht der OHL., die Truppen zurückzunehmen, nicht vermeiden. Die Armee dürfe doch nicht geschlagen werden. Schwenke die Armee zurück, so sei zu hoffen, daß etwa 2 Wochen lang keine schweren Kämpfe entstehen würden. Dadurch erhielten die Truppen Ruhe. Die allgemeine militärische Lage dagegen verbessere sich nicht; die hinteren Stellungen seien noch nicht ausgebaut, auch seien weitere Zerstörungen in Belgien nötig.“

In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Die Oberste Heeresleitung kann die Entscheidung, dem anstürmenden Feind auszuweichen, nicht mehr länger hinausziehen, da sonst die Gefahr des Durchbruchs vor der Tür steht. Die Linie Antwerpen — westlich Brüssel—Charleroi—Maas muß erreicht werden. Wir hoffen, daß wir dann 14 Tage Ruhe haben, bis der Feind nachströmt. Durch dieses Kämpfen wird Belgien zwar geschädigt, aber es ist nicht unsere Schuld.“

Die Berichte über die Stimmung im Heere lassen erkennen, daß einzelne Divisionen trotz langen Einsatzes und erheblicher Verluste sich bewundernswert schlugen, während andere, die frisch in den Kampf kamen, ohne klar erkennbare Gründe versagten. Jedenfalls haben das Waffenstillstandsangebot und die mutlosen und unzufriedenen Presseäußerungen niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Von allen Seiten wird immer wieder gemeldet, daß die aus der Heimat zurückkehrenden Urlauber und die aus dem Osten herangeführten Ersatzmannschaften die Stimmung ungünstig beeinflussen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letzteren häufig von bolschewistischem Geiste angehaucht sind. Wo es gelungen ist, die Stimmung hochzuhalten, ist es insbesondere das Verdienst einzelner tatkräftiger Vorgesetzter. Es ist daher von ausschlaggebender Bedeutung, alles zu tun, um das Offizierskorps durch Ausbildung, richtige Anleitung und Erziehung wieder auf die Höhe zu bringen. Dazu ist aber erforderlich, daß auch in der Heimat alles getan wird, um die Stellung und das Ansehen des Offiziers wieder zu heben und jeder verhetzenden Propaganda scharf entgegenzutreten.<sup>19)</sup>

Beim Feinde sind die Verhältnisse fraglos günstiger. Durch die große Zahl der Reserven ist er in der Lage, seinen Divisionen längere Ruhezeit zu gewähren. Seine nach übereinstimmenden Meldungen der Truppe schweren Verluste konnte er bisher noch verhältnismäßig schnell durch Einstellung von Ersatz ausgleichen. Immerhin mehren sich die Anzeichen, daß auch dort die Stimmung, vor allem bei den Franzosen, schlechter wird, und daß die feindlichen Infanterieangriffe nicht mehr mit alter Kraft geführt werden. Trotzdem hält unsere ermüdete Infanterie der schwächlich angreifenden feindlichen Infanterie nicht immer stand, wenn sie durch eine überwältigende Artillerie und zahlreiche Panzerwagen unterstützt wird.<sup>20)</sup>

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die militärische Lage sich weiter verschärft hat. Wenn das Heer noch ungeschlagen ist, so ist dies dem in der Masse des Heeres noch vorherrschenden pflichttreuen und tapferen Geiste zuzuschreiben. Mehr und mehr tritt im Kampfe hervor die Macht der einzelnen Persönlichkeit, ob Offizier oder Mann. Dort, wo in den Herzen der Feldgrauen noch das heilige Feuer vaterländischer Begeisterung glüht, wird auch die leuchtende Tat geboren, und der Ansturm des Feindes zerschellt an dem freudigen Entschluß unserer braven Leute, das Leben für die Heimat hinzugeben. Wie soll etwa dieses heilige Feuer erhalten bleiben, wenn aus der Heimat durch die Polemik der Presse, durch die zurückkehrenden Urlauber, durch die aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrten und Wiedereingestellten eiskalte und die Truppen entnervende Güsse über das Heer ausgeschüttet werden. Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde. Das habe ich pflichtgemäß hier zu erklären. Ebenso hat mich der Generalfeldmarschall beauftragt, in der Frage der Abdankung des Kaisers wörtlich zu erklären, daß er sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde, und so, meine Herren, denke ich und alle ehrliebenden Soldaten. Wie sollen die Tausende

<sup>19)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Was die Haltung der Truppen beträfe, so hätten sich einige Divisionen sehr gut geschlagen, andere dagegen, trotzdem sie erst weniger im Kampfe gestanden hätten, schlechter. Häufig seien sie von bolschewistischem Geiste angehaucht. Schuld sei daran die Stimmung im Lande. Das Offizierskorps müsse wieder in die Höhe gebracht werden. Es müsse in der Heimat alles dafür geschehen, um die Stimmung zu heben. Beim Frieden würden wir dann entschieden günstiger dastehen.“

In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1) u. a.: „[. . .] Letzten Endes ergreift der Bolschewismus alle Heeresteile [. . .]“

<sup>20)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Es seien auch Anzeichen dafür vorhanden, daß die Stimmung namentlich bei den Franzosen noch schlechter wäre.“

und aber Tausende von tapferen Offizieren und Soldaten den Entschluß zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gewissen der Zwiespalt hineingetrieben wird. Wovon man in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Psychologie des Heeres, das sind die Imponderabilien, auf denen der Gehorsam ruht. Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es läuft auseinander. In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor.<sup>21)</sup> Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.<sup>22)</sup>

Nur noch von kurzer Dauer kann der Widerstand sein, den das Heer dem Ansturm der äußeren Feinde bei deren gewaltigen Überzahl und angesichts der Bedrohung von Österreich-Ungarn her zu leisten vermag. Eine genaue zeitliche Befristung des Widerstandes läßt sich nicht geben, da diese einerseits von dem Verhalten der Heimat, andererseits von den Maßnahmen und dem moralischen und materiellen Zustand des Heeres abhängt. Die Beurteilung dieses Faktors ist zu leicht Selbsttäuschungen ausgesetzt, weshalb ich mich einer Äußerung enthalten muß. Die Rettung des Deutschen Reiches vor innerer Zersetzung und Zerfall ist es, wenn das Gefüge des Heeres fest, der Wille zum gemeinsamen Vaterlande ungebrochen und der Geist im Gehorsam erhalten bleibt.<sup>23)</sup>

Scheidemann<sup>24)</sup> fragt, ob die neuere Einziehung für die Stärkung der Kampfkraft des Heeres irgendwelche Bedeutung haben könnte.

Können die eingezogenen 600 000 Mann etwas Wesentliches an der Stellung unseres Heeres ändern? Es seien dies Leute, die mit großem Widerstreben hinausgingen und meist bolschewistisch verseucht seien. Habe es einen Zweck, das Heer mit solchen Elementen zu verseuchen? Sei es nicht besser, diese Ein-

<sup>21)</sup> A.a.O.: „Im ganzen könne gesagt werden, die militärische Lage habe sich verschärft. Immer mehr trete die einzelne Tatkraft hervor. Wo das heilige Feuer noch glühe, da gehe es gut. Wie soll dieses aber erhalten werden, wenn durch die Presse, durch die Heimat, durch Briefe usw. die Stimmung herabgedrückt werde. Träte nicht schneller Wandel ein, so richte die Heimat das Heer zugrunde.“

In der Kaiserfrage lasse der Generalfeldmarschall von Hindenburg bestellen, daß er sich für einen Schuft halten würde, wenn er den Kaiser verlassen würde. So denke auch er und alle gewissenhaften Offiziere. Man mißverstehe die Psychologie des Heeres, wenn man glaube, daß diese Fragen nicht zersetzend wirken müßten. Höre die Hetze gegen die Person des Kaisers nicht auf, so breche das Heer zusammen und die Soldateska flute in die Heimat zurück.“

<sup>22)</sup> Diese Äußerung, die das amtliche Protokoll nicht berücksichtigt, in Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1) in folgender Version: „Der schlimmste Feind, der unser Vaterland bedrohe, sei der deutsche Bolschewismus.“

<sup>23)</sup> Im amtlichen Protokoll (s. Anm. 4): „Selbstverständlich könne der Widerstand des Heeres nur noch von beschränkter Dauer sein, bei der Überzahl der Feinde und der Bedrohung der südöstlichen Grenze. Genaue Frist für die Zeit des möglichen Widerstandes lasse sich nicht angeben, da abhängig von dem Verhalten des Feindes und von der Stimmung in Heer und Heimat.“

Die Rettung des Deutschen Reichs vor innerem Zerfall sei nur möglich, wenn das innere Gefüge des Heeres ungebrochen und der Geist des Gehorsams erhalten bleibe.“

In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Nur für kurze Dauer hält unser Heer dem feindlichen Ansturm noch stand.“

<sup>24)</sup> Von hier an entspricht der Abdruck wieder dem im Kopfregegest als Vorlage angeführten amtlichen Protokoll.

ziehungen ganz einzustellen und dafür den Grund für den Krakehl in den Betrieben zu beseitigen?

**Groener:** Die neu eingestellten Leute würden nur zum kleinsten Teile aus der Industrie genommen. Sie kämen auch nicht gleich in die kämpfende Truppe, sondern würden in die Rekrutendepots gestellt und ausgebildet. Erst wenn sie wieder fest geworden seien, würden sie zur Kampftruppe gebracht. Es sei unbedingt notwendig, diese Leute einzuziehen, weil wir auf alles vorbereitet sein müßten. Er verkenne nicht, daß dadurch Unruhe geschaffen werde. Ein Verzicht auf diese Ersatzmannschaften sei aber angesichts der augenblicklichen Lage nicht möglich.<sup>25)</sup>

**Scheüch** äußert sich ausführlich über die Zusammensetzung der neu ausgehobenen 600 000 Mann. Um die Mißverständnisse, welche diese Einziehungen hervorgerufen hätten, zu beseitigen, habe die Regierung den Aufruf<sup>26)</sup> erlassen, der Aufklärung über die Gründe der Einziehung gäbe. Die größere Hälfte der zur Einziehung gelangenden 600 000 Mann werde jetzt Anfang November bereits eingestellt.

**Erzberger:** Die Grundgedanken der Ausführungen des Generals Groener seien seiner Ansicht nach folgende:<sup>27)</sup>

1. Eine Verbesserung der militärischen Lage sei nicht zu erwarten,
2. eine Zurücknahme bis an die Grenze sei in Aussicht zu nehmen,
3. wie lange wir die Reichsgrenze oder die Maaslinie halten könnten, sei ungewiß.

Könne General Groener die Verantwortung übernehmen, daß noch weiteres Blut vergossen werde, wenn die Lage sich nicht verbessern lasse?

Groener wünsche, daß der Bolschewismus bekämpft werde. Zahlreiche Nachrichten gingen aber dahin, daß die schlechte Stimmung von der Front nach der Heimat getragen werde. Sei die schlechte Stimmung nicht auch mit darauf zurückzuführen, daß das Offizierskorps die Politik der neuen Regierung nicht mitmache und wünsche, daß es zur nationalen Verteidigung kommen soll?

**Groener:** Die Fragen zu 1 und 2 könne er mit Ja beantworten.<sup>28)</sup> Für die dritte Frage könne er keine feste Frist angeben, da die Faktoren, welche den Widerstand verbürgten,

<sup>25)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1) heißt es in unmittelbarem Anschluß an den in Anm. 23 zitierten Satz: „Der in Aussicht gestellte Ersatz von 600 000 Mann ist absolut notwendig. Unter keinen Umständen kann die Oberste Heeresleitung darauf verzichten. 80 000 Mann sind bisher eingetroffen.“

<sup>26)</sup> Vom 4. 11. 1918; vgl. Nr. 117b Anm. 19.

<sup>27)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (s. Anm. 1) werden als Teilnehmer an der „Generaldebatte“ nur Prinz Max, Erzberger und Solf genannt, „welche eine Reihe von Fragen stellten“; daran anschließend ein Katalog von 10 Punkten, der mit dem Satz eingeführt wird: „Aus den Antworten des Generals Groener ergaben sich folgende Richtlinien und Tatsachen [. . .]“ Die ersten drei Punkte, die den im amtlichen Protokoll festgehaltenen, von Erzberger formulierten „Grundgedanken der Ausführungen des Generals Groener“ inhaltlich entsprechen, lauten: „1. Eine Verbesserung der militärischen Situation ist unter keinen Umständen mehr zu erwarten.

2. Unsere Front muß immer mehr und mehr zurückverlegt werden und an die deutsche Grenze herangebracht werden.

3. Eine genaue Frist, wie lange die Front noch hält, kann nicht gegeben werden. „Einige Zeit können wir uns noch halten, wenn der Gehorsam aufrechterhalten bleibt [vgl. unten Anm. 29].“

<sup>28)</sup> Vgl. die vorige Anm.

nicht genau zu bestimmen seien. Bleibe die Armee im Gehorsam und der ausgezeichnete Geist dieser Truppe erhalten, so würden wir uns in rückwärtigen Stellungen noch einige Zeit halten können.<sup>29)</sup> Es komme ganz darauf an, ob Gegner seine Angriffsmöglichkeiten ausnutze. Eine feste Zeit für den möglichen Widerstand könne er nicht angeben. Wir könnten aber dadurch Zeit gewinnen für die Vorbereitung der Fortsetzung der Verhandlungen. Es müsse aber von der Heimat gesagt werden, die Armee müsse festhalten bis zum Abschluß. Daß schlechte Stimmung aus der Front in die Heimat getragen werde, sei schon möglich, es werde hier wohl eine Wechselwirkung stattfinden. Bleibe die Armee ungebrochen<sup>30)</sup>, so würden wir bessere Bedingungen erhalten und für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage haben.<sup>31)</sup>

Die Neuordnung in der Heimat habe natürlich im Offizierskorps verschiedene Regungen hervorgerufen, aber wenn Regierung und Reichskanzler zusammenstehen und sagen, wir wollen den Bolschewismus bekämpfen, so stehe das Offizierkorps geschlossen hinter ihnen.<sup>32)</sup>

**Graf Roedern:** Haben wir genügend Kräfte, um bayerische Grenze zu halten? Wie ist es mit unserer sächsischen und schlesischen Front? Dies ist für die Beurteilung der militärischen Lage von Wichtigkeit.

**Erzberger:** Selbstverständlich seien wir einig, daß alles geschehen müsse, um die Front zu halten. Halte General Groener den Aufruf der Regierung<sup>26)</sup> für genügend oder noch einen Aufruf für das Heer erforderlich?

**Groener** hält letzteren noch für erforderlich.<sup>33)</sup>

**Scheidemann:** Die schlechte Stimmung werde nicht durch die Presse verbreitet, sondern diese sei nur ein schwaches Echo der Stimmung im Lande.

Daß Front gehalten werde und intakt bleibe, wünsche er auch. Jetzt scheine ihm der Bolschewismus die größere Gefahr als der äußere Feind. Ersterer könne nur bekämpft werden, wenn wir den Leuten sagten, der Krieg werde nicht eine Minute länger fortgeführt als notwendig sei. Jetzt nehmen die Leute an, daß die OHL den Krieg fortsetzen wolle, während die Regierung Schluß machen wolle. Wir dürfen auch nicht über die Vorgänge in Kiel, München und Stuttgart usw. hinwegsehen. Ziehe sich der Krieg noch wochenlang hin, dann werde Kiel nicht nur eine einzelne Erscheinung sein. Mit zu den schlimmsten Dingen der Aufhetzung gehörten aber die Einziehung[en] im Lande. Unter den Eingezogenen sei der größte Teil jüngster Jahrgang, also zum Teil noch reine Kinder. Es habe wirklich keinen Zweck, diese Leute noch an die Front zu bringen, wenn wir der Überzeugung seien, daß wir in kürzester Frist zum Waffenstillstand kommen müssen.

**Groener** schildert nochmals die schlechte Wirkung der Presse auf die Soldaten.

<sup>29)</sup> Entspricht sinngemäß dem von Erzberger unter Punkt 3 als wörtlichen Ausspruch Groeners angeführten Satz; vgl. Anm. 27.

<sup>30)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (vgl. Anm. 27): „4. Die Armee ist innerlich noch ungebrochen.“

<sup>31)</sup> An dieser Stelle folgen in den Amtlichen Urkunden S. 249 drei Punkte als Auslassungszeichen; es handelt sich um eine redaktionelle Verwechslung. Vgl. Anm. 35.

<sup>32)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (vgl. Anm. 27): „5. Das Offizierkorps beurteilt die innerpolitischen Neuerungen sehr verschieden, aber es folgt der Regierung.“

<sup>33)</sup> A.a.O.: „6. Der Aufruf der neuen Regierung ist für das Heer ungenügend. Es muß ein neuer kräftiger Aufruf für das Heer erlassen werden, damit es weiterkämpft.“

Viele Zeitungsartikel wirkten direkt zersetzend. Die Leute würden unsicher und wüßten nicht, was sie sollten; es sei eine gefährliche Sache, wenn die Presse nicht aus eigener Überzeugung auf die Leute einwirke. Auch er sei der Ansicht, daß der Bolschewismus der gefährlichere Feind sei als der Feind an der Front. Scheüch weist darauf hin, daß in den Einziehungen eine wesentliche Abänderung von den vorhergehenden früheren Jahren vorliege. Es müsse aufklärend auf die Arbeiter gewirkt werden, daß die Einziehungen erfolgten, nicht um den Krieg neu zu entfachen, sondern um die Leute vorn ausruhen zu lassen.

**v. Payer:** Wenn die Waffenstillstandsbedingungen kämen, müßten wir wissen, was wir zu tun hätten. Es schein aber jetzt, als ob die Entente uns die Bedingungen nicht bringen wolle. Wenn die Bedingungen aber kämen und kaum erträglich für uns seien, habe es dann aber noch großen Zweck, Widerstand zu leisten, wenn wir wüßten, daß wir nur noch so viel Zeit hätten, um die Verhandlungen zu beenden?<sup>34)</sup>

**Groener:**<sup>35)</sup> Die nötige Zeit für Verhandlungen wird sicher von uns geschafft werden. Wenn wir Glück hätten, könnte die Zeit länger sein, bei Unglück kürzer; danach müßten die Verhandlungen in taktischer Hinsicht eingerichtet werden. Deshalb erstrebe er engste Verbindung mit der Reichsleitung.<sup>36)</sup>

**Erzberger** fragt, was General Groener als kürzeste Frist ansehe, wenn alle ungünstigen Umstände zusammenfielen? Die Reichsleitung dürfe nicht noch einmal in Verlegenheit gesetzt werden.

**Groener:** Gegenwärtig sei eine großzügige Rückzugsoperation eingeleitet. Diese sei bisher gut und glücklich verlaufen. Es komme darauf an, ob eine erhebliche Einwirkung des Feindes stattfinde, so insbesondere ob an einer bestimmten sehr wichtigen Stelle<sup>37)</sup> alle Angriffe restlos abgewiesen werden könnten. Er sei nicht in der Lage, die Frage einwandfrei zu beantworten, und bitte, sich noch einige Tage zu gedulden, bis die Operationen beendet seien.<sup>38)</sup>

**Haußmann**<sup>39)</sup> berichtet über die Vorgänge in Kiel<sup>40)</sup> und verliest sein Telegramm an Reichskanzler.<sup>41)</sup>

<sup>34)</sup> Bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 192 werden Payers Ausführungen folgendermaßen wiedergegeben: „Groener wolle offenbar auch nur weiterkämpfen, um Zeit zu Verhandlungen für die Regierung zu gewinnen. Wird die Entente auf unsere Waffenstillstandsforderung überhaupt eingehen? Und wenn ja, was wird sie für Bedingungen stellen? Wenn die Bedingungen unerträglich sind, was dann? Hat es wirklich noch einen Sinn, weiterzukämpfen?“

<sup>35)</sup> Die folgende Antwort Groeners schließt sich in den Amtlichen Urkunden S. 250 direkt seinen vorhergegangenen Ausführungen an; ein Hinweis auf die Auslassung der beim Abdruck nicht berücksichtigten Ausführungen der Zwischenredner fehlt. Dazu Anm. 31.

<sup>36)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (vgl. Anm. 27): „7. Das Heer kann so lange weiterkämpfen, um die absolut notwendige Zeit zu schaffen, welche die Reichsleitung für die diplomatischen Verhandlungen braucht.“

<sup>37)</sup> Dazu Prinz Max S. 584 (bes. Anm. 1 und 2).

<sup>38)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (vgl. Anm. 27): „8. Erst in einigen Tagen kann die Oberste Heeresleitung auf das bestimmteste sagen, ob der eingeleitete Rückzug gelingt. Es hängt dies namentlich von einer sehr gefährlichen Stelle ab, zu deren Schutz alles geschehen ist.“

<sup>39)</sup> Haußmann war am späten Nachmittag wieder in Berlin eingetroffen; vgl. Haußmann S. 265: „Ankunft in Berlin dreiviertel sechs Uhr. Anschließend Kriegsrat [. . .]“ Der im folgenden abgedruckte Bericht Haußmanns über die Kieler Vorgänge basierte auf einer eigenhändigen stichwortartigen Aufzeichnung, „abgefaßt im Salonwagen Hamburg—Berlin.“ Nachlaß Haußmann 21.

Der Ursprung der Unruhen<sup>42)</sup> sei in der Sorge der Mannschaft der Schiffe zu suchen, es handle sich um nutzlose Todesfahrt gegen England, um nicht die Schiffe übergeben zu müssen. Veranlaßt durch Äußerungen einzelner Offiziere, durch stärkeres Kohlennehmen als sonst, durch Äußerungen von Seeoffizieren über die neue Regierung. Nur die Mannschaften der großen Schiffe hätten diesen Geist entwickelt, die der U-Boote und Torpedoboote hätten sich gut gehalten. Die Verhaftung von Rädelsführern habe den Ausbruch veranlaßt. Der Gegensatz zwischen Seeoffizier und Deckoffizier und die verschiedene Verpflegung von Offizier und Mannschaften habe verstimmend gewirkt. Die Sache habe begonnen mit einer Versammlung der Mannschaften der Schiffe auf offenem Felde.<sup>43)</sup> Beteiligung 600 Personen, davon  $\frac{3}{4}$  Matrosen. Beschluß: Die Gefangenen zu befreien. Der Gouverneur<sup>44)</sup> habe den Meuterern Truppen entgegengestellt. Mit diesen sei es zu blutigem Zusammenstoß gekommen. Zweifelhaft sei es, wer zuerst geschossen habe. 11 Tote.<sup>45)</sup> Die Truppen der Garnison mit Ausnahme der Ingenieur- und Bahnschutz-Kompagnien haben sich der Bewegung angeschlossen. Alle Mannschaften hätten sich mit Gewehren versehen. Die Truppen aus nahe gelegenen Orten seien zu den Meuterern übergegangen. Die auf dem Bahnhof

<sup>40)</sup> Im Zuge einer Korrespondenz über die von der Reichskanzlei vorbereitete Herausgabe der Amtlichen Urkunden schrieb Haußmann am 26. 6. 1919 aus Weimar an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Albert, er vermisse in dem ihm übersandten Falnenabzug „das Protokoll vom 5. und 6. November 1918 mit dem Bericht des Generalquartiermeisters Groener über die militärische Lage, die ein Aushalten auf etwa 3 Monate gestatten könnte, und meinen Bericht über den Ausbruch der Revolution in Kiel.

Auf Grund dieses Berichts über den Kieler Aufruhr und seiner Beobachtungen in Berlin erklärte dann Generalquartiermeister Groener die Notwendigkeit der [das folgende Wort eigenhändig ergänzt] sofortigen Abordnung einer Delegation [die folgenden drei Worte eigenhändig ergänzt] an die Front.“ Durchschlag mit eigenhändigen Zusätzen im Nachlaß Haußmann 20; für den weiteren Inhalt des Schreibens vgl. Nr. 131a Anm. 1.

<sup>41)</sup> Ein von der Kieler Ostseestation telegraphisch durchgegebener Bericht vom 5. 11. 1918 über das Ergebnis der Sitzung im Gouvernementsgebäude am späten Abend des 4. 11. (vgl. Nr. 127a Anm. 17) ist abgedruckt bei Prinz Max S. 578 f. Dazu Haußmann S. 265: „Dreiviertel ein Uhr [in der Nacht vom 4. auf 5. 11.] ins Hotel. Während der Abfassung des Telegramms an den Reichskanzler in der Nähe des Hotels Handgranatenlärm.“

Ferner Noske S. 14: „Lange nach Mitternacht fuhren Haußmann und ich ins Hotel [. . .] Nun wollten wir auf Haußmanns Zimmer Depeschen abfassen [. . .] Schließlich störte uns die Schießerei beim Diktieren der Depeschen nicht mehr viel. Lange haben wir uns über den Wortlaut nicht den Kopf zerbrochen.“

Im Nachlaß Haußmann 21 befindet sich ein weiteres Telegramm Haußmanns vom 5. 11. (aufgegeben 9 Uhr 30, aufgenommen 10 Uhr 50), in dem Haußmann in gedrängter Form über die Ereignisse in Kiel berichtet.

<sup>42)</sup> Vgl. die in Nr. 117b Anm. 20 zitierte Literatur.

<sup>43)</sup> Vgl. Kurt Zeisler, Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918, in: Revolutionäre Ereignisse S. 187 ff., der a.a.O. S. 200 die erste Versammlung auf dem großen Exerzierplatz am 2. 11. behandelt.

<sup>44)</sup> Vizeadmiral Souchon, s. Nr. 127a Anm. 16.

<sup>45)</sup> Nach Zeisler a.a.O. S. 201 wurden im Anschluß an die Kundgebung auf dem großen Exerzierplatz am 3. 11. durch eine aus Maaten und Applikanten bestehende Patrouille insgesamt 8 Demonstranten getötet und 29 schwer verletzt.

ankommenden Truppen seien entwaffnet worden. An Offizieren zum Teil Gewalt verübt, Maschinengewehre weggenommen. Der Generalstreik sei erklärt als Sympathiestreik auf einen Tag. Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Im Arbeiter- rat versuchten die U.S.D. das große Wort zu führen. Die Gewerkschaften treten mäßigend auf. Der Abgeordnete Noske sei mit großem Beifall empfangen worden. Er selbst habe sich zum Gouverneur begeben und sei dort entgegen seiner Absicht in die Verhandlungen mit den Wortführern hineingezogen worden.<sup>46)</sup> Es seien die Forderungen gestellt worden:

1. die Freilassung der Untersuchungsgefangenen, 2. die Entlassung der Straf- gefangenen<sup>47)</sup> vom vorigen Jahre. Dies sei eine Forderung, der entgegengekommen werden müßte, dann würde sich die Sache vielleicht noch einrenken lassen. Er selbst habe erklärt, er werde sich aus Humanität für die Amnestie einsetzen, habe es aber abgelehnt, Schriftliches zu geben oder namens der Regierung zu sprechen<sup>48)</sup>, 3. Abdankung aller Monarchen, 4. Frauenwahlrecht und Propor- tional-Wahlrecht, 5. es dürfe keine Verzweigungsfahrt nach England stattfinden, 6. Wiederrückkehr [sic!] der ausgefahrenen Schiffe, 7. Einsetzung von Matrosen- ausschüssen, 8. die Regierung müsse Haase und Ledebour hin entsenden. Hierauf habe er erklärt, daß seitens der Regierung er und Noske hingeschickt worden seien; sie könnten ja Haase und Ledebour selbst einladen, 9. die Re- gierung sollte die Waffenstillstandsbedingungen, die ja längst bekannt seien, bekanntgeben; eine Forderung, die auch in Stuttgart erhoben worden sei. Während der Verhandlungen wurde das Magazin besetzt und die Vorräte in das Gewerkschaftshaus gebracht. Bisher herrsche das Bestreben, die Ordnung auf- rechtzuerhalten; es seien auch bisher keine groben Störungen der öffentlichen Ordnung erfolgt, mit Ausnahme der Nacht, in der geschossen worden sei. Das Telegraphenamnt sei durch Aufrührer besetzt, aber auf seine Forderung sofort wieder freigegeben worden. Er schlage vor, Anordnung der Freilassung der in Celle und Köln sitzenden Delinquenten, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprächen, ferner den Verkehr der Züge nicht einzustellen, kein weiteres Militär hinzuschicken wegen der Ansteckungsgefahr. Wenn die Sache dort gehalten werden könne, so sei dies nur durch die Sozialdemokraten und Gewerkschaften möglich. Sollte der Staat sich halten, so könnten wir Sozialdemokraten nicht entbehren.

**Simons** verliert ein Telefongespräch mit einem Oberleutnant zur See.<sup>49)</sup> Das III. Geschwader sei wieder eingelaufen und habe die rote Flagge gehißt; auf Schlachtschiff König sei Kommandant und erster Offizier erschossen, die sich

<sup>46)</sup> Vgl. Nr. 127a Anm. 17.

<sup>47)</sup> D. h. der wegen Teilnahme an der Marinebewegung vom Sommer 1917 Verurteilten.

<sup>48)</sup> Dazu der in Anm. 41 zitierte Bericht, in dem es heißt, Haußmann habe den Vertretern der Matrosen gegenüber erklärt, „daß er bei der Regierung unter Darlegung der Verhältnisse, die er hier angetroffen hat, in weitgehendster Weise dafür eintreten wird, daß die Regierung beschleunigt einen Amnestieerlaß betreffend die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener, insbesondere auch der in Celle und Köln befindlichen Aufrührergefangenen auf gesetzlichem Wege herbeiführen wird“; nach Prinz Max S. 579.

<sup>49)</sup> Oberleutnant z. S. von Twardowski; vgl. Prinz Max S. 585 Anm. 1.

dem Hissen der roten Flagge widersetzt hätten.<sup>50)</sup> Stadt jetzt ruhig. Noske zum Kommandanten ernannt.<sup>51)</sup> Haase, Ledebour und Liebknecht seien angekommen<sup>52)</sup>; anscheinend großer Teil Mitläufer. Oberleutnant habe dringend von militärischen Maßnahmen abgeraten.

Scheüch teilt mit, daß die militärische Absperrung von Kiel angeordnet sei, damit die Meuterei nicht verbreitet werde.

Reichskanzler schlägt vor, daß die Kieler Angelegenheit nachher noch durch eine Anzahl unmittelbar beteiligter Herren besonders besprochen werden sollte. Jetzt solle über die Frage der Herausziehung der Truppen aus der Ukraine und Polen weiterverhandelt werden. Er habe mit dem Gesandten aus der Ukraine<sup>53)</sup> heute gesprochen, welcher gebeten habe, die Truppen in der Ukraine zu belassen. Der Hetmann<sup>54)</sup> habe sich an die Entente-Regierungen mit der Bitte gewandt, auch ihrerseits Truppen nach der Ukraine zu entsenden zur gemeinsamen Bekämpfung des Bolschewismus. Er frage den General Groener, ob die Truppen in der Ukraine belassen werden könnten und ferner, ob die Truppen in Polen genügen würden, um den Durchzug zu gewährleisten.

**Groener:** Wenn irgend möglich, möchte er die Truppen in der Ukraine belassen; er wolle sie nicht im Westen verwenden. Auch die Dinge im Südosten seien noch nicht so dringend, um die Truppen wegzunehmen. Die Frage hänge ganz von der polnischen Frage ab, die er General Hoffmann zu erläutern bitte.

**Hoffmann:** Er würde es aus politischen Gründen für sehr wünschenswert halten, Polen zu räumen, damit die Polen merkten, wie es ihnen ohne unsere Besatzung gehen würde; es sei nur eine eisenbahntechnische Frage, ob wir Polen halten müßten. Die preußischen Bahnen würden es allein nicht schaffen, die ukrainischen Truppen zurückzubringen. Deshalb müsse Polen weiter besetzt gehalten werden. Wenn aber die polnischen Bahnen unterbrochen würden, so müßte die Ukraine trotzdem gehalten werden.

**Reichskanzler** fragt, ob bloße Besetzung der Bahnen nicht genügen würde.

**Hoffmann:** Die ganze Besetzung Polens werde nicht möglich sein.

<sup>50)</sup> Dazu Noske S. 15: „Auf dem Schlachtschiff ‚König‘ schoß der Kommandant [...] einen Mann nieder, der die Kriegsflagge durch die rote Flagge ersetzen wollte, worauf er und ein zweiter Offizier von Kugeln getroffen niedersanken.“ Nach Görlitz (Anm. 69 zu v. Müller S. 445) traten „der Kommandant, Kapitän z. S. Weniger, der I. Offizier und der Flaggoffizier“ den Matrosen entgegen; Weniger sei bei einem Kugelwechsel schwer verwundet worden, die beiden anderen Offiziere seien gefallen.

<sup>51)</sup> Am 5. 11. übernahm Noske in Kiel als Vorsitzender des Soldatenrats die Befehlsgewalt und die Geschäfte des „Stadtkommandanten“. Vgl. Noske S. 17 ff., 20; WUA 9/I S. 74 (Noske); WUA 9/II, S. 581 (Noske); Zeisler a.a.O. S. 209. Ferner Nr. 131a bes. Anm. 3. Als Gouverneur amtierte er dagegen erst vom 7. 11. ab; die Schilderung bei Prinz Max S. 585 ist irreführend.

<sup>52)</sup> Hier dürfte es sich um ein Gerücht handeln. Für Haases Eintreffen in Kiel am 7. 11. vgl. Noske S. 26 f.; Hermann Müller S. 27 ff., 36, 38; Zeisler a.a.O. S. 212. Nach Hermann Müller S. 28 hielt sich Ledebour in Berlin „für unabhkömmlich“.

<sup>53)</sup> Frhr. Mumm von Schwarzenstein.

<sup>54)</sup> General Skoropadski.

**Groener:** Oberost müßte die Bahn an den wichtigsten Punkten besetzt halten, damit keine Unterbrechung einträte.

**Oberst Frhr. v. Oldershausen:**<sup>55)</sup> Die Eisenbahnen in Polen würden ausschließlich mit deutschem Material und Personal betrieben; sobald wir die Bahnen zurückzögen, werde das gesamte öffentliche Leben Polens brachliegen, aber selbst bei Überlassung des Materials würde der regelmäßige Betrieb nur sehr schwer durchzuführen sein. Um in Polen kein Chaos entstehen zu lassen, sei es nötig, Bahnen in der Hand zu behalten. Die weiteren Bahnen durch Ost- und Westpreußen würden kaum in der Lage sein, Versorgung der östlich stehenden Truppen durchzuführen. Wir würden die in Höhe kommende Ausfuhr aus der Ukraine fallenlassen müssen; hält es durchaus für möglich, Bahn in deutschem Betrieb zu halten und mit verhältnismäßig geringer Mannschaft zu schützen. Die Kohlenfrage sei auch sehr wichtig; die polnische Kohle würde uns verlorengehen für das Baltikum und Litauen. Endlich sei es eine unserer wesentlichsten Friedensaussichten, daß wir Einfluß und Fühlungnahme mit russischen Bahnen behalten.

**Reichskanzler:** Würden die Truppen genügen, wenn ein Teil derselben zurückgezogen werde?

**Trimborn** berichtet, was General-Gouverneur von Beseler<sup>56)</sup> gesagt habe. Wenn keine Verbindung mit Ukraine aufrechterhalten zu werden brauchte, dann sei er für sofortige Räumung. Es würde dann sofort ein Chaos eintreten. Dies sei allerdings sehr bedenklich für unsere preußischen Gebiete, er habe sich aber gleichwohl für Räumung ausgesprochen. Wenn wir blieben, sei absolut Verstärkung nötig.<sup>57)</sup> Die Lage sei schon jetzt für unsere Truppen nicht ungefährlich. Nach einem Bericht des Regierungspräsidenten in Oppeln müßte, wenn Polen geräumt würde, unbedingt das polnische Kohlenrevier besetzt gehalten werden, weil sonst uns das oberschlesische Kohlenrevier gefährdet sei.

**Groener:** Wunsch der OHL sei, die Sicherung der Eisenbahnen dem Oberbefehlshaber Ost zu überlassen, sie lege keinen Wert darauf, daß Beseler bleibe, sondern wolle alles in Hand von Oberbefehlshaber Oberost legen.<sup>58)</sup> Einzelne Bahnstrecken könnten ganz frei gelassen werden.

**Hoffmann:** Für Rückzug der Truppen aus der Ukraine reichten die preußischen Bahnen nicht aus, sondern nur um die Truppen zu versorgen und die Vorräte zu uns zu führen.

**Erzberger** fragt, ob die Bahnen für unsere türkischen und rumänischen Truppen notwendig seien.

<sup>55)</sup> Chef des Feldeisenbahnwesens.

<sup>56)</sup> Beseler war am Morgen des 5. 11. 1918 in Berlin eingetroffen; am 6. 11. verhandelte er mit Prinz Max und Payer, am 7. 11. mit Solf. Vgl. Conze S. 394, 396.

<sup>57)</sup> Dazu Conze S. 393 f.; Prinz Max S. 567.

<sup>58)</sup> In Erzbergers Aufzeichnung (vgl. Anm. 27): „9. Das Generalgouvernement in Warschau muß sofort zurückgezogen werden. Sämtliche Gebiete des Ostens sind Oberost zu unterstellen, welches mit den daselbst befindlichen Truppen auskommen muß. Vorerst sind die besetzten Gebiete weder im Baltikum noch in Litauen, noch Weißrußland, noch Polen, noch die Ukraine zu räumen.“

**Groener:** Unsere rumänischen Truppen sollten größtenteils durch Eisenbahn und Fußmarsch durch Ungarn zurückkommen. Wir wollten keinen Zusammenstoß mit der rumänischen Armee haben.

**Friedberg:** Das Preußische Staatsministerium wünsche baldige Räumung Polens, damit dadurch die Anforderungen Polens zurückgeschraubt würden. Warum machen wir von diesem Druckmittel keinen Gebrauch und warum hielten wir den Polen die Ordnung aufrecht? Wir sollten sogar die Hand bieten, um polnische Armee zu schaffen. Heute habe er erst erfahren, daß ein Zusammenhang zwischen der ukrainischen und der polnischen Frage nicht bestehe. Da die Truppen aus der Ukraine auch auf den nördlichen Bahnen zurückgezogen werden könnten; ferner sei es ja nicht nötig, ganz Polen besetzt zu halten. Schließlich sei auch ein Bahnschutz ohne Besetzung nötig. Wenn dies gehe, solle man sofort den Weg wählen.

**Groener:** Solange unsere Truppen in der Ukraine stehen, müssen wir die Bahn durch Polen halten. Wir bekommen doch noch viel aus der Ukraine; er wolle die Truppen zunächst dort belassen. Nur deshalb sollen die Truppen in Polen bleiben. Die Bildung einer polnischen Armee werde er nicht unterstützen.

**Scheüch** spricht sich für den Abbau des General-Gouvernements aus, aber dadurch werde der Bahnschutz immer schwieriger.

**Solf:** Nach Telegrammen aus Ungarn ist der Durchmarsch durch Österreich-Ungarn nicht mehr möglich. Nach den Waffenstillstandsbedingungen verfügt die Entente über alle Verkehrsmittel. Vielleicht sei der Durchmarsch durch Rumänien noch im Vertragswege zu erreichen. Wir werden die Ukraine gar nicht mehr halten können.

**Groener:** Der größte Teil der Heeresgruppe Mackensen steht so, daß er sofort durch Ungarn abmarschieren kann. Der Marsch oder Transport ist nicht so bedenklich, da wir die Ungarn so in der Hand haben, daß sie alles tun müssen.<sup>59)</sup> So schnell wird die Entente ihr Aufmarschgebiet nicht nach Ungarn verlegen können. Dies ist absolut auf unsere Kohlen angewiesen.

**Erzberger:** Voraussetzung dafür aber sei, daß die Kohlen nach Ungarn durchkämen, die Tschechen ließen sie aber nicht durch. Sei es aus politischen Gründen nicht richtiger, sie<sup>60)</sup> im Wege der Vereinbarung nach der Ukraine zu nehmen? Das sei ein politisches Schwergewicht für die Friedensverhandlungen mit der Entente.<sup>61)</sup>

**Groener:** So wie die Armee Mackensen stehe, könne sie nicht durch Rumänien marschieren; wir müßten evtl. Oderberg besetzen.

**Haußmann:** Wie stehe es mit einer evtl. Neugestaltung des Vertrages mit Rumänien?

<sup>59)</sup> Dazu Prinz Max S. 566 f.

<sup>60)</sup> Die Heeresgruppe Mackensen.

<sup>61)</sup> Dazu Erzbergers Aufzeichnung (vgl. Anm. 27), die bei der Aufzählung der „Richtlinien und Tatsachen“, die sich aus den „Antworten des Generals Groeners“ ergeben hätten, folgenden abschließenden Punkt anführt: „10. Durch Verhandlungen mit der rumänischen Regierung soll versucht werden zu erreichen, ob nicht ein erheblicher Teil der in Rumänien befindlichen deutschen Truppen in die Ukraine abmarschieren kann, damit dort ein großer Heereskörper sich befindet, bereit zum Kampf gegen den Bolschewismus.“

**Solf:** Nachdem die Rumänen die Ratifikation sehr nachlässig behandelt haben, werden sie Vertrag jetzt überhaupt nicht mehr ratifizieren.

**Reichskanzler:** Ist die Verteidigung der bayerischen Grenze gewährleistet?

**Groener:** Er hoffe, durch die Erlaubnis, den Tiroler Boden zu betreten, bald Maßnahmen treffen zu können, die den schnellen Aufmarsch der Entente verhindern. Wir werden aber die Sicherungslinie verstärken müssen. Von der italienischen Front sind nur wenige kampffähige Truppen zu erwarten. Es werden aber das Alpenkorps und Truppen der Heeresgruppe Mackensen dahin genommen. Das Alpenkorps ist bereits in Marsch gesetzt. Wann man mit Angriffen am Brenner zu rechnen habe, stehe nicht fest. Wir hätten eine Gewähr für längeres Halten, wenn wir rechtzeitig Truppen hinbrächten.

**v. Waldow** fragt, ob es nicht möglich sei, daß unsere Mehllieferungen für Ungarn und Tirol in die Hände der Entente fielen.

**Solf:** Sollte dies der Fall sein, dann müßte sofort gestoppt werden; er wolle aber erst in Wien anfragen, ob diese Gefahr bestehe.

**Reichskanzler:** Wie sieht die OHL die Lage an der böhmischen Grenze an?

**Groener:** Wir dürften uns nicht mit den Tschecho-Slowaken einlassen; das seien gute und tapfere Truppen, die sich gut schlügen; deshalb sollte nur das Randgebiet mit den deutschsprachigen Bewohnern geschützt werden; dagegen würde er jeden Angriff gegen die Tschecho-Slowaken vermeiden.

#### Weiterberatung über die Frage der Abschiebung der russischen Botschaft.

Anwesend: Exzellenzen Graf Roedern, Drews, Solf, v. Mann, Scheüch, Erzberger, Gröber, Trimborn, Haußmann, Friedberg, Wahnschaffe, Direktor Deutelmöser, Geheimräte Simons und v. Schlieben.<sup>62)</sup>

**Solf** teilt mit, daß eine Kiste von dem Gepäck des russischen Kuriers sich geöffnet habe und darin aufreizende Flugschriften gefunden worden seien.<sup>63)</sup> Er habe sofort eine Note an die Sowjet-Regierung in Moskau gesandt und Abschrift persönlich an Joffe gegeben und ihn aufgefordert, morgen abend<sup>64)</sup> mit Sonderzug Berlin zu verlassen. Der Minister des Innern und Polizei-Präsident haben Bedenken, daß die Frist zu lang sei und vorgeschlagen, daß er morgen früh 6 Uhr abfahren solle. Ob alle mitkämen,

<sup>62)</sup> Später auch Vizekanzler v. Payer, Geheimrat Nadolny und Major v. Lettow. — Die in kleinerer Type gedruckten Abschnitte auch in Archivalische Forschungen (s. Anm. 1).

<sup>63)</sup> Vgl. Nr. 102 (bes. auch Anm. 5 und 6) und Nr. 127a (bes. auch Anm. 7). Dazu Prinz Max S. 580, wo es heißt, daß am 4. 11. 1918 abends „die Kurierkiste planmäßig entzwei gegangen“ sei, in der sich nach Solfs Bericht vom folgenden Morgen „auführerische Schriften denkbar kompromittierenden Inhalts“ befunden hätten; damit sei „die gewünschte Handhabe gegen Joffe und seinen Stab von geübten Revolutionstechnikern“ gegeben gewesen. Ferner Schult-hess 1918/I S. 414 ff. sowie — zum Teil mit irrtümlichen Angaben in bezug auf Einzelheiten oder auf die Datierung des Vorfalles — Rudolf Nadolny, Mein Beitrag. Wiesbaden 1955, S. 62 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 253; Archivalische Forschungen 4/IV S. 1743.

<sup>64)</sup> Bei Nadolny a.a.O. die irrtümliche Version, Joffe sei durch Solf eröffnet worden, „daß er seine Pässe erhalten werde und binnen acht Tagen das Reich zu verlassen habe.“

sei zweifelhaft; die Abschiebung würde durch Polizei-Präsidenten und Oberkommando erfolgen. Wenn er sich weigere, werde ein Zwang ausgeübt werden.

**Haußmann** fragt an, ob die Abschiebung ungünstige Konsequenzen für uns haben würde.

**Erzberger**: Es wäre gut, wenn vollständiger Bruch mit Rußland bekanntgegeben werde, damit dem Volk klar werde, wir hätten abgebrochen.<sup>65)</sup>

**Graf Roedern** fragt an, was in der Kieler Angelegenheit noch gemacht werden solle? Wie solle sich die Presse dazu stellen? Im Reichstag werde die Sache ausführlich besprochen, das sei nicht aufzuhalten.

**v. Mann**: Die Sache liege jetzt so, daß die Arbeiter und Soldaten vollständig das Heft in der Hand hätten. Telephon und Telegraph werde kontrolliert. Die Schiffe schienen rote Flagge gesetzt zu haben. Die treugebliebenen Unterseeboote seien ausgelaufen.

Man müsse die Verpflegung sicherstellen. Vom Landheer müsse die Absperrung zu Lande, von Marine die Absperrung zur See erfolgen. Er sei der Meinung, wenn man in allem, was gefordert werde, nachgebe, sich die Sache über ganz Deutschland ausbreiten werde. Hier müsse Exempel statuiert werden. Durch Hunger werde Kiel nicht zu bezwingen sein, man müsse mit großer Macht eindringen und es mit Schiffen beschießen.

**Haußmann** ist entschieden gegen diese Maßnahmen. Der Aushungerungsversuch müsse mißlingen; die Zivilbevölkerung werde zuerst verhungern. Die Zivilbevölkerung werde deshalb gemeinsame Sache machen. Die Arbeiter und Gewerkschaften dürften nicht auf die andere Seite herübergedrängt werden; sonst entstehe ein großer Seuchenherd. Die Nahrungsmittel dürften nicht gesperrt werden.

**Scheüch**: Militärische Kräfte seien vorläufig zu schwach. Mit Waffengewalt ginge der Aufruhr daher jetzt nicht zu unterdrücken, deshalb zunächst Ausbreitung verhindern, Bahnen und Straßen besetzen. Hätten wir erst mehr Kräfte, dann sei zu überlegen, ob wir einrückten. Fehler sei es, jetzt von Bedingungen und Amnestie zu sprechen, wir dürften nicht den Leuten nachgeben.<sup>66)</sup>

**Erzberger** ist auch der Ansicht, daß der Sache mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Die Sache sei schlimmer geworden. Die Frage sei nur, ob wir stark genug seien; es müsse möglichst bald eingerückt werden.

Es dürfe keinen Augenblick mehr der Glaube verbreitet werden, daß die Versprechungen Haußmanns<sup>67)</sup> erfolgt seien. Es müßten durch Flieger Proklamationen abgeworfen werden, die dies Gerücht dementierten und auf schwere Strafen hinwiesen, der sich die Leute aussetzten. Um Kiel müsse ein politischer Kordon gezogen werden.

Zugleich müßte eine Aufklärung im Reiche bald bekanntgegeben werden durch

<sup>65)</sup> Dazu das in Archivalische Forschungen 4/IV S. 1743 auszugsweise abgedruckte Schreiben des preußischen Gesandten in Dresden, Graf Schwerin, an den sächsischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Heinze, vom 6. 11. 1918, in dem es heißt: „Dem Auswärtigen Amte wäre es erwünscht, wenn dieser unerhörte Völkerrechtsbruch in der Presse entsprechend verwertet werden würde. Dabei könnte vielleicht der Gedanke benützt werden, daß das deutsche Volk mündig genug ist, sich selbst seine staatliche und soziale Einrichtung zu schaffen und daher nicht auf Einführung vom Auslande angewiesen ist.“

<sup>66)</sup> Für die Haltung des Kriegsministers vgl. Prinz Max S. 586 f.

<sup>67)</sup> Vgl. Anm. 48.

Wolff.<sup>68)</sup> Gleichzeitig energischer Wille der Regierung, daß sie die Sache nicht dulden werde. Es bleibe kein anderer Weg, als die Sache zu unterdrücken.

**Graf Roedern:** Es müsse sofort mit Noske, der dageblieben sei, in Verbindung getreten werden.

**Haußmann:** Taktik von Erzberger bringe die ganze Sozialdemokratie in Konflikt mit uns und treibe Scheidemann von uns ab. Wenn er sich persönlich für Amnestie eingesetzt habe<sup>67)</sup>, so müsse er, wenn keine Amnestie einträte, die Konsequenzen ziehen und sein Amt aufgeben.<sup>69)</sup>

**Scheüch:** Es dürfe sich hier nicht die Ansicht bilden, daß die Zivilgewalt sich über die Militärgewalt setzen dürfe. Jetzt habe die Militärgewalt allein zu entscheiden. Er habe dem General des IX. Armeekorps möglichst viel Truppen hingeschickt.

**Graf Roedern:** Die Sache muß jetzt in militärischer Hand liegen; aber man dürfe den psychologischen Moment des Anschlusses an die Meuterer nicht verpassen.

**Gröber:** Die Zusicherungen von Haußmann müßten eingelöst werden, bestimmte Personen könnte man freilassen, ohne allgemeine Forderungen zu berücksichtigen. Die Revolution müsse unterdrückt werden. Man müsse aber auch mit Noske verhandeln. Es hänge alles davon ab, wie weit sein Einfluß reiche.

**Haußmann:** Wie stehe es mit der Landesverteidigung? Könne ein Angriff von See her abgewehrt werden? Sobald die Meuterer umzingelt seien, würden sie die Offiziere gefangensetzen.

**Erzberger:** Noske dürfe nicht desavouiert werden; wir müssen aber falschen Gerüchten entgegentreten. Es müsse den Leuten klargemacht werden, wie strafbar sie sich machten.

**v. Mann:** Ein Schiff sei ausgelaufen, das 500 Mann in Lübeck gelandet habe, um Putsche zu versuchen; werde die Sache nicht mit Gewalt unterdrückt, so hätten wir Aufruhr im ganzen Lande.

**Drews:** Zunächst Absperrung, ferner Aufklärung nötig. Materielle Besprechung mit Noske. Das Schauspiel einer belagerten Stadt dürfe nicht wochenlang dauern. Vielleicht könne man sagen, wer sich rechtzeitig besinne, bleibe straflos.

**Scheüch** hat gegen Inaussichtstellung von Zusagen Bedenken. Man könne nicht Amnestie gewähren und gleichzeitig gegen die Leute vorgehen, die dies Jahr dasselbe täten.

**Haußmann:** Noske habe ihm eben telephonisch gesagt, die Sache sei so ernst, daß er dableibe. Wir ständen vor der größten Katastrophe der Flotte. Heute wollten die Leute noch zurück. Sagten wir ihnen nichts von der Amnestie, so bekämen wir sie nicht zurück.

**Scheüch:** General von Falk verlangt dringend für andere Küstenorte militärischen Schutz.

<sup>68)</sup> Wolffsches Telegraphen-Büro.

<sup>69)</sup> Vgl. Haußmann S. 266: „Mein Vorschlag weitestgehender Amnestie der Matrosendelinquenten wird verworfen. Ich begründe die Notwendigkeit meines hierdurch erforderlich werdenden Rücktritts.“

**Graf Roedern:** Die Hauptsache sei jetzt, in Kiel alsbald Ruhe zu schaffen. Formale Gesichtspunkte dürften nicht ausschlaggebend sein.

**Scheüch:** Die Sache sei nicht nur eine rein disziplinäre Frage, sondern es handle sich darum, was für das Deutsche Reich das beste sei. Sind wir zu milde, so haben wir die Ausbreitung im ganzen Reich.

**Drews:** Auf der anderen Seite müsse man sagen, wenn wir die Sache nicht zu Ende brächten, so haben wir eine Belagerung von Kiel. Dann brechen wir auf einer anderen Stelle zusammen. Wenn wir alles ablehnen, dann hätten wir eine Belagerung, die wir nicht aushielten.

**Scheüch:** Wir dürfen nicht sagen, daß wir die Rädelsführer nicht fassen werden.

**Erzberger** fragt, ob Scheüch Bedenken hat, daß Straffreiheit eintreten soll, wenn Leute bis morgen abend 6 Uhr ihren Dienst wieder aufnehmen.

**Scheidemann:** Man muß sich fragen, was wird eintreten, wenn wir gegen die Kieler scharf vorgehen, dann werden sie sich in allen anderen Städten solidarisch erklären. Wir können ja auch die Leute nicht angreifen, da sie zuviel Munition und Schiffsgeschütze haben. Klüger sei es, man sage den Leuten, wir reden mit Euch über Eure Forderungen.

**Scheüch:** Seine Befugnisse als Obermilitärbefehlshaber<sup>70)</sup> regelten sich nach militärischen Grundsätzen; er könne nicht einen Weg betreten, der ihn außerhalb dieser Grundsätze stellt. Amnestie könne er nicht zusichern ohne Zustimmung des Kaisers und des Chefs des Admiralstabes.

**Haußmann** verliest die von ihm entworfenen Erklärungen, welche abgegeben werden sollen. Diese wurden genehmigt.

**v. Mann** verliest ein neues Telegramm.

#### Zur Sache der russischen Botschaft:

**Geheimrat Nadolny:** Oberkommando und Polizei-Präsidium beabsichtigten, die Botschaft so abzusperrern, daß keiner heraus, aber alle herein könnten.<sup>71)</sup> Das widerspricht den diplomatischen Gepflogenheiten, und wir müssen besorgen Gegenmaßnahmen gegen unsere Deutschen in Rußland. Liebknecht sei auch in der Botschaft, werde also festgesetzt werden.

Wenn die Botschaft um 6 Uhr nicht freiwillig ginge, so verlöre sie das Recht der Exterritorialität und könne dann wie Privatleute abgeschoben werden.

**Major v. Lettow** (Oberkommando i. d. Marken): Die Botschaft soll noch heute nacht fortkommen. Wenn wir daher heute jemanden herausließen, so würde es sofort morgen früh einen Putsch geben.

**Erzberger** und **Graf Roedern** schlagen vor, daß es dem Botschafter erst nachts um 12 Uhr gesagt würde, daß er morgen früh um 6 Uhr fort müßte.

**Nadolny:** Die späte Verkündung habe zur Folge, daß nicht alle Leute mitkämen, die in der Stadt wohnen.

**Scheüch:** Es sei nicht so schlimm, wenn nicht alle gleich mitführen.

<sup>70)</sup> Dazu Prinz Max S. 588.

<sup>71)</sup> Vgl. Nadolny (s. Anm. 63) S. 63: „[. . .] die Polizei zernierte das Botschaftsgebäude dergestalt, daß sie jeden hinein, aber niemanden herausließ.“ Dazu die folgende Anm.

**Drews:** Die Botschaft müsse sofort geschlossen werden, das sei dringend notwendig.

**Simons:** Wenn festgestellt sei, daß sich die russische Botschaft revolutionärer Umtriebe gegen das Deutsche Reich schuldig gemacht habe, so sei dieses befugt, Überwachungsmaßnahmen zu treffen. Völkerrechtlich sei dies durchaus zulässig. Anders sei die Frage zu beurteilen, ob es zu Repressalien gegen die Deutschen Rußlands führen könne.

**v. Payer:** Er habe keine Bedenken dagegen, den Botschafter heute nacht unter polizeiliche Kontrolle zu stellen, um uns gegen weitere Umtriebe zu sichern, die sie heute noch machen könnten.

**Scheidemann:** Die Leute müßten heute noch fort. Er habe aber nicht die Befürchtung, daß morgen früh ein Putsch entstehe, dazu sei es zu früh am Morgen.

**v. Payer** stellte das Einverständnis fest, daß dem Botschafter um 11 Uhr mitgeteilt werden soll, daß er morgen um 6 Uhr die Botschaft verlassen müsse, sowie daß diese beobachtet, nicht jedoch geschlossen werden solle.<sup>72)</sup>

**Nadolny:** Das beschlagnahmte Gepäck des russischen Kuriers liege noch auf dem Bahnhof. Das Oberkommando wolle es durchsuchen lassen, während Exzellenz Solf Joffe gesagt habe, er könne das Gepäck mitnehmen.

**Major v. Lettow:** Es sei unbedingt notwendig, die Kisten zu beschlagnahmen und zu öffnen, damit man sehen könne, wo die Fäden der Botschaft hinliefen.<sup>73)</sup>

<sup>72)</sup> Hierauf bezieht sich folgender Passus bei Prinz Max S. 580: „Wir beschlossen, am Abend dieses Tages dem diplomatischen Vertreter Rußlands mitzuteilen, daß er am nächsten Morgen mit seinem gesamten Botschaftspersonal Berlin zu verlassen hätte. Bis dahin sollte die Botschaft unter polizeiliche Bewachung gestellt werden.“

Nach Nadolny a.a.O. wurde in „der Nacht um vier Uhr [. . .] mit dem Abtransport begonnen. Zur Überwachung der Vorgänge stationierte ich den Legationssekretär Richard Meyer in der Straße Unter den Linden und den Attaché Graf Saurma gab ich dem Botschafter als Begleiter auf die Fahrt mit. Als die Polizei die Mitglieder der Botschaft aus dem Gebäude herausließ, zählte sie 186 Köpfe. Als einziger Deutscher befand sich darunter der unabhängige Sozialist Dr. Oskar Cohn.“

<sup>73)</sup> Nach Haußmann S. 266 schloß die Sitzung um 22 Uhr.

## 130.

### 5. 11. 1918: Staatssekretär Solf an Reichskanzler Prinz Max von Baden

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinenschrift.

Euerer Großherzoglichen Hoheit

bechre ich mich im Anschluß an mündliche Besprechungen die nachstehenden Ausführungen ehrerbietigst zu unterbreiten.

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben mir gezeigt, daß die kollegialische Arbeitsweise des Kriegskabinetts, wie sie sich bis jetzt herausgebildet hat, eine zielbewußte, energische, in Entschlußkraft und Beweglichkeit dem stürmischen Wechsel der Dinge angepaßte Geschäftsführung des Auswärtigen Amts in einer für die Interessen des Reichs nicht mehr erträglichen Weise erschwert. Die täglichen Sitzungen des Kriegskabinetts, die vielfach in Detailfragen eingreifen,

behindern und verlangsamen die Erledigung der dringendsten Geschäfte. Die Zeitumstände verlangen schnelles und entschlossenes Handeln. Tägliche wichtige Entscheidungen des auswärtigen Ressorts dulden keinen Aufschub. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, unter diesen Umständen alle zu fassenden Entschlüsse des auswärtigen Ressorts im Kriegskabinettt einer langwierigen Diskussion, die sich nicht nur mit dem allgemein politischen Charakter der Entschlüsse, sondern auch den Einzelheiten und ihrer Ausführung befaßt, zu unterbreiten. Die täglichen stundenlangen Sitzungen des Kriegsrats erfordern meine persönliche Anwesenheit, die Beschäftigung mit den Einzelheiten die Anwesenheit der Unterstaatssekretäre und Referenten, während sowohl meine Arbeitskraft wie die meiner Referenten durch die Fülle der durch die schnelle Entwicklung sich täglich häufenden Entscheidungen voll in Anspruch genommen wird. Ich darf z. B. daran erinnern, daß auch bei der Abfassung der Antwortnoten an Wilson der Kriegsrat sich nicht auf die Diskussion der allgemeinen Direktiven beschränkt, die Formulierung aber dem zuständigen Ressort überlassen hat, sondern durch ein Eingehen auf die Einzelheiten insbesondere bei der Antwort auf die zweite Wilsonnote eine für die Entwicklung in Österreich-Ungarn überaus nachträgliche Verzögerung mitverschuldet hat. Dadurch wurde auch die Presse in die Lage versetzt, die einzelnen Phasen der Erwägungen des Kriegskabinetts mit einzelnen Notizen und mehr oder weniger sensationellen Kombinationen während mehrerer Tage zu verfolgen — ein Umstand, den das Inland mit Unmut, das feindliche Ausland mit Freude und Nutzen vermerkt hat.

Bei den bevorstehenden schweren Entschlüssen, wie bei den Fragen, die nunmehr täglich durch die Rückwirkungen des österreichisch-ungarischen Zusammenbruchs wie durch die notwendige Rückwirkung der Lage auf die Entwicklung im Osten entschieden werden müssen, kann eine sachgemäße Führung der auswärtigen Geschäfte nur dann gewährleistet werden, wenn das bei den Beratungen des Kriegsrats bisher geübte Verfahren den angeführten Notwendigkeiten angepaßt wird.

Ich beehre mich daher, Eurer Großherzoglichen Hoheit ehrerbietigst vorzuschlagen, daß die Sitzungen des Kriegsrats auf das unbedingt erforderliche Maß eingeschränkt und nur mit den für die allgemeine Politik grundlegenden Fragen befaßt werden, während die Einzelfragen wie die Ausführung der vom Kriegsrat vereinbarten Richtlinien und Prinzipien den Ressorts zu überlassen wäre. Des weiteren darf ich Eurer Großherzoglichen Hoheit Erwägung anheimstellen, ob nicht, um im Falle von Meinungsverschiedenheiten eine Verzögerung eines endgültigen Beschlusses zu vermeiden, eine sachgemäße Geschäftsordnung des Kriegsrats, die eine Entscheidung per maiora vorzusehen hätte, in Kraft gesetzt werden müßte. Es ist erklärlich, daß das kollegialische Verfahren des uns ungewohnten Parlamentarismus eine Reihe von Mißständen nur durch Übung und Erfahrung überwinden kann. In der jetzigen Lage, in der jeder falsche Entschluß wie jede Verzögerung insbesondere in den Fragen meines Ressorts die schwersten Folgen haben muß, erscheint es mir geboten, auf eine schleunige Abstellung der bisher aufgetretenen Mängel zu drängen. Bei einer Fortdauer dieser Mängel würde das Auswärtige Amt seiner Aufgabe nicht genügen können.

Solf.

## 131a—c.

## 6. 11. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts mit General Groener

131a: Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „K[riegs]k[abinett] 6. Nov. 1918. 9 1/2 Uhr früh.“<sup>2)</sup>

Bericht Noskes aus Kiel an Payer<sup>3)</sup> und Mann.<sup>4)</sup> Erklärung über Amnestie bis mittags, sonst reist Noske ab.

<sup>1)</sup> Ein amtliches Protokoll ist nicht überliefert. Prinz Max S. 590 (Anm. 1) bemerkt ausdrücklich, daß er sich „über die Sitzung am 6. November der Notizen Conrad Haußmanns, die sich beim Vergleich mit den amtlichen Protokollen immer zuverlässig erwiesen haben“, bediene, da kein anderes Protokoll auffindbar gewesen sei. Haußmann seinerseits schrieb am 26. 6. 1919 auf Grund des ihm übersandten Fahnenabzuges der Amtlichen Urkunden an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Albert, er nehme an, das Protokoll sei „absichtlich weggelassen“ worden, „um die Tatsache nicht hervorzuheben, daß die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen an der Front vor Eintreffen der Lansingnote vom 5. November 1918 beschlossen worden ist, [von hier an eigenhändig ergänzt] die kurz nach der Sitzung und vor der auf 5 Uhr anberaumten Abfahrt der Waffenstillstandskommission bekannt wurde.“ Durchschlag im Nachlaß Haußmann 24; s. auch Nr. 131a Anm. 40.

Vgl. ferner Nr. 131b.c sowie Haußmann S. 266; Scheidemann, Zusammenbruch S. 193 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 267 ff., 277; Erzberger S. 325; Payer S. 156 f.; Groener S. 449; Epstein S. 270; Bachem IX S. 459 ff.; Bernhard Poll, Die Reichsleitung, die Oberste Heeresleitung und der Abschluß des Waffenstillstandes November 1918, in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1954. Köln 1955, S. 35 ff.

<sup>2)</sup> Bei Haußmann S. 266: „Neun Uhr Kabinettssitzung.“

<sup>3)</sup> Am 5. 11. 1918 22 Uhr 45, also nach der Sitzung des Kriegskabinetts (vgl. Nr. 129), hatte Noske mit Payer telephoniert. Für den Verlauf des Gesprächs vgl. folgende Aufzeichnung aus den Akten der Reichskanzlei, maschinenschriftliche Abschrift im Nachlaß Prinz Max: [Noske]: Ich habe den Posten eines Stadtkommandanten annehmen müssen und habe heute gute Erfolge erzielt. Die Stadt sei ruhig. Die Mannschaften der Werft seien soweit beruhigt, daß der Sicherheits-Patrouillendienst auf der Ostsee unter allen Umständen aufrechterhalten werde. Sie wollen die Engländer nicht haben. Im Laufe des Tages habe er es weiter dazu gebracht, daß das Schießen seitens der Mannschaften aufgehört habe, auch die Offiziere seien veranlaßt, das Schießen aufzugeben. Weiter habe er angeordnet, daß die Waffen von der Mannschaft sofort wieder unter Verschuß zurückgeliefert würden. An dem Verschuß sei er beteiligt. Er glaube, daß dies ausgeführt werden würde. Weiter habe er befohlen, daß sämtliche Zivilisten die Waffen zurückzugeben hätten. Wieweit dies erfolgen werde, könne er nicht übersehen.

Abgeordneter Noske wollte wissen, wieweit das Kriegskabinett geneigt sei, den Forderungen der Leute auf Abdankung des Kaisers, Amnestie usw. zu entsprechen. Staatssekretär Haußmann werde ja wohl referiert haben.

Ein schlimmer Zufall sei eingetreten: Prinz Heinrich habe heute nachmittag in einem Automobil die Stadt verlassen und sei von zwei Soldaten angehalten worden, worauf er einen derselben niedergeschossen habe. Die Aufregung sei groß. Abgeordneter Noske schien die Sache nicht als Gerücht, sondern als eine sichere Tatsache zu betrachten [dazu Noske S. 20 f.]. Abgeordneter Noske sagte weiter, es verlautete, daß die Stadt von Truppen angegriffen werden solle. Er müsse auf das allerdringendste davor warnen, dies zu versuchen. Es würde nur ein nutzloses Blutbad geben. Die 40000 Mann, um die es sich handele, könnten nicht überwältigt werden, und der Versuch würde jede Verständigung unmöglich machen. Er bitte um Nachricht in die Station, wo er schlafe.

Exzellenz von Payer hat geantwortet:

Er dürfe die bestimmte Erklärung abgeben, daß wir nicht beabsichtigten, die Stadt mit

**Scheüch:** Blutvergießen unter allen Umständen zu vermeiden, ist vom Gouvernement angeordnet. Das ist nach meiner Meinung nicht richtig. Lübeck und Schweriner Bahnhof besetzt.<sup>5)</sup>

**v. Mann:** Schwere Ausschreitungen bei dem Geschwader in Brunsbüttel. Von 3 Geschwadern keine Nachricht. Cuxhaven aufrührerisch. Souchon ist abgesetzt. Schröder<sup>6)</sup>

**Roedern:** Auflösung und Entlassung der Mannschaften<sup>7)</sup>

Widerspruch.

Waffengewalt anzugreifen. Die militärischen Maßregeln, die wir vorerst ergreifen, bestehen in der Fürsorge dafür, daß die Bewegung nicht weitere Wellen ins Land hineinschlage. Zu diesem Zwecke werden die Eisenbahnen dahin abgesperrt werden. Auf die Antwort des Abgeordneten *Noske*, daß dann Hungersnot in Kiel entstehe, hat *Exzellenz von Payer* gesagt, das sei von uns nicht beabsichtigt, worauf *Noske* erwiderte, es sei ihm allerdings gelungen, die Milchversorgung für morgen sicherzustellen.

*Exzellenz von Payer* hat weiter gesagt: Wir seien noch zu keinem Entschluß über die allgemeine Lage gekommen, aber wir teilten auch unsererseits die Anschauung, daß eine Verständigung versucht werden müsse. Staatssekretär von Mann sei von uns beauftragt, sich mit ihm telephonisch zu verständigen. Er riete ihm, diesen sofort anzurufen. Er werde demselben auch seinerseits diese Mitteilung zugehen lassen. Morgen früh 9 Uhr 30 werde das Kriegskabinettt weiter beraten.

Die Mitteilung an Staatssekretär von Mann ist inzwischen erfolgt.“

Dazu *Scheidemann*, Zusammenbruch S. 193, der sich auf den Bericht über das Gespräch zwischen *Noske* und *Payer* im Kabinettt stützt. Ferner *Scheidemann*, Memoiren II S. 267 und *Noske* S. 19.

<sup>4)</sup> Nach *Scheidemann*, Zusammenbruch S. 193 fand das Telephongespräch *Noskes* mit *v. Mann* (vgl. vorige Anm.) statt, während der Bericht *Noskes* an *Payer* im Kabinettt behandelt wurde. Anschließend habe *v. Mann* dem Kabinettt berichtet, daß *Noske*, der „tatsächlich Kommandant“ sei, „in seinen Ausführungen [. . .] großes Gewicht auf die Zusage der Amnestie gelegt [habe]. Heute früh herrsche augenscheinlich Ruhe. Jede Stunde könnte indessen Zwischenfälle bringen. Rücktritt oder Absetzung des Kaisers sei unbedingt notwendig. *Noske* glaube an die Wiederherstellung der alten Ordnung, wenn die erforderlichen Konzessionen gemacht würden.“ Diesem Bericht habe *v. Mann* weiter hinzugefügt, daß angeblich „heute nacht [. . .] 500 Matrosen in Berlin angekommen“ seien. Vgl. auch *Scheidemann*, Memoiren II S. 267 f.

<sup>5)</sup> Vgl. *Scheidemann*, Zusammenbruch S. 193 f.: „Kriegsminister *Scheüch*: Diese Nachricht ist sicherlich falsch. Richtig ist, daß 40 Matrosen in *Wittenberge* angekommen, aber sofort von einer Kompanie des 4. Garde-Regiments festgenommen worden sind. Es sei noch unaufgeklärt, ob es sich um Urlauber oder Meuterer handle.

In *Lübeck* sei der Bahnhof von Meuterern besetzt. Nach *Lübeck* geschickte Truppen hätten südlich von der Stadt Stellung genommen, sie seien aber noch zu schwach. Ähnlich wie in *Kiel* und *Lübeck* hätten sich die Zustände in *Schwerin* und *Cuxhaven* und anderen Orten, die er anführte, entwickelt. Von *Kiel* aus sei der Befehl ergangen, Blutvergießen unter allen Umständen zu verhüten. *Scheüch* hält das für falsch. In *Kiel* habe der Soldatenrat beschlossen, daß die Infanterie abziehen könne, wenn sie bereit sei, die Waffen abzugeben.“

<sup>6)</sup> Vgl. a.a.O. S. 194: „*v. Mann* berichtet, von *Wilhelmshaven* werde gemeldet, daß es unbekannt sei, wo das 3. Geschwader geblieben. In *Cuxhaven* hätten die U-Boote das Auslaufen verweigert, die dortigen Soldaten hätten sich den Mannschaften angeschlossen. Es wird die Frage erörtert, ob nicht für *Souchon* [*Ludwig von*] *Schröder* [*Admiral, Befehlshaber des Marinekorps in Flandern*] zum Gouverneur von *Kiel* ernannt werden solle.“ Dazu unten Anm. 16, 17 und 19.

<sup>7)</sup> Vgl. a.a.O.: „*Graf Roedern*: Die Lage hat sich so verschlimmert, daß es sich nicht empfiehlt, mit Militär einzuschreiten. Er regt an, die Marine aufzulösen.“

**Erzberger:** Amnestie, wenn sämtliche Waffen zurückgegeben bis 6 Uhr.<sup>8)</sup>

**Haußmann:** Für Erzbergers Vorschlag, zweifelhaft ob's genügt, aber Anbieten nötig.<sup>9)</sup>

**Simons:** [Niemeyers]<sup>10)</sup> Bericht.<sup>11)</sup>

**Scheidemann:** Für Erzbergers Antrag.<sup>12)</sup>

**v. Mann:** Scheidemann soll mit Noske sprechen.<sup>13)</sup>

**Scheüch:** Gegen Entlassung der Flotte. Wiederholt Zuständigkeit<sup>14)</sup>

**Scheidemann:**

**Haußmann:** Souchon mit stellvertr. Geschäftsbesorgung betraut.

**Zuständigkeit:** Das Kabinett beschließt aus höchst politischen Gründen. Kriegsminister und Marine.

**Schluß — Amnestie und Straffreiheit.**<sup>15)</sup>

**Erzberger:** Schröder<sup>16)</sup> soll nicht ernannt werden.<sup>17)</sup>

<sup>8)</sup> Vgl. a.a.O. S. 194 f.: „*Erzberger* ist für sofortige Amnestie und Entlassung der Verurteilten, wenn bis abends 6 Uhr die Ruhe in Kiel wiederhergestellt sei.“

<sup>9)</sup> Vgl. a.a.O. S. 195: „*Haußmann* spricht sich in ähnlicher Weise aus.“

<sup>10)</sup> Wahrscheinlich ist der Völkerrechtslehrer Theodor Niemeyer gemeint. Im Or.: „Niemeylis (?)“.

<sup>11)</sup> Vgl. a.a.O.: „Ministerialdirektor *Simons* gibt die telegraphischen Meldungen eines Freundes aus Kiel wieder. Die Stadt sei ruhiger, nachts sei allerdings viel geschossen worden. Als schlimmster Vorgang werde die Beschießung eines Hotels angesehen. Der Soldatenrat halte die Ordnung aufrecht; alle Behörden arbeiten weiter. Ein überwachter Personenverkehr sei zugelassen. Die gesamte Bevölkerung befinde sich im Zustande der dauernden Panik.“

<sup>12)</sup> Vgl. a.a.O. S. 194: „*Scheidemann*: Ich halte es für selbstverständlich, daß nach Lage der Dinge an der Front wie an der Wasserkante die erhobenen Forderungen bewilligt werden, soweit es sich nicht um politische Forderungen handelt, die vom Reichstag beschlossen werden müssen. Der Reichstag müsse mit diesen Forderungen sofort beschäftigt werden. Straffreiheit sollte man zusichern, ebenso die Amnestie und die sofortige Entlassung der früher Verurteilten, soweit es sich nicht um schwere Verbrechen handle. Noske müsse selbstverständlich in Kiel bleiben und mit größter Autorität ausgestattet werden. Wenn es uns nicht gelingt, einigermaßen geordnete Zustände herzustellen, wird die Entente das Gesuch um Waffenstillstand glatt ablehnen. Über die Kaiserfrage habe er sich mehrfach so deutlich ausgesprochen, daß er sich jedes weitere Wort darüber ersparen könne.“

<sup>13)</sup> Vgl. unten, bes. Anm. 37.

<sup>14)</sup> Vgl. a.a.O.: „*Scheüch* wendet sich gegen die von dem Grafen Roedern angeregte Frage, die Flotte aufzulösen.“

<sup>15)</sup> Vgl. Haußmann S. 266: „Meine Amnestieforderung wird einstimmig zum Beschluß erhoben.“ Dazu Payer S. 156: „Das Verlangen [nach weitgehender Amnestie] stieß zunächst auf starken Widerspruch [im Kriegskabinett am 5. 11.], aber bereits am folgenden Vormittag [. . .] wurde es einstimmig zum Beschluß erhoben.“

<sup>16)</sup> Nach einem Bericht des stellv. Chefs des Marinekabinetts Kapitän z. S. v. Restorff über die Zeit vom 29. 10.—10. 11. 1918, niedergeschrieben im Mai 1919, abgedruckt bei Niemann, *Revolution* S. 384 ff., war am Abend des 5. 11. 1918 im Anschluß an einen Vortrag des Admirals Scheer beim Kaiser „auf allerhöchsten Befehl die Enthebung des Admirals Souchon und die Kommandierung des Admirals Schröder ausgesprochen und an den Staatssekretär des Reichsmarineamts mit der Bitte mitgeteilt [worden], sich nachträglich mit dieser äußerst dringenden Kommandierung einverstanden zu erklären.“ A.a.O. S. 390; dazu v. Müller S. 445.

<sup>17)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 195: „*Graf Roedern*, *Erzberger* und *Trimborn* wenden sich entschieden gegen die Forderung, Schröder an Stelle Souchons nach Kiel zu schicken. *Graf Roedern* fordert außerdem die sofortige Rückkehr des Kaisers nach Berlin.“

**Payer:** Man muß / Noske muß. Telegramm / Friedrichsort. Soldatenrat. 10000 Mann an der Kieler Bucht.<sup>18)</sup>

**Roedern:** Schröder, der denkbar Ungünstigste. Ernennung ohne Föhlung. Kaiser muß zurück. Noske muß dort bleiben. Er ist höchst geeignet.

**Trimborn:** Schröder autokratischer Gewaltmensch.<sup>18a)</sup>

**Simons:**<sup>19)</sup>

**Erzberger:** In der Presse zunächst nichts. Abends ein Bericht.

Prinz Max und General Groener<sup>20)</sup> erschienen.<sup>21)</sup>

**Payer** berichtet und erbittet Zustimmung des Kanzlers und Äußerung Groeners.

**Kanzler:** Ukraine bittet Entente um Belassung der Deutschen. Wien: England will gegen Bolschewismus. Also gegen Bolschewismus (nachdem wir Joffe weghaben im Ausland und im Inland).

**Haußmann:** Programm des Prinzen richtig. Aber dem Bolschewismus im Inland muß das Wasser abgegraben werden.

**Gröber:**<sup>22)</sup> Keine gebrochene Linie: 1. in der Dynastiefrage, 2. in der Abdankungsfrage / davon abstehe, nur die

<sup>18)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 195: „v. Payer teilt mit, daß aus Friedrichsort 10000 Soldaten der Regierung eine Resolution übermittelt hätten, in der die Beseitigung des Herrenhauses und das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften vom 21. Jahre ab gefordert werden. Alle weiteren Forderungen der Resolution deckten sich mit den dem Kabinett bereits bekannten.“

<sup>18a)</sup> Dazu Restorff (s. Anm. 16) S. 390 f.: Am 6. 11. vormittags habe ihn Kapitän z. S. Seebohm, Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamtes, benachrichtigt, Staatssekretär v. Mann sei durch die Kommandierung v. Schröders nach Kiel „außerordentlich aufgebracht“. Der Reichskanzler habe dem Staatssekretär erklärt, „seine, des Reichskanzlers Mitzeichnung bei der Kommandierung [. . .] sei nicht eingeholt worden und er würde unter keinen Umständen mitzeichnen“. Die Regierung vertrete die Ansicht, daß v. Schröder „nach seiner ganzen Vergangenheit und nach seiner Gesinnung als Alldeutscher, ebenso als Hitzkopf, für Kiel gänzlich ausgeschlossen sei“; so lasse v. Mann „dringend ersuchen, die Aufhebung der Allerhöchsten Kommandierung zu erwirken“. Wie Restorff weiter berichtet, erfolgte die Aufhebung, nachdem Scheer sich dahin ausgesprochen hatte, daß man dem Kaiser nicht empfehlen könne, „es im jetzigen Zeitpunkt wegen der Kommandierung des Admirals v. Schröder auf eine Kabinettskrise ankommen zu lassen.“

Ferner v. Müller S. 445, wo es u. a. heißt, v. Mann habe sich ihm gegenüber „bitter über diesen Übergriff aus dem Hauptquartier“ beschwert. Unter dem 7. 11. notiert v. Müller: „Erhalte ein Telegramm von Restorff, daß die Ersetzung von Souchon in Kiel durch Admiral v. Schröder aufgehoben ist, erfreuliches Zeichen für starke Stellung des Reichskanzlers.“

<sup>19)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 195: „Simons: In dieser Beziehung [Forderung nach Rückkehr des Kaisers] hat der Prinz bereits alle Stränge gezogen.“

<sup>20)</sup> Für die vorangegangene „etwa einstündige Unterredung“ zwischen Groener, Prinz Max und Solf im Garten des Reichskanzlerpalais vgl. Groener S. 448 f. sowie Prinz Max S. 589, wo jedoch die Teilnahme Solfs nicht erwähnt wird.

<sup>21)</sup> Scheidemann, Zusammenbruch S. 195 berichtet, daß er nach dem Erscheinen des Reichskanzlers zu einem Gespräch mit Noske ans Telephon gerufen worden sei; vgl. Anm. 37.

<sup>22)</sup> Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die folgenden Stichworte sich nicht auf einen Diskussionsbeitrag Gröbers, sondern Groeners beziehen, der von Payer zur Äußerung aufgefordert worden war, und daß die Sprecherangabe „Groeber“ im maschinenschriftl. Tagebuch-

**Kanzler:** Wie kann der Sozialdemokrat dazu gebracht werden?

**Gröber**<sup>23)</sup> redet weiter.

### Waffenstillstand.

**Kanzler:** Exz. Groener sagt, daß übermorgen der letzte Tag ist, die Waffenstillstandsbedingungen zu erfragen.<sup>24)</sup>

1. Staatssekretär — Erzberger. 2. 1 Diplomat.<sup>25)</sup>

manuskript Haußmanns auf einen Abschreibefehler bei der Übertragung der zugrunde liegenden eigenhändigen Notizen zurückgeht. Nach Groener S. 448 war die Abdankungsfrage in dem vorangegangenen Gespräch mit Prinz Max und Solf (vgl. Anm. 20) erörtert worden. In einem vertraulichen „Bericht des Ersten Generalquartiermeisters über die Denkschrift des Grafen von der Schulenburg über die Vorgänge am 9. November 1918“ vom 12. 4. 1919, überliefert im Nachlaß v. Eberhardt, betont Groener, daß er nicht nur „in der am 5. November der gesamten Regierung vorgetragenen Denkschrift“ (vgl. Nr. 129) die Abdankung abgelehnt, sondern auch „in der Kabinettsitzung am 6. [. . .] eingehend über die Kaiserfrage und die dadurch in das Heer hineingetragene Zersetzung gesprochen“ habe. Er fügt jedoch hinzu, daß „an diesem Tage der Vizekanzler von Payer, die Staatssekretäre Gröber und Erzberger sich ebenfalls dafür eingesetzt hatten, daß die Abdankungsfrage zurückgestellt werden müsse [. . .]“ Dazu auch Groener S. 450 für Gröbers und Erzbergers Stellungnahme am 6. 11. im Kabinett.

<sup>23)</sup> S. vorige Anm.

<sup>24)</sup> Bezieht sich auf die vorangegangene Besprechung (s. Anm. 20), in der Groener nach Prinz Max S. 589 „eine noch schlimmere Prognose als am Tage vorher gestellt“ und erklärt habe, „daß wir mit der weißen Fahne hinübergehen müßten.“ Auf die Frage des Kanzlers: „Aber doch nicht vor acht Tagen?“ habe der General erwidert: „Das ist zu lange“, um auf den Einwurf des Prinzen: „Aber doch nicht vor Montag?“ seine Antwort zu präzisieren: „Das ist auch zu lange, Sonnabend ist der letzte Tag.“ Damit habe er sich die Auffassung des Kaisers zu eigen gemacht, der ihm unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin habe mitteilen lassen, „daß wir nach seiner [des Kaisers] Meinung nunmehr den direkten Weg von Armees zu Armees beschreiten müßten, um die Waffenstillstandsbedingungen beschleunigt zu erfragen.“ Die gleiche Anregung, mit der sich Groener am Vortage noch nicht identifizieren wollen, sei auch direkt an das Auswärtige Amt gelangt (dazu das von Prinz Max S. 589 f. als Fußnote abgedruckte Telegramm Grünaus vom 5. 11. 1918).

Vgl. auch Groener S. 450: „Die innere und äußere Unsicherheit ließ schließlich auch mich den Weg für notwendig halten, den mir der Kaiser telephonisch mehrfach hatte weisen lassen, nämlich die direkte Waffenstillstandsforderung von Heer zu Heer.“

<sup>25)</sup> Während der Besprechung im Garten des Reichskanzlerpalais (s. Anm. 20), war, wie Groener S. 448 f. schildert, „auch die Zusammensetzung der zu entscheidenden Waffenstillstandskommission zur Sprache“ gekommen, wobei als Vertreter des Kriegskabinetts in der Kommission Erzberger und Haußmann zur Wahl gestanden hätten. Dazu ein Brief Groeners an Haußmann vom 10. 11. 1920, Nachlaß Haußmann 24, wonach „von Seiten des Prinzen Max Sie oder der Staatssekretär Erzberger benannt wurden.“

Weiter ein eigenhändiger Brief des Prinzen Max an Haußmann vom 31. 10. 1920, Nachlaß Haußmann a.a.O., in dem es heißt: „Während des Gesprächs kamen wir [Reichskanzler, Solf und Groener] überein, daß es gut sein würde, einen der politischen Herren Staatssekretäre zu den Waffenstillstandsverhandlungen zu entsenden. Ich schlug vor, Sie mit dieser Mission zu betrauen und, wenn Sie nicht wollten oder könnten, Herrn Erzberger.“ In einer Aufzeichnung vom 20. 9. 1921, maschinenschriftl. Auszug a.a.O., wiederholte der Prinz: „Wir waren uns darüber einig, daß nur zwischen 2 Herren gewählt werden könne, Staatssekretär Conrad Haußmann und Staatssekretär Erzberger“; Gröber und Friedberg seien nicht in Betracht gekommen, „der erstere seines Alters wegen, der letztere wegen eines ihn sehr behindernden Leidens. Staatssekretärs Scheidemann Entsendung hielten wir für inopportun“.

**Groener:** Ich hätte gehofft, daß wir 8—10 Tage warten [könnten]<sup>26)</sup>, bis wir uns an der Linie gesetzt hätten; nach dem, was ich inzwischen von Kiel, von Tirol und von der Heimatstimmung erhoben habe<sup>27)</sup>, insbesondere in Bayern, mit weitgehenden politischen Konsequenzen, bin ich zu der Überzeugung gekommen<sup>28)</sup>, daß wir den Schritt, so schmerzlich es ist, tun und Foch fragen müssen.<sup>29)</sup> Lloyd Georges Äußerung<sup>30)</sup> zeigt, daß Wilson unterlegen ist. Ob wir die verschärften Bedingungen annehmen können oder müssen, werden wir ersehen.<sup>31)</sup>

**Kanzler:** Wir müssen gleichzeitig Wilson fragen, ob die 14 Punkte<sup>32)</sup> / Erzberger von Groener vorgeschlagen.<sup>33)</sup>

Sowohl in dem zitierten Schreiben vom Herbst 1920 („wenn mein Gedächtnis mich nun nicht völlig im Stich läßt“) als auch in der ein Jahr später entstandenen Aufzeichnung legt Prinz Max dar, daß er auch in der Kabinettsitzung zunächst Haußmann vorgeschlagen und erst, nachdem dieser Vorschlag debattiert worden sei, Erzberger nominiert habe. Diese Version wird jedoch von keiner anderen Seite bestätigt.

Ebensowenig läßt sich die von Haeften in einem Brief an den Prinzen Max vom 22. 9. 1921, auszugsweise maschinenschriftl. Abschrift a.a.O., aufgestellte Behauptung erhärten, daß in der Kabinettsitzung vom 6. 11. „m. E. Herr Haußmann zuerst den Namen Erzberger nannte“. Nicht minder kritisch wird man der Darstellung bei Erzberger S. 325 entgegentreten dürfen. Es trifft zwar zu, daß Erzberger seine Nominierung durch den Kanzler „mit größter Überraschung“ aufnahm (vgl. unten Anm. 36). Um so fragwürdiger jedoch erscheint seine Mitteilung, er habe zunächst „mit dem Hinweis“ abgelehnt, „daß Staatssekretär Haußmann bereits vor Wochen hierfür bestimmt worden sei.“ Dazu auch Nr. 117a Anm. 2.

Für die nachträgliche Polemik und die Widersprüche in den Äußerungen der Beteiligten vgl. im übrigen oben das entsprechende Kapitel der Einleitung.

- <sup>26)</sup> Vgl. Haußmann S. 266: „Groener hat über Nacht seine Ansicht über Dauerhaftigkeit der Front geändert.“
- <sup>27)</sup> Vgl. Nr. 129 Anm. 40.
- <sup>28)</sup> Von erheblicher Bedeutung für Groeners Entschluß dürften die Nachrichten vom Vordringen der Amerikaner in Richtung Verdun gewesen sein, die, wie es bei Groener S. 450 heißt, die allgemeine Lage noch mehr „verdüsterten“. Dazu auch Prinz Max S. 590.
- <sup>29)</sup> Vgl. Prinz Max a.a.O., der Haußmanns Notizen über Groeners Ausführungen, abgesehen von geringfügigen redaktionellen Veränderungen, bis zu dieser Stelle wörtlich zitiert.
- <sup>30)</sup> Lloyd George hatte am 5. 11. 1918 im Unterhaus bekanntgegeben, Wilson sei von den Alliierten ersucht worden, Deutschland mitzuteilen, daß es sich, falls es die Waffenstillstandsbedingungen hören wolle — über die sich der interalliierte Oberste Kriegsrat am 4. 11. in Versailles geeinigt hatte — in üblicher Weise an Marschall Foch zu wenden habe. The Parliamentary Debates: Official Report, vol. 110. London 1918, Sp. 1961; vgl. „Frankfurter Zeitung“, 6. 11. 1918, 2. Morgenblatt.
- <sup>31)</sup> Vgl. Prinz Max a.a.O., in enger Anlehnung an die von ihm benutzten Notizen Haußmanns: „Hinter seine niederschmetternde Ankündigung setzte er [Groener] die Worte: Verschärfte Bedingungen sind zu erwarten, ob wir sie annehmen können oder müssen, werden wir sehen.“
- <sup>32)</sup> Soll heißen: ob die 14 Punkte als Verhandlungsgrundlage dienen sollten.
- <sup>33)</sup> Dazu Prinz Max S. 594: „Groener war noch am Nachmittag bei mir, ehe er abreiste. Auf seinen Vorschlag ernannte ich Erzberger zum Mitglied der Waffenstillstandskommission als Vertreter der Regierung.“ Diese Darstellung ist schon insofern irreführend, als die Beauftragung Erzbergers bereits in der Kabinettsitzung beschlossen wurde. Im übrigen wird die Version, daß der Vorschlag einer Entsendung Erzbergers ursprünglich von Groener ausgegangen sein soll, durch die vorliegenden Äußerungen über das Gartengespräch zwischen Prinz Max, Solf und Groener (vgl. Anm. 25) nicht gestützt. Vielleicht ist die von Haußmann festgehaltene Äußerung des Kanzlers auch nur dahin zu verstehen, daß Groener die Ent-

**Roedern:** Schon morgen.

**Haußmann:** Wir sind einmütig bei der Überzeugung, der schwersten Zwangslage / Motiv Kiel — Bayern — Sachsen / Äußerer Anhalt Lloyd George / gestrige Rede<sup>30)</sup> / 14 Punkte heute von der Presse als angenommen von der Entente<sup>34)</sup> / sind in Washington anzufragen.

**Solf:** Einen Diplomaten, mit dem Erzberger arbeiten kann.<sup>35)</sup>

**Kanzler:**

**Erzberger:** Wenn ich's nicht machen müßte, wäre es mir lieber.<sup>36)</sup> Friede / Demobilisierung.

Gegen Bolschewisten.

Wegnahme des ganzen Kriegsgewinns im Weg der Steuer.

**Kanzler:** Anti-Bolschewismus behandeln.

**Scheidemann:** Durch Zukunftsprogramm.

**Simons** verliert das Gespräch Scheidemann—Noske.<sup>37)</sup>

Die Regierung und die Partei bittet dich<sup>38)</sup> dortzubleiben. Waffenstillstand unmittelbar bevorstehend, aber Ruhe in Kiel.<sup>39)</sup> Dann ist es abgetan.

sendung Erzbergers befürworte, ohne daß damit gesagt sein soll, er habe als erster Erzberger zur Diskussion gestellt. Vgl. auch Groener S. 449, wo es heißt, er habe „gegen Erzberger als Unterhändler bei der Waffenstillstandskommission nichts einzuwenden“ gehabt, da nach seiner Meinung „keine der zu entsendenden Persönlichkeiten, sei es diese oder jene, an den Bedingungen des Feindes würde etwas ändern können“. Für den Zusammenhang s. die kritische Erörterung oben in der Einleitung.

<sup>34)</sup> Dürfte sich auf Pressemeldungen über den Ausgang der am 4. 11. 1918 abgeschlossenen Versailler Beratungen der Alliierten (vgl. Anm. 30) beziehen.

<sup>35)</sup> Dazu Nr. 131b.c.

<sup>36)</sup> Vgl. Payer S. 157: „Mir kam der Vorschlag unerwartet und, wie mir schien, Erzberger auch. Wenn diesem später [...] vorgeworfen wurde, er habe sich zu dieser Sendung gedrängt, geschieht ihm Unrecht. Der Widerspruch, den er zunächst erhob, war meines Dafürhaltens ernstlich gemeint [...] Wir haben einstimmig dem Vorschlag des Kanzlers als sachlich richtig zugestimmt, benecidet hat den Erwählten wohl keiner.“

Ferner Groener S. 449: „Dieser [Erzberger] wurde blaß vor Schreck, als er es [seine Nominierung] hörte.“ Dazu der in Anm. 25 angeführte Brief Groeners an Haußmann vom 10. 11. 1920: „In der unmittelbar an das Gespräch [s. Anm. 25] sich anschließenden Kabinettsitzung brachte Prinz Max alsdann den Staatssekretär Erzberger in Vorschlag, der nach meinem Eindruck von der Mission offenbar sehr unangenehm berührt war.“

Auch Prinz Max bestätigt, daß Erzberger den Auftrag „sehr ungern“ annahm, „was er in seiner Erwiderung betonte“; so in einer Aufzeichnung vom 20. 9. 1921, ähnlich auch in einem Brief an Haußmann vom 31. 10. 1920 (beide Schriftstücke zitiert in Anm. 25).

Für Erzbergers eigene Darstellung vgl. Anm. 25 sowie Nr. 131b.c. Dazu auch oben in der Einleitung.

<sup>37)</sup> Scheidemann, Zusammenbruch S. 195 ff. teilt den Inhalt des Gesprächs, „das von einem das Telephon bedienenden Offizier aufgezeichnet“ worden sei, ausführlich mit.

<sup>38)</sup> Noske.

<sup>39)</sup> A.a.O. S. 196: Noske möge „die Mannschaften ausdrücklich darauf aufmerksam [machen], daß sowohl die Waffenstillstandsverhandlungen wie auch die Friedensverhandlungen, die wir so schnell als möglich wünschen, schwer gefährdet sind, wenn die Feinde von den Ereignissen in Kiel Kenntnis erhalten. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß in Kiel und in den anderen Orten sofort wieder Ruhe einkehrt. Die Mannschaften sollen ihren Dienst wieder aufnehmen, und dann kann man alles als abgetan ansehen.“

Die Kaiserfrage ist noch in der Schwebel.<sup>40)</sup>

Noske sagte, daß er fast zusammenbreche. Prinz Heinrich habe einen Mann erschossen.<sup>41)</sup> Der Stadtkommandant sei heute nacht erschossen worden.<sup>42)</sup>

Über Hauptschreier sei ein Grauen gekommen.<sup>43)</sup>

**Deutelmoser:** Bericht [aus] Altona: Hamburg sei in der Hand der Aufrührer.<sup>44)</sup>  
Kiel

**Scheüch:** Hamburg und Lübeck in der Hand der Meuterer.

**Haußmann:** Man soll Waffenstillstandsbeschluß möglichst bald bekanntgeben / mindestens in Kiel /

**Erzberger:** Jetzt Anregung von Haußmann. Mitteilen, daß Waffenstillstandskommission<sup>45)</sup> abgereist ist.<sup>46)</sup>

**Trimborn:** Wie steht es in Berlin?

**Drews:**

<sup>40)</sup> A.a.O.: „Auf eine Frage Noskes antwortete ich: ‚Die Kaiserfrage ist noch in der Schwebel, darüber wird in den nächsten Tagen wohl eine Entscheidung fallen.‘“

<sup>41)</sup> In der Wiedergabe des Gesprächs bei Scheidemann, Zusammenbruch, nicht berücksichtigt. Vgl. oben Anm. 3; dazu Noske S. 20 f., wo er im Gegensatz zu seinen telephonischen Berichten aus Kiel erklärt, er habe „an der Richtigkeit dieser Angaben [...] sofort starken Zweifel gehegt“ und sich nicht vorstellen können, daß der bei der Flucht aus der Stadt gestellte Prinz „inmitten einer Schar von Bewaffneten, die sich nicht anschickten, ihm etwas zuleide zu tun, so töricht sein sollte, einen Menschen niederzuschießen.“

<sup>42)</sup> Ebenfalls bei Scheidemann, Zusammenbruch, nicht berücksichtigt. Für den Vorfall vgl. Noske S. 18.

<sup>43)</sup> Dazu Scheidemann, Memoiren II S. 270: „Nach erfolgtem Bericht [über dieses Telephongespräch] billigte die Regierung mein Verhalten in der Aussprache mit Noske.“ Es erscheint jedoch fraglich, ob Scheidemann während der Verlesung noch in der Sitzung anwesend war; vgl. Nr. 132 Anm. 3.

<sup>44)</sup> Erzberger S. 325 berichtet, daß „während der Sitzung [...] eine ungünstige Depesche nach der anderen über das Überspringen der Unruhen auf Hannover, Schwerin, Hamburg usw.“ eingetroffen sei, schildert den Ablauf der Sitzung jedoch nicht korrekt, wenn er unmittelbar fortfährt: „so daß [also auf Grund dieser ungünstigen Depeschen] der Reichskanzler gegen 12 Uhr erklärte, man könne [mit der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen] nicht mehr länger warten“.

Für den Stand der revolutionären Bewegung im Gebiet von Hamburg vgl. den Bericht des preußischen Staatsministers v. Breitenbach vom 6. 11. an den Reichskanzler; Archivalische Forschungen 4/IV S. 1741. Über die Ausbreitung der Bewegung durch die Matrosen unterrichtet zusammenfassend Kurt Zeisler, Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918, in: Revolutionäre Ereignisse S. 187 ff.; vgl. S. 213 ff.

<sup>45)</sup> Die Abreise an die Westfront war noch für den gleichen Tag 17 Uhr festgesetzt worden. Vgl. Nr. 131b sowie Haußmann S. 266.

<sup>46)</sup> Für die amtliche Mitteilung, die auch in anderen Abendblättern gleichzeitig publiziert wurde, vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 6. 11. 1918, Abendausgabe: „Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.“

Vgl. Prinz Max S. 594: „Die Nachricht: Die Waffenstillstandskommission ist abgereist, wollte ich noch in der Nacht in die Öffentlichkeit hinauswerfen. Groener war damit einverstanden, daß wir zur Beruhigung der Massen die unmittelbare Nähe der Waffenruhe als gewiß hinstellten.“ Dazu Nr. 131b.c Anm. 15.

**Scheüch:** Ich will drei Bataillone von Zossen nach Berlin legen und eine Division nach Zossen legen. Ersatzbataillone von 5 Ersatzregimentern und Garderegimentern / Telegraphenamts und Lichtzentralen und Behörden werden militärisch besetzt werden. Sichere Regimenter.

**Kanzler:** Sicher gegen Mitbringen von Handgranaten.

Persönlich sagt mir<sup>47)</sup> der Kanzler auf Frage, ob der Kaiser [mit] dem Waffenstillstand einverstanden: Er hat mir heute früh telegraphiert: Bin mit Dir einverstanden.

**Haußmann:** Brot, jetzt freier, reicher verteilen, denn wir müssen uns unterwerfen und Gewißheit des Friedens publizieren.

**Kanzler:** Groener ist mit der Publikation einverstanden.<sup>48)</sup>

**Roedern:** Die Unabhängigen sollten teilweise herübergezogen werden.

**Haußmann:** Dann müssen sie die Kaiserfrage entscheiden.

**Kanzler** teilt mit, der Kaiser hat Groener eben telephoniert, daß er mit den Waffenstillstandsbedingungen<sup>49)</sup> und Anfrage in Amerika, ob 14 Punkte<sup>50)</sup>

**Roedern:** Kriegsgewinn sukzessiv / aber nicht mitteilen.

**Scheüch:** Wer instruiert Presse für Erzberger?

**Erzberger:** Ein Staatssekretär.

**Kanzler:** Gröber?

**Payer:** Haußmann.<sup>51)</sup>

Zustimmung.

<sup>47)</sup> Haußmann.

<sup>48)</sup> S. Anm. 46.

<sup>49)</sup> Soll heißen: mit der geplanten Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen mit Foch, ohne das Eintreffen der amerikanischen Antwortnote abzuwarten. Dazu auch Anm. 24.

<sup>50)</sup> Soll heißen: ob Wilsons 14 Punkte als Verhandlungsgrundlage anerkannt würden. Dazu Nr. 131b.c Anm. 15.

<sup>51)</sup> Vgl. Haußmann S. 266: „Ich muß Erzberger in Presseangelegenheiten vertreten.“

**131b:** Nachlaß Erzberger 27, Durchschlag. Überschrift: „Sitzung des Kriegskabinetts Mittwoch, den 6. November 1918.“<sup>2)</sup>

Reichskanzler Prinz Max von Baden teilt mit<sup>4)</sup>, daß Generalquartiermeister Groener mit ihm der Anschauung sei, nicht länger zu warten<sup>5)</sup> als bis übermorgen, um die einleitenden Schritte für den Waffenstillstand zu tun. Das sei der letzte Termin.

**131c:** Nachlaß Erzberger 48, maschinenschriftliches Manuskript: „Waffenstillstandsverhandlungen mit Frankreich.“<sup>1)</sup> Auszug; Überschrift: „Mittwoch, den 6. November 1918. 10.30 vorm.“<sup>3)</sup> Sitzung des Kriegskabinetts.“<sup>2)</sup>

Nach eingehenden Darlegungen des Reichskanzlers und des 1. Generalquartiermeisters Groener konnte festgestellt werden, daß vollkommene Übereinstimmung<sup>6)</sup> dahin bestehe<sup>7)</sup>, daß noch am heutigen Tage eine deutsche Delegation für Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen abreisen müsse. Spätestens am Freitag vormittag seien die Verhandlungen im Westen aufzunehmen. Würde bis dahin über Wilson keine Antwort eingegangen sein, so müsse die deutsche Delegation durch Hissen der weißen Flagge von sich aus die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen, eventuell die Kapitulation vollziehen.<sup>8)</sup>

<sup>1)</sup> Das auch bei Epstein S. 270 Anm. 30 erwähnte tagebuchartige Manuskript, das mit dem abgedruckten Abschnitt einsetzt, umfaßt insgesamt 91 Seiten.

<sup>2)</sup> Vgl. Erzberger S. 325 sowie Nr. 131a.

<sup>3)</sup> In Nr. 131a abweichend 9 Uhr 30. Möglicherweise bezieht sich Erzbergers Zeitangabe nur auf den zweiten Teil der Sitzung, nach dem Erscheinen des Reichskanzlers und Groeners.

<sup>4)</sup> Nach Erzberger a.a.O. „gegen 12 Uhr“; vgl. Nr. 131a Anm. 44. Diese Zeitangabe muß als fraglich gelten und könnte eher den Schluß der Sitzung bezeichnen; s. auch Anm. 1.

<sup>5)</sup> Bei Erzberger a.a.O.: „man könne nicht mehr länger warten“; vgl. Nr. 131a Anm. 24.

<sup>6)</sup> S. Anm. 7.

<sup>7)</sup> Für das Folgende vgl. Erzberger a.a.O., wo es in enger, teilweise wörtlicher Anlehnung an das vorliegende Manuskript heißt, der Reichskanzler habe erklärt: „Freitag, den 8. November, vormittags müßten unter allen Umständen die Verhandlungen mit Marschall Foch aufgenommen werden; eine deutsche Delegation zum Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen müsse daher am heutigen Tage noch nach dem Westen abreisen; sei bis Freitag von Wilson noch keine Antwort eingegangen, so müsse die deutsche Delegation durch Hissen der weißen Flagge von sich aus die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen, eventuell die Kapitulation vollziehen.“

<sup>8)</sup> A.a.O. fügt Erzberger bekräftigend hinzu: „Dieser Beschluß wurde im Kriegskabinet mit voller Billigung der Obersten Heeresleitung einmütig gefaßt.“

Dazu Erzbergers Ausführungen in der Sitzung des Reichsministeriums vom 21. 5. 1919, vormittags 11 Uhr, die im Protokoll, Bundesarchiv R 43/I 1349, folgendermaßen wiedergegeben werden: „Er habe als politischer Führer der Waffenstillstandskommission am 5. [!] November 1918 vormittags in einer Sitzung unter der Leitung des Prinzen Max von Baden, an der auch General Groener und der Kriegsminister teilnahmen, die Instruktion erhalten, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage den Waffenstillstand unter allen Umständen anzunehmen. Diese Instruktion sei mit Zustimmung der militärischen Vertreter ergangen. Damals sei es im Innern im allgemeinen noch ruhig gewesen, nur die Ereignisse in Kiel hätten vorgelegen. Übrigens habe er diese Instruktion vor dem Eintreffen der Lansingschea Note vom 5. November 1918 erhalten.“ Vgl. auch Nr. 131a, bes. Anm. 1 (Brief Haußmanns an Albert vom 26. 6. 1919) und Anm. 24.

Er schlage vor, zu den Verhandlungen zu entsenden neben den Vertretern der Obersten Heeresleitung einen vom Auswärtigen Amt zu bestimmenden Diplomaten<sup>10)</sup> und Staatssekretär Erzberger.<sup>9)</sup> Beide Herren müßten heute abend um 5 Uhr bereits abreisen. Als Diplomat sei ihm am liebsten Graf Brockdorff-Rantzau. In den Verhandlungen stellte sich heraus, daß derselbe bis morgen nicht an der Westfront sein könne. Darum würde vorläufig Graf Oberndorff<sup>12)</sup> als Diplomat beigefügt werden, Graf Rantzau solle nachreisen. General Groener hätte gewünscht, daß noch acht bis zehn Tage mit diesem Schritt gezögert werden möge, bis die Rückwärtsbewegung der Truppen zum Stillstand gekommen sei. Die inneren Verhältnisse aber, hervorgerufen durch die Marineunruhen, zwängen zu diesem Schritt. Dazu komme, daß im Volk Mißstimmung herrsche über das Schweigen der Regierung. Tirol sei augenblicklich nicht bedroht, man habe eine bayerische Reservedivision dorthin entsendet.

Die Bedingungen des Waffenstillstands müßten von Foch eingefordert werden, nicht auf einem anderen Wege.<sup>13)</sup> Anscheinend sei Wilson nicht durchgedrungen. Wenn scharfe Bedingungen kommen würden, so gäbe es eine bessere Stimmung im Inland.<sup>14)</sup> Freitag früh

Der Reichskanzler schlug als Delegierten des Kriegskabinetts Staatssekretär Erzberger<sup>9)</sup> vor, mit dem Anheimstellen, einen ihm geeignet erscheinenden Diplomaten beizuziehen.<sup>11)</sup> Er, der Reichskanzler, lege entscheidenden Wert darauf, daß Graf Brockdorff-Rantzau, der Gesandte in Kopenhagen, zugezogen werde. Staatssekretär Erzberger erwiderte darauf, daß dies unmöglich sei, da Graf Brockdorff-Rantzau frühestens Donnerstag abend in Berlin sein könne. Er habe prinzipiell gegen die Nachsendung unseres Gesandten in Kopenhagen nichts einzuwenden. Wegen der Auswahl des Diplomaten werde er sich mit Staatssekretär Solf benchmen. Staatssekretär Solf schlug auf einem Handzettel folgende Diplomaten zur Mitnahme vor:

Gesandten von Rosenberg (wegen plötzlicher Erkrankung leider unabhkömmlich),

Gesandten von Bergen (unabhkömmlich im Auswärtigen Amt),

Gesandten von der Lancken (als etwas kleinlich und nicht scharf denkend genug, wenig geeignet),

Gesandten Graf Oberndorff (als gewandt, von rascher Auffassungsgabe).

Letzterer wurde von Staatssekretär Erzberger gewählt.<sup>12)</sup>

<sup>9)</sup> Bei Erzberger S. 225 heißt es, er habe, als der Kanzler ihn zu seiner „größten Überraschung“ vorschlug, zunächst abgelehnt (vgl. Nr. 131a Anm. 25); jedoch: „Meine Ablehnung nutzte nichts; sämtliche Staatssekretäre bestanden darauf, daß ich den schweren Gang zu Marschall Foch zu unternehmen habe.“

Ähnlich auch Erzberger-Prozeß S. 38: „Ich habe mich zuerst gestraubt. Meine sämtlichen Kollegen im Ministerium haben aber von mir verlangt, ich müßte diese schwere Arbeit übernehmen.“

Für Erzbergers Reaktion auf die Nominierung vgl. ferner Nr. 131a Anm. 36 sowie oben in der Einleitung.

<sup>10)</sup> Vgl. dagegen Nr. 131c, bes. auch Anm. 10.

<sup>11)</sup> Vgl. Erzberger S. 325: „Es wurde mir freigestellt, einen Vertreter des Auswärtigen Amts mitzunehmen.“ Dazu in Nr. 131a die Formulierung Solfs: „Einen Diplomaten, mit dem Erzberger arbeiten kann.“

<sup>12)</sup> Vgl. Erzberger S. 325: „Der zuerst vorgeschlagene Gesandte von Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, konnte wegen der Kürze der Zeit nicht herangezogen werden; so wählte ich den mir persönlich bekannten Gesandten in Sofia, Graf von Oberndorff, aus.“

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 131a Anm. 30.

<sup>14)</sup> Im Widerspruch dazu Nr. 131c: Die deutsche Delegation müsse „eventuell die Kapitulation vollziehen“. Dazu Prinz Max S. 590: „Groener sah offenbar schon am 6. November die

müsse unter allen Umständen mit Foch verhandelt werden. Es sei bei den Verhandlungen die Gegenfrage zu stellen, ob die Entente auf dem Standpunkt der 14 Punkte Wilsons stehe.<sup>15)</sup>

Das Kriegskabinettt einigte sich auf diesen Beschluß.

Weiteres wurde über die Zusammensetzung der Waffenstillstands-Delegation nicht bestimmt.

---

Notwendigkeit gegeben, hinter die Barriere des Rheins zurückzugehen. Er rechnete noch damit, dort schlimmstenfalls den letzten Widerstand organisieren zu müssen; die Erfragung der Bedingungen war für ihn nicht gleichbedeutend mit deren Annahme.“ Ferner Nr. 131a, bes. auch Anm. 31.

- <sup>15)</sup> Die vom 5. 11. datierte amerikanische Antwortnote, die zur Zeit der Kabinettsitzung in Berlin noch nicht vorlag, enthielt als Kernstück das Memorandum, das die alliierten Regierungen auf Grund der am 4. 11. 1918 beendigten Beratungen des Obersten Kriegsrates in Versailles an Wilson gerichtet hatten. In diesem Memorandum erklärte die Entente „ihre Bereitschaft zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze einer Regelung, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind“, schränkte jedoch die Anerkennung der 14 Punkte in bezug auf die „Freiheit der Meere“ und die Frage der Kriegsentschädigungen ein. Wie es weiter in der von Lansing unterzeichneten Note hieß, hatte sich Wilson mit dieser „Auslegung“ seiner Grundsätze einverstanden erklärt. Abschließend wurde der deutschen Regierung mitgeteilt, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden sei, deutsche Vertreter zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen. Für den Text vgl. die revidierte Übersetzung bei Prinz Max S. 593 f. sowie Amtliche Urkunden S. 251 f.

Die Note ging am 6. 11. um 23 Uhr 50 ein, wurde jedoch durch Funkpruch bereits am Nachmittag, unmittelbar vor der Abreise Erzbergers, bekannt. So konnte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gleichzeitig mit der Meldung über die Abreise der Waffenstillstandsdelegation (s. Nr. 131a Anm. 46) in der Abendausgabe vom 6. 11. die amtliche Nachricht über das Eintreffen der Note veröffentlichen. Vgl. auch „Vossische Zeitung“, 6. 11. 1918, Abendausgabe, wo schon eine volle Übersetzung der Note nach einer Meldung des Holländischen Nachrichtenbüros aus Washington vom gleichen Tage publiziert wird.

Nach Prinz Max S. 593 f. brachte die Note die Gewißheit, daß „die schlimmsten Waffenstillstandsbedingungen zu gewärtigen“ seien; jedoch habe „im ersten Augenblick das Gefühl der Erleichterung“ überwogen: „die Armee braucht Foch nicht zu fragen.“ Im gleichen Sinne Groener S. 450: „Wir brauchten diesen letzten Schritt jedoch nicht zu tun, brauchten die weiße Fahne nicht aufzuziehen, da am Nachmittag die Nachricht von Foch einlief, daß er die deutschen Vertreter zur Entgegennahme der Bedingungen erwarte.“ Dazu Anm. 7.

## 132.

**Oberst von Haefkens über die Besprechung General Groeners mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Generalkommission der Gewerkschaften am 6. November 1918**

Nachlaß Haefkens, Erinnerungen. Auszug.<sup>1)</sup>

Die aufgeforderten Herren<sup>2)</sup> erschienen zu der angegebenen Zeit<sup>3)</sup> bis auf Ebert und Groener. Der Beginn der Besprechung verzögerte sich daher bis zu deren Eintreffen um eine halbe Stunde. Während dieser Zeit hörte ich ein Telefongespräch mit an, das Scheidemann mit dem in Kiel anwesenden Noske führte.<sup>4)</sup> Hiernach schilderte Noske die Lage in Kiel als fast hoffnungslos. Es drohe ein allgemeines Chaos, und die Macht ginge immer mehr in die Hände der revolu-

<sup>1)</sup> Dazu eine Fußnote Haefkens, in der es heißt, er sei „der einzige der Anwesenden, der über diese bedeutsame Aussprache Aufzeichnungen“ besitze, die sowohl Groener bei seinen Aussagen im Dolchstoßprozeß als auch Prinz Max für seine Erinnerungen benutzt habe und die auch Ebert zur Verfügung gestanden hätten.

Vgl. Prinz Max S. 591 ff., unter Berufung auf Haefkens, der ihm mündlich Meldung erstattet und auf seinen Wunsch auch einen schriftlichen Bericht vorgelegt habe. Die Darstellung des Prinzen, die mit dem hier veröffentlichten Auszug weitgehend, teilweise wörtlich, übereinstimmt, ist wiederabgedruckt bei Berthold-Neef S. 88 f. Ferner Hans Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege. Leipzig 1928, S. 379 f. (Abdruck der Zeugenaussage Groeners im Münchener Dolchstoßprozeß von 1925, der sich ebenfalls auf die Niederschrift Haefkens beruft); Groener S. 450 f.; Niemann, Revolution S. 258 ff. (unter Benutzung der Erinnerungen des Prinzen Max).

<sup>2)</sup> Dazu Nachlaß Haefkens a.a.O.: Nach Schluß der Kabinettsitzung vom 5. 11. 1918 [s. Nr. 129] habe er, Haefkens, Groener gefragt, ob dieser „seinen entschiedenen Standpunkt in der Abdankungsfrage nicht dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften am nächsten Tage persönlich kundtun wolle“, und, nachdem Groener zugestimmt habe, mit Scheidemann und Wahnschaffe verabredet, „daß die Besprechung am nächsten Mittag um 1 Uhr [s. die folgende Anm.] in der Reichskanzlei stattfinden“ solle. Auf Vorschlag Scheidemanns habe er „Ebert, Scheidemann, Südekum, David, Bauer, Legien, Robert Schmidt und Landsberg“ (dazu Anm. 6) zur Teilnahme aufgefordert.

Vgl. ferner den Brief Wahnschaffes an Simons vom 2. 8. 1919, veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. 8. 1919, wiederabgedruckt bei Niemann, Revolution S. 415 ff., in dem Wahnschaffe es für sich in Anspruch nimmt, die Besprechung „veranlaßt“ zu haben. Prinz Max S. 581 bringt beide Versionen auf einen Nenner, indem er schreibt, dieser Versuch, die Kluft in der Abdankungsfrage zu überbrücken, sei von „Haefkens und Wahnschaffe“ unternommen worden.

<sup>3)</sup> Nach Haefkens 13 Uhr (s. Anm. 2); ebenso mehrfach in der Literatur, die Haefkens Angaben folgt (s. Anm. 1). Dagegen Nachlaß David, Kriegstagebuch, wo die Besprechung mit der Zeitangabe „11 bis 1 Uhr“ registriert wird. Auch der Terminkalender des Reichskanzlers, Nachlaß Prinz Max, vermerkt 11 Uhr. Für diesen Zeitpunkt war die Besprechung, deren Anfang sich verzögerte, vermutlich einberufen worden. Sie begann jedoch möglicherweise noch während der Sitzung des Kriegskabinetts, die Scheidemann und Groener, wie sich aus Nr. 131a schließen läßt, vor Ende verlassen haben dürften.

<sup>4)</sup> Es handelt sich um das Gespräch, zu dem Scheidemann aus der Kabinettsitzung abberufen worden war; vgl. Nr. 131a, bes. Anm. 21 und 37.

tionären Matrosen über. Durch die Aufregungen dieser Tage sei er völlig erschöpft und elend, so daß er gezwungen sei, das Bett aufzusuchen.<sup>5)</sup>

Nachdem alle Herren<sup>6)</sup> versammelt waren, besprach zunächst Ebert die Lage in kurzen Ausführungen. Es sei jetzt nicht die Zeit, nach dem Schuldigen für den allgemeinen Zusammenbruch zu suchen. Die allgemeine Stimmung im Volke sähe aber im Kaiser den Schuldigen, ob mit Recht oder Unrecht, sei jetzt gleichgültig. Die Hauptsache sei, daß das Volk den vermeintlich Schuldigen an dem Unglück von seinem Platz entfernt sehen wolle. Daher sei die Abdankung des Kaisers, wenn man den Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre und damit die Revolution verhindern wolle, unumgänglich notwendig. Er schlage vor, daß der Kaiser noch heute, spätestens morgen, freiwillig seine Abdankung erkläre und einen seiner Söhne, vielleicht den Prinzen Eitel Friedrich oder Prinz Oskar, mit der Regentschaft betraue. Der Kronprinz sei im jetzigen Augenblick „unmöglich“, da er bei den Massen zu verhaßt wäre. General Groener erwiderte kurz und scharf, daß von einer Abdankung des Kaisers nicht die Rede sein könne. Im jetzigen Augenblick, wo die Armee noch im letzten schweren Ringen mit dem Feinde stünde, sei es unmöglich, ihr den Obersten Kriegsherrn und damit den autoritativen Halt zu nehmen. Solange wir noch im Kampfe mit dem äußeren Feinde stünden, müßten die Interessen der Armee allem anderen vorangestellt werden. Er lehne es daher auf das allerentschiedenste ab, in der Abdankungsfrage irgendeinen Schritt zu unternehmen oder wohl gar dem Kaiser derartiges vorzutragen.

Die Abgeordneten David und Südekum versuchten daraufhin, General Groener nochmals in eindringlichen Worten die Notwendigkeit der Abdankung klarzumachen. Beide erklärten, sie seien keineswegs Gegner der Monarchie an sich, und dieser Schritt würde in keiner Weise die Abschaffung der Monarchie bedeuten. Große Teile der deutschen Sozialdemokratie würden sich mit der monarchischen Staatsform bei einem parlamentarischen System<sup>7)</sup> durchaus abfinden.

Während der fast akademisch gehaltenen Ausführungen des Abgeordneten David war der Staatssekretär Scheidemann ans Telephon gerufen worden.<sup>8)</sup> Nach wenigen Minuten kam er kreidebleich, vor Aufregung am ganzen Körper zitternd, wieder herein und unterbrach den Abgeordneten David mit den Worten: „Die Abdankungsfrage steht jetzt gar nicht mehr zur Diskussion. Die Revolution marschiert. Eben habe ich die Nachricht erhalten, daß zahlreiche Kieler Matrosen in Hamburg und Hannover die staatlichen Machthaber festgenommen und die öffentliche Gewalt an sich gerissen haben. Das bedeutet: Die Revolution!“

<sup>5)</sup> Nach der Wiedergabe des Gesprächs bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 196 sagte Noske, „daß er nahezu zusammenbreche infolge der Riesenarbeit, die auf ihm laste.“

<sup>6)</sup> Vgl. Anm. 2. Fraglich erscheint jedoch die Teilnahme Landsbergs, der bei Prinz Max S. 591 und auch in der übrigen Literatur nicht erwähnt wird.

<sup>7)</sup> Bei Prinz Max S. 592: „mit einer Monarchie mit sozialem Einschlag nach parlamentarischem System“.

<sup>8)</sup> A.a.O.: „Während der mehr akademisch gehaltenen Ausführungen von David kam Scheidemann [vom Telephon] zurück [. . .]“ Dieser Satz erweckt den irr tümlichen Eindruck, als ob Scheidemann von dem eingangs erwähnten Gespräch mit Noske zurückgekommen sei. Es dürfte sich jedoch um zwei verschiedene Gespräche handeln. Vgl. auch Nr. 131a bes. Anm. 44.

Er schloß mit den Worten: „Meine Herren, jetzt gilt es nicht mehr zu diskutieren, jetzt gilt es zu handeln. Wir alle wissen nicht, ob wir morgen noch auf diesen Stühlen sitzen werden.“ Dem aufgeregten Scheidemann gegenüber blieb **Ebert** jedoch von unerschütterlicher Ruhe. Er erklärte, noch sei nichts entschieden. Was die Frage der Monarchie anbeträfe, so seien er und Scheidemann im Gegensatz zu den übrigen Herren zwar überzeugte Republikaner, aber die Frage: Monarchie oder Republik habe vorläufig für sie nur eine theoretische Bedeutung. In der Praxis würden auch sie sich mit der Monarchie mit parlamentarischem System abfinden. Er rate daher dem General Groener dringend, die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie zu ergreifen und die schleunige Beauftragung eines der kaiserlichen Prinzen mit der Regentschaft zu veranlassen.<sup>9)</sup> Der Abgeordnete **Südekum** unterstützte die Ausführungen Eberts mit bewegten Worten, und mit Tränen in den Augen und mit leidenschaftlicher Stimme beschwor er den General Groener, auf den Ebertschen Vorschlag einzugehen, sonst stünde eine furchtbare Katastrophe bevor, „deren Folgen keiner von uns heute absehen könne“. Auch **Legien** sprach sich im gleichen Sinne aus.

Hierauf erwiderte General **Groener** kurz und sehr bestimmt, fast scharf, der Vorschlag sei für ihn indiskutabel.<sup>10)</sup> Er sei autorisiert, den Herren zu eröffnen, daß sämtliche kaiserlichen Prinzen sich mit ihrem Vater solidarisch erklärt hätten und, falls ihr Vater gezwungen würde, gegen seinen Willen abzudanken, keiner der kaiserlichen Prinzen bereit sei, die Regentschaft zu übernehmen. Sofort nach dieser Erklärung erhob sich **Ebert** mit den Worten: „Unter diesen Umständen erübrigt sich jede weitere Erörterung, jetzt müssen die Dinge ihren Lauf nehmen.“ Zu General Groener gewandt schloß er: „Wir danken Ihnen, Exzellenz, für die offene Aussprache und werden uns stets gern der Zusammenarbeit mit Ihnen während des Krieges erinnern. Von nun an trennen sich unsere Wege. Wer weiß, ob wir uns je wieder sehen werden.“ Sämtliche Herren erhoben sich bei diesen Worten und verabschiedeten sich von General Groener und mir — wortlos und tiefernt durch einen feierlichen Händedruck.

Als die Herren sämtlich das Zimmer verlassen hatten, äußerte ich [**Haefstens**] zu General Groener: „Das bedeutet die Revolution — diese Führer haben die Massen nicht mehr in der Hand. Wenn sie deren Willen nicht tun, sind die Generäle ohne Truppen.“ Ich bat daraufhin General Groener um Abberufung aus meiner jetzigen Stellung. Meine Aufgabe sei jetzt in der Front und nicht in der Heimat, wo wir dicht vor der Revolution stünden. General **Groener** lehnte dies jedoch ab

<sup>9)</sup> A.a.O.: „Ebert blieb unerschütterlich ruhig: „Noch sei nichts entschieden. Im Gegensatz zu den übrigen Herren sei er zwar überzeugter Republikaner, auch in der Praxis, aber mit einer Monarchie mit sozialem Einschlag unter parlamentarischem System werde auch er sich abfinden. Ich rate Ihnen, Herr General, dringend, noch einmal die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie zu ergreifen und sogleich beschleunigt die Betrauung eines kaiserlichen Prinzen mit der Regentschaft zu veranlassen.“

<sup>10)</sup> In seiner Zeugenaussage im Dolchstoßprozeß bekannte Groener sich „schuldig“, daß er nicht auf Eberts Vorschlag eingegangen sei „und nicht sofort gesagt habe: Herr Ebert, ein Mann, ein Wort. Wir wollen zusammengehen: Ich Sorge dafür, daß der Kaiser abdankt, und Sie sorgen dafür, daß die Sozialdemokratische Partei wie ein Mann hinter Sie tritt und die Monarchie verteidigt [ . . . ] Vielleicht wäre die Möglichkeit gewesen, die Monarchie zu retten“; nach Herzfeld (s. Anm. 1) S. 380 f. Dazu Groener S. 451.

mit den Worten: „Na, na, vorläufig sind wir so weit doch noch nicht. Sie müssen auf Ihrem Posten verbleiben.“

Wie ich später erfuhr, waren die sozialdemokratischen Herren von der Besprechung mit General Groener unmittelbar zu einer Sitzung der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei aus dem ganzen Reich ins Reichstagsgebäude gegangen.<sup>11)</sup> Hier ist unter dem Eindruck der Unterredung mit General Groener, der schlimmen Nachrichten aus dem Reich und unter der Einwirkung des sehr radikalen Herrn Scheidemann das der Regierung in der Abdankungsfrage zu stellende Ultimatum, das in seiner Wirkung gleichbedeutend mit dem Übertritt der Sozialdemokratie in das Lager der Revolutionäre war, beschlossen worden.<sup>12)</sup>

<sup>11)</sup> Gemeint ist die Sitzung der Reichstagsfraktion mit dem Parteiausschuß, die um 14 Uhr begann. Vgl. SPD-Fraktion, 6. 11. 1918. Dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 204 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 264 f.; Prinz Max S. 596 f.

<sup>12)</sup> Irrtum Haefens. Das Ultimatum wurde erst in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion vom 7. 11. beschlossen. Dazu Nr. 137.

### 133.

#### 6. 11. 1918, nachm.: Sitzung des Gesamtkabinetts

Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> Überschrift: „Kr[iegs]-k[abinett] 6. 11. 1918. 5 Uhr nachm.“

Solf referiert über die Delegation.<sup>2)</sup>

Wahnschaffe über Hamburg.

Haußmann über Scheidemann.<sup>3)</sup> Mitteilungen:

a) [für] Hamburg Stolten<sup>4)</sup> und Stubbe<sup>5)</sup> zu legitimieren und dazu Blunck<sup>6)</sup> auf seinen Antrag<sup>7)</sup>,

b) daß es morgen in Berlin losgeht.<sup>8)</sup>

<sup>1)</sup> Ein amtliches Protokoll ist nicht überliefert. Vgl. Prinz Max S. 595 ff.

<sup>2)</sup> Gemeint: Waffenstillstandsdelegation, die kurz nach 17 Uhr von Berlin abfuhr; vgl. Erzberger S. 326 f. sowie Erzbergers Manuskript: „Waffenstillstandsverhandlungen mit Frankreich“ (s. Nr. 131c).

<sup>3)</sup> Scheidemann nahm an der gemeinsamen Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der SPD teil (s. Nr. 132 Anm. 11) und kam daher erst später in die Kabinettsitzung.

<sup>4)</sup> Otto Stolten, Redakteur in Hamburg, M.d.R. (SPD) seit 1913.

<sup>5)</sup> Heinrich Stubbe, Vorsitzender der Landesorganisation der SPD in Hamburg, M.d.R. (SPD) seit 1915.

<sup>6)</sup> Andreas Blunck, Rechtsanwalt in Hamburg, M.d.R. (Fortschrittl. Volkspartei) seit 1912.

<sup>7)</sup> Da zu Anm. 9.

<sup>8)</sup> Vgl. den als Nr. 150 abgedruckten Bericht des Generalobersten von Linsingen, in dem es heißt: „Die am Vormittag des 6. 11. 1918 eingehenden Nachrichten machten es wahrscheinlich, daß es am 7. 11. 1918, dem Jahrestag der russischen Revolution, zu Unruhen kommen würde.“

Beschluß: Brief an Stolten, daß sie die gleiche Erklärung wie Noske abgeben dürfen.<sup>9)</sup>

**v. Mann** berichtet über Warnemünde. Die treuen Matrosen werden terrorisiert und fahren nach Hamburg und Berlin. Offiziere sind angewiesen, in ihren Wohnungen zu bleiben und sich nicht zu rühren. Hungersnot unmittelbar bevorsteht. Schiffe mit roter Fahne sind Seeräuber.

**Gröber:** Wenn sie sich nicht unterwerfen.

**Haußmann:** Ja nicht auf Schiffe mit roter Fahne schießen, wenn [man] dämpfen will. Die Mannschaften, die hier kaserniert sind, freilassen. Man darf sich nicht an die Minute 6 Uhr halten. Die Schiffe müssen unterrichtet werden.

**Roedern:** Schutz der Ämter. Ich würde schießen, wenn meine Munition noch reicht.

**Scheüch:**<sup>10)</sup> Die Stadt ist in Reviere eingeteilt, je ein Bataillon in Häusern unauffällig verteilt.<sup>11)</sup> 3 Jägerbataillone in Zossen im Süden von Berlin. 4 Bat[ailone] des 4. Armeekorps / Die Militärtruppen genügen, um einen Aufruhr niederzuschlagen, wenn das Militär sicher ist. Wir müssen den Dingen freien Lauf lassen.

**v. Mann:** Kann man nicht Offiziere organisieren?<sup>12)</sup>

<sup>9)</sup> Dazu das Schreiben Payers vom 6. 11. an die Abgeordneten Stolten, Blunck und Stubbe, maschinenschriftl. Abschrift aus den Akten der Reichskanzlei im Nachlaß Prinz Max: „Wie mir der Herr Staatssekretär Scheidemann mitteilt, beabsichtigen Sie, heute nach Hamburg zu reisen, um dort mit Deputationen der Soldaten und Arbeiter Verhandlungen zu führen. Der Herr Reichskanzler hält es daher für richtig, Ihnen mitzuteilen, daß heute der Staatssekretär Scheidemann im Auftrag der Reichsregierung den Reichstagsabgeordneten Noske ersucht hat [vgl. Nr. 131a Anm. 37], den Arbeitern und Soldaten in Kiel folgendes zu eröffnen: In der Regierung besteht vollkommene Einigkeit in der Amnestiefrage. Sie ist sich auch einig dahin, daß Straffreiheit gewährt werden soll allen denen, die sich jetzt gegen die Manneszucht vergangen haben. Ausgenommen müssen natürlich bleiben für beide Fälle — und da befindet sie sich ja in Übereinstimmung mit den Forderungen, die gestellt worden sind — diejenigen, die gemeine Verbrechen begangen haben. Voraussetzung ist in beiden Fällen, daß die Mannschaften bis heute abend in ihre Stellungen und auf ihre Stationen zurückkehren und daß sie die Waffen und die Munition, deren sie sich gewaltsam bemächtigt haben, zurückgeben.“

Die Regierung sucht sofort Verbindung mit dem Kaiser, der nach den bestehenden Rechtsverhältnissen die hier gefaßten Beschlüsse sanktionieren muß.

Der Herr Reichskanzler ist damit einverstanden, daß Sie den Arbeitern und Soldaten in Hamburg dasselbe eröffnen.“

<sup>10)</sup> Vgl. Prinz Max S. 596: „Scheüch unterrichtet uns über die Abwehrmaßnahmen der Berliner Kommandobehörden.“

<sup>11)</sup> Vgl. a.a.O.; für die anschließend von Prinz Max referierten Maßnahmen, durch die alle „Angehörigen des Heeres und der Marine aus dem Bereich des IX. Armeekorps“ (Sitz des Generalkommandos: Altona) von Berlin und der Mark Brandenburg ferngehalten werden sollten, s. Nr. 150.

<sup>12)</sup> Nach Prinz Max S. 597 ging von Mann auch die Anregung aus, die im folgenden diskutierte „Bildung von Bürger- und Bauernwehren beschleunigt ins Werk zu setzen — das sei vielleicht das einzige Mittel, um den inneren Zusammenbruch zu verhindern. Das Militär allein werde der sich schnell ausbreitenden Bewegung kaum Herr werden — so sagte Ritter v. Mann, der noch gestern mit großer Macht in Kiel eindringen wollte.“

**Scheüch:** Wir machen Kompagnien mit 10/15 Offizieren.<sup>13)</sup>

**Haußmann:** Bürgerwehren / Gewerkschaften / Zentralstellen schützen / Friedensaussprache.

**Drews:** Versammlungen verbieten / morgen 12 Uhr letzte Erwägung. Versammlung nicht überwachen. In der Schutzmannschaft ist der Geist noch recht ordentlich.<sup>14)</sup>

**Simons:** Volkswehr / Aufruf.

v. Waldow für Volkswehr.

**Haußmann:** Scheidemann kommt und sagt, bisher sei nur gemeldet, daß sich in Moabit etwas rege.

Flugblatt<sup>15)</sup> / Reichstag

Debatte: Beschluß, den Reichstag auf Samstag<sup>16)</sup> einberufen.

v. Waldow: Ernährungserhöhung / Wenn Waffenstillstand eingeleitet, Brot um 40 Gramm erhöht<sup>17)</sup> / Wenn Ruhe und Ordnung im Lande ist / Kritischer Tag.

**Scheidemann:**<sup>18)</sup> Große Erregung der Arbeiter. Entspannung durch Waffen-

<sup>13)</sup> Vgl. a.a.O. S. 596: „Kompagnien mit 10 bis 15 Offizieren werden gebildet [ . . . ]“

<sup>14)</sup> Vgl. a.a.O.: „Drews hat erklärt, Vertrauen zur Berliner Schutzmannschaft zu haben.“

<sup>15)</sup> Es ist nicht zu klären, von welchem „Flugblatt“ Haußmann spricht. Gemeint sein könnte der am 6. 11. vom sozialdemokratischen Parteivorstand im „Vorwärts“ veröffentlichte Aufruf, abgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 371 f., oder das bei Schulthess 1918/I S. 418 wiedergegebene sozialdemokratische Flugblatt, von dem es heißt, es sei an diesem Tage auf den Straßen Berlins verteilt worden — ob bereits vor Annahme der von Fraktion und Parteiausschuß beschlossenen Resolution (s. Anm. 20) geht aus dem Wortlaut nicht eindeutig hervor.

Möglicherweise bezieht sich Haußmann auch auf die vom 6. 11. datierte „Mahnung des Reichskanzlers an das deutsche Volk“, die das Eintreffen der Antwortnote Wilsons und die Abreise der Waffenstillstandsdelegation (vgl. Nr. 131b.c, bes. Anm. 15) zum Anlaß nahm, vor „Unruhe und disziplinlosem Verhalten“ zu warnen: „Aufrechterhaltung der bisher gewährten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungsstunde eine unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.“ Für den Wortlaut vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 7. 11. 1918, Morgenausgabe; Prinz Max S. 598 f.; Schulthess 1918/I S. 417.

<sup>16)</sup> 9.11.1918. Dazu Nr. 135.

<sup>17)</sup> Staatssekretär v. Waldow erließ am 7. 11. eine Bekanntmachung, daß ab 1. 12. 1918 die Brotration erhöht werden würde, da der „Frieden und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht“ ständen. Vgl. Schulthess 1918/I S. 423.

<sup>18)</sup> Scheidemann berichtete über den bisherigen Verlauf der gemeinsamen Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der SPD, die um 14 Uhr begonnen hatte und „bis in die Abendstunden hinein währte“; so „Vossische Zeitung“, 7. 11. 1918, Morgenausgabe.

Nach Prinz Max S. 596, der sich vermutlich auf Haußmanns Notizen stützt, „eröffnete [Scheidemann] uns, wir müßten unter allen Umständen mit einem offiziellen Schritt in der Abdankungsfrage rechnen. Im Augenblick kämpften noch zwei Strömungen miteinander; ein Teil der Partei dränge auf ein befristetes Ultimatum, der andere wolle sich damit zufrieden geben, daß der Parteiausschuß öffentlich seine Billigung zu dem von Scheidemann an mich gerichteten Briefe [s. die folgende Anm.] ausspreche. Scheidemann drohte: die Kaiserfrage springt in die republikanische über, wenn sie nicht eine rasche Lösung findet. Die Erregung unter den Arbeitern sei groß, er hoffe auf Beruhigung durch den unmittelbar bevorstehenden Waffenstillstand — aber nur dann, wenn die Abdankung vorher erfolgt sei.“

stillstand. Die Leute wollen die Regierung nicht sprengen. Freilich müßte Kaiserfrage gelöst sein.

2 Strömungen: 1. befristetes Ultimatum, 2. Billigung des Vorstands zum Brief von mir.<sup>19)</sup>

Allgemein erklärt, daß die Kaiserfrage in die republik[anische] Frage überspringen drohe, wenn nicht bald gelöst.<sup>20)</sup>

**Bericht des Vertreters des Kommandos der Marken: Die innere Stadt / Spree-, Landwehrkanal. Garderegimenter junger Ersatz gut.**

<sup>19)</sup> Scheidemanns Brief an den Reichskanzler vom 29. 10. 1918; vgl. Nr. 111 Anm. 9.

<sup>20)</sup> Entgegen den Intentionen Scheidemanns verzichteten Reichstagsfraktion und Parteiausschuß „nach ausgiebiger Beratung auf die Stellung eines Ultimatums“ in der Kaiserfrage; SPD-Fraktion, 6. 11. 1918. Für die von der Konferenz angenommene EntschlieÙung, über die noch keine Einigkeit erzielt worden war, als Scheidemann im Kabinett berichtete (s. Anm. 18), vgl. u. a. Schulthess 1918/I S. 418; Prinz Max S. 597; Scheidemann, Memoiren II S. 264 f. Die Resolution forderte „Waffenstillstand ohne jeden Verzug“, „Amnestie für militärische Vergehen“ und „unverzügliche Demokratisierung der Regierung sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten“. Abschließend hieß es, daß Fraktion und Parteiausschuß, „den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage erwarten.“ Dabei erscheint unklar, auf welchen „Schritt“ sich die Resolution bezieht, ob etwa auf den Brief Scheidemanns an den Kanzler (s. Anm. 18 und 19) oder auf das Gespräch mit Groener (s. Nr. 132).

Scheidemann, Memoiren II S. 264 f. betont, daß er „ein kurz befristetes Ultimatum für eine Selbstverständlichkeit“ und den dilatorischen Beschluß „für eine bedauerliche, kaum wieder gutzumachende Halbheit“ gehalten habe. Bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 204 f. ist von „einigen Zauderern“ die Rede, die sich mit der Motivation, daß sonst „die Reichstagsmehrheit schließlich in die Brüche“ gehe, gegen ein solches Ultimatum gewandt hätten. Er selbst habe für den Fall, daß der Kaiser bis zum anderen Mittag nicht abgedankt habe, die Ermächtigung zu seinem eigenen Rücktritt gefordert, die ihm jedoch verwehrt worden sei. Hierauf habe er sich „als überzeugter Demokrat [. . .] auch in dieser Situation der Mehrheit“ gefügt.

## 134.

### 6. 11. 1918: Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an König Ludwig III. von Bayern

BGStA München, MA 1943 D.R., Pol. Archiv VII/18, Maschinenschrift.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Allernädigster König und Herr!

Im Hinblick auf die bedeutungsvollen Ereignisse des Tages wurden heute im Auswärtigen Amte zwei Besprechungen — vor- und nachmittags — abgehalten. Sie standen vor allem unter dem Eindruck der sehr ernstesten Unruhen, die in Kiel ausgebrochen sind und von dort auf Hamburg, Lübeck und Schwerin übergriffen haben. Die Bewegung ist anscheinend infolge des Gerüchts entstanden<sup>1)</sup>,

<sup>1)</sup> Dazu die in Nr. 117b Anm. 20 zitierte Literatur.

die Oberste Marineleitung plane noch eine große Seeschlacht gegen England, in der die deutsche Flotte nötigenfalls einen ehrenvollen Untergang suchen solle. Als das Geschwader zu einer gewöhnlichen kurzen Fahrt auslaufen sollte, glaubten die Matrosen, daß es sich um diese Aktion handle. Die Heizer löschten daher die Feuer aus, so daß die Schiffe nach Kiel zurückkehren mußten. Dort brach dann ein offener Aufruhr der Mannschaftsbesatzung sämtlicher Schiffe — man spricht von insgesamt 40000 Aufständischen — aus. Auf den Schiffen wurde die rote Flagge gehißt, wobei verschiedene Offiziere, die sich dem widersetzen wollten, erschossen wurden.<sup>2)</sup> Im übrigen wurden die Offiziere ihrer Kokarden beraubt und interniert. Die Arbeiterschaft Kiels trat gestern in einen allgemeinen Sympathiestreik ein. Sämtliche aus Kiel hinausführenden Wege sind mit Wachen der Aufrührer besetzt, die niemand hinauslassen. Vier Kompagnien Infanterie, die aus Rendsburg herangezogen wurden, wurden zum Teil bei ihrem Eintreffen auf dem Bahnhofe Kiel von den Aufständischen entwaffnet, zum Teil weigerten sie sich, gegen die letzteren mit den Waffen vorzugehen. Auch auf dem Schloß in Kiel mußte die Flagge des Prinzen Heinrich durch die rote Flagge ersetzt werden. Seiner Königlichen Hoheit selbst ist es gelungen, im Auto aus Kiel zu entkommen. Als er von Aufständischen, die ihm mittels Automobils nachgefahren waren, angehalten wurde, schoß er, wie es heißt, zwei Matrosen nieder und machte dadurch die Bahn für sich frei.<sup>3)</sup> Das bürgerliche und geschäftliche Leben in Kiel scheint nicht ernstlich gestört zu sein. Doch sollen mehrere Marineoffiziere ihr Leben eingebüßt haben, als sie versuchten, einen Angriff auf eine Bank abzuwehren.

Die Aufständischen scheinen sich darüber, was sie eigentlich wollen, nicht recht klar zu sein. Durch Funkspruch haben sie die Errichtung einer „Republik Kiel“ verkündet. Dem Staatssekretär Haußmann und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Noske, die von hier aus nach Kiel entsandt wurden, haben sie verschiedene Forderungen unterbreitet, so die auf Abschaffung der Offizierskasinos, der Grußpflicht gegenüber den Offizieren sowie auf Straffreiheit für ihren Aufruhr. Wie Dr. Rhomberg<sup>4)</sup> heute nachmittag mitteilte, ist Staatssekretär Scheidemann eifrig bemüht, die Bewegung in die Hand zu bekommen.

In Hamburg ist es zur Besetzung einiger Banken durch die Aufständischen und zur Ausrufung einer Volksrepublik gekommen. Die Bewegung in Schwerin, wo sich ein Soldatenrat gebildet hat, ist bis jetzt verhältnismäßig ruhig verlaufen. Militärische Operationen gegen die Aufständischen scheinen nicht beabsichtigt zu sein. Man hofft vielmehr, die Sache gütlich beizulegen, wozu die jetzt rasch in Gang kommenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen wohl beitragen dürften.

Der zweite wichtige Punkt der Besprechungen war die heute eingetroffene Antwort der amerikanischen Regierung<sup>5)</sup> auf die letzte deutsche Note.<sup>6)</sup>

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 129 Anm. 50.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 131a Anm. 3 und 41.

<sup>4)</sup> Geheimer Legationsrat im Auswärtigen Amt (Politische Abteilung).

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 131b.c Anm. 15.

<sup>6)</sup> Vom 27. 10. 1918.

Wie ich Euerer Königlichen Majestät ganz vertraulich zu melden habe, hatte mich Staatssekretär Solf heute früh wissen lassen, daß das Kriegskabinet — offenbar unter dem Eindruck der oben geschilderten Ereignisse — soeben beschlossen habe, auf die Antwort Wilsons nicht länger zu warten und sofort Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten.<sup>7)</sup> Der Staatssekretär fügte bei, daß als deutsche Delegierte Staatssekretär Erzberger und Gesandter Graf Oberndorff sich heute an die Front begeben würden. Noch ehe dieser Beschluß zur Ausführung gelangen konnte, ist dann die Antwort Wilsons durch den Funkspruch, den der Schweizer Gesandte in Washington Sulzer über Nauen nach Bern gesandt hat, hier bekanntgeworden. Im Auswärtigen Amt ist man durch den Inhalt der Antwort sehr befriedigt und erleichtert. Dr. Rhomberg<sup>4)</sup> führte aus, daß das wesentliche der Antwort<sup>6)</sup> sei, daß die Entente sich danach auf den Boden der 14 Punkte Wilsons stellt, bis auf zwei Vorbehalte wegen der Freiheit der Meere und wegen der Frage der Entschädigung. Man habe Wilson gegenüber mißtrauisch sein können, ob es ihm mit seinem Programme auch wirklich ernst sei. Seine Antwort bestätige dies aber und zeige, daß er in Versailles seinen Standpunkt mit Entschiedenheit vertreten habe. Sehr erfreulich sei auch die Annahme des Wilsonschen Punktes bezüglich der Kolonien. Sie bedeute eine gerechte Verteilung des Kolonialbesitzes und berechtige daher zu der Erwartung, daß wir, wenn auch nicht genau wieder unsere bisherigen Kolonien, so doch einen entsprechenden Kolonialbesitz erhalten würden. Darüber, auf welchen Betrag sich die Entschädigungssumme belaufen wird, die wir nach der Wilsonschen Note an die Gegner bezahlen sollen, konnte Dr. Rhomberg auch eine ungefähre Angabe nicht machen. Doch meinte er, daß daran der Frieden nicht werde scheitern können. Man werde sehen müssen, bei den Verhandlungen möglichst billig durchzukommen.

Generalfeldmarschall von Mackensen<sup>8)</sup> hat Befehl erhalten, mit allen seinen Truppen nach Deutschland zurückzukehren. Wenn die ungarischen Bahnen nicht benützt werden können, wird er durch Ungarn durchmarschieren, was ihm bei der Stärke seiner Truppen gelingen dürfte. Entsprechend dem Wunsche der ukrainischen Regierung werden die in der Ukraine befindlichen deutschen Truppen vorerst noch nicht zurückgezogen. Wenn die Entente von Odessa auch nach Norden vordringen sollte, werden sich unsere Truppen zurückziehen. Die Entente will offenbar den Kampf gegen den Bolschewismus mit allen Mitteln aufnehmen. Die Ukraine soll wieder mit Großrußland vereinigt werden, jedoch Autonomie erhalten.

Nach einer Meldung aus Wien wurde der deutsche Staatsrat nach Schönbrunn berufen, um den Waffenstreckungsbedingungen zuzustimmen. Dr. Adler<sup>9)</sup> hat dies aber abgelehnt.<sup>10)</sup> Graf Andrassy hat seine unrühmliche Amtstätigkeit nach 8 Tagen niedergelegt<sup>11)</sup> und soll jetzt ganz gebrochen sein. Die Geschäfte des Ministeriums des Äußern werden von dem Sektionschef von Flotow geführt.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 131a (bes. auch Anm. 1 und 24) und Nr. 131b.c (bes. Anm. 7 und 8).

<sup>8)</sup> Für das Folgende vgl. Nr. 129.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 122 Anm. 7.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 122 Anm. 9.

<sup>11)</sup> Am 2. 11. 1918. Vgl. Schulthess 1918/II S. 99.

Graf Andrassy hätte gewünscht, daß er von dem Staatsrat gestürzt würde. Dr. Adler hat ihm aber diesen Gefallen nicht getan und empfindet es jetzt angenehm, daß „der K.K. Außenminister die Erbärmlichkeiten der letzten Woche mit seinem Namen gedeckt habe“. Nach der Schilderung des Botschafters Graf Wedel ist Dr. Adler ein deutscher Mann und ein sehr feiner politischer Kopf, mit dem der Botschafter vertrauensvolle Beziehungen unterhält.

Zu dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur russischen Regierung<sup>12)</sup> bemerkte Dr. Rhombert, daß es die höchste Zeit gewesen sei — auch schon aus allgemein politischen Gründen —, daß wir mit der Sowjetregierung brechen, nachdem die ganze zivilisierte Welt einig sei in der Verurteilung des bolschewistischen Systems.

In allertiefster Ehrfurcht  
Euerer Königlichen Majestät  
alleruntertänigst treuehorsamster  
Graf Lerchenfeld

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 129.

### 135.

#### 7. 11. 1918: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.). Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 7. Nov. 1918.“<sup>1)</sup>

Fehrenbach, Stresemann, List, Herold, Landsberg, Dove, Gothein, Molkenbuhr, Fischbeck, Scheidemann, Südekum, Ebert, Haußmann, Junck, Müller-Fulda.

**Fehrenbach** teilt mit, daß er sich mit Payer über die nächste Reichstagsverhandlung verständigt habe, auf nächsten Mittwoch:<sup>2)</sup> 1. Übergangswirtschaft<sup>3)</sup>, 2. Kreditvorlage. Das gibt große politische Debatte, die wohl mehrere Tage dauern werde.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. „Vossische Zeitung“, 7. 11. 1918, Abendausgabe: „Heute beschäftigte sich der interfraktionelle Ausschuß mit der Waffenstillstandsfrage und den preußischen Reformfragen.“ Hingegen hieß es in einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“, 8. 11. 1918, 2. Morgenblatt, die in der hier abgedruckten protokollarischen Aufzeichnung Südekums keinen Rückhalt findet, daß in der Sitzung, die der Interfraktionelle Ausschuß am 7. 11. abgehalten habe, „die Vorgänge in Kiel, Hamburg und Bremen und die gestrigen Beschlüsse der Sozialdemokraten besprochen worden“ seien.

<sup>2)</sup> 13. 11. 1918. Am Vortage hatte sich das Kabinett dafür ausgesprochen, den Reichstag zum 9. 11. einzuberufen; vgl. Nr. 133.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 127a Anm. 27.

<sup>4)</sup> Dazu „Vossische Zeitung“ a.a.O.: „Präsident Fehrenbach hat zu heute nachmittag alle Fraktionsvorsitzenden zu sich geladen. Er wird ihnen vorschlagen, die nächste Reichstags-sitzung am kommenden Mittwoch abzuhalten und neben der allgemeinen politischen Aussprache die neuen Kriegskredite und das Ermächtigungsgesetz für die Übergangswirtschaft zu beraten. Der Präsident rechnet mit einer Tagungsdauer von drei Sitzungen.“

**Fischbeck:** Es ist angeregt worden die Frage weiterer Besetzung von Staatssekretariaten evtl. mit Mitgliedern der Nationalliberalen und weiterhin die Gestaltung der Dinge in Preußen.

**Stresemann:** Wir würden gern Dr. Rießer ins Reichswirtschaftsamt bringen. Darüber möchte ich besonderen Beschluß der Interfraktionellen Kommission haben. In der Reichsleitung sind wir nur durch ein unpolitisches Amt — Reichsjustizamt — vertreten. Im Kriegskabinet ist die Fraktion als solche gar nicht vertreten. Dadurch sind wir in Nachteil gesetzt worden. Wir halten Rießer für einen geeigneten Kandidaten für das Reichswirtschaftsamt. Auch möchten wir im Reichsarbeitsamt den Herrn Dr. Gugelmeier<sup>5)</sup>, Bürgermeister von Lörrach und Nachfolger von Blankenhorn.<sup>6)</sup>

**Fischbeck:** Im Reichswirtschaftsamt tobt jetzt ein großer Streit wegen der Demobilisierung. Gegen die vorgeschlagene Art hat sich Stinnes im Bunde mit den Gewerkschaften ausgesprochen.<sup>7)</sup> Sie verlangen einen Kommissar mit absoluter Gewalt. Ich glaube, daß wäre eine sehr schlimme Geschichte. Das würde ein Durcheinanderregieren des Reichs und der Einzelstaaten ergeben. Wie der Streit im Reichswirtschaftsamt auslaufen wird, ist noch nicht entschieden. Damit hängt die Demission von Stein<sup>8)</sup> zusammen.

**Scheidemann:** Rathenau, Stegerwald und Legien haben mit uns verhandelt. Sie wollen einen Ludendorff für die Aufgabe der Demobilisierung haben, einen Mann, der einfach dekretieren kann. Sie wollen 2 Staatssekretäre<sup>9)</sup> haben, von denen der eine vollkommener Diktator sein soll. Wir haben uns schließlich darauf geeinigt, daß die Verordnung zunächst im Bundesrat angenommen werde<sup>10)</sup> unter Weglassung der Worte: „im Reichswirtschaftsamt“. In den großen Industrien wird es furchtbar werden, z. B. bei Krupp, wo von 118000 Mann sofort 90000 ohne Arbeit sein werden.

**Dove:** Ist dieser Zwiespalt auch im Amte selbst? Dort herrscht ein fürchterlicher Zustand der Unordnung.

**Scheidemann:** Das wird zum Teil zutreffen. Das Reichswirtschaftsamt war eingestellt auf einen glänzenden Sieg oder wenigstens auf einen Ausgang mit einem blauen Auge. Auf ein solches Ende war nichts eingestellt.

<sup>5)</sup> Erwin Gugelmeier, M.d.R. (Nationalliberale Partei) seit 1917.

<sup>6)</sup> Ernst Blankenhorn, M.d.R. (Nationalliberale Partei) 1887—1890 und 1893 bis zu seinem Tode (19. 5. 1917).

<sup>7)</sup> Dazu Preller S. 53.

<sup>8)</sup> Die „Vossische Zeitung“, 7. 11. 1918, Morgenausgabe, hatte eine Meldung der „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ wiedergegeben, wonach im Zusammenhang mit Bestrebungen der Gewerkschaften und der Schwerindustrie auf die Errichtung eines eigenen Staatssekretariats für Demobilisierungsaufgaben von Rücktrittsabsichten des Staatssekretärs v. Stein gesprochen werde.

<sup>9)</sup> D. h. neben dem Reichswirtschaftsamt ein selbständiges Demobilmachungsamt; vgl. Preller S. 53.

<sup>10)</sup> Am 2. 11. hatte der Reichskanzler dem Bundesrat den Entwurf einer Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung (Drucks. Nr. 234) zugeleitet, der in der Sitzung des Bundesrats am 7. 11. zugestimmt wurde; vgl. Protokolle des Bundesrats S. 1490 mit Anlage 2.

**Fischbeck:** Einen starken Mann wünsche auch ich. Aber er soll nicht unten dirigieren, sondern das muß den staatlichen Behörden überlassen bleiben.

**Südekum:** Anspruch der Nationalliberalen anerkennen. Aber gegen Rießer. Das ganze Leben dieses Mannes spricht gegen seine Verwendung im Reichswirtschaftsamt. Dafür ist geeignet Wiedfeldt<sup>11)</sup> und als einer seiner Unterstaatssekretäre Koeth.

**Ebert:** Ich sehe noch keine Notwendigkeit, für die Demobilisierung ein eigenes Staatssekretariat zu begründen. Aber an die Spitze des Reichswirtschaftsamtes gehört ein Mann mit großer Kraft und großen Kompetenzen. Spricht auch gegen Rießer.

**Herold:** Auch bei uns würde Rießer auf Widerstand stoßen.

**Gothein:** Weist noch einmal auf Wiedfeldt<sup>11)</sup> hin. Koeth ist politisch einigermaßen verdächtig.

**Stresemann** spricht sehr für Koeth, dessen politische Tätigkeit sich ganz sicher nicht als verdächtig gezeigt habe. Herrn Wiedfeldt halte ich für sehr günstig. — Nimmt davon Kenntnis, daß von allen Parteien Bedenken gegen Herrn Rießer geäußert worden sind. Man will also einen Bürokraten im Reichswirtschaftsamt. Das erleichtert die Stellung.

Unsere Stellung würde erleichtert, wenn wir mehr Einfluß in der Regierung hätten. Wir wollen auch in der Regierung selbst verantwortlich vertreten sein. Sollen die Staatssekretäre ohne Portefeuille nur eine Kriegerscheinung sein oder sollen sie bleiben?

**Ebert:** Ich kann nicht zugeben, daß die Nationalliberalen in der Regierung nicht genügend vertreten seien. Friedberg ist ja im Kriegskabinet. Sie ist so stark vertreten wie wir. Es kommt also in Frage, ob wir stärker vertreten sein sollen. Die Lage ist so furchtbar, daß wir uns nicht über Personenfragen unterhalten wollen. Die Regelung der preußischen Frage ist wichtiger. Das kann etwas zur Entspannung beitragen.

**Scheidemann:** Ist die Einrichtung der Staatssekretäre gedacht für die Kriegszeit oder darüber hinaus? Wenn ich sie richtig aufgefaßt habe, ist nicht daran gedacht, daß das nur eine Kriegseinrichtung sein soll. Das soll also bleiben. Man hat das Wort vom Kriegskabinet geprägt. Das halte ich für falsch. Ich halte für notwendig, daß wir die Einrichtung beibehalten müssen. Der jetzige Reichskanzler ist ein verhältnismäßig unselbständiger Mann. Um ihn schnurren jetzt schon verschiedene Männer herum, die kein Amt haben und doch alles mögliche mitmachen, z. B. Kurt Hahn, ein Freund von Haußmann. Die Männer mit Ressorts sind so belastet, daß sie nicht am Kabinet teilnehmen können.

Das wichtigste ist jetzt, daß Ernst gemacht wird mit dem, was wir in der Theorie gemacht haben. Der ganze Unterbau ist ja noch geblieben. Von den Parteien muß ernstlich und rücksichtslos die preußische Reform vertreten werden. Personenwechsel an einer ganzen Menge von Stellen. Solange wir da keine Remedur schaffen, bleibt alles beim alten.

<sup>11)</sup> Otto Wiedfeldt, von März bis September 1918 Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation in Kiew, seit 1. 10. 1918 Mitglied des Direktoriums der Krupp AG.

**Fischbeck:** Die Einrichtung eines Kabinetts muß im Reiche bleiben, aber muß auf die gesetzliche Grundlage gestellt werden. In unserem Programm haben wir ja schon die Einrichtung von Reichsministerien vertreten.<sup>12)</sup> Es ist ganz falsch, sich mit dem Gedanken zu tragen, nach dem Kriege alles wieder abzuschaffen.

**Stresemann:** In der Frage der Reichsministerien mit Fischbeck einverstanden. Ebert möchte ich sagen, daß man die Frage der Vertretung der Parteien in der Regierung nicht bloß nach der Stellung im Kriegskabinetts abzählt. Wir müssen wenigstens den Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt haben.

**Fischbeck:** Halte für dringend erforderlich, daß die Parteien klarstellen, wie sie sich die Dinge in Preußen vorstellen. Es fehlt an einer parlamentarischen Mehrheit in Preußen. Die Parteien müssen sich also vorher zusammensuchen. Sie müssen auch bei den Wahlen zusammenarbeiten, sonst geht es nicht. Für dringend notwendig halte ich, daß das bald geschieht. Dieselben Parteien, die im Reichstag die Politik führen, müssen sich bemühen, auch in Preußen die Regierung an sich zu bringen. Die preußischen Minister, selbst wenn sie sich persönlich zur Politik der Reichsregierung durchgerungen haben, wollen doch nicht an den Dingen unten rühren. In Preußen muß Ministerpräsident geschaffen werden, ob Friedberg oder ein anderer. Dann Umgestaltung der einzelnen Ressorts. Pachnicke will auch Schritte tun.

**List:** Wenn nicht in Preußen ein neuer Boden gelegt wird, ist alles nur halb. In allen anderen Bundesstaaten ist parlamentarisiert. Für Preußen käme ein gesonderter Ministerpräsident nach Lage der Dinge wohl in Betracht. Aber man muß tiefer greifen. Uns ist es auch ernst mit der konsequenten Durchführung unseres Programms.

**Landsberg:** Haben wir in Preußen die Voraussetzung eines parlamentarischen Ministeriums? Ist das Zentrum zu haben, die Nationalliberalen? Wenn sie es nicht restlos tun, dann haben wir keine Mehrheit im Landtage. Es kommt auf die sofortige Lösung der Wahlrechtsfrage an. Die Verfassungsbestimmungen können da nicht in Betracht kommen. Die Reaktion hat ganz anders gearbeitet. Wenn sich aus dem Hause kein Widerspruch erhebt, sind wir nicht verpflichtet, die Fristen wahrzunehmen, sonst kommt Weihnachten, ehe wir das preußische Wahlrecht haben. Die Wahlrechtsvorlage, so wie sie jetzt liegt, kann **nicht** angenommen werden. Sie befriedigt weite Volkskreise nicht. Wir brauchen **jetzt** zunächst den Fortfall der Sicherungen. Wir brauchen auch das Frauenwahlrecht. Wir brauchen das Verhältniswahlrecht in Preußen wie im Reiche. Daran kann man in Preußen nicht vorbeikommen. Dazu ist aber ein neues Ministerium notwendig.

**Herold:** Die Wahlrechtsvorlage wird ja jetzt sehr schnell erledigt werden. Was die Sicherungen anlangt, so ist darüber ein Kompromiß zustande gekommen.<sup>13)</sup> Das gleiche Wahlrecht ist damit zur Durchführung gelangt. Jede Änderung des Kompromisses würde eine weitere Verzögerung sein. Wegen der Umgestaltung in Preußen müßte mit den dortigen Fraktionen Fühlung genommen werden. Es liegt darin eine gewisse Schwierigkeit, daß das jetzige Abgeordnetenhaus eine

<sup>12)</sup> Vgl. Punkt 10 des Programms der Mehrheitsparteien vom 30. 9. 1918; Quellen I/II S. 786.

<sup>13)</sup> Vgl. Schulthess 1918/I S. 335, 392 ff.

andere Gestalt hat. Ich sage das alles nicht, um gegen jede Änderung im jetzigen Ministerium zu sprechen.

**Stresemann:** Herold hat ja theoretisch recht, aber wir leben in einer solchen Fiebertemperatur, daß wir nicht stolpern dürfen über die Frist. Während schon ganze Städte sich vom Reich loslösen und in die Hand der Bolschewisten kommen, können wir uns nicht auf die Frist festlegen. Preußen ist der Kern des Reiches. Nicht ob in Baden parlamentarisiert wird, interessiert die Leute, sondern was in Preußen geschieht. Bei unserer Fraktion wird sich die übergroße Mehrheit auf den Boden nicht nur des Wahlrechtes, sondern auch der Parlamentarisierung stellen. Landsberg hat auch Verhältniswahlrecht und Frauenwahlrecht in die Debatte geworfen. Für unsere Frauen trifft das nicht zu. In bezug auf Verhältniswahlrecht kann ich nur für meine Person sprechen und ich glaube, daß in unserer Fraktion die Neigung dazu gewachsen ist.

**Gothein:** Die Herren vom Zentrum wollten immer nicht zum Entschluß kommen. Es handelt sich jetzt um Stunden, nicht mehr um Tage. Wir müssen energisch vorgehen. Es wäre wenigstens notwendig, um eine Erleichterung zu schaffen, in Preußen nur das Wahlrecht zu schaffen, dann erst die weiteren Verfassungsänderungen. Es müsse eine Reihe von Ministern ersetzt werden.

**Ebert:** Das Zentrum übernimmt eine Verantwortung, die es nicht tragen kann. Die Dinge sind nicht mehr aufzuhalten. Hannover ist gefallen. Auch in das Kohlengebiet schlägt das hinüber. Wenn das geschieht, dann ist es nicht mehr aufzuhalten. Magdeburg und Braunschweig werden folgen. Wir müssen handeln, und zwar politische Taten müssen geschehen. Hätten wir die Kaiserfrage in unserem Sinne gelöst, so würden wir etwas Erleichterung haben.

**Herold:** Ich verkenne die Situation durchaus nicht. Ich will die Sache nicht hinausschieben. Wir sind vollständig einig mit Ebert. Es muß Fühlung genommen werden mit dem preußischen Abgeordnetenhaus. Ich will veranlassen, daß die Preußen noch heute zusammentreten. Ich bin auch dafür, daß man sich über Zwirnsfäden hinwegsetzt.

**Stresemann:** Solange Berlin noch hält, ist Hoffnung vorhanden, daß die Dinge noch lokalisiert werden können. Wenn die Herren heute nacht mit den Arbeitern wieder ringen müssen, dann müssen sie heute nacht etwas in den Händen haben. Es muß heute abend veröffentlicht werden, daß in Preußen ein neues Ministerium gebildet wird. Es wäre wohl gut, die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen mit beratender Stimme zuzuziehen, weil sie besser im Bilde sind als die Preußen.

**Fischbeck:** Ich bin sehr dafür, daß das heute um 6 Uhr geschieht.<sup>14)</sup>

Von jeder Reichstagsfraktion 2 Mitglieder.<sup>15)</sup>

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 136.

<sup>15)</sup> Als Teilnehmer an der Besprechung mit den Vertretern der Mehrheitsfraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses.

## 136.

**7. 11. 1918: Besprechung von Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses**

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup>

Anwesend u. a.: Porsch, Savigny, Herold, Stresemann, Pachnicke, Schiffer, Junck, Dove, Hirsch, Südekum, Otto Braun.

Am Nachmittag desselben Tages<sup>2)</sup> fand eine Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages mit denen des [preußischen] Landtages statt, worin die Parlamentarisierung Preußens und die Einführung des Proportionalwahlrechtes in allen Bundesstaaten sowie des Frauenwahlrechtes beschlossen wurde.<sup>3)</sup> Bericht darüber<sup>4)</sup> an das Wolff'sche Büro geliefert.<sup>5)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 266.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 135. Danach war die Besprechung auf 18 Uhr angesetzt worden.

<sup>3)</sup> Vgl. Haußmann S. 266: „Nach dem [Abend-]Essen berichtet Gothein über Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstags und Abgeordnetenhauses: Umwandlung der preußischen Regierung. Je zwei Vertreter des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Umgestaltung des preußischen Wahlrechtes. Einbeziehung der Frauen vom vierundzwanzigsten Jahre an. Einführung des allgemeinen Verhältniswahlrechtes. Zentrumsvertreter wollen zuvor noch an Fraktion referieren, werden voraussichtlich Einverständnis erzielen. Ich opponiere gegen Frauenwahlrecht und Verhältniswahl.“

<sup>4)</sup> Im Nachlaß Südekum a.a.O. befindet sich der wohl von Südekum entworfene Wortlaut dieses Berichts, der vom Abdruck in der Presse (s. die folgende Anm.) nur an einer Stelle abweicht.

<sup>5)</sup> Die vom 7. 11. datierte WTB-Meldung erschien in der Presse am Morgen des 8. 11. Sie lautete: „Heute nachmittag fand unter den Vertretern der Mehrheitsparteien aus dem Reichstag und dem preußischen Landtag eine Besprechung über die Frage statt, in welcher Weise [in Südekums Entwurf folgte hier: schon] jetzt grundlegende Änderungen der einzelstaatlichen Verfassungen, insbesondere Preußens, herbeizuführen wären. Für Preußen kommt namentlich das Wahlrecht und die schleunige Parlamentarisierung der Regierung in Frage. Es wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt. Zu weiterer Erörterung begaben sich noch am Abend Vertreter der vier Mehrheitsparteien zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg.“ Über das Ergebnis dieser Besprechung bei Friedberg vgl. Nr. 140a (Anm. 6).

## 137.

## 7. 11. 1918: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462/1, Maschinschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung des engeren Kriegskabinetts am 7. November 1918.“<sup>2)</sup>

Anwesend: Exzellenzen von Payer, Scheidemann, Graf Roedern, Solf, Gröber, Drews, Trimborn, Scheüch, v. Mann, Haußmann, Wahnschaffe, Min[isterial-]Dir[ektor] Deutelmoser, Regierungsrat von Bornstedt.

**v. Payer:** Die Sozialdemokraten haben dringende Einwendungen gegen das Versammlungsverbot<sup>3)</sup> heute abend erhoben.

**Drews:** Ich habe schon gestern empfohlen, die Versammlungen stattfinden zu lassen und nicht zu überwachen.<sup>4)</sup>

**Gröber:** Nach allen Meldungen ist ein Putsch beabsichtigt. Das Thema „Russische Revolution“ muß aufhetzend wirken. Sollen wir selbst dazu mitwirken? Wenn man glaubt, daß die Truppe zuverlässig ist, muß man derartige Versammlungen verbieten.

**Scheüch:**<sup>5)</sup> Es ist unbedingt notwendig, dem Oberbefehlshaber in den Marken<sup>6)</sup> seine Selbständigkeit zu lassen. Man darf ihn nicht unsicher machen. Das würde geschehen, wenn jetzt zu guter Letzt doch die Genehmigungen für die Versammlungen erteilt würden.

**Drews:** Exzellenz Scheüch hat militärisch gedacht recht, aber der Grundsatz des Nichteingreifens der Zentralinstanz und möglichste Wahrung der Selbständigkeit der Lokalbehörden läßt sich in einer Zeit wie der jetzigen nicht aufrechterhalten.

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 606 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 282 ff.; Haußmann S. 266; Payer S. 159; Lütge S. 226. Das Protokoll ist im Auszug abgedruckt bei Prinz Max S. 606 ff. und in den Archivalischen Forschungen S. 1760 ff. (ohne Hinweis auf Prinz Max a.a.O.), im Wortlaut bei Berthold-Neef S. 90 ff. (ohne Hinweis auf den Abdruck in den Archivalischen Forschungen a.a.O.). Im Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Niederschrift über diese Sitzung; sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll werden in den Anmerkungen nachgewiesen.

Vgl. ferner den von Friedberg, dessen Name in der Anwesenheitsliste fehlt, am folgenden Tage in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums erstatteten Bericht über die Kabinettsitzung; Archivalische Forschungen 4/IV S. 1777 f.

<sup>2)</sup> Die Sitzung begann nach der Aufzeichnung Haußmanns (s. die vorige Anm.) und einer Eintragung im Terminkalender des Reichskanzlers (Nachlaß Prinz Max) um 18 Uhr.

<sup>3)</sup> Der Berliner Polizeipräsident hatte 5 Versammlungen der USPD verboten, die anlässlich des Jahrestages der russischen Oktoberrevolution für den Abend des 7. 11. einberufen worden waren. Wie aus Nr. 150 hervorgeht, hatte der Oberbefehlshaber in den Marken „im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten“ den Polizeipräsidenten angewiesen, die Versammlungen zu verhindern.

<sup>4)</sup> Dazu eigenhändige, bisher unveröffentlichte Notizen Scheidemanns über diese Sitzung: „Drews: Hält [eine] prinzipielle] Stell[ung] aufrecht. Frei.“

<sup>5)</sup> Haußmanns Aufzeichnung (s. Anm. 1) über die Sitzung beginnt mit der von ihm selbst an den Kriegsminister gestellten Frage, „welche Weisungen das O[ber]k[ommando] der Marken gegen Ausschreitungen gegeben habe?“ Als Antwort Scheüchs notierte er: „Gebrauch der Waffen aufs notwendigste beschränken.“

<sup>6)</sup> Generaloberst von Linsingen.

**Trimborn:** Da die Leute doch vor die Lokale gehen werden<sup>7)</sup>, so bin ich dafür, wenn das angängig sein sollte, die Versammlungen formell zu verbieten, aber tatsächlich gewähren zu lassen. Wegen der Konsequenzen für andere Orte im Reiche<sup>8)</sup> bin ich jedenfalls dafür, daß das Prinzip gewahrt wird, d. h., daß Versammlungen, in der ein derartig aufreizendes Thema behandelt werden soll, verboten [bleiben].<sup>9)</sup>

**Scheidemann:** Ist das Kabinett über unsern Schritt beim Herrn Reichskanzler<sup>10)</sup> informiert? Ich halte eine solche Information für notwendig, da die Frage des Verbots der Versammlungen am heutigen Abend eng damit zusammenhängt. —

**Exzellenz v. Payer** teilt darauf mit, daß der Herr Reichskanzler damit einverstanden sei<sup>11)</sup>, wenn Exzellenz Scheidemann das Kabinett über den Schritt der Sozialdemokraten informiere. —

**Scheidemann:** Das Versammlungsverbot war Anlaß, daß wir die ganze Situation erneut beraten haben.<sup>12)</sup> Das Verbot des Oberkommandos, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden<sup>13)</sup>, hat allgemeine Heiterkeit erregt. Es hat denselben Sinn, als ob man verbieten würde, daß es morgen nicht regnen soll. Das Versammlungsverbot hingegen

7) Nach der „Vossischen Zeitung“, 8. 11. 1918, Morgenausgabe, war das Verbot der 5 Versammlungen „nur zum Teil bekanntgeworden“, so daß sich gegen 20 Uhr vor den Versammlungslokalen „größere Menschenmengen“ eingefunden hätten. Die Anwesenden seien jedoch „in größter Ruhe“ auseinandergegangen, als sie von den Einberufern über das Verbot unterrichtet wurden.

8) In einer Sitzung im Reichsamt des Innern am Vormittag des 7. 11. hatten unter dem Vorsitz von Staatssekretär Trimborn Besprechungen mit den Vertretern der Bundesstaaten „über den Bolschewismus“ und die Lage in den einzelnen Städten stattgefunden. Dabei war den einzelstaatlichen Gesandten ein umfassender Überblick über die „in verschiedenen Städten Deutschlands ausgebrochenen Unruhen“ gegeben worden. Der ausführliche Bericht des sächsischen Vertreters über diese Besprechung ist abgedruckt in den Archivalischen Forschungen 4/IV S. 1765 ff.; eine kürzere amtliche Aufzeichnung in Dokumente und Materialien 2/II S. 317 ff., wiederabgedruckt in Ursachen und Folgen II S. 521 ff. Dazu vgl. Prinz Max S. 600 ff.

Als die Besprechungen im Reichsamt des Innern am Vormittag des 8. 11. fortgesetzt wurden, teilte Trimborn nach dem Bericht des sächsischen Vertreters, abgedruckt in den Archivalischen Forschungen a.a.O. S. 1773 ff., eingangs mit, er habe „die gestern in der Versammlung laut gewordenen Anregungen dem am Abend zusammengetretenen Kriegskabinett vorgetragen“, das jedoch „wegen der durch die Haltung der Sozialdemokratie entstandenen Krisis [s. unten] nicht in der Lage gewesen [sei], sich mit den Fragen näher zu beschäftigen.“

9) Im Or.: „bleibt“. — In Scheidemanns Notizen (s. Anm. 4) heißt es im Anschluß an die Stichworte über die Ausführungen Trimborns: „Friedberg[:] auch. Wegen Wahlrecht in Preußen: geht nicht wegen der Verfassung.“

10) Ebert und Scheidemann hatten dem Kanzler kurz nach 17 Uhr das „Ultimatum“ der SPD überreicht; vgl. Prinz Max S. 604; Schulthess 1918/I S. 422. Für den Inhalt des Ultimatus s. auch unten.

11) Dazu Prinz Max S. 605: Nachdem auch ein letzter Versuch, Ebert umzustimmen, fehlgeschlagen sei (s. unten Anm. 24), habe er Payer zu sich gebeten und ihm mitgeteilt, „daß ich sofort Seine Majestät um meine Entlassung bitten würde. Er war tief erschüttert, aber schien von der Folgerichtigkeit solchen Vorgehens überzeugt. Ich trug ihm auf, mich in dem gerade versammelten Kriegskabinett zu vertreten und die Mitarbeiter von meinem Entschluß zu verständigen.“

12) Im „Fraktions- und Parteivorstand unter Zuziehung der Berliner Ortsleitung“; SPD-Fraktion, 7. 11. 1918. Für den Gang der Beratungen s. auch Anm. 18.

13) Veröffentlicht in den Morgenblättern des 7. 11. 1918; abgedruckt u. a. bei Schulthess 1918/I S. 423 sowie in Dokumente und Materialien 2/II S. 320.

hat wie eine Aufreizung gewirkt. Ich glaubte gestern nach Rücksprache mit Exzellenz Drews, daß die Versammlungen genehmigt werden würden und daß keine Überwachung stattfinden werde. Zu meinem Erstaunen sind die Versammlungen doch verboten<sup>14)</sup>, die Regierung muß hierfür die Verantwortung tragen, wie die Vossische Zeitung richtig ausgeführt hat.<sup>15)</sup> Das ist für uns nicht erträglich. Es hat sich hier wiederum gezeigt, daß von militärischer Seite<sup>16)</sup> in anderer Richtung gearbeitet worden ist. Nach der Rücksprache zwischen Ebert und dem Herrn Reichskanzler heute morgen<sup>17)</sup> schien es, als ob noch ein *modus vivendi* gefunden werden könnte, aber durch das Versammlungsverbot und die sich überstürzenden Ereignisse ist das überholt. Die Vorgänge in den Küstenstädten und in Hannover zeigen, daß Teile des Reichs in Revolution stehen. Es kommt hinzu, daß die in Berlin vorgenommenen Maßnahmen wie: Aufpflanzen des Militärs mit Bajonetten, Aufstellung von Maschinengewehren am Lehrter Bahnhof, verbitternd gewirkt haben. So ist eine Gesamtsituation entstanden, die uns vor die schwerste Entscheidung gestellt hat.<sup>18)</sup> Dem außerordentlich geschickten

<sup>14)</sup> Entgegen den Intentionen von Drews; vgl. oben, bes. auch Anm. 4.

<sup>15)</sup> Vgl. „Vossische Zeitung“, 7. 11. 1918, Abendausgabe: „Wie verlautet, sind die Versammlungen, die von den Berliner ‚Unabhängigen‘ heute aus Anlaß des Jahrestages der russischen Revolution einberufen waren, verboten worden. Ohne Zweifel ist ein solches Verbot eine höchst bedenkliche Maßnahme von ernstester politischer Tragweite, die auch dann unter die Verantwortung der Reichsleitung fallen würde, wenn sie von einer leitenden militärischen Stelle ausginge.“

<sup>16)</sup> S. Anm. 3.

<sup>17)</sup> Prinz Max S. 597 berichtet über seinen nicht verwirklichten Plan, ins Hauptquartier zu fahren, um den Kaiser zur Abdankung zu drängen. Vorher habe er jedoch „zwei führende Männer der Sozialdemokratie einweihen und sie fragen“ wollen, „ob sie mir noch ein paar Tage Ruhe im Rücken verschaffen“ könnten. Zu diesem Zwecke habe er sich an Ebert und David, „zwei Persönlichkeiten, für die es in Augenblicken nationaler Gefahr Parteirücksichten nicht gab“, gewandt und gehofft, „sie zu binden, daß sie mir das ultimative Drängen ihrer Partei fernhielten, solange ich im Hauptquartier sein würde.“ Für den Verlauf der Unterredungen mit Ebert und David am frühen Vormittag des 7. 11. vgl. Prinz Max S. 599 f. In der Schilderung des Prinzen wird Ebert der umstrittene, unendlich oft zitierte Ausspruch in den Mund gelegt: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.“ Über die unmittelbar anschließende Unterredung mit David heißt es, dieser sei „nicht minder entschieden in seiner Abwehrstellung gegen die Revolution“ gewesen, so daß der Kanzler sich nach den Gesprächen mit den beiden sozialdemokratischen Führern in dem Glauben wiegte, „nicht nur einen Vertrag geschlossen zu haben als Notbehelf für wenige Tage, sondern ein Bündnis, hinter dem die gemeinsame Entschlossenheit stand, das Land vor dem Umsturz zu retten.“

Dazu Scheidemann, *Memoiren II* S. 278 über die „geradezu phantastischen Vorstellungen“ des Prinzen Max, der „die Sozialdemokraten nach einer geheimnisvollen Methode in Gute und Böse“ sortiert und „die Schafe von den Böcken“ gesondert habe.

<sup>18)</sup> Für den Verlauf der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der Reichstagsfraktion (s. Anm. 12) der SPD vgl. Scheidemann, *Zusammenbruch* S. 205 f.: „Die Arbeiter- und Soldatenräte sind ‚verboten‘ worden, ebenso die für heute einberufenen Versammlungen. Ich verlange wiederum und mit erhöhtem Nachdruck, daß wir aus der Regierung austreten. Die Zustände haben sich so katastrophal entwickelt und die Regierung ist so unentschlossen, daß wir die Verantwortung nicht mit tragen können. *Wels* stimmt mir vollkommen zu. Wer weiß, was der morgige Tag bringt, wir wollen uns nicht mit Blutschuld belasten. *David*: Der Austritt in diesem Augenblicke nützt uns nichts. Der Rücktritt des Kaisers ist bis heute abend nicht zu haben. *Braun* spricht ganz im Sinne von *Wels* und mir. Es wird eine Einigung erzielt, daß der Kaiser bis morgen mittag zurückgetreten sein müsse. Wegen der Versammlungen heute abend soll die Regierung sofort Anweisungen an die Militär- und Polizeibehörde ergehen lassen, damit keine Dummheiten gemacht werden. Daß

Eingreifen des Abgeordneten Ebert ist es die letzten Abende noch gelungen, die Massen ruhig zu halten. Jetzt ist das nicht mehr möglich, ohne daß bestimmte Forderungen erfüllt werden. Wir haben daher dem Herrn Reichskanzler im Auftrage der Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion<sup>19)</sup> folgende letzte Forderungen gestellt:<sup>20)</sup>

1. Freigabe der heute verbotenen Versammlungen.
2. Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit.
3. Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis Freitag<sup>21)</sup> mittag.
4. Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung.
5. Umgestaltung des preußischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstags.

Ist bis Freitag mittag keine befriedigende Antwort erfolgt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Die Regierung ist bisher über Reden wenig hinausgekommen. Die unteren Organe funktionieren in alter Weise weiter und setzen zum Teil unseren Beschlüssen passive Resistenz entgegen. Jedes Mal, wenn die Beseitigung dieser oder jener Person als notwendig angesehen wird, erhalten wir die Antwort, das ginge nicht so schnell und so leicht. Wenn wir verhindern wollen, daß die Unruhen schlimmste Dimensionen annehmen, so müssen wir hier eingreifen und den Leuten zeigen, daß wir in ihrem Geiste arbeiten. Uns ist der heutige Entschluß und der Weg zum Reichskanzler furchtbar schwer gefallen; aber da wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß der Reichskanzler von sich aus doch nicht den Entschluß fassen würde, den Kaiser zur Abdankung zu bewegen, so mußten wir handeln. Der Kaiser soll angeblich zu Exzellenz Drews<sup>22)</sup> gesagt haben: „Ich weiche nur der Gewalt.“ Wenn die Abdankung jetzt nicht erfolgt, so wird in kurzer Zeit die Frage gestellt sein: Republik oder Monarchie. Ich bitte Sie, den ganzen Ernst der Situation zu sehen.<sup>23)</sup>

**v. Payer:** Der Herr Reichskanzler hat die durch den Schritt der Sozialdemokratie

die Versammlungen stattfinden müßten, sei eine Selbstverständlichkeit. Notwendig sei eine Verstärkung der Sozialdemokraten in der Regierung, auch müßte eine Aufforderung an die Unabhängigen ergehen, gleichfalls in die Regierung einzutreten. Mache die Regierung noch irgendwelche Späne, dann sollten die Sozialdemokraten aus der Regierung ausscheiden.“

<sup>19)</sup> Im Gegensatz zu der früheren Darstellung Scheidemanns (s. vorige Anm.) heißt es bei Scheidemann, Memoiren II S. 279 irreführend, das Ultimatum sei in der Nachmittagsitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossen worden und „sollte sofort, noch während der Sitzung, dem Reichskanzler überbracht werden“. Die Fraktion war jedoch erst um 18 Uhr, also gleichzeitig mit dem Kriegskabinett (s. Anm. 2), zusammengetreten und stimmte dem durch Parteivorstand und Fraktionsvorstand beschlossenen Ultimatum (s. vorige Anm.), das Ebert und Scheidemann dem Kanzler kurz nach 17 Uhr überbracht hatten (s. Anm. 10), nur nachträglich zu. Vgl. SPD-Fraktion, 7. 11. 1918: „Dieser Beschluß, der infolge der drängenden Verhältnisse dem Kanzler noch vor Stattfinden der Fraktionssitzung zugestellt wurde, ist von ihr [der Fraktion] einstimmig gutgeheißen worden.“

<sup>20)</sup> Vgl. auch Schulthess 1918/I S. 422; Dokumente und Materialien 2/II S. 316; Prinz Max S. 604; Scheidemann, Memoiren II S. 279. Dazu oben Anm. 18.

<sup>21)</sup> 8. 11. 1918.

<sup>22)</sup> Am 1. 11. 1918; vgl. Nr. 115.

<sup>23)</sup> Vgl. die Aufzeichnung Hausmanns (s. Anm. 1): „[...] Geht die Bewegung weiter, dann heißt es Monarchie oder Republik. Die Bewegung geht uns über [den Kopf].“

geschaffene Situation eingehend erwogen<sup>24)</sup> und wird den Kaiser um seine Entlassung bitten.<sup>25)</sup>

**Scheidemann:** Das bedauern wir tief. Der Reichskanzler hat unsere volle Sympathie. Wir haben aber doch das Gefühl, daß er nicht die nötige Entschlossenheit in der Kaiserfrage gezeigt hat.

**v. Payer:** Der Reichskanzler hat den Kaiser über die Lage nicht im unklaren gelassen. Wir müssen die weiteren Konsequenzen der durch den Schritt geschaffenen Lage jetzt durchgehen. Die Sozialdemokratie hat eine ungeheure Verantwortung auf sich geladen, indem sie in einer so ernsten Stunde, der ernstesten und schwersten, die Deutschland erlebt hat, solche Forderungen stellt. Tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung jetzt aus, so würden die bürgerlichen Kabinettsmitglieder auch nicht bleiben können, denn das Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten war die ganze Idee der jetzigen Regierung. Wir haben also dann gar keine Regierung. Was das Versammlungsverbot anbetrifft, so muß doch alles verboten werden, was direkt provokatorisch wirkt.

Wir können doch unmöglich zusehen, wie die revolutionäre Bewegung immer weiter um sich greift. Wenn wir uns passiv verhalten, geht es in Berlin ebenso wie in Hamburg, Hannover usw. Die Versammlungen werden fortgesetzt werden mit immer aufreizenderen Themas, bis wir den Bolschewismus haben. Mit gutem Willen und guten Worten kann man die bolschewistische Revolution nicht verhindern. Die Sozialdemokraten müssen sich der ungeheuren Schwere ihrer Verantwortung dem ganzen deutschen Volke und der Geschichte gegenüber bewußt sein. Was das Verhalten der unteren Organe betrifft, so muß man sich klar darüber sein, daß eine große Verwaltung in kurzer Zeit nicht geändert werden kann. Man muß nicht jedes kleinste Symptom gleich so schwer nehmen.<sup>26)</sup>

**Scheidemann:** Es scheint, als ob Exzellenz von Payer manches nicht richtig beurteilt. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, auf die Massen zu wirken. Wenn die Massen in der Kaiserfrage in Bewegung gekommen sind, so sind in erster Linie die bürgerlichen Blätter wie die Frankfurter Zeitung, es gewesen, die hierzu beigetragen haben. Man kann die Massen auch jetzt noch im Zaum halten, wenn man Konzessionen macht. Was auch das Kabinett für Beschlüsse faßt, die preußische Verwaltung pfeift darauf. Wenn Exzellenz von Payer auf die schwere Verantwortung hinweist, die wir tragen, so muß klargelegt werden, daß die schwerste Verantwortung der Kaiser trägt. Er mußte seit Wochen wissen, was er zu tun hatte. Es gibt wohl niemanden im Kabinett, dem nicht ein Stein vom Herzen gefallen wäre, wenn der Kaiser rechtzeitig das Richtige getan hätte. Jetzt gibt man ihm schon die Schuld am Kriege. Wenn er gesagt

<sup>24)</sup> Vgl. Prinz Max S. 604 f.: Er habe „nicht im Zorn handeln“ wollen und Simons beauftragt, „den Sozialdemokraten noch eine letzte Verständigung anzubieten. Er sollte in den Reichstag zu Ebert fahren und von ihm zu erreichen suchen, daß er sein Ultimatum formell zurücknehme und für die Geheimhaltung Sorge. Für diesen Fall ermächtigte ich Simons, die Zusage zu geben, daß ich dann doch noch heute abend meine Reise nach Spa antreten würde.“ Da Ebert jedoch „den ehrenvollen Rückzug verweigert“ habe, sei Simons rasch zurückgekehrt: „Ebert sei wie verändert gewesen. Simons sah sich einer unerwarteten Entschlossenheit gegenüber: Ebert schien plötzlich die Hand nach der Führerschaft des Staates auszustrecken. So stark war dieser Eindruck, daß Simons die Frage stellte: „Dann wollen Sie wohl Reichskanzler werden?“ Darauf antwortete Ebert: „Das steht noch nicht fest.“

<sup>25)</sup> Vgl. Anm. 11; der Wortlaut des Entlassungsgesuchs bei Prinz Max S. 605 f.

<sup>26)</sup> Vgl. auch Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „Payer: [. . .] Appell an Sozialdemokratie. 5 Versammlungen mit provokatorischer Tagesordnung. Ich habe eine strengere Auffassung von meiner Verpflichtung. Strengste Verurteilung.“

hat, ich weiche nur der Gewalt, so verschlimmert das die Situation. Es ist nicht zweifelhaft, wie das ausgehen muß. Ich weiß nicht, ob die jungen Soldaten schießen würden, die alten tun es sicher nicht.

Nach einer Konferenz zwischen Exzellenz v. Payer, Exz. Drews, Exz. Trimborn und Exz. Scheüch beim Herrn Reichskanzler<sup>27)</sup> wird von Exzellenz v. Payer mitgeteilt, daß eine Aufhebung des Versammlungsverbots für heute abend sich praktisch als unmöglich herausgestellt habe, da es mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit nicht mehr möglich gewesen sei, einheitliche Instruktionen noch herauszugeben.

**Graf Roedern:** Die Forderung der Sozialdemokratie hinsichtlich der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen ist in der befristeten Form unausführbar. Die Sozialdemokratie hat die historische Verantwortung dafür, daß Deutschland evtl. ohne Regierung an den Verhandlungstisch treten muß.<sup>28)</sup>

**Haußmann:** Ich bin verletzt über die ganze Art und Weise des sozialdemokratischen Vorgehens. Hierdurch wird unsere Mehrheit gesprengt. Man zerschlägt alles in dem Augenblick, wo man in Preußen reformieren will. Wenn man so schroff vorgehen wollte, warum hat man uns das nicht gesagt?<sup>29)</sup>

**Scheidemann:** Das lag an dem Zeitmangel; wir haben nachmittags erst die entscheidende Sitzung gehabt.<sup>30)</sup> Die Ereignisse überstürzen sich eben. Die Bewegung wächst uns sonst über den Kopf. Ein befristetes Ultimatum war absolut notwendig. Ich kann das, was Graf Roedern sagte, nicht gelten lassen, denn das, was er schilderte, ein regierungsloses Deutschland, tritt dann nicht ein, wenn der Reichskanzler nicht zurücktritt. Es tut uns sehr leid, wenn der Herr Reichskanzler diese Konsequenz ziehen will. Wir konnten aber im Interesse des Reichs nicht anders handeln.<sup>31)</sup>

<sup>27)</sup> Vgl. Prinz Max S. 609: „Payer, Trimborn und Scheüch verlassen die Sitzung, um mir kurzen Bericht zu erstatten und zu fragen, wie ich mich zu einer Aufhebung des Versammlungsverbots stellen würde. Ich schließe mich der Auffassung des Kriegsministers an, daß es aus Gründen des Prestiges und aus technischen Gründen jetzt nicht möglich ist, die Entscheidung des Oberkommandos umzustößen.“

<sup>28)</sup> In den Notizen Scheidemanns (s. Anm. 4): „Roedern: Wir alle gehen a[us] d[er] Regierung. Wenn R[eichs-]K[anzler] geht, dann keine verhandlungsfähige Regierung.“

<sup>29)</sup> Vgl. Haußmanns eigene Niederschrift (s. Anm. 1): „Scharfrichterton. Ich bin aufs tiefste verletzt unter [!] der Form auf [!] Ablehnung. Höchste Illoyalität heute früh [vgl. Anm. 17]. Reform von Preußen. Das zerschlagen Sie durch Zerschlagen [im Or.: Zuschlagen] der Reichsregierung. Heißt das: Wir stemmen uns nicht gegen die Revolution? Warum uns nicht gesagt? In der Sekunde der höchsten Gefahr.“ — In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß es sich bei dem von Prinz Max S. 604 erwähnten „Mitarbeiter“, der unmittelbar nach der Überreichung des Ultimatus David anrufen und ihm vorgeworfen habe: „Welche Illoyalität! Heute morgen ist der Pakt zwischen Ihnen und dem Reichskanzler [s. Anm. 17] geschlossen worden“, vermutlich um Haußmann gehandelt haben dürfte; möglicherweise allerdings auch um Kurt Hahn, der sowohl zu Haußmann als auch zu David in engem Kontakt stand.

Für Haußmanns Ausführungen in der Sitzung vgl. ferner die Notizen Scheidemanns (s. Anm. 4): „[Badischer] Thron[olger] als R[eichs-]K[anzler] [kann vom Kaiser] nicht Verzicht verlangen. ‚Wollen die R[eichs-]Reg[ierung] sprengen!‘ S[ozial-]D[emokratie:] Heute gesagt: in Preußen sofort. Warum nicht vorher gesagt!? Befrist[etes] Ultimatum.“

Anschließend hält Scheidemann eine weitere Äußerung Roederns fest: „Wehrlos d[em] Feinde [ausgeliefert], wenn ohne Regierung.“

<sup>30)</sup> S. Anm. 12 und 18.

<sup>31)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „Scheidemann: Der Kanzler kann ja erneut mit uns verhandeln.“

**v. Payer:** Das ist ein Irrtum. Das Reich wird nur gerettet, wenn die Mehrheitsparteien zusammenhalten. Ich lege auf Form in einer so schweren Zeit wie jetzt keinen Wert, muß aber doch sagen, aus der Fassung der sozialdemokratischen Forderung kann ich nur herauslesen, daß ich mich ihnen unterwerfen soll. Warum hat die Sozialdemokratie ihren Wunsch auf stärkere Vertretung nicht mit uns besprochen? Wir hätten z. B. Staatssekretär Bauer sehr gut in das Kabinett<sup>32)</sup> nehmen können. Die Art des Vorgehens der Sozialdemokratie macht jedem, der etwas auf sich hält, das Zusammenarbeiten mit ihnen beinahe unmöglich. So wie Exz. Scheidemann sich das vorstellt, nämlich auf telephonischem Wege die Abdankung bis morgen mittag herbeizuführen, das ist doch ausgeschlossen. Ich würde ein solches Ansinnen an Stelle des Reichskanzlers auch ablehnen. Die Sozialdemokratie muß wissen, daß wir ein solches Vorgehen unseren Parteien gegenüber gar nicht verantworten können. Ich lehne es ab, in solcher Form auf die Dauer weiter zu arbeiten. Da ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten ausgeschlossen.<sup>33)</sup>

**Solf:** Der Rücktritt des Prinzen würde nicht nur formelle Konsequenzen haben, daß nämlich keine verhandlungsfähige Regierung besteht, sondern Wilson und die ganze Welt würde nicht mehr an uns glauben. Man würde sagen, der Prinz glaube selbst nicht mehr an die Zukunft Deutschlands und ginge deshalb. Sie müssen dem Reichskanzler wenigstens drei Tage Frist geben, bis der Waffenstillstand formell abgeschlossen ist.<sup>34)</sup>

**Scheidemann:** Die Regierung braucht nicht zusammenzubrechen, wenn der Reichskanzler bleibt. Unsere Überzeugung ist es, daß das Reich zusammenbricht, wenn der Kaiser nicht sofort abdankt. Dankt er ab, so glauben wir die Garantie übernehmen zu können, daß die Entwicklung sich günstig gestalten wird. Wir sind bis heute unseren Zusagen treu geblieben, wir haben unsern Ruf auf das Spiel gesetzt. Gegen den Prinzen Max hatten wir seinerzeit Bedenken. Damals ist uns gesagt worden, gerade er wird, wenn der Augenblick gekommen ist, am besten geeignet sein, den entscheidenden Schritt zu tun. Sie sind vielleicht in einer anderen Situation. Ich muß mich aber dem fügen, was in der Partei beschlossen wird. Warum soll der Prinz Konsequenzen ziehen? Er darf das nicht tun. Er muß bleiben.<sup>35)</sup>

**Graf Roedern:** Was soll der Reichskanzler tun? Sind sie bereit, die angedrohten Konsequenzen nicht zu ziehen, bis der Waffenstillstandsvertrag unterschrieben ist?<sup>36)</sup>

<sup>32)</sup> D. h. in das „engere“ Kriegskabinett.

<sup>33)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „Payer: So kann man doch unter gebildeten Menschen nicht miteinander verhandeln. Wir können unter einem solchen Druck nicht arbeiten. Wir müssen Vertrauen zueinander bekommen.“

In Scheidemanns Notizen (s. Anm. 4): „v. P[ayer:] Weil sofort in Presse — Verletzung der R[eichs-]R[e]gierung. ‚Nicht durchführbar‘ — Unter gebildeten Menschen nicht möglich, teleph[onisch] zu sagen: S[eine] [!] M[ajestät] u. K[aiserliche] H[oheit] treten Sie zurück.“ Zwischen Payer und Solf registriert Haußmann a.a.O. zwei weitere Diskussionsbeiträge: „Scheidemann: Es war keine Zeit, wir / Ich wünsche nicht, daß der Reichskanzler geht. Roedern: Wir sind ohne Bevollmächtigte.“

Dazu auch die Notizen Scheidemanns a.a.O.: „R[oedern:] Verantwortung — keine Ver[han]dl[un]g[en].“

<sup>34)</sup> In Haußmanns Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Solf: Konsequenz [im Or.: Korrespondenz]: Wilson glaubt nicht an Deutschland. Sie bringen das größte Unglück über die Deutschen und die ganze Welt.“

<sup>35)</sup> A.a.O.: „Scheidemann: Es tritt ein revolutionärer Zusammenbruch Deutschlands ein, wenn der Kaiser nicht geht.“

<sup>36)</sup> A.a.O.: „Roedern: Wenn der Prinz den Tatbestand dem Kaiser mitteilt und die Konsequenzen, die er in drei Tagen zieht, werden Sie dann noch bleiben?“

**Scheidemann:** Ich mache folgenden Vorschlag:

1. Sofortige Mitteilung des Tatbestandes an den Kaiser.
2. Weder der Reichskanzler noch wir ziehen die äußersten Konsequenzen bis der Waffenstillstand abgeschlossen ist.

Ich will versuchen, diesen Vorschlag in meiner Fraktion durchzusetzen, kann aber nicht für den Erfolg garantieren.<sup>37)</sup>

**Haußmann:** Wenn der Reichskanzler geht, käme eine Kanzlerschaft Ebert oder Scheidemann in Frage; aber diese hätte nicht die gleiche Mehrheit wie die jetzige Regierung.<sup>38)</sup>

**Trimborn** verliest Telegramme über die Vorgänge in Bremen, Hannover, Schwerin. Er habe einzelnen Abgeordneten, die sich in die betreffenden Städte begeben hätten, Geleit- und Schutzbriefe mitgegeben.

**Scheüch:**<sup>39)</sup> Ich bitte nichts herauszugeben, worüber man sich nicht verständigt hat. Der Polizeipräsident ist dagegen, Volkswehren mit Polizei und Militär in organische Verbindung zu bringen, hat aber an sich gegen die Errichtung nichts einzuwenden. Es sind entsprechende Weisungen an die Regierungspräsidenten gegangen.<sup>40)</sup>

**v. Payer** verliest eine Mitteilung des Reichskanzlers<sup>41)</sup> über sein Abschiedsgesuch.<sup>42)</sup>

**Scheidemann:** Ich bedaure den Schritt des Reichskanzlers außerordentlich. Wir haben uns die Sache reiflich überlegt. Hier ist aber die Entscheidung in fünf Minuten gefallen. Ich habe inzwischen den Abgeordneten Ebert gesprochen. Er hat mir mitgeteilt, daß unsere Forderungen auf die Arbeiterschaft außerordentlich beruhigend gewirkt haben. Sie haben versprochen, nichts zu unternehmen, bis die Entscheidung gefallen ist. Sie, meine Herren, und der Herr Reichskanzler müssen doch einsehen, daß wir alles getan haben, was wir konnten, um die Massen bei der Stange zu halten.<sup>43)</sup>

**Wahnschaffe** legt den Entwurf eines Aufrufs vor, den der Staatssekretär und der Vorstand des Kriegsernährungsamts erlassen wollen.<sup>44)</sup> Das Kabinett stimmt dem Aufruf zu.<sup>45)</sup>

<sup>37)</sup> Prinz Max S. 611 f. berichtet, daß daraufhin „Payer, Roedern und Solf zu ihm gekommen seien, um ihn zu bewegen, sein Rücktrittsgesuch zurückzunehmen. Er habe jedoch den Herren gesagt, daß er nicht seinem „innersten Gefühl zuwiderhandeln könne“ und „die folgende Erklärung“ (abgedruckt a.a.O.) aufgesetzt, „damit sie Payer im Kabinett verlese“. Vgl. unten.

<sup>38)</sup> In Scheidemanns Notizen (s. Anm. 4) entsprechend: „H[au]ßm[ann]: Entweder Sch[eidemann] oder Ebert R[eichs-]K[anzler] und mit wem Mehrheit bilden?“ Demgegenüber in Haußmanns eigener Niederschrift (s. Anm. 1): „Haußmann: Man kann nur der Entente gratulieren.“

<sup>39)</sup> In Scheidemanns Notizen (s. Anm. 4) wird in unmittelbarem Anschluß an Haußmann als letzter Diskussionsbeitrag folgende Äußerung Scheüchs festgehalten: „Feinde werden sagen: jetzt kommt militärische Diktatur, keinen Frieden.“

<sup>40)</sup> Scheüchs Ausführungen könnten sich auf die Anregungen beziehen, die Trimborn im Kriegskabinett vorgetragen haben will, die jedoch im Protokoll keinen Niederschlag gefunden haben. In der Sitzung im Reichsamts des Innern am Vormittag des 7. 11. war u. a. ausführlich über die Bildung von Bürgerwehren diskutiert worden. Vgl. oben Anm. 18.

<sup>41)</sup> Vgl. Anm. 37.

<sup>42)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) folgt: „Roedern: Nicht publizieren.“

<sup>43)</sup> A.a.O.: „Scheidemann: Einverstanden [s. vorige Anm.]. Ich habe den dringenden Wunsch, daß aus der Sache nichts wird. Ich sagte eben zu Ebert, wir wollen ihn [den Reichskanzler] bitten, keine Konsequenzen zu ziehen und ich wolle auch keine Konsequenz ziehen.“

<sup>44)</sup> Vgl. Nr. 133 Anm. 17. Der Aufruf erschien in den Morgenblättern des 8. 11. 1918.

<sup>45)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1) abschließend folgender, keinem Sprecher zugeschriebener Passus: „München: Starker Krawall, volle Revolution. Rücktritt Kaisers verlangt / 80—100.000.“

## 138.

**Fehrenbach über die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums  
am Vormittag des 8. November 1918**

Manuskript Fehrenbach: „Meine Erinnerungen aus der deutschen Revolution 1918“; maschinenschriftliche Abschrift im Nachlaß Bachem 88.<sup>1)</sup> Auszug.

Am Freitag, dem 8. November, vormittags 9 Uhr, eröffnete Gröber die Fraktions-sitzung, um alsbald als Staatssekretär a latere der Sitzung des Kabinettsrats<sup>2)</sup> beizuwohnen. Die Diskussion, an der sich namentlich Herold und Savigny<sup>3)</sup> beteiligten, bewegte sich auf dem Gebiet des preußischen Wahlrechts. Auf meinen Antrag zur Geschäftsordnung wurde aber die Kaiserfrage zur Diskussion gestellt. Meine längeren Ausführungen hierüber gipfelten darin, daß bei Abdankung des Kaisers vielleicht noch die Monarchie unter einer Regentschaft gehalten werden könne, daß aber im Falle der Nichtabdankung die Sozialdemokraten alsbald aus der Regierung ausscheiden werden und damit der Bürgerkrieg in Aussicht stehe. Die Fraktion schloß sich bei einer Besetzung von etwa 35 Mann mit allen gegen 6 Stimmen meiner Auffassung an, dahingehend:

als monarchische Partei können wir den Kaiser nicht zur Abdankung auffordern, aber um unsere Meinung befragt, würden wir ihm anraten, im Interesse des Vaterlandes und der Monarchie dem Throne für sich und den Kronprinzen zu entsagen. Von diesem Beschluß sollte vor seiner Bekanntgabe dem abwesenden Vorsitzenden Gröber noch Mitteilung gemacht werden.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Am Schluß folgende Datierung: „Freiburg i. Br., den 21. Januar 1919.“ Die überlieferte Abschrift übersandte der Generalsekretär der Zentrumspartei, Vockel (Berlin), am 20. 12. 1928 an Bachem.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 139.

<sup>3)</sup> Carl von Savigny, Landrat des Kreises Büren (Westf.), M. d. R. seit 1900.

<sup>4)</sup> Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“, 9. 11. 1918, Morgenausgabe, habe die Fraktion „in ihrer überwiegenden Mehrheit geglaubt, der durch das sozialdemokratische Ultimatum geschaffenen Lage insofern Rechnung tragen zu sollen, als sie nicht mehr unbedingt an ihrem bisherigen Widerspruch gegen die Abdankung des Kaisers festhält.“ Vgl. Haußmann S. 267: „Zentrumsfraktion hat über den Kopf von Gröber hinweg die Forderung nach Abdankung des Kaisers einstimmig erhoben.“ Dazu „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 9. 11. 1918, Morgenausgabe: „Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat gestern den ganzen Tag über sich eingehend mit der Lage beschäftigt, die durch die Forderungen der Sozialdemokraten und ihren festen Entschluß, im Falle der Nichterfüllung ihre Mitglieder aus der Reichsregierung herauszuziehen, entstanden ist. Für die Fraktion, deren Mitglieder wohl ausnahmslos streng monarchische Männer sind, wurde die Entschließung nicht leicht, aber sie ist schließlich gegen eine geringe Minderheit dahin ausgefallen, daß das Zentrum nach Lage der Dinge den Rücktritt des Kaisers als die einzige Möglichkeit ansieht, der gegenwärtigen Schwierigkeiten Herr zu werden.“ Vgl. Schulthess 1918/I S. 430.

## 8. 11. 1918, vorm.: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinenschrift. 1) Überschrift: „Beratungen am 8. November 1918, 1/210 Uhr vorm.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Graf Roedern, Solf, Scheüch, v. Mann, Scheidemann, Trimborn, Haußmann, v. d. Bussche, Wahnschaffe, Direktor Deutmoser, Geheimräte Simons, v. Schlieben.<sup>2)3)</sup>

**Scheüch:** In den amtlichen Berichten über die Unruhen in Kiel und Hannover<sup>4)</sup> sind verschiedene Greuel erwähnt, Halsabschneiden usw.<sup>5)</sup> Ist das Absicht gewesen?

**Deutmoser:** Er sei nicht daran beteiligt. Eine Zentralisierung des Nachrichtendienstes gebe es noch nicht. Die Sache müßte im Reichsamt des Innern oder Kriegsministerium zentralisiert werden.

**Scheüch** schlägt vor<sup>6)</sup>, die Zentrale dem Kriegsministerium Allgemeines Kriegsdepartement anzugliedern.

**Haußmann** glaubt, daß Kapitän Scheibe die Notiz entworfen hat. Es war die Absicht, die Bewegung als vorhanden hinzustellen und nicht zu unterdrücken.

**Gröber** hat Bedenken gegen Befassung des Kriegsministeriums damit, sie wird sofort Verdacht hervorrufen, daß Militär Zensur ausübt. Es sei besser, daß

1) Vgl. Prinz Max S. 617 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 288 f.; Payer S. 161. Im Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, befindet sich eine stichwortartige Aufzeichnung über diese Sitzung; Abweichungen vom amtlichen Protokoll werden in den Anmerkungen nachgewiesen.

2) Ferner Gröber.

3) Haußmanns Aufzeichnung (s. Anm. 1) beginnt mit Stichworten zu eigenen Ausführungen, die im Protokoll keinen Niederschlag gefunden haben: „Haußmann trägt vor, Soz[ial]-Demokratie habe die Brücke geschlagen 1. zu Stinnes [vgl. unten, bes. Anm. 21], 2. zu den Unabhängigen.“ Dazu Haußmann S. 267, wo es u. a. heißt, der „Vorwärts“ bestätige seine Vermutung, „daß die Regierungssozialdemokratie Anschluß an die Unabhängigen sucht.“

4) Dazu u. a. Prinz Max S. 615; Scheidemann, Memoiren II S. 288; Payer S. 161. In einer Sitzung im Reichsamt des Innern, die um 9 Uhr begonnen hatte, wurden den Vertretern der Bundesstaaten Einzelheiten über das Fortschreiten der revolutionären Unruhen mitgeteilt. Vgl. den Bericht des sächsischen Vertreters Poetzsch vom 8. 11. 1918, abgedruckt in den Archivalischen Forschungen 4/IV S. 1773 ff. Ähnliche — ungedruckte — Berichte über diese Sitzung liegen auch von seiten des bayerischen (von Wolf) und des badischen Vertreters (Nieser) vor.

5) Vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 8. 11. 1918, Morgenausgabe, Amtliche Meldung vom Vorabend über „Die Unruhen in den Hafenstädten“: „Aus Hamburg wird gemeldet: [...] An mehreren Stellen der Stadt sind Mißhandlungen und Morde vorgekommen. Unter anderem drangen Aufständische in eine Wohnung der Lincolnstraße, aus der auf herumziehende Soldaten geschossen sein sollte, und töteten zwei Frauen als angebliche Schuldige, indem sie ihnen die Kehle durchschnitten [...]“

6) Nach Haußmann (s. Anm. 1) mit folgender Einschränkung: „[...] wenn nichts anderes da ist [...]“

unmittelbar unter dem Reichskanzler eine Zivilstelle errichtet werde; dabei könnten ja Offiziere beteiligt werden.

**Scheidemann** teilt die Bedenken gegen eine besondere Stelle beim Kriegsministerium. Erzberger solle es mit Deutelmoser zusammen machen.<sup>7)</sup>

**Trimborn:** Gestern sei man einig gewesen<sup>8)</sup>, daß die Zentralstelle im Reichsamt des Innern angegliedert werden solle. Dort zentralisiere sich der Verkehr mit allen Bundesstaaten.

**Deutelmoser** befürwortet diesen Vorschlag. Zentralstelle beim Reichsamt des Innern, aber Mitbeteiligung von ihm selbst. Zur alleinigen Bearbeitung sei er durch Teilnahme an den Sitzungen zu sehr in Anspruch genommen.

**Haußmann** hält ein Presseministerium für nötig. Es müsse die Vereinigung der Propagandastelle[n] geschaffen werden. Erzberger solle den Mittelpunkt bilden, unter dem Deutelmoser es zu machen hätte.<sup>9)</sup>

**Deutelmoser** warnt vor einer neuen Stelle. Auch wenn ihm selbst die Sache übertragen werde, dann müßte eine neue Stelle geschaffen werden, da wir kein Personal dafür haben.

**v. Payer** stellt das Einverständnis fest, daß zunächst beim Reichsamt des Innern eine Nachrichtenstelle gebildet werden solle unter Mitwirkung des Pressechefs.<sup>10)</sup>

**Solf:** Aus Bern sei ein Dr. Beusche<sup>11)</sup> zu ihm gekommen, der lange Zeit mit Bolschewikis zusammengelebt habe und ihre Pläne genau kenne.<sup>12)</sup> Empfiehlt, daß einer der Herren, vielleicht Scheidemann, ihn empfängt. Italien und Frankreich seien vollständig unterminiert, England weniger, Amerika fast gar nicht. In Deutschland sei es auch noch nicht so schlimm, weil hier die Demokratie schon durchgeführt sei.

<sup>7)</sup> Dazu unveröffentlichte stichwortartige eigenhändige Notizen Scheidemanns über diese Sitzung, in denen es über seine eigenen Ausführungen heißt: „*Scheidemann:* In Zivilhänden lassen. Deutelmoser provisorisch, bis mit Erzberger alles klappt.“

<sup>8)</sup> Wie Trimborn in der in Anm. 4 erwähnten Sitzung im Reichsamt des Innern mitteilte, hatte er am Vortage im Kriegskabinetts u. a. die „Bildung einer einheitlichen Nachrichtenstelle und Schaffung einer Zentralstelle zur Bekämpfung der Unruhen“ vorgeschlagen; Archivalische Forschungen 4/IV S. 1774. Dazu Nr. 137 Anm. 8 und 40.

<sup>9)</sup> In Haußmanns eigener Aufzeichnung (s. Anm. 1): „*Haußmann:* Presseministerium / Erzberger, Pressechef des Reichskanzlers unter ihm. Als sein [Erzbergers] Vertreter bin ich für die Zusammenfassung. In dieser hochkritischen Zeit, d. h. in den zwei Tagen bis Erzberger zurückkommt, soll es so gemacht werden, wie Deutelmoser vorschlägt, unter meiner Mitwirkung.“

<sup>10)</sup> Dazu folgendes Telegramm Trimborns vom 8. 11. an den „Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten“, Pol. Archiv, Pol. Abt. Deutschland Nr. 88 Bd. 44, das an die Ressortminister aller Bundesstaaten gegangen sein dürfte: „Auf Grund eines Beschlusses des Kriegskabinetts ist im Reichsamt des Innern eine Zentralstelle zur Sammlung für sämtliche Nachrichten über innere Unruhen eingerichtet. Ich ersuche, von allen dortigen Vorkommnissen mir sofort telegraphisch Mitteilung zu machen, auch die nachgeordneten Dienststellen sowie die großen Stadtverwaltungen anzuweisen, fortdauernd telegraphisch hierher zu berichten. Nur durch Überblick über Bewegung im ganzen Reich können einheitliche Maßnahmen zur Bekämpfung herbeigeführt werden.“

<sup>11)</sup> A.a.O.: „Bäuschle“; in Scheidemanns Notizen (s. Anm. 7) die gleiche Schreibweise.

<sup>12)</sup> Bei Haußmann a.a.O.: „Bolschewist Bäuschle [sic!] erklärt, es seien Pläne für Terror, auf der Proskriptionsliste Tirpitz und Scheidemann, das komme erst im Dezember.“ Vgl. auch Prinz Max S. 617, der sich hier offensichtlich auf Haußmann stützt.

**Scheidemann** glaubt nicht, viel Neues hören zu können. Er und seine Partei hätten mit den Bolschewikis enge Fühlung.<sup>13)</sup> Die jetzigen Zustände hätten mit diesen nichts zu tun. Die große Angst, die sie vor den Bolschewikis hätten, beruhe auf der Befürchtung, daß die Truppen als Banden zurückkehren könnten. Deutschland würde von den Bolschewikis frei gehalten werden, dafür würde seine Partei sorgen.<sup>14)</sup>

Oberbürgermeister Adenauer in Köln habe ihm telegraphiert, er empfehle allgemeine Amnestie aller politisch Verurteilten<sup>15)</sup>, sonst könne Unruhe nicht unterdrückt werden. Das schein ihm eine sehr weitgehende Forderung. Wie solle er antworten?

**Simons** verliest den gestrigen Aufruf des Kieler Arbeiter- und Soldatenrats. Sonst seien die Verhältnisse ruhig. Die Beamtenschaft arbeite mit, die Bevölkerung sei ruhiger geworden.<sup>16)</sup>

**v. Mann:** Noske habe ihm gesagt, daß er an Land Herr der Situation sei. Er wolle jetzt auch auf den Schiffen herumfahren, hofft die Ruhe überall aufrechtzuerhalten.<sup>17)</sup> Verliest Telegramm aus Wilhelmshaven. Es sei dort Ruhe, einzelne Umzüge, teilweise Arbeitsniederlegung. Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, in Flensburg desgleichen. Es hätten sich Kommissionen der Marine und Truppenteile gebildet, die nicht mit Arbeiterrat übereinstimmten.

**Solf** verliest ein Telegramm aus Den Haag über Soldatenunruhen. Danach seien für Anfang Unruhen in Deutschland und anderen Staaten geplant. Die Engländer seien sehr erfreut über die Abschiebung von Joffe. Die Bekämpfung der Bolschewisten werde ein gemeinsames Band für die jetzt feindlichen Länder bilden.

**v. Mann** teilt mit, daß die Kommission von 24 Matrosen<sup>18)</sup> heute noch mit

<sup>13)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „Wir haben viel intimere Beziehungen durch Hilfskräfte (kaufmänn[ische] und technisch[e]), die auf der Gesandtschaft tätig waren und sich als Bolschewisten ausgaben, ohne es zu sein.“

<sup>14)</sup> Vgl. Prinz Max S. 617 f.: „[. . .] und dann kam ein großes Wort, das später wahr geworden ist: Meine Partei wird dafür sorgen, daß Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt.“

<sup>15)</sup> Bei Haußmann a.a.O. demgegenüber: „Cohn telegraphiert an mich, man solle alle Delinquenten freigegeben.“ Es dürfte sich um einen Abschreibefehler bei der Übertragung der dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript zugrundeliegenden eigenhändigen Notizen Haußmanns handeln, in denen es nicht „Cohn“, sondern „Cöln“ geheißen haben wird.

<sup>16)</sup> A.a.O.: „*Simons*: Telephonat aus Kiel. Aufruf des Soldatenrats. Die Gewalt ist in unserer Hand. Wir sind entschlossen, dem Widerstand mit Gewalt entgegenzutreten.“ — Der Wortlaut des Aufrufes des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates „an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins“ vom 7. 11. 1918 bei Hermann Müller S. 37 f.

<sup>17)</sup> In Scheidemanns Notizen (s. Anm. 7): „Noske [hat an] Mann teleph[oniert]: ‚von Schiff zu Schiff‘, um Ruhe zu schaffen.“

<sup>18)</sup> Es handelt sich um die „etwa 20 Matrosen“, die als Vertreter des III. Geschwaders in Begleitung des Konteradmirals Feldt in Berlin erschienen waren und die Staatssekretär v. Mann in Anwesenheit Haußmanns am 7. 11. um 15 Uhr empfangen hatte; vgl. Prinz Max S. 692 ff. Ferner den im WUA 10/I S. 340 ff. abgedruckten marineamtlichen Bericht sowie Haußmann S. 267. Dazu die bei Niemann, *Revolution* S. 384 ff. abgedruckte Aufzeichnung v. Restorffs vom Mai 1919, der a.a.O. S. 393 den Vorgang folgendermaßen kommentiert: „Sei der Zweck der Reise gewesen wie er wolle, jedenfalls schien es mir ein unerhörter Vorgang gewesen zu sein, daß ein Flaggoffizier mit Vertretern von Meuturern zusammen reiste. Die Revolution mußte schon eine arge Begriffsverwirrung in den Köpfen auch der ältesten Offiziere hervorgerufen haben.“

Extrazug nach Kiel zurückfahren wird, um mit ihren Leuten zu verhandeln. Der Abg. Gothein habe auch einen guten Eindruck bekommen. Telegraphiert hätten sie: Drittes Geschwader fest bei Regierung. Nach Swinemünde sei der Befehl gegeben worden, daß alle zuverlässigen Schiffe des 3. Geschwaders sich dort zusammenfinden sollen. Er hoffe, das Geschwader wieder zusammen zu bekommen.

v. Payer erwähnt zu der Adenauerschen Depesche, daß wir uns über [all]gemeine Amnestie nicht würden aussprechen können. Bei allgemeiner Debatte sei verabredet gewesen, Amnestie nur denen zu gewähren, welche bei politischen Streiks beteiligt waren. Nicht die Absicht, alle politischen Gefangenen zu amnestieren. Man müsse sich zunächst erkundigen, um was es sich beim Telegramm des Oberbürgermeisters handle.

**Haußmann:** Scheidemann solle telegraphieren, sein Telegramm sei Kabinett vorgelegt worden. Inzwischen solle sich Gröber mit Justizministerium in Verbindung setzen und zu erfahren suchen<sup>19)</sup>, wie weit man gehen könne. Dann das Ergebnis bekannt geben.

Gröber ist dazu bereit.

v. Payer: Man solle Scheidemann überlassen, wie er vorgehen wolle.

**Scheüch** berichtet über Berliner Unruhen. Am Bahnhof Putlitzstraße hätten sich Soldaten mit roter Schleife angesammelt und als Rote Garde ausgegeben. Am Lehrter Bahnhof sei mit Maschinengewehren vorgegangen worden, weil ein Zug mit Meuternden auch mit solchen angekommen sei. Zwei Eisenbahnzüge mit Meuterern seien in Wustermark angehalten worden. Dabei seien viele Matrosen geflohen und über Berlin weitergezogen. Ein anderer Zug sei auf Magdeburg zu abgedreht worden. Es träfen unausgesetzt Matrosen in Berlin ein. Diese müßten weiter aufgegriffen und festgehalten werden.<sup>20)</sup>

v. Mann: Wir bringen die Leute dann wieder auf die Schiffe zurück.

#### Demobilisierungsangelegenheit:

**Graf Roedern:** Auf die neuliche Besprechung hin habe er mit den Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände verhandelt. Dieselben hätten gewollt, daß ein Demobilisationsamt mit einem Staatssekretär und zugleich preußischen Staatsminister an der Spitze gebildet werde.<sup>21)</sup> Rathenau habe sogar zwei Staatssekretäre gefordert. Er habe den Herren gesagt, daß die Sache neben dem Reichswirtschaftsamt nicht zu machen sei, da die Ämter zuviel Reibungsflächen haben würden. Er habe ihm den Vorschlag gemacht, den neu zu ernennenden Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes mit der Aufgabe zu betrauen. Dagegen hätten sich sowohl die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber ausgesprochen. Die Herren hätten den Oberstleutnant Koeth in Aussicht genommen. Er halte ihn

<sup>19)</sup> In Haußmanns Aufzeichnung (s. Anm. 1): „Amnestie: Gröber mit Spahn in Umrissen feststellen.“

<sup>20)</sup> A.a.O. knapper: „Scheüch: Maßregeln in Berlin. Matrosen im Ramsch zusammenfangen.“ In Scheidemanns Notizen (s. Anm. 7): „[. . .] Matrosen-Vorbereitung in Berlin ganz systematisch.“

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 135. Dazu Preller S. 53.

selbst für geeignet. Dieser halte sich aber selbst nicht zum Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes befähigt, da ihm die juristischen Vorkenntnisse fehlten. Er selbst halte es für den besten Ausweg, für die eigentliche Zeit der Demobilisation einen zweiten Stellvertreter des Reichskanzlers für diese Demobilisation zu ernennen. Zugleich müßte ein Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes im Einverständnis mit Koeth ernannt werden. Dies sei innerhalb des Rahmens der jetzigen Bundesratsverordnung möglich. Gleichzeitig müßte der Demobilisationsminister preußischer Staatsminister werden. Er brauchte aber nicht ständig in den Reichstag zu gehen, sondern könnte sich durch den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes vertreten lassen. Es würde auf diese Weise die Idee, zwei Kräfte hineinzubringen, erfüllt werden. Also es sei ein Demobilisationsamt zu schaffen, dessen Abteilung A die reinen Demobilisationssachen, Verhandlungen mit Eisenbahnminister und Kriegsminister zu erledigen hätte; während das Reichswirtschaftsamt als Abteilung B dem Demobilisationsamt mit unterstellt würde. Hiermit seien die Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände einverstanden.<sup>22)</sup> Ob das Kriegskabinett und der Reichskanzler hiermit einverstanden seien? Oberstleutnant Koeth sei bereit, die Demobilisation in jeder Form zu übernehmen, wenn er nur die nötigen Vollmachten erhalte. Also auch in einer unteren Stellung. Dies sei jedoch nicht möglich, da er weitgehende Vollmachten haben müßte. Seine Stellung müßte daher mehr herausgehoben werden.

**Scheidemann** hält die Lösung für gut und fragt, ob man sich über die Person [für die Leitung] des Reichswirtschaftsamtes bereits geeinigt habe.

**Graf Roedern:** Mit der Person müßte Oberstleutnant Koeth auch einverstanden sein. Er müßte sich mit den Mehrheitsparteien einigen. Genannt sei für die Stelle des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes der Geheimrat Wiedfeldt, der Koeth auch genehm wäre. Mit Rießer würde Koeth nicht arbeiten können.<sup>23)</sup>

**v. Payer:** Die vorgeschlagene Konstruktion sei etwas seltsam. Es sei eigentümlich, daß der Mann mit nur besonderem Auftrage des Reichskanzlers den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes als Untergebenen unter sich habe.

**Haußmann** hat Bedenken gegen den Vorschlag. Er sei ein Erzeugnis der Einigung der Schwerindustrie<sup>24)</sup> mit den Gewerkschaften. Sie wollten für diese Einigung ein Staatssekretariat haben. Diese Stellung solle gehoben sein gegenüber den übrigen Ressorts. Sieht hierfür kein Bedürfnis, sondern nur große Gefahren. Der betreffende Beamte bekäme eine Machtsfülle, die nicht notwendig sei. Er schlage vor, dem Beamten die Stelle eines Staatssekretärs zu geben. Richtig sei es, ihn an die Spitze des Wirtschaftsamt zu stellen und ihm soviel Unterstaatssekretäre zu geben, daß er auch ohne juristische Vorkenntnisse die Geschäfte erledigen könne.

**Scheidemann** wünscht, daß über die Vorgänge bessere und mehr Nachrichten gegeben würden. Die Gerüchte müßten richtig gestellt werden, etwa in dem

<sup>22)</sup> In Scheidemanns Notizen (s. Anm. 7): „Alle Untern[ehmer- und] Arb[eitnehmer-]Organisationen vollkommen einig[:] einheit[liche] straffe Organisation. F[ür] d[ie] Zeit der Demobil[machung:] ca. 1 Jahr [ . . . ]“

<sup>23)</sup> A.a.O. im Anschluß an die Äußerung Roederns: „*Scheidemann*: Nehme an, [Wiedfeldt wäre] den Mehrh[ei]ts-P[arteien] auch [genehm].“

<sup>24)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) der Passus: „Vermählung der Schwerindustrie“; vgl. auch Anm. 3.

Sinne: in Kiel geht es ruhig zu, es sind Arbeiter- und Soldatenräte gebildet worden, der Abg. Noske hat die Leitung in die Hand genommen.<sup>25)</sup>

**Scheüch** stellt fest, daß Noske im vollen Einverständnis mit Regierung dort tätig ist. Daraus ergibt sich, daß keine militärische Einwirkung auf Kiel stattfinden kann, solange Noske drin ist<sup>26)</sup>, so sehr er für Wiederherstellung der Ordnung sei, so wolle er doch vorläufig keine militärischen Gewaltmaßnahmen vornehmen, lieber bleibe es vorläufig bei der militärischen Absperrung Kiels.

**Trimborn:** Wiedfeldt sei eine ausgezeichnete Kraft und sehr geeignet, Staatssekretär zu werden.

**Graf Roedern:** Dann hätten wir zwei Ämter, die einander koordiniert seien. Einer müsse etwas übergeordnet sein, Wiedfeldt dürfe deshalb auch nicht zum Staatsminister und nicht zum Stellvertreter des Reichskanzlers gemacht werden.

**Scheidemann:** Schwierigkeiten der Reibung seien gegeben. Beide müßten gut zueinander stehen. Gefährlich sei aber eine Überordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers über das Reichswirtschaftsamt.

**v. Payer:** Man solle Koeth zum Staatssekretär machen und ihm besondere Aufgaben durch Reichskanzler zuweisen und dem Reichswirtschaftsamt auferlegen, daß es nicht ohne Koeth in einzelnen Sachen vorgehen dürfe. Dies würde vielleicht genügen, sonst entstehe ein heillooses Durcheinander.

**Scheüch:** Die Sache schein ihm mehr eine Personen- als Organisationsfrage, die Personen seien aber da und würden sich gut vertragen. Er hätte daher keine Bedenken gegen die Form, daß Koeth Staatssekretär und zugleich bestimmt werde, in welchen Fällen er Reichswirtschaftsamt mit Weisung versehen dürfe; er setze voraus, daß ein Eingriff in die militärische Demobilmachung nicht stattfindet.

**Graf Roedern:** Der Vorschlag von Exz. Haußmann, zwei Staatssekretäre zu ernennen, ließe sich erfüllen, wenn man Koeth zum Staatssekretär und Staatsminister und daneben den Leiter des Reichswirtschaftsamtes nicht zum Staatsminister und nicht zum Stellvertreter des Reichskanzlers für diese Zeit ernenne.

**v. Payer:** Mache man den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes nicht zum Stellvertreter des Reichskanzlers, so würden Schwierigkeiten entstehen. Koeth könne Staatssekretär werden, aber seine Stellung gegenüber Wiedfeldt etwas gehoben und von vornherein bestimmt werden, daß in Demobilisationsfragen der Wille von Koeth entscheidend sei.

<sup>25)</sup> A.a.O.: „Scheidemann: Noske telegraphiert: Haase kam an, will sich meinen Anordnungen anschließen und hofft auf Gegendienste in Berlin.“ — Scheidemann bezieht sich auf das bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 196 mitgeteilte, vom 7. 11. datierte Telegramm, das er als „die letzte amtliche Mitteilung“ Noskes aus Kiel vor dem 9. November bezeichnet; wiederabgedruckt bei Scheidemann, Memoiren II S. 270. Für die Übernahme der Geschäfte des Gouverneurs durch Noske am 7. 11., von der ebenfalls in diesem Telegramm die Rede ist, und den Aufenthalt Haases in Kiel am 7./8. 11. 1918 vgl. Noske S. 25 ff.; Hermann Müller S. 36 ff.; Kurt Zeisler, Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918, in: Revolutionäre Ereignisse S. 210, 212.

<sup>26)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) präziser: „[...] solange Noske es dort in der Hand hat.“

**Graf Roedern** schlägt vor, für Verhandlungen der inneren Unruhen Unterkommissionen zu bilden aus den Staatssekretären des Innern, des Reichsmarineamts, Kriegsminister und Minister des Innern. Nur bei großen Sachen sei das Kriegskabinet zu beteiligen.

## 140.

## 8. 11. 1918, vorm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

140a: Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 8. Nov. 1918.“<sup>2)</sup>

Friedberg, Fischbeck, Ebert, Südekum, Gothein, Pachnicke<sup>3)</sup>, Junck, Landsberg, Müller-Fulda, Fehrenbach, Stresemann, David, Savigny<sup>3)</sup>, Hirsch<sup>4)</sup>, Dove, Herold<sup>3)</sup>, Haußmann, Trimborn<sup>3)</sup>, Scheidemann, Gröber, Molkenbuhr.

**Pachnicke:** Wir begaben uns entsprechend dem Beschlusse<sup>5)</sup> zu Herrn Friedberg und haben dort die Vorschläge, die wir zu unterbreiten hatten, vorgetragen.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 140b.

<sup>2)</sup> Die Sitzung begann nach Haußmann S. 267 um 11 Uhr; diese Zeitangabe auch mehrfach in der Presse.

<sup>3)</sup> Mitglied des Reichstags und des preuß. Abgeordnetenhauses.

<sup>4)</sup> Paul Hirsch, sozialdemokratisches Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 136 Anm. 5.

<sup>6)</sup> Friedberg teilte am Nachmittag des 8. 11. in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums mit, daß er am Abend des 7. 11. „noch eine Anzahl von Parlamentariern“ empfangen habe, „insbesondere auch noch einige Herren des Abgeordnetenhauses, u. a. die Abgeordneten Porsch und Hirsch“. Weiter heißt es dann im Protokoll: „Auch in dieser [letztgenannten] Besprechung seien die obigen beiden Forderungen [unverzögliche Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und Parlamentarisierung der preußischen Regierung] gestellt. Um das gleiche Wahlrecht sofort einzuführen, solle der Weg über das Reich eingeschlagen werden, wobei für alle Staaten ein gleiches Wahlrecht in Form der Verhältniswahl eingeführt werden und auch den Frauen das Wahlrecht zugestanden werden solle. Er habe diese Forderungen zur Kenntnis genommen und einen Bescheid darauf in Aussicht gestellt; dabei habe er den Herren indessen nicht verhehlt, daß eine Beschleunigung in dem geforderten Maße nicht möglich sei, zumal man doch auch an die Beschlüsse des Staatsministeriums gebunden sei. Auch werde das Staatsministerium zunächst sich an Seine Majestät den Kaiser zu wenden haben. Den Weg der Reichsgesetzgebung könne er daher nicht mitmachen. In etwa 5 Wochen würde die preußische Wahlrechtsvorlage durchberaten und angenommen sein. Wenn jetzt in der beabsichtigten Weise eingegriffen werde, dann müsse die preußische Gesetzgebung nochmals in Bewegung gesetzt werden, und es würden von neuem 6 bis 8 Monate nötig sein, um ein Gesetz zustande zu bringen. Während dieser Zeit eine parlamentarische Regierung einzuführen, sei gleichfalls nicht möglich, denn eine heterogene Zusammensetzung der Regierung und des Landtags werde sich zur Not wohl eine kurze Spanne Zeit, aber schwerlich 8 Monate lang ertragen lassen. Auf diese Vorstellung hin sei ihm jedoch seitens der Sozialdemokraten geantwortet worden, dann könne man das Volk von der Revolution nicht zurückhalten.“ Vgl. Archivalische Forschungen 4/IV S. 1778.

Friedberg hat alles freundlich entgegengenommen und hat sich nachher zum Reichskanzler begeben und mit Payer gesprochen. Heute morgen verabredet, ihn zu bitten, hier zu erscheinen und die Bedenken gegen den Beschluß hier persönlich vorzutragen.

**Friedberg:** 2 Vorschläge: Der eine bezog sich auf die beschleunigte Durchführung der Wahlrechtsvorlage, der andere Parlamentarisierung.<sup>7)</sup> Beim ersten Vorschlag wurde gegen die Fristen eingewendet, daß sie zu lang bemessen seien; das sei vielleicht für die Nerven der Bevölkerung zuviel. Es würde ungefähr im allerhöchsten Fall 5 Wochen dauern, um auf dem bisherigen Wege die Sache weiter zu verfolgen und zu Ende zu bringen. Dafür glaube ich garantieren zu können. Diese 5 Wochen glaubte man nicht mehr ertragen zu können und deshalb wollte man den Weg der Reichsgesetzgebung beschreiten. Man wollte also überall Verhältniswahl einführen.

Dieser Vorschlag hatte zuerst etwas Bestechendes für mich. Es ist nur ein Rahmengesetz. Nachdem ich aber Gelegenheit hatte, heute nacht die ganze Sache zu überdenken, bin ich zu der Ansicht gekommen, daß dieser Weg ungangbar ist und das Gegenteil erreichen würde. Die Sache soll möglichst bald zum Abschluß gebracht werden: das Gegenteil würde erreicht werden. Die Landesgesetzgebung würde tatsächlich sehr langsam arbeiten. Die jetzige Vorlage müßte total umgearbeitet werden mit Rücksicht auf die Verhältniswahl. Die ganze Arbeit müßte von neuem aufgerollt werden. Wenn im Abgeordnetenhaus das Verhältniswahlrecht Widerstand finden würde, so würde das die schwersten Kämpfe bedingen. Namentlich würde es für das Zentrum nicht tragbar sein, wenn die sogenannten Sicherungen aus der Vorlage fortfallen würden. Dann würden wieder umfangreiche Verhandlungen die Folge sein; evtl. Auflösung, dann nur Wahl unter dem alten Recht! Ob dafür die Bevölkerung noch Verständnis hätte, das ist fraglich. Dann kommt auch noch Herrenhaus; dort nur möglich mit Pairschub. Daraus würden sich langwierige Verwicklungen ergeben, während man sonst die Sache in 5 Wochen fix und fertig hat. Dann wird auch die Wahlrechtsfrage in sämtlichen Bundesstaaten wieder aufgerollt.

Deshalb glaube ich nicht in der Lage zu sein, die Verantwortung für einen derartigen politischen Fehler zu übernehmen. Sie müssen sich bewußt bleiben, daß, wenn man den Gedanken der Parlamentarisierung durchführen will, wir in Preußen gegen eine vorhandene Mehrheit regieren müssen. Das wäre erträglich für eine kurze Zeit. Wenn aber auf dem Wege der Reichsgesetzgebung wir noch mit einer Dauer von 6—8 Monaten zu regieren<sup>8)</sup> haben, dann ist das unmöglich. Dann käme man nicht zur Ruhe. Deshalb glaube ich, daß der Gedanke nicht ausgeführt werden kann. Ich müßte es ablehnen, in dieser Richtung zu arbeiten. Ich würde für meine Person die Konsequenzen ziehen müssen.

Was die Parlamentarisierung in Preußen anlangt: Diese Sache wird ganz unaufhaltsam sein und wird bald in die Wege geleitet. Nur ist der vorgeschlagene Weg, wenigstens in dem Tempo, nicht ausführbar. Man dachte evtl. zu tele-

<sup>7)</sup> Die folgenden Ausführungen Friedbergs decken sich inhaltlich weitgehend mit seinem Bericht in der Sitzung des Staatsministeriums am Nachmittag des gleichen Tages; vgl. vorige Anm.

<sup>8)</sup> So im Or. Gemeint sein dürfte: „zu rechnen haben“.

graphieren. Es wäre möglich gewesen, wenn der leitende Staatsmann, der für die gesamte Politik verantwortlich ist, mitgemacht hätte. Er machte aber geltend, daß das im wesentlichen eine preußische Angelegenheit wäre. Dann befindet sich die gegenwärtige Reichsregierung in einem Zustand der Stockung, weil durch gewisse Vorgänge — sozialdemokratisches Ultimatum<sup>9)</sup> — sie nicht wissen kann, wie lange sie sich noch halten kann. Da ist Prinz Max nicht in der Lage, einen solchen einschneidenden Schritt bei der Krone zu tun.

Dann habe ich mich mit Delbrück in Verbindung gesetzt. Er konnte nichts tun, weil es Sache des preußischen Staatsministeriums sei. Er macht darauf aufmerksam, daß die Minister in Preußen es übelnehmen würden, wenn wir über ihren Kopf hinweg die Schritte einleiten würden. Das Staatsministerium selbst müsse die Portefeuilles niederlegen. Habe daraufhin auf 4 Uhr Ministerium berufen. Beschlüsse kann ich nicht voraussehen, aber werden wohl sämtlich ihre Posten zur Verfügung stellen.<sup>10)</sup> Dann kann die Krone mit der Neubildung einen Mann beauftragen.

(Friedberg will sich sofort zurückziehen.)

**Landsberg:** 5 Wochen ist eine unerträglich lange Zeit. Wir wissen alle, daß, wenn die Vorgänge in Hamburg usw. in Berlin Platz greifen, die Bewegung mit einem Schlage ein anderes Gesicht bekommt. Deshalb brauchen wir sofort eine Entspannung. Wir können unmöglich so lange warten.

Die Ausführung des Verfassungsartikels<sup>11)</sup> läßt auf sich warten, ganz richtig; aber wenn eine derartige Gesetzesbestimmung sofort gemacht und angekündigt wird, so ist eine Garantie dafür da, daß die Wahlrechtsfrage im demokratischen Sinne gelöst wird. Davon verspreche ich mir noch einen besonderen Eindruck.

<sup>9)</sup> Vom 7. 11. 1918. Vgl. Nr. 137 bes. Anm. 10 und 20.

<sup>10)</sup> Vgl. das in Anm. 6 zitierte Sitzungsprotokoll. Danach erklärte Drews gegen Ende der Diskussion: Ob der Rücktritt der Minister „ein geeignetes Mittel sei, um noch eine Beruhigung des Landes herbeizuführen, sei ihm zweifelhaft; es scheine ihm immerhin aber möglich, und deshalb sei er dafür, daß das Ministerium noch heute in corpore dem König den Abschied einreiche.“ Nachdem, wie das Protokoll fortfährt, „hiergegen noch von verschiedenen Seiten ernste Bedenken erhoben“ worden seien, „wurde festgestellt, daß die Herren Staatsminister Drews, Hergt, v. Eisenhart und Schmidt ihren Abschied einreichen wollten, daß Herr Staatsminister von Waldow ihn erneuern werde und daß Herr Staatsminister von Breitenbach um eine Erledigung des bereits vorliegenden Antrags nachsuchen werde. Außerdem wurde an den Herrn Vizepräsidenten allseitig die Bitte gerichtet, jedenfalls einstweilen im Amt zu verbleiben, um die Neubildung des Ministeriums in die Hand zu nehmen. Der Herr Vizepräsident erklärte, daß er damit ein schweres Opfer bringen würde, denn er wolle und müsse ausscheiden, da er nicht mehr in die neuen Verhältnisse eintreten könne. Auf Wunsch des Staatsministeriums sei er jedoch bereit, die Neubildung des Ministeriums, falls er damit beauftragt werden sollte, in die Hand zu nehmen; habe er das erreicht, werde er jedoch unbedingt gehen.“ Archivalische Forschungen 4/IV S. 1782.

<sup>11)</sup> Bezieht sich auf die von den Mehrheitsparteien erwogene Änderung des Art. 20 Abs. 1 der Reichsverfassung, der in seiner bisherigen Fassung lautete: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor.“ Dazu folgende Anm.

Da wirkt auch das Frauenwahlrecht. Das wäre die große Bedeutung unseres Antrages.<sup>12)</sup>

**Friedberg:** Der Antrag<sup>12)</sup> sollte natürlich beruhigend auf die Bevölkerung wirken. Ist das Tatsache? Ich meine, wenn eine derartige revolutionäre Stimmung vorhanden ist, dann wird sie nicht mehr aufgehalten. Was ich fürchte: Was an Beruhigung geschaffen wird und was später an Nervosität sich entwickeln wird, wenn die Sache sich noch 8 Monate hinauszögert — dann ist das Zweite schlimmer! Da müssen wir besser die Nerven behalten, müssen der Bevölkerung sagen, daß in 5 Wochen die Sache in Ordnung gebracht werden kann.

Zur Geschäftsordnung **Stresemann:** Soll nicht Friedberg bei der Debatte bleiben? Es wäre doch besser, wenn Friedberg bliebe.

Das unterstützen **Savigny** und **Gothein**. So wird beschlossen.

**Gothein:** Die schwerwiegenden Gründe können nicht verkannt werden. Der Gedanke an eine neue Wahl unter dem alten Gesetz ist erschreckend. Aber die Vorlage in Preußen kann ruhig geschaffen werden, man braucht dann nur noch an unseren Antrag<sup>12)</sup> eine Ergänzung zu schreiben, wonach dann das neue preußische Gesetz entsprechend geändert werden wird.

**Stresemann:** Kann nicht die Wirkung erreicht werden durch einen Akt der neugebildeten preußischen Regierung in Vereinigung mit den Parteiführern des preußischen Abgeordnetenhauses? Das würde wohl entlastend wirken. Kommt ein neues Ministerium und erklärt mit den Parteiführern gemeinsam, daß es das neue Wahlrecht durchführen will auf schnellstem Wege — dann wäre das gegeben, was durch den Beschluß des Reichstages gegeben wird. Es muß auch erklärt werden, daß man den Widerstand des Herrenhauses durch Pairschub brechen würde, wenn er entstände. Das wäre wohl ein Ausweg aus der üblen Lage Für das Verhältniswahlrecht wird sich hoffentlich auch eine Mehrheit im Ab-

<sup>12)</sup> Vgl. „Vossische Zeitung“, 8. 11. 1918, Abendausgabe, wo es — ohne Hinweis darauf, daß es sich um eine geplante Neufassung des Art. 20 Abs. 1 handelt — heißt, die Mehrheitsparteien des Reichstages hätten sich darauf geeinigt, „in der nächsten Reichstagssitzung folgenden Initiativantrag einzubringen: Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechtes, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat.

Die Zugehörigkeit zur Volksvertretung geht nicht dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt.“

Das Blatt fügte kommentierend hinzu: „Das gleiche Wahlrecht einschließlich des Frauenwahlrechts wird also auf dem Wege der Reichsgesetzgebung in allen Bundesstaaten eingeführt. Die preußische Verfassungsreform ist dadurch vorläufig erledigt. Es kann sich in Preußen nur noch um einzelne Gesetzgebungsakte handeln, welche die Einführung des Proportionalwahlrechts und die Einteilung der Wahlkreise betreffen. Diese Ausführungsbestimmungen lassen sich rasch erledigen, weil sie nicht an die Bedingungen der Verfassungsänderung geknüpft sind.“

Dazu auch „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 9. 11. 1918, Morgenausgabe, die Antrag und Kommentar gleichlautend veröffentlichte. Für die endgültige Fassung des Initiativantrages, der, obgleich auch in einer weiteren, um 18 Uhr beginnenden Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses keine volle Einigung erzielt wurde, noch am Abend des 8. 11. eingebracht wurde, vgl. Nr. 143 Anm. 17.

geordnetenhaus finden. Aber in bezug auf Frauenwahlrecht war gestern keine Übereinstimmung.<sup>13)</sup> Meine Fraktion muß sich das noch vorbehalten.<sup>14)</sup>

**Fehrenbach:** Ich stehe unter der Empfindung, daß wir über etwas debattieren, was um 4 Uhr vielleicht nicht mehr wichtig ist. Bis heute nachmittag hat die Abdankung des Kaisers zu erfolgen.<sup>15)</sup> Die Entscheidung dieser Frage wird Konsequenzen haben. Dankt er ab, dann wird man weiter reden. Dankt er nicht ab, dann kommen ganz andere Fragen in Betracht.

**Pachnicke:** Es bleibt natürlich immer nur eine Eventualentschließung in unserem Kreis. Für den Fall, daß die Dinge bleiben, wie sie sind, würden wir doch heute die gute Gelegenheit benutzen wollen, die Sache zur Aussprache zu bringen.

Stresemanns Vorschlag würde seine Wirkung nicht verfehlen. Nur räumt er andere Bedenken nicht aus. Hat sich eine solche Erklärung auf das gleiche Wahlrecht zu beschränken? Gerade da setzen die Zweifel ein. Würde der jetzige Kompromiß aufrechterhalten, dann würde das bedingen, daß die kulturellen Sicherungen darin bleiben; ferner würden die budgetrechtlichen Kompetenzen aufrechterhalten bleiben und drittens, daß das Herrenhaus in seiner jetzigen Struktur dann beibehalten wird, daß dabei der Numerus clausus eingeführt wird usw. Es würde auch bleiben, daß der Widerstand des Herrenhauses in wichtigen Angelegenheiten nur sehr schwer gebrochen werden kann. Der Numerus clausus würde vielleicht nicht ausreichen, um einen Pairschub zu machen. Dann fehlt eine Bestimmung, daß bei wiederholten Beschlüssen des Abgeordnetenhauses das Veto des Herrenhauses kraftlos wird.

**David:** Auch wenn Kaiser abdankt, ist es von größter Bedeutung, daß man mit der Wahlrechtsentspannung der Bewegung der Straße gegenübertritt. Sie behält neben der Kaiserfrage eine ungeheure Bedeutung. Es gibt eine Politik der Straße! Wenn jetzt Deputationen kommen mit Forderungen an die Regierung und wenn sie dann zurückweichen muß, dann ist sie belastet mit Mißtrauen. Die Dinge in Bayern, Sachsen und Hessen gehen ja schon weiter, als wir vorschlagen. In Hessen ist auch eine Mehrheit für das Frauenwahlrecht vorhanden. Gerade das Frauenwahlrecht würde entlastend wirken. Es ist ein Gebot der Not und der Stunde, daß man die große rasche Beruhigung nach außen gibt.

**Hirsch:** Kann nur den dringenden Rat geben, den Weg über Reichstag einzuschlagen. Die Stimmung in den Massen ist so, daß sie zum preußischen Landtag kein Vertrauen mehr haben. Die Vorlage auf Grundlage des Kompromisses<sup>16)</sup> ist nicht mehr annehmbar.

**Herold:** Gegenüber dem Zustande von gestern ist eine gewisse Veränderung eingetreten. Das Ultimatum der Sozialdemokratie ist inzwischen bekanntgeworden. In den 5 Punkten<sup>17)</sup> ist vom Wahlrecht nichts enthalten. Nachdem das gar nicht darin enthalten ist, hat sich die Lage verschoben. Als wir gestern die

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 136 Anm. 3.

<sup>14)</sup> Wie Stresemann weiter unten mitteilt, war die nationalliberale Reichstagsfraktion versammelt. Für das negative Ergebnis der Beratungen in der Frage des Frauenwahlrechts vgl. Nr. 143.

<sup>15)</sup> Nach dem Ultimatum der Sozialdemokraten vom Vortage; vgl. Nr. 137.

<sup>16)</sup> Vgl. Schulthess 1918/I S. 335, 392 ff. Dazu auch Nr. 135.

<sup>17)</sup> In den 5 Punkten des Ultimatus; vgl. Nr. 137.

Mitteilung vom Ultimatum bei Friedberg<sup>18)</sup> erhalten, habe ich sofort erklärt, daß ich dann der Ansicht wäre, daß unsere Fraktion in bezug auf Wahlrecht keine Zustimmung geben würde. Ich hatte auch schon früher Vorbehalte gemacht. Unsere Partei hat schon früher die gleichen Einwendungen gegen den Weg über das Reich gemacht.

**Südekum** legt noch einmal den ganzen Ernst der Lage dar. Man soll aus der relativen Ruhe keine falschen Schlüsse ziehen.

**David:** Wir müssen rasch arbeiten. Das war und bleibt der Ausgangspunkt. Es ist nicht leicht geworden, die Leute in Berlin zurückzuhalten. Diese Forderungen stehen dabei im Vordergrund. In Hessen ist man möglichst rasch und gründlich vorgegangen. Woran haben wir denn gelitten? In erster Linie infolge der Dissonanz zwischen den einzelnen Bundesstaaten. Da muß vollkommene Homogenität in den Bundesstaaten hergestellt werden. Das muß geschehen. Sachlich wird die Forderung doch kommen. In einer Reihe der übrigen europäischen Länder ist das Frauenwahlrecht während des Krieges eingeführt worden, z. B. in England! Wie klug waren die Engländer, wie dumm waren wir. Auch das muß geschehen. Wenn es jetzt nicht geschähe, so werden die Reibungen bleiben. Um die explosive Katastrophe zu vermeiden, müssen wir alles aufstoßen, was aufgestoßen werden kann. Wenn die Sozialdemokratie austritt und das Militär die Oberhand behält, so ist das möglich beim ersten und zweiten Zusammenstoß. Das muß aber auch in anderer Beziehung reaktionäre Folgen haben. Was kommt dann? Dann wird der Kampf sich im ganzen Lande abspielen, wir sind mitten im Bürgerkrieg darin. Für das Ausland sind dann die Friedensmöglichkeiten sistiert. Die eigenen Truppen fluten zurück. Wie wird die Sache schließlich ausgehen? Die Engländer und Franzosen schaffen dann „Ordnung“ im Lande. Wilhelm II. lassen die nicht bestehen.

Dann wird das Reich zerstückelt. Das ist die Entwicklung für den Fall, daß die Reaktionäre die Oberhand behalten. Da sollte noch alles getan werden, um die Sache in legaler Ordnung zu halten. Geschieht das nicht, dann geht es mit einer blutigen Katastrophe ins Verhängnis hinein. Ist es da nicht geboten, alle Bedenken aus der Vergangenheit zurückzustellen?

**Herold:**<sup>19)</sup> Die Gefährlichkeit der Lage verkenne ich nicht. Aber der Schwerpunkt ist jetzt doch der Rücktritt des Kaisers. Das steht im Vordergrund. Die Kaiserfrage stellen wir in den Vordergrund. Wenn die im Sinne der Sozialdemokratie gelöst ist, dann ist die größte Entspannung, dann könnte man die Wahlrechtsfrage zurückstellen.

Wir beklagen, daß das Ultimatum in dieser Form gestellt wurde. Die Frist war auch zu kurz bemessen. So schnell geht es überhaupt nicht. Wir hätten gewünscht, die Sozialdemokratie hätte es nicht getan. Nachdem sie es aber getan hat, sind wir der Ansicht, daß dann, wenn dieser Forderung jetzt nicht nachgegeben wird, die Revolution nicht aufgehalten werden kann. Die Arbeitermassen werden dadurch in eine ganz andere Lage hineingedrängt. Daher sind wir in der

<sup>18)</sup> Vgl. Anm. 6.

<sup>19)</sup> Mit diesem Diskussionsbeitrag Herolds beginnt die als Nr. 140b abgedruckte Aufzeichnung Haußmanns.

großen Mehrheit der Ansicht, daß es jetzt das Richtigste wäre, wenn der Kaiser zurücktreten würde. Denn dann kann vielleicht die Monarchie als solche aufrechterhalten werden. Ob es möglich ist, das steht auch noch dahin. Sonst wird es noch schlimmer. So sehr wir es beklagen, sind wir doch der Ansicht, daß der Kaiser abdanken sollte, unter Aufrechterhaltung der Monarchie. Wenn sich die Sozialdemokratie mit dafür einsetzt, daß das geschieht, dann ist wenigstens die Möglichkeit vorhanden, daß die Monarchie noch aufrechterhalten würde. Diese Stellung hat unsere Fraktion mit überwältigender Mehrheit eingenommen.<sup>20)</sup>

**Gothein:** Das Ultimatum der Sozialdemokratie hat eine peinliche Empfindung ausgelöst. Wenn wir hier zusammenarbeiten im Mehrheitsausschuß, dann müßte man uns vorher in Kenntnis setzen und mit uns beraten. Das Ultimatum setzt auch uns die Pistole auf die Brust.

Wir verkennen nicht, daß die Herren bei ihrem Ultimatum von der Erwägung geleitet worden sind, daß die Gefahr rasch wächst, aber man hätte doch mit uns Rücksprache nehmen können.

Nachdem es einmal ergangen ist, stimme ich mit Herold darin überein, daß es keine andere Lösung mehr gibt, als daß der Kaiser und der Kronprinz zurücktreten. Sonst fürchterlichste Revolution. Dann ist kein Halten mehr. Ich hoffe daher, daß dem Kaiser diese Sache so vorgestellt wird, daß er die notwendige Konsequenz zieht.

Die Frist ist viel zu kurz. Einige Tage hätte man bewilligen müssen. Für den Abschluß des Waffenstillstandes ist da eine ungeheure Schwierigkeit geschaffen. Die Sache wird vielleicht so ausgehen, daß der Kaiser nach Abschluß zurücktreten will. Nach dieser Richtung hin müßte die Sozialdemokratie auch ihren Beschluß vor der Öffentlichkeit interpretieren.

Diese Frage ist jetzt das entscheidende. Nachdem aber die Absichten der Mehrheitsparteien gestern an die Öffentlichkeit gebracht worden sind<sup>21)</sup>, müssen die Fraktionen dazu Stellung nehmen.

Neuer Vorschlag: „Ist in einem Bundesstaat [das Wahlrecht] nicht bis zum 1. Oktober 1919 entsprechend den vorstehenden Bestimmungen geordnet, kann es durch den Reichstag geordnet werden.“<sup>22)</sup> Dann kann der jetzige Landtag das Wahlrecht

<sup>20)</sup> Für den Fraktionsbeschluß vom Vormittag vgl. Nr. 138. Nach Fehrenbach (s. Kopfregezt zu Nr. 138) sah sich Herold im Interfraktionellen Ausschuß „infolge der politischen Situation genötigt, von dem Beschluß der Zentrumsfraktion Mitteilung zu machen.“

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 136 Anm. 5.

<sup>22)</sup> Dazu „Vossische Zeitung“, 9. 11. 1918, Morgenausgabe: „Die Vereinbarung der Mehrheitsparteien über die demokratische Reform in den Einzelstaaten soll, wie eine Nachrichtenstelle erfährt, noch einen Zusatz dahin erhalten: „Jeder Landtag muß bis zum 31. Dezember 1919 Bestimmungen schaffen, welche dem Artikel 20 der Reichsverfassung entsprechen.““

Der Zusatz bedeute, heißt es weiter, „daß bis zu diesem Termin die neuen Verfassungsgesetze mit dem gleichen Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 24 Jahre fertig sein müssen. In Preußen würde also nach Verabschiedung der jetzigen Wahlreform ein neues Abgeordnetenhaus gewählt werden, welches dann auf Grund des inzwischen ergangenen neuen Reichsgesetzes die Bestimmungen über Verhältniswahl und Wahlkreiseinteilung auszuarbeiten und das Gesetz bis zum 31. Dezember 1919 vollkommen fertigzustellen hätte.“ Vgl. auch „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ a.a.O. (s. Anm. 12), die den Zusatz nebst gleichlautendem Kommentar „nach einer späteren Meldung“ im Anschluß an die Meldung über den ursprünglichen Antrag publiziert. Für die Form, die der Zusatz in der endgültigen Fassung des Antrages erhielt, s. Nr. 143 Anm. 17.

verabschieden, dann neues Wahlrecht und in kurzer Zeit später dann die neue Reform.

**Friedberg:** Ist dieser Antrag technisch gut und vollkommen? Die Frage möchte ich mit Ja beantworten. Denn ohne diesen Antrag müßten wir mit einer ganz neuen Vorlage kommen und hätten dann die lange Frist. Diese Bedenken würden durch den Antrag Gothein<sup>22)</sup> ausgeräumt werden. Die jetzigen Entwürfe könnten verabschiedet werden, Landtag auflösen und dann Ergänzungen nach den Vorschriften der Reichsgesetzgebung ausgestalten.

**Stresemann** zur Geschäftsordnung: Was sagen die Mitglieder des Kriegskabinetts? Was sagen die Sozialdemokraten zur Verlängerung der Frist?

**Haußmann:** Durch das Ultimatum wurden wir überrascht im Kabinett.<sup>23)</sup> Das hat die Lage außerordentlich erschwert und die Erreichung des Zieles, das die Herren selbst anstreben, nicht so gefördert, wie sie es wünschten. Der Reichskanzler hat auf die Mitteilung dieser 5 Punkte die einzige Antwort gegeben, die er hat geben können: seine Demission eingereicht, und will die Geschäfte bis zum Abschluß des Waffenstillstandes fortführen.<sup>24)</sup> Die Mitglieder des Kabinetts haben ihre Auffassung gleichfalls ausgesprochen, und es ist ohne Widerspruch erklärt worden, daß er selbst und die übrigen nichtparlamentarischen Mitglieder auch zurücktreten, wenn Prinz Max zurücktrete, und daß sie die Voraussetzungen der Mehrheitsregierung dadurch als beseitigt ansehen. Dieser Tatbestand ist telegraphisch gemeldet worden. Ein Echo war bis 1/2 12 noch nicht erfolgt.<sup>25)</sup> Von sehr großer politischer Bedeutung wird in diesem Zustand, wie ich fühle, das sein, was der Interfraktionelle Ausschuß für eine Stellung einnimmt.

**Landsberg:** Mit Aufschub<sup>26)</sup> einverstanden. Es tut uns leid, daß der Schritt

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 137.

<sup>24)</sup> Das Entlassungsgesuch des Prinzen vom 7. 11. schloß mit dem Passus: „Bis zur Entscheidung erachte ich es als meine selbstverständliche Pflicht, in dieser stürmischen Zeit die Leitung der Reichsgeschäfte in der Hand zu behalten, zumal die im Gang befindlichen Waffenstillstandsverhandlungen durch ein Aussetzen der Reichsleitung gefährdet werden könnten“; vgl. Prinz Max S. 606.

<sup>25)</sup> Nach seiner eigenen Schilderung hatte der Reichskanzler seinem Entlassungsgesuch „noch spät am Abend“ des 7. 11. eine telegraphische „Warnung“ an den Kaiser, abgedruckt bei Prinz Max S. 613, folgen lassen, in der er betonte, daß er „eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie“, die „jetzt nur in Form einer Militärdiktatur möglich“ wäre, für „eine noch größere Gefahr“ halte als eine Thronentsagung des Kaisers und des Kronprinzen „unter dem Druck der Sozialdemokratie“. A.a.O. S. 616 f. der Wortlaut eines Telephonats vom 8. 11. früh, durch das der Kanzler dem Kaiser den Vorschlag unterbreiten ließ, „den monarchischen Gedanken durch eine demokratischere Lösung zu retten, als das Ultimatum sie enthält: Seine Majestät würden unverzüglich Ihren festen Willen aussprechen abzudanken, sobald der Stand der Waffenstillstandsverhandlungen die Ausschreibung von Neuwahlen für eine Verfassungsgebende Nationalversammlung gestattet [..]“ Am 8. 11. gegen Mittag sei der Bescheid des Kaisers, a.a.O. S. 619, eingetroffen, daß er sich eine Entscheidung über das Entlassungsgesuch des Prinzen vorbehalte, „bis der Waffenstillstand abgeschlossen und Waffenruhe eingetreten“ sei; weitere Entschließungen würden sich „aus der alsdann herrschenden Situation ergeben“. Ein a.a.O. mitgeteiltes Telegramm Grünaus war, wie der Prinz bemerkt, „deutlicher“, indem es lapidar besagte, daß der Kaiser es „völlig abgelehnt“ habe, auf die Vorschläge des Kanzlers in der Thronfrage einzugehen, und „es nach wie vor für seine Pflicht [halte], auf seinem Posten zu bleiben“.

<sup>26)</sup> D. h. mit einer Verlängerung des sozialdemokratischen Ultimatums. Dazu unten, bes. Anm. 41.

peinliche Empfindungen ausgelöst hat. Aber dazu hat keine Veranlassung vorgelegen. Wir mußten Handlungsfreiheit haben. Das Zentrum hat davon auch Gebrauch gemacht. So war es beim preußischen Wahlrecht. Jede Partei hat das Recht, aus dem Block auszutreten. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir auf Lösung der Kaiserfrage Wert legten.

Die Erklärungen der Herren Gothein und Herold sind dankenswert. Sie lassen die Hoffnung aufkommen, daß die Sozialdemokratie nicht auszutreten genötigt sein wird.

Es ist allgemein bekannt, daß wir Republikaner sind. Aber wir sind auch Demokraten. Deshalb wollen wir die Republik nicht aufzwingen. Wir denken nicht daran, eine völlige Abdankung der Monarchie und der Hohenzollern zu beanspruchen.

Unsicherheit in die Waffenstillstandsverhandlungen kommt nicht hinein. Die Regierung und Monarchie bleiben ja bestehen. Die Entscheidung wird wohl günstiger werden, nachdem die Kaiserfrage gelöst ist. Kaiserfrage wird Entspannung bringen. Ja, gewiß. Aber wenn sie nicht so gelöst wird? Was dann? Da müssen Sie für eine andere Entspannung sorgen. Das kann nur geschehen durch die Wahlrechtsreform.

**Stresemann:** Man hat uns in der öffentlichen Achtung herabgesetzt, als man das Ultimatum stellte, ohne uns zu unterrichten. Dann sind wir ja nicht mehr gleichberechtigt. Jede Fraktion ist natürlich frei, auszuschneiden, aber Sie hätten uns doch Mitteilung machen müssen. In der Kaiserfrage möchte ich meiner Fraktion nicht vorgreifen; sie ist versammelt.<sup>27)</sup> Unbeschadet der Frage, wie der Kaiser sich entscheidet, muß die Wahlrechtsfrage in Preußen doch gelöst werden. Über den Weg kann man reden.

**Ebert:** Zu dem Vorwurf wegen Illoyalität möchte ich einige Worte sagen. Das ist der Fluch der Lage, daß wir trotz allen Bemühungen nicht zustandegebracht haben, Sie ins richtige Bild der Lage zu setzen. Wir haben uns in 3 Sitzungen über die Kaiserfrage ausgesprochen. Wir konnten Sie nicht überzeugen, daß diese Frage draußen die Beunruhigung schafft. Wir haben schließlich diese Verhandlungen hier abgebrochen. Die Sache hatten wir ja bei der Reichsleitung anhängig gemacht. Wir hatten unsere Fraktion wieder zusammen und haben über unsere Versuche berichtet. Die Fraktion bestand auf schneller Regelung. Gestern hatten sich die Dinge im Reiche furchtbar überstürzt. Dringende Nachrichten. Auch aus Berliner Betrieben. Es sei unmöglich, die Sache auch nur noch eine Nacht zu halten. Wir müßten bis 7 Uhr über einen entscheidenden Schritt Mitteilung machen. Wir haben gestern auf 4 Uhr die Vorstände zusammengehabt<sup>28)</sup>, und da wurde beschlossen, sofort mit dem Ultimatum vorzugehen. Es blieb nichts anderes übrig. Sie sollten uns dankbar sein, daß wir die Hauptstadt ruhig gehalten haben. Alle Stellen waren doch sachlich unterrichtet.

Wir sahen die einzige Möglichkeit, durch Beruhigung dieser Bewegung entgegenzuwirken. Ich habe eben den Bremer Bericht nachgesehen: die Soldaten schließen

<sup>27)</sup> Vgl. die als Nr. 141 abgedruckte Resolution der nationalliberalen Fraktion zur Abdankungsfrage.

<sup>28)</sup> Vgl. Nr. 137 Anm. 18 und 19.

sich der Bewegung an. So wird es auch hier kommen. Die erste Forderung der Soldaten ist überall die Kaiserfrage. Wir mußten schnell handeln und mußten auch eine Frist stellen. Weil wir nur mit der Friststellung unsere Arbeiter beruhigen konnten. Wir haben Nacht für Nacht Flugblätter ausgegeben. Wir waren uns von vornherein klar, welche Schwierigkeiten daraus entstanden. Aber es ist der einzige Weg, der noch gangbar ist. Welchen anderen Weg haben Sie? Die Arbeitseinstellung beginnt wohl schon heute nachmittag.

**Dove:** Da liegt ein bedauerliches Mißverständnis vor. Zunächst war die Waffenstillstandsfrage das Wichtigste. So lange wollten wir die Kaiserfrage vertagen. Wenn das nicht der Sinn war, so ist das ein Mißverständnis. Ist denn wirklich die Wahlrechtsfrage auch so brennend, daß auch die technischen Einzelheiten jetzt mitgeteilt werden müssen? Wenn den Leuten mitgeteilt werden kann, daß es sich nur darum handelt, den kürzesten Weg zu finden, sollte das nicht genügen? Wenn wir eine Umgestaltung der preußischen Regierung bekommen und eine Erklärung der Mehrheitsparteien, das wäre doch das wesentlichste!

**David:** Über die Kaiserfrage haben wir in 3 Sitzungen gesprochen. Aber die Korona war niemals vollzählig. Da können manche Herren vielleicht nicht so im Bilde gewesen sein.

Ich habe allerdings den Standpunkt vertreten, daß der Waffenstillstand noch wichtiger sei als die Kaiserfrage. Aber die zweite war auch wichtig, und das ist auch sofort richtiggestellt worden.

Die Waffenstillstandssache ist auch leider verzögert worden. In den letzten 14 Tagen hat man im Volk die Meinung verbreitet, man wolle alles verzögern, um den letzten Widerstand zu organisieren. Erzberger hat dabei schuld.<sup>29)</sup> Aber davon wußten wir auch nichts! Die Massen dachten, man wolle noch einmal das Blut vergießen. Die Einziehungen, die Wegreise des Kaisers ins Große Hauptquartier. So versteifte man die Waffenstillstands- und Friedensfrage: das hieß geradezu in die Revolution hineinzutreiben. So ist es in Kiel losgegangen. Wenn man sich das mal vorstellt, wir haben es auch gesagt, dann können Sie sich denken, wie alles kam. Wir halten noch die Residenz! Das war sehr schwer. Gestern kam dann noch der Erlaß von Linsingen.<sup>30)</sup> Das schlug dem Faß den Boden aus. Da sagten unsere Vertrauensleute, es sei fertig und sie könnten nicht mehr halten. Da war unser Schritt das richtige. Das Formale der Versäumung der Mitteilung erklärt sich daraus. Das müssen Sie würdigen.

Es muß jetzt ganz rasch zur Waffenruhe kommen. An der Kaiserfrage ist nichts mehr zu ändern. Das Dritte ist die Wahlrechtsfrage auch mit dem Frauenwahlrecht.

[**Gothein:**]<sup>31)</sup> Angesichts der Lage, da die Truppen versagen, müssen wir einen Entschluß fassen, um dafür zu sorgen, daß das Kabinett einen Rückhalt an den Mehrheitsparteien hat. Das Kabinett wünscht eine Stellungnahme. Im übrigen

<sup>29)</sup> Für den Zusammenhang vgl. Nr. 140b Anm. 18.

<sup>30)</sup> Bezieht sich auf das Verbot, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden; vgl. Nr. 137 Anm. 13.

<sup>31)</sup> Im Or. ohne Sprecherangabe im unmittelbaren Anschluß an die Ausführungen Südekums. Aus dem Zusammenhang sowie aus Nr. 140b ergibt sich jedoch, daß es sich um Gotheins Begründung zu seinem in der folgenden Anm. mitgeteilten Antrag handelt.

Vorschlag für das Kabinett selbst, für niemand anderes: Mehrheitsblock hält den freiwilligen Rücktritt für das beste.<sup>32)</sup>

**Herold:** Ich hatte angenommen, daß an Stelle der Kaiserfrage die Wahlrechtsfrage treten solle. Erkenne das Verdienst der Sozialdemokratie an, Ruhe aufrechtzuerhalten.

Die Kaiserfrage steht im Vordergrund; wenn sie im Sinne der Sozialdemokratie gelöst wird, ist die Entlastung eingetreten. Wenn nicht, dann können wir zur Wahlrechtsreform übergehen.

Mit dem Antrag Gothein<sup>32)</sup> einverstanden. Aber Indiskretion!<sup>33)</sup>

**Stresemann:** Zum Antrag Gothein:<sup>32)</sup> Was wir hier beschließen, wird veröffentlicht. Wir sind sämtlich durch Vertrauensmänner im Kriegskabinett vertreten, die können die Entschließung dem Reichskanzler mitteilen.<sup>34)</sup>

**Gröber:** Ich kann für meine Person nur erklären, daß ich mit Antrag Gothein<sup>32)</sup> nicht einverstanden sein kann.

(Auch **Trimborn** sagt dasselbe.)

[**Gröber:**] Ich spreche mich entschieden dagegen aus. Ich hätte auch gewünscht, daß man uns Gelegenheit gegeben hätte, in der Fraktion<sup>35)</sup> darüber zu sprechen. Ich bleibe auf dem alten Standpunkt: politische Notwendigkeit für eine derartige Aktion kann nicht anerkannt werden.

**Trimborn:** Ich kann mich auch nicht auf den Boden der Erklärung Gotheins<sup>32)</sup> stellen. Ich bin absolut verhindert gewesen, der Fraktionssitzung<sup>36)</sup> beizuwohnen. Ich kann mich also nicht festlegen.

**Fischbeck:** In bezug auf Frage Wahlrecht scheint Übereinstimmung zu herrschen: 1. Parlamentarisierung muß durchgeführt werden. Dem Volk steht viel mehr die einzelstaatliche Verwaltung nahe als die Dinge des Reichs. Wenn aber Sozialdemokratie Austritt erklärt, dann ist auch diese Frage noch offen. 2. Form des Wahlrechtes. Das hängt mit den anderen Fragen zusammen. Erst muß ein Ministerium gebildet werden.

**Savigny:** Vorher war eine gewisse weitergehende Übereinstimmung vorhanden dahingehend, daß etwas praktisch Greifbares geschehen solle, damit die Sozialdemokratie etwas Greifbares in der Hand hätte, um zu beruhigen. Es wäre unbedingt notwendig, daß wir zu einem praktischen Ergebnis kommen. Die

<sup>32)</sup> Wortlaut des von Gothein gestellten Antrags nach dem eigenhändigen Entwurf im Nachlaß Gothein 93: „Angesichts der ganzen politischen Entwicklung hält der Ausschuß der Mehrheitsparteien den freiwilligen Rücktritt des Kaisers und die Einsetzung einer Regentschaft für seinen Enkel für den größten dem Staat zu leistenden Dienst; das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit würde dafür dankbar sein.“

Der Antrag ist auch im Nachlaß Haußmann überliefert (s. Nr. 140b Anm. 19), wobei der Schluß wie folgt umgestellt ist: „[. . .] Dienst, für den [. . .] dankbar sein würde.“ So auch bei Haußmann S. 269.

<sup>33)</sup> Soll heißen: Gefahr der Indiskretion.

<sup>34)</sup> Nach Nr. 140b zog Gothein seinen Antrag im Anschluß an die Ausführungen Stresemanns zurück.

<sup>35)</sup> Bezieht sich auf den Fraktionsbeschluß des Zentrums vom Vormittag, der in Abwesenheit Gröbers gefaßt worden war. Vgl. Nr. 138.

<sup>36)</sup> S. vorige Anm.

Sozialdemokratie sollte das Frauenwahlrecht zurückstellen, damit wir uns wenigstens einigen können.

**Fischbeck:** Also Parlamentarisierung muß erfolgen. Dazu gehört aber eine Koalition, die sie trägt. Wenn es gelingt, die Mehrheit im Reiche aufrechtzuerhalten und sie in Preußen zusammenzubringen, dann betreibt sie die Wahlrechtsfrage. Soll man jetzt einen Antrag im Reiche einbringen? Dazu ist es vielleicht auch morgen noch Zeit.

**Friedberg:** Die Parlamentarisierung in Preußen ist nur möglich, wenn wir die Wahlrechtsfrage schnell zu einer vielleicht vorläufigen Lösung bringen. Deshalb wäre der Weg des Antrages Gothein<sup>37)</sup> der einzig gangbare Weg: erst das Wahlrecht schaffen und dann Ergänzung durch Reichsrecht.

**Fischbeck:** Man kann nach außen zum Ausdruck bringen, daß darüber Einigkeit herrscht.

**Junck:** Wollen wir den Weg verlassen, den wir gestern beschreiten wollten? Ich meine, wir sollten den Antrag<sup>38)</sup> heute noch im Reichstag einbringen mit dem Zusatzantrag Gothein<sup>37)</sup>, wonach der preußische Landtag Zeit hat, bis zum Oktober 1919 selbst zu ordnen. Auch vom Frauenwahlrecht<sup>39)</sup> können wir nicht mehr zurück. Wir gehen entschlossen den Weg der Reichsgesetzgebung mit dem Zusatzantrag Gothein.

**Herold:** Ich muß ausdrücklich erklären, daß wir über das Wahlrecht keine bestimmte Erklärung abgeben können.

**Haußmann:** Ich bin für das Frauenwahlrecht; aber dazu vielleicht Referendum. Dabei hätten die Frauen mitzustimmen.

**Ebert:** Mit dem gestrigen Antrag<sup>38)</sup> haben wir uns gestern über die Schwierigkeiten hinweggeholfen. Wir akzeptieren Gotheins Antrag.<sup>37)</sup> Aber der Antrag muß heute noch eingebracht werden.

**Savigny:** Über einen Punkt bitte ich um Auskunft: Wie steht es mit der Frist im Ultimatum? Die Frist ist schon überschritten.

**Ebert:** Wir hatten vorher in einer Unterredung uns schon verständigt, daß wir mit der Verlängerung bis heute abend ohne weiteres einverstanden sind. Um 7 Uhr haben wir die entscheidende Sitzung.<sup>40)</sup> Evtl. über diesen Termin noch hinausgehen. Bestimmte Garantie, daß uns das gelingt, kann ich nicht geben. Das soll keine Pression sein. Vielleicht bis zum Eintreten des eigentlichen Waffenstillstandes. Solange sollen der Reichskanzler und wir keine Konsequenzen ziehen.<sup>41)</sup>

<sup>37)</sup> Vgl. oben bes. Anm. 22.

<sup>38)</sup> Vgl. oben Anm. 12.

<sup>39)</sup> Für die Entscheidung der Fraktion vgl. Nr. 143.

<sup>40)</sup> Bezieht sich auf die Sitzung mit den Groß-Berliner Betriebsvertrauensleuten der SPD, die am Abend im Sitzungssaal des Parteivorstandes stattfand. Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 206 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 294 ff.; Hermann Müller S. 45.

<sup>41)</sup> In der 12 Uhr mittags beginnenden sozialdemokratischen Fraktionsitzung kam die Fraktion „zu folgendem Standpunkt: Nachdem der Reichskanzler erklärt hat, daß er dem Kaiser das gestern gestellte Ultimatum der Fraktion mitgeteilt hat, wünscht sie, um die Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu gefährden, nicht den Rücktritt des Kanzlers und will selber auch nicht die Konsequenz des Rücktritts ihrer Mitglieder aus der Regierung ziehen, solange bis der Waffenstillstand abgeschlossen ist.“ SPD-Fraktion, 8. 11. 1918.

**Hirsch:** Ich bin gestern mit dem Eindruck fortgegangen, daß alle Beteiligten sich über den Antrag<sup>38)</sup> einig wären. So war auch die Stellung der Fraktionen bei Friedberg.

**Fischbeck:** Wir wollen uns doch auf den Antrag einigen.

(6 Uhr.)<sup>42)</sup>

In „den späten Abendstunden“ des 8. 11. — so „Vossische Zeitung“, 9. 11. 1918 — wurde in Berlin ein Aufruf des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD verteilt, in dem es hieß, daß ein „großer Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen [...] von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden“ sei. Die noch unerledigte Forderung „auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung.“ Deshalb hätten „Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.“ Der Aufruf schloß mit dem beschwörenden Appell: „Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft und Eure Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub.“ Für den Wortlaut vgl. u. a. Schult Hess 1918/I S. 429; Prinz Max S. 621.

<sup>42)</sup> Um 18 Uhr wurden die Beratungen über den Antrag zur Abänderung des Art. 20 Abs. 1 fortgesetzt; vgl. Nr. 143.

140b: Nachlaß Haußmann 149, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript. Überschrift: „„So-wjet‘ 8. 11. 1918. Interfraktioneller Ausschuß.“<sup>1)</sup>

**Herold:** Was die Kaiserfrage anlangt, so beklagen wir die Form des Ultimatums. Aber nachdem die Sozialdemokratie sich auf *diesen*<sup>2)</sup> Standpunkt gestellt hat, [*glaube ich*,<sup>3)</sup>] daß dann die revol[utionäre] Bewegung nicht aufgehalten werden kann, wenn die Sozialdemokratie aus der Regierung austritt, weil *Kaiser*<sup>4)</sup> nicht zurücktritt.

Unter diesen *Mißständen*<sup>5)</sup> halte es unsere große Mehrheit für richtig, daß der Kaiser zurücktritt und *Monarchie aufrecht bleibt*.<sup>6)</sup>

**Gothein:** Ultimatum, ein peinlicher Eindruck, das ein Ultimatum auch für uns ist.

<sup>1)</sup> Abweichungen von dem Abdruck bei Haußmann S. 268 f., die auf redaktionelle Eingriffe Zellers zurückgehen dürften, und eigenhändige Zusätze Haußmanns im Manuskript sind im folgenden durch Kursivdruck hervorgehoben. Vgl. auch Haußmann S. 267, wo es im Zusammenhang einer Aufzeichnung über die Lage am 8. 11. 1918 heißt: „Elf Uhr interfraktioneller Ausschuß.“ Ferner Prinz Max S. 620 f., der sich auf Haußmann stützt, jedoch die Sitzung irrtümlich auf den Nachmittag verlegt.

<sup>2)</sup> Bei Haußmann S. 268: „den“.

<sup>3)</sup> So auch a.a.O.; ohne Kennzeichnung der Einfügung.

<sup>4)</sup> A.a.O.: „der Kaiser“.

<sup>5)</sup> A.a.O.: „Umständen“.

<sup>6)</sup> A.a.O.: „die Monarchie aufrechterhalten wird.“ — Dazu auch a.a.O. S. 267: „Zentrumsfraktion hat über den Kopf Gröbers hinweg die Forderung nach Abdankung des Kaisers einstimmig [sic! S. dagegen Nr. 138] erhoben.“ Vgl. Nr. 140a Anm. 20.

Es *konnte* gestern abend mit uns gesprochen werden.<sup>7)</sup>

Jetzt bin ich mit Herold einverstanden. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß der Kaiser und Kronprinz zurücktritt.

Kolossale Erschwerung des Waffenstillstands.

Ich spreche namens der Freunde, mit denen ich gesprochen habe. Stellung zum Frauenstimmrecht der Fraktion vorbehalten.

Antrag:<sup>8)</sup> Ist bis zum 1. Oktober 1919 das Wahlrecht der [*Bundesstaaten*]<sup>9)</sup> nicht geordnet — *dann*<sup>10)</sup> *reichsgesetzliche Regelung*.<sup>11)</sup>

**Friedberg:** Für Antrag Gothein.

**Haußmann:** Wir sind im Kabinett vom Ultimatum *der Sozialdemokratie*<sup>12)</sup> nicht verständigt worden.

Der Kanzler hat Demission eingereicht und sich zur Führung der Geschäfte *bis*<sup>13)</sup> Waffenstillstand bereit erklärt.

Das Kabinett schließt sich ihm an.

Die Erklärungen Herolds waren sehr wichtig. Ich will die Ansichten hören, die schwer ins Gewicht bei der Regierung und Krone fallen.

**Landsberg:** Meine Freunde sind mit einer Verlängerung der Frist wohl einverstanden, wenn ihnen eine Frist von einigen Tagen *angegeben*<sup>14)</sup> wird. Es tut mir aufrichtig leid. Die Erklärungen von Herold und Gothein sind dankenswert und lassen die Hoffnung aufkommen, daß wir nicht austreten müssen.

Wir denken nicht daran, die Republik  *einzuführen*<sup>15)</sup>, weil wir zwar Republikaner, aber auch Demokraten sind<sup>16)</sup> und *in Kenntnis der Ansicht der vorwiegenden Gesinnung*<sup>17)</sup> nicht die Ansicht einer Minderheit der Mehrheit aufdrängen wollen.

**Stresemann:** Gestern erklärte Ebert hier, die Kaiserfrage tritt jetzt hinter den anderen Fragen zurück.

Ich möchte der Fraktion nicht vorgreifen in der Kaiserfrage.

**Ebert:** Sie sollen uns dankbar sein, daß wir gehandelt haben.

Die Soldaten haben sich überall ergeben. Wir konnten nur mit der Fristsetzung beruhigen.

Wir waren uns von vornherein der Schwierigkeiten bewußt, die das Ultimatum schuf.

**David:** Der Heimatdienst Erzbergers steigerte die Verwirrung.<sup>18)</sup>

<sup>7)</sup> Bei Haußmann S. 268: „Es hätte [ . . . ] gesprochen werden können.“

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 140a bes. Anm. 22.

<sup>9)</sup> Im Or. versehentlich: „Bundesregierung“; darüber handschriftl.: „staaten?“; bei Haußmann a.a.O. berichtigt in: „Bundesstaaten“.

<sup>10)</sup> A.a.O.: „so erfolgt“.

<sup>11)</sup> Im Or. ursprünglich nur „Reich“; von Haußmann eigenhändig ergänzt.

<sup>12)</sup> Im Or. eigenhändig von Haußmann eingefügt.

<sup>13)</sup> Bei Haußmann S. 268: „bis zum“.

<sup>14)</sup> A.a.O.: „gegeben“.

<sup>15)</sup> A.a.O. S. 269: „mit Gewalt einzuführen“.

<sup>16)</sup> A.a.O. der Schluß des Satzes ausgelassen.

<sup>17)</sup> Im Or. von Haußmann eigenhändig ergänzt.

<sup>18)</sup> Bezieht sich auf die am 31. 10. von der Zentrale für Heimatdienst herausgegebenen „Richtlinien für die Kaiserfrage“; abgedruckt bei Niemann, *Revolution* S. 220 ff.

**Gothein** begründete den Antrag — *Anl. 1* —, den ich verworfen habe.<sup>19)</sup> Er fügte auf meine Anregung hinzu: das entscheidende ist der Abfall des Militärs.

*Es sei, wie Staatssekretär Haußmann aussprach, für die Regierung von Wert, die Ansicht des interfraktionellen Ausschusses kennenzulernen.*<sup>20)</sup>

**Herold:** Wir sind mit dem Antrag Gothein<sup>21)</sup> einverstanden, nur soll er nicht veröffentlicht werden.

**Stresemann:** Wir wollen unseren Beschluß<sup>22)</sup> unserem Vertreter im Kriegskabinett<sup>23)</sup> mitteilen.

**Gothein** zieht seinen Antrag zurück, *aber nur*<sup>24)</sup>, damit er nicht an die Öffentlichkeit als Beschluß komme.

**Gröber:** Ich bin mit Antrag Gothein<sup>21)</sup> nicht einverstanden, ich war nicht in der Fraktion.<sup>25)</sup>

**Trimborn:** Ich kann mich in diesem Augenblick nicht für den Antrag aussprechen.

**Ebert:** Verlängerung bis heute abend, und wir wollen unseren Freunden erklären, daß bis zur Entscheidung über Waffenstillstand wir einverstanden sind, daß weder Kanzler noch wir die Konsequenzen ziehen.

<sup>19)</sup> Fehlt bei Haußmann S. 269; dafür der Wortlaut des als Anlage dem Manuskript beigegebenen Antrags eingefügt. Dazu Nr. 140a Anm. 32.

<sup>20)</sup> Fehlt bei Haußmann a.a.O.

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 140a Anm. 32.

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 141.

<sup>23)</sup> Friedberg.

<sup>24)</sup> Im Or. von Haußmann eigenhändig ergänzt.

<sup>25)</sup> S. oben Anm. 6.

## 141.

### 8. 11. 1918: Stellungnahme der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur Kaiserfrage

Nachlaß Stresemann 187 (6396), Durchschlag.<sup>1)</sup>

Die Nationalliberale Partei bekennt sich heute<sup>2)</sup>, wie seit ihrer Begründung, zu Kaiser und Reich und zum monarchischen Gedanken. Sie hat von diesem

<sup>1)</sup> Im Nachlaß Richthofen befindet sich ein eigenhändiger Entwurf Richthofens für diese Stellungnahme, der folgendermaßen lautet: „Die n[atational][iberale] Reichstagsfraktion betrachtet nach wie vor das deutsche Kaisertum als die Grundlage und Bürgschaft der Einheit des Reiches und des deutschen Volkes. Ein Bürgerkrieg wäre nicht nur das größte Unglück für unser Volk, er würde auch bei der gegenwärtigen internationalen Lage das Kaisertum selbst und die Dynastie des Hohenzollernhauses gefährden. Bei der Haltung weiter Volkskreise ist aber der Kampf Deutscher gegen Deutsche unvermeidlich, wenn Kaiser Wilhelm II. und Kronprinz Wilhelm nicht auf den Thron verzichten. Die n[atational][iberale] Fraktion ist daher der Meinung, daß der Entschluß des Kaisers und des Kronprinzen durch das Wohl des Volkes vorgezeichnet ist.“ Vgl. auch Schulthess 1918/I S. 430.

<sup>2)</sup> Die Sitzung der Reichstagsfraktion fand — wie sich aus Stresemanns Äußerungen im Interfraktionellen Ausschuß ergibt — ungefähr gleichzeitig mit den interfraktionellen Beratungen statt, die um 11 Uhr begonnen hatten; vgl. Nr. 140a.b.

Gesichtspunkte aus auch vor kurzem in einer Fraktionsbesprechung der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß keine Veranlassung besteht, die Abdankung des Kaisers zu veranlassen, nachdem der Kaiser sich auf den Boden der heutigen konstitutionellen Verhältnisse gestellt hat.

Die Aufrollung der Kaiserfrage in einem Augenblick, in dem die Entscheidung über den Waffenstillstand erfolgen soll, ist die schwere Schuld der Sozialdemokratie. Die Beruhigung der aufgeregten Bevölkerung wäre in erster Linie durch die Waffenruhe herbeigeführt worden, deren Erreichung jetzt verzögert oder gefährdet ist, nachdem durch den Rücktritt des Kanzlers in Deutschland die Regierungskrise heraufbeschworen ist. Die diktatorische Form, in der die Sozialdemokratie die Abdankung des Kaisers fordert, zerrißt das deutsche Volk, diskreditiert die auf dem Mehrheitsgedanken aufgebaute Demokratie und verschärft die politische Situation bis zur Möglichkeit des Bürgerkrieges. Die Verantwortung hierfür müssen wir in vollem Maße der Sozialdemokratischen Partei zumessen.

Käme es jedoch zum Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung, so würde dies die radikalen Elemente derartig stärken, daß voraussichtlich auch die Reichshauptstadt starke revolutionäre Bewegungen durchzumachen hätte. Ob und inwieweit auf das Heer noch Verlaß ist, steht nicht fest. Der Sieg des Bolschewismus in der Reichshauptstadt gebe aber das Signal zur Auflösung im Reiche. Eine etwaige Gegenaktion, die den Kaiser an der Spitze seines eigenen Heeres gegen die Revolutionäre im eigenen Lande marschierend sähe, die feindlichen Armeen im Rücken, würde Deutschland unter Umständen gänzlich in die Hände der Entente bringen und bei deren Willkür in bezug auf die Bestimmung des deutschen Schicksals auch zur Entwurzelung der gesamten Dynastie führen können.

Wir müssen bitten, daß seitens des Kriegskabinetts diese Situation dem Kaiser vorgetragen werde. Sollte der Kaiser hiernach den Entschluß fassen, auf den Thron zu verzichten, und sollte dieselbe Entschließung auch von dem deutschen Kronprinzen ausgesprochen werden, so wären bei einer erforderlichen Neuordnung der Regierung von der Sozialdemokratischen Partei Garantien dahin zu geben, daß sie unbeschadet ihres theoretischen Bekenntnisses zur Republik niemals versuchen würde, an dem monarchischen Prinzip als solchem zu rütteln, solange die Mehrheit des deutschen Volkes sich zur Monarchie bekennt. Die Sozialdemokratische Partei muß weiter unbedingt dafür einstehen, daß unter ihrer Mitwirkung in der Regierung die Staatsgewalt aufgeboten wird, um Ruhe und Ordnung sowie Achtung vor den Gesetzen und der Verfassung in Deutschland durchzuführen. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Mehrheitsregierung mit der Sozialdemokratie auf die Dauer haltbar.<sup>3)</sup>

<sup>3)</sup> Am 9. 11. wurde vom Büro Stresemanns ein Durchschlag dieser „Darlegung über die in der gestrigen Sitzung“ der Fraktion „zum Ausdruck gekommene Anschauung über die Kaiserfrage“ an Friedberg übersandt (Durchschlag des Begleitschreibens a.a.O.) mit der Begründung: „Die Fraktion hat beschlossen, Ew. Exzellenz von dieser Stimmung Kenntnis zu geben, um Ew. Exzellenz über die Haltung der Fraktion zu unterrichten.“

## 142.

**Fehrenbach über die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums  
am Nachmittag des 8. November 1918**

**Manuskript Fehrenbach:** „Meine Erinnerungen aus der deutschen Revolution 1918“; maschinenschriftliche Abschrift im Nachlaß Bachem 88.<sup>1)</sup> Auszug.<sup>2)</sup>

**Gröber**, inzwischen zurückgekehrt<sup>3)</sup>, beschwerte sich in der nachmittägigen Fraktionssitzung über diese EntschlieÙung<sup>4)</sup> sowohl bezüglich ihres Inhalts als auch wegen der Tatsache, daß ihm keine Mitteilung davon gemacht worden sei.<sup>5)</sup>

Ich [Fehrenbach] setzte ihm den Sachverhalt und die Begründung unserer EntschlieÙung auseinander mit dem Beifügen, ich hätte in der gestrigen Fraktionssitzung 2 Reden mit angehört, die des Herrn Vorsitzenden [Gröber] und die des Kollegen Pfleger<sup>6)</sup>, die aber auch jeden Wirklichkeitssinn vermissen lieÙen.<sup>7)</sup>

**Gröber** erwiderte darauf, es könne ja sein, daß andere mehr Wirklichkeitssinn hätten als er, dafür hätten sie aber keinen Sinn mehr für Prinzipien.

<sup>1)</sup> Mit der Datierung 21. 1. 1919; vgl. Nr. 138 Anm. 1.

<sup>2)</sup> Dazu eine längere, auf Wunsch von Bachem niedergeschriebene undatierte Aufzeichnung Müllers-Fulda, die u. a. diese Fraktionssitzung behandelt; Durchschlag im Nachlaß Bachem 88.

<sup>3)</sup> Nach Fehrenbach a.a.O. hatte Gröber die Vormittagssitzung der Fraktion kurz nach der Eröffnung verlassen; vgl. Nr. 138.

<sup>4)</sup> Die in seiner Abwesenheit gefaÙte EntschlieÙung zur Abdankungsfrage; vgl. Nr. 138.

<sup>5)</sup> Gröber war durch die Mitteilungen, die Herold über die EntschlieÙung im Interfraktionellen Ausschuß gemacht hatte, offenbar überrascht worden; vgl. Nr. 140a (bes. Anm. 20 und 35) sowie Nr. 140b (bes. Anm. 6).

Müllers-Fulda (s. Anm. 2) Version, daß er Gröber in Kenntnis gesetzt habe, und zwar erst in der Nachmittagssitzung der Fraktion, beruht offensichtlich auf einem Erinnerungsfehler. Wie Müller-Fulda weiter berichtet, war Gröber in dieser Sitzung „sehr ungehalten, daß Zentrumsmitglieder für die Forderung der Abdankung sich erklärt hatten. Er sagte noch: ‚Nun werden alle deutschen Fürstenhäuser fallen.‘ Ich antwortete ihm hierauf nur: ‚Desto besser.‘“

<sup>6)</sup> Nach Müller-Fulda (s. Anm. 2) haben angeblich noch am Nachmittag des 8. 11. „einige bayerische Abgeordnete gegen die Abdankungsidee lebhaft polemisiert und erklärt: ‚Bei uns in Bayern würde man so etwas nicht verstehen.‘“ — Eine Verwechslung der Sitzungen wäre nicht auszuschließen, zumal die nachträglichen, oft im Abstand von vielen Jahren niedergeschriebenen Aufzeichnungen Müllers-Fulda auch in anderen Fällen von derartigen Erinnerungsfehlern nicht frei sind.

<sup>7)</sup> Dazu Fehrenbach a.a.O. über die Fraktionssitzung vom 7. 11., 16 Uhr: „Der Vorsitzende Gröber wahrte in längerer grundsätzlicher Ausführung den grundsätzlich monarchischen Standpunkt der Fraktion. Der bayerische Abg. Dr. Pfleger rühmte die bayerische Königstreue. Bemerken will ich dabei, daß ich schon Ende September nach meinem Besuch im Geheimen Zivilkabinett über meine Unterredung mit Exzellenz von Berg in der Fraktion berichtet hatte. Auf meine damaligen Ausführungen: Ich befürchtete, daß in den nächsten Wochen das Dilemma ‚Hie Kaiser, Hie Volk‘ an uns herantreten werde, in welchem Falle die Vereinigung der beiderseitigen Interessen nicht mehr möglich sei, es als selbstverständlich betrachte, daß wir uns auf die Seite des Volkes stellten, hatte der Vorsitzende Gröber in meiner Abwesenheit heftig erwidert, was mich veranlaÙte, bis zu diesem 7. November einer Fraktionssitzung nicht mehr anzuwohnen. Als Präsident war ich ja auch formell aus der Fraktion ausgeschieden und hatte nur Gastrechte.“

In der Zeit dieser Auseinandersetzungen in der Fraktion brach in München die Revolution aus, Kurt Eisner wurde Ministerpräsident.<sup>8)</sup>

<sup>8)</sup> Bei Müller-Fulda heißt es in unmittelbarem Anschluß an die in Anm. 6 angeführte Stelle: „Im selben Augenblick trat Herr Abg. Pfeiffer [Bibliothekar in München, M.d.R. seit 1907] in den Fraktions-Sitzungssaal und rief triumphierend: „Meine Herren das Neueste — in München Revolution, der König abgesetzt, Kurt Eisner Präsident der Republik —.“ Damit hatte der Streit um Fürstenabdankung ein Ende.“

## 143.

## 8. 11. 1918, nachm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 17, Stenogramm (D.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 8. Nov. 1918, abends 6 Uhr.“

Pachnicke<sup>2)</sup>, Dove, Junck, Landsberg, Richthofen<sup>2)</sup>, Gothein, Müller-Fulda, Südekum, Schiffer<sup>3)</sup>, Krause<sup>4)</sup>, David, Ebert, Hirsch, Savigny<sup>2)</sup>, Herold.<sup>2)</sup><sup>5)</sup>

**Herold:** Fraktion<sup>6)</sup> zum Votum gekommen, den Antrag<sup>7)</sup> nicht mit zu unterzeichnen. Wenn er von anderer Seite gestellt wird, so können wir das nicht verhindern.

Die grundsätzliche Frage ist für uns, daß von Reichs wegen die Sache gemacht werden soll, darüber kommt meine Fraktion nicht hinweg.

Wegen der Abstimmung wollen wir uns natürlich noch nicht binden.

**Junck:** Die Nationalliberalen<sup>8)</sup> stimmen zu mit Ausnahme des Frauenwahlrechtes.

**Landsberg:** Dann müssen wir den Antrag ohne das Frauenwahlrecht einbringen und dann von uns aus das Frauenwahlrecht im Plenum beantragen. Gerade vom Frauenwahlrecht haben wir uns einen günstigen Einfluß versprochen.

**Richthofen und Schiffer:** Wenn das Zentrum nicht mitmacht, verändert sich die ganze politische Lage sehr.

<sup>1)</sup> Vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 9. 11. 1918, Morgenausgabe: „Der interfraktionelle Ausschuß beschäftigte sich gestern abend um 6 Uhr erneut mit der preußischen Verfassungsfrage.“

<sup>2)</sup> Mitglied des Reichstags und des preuß. Abgeordnetenhauses.

<sup>3)</sup> Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt und Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses; M.d.R. bis zu seinem Eintritt ins Reichsschatzamt 1917.

<sup>4)</sup> Paul v. Krause, Staatssekretär des Reichsjustizamtes und Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

<sup>5)</sup> Molkenbuhr, Fischbeck und Stresemann fehlen in der Anwesenheitsliste.

<sup>6)</sup> Für die Nachmittagssitzung der Zentrumsfraktion vgl. Nr. 142, wo jedoch die Beratung der Wahlrechtsfrage nicht berücksichtigt ist.

<sup>7)</sup> Für den Antrag auf Abänderung des Art. 20 Abs. 1 vgl. Nr. 140a Anm. 12, für den von Gothein gestellten Zusatzantrag a.a.O. bes. auch Anm. 22.

<sup>8)</sup> Deren Fraktion ebenfalls getagt hatte; vgl. Nr. 141 Anm. 2.

**Landsberg:** Sollen wir aber deshalb das Ganze aufgeben und den Unabhängigen den Wind in die Segel treiben?

**Richthofen:** Friedberg hat sich wohl zu seiner Haltung bestimmen lassen dadurch, daß die Parteien geschlossen vorgingen.

**Schiffer:** Soll man nicht doch durch Oktroyierung vorgehen? Dafür war gestern keine Stimmung. Man könnte aber erwägen, ob man nicht evtl. eine Erklärung der Regierung unter Mitwirkung der Parteiführer herausbringt? Das wäre vielleicht geeignet, den politischen Effekt zu erregen. Dabei könnte sich wohl das Zentrum beteiligen wollen.

**Hirsch:** Eine Erklärung der neuen Regierung mit den Parteien würde den Zweck nicht erreichen. Das Volk will keine Erklärungen haben, sondern Taten. Trotz der Haltung des Zentrums muß man den Weg über den Reichstag gehen. Den Weg der Oktroyierung bekämpfe ich, weil wir nicht später das Wahlrecht durch den Vorwurf der Ungesetzlichkeit entkräften lassen wollen. Wir können für den Kompromiß jetzt nicht mehr mitmachen, also käme das Gesetz im Landtage gegen die Sozialdemokratie zustande.

**David:** Das Frauenwahlrecht würde in seiner Praxis wohl für die Zentrumsparterie am meisten zur Geltung kommen. Deshalb haben wir nicht so sehr dafür gekämpft. Der Zweck der Sache war der, heute abend zu erreichen, daß die Berliner Arbeiter nicht in den Ausstand treten.<sup>9)</sup> Die gestrige Mitteilung<sup>10)</sup> hatte beruhigend gewirkt. Was jetzt geschehen wird, kann man nicht wissen. Wenn es nicht gelingt, die Arbeiter in den Betrieben zu halten, trifft die Schuld das Zentrum. Für den Weg über das Reich wäre ein Weg gegeben unter Ausschaltung des Zentrums. Das Frauenstimmrecht wird von uns dann mit zur Abstimmung gebracht. Man wird dann sagen, daß die Straße nachhelfen muß. Trotzdem soll die Form eines Antrages gesucht werden und in den Reichstag gebracht werden.

**Richthofen:** Bei meiner Fraktion hat die Erwägung mitgesprochen, daß durch Regelung durch die Reichsverfassung diese ganze Frage auch in den Einzelstaaten ausgeräumt wird. In den Einzelstaaten dann keine Unruhe mehr.

**Fischbeck:** Staatsministerium: alle preußischen Minister haben demissioniert mit Ausnahme der 3 Parlamentarier und des Kriegsministers: Friedberg, Spahn, Fischbeck und Scheüch.<sup>11)</sup>

Gerücht in Berlin: die englische Flotte verweigere die Ausfahrt und habe ihre Solidarität mit der deutschen Flotte erklärt.

**Molkenbuhr:** Ein Telegramm aus Bern erklärt, daß die englische Flotte die rote Flagge gezeigt hat.

<sup>9)</sup> In dem am Abend des 8. 11. als Flugblatt verteilten Aufruf des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD, zitiert in Nr. 140a Anm. 41, hieß es u. a., daß „das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf Grundlage der Verhältniswahl [. . .] ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden“ solle und die „sofortige Parlamentarisierung der Preußischen Regierung [. . .] gesichert“ sei.

<sup>10)</sup> Bezieht sich vermutlich auf das Ultimatum der Sozialdemokratie; u. U. auch auf die durch WTB verbreitete Verlautbarung über die „grundsätzliche Einigung“ der Mehrheitsparteien des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses in den Fragen der preußischen Parlamentarisierung und des Wahlrechts; vgl. Nr. 136 Anm. 5.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 140a Anm. 10.

**Südekum** weist nochmals auf die Gefahren hin. Auch die Nachrichten über die englische Flotte werden keine Entlastung sein, sondern das wird einen gewaltigen Impetus den Bolschewiken geben. Wir bedauern die Trennung, aber es wäre vielleicht besser, dann den Antrag<sup>7)</sup> überhaupt zu lassen.

**David:** Es ist eben gemeldet, daß der Kurier mit den Waffenstillstandsbedingungen unterwegs.

**Fischbeck:** Die Entscheidung muß am Montagvormittag<sup>12)</sup> 12 Uhr bei Foch sein.

**David:** Es ist bis dahin leider keine Waffenruhe. Das darf nicht öffentlich gesagt werden, es darf auch nicht die Frist mitgeteilt werden.

**Schiffer:** Die Delegation war anscheinend nicht bevollmächtigt, wie es sonst hieß.

**David:** Die Erklärungen hinsichtlich der Kaiserfrage waren noch nicht von allen Fraktionen<sup>13)</sup> abgegeben.

**Schiffer:** Ist beim Zentrum nicht doch noch eine Überlegung möglich? Materiell ist ja eigentlich alles geschehen. Das Reich zwingt nicht Preußen das gleiche Wahlrecht auf.

**Krause:** Ich möchte meinem Erstaunen Ausdruck geben über die Stellung des Zentrums. Wenn der Ernst der Stunde es erfordert, daß man der Unruhebewegung Herr wird, wenn dieser Ernst der Stunde noch besteht, dann müßte der Standpunkt, den wir gestern eingenommen haben<sup>14)</sup>, auch vom Zentrum festgehalten werden. Große Verantwortung für das Zentrum. Daß die Aktion ohne Zentrum nicht so wirkt, wie sie sollte, unterliegt keinem Zweifel. Auch die Nationalliberalen sollten wegen des Frauenwahlrechtes auch noch einmal überlegen. Bei beiden Parteien sollte man noch einmal erwägen.

**David:** Kann das Zentrum noch einmal erwägen?

**Savigny:** Wir nahmen hauptsächlich daran Anstoß, durch Unterschrift die volle Verantwortung für den Antrag<sup>7)</sup> zu übernehmen. Wie die Abstimmung ausfällt, ist eine andere Frage.

**Herold:** Wenn Sie sagen wollen, daß wir noch einmal beraten, so dürfen Sie das tun.

**Fischbeck:** Es muß ein Mißverständnis vorliegen, denn auch Friedberg steht auf dem Standpunkt, daß das Zentrum gestern mitgemacht hätte!

**Krause:** Wir mußten den Eindruck haben, daß Sie mitmachen würden.

**Hirsch:** Heute morgen<sup>15)</sup> hat Herold gesagt, daß die Einschränkung sich nur auf das Frauenwahlrecht bezog.

**Fischbeck:** In Köln sind sehr böse Ausschreitungen. Gefängnis geöffnet ganz ohne Wahl. Sie sehen, es schreitet immer weiter. Morgen sind alle Bedenken überholt.

<sup>12)</sup> 11. 11. 1918.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 138, 141 und 142 sowie für die Fortschrittliche Volkspartei Haußmann S. 268: „Nachmittags dreiviertel sechs Uhr Fraktion, die einmütig Abdankung fordert.“ Dazu Prinz Max S. 623 für sein gegen 20 Uhr geführtes Telefongespräch mit dem Kaiser, dem er u. a. mitteilte: „Der Interfraktionelle Ausschuß hat heute gesprochen, aber mir seine Stellungnahme [zur Abdankung] nicht mitgeteilt.“

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 136 und Nr. 140a Anm. 6.

<sup>15)</sup> Vgl. dagegen Nr. 140a, wonach Herold die Einwendungen des Zentrums „gegen den Weg über das Reich“ zur Sprache brachte.

**Stresemann:** Ich wollte nur sagen: in bezug auf Frauenwahlrecht würden wir Abstimmung freigegeben. Nur einzelne würden dafür stimmen.

Dagegen in bezug auf Regelung der Frage der Meinung, daß mit dem Weg durch das Reich in der Fassung des Antrages<sup>7)</sup> einverstanden. Das schafft das Faktum, daß das gleiche Wahlrecht gesichert ist. Damit fassen wir wohl schon einen „konservativen“ Beschluß. Alles das besteht ja schon für alle anderen Bundesstaaten. Nur noch für Preußen.

Gegen den Weg kann kein Bedenken bestehen.

**Herold:** Morgen früh soll noch einmal wieder beraten werden. Will alles noch wieder zur Erwägung anheimgeben.

Wenn der Antrag angenommen wird, dann wäre doch auch die Möglichkeit noch gegeben, daß das preußische Wahlrecht zustande kommt.<sup>16)</sup> Dann wäre auch die Möglichkeit gegeben, daß dann auch das jetzige Abgeordnetenhaus die Sache noch macht.

**Savigny:** Das ist eine rein theoretische Frage, denn ich halte es für undenkbar, daß die Vollziehung des Schrittes durch Preußen [sich] noch einmal weiter hinausschieben würde.<sup>17)</sup>

<sup>16)</sup> Herold bezieht sich auf die Auswirkungen des Zusatzantrags; s. Nr. 140a Anm. 22.

<sup>17)</sup> Der Stand der Beratungen entspricht der Meldung der „Vossischen Zeitung“, 9. 11. 1918, Morgenausgabe, die gleichzeitig mit der Publizierung des Zusatzantrages (s. Nr. 140a Anm. 22) mitteilte, daß der Verfassungsänderungsantrag „bisher nur die Unterschriften der Fortschrittler und Sozialdemokraten gefunden“ habe: „Die Nationalliberalen lehnen bisher noch das Frauenwahlrecht ab und das Zentrum will sich erst in einer erneuten Fraktionsitzung schlüssig werden, ob es die bisher nicht beschlossene Unterzeichnung vornimmt. Eine Gefährdung der Annahme des Antrages wird dadurch nicht erwartet.“ So auch mit sachlich unerheblichen Abweichungen im Wortlaut in der Morgenausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Ausführlicher berichtet die „Frankfurter Zeitung“, 10. 11. 1918, 1. Morgenblatt, in einem Privattelegramm aus Berlin vom Vortage, in dem es heißt, daß die Zentrumsfraktion, die sich ihre Stellung vorbehalte, am 8. 11. nur schwach vertreten gewesen sei, „weil infolge von Zugschwierigkeiten eine Anzahl von Abgeordneten nicht hatte eintreffen können. Sie wollen heute die Frage erneut in einer Sitzung beraten. Nach dem ‚Vorwärts‘ wird das Zentrum auf jeden Fall die Abstimmung freigegeben. Über das Frauenwahlrecht wird eine Einigung nicht zustande kommen. Seine Ausführung wird deshalb in den Antrag nicht aufgenommen werden. Die Sozialdemokratie wird aber, wie der ‚Vorwärts‘ mitteilt, die Einführung des Frauenwahlrechts als Amendement zu dem Antrag der Mehrheitsparteien einbringen. Das Blatt hofft auf eine Mehrheit, da die Fortschrittliche Volkspartei und ein Teil der Nationalliberalen zustimmen würden.“

Trotz des negativen Ergebnisses der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, das durch das vorliegende Stenogramm Südekums belegt wird, und trotz der zitierten Pressemeldungen, die diesem Ausgang entsprechen, muß es noch am Abend des 8. 11. auf eine vorläufig unauflösbare Weise zu einer Einigung gekommen sein, die es möglich machte, den Initiativantrag der Mehrheitsparteien zur Änderung des Art. 20 Abs. 1, unter Aufrechterhaltung auch des Frauenwahlrechts, unverzüglich einzubringen.

Der Antrag, dessen Einbringung nach unseren bisherigen Feststellungen auch von der Presse nirgends erwähnt wurde, ist als letzte Drucksache des alten Reichstags (Nr. 2002) mit der Datierung 8. 11. 1918 in den Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 325 S. 3153 abgedruckt. Er entspricht im Wortlaut bis auf sehr geringfügige, sachlich belanglose Abweichungen dem ursprünlich von der Presse veröffentlichten Text (s. Nr. 140a Anm. 12), an den sich die von

**Fischbeck:** Im Dezember machen wir Schluß mit dem Haus!

**Savigny:** Was ist mit der Parlamentarisierung?

**Fischbeck:** In den nächsten Tagen wird damit begonnen werden. Friedberg wird wohl mit der Neubildung beauftragt werden.<sup>18)</sup>

**Savigny:** Die Herren Sozialdemokraten legen Wert darauf, daß diese Aktion auch sofort bekannt wird.

**Hirsch:** In welcher Form soll die Parlamentarisierung durchgeführt werden?

**Fischbeck:** Die Parteien, die im Reiche zusammenstehen, sollen es auch in Preußen machen. Vielleicht je 2 für jede Partei.<sup>19)</sup>

**Stresemann:** Soll da nicht auch das Eisenbahnministerium aufgeteilt werden?

**Fischbeck:** Vielleicht wird jetzt ein Ministerpräsident geschaffen, der den Auftrag bekommt.<sup>20)</sup>

---

Gothein in einem Zusatzantrag vorgeschlagene Ergänzung (s. Nr. 140a, bes. auch Anm. 22) in folgender Form anschließt: „Ist in einem Bundesstaat das Wahlrecht nicht bis zum 31. Dezember 1919 entsprechend den vorstehenden Bestimmungen geordnet, so kann es für ihn durch die Reichsgesetzgebung geordnet werden.“ Unterzeichnet ist der Initiativantrag von 21 Abgeordneten aller vier Mehrheitsparteien, darunter die Nationalliberalen Prinz zu Schönau-Carolath, Junck, List, v. Richthofen und Stresemann sowie die Zentrumsvertreter Herold, Lederer, Müller-Fulda, v. Rechenberg, v. Savigny und Trimborn.

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 140a Anm. 10. In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 8. 11. richteten die Minister an Friedberg die Bitte, „einstweilen“ im Amt zu bleiben, „um die Neubildung des Ministeriums in die Hand zu nehmen“. Auf Wunsch des Staatsministeriums erklärte sich Friedberg bereit, die Neubildung des Ministeriums, „falls er damit beauftragt werden sollte, in die Hand zu nehmen.“ Vgl. Archivalische Forschungen 4/IV S. 1782; dazu Schulthess 1918/I S. 431.

<sup>19)</sup> Vgl. die vorige Anm.; dazu Nr. 136 Anm. 3. Ferner „Vossische Zeitung“, 8. 11. 1918, Morgenausgabe.

<sup>20)</sup> Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“, 9. 11. 1918, Mittagsausgabe, hat sich der Ausschuß am 8. 11. mit dem „Wahlrechts-Initiativantrag“ beschäftigt. Der Ausschuß stehe auf dem Standpunkt, daß er „nur das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für das Reich und alle Bundesstaaten in Form eines Initiativantrages vorschlagen kann. Dem Frauenstimmrecht gegenüber verhält er sich ablehnend. Er überläßt die Agitation für diese Sache der Sozialdemokratie beider Richtungen.“

## 144.

## 8. 11. 1918, nachm.: Sitzung des Kriegskabinetts

DZA Potsdam, Reichskanzlei 2462, Maschinschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Staatssekretärbesprechung (engerer Kriegsrat) am 8. 11. 1918 nachmittags 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.“

Anwesend: Exzellenzen v. Payer, Solf, Graf Roedern, Scheidemann, Friedberg, Gröber, Trimborn, Haußmann, Lewald, Direktor Deutelmoser, Geheimrat v. Schlieben.

**Lewald**<sup>2)</sup> legt rechtlich dar, daß fast alle Schriftsteller der Ansicht sind, daß der preußische Regent zugleich Regent für das Deutsche Reich sei. Auch die bisherige Verwaltungspraxis habe sich auf diesen Standpunkt gestellt.<sup>3)</sup> Es werde im Falle eines Thronverzichtes des Kaisers und Kronprinzen der Prinz Eitel Friedrich Regent, lehnt der dies ab, der nächste Agnat usw. Ein Vakuum könne nicht eintreten; lehnten alle ab, so habe der Landtag einen Regenten zu wählen.<sup>4)</sup>

v. **Payer** kommt auf die Errichtung eines Demobilmachungsamtes zurück und schildert, was am Vormittag<sup>5)</sup> verabredet worden ist.<sup>6)</sup>

**Lewald**: Seiner Ansicht nach würde der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, wenn er nicht zum Stellvertreter des Reichskanzlers ernannt würde, Verordnungen nicht rechtsgültig zeichnen können. Er würde empfehlen, ihn doch zum Stellvertreter zu machen, diese Stellvertretung aber durch Erlaß des Reichskanzlers einzuengen.<sup>7)</sup>

**Graf Roedern**: Diese Verordnungen kämen selten vor. Es wäre die Absicht

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 268: „Sechs Uhr Kabinett. Lage unverändert. Der Kaiser hat noch nicht geantwortet.“ Ferner Scheidemann, Zusammenbruch S. 206: „8. November 1918, 6 Uhr nachmittags, Kabinett. Natürlich ist der Kaiser noch nicht zurückgetreten. Die Herren machten sich große Sorge über den Zustand, der eintreten werde, wenn der Kaiser zurückgetreten sei. Wer wird dann König oder Regent? Aber gleichviel, wer das wird; ist der Betreffende auch ohne weiteres Präsident der deutschen Bundesstaaten? — — — Und während solcher weltfremden Erwägungen kracht es in dem Gebäude des Reiches an allen Ecken und Kanten.“ Dazu die im Nachlaß Haußmann 149, maschinschriftl. Tagebuchmanuskript, befindliche Aufzeichnung über diese Sitzung; sachliche Abweichungen vom amtlichen Protokoll werden in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>2)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. die vorige Anm.) heißt es eingangs: „*Payer*: Ich habe den Unterstaatssekretär Lewald gebeten, uns die staatsrechtliche Lage darzulegen für den Fall, daß der Kaiser zurückträte.“

<sup>3)</sup> A.a.O. an dieser Stelle folgende Zwischenfrage *Payers*: „Wie wäre es, wenn der Enkel König und Kaiser würde?“ — Zur Diskussion über die Frage einer Regentschaft vgl. bes. Nr. 105.

<sup>4)</sup> A.a.O.: „*Lewald*: Art. 56 [der preußischen Verfassung]. Wenn der König minderjährig ist, so übernimmt der nächste Agnat (Eitel Friedrich) die Regentschaft [. . .]“

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 139.

<sup>6)</sup> In Haußmanns Niederschrift (s. Anm. 1): „*Payer* hielt ein diktatorisches Amt [für notwendig]/ aber Staatssekretär der Demobilisierung Koeth.“

Daran anschließend: „*Roedern*: Wiedfeldt soll nicht Stellvertreter des Reichskanzlers sein.“

<sup>7)</sup> A.a.O.: „*Lewald*: dann kann er [Wiedfeldt; s. vorige Anm.] nicht gültig Rechtsgeschäfte schaffen und wäre nur Unterstaatssekretär.“

gewesen, die Stellung von Koeth zu heben, und das Reichswirtschaftsamt gewissermaßen als zweite Abteilung arbeiten zu lassen.

**Haußmann** hat ernstliche Bedenken staatsrechtlicher Art gegen die Unterordnung des Reichswirtschaftsamtes. Nachdem Koeth erklärt habe, jede Stellung sei ihm gleich, empfehle es sich doch, die Sache anders zu machen. Auch auf die Bedingung, daß Koeth mit Wiedfeldt einverstanden sein müsse, könne man nicht eingehen.<sup>8)</sup>

**Graf Roedern:** Sonst würden die Herren nicht zusammen arbeiten können. Die riesige Arbeit könnte Koeth nur übertragen werden, wenn beide sich geeinigt hätten.

**v. Payer:** Könne man nicht Wiedfeldt nur kommissarisch mit der Führung des Reichswirtschaftsamtes betrauen, dann sei die Stellvertretung und Unterordnung leichter.

**Lewald** warnt davor, dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes die Stellvertretung nicht zu geben. Der Umfang der Stellvertretung könne ja aber eingeschränkt werden.

**v. Payer** stellt fest, daß hierüber Einigkeit bestehe, es sollte darüber noch heute vom Reichsamt des Innern eine kleine Skizze gemacht werden.<sup>9)</sup>

<sup>8)</sup> A.a.O. demgegenüber: „*Haußmann:* Ich habe ernste Bedenken gegen die künstliche Lösung.“

<sup>9)</sup> A.a.O. folgen weitere Notizen über die „Besprechung der Lage, wenn der Kaiser nicht zurücktritt“, die sich vermutlich nicht mehr auf die offizielle Kabinettsitzung beziehen: „*Payer:* keine Mehrheit.“

*Haußmann:* Wenn wir gehen, macht die Sozialdemokratie Minister mit Unabhängigen, Kanzler, Frieden, Demobilisation und Steuern. Hier ist die Frage: Was schadet dem Staat am wenigsten? Erpressersituation.“ — Dazu auch Haußmann S. 267 in einer zusammenfassenden Aufzeichnung über die Lage am 8. 11., wo von Scheidemanns „Erpresserpolitik in dem Augenblick, wo Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet werden“, die Rede ist. Es gelte, „heute zum Schluß ganz kalt zu entscheiden, ob die künftige Regierung Deutschlands mit oder ohne bürgerliche Parteien erfolgen soll. Sehr bedauerlich, daß Erzberger nicht anwesend.“

## 145.

### 9. 11. 1918, vorm.: Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

SPD-Fraktion. Überschrift: „Sitzung vom 9. November 1918. 9 Uhr morgens.“<sup>1)</sup>

An der Sitzung nehmen auch teil Parteivertreter Groß-Berlins sowie eine Abordnung Berliner Arbeiter.

**Ebert** berichtet über in diesen Tagen regelmäßig abgehaltene Besprechungen mit den Vertretern der Genossen in den Berliner Betrieben.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Hermann Müller S. 46 f., der den im folgenden in kleinerer Type abgedruckten Teil des Protokolls wörtlich wiedergibt.

<sup>2)</sup> Für die Besprechung mit den Betriebsvertrauensleuten der Mehrheitssozialdemokratie am Vorabend vgl. Nr. 140a Anm. 40.

Über den augenblicklichen Stand der Kaiserfrage liegt noch keine<sup>3)</sup> Nachricht vor.<sup>4)</sup>

Der Vorstand hat die Situation sehr eingehend beraten. Er hat außer mit den Vertretern der Arbeiter auch mit Vertretern der Unabhängigen, mit Ledebour, Dittmann und Vogtherr, verhandelt.<sup>5)</sup> Haase war nicht erreichbar, da er sich in Kiel befindet.<sup>6)</sup>

Der Vorstand hat sich dahin verständigt, bei einer notwendigen Aktion gemeinsam mit den Arbeitern und Soldaten vorzugehen. Die Sozialdemokratie solle dann die Regierung ergreifen, gründlich und restlos, ähnlich wie in München<sup>7)</sup>, aber möglichst ohne Blutvergießen.<sup>8)</sup>

Die Unabhängigen haben dazu keinerlei positive Zusagen gegeben. Sie berufen sich darauf, daß ihr Vorstand nicht vollzählig beisammen ist.<sup>9)</sup>

Es sollen jetzt sofort Verhandlungen mit den Arbeiter- und Soldatenvertretern gepflogen und dann die Regierung aufgefordert werden, uns die Macht zu übergeben.

Geschieht das nicht, dann soll die Aktion weitergeführt werden. —

Nach einer Aussprache, an der sich außer Fraktionskollegen fast sämtliche Mitglieder der Arbeiterabordnung beteiligten, wird einstimmig den Vorschlägen zugestimmt.

Als Deputation, die sich zu den in einem Lokal<sup>10)</sup> versammelten Berliner Fabrikvertrauensleuten<sup>11)</sup> begeben soll, werden den anwesenden Betriebsvertretern die Genossen Otto Braun, Wels, Ebert und Eugen Ernst beigegeben.

<sup>3)</sup> Im Or. gestr.: „weitere“.

<sup>4)</sup> Dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 208; ders., Memoiren II S. 296 f.; Prinz Max S. 630.

<sup>5)</sup> Dazu die bei Niemann, Revolution S. 283 f. zitierte Aussage Ledebours vor dem Schwurgericht am 20. 5. 1919. Ferner Scheidemann, Memoiren II S. 298 f.

<sup>6)</sup> Haase befand sich auf der Rückreise und traf erst am späten Abend des 9. 11. in Berlin ein, was, wie es bei Hermann Müller S. 50 heißt, „die Entschlußkraft der Unabhängigen lähmte“.

<sup>7)</sup> Dazu u. a. Helmut Neubauer, München und Moskau 1918/19. München 1958, S. 14 f.; Hans Beyer, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig 2). Berlin 1957, S. 6 ff.; Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie (Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe B). Hannover 1961; Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954, S. 421; Schulthess 1918/I S. 423 ff.

<sup>8)</sup> Die folgenden drei Absätze des Protokolls mit unwesentlichen redaktionellen Veränderungen auch bei Scheidemann, Memoiren II S. 299, wo jedoch diese Ausführungen Eberts in die folgende Besprechung mit den Vertrauensleuten verlegt werden.

<sup>9)</sup> Hermann Müller S. 50 berichtet, daß eine Sitzung mit den Delegierten der Unabhängigen, die um 12 Uhr habe stattfinden sollen, nicht zustande kam. Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II S. 299.

<sup>10)</sup> Scheidemann, Memoiren II S. 298 spricht irrtümlich von „Beratungen der sozialdemokratischen Vertrauensmänner im Reichstage“.

<sup>11)</sup> Nach Hermann Müller S. 46 f. waren die Vertrauensleute seit 8 Uhr versammelt. Weil zu diesem Zeitpunkt immer noch keine Abdankungserklärung Wilhelms II. aus Spa eingetroffen war, sei die Parole ausgegeben worden: „Heraus aus den Betrieben!“ Der Generalstreik sollte in allen Fabriken nach der Frühstückspause beginnen. So war in Erwartung der kommenden Dinge verabredet worden.“ — Dazu bes. die Schilderungen, die Scheidemann in seinen Memoirenwerken (s. Nr. 140a Anm. 40) über den Verlauf der Sitzung mit den Vertrauensleuten am Abend des 8. 11. gibt.

## 146.

**9. 11. 1918: Aufzeichnung des Vortragenden Rats Heilbron  
über die Entstehung der Abdankungserklärung**

Nachlaß Prinz Max, maschinenschriftliche Abschrift. Überschrift: „9. November 1918.“

Um halb zehn fand der heute fällige Pressevortrag unter Vorsitz von Payer statt. Der Reichskanzler war nicht erschienen. Kurz vor 10 Uhr wurde ich mit Deutelmoser von Wahnschaffe heraus gerufen. Es stand zur Erwägung eine Veröffentlichung über Einberufung einer Nationalversammlung. Ein Vorschlag in diesem Sinne war dem Kaiser noch gestern gemacht worden.<sup>1)</sup> Diese Nationalversammlung sollte über die zukünftige Verfassung einschließlich der Abdankung des Kaisers und der damit zusammenhängenden Fragen Beschluß fassen. Man hoffte damit noch einen, für den Kaiser leichteren Zwischenweg für die reine Abdankung zu finden. Die Veröffentlichung war gänzlichst ungeeignet und nach unserm Urteil durch die Ereignisse völlig überholt. Wir gingen ins Auswärtige Amt zurück und wurden nach wenigen Minuten wieder ins Reichskanzlerpalais gebeten. Auf dem Wege trafen wir den Staatssekretär Solf, der mitteilte, daß unser Kurier mit den Waffenstillstandsbedingungen<sup>2)</sup> im Hauptquartier nicht eingetroffen sei. Die Frage sei, ob er erschossen sei oder aufgehalten.<sup>3)</sup> In der Reichskanzlei versammelten sich in dem an das Arbeitszimmer des Reichskanzlers anstoßenden Zimmer seines Adjutanten Wahnschaffe, Deutelmoser, Simons, Kurt Hahn, Major von Racknitz und Prittwitz. Hier spielte sich ein wesentlicher Teil der Vorgänge des Vormittags ab, einen andern Teil konnte man im Arbeitszimmer beobachten.

Seit 9 Uhr morgens wurde mit dem Hauptquartier telephonierte. Dem Kaiser war bereits vorgestern abend, ebenso im Laufe des gestrigen Tages eine genaue Darstellung der Gesamtlage gegeben worden. Daß er den Entschluß zur Abdankung fassen müßte, war nach der Entwicklung der Gesamt Ereignisse klar geworden. In München war gestern die Republik proklamiert worden, König Ludwig, unbekannt wohin, entflohen; in Braunschweig hatte der Herzog seinen Thronverzicht unterzeichnet, in Oldenburg hatten die Revolutionäre den Großherzog ersucht, auf sein Palais die rote Flagge aufzuziehen, er hatte ihnen aber sagen lassen, daß sie das selber besorgen möchten. Aus Köln waren furchtbare Szenen bekannt geworden. Dort hatte man das große Strafgefängnis geöffnet. Die Zuchthäusler suchten sich zunächst in den Konfektionsgeschäften mit bürgerlicher Kleidung zu versehen.

Als bald nach unserer Rückkehr in das Reichskanzlerhaus erzählte Herr von Prittwitz, daß soeben aus dem Hauptquartier mitgeteilt sei, der Kaiser habe sich

<sup>1)</sup> Am Abend des 8. 11. durch den Reichskanzler; vgl. Prinz Max S. 624.

<sup>2)</sup> Vgl. Amtliche Urkunden S. 259.

<sup>3)</sup> Vgl. Prinz Max S. 630 Anm. 1.: „Gegen 10 Uhr meldete Solf, daß der Kurier unterwegs verunglückt sei.“ Für den Sachverhalt vgl. Erzberger S. 332. Danach gelang es dem Kurier, der rasch die französische Front erreicht hatte, fünf Stunden lang nicht, zur deutschen Front hinüberzukommen.

zur Abdankung entschlossen.<sup>4)</sup> Kurz darauf kam Wahnschaffe in das Zimmer mit einer Hand voll geschlossener Briefe. Diese Briefe enthielten die Rücktrittserklärungen sämtlicher sozialdemokratischer Regierungsmänner.<sup>5)</sup> Der Unterstaatssekretär hatte nach Eingang dieser Briefe Ebert mitgeteilt, daß die Abdankungserklärung bevorstände und daß die Herren deswegen ihre Briefe zurücknehmen möchten, sie würden vorläufig nicht geöffnet werden. Ebert hatte darauf erwidert, die Sachen wären bereits zu weit gediehen, sie müßten ihren Lauf nehmen, der Generalstreik sei bereits erklärt und die Arbeiter auf dem Marsch. Gegen 11 Uhr kamen die ersten Nachrichten über das Anrücken von aufrührerischen Zügen, vom Polizeipräsidium kam eine Meldung, daß 3000 Arbeiter im Begriff seien, die Kaserne des Gardefüselierregimentes in der Chausseestraße zu stürmen und daß bereits geschossen würde.

Unterdessen hatte Geheimrat Simons eine Erklärung über die Abdankung des Kaisers entworfen<sup>6)</sup>, wie sie heute in der Presse erschienen ist.<sup>7)</sup> Der Reichskanzler entschied, daß diese Erklärung sofort veröffentlicht werden solle, nachdem unterdessen auf immerwährend wiederholtes dringendes Anfragen im Hauptquartier die telephonische Meldung gekommen war, daß die Entscheidung des Kaisers in wenigen Minuten zu erwarten sei.<sup>8)</sup> Der Kanzler selber hatte die Erklärung eigenhändig unterschrieben dem Geheimrat Simons übergeben, der gab sie Deutmoser und dieser ging eilends mit der Erklärung auf sein Zimmer, um sie an Wolff weiterzugeben. Dies war etwa 1/2 12 Uhr.<sup>9)</sup>

<sup>4)</sup> Vgl. Prinz Max S. 631 f., 647 (Aufzeichnung Grünaus) sowie Wahnschaffes Aufzeichnung vom 2. 8. 1919 (bei Niemann, Revolution S. 420): „Gegen 9 Uhr früh machte aber Herr v. Hintze aus dem Großen Hauptquartier eine erschütternde Mitteilung. Er telephonierte, daß die Oberste Heeresleitung nunmehr zu der Überzeugung gekommen sei, daß die Fronttruppen für die Niederschlagung von Unruhen in der Heimat nicht mehr hinter Seiner Majestät ständen [. . .] Ich sagte durch das Telephon, unter diesen Umständen sähe ich nun keine Möglichkeit mehr, die Abdankung zu vermeiden. Dem wurde nicht widersprochen.“

<sup>5)</sup> Die Rücktrittserklärungen befinden sich im DZA Potsdam, Reichskanzlei 1677. Dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 208; Scheidemann, Memoiren II S. 297; Prinz Max S. 633. Ferner Niemann, Revolution S. 285, dessen Schlußfolgerungen aus den abweichenden Schilderungen des zeitlichen Ablaufs bei Scheidemann und Prinz Max durch die vorliegende Aufzeichnung Heilbrons widerlegt werden.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 148.

<sup>7)</sup> „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 9. 11. 1918, Abendausgabe.

<sup>8)</sup> Vgl. Wahnschaffes Erklärung (s. Anm. 4) S. 422.

<sup>9)</sup> Vgl. Prinz Max S. 634 f., 644 ff. Dazu das Kapitel „Die gefälschte Abdankungserklärung“ bei Westarp, Das Ende der Monarchie S. 69 ff.

## 147.

## 9. 11. 1918: Aufzeichnung des Staatssekretärs Haußmann

Nachlaß Haußmann 24, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Berlin, 9. November 1918. 11 [Uhr] 20 vorm. Aufzeichnung des Staatssekretärs Haußmann.“

Es sind bis 10 [Uhr] 30 aus dem Hauptquartier keine Nachrichten von dem Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen bekannt; oder vielmehr, es wird gemeldet, daß der Kurier noch nicht eingetroffen ist.<sup>2)</sup> Auch in der Kaiserfrage ist noch keine Mitteilung erfolgt.

Es sind in der Nacht die stärksten Aufklärungsversuche des Hauptquartiers, der Reichskanzlei und v. Payers, der mit Groener nachts 11.30 telephonisch sprach<sup>3)</sup>, gemacht worden.

Delbrück ist in das Hauptquartier abgereist<sup>4)</sup>, Waldow und Solf nicht<sup>5)</sup>, weil Ebert abends 11 Uhr erklärte, es sei zu spät, bis sie ankommen, was nach meiner Meinung fehlerhaft ist.

Der Pressebericht<sup>6)</sup> konstatierte den Erfolg der revolut[ionären] Bewegung in Norden und Süden; am geordnetsten in Frankfurt a.M., am demokratischsten in Württemberg, weil die Volkspartei die Ministerpräsidentenschaft<sup>7)</sup> übernommen hat.<sup>8)</sup> Flottenrevolten sind auf [sic!] der englischen und französischen Marine nach Behauptungen der Mannschaften deutscher Geschwader, die durch Funk-spruch mit den Kameraden der englischen und französischen Marine verkehren, ausgebrochen.

Ich gehe um 10.30, von Payer aufgefordert, zu ihm zur Besprechung der Lage. Wir vereinbaren:

1. Wenn der Kaiser zurücktritt, soll Prinz Max vom Kabinett dringend aufgefordert werden zu bleiben. Gleichzeitig sollen die Sozialisten im Kabinett vermehrt werden durch Beiziehung eines weiteren Staatssekretärs und außerdem durch Sitze im preußischen Ministerium. Die Hereinnahme eines Unabhängigen in das Kabinett erscheint wegen der dann verbürgten Nichtgeheimhaltung der Beschlüsse nicht möglich. Anbietung von einem Unterstaatssekretärsposten würde voraussichtlich nicht angenommen werden.

2. Wenn der Kaiser nicht geht, soll das ganze Kabinett demissionieren mit der Begründung, daß es [sich] zur gedeihlichen Fortführung der Staatsgeschäfte durch die Entschlüsse des Kaisers außerstand sehe, *was sicher mit den allergrößten Gefahren für*

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 270 f. Der dort abgedruckte zweite Teil dieser Aufzeichnung weicht nur an einer durch Kursivdruck hervorgehobenen Stelle (s. Anm. 9) vom Or. ab.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 146 Anm. 3.

<sup>3)</sup> Vgl. Payer S. 159 f.

<sup>4)</sup> Am Abend des 8. 11. war der Chef des Zivilkabinetts mit dem „festen Entschluß“ von Berlin abgefahren, „dem Kaiser die Abdankung zu widerraten.“ Vgl. Delbrück S. 283.

<sup>5)</sup> Dazu vgl. Waldows Erklärung vom 17. 8. 1919, abgedruckt bei Niemann, Revolution S. 419 Anm.

<sup>6)</sup> Vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 9. 11. 1918, Morgenausgabe.

<sup>7)</sup> Liesching.

<sup>8)</sup> Am 8. 11.; vgl. Schulthess 1918/I S. 421.

*das Reich und die Dynastie verbunden ist.*<sup>9)</sup> Es ist zu erwarten, daß auf diesen Beschluß hin der Kaiser zurücktritt. Es müßte in Formen gemacht werden, die dem Prinzen Max erlauben, einer nachherigen Bitte, im Kabinett zu bleiben, doch zu entsprechen.

3. Wenn der Kaiser auch dann nicht abdankt, bleibt zur Rettung des Reichs vor dem Sieg der Revolution in Berlin, [vor] höchster Verwirrung, Hungersnot und Bolschewismus die Übernahme der Gewalt durch das Kabinett mit den diktatorischen Machtbefugnissen.

4. In Frage kommt die Einberufung einer Nationalversammlung (nach Frankfurt a. Main in die Paulskirche), welche innerhalb dieses Jahres zusammentreten müßte, gewählt nach den Grundsätzen des Reichstagswahlrechts, ohne die neuen Proportionalwahlbestimmungen, die noch nicht zur Ausführung vorbereitet sind, und in den gleichen Wahlkreisen. Die Nationalversammlung müßte die grundlegenden Fragen ordnen. Das große Bedenken gegen den prinzipiell richtigen Vorschlag ist die Heftigkeit des Wahlkampfes, falls mit der Sozialdemokratie keine Einigung erzielt wird, und das vorausichtliche Überfluten durch soz[ial]dem[okratische] Vertreter, welchen dann die Neuordnung der Reichsgrundlagen offiziell überlassen wäre.

Die Zulassung von Elsaß-Lothr[ingen] und Deutsch-Öster[reich] müßte der schwarzrot-goldenen Erneuerung einen besonderen Ausdruck geben.

<sup>9)</sup> Die kursiv gedruckten Worte fehlen bei Haußmann S. 271 (s. Anm. 1).

## 148.

### Geheimrat Simons über die Veröffentlichung der Abdankungserklärung am 9. November 1918

Nachlaß Prinz Max, maschinenschriftliche Aufzeichnung, mit der Datierung: „Leipzig, den 13. Juni 1927.“

Als ich am 9. November 1918 kurz vor oder nach 11 Uhr das Vorzimmer des Reichskanzlers betrat, teilte mir Unterstaatssekretär Wahnschaffe mit, eben sei von Spa durchgesagt worden, der Kaiser habe sich entschlossen abzdanken; es handle sich nur um die Formulierung.<sup>1)</sup> Dies wurde alsbald dem Reichskanzler gemeldet. Er beauftragte uns, alles vorzubereiten, damit die Nachricht von der Abdankung ohne Verzug veröffentlicht werden könne. Daraufhin habe ich den Text zu der Bekanntmachung entworfen. Nachdem mein Konzept gebilligt worden war, hat etwa eine halbe Stunde später der Prinz die Reinschrift unterschrieben und auf meinen Rat den Auftrag zur Veröffentlichung erteilt<sup>2)</sup>, obwohl er anfangs Bedenken hatte, weil die endgültige Formulierung der Abdankungserklärung noch nicht vorlag.<sup>3)</sup> Daraufhin habe ich die Reinschrift und den Auftrag an den Leiter der Presseabteilung, Herrn Deutmoser, weitergegeben und dann alsbald den Referenten für Verfassungsfragen im Reichsamt des Innern auf-

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 146.

<sup>2)</sup> Vgl. die bei Prinz Max S. 634 Anm. 1 abgedruckte Äußerung Simons'.

<sup>3)</sup> Vgl. a.a.O. S. 634 f.; Scheidemann, Memoiren II S. 302.

gesucht, um die Stellvertretung mit ihm zu erörtern. Als ich nach 12 Uhr in das Reichskanzlerpalais zurückkehrte, waren die Führer der sozialdemokratischen Partei dort schon erschienen.<sup>4)</sup>

Wer die telephonische Nachricht in Spa aufgegeben und in Berlin empfangen hat, weiß ich nicht. Daß die Nachricht in Berlin gegen 11 Uhr eingegangen ist, steht aber fest; sie allein war die Grundlage für alle weiteren Schritte. Die späteren Telephonate des Grafen von der Schulenburg<sup>5)</sup> und des Staatssekretärs von Hintze<sup>6)</sup> kommen für die Entschließungen des Reichskanzlers nicht in Frage.

Dr. Simons

<sup>4)</sup> Dazu Prinz Max S. 635 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 304 f.; Payer S. 163 f.; Berthold-Neef S. 98 ff. (Abdruck des sog. Haußmann-Simons-Protokolls vom 9. 11. 1918. Dazu hat Simons in einem Schreiben vom 14. 10. 1922 an die Reichskanzlei [DZA Potsdam, Reichskanzlei 2480; maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Prinz Max] erklärt, daß diese „Aufzeichnung Simons-Haußmann“ aus der Feder Haußmanns stamme; sie widerspreche „nach einigen Richtungen [hin] meiner Erinnerung“; Haußmann habe offensichtlich „mehrere selbständige Verhandlungen [. . .] zusammengeworfen.“)

<sup>5)</sup> Vgl. Schulenburgs Denkschrift vom 26. 8. 1919 bei Niemann, Revolution S. 352.

<sup>6)</sup> Vgl. die Aufzeichnung Hintzes vom Frühjahr 1919, a.a.O. S. 370 ff.

## 149.

### Oberst von Haeften über die Vorgänge in Berlin am 8. und 9. November 1918

Nachlaß Haeften, Erinnerungen. Auszug.

Am Abend des 8. November zwischen 11 und 12 Uhr erstattete ich General Groener noch einmal Meldung über die Lage in Berlin. Ich faßte diese kurz in die Worte zusammen, daß Prinz Max zwar immer noch die Abdankung des Kaisers erstrebe<sup>1)</sup>, dazu sei es jetzt aber zu spät, der Bürgerkrieg stünde auch in Berlin vor der Tür. Morgen müsse nicht verhandelt, sondern gekämpft werden. Die Hoffnung des Prinzen Max fußte auf einer durch Staatssekretär Lewald übermittelten Äußerung Eberts, daß, wenn die Abdankung des Kaisers Sonnabend [9. November] früh rechtzeitig bekanntwerde, die sozialdemokratischen Führer hofften, die Massen in der Hand behalten und die Revolution verhindern zu können. Ebert hatte bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, der Parteivorstand der Sozialdemokratie habe die Parole ausgegeben, daß, wenn morgen früh die Abdankung des Kaisers in der Zeitung stünde, alle Arbeiter in ihren Betrieben weiterarbeiten sollten. Anderenfalls hätten sie die Betriebe zu verlassen und sich zu einer großen Demonstration auf den verabredeten Plätzen zu sammeln.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 623 f. (Telephongespräch am 8. 11. 20 Uhr mit dem Kaiser).

<sup>2)</sup> Vgl. a.a.O. S. 628. Dazu Nr. 140a Anm. 40 und Nr. 145 bes. Anm. 11.

General Groener verhielt sich bei dieser telephonischen Berichterstattung auffallend zurückhaltend.<sup>3)</sup> Zu dem von mir Vorgetragenen äußerte er nichts, so daß ich glaubte, er stünde nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Abdankungsfrage undiskutierbar sei; wodurch der im Laufe des 9. November eingetretene Wechsel seiner Auffassung hervorgerufen ist, kann ich mir nicht erklären. Zu der Zeit, als ich ihn ans Telephon rief, hatte er gerade eine Besprechung mit dem Feldmarschall und dem Generaloberst v. Plessen<sup>4)</sup>, bei der er, wie Generaloberst v. Plessen mir später mitgeteilt hat, schon von Anfang an die Auffassung vertreten haben soll, daß die Stellung des Kaisers unhaltbar sei.

Am Vormittag des 9. November begab ich mich zu gewohnter Stunde zwischen 9 und 10 Uhr zum Reichskanzler, um ihm über die militärische Lage an der Front vorzutragen und mich über die politische Lage in der Heimat informieren zu lassen zur Berichterstattung an die Oberste Heeresleitung. Der Prinz war jedoch nicht zu sprechen. Ich entfernte mich, um den Versuch nach einiger Zeit, zwischen 10 Uhr und 10 Uhr 30, zu wiederholen. Jetzt erfuhr ich im Vorzimmer (durch Legationsrat v. Prittwitz oder durch Herrn Hahn) zu meiner großen Überraschung, daß „die Abdankung des Kaisers so gut wie beschlossen“ sei. Herr v. Hintze habe dies soeben telephonisch mit dem Hinzufügen mitteilen lassen, daß die formulierte Abdankungsurkunde in etwa 20 Minuten telephonisch nachfolgen werde.<sup>5)</sup> Noch während ich diese neue Wendung mit den beiden Herren besprach, stürzte — es mag so etwa 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr gewesen sein — der in der Reichskanzlei beschäftigte Geheimrat v. Schlieben bleich und bestürzt ins Zimmer mit den Worten: „Die Revolution marschiert. Die Massen sind von Norden her von den Borsigwerken nach dem Stadtinnern zu in Bewegung und haben soeben fast kampfflos die Kaserne der Garde-Füsiliere besetzt.“<sup>6)</sup> Die schlimmen Nachrichten über das Versagen der Truppen gegenüber den Revolutionären kamen jetzt Schlag auf Schlag. Erst gingen die 4. Jäger über, dann wurde die Kaserne des [Regiments Kaiser] Alexander den Aufständischen übergeben und dann nach kurzer Gegenwehr die des 2. Garde-Regiments.<sup>7)</sup>

Ich eilte nach Empfang dieser verschiedenen Nachrichten an den Fernsprecher der Obersten Heeresleitung, um den General Groener zu orientieren. Es gelang mir indes während des ganzen Tages nicht, eine Verbindung mit der Obersten Heeresleitung zu erhalten. Die Leitungen waren dauernd vom Reichskanzler und von der Obersten Heeresleitung besetzt. Ich habe daher General Groener trotz

<sup>3)</sup> Vgl. dazu Groener S. 456, der den Aufruf von Haefkens nicht erwähnt: „Von verschiedenen Telefongesprächen, die zwischen der Regierung und der Kaiservilla [in Spa] am Abend des 8. und am Morgen des 9. geführt wurden, hörten wir nichts oder nur Unklares. Die räumliche Entfernung der beiden Regierungszentren machte sich in diesen Tagen in übelster Weise bemerkbar: die Telephonverbindungen waren z. T. schlecht, der Inhalt der Gespräche wurde nicht sofort allgemein bekannt, auch wurden sie selten gleich schriftlich niedergelegt, so daß niemand den genauen Wortlaut kannte. [. . .] Wir erfuhren etwas von einem sozialdemokratischen Ultimatum in der Kaiserfrage, aber nichts über den Ablauf seiner Frist.“

<sup>4)</sup> A.a.O. S. 454 f.; Niemann, Revolution S. 335 f., 346 f., 361 f.; Westarp, Das Ende der Monarchie S. 42 f.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 146 und Nr. 148.

<sup>6)</sup> Vgl. Prinz Max S. 631.

<sup>7)</sup> Vgl. a.a.O. S. 632 f.

mehrfacher Versuche über die Vorgänge nicht orientieren können, stellte jedoch bei meiner Anwesenheit im Vorzimmer des Reichskanzlers fest, daß von hier aus dauernd mit dem Kaiserlichen Hauptquartier gesprochen wurde und die in der Reichskanzlei vorliegenden Nachrichten weitergegeben wurden. Ich habe gesehen, daß Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Kriegsminister Scheüch und Oberstleutnant van den Bergh am Telephon waren. Wie mir mitgeteilt wurde, sprachen sie mit dem Generaloberst v. Plessen und mit dem General Graf Schulenburg sowie mit Herrn v. Grünau.

Als ich zwischen ½11 und 11 Uhr wiederum in meinem Zimmer war und vergeblich telephonische Verbindung mit General Groener suchte, stürzte plötzlich der Oberleutnant der Reserve Colin Ross, der seit kurzem dem Ministerialdirektor Deutmoser als Hilfsarbeiter beigegeben war, in mein Zimmer mit der Weisung, sofort dem Kriegsminister und dem Oberbefehlshaber in den Marken den Befehl des Prinzen zu übermitteln, den Aufständischen gegenüber unter keinen Umständen von der Waffe Gebrauch zu machen.<sup>8)</sup> Ich lehnte die Weitergabe eines solchen Befehls ab, da ich seine Richtigkeit anzweifelte. Da es mir nicht möglich war, mit dem Prinzen persönlich Rücksprache zu nehmen, versuchte ich, den Unterstaatssekretär Wahnschaffe zu sprechen. Auch dies war nicht möglich, da er dauernd in Anspruch genommen war. Ich habe daher auf eigene Verantwortung hin von der Ausführung des Befehls Abstand genommen. Am Mittag erfuhr ich, daß ein W.T.B.-Telegramm die Abdankung des Kaisers und die Verzichtserklärung des Kronprinzen veröffentlicht habe.

<sup>8)</sup> In einer unveröffentlichten „Denkschrift über Politik und Tätigkeit von Dr. Colin Ross vor und in der Revolution“ berichtet Ross: „Ich erwirkte den Erlaß des Schießverbotes durch Prinz Max [. . .]“. Vgl. demgegenüber Prinz Max S. 633, bes. auch Anm. 2, wo der Prinz erklärt, von ihm aus sei auf die Meldung von Colin Ross hin „nichts weiter veranlaßt worden, als die Herbeirufung des Kriegsministers“. Dazu a.a.O. S. 637.

## 150.

### 16. 11. 1918: Bericht des Generalobersten von Linsingen über seine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution

Nachlaß Eberhardt, maschinenschriftliche Abschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Berlin, den 16. November 1918 Bericht über meine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution.“

Die in den letzten Jahren des Weltkrieges von der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere vom linken Flügel, in Heer und Flotte sowie in der Bevölkerung getriebene Wühlarbeit mußte bei einer ungünstigen Wendung des Krieges oder bei erhöhten Schwierigkeiten in der Ernährungs- und Bekleidungsfrage zu ernststen Unruhen führen. Die von der neuen Regierung unter dem Prinzen Max

<sup>1)</sup> Mit folgendem Aktenzeichen: „Oberkommando in den Marken Sect. Ia Nr. 304036.“ Dem Text sind einige „Bemerkungen“ des Rittmeisters a. D. Curt von Linsingen, eines Sohnes des Generalobersten Alexander von Linsingen, angefügt, die in den Anmerkungen berücksichtigt werden.

von Baden getroffenen Maßnahmen waren in keiner Weise geeignet, die drohenden Unruhen zu verhindern. Sie erweckten vielmehr den Eindruck, daß die Zügel der Regierung noch mehr am Boden schleiften wie bisher, und daß die neuen Männer nicht den Willen haben würden, im entscheidenden Augenblick energisch zu handeln. Eine der verhängnisvollsten Maßnahmen war die Schwächung der den Militärbefehlshabern zustehenden Gewalt.<sup>2)</sup> Die Verantwortung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verblieb ihnen, aber die Mittel, ihre Aufgabe durchzuführen, wurden ihnen genommen. Nach den damals eingeführten neuen Bestimmungen war ein schnelles energisches Handeln unter eigener Verantwortung nicht mehr möglich. Wichtige Maßnahmen, deren sofortige Durchführung notwendig gewesen wäre, konnten — wenn überhaupt — erst nach tagelangen Verhandlungen ergriffen werden. Unter diesen Umständen war ich mir nicht im Zweifel darüber, daß wir der Revolution entgegentrieben. Ich richtete deshalb in den letzten Tagen des Oktobers an den Kriegsminister ein Schreiben, in dem ich ihm mitteilte, daß meiner Auffassung nach wir unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution ständen, und daß ich meine Aufgabe nur dann erfüllen könne, wenn mir die alten Machtbefugnisse wiedergegeben würden.<sup>3)</sup> Auch stellte ich die Forderung, daß sofort die russische Botschaft aus Berlin entfernt sowie Liebknecht durch Verhaftung oder Einziehung zum Heer unschädlich gemacht würde. Schon einige Tage vorher hatte ich beim Kriegsministerium die Entsendung einer zuverlässigen Front-Division erbeten sowie Ende September im Verein mit dem Stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps beim Kriegsministerium erfolgreich beantragt, daß beim Stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps die jüngsten Jahrgänge als die zuverlässigsten Teile der Ersatz-Bataillone, nicht wie in anderen Korps, zur Front geschickt werden mußten.

Am 2. 11. 18, 9 Uhr 15 vormittags, fand dann endlich nach mehrfachem Drängen von meiner Seite beim Kriegsminister in der Angelegenheit meines obigen Schreibens eine Besprechung statt, an der ich im Beisein meines Chefs des Stabes, Oberst vom Berge, und des 1. Generalstabsoffiziers, Major von Lettow-Vorbeck, teilnahm. In dieser Sitzung wurde mitgeteilt, daß neue Bestimmungen demnächst herauskommen sollten, nach denen die Militärbefehlshaber in dringenden Fällen berechtigt sein sollten, auch ohne Zustimmung des Oberpräsidenten rechtsgültige Anordnungen zu treffen. Betreffs der russischen Botschaft hatte sich leider die Regierung noch immer nicht zu

<sup>2)</sup> Durch kaiserliche Verordnung vom 15. 10. 1918, wonach der Obermilitärbefehlshaber seine Anordnungen „im Einvernehmen mit dem Reichskanzler oder dem von ihm gestellten Stellvertreter“ (= Staatssekretär Gröber) zu treffen hatte. Vgl. Schulthess 1918/I S. 343. Dazu die am 16. 10. vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichte, an den Reichskanzler und den Kriegsminister gerichtete Allerhöchste Order, wonach die Militärbefehlshaber ihre Befugnisse nur im Einverständnis mit den von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden ausüben durften.

<sup>3)</sup> Dazu heißt es auf S. 10 einer undatierten „Erwiderung“ Scheüchs auf ein von Generalmajor a. D. Graf Waldersee verfaßtes Schreiben vom 6. 12. 1921 (Nachlaß Eberhardt, maschinenschriftl. Abschrift) im Zusammenhang mit Vorwürfen gegen Scheüch wegen seiner Haltung am 9. 11. 1918 u. a.: „Von Vorstellungen, daß eine Revolution ‚unmittelbar bevorstehe‘, ist weder dem General v. Wisberg noch mir etwas erinnerlich.“

einem energischen Vorgehen entschließen können. Obgleich in allen Kreisen die verhetzende Tätigkeit der Botschaft seit Monaten bekannt war, verlangte die Regierung, insbesondere das Auswärtige Amt, nach wie vor materielle Beweise. Doch ließ der Herr Kriegsminister durchblicken, daß vielleicht in nächster Zeit eine andere Auffassung in den Regierungskreisen Platz greifen würde. Betreffs Liebknecht wurde die baldige Einziehung zum Heere zugesagt, ohne daß es trotz mehrfachen Drängens von meiner Seite nachher dazu gekommen ist.

Am Abend des 3. 11. 18. gingen von der Polizei Nachrichten ein, nach denen es voraussichtlich am 4. 11. zu einem großen Streik kommen würde.

Ich entschloß mich daher, am 4. 11. 18., 12 Uhr 15 vormittags den Befehl „Streikabwehr vorbereiten“ zu erlassen. Der Befehl wurde im Laufe desselben Tages wieder rückgängig gemacht, da sich herausstellte, daß alles ruhig geblieben war. Am gleichen Tage fand beim Oberkommando unter meinem Vorsitz mit dem Stellvertretenden Kommandierenden General des Gardekorps unter Zuziehung des Kommandanten von Berlin eine Besprechung statt über die vom Gardekorps neu getroffenen Anordnungen zur Verhinderung von Unruhen. Dieser Besprechung wohnten die Kommandeure der Jäger-Bataillone 4, 14 und Reserve 3 und der älteste der beiden Eskadronführer Dragoner 12 bei. Diese Herren versicherten auf die Frage die völlige Zuverlässigkeit ihrer Truppen. Am Abend des Tages wurde endlich der Beweis für die verhetzende Tätigkeit der russischen Botschaft erbracht, indem ein Teil des Kuriergepäcks auf dem Bahnhof Friedrichstraße beim Transport aufging<sup>4)</sup>, wobei aus demselben Flugblätter und Broschüren, die direkt zur Revolution aufforderten, herausfielen.<sup>5)</sup> Ich ordnete die Beschlagnahme des Gepäcks an.

Am 5. 11. 18. fanden dann in der Reichskanzlei Verhandlungen über die sofortige Abschiebung der Botschaft und die weitere Behandlung des Gepäcks statt. Mein Vertreter, Major von Lettow-Vorbeck, verlangte unter Zustimmung der Vertreter des Generalstabes, des Kriegsministeriums, des Ministeriums des Innern und des Polizeipräsidiums gegen das Auswärtige Amt die Abschiebung der russischen Botschaft bis zum 6. 11. 18., 6 Uhr morgens, und sofortige Abschließung der Botschaft nach Bekanntgabe dieser Anordnung. Ebenso bestand er auf genauer Durchsuchung des von mir beschlagnahmten Gepäcks. Da eine Einwilligung des Auswärtigen Amtes nicht erzielt werden konnte, das sich auf irgendwelche Paragraphen des Völkerrechts berief, wurde die Angelegenheit dem Kriegskabinet vorgetragen<sup>5)</sup>, das sich den Ausführungen meines Vertreters anschloß. Die russische Botschaft wurde am Abend des 5. 11. 18., 10 Uhr 30, als ihr der Befehl zur Abfahrt am 6. 11. 18., 6 Uhr morgens mitgeteilt worden war, durch die Polizei abgeschlossen. Keine Person durfte die Botschaft mehr verlassen, der Telephonverkehr wurde gesperrt, das von mir beschlagnahmte Gepäck

<sup>4)</sup> In den „Bemerkungen“ Curt v. Linsingens (s. Anm. 1) heißt es an dieser Stelle: „Das Kuriergepäck wurde auf Veranlassung des Generaloberst v. L. unauffällig geöffnet, um endlich eine Handhabe zum Einschreiten gegen die russische Botschaft zu gewinnen. Da es zur Zeit der Niederschrift des Berichtes des Generaloberst vom 16. 11. 18 unter der Herrschaft der Sozialdemokratie inopportun erschien, dies zuzugeben, wurde geschrieben, daß das Kuriergepäck ‚aufging‘.“

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 129 (Anm. 63 ff.).

wurde der Botschaft nicht mitgegeben, sondern verblieb in Berlin und wurde untersucht.

Die am Vormittag des 6. 11. 18. eingehenden Nachrichten machten es wahrscheinlich, daß es am 7. 11. 18., dem Jahrestag der russischen Revolution, zu Unruhen kommen würde. Ich gab daher um 11 Uhr vormittags die Befehle „Streikabwehr vorbereiten“ und „Verstärkung des Gardekorps vorbereiten“. Um 12 Uhr 30 nachmittags ordnete ich dann die Durchführung der Streikabwehr und der Verstärkung des Gardekorps an.

Die bis dahin eingegangenen Nachrichten über das Fortschreiten der Revolution in Kiel und Hamburg veranlaßten mich, sämtlichen Angehörigen des Heeres und der Marine — ausgenommen Offiziere — aus dem Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos des IX. Armeekorps<sup>6)</sup> das Betreten von Berlin und der Provinz Brandenburg zu verbieten. Nach Benachrichtigung des Stellvertretenden Generalkommandos IX. Armeekorps ordnete ich zur Durchführung meines Befehls die Errichtung starker Bahnhofswachen in Neustadt a[n der] D[osse] und Rathenow an und befahl gleichzeitig das Halten aller Züge auf diesen beiden Stationen. Die Stellvertretenden Generalkommandos II., IV. und X. Armeekorps wurden benachrichtigt und um entsprechende Maßnahmen ersucht. Gleichzeitig wurde das Garnisonkommando Neustrelitz noch besonders um Errichtung einer starken Bahnhofswache zur Sperrung des Verkehrs von Militärpersonen nach Berlin gebeten.<sup>7)</sup> Schon vorher waren die Berliner Bahnhofswachen verstärkt worden, um die nach Berlin kommenden Matrosen zu sichten und etwa verdächtige sofort zu verhaften.

Der am Vormittag unternommene Versuch, den sich gebildeten Arbeiterrat bei seiner Tagung in Reinickendorf durch die Polizei auszuheben, mißlang leider, da es nicht möglich war, die Polizei rechtzeitig an den Versammlungsort zu bringen.

Am Morgen des 7. 11. 18. erließ ich auf Grund der Vorgänge des vorhergehenden Tages ein Verbot betreffs Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.<sup>8)</sup> Außerdem wies ich den Polizeipräsidenten im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten an, die für den Abend dieses Tages angesetzten 5 Versammlungen der U.S.P.D. zu verhindern. Auf die Nachricht hin, daß bei der Bahnhofswache in Neustadt a[n der] D[osse] ein Zug mit 1500 bewaffneten Matrosen die Durchfahrt erzwungen habe, wurde der Lehrter Bahnhof mit starken Truppen besetzt. Als der Zug eintraf, enthielt er außer Zivilisten nur etwa 300 Matrosen, von denen ein Teil bewaffnet war. Dieselben wurden verhaftet und in die Kaserne des 4. Garde-Regiments geführt.<sup>9)</sup> Da um diese Zeit ebenfalls Nachrichten eintrafen, daß auch

<sup>6)</sup> In den „Bemerkungen“ Curt v. Linsingens (s. Anm. 1) findet sich folgende Anmerkung: „Innerhalb des Bereiches des IX. Armeekorps lagen Wilhelmshaven, Kiel, wo es bereits damals zu Meutereien bei der aktiven Schlachtflotte und den Werft-Divisionen gekommen war.“

<sup>7)</sup> A.a.O. ergänzt: „Die Möglichkeit, Befehle zu erteilen, lag durch die Schwächung der Befehlsgewalt nicht vor. Unterstellung aller Heimattruppen unter den Kriegsminister, der seinerseits Abwehrmaßnahmen nicht traf.“ Vgl. Anm. 13.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 137 Anm. 13.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 149.

von Hannover Züge mit aufständischen Matrosen im Anrollen seien, sowie neue Züge von Hamburg, ordnete ich die Unterbrechung dieser beiden Bahnlinien an mehreren Stellen an. Gleichzeitig wurde die Kommandantur Berlin angewiesen, durch starke Patrouillen alle verdächtigen Matrosen in den Straßen verhaften zu lassen. Ein Teil der Matrosen wurde nach Zossen abgeschoben. Diese sowohl wie die in Berlin verhafteten Matrosen sollten dann am 8. 11. 18 früh auf Grund einer im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium<sup>10)</sup> getroffenen Vereinbarung nach Neuhammer abtransportiert werden. Da am Nachmittag dieses Tages die Nachrichten eingingen, daß nicht nur allein von Hamburg und Hannover, sondern auch von allen anderen Seiten verdächtige Elemente — Soldaten und Zivilisten — versuchten, Berlin zu erreichen, und mit Rücksicht darauf, daß die Revolution sich immer weiter ausdehnte, ordnete ich am Nachmittag die Einstellung des gesamten Personenverkehrs von und nach Berlin an, ausgenommen von Extrazügen zum Abtransport von Urlaubern aus Berlin. Gegen Abend befahl ich dann auch noch die Einstellung des gesamten Privat-, Telephon- und Telegraphenverkehrs von und nach Berlin. Da am Abend Nachrichten einliefen, daß immer wieder von Hamburg und Hannover Züge mit Meuterern die Durchfahrt der Bahnhofssperren bei Neustadt a[n der] D[osse] und Rathenow erzwungen und die Bahnunterbrechungen wieder hergestellt hatten, befahl ich den Kommandanturen von Spandau und Döberitz durch das Stellvertretende Generalkommando des Gardekörps die Züge zum Halten zu bringen, die Meuterer zu entwaffnen und im Gefangenenlager Döberitz zu internieren. Im Laufe der Nacht und am Morgen des 8. 11. 18 wurden dann noch mehrere Hundert Matrosen gefangen genommen und ins Gefangenenlager abgeführt.

Gleichzeitig hatte ich der Inspektion der Fliegertruppen befohlen, die Strecken nach Hamburg und Hannover zu beobachten und das weitere Herannahen etwaiger Züge von Neustadt a[n der] D[osse] und Rathenow mit Anwendung der Waffengewalt zu verhindern. Ich setzte mich dadurch in Gegensatz zu einer Anordnung des Kriegsministers, die die Verwendung von Waffen aus Flugzeugen gegen Aufständische verbot, da ich der Auffassung war, daß der Kriegsminister keinerlei Befugnisse habe, dem Militärbefehlshaber irgendwelche Vorschriften beim Ausbruch von Unruhen über die Verwendung der in seinem Bezirk befindlichen Truppen zu machen. Diese meine Auffassung hatte ich dem Kriegsminister bereits telephonisch vorher mitgeteilt. Nicht unerwähnt will ich lassen, daß ich um 6 Uhr abends zu einer Besprechung zum Herrn Reichskanzler gebeten war<sup>11)</sup>, bei welcher er mir auseinandersetzte, daß er mit dem Verbot der 5 Versammlungen nicht einverstanden sei. Ich teilte ihm darauf mit, daß dieses Verbot in völliger Übereinstimmung mit dem Obermilitärbefehlshaber und dem Oberpräsidium erfolgt sei, was er nicht gewußt hat.

Am Morgen dieses Tages hatte ich mit dem Kriegsminister im Reichskanzlerpalais eine Zusammenkunft und eröffnete ihm dabei, daß ich beim Ausbruch von Unruhen im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten verschiedene Personen,

<sup>10)</sup> Dazu in der Abschrift die Bemerkung Curt v. Linsingens (s. Anm. 1): „Charakteristisch für die Teilung, d. h. Schwächung der Befehlsgewalt.“

<sup>11)</sup> Vgl. Prinz Max S. 612.

die für die Revolution von Bedeutung seien, festnehmen lassen würde, und erklärte er sich mit dieser Maßnahme einverstanden.

Vormittags fand dann unter meiner Leitung mit dem Minister von Breitenbach wegen Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs auf dem Oberkommando eine Besprechung statt. Auf Grund derselben verfügte ich dann die Wiederaufnahme des Personenverkehrs, ausgenommen auf den Strecken nach Hamburg und Hannover, Errichtung starker Bahnhofswachen im Umkreise von Berlin auf allen nach Berlin führenden Linien und Durchsuchung der Züge auf Verdächtige. Gleichzeitig wurde von Bahnbeamten längs der Strecke ein Überwachungsdienst eingerichtet, um rechtzeitig von dem Herannahen etwaiger Züge mit Meuterern benachrichtigt zu werden. Im Laufe dieses Tages erhielt ich die Nachricht, daß der Kriegsminister meinen Befehl über das Eingreifen der Flieger an die Inspektion der Fliegertruppen aufgehoben habe. Ich bat darauf telegraphisch Seine Majestät um meine Entlassung.<sup>12)</sup>

Erst am Morgen des 9. 11. 18. teilte das Kriegsministerium die Allerhöchste Kabinettsorder mit, nach der sämtliche Truppen im Heimatgebiet dem Kriegsminister unterstellt wurden.<sup>13)</sup>

Die in der Nacht vom 8. zum 9. 11. 1918 eingehenden Nachrichten ließen keinerlei Zweifel darüber, daß es im Laufe des 9. zu ernstesten Ereignissen kommen würde, da die Arbeiter der hauptsächlichsten Fabriken am Vormittag die Arbeit einstellen und auf das Innere der Stadt zumarschieren wollten. Das Stellvertretende Generalkommando des Gardekörps hatte bereits am Abend des 8. 11. die vorgesehene Aufstellung zur Absperrung der inneren Stadt, die sich zwischen Spree und Landwehrkanal befindet, eingenommen. Vormittags gingen dann weitere Nachrichten ein, daß die Arbeiter tatsächlich in den Hauptbetrieben gegen 9 Uhr

<sup>12)</sup> Der Text des Telegramms ist der Aufzeichnung angefügt und lautet: „Euer Majestät bitte ich alleruntertänigst mich von meiner jetzigen Stellung entheben zu wollen, da ich durch Eingriffe des Kriegsministeriums in meine Kommandogewalt die Verantwortung für die Ruhe und Sicherheit in den Marken nicht mehr zu tragen in der Lage bin, auch durch Aufhebung von mir gegebener Befehle, welche ich zur Bekämpfung der gegen Berlin anrückenden Meuterer geben mußte, in meinem militärischen Ansehen geschädigt werde.“

<sup>13)</sup> Dazu vgl. die „Bemerkungen“ Curt v. Linsingens (s. Anm. 1): „Diese Unterstellung unter den Kriegsminister Scheüch, eine rein parlamentarische Persönlichkeit, war mehrere Tage vorher bekannt und unmittelbar aus dem Großen Hauptquartier telephonisch mitgeteilt worden. Daher auch schon all die Tage vorher Verhandlungen der militärischen und zivilen Behörden untereinander. Die Befehlsgewalt war vom Kaiser für die bevorstehende Krise bewußt geschwächt worden. Er trägt dafür allein die Verantwortung.“ Ausführlicher Prinz Max S. 621 f.: „Im Laufe des Nachmittags reichte der Generaloberst v. Linsingen seine Entlassung ein, verletzt durch eine Einmischung des Kriegsministers. Linsingen hatte der Inspektion der Fliegertruppen Befehl gegeben, Flugzeuge gegen Eisenbahnzüge mit Matrosen anzusetzen, die auf Berlin losführen. Die Inspektion war selbst unsicher und suchte beim Kriegsminister eine erneute Entscheidung nach. General Scheüch entschied gegen Linsingen. Maßgebend war für den Kriegsminister, daß der Kommandierende General der Luftstreitkräfte v. Höppner, am 31. Oktober 1918 vor der Verwendung von Flugzeugen gewarnt hatte bei allen Unternehmungen, bei denen es nicht möglich war, Freund und Feind zu unterscheiden. Die Situation war dadurch erschwert, daß die Kabinettsorder, welche dem Kriegsminister die übergeordnete Kommandogewalt in der Heimat erteilte, zwar am Nachmittag des 8. November unterzeichnet, aber Linsingen erst am 9. früh bekannt wurde. Der Konflikt der Instanzen war mir nicht recht, am Vorabend einer entscheidenden Kraftprobe.“ Dazu weitere Materialien im Nachlaß Eberhardt.

vormittags die Arbeit eingestellt und im Anmarsch auf die Stadt seien. Etwa um 12 Uhr wurde dem Oberkommando mitgeteilt, daß das Stellvertretende Generalkommando des Gardekorps die Zurückziehung der Polizei und der Truppen von den besetzten Brücken befohlen habe. Das Stellvertretende Generalkommando des Gardekorps bestreitet, einen derartigen Befehl gegeben zu haben. Da nun tatsächlich solch telephonischer Befehl bei der Schutzmannschaft wie anscheinend auch bei verschiedenen Truppen des Gardekorps eingegangen ist, dürfte es sich um eine von den Revolutionären ausgeführte Fälschung, wie sie sonst auch anscheinend mehrfach vorgekommen ist, gehandelt haben.<sup>14)</sup> Ich ordnete sofort die Wiederbesetzung der Brücken an und energisches Vorgehen von Polizei und Soldaten.

Um 1 Uhr vormittags fand sich der Chef des Stabes des Stellvertretenden Generalkommandos des Gardekorps, Oberst von Mantey, bei mir auf dem Oberkommando ein und meldete, daß die Truppen des Gardekorps nicht mehr zuverlässig seien und nicht schießen würden. Insbesondere meldete er das völlige Versagen der Nordreserve und des Ersatz-Bataillons 64, teilweise Übergabe der Waffen, große Unordnung beim Ersatz-Bataillon Alexander-Regiments und Jäger-Bataillon 4, Meldung des Ersatz-Bataillons Regiments Franz und Reserve 93, daß sie Waffen nicht gegen die Volksmenge gebrauchen würden, Anträge auf Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten bei Alexander und Flugplatz Johannisthal, Gehorsamsverweigerungen beim Ersatz-Bataillon 48, Bedrohung der Garde-Schützen-Kaserne, Annäherung 3 Züge von Westen gegen Spandau.

Um dieselbe Zeit traf durch Wolffs Telegraphen-Büro die Nachricht von der Abdankung Seiner Majestät, Kanzlerschaft Eberts und der Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung von Wahlen für eine Nationalversammlung ein<sup>15)</sup>, eine Nachricht, die nach mir gewordenen Truppenmeldungen schon am Morgen des 9. November bei den Truppen bekannt war und nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Haltung der Truppen zu beeinträchtigen.

Ich teilte darauf telephonisch dem Vertreter des Kriegsministers im Vorzimmer des Kriegskabinetts<sup>16)</sup> folgendes mit: „Größte Zahl der Truppen nicht zuverlässig, haben erklärt, nicht schießen zu wollen, Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Anfrage, ob von der Schußwaffe von den zuverlässigen Truppen noch Gebrauch gemacht werden solle. Entscheidung sofort nötig, da bis 2 Uhr nachmittags Herannahen größerer Arbeitermassen, etwa 30 000 Mann zu erwarten“. Um 1 Uhr 15 nachmittags sandte ich an den Stell[ertretenden] Kommandierenden General des Gardekorps, Exzellenz von Richthofen, folgenden schriftlichen Befehl durch Oberst Mantey: „Truppen haben nicht von Waffen Gebrauch zu machen, auch bei Verteidigung von Gebäuden.“ Dieser Befehl wurde außerdem um 1 Uhr 25 telephonisch dem Polizei-Oberst Fröhlich und 1 Uhr 30 dem

<sup>14)</sup> An dieser Stelle befindet sich in der Abschrift ein Hinweis auf eine zum Vergleich heranzuziehende „Randbemerkung vom 3. 12. 27“, die in der vorliegenden Abschrift fehlt. Vgl. auch Anm. 18.

<sup>15)</sup> Vgl. Prinz Max S. 635: „Um die zwölfte Stunde wurde die W.T.B.-Depesche in den Straßen Berlins bekannt.“

<sup>16)</sup> Oberstleutnant van den Bergh.

Polizeipräsidenten von Oppen und Major von Rauch mitgeteilt. Dieser Befehl gründete sich auf die Erwägung, daß es nutzlos sei, wenn einzelne noch verlässliche Truppen allein von der Schußwaffe Gebrauch machen würden, wo doch die bei weitem größte Zahl der Truppen erklärt hatte, daß sie nicht schießen würde. Nach Meldung des Chefs des Stellvertretenden Gardekorps sollten noch einzelne Bataillone, später wurde gemeldet, daß einzelne Kompagnien verlässlich seien. Mit diesen wenigen Truppen war die Revolution nicht mehr einzudämmen. Tatsächlich sind es nur einzelne Leute von wenigen Kompagnien gewesen, die erklärten, daß sie jeden Befehl ausführen würden. 1 Uhr 25 traf folgender Befehl des Kriegsministers nach Anhören der Regierung ein:<sup>17)</sup> „Es soll von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bürger, ferner zum Schutze der Gebäude. Er läßt bitten, eine unmittelbare Meldung an das Große Hauptquartier, Exzellenz von Plessen, zu senden.“ 1 Uhr 30 ging die Nachricht ein, daß die Regierung beschlossen habe, durch ihre Vertreter die Arbeitermassen vor den Gebäuden zu beruhigen.

Um 2 Uhr nachmittags teilt Oberstleutnant van den Bergh vom Kriegsministerium mit:<sup>18)</sup> „Er habe die von Seiner Exzellenz dem Oberbefehlshaber

<sup>17)</sup> Dazu ausführlicher Prinz Max S. 637: „General Scheüch gab [dem Reichskanzler, der sich in der Reichskanzlei in einer Besprechung mit den sozialdemokratischen Parteiführern und einigen Staatssekretären befand] den Inhalt bekannt: es handelte sich um eine 12 Uhr 30 eingetretene telephonische Meldung des Oberkommandierenden in den Marken an den Kriegsminister:

„Auf Grund Meldung des Gardekorps, daß die größte Zahl der vorhandenen Truppen nicht mehr schießen wird, Soldaten- und Arbeiterräte gebildet hat, fragt General v. Linsingen, ob unter diesen Verhältnissen noch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden soll. Entscheidung sofort erbeten, da bis 2 Uhr ein Heranströmen von großer Masse (30 000 Mann) zu erwarten ist.“

Scheidemann vertrat die Meinung, die neue Regierung brauche nicht geschützt zu werden. Die Partei hätte Beauftragte zu den Menschenansammlungen entsandt, um diese von der Abdankung des Kaisers und von der Neubildung der Regierung zu unterrichten. General Scheüch hielt daran fest, daß für die Truppe eine Vorschrift über den Waffengebrauch bestehe, und sie zum Schutz von Leben, Eigentum und Gebäuden schießen müsse.“

<sup>18)</sup> Vgl. a.a.O. S. 637 f.: „Keiner der Anwesenden erhob einen Widerspruch gegen die Antwort, die er [Scheüch] zur Weitermeldung an das Oberkommando gab: ‚Es handelt sich lediglich um Schutz für Leben und Eigentum der Bürger und unmittelbaren Schutz der Regierungsgebäude. Im übrigen soll von der Schußwaffe kein Gebrauch gemacht werden.‘

Als van den Bergh sich dieses Auftrages entledigte, erhielt er die Antwort: ‚Exzellenz Linsingen läßt melden, daß die Soldaten vermutlich auch nicht mehr zum Schutze von Regierungsgebäuden schießen würden.‘

Er wurde bei dieser Gelegenheit noch nicht darüber orientiert, daß der Oberkommandierende in den Marken bereits, ohne die Entscheidung des Kriegsministers abzuwarten, ein allgemeines Schießverbot erlassen hatte folgenden Wortlauts:

„Truppen haben nicht von den Waffen Gebrauch zu machen, auch bei Verteidigung von Gebäuden.“ „Zu dem jahrelangen unfruchtbaren Streit um das „Schießverbot“, der sich in einer Fülle von Publikationen und ehrengerichtlichen Verfahren niederschlug und sich bis in die 1930er Jahre hinzog, vgl. u. a. die Erinnerungen des Leiters der Abteilung für Polizeiangelegenheiten beim Oberkommando in den Marken, Henninger, Der 9. November 1918, in: Jahrhundert Nr. 15, 8. 11. 1919, S. 3 ff.; Generalmajor a. D. Alberti, Das Schießverbot vom 9. November 1918, in: Die Krone Jg. 1919, S. 590 ff.; Niemann, Revolution S. 205 f.; Prinz Max S. 637 f.; Payer S. 161. Im Nachlaß Eberhardt sowie im Nachlaß Prinz Max findet sich weiteres Material zu diesem Thema.

erbetene Entscheidung darüber, ob es bei dem früheren Befehl des Kriegsministeriums zum Schutze des Lebens und Eigentums der Bürger und Regierungsgebäude nötigenfalls die Schußwaffe zu gebrauchen verbleiben solle, angesichts der Haltung der Truppe, die nicht mehr schießen wolle, vom Herrn Kriegsminister nicht mehr erhalten können. Er zweifele aber nicht, daß Seine Exzellenz der Herr Kriegsminister der Ansicht wäre, daß ein neuer Befehl nicht mehr nötig sei. Leben und Eigentum der Bürger und Regierungsgebäude sollten geschützt werden; wenn die Truppe dies nicht mittels der Schußwaffe tun wolle, so müsse es mit der blanken Waffe geschehen.<sup>19)</sup> Im übrigen sei es unwahrscheinlich, daß noch Angriffe auf Leben und Eigentum der Bürger oder Regierungsgebäude erfolgen würden, da die neue Regierung unter der Kanzlerschaft von Ebert sich gebildet habe und durch Entsendung von Abgeordneten an alle Menschenversammlungen diese unterrichtet, daß Angriffe unterbleiben sollen.“<sup>20)</sup>

So wie die Verhältnisse lagen, war es meiner Ansicht nach nicht mehr möglich, die Revolution in Berlin zu verhindern. Sicherlich war noch eine geringe Anzahl von Truppenteilen treu geblieben und hätte ihre Schuldigkeit getan. Dieses hätte aber nur zu unnötigem Blutvergießen geführt, ohne an der Sachlage etwas zu ändern. Selbst wenn am 9. 11. 1918 alle Truppen treu geblieben und es gelungen wäre, den Ausbruch der Revolution zu verhindern, so wäre es doch meiner Ansicht nach nicht möglich gewesen, auf die Dauer die Situation zu retten. Berlin war bereits von fast allen Seiten eingeschlossen. Die Gebiete im Norden, Westen, Süden und teilweise auch schon im Nordosten und Südosten befanden sich in den Händen der Aufständischen. Die Verpflegungszufuhr konnte damit jeden Augenblick gesperrt werden. Auch war auf Entsatz nicht zu rechnen. Von den von der Obersten Heeresleitung mir durch das Kriegsministerium zur Verfügung gestellten 2. Garde-Infanterie-Division und 21 Maschinen-Gewehr-Kompagnien sind nur 1 Pferdellazarett und 2 Pionier-Kompagnien in Zossen eingetroffen. Das Gros war noch weit zurück und wurde anscheinend durch aufständische Truppen am Weiterfahren gehindert.

<sup>19)</sup> In einem Schreiben Scheüchs an den General a. D. v. Loewenfeld (Nachlaß Eberhardt, eigenhändig) vom 6. 6. 1919 heißt es: „Feststehend ist [. . .], daß vom Kriegsministerium ein Schießverbot weder erlassen noch weitergegeben ist — und, daß das Verbot des Oberkommandos erst nach Bekanntgabe der Thronentsagung erfolgt ist.“

<sup>20)</sup> An dieser Stelle ist in der Abschrift folgende Bemerkung eingefügt: „Randbemerkung des Generaloberst von Linsingen vom 3. 12. 27.: Nach Niemann ‚Revolution von Oben, Umsturz von Unten‘ [S. 291] ist am 9. Nov. 1918 durch Oberleutnant Colin Ross aus der Reichskanzlei im Namen des Reichskanzlers zwischen 11 und 11½ Uhr morgens ein Schießverbot erlassen worden.“ Dazu vgl. Nr. 149 Anm. 8.

## Erinnerungen Müllers-Fulda an den 9. November 1918 in Berlin

Nachlaß Bachem 89, eigenhändig, Auszug.<sup>1)</sup> Überschrift: „Scheidemanns Memoiren.“<sup>2)</sup>

[. . .] Am 9. November früh 9 Uhr<sup>3)</sup> wohnte ich einer Besprechung des interfraktionellen Ausschusses im Sprechzimmer 3b (Nordseite des Reichstags) bei, in welcher auch H[err] Conrad Haußmann zugegen war und uns sehr interessante Mitteilungen über die bevorstehende Abdankung des Kaisers und andere, Ereignisse machte.

Um 11 Uhr sollte ein Kabinettsrat beim Reichskanzler Prinz Max stattfinden<sup>4)</sup> zu welchem auch diejenigen Mitglieder des Ausschusses geladen wurden, welche nicht Mitglied des Kabinetts waren, z. B. Herold und ich. Wir begaben uns deshalb kurz nach 11 Uhr ins Reichskanzlerpalais<sup>5)</sup> und warteten dort einige

<sup>1)</sup> Bachem hatte Müller-Fulda, der sich kritisch über Scheidemanns Memoiren geäußert hatte, gebeten, dazu einmal ausführlicher Stellung zu nehmen. Am 14. 6. 1929 übersandte Müller aus Fulda dem Kölner Justizrat die hier abgedruckte Aufzeichnung, deren Einleitung folgendermaßen lautet: „Die beiden Bände [der Memoiren] zeigen von A bis Z das Bestreben, den Verfasser in eine hervorragende Beleuchtung zu stellen und ihn (nötigenfalls auch auf Kosten seiner eigenen Freunde) als die wichtigste und maßgebende Persönlichkeit hervorzuheben. Die Schrift bildet deshalb, besonders für jeden, der Herrn Sch[eidemann] näher kennt, ein getreues Abbild seiner ganzen Persönlichkeit, die wahrheitsgetreue Schilderung tritt dagegen etwas zurück.“

Überall erscheint eine bombastische Renommiersucht, schon von Kindesbeinen an. (Man vergleiche damit die offenerzigen, wahrhaften Briefe C. Haußmanns.) Ein Charakterzug tritt aber außerdem bei Scheidemann deutlich hervor, nämlich das Bestreben, regierungsfähig zu werden, gleichviel, ob als SPD-Sozialdemokrat oder als Freund der kommunistischen Arbeiter- und Soldatenräte, überall tritt das Bestreben hervor, den Anschluß an den Mächtigsten nicht zu versäumen.

Unter dieser Tendenz muß die wahrheitsgetreue Schilderung der Ereignisse vielfach zugunsten der Glorifizierung des Verfassers etwas zurücktreten, besonders in der Schilderung der Vorgänge bei Beginn der Revolution.

Die Darstellung (II. Band der Memoiren) ‚Die Republik wird ausgerufen‘, welche auf Seite 309 bis 316 ausführlich beschrieben und sogar durch eine photographische Aufnahme verherrlicht ist, verlief in Wirklichkeit ganz anders. Da ich sie rein zufällig aus der nächsten Nähe mit erlebt habe, will ich sie nachfolgend kurz beschreiben: [folgt der abgedruckte Text].“

<sup>2)</sup> Eine ähnlich lautende, allerdings undatierte Aufzeichnung von Müller-Fulda (Nachlaß Bachem 88), wird — soweit sie sachlich abweicht — in den Anmerkungen nachgewiesen.

<sup>3)</sup> In Müllers zweiter Aufzeichnung (s. die vorige Anm.) heißt es, um 9 Uhr sei es in Berlin „noch ziemlich ruhig“ gewesen.

<sup>4)</sup> Dazu vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 297: „Conrad Haußmann hat im ‚Berliner Tageblatt‘ am 21. November 1920 festgestellt:

„Am 9. November, vormittags 9 Uhr [sic!], wurde dem Kriegskabinet mitgeteilt, daß Staatssekretär Scheidemann sein Amt niedergelegt habe. Die Kabinettsitzung wurde auf 12 Uhr vertagt [. . .]“ Dazu vgl. Niemann, Revolution S. 285 f.

<sup>5)</sup> In Müllers zweiter Aufzeichnung (s. Anm. 1): „um dort [beim Reichskanzler] Informationen zu erhalten“. — Der genaue zeitliche Ablauf der verschiedenen Besprechungen ist nicht festzustellen, da sich die Angaben widersprechen. So heißt es bei Maximilian Pfeiffer, Zentrum und neue Zeit (Nr. 1 der Flugschriften der Deutschen Zentrumsparlei), Berlin, ausgegeben am 5. Dezember 1918, S. 13: „Am Samstag, den 9. November, besprach sich um 10 Uhr vormittags die Zentrumsfraktion, etwa 30 Abgeordnete wohnten der Sitzung bei. Um 11 Uhr war interfraktioneller Ausschuß, um 12 Uhr wurden die Führer der Parteien zum Reichskanzler berufen [. . .].“

Zeit auf den Prinzen Max (Reichskanzler). Er kam jedoch nicht, ließ vielmehr gegen 12 Uhr durch H[errn] Conrad Haußmann sagen, er sei leider durch dringliche Rücksprachen mit dem Hauptquartier verhindert.<sup>6)</sup> Wir zogen deshalb wieder ab<sup>7)</sup> und, da es grade Mittagszeit war, begab ich mich in das nahe gelegene Haus der „Deutschen Gesellschaft von 1914“, wo ich in aller Gemütsruhe zu Mittag aß, dann im Lesezimmer noch Kaffee trank und gegen  $\frac{1}{2}$  3 Uhr<sup>8)</sup> nach dem Reichstag zurückging.

Als ich in der Flucht der Wilhelmstraße die „Linden“ kreuzte, begegneten mir nicht „ungeheure Menschenmassen“ — wie H[err] Scheidemann schreibt<sup>9)</sup> —, sondern eine dünne Prozession<sup>10)</sup> von festlich gekleideten Personen, teils Erwachsene, teils Schulkinder, Mädchen und Frauen, von denen einige auch kleine rote Fähnchen trugen und von Zeit zu Zeit mit schwachen Stimmchen: „Es lebe die Republik“ riefen, doch so leise, daß ihr Ruf in dem gewöhnlichen Straßengeräusch kaum verständlich war. Ich kreuzte diese ruhige Prozession, die noch eher an einen Schulausflug im Monat Mai als einen Revolutionsaufmarsch erinnerte, ohne jede Schwierigkeit und ging nach dem Portal 2 des Reichstags, während die Prozession nach dem Siegesdenkmal<sup>11)</sup> zog. Im Reichstag ging ich direkt zum Postamt und dann in das anstoßende Lesezimmer, wo nicht, wie Scheidemann schreibt<sup>12)</sup>, „Haufen von Arbeitern und Soldaten“ einherstürmten, sondern höchstens 5—6 Personen saßen, die ruhig ihre Zeitungen lasen. Kurz nach mir trat auch Scheidemann ein, wir begaben uns gleichzeitig nach dem I. Balkon nördlich vom Postbüro, um die Ankunft der Demonstrationwallfahrer, die sich inzwischen etwas vermehrt hatten, auf dem weiten Siegesplatz aber noch einen wenig massigen Eindruck machten, anzusehen. Dorthin brachte uns ein Reichstagsdiener 2 Stühle, ein Postbeamter kam noch hinzu. Als einige der Demonstranten Scheidemann auf dem Balkon erkannten, riefen sie „Hoch“. — Scheidemann sprang auf einen Stuhl, murmelte einige unverständliche Worte, schwenkte seinen Arm und rief dann: „Es lebe die Deutsche Republik“.<sup>13)</sup> Worauf einige der Demonstranten auf dem Siegesplatz mit „Hoch“ antworteten. Scheidemann sprang vom Stuhl herab grade auf meine Fußspitze, aber ohne mir wehe zu tun, da ich ein Paar feste Stiefel mit hohen Zehenschutzkappen trug. Er entschuldigte sich noch und ging dann aus dem Lesezimmer heraus.

<sup>6)</sup> A.a.O. heißt es, der Reichskanzler sei so in Anspruch genommen gewesen, daß er „uns durch Herrn Haußmann informieren ließ, sowohl über seine Gespräche mit dem Hauptquartier als auch über die Ereignisse bei der Marine.“

<sup>7)</sup> A.a.O.: „Gegen  $\frac{1}{2}$  1 [Uhr]“.

<sup>8)</sup> A.a.O.: „Gegen 2 Uhr“. Vgl. auch Prinz Max S. 640: „Da traf um 2 Uhr nachmittags die Nachricht ein, Scheidemann habe von der Rampe des Reichstags die Republik ausgerufen.“

<sup>9)</sup> Memoiren II S. 310.

<sup>10)</sup> Müller-Fulda a.a.O.: „eine zweireihige Prozession“.

<sup>11)</sup> A.a.O.: „nach dem Brandenburger Tor und Königsplatz“.

<sup>12)</sup> Memoiren II S. 310.

<sup>13)</sup> Müller-Fulda a.a.O.: „Als von dort [vom Königsplatz] aus wiederholt schwache Rufe ertönten ‚es lebe die Republik‘, holte sich H[err] Scheidemann einen Stuhl auf den Balkon, bestieg diesen, machte eine Geste und rief der Menge zu: ‚Meine Herren, es lebe die deutsche Republik. Hoch, Hoch, Hoch.‘“

Ich mußte über dieses Drama lachen, worauf der Postbeamte vorwurfsvoll zu mir sagte: „Und Sie können noch lachen?“ Ich antwortete ihm<sup>14)</sup>, diese Art Revolution kommt mir wirklich lächerlich vor.

[. . .]<sup>15)</sup>

<sup>14)</sup> A. a.O.: „Ich sagte ihm und H[errn] Scheidemann [. . .]“

<sup>15)</sup> Der Schluß dieser Aufzeichnung beschäftigt sich wieder mit Scheidemanns Memoiren und lautet: „Die Photographie in Scheidemanns Memoiren II [nach] S. 312 mit den 8 Personen auf dem Balkon ist jedenfalls keine Aufnahme vom 9. 11. 1918. Scheidemann hat damals gar nicht auf der Brüstung des Balkons gestanden, sondern viel tiefer auf dem Stuhlsitz. Die Photographie ist wohl später entstanden.

So sind manche Darstellungen etwas ungenau, manche geringfügige Begebenheit erst aufgebaut, als wenn es eine hochpolitische Aktion gewesen wäre. Es ist aber nicht gut möglich, alle Einzelheiten richtigzustellen, deshalb ist nur dieses Beispiel herausgegriffen.“

## 152.

### 9. 11. 1919: Nachträgliche Aufzeichnung Haußmanns über die Regierung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden

Nachlaß Prinz Max, Maschinenschrift mit eigenhändigen Korrekturen Haußmanns, ohne Unterschrift.<sup>1)</sup>

Der Geburtsfehler der Oktoberregierung war, daß sie erst Oktoberregierung war. Eine Septemberregierung und vor allem eine Märzregierung hätte noch handeln können.

Deutschland hatte im Oktober die Freiheit des Handelns nicht mehr, weil das Heer zum Widerstand nicht mehr die Kraft hatte.

Das Problem war ein äußeres und ein inneres. Beide mußten nacheinander gelöst werden und konnten nicht miteinander ohne Verwirrung gelöst werden. Man konnte den Volksstaat herstellen und an der Front standhalten, um einen würdigen Frieden als Volksstaat zu schließen, oder man konnte vorher den Frieden schließen und dann den Volksstaat durchführen. Der Kaiser konnte das im November nicht mehr.

In 4<sup>2)</sup> Wochen — ich selbst wurde erst am 14. Oktober Staatssekretär — waren beide Probleme nicht lösbar.

Zudem konnte man nicht mit der nötigen höchsten Eile deshalb handeln, weil man in der Regierung keinen Bericht über das Maß von Zermürbung der Truppen an der Front und in den Kasernen erhalten hat und darüber erst durch die Tatsachen, aber nicht durch die Oberste Heeresleitung, den Kriegsminister oder den Oberkommandanten der Marken aufgeklärt worden war.

Auch in die Depeschen des Auswärtigen Amtes hat das Kabinett nur bruchstückweise Einblick erhalten.

<sup>1)</sup> Es scheint sich um den Entwurf eines Artikels zu handeln.

<sup>2)</sup> Eigenhändig berichtet aus: „5“.

Die Oberste Heeresleitung — präjudiziert durch ihren Widerstand gegen rechtzeitige Friedensanbahnung und gedrängt durch die akute Durchbruchgefahr — hatte statt einer Friedensaktion der Regierung eine Waffenstillstandsaktion — was viel selbstverräterischer — dem Reichskanzler [und] der Regierung gegen deren Willen aufgedrängt. Die Regierung mußte wegen der militärischen Waffenstillstandsaktion und ihres Tempos fortgesetzt mit der Obersten Heeresleitung im Staatsinteresse verhandeln. Dies machte einen politischen Konflikt mit der Obersten Heeresleitung durchzufechten in diesen Tagen unmöglich, oder unrätlich, auch wieder im Staatsinteresse.

Es mußte also Ludendorff abgelöst — Hindenburg gehalten werden. Dies durchzuführen forderte eine Reihe von Tagen.

Einen außerordentlichen Zeitverlust brachte die Flucht des Kaisers aus Berlin. Die persönlichen Vorstellungen zur Herbeiführung äußerster Entscheidungen und Entschlüsse war[en] dadurch unmöglich. Der Kanzler war in Berlin unentbehrlich und an der entsprechenden Aufklärung und Einwirkung auf den Kaiser gehindert.

Bedenkt man, daß die Oktoberregierung in Monatsfrist

1. Verhandlungen mit Nordamerika wegen des Europäischen Waffenstillstands über gesperrte Kabel geführt hat,
2. die Verfassung durch Gesetz geändert und das parlamentarische Regiment eingeführt hat,
3. die Militärgewalt in das bürgerliche Regiment durch Gesetzänderung eingereiht und diesem unterstellt hat,
4. den General Ludendorff zum Rücktritt gebracht und Hindenburg zum Bleiben bestimmt hat,
5. den Kaiser zum Rücktritt bestimmt hat,
6. das alte Parlament auf die Seite dieser Politik mit starker Mehrheit gebracht hat,
7. eine schwere, vertrauenserschütternde Kanzlerkrise wegen des unglücklichen Briefs von Prinz Max an den Prinzen Alexander von Hohenlohe durchzuführen und zu glätten hatte,
8. eine Krankheit des Kanzlers mit Fieberzuständen in den Kauf nehmen mußte,
9. den Kieler Revolutionsausbruch zu dämpfen hatte,

so wird man nicht bestreiten können, daß die Oktoberregierung tätig war und in der richtigen Richtung tätig war. Früher tätig und darum freier im Handeln, hätte sie mit denselben Schritten starke und schützende Wirkungen haben können und müssen.<sup>3)</sup>

Nach dem, was sich enthüllt hat, wäre zur Rettung Deutschlands, d. h. zur Abmilderung der Niederlage, zur Überleitung der revolutionären Strömung und Erzielung eines weniger infamen Friedens folgendes nötig gewesen:

<sup>3)</sup> Der letzte Teil dieses Satzes eigenhändig berichtigt aus: „hätten dieselben Schritte große Folgen haben können und müssen.“

1. Einsetzung einer parlamentarischen Regierung mit starker Link[s]richtung, spätestens Mitte September.
2. Veranlassung des Kaisers zum Rücktritt, ebenso des Kronprinz[en], entweder freiwillig oder durch Regierungsbeschluß als Staatsnotwendigkeit.
3. Abberufung Ludendorffs, Veranlassung Hindenburgs zu bleiben.
4. Offizielle Entsendung einer parlamentarischen Abordnung an die Front und einer anderen zu Besprechungen mit Mitgliedern der Ententeregierungen und Parlamente zur Anbahnung eines Friedens und Herbeiführung des Waffenstillstands.

Dann wäre die Umgestaltung ein Werk des Volks und seiner Vertretung<sup>4)</sup> gewesen. Es ist auch, wie ich jetzt erst erfahre, eine Depesche aus dem Haag eingegangen, wonach die Entente mit Vertretern des Parlaments über den Waffenstillstand zu verhandeln im Oktober noch bereit war, aber nicht mit Vertretern der Obersten Heeresleitung. Diese Depesche hat das Auswärtige Amt dem Kriegskabinett nicht mitgeteilt.

<sup>4)</sup> „und seiner Vertretung“ eigenhändig ergänzt.

**Sprecher- und Teilnehmerverzeichnis**  
**für die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses,**  
**des Kriegskabinetts und des Gesamtkabinetts**

Die angefügten Verzeichnisse berücksichtigen alle für die Zeit vom 1. 10. 1918 bis zum 9. 11. 1918 nachgewiesenen Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses und des Kriegskabinetts sowie des Gesamtkabinetts. Da nur die im Text bzw. in den Anmerkungen mit Namen genannten Teilnehmer und Sprecher aufgenommen werden konnten, erheben sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nachgewiesene Anwesenheit ist durch A gekennzeichnet, während für Sprecher die Abkürzung S verwandt wird. Die Nationalliberalen gehörten dem Interfraktionellen Ausschuß seit dem 11. 10. 1918 an.

## Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses

Datum	Oktober													November				
	1	1	1	2	4	11 <sup>1)</sup>	12	12 <sup>2)</sup>	13 <sup>3)</sup>	17	18	21	24	4	5 <sup>4)</sup>	7	8	8
Nr. des Dokuments	1	4	6	8	21	44	47	51	53	66	69	79	88	123	127	135	140	143
<i>Fortschr. Volkspartei</i>																		
Dove	S	S	A	.	S	.	S	.	S	A	S	.	S	S	S	S	S	A
Fischbeck	S	S	S	S	S	.	S	.	S	S	A	.	S	.	S	S	S	S
Gothein	S	A	S	.	S	.	.	.	.	S	S	S	S	S	S	S	S	A
Haußmann	S	A	S	S	.	.	S	S	S	.	S	S	S	S	.	A	S	.
Müller-Meinigen	.	.	.	.	S	.	.	.	.	S	S	.	A	.	.	.	.	.
Naumann	S	A	S	.	.	.	A	.	S	A	S	S	A	.	S	.	.	.
Pachnicke	.	.	.	S	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S	A
Wiemer	.	.	.	.	S	.	A	.	.	A	S	.	A	S	S	.	.	.
<i>Sozialdemokraten</i>																		
David	S	S	S	.	S	S	S	S	S	S	S	.	A	S	S	.	S	S
Ebert	S	S	S	S	S	.	S	.	S	S	S	.	S	S	S	S	S	.
Hirsch	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S	S
Landsberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	A	S	S	S	S
Molkenbuhr	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	A	.	A	A	S
Scheidemann	S	S	S	S	S	S	S	S	S	.	S	.	S	S	S	S	A	.
Südekum	S	S	S	.	S	.	A	.	A	S	S	.	A	S	S	S	S	S
<i>Zentrum</i>																		
Erzberger	S	S	S	.	S	S	S	S	S	.	.	.	S	S	S	.	.	.
Fehrenbach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S	.	S	S	.	S	S	.
Gröber	S	S	S	S	S	S	S	S	S	.	S	.	S	S	S	.	S	.
Herold	S	A	A	.	S	.	A	.	.	S	A	.	A	S	S	S	S	S
Mayer-Kaufbeuren	S	S	A	.	.	.	.	.	.	.	.	.	A	.	.	.	.	.
Müller-Fulda	A	A	A	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	A	A	A
Savigny	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S	S
Trimborn	S	A	A	.	S	.	A	.	.	.	A	.	A	.	.	.	S	.
<i>Nationalliberale</i>																		
Friedberg	-	-	-	-	-	.	S	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S	.
Junck	-	-	-	-	-	.	A	S	.	S	S	A	S	A	S	A	S	S
Krause	-	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S
List	-	-	-	-	-	.	S	.	.	A	A	.	S	S	.	S	.	.
Richthofen	-	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S
Schiffer	-	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S
Stresemann	-	-	-	-	-	S	S	.	S	A	S	.	.	S	S	S	S	S

1) Außerdem war Vizekanzler v. Payer anwesend.

2) An der Sitzung nahmen auch Reichskanzler Prinz Max von Baden und Vizekanzler v. Payer teil.

3) Neben Vizekanzler v. Payer waren Staatssekretär Solf und Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau anwesend.

4) Außerdem war Unterstaatssekretär Caspar anwesend.



## **Register**

- Adenauer, Konrad**, Oberbürgermeister von Köln 585 f.
- Adler, Victor**, Minister des Äußeren in Deutschland (SPÖ) 31. 10.—11. 11. 1918 490, 494, 567 f.
- Admiralstab** (Seekriegsleitung) 232, 244  
— Chef 221, 491  
— zum U-Boot-Krieg 238  
— über Kieler Unruhen 492  
— Konflikte mit Reichsleitung 285, 287, 306
- Albert, Heinrich Friedr.**, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei März 1919—April 1920 536, 547
- Alexander, König von Griechenland** (1917 bis 1920) 442
- Alldeutscher Verband** 72, 181
- Alliierte Mächte** s. Entente
- Amnestie**  
— für polit. Gefangene 585 f.  
— Erlaß 12. 10. 1918 129, 167  
— beraten im Kriegskabinett 6. 10. 1918 88 10. 10. 1918 129  
6. 11. 1918 549, 563, 565  
im Gesamtkabinett 5. 11. 1918 537, 542 f.
- Andrássy, Graf Julius**, österr.-ungar. Außenminister, Vors. des Ministerrats, Rücktritt 2. 11. 1918 385 f., 487, 567 f.
- Anschütz, Gerhard**, Staatsrechtslehrer 47
- Antwerpen** 253, 400, 416, 530
- Apennin** 316
- Arbeiterräte** 521, 537  
— Berlin 627  
— Kiel 575 f., 585, 588  
— Wilhelmshaven 585  
— Verbot durch Oberbefehlshaber in den Marken 598, 623
- Arbeiterschaft** 187, 390, 407, 410, 572  
— Ablehnung Ludendorffs 219, 502  
— bolschewist. Agitation 414 f.  
— für Abdankung Wilhelms II. 439 f., 461, 502, 564 f., 613  
— Verhalten bei Kieler Unruhen 542  
— Haltung zur Regierung 565  
— Wirkung des Ultimatums der SPD 581, 607; s. a. Berlin
- Arbeiter- und Angestelltenversicherung** 8, 17
- Arbeitgeberverbände** 586 f.
- Arbeitskammern**, Plan zur Schaffung eines Staatssekretariats 18
- Arbeitsrecht** 8, 17
- Arnim-Boitzenburg, Dietlof Graf von**, Präsident des Preuß. Herrenhauses 92
- Arras, Frühjahrsschlacht** 1917 116
- August Wilhelm, Prinz von Preußen**, Sohn Wilhelms II. 180, 246, 440, 451
- Außenpolitik, deutsche**  
— Beziehungen zu Verbündeten  
Bulgarien 52, 57, 60, 117, 179  
Österreich-Ungarn 358 f., 384 f., 389 ff., 482, 484, 487 ff., 497, 505, 513; s. a. Bulgarien; Mittelmächte; Österreich-Ungarn  
— Ostpolitik  
Balt. Staaten 100, 102, 120, 194 f., 199 f., 539  
Finnland 23  
Polen 90, 100, 120, 184 ff., 391, 469, 482 ff., 489, 516, 528, 539  
— Berücksichtigung österr.-ungar. Interessen 185 f., 318; s. a. Polen  
Sowjetrußland 116, 207, 234 f., 267, 397, 413 ff., 541 f., 544 f., 568, 622; s. a. Brest-Litowsk  
Ukraine 116, 217, 222 ff., 232 f., 391, 398, 404, 468 f., 483, 513, 528, 538 ff.
- Auswärtiger Dienst des Reiches**  
— Vertretungen in  
Bern 514 f.  
Den Haag 163  
Moskau 414  
Zürich 509 f.  
— Reformvorschläge 510, 515, 522
- Auswärtiges Amt** 81, 92, 128, 131, 183, 188, 241, 260 ff., 325, 327, 398, 465, 481, 487 f., 631  
— Besetzung des Staatssekretariats 11, 17 ff., 23, 33, 35, 76, 80  
— Unterstaatssekretariat  
Aufgabenbereich 12, 17 f., 398  
Besetzung 11, 17 ff., 23, 28, 31, 33 ff., 76  
— Nachrichtenabteilung 135, 321, 328, 343  
— Vertr. bei der OHL 275  
— Verwaltung besetzter Gebiete im Osten 100, 102, 199 f., 297, 483  
im Westen 200, 241  
— zu Verhandlungen mit Wilson 71, 274, 514  
— Zustimmung zum deutschen Einmarsch in Tirol 489, 507  
— Berichte über  
Eintritt Erzbergers in Regierung 43, 61  
Haltung Dänemarks zur Nordschleswig-Frage 249  
Agitation der russ. Botschaft 413, 415, 510, 622

- Bachem**, Carl, Justizrat in Köln 629
- Baden**, Großherzogtum 32, 108, 497, 572
- Balkan** 359
- Ballin**, Albert, Gen.Dir. der Hamburg-Amerika-Linie 88
- Baltische Staaten**, Ostseeprovinzen (Randstaaten) Rußlands 87, 182, 186, 193, 455
- Bevölkerung 194, 199
  - Landesvertretungen, Demokratisierung 22
  - Staatsform 194, 200
    - balt. Gesamtstaat 194 f., 200
    - deutsche Pläne (Personalunion) 195, 199 f.
  - Militärverwaltung 100, 102
  - Einrichtung von Zivilverwaltungen 100, 102, 194, 199, 258
  - Aufstellung balt. Gendarmeriekorps 194
  - Frage der Räumung von deutschen Truppen 120, 539
  - Versorgung mit poln. Kohle 539
- s. a. Bolschewismus; Litauen; Reichskommissariat für die Ostseegebiete; Sowjetrußland
- Baring**, Evelyn, Earl of Cromer (gest. 1917), brit. Generalkonsulin in Ägypten (1883—1907) 195, 197
- Bartenwerffer**, Paul von, General, Chef der polit. Abt. beim Chef des Generalstabs des Feldheeres 143, 271, 282 f., 344, 364
- Basel** 161, 478
- Batocki-Friebe** s. Tortilowicz
- Bauer**, Gustav A., Mdr (SPD) 1912—1918, 2. Vors. der Generalkommission der Gewerkschaften, Staatssekretär des Reichsarbeitsamts 4. 10. 1918 496
- Ernennung 51, 124
  - Teilnahme an Sitzungen des Gesamtkabinetts 7. 10. 1918 99
    - 11. 10. 1918 138
    - 2. 11. 1918 469
    - 4. 11. 1918 504 f.
  - Schreiben an Payer 150 f., 162
  - zur Kanzlerkrise 150 f., 162
  - zur Veröffentlichung der Kabinettsorder 28. 10. 1918 469
  - gegen Einmarsch in Tirol 505
- Bauer**, Max, Oberst, Chef der Abt. IIb der Operationsabt. der OHL 580
- Teilnahme an Sitzung des Gesamtkabinetts 5. 11. 1918 526
  - Unterredungen mit Groener 344, 559
    - Haefthen 8. 10. 1918 111
    - Ludendorff, Haefthen 26. 10. 1918 363 f.
  - Tätigkeit beim Sturz Bethmann Hollwegs 436 f.
  - über Ludendorff 111
  - Entlassung 116, 126 f., 344, 436 f.
- Bayerischer Bauernbund** 479
- Bayern** 126, 260, 467, 473, 518, 553
- Stellung im Reich
    - Bündnisvertrag 23. 11. 1870 350 f., 418, 420
    - Sonderstellung der Militärverwaltung 306 f., 331, 349, 351, 354, 381, 418, 420
    - Vorsitz im ausw. Ausschuß des Bundesrats 284
  - Wirtschaft
    - Kohlenversorgung 251
    - Rohstoffknappheit 480
    - Transportverhältnisse 488
  - partikularistische Tendenzen
    - Abtrennungsbestrebungen, Zusammenschluß mit Deutsch-Österreich 180, 440, 442, 478, 502, 506
    - Bestrebungen zum Abschluß eines Separatfriedens 466, 479, 493, 504 f., 513 f.
    - Reichstreue der Parteien 479, 514
  - milit. Bedrohung und Gegenmaßnahmen 387, 468, 478 ff., 489 f., 493, 504 ff., 507, 518, 528 f., 534, 543
  - Wahlrechtsreform 593
  - zur Änderung des Stellvertretergesetzes 107 f.
  - Haltung zur Kaiserfrage 98, 412, 500, 517, 522
  - Staatszeitung 480
  - Presse 428, 514 f.
- Bebel**, August, Vors. der SPD (gest. 1913) 328
- Belagerungszustand** (Kriegszustand) 84, 89, 262, 495
- Kriegszustandsordnung 31. 7. 1914 89
  - Reichsgesetz 4. 12. 1916 89
    - 15. 10. 1918 89, 133
  - Handhabung durch Militärbehörden 89; s. a. Militärbehörden; Zensur
  - Forderung nach Aufhebung bzw. Einschränkung 329, 331
    - Ausübung durch Zivilbehörden 84
- Belgien** 478
- Stellung des Königs 212
  - deutsche Besetzung 383
    - parlament. Kritik an deutschem Einmarsch 255 f.
  - belg. Frage 455

- wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 224, 267
- Bestrebungen zur wirtschaftl. Angliederung 465
- Ernährungsverhältnisse 213, 240 f.
- Zivilverwaltung 200, 240
- Zerstörungen 121, 241, 250, 253, 415 f., 530  
Ersatz für Kriegsschäden 22, 84
- Wiederherstellung von Unabhängigkeit und Neutralität 84, 120
- Forderung Wilsons nach Räumung und deutsche Antwort 120
- milit. Lage (Flandernfront) 41, 209, 218, 529
- Räumung 119, 121, 224, 228, 235, 241, 244, 403, 415 f., 530
- Bell, Johannes, Rechtsanwalt in Essen, MdR (Zentr.) seit 1912** 125, 330
- Berehem, Johannes Graf von, Leg.Rat im Ausw. Amt** 80
- Bereckheim, Philipp Graf von, Vertr. des Ausw. Amtes im Gr. Hauptquartier** 143
- Berg, Friedrich Wilhelm Bernhard von, Chef des Kaiserl. Zivilkabinetts** 16. 1.—11. 10. 1918 6, 12 ff., 20, 23, 29 f., 36, 41 ff., 61, 605
- Berge und Herrendorff, Ernst von, Oberst, Chef des Stabes beim Oberkommando in den Marken** 621
- Bergen, Diego von, Votr. Rat im Ausw. Amt** 15, 19, 24, 42 f., 76, 487 f., 557
- Berger, Herbert von, Geheimrat im preuß. Ministerium des Innern** 426
- Bergh, Ernst van den, Oberstleutnant** 452, 620, 626 f.
- Berlin**
  - Polizeipräsident 321 ff., 414, 492, 544, 574, 615, 622 f.
  - Kommandantur 322, 622
  - Unruhen 474, 490, 492, 495, 503 f., 562 ff., 577, 586, 591, 615, 619
  - milit. Gegenmaßnahmen 555, 563 f., 586, 597, 621 ff., 625
  - Versuche der SPD zur Eindämmung 572, 577, 594
  - Arbeitervorteile in SPD-Fraktionssitzung 9. 11. 1918 612 f.
  - Verbot von USPD-Versammlung 7. 11. 1918 574
  - Zensurverfügungen des Generalkommandos 324, 357
  - Arbeiterschaft für Abdankung Wilhelms II. 607, 613, 615, 618
  - für Einführung der Republik 630 f.
- Berliner Lokalanzeiger** 247, 271
- Berliner Morgenpost** 392
- Berliner Tageblatt** 40, 173, 272, 312, 329, 392, 399, 471
- Berliner Vertrag** 1878 313 f.
- Berliner Zeitung am Mittag (B.Z.)** 392
- Bernhard, Georg, Chefredakteur der Vossischen Zeitung** 16, 127, 358, 393
- Bernstein, Eduard, sozialist. Theoretiker** 272
- Bernstorff, Johann Heinrich Graf von, Botschafter in Konstantinopel** 1917—1918 23, 88, 277, 298, 513
- Beschwitz, Hans Christoph Frhr. von, sächs. Gesandter in München** 412
- Beseler, Hans Hartwig von, Generaloberst, Generalgouverneur in Warschau** 186, 489, 539
- Besetzte Gebiete**
  - im Osten
    - Frage der Umwandlung der Militär- in Zivilbehörden 100, 102, 194 f., 197
    - Zuständigkeit ziviler Stellen
    - geplantes Reichsamt s. Staatssekretariat für besetzte Gebiete
    - Beteiligung der Bevölkerung an Verwaltung 84, 102
    - wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 116, 231
    - deutsche Militärverwaltung 102, 197
    - milit. Stärke 208, 222 f.
    - Rückzug 213, 217
    - s. a. Baltische Staaten; Bolschewismus; Litauen
  - im Westen
    - Forderung Wilsons nach Räumung 111, 120, 129, 138, 140, 245, 247, 336, 403
    - Erörterung der deutschen Antwort 111, 120, 123, 129, 138, 175, 202, 245, 248 ff., 273, 276, 296, 403 f., 406
    - s. a. Belgien
- Bethmann Hollweg, Theobald von, Reichskanzler und preuß. Min.Präs.** 1909—1917 201, 355, 385, 436
- Bialystok** 91, 196 f.
- Biegeleben, Maximilian Frhr. von, Bundesratsbevollm. für Hessen** 59, 108, 190, 193, 281, 419, 455, 457, 459
- Bismarck, Otto Fürst von** 106, 382, 444

- Bismarck**, Busso von, Major, Militärattaché in Bern 510
- Blankenhorn**, Ernst, Weingutsbesitzer in Müllheim (Baden), MdR (Nat.Lib.) 1887—1890, 1893—1917 569
- Blunck**, Andreas, Rechtsanwalt in Hamburg, MdR (FVP) 1912—1918 562 f.
- Boden**, Friedrich, Bundesratsbevollm. für Braunschweig und Anhalt 50, 55, 60, 108, 455
- Böhle**, Bernhard, Kaufmann in Straßburg, MdR (SPD) 1907—1918, Mgl. der. 2. Kammer des Els.-lothr. Landtags 91 f.
- Böhm**, G., Hauptmann 348, 350, 487
- Böhmen**, s. Österreich-Ungarn; Tschechoslowakei
- Böttger**, Hugo, Schriftsteller in Berlin, MdR (Nat.Lib.) 1903—1907, 1912—1918 391
- Bolschewismus**  
— in Rußland 467  
— Vordringen in Deutschland 88, 338 f., 402, 414 f., 446 f., 500 f., 527, 532 ff., 550, 553, 572, 575, 578, 584 f., 604  
— in der Armee 267, 527, 531 f.  
  in Österreich 390, 481  
  in den besetzten Gebieten im Osten 116, 120, 205 f., 208, 217  
  — Litauen 195 f., 198  
  — Polen 120, 184 f., 489  
  — Ukraine 222 f., 225, 235, 264, 483 f., 528, 538, 540, 550  
  im Gebiet der Entente 550, 567, 584 f.
- Boris III.**, König von Bulgarien 3. 10. 1918 109, 449
- Bornstedt**, Hans Jürgen von, Regierungsrat in der Reichskanzlei 342, 574
- Brandenburg**, Provinz 324
- Brandenstein**, Joachim Frhr. von, Bundesratsbevollm. für Mecklenburg 58, 191, 455 ff., 459
- Braun**, Otto, Mgl. des SPD-Vorstandes, Mgl. des Preuß. Abgh. seit 1913 573, 576, 613
- Braunschweig**, Herzogtum 108, 572
- Brecht**, Arnold, Regierungsrat in der Reichskanzlei 413, 423, 452, 466, 526
- Breitenbach**, Paul von, preuß. Minister für öffentliche Arbeiten 1906—9. 11. 1918 65, 67, 423, 471 ff., 554, 591, 607, 625
- Breitscheid**, Rudolf (USPD), Hrsg. der Zeitschrift „Der Sozialist“ 313
- Bremen**, Unruhen 568, 581, 597 f.
- Brenner-Paß** 490, 493 f., 497, 504, 528, 541
- Brest-Litowsk**  
— Friedensverhandlungen und Friedensschluß 176  
— Sitzung 25.—27. 12. 1917 über Gebietsfragen und Selbstbestimmung 309  
— Zusatz- und Ergänzungsverträge 22, 87  
— Verletzungen des Friedensvertrages durch Sowjetrußland 413
- Briey** 207, 267
- Brinckmann**, Friedrich, Major und Abt.Chef in der OHL 120, 526
- Brockdorff-Rantzau**, Ulrich Graf von, Gesandter in Kopenhagen 1912—1918 19, 279, 317  
— Teilnahme an Sitzung des Interfrakt. Ausschusses 13. 10. 1918 170 f., 176 f., 188 f.  
  Kriegskabinetts 19. 10. 1918 277 f.  
— Unterredung mit K. Hahn Ende Okt. 427  
— Kandidat für das Staatssekretariat des Ausw. Amts 18, 23 f.  
— vorgeschlagen als Mgl. der Waffenstillstandskommission 557  
— zur Kaiserfrage 446  
— zur Nordschleswig-Frage 307 f., 315, 317  
— für Einschränkung des U-Boot-Krieges 277, 279
- Brüssel** 416, 530
- Budapest** 474, 487
- Bülow**, Bernhard Fürst von, Reichskanzler u. preuß. Min.Präs. 1900—1909  
— Daily-Telegraph-Affäre 1908 13, 15  
— Kanzlerkandidatur Okt. 1918 12 ff.
- Bürgerwehr** 581
- Bukarest**, Friedensschluß 7. 5. 1918 386
- Bulgarien**, 57, 73, 109, 408 f.  
— Zusammenbruch und Waffenstillstand 21 f., 52, 60, 117, 179  
— innere Lage 359

**Bundesfürsten** 307, 337

- Forderung nach Abdankung 434, 537
- Befragung über Abdankung Wilhelms II. 450, 456, 459
- Rückwirkung einer möglichen Regentschaft in Preußen 444, 473

**Bundesrat** 99, 263, 445

- verfassungsrechtl. Stellung 25, 46, 48 f., 107 f., 516, 587
- Geschäftsordnung und Vorsitz 48, 334; s. a. Reichskanzler
- Verhältnis zum Reichstag 48
- fordert Unterrichtung über Regierungsbildung 50
- fordert Informationen über neue Gesetzentwürfe 190 f.
- Unterrichtung über Antwort an Wilson 131, 133, 281, 388
- für Einstellung des U-Boot-Krieges 283
- für Demobilisierungsgesetz 181, 569
- Zustimmungsrecht zu
  - Kriegserklärungen 190, 245, 249, 271, 303, 352, 378
  - Friedensverträgen 190, 352 f., 379
  - internat. Verträgen 190 f., 334 f., 341, 352 f., 379
- Bundesrat und Parlamentarisierung 25 ff., 45, 47, 107 f., 110, 130, 181, 190 ff., 259 f., 263, 356, 417 ff.
- Stimmführung, Unvereinbarkeit mit Reichstagsmandat 25 ff., 38 f., 47 f., 107 f., 254; s. a. Reichsverfassung; Staatssekretär(e)
- Stimmführung durch Kommissare 28, 57; s. a. Stellvertretergesetz
- Mitgliedschaft preuß. Staatsminister 254
- Forderung der Entente nach anderer Zusammensetzung 502, 515
- Sitzungen 5. 10. 1918 82 f.  
8. 10. 1918 45, 47, 83
- Ausschuß für ausw. Angelegenheiten
  - Sitzungen 2. 9. 1918 55
  - 12. 10. 1918 126, 131, 134
  - 20. 10. 1918 283 ff., 288, 290
- Ausschüsse für Verfassung und für Justizwesen
  - Sitzungen 8. 10. 1918 105 ff.
  - 15. 10. 1918 131, 190 ff.
  - 28. 10. 1918 349, 378, 399, 417 ff.
  - 7. 11. 1918 480, 569
- Besprechung des Reichskanzlers mit den Bundesratsbevollm. 1. 11. 1918 450, 455 ff.

**Bundesstaaten** 25, 55, 85 f., 107 f., 259

- Information über Amnestie-Erlass 12. 10. 1918 129

- Unterrichtung über revolutionäre Lage
  - 7. 11. 1918 575, 581
  - 8. 11. 1918 583
- Zustimmung zu Verfassungsänderung 256, 515
- Parlamentarisierung 571
- zur Abdankungsfrage 517
- Militärbevollmächtigte 338, 342

**Burger**, Rechtsanwalt in Straßburg, Mgl. der 2. Kammer des Els.-lothr. Landtags 91 f.

**Burian von Rajecz**, Stefan Graf, österr.-ungar. Min.Präs. und Außenminister April 1918 bis 24. 10. 1918 185, 246, 266, 386

**Bussche-Haddenhausen**, Hilmar Frhr. von dem, Unterstaatssekretär im Ausw. Amt 65 f., 68, 82, 147, 423, 452, 487 ff., 583

**Bussche-Ippenburg**, Erich Frhr. von dem, Major, stellv. Abt.Chef in der OHL 33, 44, 139, 179, 526

**Calker**, Fritz van, Universitätsprofessor in Straßburg, MdR (Nat.Lib.) 1912—1918 70, 294

**Calonder**, Felix, Schweizer Bundespräsident, Bundesrat seit 1913 (Freisinn) 502

**Cambrai** 210, 529

**Capelle**, Eduard von, Staatssekretär des Reichsmarineamts 1916—7. 10. 1918 179, 238

**Caspar**, Franz, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt 509, 516 f.

**Chemnitzer Volksstimme** 520

**Christliche Gewerkschaften** 450

**Clemenceau**, Georges, franz. Min.Präs. 1917 bis 1920 66, 149, 250, 277, 283, 368, 448, 501, 513, 527

**Cohn**, Oskar, Rechtsanwalt in Berlin, MdR (SPD/USPD) seit 1912 545

**Cramon**, August von, General 250, 481 f.

**Cuxhaven** 548

**Dänemark** 307, 313 ff.

**Daily-Telegraph-Affäre** 13, 15

**Dallwitz**, Johann von, Statthalter von Els.-Lothr. 1914—1918 91 f.

- Dandl, Otto Ritter von, bayer. Min.Präs.**  
10. 11. 1917—8. 11. 1918 181, 478 ff., 507
- Teilnahme an Sitzung des Kriegskabinetts 3. 11. 1918 477
  - Bundesratsausschusses für ausw. Angelegenheiten 2. 9. 1918 55, 57, 60
  - Unterredung mit Held 478 f.
  - Stauß 431
  - bei Holtzendorff 26. 10. 1918 385
  - Informationen durch Erzberger 526
  - Lerchenfeld Okt. 1918 25 ff., 41 f., 46, 131 f., 284 ff., 420 ff., 428 ff., 449 ff.
  - Schoen 188 f.
  - Schreiben an Lerchenfeld 28. 10. 1918 411 f.
  - 29. 10. 1918 422 f.
  - zu Innenpolitik und Verfassungsfragen für Kanzlerschaft des Prinzen Max 85
  - Änderung der Reichsverfassung 85, 181, 288
  - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 412, 422, 429 ff., 451, 479
  - Kritik an Berichterstattung der OHL 55, 60
  - Auswirkung der milit. Lage auf die bayer. Bevölkerung 478 ff.
  - zu Friedensfragen
  - Verhandlungen mit Wilson 85
  - für Einschränkung des U-Boot-Krieges 283
- Danzig** 66, 125, 294, 296, 478
- Dardanellen** 391, 483
- David, Eduard, Schriftsteller in Berlin, MdR (SPD) seit 1903, Unterstaatssekretär im Ausw. Amt 425, 524, 594**
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3 ff., 9, 11, 19, 22, 29 f.
  - 4. 10. 1918 70, 72 ff.
  - 11. 10. 1918 136 f.
  - 12. 10. 1918 148, 158 ff.
  - 13. 10. 1918 173
  - 17. 10. 1918 253, 256, 293
  - 18. 10. 1918 263
  - 24. 10. 1918 329
  - 4. 11. 1918 497 f., 500 f., 503
  - 5. 11. 1918 509 f., 512 f., 515, 519 f., 524
  - 8. 11. 1918 589, 593 f., 598, 602, 606 f.
  - Gesamtkabinetts 28. 10. 1918 413, 415 f.
  - Unterredungen mit Groener 6. 11. 1918 559
  - Max von Baden 7. 11. 1918 576
  - Frau Richter 7. 10. 1918 92 f.
  - empfängt Schreiben von Heine 24. 10. 1918 328
  - Unterstaatssekretär 93, 124, 128
  - zu Verfassungsfragen für Änderung der Reichsverfassung 256, 269, 350
  - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 428, 457, 500 f., 503, 512 f., 515, 519 f., 560, 598, 602, 608
  - zur Innenpolitik
  - Regierungsbildung 4 ff., 9, 11, 30
  - Kanzlerkrise 136 ff., 158 f., 166, 168, 173
  - Zensur 416
  - Aufruf der Regierung vom 4. 11. 1918 498
  - für Wahlrechtsreform 593 f., 598, 607
  - über Rekrutierungsfragen 598
  - gegen Unterdrückung der Rätebewegung 598
  - Ultimatum der SPD 576, 607
  - zu Außenpolitik und Friedensfragen
  - Belgien 22, 416
  - Sowjetrußland 415
  - Tschechoslowakei 510 f.
  - Züricher Bombenaffäre 509 f.
  - Verhandlungen mit Wilson 72 ff., 158 f., 256, 501, 512 f., 515, 519 f., 598, 608
  - über Ebert 93
- Deimling, Berthold von, Kommand. General des XV. Armeekorps** 92
- Delbrück, Clemens von, Chef des Kaiserl. Zivilkabinetts** 11. 10.—9. 11. 1918 448
- Mitverfasser der Ansprache des Kaisers 21. 10. 1918 304
  - Unterrichtung des Kaisers über Haltung des Volkes 344, 346
  - übergibt Schreiben des Reichskanzlers vom 25. 10. 1918 359, 362
  - Besprechung beim Reichskanzler 26. 10. 1918 364
  - zur Kaiserfrage 429, 431, 465, 616
  - zur Parlamentarisierung in Preußen 591
- Delbrück, Hans, Historiker und Hrsg. der „Preuß. Jahrbücher“** 94, 325
- Delbrück, Heinz, Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt** 9, 12
- Dellingshausen, Eduard Frhr. von, deutschbalt. Politiker** 199
- Demobilisierung** 10, 181, 309, 464, 480, 498, 517, 553, 588, 612
- Erörterungen über Demobilisierungsamt 569 f., 586 f., 611
- Demokratisierung** 30, 38, 51, 56, 269, 282
- Bedeutung für Friedensverhandlungen 370, 376 f.
  - Forderung der SPD 565
  - s. a. Parlamentarisierung
- Den Haag** 163, 264, 493, 585
- Dernburg, Bernhard, Mgl. des Preuß. Herrenhauses** seit 1913 18

- Deutelmoser, Erhard Eduard, Min.Dir. der Nachrichtenabteilung des Ausw. Amtes** 86, 122, 188, 260, 554
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 6. 10. 1918 37
  - 7. 10. 1918 95 f.
  - 10. 10. 1918 127
  - 11. 10. 1918 134
  - 14. 10. 1918 184
  - 16. 10. 1918 205
  - 17. 10. 1918 217
  - 18. 10. 1918 257 f.
  - 19. 10. 1918 269
  - 30. 10. 1918 423
  - 31. 10. 1918 437
  - 1. 11. 1918 452
  - 3. 11. 1918 477
  - 4. 11. 1918 487
  - 7. 11. 1918 574
  - 8. 11. 1918 583, 611
  - Gesamtkabinetts 7. 10. 1918 99, 103
  - 11. 10. 1918 138 f.
  - 12. 10. 1918 144
  - 17. 10. 1918 221, 242
  - 18. 10. 1918 261
  - 4. 11. 1918 504
  - 5. 11. 1918 526, 541
  - Teilnahme an Besprechungen beim Reichskanzler 81, 115, 614
  - bei Payer 4. 10. 1918 80
  - über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918 147
  - Teilnahme an Pressevortrag beim Reichskanzler 8. 10. 1918 104
  - Pressebesprechung 2. 11. 1918 467
  - Unterredung mit Ebert 9. 11. 1918 615
  - Mitverfasser der Rede des Reichskanzlers 5. 10. 1918 79 ff.
  - über Levée en masse 103
  - zur Kanzlerkrise 149 f.
  - gegen Nationalversammlung 614
  - Erkrankung 343
  - Tätigkeit als Pressechef 261, 271, 327, 615, 617
  - zur Pressepolitik 87, 104 f., 134, 215, 259, 272, 583 f.
- Deutsche Friedensgesellschaft** 320 ff., 329
- Deutsche Gesellschaft von 1914** 61, 173, 630
- Deutsche Reichspartei (Freikonservative)** 74
- Deutsche Tageszeitung** 512
- Deutsche Vaterlandspartei** 448, 453
- Deutsch-Hannoversche Partei (Welfen)** 308
- Deutsch-Konservative Partei** 181, 258, 268 f., 272, 373, 508
- Kundgebung der Parteileitung 15. 10. 1918 202
  - Aufruf 16. 10. 1918 266
  - Reichstagsfraktion
  - Eingaben an Reichskanzler 29. 10. 1918 429
  - 30. 10. 1918 464
  - Verhältnis zu Mehrheitsparteien 13, 16, 26
  - Vorschläge zum Eintritt in Koalitionsregierung 15 f., 26
  - zu Verhandlungen mit Wilson 73 f., 76, 179, 202, 464
  - für Räumung besetzter Gebiete 202
  - Haltung zur OHL 94
  - für Besserstellung der Mannschaftsgrade 309, 318 f., 367
  - zur Abdankungsfrage 132, 429, 461, 500
  - zur Demobilisierung 464
  - gegen Parlamentarisierung 366 ff.
  - Fraktion des Preuß. Abgh.
  - zur Wahlrechtsfrage 202
  - für patriotischen Aufruf 311
  - Fraktion im Preuß. Herrenhaus 346, 369
- Dietz, Mgl. des Bad. Landtags (SPD)** 500
- Di Fiori, bayer. Vertr. in der Schweiz** 412, 479
- Diplomatie, internationale** 255, 262 f.
- Dittmann, Wilhelm, Redakteur in Berlin, MdR (SPD/USPD) 1912—1918** 95 ff., 130, 154, 613
- Dolchstoßlegende** 278
- Dolchstoßprozeß in München** 1925 559, 561
- Dombrova, poln. Kohlengebiet** 184
- Dove, Heinrich, MdR (FVP) 1903—1918, Vizepräsident des Reichstags**
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 8 f., 19, 22, 29
  - 4. 10. 1918 70
  - 12. 10. 1918 148, 156 f.
  - 13. 10. 1918 174
  - 17. 10. 1918 253
  - 18. 10. 1918 263, 265, 268
  - 24. 10. 1918 329, 332
  - 4. 11. 1918 497 f., 500
  - 5. 11. 1918 509, 521 f.
  - 7. 11. 1918 568
  - 8. 11. 1918 589, 606
  - Besprechung der FVP-Mgl. des Ausschusses 13. 10. 1918 167
  - Besprechung mit Mgl. des Preuß. Abgh. 7. 11. 1918 573
  - zur Regierungsbildung 8 f., 22, 70
  - zur Kanzlerkrise 156, 167

- gegen Kriegspresseamt 265, 268
- zur Redeordnung im Reichstag 332
- über Moral der Marine 498
- zur Abdankungs- und Regentschaftsfrage 500, 521 f.
- Kritik an Berichterstattung der OHL 522
- für Parlamentarisierung in Preußen 522
- zur els.-lothr. Frage 174
- Dowbór-Musnicki**, poln. General 184
- Dresden**, Fliegerangriffe 524
- Drews**, Arnold Bill, preuß. Minister des Innern 5. 8. 1917—9. 11. 1918 181 f., 415, 467, 495, 524, 554
  - Audienz bei Wilhelm II. 1. 11. 1918 450 f., 458, 460 ff., 474, 517, 577
  - Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 14. 10. 1918 184, 186 f.
    - 23. 10. 1918 313 ff.
    - 24. 10. 1918 320
    - 26. 10. 1918 365, 372
    - 31. 10. 1918 437, 442 f.
    - 3. 11. 1918 477, 483 f.
    - 4. 11. 1918 487
  - Gesamtkabinetts 28. 10. 1918 413
    - 5. 11. 1918 526, 541, 543 ff.
  - Teilnahme an Besprechungen über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918 147
    - beim Reichskanzler 31. 10. 1918 437
  - Unterredungen mit
    - Gröber, Scheüch 28. 10. 1918 377
    - Hindenburg, Groener 1. 11. 1918 462 f.
    - Max von Baden 31. 10. 1918 460
    - Payer, Scheidemann 2. 11. 1918 460, 463 f.
  - zu Innenpolitik und Verfassungsfragen
    - Denkschrift Lewalds 47
    - Politik in den poln. Gebietsteilen Preußens 187
    - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 442 f., 447, 462
    - Zensur-, Vereins- u. Versammlungsrecht 323, 463, 574, 576
    - Ultimatum der SPD 463
    - Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 543 f., 564
  - zu Friedensfragen
    - Verhandlungen mit Wilson 318, 375
    - Nordschleswig-Frage 313 ff.
    - els.-lothr. Frage 468
  - zur Rußland-Politik 413, 541, 545, 622
  - zu militärischen Fragen
    - für Verbleiben Hindenburgs 447
    - für Rückzug aus besetzten Gebieten 483 f.
    - für Verteidigung der poln. Gebietsteile Preußens 484
  - Demission 591, 607
- Düringer**, Adalbert, bad. Staatsminister 22. 10. 1917—14. 11. 1918 429 ff., 455
- Ebert**, Friedrich, MdR (SPD) seit 1912, Parteivors. und Vors. der Reichstagsfraktion, Vors. des Hauptausschusses des Reichstags 75, 93, 172, 180, 230, 268, 325, 330, 439, 516, 524, 575, 577, 616
  - Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 6, 13, 19 ff., 24, 29, 31 f., 35
    - 2. 10. 1918 39
    - 4. 10. 1918 70, 72, 74
    - 12. 10. 1918 148, 155 f.
    - 13. 10. 1918 168, 172, 175 f.
    - 17. 10. 1918 253, 255
    - 18. 10. 1918 263, 267 f.
    - 24. 10. 1918 329 ff.
      - 4. 11. 1918 499, 502 f.
      - 5. 11. 1918 509, 511, 521, 523
      - 7. 11. 1918 568, 570, 572
      - 8. 11. 1918 589, 600, 603, 606
      - 9. 11. 1918 613
  - der SPD-Fraktion 25. 10. 1918 384, 390
    - 9. 11. 1918 612
  - Teilnahme an Besprechungen bei Payer
    - 12. 10. 1918 165
    - 9. 11. 1918 618
  - Unterredungen mit
    - Berg 1. 10. 1918 13, 16
    - Deutelmoser 9. 11. 1918 612
    - Groener 6. 11. 1918 559 ff.
    - Haeften 13. 10. 1918 178
    - 4. 11. 1918 511
    - Hintze 6. 11. 1918 511
    - Max von Baden 2. 10. 1918 38
    - 7. 11. 1918 575 f.
    - Payer 1. 10. 1918 33, 35, 44
    - Roedern 30. 9. 1918 6, 21
    - Simons 7. 11. 1918 578
  - zu Verfassungsfragen
    - für Wahlrechtsreform 39, 600
    - für Parlamentarisierung 255, 331, 366, 570
    - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 331, 438, 457, 499, 502, 511, 523, 560 f., 572, 576, 598
    - Fragen der Geschäftsordnung des Reichstags 330
  - zur Innenpolitik
    - Verhandlungen um Nachfolge Hertlings 29, 31 f., 35
    - Regierungsbildung 6, 13, 16, 24, 93
    - Programm der Mehrheitsparteien 20 f.
    - Kanzlerkrise 155 f., 165, 167 f., 172, 178, 189
    - Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 492, 496, 577
    - Aufruf der Regierung vom 4. 11. 1918 499
    - Regierungsumbildung 570
    - für Ultimatum der SPD 581, 597 f., 600, 602 f., 615
  - zu Verhandlungen mit Wilson 72, 74, 267 f.

- zu militärischen Fragen  
Reaktion auf Berichterstattung der OHL 44, 75  
Rückzug aus besetzten Gebieten 175 f.  
Kritik an OHL und Kriegspresseamt 267 f.  
Kriegslage 267 f.  
Rekrutierungsfragen 499, 521
  - vorgeschlagen als Staatssekretär des Reichsamts des Innern 18, 26, 124
  - vorgeschlagen als Nachfolger des Reichskanzlers 581, 626, 628
  - über Max von Baden 32
  - über USPD 267 f.
  - Kritik am Zentrum 572
- Eisenhart-Rothe, Paul von**, preuß. Landwirtschaftsminister 5. 8. 1917—9. 11. 1918 591, 607
- Eisner, Kurt**, SPD/USPD, bayer. Min.Präs. 7. 11. 1918—21. 2. 1919 492, 606
- Eitel Friedrich**, Prinz von Preußen, Sohn Wilhelms II. (geb. 1883) 503, 560, 611
- Ellenbogen**, Mgl. des österr. Abgh. (Soz.Dem.) 510
- Elsaß-Lothringen** 87 f., 423, 617
- Landtag 59, 101, 109, 130, 214, 419, 467 f.
  - Statthalter 91 f., 130, 178, 419
  - Regierung 58, 468
  - Staatssekretär 18, 91 f., 178, 419
  - Unterstaatssekretär 92, 419
  - els.-lothr. Frage 59, 66, 91 f., 102, 105, 109, 130, 180, 294, 308, 318, 419, 455  
Forderung nach autonomem Bundesstaat 59, 84, 91, 133, 174, 178, 213, 419, 467  
Alternativplan, Teilung 214  
für Autonomie nach Friedensschluß 58 f., 214, 424  
Neutralisierung 214, 294, 468  
dynastische Pläne, Personalunion 59  
republikanische Lösung 59, 91  
Änderung der Landesverfassung von 1911 192, 419, 423  
teilweise Abtretung von Gebieten 101 f., 214, 308, 311  
— wirtschftl. Folgen für Deutschland 59, 383
  - Schenkung der Reichseisenbahnen 59, 419, 423 f.
  - Liquidationen 101, 214, 321 ff., 423
  - milit. Lage 143, 228, 252, 266, 430, 468
  - els.-lothr. Frage, internationale Aspekte 53, 57 f., 66, 101, 109, 140 f., 143, 214, 294  
Ansprüche der Entente 102, 484  
— Forderung Wilsons nach Abtretung 53 f., 57, 66, 125, 141, 144 f., 383
  - Haltung der Reichsleitung 58, 66, 74, 139, 311, 467 f.  
OHL 57 ff.
  - Stellungnahme von Parlamentariern 125, 142  
Stimmung der Bevölkerung gegenüber  
— Deutschland 59, 294, 468  
— Frankreich 58 f., 91, 214, 468, 498  
und Selbstbestimmungsrecht 58, 214, 308, 423  
Besprechungen im  
— Kriegskabinett 10. 10. 1918 130  
16. 10. 1918 213 f.  
21. 10. 1918 294  
— Bundesrat 3. 10. 1918 57 ff.
- Elsaß-lothringische Reichstagsfraktion**
- zur deutschen Antwort an Wilson 74, 307, 318
  - zur Räumung Els.-Lothr. 100
  - Eintreten für Autonomie 58, 312
  - zur Trennung Els.-Lothr. von Deutschland 58, 294
- Entente**, Alliierte (West-)Großmächte 158 f., 170, 177, 199, 212, 234, 268, 408, 419, 430, 468, 491, 540, 581, 604
- Kriegslage und Kriegführung 231, 239, 521, 527; s. a. Interalliiertes Oberstes Kriegsrat; Weltkrieg  
milit. Stärke 234, 238, 240, 252, 368, 400 f., 529, 531  
Vordringen auf dem Balkan 359, 408  
Besetzung Österreichs 488, 494, 505 ff., 540  
Kohlenlage 67, 368, 406
  - Kriegsaussichten, Kriegsziele, Friedensbereitschaft 252, 283, 340, 357, 383, 465, 527, 535, 549, 558, 633  
Haltung zu den 14 Punkten Wilsons 143, 145, 376, 384, 513, 558, 567  
zu Wilsons Verhandlungen 216, 231, 247, 333, 336, 371, 514  
— Forderung zur els.-lothr. Frage 53, 101 f.  
— zur Parlamentarisierung in Deutschland 60  
— Forderung nach Besetzung Belgiens 120  
— für Abdankung Wilhelms II. 268, 398, 444, 447, 457, 461
  - Ostpolitik gegenüber  
Bulgarien 109  
Griechenland 442  
Polen 186  
Ukraine 483 f., 538, 550, 567
  - Verhältnis zu Dänemark 170, 315
- Ernst August von Cumberland**, Herzog von Braunschweig (1913—1918), Schwiegersohn Wilhelms II. 451, 459, 503, 614

- Ernst Ludwig**, Großherzog von Hessen  
(1892—1918) 430, 440, 449 ff.
- Ernst, Eugen**, Mgl. der SPD 613
- Erwerbslosenunterstützung** 516
- Erzberger, Matthias**, MdR (Zentr.) seit 1903,  
Staatssekretär ohne Portfeuille 4. 10. 1918  
18, 21, 86, 126 f., 175 f., 298, 304, 322, 331,  
344 ff., 369, 415 f., 448, 470, 479, 498, 533 f.,  
539, 554, 598, 602
- Teilnahme an Sitzungen des  
Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3 ff.,  
14 f., 19, 21 ff., 29 f., 32, 36  
4. 10. 1918 70 ff.  
11. 10. 1918 137  
12. 10. 1918 148, 153 ff., 159, 161 f.  
13. 10. 1918 169, 171, 175 ff.  
24. 10. 1918 329 ff.  
4. 11. 1918 497 f.  
5. 11. 1918 509 ff., 513, 515  
Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87 f., 90 ff.  
7. 10. 1918 95, 97 ff.  
8. 10. 1918 109 f.  
10. 10. 1918 126 f., 129 f.  
11. 10. 1918 134  
14. 10. 1918 181 ff.  
15. 10. 1918 193 ff.  
19. 10. 1918 269, 272 ff., 276 f.  
20. 10. 1918 288 ff.  
21. 10. 1918 294, 296 ff., 304 f.  
23. 10. 1918 312, 315, 317, 319 f.  
24. 10. 1918 320, 322, 324, 332 ff., 340  
25. 10. 1918 342 ff.  
26. 10. 1918 365, 367, 370 ff., 374 f., 377  
27. 10. 1918 384 ff., 389 f., 392 f.  
28. 10. 1918 397 ff., 403, 409 f., 412, 415 f.  
30. 10. 1918 423 ff.  
31. 10. 1918 437, 442 f., 446, 448  
1. 11. 1918 452 ff.  
2. 11. 1918 465 f., 468 ff.  
3. 11. 1918 477, 479 ff., 484  
4. 11. 1918 487 ff., 493 ff.  
6. 11. 1918 549 f., 553 ff.  
Gesamtkabinetts 7. 10. 1918 99, 102 f.  
11. 10. 1918 137 f., 141, 143 f.  
12. 10. 1918 144 ff.  
18. 10. 1918 261 ff.  
4. 11. 1918 504 ff.  
5. 11. 1918 526, 533 ff., 539 ff.  
der Zentrumsfraktion 3. 10. 1918 61  
des Reichsministeriums vom 21. 5. 1919 556
- Teilnahme an Besprechungen  
beim Reichskanzler 9. 10. 1918 115, 122  
12. 10. 1918 163  
bei Payer 12. 10. 1918 165  
bei Solf 11. 10. 1918 164  
über Vereinheitlichung von Presse- und  
Nachrichtenwesen 11. 10. 1918 135  
über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918  
147
- Teilnahme an Pressevortrag beim Reichs-  
kanzler 6. 10. 1918 86  
8. 10. 1918 104 f.
- Unterredungen mit  
Oberst Bauer 8.—10. 7. 1917 436  
Berg, Rosenberg, Riezler 2. 10. 1918 43  
Bergen 2. 10. 1918 42  
4. 10. 1918 76  
Haeften 21. 10. 1918 299  
Gröber 3. 10. 1918 50  
Max von Baden 2. 10. 1918 43  
11. 10. 1918 149  
Rosenberg 9. 10. 1918 112  
Schmidthals 4. 10. 1918 76
- Memorandum 10. 10. 1918 132 f.
- Schreiben an  
Dandl 526  
Lerchenfeld 28. 10. 1918 428  
Pacelli 31. 10. 1918 446 f.  
Stresemann 1. 11. 1918 437
- empfängt Schreiben von  
Richthofen 2. 11. 1918 474  
Stresemann 31. 10. 1918 436 f.  
5. 11. 1918 437
- Kandidat für das Staatssekretariat des  
Ausw. Amtes 23, 76
- Ernennung zum Staatssekretär 27, 77, 124 f.  
Verhältnis zu Wilhelm II. 17, 36, 42 f., 61,  
77, 112  
Befürworter und Gegner seines Eintritts ins  
Kabinett 17, 36, 43, 61  
Annahme des Amtes 61, 76
- Leiter des Reichspresseamtes 87, 133, 215,  
272, 399
- Ernennung zum Mgl. der Waffenstillstands-  
kommission 466, 469, 551 ff., 556
- zu Verfassungsfragen  
Wahlrechtsreform 14 f.  
Parlamentarisierung und Verfassungsände-  
rung 98 f., 104, 110, 181, 262 f., 280, 334 ff.,  
347, 410, 515  
Abdankungs- und Regentschaftsfrage 347,  
428 f., 442 f., 446, 449, 513
- zur Innenpolitik  
Verhandlungen um die Nachfolge Hertlings  
3 f., 22, 24, 29 f., 32, 36  
Regierungsbildung 5 ff., 23, 26, 97  
Amnestiefrage 88, 129 f., 305, 542, 549  
Kriegsfinanz- und Wirtschaftspolitik 134,  
480, 553  
Kanzlerkrise 137, 150, 153 ff., 159, 162, 169,  
171, 177, 183  
Politik in den poln. Gebietsteilen Preußens  
186 f.  
zu Konflikten Reichsleitung—OHL 127, 295,  
299, 334, 342 f., 393, 491  
Schulgesetzgebung 298  
Zensur-, Vereins- und Versammlungsrecht  
320, 322, 324, 416, 452 ff.  
Änderung der Geschäftsordnung des Reichs-  
tags 330

- Pressepolitik 392 f., 425, 487 f.  
 Veröffentlichung der Kabinettsorder 28. 10. 1918 410, 469  
 Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 495, 509, 513, 542 ff., 549  
 Aufruf der Regierung 4. 11. 1918 504  
 — zur Außenpolitik  
 belg. Frage 22  
 Politik gegenüber Österreich 386, 390, 481  
 Ostpolitik 481  
 — gegen poln. Annexionsbestrebungen 294 ff.  
 — Politik gegenüber  
 Balt. Staaten 91, 102, 194 ff., 198  
 Rußland 397 f., 510, 541 f.  
 Tschechoslowakei 482  
 — zu Friedensfragen  
 Verhandlungen mit den USA 49 f., 71 ff., 92, 125, 141, 144 ff., 163, 166, 275 f., 290, 370 ff., 374 f., 377, 386 f., 513  
 els.-lothr. Frage 92, 109, 424, 468  
 Nordschleswig-Problem 315, 317  
 Zusammensetzung der Waffenstillstandsdelegation 465, 468 f., 567  
 — zu militärischen Fragen  
 Kriegslage und Kriegführung 161, 333, 340, 409, 511, 513, 540  
 U-Boot-Krieg 273 f., 280  
 Besoldung im Heer 319 f.  
 Räumung besetzter Gebiete 484  
 Einmarsch in Österreich 490, 493 f., 505 f.  
 — Urteile über  
 Fehrenbach 71  
 Hahn 389  
 Ludendorff 88  
 Solf 76  
 — Ablehnung der Konservativen 367  
**Eucken-Addenhausen, Georg von**, Bundesratsbevollm. für Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe 58, 108, 455, 458  
**Eulenburg, August Graf zu**, Minister des Kgl. Hauses, Mgl. des Preuß. Herrenhauses 429  
**Faber, Friedrich Robert Gustav**, Verleger der „Magdeburgischen Zeitung“ 343  
**Faber du Faur, Georg von**, Generalleutnant, stellv. württemb. Militärbevollm. in Berlin 348, 350, 418, 463  
**Faber du Faure, Alexander von**, Generalkonsul in Zürich 509  
**Falk, Adalbert von**, General der Infanterie 543  
**Falkenhausen, Friedrich Frhr. von**, Reichskommissar für Kurland und Litauen 5. 6. 1918 193 ff.  
**Falkenhayn, Erich von**, Heeresgruppen- und Armeebefehlshaber 180, 219  
**Fehling, Eduard**, Bundesratsbevollm. für Lübeck 190 f.  
**Fehrenbach, Constantin**, MdR (Zentr.) seit 1903, Präsident des Reichstags 8. 6. 1918 71 f., 297, 343  
 — Teilnahme an Sitzungen  
 des Interfrakt. Ausschusses 18. 10. 1918 263, 266, 269  
 24. 10. 1918 329 ff.  
 4. 11. 1918 497, 500 f.  
 5. 11. 1918 509, 515  
 7. 11. 1918 568  
 8. 11. 1918 589, 593  
 der Zentrumsfraktion 7. 11. 1918 605  
 8. 11. 1918 582, 605  
 — Unterredung mit Berg Ende Sept. 1918 605  
 — zu Verhandlungen mit Wilson 71 ff.  
 — Kandidat für das Amt des Reichskanzlers 4  
 — vorgeschlagen als Staatssekretär 18  
 — für Mitarbeit der Opposition 269 f.  
 — zur Geschäftsordnung des Reichstags 330 f.  
 — zur Abdankungs- und Regentschaftsfrage 500 f., 582, 593, 605  
 — zur Parlamentarisierung des Bundesrats 515  
 — Verhältnis zu Gröber 605  
**Feldt, Constanz**, Konteradmiral 585  
**Ferdinand I.**, König von Bulgarien (1887 bis 3. 10. 1918) 28, 109, 449  
**Filmwesen** 11  
**Fink, Mgl. des österr. Parlaments (Christl. Soziale Vereinigung)** 358  
**Finnland** 23, 116  
**Fischbeck, Otto**, MdR (FVP) 1895—1903, 1907—1918, preuß. Minister für Handel und Gewerbe 5. 10. 1918 71, 165, 524, 572  
 — Teilnahme an Sitzungen  
 des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3 f., 12 f., 19 ff., 32 f.  
 4. 10. 1918 70 ff., 75  
 12. 10. 1918 148, 160  
 13. 10. 1918 168 ff., 173, 177  
 17. 10. 1918 253 ff.  
 18. 10. 1918 263  
 24. 10. 1918 329 f.  
 5. 11. 1918 509, 517, 523 f.  
 7. 11. 1918 568 ff.  
 8. 11. 1918 589, 599 f., 606 ff., 610  
 der FVP-Fraktion 15. 10. 1918 201  
 — Teilnahme an Besprechungen  
 der FVP-Mgl. des Interfrakt. Ausschusses 13. 10. 1918 167  
 bei Payer 2. 10. 1918 44

- Unterredungen mit
    - Berg 1. 10. 1918 6, 12 f., 15
    - Max von Baden 1. 10. 1918 38
    - Payer, Gröber, Ebert 1. 10. 1918 33, 35
    - Payer, Haußmann, Pachnicke 2. 11. 1918 464 f.
  - erhält Schreiben von
    - Radowitz 3. 10. 1918 37
    - Stresemann 2. 10. 1918 40
    - 4. 10. 1918 69 f., 148
    - 20. 10. 1918 293 f.
  - Rede im Reichstag 25. 10. 1918 341
  - Vorsitz im Interfrakt. Ausschuß 24, 34, 330
  - Ernennung zum preuß. Handelsminister 5. 10. 1918 254
  - zur Innenpolitik
    - Nachfolge Hertlings 4, 13, 22, 29, 35, 38
    - Regierungsbildung 3, 21, 33
    - Kanzlerkrise 160, 167 ff., 173, 176 f.
    - Programm der Mehrheitsparteien 571
    - Regierungsumbildung 568, 570 f.
    - Ultimatum der SPD 523, 599
    - Wahlrechtsreform 599 ff.
  - zu Verfassungsfragen
    - Änderung der Reichsverfassung 254, 330, 366
    - Parlamentarisierung 599 f., 610
  - zu Verhandlungen mit Wilson 71, 73, 160
  - über Alldeutschen Verband 72
  - über USPD 72
- Flandern s. Belgien**
- Flensburg 314, 316, 585**
- Flotow, Ludwig Frhr. von, Sektionschef im Ministerium des Ausw. in Wien 567**
- Foch, Ferdinand, Marschall, Oberbefehlshaber der franz. Armee und der alliierten Truppen 240, 333, 368, 448, 525, 552, 555 ff., 608**
- Föderalismus 55 f., 382, 502; s. a. Partikularismus**
- Fortschrittliche Volkspartei (FVP) 392, 463, 465, 573**
- Reichstagsfraktion
    - Besprechung des Fraktionsvors. mit Berg 1. 10. 1918 6, 12 f., 15
    - Fraktionssitzungen 5. 10. 1918 70, 76
    - 15. 10. 1918 201 f.
    - 25. 10. 1918 337
    - 8. 11. 1918 608
    - Besprechung der Mgl. des Interfrakt. Ausschusses 13. 10. 1918 167
  - zu Verfassungsfragen
    - Verfassungsänderung 245, 306
    - Kaiserfrage 311, 332, 412, 450, 457, 461, 522, 608
  - zur Innenpolitik
    - Regierungsbildung
      - Forderung auf Reichs- und preuß. Ämter 19 f., 23 f., 34 ff., 51, 110, 124
      - Beteiligung an preuß. Ämtern 20, 52
      - Kanzlerkrise 168 f.
      - Reichstagswahlrecht 602, 609
    - in Preußen 89, 522
    - in Württemberg 616
- Fortschrittlicher Volksverein, Ortsgruppe Nürnberg 501**
- Frankenstein, Moritz Frhr. von und zu, MdR (Zentr.) 1915—1918 44**
- Frankfurt a. M. 75, 616**
- Frankfurter Zeitung 258, 392, 471, 578**
- Frankreich 248, 482**
- innere Lage 368, 584
    - Verfassung 262
    - Deputiertenkammer 297
    - Presse 172
  - Kriegführung und Streitkräfte 529
    - Flotte 616
    - Luftwaffe 511
    - Armee
      - Stärke 234 f., 401, 404, 529
      - Kampfkraft 404, 481 f., 511, 531
      - Besoldung 319
  - Verwüstung beim deutschen Rückzug 206 ff., 383; s. a. Weltkrieg
  - Friedensbereitschaft und Kriegsziele 189, 238 f., 243, 368, 404, 448, 501, 514, 521
  - Völkerbundspläne 37
    - zu Verhandlungen mit Wilson 67, 221, 236, 251, 274, 283
    - für Abdankung Wilhelms II. 358, 594
- Frantz, Major, A.O.K. VIII 199**
- Franz IV., Großherzog von Mecklenburg (1897—1918) 451, 456, 459**
- Freiheit der Meere 558, 567**
- Freikonservative Partei, preuß. Fraktion 74, 266**
- Freisinnige Volkspartei s. Fortschrittliche Volkspartei**
- Freund, Friedrich, Min.Dir. im preuß. Innenministerium 452 ff.**
- Friedberg, Robert, Mgl. des Preuß. Abgh. 1894—1918, seit 1917 Vors. der Nat.Lib. und Vizepräsident des Preuß. Staatsministeriums 86, 110, 125, 134, 159, 219, 230, 294, 311, 323, 346 f., 369, 397, 410, 425, 445, 570, 607 f.**

- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87, 92
  - 14. 10. 1918 184 ff.
  - 17. 10. 1918 217, 219
  - 19. 10. 1918 269, 273 f.
  - 20. 10. 1918 288 ff.
  - 21. 10. 1918 294, 296
  - 23. 10. 1918 307 f., 311 f., 316 ff.
  - 24. 10. 1918 320, 323, 332, 340
  - 25. 10. 1918 342, 346 f.
  - 26. 10. 1918 365, 369, 371
  - 27. 10. 1918 384, 388 f., 391, 393
  - 28. 10. 1918 397, 399, 402, 409 f.
  - 30. 10. 1918 423 ff.
  - 31. 10. 1918 437, 444 f.
  - 1. 11. 1918 452
  - 3. 11. 1918 477, 483
  - 7. 11. 1918 574 f.
  - 8. 11. 1918 611
- Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65, 68
  - 7. 10. 1918 99 ff., 104
  - 11. 10. 1918 137 f., 142
  - 12. 10. 1918 144, 146
  - 17. 10. 1918 221, 230, 242 ff.
  - 18. 10. 1918 261, 263
  - 28. 10. 1918 412, 416
  - 5. 11. 1918 526, 540 f.
- Interfrakt. Ausschusses 12. 10. 1918 148, 159 ff., 165
  - 18. 10. 1918 261, 263
  - 8. 11. 1918 589 ff., 600, 602
- preuß. Staatsmin. 8. 11. 1918 589, 610
- Bundesratsausschusses für ausw. Angelegenheiten 20. 10. 1918 219
- Teilnahme an Besprechungen beim Reichskanzler 9. 10. 1918 115, 121
  - 31. 10. 1918 437
- über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918 147
- der Mehrheitsparteien des Preuß. Abgh. mit der Fraktion des Herrenhauses 6. 10. 1918 89
- der Mehrheitsparteien des Reichstags mit Mgl. des Preuß. Abgh. 7. 11. 1918 573
- empfängt Schreiben von Stresemann 14. 10. 1918 176
  - 26. 10. 1918 382 ff.
  - 2. 11. 1918 477
- der nat.lib. Reichstagsfraktion 9. 11. 1918 604
- Kandidat für das Amt des Staatssekretärs 70
- Kandidat für die Waffenstillstandskommission 551
- zu Verfassungsfragen
  - Änderung der Reichsverfassung 244
  - Parlamentarisierung der preuß. Staatsregierung 590 f., 600
  - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 399, 444 f., 448
- zur Innenpolitik
  - Politik in den poln. Gebietsteilen Preußens 90, 187 f.
  - Stellungnahme im Konflikt Reichsleitung—OHL 296
  - Pressepolitik 393, 411
  - Wahlrechtsreform in Preußen 100, 575, 589 f.
  - in den Bundesstaaten 590, 592, 596, 600, 602
- zu Friedensfragen
  - Verhandlungen mit Wilson 142 f., 146, 230, 243, 247, 274, 290, 340, 388 f.
  - poln. Frage 185 f., 391, 540
  - Nordschleswig-Problem 308, 316 f.
  - els.-lothr. Frage 318, 424
- zu milit. Fragen
  - Kriegslage, Kriegführung 402, 409, 503
  - Rekrutierungsfragen 92
  - Räumung besetzter Gebiete 243, 391, 483, 540
  - U-Boot-Krieg 278, 296
- Friedegg**, Wiener Zeitungskorrespondent in Berlin 313
- Friedensfrage** 183, 383
- allgemeiner Friede
  - Anbahnung durch neutrale Vermittlung 66
  - Gewaltfrieden 370 ff., 398, 448
  - Verständigungs-, Rechtsfrieden 54, 371 f., 374, 376 f., 387, 448, 457, 507, 513
  - und Integrität des Reichsgebiets 45, 434, 454 f.; s. a. Elsaß-Lothringen; Preußen, polnische Gebietsteile
  - Erschwerung durch deutsche Ostpolitik 84
  - Friedenskonferenz 314 f., 398, 419
  - vermutliche Friedensbedingungen 438, 446, 501, 514
- s. a. Belgien; Bulgarien; Entente; Frankreich; Friedensresolution; Großbritannien; Vereinigte Staaten von Amerika; Waffenstillstand; Wilson
- Friedensresolution** 19. 7. 1917 26 f., 84, 136, 171, 176
- Friedmann**, österr. Parlamentarier (Deutsch-freiheitl. Wiener Vereinigung) 358
- Friedrich II.**, d. Gr., König von Preußen (1740—1786) 286, 461
- „Friedrich der Große“, Kreuzer 470
- Friedrich II.**, Großherzog von Baden (1907 bis 1918) 51, 431, 451
- Friedrich August III.**, König von Sachsen (1904—1918) 441, 459, 520
- Friedrich August**, Großherzog von Oldenburg (1900—1918) 614

- Friedrich Karl**, Prinz von Hessen, Schwager Wilhelms II., 9. 10. 1918 zum finn. König gewählt 385, 438, 440, 450, 458
- Friedrich Leopold**, Prinz von Preußen (geb. 1865) 421
- Friedrich Wilhelm**, Prinz von Preußen (geb. 1880) 421
- Friedrich Wilhelm IV.**, König von Preußen (1840—1861) 445
- Fröhlich**, Oberst der Berliner Polizei 626
- Fürstenberg-Stammheim**, Franz Egon Graf von, Generalkonsul in Budapest 487, 510
- Galen**, Friedrich Graf von, MdR (Zentr.) 1907—1918 124 ff.
- Galizien** 185, 340, 511
- Gallwitz**, Max von, General, Heeresgruppenbefehlshaber 36, 228, 365, 397 f., 400 ff., 411
- Gamp-Massaunen**, Karl Frhr. von, MdR (Reichspartei) 1884—1918, Mgl. des Preuß. Abgh. (Freikons.) 1893—1918 44, 74
- Gayl**, Egon Frhr. von, Kommand. General des VII. Armeekorps 272
- Gebattel**, Friedrich Frhr. von, Generalkonsul in Prag 510
- Gefangenenfürsorge** 83
- Generalkommandos**, kommand. Generale  
 Telegramm von OHL an 369  
 Befragen über milit. Lage 119, 124, 142, 161, 209, 218, 332 f., 339 ff., 360, 368 f., 383  
 Unterrichtung über Antwort an Wilson 144, 147;  
 s. a. Oberbefehlshaber in den Marken  
 — zivile Befugnisse 89, 100, 102, 329, 392;  
 s. a. Belagerungszustand  
 — Handhabung der Zensur 321, 416; s. a. Zensur  
 — Verbot des Drucks von Reichstagsreden 320 f.  
 — Beseitigung polit. Beeinflussung 84
- Generalstab**  
 — Unterstellung unter Kriegsministerium 255, 349, 366  
 — Verhältnis zu Ludendorff 296  
 — Kritik Wilhelms II. an 363  
 — empfängt Schreiben Oppens 31. 10. 1918 414  
 s. a. Oberste Heeresleitung
- Gesamtkabinetts** s. Reichsleitung
- Gewerbeordnung** 8
- Gewerkschaften**, Freie  
 — Verhandlungen der Generalkommission mit Groener 6. 11. 1918 559 ff.  
 — Zulassung von Gewerkschaftsversammlungen 433, 453  
 — Haltung zur Abdankungsfrage 449  
 — gegenüber revolutionären Bewegungen 492, 537, 542  
 — zur Besetzung des Demobilisierungsamts 569, 586 f.
- Giesberts**, Johannes, Arbeitersekretär in M.-Gladbach, MdR (Zentr.) seit 1905, Mgl. des Preuß. Abgh. seit 1906 51, 124
- Göppert**, Heinrich, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt 8, 12, 26, 221, 232 f., 324, 487 f., 526
- Goßler**, Alfred von, Mgl. des Preuß. Abgh. (Kons.) 1908—1918, MdR 1915—1918, Chef der Militärverwaltung in Kurland 199
- Gothein**, Georg, MdR (FVP) 1901—1918 72, 303, 499, 502, 510, 515, 572, 586  
 — Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 6, 8 ff., 19, 29, 31  
 4. 10. 1918 70, 72 ff.  
 17. 10. 1918 253 ff.  
 18. 10. 1918 263, 267  
 21. 10. 1918 303  
 24. 10. 1918 329 ff.  
 4. 11. 1918 497, 499, 502  
 5. 11. 1918 509 f., 514 f.  
 7. 11. 1918 568, 570, 572  
 8. 11. 1918 589, 592, 595 f., 598, 601 ff., 606  
 der FVP-Fraktion 25. 10. 1918 337  
 der FVP-Mgl. des Interfrakt. Ausschusses 13. 10. 1918 167  
 — Artikel für „Berliner Tageblatt“ 256, 356  
 — Kandidat für das Amt des preuß. Handelsminister 18  
 — zu Verfassungsfragen  
 Änderung der Reichsverfassung 255 f., 331, 502  
 Abdankungs- und Regentschaftsfrage 337, 502, 514, 595, 599, 602 f.  
 — zur Innenpolitik  
 Regierungsbildung 6, 8 ff., 31  
 Kanzlerkrise 167  
 Handhabung des Versammlungsrechts 304  
 Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags 330  
 Regierungsumbildung 570  
 Wahlrechtsreform 572, 592, 595 f., 602, 610  
 Ultimatum der SPD 595, 601 f.  
 — zu Verhandlungen mit Wilson 73 f., 502, 514  
 — zur Kriegslage und Kriegführung 255, 267

**Graefe**, Albrecht von, Rittergutsbesitzer, Mgl. des Mecklenb. Landtags 1899—1918, MdR (Kons.) seit 1912 367, 378

**Grodno** 196 f.

**Gröber**, Adolf, MdR (Zentr.) seit 1887, Mgl. des Württemb. Landtags seit 1889, Vors. der Zentrumsfraktion des Reichstags, Staatssekretär ohne Portefeuille 4. 10. 1918 9, 86, 108, 124, 181, 256, 258, 304, 321, 323, 346, 398, 455, 464, 483, 553, 586

— Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 6, 9 ff., 16, 19, 21, 24, 29, 35 f.  
2. 10. 1918 38  
4. 10. 1918 70 ff., 75  
11. 10. 1918 136  
12. 10. 1918 148, 151 ff., 166  
13. 10. 1918 174  
18. 10. 1918 263 f., 267, 269  
24. 10. 1918 329, 331  
4. 11. 1918 497 ff.  
5. 11. 1918 509, 518 f., 524  
8. 11. 1918 589, 599, 603

Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87 f., 90, 92

7. 10. 1918 95 ff.

8. 10. 1918 109 f.

10. 10. 1918 130

11. 10. 1918 134

14. 10. 1918 182, 184, 187 f.

15. 10. 1918 193, 196

16. 10. 1918 205, 208, 212, 215

17. 10. 1918 217, 219

18. 10. 1918 257 ff.

19. 10. 1918 269 f., 273, 276

20. 10. 1918 288, 291

21. 10. 1918 294 ff., 304 f.

23. 10. 1918 307 f., 310, 312, 316 f., 320

24. 10. 1918 332, 335, 337, 342, 346

26. 10. 1918 365 f., 375

27. 10. 1918 384, 386, 392

28. 10. 1918 397 ff., 403, 407, 410

30. 10. 1918 423 ff.

31. 10. 1918 437, 441, 443 f.

1. 11. 1918 452 f., 455

3. 11. 1918 477, 483

4. 11. 1918 487, 496

6. 11. 1918 550 f.

7. 11. 1918 574

8. 11. 1918 583 f., 586, 611

Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65 f.

7. 10. 1918 99

11. 10. 1918 137 f., 142

12. 10. 1918 144

17. 10. 1918 221, 228, 242, 244, 247

18. 10. 1918 261 f.

28. 10. 1918 412, 416

2. 11. 1918 469

4. 11. 1918 504

5. 11. 1918 526, 541, 543

6. 11. 1918 563

— Teilnahme an Besprechungen über Presse- und Nachrichtenwesen 11. 10. 1918 134

über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918 147

über Kommandogewalt 25. 10. 1918 348, 351 beim Reichskanzler 9. 10. 1918 115

bei Payer 1. 10. 1918 33, 35

2. 10. 1918 44

— Teilnahme an Sitzungen der Zentrumsfraktion 2. 10. 1918 43

3. 10. 1918 60 f. (Vorstand)

8. 11. 1918 582, 605

des Hauptausschusses 24. 9. 1918 9

der Parteiführer mit Berg 1. 10. 1918 6, 12 f., 36

Pressevortrag beim Reichskanzler 8. 10. 1918 104

— Unterredungen mit

Drews, Scheüch 28. 10. 1918 377

Hintze 4. 11. 1918 518

Max von Baden 149

Payer, Ebert, Erzberger, Haußmann,

Scheidemann 12. 10. 1918 165

— Memorandum 10. 10. 1918 132 f.

— Ernennung zum Staatssekretär 52, 60, 125

— Stellvertreter des Reichskanzlers 133, 322, 621

— zu Verfassungsfragen

Änderung der Reichsverfassung 110, 259 ff., 305, 331, 335, 337, 351, 366 f.

Abdankungs- und Regentschaftsfrage 98 f., 428 f., 441, 443 f., 518 ff., 524, 550, 599, 603, 605

— zur Innenpolitik

über Nachfolge Hertlings 21, 35 f., 38

Regierungsbildung 10, 16, 21, 24, 36, 97

— gegen Eintritt der SPD 44

— für Erweiterung durch Rechtsparteien 43, 134

— zum Programm der Reichstagsmehrheit 21, 43

Amnestie polit. Häftlinge 88, 95 f., 130, 208, 543

Politik in den poln. Gebietsteilen Preußens 90, 187 f., 208, 297

Kanzlerkrise 150 ff., 165, 174

Stellungnahme im Konflikt Reichsleitung—OHL 291, 296

Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags 331

Pressepolitik 10 f., 426, 583 f.

Zensur-, Vereins- und Versammlungsrecht 392, 416, 452 f., 574

zur Kabinettsorder 28. 10. 1918 410, 469

Aufruf der Regierung 4. 11. 1918 499 gegen revolutionäre Bewegungen 496, 499, 543, 563

- zu Außenpolitik und Friedensfragen  
Politik gegenüber den Balt. Staaten 196, 200  
— Österreich 386  
Verhandlungen mit Wilson 50, 71, 73, 75, 212, 244, 247, 258, 273, 276, 375, 386, 406 f.  
els.-lothr. Frage 92, 109, 142, 308, 424  
Abtretung poln. Gebietsteile 142  
Nordschleswig-Problem 308, 317
- zu milit. Fragen  
Kriegslage, Kriegführung 208, 518  
U-Boot-Krieg 244, 247, 296  
Besserstellung der Mannschaftsgrade 288, 310, 320
- Urteile über  
Dittmann 130  
Liebknecht 96
- Groener, Wilhelm, General, Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Kiew, 1. Generalquartiermeister** 26. 10. 1918 462, 491, 505, 511, 513, 528
- Teilnahme an Sitzungen des  
Kriegskabinetts 6. 11. 1918 547, 552  
Gesamtkabinetts 5. 11. 1918 526 ff., 538 ff.
- Besprechung mit Vertretern der SPD und der Gewerkschaften 6. 11. 1918 559 ff.
- Unterredungen mit  
Bauer 344  
Drews 1. 11. 1918 462 f.  
Hindenburg, Plessen 8. 11. 1918 619  
Max von Baden, Solf 6. 11. 1918 550 ff.
- Telephonate mit  
Haeften 4. 11. 1918 489  
8. 11. 1918 618 f.  
Max von Baden 4. 11. 1918 489  
Payer 9. 11. 1918 616
- Schreiben an Haußmann 10. 11. 1920 551, 553
- empfängt Schreiben von  
Haußmann Nov. 1920 466  
der Reichskanzlei 25. 7. 1919 526
- Kandidat für das Amt des preuß. Kriegsministers 18
- Ernennung zum Generalquartiermeister 363, 431
- zu Innenpolitik und Verfassungsfragen  
Zensurmaßnahmen 463  
Abdankungs- und Regentschaftsfrage 525, 531 f., 551, 559 f., 561, 619  
für Zusammenarbeit mit Regierung 527  
gegen Bolschewismus 527 f., 532 f.  
Aufruf der Regierung 4. 11. 1918 534
- zu Friedensfragen  
Verhandlungen mit Wilson 525, 558  
über Friedensziele der Entente 527, 532  
Waffenstillstandsverhandlungen 536, 551 ff.
- zu militärischen Fragen  
Kriegslage 1. 11. 1918 463  
5. 11. 1918 525 f.  
6. 11. 1918 552, 557 f.  
Moral der Truppen 528, 531 f., 534 f.  
Räumung besetzter Gebiete 528 ff., 535, 538 ff.  
Verteidigung deutschen Gebiets 528 f., 541
- Großbritannien** 116, 146, 170, 189, 234, 237, 277, 314, 489
- innere Lage  
Parlament(arismus) 110, 502, 514  
Wahlrechtsreform 594  
Presse 110, 170
- und Bolschewismus 550, 584 f.
- Außenpolitik  
Friedensbemühungen Sept. 1917 180  
deutsch-brit. Kontakte 1918 249  
Rußlandpolitik 116
- Kriegführung und Streitkräfte  
Flotte 234  
— Blockade gegen Deutschland 247, 287  
— angebliche Unruhen 607 f., 616  
Armee  
— Stärke 234 f., 401, 404, 530  
Salonikiarmee 402, 408 f.  
— Kampfkraft 227, 265, 401, 404  
milit. Operationen an der Westfront 529; s. a. Weltkrieg
- Friedensbereitschaft und Kriegsziele 37, 66, 239, 243, 250, 368, 384, 404, 448, 501  
zu Verhandlungen mit Wilson 66 f., 221, 248, 250 f., 274, 406  
für Abdankung Wilhelms II. 358, 446, 594
- Grünau, Werner Frhr. von, Leg.Rat, Vertr. des Ausw. Amtes im Gr. Hauptquartier** 20, 431, 551, 596, 620
- Gündell, Erich von, Generalmajor** 120, 242, 291, 409
- Gugelmeier, Erwin, Oberbürgermeister von Lörrach, MdR (Nat.Lib.)** 1917—1918 569
- Haager Konvention** 22, 262, 506
- Haas, Ludwig, Rechtsanwalt in Karlsruhe, MdR (FVP)** 1912—1918 167
- Haase, Hugo, Rechtsanwalt in Berlin, MdR (SPD/USPD)** 1897—1906, 1912—1918 44, 72, 89, 93, 131, 263, 266, 512, 537 f., 588, 613
- Haeften, Hans von, Oberst, Vertreter der OHL beim Reichskanzler** 87 f., 163, 188, 205 f., 215, 253, 261, 272, 284, 289, 291 ff., 295 f., 332 f., 344, 361, 460, 468 f., 476, 491, 493 f., 497, 505 f., 595
- Teilnahme an Sitzungen des  
Kriegskabinetts 15. 10. 1918 194  
16. 10. 1918 205  
19. 10. 1918 269  
25. 10. 1918 342, 344  
3. 11. 1918 477  
4. 11. 1918 487

- Gesamtkabinetts 11. 10. 1918 137 ff., 143  
 12. 10. 1918 144 ff.  
 17. 10. 1918 242 f., 247 f.  
 4. 11. 1918 504  
 5. 11. 1918 526
- Vortrag bei Ludendorff 17. 10. 1918 247
- Teilnahme an Besprechungen  
 im Ausw. Amt 24. 10. 1918 327 f., 343  
 bei Groener 6. 11. 1918 559 ff.  
 bei Max von Baden 5. 10. 1918 81  
 9. 10. 1918 115  
 26. 10. 1918 364 f.  
 bei Payer 4. 10. 1918 78, 80  
 über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918  
 147
- Unterredungen mit  
 Berg 1. 10. 1918 12  
 Ebert 13. 10. 1918 178  
 Hahn 25. 10. 1918 360 f.  
 Haußmann 30. 9. 1918 12  
 Hindenburg 26. 10. 1918 364  
 Max von Baden 1. 10. 1918 28  
 20. 10. 1918 282, 284  
 24. 10. 1918 326  
 5. 11. 1918 508 f.  
 Payer 2. 11. 1918 475  
 Scheüch 4. 11. 1918 495 f.  
 Stauß 30. 10. 1918 431
- Telephonate mit  
 Bartenwerffer 11. 10. 1918 143  
 20. 10. 1918 282 f.  
 Groener 489  
 8. 11. 1918 618 f.  
 Hindenburg 11./12. 10. 1918 145  
 28. 10. 1918 429  
 Ludendorff 12. 10. 1918 147  
 19. 10. 1918 275  
 21. 10. 1918 298  
 24. 10. 1918 325 ff.  
 Max von Baden 1. 10. 1918 20  
 Payer 5. 11. 1918 525
- Schreiben an Max von Baden 22. 9. 1921 552
- empfängt Schreiben von Westarp 7. 10. 1918  
 93 f.
- zu Innenpolitik und Verfassungsfragen  
 Entstehung der Reichstagsrede des Reichs-  
 kanzlers 5. 10. 1918 77 ff.  
 Abdankungsfrage 326, 525  
 Stellungnahme im Konflikt Reichsleitung—  
 OHL 298 f., 326, 328, 332, 360 f., 365  
 will Führung der Reichskanzlergeschäfte  
 durch Payer 476  
 über revolutionäre Bewegungen und ihre  
 Bekämpfung 496, 508, 562, 618  
 Ultimatum der SPD 562
- zu Friedensverhandlungen mit Wilson 143,  
 145 f., 210, 243, 247 f., 296, 326, 338, 361,  
 388
- zu militärischen Fragen  
 Kriegslage 209 f., 218, 275  
 Räumung besetzter Gebiete 138, 140, 468 f.
- Urteile über  
 Hahn 78  
 Ludendorff 53
- Hahn, Kurt**, Vertrauter Max' von Baden, Mit-  
 arbeiter in der Reichskanzlei 18, 65, 77, 388,  
 475, 579, 619
- Teilnahme an Besprechung beim Reichs-  
 kanzler 9. 11. 1918 614
- Unterredungen mit  
 Brockdorff-Rantzau 427  
 Haeften 25. 10. 1918 360 f.  
 Lithgow 427  
 Solf, Erzberger, Haußmann 11. 10. 1918 164
- Aufzeichnung 21. 10. 1918 298
- Schreiben an Reichskanzler 30. 10. 1918  
 427 f.
- empfängt Schreiben von Haußmann 16. 9.  
 1921 466, 468
- zu Innenpolitik und Verfassungsfragen  
 Entwurf zur Reichstagsrede des Reichs-  
 kanzlers 5. 10. 1918 77 f., 80 f.  
 Konflikt mit Haeften und Solf 4./5. 10. 1918  
 78 f.  
 für Rücktritt Ludendorffs 299  
 Abdankungsfrage 427
- Friedensverhandlungen mit Wilson 388 f.  
 Entwurf der 2. deutschen Antwortnote 273,  
 276
- Reise nach Kopenhagen 28. 10. 1918 427
- Verhältnis zu  
 Max von Baden 389, 570  
 Roedern 276
- im Urteil  
 Payers 77  
 Scheidemanns 77, 170, 570
- Halem, Gustav Adolf** von, Landrat in Schwetz  
 (Weichsel), MdR (Reichspartei) 1912—1918,  
 Mgl. des Preuß. Abgh. (Freikons.) 1914  
 bis 1918 271
- Haller de Hallenburg, Joseph**, poln. General 186
- Hamburg** 88
- Unruhen 512, 524, 554, 560, 562 f., 565, 568,  
 578, 583, 591, 623 f.
- Hammerschmidt, Karl**, Mgl. des Bayer. Land-  
 tags (Lib.) 1899—1918 478 f.
- Handelsflotte, deutsche**  
 — geplantes Staatssekretariat 18
- Haniel von Haimhausen, Edgar** Karl Alfons,  
 Votr. Rat im Ausw. Amt 49, 65 f., 68
- Hannover** 319
- Forderung nach Wiederherstellung des  
 Königreichs 125, 180, 478
- Unruhen 554, 560, 572, 576, 578, 581, 583,  
 624

- Hannoverscher Kurier** 359
- Hansestädte** 108
- Hanssen, Hans Peter**, Redakteur und Geschäftsführer in Apenrade, MdR (Däne) 1906—1918 308, 312 ff.
- Harbou, Bodo von**, Major im Generalstab 526
- Harbou, Karl von**, Generalleutnant, Militärgouverneur von Litauen 91
- Harden, Maximilian**, Redakteur der Wochenschrift „Die Zukunft“ 298, 400
- Harnack, Adolf von**, evang. Theologe 18
- Hatzfeldt, Hermann Fürst von**, Herzog zu Trachenberg, Mgl. des Preuß. Herrenhauses 18
- Hatzfeldt, Hermann Graf von**, Botschaftsrat 184, 194 f., 198 ff., 526
- Hauptausschuß** 71  
Sitzungen 24. 9. 1918 9, 59 f., 200  
— 30. 9. 1918 256  
— 1. 10. 1918 21
- Hauß, Karl**, Druckereibesitzer in Straßburg, MdR (Els.-lothr. Zentr.) 1898—1903, 1907 bis 1911, 1912—1918, Mgl. der 2. Kammer des Els.-lothr. Landtags 178, 213  
— Stellungnahme zur els.-lothr. Frage 58 f., 91 f.
- Haußmann, Conrad**, Mgl. des Württemb. Landtags seit 1889, MdR (FVP) seit 1890, Staatssekretär ohne Portefeuille 14. 10. 1918 15, 76 f., 242, 258, 265, 268, 311, 330, 333, 437, 465, 470, 492, 555, 617, 630, 633  
— Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 6 ff., 11, 14 f., 19, 29 f.  
2. 10. 1918 39 f.  
12. 10. 1918 148, 157 f., 166 f.  
13. 10. 1918 171, 175  
18. 10. 1918 263, 265, 268  
21. 10. 1918 303  
24. 10. 1918 329  
5. 11. 1918 511 f.  
7. 11. 1918 568  
8. 11. 1918 589, 600, 602  
9. 11. 1918 629  
Kriegskabinetts 16. 10. 1918 205, 210 f., 214  
17. 10. 1918 217, 219  
18. 10. 1918 257 ff.  
19. 10. 1918 269 f., 272 ff.  
20. 10. 1918 288  
21. 10. 1918 294, 296 f., 304 f.  
23. 10. 1918 307 f., 310 ff., 317, 319  
24. 10. 1918 320 ff., 324, 331 ff., 336 f.  
25. 10. 1918 342, 345, 347  
26. 10. 1918 365, 369, 371 ff.  
27. 10. 1918 384, 386, 388, 390 ff.  
28. 10. 1918 397, 399, 405, 410  
30. 10. 1918 423, 425  
31. 10. 1918 437, 443, 447  
1. 11. 1918 452  
3. 11. 1918 477, 480 ff.  
4. 11. 1918 487, 490, 492, 494, 496  
6. 11. 1918 549 f., 554 f., 563 f.  
7. 11. 1918 574, 579, 581  
8. 11. 1918 583 ff., 611 f.  
Gesamtkabinetts 17. 10. 1918 221, 229, 242, 246 f., 252 f.  
18. 10. 1918 261 ff.  
28. 10. 1918 412  
2. 11. 1918 467 ff.  
5. 11. 1918 526, 535 ff., 540 ff.
- Teilnahme an  
Fraktionssitzungen der FVP 5. 10. 1918 76  
15. 10. 1918 202  
25. 10. 1918 337  
der Seniorenkonferenz 5. 10. 1918 76  
der Pressekonferenz 16. 10. 1918 205, 210  
Besprechung mit Kieler Matrosenvertretern 7. 11. 1918 585  
Besprechung bei Payer 12. 10. 1918 165  
9. 11. 1918 616
- Unterredungen mit  
Haeften 1. 10. 1918 12  
Max von Baden 24. 10. 1918 332  
Payer, Fischbeck, Pachnicke 2. 11. 1918 464 f.  
Solf, Erzberger, Hahn 11. 10. 1918 164
- Schreiben an  
Albert 26. 6. 1919 536, 547  
Brecht 16. 9. 1921 466  
Groener Nov. 1920 466  
Hahn 16. 9. 1921 466, 468  
Max von Baden 7. 10. 1918 101  
12. 10. 1918 164  
seine Tochter 2. 11. 1918 465 f.  
seinen Sohn Wolfgang 15. 10. 1918 201  
einen Unbekannten 2. 10. 1918 40 f.
- empfängt Schreiben von Anschütz 18. 11. 1917 47  
Brecht 21. 9. 1921 466  
Groener 10. 11. 1920 551, 553  
Max von Baden 31. 10. 1920 551, 553
- Telegramme an  
Bethmann Hollweg 14. 10. 1918 201  
Liesching 477  
Max von Baden 5. 11. 1918 535 f.
- Aufzeichnungen 9. 11. 1918 616 f., 631 ff.
- vorgeschlagen als Unterstaatssekretär 18, 125
- Ernennung zum Staatssekretär 18, 194, 201, 631
- Vertreter der Regierung in Kiel 496 ff., 511 f., 535 ff., 542, 544, 566

- Kandidat für die Waffenstillstandskommission 465 f., 468 f., 551
  - zu Verfassungsfragen
    - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 167, 211, 332, 337, 399, 443, 447, 616, 633
    - Änderung der Reichsverfassung 260
    - Einberufung einer Nationalversammlung 617
  - zur Innenpolitik
    - Regierungsbildung 3, 6 ff., 11 f., 29 f., 39 ff.
    - Wahlrechtsreform 14, 573, 600
    - Kanzlerkrise 157 f., 165 ff., 202, 210
    - Pressepolitik 272, 393, 425
    - Stellungnahme im Konflikt Reichsleitung—OHL 289, 296
    - Amnestie für polit. Gefangene 305, 543, 586
    - Ansprache des Kaisers 21. 10. 1918 304
    - Geschäftsordnung des Reichstags 331
    - für Veröffentlichung der Kabinettsorder 28. 10. 1918 410
    - Aufruf der Regierung 4. 11. 1918 490, 496, 498
    - Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 537 f., 543 f., 549 f., 554, 562 ff.
    - Kritik am Ultimatum der SPD 579, 581, 596, 602
    - Regierungsumbildung 584, 587, 612, 616
    - Rücktrittsgesuch Max' von Baden 596, 606
    - Nachfolge Max' von Baden 581
    - Kritik am Ausw. Amt 631, 633
  - zu Friedensfragen
    - Verhandlungen mit Wilson 115, 164, 210 f., 229, 246, 252 f., 258, 274, 336 f., 347, 371 f., 374 ff., 386, 388
    - els.-lothr. Frage 101, 214, 294, 308, 311, 423 f., 468
    - Nordschleswig-Problem 308, 317
    - Zusammensetzung der Waffenstillstandskommission 469
  - zur Außenpolitik
    - Österreich 390 f.
    - Polen 297
  - zu militärischen Fragen
    - Kriegslage 274, 405
    - verfaßt Verbalnote des Reichskanzlers an Hindenburg 3. 10. 1918 65
    - über Abdankung Ludendorffs und Hindenburgs 219, 337, 632 f.
    - Räumung besetzter Gebiete 273, 483
    - U-Boot-Krieg 274
    - für Besserstellung der Mannschaftsgrade 310 f., 319
    - Einmarsch in Österreich 490
    - Kritik an OHL 631 f.
  - Urteile über
    - Heye 265
    - Max von Baden 167, 265
    - Simons 311
- Havas**, Agence 101, 136
- Heckscher**, Siegfried, Mgl. des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, MdR (FVP) 1907—1918 201 f., 337
- Heer**, deutsches
- Verwaltung 335
  - Oberbefehl s. Kaiser
  - Eidesformel 306, 350, 366, 441 f., 520
  - Ernennung von Festungskommandanten 381
  - Sold 318 ff., 331
  - Verpflegungsfrage 319 f., 502 f., 531 f.
  - Urlaub 401
  - Rekrutierung
    - Zusammenstellung der Kontingente durch die Kriegsminister 306 f., 337, 349, 354
    - Mangel an Soldaten, Aushebung neuer Truppen 117 f., 122, 142, 179, 208 f., 217, 223, 225 ff., 250 f., 264 f., 267, 286, 401 f., 404, 406, 408, 521, 528 ff., 532 f., 598; s. a. Levée en masse; Wirtschaft
  - Kritik der Presse 531 f., 534
  - Verbreitung von Nachrichten durch Urtauber 401, 531
  - Haltung zur neuen Regierung 402, 523, 533 f.
  - Wirkung des Waffenstillstandsangebots 401 f., 531
  - und Abdankungsfrage 442, 444, 462, 517 ff., 524, 598, 615
  - Unzuverlässigkeit beim Einsatz gegen Revolutionäre 512, 524, 536, 597 f., 602 f., 615, 619, 626 f.
  - bolschewistische Einflüsse 527 f., 531
  - Ehre der Armee 338, 340
  - Heeresbefehl 24. 10. 1918 327 f., 362 f., 369 s. a. Kriegsminister; Militärbehörden; Oberste Heeresleitung; Preußen, Kriegsminister
- Heilbron**, Friedrich, Votr. Rat im Ausw. Amt 304, 342 f., 384, 487, 614
- Heine**, Wolfgang, Rechtsanwalt in Berlin, MdR (SPD) seit 1898 328 f.
- Heinrich**, Prinz von Preußen (geb. 1862), Bruder Wilhelms II. 421, 547, 554, 566
- Heinrichs**, Adolf, Unterstaatssekretär im preuß. Staatsministerium 28, 44 f., 65 f., 184, 188, 312, 318
- Heinze**, Rudolf, sächs. Staatsminister 13. 6. bis 26. 10. 1918 542
- Held**, Heinrich, seit 1907 Mgl. des Bayer. Landtags (Zentr.), Vors. der Zentrumsfraktion und des Landesverbandes 466 f., 477 ff.

- Helfferrich**, Karl, preuß. Staatsminister 1915 bis 1917, Staatssekretär des Innern und Vizekanzler 1916—9. 11. 1917 385
- Helgoland** 430, 498
- Hellingrath**, Philipp von, bayer. Kriegsminister 10. 11. 1917—8. 11. 1918 55, 60, 507
- Helmolt**, Hans F., Historiker 328
- Henninger**, Eugen, Polizeidirektor in Berlin 627
- Hergt**, Oskar, preuß. Finanzminister 5. 8. 1917 bis 9. 11. 1918 182
- Hermelingk**, württemb. Instruktionsoffizier 321 f.
- Herold**, Carl, Mgl. des Preuß. Abgh. (Zentr.) seit 1889, MdR seit 1898 72, 524, 608, 629
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 5, 14, 19, 29  
4. 10. 1918 70, 72  
12. 10. 1918 148  
17. 10. 1918 253 f., 256  
18. 10. 1918 263  
24. 10. 1918 329  
4. 11. 1918 497, 502  
5. 11. 1918 509, 523 f.  
7. 11. 1918 568, 570 ff.  
8. 11. 1918 589, 594, 599 ff., 603, 606, 609 der Zentrumsfraktion 8. 11. 1918 582 von Vertretern der Reichstagsmehrheit und des Preuß. Abgh. 7. 11. 1918 573
- zu Verfassungsfragen Änderung der Reichsverfassung 254, 366, 609 f.  
Abdankungs- und Regentschaftsfrage 503, 523, 594 f., 599, 601, 603
- zur Innenpolitik Regierungsbildung und -umbildung 5, 570 Wahlrechtsreform 14, 571 f., 594, 599 f., 609 Austritt der SPD aus der Regierung 523, 593 f., 599, 601
- zu Verhandlungen mit der Entente 523
- Herron**, George, amerik. Professor, Vertrauensmann Wilsons 398, 412, 479
- Hertling**, Georg Graf von, MdR (Zentr.) 1875 bis 1890, 1896—1912, bayer. Min.Präs. 1912 bis 1917, Reichskanzler und preuß. Min.Präs. 1. 11. 1917—3. 10. 1918 30, 44 f., 157
- Unterredungen mit Lerchenfeld 2. 10. 1918 41 Ludendorff 13. 8. 1918 116
- Rede im Hauptausschuß 24. 9. 1918 59 f.
- Rücktritt, Ursachen und Vorgeschichte 28, 41
- Verhandlungen über Regierungsbildung 257
- zur Ostpolitik 194
- über Kriegslage 60
- Hessen**, Großherzogtum 478
- für Stellvertretergesetz 108
- zur Änderung der Reichsverfassung 190 f., 193
- Militärkonvention 419
- und Wahlrechtsreform 593, 595
- Heydebrand und der Lasa**, Ernst von, Mgl. des Preuß. Abgh. (Kons.) 1880—1918, MdR 1903—1918 94
- Heye**, Wilhelm, Oberst, Chef der Operationsabt. der OHL 265
- Teilnahme an Sitzung des Gesamtkabinetts 17. 10. 1918 221 f., 227, 231, 234 f., 242, 250, 252 Besprechung beim Reichskanzler 9. 10. 1918 115, 119, 139
- Telephonate mit Brinckmann 10. 10. 1918 120 Haefthen 5. 11. 1918 525
- zur milit. Lage 489 9. 10. 1918 119, 139, 161, 251 17. 10. 1918 222, 231, 234 f., 252
- Hilfsausschuß für feindliche Ausländer** 322
- Hindenburg**, Paul von, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabs des Feldheeres 139, 210, 296, 304, 339, 360, 368, 458, 495 f., 524
- Audienz bei Wilhelm II. 25. 10. 1918 333, 344, 360 f., 373
- Teilnahme am Kronrat 2. 10. 1918 42
- Unterredungen mit Brinckmann, Gündell 9. 10. 1918 120 Drews 1. 11. 1918 462 f. Groener, Plessen 8. 11. 1918 619 Haefthen, Oberst Bauer 26. 10. 1918 364 Max von Baden, Payer, Hintze, Roedern, Berg 2. 10. 1918 42, 45 Payer 25. 10. 1918 362, 366
- Telephonate mit Major v. d. Bussche 1. 10. 1918 139 Haefthen 11./12. 10. 1918 145 12. 10. 1918 147 20. 10. 1918 283, 290 28. 10. 1918 429 Reichskanzler 12. 10. 1918 127
- Antwort auf Verbalnote des Reichskanzlers 65
- Telegramme an Haefthen 14. 10. 1918 205 f. Reichskanzler 369, 377 Kommand. Generale 369, 377
- empfängt Telegramm des Reichskanzlers 26. 10. 1918 339

- Schreiben an Reichskanzler 3. 10. 1918 42  
14. 10. 1918 342 ff.
  - Berufung zum Chef des Generalstabs des Heeres 219
  - Kandidat für das Amt des Oberbefehlshabers 447
  - zu Innenpolitik und Verfassungsfragen  
Unterstützung der neuen Regierung 123  
Kanzlerkrise 178  
Änderung der Reichsverfassung 374  
Kaiserfrage 462, 531 f.  
Konflikte mit der Reichsleitung 291 f., 298, 362
    - Rücktrittsdrohungen 127, 218, 265, 287, 361, 363 f., 517, 531 f.
  - Heeresbefehl 24. 10. 1918 327, 368 f.
  - Reise nach Berlin 25. 10. 1918 333, 361
    - Erörterungen über seine Demission 219, 362, 382 f., 632
    - Verbleiben im Amt 364, 374 ff.  
veranlaßt Reise des Kaisers nach Spa 429, 525
  - zu Friedensfragen  
Abtreten von Elsaß-Lothringen 57, 59, 143  
— der poln. Gebietsteile Preußens 57, 59  
Verhandlungen mit Wilson 59, 66, 75, 139 ff., 143, 145, 147, 326 f., 332, 344, 368 f.
  - zu militärischen Fragen  
Kriegslage 3. 10. 1918 41, 44, 54, 59, 75, 226  
26. 10. 1918 368  
1. 11. 1918 462  
U-Boot-Krieg 275, 291  
Fortführung des Krieges 205 f., 368  
Verhältnis zu Ludendorff 220, 364
  - im Urteil  
des Kaisers 365  
der SPD 267, 288
- Hintze, Paul von, Staatssekretär des Ausw. Amtes 9. 7. 1918—3. 10. 1918 295, 431, 515**
- Teilnahme an Sitzung des Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65, 67 f.
  - Unterredungen mit  
Ebert 4. 11. 1918 511  
6. 11. 1918 511  
Gröber 4. 11. 1918 518  
Hindenburg, Max von Baden, Payer, Roedern, Berg 2. 10. 1918 42  
Payer, Max von Baden, Roedern, v. d. Busche 1. 10. 1918 33
  - Telephonate mit  
Max von Baden 9. 11. 1918 615, 618 f.  
Solf 31. 10. 1918 448
  - Telegramm an Grünau, Lersner 1. 10. 1918 20
  - Schreiben an Radowitz 1. 10. 1918 37
  - Vorgeschichte seiner Entlassung 7, 33, 35, 38, 40 f., 58
  - Vertr. des Ausw. Amtes im Gr. Hauptquartier 275
- Kandidat für die Waffenstillstandskommission 465, 468
  - zu Verhandlungen mit Wilson 37, 67 f., 139, 275, 458
  - über die Kriegslage 231, 291
  - zur Kaiserfrage 517
- Hipper, Franz Ritter von, Admiral, Chef der Hochseestreitkräfte 470**
- Hirsch, Paul, Mgl. des Preuß. Abgh. (SPD) 1908—1918 573, 589, 593, 606 ff., 610**
- Hjelt, Edvard Immanuel, finn. Gesandter in Berlin 1918—1919 254**
- Höfle, Anton, Leiter des Deutschen Techniker-Verbandes 124**
- Höppner, Ernst von, Kommand. General der Luftstreitkräfte 625**
- Hoff, Friedrich Ferdinand, Lehrer in Kiel, Mgl. des Preuß. Abgh. (FVP) 1907—1918, MdR 1912—1918 512**
- Hoffmann, Arthur, Schweizer Bundesrat und Außenminister 1917 502**
- Hoffmann, Max, Generalmajor, Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers Ost 88, 126 f., 133, 220 ff., 517, 526, 538 f.**
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Alexander Prinz von 136, 149, 158, 162, 171, 632**
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried Prinz zu, österr.-ungar. Botschafter in Berlin 385 ff., 482**
- Hohenzollern, preuß. Königshaus**
- Abdankungsfrage  
Forderung Wilsons nach Abdankung 98 f., 244, 358  
Haltung in Deutschland 298, 323, 422, 443, 446, 451, 471 f., 597, 603 f., 617
- s. a. Kaiser, Deutscher; Wilhelm II.
- Hohmann, Georg, Vors. der FVP in München 412**
- Hollandsch Nieuws Bureau 359, 558**
- Holtz, Präsident des Rechnungshofes 9**
- Holtzendorff, Henning von, Chef des Admiralstabs 1916 bis Juli 1918 180, 385**
- House, Edward Mandell, Oberst, Vertrauter und Sonderbevollm. Wilsons 448**
- Hue, Otto, Gewerkschaftsführer und Redakteur (SPD) 18**

**Hungerblockade** 564**Interallierter Oberster Kriegsrat**

— Tagung 4. 11. 1918 552 f., 558, 567

**Interfraktioneller Ausschuß**

— Sitzungen 1. 10. 1918 3 ff.

2. 10. 1918 38 f.

4. 10. 1918 70 ff.

11. 10. 1918 136 f.

12. 10. 1918 148 ff.

13. 10. 1918 168 ff.

17. 10. 1918 253 ff.

18. 10. 1918 263 ff.

21. 10. 1918 303

24. 10. 1918 329 f., 335

2. 11. 1918 497

4. 11. 1918 497 ff.

5. 11. 1918 509 ff.

7. 11. 1918 568 ff.

8. 11. 1918 589 ff., 606 ff.

— Sonderstellung der Nat.Lib. s. National-liberale Partei

— Vorsitz: Fischbeck 24

— Vertraulichkeit der Besprechungen 172, 175

— Sondersitzung der FVP-Mgl. 167

— Unterrichtung durch Staatssekretäre 174 f., 264 f., 269, 331, 498 f., 511, 513, 515

**Irland** 235**Iswestija (Moskau)** 207**Italien**

— innere Lage

Verfassung 212, 379

Revolutionsgefahr 510

— Wirkung des österr. Waffenstillstands  
Freiwerden von Truppen für die Westfront  
250, 387, 404, 409, 541

Rückzug deutscher Truppen 528

Österreich als Aufmarschgebiet gegen

Deutschland 234, 489

— Bayern 408, 478, 506, 511

— Oberschlesien 404, 409

— milit. Stärke 234 f., 268, 405

— Wirkung des deutschen U-Boot-Krieges 237

**Jacobi, Gottfried von, Votr. Rat im Reichsamt  
des Innern** 147, 452 f.**Jäckh, Ernst F. W., Journalist** 162, 166, 385,  
438, 479**Joffe, Adolf, April—Nov. 1918 russ. Bot-  
schafter in Berlin** 397, 413 f., 541 f., 545, 550,  
575**Jonquières, Wilhelm von, Min.Dir. im Reichs-  
wirtschaftsamt** 324**Journal de Genève** 149**Judentum** 207**Jugoslawien s. Südslawien****Junk, Johannes, Rechtsanwalt in Leipzig,  
MdR (Nat. Lib.)** 1907—1918 18, 523— Teilnahme an  
Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses

12. 10. 1918 148, 166

17. 10. 1918 253 ff.

18. 10. 1918 263, 269

21. 10. 1918 303

24. 10. 1918 329, 331

4. 11. 1918 497

5. 11. 1918 509, 516, 523

7. 11. 1918 568

8. 11. 1918 589, 600, 606

Besprechung der Reichstagsmehrheit mit  
Mgl. des Preuß. Abgh. 7. 11. 1918 573— zur Änderung der Reichsverfassung 110,  
254 f., 269, 331, 366

— für Beseitigung des Kriegspresseamts 269

— über die Wahlrechtsreform 600, 610

— zum Gesetzentwurf über die Übergangs-  
wirtschaft 516**Jungheim, Bernhard, Direktor des Reichstags**  
127**Kabinettsorder, Kaiserliche**

— 30. 9. 1918 10, 32, 47, 83, 106

— 28. 10. 1918 410, 439, 469, 471, 498

— 8. 11. 1918 625

**Kaiser, Deutscher, verfassungsmäßige Stellung**  
48, 110— Ernennung des Reichskanzlers und der  
Staatssekretäre 13, 16, 25, 27, 48, 55, 83,  
85, 256, 334— Entscheidung über Krieg und Frieden 99,  
244, 255, 334, 378— Ausfertigung und Verkündigung von Reichs-  
gesetzen und Verträgen 254, 341Gegenzeichnung des Reichskanzlers 46, 110,  
254, 334, 380— Oberbefehlshaber des Heeres 255, 334, 342,  
349 f., 446, 462der Kriegsmarine 256, 281, 306, 334, 342,  
349, 353 f., 366, 381 f.

Kommandogewalt 281, 305 f., 335, 348

— Einschränkung 306, 334, 349 f., 353 f.,  
356, 380 ff.

— Recht zur Reichstagsauflösung 262 f.

— Repräsentant des Reiches 335 f., 341, 358

— Stellvertretung 441 f., 444 f.

s. a. Monarchie; Wilhelm II.

**Kardorff, Siegfried von, Landrat, Mgl. des  
Preuß. Abgh. (Freikons.)** 1909—1918 18

- Karl I.**, Kaiser von Österreich, Kg. von Ungarn (1916—1918) 185, 385 ff., 481 f., 490
- Karolyi von Nagykaroly**, Graf Michael, 30. 10. 1918 Min.Präs. in Ungarn, 16. 11. 1918 Präsident der ungar. Republik 340, 408 f.
- Kautsky**, Karl, sozialist, Theoretiker, seit 1917 Mgl. der USPD 272
- Kessler**, Harry Graf von, 17. 11. 1918 deutscher Vertreter in Warschau 424
- Kiel**, revolutionäre Unruhen 464, 491 ff., 495 ff., 508, 511 f., 515, 517 f., 520 ff., 524, 534 ff., 542 ff., 547, 550, 552 ff., 559 f., 565 f., 583, 585, 588, 598, 623, 632
- Kirchenpolitik** 89, 100
- Kleinasien** 528
- Koch-Weser**, Erich, 1913—1919 Oberbürgermeister von Kassel, Mgl. des Preuß. Herrenhauses 1913—1918 19, 89, 97 f.
- Köberle**, Paul Ritter von, bayer. Militärbevollm. 481
- Köln**  
— Versammlung 3. 11. 1918 391 f.  
— Ausschreitungen 608, 614
- Kölnische Zeitung** 389, 425
- „König“, Schlachtschiff 537
- Koeth**, Joseph, Oberst, Leiter der Kriegsrohstoffabt. im preuß. Kriegsministerium 570, 586 ff., 611 f.
- Kolb**, Wilhelm, Mgl. des Bad. Landtags (SPD) 30
- Kolonien**, deutsche 129, 567
- Konservative Partei** s. Deutsch-Konservative Partei
- Konstantin**, König von Griechenland (1913—1917) 442, 449
- Konstantinopel** 52, 234, 340
- Krause**, Paul von, Mgl. des Preuß. Abgh. (Nat. Lib.) 1888—1917, 5. 8. 1917 Staatssekretär des Reichsjustizamts  
— Teilnahme an Sitzungen des Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65, 68  
7. 10. 1918 99 f.  
11. 10. 1918 138, 141, 143  
12. 10. 1918 144 ff.  
28. 10. 1918 412, 416
2. 11. 1918 469  
4. 11. 1918 504  
5. 11. 1918 526
- Interfrakt. Ausschusses 8. 11. 1918 616  
— Verbleiben im Amt 12, 18, 27, 40, 56  
— zur Innenpolitik  
Wahlrechtsreform 301, 608  
Zensur 416  
für Veröffentlichung der kaiserl. Ansprache 21. 10. 1918 469  
Maßnahmen gegen Liebknecht 469  
— zu Verhandlungen mit Wilson 68, 141, 145 f.
- Kriege**, Johannes, Min.Dir. im Ausw. Amt 87, 99, 262, 273
- Kriegsanleihe**, neunte (1918) 90, 134
- Kriegsentschädigung**, deutsche 383, 558, 567; s. a. Belgien; Wilson, 14 Punkte
- Kriegsernährungsamt**  
— Besetzung der Staatssekretärstelle 19, 34 f., 97 f., 130  
der Unterstaatssekretärstelle 19, 34 ff., 123  
— Lebensmittelbewirtschaftung 564, 581
- Kriegskabinett** s. Reichsleitung
- Kriegskredite** 181 f., 212, 568
- Kriegsminister**  
— Verantwortlichkeit 307, 337, 350, 354, 381 f.  
s. a. Preußen, Kriegsminister
- Kriegspresseamt** 215, 357, 360  
— Besetzung 104 f.  
— Aufgaben 134  
— Unterstellung unter preuß. Kriegsminister 134 f., 393  
— Abtrennung der Oberzensurstelle 135  
— Kritik der Parteien 265 f., 268 f., 271  
— Forderung nach Beseitigung 266, 269
- Kriegsschuldfrage** 578
- Kriegswirtschaft** s. Wirtschaft
- Kriegszustand** s. Belagerungszustand
- Krim** 117
- Kroeger**, Otto, Major, stellv. Chef der Nachrichtenabt. der OHL 327 f.
- Kronrat** 219  
— Sitzung vom 2. 10. 1918 42 f., 179  
— Frage erneuter Einberufung 282, 284, 287
- Krupp**, Firma 321, 569

- Kürbis**, Heinrich, SPD-Parteisekretär für Schleswig-Holstein 496, 498, 512
- Kuhl**, Hermann von, General der Infanterie, Generalstabschef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern 119, 124, 126, 142, 161, 209, 363, 397
- Laibach** 505
- Langen-Wakenitz**, Oskar Frhr. von der, Chef der polit. Abt. beim Generalgouverneur in Belgien 416, 513, 557
- Landsberg**, Otto, Rechtsanwalt in Magdeburg, MdR (SPD) 1912—1918 559, 607
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 24. 10. 1918 329
4. 11. 1918 497
5. 11. 1918 509, 515 f.
7. 11. 1918 568, 571
8. 11. 1918 589, 591 f., 596 f., 602, 606 f.
- Abdankungs- und Regentschaftsfrage 515 f., 597, 602
- zur Wahlrechtsreform in Preußen 516, 571
- in allen Bundesstaaten 571, 591 f., 597
- zum Ultimatum der SPD 596 f., 602
- Langenhan**, österr. Parlamentarier (Deutsch-Nat. Vereinigung) 358
- Lansing**, Robert, Staatssekretär im State Department 68, 163, 246, 447, 547, 556, 558
- Ledebour**, Georg, Schriftsteller in Berlin, MdR (SPD/USPD) 1900—1918 131, 263, 454, 512, 537 f., 613
- Lederer**, Franz Seraph, Pfarrer, Mgl. des Bayer. Landtags (Zentr.), MdR 1913—1918 610
- Legien**, Carl, MdR (SPD) 1893—1898, 1903—1918, Vors. der Generalkommission der Gewerkschaften 18, 124, 559, 561, 569
- „Leinster“, brit. Passagierdampfer 207 f.
- Lensch**, Paul, Redakteur in Leipzig, MdR (SPD) 1912—1918 183
- Leopold**, Prinz von Bayern, Generalfeldmarschall, Heeresgruppenbefehlshaber 411
- Lerchenfeld**, Hugo Philipp Graf von und zu, bayer. Gesandter in Berlin und Bundesratsbevollm. 126, 449
- Teilnahme an Sitzungen des Bundesrats 8. 10. 1918 107 f. 20. 10. 1918 283
28. 10. 1918 418
- Besprechung des Reichskanzlers mit Bundesratsbevollm. 1. 11. 1918 455 f.
- Payer 3. 10. 1918 50
- bei Holtzendorff 26. 10. 1918 385
- Unterredungen mit Kaiser, Reichskanzler 20. 10. 1918 284, 286 ff.
- Reichskanzler 30. 10. 1918 429
31. 10. 1918 450
- Hertling 2. 10. 1918 41
- Payer 1. 10. 1918 28
- Plessen 20. 10. 1918 285
- Solf 28. 10. 1918 412
- Telephonat mit Dandl 31. 10. 1918 449
- Berichte an Dandl 28. 9. 1918 25
- Okt. 1918 25 ff., 41 f., 46, 131 f., 284 ff., 420 f., 428 ff., 449 ff.
- Ludwig III. 6. 11. 1918 564 ff.
- Reichskanzler 20. 10. 1918 284
- empfängt Schreiben von Dandl 28. 10. 1918 411 f.
29. 10. 1918 422 f.
- Erzberger 28. 10. 1918 428
- zu Verfassungsfragen Änderung der Reichsverfassung 107 f., 288
- Abdankungs- und Regentschaftsfrage 286, 421, 430 f., 450, 458 f.
- zur Innenpolitik Regierungsbildung 25, 29, 42
- Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 566
- zu militärischen Fragen Kriegslage 286
- U-Boot-Krieg 285 f.
- über Verhandlungen mit Wilson 286
- Verhältnis zu Wilhelm II. 284
- über Andrassy 567 f.
- Lersner**, Kurt Frhr. von, Leg.Rat, Vertr. des Ausw. Amtes im Gr. Hauptquartier 20, 43, 140, 463
- Lettow-Vorbeck**, Kurt von, Major beim Oberkommando in den Marken 541, 544 f., 621 f.
- Leube**, Hermann, Kaufmann in Altona, MdR (FVP) 1912—1918 308
- Levée en masse** 92, 100, 103, 118, 122 f., 127, 206, 213
- Levetzow**, Magnus von, Konteradmiral, Chef des Stabes der Seekriegsleitung 221, 273, 278 ff., 287, 361
- Lewald**, Theodor, Unterstaatssekretär im Reichsamts des Innern 129, 133, 207, 618
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87 f., 90 ff.
7. 10. 1918 95 f.
10. 10. 1918 129, 131
14. 10. 1918 181 f., 184, 186 ff.
23. 10. 1918 312, 317, 332
30. 10. 1918 423
8. 11. 1918 611 f.

- Gesamtkabinetts 7. 10. 1918 99, 102 f.  
 11. 10. 1918 138, 144  
 12. 10. 1918 144  
 18. 10. 1918 262 f.  
 28. 10. 1918 413
- Vorsitz  
 im Ausschuß für Verfassung und Justizwesen des Bundesrats 8. 10. 1918 105, 108  
 im Verfassungsausschuß des Bundesrats 15. 10. 1918 190 ff.  
 28. 10. 1918 417 f.
- Teilnahme an Besprechungen  
 beim Reichskanzler 5. 10. 1918 81  
 9. 10. 1918 115  
 14. 10. 1918 193  
 über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918 147  
 über Kommandogewalt 25. 10. 1918 348 f., 351
- Unterredung mit Lerchenfeld 29. 10. 1918 420 f.
- Schreiben an Weizsäcker 25. 10. 1918 417
- empfängt Schreiben von Scheüch 20. 10. 1918 271
- zu Verfassungsfragen  
 Denkschrift über Änderung der Reichsverfassung 25, 47 f.  
 Verfassungsreform 131, 182, 191 f., 262 f., 335 f., 351, 418  
 Abdankungs- und Regentschaftsfrage 420 f., 611
- zur Innenpolitik  
 Mitverfasser der Rede des Reichskanzlers 5. 10. 1918 79 ff.  
 für Begnadigung Liebknechts 88, 95 f., 129, 207, 213  
 Zensur 188  
 Regierungsumbildung 611 f.
- zu Außenpolitik und Friedensfragen  
 Balt. Staaten 91, 102  
 Polen 90, 102, 186 f.  
 zur els.-lothr. Frage 91 f., 419
- Libérale Correspondenz** 40
- Libérale Vereinigung (Bayern)** 478 f., 522
- Liberalismus**  
 — in Mecklenburg 515  
 — in Bayern s. Liberale Vereinigung
- Lichnowsky, Karl Max Fürst, Botschafter in London 1912—1914, Mgl. des Preuß. Herrenhauses, ausgeschl. Juli 1918** 96, 271
- Liebknecht, Karl, MdR (SPD) bis 1916, Führer der Spartakus-Gruppe** 339, 346, 538, 544
- Amnestierung 154  
 Beratungen im Kriegskabinet 6. 10. 1918 88 f., 95 ff.  
 10. 10. 1918 129 f.  
 16. 10. 1918 207 f., 213  
 21. 10. 1918 305
- zur Abtretung deutschen Gebiets 454
- zur Abdankungsfrage 469
- Forderung Linsingens nach seiner Festnahme 621 f.
- Liepmann, Paul, Mgl. des Preuß. Abgh. (Nat. Lib.)** 1912—1918 176
- Liesching, Theodor, Rechtsanwalt in Tübingen, MdR (FVP) 1912—1918, Mgl. der Württemb. Abgeordnetenkammer, Min.Präs. 9.—11. 11. 1918** 477, 616
- Lille** 121, 218, 241
- Linsingen, Alexander von, Generaloberst, Oberbefehlshaber in den Marken** 620 ff.
- Bericht vom 16. 11. 1918 562, 574, 598, 620
- Linsingen, Curt von, Rittmeister** 620, 622 f., 625
- Liszt, Franz von, Professor für Strafrecht in Berlin, Mgl. des Preuß. Abgh. 1908—1918, MdR (FVP) seit 1912** 110, 148, 253, 263, 311 f., 329 f., 497 ff., 568, 571, 610
- Litauen 127**
- Bevölkerung, Nationalitätenfrage, Sprachen 195
- Anerkennung der Selbständigkeit durch Deutschland 194
- Taryba 194 ff., 200
- Ausbau verfassungsmäßiger Einrichtungen 22, 194, 196 ff., 200
- Personalunionspläne 200
- Grenzen mit Polen 91, 195 ff.; s. a. Bialystok; Grodno; Wilna
- Militärverwaltung, milit. Besetzung 100, 194 ff., 199 f.  
 Zivilverwaltung 100, 196 ff.  
 Reichskommissar für Kurland und Litauen 100, 194 ff.
- mögliche Räumung durch Deutschland 120, 539  
 wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 198;  
 s. a. Bolschewismus
- wirtschaftl. Lage 539
- Beratungen im Kriegskabinet 6. 10. 1918 91  
 7. 10. 1918 100  
 14. 10. 1918 182, 186  
 15. 10. 1918 193 ff.
- Nationalrat in der Schweiz 196
- Lithgow, Osborne, amerik. Diplomat** 427

- Lloyd George, David**, brit. Premierminister  
1916—1919 149, 158, 250, 527  
— Rede im Unterhaus 5. 11. 1918 552 f.
- Loewenfeld, Alfred von**, General der Infanterie  
628
- Longwy** 207, 267
- Loßberg, Friedrich von**, General, Generalstabs-  
chef der Heeresgruppe Herzog Albrecht  
119, 124, 126, 142, 161, 209, 363, 431
- Lothringen** s. Elsaß-Lothringen
- Ludendorff, Erich**, General der Infanterie,  
1. Generalquartiermeister 1916—26. 10. 1918  
105, 123, 126, 178, 206, 209 ff., 216, 218,  
266, 271 f., 388  
— Teilnahme an  
Sitzung des Gesamtkabinetts 17. 10. 1918  
217 f., 220 ff., 225 ff., 234 ff., 238 ff., 242,  
250 ff., 264  
Besprechungen im Gr. Hauptquartier 13. 2.  
1918 116  
beim Reichskanzler 9. 10. 1918 115 ff.,  
161, 208  
— Audienz bei Wilhelm II. 26. 10. 1918 332 f.,  
360 f., 363, 373  
— Unterredungen mit  
Haefen 17. 10. 1918 247  
Halem 17. 10. 1918 271  
Hertling, Hintze 13. 8. 1918 116  
Hindenburg 26. 10. 1918 364  
Max von Baden 9. 10. 1918 116  
17. 10. 1918 218, 225  
25. 10. 1918 362, 366, 368  
— Telephonate mit  
Brinckmann 10. 10. 1918 120  
Haefen 11. 10. 1918 140  
12. 10. 1918 147  
19. 10. 1918 275, 283, 290 f.  
21. 10. 1918 298  
24. 10. 1918 325 ff.  
Max von Baden 1. 10. 1918 20  
Scheer 20. 10. 1918 282  
Scheüch 20. 10. 1918 291 f.  
— Telegramme an  
das Ausw. Amt 1. 10. 1918 49  
den Reichskanzler 23. 10. 1918 311  
— empfängt Schreiben vom Reichskanzler  
8. 10. 1918 115  
— Gesundheitszustand 28, 53, 88, 94, 111, 383  
— zu militärischen Fragen  
Kriegslage 41, 44, 75  
— Bericht über die Entwicklung seit 1914  
116 ff.  
am 1. 10. 1918 49  
9. 10. 1918 121, 129, 161, 179, 208, 225  
10. 10. 1918 141  
17. 10. 1918 217 f., 222, 225 ff., 234 ff.,  
238 ff., 250 f., 264 f.  
26. 10. 1918 368  
— angebliche Übereinstimmung mit den  
Heerführern 119, 123 f., 142, 161  
**Kriegführung**  
— Räumung besetzter Gebiete 120 f., 138,  
222 ff., 233, 235 f., 240, 264  
— Zerstörungen in Belgien 241  
— U-Boot-Krieg 275, 289 ff., 295  
— für Fortführung des Krieges 326 f., 332,  
368  
— gegen Levée en masse 92, 118 f., 206  
— zu Verhandlungen mit Wilson 49, 75, 129,  
134, 140, 143, 147, 179, 239 f., 246, 250 f.,  
253, 264, 289, 292, 295 f., 298, 326 f., 332,  
362, 368, 425  
— zur Innenpolitik  
Regierungsbildung 41, 134, 140  
Kanzlerkrise 163  
Abdankungsfrage 326, 365  
— Entlassung  
Rücktrittsdrohung 88, 210, 218, 265, 287,  
361  
Vorgeschichte seiner Entlassung 111, 127,  
219, 267, 298, 328, 332, 334, 337, 339, 341,  
344, 360 ff., 375, 382 f., 425, 632  
Konflikte mit Reichsleitung 213, 218, 266,  
289 f., 292 f., 295 f., 298 f., 328  
Entlassungsgesuch 362 f., 374  
— Reisen nach Berlin 8. 10. — 10. 10. 1918  
111, 128 f., 179  
17. 10./18. 10. 1918 205, 222, 242  
25./26. 10. 1918 326 f., 365  
— Verhältnis zu  
Hindenburg 220, 364  
Hoffmann 221 f.  
— Urteil über Max von Baden 20  
— zu „Urkunden zur Vorgeschichte des Waffen-  
stillstandes“ 222, 231, 239  
— Persönlichkeit im Urteil der Öffentlichkeit  
der Arbeiterschaft 219, 267, 502  
der Parteien 218, 267, 288
- Lübeck** 495, 498, 512  
— Revolution 543, 548, 554, 565
- Luppe, Hermann**, 2. Bürgermeister in Frank-  
furt a. M. 75
- Luther, Hans**, Oberbürgermeister von Essen 97
- Luxemburg** 478
- Maas, Kämpfe an der** 228, 400, 529 f., 533
- Mackensen, August von**, Generalfeldmarschall,  
Oberbefehlshaber in Rumänien 411, 540 f.,  
567
- Magdeburg** 572, 586
- Maltzan Frhr. zu Wartenberg, Andreas Graf**  
von, Mgl. des Preuß. Herrenhauses seit 1894  
346

- Mann Edler von Tiechler**, Ernst Ritter von, Vizeadmiral, Leiter des U-Boot-Amtes, Staatssekretär des Reichsmarineamtes 7. 10. 1918 44, 208, 278, 548
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 28. 10. 1918 397, 408
  - 4. 11. 1918 487, 491 f., 495 f.
  - 7. 11. 1918 574
  - 8. 11. 1918 583, 585 f.
  - Gesamtkabinetts 7. 10. 1918 99
  - 11. 10. 1918 138
  - 12. 10. 1918 144, 146
  - 17. 10. 1918 221, 232
  - 18. 10. 1918 261, 274
  - 28. 10. 1918 412
  - 2. 11. 1918 470
  - 4. 11. 1918 504
  - 5. 11. 1918 526, 541 ff., 549
  - 6. 11. 1918 563
  - Empfang von Vertretern der Kieler Matrosen 7. 11. 1918 585
  - Telephonat mit Noske 6. 11. 1918 547 f., 585
  - Verbleiben im Amt 10, 18
  - zu Verhandlungen mit Wilson 146
  - für Fortführung des U-Boot-Krieges 146, 274, 408
  - über Moral der Marine 492
  - zu Maßnahmen gegen Kieler Matrosen 470, 491, 496, 542 f., 550, 563
  - über Ölversorgung 232
- Mantey**, Friedrich von, Oberst, Chef des Stabes des stellv. Generalkommandos des Gardekorps 626
- Marine**, Kaiserliche 274, 381, 384, 482
- Oberbefehlshaber s. Kaiser
  - Vereidigung der Soldaten 306, 354
  - Verbrauch an Öl 232
  - Fehleinschätzung der feindlichen Stärke 52
  - Unruhen 536 f., 542, 557, 566, 623
  - in Cuxhaven 548
  - in Kiel 490 ff., 499, 508, 511 f., 518, 520 ff., 524, 534 ff., 542 ff., 547, 550, 559 f., 563, 585, 588
  - in Wilhelmshaven 470, 499, 520, 548, 585, 623
  - Gründe 493, 518, 536
  - Forderung nach Auflösung der Marine 548 f.
- s. a. Admiralstab; Reichsmarineamt; U-Boot-Krieg
- Marinekabinett** 336, 350, 381, 418
- Marschall**, gen. Greiff, Ulrich Frhr., Generalmajor, Chef des Militärkabinetts 89, 287, 338 f., 344, 363, 429, 431
- Marum**, Ludwig, Mgl. des Bad. Landtags (SPD) 500
- Marx**, Wilhelm, Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf, Mgl. des Preuß. Abgh. seit 1899, MdR (Zentr.) seit 1910 391
- Matulaitis-Matulewicz**, Jurgis, Professor, seit Dez. 1918 Bischof von Wilna 196
- Matuschka**, H. Balthasar Graf von, Regierungsassessor 194
- Max**, Prinz von Baden, Reichskanzler und preuß. Außenminister 3. 10.—9. 11. 1918 83, 86, 99, 192, 221, 223, 228, 230, 233 ff., 242, 261, 265, 276 f., 280, 284, 294, 304, 309, 400, 479, 539, 541, 555, 625, 630
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87 ff., 91 f.
  - 7. 10. 1918 95, 97 ff.
  - 8. 10. 1918 109
  - 10. 10. 1918 126 ff.
  - 14. 10. 1918 184
  - 16. 10. 1918 205, 212 ff.
  - 17. 10. 1918 217
  - 19. 10. 1918 273 ff., 279, 281
  - 21. 10. 1918 304 f.
  - 31. 10. 1918 437
  - Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65 ff.
  - 7. 10. 1918 99
  - 12. 10. 1918 144
  - 17. 10. 1918 220 ff., 224 f., 229, 231 f., 238 ff., 250 f., 253
  - 5. 11. 1918 526
  - Bundesrats 5. 10. 1918 82 f., 106, 108
  - 8. 10. 1918 83 ff.
  - 1. 11. 1918 455 ff.
  - Interfrakt. Ausschusses 12. 10. 1918 165 f.
  - Besprechungen 5. 10. 1918 81
  - 9. 10. 1918 115 f., 120 f., 131, 207
  - 26. 10. 1918 364
  - 31. 10. 1918 437
  - 7. 11. 1918 579
  - Audienz beim Kaiser 7. 10. 1918 99
  - 20. 10. 1918 284 ff., 345
  - Pressevortrag 8. 10. 1918 104 f.
  - Unterredungen mit
  - Berg 1. 10. 1918 139
  - Beseler 6. 11. 1918 539
  - Drews 31. 10. 1918 460
  - Ebert, Scheidemann 2. 10. 1918 38
  - Ebert, David 7. 11. 1918 576
  - Großherzog Ernst Ludwig, Lerchenfeld 31. 10. 1918 450
  - Erzberger 2. 10. 1918 43
  - Eulenburg 28. 10. 1918 429
  - Fischbeck 2. 10. 1918 38
  - Callwitz, Mudra 28. 10. 1918 400
  - Gröber, Erzberger, Scheidemann 11. 10. 1918 149
  - Groener, Solf 6. 11. 1918 550 ff.
  - Haefen 1. 10. 1918 28
  - 20. 10. 1918 282, 284
  - 24. 10. 1918 326
  - 5. 11. 1918 508 f.

- Haußmann 24. 10. 1918 332  
 Hindenburg, Payer, Hintze, Roedern, Berg  
 2. 10. 1918 42, 45  
 Hintze 1. 10. 1918 139  
 Lerchenfeld 20. 10. 1918 284  
 30. 10. 1918 429  
 Linsingen 7. 11. 1918 624  
 Ludendorff 9. 10. 1918 116  
 17. 10. 1918 218  
 Payer 1. 10. 1918 28, 33, 139  
 Payer, Erzberger, Roedern, Solf 12. 10. 1918  
 163  
 Plessen 20. 10. 1918 183 f.  
 Scheer, Levetzow 20. 10. 1918 287  
 Scheidemann 30. 10. 1918 430, 439  
 Stresemann 2. 10. 1918 38 f.  
 Wahnschaffe 18. 10. 1918 261  
 Westarp 2. 10. 1918 38  
 Parteiführern der SPD 9. 11. 1918 618, 627  
 — Reden  
 vor der I. bad. Kammer 14. 12. 1917 32, 151,  
 155  
 im Reichstag 5. 10. 1918 54, 71, 73 ff., 85,  
 127, 452  
 — Entstehung 77 ff.  
 22. 10. 1918 274, 311, 330  
 — Telephonate mit  
 Groener 4. 11. 1918 489  
 Hindenburg 12. 10. 1918 127  
 Hintze 9. 11. 1918 615, 618 f.  
 dem Kaiser 8. 11. 1918 608, 614  
 dem Gr. Hauptquartier 9. 11. 1918 614 f.  
 — Telegramme an  
 Treutler 5. 11. 1918 507  
 Wilhelm II. 7. 11. 1918 596  
 8. 11. 1918 596, 618  
 — empfängt Telegramme von  
 Cl. Delbrück 31. 10. 1918 431  
 Grünau 31. 10. 1918 431  
 5. 11. 1918 551  
 8. 11. 1918 596  
 Haußmann 5. 11. 1918 535 f.  
 Hindenburg 25. 10. 1918 369  
 Ludendorff 23. 10. 1918 311  
 Wilhelm II. 17. 10. 1918 218  
 — Aufzeichnungen 16. 10. 1918 216 f.  
 — Verbalnote an Hindenburg 3. 10. 1918 und  
 dessen Antwort 65  
 — Schreiben an  
 Friedberg 13. 10. 1918 131  
 Haußmann 31. 10. 1920 551, 553  
 A. von Hohenlohe-Schillingsfürst 12. 1. 1918  
 136, 632  
 Ludendorff 8. 10. 1918 115  
 Smetona 20. 10. 1918 194  
 Wilhelm II. 25. 10. 1918 359 f.  
 den poln. Regentschaftsrat 17. 10. 1918 90  
 — empfängt Schreiben von  
 Breitenbach 6. 11. 1918 554  
 Drews 19. 10. 1918 397  
 Haefen 22. 9. 1918 552  
 Hahn 21. 10. 1918 298  
 30. 10. 1918 427 f.  
 Haußmann 7. 10. 1918 101  
 12. 10. 1918 164  
 16. 10. 1918 194  
 Hindenburg 3. 10. 1918 42  
 14. 10. 1918 342, 344  
 Scheidemann 29. 10. 1918 438 f., 452, 503,  
 564 f.  
 Smetona 4. 10. 1918 195  
 Solf 5. 11. 1918 545 f.  
 Stresemann 9. 10. 1918 111  
 Swierzynski 22. 10. 1918 424  
 dem Ausw. Amt 28. 10. 1918 413  
 der Deutsch-Kons. Reichstagsfraktion 29.  
 10. 1918 429  
 des Zivilkabinetts 28. 10. 1918 469  
 — Thronfolger in Baden 82, 458  
 — Krankheit 307, 326, 332, 361, 377, 388 f.,  
 468, 475 f., 632  
 — Kandidatur zum Reichskanzler  
 Aufnahme durch den Kaiser 22, 41  
 Haltung der Parteien 13, 21 f., 29 ff., 34,  
 38, 41, 139  
 Unterstützung durch OHL 12, 41, 60  
 Zustimmung Payers 20, 24, 28, 32, 35  
 Haltung Bergs 12 f., 41  
 Ansicht Dandls 85  
 Auffassung Lerchenfelds 29  
 Wirkung im Ausland 83  
 — Berufung zum Reichskanzler 3. 10. 1918  
 18, 50, 65  
 Eintreffen in Berlin 1. 10. 1918 13, 19, 28  
 Annahme des Amtes 83, 359, 458 f.  
 — Festlegung auf Programm der Mehrheits-  
 parteien 21, 29 ff., 38, 43, 52, 69, 83 f., 86  
 — Regierungsbildung 39, 60 f., 97, 99, 128  
 für Beteiligung der SPD 39  
 gegen Eintritt der Nat.Lib. 39 f.  
 für Staatssekretäre ohne Portefeuille 43, 132  
 Kandidatenliste für Kriegskabinetts und  
 preuß. Staatsministerium 18, 24  
 — Kanzlerkrise 182 f., 189, 201 f.  
 Erörterung im Interfrakt. Ausschuß 11. 10.  
 1918 136 f.  
 12. 10. 1918 149 ff., 152 ff.  
 13. 10. 1918 168 ff.  
 Besprechung bei Payer 12. 10. 1918 165  
 Besprechung der FVP-Mitgl. des Interfrakt.  
 Ausschusses 12. 10. 1918 167  
 Erklärung Max' von Baden 12. 10. 1918 166  
 SPD-Fraktionssitzung 15. 10. 1918 189  
 OHL für Verbleiben des Kanzlers 163, 169,  
 177 f.  
 — Rücktrittsdrohung wegen Ultimatum der  
 SPD 575, 578, 580 f., 596, 602, 604  
 — zu Verfassungsfragen  
 Anhänger des Föderalismus 56, 82 f.  
 Parlamentarisierung 136, 149, 152, 171, 174  
 Abdankungs- und Regentschaftsfrage 359,  
 428 ff., 438, 440, 449 ff., 456 ff., 576, 615,  
 617 f.  
 vorgeschlagen als Regent 421

- zur Innenpolitik
    - Amnestie polit. Häftlinge 89, 95, 97, 129 f., 213, 305
    - für Ablösung von Berg 99
    - Zensur-, Vereins- und Versammlungsrecht 105, 579, 624
    - gegen Veröffentlichung der Kabinettsorder 28. 10. 1918 410
    - Reise des Kaisers nach Spa 429 f., 458
    - Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 495, 498, 508, 538, 553, 620, 627 f.
    - Aufruf an das Deutsche Volk 6. 11. 1918 564
  - zu Außenpolitik und Friedensfragen
    - Polenpolitik 91
    - Friedensresolution der Mehrheitsparteien 136, 149, 152, 155, 171 f., 174
    - Verhandlungen mit Wilson 67 f., 87, 133, 139, 144 f., 215 f., 221 f., 231, 239, 250 f., 273, 287, 355, 361, 370 ff., 374 ff., 388 f., 458, 552, 558, 632
    - els.-loth. Frage 91, 109, 214
    - Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen 551, 554, 556
  - zu militärischen Fragen
    - Kriegslage 88, 209, 360
    - Rekrutierungsfragen 92, 213, 217
    - Räumung besetzter Gebiete 213, 217, 538
    - U-Boot-Krieg 250, 279, 285
  - Verhältnis zur OHL
    - für Absetzung von Bauer und Nicolai 116, 127
    - möglicher Rücktritt von Hindenburg 219 f., 362
    - Ludendorff 219 f., 344, 425
    - Konflikte mit der OHL 275, 281 ff., 285 f., 290, 355, 359 ff., 369, 550
    - Reise Hindenburgs und Ludendorffs nach Berlin 326 f., 344, 360
    - Bruch mit Haefthen 364 f.
  - Verhältnis zum Kaiser 157
  - Persönlichkeit im Urteil von
    - Brockdorff-Rantzau 171
    - Ebert 32
    - Haußmann 265
    - Ludendorff 20
    - Scheidemann 30, 39, 150
- Max, Adolphe**, Oberbürgermeister von Brüssel 164
- Mayer** (Kaufbeuren), Wilhelm, Rechtsanwalt in München, MdR (Zentr.) seit 1907 3, 8 f., 19, 22, 26, 29, 42 f., 329
- Mazedonien** 65, 268
- Mecklenburg**, Großherzogtum 14, 367, 515, 522
- Meerfeld**, Johannes, Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, MdR (SPD) 1916 207, 391
- Mercier**, Désiré Joseph, Kardinal, Erzbischof von Mecheln 253, 446
- Metz** 120, 287
- Meyer**, Richard, Leg.Sekr. im Ausw. Amt 545
- Meyer-Gerhard**, Referent im Kolonialamt 18
- Michaelis**, Georg, Reichskanzler und preuß. Min.Präs. 14. 7.—24. 10. 1917, Oberpräsident von Pommern April 1918 260
- Militärbehörden** 271, 495, 529, 543, 563, 623 ff.  
 — Unterstellung unter Zivilbehörden 322 f., 334, 377 f., 382, 386 f., 504, 621, 625, 632  
 s. a. Generalkommandos; Oberste Heeresleitung
- Militärdiktatur** 212, 411, 581, 596; s. a. Reichsleitung
- Militärkabinett** 174  
 — Unterstellung unter Kriegsministerium 255, 288, 305, 307, 335 f., 350, 381, 418  
 — Chef 338 f., 344, 363  
 — Vertreter in Spa 400
- Militärkonvention** 335, 342, 350 f., 418 f.
- Militarismus** 270
- Minsk** 224, 483
- Mittelmächte** (verbündete Regierungen, Vierbund)  
 — Friedensschluß mit Rumänien 7. 5. 1918 386  
 — Zusammenbruch 527  
 — Friedensangebote 85
- Moesle**, Stefan, Votr. Rat im Reichsschatzamt 9, 18
- Mohl**, Robert von, Staatsrechtslehrer 422
- Molkenbuhr**, Hermann, Parteisekretär in Berlin, MdR (SPD/USPD) 1890—1918 329, 497, 568, 589, 606 f.
- Monarchie**  
 — Diskussion über Fortbestehen 99, 261, 523, 595  
 Forderung Wilsons nach Abschaffung 211 f., 357  
 Ansicht der Bevölkerung 89, 98, 518, 602  
 Gefahr für Bestand 427, 457, 565, 577  
 Haltung der SPD 461, 516, 560 f., 577, 597, 604  
 USPD für Abschaffung 461, 517
- Montenegro** 14
- Moskau**, deutsches Generalkonsulat 414

- Mudra, K. Bruno J. von**, General der Infanterie 397 f., 400, 402 ff., 409, 481
- Mühlon, J. Wilhelm**, Mgl. des Direktoriums der Firma Krupp 136
- Müller (Meiningen), Ernst**, Oberlandesgerichtsrat in München, MdR (FVP) 1898—1918, Mgl. des Bayer. Abgh. 1905—1918, Fraktionsvors. 70, 330, 412
- Teilnahme an Sitzungen des Verfassungsausschusses 4. 5. 1917 110
  - Interfrakt. Ausschusses 4. 10. 1918 70 f., 73
  - 17. 10. 1918 253 ff.
  - 18. 10. 1918 263 ff.
  - 24. 10. 1918 329
  - Unterausschusses über Kommandogewalt 269, 307
  - Reichstags 22. 10. 1918 330
  - zu Verfassungsänderungen 254 f.
  - für Einschränkung der kaiserl. Kommandogewalt 269, 352
  - zur Pressepolitik 264
  - über Verhandlungen mit Wilson 71, 73 f.
  - zu milit. Fragen
  - Kriegslage 75
  - Beurteilung des Kriegspresseamtes 265
  - für Besserstellung der Mannschaftsgrade 266, 310
- Müller, Georg Alexander von**, Admiral, Chef des Kaiserl. Marinekabinetts 180, 429, 550
- Müller (Fulda), Richard**, Fabrikbesitzer in Fulda, MdR (Zentr.) seit 1893
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses
  - 1. 10. 1918 3, 19, 29
  - 7. 11. 1918 568
  - 8. 11. 1918 589, 605 f., 610
  - Aufzeichnungen über 9. 11. 1918 629 ff.
- München**
- Fliegerangriffe 513
  - Revolution 534, 581, 606, 613 f.
- Mumm von Schwarzenstein, Philipp Alfons** Frhr., Botschafter, deutscher Vertr. in der Ukraine 225, 538
- Nadolny, Rudolf**, Geh. Leg.Rat, Referent für Ostfragen im Ausw. Amt 198, 413, 415, 526, 541, 544 f.
- Napoleon III.**, Kaiser der Franzosen (1852—1870) 314
- Nationalliberale Partei** 76, 89, 124, 392 f., 573
- Reichstagsfraktion
  - Fraktionssitzungen 3. 10. 1918 70
  - 1. 11. 1918 507
  - 8. 11. 1918 603 f.
- zu Verfassungsfragen
  - Verfassungsänderungen 254, 306
  - Parlamentarisierung 312, 391, 571 f.
  - Abdankungsfrage 132, 179 f., 450, 461, 603 f.
  - zur Innenpolitik
  - Verhältnis zu Mehrheitsparteien, Mitarbeit im Interfrakt. Ausschuß 27, 69 f., 76
  - Teilnahme an Sitzung 12. 10. 1918 165
  - Programm der Reichstagsmehrheit 13, 69 f., 148
  - Programm der SPD 23. 9. 1918 27, 69, 604
  - eigenes Programm 69
  - Friedensfrage 27, 134
  - Verhältnis zur SPD 604
  - Regierungsbildung
  - Verhandlungen über Eintritt 8 f., 12, 15, 27, 38 ff., 56
  - eigene Stellungnahme 27, 40, 56, 70, 74, 180
  - Forderung auf Reichsämter 70, 293, 497, 569, 571
  - Friedberg als Vertreter im Gesamtkabinett 70, 125, 144
  - Kanzlerkrise 170
  - Wahlrechtsreform 572, 606 ff.
  - über revolutionäre Bewegungen 604
  - zu Verhandlungen mit Wilson 56, 74, 134
  - über Kriegführung und Streitkräfte
  - Kriegslage 218 f., 313
  - Räumung besetzter Gebiete 111, 123
  - Verhältnis zur OHL 218
  - Provinzial- und Landesverbände
  - Mitteilung Stresemanns an Delegierte der Provinzialverbände 13. 10. 1918 178 ff.
  - Billigung der Fraktionspolitik durch Landesverband Brandenburg 148
  - Preußen
  - Fraktion des Preuß. Abgh. 101
- Naumann, Friedrich**, Schriftsteller in Berlin, MdR (FVP) 1907—1911, seit 1913 3, 19, 148, 385, 512
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 5, 19, 29
  - 12. 10. 1918 148
  - 17. 10. 1918 253
  - 18. 10. 1918 263, 266
  - 21. 10. 1918 303
  - 24. 10. 1918 329
  - 5. 11. 1918 509, 512, 516
  - der FVP-Fraktion 15. 10. 1918 201
  - 25. 10. 1918 337
  - Teilnahme an Besprechung der FVP-Mitglieder des Interfrakt. Ausschusses 13. 10. 1918 167
  - bei Holtzendorff 26. 10. 1918 385
  - vorgeschlagen als Staatssekretär bzw. preuß. Minister 18

- zu Innenpolitik und Verfassungsfragen um die Nachfolge Hertlings 5, 29
- Besetzung des preuß. Staatsministeriums 5
- Kanzlerkrise 167
- für Beseitigung des Kriegspresseamts 266
- Abdankungsfrage 337, 516
- zur Ostpolitik 90, 201
- über Kriegslage 175 f.
- für Räumung Polens 516
- über Ludendorff 266
  
- Naumann, Victor, Publizist** 422
  
- Neutrale Staaten** 186, 216, 262
- zur Abdankungsfrage 164, 268, 445 f., 502, 516
- s. a. Presse
  
- Nicolai, Walter, Oberst, Leiter der Abt. Presse und innere Abwehr in der OHL** 104, 116, 127, 135, 268, 271 f., 344
  
- Niemeyer, Theodor, Völkerrechtslehrer** 549
  
- Nieser, Friedrich Franz Joseph, Bundesratsbevollm. für Baden** 50, 57, 108, 455, 583
  
- Nobis, Eduard, Bundesratsbevollm. für Elsaß-Lothringen** 58 f., 92, 419
  
- Norddeutsche Allgemeine Zeitung** 137, 147, 156, 166, 171, 173, 175, 177, 183, 189, 313, 392 f., 425, 432, 455, 484, 554, 558, 583
  
- Norddeutscher Bund** 47
  
- Nordschleswig** 249, 313 ff.
  
- Northcliffe, Alfred Harmsworth Viscount, Verleger** 484
  
- Noske, Gustav, Redakteur in Chemnitz, MdR (SPD) seit 1906** 95
- Rede im Reichstag 24. 10. 1918 324
- Telephonate mit Payer 5. 11. 1918 547
- Scheidemann 7. 11. 1918 553 f., 559 f., 563, 588
- zum Vereins- und Versammlungsrecht 324
- für Amnestierung polit. Gefangener 543, 547 f.
- zur Kaiserfrage 325 f., 361
- Entsendung durch die Reichsleitung nach Kiel 496, 498, 511 f., 537, 548
- Tätigkeit 538, 543, 547, 549 f., 554, 559 f., 585, 588
  
- Nostitz-Drzewiecki, Hans von, Bundesratsbevollm. für Sachsen** 86, 105 ff., 190 f., 193, 418 f., 455, 458 f.
  
- Nowicki, Stanislaw, Gewerkschaftsvors. in Posen, MdR (Pole)** 1910—1918 295
  
- Nüßlein, Ritter von, stellv. Bundesratsbevollm. für Bayern** 281, 348, 351
  
- Oberbefehlshaber in den Marken** 414, 542, 544, 565, 574, 620, 631; s. a. Linsingen
  
- Oberbefehlshaber Ost (Oberost)** 116, 194, 197 f., 217, 222, 272, 469, 539; s. a. Besetzte Gebiete
  
- Obermilitärbefehlshaber** s. Preußen, Kriegsminister
  
- Oberndorff, Alfred Graf von, Gesandter in Sofia, Mgl. der Waffenstillstandskommission** 198, 557, 567
  
- Oberpräsidenten, preußische**
- in Berlin 623 f.
- Nordschleswig 315
- Rechte gegenüber Militärbehörden 323, 621
- zur Politik gegenüber poln. Minderheit 186 f.
- Besprechung in Berlin 17. 10. 1918 230
- Forderungen nach Absetzung 522
  
- Oberschlesien**
- poln. Minderheit 90, 186
- deutsche Politik 297
- Schulgesetzgebung 298
- Forderungen nach Abtretung 125, 294, 383, 478
- deutsche Haltung 186 f., 294, 296, 482, 484
- Bedrohung durch Entente 404, 409
- Kohlenreviere 184, 267, 383, 478, 539
  
- Oberste Heeresleitung** 82, 100, 102 f., 110, 135, 157, 237, 261, 274, 325, 465, 482 f., 615
- zu Verfassungsfragen
- Parlamentarisierung 28, 60
- Abdankungsfrage 361
- zur Innenpolitik
- Anteil am Sturz Bethmann Hollwegs 355
- an der Verabschiedung Valentinis 355
- Regierungsbildung 43, 60
- zur Kanzlerkandidatur Max' von Baden 12, 41, 60
- für beschleunigte Regierungsbildung 20, 27, 41, 78, 463
- unterstützt Regierung Max von Baden 123
- gegen Amnestierung Liebknechts 97
- Kanzlerkrise 163, 169, 175, 177
- Telegramm an Reichskanzler 14. 10. 1918 205 f.
- Haltung des Kriegskabinetts 16. 10. 1918 206, 208

- Konflikte mit der Reichsleitung 266, 280, 282 f., 285, 289 ff., 295 f., 298, 339, 345, 359 ff., 374
- Beratung des Kriegskabinetts über Haltung der OHL 219
- Haltung Stresemanns 382
- Pressepolitik 272
- Verwaltung der besetzten Gebiete im Osten 100
- zur Außenpolitik
    - Belgien 120
    - Polen 185, 489
    - Ungarn 487
    - österreich. Waffenstillstand 482, 484, 491, 513
  - zu Friedensfragen
    - Verhandlungen mit Wilson 20, 49, 54, 59, 65, 73 ff., 78, 80, 94, 103 f., 113, 140, 143, 145 ff., 159 f., 212, 216, 221, 239, 247, 265, 291, 336
    - els.-lothr. Frage 58, 91 f., 101, 142 f.
    - Abtretung der poln. Gebietsteile Preußens 142 f.
    - Haltung der Entente zur OHL 333, 359, 633
    - Forderung nach Waffenstillstand 20, 44, 49, 53, 60, 65, 74 f., 78, 110, 117, 121, 134, 139, 161, 164, 179, 216, 221, 239, 252, 281, 285, 289, 342, 353, 403 f., 458, 632
    - Bereitschaft zur Kapitulation 556
  - zu militärischen Fragen
    - Beurteilung der Kriegslage 245
    - 24. 9. 1918 60
    - 30. 9. 1918 60
    - 2. 10. 1918 44, 75, 179
    - 3. 10. 1918 65 f.
    - 10. 10. 1918 132, 142
    - 25. 10. 1918 368
    - 5. 11. 1918 530, 535, 541
    - Forderung nach Aushebung neuer Truppen 122 f., 143, 217, 225
    - gegen Levée en masse 118, 127
    - Räumung besetzter Gebiete 111, 120 f., 138, 140, 180, 403 f., 539
    - für Einmarsch in Ukraine 222, 224
    - für Fortführung des U-Boot-Krieges 280, 282 f., 285, 291, 298
    - zur Besserstellung der Mannschaftsgrade 309 f., 318
    - Maßnahmen zur Sicherung Bayerns und Sachsens 480, 490 f., 493 f., 497, 504 ff.
  - Organisation
    - Amt des Generalquartiermeisters, Besetzung 431
    - Operationsabteilung 393, 436
    - Polit. Abteilung 344 f.
    - Auslandsabteilung 393
    - Kriegspresseamt 135
    - Chef des Nachrichtendienstes 398
  - im Urteil
    - der Bevölkerung 534
    - der Konservativen 94
    - Payers 53, 282
    - Solfs 239, 252
    - der SPD 267
- Stresemanns 178 f.
- der Teilnehmer einer Besprechung Payers mit den Bundesratsbevollm. 53 f., 60
- Odessa** 483, 528 f., 567
- Österreich-Ungarn, Deutsch-Österreich** 498
- innere Lage 359, 386, 390
  - Presse 391
  - Auflösungerscheinungen 210, 268, 482
  - Anerkennung der Nachfolgestaaten 481; s. a. Südslawien; Tschechoslowakei; Ungarn
  - Bolschewismus 390, 481
  - Böhmen 447, 482, 511
  - Ausrufung des tschechoslowak. Staates 210, 386
  - Deutsch-Böhmen 390, 399
  - Besetzung durch deutsche Truppen 480, 489, 493, 497, 524, 529, 541
  - Deutsch-Österreich
    - Nationalversammlung 384
    - Nationalrat 358, 414
    - Haltung zu Waffenstillstandsverhandlungen 481, 490, 567 f.
    - zum deutschen Einmarsch in Tirol 489
  - deutsche Ernährungshilfe 391
  - Parteien 385
  - Soz. Dem. 521, 523
  - Anschluß an Deutschland 390, 440, 478, 482, 521, 523, 617; s. a. Tirol
  - Wirtschaft
    - Ernährungslage 359, 389
    - Verhandlungen über deutsche Lebensmittelhilfe 358 f., 384 f., 389 ff.
    - deutsche Kohlenlieferungen 487 f.
  - Außenpolitik
    - Beziehungen zum Reich, Bündnisverpflichtungen 484
    - Schreiben Kaiser Karls an Wilhelm II. 27. 10. 1918 385
    - Telegrammwechsel mit Wilhelm II. 482
  - Ostpolitik 484
  - Polenpolitik 184 f.; s. a. Galizien
  - Armee, Kriegführung, milit. Lage 132, 246
  - Truppen an der Westfront 481, 529
  - Lage an der Isonzo-Front 116
  - Südost-Front 117
  - Kapitulation 405, 409
  - Friedensverhandlungen
    - Kriegsmüdigkeit 176, 246, 250 f., 368, 385 ff., 399 f., 402, 404 ff., 411, 506
    - Verhandlungen mit Wilson 68, 237, 246, 385, 390, 405 f., 478
  - Waffenstillstand
    - Bedingungen 481 f., 490, 540
    - Rückwirkung auf Deutschland 387, 404, 411, 489, 494, 506 f.
    - dt. Stellungnahme 487, 497, 505, 513

- Olberg, Alfred von**, Major im Kriegspresseamt, Leiter der Oberzensurstelle 134
- Oldenburg**, Großherzogtum 108, 367, 459
- Oldershausen, Erich Frhr. von**, Oberst, Chef des Feldeisenbahnwesens 539
- Oppen, Heinrich von**, Polizeipräsident in Berlin 414, 541 f., 574, 581, 623, 627
- Oskar**, Prinz von Preußen, Sohn Wilhelms II. 560
- Ostfriesland** 498
- Ostmark** 309
- Ostpreußen** 186, 207, 222, 539
- Oven, Ernst von**, General, Abt. Dir. im Preuß. Kriegsministerium 319
- Paasche, Hermann**, MdR (Nat.Lib.) 1881—1884, 1893—1918, Vizepräsident des Reichstags 1912—1918 125
- Pacelli, Eugenio**, Erzbischof, Apostol. Nuntius in München 446, 457
- Pachnicke, Hermann**, Schriftsteller in Berlin, MdR (FVP) 1890—1918, Mgl. des Preuß. Abgh. 1907—1918 39, 464 f., 571, 573, 589, 593, 606
- Päpstlicher Stuhl** 196  
— Note vom 1. 8. 1917 84
- Pantz, Frhr. von**, österr. Parlamentarier (Deutsche Unabhängigkeitspartei) 358
- Parlamentarisierung der Reichsleitung** 11 f., 16 f., 20, 22, 26, 28, 30 ff., 51, 60, 85, 93, 106 f., 136, 171, 254, 260, 312, 341, 418, 502, 632  
— „Volksregierung“ 377, 382, 515, 521, 564  
— auf kaiserl. Initiative 43  
— Änderung des Stellvertretergesetzes 27 f., 106, 108  
— Einführung des parlamentar. Systems 85, 93, 107  
— und Bundesstaaten 85  
— und Krone 22, 212  
— Wirkung auf das Inland 85  
  Ausland 51, 60  
— Parlamentarisierung in Preußen 293, 573  
s. a. Reichsleitung; Reichsverfassung
- Parteien** 407, 445, 524  
— Versammlungen  
  Zulassung 432 f., 453  
  der Mehrheitsparteien in Köln 3. 11. 1918 391
- Parteigruppierungen  
  Rechtsparteien 43, 181, 258  
  Mittelparteien 110, 178, 189, 306, 312, 508, 612  
  „Die Linke“ 258, 346, 373, 633
- Partikularismus in Deutschland** 514, 520 f.  
— Rheinbundtendenzen 383, 502, 520  
s. a. Bayern; Föderalismus
- Paul, Ludwig**, österr.-ungar. Minister für Volksernährung 27. 2. 1917—22. 7. 1918 358
- Paulssen, Arnold**, Bundesratsbevollm. für die thüring. Staaten 108, 190, 193, 419, 455
- Payer, Friedrich von**, MdR (FVP) 1877—1878, 1880—1887, 1890—1917, Vizekanzler 12. 11. 1917 bis 9. 11. 1918 22, 29, 45, 86, 160, 162, 165 f., 175 ff., 213, 218, 233, 250 f., 258, 260, 262 f., 297, 309, 322 f., 325, 337, 341, 343, 347, 361, 374, 400, 402 f., 425, 448, 476, 479, 484, 490 f., 493, 575, 577, 581, 584  
— Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87, 89 ff.  
  7. 10. 1918 95 ff.  
  8. 10. 1918 109 f.  
  10. 10. 1918 126 f., 130  
  11. 10. 1918 134  
  14. 10. 1918 181 f., 184 ff.  
  15. 10. 1918 193, 197 ff.  
  16. 10. 1918 205, 209, 213 f.  
  17. 10. 1918 217, 219  
  18. 10. 1918 257  
  19. 10. 1918 269, 273 f., 277 f., 281 f.  
  20. 10. 1918 288, 290 f.  
  21. 10. 1918 294 f., 298, 304 f.  
  23. 10. 1918 307 ff., 312 f., 316  
  24. 10. 1918 320, 332 f., 340  
  25. 10. 1918 342, 346  
  26. 10. 1918 365 ff., 375 f.  
  27. 10. 1918 384, 386 ff., 390, 392  
  28. 10. 1918 397 f., 409 f.  
  30. 10. 1918 423 f., 426  
  31. 10. 1918 437, 441, 446  
  1. 11. 1918 452 ff.  
  3. 11. 1918 477, 479, 483  
  4. 11. 1918 487, 494, 496  
  5. 11. 1918 509  
  6. 11. 1918 515  
  7. 11. 1918 574, 578, 580  
  8. 11. 1918 583, 586 f., 611  
Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65 f., 68  
  7. 10. 1918 98 ff.  
  11. 10. 1918 137, 139, 142  
  12. 10. 1918 144, 146 f.  
  17. 10. 1918 220, 230, 242, 245, 249, 253  
  18. 10. 1918 261  
  28. 10. 1918 412, 415 f.  
  2. 11. 1918 468 f.  
  4. 11. 1918 504  
  5. 11. 1918 526, 535, 541

- Interfrakt. Ausschusses 11. 10. 1918 136 f.  
13. 10. 1918 168, 171, 174 f., 177 f.  
Bundesrats 3. 10. 1918 50 ff.  
15. 10. 1918 192 f.  
Kronrats 2. 10. 1918 43
- Reden  
in Stuttgart 12. 9. 1918 4 f.  
im Hauptausschuß 24. 9. 1918 5, 183, 200
- Teilnahme an Besprechungen  
beim Reichskanzler 5. 10. 1918 81  
9. 10. 1918 115  
12. 10. 1918 163  
31. 10. 1918 437  
7. 11. 1918 579  
zwischen Max von Baden und Stresemann  
2. 10. 1918 39  
über Entwurf der Rede des Reichskanzlers  
vom 5. 10. 1918 78 ff.  
über Presse- und Nachrichtenwesen 11. 10.  
1918 135, 393
- Teilnahme an Pressevorträgen  
8. 10. 1918 104  
9. 11. 1918 614
- Unterredungen mit  
Berg 1. 10. 1918 16  
Beseler 6. 11. 1918 539  
Drews, Scheidemann 2. 11. 1918 460, 463  
Ebert, Erzberger, Gröber, Haußmann,  
Scheidemann 12. 10. 1918 165  
Erzberger 4. 10. 1918 77  
Haeften 2. 11. 1918 475  
Haußmann, Fischbeck, Pachnicke 2. 11.  
1918 464  
Hindenburg, Hintze, Roedern, Berg 2. 10.  
1918 42  
Hindenburg, Ludendorff 25. 10. 1918 362,  
366, 368  
Lerchenfeld 1. 10. 1918 28  
Max von Baden 1. 10. 1918 28  
26. 10. 1918 364  
Max von Baden, Roedern, Hintze, v. d. Bus-  
sche 1. 10. 1918 33  
Max von Baden, Roedern, Erzberger, Solf  
12. 10. 1918 163  
Parteiführern 1. 10. 1918 33, 35  
3. 10. 1918 60  
20. 10. 1918 270
- Telephonate mit  
Groener 9. 11. 1918 616  
Noske 5. 11. 1918 574
- Schreiben an  
Radowitz 8. 10. 1918 105  
Stolte, Blunck, Stubbe 6. 11. 1918 563
- empfängt Schreiben von  
Hohmann 28. 10. 1918 412  
Stresemann 2. 10. 1918 39  
21. 10. 1918 270
- Verbleiben als Vizekanzler 3, 18, 29 f., 51
- übergibt Zentrale für Heimatdienst an Erz-  
berger 133
- zu Verfassungsfragen  
Denkschrift Lewalds 47  
föderativer Reichsaufbau 56, 192 f.  
Parlamentarisierung und Verfassungsre-  
form 57, 99, 110, 174, 181 f., 259, 261, 617  
Abdankungs- und Regentschaftsfrage 98,  
346, 369, 428, 441, 446, 463 f., 479, 551, 578,  
616
- zur Innenpolitik  
Nachfolge Hertlings  
— für schnelle Besetzung des Kanzleramts  
22, 24, 33, 35  
— für Kanzlerschaft Max' von Baden 20, 24,  
28, 32, 35  
— Kandidat der Mehrheitsparteien 11, 17,  
30, 35  
— Verhandlungen über seine Kanzler-  
kandidatur 12 ff., 23, 26  
— Bergs Haltung dazu 12 ff., 16  
— eigene Ablehnung 13, 20, 22 ff., 28 ff.,  
33, 35, 163  
Programm der Mehrheitsparteien 21, 24,  
28, 33  
gegen Koalitionskabinett 12, 16  
Regierungsbildung 24, 33, 35, 38, 51, 56,  
60 f., 97 f., 110  
— Haltung zu Staatssekretären ohne Porte-  
feuille 33, 35, 38 f., 52, 57  
— für Beteiligung der Nat.Lib. 39 f., 56  
— über Erzbergers Ernennung zum Staats-  
sekretär 43, 61  
preuß. Wahlrechtsfrage 14 f., 101  
Amnestie für polit. Gefangene 89, 95 f., 130,  
305, 586  
Stellungnahme bei Konflikten Reichslei-  
tung—OHL 104, 127, 290 f., 293, 298, 333,  
364, 366, 375, 437  
Kanzlerkrise 136, 163, 165, 171, 178  
Pressepolitik 392, 426, 487  
gegen Veröffentlichung der Kabinettsorder  
28. 10. 1918 410  
Zensur-, Vereins- und Versammlungsrecht  
416, 453 ff., 578  
Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegun-  
gen 496, 547 f., 550  
Regierungsumbildung 580, 587, 611 f., 616 f.  
gegen Ultimatum der SPD 578, 580 f., 616
- zur Außenpolitik  
Ostpolitik 4 f., 102, 157, 177  
— Balt. Staaten 91, 197 ff.  
— Polen 58, 91, 185 ff.  
— Sowjetrußland 398, 415  
Belgien 22  
Österreich 390
- zu Friedensfragen 181  
Verhandlungen mit Wilson 49 f., 53 ff., 57,  
66 ff., 139, 146, 230, 245, 249, 253, 258,  
273 f., 277, 281, 295, 340, 368, 375 f., 386 ff.  
zur els.-lothr. Frage 57 ff., 66, 91, 102, 109,  
213 f., 294, 308, 313, 424, 468

- Nordschleswig-Problem 308 f., 313, 316  
 Abtretung der poln. Gebietsteile Preußens 66  
 Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen 468 f., 535
- zu militärischen Fragen  
 Kriegslage 209, 219, 230, 245, 281 f., 332 f., 368 f., 398, 409, 464  
 Kriegführung 57, 494  
 — Räumung besetzter Gebiete 126, 245, 249, 483  
 — U-Boot-Krieg 245, 275, 278, 281  
 — Einmarsch deutscher Truppen in Österreich 506  
 Rekrutierungsfragen 103  
 für Besserstellung der Mannschaftsgrade 310, 320
- Verhältnis zum Kaiser 30
- Haltung zu  
 Konservativen 367  
 Nat.Lib. 164
- Urteile über  
 Hahn 77  
 Liebknecht 96  
 Ludendorff 88
- Peters**, Unterstaatssekretär beim Preuß. Staatskommissariat für Volksernährung 97, 130
- Petersburg** 116, 398
- Pfalz** 478
- Pfeiffer**, Maximilian, Bibliothekar in München, MdR (Zentr.) seit 1907 76, 606
- Pfleger**, Franz Joseph, Rechtsanwalt in Weiden, MdR (Zentr.) seit 1912 605
- Pilsudski**, Josef, poln. Offizier und Politiker 424
- Plessen**, Hans G. H. von, Generaloberst, Generaladjutant des Kaisers 282 ff., 290, 460, 463, 619 f., 627
- Poetzsch**, stellv. Bundesratsbevollm. für Sachsen 583
- Polen** 54, 57, 87, 102, 105, 182, 268, 318, 455, 484, 529
- deutsche Besetzung  
 Generalgouverneur 184  
 Generalgouvernement 185  
 deutsche Zivilverwaltung 100, 186  
 Terrorakte 90  
 Emigrantenorganisation in der Schweiz 297  
 Räumungsfrage 120, 184, 186, 391, 469, 482 ff., 489, 516, 528, 538 ff.; s. a. Bolschewismus  
 wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 184, 391, 539  
 Transportwesen 185 f., 539
- Abstimmung deutscher, österr. und ungar. Interessen 185 f., 318
- Besprechung über Polenpolitik im Kriegskabinet 6. 10. 1918 90  
 14. 10. 1918 184 ff.  
 3. 11. 1918 482 ff., 489  
 Gesamtkabinet 5. 11. 1918 539
- innere Zustände und Parteiverhältnisse 22, 90, 295  
 Proklamation 5. 11. 1916 184  
 Aufbau verfassungsmäßiger Einrichtungen 90, 184, 186  
 Staatsrat, Regentschaftsrat 90, 184 ff., 297  
 deutsche Minderheit 188  
 Armee 90, 184 ff., 489, 540
- Staatsgebiet und Grenzen 54, 184  
 Kongreßpolen 484  
 Grenzen mit Litauen 91, 195 f.; s. a. Bialystok; Wilna  
 — Sowjetrußland 185  
 — dem Reich  
 Annexionsforderungen 125, 184  
 Zugang zum Meer, Freihafen 54, 183 f.  
 Ausschluß von Brester Verhandlungen 185
- Außenpolitik  
 Deutschland 186, 489  
 — Entwurf eines deutsch-poln. Friedensvertrages 90  
 Tschechoslowakei 482
- Polnische Gebietsteile Preußens** s. Preußen
- Polnische Gesellschaft** 186
- Polnische Minderheiten**  
 — im Ruhrgebiet 187  
 — in Preußen s. Preußen, polnische Gebiete
- Polnische Reichstagsfraktion** 155, 181, 266, 268, 294, 307  
 — zu Verhandlungen mit Wilson 74  
 — zu Verfassungsreformen 270  
 — Forderung nach Abtretung poln. Gebiete an Polen 294, 467
- Porsch**, Felix, Rechtsanwalt in Breslau, Mgl. des Preuß. Abgh. (Zentr.) seit 1884, Fraktionsvors. 26, 36, 573, 589
- Portugal** 234
- Posen**  
 — poln. Minderheit 90  
 — Schulgesetzgebung 298  
 — Forderung nach Abtretung 125, 294, 383, 478  
 deutsche Haltung 186, 294; s. a. Preußen, polnische Gebietsteile

Prag 482, 511

— Unruhen 474

Prager Friede 1866 313 f., 317

### Presse

— deutsche

zur Rede des Reichskanzlers 5. 10. 1918 82  
zu Verhandlungen mit Wilson 154, 206, 338,  
357

Agitation gegen die Regierung 264, 271, 321  
zur Abdankungsfrage 323 f., 338, 346, 357,  
392, 471, 474; s. a. Zensur  
über Verfassungsfragen 341

zum Selbstbestimmungsrecht 308 f., 357  
über Versailler Beratung der Alliierten 553

Parteipresse 324, 338, 392

— bürgerliche 521, 578

— freisinnig-fortschrittliche 392

— konservative 72 f., 346, 367

— liberale 323, 392 f., 399

— sozialistische 323, 346 f., 392, 408, 430,  
439, 471

— Zentrumspresse 392

Presse in

— der Rheinprovinz 392

— Bayern 428, 514 f.

— poln. Gebietsteilen Preußens 183, 186

— ausländische

österreichische 391

der Entente 444

— amerikanische 170

— britische 110, 170

— französische 172

neutrale 174, 177

— niederländische 171, 509

— schweizerische 136, 502

— Pressebesprechungen 194

in der Reichskanzlei 16. 10. 1918 205, 210  
25. 10. 1918 355 ff., 360, 369, 425

2. 11. 1918 467

OHL 272

### Pressepolitik und Propaganda

amtl. Pressebüros s. Auswärtiges Amt;  
Kriegspresseamt; Reichskanzlei

Sitzung der Pressechefs der Zentralbehörden  
328, 338 f.

Neuorganisation des Pressewesens 343 ff.;  
s. a. Reichskanzler

Sitzung über Vereinheitlichung von Presse-  
und Nachrichtenwesen 134 f., 393

Presse und Öffentlichkeit 147; s. a. Reichs-  
presseamt

— Staatssekretär für Pressepolitik 555

— Richtlinien an die Presse über

Ostpolitik 87, 105

Elsaß-Lothringen 87, 105

Völkerbundsfragen 87, 99

Verhandlungen mit Wilson 110, 134, 147,  
264

Kanzlerkrise 140, 151, 173, 177

Kriegslage 215

Verfassungsfragen 258 f., 262, 347 f., 356,  
373, 400

Reise Hindenburgs und Ludendorffs nach  
Berlin 333, 344

Rücktritt Ludendorffs 425

österr. Waffenstillstand 487, 497

s. a. Zensur

### Preußen

— Verhältnis zum Reich 106

— Präsidialrechte 422 f.

für Stellvertretergesetz 337

— Zustimmung zu Verfassungsänderungen  
130 f., 367, 417

— Polenpolitik 297, 540

— Änderung des Verfassungssystems s.  
Monarchie; Republik

— Wahlrechtsfrage s. Wahlrecht, preußi-  
sches

Preußen, Kriegsminister(ium) 134, 419, 589

— Besetzung 9 f., 18, 125

— Einsetzung eines parlament. Unterstaats-  
sekretärs 10, 18, 27

— Forderung der Mehrheitsparteien nach An-  
erkennung der Kaiserproklamation 12, 18

— Verantwortlichkeit 331, 350 f., 354, 381 f.

— Obermilitärbefehlshaber 89, 135, 416 f.,  
432 ff., 452, 454, 496, 544, 621, 625

— Staatssekretär des „Reichskriegsamts“ 103,  
307

„Reichskriegswesen“ 342

— Verwaltung des Heeres 305, 307, 337, 349

— Vertreter des Kanzlers für das Gebiet des  
Kriegswesens 335, 349, 417

— Handhabung von Belagerungszustand, Zen-  
sur, Versammlungsrecht 89, 329, 426, 432 ff.

— Unterstellung von

Generalstab 349, 366

Kriegspresseamt 134, 272

Militärkabinett 250, 255, 288, 381, 418

Nachrichtenwesen 135, 583 f.

### Preußen, polnische Gebietsteile, Land und Be- völkerung

— internationale Aspekte

Wilson's Forderung nach Abtretung 53 f.,  
58, 66 ff., 139, 144 f., 183

Erörterung der deutschen Haltung in

— Sitzungen des Gesamtkabinetts 3. 10.  
1918 66 ff.

11. 10. 1918 139, 141 ff.

3. 11. 1918 484

— Besprechung Payers mit Bundesrats-  
bevollm. 3. 10. 1918 58, 60

— Stellungnahme der OHL 57 f., 140, 142 f.

— Annexionsforderungen Polens 184

- Polenpolitik 90, 186 f.
  - Bevölkerung, Berücksichtigung bei Wahlrechtsfrage 89
  - innere Angelegenheiten Preußens, Zurückweisung des Selbstbestimmungsrechts 313, 316
  - Autonomieforderungen 53 f., 141
  - Aufruf 13. 10. 1918 183, 186
  - Pläne für Ministerium für poln. Angelegenheiten 18
  - Rückwirkung des Abzugs deutscher Truppen 483, 539
  - Presse 183, 186
  - Schulgesetzgebung 90
  - Aufhebung von Ausnahmegesetzgebung 187, 208, 297
  - poln. Organisationen 178
- Preußen, Regentschaft** 441 ff., 451, 456, 459, 472, 522, 560 f., 582, 599, 611
- Preußen, Staatsministerium** 254, 269
- Zusammensetzung 18, 20, 24, 27, 342, 572
  - Teilnahme an Sitzungen der Reichsleitung 260, 312 ff., 320 ff.
  - Kabinettsitzungen 18. 10. 1918 397  
21. 10. 1918 297  
4. 11. 1918 473  
8. 11. 1918 589, 610
  - Ministerpräsident, Trennung vom Reichskanzleramt 18, 571
  - Schreiben Breitenbachs an Mgl. 2. 11. 1918 471 ff.
  - Vizepräsident 5, 40
  - Minister der ausw. Angelegenheiten 18
  - Minister des Innern 90, 322 f., 342, 414, 589  
Polizeiwesen 377, 398
  - Minister für Handel und Gewerbe 18, 52, 104, 254
  - Justizminister 342, 586
  - Kultusminister 18, 70
  - Landwirtschaftsminister 125
  - Pläne zur Schaffung eines Ministeriums für poln. Angelegenheiten 18
  - Pläne zur Schaffung eines Ministeriums für Demobilisation 587 f.
  - Parlamentarisierung 497, 516, 522, 524, 571 ff., 577, 589 ff., 599 f., 607, 610
- Preußisches Abgeordnetenhaus** 572
- Mehrheitsbildung und Fraktionen 111, 571, 610  
Besprechung mit Reichstagsmehrheit 7. 11. 1918 572 f.
  - und Wahlrechtsreform 39, 100 f., 571, 590, 592  
Auflösungsvorschläge zur Durchsetzung der Wahlrechtsreform 100 f., 610
  - Rechte bei Einsetzung einer Regentschaft 441 ff., 472, 611
  - zur Polenpolitik der Regierung 188
- Preußisches Herrenhaus**
- Sitzungen 26. 10. 1918 346  
31. 10. 1918 346
  - Besprechung von Vertretern mit Mgl. der Reichstagsmehrheit 6. 10. 1918 89
  - Herrenhausvorlage 100
  - Befassung mit Wahlrechtsreform 13 ff., 100 f.
  - Rechte bei Einsetzung einer Regentschaft 441 f., 444, 472
  - Reform 89, 100, 593
  - Pairsschub 14, 101, 590, 592 f.
  - Forderungen nach Einschränkung seiner Rechte bzw. Beseitigung 550, 593
  - Treueresolution 346 f.
  - zur Polenpolitik 188
- Preußische Verfassung** vom 31. 1. 1850
- Artikel 46 443
  - Artikel 48 334
  - Artikel 56/57 472, 611
  - Verfassungsänderung als Voraussetzung für Reform des Bundesrats 572
- Prittitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von, Leg.Sekr., Adjutant des Reichskanzlers** 362, 476, 614, 619
- Quarck, Max, Redakteur in Frankfurt a. M., Mdr (SPD) 1912—1918** 75
- Quessel, Ludwig, Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte, Mdr (SPD) 1912—1918** 94, 520
- Quidde, Ludwig, Mgl. des Bayer. Landtags (Lib.) 1907—1918** 479
- Racknitz, von, Major** 614
- Radowitz, Wilhelm von, Unterstaatssekretär und Chef der Reichskanzlei** Nov. 1917 bis 10. 10. 1918
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 87, 95, 121, 128  
Gesamtkabinetts 65, 99
  - Teilnahme an Besprechungen beim Reichskanzler  
5. 10. 1918 81  
9. 10. 1918 115
  - Schreiben an Fischbeck 3. 10. 1918 37
  - empfängt Schreiben von  
Hintze 1. 10. 1918 37  
Payer 8. 10. 1918 105
  - Ablösung 11, 17, 133

- Radziwill, Ferdinand Fürst, Mgl. des Preuß. Herrenhauses, MdR (Pole) 1873—1918 489**
- Raemakers, Louis, belg. Karikaturist 95**
- Rahden, Alexander Baron von, kurländ. Landesbevollm. 199**
- Rathenau, Walther, Präsident der AEG 126, 569**  
 — Verhandlungen mit Abgeordneten der SPD 569  
 — Schreiben an Scheüch 9. 10. 1918 103  
 — Forderung einer Levée en masse 92, 100, 103, 118, 122  
 — zur Demobilisierung 569, 586
- Rauch, Leopold von, Major 627**
- Rechenberg, Albrecht Frhr. von, MdR (Zentr.) 1914—1918 18, 26, 173, 610**
- Reichsamt des Innern 79 f., 89, 201, 260 f., 297, 308, 342, 589**  
 — Besetzung der Staatssekretärsstelle 6 f., 11, 17 ff., 23 f., 26, 33 ff., 42, 51, 60, 124  
 — Abtrennung des Staatssekretariats für Propaganda 3  
 des Staatssekretariats für besetzte Gebiete 26  
 — Einführung parlament. Staatssekretäre 7, 11, 17, f., 31  
 — Pressereferat 426  
 Unterstellung des Nachrichtendienstes 53 f.  
 — Referat für Verfassungsfragen 617  
 — Zuständigkeit für Verwaltung besetzter Gebiete 100, 102, 200  
 — Gesetzentwürfe über Verfassungsänderungen 45 ff., 254, 262, 337, 349  
 — Besprechungen im Reichsamt des Innern  
 Amnestie polit. Gefangener 7. 10. 1918 96  
 über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918 147  
 über Änderung der Kommandogewalt 25. 10. 1918 348, 366  
 über revolutionäre Lage 7. 11. 1918 575, 581  
 8. 11. 1918 583
- Reichsamt für das Heerwesen**  
 — Ablehnung der Errichtung 418
- Reichsarbeitsamt 496**  
 — Schaffung 3, 26, 51, 100, 103  
 — Arbeitsgebiete 8, 17, 51  
 — Besetzung des Staatssekretariats 11, 17, 20, 23 f., 26, 33, 35 f., 42, 125, 128, 569  
 des Unterstaatssekretariats 11, 17, 19, 24, 26, 33 ff., 571
- Reichseisenbahnamt 28, 229, 610**
- Reichsgesetzgebung 589 f.; s. a. Bundesrat; Reichstag; Reichsverfassung**
- Reichshaushalt 49**  
 — „Kriegsfonds“ 52, 104; s. a. Kriegskredite
- Reichsjustizamt 342**  
 — Besetzung der Staatssekretärsstelle 9, 12, 18, 27, 40, 569
- Reichskanzlei 81, 322, 377**  
 — Chef; Besetzung durch Parlamentarier 5, 7, 11, 17, 124, 133  
 — Pressechef 147, 261, 272, 427  
 — Vorschläge zur Einsetzung parlament. Unterstaatssekretäre 11, 18, 21, 24, 31, 33, 35 f., 51, 125  
 — Mitteilung vom 6. 10. 1918 86  
 — Schreiben an Groener 25. 7. 1919 618  
 — empfängt Schreiben von Simons 14. 10. 1922 618
- Reichskanzler 3, 13, 258; s. a. Staatssekretär(e); Reichsleitung**  
 — Gegenzeichnung von Verfügungen des Kaisers 46, 110, 254, 306, 335, 342, 349 f., 353 f., 366, 380; s. a. Reichsverfassung (Art. 17)  
 — Vorsitz im Bundesrat 48, 334, 366  
 Verhältnis zum Bundesrat 110, 306 f., 335, 380, 418  
 — Abschluß von internat. Verträgen 335, 341  
 — Trennung vom Amt des preuß. Min.Präs. 18, 571  
 — Ernennungsrecht des Kaisers 25, 27, 48, 256, 334  
 — Stellvertretung 110, 349, 611; s. a. Vizekanzler  
 Stellvertretergesetz 17. 3. 1878 und seine Änderungen 27 f., 45 ff., 105, 108, 254, 335, 353, 378  
 — Auswahl und Ernennung der Staatssekretäre 8, 18  
 — Verhältnis zu OHL und Militärbehörden 89, 100, 350, 611  
 Unterstellung des Kriegspresseamts 104 f., 393  
 — des Marinekabinetts 336, 381  
 — des Militärkabinetts 335 f.  
 — sämtlicher Nachrichten- und Aufklärungsstellen 135, 272, 343, 345, 418, 584  
 — Pressevortrag 260 f., 311  
 — Verhältnis zum Reichstag 48, 110, 182, 191 ff., 251, 254 ff., 259, 306 f., 335 f., 373, 379 f., 418  
 — Verpflichtung auf Programm der Mehrheitsparteien 22, 27  
 — Vorschlag für vorläufige Ausübung der Präsidialrechte 422

- Reichskanzleramt** 11; s. a. Reichskanzlei
- Reichskolonialamt** 77, 80  
— Besetzung 8, 12, 18, 27
- Reichskommissariat für die Ostseegebiete** 100, 194 ff.
- Reichskriegswesen** 336  
— Pläne zur Bestellung eines Staatssekretärs 342; s. a. Reichsverfassung
- Reichsleitung**  
— Sitzungen des Kriegskabinetts  
6. 10. 1918 87 ff.  
7. 10. 1918 95 ff.  
8. 10. 1918 109 f.  
10. 10. 1918 126 ff.  
11. 10. 1918 133 f.  
14. 10. 1918 181 ff.  
15. 10. 1918 193 ff.  
16. 10. 1918 205 ff.  
17. 10. 1918 217 ff.  
18. 10. 1918 257 ff.  
19. 10. 1918 269 ff.  
20. 10. 1918 288 ff.  
21. 10. 1918 294 ff., 304 f.  
23. 10. 1918 307 ff.  
24. 10. 1918 320 ff., 332 ff.  
25. 10. 1918 342 ff.  
26. 10. 1918 365 ff.  
27. 10. 1918 384 ff.  
28. 10. 1918 397 ff.  
30. 10. 1918 423 ff.  
31. 10. 1918 437 ff.  
1. 11. 1918 452 ff.  
3. 11. 1918 477 ff.  
4. 11. 1918 487 ff.  
6. 11. 1918 547 ff.  
7. 11. 1918 574 ff.  
8. 11. 1918 583 ff., 611 ff.  
9. 11. 1918 629 f. (nur vorgesehen)  
Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65 ff.  
7. 10. 1918 99 ff.  
11. 10. 1918 144  
12. 10. 1918 144 ff.  
17. 10. 1918 220 ff., 242 ff.  
18. 10. 1918 261 ff., 269  
2. 11. 1918 465 ff.  
4. 11. 1918 504 ff.  
5. 11. 1918 525 ff., 541 ff.  
6. 11. 1918 562 ff., 622  
— Verhältnis zu OHL und Militärbehörden s. Oberste Heeresleitung; Militärbehörden  
Ohnmacht gegenüber Militärbehörden s. Militärdiktatur  
mangelnde Kenntnis von Aktionen der OHL 491  
gemeinsame Beratungen mit OHL 115 ff., 220 ff., 526 ff.  
Entscheidung des Kaisers in Konfliktfall 285, 287 f., 290 ff., 298, 361 f., 364
- Koalitionskabinett (mit konservativer Beteiligung) 13, 15 f., 26, 40  
— Beteiligung der Nat.Lib. 15, 27, 38 ff., 70  
— Teilnahme von preuß. Ministern an Sitzungen 260, 312 ff., 320 ff.  
— Beziehungen zum Reichstag 47, 106, 110, 330; s. a. Parlamentarisierung; Reichstag  
— Änderung des Regierungssystems Sept. 1918 85, 106, 159, 438  
Kaiserl. Erlaß 30. 9. 1918 32, 47
- Reichsmarineamt** 179, 342, 589  
— Besetzung 10, 12, 18  
— Unterstellung des Marinekabinetts 350, 418  
— Gegenzeichnung bei Ernennung des Kaisers 306
- Reichsmilitärgericht** 96, 130, 213, 305
- Reichsministerien**, Forderung nach 110, 254, 259, 571
- Reichspostamt** 9, 12, 18, 27
- Reichspresseamt**  
— Pläne zur Errichtung 3, 10 ff., 18, 27, 31, 33, 51, 61, 124  
— Diskussionen über Besetzung der Staatssekretärsstelle 19, 23, 27, 34 f., 124  
des Unterstaatssekretariats 19, 24, 33 ff., 51
- Reichsschatzamt** 220, 261, 320  
— Besetzung der Staatssekretärsstelle 8 f., 12, 18 f., 23, 27, 34 f., 40
- Reichsschiffahrtsamt**, Plan zur Schaffung 125
- Reichstag** 407, 564, 568, 592, 633  
— Sitzungen 13. 12. 1906 262 (Auflösung)  
19. 2. 1907 262  
5. 10. 1918 79, 82, 183  
19. 10. 1918 191, 311  
22. 10. 1918 253, 257, 266, 268 ff.  
23. 10. 1918 307, 312  
24. 10. 1918 303, 324 f., 329, 334 f., 379  
25. 10. 1918 341, 349  
26. 10. 1918 343, 356, 367, 378, 387, 417  
— verfassungsrechtl. Stellung 46, 48 f.  
— Gesetz über Zusammensetzung 24. 8. 1918 47  
— Recht zur Einberufung 253  
— Auflösung 262 f.; s. a. Wahlrecht  
— Verhältnis zum Bundesrat 48  
— Übernahme von Reichsämtern durch Reichstagsmitglieder 26, 46 f., 57, 84, 592; s. a. Bundesrat; Reichsverfassung; Staatssekretär(e)

- innere Organisation
    - Präsidium 68, 71 ff., 75, 253, 308, 330
    - Ältestenrat (Seniorenkonvent) 71, 74, 297, 310, 330
    - Sitzungen 5. 10. 1918 76
    - 15. 10. 1918 181
    - Ausschüsse s. Hauptausschuß; Verfassungsausschuß
    - Militärkommissionen 319 f.
  - Geschäftsordnung 330 ff.
  - Rechte, Zuständigkeiten 181, 212, 244
    - Mitsprache bei Besetzung von Reichs-  
ämtern 13, 25, 106
    - außenpolit. Kompetenzen, Zustimmungs-  
recht zu
      - Kriegserklärungen 131, 173 f., 245, 249,  
255, 261 f., 271, 303, 352, 378
      - Friedensverträgen 190, 379
      - internat. Verträgen mit Bezug auf die  
Reichsgesetzgebung 190 f., 212, 255, 262,  
335, 341, 353, 379
  - Beziehungen zur Reichsleitung s. Kriegs-  
minister; Parlamentarisierung;  
Reichskanzler; Reichsleitung;  
Vizekanzler
  - Vertrauensvotum für Max von Baden 257,  
353
  - Behandlung von Verfassungsfragen 258 f.,  
592
    - Einrichtung von Kommissionen 259 f., 268
  - und Verhandlungen mit Wilson 54, 72 f.,  
182, 258
- Reichstagsfraktionen** 19, 74, 148
- Fraktionsführer
    - Informierung über Kriegslage 44, 55, 75
    - Versammlung bei Payer 20. 10. 1918 270
    - Unterrichtung über Antwort an Wilson 388
    - Besprechung mit Statthalter von Els.-Lothr.  
419
- Reichstagsmehrheit** 94, 97, 257, 268, 571
- Programm 30. 9. 1918 10, 14 f., 20 ff., 27 ff.,  
38, 43, 52, 69, 86, 97, 371
    - Haltung Max' von Baden 21, 29, 31, 38, 43,  
52, 69, 154
    - Payers 21, 24
    - Wilhelms II. 69
    - der Nat.Lib. 13, 69 f.
    - der SPD 14, 52
    - des Zentrums 43 f., 52
  - Besprechungen der Parteiführer mit Payer  
2. 10. 1918 42
    - Roedern 30. 9. 1918 21
    - mit der neuen Fraktion des Preuß. Herren-  
hauses 6. 10. 1918 89
    - Mgl. des Preuß. Abgh. 39, 572 f.
  - zu Verfassungsfragen
    - für Verfassungsänderungen 259 f., 341, 366,  
378, 591
- Antrag zur Kommandogewalt 352
  - Kaiserfrage 517, 521 ff., 565, 599
  - zur Innenpolitik
    - Regierungsbildung 8 ff., 17 ff., 21 ff., 26 f.,  
29, 31, 34 ff., 42, 51, 60, 83, 124
  - Besetzung des Kanzleramts 11, 17 f., 23,  
26, 29 ff., 38
    - Vizekanzleramts 11, 17, 23, 26, 34 ff.
  - Einsetzung von Staatssekretären ohne  
Portefeuille 17 f., 23, 26, 31, 34
  - Bildung eines Koalitionskabinetts 26, 40, 56
  - für Schaffung neuer Staatssekretariate 18
  - für Einsetzung parlament. Unterstaats-  
sekretäre 6 f., 10 f., 17 f., 20 f., 31, 34 f., 51
  - Schaffung und Besetzung eines Reichs-  
presseamts 10 ff., 18, 27, 31, 34 f., 51
  - Besetzung des Preuß. Staatsministeriums  
18, 20, 24, 27
  - Haltung zu den Nat. Lib. 56
  - Politik gegenüber Els.-Lothr. 59
  - Forderung nach Unterrichtung über Kriegs-  
lage 21 f.
  - Wahlrechtsreformen 39, 69, 610
  - Redeordnung im Reichstag 330
  - Kanzlerkrise 136
  - Vertrauensvotum für Regierung Max von  
Baden 258 f., 303
  - Haltung zur Opposition 330 f.
  - zu Friedensfragen
    - Völkerbundsresolution 22
    - Entschädigung Belgiens 22
    - Verhandlungen mit der Entente 71 ff.; s. a.  
Friedensresolution
- Reichsverfassung** 514 f.
- Art. 1 473
  - Art. 5 48
  - Art. 9 25, 27, 38 f., 46, 48, 56, 69, 84, 107 f.,  
190, 254, 259 f., 271, 303; s. a. Parlamen-  
tarisierung
  - Art. 11 99, 130 f., 173 f., 181, 190, 212,  
244 f., 249, 254 f., 259, 261 f., 269 ff., 303,  
334 ff., 347, 352, 366, 378 f., 420, 422, 443,  
472
  - Art. 15 48, 106, 130, 254, 334, 336, 341, 353,  
378 ff., 418
  - Art. 17 110, 174, 254, 334, 336, 353, 378, 380
  - Art. 20 591, 595, 601, 606 ff.
  - Art. 21 25 f., 28, 46 f., 57, 65, 108, 254, 378
  - Aufhebung von Satz 2 durch Reichsgesetz  
28. 10. 1918 108, 254
  - Art. 53 256, 306, 353, 378, 381
  - Art. 53—55 336 f., 342, 350
  - Art. 57—68 336 f., 342, 418
  - Art. 63 253, 255 f., 271, 350, 354
  - Art. 64 256, 306, 334 f., 342, 354, 378, 381,  
418, 420

- Art. 66 306 f., 342, 349 ff., 354, 378, 381, 418, 420
- Art. 68 262
- Verfassungsänderungen 25, 56, 68, 85, 99, 105, 107, 148, 154, 173, 181, 257 f., 269, 328, 332, 338, 340, 343, 347 ff., 356, 378, 409, 425, 518, 598, 601, 606 ff., 632  
Zweckmäßigkeit während des Krieges 99, 107  
Denkschrift Lewalds 28./29. 9. 1918 25  
Gesetzentwurf 3. 10. 1918 45 ff.  
Beratungen im Bundesrat 15. 10. 1918 190 ff. 28. 10. 1918 417 ff.  
Kabinettsorder 28. 10. 1918 414, 439, 469
- Ernennung von Staatssekretären ohne Portefeuille 48
- föderativer Charakter des Reiches 55 f., 382, 502
- Steuergesetzgebung 103
- Einführung einer Regentschaft 441 ff., 456, 472
- s. a. Reichsleitung
- Reichsverweserschaft** 420 ff., 430, 443, 472;  
s. a. Preußen, Regentschaft
- Reichswirtschaftsamt**
- Errichtung 103
- Staatssekretariat, Besetzung 8, 12, 17 ff., 26, 33, 35 f., 124, 293, 569, 588, 611 f.
- Einsetzung eines parlament. Unterstaatssekretärs 17 ff., 21, 24, 26, 33 ff., 128, 570, 587
- Abtrennung der sozialpolit. Abt. 3, 8, 26, 31, 51, 100, 103; s. a. Reichsarbeitsamt eines Demobilmachungsamts 569, 586 f.
- zur Liquidation in Elsaß-Lothringen 322 f.
- Reims** 210
- Rennenkampf, Paul Edler von, russ. General** 222
- Renner, Karl, österr. Parlamentarier (SPÖ)** 358
- Republik**
- Haltung der Parteien zur Einführung FVP 522  
Nat. Lib. 520  
SPD 461, 500, 577, 597, 602  
USPD 461
- Gefährdung s. Monarchie
- möglich bei Einsetzung einer Regentschaft 420, 442, 445
- Ausrufung durch Scheidemann 630
- Restorff, Karl von, Kapitän z. S., stellv. Marinekabinettschef** 287, 549 f., 585
- Reuß, ältere Linie, Fürstentum** 367
- Revolution** 159, 595, 618
- gefördert bei  
Kanzlerwechsel 169, 177, 180, 284  
Verbleiben Wilhelms II. 522, 580, 594 f., 603 f.
- Schaffung einer zentralen Nachrichtenstelle 583 f.
- Ausbreitung in  
Norddeutschland 470, 495, 498 f., 512, 520, 524, 543, 548, 553 f., 560, 562 f., 565 f., 568, 572, 576, 578, 581, 583, 585 f., 591, 597 f., 614, 616, 623 f.  
Westdeutschland 585, 608, 614  
Mitteldeutschland 474, 490, 492, 495, 503 f., 555, 562 ff., 572, 586, 591, 594, 615, 619, 621 ff., 625  
Süddeutschland 513, 534, 537, 581, 606, 613 f., 616
- s. a. Arbeiterräte; Soldatenräte
- Rheinprovinz** 478, 513
- Rhomberg, Edmund, Votr. Rat im Ausw. Amt** 566 ff.
- Richter, Lina, Mitarbeiterin in der milit. Stelle des Ausw. Amts** 92 f.
- Richthofen, Hartmann Frhr. von, MdR (Nat. Lib.)** 1912—1918, Mgl. des Preuß. Abgh. 1915—1918 474, 603, 606 f., 610
- Richthofen, Karl Ernst Manfred Frhr. von, stellv. kommand. General des Gardekorps** 626
- Ricklin, Eugen, Präs. der 2. Kammer des Els.-lothr. Landtags, MdR (Els.-lothr. Zentr.)** 1903—1918 312, 318
- Riedel, Sektionschef im österr. Min. des Auswärtigen** 358
- Riepenhausen, C. W. Baron von, Rittergutsbesitzer** 61
- Rießer, Jacob, Justizrat in Berlin, MdR (Nat. Lib.)** seit 1916 70, 218 f., 507 f., 569 f., 587
- Riezler, Kurt, Leg. Rat an der Gesandtschaft in Moskau** 43
- Roedenbeck, Votr. Rat im preuß. Innenministerium** 452
- Roedern, Siegfried Graf von, Staatssekretär des Reichsschatzamts** 1916—1918 30, 45, 81, 86, 126, 165, 182 f., 210 f., 215, 218, 225, 234, 236 f., 244, 251, 262, 272, 291, 295, 311, 344 f., 377, 407, 534, 542

- Teilnahme an
  - Sitzungen des Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87 ff.
  - 7. 10. 1918 95 ff.
  - 8. 10. 1918 109 ff.
  - 10. 10. 1918 126 ff.
  - 11. 10. 1918 133 f.
  - 14. 10. 1918 181, 184 ff.
  - 15. 10. 1918 193, 197 f.
  - 16. 10. 1918 205, 209, 213
  - 17. 10. 1918 217, 224, 238 f., 252
  - 18. 10. 1918 250 ff.
  - 19. 10. 1918 269 ff., 273 f., 276 f.
  - 20. 10. 1918 288 ff.
  - 21. 10. 1918 294, 297, 305
  - 23. 10. 1918 307, 309 f., 312, 315 f., 318 ff.
  - 24. 10. 1918 320, 332, 335, 338 ff.
  - 25. 10. 1918 342 ff.
  - 26. 10. 1918 365, 367, 375 f.
  - 27. 10. 1918 384, 391 ff.
  - 28. 10. 1918 397 ff., 407 ff., 410
  - 30. 10. 1918 423, 425 ff.
  - 31. 10. 1918 437, 444
  - 1. 11. 1918 452
  - 3. 11. 1918 477, 480, 483
  - 4. 11. 1918 487, 490, 492 f.
  - 6. 11. 1918 548 ff., 553, 555
  - 7. 11. 1918 574, 579
  - 8. 11. 1918 583, 586 ff., 589, 611
- Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65 f., 68
  - 7. 10. 1918 99, 101 ff.
  - 12. 10. 1918 137 f., 140 f., 143 ff.
  - 17. 10. 1918 220, 242 f., 248 f.
  - 18. 10. 1918 261 ff.
  - 28. 10. 1918 412, 414
  - 2. 11. 1918 469
  - 4. 11. 1918 504 f.
  - 5. 11. 1918 526, 541, 543 f.
  - 6. 11. 1918 563
- Besprechungen bei
  - Max von Baden 9. 10. 1918 115
  - 26. 10. 1918 364
  - Payer 4. 10. 1918 78, 80 f.
  - Pressevortrag 8. 10. 1918 104 f.
- Unterredungen mit
  - Berg 1. 10. 1918 12, 16
  - Ebert 6
  - Max von Baden 12. 10. 1918 163
  - Max von Baden, Hindenburg, Payer, Hintze, Berg 2. 10. 1918 42
  - Payer, Max von Baden, Hintze, v. d. Busche 1. 10. 1918 33
  - Westarp 4. 10. 1918 74
  - Parteiführern 30. 9. 1918 21
  - 3. 10. 1918 60
- Verbleiben im Amt 9, 18, 27, 40
- Rückkehr aus dem Gr. Hauptquartier 44
- zu Verfassungsfragen 99, 110, 130, 259 f., 263, 270 f., 305, 335, 367
- Parlamentarisierung 16
- Abdankungs- und Regentschaftsfrage 399, 428, 444
- zur Innenpolitik
  - Regierungsbildung 5 f., 10, 16, 21, 30, 40, 43, 60 f., 97 f.
  - Amnestierung polit. Häftlinge 88 f., 95 f., 129 f.
  - Wahlrechtsreform 101
  - Finanz- und Wirtschaftspolitik 104, 109, 555
  - Zensur 105
  - Stellungnahme in Konflikten Reichsleitung—OHL 220, 289 f., 305, 344, 364
  - Pressepolitik 260, 338, 343, 392 f., 400, 425 ff.
  - Kabinettsorder 28. 10. 1918 410, 469
  - Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 492 f., 543 f., 548 ff., 563, 589
  - Kritik am Ultimatum der SPD 579 f.
  - Demobilmachung 181, 586 ff., 611
- zur Außenpolitik
  - Ostpolitik 102, 109, 186, 391
  - Litauen 91, 197 f.
  - Polen 90, 185
  - Sowjetrußland 397 f., 414, 544
- zu Friedensfragen
  - Friedensverhandlungen 213, 273, 553
  - Verhandlungen mit Wilson 104, 145 f., 243, 248 f., 253, 375 f., 387 f., 405
  - els.-lothr. Frage 91 f., 102, 109, 423
  - Nordschleswig-Problem 315 f.
  - gegen Abtretung der poln. Gebietsteile Preußens 294, 297
- zu militärischen Fragen
  - Kriegslage 209, 239, 252, 339 f., 399, 408
  - Kriegführung 144, 234
  - Levee en masse 92, 103, 127
  - Räumung besetzter Gebiete 224, 483, 493
  - U-Boot-Krieg 238, 274, 277
  - Maßnahmen zum Schutze Bayerns 480, 490, 493, 505
  - für Besserstellung der Mannschaftsgrade 309 f., 318 ff.
- Urteile über
  - Hahn 276
  - Karolyi 409
  - Ludendorff 53
- Haltung gegenüber den
  - Konservativen 318
  - Nat.Lib. 134
- Roenne**, Ludwig, Staatsrechtslehrer 422
- Romberg**, Konrad-Gisbert Frhr. von, Gesandter in Bern 66, 136, 387 f., 510, 514
- Ronikier**, Adam Graf, inoffizieller Vertr. der poln. Regierung in Berlin 90, 195
- Roosevelt**, Theodore, Präsident der USA (1901—1909) 448
- Ropp**, Baron von, Bischof von Wilna, seit 1917 verbannt 196
- Rosen**, Friedrich, Botschafter in Den Haag 277 ff., 372

- Rosenberg, Frederic Hans von, Gesandter, Votr. Rat im Ausw. Amt 112**  
 — Teilnahme an Sitzungen des Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65 bei Payer 4. 10. 1918 18  
 — Unterredungen mit Erzberger 4. 10. 1918 77 9. 10. 1918 112 Erzberger, Bergen, Riezler 2. 10. 1918 43 Vertretern der OHL 2. 10. 1918 43  
 — Verbleiben im Amt 19  
 — vorgeschlagen als Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei 13  
 — Kandidat für Staatssekretär des Ausw. Amtes 23 f.  
 — vorgeschlagen als Mgl. der Waffenstillstandskommission 557  
 — zur Regierungsbildung 30 f.  
 — Mitverfasser der Rede des Reichskanzlers 5. 10. 1918 81
- Roß, Colin, Schriftsteller, Oberleutnant, Mitarbeiter in der Presseabt. des Ausw. Amtes 620, 628**
- Rotten, Leiterin des Hilfsausschusses für feindliche Ausländer 322**
- Rüdlin, Otto, Staatssekretär des Reichspostamts 5. 8. 1917—6. 2. 1919 9, 27, 65, 68, 99, 102, 138, 144, 412, 415, 504, 526**
- Rumänien 405**  
 — Kriegseintritt 116  
 — Waffenstillstand mit Mittelmächten 386, 540 f.; s. a. Bukarest, Friedensschluß  
 — milit. Lage in 117, 222, 233 f., 340, 404 Bedeutung für deutsche Ölversorgung 231 f., 264, 340  
 Abzug deutscher Truppen 468, 484, 488 f., 513, 528 f., 539 f.  
 mögliche Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland 526 f.  
 — Bedrohung Ungarns 408, 488  
 s. a. Walachei
- Rupprecht, Kronprinz von Bayern, Generalfeldmarschall und Heeresgruppenbefehlshaber 368, 399 f., 529**
- Rußland s. Sowjetrußland**
- Saarbrücken 89, 513, 521**  
 — Saargebiet 125
- Sachsen, Königreich 390**  
 — Zustimmung zum Stellvertretergesetz 105 f.  
 — Wahlrechtsreform 86, 593  
 — Militärkonvention 418  
 — Kriegsminister 349, 351, 381
- wirtschaftl. Folgen durch Ausfall Österreichs 251  
 — Bedrohung durch Entente und deutsche Gegenmaßnahmen 470, 480, 529, 534  
 — Gesandtschaft in München 412
- Sachsen-Weimar, Großherzogtum 108, 420, 459**
- Salm-Reifferscheidt, Alfred Fürst und Altgraf zu, Majoratsherr auf Schloß Dyck (Rheinland), MdR (Zentr.) 1909—1918 391**
- Salonikiarmee, britische 402, 408 f.**
- St. Quentin 117, 210**
- Saulys, Jurgis, Vizepräsident der litauischen Taryba 194**
- Saurma, Anton Graf, Frhr. von und z. d. Jeltsch 545**
- Savigny, Karl von, Landrat in Büren/Westf. MdR (Zentr.) 1900—1918, Mgl. des Preuß. Abgh. seit 1898 573, 582, 589, 592, 599 f., 606, 609 f.**
- Scavenius, Erik von, dänischer Außenminister 313 f., 446, 448**
- Schäffer, stellv. Bundesratsbevollm. für Württemberg. 306, 348, 350, 417 f.**
- Scheef, Bezirksnotar in Tübingen, MdR (FVP) 1917—1918 321**
- Scheer, Reinhard, Admiral, Chef der Seekriegsleitung 491, 544**  
 — Vortrag beim Kaiser 20. 10. 1918 282 5. 11. 1918 549  
 — Teilnahme an Sitzung des Gesamtkabinetts 17. 10. 1918 221, 232, 236 ff.  
 des Kriegskabinetts 19. 10. 1918 273 ff., 278 ff.  
 — Teilnahme an Besprechung der OHL mit Payer 25. 10. 1918 362, 366  
 — Anwesenheit bei Vortrag Haestens bei Hindenburg und Ludendorff 25. 10. 1918 361  
 — Unterredung mit dem Reichskanzler 20. 10. 1918 287  
 — Telegramm an Ludendorff 20. 10. 1918 282  
 — Stellungnahme im Konflikt Reichsleitung-OHL 550  
 für Einberufung eines Kronrats 282, 287  
 — zu Verhandlungen mit Wilson 44  
 — zu milit. Fragen  
 Kriegs- und Wirtschaftslage 232, 237  
 für Fortführung des U-Boot-Krieges 236 ff., 274 ff., 278 ff.  
 für Räumung besetzter Gebiete 276

**Scheibe, Korvettenkapitän, Chef der Presseabt. des Admiralstabs** 583

**Scheidemann, Philipp, MdR (SPD) seit 1903, Staatssekretär ohne Portefeuille** 4. 10. 1918 86 f., 168, 181, 207, 212, 217, 219, 225, 259 f., 262, 271, 311, 340, 345, 377, 386, 507, 543, 551, 565, 570, 576, 578, 580, 584, 586

— Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 5, 7, 19 f., 23, 29 f., 35

- 2. 10. 1918 38
- 4. 10. 1918 70 f.
- 7. 10. 1918 97
- 11. 10. 1918 136 f.
- 12. 10. 1918 148 ff., 151, 153 f., 160 ff., 165 f.
- 13. 10. 1918 168, 172 f.
- 18. 10. 1918 263 f.
- 24. 10. 1918 329, 331
- 4. 11. 1918 497 f.
- 5. 11. 1918 509, 511, 517 f.
- 7. 11. 1918 568 ff.
- 8. 11. 1918 589

Kriegskabinetts 7. 10. 1918 95 ff.

- 8. 10. 1918 109 f.
- 10. 10. 1918 127 ff.
- 11. 10. 1918 133 f., 138
- 14. 10. 1918 182 ff., 187
- 15. 10. 1918 193, 197
- 16. 10. 1918 205 ff., 212 ff.
- 17. 10. 1918 217 f.
- 18. 10. 1918 257, 259 f.
- 19. 10. 1918 269, 272 ff., 278, 280
- 20. 10. 1918 288, 290
- 21. 10. 1918 294, 296 f., 299, 304 f.
- 23. 10. 1918 307, 310, 312, 316 f., 320
- 24. 10. 1918 320 f., 323, 332 f., 335, 338 f.
- 25. 10. 1918 342 f., 345 ff.
- 26. 10. 1918 365, 370, 373 ff.
- 27. 10. 1918 384, 386 ff., 390, 392
- 28. 10. 1918 397 f., 404 f., 408, 410, 413 f., 416
- 30. 10. 1918 423, 425 f.
- 31. 10. 1918 437 ff., 443, 445
- 1. 11. 1918 452 ff.
- 3. 11. 1918 477
- 4. 11. 1918 487
- 5. 11. 1918 509
- 6. 11. 1918 549, 553
- 7. 11. 1918 574 ff., 581
- 8. 11. 1918 583 ff., 611

Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65, 67 f.

- 7. 10. 1918 99, 101
- 11. 10. 1918 137 f., 141, 144
- 17. 10. 1918 221, 225, 229, 241 f., 245, 248, 250, 253
- 18. 10. 1918 261 f.
- 28. 10. 1918 412
- 2. 11. 1918 467, 469
- 3. 11. 1918 482 ff.
- 4. 11. 1918 490 ff., 504
- 5. 11. 1918 526, 532, 534, 544 f.

— Teilnahme an Sitzung der SPD-Fraktion 6. 11. 1918 564 f. Besprechung beim Reichskanzler 9. 10. 1918 115, 122

— bei Payer 12. 10. 1918 165  
Pressevortrag bei Max von Baden 8. 10. 1918 104 f.

Besprechung über Presse- u. Nachrichtenwesen 11. 10. 1918 135

— Unterredungen mit  
Drews, Payer 2. 11. 1918 460, 463, 517  
Groener 6. 11. 1918 559  
Hoffmann 5. 11. 1918 517  
Max von Baden 2. 10. 1918 38  
11. 10. 1918 149  
30. 10. 1918 430, 439

— Rede in Berliner Wählerversammlung 14. 10. 1918 202

— Telephonat mit Noske 7. 11. 1918 553 f., 559, 563, 588

— Memorandum 10. 10. 1918 132 f.

— Schreiben an Reichskanzler 29. 10. 1918 438 f., 452, 503, 564 f.  
Payer 150 f.

— Ernennung zum Staatssekretär 52, 67, 125

— Demission 629

— Kandidat für das Amt des Reichskanzlers 581

— zu Verfassungsfragen für Verfassungsänderungen 99, 110, 245, 259 f., 262, 331, 335  
Abdankungs- und Regentschaftsfrage 98, 132, 207, 338 f., 346, 416, 426, 438 ff., 443, 445, 453 ff., 463 f., 503, 517, 576, 578 ff., 611

— zur Innenpolitik Verhandlungen über die Nachfolge Hertlings 5  
Kandidatur Max' von Baden 29 f., 35, 38  
Regierungsbildung 7, 18, 20, 23, 98, 128  
preuß. Wahlrechtsfrage 101

Amnestie für polit. Gefangene 95 ff., 129 f., 207, 213, 305, 469, 549

Zensur, Vereins- und Versammlungsrecht 105, 173, 321, 323, 347 f., 392, 426, 452

Kanzlerkrise 137, 149 ff., 154, 160, 162, 165 ff., 172, 183, 202

Stellungnahme bei Konflikten Reichsleitung—OHL 206, 290, 296, 299, 375

Veröffentlichung der Ansprache des Kaisers 21. 10. 1918 304

über revolutionäre Bewegung und ihre Bekämpfung 338 f., 467, 491 f., 495 f., 498, 508, 534, 544, 549, 553, 560 f., 566, 576, 585, 627

Kabinettsorder 28. 10. 1918 410, 439, 469  
Pressepolitik 343, 425, 584

Aufruf der Regierung 4. 11. 1918 469 f., 504  
Regierungsumbildung 569 f., 587 f.

für Ultimatum der SPD 575 ff., 579, 581  
Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers 579 ff.  
Ausrufung der Republik 9. 11. 1918 630

- zu Außenpolitik und Friedensfragen für Unterstützung Österreichs mit Lebensmitteln 390
    - Ostpolitik
      - Litauen 197
      - Polen 185, 187, 297
      - Sowjetrußland 397, 413 f., 445
      - Tschechoslowakei 482
    - Verhandlungen mit den USA 67 f., 71, 153, 162, 182, 207, 212, 245, 248, 253, 273, 333, 338, 370, 373 ff., 386 ff., 398, 517 f., 549, 564 f.
    - els.-lothr. Frage 109, 133, 214, 424
    - Abtretung Nordschleswigs 316 f.
  - zu militärischen Fragen
    - Kriegslage und Kriegführung 151, 161, 218, 245, 264, 333, 405, 511
      - Ernährungslage der Bevölkerung 229 f., 517
      - Stimmung in der Heimat 229, 321, 408, 534
      - Fortführung des Krieges 338, 404, 407 f., 439
    - Räumung besetzter Gebiete 138, 245, 248, 250, 482 ff.
    - Kritik an deutschen Verwüstungen beim Rückzug 206 f., 241, 416
    - für Einstellung des U-Boot-Krieges 207, 248, 250, 274 ff., 278, 280
    - Rekrutierungsfragen 214, 404, 532, 534
    - für Besserstellung der Mannschaftsgrade 310, 320
    - deutscher Einmarsch in Tirol 490
  - Urteile über
    - Hahn 77, 388
    - Max von Baden 30, 39, 150
    - Waldow 390
  - Haltung zur Nat.Lib. Partei 134
    - USPD 97, 272, 347, 370, 397
  - Persönlichkeit im Urteil von
    - Haußmann 180
    - Ludendorff 207
- Scheldegebiet 146**
- Scheüch, Heinrich, Generalmajor, preuß. Kriegsminister 9. 10.—9. 11. 1918 227, 240, 272, 274, 322 f., 368, 399, 416, 467, 469, 489 ff., 497, 583, 588, 607, 620**
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 19. 10. 1918 269, 272, 274, 278
    - 20. 10. 1918 288 f., 291 ff.
    - 21. 10. 1918 305
    - 24. 10. 1918 320 ff., 332, 339 f.
    - 26. 10. 1918 365 f., 368 f., 373 ff.
    - 27. 10. 1918 384, 389, 391 ff.
    - 28. 10. 1918 397, 399, 406, 423, 426
    - 31. 10. 1918 437, 445 f.
    - 1. 11. 1918 452 ff.
    - 3. 11. 1918 477, 480 f.
    - 4. 11. 1918 487, 493 f.
    - 5. 11. 1918 509
    - 6. 11. 1918 549, 554 f.
    - 7. 11. 1918 574, 581
    - 8. 11. 1918 583
  - Gesamtkabinetts 7. 10. 1918 99, 103
    - 11. 10. 1918 138 ff., 144
    - 12. 10. 1918 144, 146 f.
    - 17. 10. 1918 220, 226 f., 231, 236, 240, 242, 249 ff.
    - 18. 10. 1918 261, 263
    - 28. 10. 1918 412, 415 f.
    - 2. 11. 1918 468, 470
    - 4. 11. 1918 504 ff.
    - 5. 11. 1918 526, 533, 535, 538, 541 ff.
    - 6. 11. 1918 563 f.
  - Teilnahme an Besprechungen beim Reichskanzler 9. 10. 1918 115, 122 f.
    - 31. 10. 1918 437
    - 7. 11. 1918 579
    - bei Payer 25. 10. 1918 362, 366
    - über Vereinheitlichung von Presse- und Nachrichtenwesen 11. 10. 1918 135
    - über Presse und Öffentlichkeit 12. 10. 1918 147
  - Unterredungen mit
    - Drews, Gröber 28. 10. 1918 377
    - Haeften 4. 11. 1918 495 f.
    - Linsingen 2. 11. 1918 621
    - 7. 11. 1918 624
    - Marschall 338 f.
  - Telephonate mit
    - Ludendorff 20. 10. 1918 291 ff.
    - Schulenburg 9. 11. 1918 620
  - Schreiben an
    - Lewald 20. 10. 1918 271
    - Loewenfeld 6. 6. 1919 628
  - empfängt Schreiben von
    - Linsingen Ende Okt. 1918 621
    - Solf 18. 10. 1918 265
    - Waldersee 6. 12. 1918 621
  - Ernennung zum preuß. Kriegsminister 9. 10. 1918 18, 86, 103
  - Widerstände im Ministerium 344 f.
  - zu Verfassungsfragen
    - für Verfassungsänderungen 249, 261, 271, 305, 350 f., 366
    - Abdankungs- und Regenschaftsfrage 445 f.
  - zur Innenpolitik
    - Pressepolitik 134, 272, 392, 452
    - Stellungnahme in Konflikten Reichsleitung-OIHL 288 f., 291 f., 333, 374 f., 393
    - Amnestie für polit. Gefangene 305, 542 f.
    - verlangt Mitspracherecht bei Besetzung leitender Stellen in der Armee 305
    - Zensur, Vereins- und Versammlungsrecht 321, 323 f., 416, 426, 574, 624
    - Erlaß 2. 11. 1918 432 ff., 452 ff., 466
    - Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 485, 509, 538, 542 ff., 549, 554 f., 563 f., 581, 621, 624 f., 627 f.

- zu Außenpolitik und Friedensfragen  
Sowjetrußland 415, 544, 622  
Verhandlungen mit Wilson 146 f., 246, 249, 291, 389  
els.-lothr. Frage 322
- zu militärischen Fragen  
Levée en masse 122 f., 206  
Räumung besetzter Gebiete 231, 236, 249, 391, 483 f.  
über neu aufzustellende Truppenverbände 226 f., 250 f., 264 f., 406, 533, 535  
Kriegslage 252, 339, 368 f., 373, 468, 470, 481 f.  
U-Boot-Krieg 274, 278, 292  
Besoldungsfragen 331  
Ölversorgung 231, 340  
Maßnahmen zur Sicherung Bayerns 480, 493 f., 505 f.
- Urteile über  
Gayl 272  
Ludendorff 292 f.
- Schiffer, Eugen**, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt 9, 12, 40, 128, 573, 606 ff.
- Schleeauf, von**, württemb. Ministerialdirektor und stellv. Bundesratsbevollm. 105, 108
- Schlesien** 480, 529, 534
- Schleswig-Holstein** 313 ff., 585
- Schlieben, Otto von**, Votr. Rat in der Reichskanzlei, 242, 307, 312, 320, 332, 365, 384, 397, 477, 487, 504, 526, 541, 583, 611, 619
- Schmidt, Robert**, Mgl. der Generalkommission der Gewerkschaften, Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt 15. 10. 1918 128, 539
- Schmidthals, Hugo Walter Baron von**, Leg. Rat im Ausw. Amt 76, 357 ff., 452
- Schmidt-Ott, Friedrich**, preuß. Kultusminister 5. 8. 1917—9. 11. 1918 591, 607
- Schoen, Hans von**, Geh. Leg. Rat an der bayer. Gesandtschaft in Berlin 188 f.
- Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu**, Mgl. des Preuß. Herrenhauses, MdR (Nat.Lib.) 1881—1918 610
- Scholtz, Sigmar**, Generalmajor 117
- Schotte, Walther** 90
- Schreiter, österr. Abgeordneter** (Deutsch-Böhm. Vereinigung) 358
- Schröder, Ludwig von**, Admiral, Befehlshaber des Marinekorps in Flandern 548 ff.
- Schulenburg, Friedrich Graf von**, Generalstabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz 119, 124, 126, 142, 161, 209, 551, 618, 620
- Schultheß, Edmund**, Schweizer Bundesrat, Bundespräsident 1917 502
- Schultz, Georg**, Landgerichtsrat in Bromberg, MdR (Reichsp.) 1907—1918 309
- Schulwesen** 89, 100, 298
- Schulz, Oberst**, sächs. Militärbevollm. 351, 463
- Schwander, Rudolf**, Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts 5. 8. 1917, Statthalter in Elsaß-Lothringen 18. 10. 1918 110, 424
- Ernennung 91 f., 109, 130, 178
- vorgeschlagen als Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts 18
- zur els.-lothr. Frage 213 f., 467 f.
- Schwarzes Meer** 234
- Schweiz** 468
- Vermittlung zwischen den Kriegsparteien 66, 68, 84, 213, 259
- Züricher Bombenaffäre 490, 509 f.
- Emigrantenorganisation 196, 297
- Haltung zur Abdankungsfrage 446, 502
- Gesandtschaft in Washington 68
- Schwerin, Unruhen** 548, 554, 565 f., 581
- Schwerin, Ulrich Graf von**, preuß. Gesandter in Dresden 542
- Schwerindustrie**
- für Gewaltfrieden 465, 470
- für Veröffentlichung der Kabinettsorder 28. 10. 1918 469
- zur Kaiserfrage 461, 470
- zur Schaffung eines Demobilisationsamts 569, 587
- Seebohm, Hans**, Kapitän z. S., Chef der Zentralabt. des Reichsmarineamts im Gr. Hauptquartier 550
- Seeckt, Hans von**, General, Generalstabschef der Heeresgruppe Mackensen 363
- Selbstbestimmungsrecht** 370
- mögliche Rückwirkung auf Minderheiten im Reichsgebiet 308 f., 357  
auf poln. Minderheit s. Preußen, polnische Gebietsteile
- Elsaß-Lothringen 308
- Nordschleswig 313 ff.
- Anwendung in Osteuropa 197; s. a. Wilson

Serbien, 14, 224, 234 257

Seyda, Wladislaus Kasimir, Rechtsanwalt in Posen, MdR (Pole) 1907—1918 44, 183, 187, 295

Siebenerausschuß 170

Sievekings, Karl, Bundesratsbevollm. für die Hansestädte 108, 192

Simons, Walter, Votr. Rat im Ausw. Amt 205, 550, 553

- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 16. 10. 1918 205
  - 20. 10. 1918 288
  - 23. 10. 1918 307, 309 f., 312
  - 24. 10. 1918 320, 322, 332, 335
  - 25. 10. 1918 342, 345
  - 26. 10. 1918 365, 370 ff., 374
  - 28. 10. 1918 397 f.
  - 30. 10. 1918 423
  - 31. 10. 1918 437
  - 1. 11. 1918 452
  - 3. 11. 1918 477
  - 4. 11. 1918 487, 494
  - 6. 11. 1918 549 f., 553
  - 8. 11. 1918 583, 585
- des Gesamtkabinetts 17. 10. 1918 220, 242
  - 28. 10. 1918 412
  - 4. 11. 1918 504 ff.
  - 5. 11. 1918 526, 541, 545
  - 6. 11. 1918 564
- Teilnahme an Besprechungen beim Reichskanzler
  - 20. 10. 1918 284
  - 31. 10. 1918 437
  - 9. 11. 1918 614
- Unterredung mit Ebert 7. 11. 1918 578
- Telephonat mit Twardowski 537 f.
- Schreiben an Reichskanzlei 14. 10. 1922 618
- empfängt Schreiben von Wahnschaffe 2. 8. 1919 559
- vorgeschlagen als Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei 18
- zu Verfassungsreformen 335
- zur Innenpolitik
  - Vereins- und Versammlungsrecht 322
  - Stellungnahme im Konflikt Reichsleitung-OHL 284, 345
  - Reise zum Kaiser 450
  - über revolutionäre Bewegungen und ihre Bekämpfung 549, 564, 585
  - verfaßt Erklärung über Abdankung Wilhelms II. 615, 617 f.
- zur Außenpolitik
  - entwirft außenpolit. Teil der Rede des Reichskanzlers 5. 10. 1918 77, 80 f.
  - Friedensverträge mit Rußland 309, 494, 505
  - Politik gegenüber Sowjetrußland 398, 545

— zu Friedensfragen  
Verhandlungen mit Wilson 273, 287, 370, 374, 376

Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen 505 f.

— zu milit. Fragen  
für Besserstellung der Mannschaftsgrade 310  
Einmarsch deutscher Truppen in Tirol 505

— im Urteil von  
Haeften 77 f.  
Haußmann 311

Skandinavien 316

Skoropadski, Pawel, General, April — Dez. 1918 Hetman der Ukraine 538

Smetona, Antanas, Präsident der litauischen Taryba 194 f.

Sokolvereine 453

Soldatenräte

- Bildung in Berlin 627
  - Verbot durch Linsingen 575 f., 598, 623
- Kiel 521, 537 f., 548, 585, 588
- Schwerin 566
- Wilhelmshaven 585

Solf, Wilhelm Heinrich, Staatssekretär des Reichskolonialamts 1911—13. 12. 1918, Staatssekretär des Ausw. Amtes 4. 10. — 13. 12. 1918 86, 88, 105, 126, 131, 147, 165, 176, 234, 240, 243, 249, 251, 262, 275 f., 291, 295, 309, 315, 325, 340, 385 f., 442, 448, 466, 470, 483 f., 493, 541, 545 f., 553, 562, 567, 614, 616

- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 6. 10. 1918 87, 90
  - 7. 10. 1918 95, 98 f.
  - 8. 10. 1918 109 f.
  - 10. 10. 1918 126 ff.
  - 14. 10. 1918 183 ff.
  - 16. 10. 1918 205 f., 208, 212
  - 17. 10. 1918 217
  - 19. 10. 1918 273 f., 276 ff.
  - 20. 10. 1918 288, 290
  - 21. 10. 1918 297 f., 305
  - 23. 10. 1918 307 f., 312, 317 f.
  - 24. 10. 1918 332 ff., 337 ff.
  - 26. 10. 1918 365, 369 ff., 373
  - 27. 10. 1918 384, 387, 389
  - 28. 10. 1918 397, 405 f., 410
  - 31. 10. 1918 437, 447 f.
  - 3. 11. 1918 477, 482
  - 4. 11. 1918 487, 494
  - 7. 11. 1918 574, 580
  - 8. 11. 1918 583 f., 611

- Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65 ff.  
 7. 10. 1918 99, 102  
 11. 10. 1918 137 ff.  
 12. 10. 1918 144 ff.  
 17. 10. 1918 220, 239, 242, 244, 246 ff., 252  
 18. 10. 1918 261  
 4. 11. 1918 504 ff.  
 5. 11. 1918 526, 540 ff.  
 Interfrakt. Ausschusses  
 13. 10. 1918 170 f., 177
- Teilnahme an  
 Besprechungen beim Reichskanzler  
 5. 10. 1918 81  
 9. 10. 1918 115  
 26. 10. 1918 364
- bei Payer 4. 10. 1918 78, 80  
 Pressevortrag beim Reichskanzler 8. 10.  
 1918 104
- Unterredungen mit  
 Beseler 7. 11. 1918 539  
 Hahn 4./5. 10. 1918 79  
 Haußmann, Erzberger, Hahn 11. 10. 1918  
 164  
 Lerchenfeld 28. 10. 1918 412  
 Max von Baden 12. 10. 1918 163  
 5. 11. 1918 545 f.  
 Max von Baden, Groener 6. 11. 1918 550 ff.
- Telefonat mit Hintze 31. 10. 1918 448
- empfängt Telegramm von Trimborn 8. 11.  
 1918 584
- Schreiben an  
 Naumann 8. 10. 1918 90  
 Scheüch 18. 10. 1918 265
- Verbleiben im Amt 8, 12, 18, 27
- Kandidatur zum Reichskanzler 12 f.
- Ernennung zum Staatssekretär des Ausw.  
 Amtes 4. 10. 1918 76, 80
- Kandidat für die Waffenstillstandskommission  
 465 f., 468
- zu Verfassungsfragen 110, 261, 334  
 Abdankungs- und Regentschaftsfrage 212,  
 428, 447 f.
- zur Innenpolitik  
 Entwurf der Rede des Reichskanzlers 5. 10.  
 1918 77 ff., 81 f.  
 Regierungsbildung 98  
 Kanzlerkrise 170 f., 177, 183
- zur Unterzeichnung der Antwortnote an  
 Wilson bestimmt 158 ff., 161, 163  
 Stellungnahme bei Konflikten Reichsleitung—OHL 206, 208, 290, 293, 298, 344,  
 364, 369
- zum Rücktritt von Ludendorff 88, 334,  
 337, 339, 361
- Veröffentlichung der Kabinettsorder 28. 10.  
 1918 410  
 Kritik am Ultimatum der SPD 580  
 über bolschewist. Bewegung 584  
 Rücktritt Max' von Baden 580
- zur Außenpolitik  
 Ostpolitik 102, 109, 186  
 — Polen 90, 185, 297, 307, 318  
 gegen poln. Annexionsbestrebungen 141,  
 297  
 — Sowjetrußland 87, 541 f., 622  
 — für Aufnahme diplomat. Beziehungen mit  
 den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns  
 482  
 — Friedensvertrag mit Rumänien 541  
 für Ernährungshilfe an Österreich 389
- zu Friedensfragen  
 Verhandlungen mit Wilson 66, 68, 132, 138 f.,  
 141, 145 f., 212 f., 244, 246 ff., 265, 273, 276,  
 278 ff., 287, 298, 317, 333 f., 338, 361, 369 ff.,  
 387, 389, 405 f., 505, 546, 580  
 els.-lothr. Frage 109, 141, 308, 318  
 Abtretung Nordschleswigs 317 f.  
 Zusammensetzung der Waffenstillstands-  
 kommission 551
- zu militärischen Fragen  
 Kriegslage 246, 265, 274, 333, 405, 540  
 Kritik an Berichterstattung der OHL 239,  
 252  
 Räumung besetzter Gebiete 212, 540  
 für Einstellung des U-Boot-Krieges 244, 274,  
 276 f., 280  
 Maßnahmen zur Sicherung Bayerns 494,  
 506
- Haltung zu den Konservativen 373
- über Hahn 389
- im Urteil von Haefen 326
- Sommeschlacht** 1916 116
- Souchon, Wilhelm**, Vizeadmiral, Gouverneur  
 von Kiel 511, 524, 536 f., 548 ff.
- Sowjetrußland** 73, 106, 444, 498, 513, 518, 520
- Verwüstung Ostpreußens 207
- Krieg in Rußland 116, 234 f.  
 russ. Gefangene 267
- militärische Lage 1918 132
- Duma 297
- deutsches Generalkonsulat in Moskau 414
- russ. Botschaft in Berlin  
 Propagandatätigkeit 467, 510, 541, 622  
 Erwägung deutscher Gegenmaßnahmen  
 413 ff., 541, 544 f., 622
- Abbruch diplomat. Beziehungen 397, 542,  
 544 f., 568
- Wirkung russ. Revolution auf Deutschland  
 574
- deutsche Kohlenlieferungen 414 f.
- Bestrebungen zur Vereinigung mit der  
 Ukraine 567
- s. a. Baltische Staaten; Brest-Litowsk;  
 Litauen; Polen; Selbstbestimmungs-  
 recht; Ukraine; Weißrußland

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**  
89, 93, 158, 180, 202, 262, 407 f., 444, 463, 465, 476, 512, 565, 573, 583, 613, 616 f.

— Parteivorstand

Aufrufe 17. 10. 1918 258, 266

4. 11. 1918 492

6. 11. 1918 564

8. 11. 1918 601, 607

Besprechungen mit

— Groener 6. 11. 1918 559 ff.

— Reichskanzler 9. 11. 1918 618, 627

— USPD 8. 11. 1918 613

und Reichstagsfraktion, gemeinsame

Sitzungen

12. 10. 1918 150

13. 10. 1918 168

5. 11. 1918 499

7. 11. 1918 575 ff.

— Reichstagsfraktion

Fraktionsvorstand

— Verhandlungen mit Berg 1. 10. 1918  
6, 12 f., 15

— Sitzung 2. 10. 1918 38

Fraktionssitzungen 2. 10. 1918 38

3. 10. 1918 60, 93

5. 10. 1918 76

15. 10. 1918 189

17. 10. 1918 255

18. 10. 1918 256

19. 10. 1918 263

21. 10. 1918 305

23. 10. 1918 310, 329

25. 10. 1918 352, 370, 376, 384, 390

6. 11. 1918 499, 562, 564 f.

7. 11. 1918 575 ff.

8. 11. 1918 600

9. 11. 1918 612 f.

— zu Verfassungsfragen 260

Parlamentarisierung 565, 610

Kaiserfrage 311, 323, 325 f., 339, 361, 416,  
430, 438 f., 440 f., 456 f., 461, 500, 503, 511,  
518, 523, 560 f., 565, 577, 597, 602, 618

— zur Innenpolitik

Programm der Mehrheitsparteien 14, 21,  
52, 69

Regierungsbildung

— zur Kanzlerschaft Max' von Baden 29,  
31 f., 38 f., 41, 189

— Teilnahme 39, 44, 60

— Forderung auf Reichsämter 5, 8 f., 17,  
19 f., 24, 26, 28, 34 ff., 42, 51 f., 93, 124,  
128

— gegen nat.lib. Beteiligung an Regierung  
27

Wahlrechtsreformen

— in Preußen 14

— im Reich 38 f., 69, 589, 600, 606, 609 f.

Kanzlerkrise 150 f., 156 f., 162 f., 165, 167 f.,  
176, 178, 188

Stellungnahme zur Kriegskreditvorlage 212  
für Unterstellung von Militär- unter Zivil-  
verwaltung 352

Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegun-  
gen 407, 492, 496, 537, 577, 627

Amnestie für milit. Vergehen 565

Vereins- und Versammlungsrecht 574 f., 577

Regierungsumbildung 577

Ultimatum und Austritt aus der Regierung  
464, 507, 523, 562, 575, 577 ff., 582, 591,  
593 ff., 601 ff., 607, 615, 619

— zu Außenpolitik und Friedensfragen  
für Wiederherstellung Serbiens und Monte-  
negros 14

für Ernährungshilfe an Österreich 390

Verhandlungen mit der Entente 325, 370,  
376, 385, 463 f., 502, 511, 517, 565

— zu militärischen Fragen

Räumung besetzter Gebiete 175 f.

für Besserstellung der Mannschaftsgrade  
310, 319

— Verhältnis zur

OHL 267, 288

USPD 88, 97, 583

— Provinzial- und Landesverbände

Baden, Kundgebung in Karlsruhe 500

Bayern 479

— Machtübernahme in München 606, 613

Elsaß-Lothringen 468

Preußen

— Sitzung von Betriebsvertrauensleuten in  
Berlin 8. 11. 1918 600

— Teilnahme an Versammlungen in Köln  
3. 11. 1918 391

**Sozialistische Korrespondenz 382**

**Sozialpolitik**

— Plan zur Schaffung eines Staatssekretariats  
für 18

s. a. Gewerbeordnung; Steuer(n)

**Spahn, Peter, MdR (Zentr.) 1884—1917, preuß.**  
Justizminister 5. 8. 1917—9. 11. 1918  
110, 586, 607

**Spanien 56, 262**

**Spartakus-Gruppe 95 f., 465, 495, 510**

**Staatsgerichtshof(gesetz) 182, 328, 380**

**Staatssekretär(e) des Reiches 98, 106**

— Rücktritt der bisherigen 51

— Ernennung 8, 18, 25, 55

— Besoldung 52

— Teilnahme an Pressekonferenzen 105, 194

- Parlamentarisierung, parlament. Staatssekretäre 5, 8, 11, 17, 25 f., 65, 107
  - Beibehaltung des Reichstagsmandats 26, 65
  - Verhinderung der Ernennung infolge Art. 9 RV s. Reichsverfassung
  - Parlamentarisierung und Bevollmächtigung zum Bundesrat 25 f., 107
  - Aufgaben
    - Verbindung von Reichsleitung und Parlament 3, 11, 31
    - gegenüber der Presse 399
  - Rechte 128
  - Verantwortlichkeit gegenüber Bundesrat und Reichstag 110, 174
  - Staatssekretäre ohne Portefeuille 48, 147, 261
  - Ernennung 3 ff., 11, 17 ff., 23 f., 26, 31, 33 ff., 38 f., 43, 48, 51 f., 57, 60, 70, 76 f., 83, 125, 132, 194, 570
  - Verhältnis zum Reichskanzler s. Reichskanzler
  - gemeinsame Besprechung mit preuß. Staatsministern s. Reichsleitung
  - Plan zur Schaffung neuer Ämter 18; s. a. Reichsarbeitsamt; Reichspresseamt; Staatssekretariat für besetzte Gebiete
- Staatssekretariat für besetzte Gebiete**
- Pläne zur Schaffung des Amtes 3, 7, 11, 17, 26, 31, 33 ff.
  - Diskussion über Besetzung und Abgrenzung der Befugnisse 7, 17 ff., 23 f., 26
- Staatssekretariat für Elsaß-Lothringen 109**
- Stampfer, Friedrich, Chefredakteur des „Vorwärts“ 495**
- Stauß, Emil Georg von, Direktor und Vorstandsmgl. der Deutschen Bank 431**
- Stegemann, Hermann, schweizer. Journalist und Kriegsschriftsteller 161, 399**
- Stegerwald, Adam, Gewerkschaftsführer, Mgl. des Preuß. Herrenhauses seit 1917 18, 569**
- Stein, Hans Karl Frhr. von, Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts 20. 11. 1917—8. 11. 1918 101, 128, 224**
- Teilnahme an Sitzungen des Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65, 67 f. 7. 10. 1918 99, 102 f. 11. 10. 1918 138, 140 ff. 12. 10. 1918 144 ff. 28. 10. 1918 412, 415
  - Pläne zu seiner Absetzung 8, 12, 26, 34, 51
  - Rücktritt 569
  - zur Verwaltung der besetzten Gebiete im Osten 102
  - über wirtschaftl. Bedeutung der Ukraine 224
  - zur Räumung von Elsaß-Lothringen 102
  - zu Verhandlungen mit Wilson 68, 141, 143 ff.
  - zur Rußlandpolitik 415
- Stein, Hermann von, Generalleutnant, preuß. Kriegsminister 1916—9. 10. 1918**
- Teilnahme an Sitzungen des Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65, 67 7. 10. 1918 99, 102 f.
  - Vorgeschichte seines Rücktritts 9 f., 12, 18, 27, 39, 99, 103
  - Erlaß zum Versammlungsrecht 8. 7. 1918 9
  - zu milit. Fragen
  - Kriegslage 67
  - Räumung von Elsaß-Lothringen 102
  - Levée en masse 103
  - Urteil über Max von Baden 99
- Steiner, von, Landtagsabgeordneter in Wien 358**
- Steinheil, Theodor von, ukrain. Gesandter in Berlin 483**
- Stellvertretergesetz vom 17. 3. 1878 und seine Änderungen 27 f., 45 f., 48, 105, 108, 181, 254**
- Stettin 342, 344**
- Steuer(n) 103, 612**
- Kriegsgewinnsteuer 553, 555
- Stinnes, Hugo, Großindustrieller 569, 583**
- Stockhammern, Franz Edler von, Votr. Rat im Ausw. Amt 487 f.**
- Stöcker, Helene, pazifist. Schriftstellerin, Frauenrechtlerin 320**
- Stolten, Otto, Redakteur in Hamburg, MdR (SPD) 1913—1918 562 f.**
- Straßburg 101, 419**
- Streik**
- Amnestie für „Streikverbrecher“ 88, 96
  - in Kiel 566
  - in Oberschlesien 267
  - Streikgefahr in Berlin 607
- Stresemann, Gustav, MdR (Nat.Lib.) 1907 bis 1912, seit 1914, Vors. der Reichstagsfraktion 1917/18 134, 161, 174 f., 266, 510 f., 573, 596, 603, 610**

- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 11. 10. 1918 137  
12. 10. 1918 148, 156 f., 160 f.  
13. 10. 1918 173 ff.  
17. 10. 1918 253  
18. 10. 1918 263, 266  
4. 11. 1918 497, 501  
5. 11. 1918 509 ff., 514, 520 f.  
7. 11. 1918 568 ff., 572  
8. 11. 1918 589, 592 f., 596 f., 602 f., 606, 609 f.
  - Teilnahme an Besprechungen der Parteiführer mit Vertretern der OHL 2. 10. 1918 44  
der Vertreter der Mehrheitsparteien mit Mgl. des Preuß. Abgh. 7. 11. 1918 573
  - Unterredungen mit Oberst Bauer Juli 1917 436  
Gröber 124  
Max von Baden, Payer 2. 10. 1918 38 f.
  - Schreiben an Erzberger 31. 10. 1918 436 f.  
5. 11. 1918 437  
Fischbeck 2. 10. 1918 40  
4. 10. 1918 69 f., 148  
20. 10. 1918 293 f.  
Friedberg 26. 10. 1918 382 ff.  
2. 11. 1918 474  
List 23. 10. 1918 311 f.  
Max von Baden 9. 10. 1918 111  
Payer 2. 10. 1918 39  
21. 10. 1918 270  
Radowitz 10. 10. 1918 123 f., 126  
die Delegierten der Provinzialverbände der Nat. Lib. 13. 10. 1918 178 ff.
  - empfängt Schreiben von Erzberger 1. 11. 1918 437  
Liepmann 14. 10. 1918 176  
Rießer 4. 11. 1918 507 f.
  - Widerstände gegen seinen Eintritt in die Reichsleitung 27, 39 f.
  - Krankheit 311, 384
  - zu Verfassungsfragen 175, 610  
Parlamentarisierung 293, 572  
Abdankungs- und Regentschaftsfrage 383, 474, 501, 514, 520 f., 597, 599, 602
  - zur Innenpolitik  
Anteil am Sturz Bethmann Hollwegs 436  
Programm der Reichstagsmehrheit 69 f.  
Kanzlerkrise 137, 156 f., 160, 173, 177  
für Beteiligung der Nat.Lib. an der Regierung 293  
Stellungnahme im Konflikt Reichsleitung-OHL 436  
preuß. Wahlrechtsfrage 592, 597  
Reichstagswahlrecht 572, 592 f., 609  
Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 474, 572  
für Besetzung von Reichsämtern durch Nat. Lib. 569 ff.  
Ultimatum der SPD 597
  - zu Außenpolitik und Friedensfragen  
Sowjetrußland 294  
Stellungnahme zur Friedensresolution 27  
Verhandlungen mit Wilson 270, 383 f.  
els.-lothr. Frage 180  
Waffenstillstandsverhandlungen 514, 521
  - zu militärischen Fragen  
Kriegslage 179, 219, 521  
Räumung besetzter Gebiete 111, 123, 126, 176  
Stellung zur  
— OHL 178 ff., 382 f.  
— Seekriegsführung 179 f.
  - Urteile über Politik Wilhelms II. 179  
den Kronprinzen 180  
Liepmann 176  
Max von Baden 180  
Payer 180  
die SPD 180
- Struve, Wilhelm**, Arzt in Kiel, MdR (FVP) 1907—1918 512
- Stubbe, Heinrich**, Vors. der Landesorganisation der SPD in Hamburg, MdR (SPD) 1915—1918 562 f.
- Stücklen, Paul**, Redakteur in Berlin, MdR (SPD) seit 1903 310
- Stülpnagel, Joachim von**, Major 364 f.
- Stumm, Ferdinand Frhr. von**, Votr. Rat im Ausw. Amt
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 23. 10. 1918 307 f.  
24. 10. 1918 320 f., 324, 332, 338  
25. 10. 1918 342 ff., 347  
26. 10. 1918 365  
27. 10. 1918 384, 393  
28. 10. 1918 397  
30. 10. 1918 423, 425  
1. 11. 1918 452  
3. 11. 1918 477, 484  
4. 11. 1918 487  
Gesamtkabinetts 28. 10. 1918 412
  - Teilnahme an Pressebesprechung 25. 10. 1918 355 f.
  - zu Innenpolitik und Verfassungsfragen  
Zensur, Vereins- und Versammlungsrecht 321, 324, 347  
Pressepolitik 338, 343 f., 356, 425  
für Unterordnung von Militär- unter Zivilbehörden 345, 393  
Verfassungsfragen 356
  - Selbstbestimmungsrecht 308
  - Kriegslage, Kriegführung 328

- Stumm, Wilhelm von**, Unterstaatssekretär im Ausw. Amt
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 14. 10. 1918 184 f.
  - Gesamtkabinetts 11. 10. 1918 137 f.
  - 12. 10. 1918 144
  - 17. 10. 1918 221, 234
  - 18. 10. 1918 261, 263
  - Teilnahme an Besprechung beim Reichskanzler 5. 10. 1918 81
  - bei Payer 4. 10. 1918 80
  - Mitverfasser der Rede des Reichskanzlers 5. 10. 1918 79, 81
  - zu Verfassungsfragen 263
  - zur Außenpolitik
  - Verhandlungen mit Wilson 138
  - poln. Frage 185
  - Kriegslage, Kriegführung 234
- Stumpf, Mgl. des Tiroler Landesausschusses** 358
- Stuttgart**, revolutionäre Bewegungen 513, 534, 537
- Stychel, Anton**, Prälat und Propst in Posen, MDR (Pole) 1904—1918 187, 318
- Südekum, Albert**, Schriftsteller in Berlin, MDR (SPD) seit 1900 268, 303
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 10, 19, 21, 29 f.
  - 4. 10. 1918 70, 72
  - 12. 10. 1918 148
  - 13. 10. 1918 168
  - 17. 10. 1918 253, 255
  - 18. 10. 1918 263, 266, 268
  - 24. 10. 1918 329
  - 4. 11. 1918 497, 502
  - 5. 11. 1918 509
  - 7. 11. 1918 568, 570
  - 8. 11. 1918 589, 594, 606, 608
  - Teilnahme an Besprechungen bei Groener 6. 11. 1918 559 ff.
  - zwischen Vertretern der Reichstagsmehrheit und des Preuß. Abgh. 7. 11. 1918 573
  - zur Innenpolitik
  - Nachfolge Hertlings 3, 19
  - Regierungsbildung 3 f., 10, 19, 21, 30
  - Kanzlerkrise 162
  - Wahlrechtsreform 266, 608
  - Besetzung des Reichswirtschaftsamts 570
  - über revolutionäre Bewegungen 594, 608
  - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 502, 560 f.
  - über Verhandlungen mit Wilson 72, 266
  - Beurteilung der Kriegslage 266
- Südslawien** 505; s. a. Laibach Österreich-Ungarn
- Süßkind, Richard Frhr. von**, Generalleutnant 91
- Sulzer**, schweizer. Gesandter in Washington 567
- Suwalki** (Streitobjekt zwischen Polen und Litauen) 196
- Swierzynski, Josef**, poln. Min.Präs. 22. 10. bis 5. 11. 1918 424
- Tannenberg**, Schlacht 1914 220 ff.
- Taryba** s. Litauen
- Telegramm- und Telegraphenwesen** 11
- Thaer, Albrecht von**, Oberst, Chef des Generalstabs des Generalquartiermeisters 20
- „Thüringen“**, Kreuzer 470
- Thüringische Staaten** 108, 190 f., 193
- Tieschowitz von Tieschowa**, Oberst, Chef der Zentralabt. im Generalstab der Armee 363 f.
- Times, The** (London) 484
- Tirol** 234, 408, 480, 482, 505, 511, 552
- Einmarsch deutscher Truppen 489 ff., 493, 497, 504, 506, 511, 524, 528 f., 541
- Tirpitz, Alfred von**, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts bis 1916, Mitbegr. der Vaterlandspartei 279, 584
- Tisza, Stefan Graf**, ungar. Min.Präs. 1913—1917 274, 340
- Tondern** 314
- Tortilowicz von Batocki-Friebe, Adolf**, Präsident des Kriegsernährungsamts 1916—1917 18, 97, 130
- Tramczyński, Adalbert von**, Rechtsanwalt in Posen, Mgl. des Preuß. Abgh. 1910—1918, MDR (Pole) 1912—1918 295
- Treutler, Carl Georg von**, preuß. Gesandter in München 411, 507
- Trimborn, Karl**, MDR (Zentr.) seit 1896, Mgl. des Preuß. Abgh. 1896—1918, Staatssekretär des Reichsamts des Innern 4. 10. 1918 124, 391 f., 554
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 1. 10. 1918 3, 5, 10, 14, 19, 29
  - 4. 10. 1918 70, 74 f.
  - 12. 10. 1918 148
  - 18. 10. 1918 263
  - 24. 10. 1918 329
  - 8. 11. 1918 589, 599, 603

- Kriegskabinetts 14. 10. 1918 184  
 15. 10. 1918 193 f.  
 19. 10. 1918 269, 272  
 21. 10. 1918 294  
 23. 10. 1918 312, 317  
 24. 10. 1918 320, 323 f., 332  
 25. 10. 1918 342, 347  
 26. 10. 1918 365, 374 f.  
 27. 10. 1918 384, 387 f.  
 28. 10. 1918 397, 410, 416  
 30. 10. 1918 423, 426  
 31. 10. 1918 437, 441  
 1. 11. 1918 452, 454  
 3. 11. 1918 477  
 4. 11. 1918 487  
 6. 11. 1918 549 f.  
 7. 11. 1918 574 f., 581  
 8. 11. 1918 583 f., 588, 611  
 Gesamtkabinetts 11. 10. 1918 138, 144  
 28. 10. 1918 412  
 4. 11. 1918 504  
 5. 11. 1918 526, 539, 541
- Teilnahme an Besprechungen  
 beim Reichskanzler 14. 10. 1918 193  
 7. 11. 1918 579  
 bei Payer 4. 10. 1918 80
- Telegramm an Solf 8. 11. 1918 584
- Ernennung zum Staatssekretär 43, 51, 60
- zu Verfassungsfragen und Innenpolitik  
 Regierungsbildung 5, 7, 10  
 Wahlrechtsreform 14, 610  
 Amnestie Liebknechts 305  
 Zensur, Vereins- und Versammlungsrecht  
 323, 329, 347, 416, 426, 454, 575  
 Veröffentlichung der Kabinettsorder 28. 10.  
 1918 410  
 Abdankungs- und Regentschaftsfrage 428 f.,  
 441 f.  
 über revolutionäre Bewegungen und ihre  
 Bekämpfung 272, 549 f., 575, 581, 584, 599,  
 603  
 Besetzung des Reichswirtschaftsamts 588
- zu Außenpolitik und Friedensfragen  
 Ostpolitik  
 — Balt. Staaten 194, 197, 199  
 — Polen 297, 490, 539  
 Verhandlungen mit Wilson 74 f., 374 f., 387 f.  
 els.-lothr. Frage 323 f.  
 Nordschleswig-Problem 317
- Trotha, Adolf von, Admiral, Chef des Stabes  
 der Hochseeflotte 491**
- Tschammer und Quaritz, Georg Frhr. von,  
 Staatssekretär in Straßburg 91**
- Tschechoslowakei 210, 386**  
 — Gründung 386  
 — deutsche Minderheit 482, 524, 529  
 — Kohlenversorgung 488  
 — Kampfkraft der Truppen 541
- Außenpolitik  
 Verhältnis zu Polen 482  
 — Ungarn 511, 540  
 Kriegszustand mit Deutschland 488, 510 f.,  
 526 f.
- s. a. Österreich-Ungarn
- Türkei 21, 57, 515**  
 — milit. Stärke 117, 132  
 — Abzug deutscher Truppen 468, 539  
 s. a. Dardanellen
- Twardowski, Fritz von, Oberleutnant z. S. 537f.**
- U-Boot-Krieg 103, 116**  
 — Wirkung auf  
 Großbritannien 164, 280  
 Italien 237  
 Niederlande 278  
 USA 164, 237 f., 279
- Operationen  
 im Mittelmeer 237, 408  
 deutsche Stützpunkte in Flandern 209, 237,  
 267  
 Bekämpfung Englands 237 f., 285  
 an der nordamerik. Küste 237  
 deutsche Erfolge 146
- U-Boot-Bau 179, 237 f.
- parlament. Kritik am 255
- Haltung der Mannschaften bei Unruhen  
 536, 548
- Erörterungen über Einstellung 164, 176, 264,  
 369, 384, 408  
 in Sitzungen des  
 — Kriegskabinetts 16. 10. 1918 207, 213  
 19. 10. 1918 270, 273 ff., 281 f.  
 20. 10. 1918 290, 292 f.  
 21. 10. 1918 295 f., 298
- Gesamtkabinetts 17. 10. 1918 229, 231 f.,  
 244 f., 248, 250, 256  
 Haltung der OHL 146  
 der Seekriegsleitung 274 ff.  
 Wilhelms II. 285, 287
- Forderungen der Entente nach Auslieferung  
 der U-Boot-Flotte 384
- Ukraine**  
 — Besetzung durch Deutschland 116, 222,  
 232 f., 468, 513, 538 ff.  
 wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 116,  
 217, 222 ff., 233, 391, 483 f., 528, 539  
 milit. Lage nach Ausfall Österreichs 404, 483
- Räumung von deutschen Truppen 222 f.,  
 391, 469, 483 f., 489, 528 f., 539  
 Haltung der Entente 483 f.
- Haltung der Ukraine 223, 538, 567
- innere Lage 224
- bolschewist. Einfluß 117, 120, 222 f., 225,  
 233, 235, 264, 483 f., 528, 538, 540, 550
- Auswirkungen auf Gesandtschaft in  
 Berlin 398

Ullstein-Konzern 392 f.

**Unabhängige Sozialdemokratische Partei**

Deutschlands (USPD) 72, 181, 267, 269, 272, 307, 555, 612, 616

- zu Verfassungsfragen 260, 270  
für Einführung der Republik 305, 461, 465, 500, 508, 517, 521
- zur Innenpolitik  
Urheberschaft und Teilnahme am Streik Jan. 1918 88  
Stellungnahme zur Kanzlerkrise 155, 160, 189  
Kundgebung in München 3. 11. 1918 492  
Aufruf 5. 10. 1918 131  
Agitation für Liebknecht 96 f.  
Wahlrechtsreform 610  
Verhalten bei Unruhen 495, 498, 521, 537
- Verbot einer Versammlung am 7. 11. 1918 574 ff., 579, 623
- zu Verhandlungen mit Wilson 72
- Verhältnis zur bolschewist. Partei 397 f., 413  
Spartakus-Gruppe 495  
SPD 88, 97, 189, 212, 268, 577, 583
- Verhandlungen mit SPD-Parteivorstand 613

Ungarn 268, 447

- Nationalrat 340, 487
- militärische Lage  
Bedrohung durch Rumänien 408, 488  
Abzug deutscher Truppen 468, 528 f., 540, 567  
Verhältnis zu Deutschland 487 f., 510 f., 528, 540  
mögliches Aufmarschgebiet der Entente 408, 540
- wirtschaftl. Lage  
Versorgung mit Lebensmitteln aus Deutschland 541  
Kohlenversorgung 488, 511  
— deutsche Lieferungen 487 f., 540
- Einfluß auf österr. Friedenspolitik 386

s. a. Budapest

Unterstaatssekretär(e), parlamentarische 6 f., 9 ff., 17 ff., 23 f., 26 f., 31, 33 ff., 43, 51, 76, 104, 124 f., 127 f., 132, 254

s. a. Parlamentarisierung; Staatssekretär(e)

Valentini, Rudolf von, Chef des Kaiserl. Geh. Zivilkabinetts, 1908—16. 1. 1918 355

Varnbüler von und zu Hemmingen, Axel Frhr., Bundesratsbevollm. für Württemberg 191, 193, 455 f., 458 f.

Vas Diaz Büro 359

Vaterlandspartei s. Deutsche Vaterlandspartei

Verdun 251, 552

Vereinigte Staaten von Amerika 54, 66, 71, 170, 239, 314, 339, 502, 515, 555

- innere Lage  
Verfassung  
— Kongreß 68, 263  
— Präsident 262  
Parteien 447, 503  
Wahlen 274, 447, 457, 503, 513  
Bolschewismus 584
- Spanischer Krieg 262
- Kriegführung und Streitkräfte 239, 430, 468, 482, 529, 552  
Truppen an der Westfront 52, 65, 116, 179, 227, 234 f., 268, 286, 401, 404, 408, 489, 530  
Wirkung des deutschen U-Boot-Krieges 237 f.
- Friedensbereitschaft und Kriegsziele 398, 558  
Haltung der Chauvinisten zu Wilsons Bemühungen 221, 358, 447, 457  
Propaganda des Völkerbundgedankens 37  
und Verfassungsfragen in Deutschland 54, 398  
Haltung des Volkes 243, 333, 387 f.

s. a. Wilson

Vereins- und Versammlungsrecht 434, 455

- Vereinsgesetz  
19. 4. 1908 433  
26. 6. 1916 433
- Versammlungsrecht, Handhabung durch die Militärbehörden auf Grund des Belagerungszustandes 329, 432  
durch preuß. Kriegsminister 329, 426, 432 ff.  
durch Oberbefehlshaber in den Marken 574 f.; s. a. Belagerungszustand
- Programm der Reichstagsmehrheit 463
- Besprechung im Kriegskabinettt 1. 11. 1918 452 ff.  
2. 11. 1918 466 f.  
7. 11. 1918 574 ff.

Verfassungsausschuß des Reichstags 212, 255 f., 269 f., 331, 341

- Sitzungen 4. 5. 1917 110, 254, 306, 336  
5. 5. 1917 255, 306 f.  
21. 10. 1918 (vorgesehen) 269 ff., 306

s. a. Parlamentarisierung; Reichsverfassung

Vietinghoff, gen. Scheel, Hermann Frhr. von, General, stellv. Kommand. General des 2. Armeekorps 89, 342

Vitzthum von Eckstädt, Christoph Graf, sächs. Staatsminister 1909—1918 56

**Vizekanzler**

- Amtsstellung, Geschäftsbereich, Vertretung des Reichskanzlers s. Reichskanzler
- Pläne zur Abschaffung des Amtes 5
- Besetzung 6, 11, 17, 19, 23, 26, 34 ff.
- Verantwortlichkeit gegenüber Reichstag 380

**Völkerbund 197**

- Vorschläge der Friedensresolution, Schaffung internat. Rechtsorganisation 92, 99, 255
- Haltung der Reichsregierung 84, 87
- Völkerbundsresolution Wilsons 27. 9. 1918 49, 66
- Völkerbundsresolution der Mehrheitsparteien
- Fassung 25. 9. 1918 37
- endgültige Fassung 30. 9. 1918 22 f.

**Vogesen, Frontlage 404, 409****Vogtherr, Ewald, Schriftsteller in Wernigerode, Mdr (SPD/USPD) 1893—1898, 1912—1918 613****Volkswehr 564, 581****Vorwärts 272, 392, 440, 467, 495, 520****Vossische Zeitung 16, 266, 295, 392 f., 492, 503, 576****Waffenstillstand**

- bulgarischer s. Bulgarien
- österr. s. Österreich-Ungarn
- Vorgeschichte des deutschen Waffenstillstands 20, 158, 202, 231, 400 ff., 537, 553, 580, 598
- Haltung Wilsons 333, 336, 338, 521
- für Verhandlungen zwischen den Heeresleitungen 247, 505, 514, 551
- vermutliche Friedensbedingungen der Entente 419, 447 f., 457, 461, 463 f., 491, 500, 513, 519 f., 535, 552, 558, 608, 614, 616
- Forderung der OHL nach Waffenstillstand s. Oberste Heeresleitung
- Waffenstillstandsgesuch 85, 370 ff., 549
- Haltung der deutschen Parteiführer 180, 374, 376, 383, 388, 514, 534, 565
- Waffenstillstandsverhandlungen und Abdankungsfrage 501, 518, 595
- Ultimatum der SPD 580 f.
- deutsches Weißbuch 526
- Stellungnahme Ludendorffs 222, 231, 239
- Erörterungen über deutsche Kapitulation 210 f., 216, 246, 251, 277, 282, 290, 388, 402, 405, 457, 527, 556 f.
- österr. Kapitulation 405, 409

**Waffenstillstandsdelegation**

- Zusammensetzung 465 f., 468 f., 547, 551 f., 557 f.
- Abreise 554 ff., 562

**Wahlrecht**

- Einführung des gleichen Wahlrechts in Bundesstaaten 14, 38 f., 69, 84, 86, 589 f., 592, 595, 609 f.
- in Mecklenburg 14, 522.
- Reichstagswahlrecht 39, 591, 617
- Verhältniswahlrecht 47, 516, 537, 571 ff., 589 f., 592, 595, 607, 617
- Frauenwahlrecht 516, 537, 571 ff., 589, 592 f., 595, 598, 600, 602, 606, 608 ff.
- Wahlkreiseinteilung 89, 592, 595, 617

**Wahlrecht(sfrage), preußische(s) 39, 100 f., 516, 550, 571, 575**

- Reformversprechen des Kaisers 101
- der Reichsleitung 84
- Verhandlung im Preuß. Herrenhaus 13
- Verzögerung der Reform 100 f.
- Durchsetzung durch Auflösung des Preuß. Abgh. s. Preuß. Abgeordnetenhaus
- Forderungen der Mehrheitsparteien 14, 86, 589, 598 ff., 607 ff.
- Verhandlungen der Reichstagsmehrheit mit Mgl. des Preuß. Abgh. 39, 573
- Haltung der Konservativen 202

**Wahlversammlungen, Zulassung 433****Wahnschaffe, Arnold, Chef der Reichskanzlei 10. 10. —9. 11. 1918 78, 111, 124, 183, 215, 289, 295, 308 ff., 333, 345 f., 366, 369, 388, 409 f., 417, 431, 475, 481, 489, 562, 581, 617, 620**

- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts
- 14. 10. 1918 183 f.
- 15. 10. 1918 194
- 16. 10. 1918 205, 215
- 17. 10. 1918 217
- 18. 10. 1918 257
- 19. 10. 1918 269
- 20. 10. 1918 288
- 21. 10. 1918 294 f., 304
- 23. 10. 1918 307 ff., 312 f.
- 24. 10. 1918 320, 332 f., 338
- 25. 10. 1918 342, 344 ff.
- 26. 10. 1918 365 f., 369
- 27. 10. 1918 384 f., 388 f.
- 28. 10. 1918 397, 399, 409 f.
- 30. 10. 1918 423
- 1. 11. 1918 452
- 3. 11. 1918 477, 481
- 4. 11. 1918 487, 489
- 7. 11. 1918 574, 581
- 8. 11. 1918 583

- Gesamtkabinetts 11. 10. 1918 137  
 12. 10. 1918 144  
 17. 10. 1918 221, 242  
 18. 10. 1918 261  
 28. 10. 1918 412, 417  
 4. 11. 1918 504  
 5. 11. 1918 526, 541  
 6. 11. 1918 562
- Teilnahme an Besprechungen beim Reichskanzler  
 26. 10. 1918 364  
 31. 10. 1918 437  
 9. 11. 1918 614
- Unterredungen mit dem Reichskanzler 150, 261
- Telefonate mit Ebert  
 4. 11. 1918 492  
 9. 11. 1918 620
- Schreiben an Simons 2. 8. 1919 559
- Chef der Reichskanzlei 133
- zur Innenpolitik  
 Pressepolitik 338, 344  
 für Veröffentlichung der Rede des Kaisers 21. 10. 1918 410  
 verhindert Übernahme der Amtsgeschäfte des Kanzlers durch Payer 476  
 verfaßt Fragen Max' von Baden an Groener 526  
 zum Rücktritt der soz. dem. Staatssekretäre 615
- zur Nordschleswig-Frage 313
- zur Ernährungshilfe an Österreich 385
- Haltung zu Oberst Bauer 437
- Urteile über  
 Gallwitz 399  
 Hahn 389  
 Mudra 399
- Walachei** 489
- Waldensee, F. W. Fr. Georg Graf von, Generalmajor** 621
- Waldow, Wilhelm von, Staatssekretär des Kriegsernährungsamts** seit 5. 8. 1917 224 f., 241, 468, 541, 616
- Teilnahme an Sitzungen des Kriegskabinetts 27. 10. 1918 384  
 28. 10. 1918 385, 389, 391  
 Gesamtkabinetts 3. 10. 1918 65, 67 f.  
 7. 10. 1918 99, 101  
 17. 10. 1918 220, 230, 233, 242 f., 249, 251  
 18. 10. 1918 261  
 28. 10. 1918 412, 416  
 2. 11. 1918 468, 470  
 4. 11. 1918 504 f.  
 5. 11. 1918 526, 541  
 6. 11. 1918 564
- Rücktrittsfrage  
 Erörterung im Kabinett 99, 130  
 Haltung der Parteien 97 f.  
 eigene Stellungnahme 130, 257 f., 591
- zur Innenpolitik  
 Programm der Mehrheitsparteien 97  
 preuß. Wahlrechtsfrage 98, 101  
 Zensur 416  
 Maßnahmen gegen revolutionäre Bewegungen 564  
 Ernährungslage 230, 249, 251, 389, 470, 517  
 Erhöhung der Brottration 7. 11. 1918 564
- zur Außenpolitik  
 Verhandlungen mit Wilson 67 f., 243, 249  
 gegen Abgabe von Lebensmitteln an Österreich 385, 389, 391
- zu militärischen Fragen  
 Räumung besetzter Gebiete 233, 249, 391  
 Fortführung des Krieges 243  
 Maßnahmen zur Sicherung Bayerns 505
- Waldstein, David Felix, Rechtsanwalt in Altona, MdR (FVP) 1912—1918, Mgl. des Preuß. Abgh. 1908—1918** 167
- Wallraf, Max, Staatssekretär des Innern** 23. 10. 1917—6. 10. 1918 3, 51
- Warburg, Max, Hamburger Bankier** 77, 88, 372
- Warschau** 474, 539
- Weber, Max, Professor der Nationalökonomie und Soziologie** 309
- Wedel, Botho, Friedr. Graf von, Botschafter in Wien** 115, 358 f., 481, 490, 568
- Weinhausen, Friedrich, Schriftsteller in Berlin, MdR (FVP) 1912—1918, Mgl. des Preuß. Abgh. 1913—1918** 201
- Weißrußland** 222, 539
- Weizsäcker, Karl Frhr. von, württemb. Min. Präs.** 4. 12. 1906—9. 11. 1918 162, 166, 181, 288, 385, 411, 479
- Wels, Otto, Parteisekretär der SPD in Berlin, MdR** seit 1912 576, 613
- Weltkrieg**
- Kriegslage  
 Beurteilung 106, 134, 286  
 — durch OHL 53, 60, 65, 67, 75, 142, 355  
 — Hindenburg 41, 44, 54, 59, 75, 179, 368  
 — Ludendorff 28, 41, 44, 49, 116, 118, 120, 122, 129, 142, 161, 179, 218, 225 ff., 236 f., 242, 244 f.  
 — Groener 526 ff., 534 f.  
 — andere Militärs 88, 119, 126, 142, 161, 218, 237, 291, 400  
 — Parlamentarier und Staatssekretäre 22, 52 f., 57, 67, 125, 153, 175, 274, 281, 373, 464  
 und Schuldfrage 72, 267, 298, 502, 519, 524

- Stimmung bei der Truppe 53, 73 f., 88, 122, 125, 179, 226 ff., 236, 339, 403, 464, 521, 533, 631  
in der Heimat 73 ff., 205 f., 215, 228 f., 236, 268, 321, 339 f., 343, 408, 531 f., 534, 552
  - Bereitschaft der OHL zum Waffenstillstand s. Oberste Heeresleitung
  - Erwägung über Fortführung des Krieges 208, 216, 243, 346, 400 ff., 406 f., 412, 512
  - Verluste 54, 119, 252, 400  
Mangel an Soldaten, Aushebung neuer Truppen s. Heer, deutsches; Levée en masse
  - Materiallage 118, 122, 179, 227, 229 f., 406  
Überlegenheit der Alliierten an Tanks 52 f., 116 ff., 122, 236, 252, 265  
Feldeisenbahnen 251, 481, 484
  - Operationen im Westen  
Stärke deutscher Truppen 231, 529 ff.  
— der Alliierten 235, 529 f.  
Verstärkung der amerik. Truppen in Frankreich 52, 65, 116, 227, 235; s. a. Vereinigte Staaten von Amerika  
Somme-Schlacht (Sommer 1916) 116  
Arras-Schlacht (Frühjahr 1917) 116  
brit. Durchbruch bei Cambrai und St. Quentin (Okt. 1918) 117 f., 210  
Schlacht bei Ypern (15. 10. 1918) 226  
amerik. Durchbruch (Anfang Nov. 1918) 496  
Front in Els.-Lothr. 252  
Flandern 41, 209
  - Operationen im Osten 526  
Kampfkraft 222 f., 228, 528  
möglicher Abtransport in den Westen 205 f., 208, 222, 264  
s. a. Bulgarien; Rumänien; Ukraine milit. Intervention in Finnland 116  
Rückzug aus Kleinasien 528  
Balkan 58, 65, 122, 185, 234, 268, 340, 402, 408 f.
  - italien. Front 116, 340, 488, 626
  - Luftkrieg 120, 122, 236, 513, 524
  - Seekrieg s. Admiralstab; U-Boot-Krieg
- Wendel, Hermann**, Redakteur in Frankfurt a. M., MdR (SPD) 1912—1918 214
- Weniger, Karl**, Kapitän z. S. 538
- Westarp, Kuno Graf von**, Oberverwaltungsgerichtsrat in Berlin, MdR (Kons.) seit 1908, Vors. der Reichstagsfraktion
- Unterredungen mit  
Max von Baden 1. 10. 1918 38  
Roedern 4. 10. 1918 74
  - Teilnahme an Besprechungen bei Payer  
2. 10. 1918 44  
20. 10. 1918 270
- Rede im Reichstag 26. 10. 1918 367
  - Schreiben an Haeften 7. 10. 1918 93 f.
  - zu Verhandlungen mit Wilson 74, 76, 94, 266, 270
  - gegen Wechsel in der Führung der OHL 94
  - gegen Einstellung des U-Boot-Krieges 270
  - zur Nordschleswig-Frage 312
- Westpreußen** 186, 484
- poln. Minderheit 90
  - mögliche Abtrennung von Deutschland 125, 183, 383
  - Schulgesetzgebung 298
  - Transportwesen 539
- s. a. Preußen, polnische Gebietsteile
- Wiedfeldt, Otto**, März—Sept. 1918 Leiter der deutschen Waffenstillstandsdelegation in Kiew, 1. 10. 1918 Mgl. des Direktoriums der Krupp AG. 18, 570, 587 f., 611 f.
- Wierner, Otto**, MdR (FVP), 1898—1911, 1912—1918, Mgl. des Preuß. Abgh. 1898—1918 268, 515
- Teilnahme an Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses 4. 10. 1918 70, 72, 74  
12. 10. 1918 148  
17. 10. 1918 253  
18. 10. 1918 263  
24. 10. 1918 329  
4. 11. 1918 497, 501 f.  
5. 11. 1918 509, 513 f., 522
  - Teilnahme an Besprechung der FVP-Mgl. des Interfrakt. Ausschusses 13. 10. 1918 167
  - zur Unterrichtung des Volkes über die Kriegslage 72, 74
  - zu Verhandlungen mit Wilson 74, 513 f.
  - Stellungnahme zur Kanzlerkrise 167
  - zur Abdankungs- und Regentschaftsfrage 501, 513, 522
  - über separatist. Bestrebungen in Bayern 502, 514
  - für Reformen in Preußen 522
- Wien** 186, 390 f., 474
- Wiener Friede 1864 313
- Wildgrube**, Fabrikbesitzer in Dresden, MdR (Kons.) 1916—1918 509
- Wilhelm I.**, Deutscher Kaiser (1871—1888), Kg. von Preußen (1861—1888) 106, 441, 444 f.

- Wilhelm II., Deutscher Kaiser, Kg. von Preußen (1888—1918)** 130, 549, 596
- Schreiben an Zar Nikolaus II. 7. 2. 1895 207, 211
  - Rede vor Staatssekretären 21. 10. 1918 304, 410 f., 469, 471
  - Teilnahme am Kronrat 2. 10. 1918 43
  - Unterredungen mit
    - Drews 1. 11. 1918 460 ff., 465, 517, 577
    - Hindenburg, Ludendorff 25. 10. 1918 361, 373
    - 26. 10. 1918 363
    - Max von Baden 7. 10. 1918 99
    - Max von Baden, Lerchenfeld 20. 10. 1918 284 ff., 345
    - Mudra, Gallwitz 27. 10. 1918 400
    - Scheer 20. 10. 1918 282
    - 5. 11. 1918 549
  - Reise Delbrücks zu 9. 11. 1918 616
  - Telephonat mit Max von Baden 8. 11. 1918 608, 614, 618
  - Telegramme an Max von Baden 16. 10. 1918 209
  - 17. 10. 1918 218
  - 8. 11. 1918 596
  - empfängt Telegramm von Kaiser Karl 482
  - empfängt Schreiben von Kaiser Karl 385
  - Max von Baden 25. 10. 1918 369 f.
  - Eingabe Max' von Baden 157
  - Reise nach Spa 29. 10. 1918 429 ff., 458, 502, 515, 523, 598, 632
  - zu Verfassungsfragen 409
  - Zusage über verfassungsmäßige Verantwortlichkeit 17. 11. 1908 211
  - zur Innenpolitik
    - Kabinettsorder 30. 9. 1918 12, 18, 32, 47, 83, 106
    - 28. 10. 1918 410, 439, 469, 471, 498
    - 8. 11. 1918 625
    - Programm der Mehrheitsparteien 69
    - für Entlassung Hertlings 211
    - Regierungsbildung 16, 28
    - für Kanzlerschaft Max' von Baden 22, 41
    - gegen Kanzlerschaft Bülow's 12 f., 15
    - Eintritt Erzbergers ins Kabinett 17, 36, 42 f., 61, 77
  - Stellungnahme bei Konflikten Reichsleitung-OHL 287, 290, 292, 295, 298, 361
  - Reise Hindenburgs und Ludendorffs nach Berlin 332 f.
  - Demission Ludendorffs 220, 374
  - für Gallwitz als Nachfolger Hindenburgs 365
  - für Einberufung des Kronrats 282, 284
  - Verordnung über Unterstellung von Militär- unter Zivilbehörden 621
  - zu Friedensfragen
    - Verhandlungen mit Wilson 45, 54, 218, 285, 287, 360, 374 f.
    - Waffenstillstandsverhandlungen 525, 551, 555
  - zu militärischen Fragen für Anhören der Generäle 88, 218
  - Besoldung im Heer 318
  - U-Boot-Krieg 519
  - Verhältnis zu
    - Hindenburg 364 f.
    - Ludendorff 363
    - Max von Baden 154, 290
    - Payer 30
    - Roedern 30
  - Abdankungsfrage 167, 471, 554, 613, 616
  - Forderung Wilsons 325, 328, 330 f., 333, 336, 348 f., 357 ff., 370, 427, 439, 444 f., 514, 523
  - der Entente 268, 398, 444, 447, 457, 461
  - Stellungnahme der neutralen Staaten 164, 268, 445 f., 502, 516
  - eigene Haltung 451, 461 f., 464, 517, 522, 577 f., 596, 601, 617 ff.
  - Stellungnahme der Parteien 517, 521 f., 565, 599
  - der Deutsch-Konservativen 132, 429, 461, 500
  - der FVP 311, 332, 412, 450, 457, 461, 522, 608
  - der Nat. Lib. 132, 179 f., 450, 461, 603 f.
  - der SPD 311, 323, 325 f., 339, 361, 416, 430, 438 f., 440 f., 456 f., 461, 500, 503, 511, 518, 523, 560 f., 565, 577, 597, 602, 618
  - der USPD 305 f., 461, 465, 500, 508, 517, 521
  - des Zentrums 428 ff., 442 f., 449, 456 f., 461, 503, 521, 582, 594 f., 601, 605
  - Haltung der Spartakus-Gruppe 95, 465
  - Einstellung des Kriegskabinetts 438, 616
  - Besprechung mit dem Reichskanzler 31. 10. 1918 437
  - Forderung der deutschen Presse 323 f., 338, 346, 357, 392, 471, 474; s. a. Zensur
  - Haltung der Bundesfürsten 434, 537
  - Bundesstaaten 412, 500, 517, 522
  - Stellungnahme der Bevölkerung 207, 286, 345 f., 411, 438, 441 ff., 447, 457, 515, 517, 519, 560, 578
  - Arbeiterschaft 439 f., 449, 461, 502, 564 f., 613
  - Bauern 439 f.
  - Beamte 440 f., 499, 522
  - Bürgertum 429, 439 f., 523
  - Handel und Industrie 416, 461, 465, 499
  - Einstellung der Armee 440, 412, 444 f., 462, 517, 524, 598, 615
  - Treueresolution des Preuß. Herrenh. 346

- und Waffenstillstandsverhandlungen 444 ff., 463 f., 471, 501 f., 513 f., 516, 518, 521 ff.
- Wirkung einer möglichen Abdankung  
— auf Heer 442, 444, 447, 518  
— auf Volk 442, 444, 447
- Entstehung der Abdankungserklärung 614 f., 617, 620, 626
- Wilhelm, Deutscher Kronprinz** 180
- Befehlshaber einer Heeresgruppe 368, 529
- Forderungen nach seinem Thronverzicht 167, 246, 346, 441, 444, 450, 456, 459, 500, 502 f., 514, 516, 518 ff., 522, 560, 577, 582, 595 f., 602 f., 611, 620, 633
- Wilhelm, Prinz von Preußen, ältester Sohn des Kronprinzen (geb. 1906)** 444 f., 500, 516, 518, 520, 599
- Wilhelm II., König von Württemberg (1891—1918)** 441, 459
- Wilhelmshaven** 146
- Unruhen 470, 498 f., 520, 548, 585
- Wilna (Streitobjekt zwischen Polen und Litauen)** 91, 195 ff.
- Wilson, Woodrow, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1913—1921** 37, 44, 99, 199, 257
- Friedensvorschläge und Friedensbedingungen 37, 66  
„14 Punkte“, Rede vor dem Kongreß 8. 1. 1918 49, 53 f., 66 f., 74, 78, 84, 125, 128, 140 ff., 146, 183, 247, 296, 313, 315, 376, 383 f., 513 f., 552 f., 555, 558, 567
- Forderung nach Verbot von Geheimverträgen 255  
nach Freiheit der Meere 558, 567  
nach Ausgleich aller kolonialen Ansprüche 398, 567  
nach Abtretung Els.-Lothr. 53 f., 58, 66, 125, 140 ff., 213, 313, 315  
nach Unabhängigkeit Polens, Abtretung der poln. Gebietsteile Preußens 53 f., 58, 66 f., 125, 140 ff., 183 f., 313, 315
- Rede 11. 2. 1918, Antwort auf Hertling und Czernin 49  
„4 Punkte“, Rede 8. 6. 1918 212  
— 4. 7. 1918 49, 53 f., 244 f., 248  
„5 Punkte“, sog. Völkerbundsrede 27. 9. 1918 49, 66
- Notenwechsel mit Deutschland  
deutsches Friedens- und Waffenstillstandsangebot 3. 10. 1918 44, 49 f., 53 ff., 58 f., 65 ff., 71 ff., 80, 84 f., 87, 141, 215 f., 221, 238, 255  
— Wirkung auf das deutsche Volk 73, 206, 355, 461  
— Wirkung auf das Heer s. Heer  
— Haltung der OHL s. Oberste Heeresleitung
- Antwort Wilsons 8. 10. 1918 115, 120, 128, 130 f., 138  
— Forderung nach Räumung besetzter Gebiete, deutsche Haltung 111, 119 ff., 138, 198, 212, 247, 267, 273, 336  
deutsche Note 12. 10. 1918 120 f., 128 f., 131 f., 134, 140, 144 f., 147 f., 159 f., 166, 183, 221  
— Frage der Unterzeichnung durch Max von Baden 136, 149 ff., 154, 158 ff., 189  
Wilsons Antwort 14. 10. 1918 205 ff., 211 f., 221, 248  
— Forderung nach verfassungsmäßigen Änderungen in Deutschland, deutsche Haltung 180, 210 ff., 244, 264, 282, 286, 398, 410, 448, 457  
— Einschränkung des U-Boot-Krieges, deutsche Haltung 213, 237, 244 f., 273 ff., 277, 279 ff., 293  
— Vorwürfe wegen deutscher Zerstörungen, deutsche Haltung 208, 210, 213, 229 f., 244 f., 247 ff., 270, 273 f., 287  
deutsche Note 20. 10. 1918 207, 210, 212, 218, 229, 239 ff., 244, 246 ff., 251, 258, 261, 264 ff., 268, 270, 273 ff., 283, 286, 289, 291, 293, 295, 546  
Wilsons Antwort 23. 10. 1918 325, 333 f., 336, 369, 371  
— Forderung nach Abdankung Wilhelms II. 325, 328, 330 f., 333, 336, 348 f., 357 ff., 370, 427, 439, 444 f., 514, 523  
— Forderung der milit. Schwächung Deutschlands 325, 336, 371 f.  
deutsche Note 27. 10. 1918 327, 332 ff., 336, 338, 341, 347, 360 f., 368 ff., 374, 376 f., 385 ff., 403, 406, 409, 507  
— Abwarten der Antwort Wilsons 525, 556, 558  
Wilsons Antwort 5. 11. 1918 547, 556, 558, 566 f.
- Notenwechsel mit Österreich 237, 385, 390, 478  
österr. Friedensangebot 4. 10. 1918 68  
Wilsons Antwort 18. 10. 1918 246  
österr. Note 27. 10. 1918 405 f.
- Unterredung mit Wiseman 16. 10. 1918 221  
— Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts 197, 316  
— Haltung zur OHL 333 f.  
— Stellung der amerik. Öffentlichkeit zu seinen Verhandlungen 221, 333, 371  
— Stellung der anderen Entente-Mächte 66 f., 221, 231, 244, 247, 251, 277, 284, 333, 336, 406, 501, 552, 557  
— Niederlage bei den Wahlen 5. 11. 1918 447, 457, 503  
— Persönlichkeit im Urteil deutscher Politiker 66, 71, 75, 146, 244, 247, 251, 267, 277, 336, 374, 383, 527  
s. a. Waffenstillstand

- Winterfeldt**, Detlof von, Generalmajor, Vertr. der OHL beim Reichskanzler, Mgl. der Waffenstillstandsdelegation 115, 124, 178, 361, 409, 466, 477, 482, 487, 491, 494, 513, 526
- Wirtschaft**, wirtschaftliche Lage, Kriegswirtschaftspolitik
- Arbeitskräfte, Verteilung auf Wirtschaft und Armee 103
  - Munitions- und Waffenproduktion 266 f., 373, 406, 530
  - wirtschaftl. Lage, Versorgung, Rohstoffe, Kohlenversorgung 184, 267, 383, 406, 539 Rohstoffknappheit, Versorgung mit
    - Benzin 406
    - Eisen 267, 383
    - Holz 184, 391
    - Öl 231 f., 264, 340, 373
  - Bekleidungsknappheit 319 f.
  - Ernährungsverhältnisse und Lebensmittelversorgung 184, 229 f., 236, 249, 251, 389, 391, 470, 517, 555, 563 f.
  - Außenhandelsbeziehungen
    - Belgiens wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 224, 267
    - Lebensmittellieferungen an Österreich 358 f., 384 f., 389 ff.
    - Kohlentransporte nach 487 f.
    - Polens wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 184, 391, 539
    - Rumäniens wirtschaftl. Bedeutung für Deutschland 231 f., 264, 340
    - deutsch-sowjetische Handelsbeziehungen 414
    - deutsche Interessen am Warenaustausch mit Ukraine 116, 217, 222 ff., 233, 391, 483 f., 528, 539
    - Lebensmittellieferungen an Ungarn 541
    - Kohlentransporte nach 487 f., 540
  - „Übergangswirtschaft“
    - Ermächtigungsgesetz 4. 8. 1914 516 f.
    - Plan eines Staatssekretariats für 18
    - Übergangswirtschaftsgesetz 181, 516, 568
- Wiseman**, Sir William, Beauftragter des Foreign Office 221
- Wolf**, Ritter von, stellv. Bundesratsbevollm. für Bayern 50, 83 ff., 583
- Wolff-Metternich**, Paul Graf, Botschafter in London 1910—1912, in Konstantinopel bis 1916 163, 277 ff., 385
- Wolffsches Telegraphenbureau (WTB)** 389, 410, 469, 475 f., 543, 573, 615, 620, 626
- Wolga** 607
- Wrisberg**, Ernst von, Generalmajor, Dir. des Allgemeinen Kriegsdepartements im preuß. Kriegsministerium 147, 621
- Württemberg**, Königreich 467
- Verfassung
    - Vertretung des Parlaments durch Ausschuß 263
    - Staatsgerichtshof 182
  - Staatsministerium
    - Unterrichtung über Verhandlungen betr. Kommandogewalt 306
    - Sitzung 26. 10. 1918 418
    - Minister der ausw. Angelegenheiten 117
  - Kriegsminister
    - Verantwortlichkeit vor Reichstag 331, 349 ff.
    - Gegenzeichnung bei Ernennung im Heer 381
    - Unterrichtung über Verhandlungen betr. Kommandogewalt 348, 351
    - Militärkonvention 21./25. 11. 1870 350 f., 481
  - zur Kriegslage 2. 9. 1918 55
  - für Stellvertretergesetz 108
  - Haltung zu Verfassungsänderungen 191, 193, 418
  - Revolution 616
- Würz**, Major, Leiter des Kriegspresseamts 104, 327 f., 343, 360, 369
- Zabern-Affäre** 92
- Zehnter**, Johann Anton, Oberlandesgerichtspräsident in Karlsruhe, MdR (Zentr.) seit 1898 303
- Zeitungsverleger**, Verband deutscher 343
- Zensur** 452, 466
- Handhabung durch Militärbehörden 321 f., 324, 416, 432
  - Oberzensurstelle 135
  - gesetzliche Grundlagen s. Belagerungszustand
  - Pressezensur über Reichstagsreden 321
  - Unterbindung von Friedenspropaganda 434, 454
  - Redeverbote 433, 453 f.
  - Aufhebung bzw. Einschränkung 105, 468
  - Forderung des Regierungsprogramms 84, 321, 324, 346
  - Übertragung auf Zivilbehörden s. Reichskanzler
  - Beschränkung auf milit. Fragen 84, 434 f., 452
  - Wegfall der Vorzensur 321 f., 324, 331, 346, 435
  - Zensurerlaß des Kriegsministers 30. 10. 1918 426, 434 f.
  - Zensurverfügung wegen Behandlung der Kaiserfrage 323 f., 346 ff., 356 f., 416 f., 421, 426, 455, 472

**Zentrale für Heimatdienst 584**

- Leitung 77, 133
- Richtlinien zu Verfassungsänderungen 378, 428
- zur Kaiserfrage 399, 598, 602

**Zentralstelle für Völkerrecht 9****Zentrumspartei, Deutsche 71, 89, 465**

- Reichstagsfraktion
  - Sitzung 2. 10. 1918 43
  - 7. 11. 1918 605
  - 8. 11. 1918 582, 605 f.
  - 9. 11. 1918 609, 629
  - Vorstandssitzung 3. 10. 1918 60 f.
  - Besprechung des Vorsitzenden mit Berg 1. 10. 1918 6, 12 f., 15
  - Rechts- und Linksströmungen 43 f.
- zu Verfassungsfragen
  - Parlamentarisierung und Verfassungsänderung 254, 306, 571
  - Abdankungs- und Regentschaftsfrage 428 ff., 442 f., 449, 456 f., 461, 503, 521, 582, 594 f., 601
  - Haltung des bayer. Flügels 605
- zur Innenpolitik
  - Kandidatur Max' von Baden 38
  - Payers 4
  - Programm der Mehrheitsparteien 43 f., 52

**Regierungsbildung**

- Forderungen auf Reichsämtler 5, 9, 19 ff., 23, 26, 34 ff., 42 f., 51 f., 60 f., 76, 124
- Besetzung des Vizekanzleramtes 11, 17, 23, 26
- für Eintritt Erzbergers ins Kabinett 43, 76
- Wahlrechtsfrage 14, 573, 582, 590, 594, 600 gegen Änderung von Art. 20 RV 606, 608 f.
- zur Fortführung des Krieges 340
- Bayerische Zentrumspartei
  - Fraktion der bayer. Abgeordnetenversammlung 477 ff.
- Fraktion des Preuß. Abgh. und Wahlrechtsfrage 101
- Kölner Lokalorganisation
  - Versammlung 27. 10. 1918 429
- Teilnahme von Vertretern an Versammlung in Köln 3. 11. 1918 391
- Zentrums-Parlaments-Korrespondenz 569

**Zinn, Wilhelm, Professor, Geh. Sanitätsrat** 474 f.

**Zivilkabinett, Kaiserliches Geheimes** 605

- Chef 15, 359
- Schreiben an Max von Baden 28. 10. 1918 469

**Zürich, Bombenaffäre** 509 f.